

Politische Geschichte

der

Gegenwart.

Begründet von Wilhelm Müller

und fortgeführt

von

Dr. Karl Wippermann.



Springer

Politische Geschichte

der

Gegenwart.

Begründet von Wilhelm Müller

und fortgeführt

von

Dr. Karl Wippermann.

XXVI.

Das Jahr 1892.



ISBN 978-3-662-35562-6

ISBN 978-3-662-36391-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-662-36391-1

Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1893

V o r w o r t.

Nachdem der Begründer und langjährige Herausgeber dieses Werkes, der Gymnasial-Professor Wilhelm Müller in Ravensburg, im Januar v. J. gestorben ist, hat die Verlagsbuchhandlung die Fortführung des Werks mir übertragen und habe ich bereits im vorigen Jahre das von Müller unvollendet hinterlassene Jahrbuch für 1891 durch den das Ausland betreffenden Teil vervollständigt.

Ich sehe es als meine Aufgabe an, die Vorgänge im wesentlichen in der Art und Weise vorzuführen, wie sie bisher so lange Zeit vielen Anklang gefunden hat, insbesondere die Darstellung von einer politischen Parteirichtung fernzuhalten. Infolge einer Anregung in der Presse ist diesmal dem Auslande ein etwas größerer Umfang eingeräumt worden, als bisher; ich hoffe zu erfahren, ob diese Änderung allgemeinen Anklang findet.

Das Jahr 1892 nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Der Friede wurde nirgends gestört, aber in einer Reihe von Staaten wurden in Hinblick auf die Möglichkeit eines europäischen Kriegs die militärischen Sicherheitsmaßregeln fortgesetzt. Staaten zweiten Ranges, wie Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, entwickelten hierin großen Eifer; die größte Sicherheit für Erhaltung des allgemeinen Friedens erstrebten jedoch die deutschen Bundesregierungen durch eine im November dem Reichstage gemachte, die Bevölkerung aber schon seit dem Sommer lebhaft bewegende Heeres-Vorlage, vermöge deren wir sogar einem gleichzeitigen Angriffe von Westen und Osten gewachsen sein sollen. Ebenso allgemein wie die Sorge um die Wehrfähigkeit war die um die Arbeiterfrage, von der namentlich Belgien

und Spanien bewegt wurden. Die inneren Verhältnisse des deutschen Reichs wurden, außer der Militärvorlage, vor allem durch den Entwurf eines preussischen Volksschulgesetzes kirchlich-konfessionellen Charakters beherrscht. Nachdem er gegen die gemäßigten Parteien nicht hatte durchgesetzt werden können, brachten diese in Mittel- und Süddeutschland dem Fürsten Bismarck gelegentlich seiner Reisen begeisterte Huldigungen, während die Parteien, die unterlegen waren, große Rührigkeit entfalteten, um bei einer Wiederkehr solcher Kämpfe sich stärker zu erweisen. In Oesterreich führten die Jungcechen dermaßen das große Wort, daß der böhmische Ausgleich abermals auf die lange Bank geschoben wurde und das gute Einvernehmen der Regierung mit der deutsch-liberalen Partei wieder in die Brüche ging. Die Ungarn brachten es fertig, nicht bloß den 25jährigen Gedenktag der Krönung Franz Josephs, sondern auch dessen unverföhnlichsten Gegner Kossuth zu feiern. Italien, Spanien und Amerika begingen das Fest der vierten Jahrhundertfeier der Entdeckung der neuen Welt, Frankreich das Jahrhundertfest seiner ersten Revolution. Die französische Republik wurde zwar vom Papste zu kräftigen gesucht, aber gegen Ende ihrer Rüstungen und mitten in der Freude über die Eroberung Dahomehs erschien sie in der Panamasache vor aller Welt in sehr üblem Lichte. Rußland war von sozialen Nöten heimgesucht, Italien vollauf mit Regelung seiner Finanzen beschäftigt, Portugal bekannte sich zum Staatsbankerott, Griechenland kam diesem sehr nahe. In Großbritannien kam Gladstone wieder ans Ruder, um einen neuen Versuch mit Home-Rule zu machen, in Spanien Sagasta behufs Errichtung einer liberalen Regierung. Die Zustände in Rumänien und Bulgarien gewannen an Festigkeit, die Serbiens wurden schwankend.

Groß-Lichterfelde, im März 1893.

Dr. Karl Wippermann.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Deutsche Reich.

©. 1—220.

	Seite ¹⁾		Seite
Neujahrsempfang b. Kais. Wilh. II.	1	Ersetzung des Kultusministers Grafen	
In der Ruhmeshalle	2	Zedlitz durch Dr. Bosse	30
Gedächtnistage	2	Verhandl. im Reichstag über diese	
Eidesleistung des Erzbischofs v. Sta-		Wendung	32
blewski	2	Verhandl. im pr. Abg.-Hause über	
Ansprache des Kaisers in Kiel . .	4	d. Trennung d. ersten Staatsämter	33
Das württembergische Königspaar in		Verschiedene Etatsfragen im Reichstag	36
Berlin	5	Frage der Änderung der Militär-	
Geburtstag des Kaisers	6	strafprozessordnung	37
Taufe d. Prinzen Friedr. Sigismund	8	Behandlung d. Verwundeten in künf-	
Die politische Lage im Innern . .	8	tigen Kriegen	40
Die Diätenfrage im Reichstag . .	9	Fragen des Marineetats	40
Die Frage der Dampferlinien . .	10	Freiheit des Privateigentums zur	
Eröffnung des preuß. Landtags	10	See im Kriege	42
Entwurf eines preuß. Volksschul-		Fragen der Schutzgebiete	43
gesetzes	11	Zur Befestigung Helgolands	43
Die Presse über diesen Entwurf . .	12	Der preuß. Staatshaushalts-	
Bewegung bezüglich desselben . .	14	etat für 1892—93	44
Verhandl. über ihn bei der Etats-		Frage der Fortführung der preuß.	
beratung	15	Steuerreform	46
Beratung d. Volksschulgesetzentwurfs	18	Aufhebung des Welfenfonds	46
Erregung und Kundgebungen d. Be-		Stolgebühren und Schloßlotterie . .	48
völkerung	21	D. kön. Theater in d. neuen Provinzen	49
Der Kaiser bei parlament. Diners	24	Polizeikostengesetz	50
Rede d. Kaisers beim Festmahl		Buß- und Betttag	51
des brandenburgischen Landtags .	25	Die konservative Partei in	
Fortgesetzte Bekämpfung des Volks-		Preußen	52
schulgesetzes	28	Haltung der Centrumspartei	53
Wendung in dieser Frage	29	Wallfahrt nach Fulda	54
Ministerpräsident Graf. Eulenburg	30	Die deutsch-hannov. Partei	55

	Seite		Seite
Staatssekretär Hanauer	55	Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren	111
Rundgebungen f. Fürst Bismarck	56	Erlaß bez. des roten Adlerordens	114
Feier von dessen Geburtstag . . .	58	Der König von Schweden in Potsdam	114
Dankfagung des Fürsten	63	Das italienische Königspaar in Potsdam.	115
Fernere Huldigungen für ihn . . .	63	Verlobung d. Prinzess. Margarete von Preußen.	115
Frage d. Ausöhnung mit d. Kaiser	66	Trinkspruch d. Kaisers auf d. ital. Gäste	115
Fürst Bismarck in Dresden	68	Dieselben in Berlin	117
Fürst Bismarck in Wien	72	Taufrede des Kaisers auf die neue Nacht Hohenzollern in Stettin .	118
Die Presse über d. Reise d. Fürsten	73	Reise des Kaisers nach Norwegen	119
Polit. Gespräche d. Fürsten in Wien	74	Der Kaiser in England	119
Fürst Bismarck in München	76	Rücktritt d. Ministers Herrfurth	120
Derfelbe in Augsburg	82	Katholikentag in Mainz	122
Eindruck d. süddeutschen Huldigungen	84	Gärung in der konservat. Partei	126
Fürst Bismarck über die Frage der Veröhnung u. seine Entlassung	86	Haltung der polnischen Partei	127
Gegenatz des Fürsten zum Reichskanzler	87	Aufruf des Evangelischen Bundes	129
Erlasse des Reichskanzlers bez. des Fürsten	88	Streitfrage bez. d. Apostolikums	130
Huldigungen v. Württembergern in Rißingen f. d. Fürsten Bismarck	90	Trinkspruch des Kaisers auf den Kaiser von Osterreich	133
Huldigungen von Franken	91	Der Kaiser in Pommern u. Ostpreußen	133
Huldigungen v. Badensern, Hessen, Thüringern	92	Dank des Kaiserpaars	134
Rede d. F. Bismarck in Rißingen	93	Der Kaiser in Wien	134
Empfang des Fürsten in Jena	94	Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche .	134
Rede d. Fürsten auf d. Marktplatz in Jena	97	Taufe d. Prinzessin Viktoria Luise	135
Der Fürst in Spandau und Berlin	100	Reformationsfest in Wittenberg	136
Unruhen soz.-dem. Arbeiter in Berl.	101	Rede des Kaisers in Wittenberg .	139
Fürstl. Besuche am kön. Hofe in Berl.	101	Erlaß des Oberkirchenrats bez. des Apostolikums	140
Der Kaiser an der Saar	102	Die Frage der Vermehrung des deutschen Heeres	141
Ableben der Großherzogin-Mutter Alexandrine von Meckl.-Schwerin	102	Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke d. d. Heeres	142
Eintritt d. Kronprinzen ins Heer	103	F. Bismarck üb. d. Militärvorlage	143
Rede des Kaisers in Stettin	105	Derfelbe üb. die Kriegsfrage v. 1875	145
Empfang desselben in Danzig	106	Derf. üb. d. Deutschenhaß in Rußland u. d. Vertrag mit England	146
Seine dortige Rede	107	Derf. üb. d. Emser Depeche v. 1870	147
Die Königinnen d. Niederlande in Potsdam und Berlin	108		
Trinkspruch des Kaisers auf die Königinnen	109		
Verlob. des Pr. Ferdinand v. Hohenz.	111		

	Seite		Seite
Verf. über einen Krieg mit Rußland	148	Die Parteien	192
Erörterungen über die Landwehr .	149	Großherzogtum Baden	193
Eröffnung d. preuß. Landtags	150	Die Parteien	193
Steuerreformplan	151	Landtag	194
Die Steuervorlagen im Abgeord-		Volksschulgesetz	195
netenhause	153	Religiöse Orden	195
Das Herrenhaus	156	Direktes Wahlrecht	195
Eröffnung des Reichstags . . .	156	Rücktritt Lameys	196
Der Reichskanzler üb. d. Militär-		Schluß des Landtags	196
vorlage	158	Ansprache des Großherzogs . .	197
Der Reichshaushaltsetz f. 1893/94	163	Schrift über Kaspar Hauser . .	197
Erste Etatsberatung im Reichstag	164	Regierungsjubiläum	197
Programm d. konservativen		Toast auf d. König v. Württemberg	199
Partei	165	Ultramontane Partei	199
Parteitag der Konservativen . .	166	Königreich Württemberg . . .	199
Parteitag der Sozialdemokraten .	168	Pfarrer Schrempf u. d. Apostolikum	200
Prozeß Ahlwardt	168	Die Frage der Männer-Orden . .	201
D. Militärvorlage im Reichstag	169	Die deutsche Partei	202
Das Kaiserpaar	172	Der König in Weimar	204
Sonstige Angelegenheiten im Reichs-		Geburtstag des Königs	204
tag	173	Trinkspruch d. Königs auf d. König	
Verletzung hoher Militärs . . .	174	von Sachsen	205
Verletzung von Gesandten . . .	175	Der König in Tübingen	205
Tod hervorragender Personen . .	176	Herzog Wilhelm	206
Kolonialrat	180	Der König in Reutlingen	206
Schutzgebiet in Ostafrika	181	Königin Charlotte	206
Schutzgebiet in Südwestafrika . .	182	Die königliche Familie	207
Elfaß=Lothringen	183	Staatshaushalt	207
Landesausschuß	183	Königreich Baiern	207
Reisen des Statthalters	184	Der Landtag	207
Nationaldenkmal in Metz	184	Redemptoristenfrage	208
Stimmung im Reichslande	185	Gymnasialreform	209
Bremen und Hamburg	185	Militärische Gerichtsbarkeit . .	209
Lübeck, Meuß, Schwarzburg,		Mißhandlung von Soldaten . . .	209
Lippe	186	Über d. pr. Volksschulgesetzentwurf	
Anhalt, Meiningen, Ko-		Finanzgesetz	212
burg, Braunschweig	187	Altkatholikenfrage	212
Großherzogtum Mecklenburg . . .	188	Parteibewegung	213
Großherzogtum Hessen	189	Teufelastreibung in Wending . .	214
Regierungswechsel	189	Spaltung in d. ultramontanen Partei	216
Königreich Sachsen	191	Heeresdenkmal in München . . .	217
Prinz Georg	191	Der König v. Würtemb. in München	218
Landtag	191	Die königliche Familie	219

Österreich-Ungarn.

S. 220—257.

	Seite		Seite
Deutsch-liberale Partei	220	Neue Spannung zwischen d. deutsch- liber. Partei und der Regierung	239
Die böhmische Ausgleichs- frage	221	Rücktritt d. Ministers Graf Kuen- burg	239
Der böhmische Landtag	223	Slavenfreundliche Verordnungen f. Kärnten	240
Czechische Kundgebungen	226	Die kaiserliche Familie	240
Der Reichsrat	227	Nadethy=Denkmal in Wien	241
Die Handelsverträge	227	Österreichische Totenliste	242
Die Steuerreformfrage	228	Ministerpräsident Szapary	243
Die Währungsreform	229	Schluß d. ungarischen Reichs- tags	243
Antrag auf Anklage des Justiz- ministers	230	Neuwahlen in Ungarn	244
Die deutsch-liberale u. die polnische Partei	232	Thronrede in Ofen	245
Landtage der Kronländer	232	Adreßberatung im Unterhause	246
Stadt Reichenberg in Böhmen	234	Die Opposition im Reichstage	246
Eröffnung der Delegationen in Pest	235	Finanzen u. Kirchenpolitik Ungarns	248
Das gemeinsame Budget	235	Krönungs=Jubiläum in Pest	249
Ansprache des Kaisers	235	Die rumänische Nationalpartei	250
Jungczechischer Angriff auf den Dreibund	235	Evangelische und katholische Kirche	251
Dienstsprache im Heer	237	Kossuth=Feier	252
Kalnoky über die auswärtige Lage	237	Wiedereröffnung des Reichstags	253
Wiederzusammentritt des Reichs- rats	238	Ungarisches Budget für 1893	253
Paarschub	238	Sowwed- und Genzi=Denkmale	253
Budget für 1893	238	Die niedere katholische Geistlichkeit	254
Stürmische Szenen	238	Obligatorische Zivilehe	254
Die Frage des böhmischen Lands- mannschaftsministers	239	Ministerium Weyerle	254
		Dalmatien und Kroatien	255
		Bosnien und Herzegowina	256
		Ungarische Totenliste	256

R u ß l a n d.

S. 257—267.

	Seite		Seite
Hungersnot	257	Cholera	260
Arbeitseinstellungen	258	Russifizierungsmaßregeln	261
Zubenfrage	259	Finanzen	262
Neue Städteordnung	259	Panflavisten	262
Befreiung der Kalmücken	259	Kundgebungen für Frankreich	263

	Seite		Seite
Die kaiserliche Familie	264	Armenische Kirche	265
Enthüllungen	264	Bamirfrage	265
Meerengenfrage	265	Totenliste	266

Frankreich.

S. 267—295.

	Seite		Seite
Carnots Neujahrsrede	267	Festlichkeiten	278
Empfang der Kammern	267	Jahrhundertfeier d. Revolution	279
Opposition der Bischöfe	268	Französisch-russisches Fest	282
Kardinal Lavigerie	269	Die Monarchisten	282
Die religiösen Genossenschaften	270	Arbeiterbewegung in Carmaux . . .	283
Rücktritt des Ministeriums Frey-		Kongreß der Sozialrevolutionäre . .	285
cinet	270	Eroberung Dahomehs	286
Ministerium Loubet	270	Panama = Kanal = Angelegenheit	287
Erneute Opposition der Bischöfe . .	271	Rücktritt des Ministeriums Loubet	289
Union des christlichen Frankreich . .	272	Ministerium Ribot	290
Der Graf von Paris	272	Rücktritt d. Finanzministers Rouvier	291
Anarchisten	273	Gefändnisse Rouviers u. Floquets	292
Krieg gegen Dahomeh	274	Zollkrieg mit der Schweiz	293
Bildung eines Kolonialheeres	275	Budget	293
Expeditionen in Afrika	275	Rekrutierung und Manöver	293
Fest in Nancy	275	Kolonien	293
Marineverwaltung	277	Totenliste	294

Großbritannien und Irland.

S. 295—308.

	Seite		Seite
Tod des Herzogs von Clarence	295	Home = Rule	302
Die englische Königsfamilie	296	Arbeiterbewegung	303
Session des Parlaments	297	Der neue Erzbischof von West-	
Wahlbewegung	298	minster	304
Neuwahlen zum Unterhause	299	Kolonien in Afrika	304
Rücktritt d. Ministeriums Salis-		Ostindien und Birma	305
bury	299	Australien	306
Ministerium Gladstone	300	Kanada	307
Die Frage wegen Ugandas	301	Totenliste	307

Italien.

S. 309—334.

	Seite		Seite
Anderung im Ministerium di Rudini	309	Gesetz wegen der Kunstsammlungen	310
Handelsverträge u. Dreibundsfrage	309	Arbeiterbewegung	311

	Seite		Seite
Studentenunruhen	311	Patriotische Gedenktage	319
Erythräische Kolonie	312	Columbusfeste	321
Militärische Fragen	312	Ministerielle Reformpläne	325
Der Botschafterposten in Berlin	313	Auflösung der Deputiertenkammer	326
Staatshaushalt	314	Wahlbewegung	327
Neubildung des Ministeriums di Rudini	315	Neuwahlen	328
Rücktritt desselben	316	Thronrede des Königs	328
Ministerium Giolitti	316	Adreßberatung	329
Provisorisches Budget	317	Der Senat u. d. Vorrechte d. Krone	330
Die königliche Familie	319	Papst Leo XIII.	331
		Totenliste	334

Spanien und Portugal.

S. 335—348.

	Seite		Seite
Spanischer Zolltarif	335	Ministerium Sagasta	343
Arbeiterbewegung	335	Totenliste	343
Unruhen	337	Portugals Finanzen	344
Republikanische Partei	338	Ministerium Dias Ferreira	344
Budget	338	Steuern und Ersparungen	345
Die königliche Familie	339	Behandlung der Staatsgläubiger	346
Columbusfeste	339	Neuwahl der Cortes	347
Provinzialräte	342	Kolonien	347

Belgien, Holland, Luxemburg.

S. 348—365.

	Seite		Seite
Generalakte der Antisflaverei-Kon- ferenz	348	Wahlgesetzfrage	358
Handelsverträge Belgiens	348	Totenliste	358
Verfassungsänderung	349	Die Generalstaaten der Nieder- lande	359
Die Forts an der Maas	351	Parteibewegung	360
Belgiens Verhältnis zum Kongostaat	352	Festlichkeiten	361
Neuwahlen der Kammern	353	Heeresorganisation	362
Anarchisten	353	Wahlgesetzfrage	363
Verstimmung gegen Frankreich	355	Totenliste	363
Die Kammern	356	Luxemburg	363

Dänemark, Schweden, Norwegen.

S. 365—380.

	Seite		Seite
Dänischer Reichstag	365	Die Königsfamilie	366
Finanzgesetzfrage	365	Neuer Reichstag	367

	Seite		Seite
Finanz- und Verfassungsfrage	368	Arbeiterbewegung	373
Heeresorganisation	369	Militärfrage	374
Dänische Totenliste	370	Norwegischer Reichstag	374
Schwedischer Reichstag	370	Ministerkrisis	377
König Oskar	373	Die Unionsfrage	378

Schw e i z.

S. 380—385.

	Seite		Seite
Bundesversammlung	380	Internationale Kongresse	384
Befestigungen	381	Bundespräsident	385
Die Kantone	382	Parteien	385

Die Balkanstaaten und Griechenland.

S. 386—393.

	Seite		Seite
Aufstände in der Türkei	386	Verlobung des Thronfolgers	391
Bulgarien	387	Die Skupstina in Serbien	391
Reisen des Prinzen Ferdinand	387	Gesetz über den Erzkönig Milan	391
Note nach Belgrad	388	Wechsel des Ministeriums	392
Er mordung Bulfowitschs	388	Finanzen Griechenlands	392
Note an die Pforte	388	Rücktritt des Ministeriums De-	
Hinrichtungen in Sofia	389	lyannis	392
Stambolow in Konstantinopel	389	Gespannte Lage	393
Ansprachen des Prinzen Ferdinand	390	Ministerium Trikoupis	393
Änderung der Verfassung	390	Budget	393
Neuwahlen in Rumänien	390	Silberne Hochzeit des Königs	393
Thronrede	391	Montenegro	393

Außereuropäische Staaten.

S. 394—398.

	Seite		Seite
Thronwechsel in Ägypten	394	Ost- und Südafrika	396
Finanzen	395	Persien	396
Die Frage des Sudans	395	Sonstige Staaten Asiens	397
Marokko	395	Nordamerika	397
Kongostaat	395	Mittel- und Südamerika	398

V o r w o r t.

Das Jahr 1893 verlief, ohne daß die Besorgnis vor einem allgemeinen europäischen Kriege gestiegen wäre, auf welchen man überall seit Jahren sich gefaßt hält. Um so störender machten sich als Folgen der steigenden militärischen Vorbereitungen wirtschaftliche Nachteile und finanzielle Bedrängnisse in fast allen Staaten Europas bemerklich. Hierdurch wurde für das Deutsche Reich die zur Sicherung des Friedens nötig gehaltene neue große militärische Anspannung zu einem schweren Stück Arbeit. Nach der lebhaftesten Bewegung wurde die Militärvorlage mit einem neugewählten Reichstag durchgesetzt, und gegen Ende des Jahres begannen schwierige Bemühungen zur Beschaffung der hierzu nötigen Mittel, unter gleichzeitig heftigen Parteikämpfen bezüglich eines Handelsvertrages mit Rußland. In Österreich erlitt das langjährige System der abwechselnden Bevorzugung einzelner Nationalitäten endlich Schiffbruch, worauf sich ein neues System auf den Schultern der vorläufig zusammenhaltenden drei großen Parteien des Reichstags aufzubauen anfang. In Ungarn wurde durch Vorlegung kirchenpolitischer Gesetze der Versuch zur Beilegung heftiger Streitigkeiten unternommen. Italien laborierte mehr als irgend ein anderes europäisches Land am Zustande seiner Finanzen; Entdeckung starker Unregelmäßigkeiten der Banken gab den letzten Anstoß zur Unternehmung eines ernstlichen und kräftigen Versuchs, durch Abstellung von Mißbräuchen im Staatswesen die tief gesunkenen Finanzen wieder zu heben. Frankreichs Zustände erschienen infolge der Aufrihrung des Panamajumpfes in übelem Lichte, worauf die Bevölkerung, anlässlich eines russischen Flottenbesuchs in Toulon, in leidenschaftlicher Hingabe an die Idee einer Freundschaft mit Rußland Erholung suchte. Großbritannien hatte vollauf mit Gladstones Homerule-Bill für Irland zu schaffen. Spanien hatte mit Anarchisten

und in Nordafrika Kämpfe zu bestehen. In Belgien kam die Verfassungsänderung vorläufig zum Abschluß, wogegen in Holland die Wahlrechtsfrage nicht recht weiterrückte. Der Streit um die Erhaltung von Schwedens Union mit Norwegen spitzte sich immer mehr zu. Im Orient traten besonders die Verhältnisse Serbiens hervor, indem der Parteienstreit zu Gewaltthätigkeiten des jungen Königs und zur Gefährdung der Dynastie führte. Nordamerika erlebte, ungeachtet der Weltausstellung in Chicago, ein Jahr tiefer wirtschaftlicher Zerrüttung, während in fast allen Staaten Mittel- und Südamerikas Aufstände und Revolutionen mehr als in den letzten Jahren die Entwicklung hemmten.

Groß-Lichterfelde, im März 1894.

Karl Wippermann.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Deutsche Reich.

©. 1—215.

	Seite		Seite
Neujahrsempfang beim Kaiser	1	Ehrenbezeug. für Graf Caprivi	38
Ansprache in der Ruhmeshalle	2	Rede d. Kaisers an den brandenb. Landtag	39
Hochzeitsfeier in Sigmaringen	4	D. Militär-Kommission d. Reichs= tags	40
Der Kaiser in Straßburg	5	Rundgebungen zur Militär-Vorl.	42
Derselbe in Karlsruhe	6	Fortschritte der landw. Bewegung	43
Ordensfest	6	Die Frage des Jesuitengesetzes	44
Vermählung d. Prinzess. Margarethe	7	Gegensätze in der Zentrumsparlei	45
Der Zarewitsch in Berlin	7	Ahlwardt=Skandal im Reichstag	48
Geburtstag des Kaisers	8	3. Lesung des Etats im Reichstag	50
Trinkpruch auf die englische Flotte	9	Die Parteien über Antisemitismus	51
Die Presse über die Militär= vorlage	10	Neuer Ahlwardt=Skand. i. Reichstag	52
Militär-Kommission und Reichstag	11	Besuche am kaiserlichen Hofe	53
Rundgebungen von Generalen	22	Der Kaiser in Holstein	53
v. Schöffle üb. d. Kosten d. nächsten Krieges	23	Das Kaiserpaar in Rom	54
General v. Loë nach Rom	24	Trinkpruch d. Kaisers i. Quirinal	56
Das Ausland und die Mil.=Vorl.	25	Das Kaiserpaar beim Papst	57
Die Parteien über die Mil.=Vorl.	26	Daselbe in Neapel und Pompeji	58
Landwirtschaftl. Bewegung	27	Der Kaiser und Kard. Ledochowski	60
Bund der Landwirte	29	Das Kaiserpaar in Luzern	61
Die Landwirte beim Kaiser	30	Zweite Beratung der Mil.=Vorl. im Reichstag	62
Antisemitische Bewegung	31	Auflösung des Reichstags	67
Die sozialdemokratische Frage im Reichstag	33	Die Presse hierüber	68
Statsberatung	34	Wahlaufruf der Sozialdemokraten	71
Preuß. Abgeordnetenhaus	35	Spaltung der freisinnigen Partei	72
D. Militär-Kommission d. Reichstags	37	Freisinnige Volkspartei	73
Der Kaiser in Strelitz	38	Freisinnige Vereinigung	74

	Seite		Seite
Spaltung in der Zentrumsparthei	75	Zollverhandlungen mit Ruß-	
Wahlaufruf der konserv. Partei	76	land	127
Kais. Ansprache an die Generale	76	Zollkrieg mit Rußland	127
Fürstliche Kundgebungen	77	Konferenz d. deutsch. Finanzminister	128
Wahlaufrufe der Sozialen	78	Fürst Bismarck a. d. Braun-	
Die Reichsparteien und die Land-		schweiger	129
wirte	79	Fürst Bismarck an die Thüringer	
Rechtstagskandidaten	80	und Frankfurter	130
Rede des Kaisers in Görlik	81	Der Kaiser in Ungarn	131
Wahlbewegung	82	Depeschenwechsel zwischen d. Kaiser	
Wahlen zum Reichstag	91	und Fürst Bismarck	131
Bewegung für die Stichwahlen	92	Kais. Erlaß a. Prof. Schwenninger	133
Ergebnis der Wahlen	94	Der Kaiser in Schweden u. Ost-	
Die Parteien nach den Wahlen	95	preußen	135
Eröffnung des neuen Reichstags	97	Kaiserdenkmal in Bremen	136
Die neue Militärvorlage	98	Konservative und Antisemiten	137
Ihre erste Beratung	100	Norddeutscher Antisemitentag	137
Das Reichstagspräsidium b. Kaiser	103	D. Freisinnigen i. d. Wahlbewegung	138
Fürst Bismarck an Besucher aus		Deutscher Katholikentag	139
Lippe	104	Bruch in der Polenparthei	140
Das preuß. Abgeordnetenhaus	105	Die Rechtsparteien	141
Die Steuergesetze	106	Bund der Landwirte	141
2. Beratung der Militär-Vorlage	107	Parteitag der Sozialdemokraten	142
3. Beratung der Militär-Vorlage	108	Wahlen zum preussischen Ab-	
Abschluß der Heeresreform	109	geordnetenhauses	143
Dankfagungen des Kaisers	110	Die Konservativen n. d. Wahlen	144
Der Kaiser in Danzig und Posen	111	Gedächtniskirche der Reformation	144
D. Kaiserpaar in Schleswig-Holstein	112	Thronrede z. Eröffnung d. Reichs-	
D. Kaiser in England u. Helgoland	113	tags	145
Die Herbstmanöver	114	Präsidium des Reichstags	146
Ansprachen des Kaisers in Koblenz	115	Fraktionen	146
Das Kaiserpaar in Trier	116	Graf Caprivi und v. Manteuffel	147
Der Kaiser in Metz	117	Handelsverträge mit Spanien, Ru-	
Aufenthalt in Urville	118	mänien, Serbien	148
Parade bei Frascati	119	Gesetzentwurf über Tabaksteuer	151
Anspr. d. Kaisers a. d. Lothringer	119	Gesetzentwurf über Weinsteuer	152
Einzug in Straßburg	120	Gesetzentw. üb. Stempelabgaben	152
Belobung des 15. Armeekorps	121	Reichshaushaltsetz für 1894—95	153
Ansprache des Kaisers in Karlsruhe	122	Jesuitengesetz	158
Manöver im Elsaß	123	Stempelabgaben-Gesetz	162
Manöver in Württemberg	124	Ergänzung der sozialen Gesetze	163
D. Ausland üb. d. Kaisermanöver	125	Verhalten der Konservativen und	
Parteitag der freif. Volkspartei	126	Agrarier	163

	Seite		Seite
Reisen des Kaisers	165	Totenliste	192
Personalveränderungen	166	Königreich Württemberg	193
Totenliste	167	Landtag	193
Die Schutzgebiete	170	Frage der Gesandtschaften	194
Hinterland von Kamerun	170	Angriffe auf die 1. Kammer	196
Deutsch-englisches Abkommen	171	Steuerfrage	197
Südwestafrika	172	Die königliche Familie	197
Ostafrika	173	Die evangelische Kirche	198
Königreich Bayern	174	Totenliste	200
Die königliche Familie	175	Großherzogtum Baden	201
Landtagswahlen	177	Änderung des Ministeriums	201
Eröffnung des Landtags	178	Die großherzogliche Familie	201
Budget	178	Landtagswahlen	202
Militärische Fragen	179	Eröffnung des Landtags	202
Wahlgesetzfrage	180	Steuerfragen	203
Landwirtschaftliche Fragen	180	Großherzogtum Hessen	203
Über die Vermehrung des Reichs- heeres	182	Landtag	203
Über das Verhältnis Bayerns zum Reiche	183	Neuwahlen	204
Über die Zivilliste	185	Die großherzogliche Familie	204
Über die Reichssteuerprojekte	186	M e c k l e n b u r g = S c h w e r i n und Strelitz	205
Duellwesen	187	S a c h s e n = W e i m a r u. O l d e n = b u r g	205
Strafprozeßordnung	187	B r a u n s c h w e i g und S a c h s e n = M e i n i n g e n	206
Personalveränderungen	188	R o b u r g = G o t h a	207
Totenliste	188	A n h a l t	211
Königreich Sachsen	188	L i p p e = D e t m o l d	212
Die königliche Familie	189	S c h a u m b u r g = L i p p e	213
Konservative Versammlung	190	W a l d e c k	213
Landtagswahlen	191	S c h w a r z b u r g und R e u ß	214
Landtag	191	F r e i e S t ä d t e und R e i c h s l a n d e	215
Sanitätskonferenz	192		

Österreich-Ungarn.

S. 215—248.

	Seite		Seite
Regierungs-Programm des Gr. Laaffe	215	Handelspolitik	218
Reichsrat	216	Präsidium des Abgeordnetenhauses	218
Schulfragen	216	Nationalpolitische Erörterungen	218
Sprache der Gerichtsakten	217	Landtage der Einzelländer	219
Pölnische Steuerfragen	217	Böhmische Landtag	219
		Niederösterreichischer Landtag	221

	Seite		Seite
Tiroler Landtag	222	Denkschriften der Bischöfe	240
Delegationen	222	Kultusetat	241
Ansprache des Kaisers	222	Angriffe auf K. Tisza	242
Kálnoky über den Dreibund	223	Die ersten kirchenpolitischen Vor-	
Derselbe über Rußland u. Friedens-		lagen	242
ansichten	223	Der König in Ofen	243
Polen und Ruthenen	226	Die Rumänien Siebenbürgens	243
Die Gegensätze in Böhmen	227	Die großen Manöver	244
Reichsrat	230	Der Papst an die Bischöfe	244
Budget für 1894	230	Reichstag	245
Wahlordnung	231	Budget für 1894	245
Prags Ausnahmezustand	232, 234	Die Opposition im Abgeordneten-	
Rücktritt des Ministeriums Taaffe	233	hause	246
Ministerium Fürst Windischgrätz .	233	Vorlagen über Eherecht und Misch-	
Die kaiserliche Familie	235	ehen	246
Totenliste	237	Besonderer Hofstaat	247
Kirchenpolitik in Ungarn	238	Totenliste	247

Rußland.

S. 248—255.

	Seite		Seite
Allgemeine Lage	248	Zollkrieg mit Deutschland	251
Russifizierung Polens	248	Die kaiserliche Familie	251
Bedrückung d. Ostseeprovinzen	249	Flottenbesuch in Toulon	253
Behandlung Finnlands	250	Totenliste	255
Not in den Kosaken-Gebieten	250		

Frankreich.

S. 255—280.

	Seite		Seite
Neujahrs-Ansprache Carnots	255	Königliche Partei	265
Änderungen i. Ministerium Ribot	256	Der Papst an den Grafen de Mun	265
Panamaprozeß	257	Verschiedene Gesetze	266
Die Kammeru	259	Ferry, Präsident des Senats	267
Nachrichten-Agenturen	259	Ferrys Ansprache und Tod	268
Über die Panamafache	260	Ministerium Dupuy	269
Rede Cavaignacs	261	Unruhen in Paris	270
D. „republikanische Konzentrierung“	261	Schließung der Arbeiterbörse	270
Über die allgemeine Politik	261	Budget	270
Bestechungsprozeß	263	Kadre- und Fremden gesetz	271
Pariser Dynamitgesellschaft	264	Streit mit Siam	271
Fall Turpin	264	Aigues-Mortes	272

	Seite		Seite
Wahlen zur Deputiertenkammer	273	Ministerium Casimir-Périer	278
Russ. Flottenbesuch in Toulon	274	Gesetze gegen die Anarchisten	279
Eröffnung der Kammern	276	Krieg gegen Dahomeh	279
Erklärung des Ministeriums Dupuy	277	Totenliste	280

Großbritannien und Irland.

S. 280—298.

	Seite		Seite
Eröffnung des Parlaments	280	Reden von Staatsmännern	292
Adressberatung	281	Die Flotte	293
Homerule-Vorlage	282	Lohnausstand	293
Bewegung gegen dieselbe	284	Katholische Bewegung	293
Zweite Lesung im Unterhause	287	Die königliche Familie	294
Dritte Lesung	289	Kolonien	295
Fall im Oberhause	290	Matabelekrieg	296
Angelegenheiten Schottlands	290	Witu	296
Reform der Gemeindeverfassung	291	Ostindien	297
Haftpflicht der Arbeiter	291	Australien	297
SessionsSchluß	292	Personalien	298

I t a l i e n .

S. 298—314.

	Seite		Seite
Neujahrsrede des Königs	298	Englischer Flottenbesuch in Tarent	309
Universitätsunruhen	299	Patriotische Festlichkeiten	309
Das Parlament	299	Sozialistische Bewegung	310
Die Frage der Privatbanken	299	Reden Giolittis	310
Auswärtige Fragen	302	Die Bankenfrage	311
Finanzen	303	Ministerium Crispi	312
Die königliche Familie	303	Unruhen in Sizilien	313
Budget	305	Kolonie am roten Meere	313
Änderung im Ministerium	305	Totenliste	314
Auswärtige Fragen	306	Ernenennung von Kardinälen	314
Dreibundsfrage	306	Papstjubiläum	314
Aufregung gegen Frankreich	307		
Flottenmanöver	309		

Spanien und Portugal.

S. 315—321.

	Seite		Seite
Wahlbewegung in Spanien	315	Unruhen	317
Cortes	315	Kampf mit den Riffbewohnern	317

	Seite		Seite
Unruhen auf Cuba	318	Finanzlage in Portugal . . .	319
Die königliche Familie	318	Ministerium Hintze-Ribeiro . . .	320

Belgien, Holland, Luxemburg.

©. 321—327.

	Seite		Seite
Verfassungsänderung in Belgien	321	Generalstaaten	325
Militär-Neutereien	323	Die Königinnen	325
Slämische Bewegung	323	Atchinesenfrage	326
Notstand in Holland	324	Der Erbgroßherzog von Luxemburg	326
Unruhen	324	Kirchenpolitische Frage	326
Änderung des Wahlrechts	325	Budget	327

Dänemark, Schweden, Norwegen.

©. 327—332.

	Seite		Seite
Der Reichstag in Dänemark	327	Der Reichstag in Schweden	329
Budget	327	Die Frage des allgemeinen Stimmrechts	329
Befestigung Kopenhagens	328	Neuwahlen	330
Nordschleswig	328	Der König	330
Etat	328	Konsulatsfrage Norwegens	330
Agrarische Partei	328	Neben des Königs	331
Island	329		
Die königliche Familie	329		

Schw e i z .

©. 332—335.

	Seite		Seite
Bundesversammlung	332	Anarchistengesetz	334
Rheinregulierung	332	Simplonbahn	334
Volksinitiative	333	Kantone	334

Die Balkanstaaten und Griechenland.

©. 335—336.

	Seite		Seite
Finanzen der Türkei	335	Verlobung des Regenten	337
Anatolische Eisenbahnen	335	Glückwunsch des Sultans	337
Pilgerfahrt	335	Vermählung des Regenten	338
Patriarchen	336	Einzug in Tirnowo und Sofia	338
Aufstand in Yemen	336	Verfassungsänderung	338
Bulgarien	336	Leichenfeier für Graf Hartenau	339

	Seite		Seite
Rumänien	339	Staatsstreich	341
Geburt eines Sohnes des Thron- folgers	339	Rundreisen des Königs	342
Unruhen	340	Ministerium Gruic	343
Thronrede	340	Finanzen	343
Siebenbürger Frage	340	Griechenland	343
Serbien	340	Ministerium Sotiropulos	344
Verjöhnung Milans mit Natalie .	340	Ministerium Trifupis	344
Parteikämpfe	341	Bankerott	345

Außereuropäische Staaten.

S. 345—359.

	Seite		Seite
Der Khedive von Ägypten	345	Handels- und Fremdenfrage	351
Sein Verhältnis zu England	346	Japan	352
Englische Truppenvermehrung	346	Korea, Samoa, Tonga	353
Ägyptische Finanzen	347	Nordamerika	354
Montenegros Reformfrage	347	Harrisons letzte Amtszeit	354
Reise des Sultans von Marokko	348	Clevelands Regierungsantritt	354
Die Riff-Kabylen	348	Weltausstellung in Chicago	355
Abyssinien	349	Währungsfrage	355
Niederlagen d. Araber im Kongo- staate	349	Chinesenfrage	356
Thronwechsel in Sansibar	350	Beringsmeerfrage	356
Aufstand in Uganda	350	Hawaiifrage	356
Südafrikanische Republik	350	Mexiko	356
Dranjestaat	351	Bürgerkriege in Mittelamerika	357
Persien und Afghanistan	351	Domingo und Haiti	358
China	351	Südamerika	358

Deutsches Reich.

Die Neujahrsfeier am Kaiserlichen Hofe nahm in der üblichen Weise ihren Verlauf. Um 10 Uhr vormittags fand in der Kapelle des königlichen Schlosses zu Berlin ein Gottesdienst statt, an welchem, außer dem Kaiserpaare, die Kaiserin Friedrich, alle Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, eine Reihe anderer deutscher Prinzen, der Hof, die Generalität, die Minister, die Mitglieder des Bundesrats, die Präsidien des Reichstags wie des Landtags und hohe Staatswürdenträger teilnahmen. Den Gottesdienst leitete Hofprediger Dryander, der in seiner Predigt darauf hinwies, daß wir nicht wüßten, was die neue Zeit bringen werde, welche Stürme uns bevorständen und was uns vielleicht genommen würde, das jetzt noch unser Schmuck sei. Es schloß sich daran ein großer Empfang im Weißen Saale des königlichen Schlosses, wo dem Throne gegenüber die Schloßgarde-Kompanie mit der Fahne Aufstellung genommen hatte. Den Vorübergang eröffnete der Reichskanzler Graf v. Caprivi, dem der Kaiser huldvoll die Hand reichte. Auch der sächsische Gesandte Graf von Hohenthal und der Staatssekretär v. Boetticher wurden durch Handreichung ausgezeichnet. Zur Paroleausgabe erschien der Kaiser in der Ruhmeshalle, wo er eine Ansprache nur militärischen Charakters hielt. Bei diesem Besuche wies der Kaiser auch den Platz an, wo die dem verewigten Feldmarschall Grafen Moltke verliehenen Ordensauszeichnungen aufbewahrt werden sollen. Es ist der Raum, der bereits die Orden, Uniformen und Waffen der beiden ersten Kaiser birgt. Ferner besichtigte der Kaiser hier die von der Familie Freeze überlassene

dänische Fahne, welche am 5. April 1849 bei Apenrade vom Infanteristen Freese unter dem heftigsten Feuer dänischer Schaluppen von dem Mast an der Landungsbrücke entfernt worden war. Schon in den ersten Tagen des Jahres trat wieder die bekannte Pietät des Kaisers für patriotische Gedenktage hervor: In einer Zuschrift an H. v. Korn in Breslau, den Verleger der „Schlesischen Zeitung“, gedachte er mit großer Anerkennung des nunmehr 150jährigen Bestehens dieses unmittelbar nach der Besitzergreifung Schlesiens durch Friedrich den Großen gegründeten Blattes. Zu Friedrichs ersten Regierungshandlungen dort hatte nämlich die Erteilung dieses Privilegs gehört, und die königlichen Aufrufe, aus welchen die große vaterländische Bewegung von 1813 hervorging, waren in diesem Blatte veröffentlicht. Ein anderer Gedenktag, der 11. Januar, der „Entscheidungsstag von Le Mans“ im Kriege von 1871, veranlaßte den Kaiser, dem General der Infanterie v. Alvensleben den Schwarzen Adlerorden zu verleihen zur Auszeichnung des von ihm damals geführten braven 3. Armeekorps. Am Todestage der Kaiserin Augusta, den 7. Januar, begaben sich der Kaiser, seine Gemahlin und seine Mutter in das Mausoleum des Charlottenburger Schloßparks, wo sie Kränze am Sarge niederlegten. Am 12. Januar empfing der Kaiser den bis dahin seinem Namen nach unbekanntem „Wohltäter der Eifel“, den Geh. Kommerzienrat Gruson aus Buckau-Magdeburg, und den in gleicher Weise verdienstreichen Oberst z. D. v. Giese, um für die Hilfe zu danken, welche sie den armen Bewohnern des Hohen Venn und der ganzen Eifel gebracht hatten. An demselben Tage empfing der Kaiser den neu ernannten Erzbischof von Posen und Gnesen, Florian v. Stablewski. Sein Vorgänger Dinder war schon am 30. Mai 1890 gestorben. Auf diesen war bekanntlich im Mai 1886 die Wahl gefallen, weil er ein Deutscher war und man mit dem Polen Ledochowski so üble Erfahrungen gemacht hatte. Lange hatte sich keine geeignete Persönlichkeit finden lassen. Endlich hatte man sich am 30. Dezember 1891 doch wieder für einen Polen, für jenen Propst zu Wreschen entschieden, weil er am vorhergehenden 27. September auf dem polnischen Katholikentage zu Thorn eine auffallend staatsstreuere Rede gehalten hatte. Er hatte dort insbesondere betont, die Katholiken leisteten der über sie gestellten Regierung aus innerster Überzeugung Gehorsam

und die Polen wollten wegen der Zurücksetzungen, die sie erfahren zu haben glaubten, nicht aufwiegeln, sondern Rat schaffen, denn Vergeben sei in der Politik oft geboten. Die Bestätigung Stablewski's war erfolgt trotz mancher in der Presse laut gewordener Warnungen und der Hinweis, daß er zur Zeit des Kulturkampfes als Abgeordneter in der vordersten Reihe der Streiter gegen den Staat gestanden habe. Da nahm nun der Kaiser den Akt der Eidesleistung des Erzbischofs zum Anlaß, ihm, in Erinnerung an seine in Thorn ausgesprochenen Grundsätze, den Standpunkt, von dem die Regierung ausgegangen, nochmals recht deutlich vorzuführen. Er ließ sich in Person den Eid schwören, und zwar unter Entfaltung eines seit 1866 bei solchen Fällen nicht mehr üblich gewesenen Pomps. Die Ansprache Stablewski's atmete den Geist seiner Thorer Rede. Durch seinen Eid, sagte er, solle Gott „Ehre werden auf Erden“ und der König habe „das Recht, nicht bloß äußern Gehorsam, sondern ehrfurchtsvolle Liebe und Hingebung zu fordern.“ Der Kaiser begann seine Erwiderung damit, er habe es für „angezeigt gehalten“, das Gelöbniß selbst entgegenzunehmen. Vorschlag und landesherrliche Anerkennung seien in dem Vertrauen erfolgt, daß der Erzbischof in seinem Amte allezeit die Grundsätze bethätigen werde, die er als Christ und Unterthan dem Könige und dem Staate schulde. „Ich erwarte,“ fuhr der Kaiser fort, „daß es Ihnen gelingen wird, soweit dies Ihres Amtes ist, die Gegensätze zu versöhnen, welche bei Kindern ein es Landes keine Berechtigung haben, und daß Sie in den Ihrer bischöflichen Obhut anvertrauten Diözesanen den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen Mich und Mein Haus, des Gehorsams gegen die von Gott geordnete Obrigkeit, der Achtung vor den Gesetzen des Landes sowie der Eintracht unter den Bewohnern desselben pflegen und nähren werden. Ich hege diese Erwartung mit um so größerer Zuversicht, da Sie diese Grundsätze selbst als die Ihrigen ohne Scheu verkündet und Mir dadurch die Gewähr geboten haben, daß der Hirtenstab der Erzdiözese fortan in einer festen, treuen und gerechten Hand ruhen wird.“ Bisher ist die auf den neuen Erzbischof gesetzte Erwartung nicht getäuscht worden; seine Ernennung ist aber, namentlich vom Fürsten Bismarck, von einem Gesichtspunkte der äußern Politik mehrfach mißbilligt worden: es soll hierdurch wie durch andere Akte einer polenfreundlicheren Politik die russische Regierung verstimmt

und mißtrauisch geworden sein, zumal Stableski grade in seiner Thorner Rede Rußland als den „erbittertsten Feind“ der Polen und der katholischen Kirche bezeichnet hatte.

Erholung von den Regierungsgeschäften suchte der Kaiser in diesem Jahre zuerst im Bückeburger Ländchen. Am 13. Januar wurde er in Bückeburg von seinem Schwager, dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe, und dessen Gemahlin, der Prinzessin Viktoria von Preußen empfangen und durch die erleuchtete Stadt zwischen Spaliere der Bürger und Vereine nach dem altertümlichen Schlosse geleitet. Am folgenden Morgen wurde er bei der Ausfahrt von den auf dem Schloßplatz und dem Schloßwall versammelten Landleuten in Nationaltracht lebhaft begrüßt. Die Fahrt ging nach dem waldigen Bückeberge, in dessen Gründen der Kaiser mit seinem Schwager Jagd auf Hirsche hielt. Nach der Heimkehr wohnte der Kaiser am 16. Januar einer Sitzung des Komitees für den Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin bei und ergriff, nach dem Vortrage des leitenden Architekten, das Wort, um auszusprechen, daß es nimmermehr an den erforderlichen Mitteln fehlen könne und werde, um, wie es unbedingt notwendig sei, das geplante Werk im Außern und Innern zu einem herrlichen, solchen Kaisers überaus würdigen zu gestalten. Am 17. Januar wurde das Krönungs- und Ordensfest, am 18. das Kapitel des hohen Ordens vom Schwarzen Adler im königlichen Schlosse zu Berlin in üblicher Weise gehalten. Am 19. Januar morgens früh um 8 Uhr traf der Kaiser in Kiel ein, begab sich alsbald an Bord des Panzerschiffs „Friedrich der Große“ und wohnte sodann der Vereidigung der jungen Marine-Mannschaften bei. Diese wurden, nach einer kirchlichen Feier in der Marienkirche, unter Borantritt der Kapelle der 1. Matrosendivision, zum Exerzierschuppen im Hofe der Matrosenkaserne geführt, und hier hielt der Kaiser an die Neueingestellten, nachdem sie ihm den Fahneneid geleistet, eine Ansprache. Er ermahnte sie, wo sie auch sein möchten, „im Inland oder Ausland, ob zu Kolonialzwecken oder zu wissenschaftlichen Expeditionen entsendet,“ sich stets eingedenk ihrer Pflichten als deutsche Matrosen zu benehmen, treu zu Kaiser und Reich zu stehen, wo es auch immer sei, und Religion und Gottesfurcht nicht zu vergessen. Es folgte eine Anzahl Ordensverleihungen an die Marine und zum Schluß teilte der Kaiser mit, daß Prinz Heinrich

von seinen Dienstleistungen als Kommandeur der 1. Matrosendivision enthoben und zum Reichsmarineamt nach Berlin abkommandiert sei. Der Prinz hatte einige Tage vorher die auf der „Germania“-Werft in Kiel erbaute Kreuzerfregatte H bei ihrem Stapellaufe auf den Namen „Kaiserin Augusta“ getauft. Nun verabschiedete er sich von Kiel, während der Kaiser an Bord des neuen Aviso „Pelikan“, gefolgt von drei Panzerschiffen sowie der Torpedoboot-Division, unter den Klängen des Präsentiermarsches nach der Außenförde abdampfte. Nach einem dort abgehaltenen gefechtsmäßigen Manöver kehrte er nach Kiel zurück, wo er in der Kaserne des Seebataillons lebhaftes Interesse am Kriegsspiel nahm.

Nunmehr wurde der preussische Hof durch den Besuch des württembergischen Königspaares in Anspruch genommen. Es war dies die erste Reise, welche der neue König von Württemberg unternahm und das erste Mal seit Bestehen des Deutschen Reiches, daß ein süddeutscher König die Reichshauptstadt besuchte. König Wilhelm II. und Königin Charlotte wurden hier mit besonderen Ehren empfangen. In der Halle des Anhalter Bahnhofes war die Leibeskadron des Garde-Husaren-Regiments mit Standarte aufgestellt. Der Kaiser und die Prinzen begrüßten die ankommenden Gäste, welche am Abend des 24. Januar auf dem Wege zum Schloß, von Garde-Kürassieren begleitet, durch die spalierbildenden Truppen fuhren und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ feierte die in dem Besuche verkörperte Zusammengehörigkeit der deutschen Nation und ihrer Fürstenthümer, sowie die stete Reichstreue des schwäbischen Volksstamms, aus dessen Mitte der Hohenzollernaar seinen Flug genommen. Folgenden Tags fand zu Ehren der Gäste ein Galadiner im königlichen Schlosse statt. In dem Trinkspruch, mit welchem der Kaiser die hohen Gäste hier beehrte, rief er ihnen ein herzliches Willkommen zu und fuhr dann also fort: „Eure Majestät kommen hieher nicht in eine fremde Stadt und nicht in fremde Räume. Die Truppen, die Sie begrüßen, die Waffen, die sich Ihnen entgegenstrecken, sind alte Bekannte. So alt bekannt sind auch die Verbindungen zwischen Unseren Häusern und so alt bekannt und fest die Freundschaft, die Unsere Alvordern miteinander verband und Uns innig jetzt umschlingt! Im Bewußtsein, daß diese Freundschaft für Unser ganzes Leben zum Heile

Unserer beiden Länder und Unseres gesamten Vaterlands ausschlagen werde, erhebe ich Mein Glas und trinke auf das Wohl Ihrer beiden Majestäten des Königs und der Königin von Württemberg.“ Der König von Württemberg erwiderte: „Eure Majestät gestatten Mir, daß ich namens der Königin und in Meinem Namen den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe für den herrlichen, schönen, warmen Empfang, den Wir in der Residenz Eurer Majestät gefunden haben. Richtig haben Eure Majestät erwähnt und betont, daß Ich nicht in einem fremden Lande und an einem fremden Orte hier bin. Sind es doch die schönsten Jahre Meines Lebens, die Ich in der glorreichen Armee Eurer Majestät zubringen durfte. Diese Jahre der Erinnerung sind ein dauernder Kitt, der Mich mit der Armee und mit Eurer Majestät verbindet, und sind zugleich ein Band, das fest umschlingen soll die Beziehungen Meines Landes zu dem deutschen Reiche und zu Eurer Majestät. Gestatten Eure Majestät, daß ich die Versammelten auffordere, auf das Wohl Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin zu trinken!“ Am 26. Januar fand zu Ehren der königlichen Gäste eine Frühstückstafel bei der Kaiserin Friedrich statt und nachmittags begab sich der Kaiser mit dem König nach Potsdam, wo sie eine Parade des Leib-Garde-Husaren-Regiments abnahmen, das 1. Garde-Regiment zu Fuß besichtigten, einem Schulreiten der Husaren-Offiziere beiwohnten und in der Offizier-Speiseanstalt jenes Husaren-Regiments ein Diner einnahmen.

Der 33. Geburtstag des Kaisers wurde am Hofe und in allen Teilen des Reichs festlich gefeiert. In Berlin ward er in aller Frühe eingeleitet durch die erhebenden Klänge von „Lobe den Herrn,“ ausgeführt vom Trompetercorps des Garde-Kürassier-Regiments auf dem Rundgang um die Kuppel der Schloßkapelle. Dann erklang aus dem innern Schloßhofe die Reveille; in feierlichem Schritte zogen die Spielleute der Berliner Garnison heraus bis zum Pariser Platz. Von ihren sechs Söhnen umgeben, brachte die Kaiserin dem Gatten die Glückwünsche. Vor Beginn des Gottesdienstes in der Schloßkapelle versammelten sich die Fürstlichkeiten, um ihre Glückwünsche abzustatten. Es war eine ungewöhnlich große Zahl erlauchter Häupter, die sich zusammenfanden; man mußte bis zum 90. Geburtstag des alten Kaisers zurückgehen, um aus einem freudigen Anlasse

so viele hohe Herrschaften in Berlin vereinigt zu sehen. Von regierenden Fürsten waren die Könige von Sachsen und Württemberg die Großherzöge von Baden und Hessen, der Herzog von Anhalt, die Fürsten von Waldeck und Reuß j. L. anwesend. Bei der an den Gottesdienst sich anschließenden Defilirkour in Weißen Saale entfaltete sich ein großes, farbenprächtiges Gesellschaftsbild. Dabei zeichnete der Kaiser besonders den Reichskanzler und die Botschafter aus. Beim Festmahl der Reichstagsmitglieder brachte Präsident v. Levezow den Trinkspruch aus. Der Deutsche, sagte er, habe immer zu gegenseitiger Fehde subjektive Neigung empfunden. Als erstes wirksames Mittel zur Bekämpfung der Fehde habe die alte Reichsgesetzgebung angeordnet, daß die Fehde an bestimmten Tagen verboten sein solle und der Gottesfrieden hergestellt werde. Auf diese Weise sei ein höherer Gesichtspunkt gewonnen worden. Einen solchen höheren Gesichtspunkt biete auch dieser Tag, der im Deutschen Reiche unter dem Frieden Gottes stehe und den Kampf der politischen Meinungen verstummen lasse. Heute wehe ein Friedenshauch, der Lebensodem, für des Vaterlandes Wohl und Treue zu sorgen. Gott wolle den Kaiser erhalten, so klinge es in jedem Herzen! Gott erhalte den Kaiser, Gott segne und schütze ihn! „Er, dessen Geburtstag, trotzdem er selbst ein Friedensfürst ist, von dem Ernst der Lage zeugt, ein Mann von hohem Mut, energischer Thatkraft, ein tapferer Hohenzollernfürst, dem das Schwert in der Hand ruht. Auf alle erdenkliche Weise bemüht sich unser Kaiser, den Frieden zu wahren, pflegt Bündnisse mit Fürsten und Regierungen, versucht die Interessen der Völker einander nahe zu bringen, versöhnt und hilft den Schwachen, wo er kann, mindert die unvermeidlichen Gegensätze der Welt. Wer ihm dafür nicht dankte, würde ihn schlecht verstehen, was er für des Volkes Wohl thut.“ Bei der Feier der Berliner Universität verlas Prof. Erich Schmidt die vom erkrankten Prof. Curtius verfaßte Festrede. Diese knüpfte an den in voller Pracht aufsteigenden Bau des Reichstagsgebäudes an, in welchem alle Parteien die endlich errungene Einheit des Vaterlandes auf die würdigste Weise zu monumentalem Ausdruck gebracht zu sehen wünschten. Was die Festlichkeiten im Reiche betrifft, so verdient hervorgehoben zu werden, daß sich in Posen die polnische Bevölkerung diesmal weiter stärker beteiligte und daß im Elsaß die Zahl der

Gemeinden sich erheblich vermehrt hatte, die eine besondere Feier veranstalteten. Beim Festmahl der deutschen Kolonie in Paris hob der Botschafter Graf Münster hervor, daß alle Bestrebungen des Kaisers auf Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Der Sultan in Konstantinopel ließ unter 21 Salutschüssen dem deutschen Botschafter gratulieren. Durch Erlass an den Reichskanzler sagte der Kaiser am 1. Februar Dank für die vielen „aus allen Gauen des engeren und weiteren Vaterlandes, sowie von außerhalb lebenden Deutschen“ ihm zugegangenen Glückwünsche. „Ich bin,“ sagte er, „durch diese Aufmerksamkeit zu Meinem Geburtstage aufs freudigste bewegt; kann Ich doch in ihnen den erneuten Ausdruck treuer Gesinnung und zuversichtlichen Vertrauens seitens Meines Volkes erblicken, auf dessen Wohlergehen unausgesetzt bedacht zu sein, die vornehmste Pflicht Meines fürstlichen Berufs ist.“ Im Stadtschlosse zu Potsdam fand am 31. Januar die Taufe des am 17. Dezember geborenen Sohnes des Prinzen Friedrich Leopold in Gegenwart des Kaiserpaares durch den Konsistorialrat Dryander statt. Der Prinz erhielt die Namen Joachim Wilhelm Viktor Leopold Friedrich Sigismund.

Die politische Lage im Innern des Reichs war bei Beginn des Jahres noch vollständig beherrscht von der Verstimmung, die seit Herbst 1891 über Vorgänge in der inneren, der Kolonial- und der äußern Politik einige reichstreue Parteien beherrscht hatte. Ungeachtet der Entschiedenheit, mit welcher der Reichskanzler Graf von Caprivi in seiner Reichstagsrede vom 27. November dem „Beunruhigungs-Bazillus“ entgegengetreten war, hatte diese Verstimmung nicht abgenommen. Die Presse der gemäßigten Parteien hatte des Kanzlers gänzliche Leugnung einer Berechtigung des „Pessimismus“ als allzu harmlos, seine Erläuterungen bezüglich des Verhältnisses zu Rußland und England als ungenügend, seine Bemerkungen über die Kriegsfrage für zu allgemein und unklar bezeichnet, das Aufgeben der mühsamen Unterstützung des Deutschtums gegen Einengung durch die Polen tief bedauert, die Neigung der Regierung, sich auf die Zentrumsparthei zu stützen, höchst bedenklich gefunden, vor allem aber bestritten, daß die Presse die Beunruhigung hervorgerufen, da sie derselben vielmehr nur Ausdruck verliehen habe. Im Grunde waren die wochenlangen, offenherzigen und loyalen Dar-

legungen in der gesamten Presse jener Parteien darauf hinausgelaufen, daß Mißtrauen in die Festigkeit der Regierung gegenüber mächtigen Strömungen die eigentliche Triebkraft der Beunruhigung bilde. Dabei wurde für die inneren Verhältnisse als die stärkste dieser Mächte die parlamentarische Zentrumsparthei bezeichnet. Und wie am Ende des vorigen, so erklangen mit Beginn dieses Jahres die lebhaftesten Bedenken gegen die im Reichstage stattgehabte Übereinstimmung dieser Partei mit der Regierung. Die also bewirkte Sicherung der Handelsverträge und die gegen früher auffallend regierungsfreundliche Haltung der Zentrumsblätter könne nur in Erwartung von bedenklichen Gegenleistungen erfolgt sein. Unterstützung dieser Auffassung glaubte man im Auftreten der Berliner „Germania“ finden zu müssen, die am 6. Januar in sehr bestimmtem Tone die Aufhebung des Reichsgesetzes gegen die Jesuiten forderte. Zunächst freilich fürchtete man, eine solche Gegenleistung in dem neuen Entwurfe eines Volksschulgesetzes erwarten zu müssen, mit dem man das Kultusministerium beschäftigt wußte, seit der Minister Graf von Zedlitz-Trützschler den Gopferschen Entwurf am 4. Mai zurückgezogen hatte. So wurde denn den Verhandlungen der großen Parlamente mit erhöhter Spannung entgegengesehen.

Zunächst nahm der Reichstag seine am 18. Dezember ausgesetzten Sitzungen wieder auf. Er hatte sich am 12. Januar bei Fortsetzung der Etatsberatungen mal wieder mit einem Versuche der Freisinnigen nach Einführung von Tagegeldern für die Abgeordneten zu beschäftigen. Man schien in dieser Partei zu glauben, die Entfernung des Hauptgegners dieser Diäten, des Fürsten Bismarck, sei der Sache vielleicht günstig. Der Abg. Baumbach hob hervor, die Diätenlosigkeit habe sichtlich weder konservative Elemente verstärkt, noch die Opposition unmöglich gemacht, vielmehr eine immer größere Wahl von Berufsparlamentariern und Zeitungsschreibern zur Folge gehabt. v. Bennigsen war für den Antrag, weil dann die Auswahl der Kandidaten leichter sei, Lieber, weil erst dann das allgemeine Wahlrecht zur Wahrheit werde, Bebel, weil er in diesem die beste politische Erziehung der Massen erblickte, Werner, weil dann Bauern und Handwerker mehr vertreten seien, Stöcker, weil dann mehr Vertreter des Mittelstandes vorhanden sein würden. Der Antrag fand, wie in früheren Fällen, Annahme, jedoch ohne ein Anzeichen,

daß die Aussicht auf Zustimmung der Regierungen gestiegen sei. Aus den Etats-Verhandlungen am 13. Januar erfuhr man, daß die schwierige Bearbeitung eines Reichsversicherungsgesetzes fortgesetzt werde. Auch wurde die Thätigkeit der Fabrikinspektoren eingehend erörtert. Der Abg. Frohme fand deren Zahl ungenügend und wünschte stärkeren Schutz für die Arbeiter gegen Ausbeutung durch die Arbeitgeber. Dagegen zeigte der Staatssekretär v. Boetticher, daß in Preußen allein die Zahl dieser Inspektoren bald größer als in ganz England sein würde, und er bedauerte nur, daß die Arbeiter sich noch nicht überall an die Inspektoren mit vollem Vertrauen wendeten. Am 14. Januar wurde sodann von Bamberger der geringe Erfolg der vom Reiche unterstützten Dampferlinien nach Ostasien, Australien und Ostafrika zur Sprache gebracht. Hiergegen wies der Staatssekretär des Innern darauf hin, daß die Ausfuhr deutscher Waren sich erheblich gesteigert habe und daß die allerdings ungünstigen Verhältnisse des vorigen Jahres noch nicht ein allgemein abfälliges Urteil gestatteten; man möge erst mal 15 Jahre warten. Weiter ward die baldige Vorlegung eines Auswanderungsgesetzes zugesagt und seitens des Reichstags ein Gesetz zur Regelung der Vorbedingungen für die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst verlangt.

An demselben 14. Januar wurde jedoch der Blick von den ferneren Verhandlungen des Reichstags vorerst abgelenkt durch die Eröffnung des preußischen Landtags. Die Fragen, welche ihn zu beschäftigen hatten, waren es vor allem, die Entscheidung bringen zu müssen schienen bezüglich der bei allen Liberalen und manchen Konservativen immer lebhafter gewordenen Besorgnisse vor einer durch die Mitwirkung der Zentrumsparthei bestimmten Richtung in den inneren Fragen. Die vom Ministerpräsidenten Grafen v. Caprivi verlesene Thronrede war ziemlich trockener Natur. Sie hob hervor, daß die Finanzlage sich weniger günstig gestaltet habe, besonders infolge der Steigerung der Ausgaben bei den Staatseisenbahnen. Daher müsse auf allen Gebieten der Verwaltung besondere Sparsamkeit geübt und es könne mit Aufbesserung der Besoldungen der unmittelbaren Staatsbeamten noch nicht erheblich fortgefahren werden. Dann folgte die Ankündigung der Vorlagen. Die Ansprache wurde mit Schweigen aufgenommen bis zu dem Hoch auf den Kaiser. Das

Herrenhaus wählte am 14. Januar den Herzog von Ratibor zum Präsidenten, den Freiherrn von Manteuffel-Krossen und den Oberbürgermeister Bötticher zu Vizepräsidenten; das Abgeordnetenhaus wählte am 15. Januar Herrn von Köller zum Präsidenten, von Heeremann und von Benda zu Vizepräsidenten. Die Präsidien beider Häuser, mit Ausnahme des erkrankten v. Köller, wurden am 18. Januar vom Kaiser empfangen, der ihnen das Vertrauen aussprach, daß auch diesmal die parlamentarischen Arbeiten eifrig gefördert würden.

Die allgemeine Aufmerksamkeit richtete sich alsbald vorwiegend auf den Entwurf des Volksschulgesetzes, der in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Vorlegung kam. Er zählte 194 Paragraphen und war von Motiven begleitet, die 86 Folioseiten umfaßten. Zu deren Einleitung war darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen schrittweisen Vorbereitungen die Zeit zur Herbeiführung einer umfassenden Änderung des Volksschulwesens gekommen sei. Der Entwurf wich in einer Reihe wesentlicher Punkte vom vorjährigen ab. Hinsichtlich der Aufgabe und Einrichtung der öffentlichen Volksschule war bestimmt: Der Regel nach solle ein Kind den Unterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses empfangen; soweit nicht an einem Ort bereits eine anderweitige Schulverfassung besteht, sollten neue Volksschulen nur auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden. Während im früheren Entwurfe eine besondere konfessionelle Schule erst für eine Minderheit von 60 Kindern eingerichtet werden konnte, war diese Einrichtung im neuen Entwurfe obligatorisch und außerdem fakultativ beim Vorhandensein einer Minderheit schon von 30 Kindern. Neu war ferner die Bestimmung, daß Kinder, die nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, an dem Religionsunterricht der Schule teilnehmen müßten, falls der Regierungspräsident nicht die Befreiung verfügt. Diese sollte nur in dem Falle erfolgen, wenn seitens der zuständigen Organe der betreffenden Religionsgesellschaft ein bezüglicher Antrag gestellt und nachgewiesen werde, daß den Kindern in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird. Neu war sodann die Vorschrift, daß an konfessionell eingerichteten Schulen nur Lehrer der betreffenden Konfession beschäftigt

werden dürften. Im Abschnitt über die Träger der Rechtsverhältnisse der öffentlichen Volksschulen war neu, daß zwar die bürgerlichen Gemeinden die Kosten der Schulen übernehmen sollten, das Vermögen der einzelnen Schulsocietäten und Schulen aber den betreffenden einzelnen Schulen als besondere Schulstiftung verbleiben sollte. Die besonderen konfessionellen Schulvorstände sollten fortan auch in allen Städten gebildet werden. Zur Erteilung von Privatunterricht, der die Ziele der Volksschule verfolgt, sowie zur Begründung und Leitung von Unterrichtsanstalten sollte jeder Preuße zugelassen werden, der seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewiesen hat. Bei der Gründung von Unterrichtsanstalten sollte ein Lehrplan eingereicht werden, den der Regierungspräsident festzusetzen hat. Der Geistliche sollte eine bevorzugte Stellung im Schulvorstande haben, indem er als Lokalaufsichtsbeamter meist den Vorsitz zu führen habe; er sollte ferner dem Unterrichte beiwohnen, die Kinder prüfen, den Lehrer mit Weisungen versehen können und es sollte die kirchliche Oberbehörde befugt sein, im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten den Geistlichen mit der Erteilung des Religionsunterrichts zu betrauen. Im Lehrerseminar sollte bei der Schlußprüfung der kirchliche Kommissar über die Amtsfähigkeit des Schulamtskandidaten entscheiden. Dieser sollte, wenn der Kommissar sein Veto einlegt, nur ein Zeugnis „ohne Befähigung für den Religionsunterricht“ erhalten können. Und dieser Kommissar sollte nicht vom Staate ernannt oder zugezogen, sondern von der Kirchenbehörde aus eigenem Rechte entsendet werden. Die Staatszuschüsse regelte der neue Entwurf so wie der vorjährige und es sollten hierzu 9 Millionen der Mehrerträge aus der neuen Einkommensteuer verwendet werden.

Gegen diese neuen Bestimmungen des Entwurfs wurden sofort die stärksten Bedenken laut, zunächst in der Presse. In erster Reihe stand hier die der nationalliberalen Partei. Die „Nationalzeitung“ bezeichnete die Vorlage als unannehmbar für jeden Liberalen, wenn nicht die charakteristischsten Bestimmungen daraus entfernt würden; sie werde in den weitesten Kreisen den übelsten Eindruck machen, vor allem im Beamtentum; mit derartigen Vorlagen bekämpfe man nicht den Pessimismus, über den Graf Caprivi sich beklagt habe, vielmehr rufe man ihn da, wo er noch

nicht bestand, dadurch hervor. Die Bestimmungen über die Privatschule bezeichnete der „Hannoversche Courier“ als „lediglich dazu angethan, im großen Stile vom Ultramontanismus ausgebeutet zu werden“. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ hieß es: Die konfessionelle Ausgestaltung der Volksschule sei hier auf die äußerste Spitze getrieben und dem geistlichen Einflusse sei ein weit über das bisherige Maß hinausgehender Raum angewiesen. Das den kirchlichen Behörden angewiesene Mitwirkungsrecht laufe geradezu auf ein Recht der Bestätigung der Lehreranstellung hinaus. Nie sei ein schwererer Schlag geführt gegen den altpreußischen Grundsatz, daß die Schule eine Veranstaltung des Staates sei. In manchen Bestimmungen über die äußern Verhältnisse der Lehrer und der Schule enthalte der Entwurf Gutes; aber in den großen grundsätzlichen Fragen, die ihm seine hohe politische Bedeutung verliehen, sei er ein bedauerliches Zugeständnis an eine Richtung, die schwerlich von der Mehrheit der Volksvertretung werde gebilligt werden.

Die „Kölnische Zeitung“ äußerte, die Zentrumsparthei sei zum beherrschenden Faktor im Reiche emporgestiegen, denn die von ihr gegen den Gofler'schen Entwurf geltend gemachten Bedenken seien in sorgsamster Weise in der Vorlage berücksichtigt. Breche die Schulverwaltung wirklich mit dem Grundsätze, daß die Bildung der Kinder in den staatlichen Volksschulen zu erfolgen habe, so sei die Bahn für eine Rückbildung freigegeben, die in einer Verkümmern der Privatschule, einem üppigen Emporwuchern der Klosterschule, mithin in einer vollständigen Zerreißen der Nation auslaufe. Dagegen werde „eine allgemeine Volkserhebung alle freien Köpfe zum Kampfe gegen diesen unerhörten Terrorismus auf die Schanzen rufen.“ Die „Hamburger Nachrichten“ setzten das Vertrauen in das Würde- und Selbstbewußtsein des preußischen und deutschen Volks, „daß es seine Mitwirkung versage, wenn von ihm verlangt wird, seine staatliche, nationale und kulturelle Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts dem römischen Papste und seinem Anhang in den Parlamenten zum Opfer zu bringen, nur damit das Centrum als Stütze des neuen Kurses nicht versagt.“ Fast mit derselben Entschiedenheit ließ sich die freikonservative Presse vernehmen. Die Berliner „Post“ sprach von einer „Reihe von Verschlechterungen schwerwiegender Art, auch vom Standpunkte derer, die die Kon-

fessionsschule wollen“, und die „Schlesische Zeitung“ stimmte der Meinung bei, daß den klerikalen Wünschen in hohem Maße entgegengekommen werde. Die Presse der deutsch-freisinnigen und der demokratischen Partei äußerte sich mit Heftigkeit gegen den Entwurf. Die „Freisinnige Zeitung“ in Berlin glaubte ihr Urteil dahin zusammenfassen zu sollen, „daß in dem Grafen Zedlitz der selige Mühlner wieder erstanden ist.“ Ähnlich die „Vossische Zeitung“. Die „Frankfurter Zeitung“ stellte Kämpfe in Aussicht, die sogar zu ernststen Krisen führen könnten. Auf der anderen Seite stand die Presse der konservativen und der Centrumpartei. Die „Kreuzzeitung“ insbesondere zeigte sich in der Hauptsache mit dem Entwurfe einverstanden, weil er sich mehr als der frühere der „einzig gangbaren Mittellinie, der christlich-konservativen Anschauung“, näherte. Ebenso befriedigt sprach sich der „Reichsbote“ aus, der sich zu dem Grundsatz bekannte, daß der Kirche und ihren Organen ein entschiedener Einfluß auf den Religionsunterricht zustehen müsse, und die Opposition der Liberalen damit kennzeichnen zu dürfen glaubte, daß sie Freiheit für alles, für Wucherer, Börsenspieler u. s. w., nur nicht für die Kirche wollten und mit dieser Praxis unser Volksleben ruiniert hätten. Der „Germania“ genügten die Zugeständnisse des Entwurfs so wenig, daß sie meinte, er werde in katholischen Kreisen das Gefühl der Enttäuschung hervorrufen. Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ wollte nicht glauben, daß die Regierung liberale Änderungen des Entwurfs annehmen werde, „denen das Centrum namens der Katholiken die Zustimmung versagen mußte.“ In derselben Weise zeigte sich die Presse Süddeutschlands bewegt, nur mit dem Unterschied, daß hier ein noch weit größerer Teil als im Norden gegen den Entwurf auftrat. Ein Mannheimer Blatt äußerte: „Was die preußische Regierung beabsichtigt, ist längst in seiner Wichtigkeit und vollkommenen Wertlosigkeit durch die Geschichte gerichtet; nur die bleiche Angst vor den Forderungen des vierten Standes läßt sie in jenen grandiosen und erwiesenen Fehler zurückfallen und dem Volke ein Joch aufhalsen wollen, das nicht mehr zu tragen bisher der Stolz Deutschlands vor allen Völkern gewesen ist.“

Die Bewegung gegen den Volksschul-Gesetzesentwurf zog weitere Kreise, vertiefte sich mehr und gestaltete sich ungleich leb-

hafter als die für ihn. Aus 43 der größeren Städte und zahlreichen kleineren Orten kamen, nach stattgehabten erregten Versammlungen von politischen Vereinen, Gemeindebehörden und Lehrern, die unterschiedensten Verwahrungen an das Abgeordnetenhaus und an andere maßgebende Stellen. Der Ausschuß des deutschen Protestantenvereins und der des Evangelischen Bundes erließen Aufrufe derselben Richtung. Vor allen fühlte die nationalliberale Partei sich berufen, gegen eine Tendenz sich zu wenden, die von ihr schon zu den Zeiten des Ringens um die deutsche Einheit als einer der größten Feinde derselben stets bekämpft worden war. Auf allen Seiten wurde zugegeben, daß die Führer dieser Partei mit ihrer ganzen Vergangenheit aufs grellste brechen würden, wenn sie jetzt jener Richtung zustimmen würden. Daher bat der Minister Miquel, einst ein Führer im Nationalverein, um Entlassung. Freilich hatte er die Einbringung des Entwurfs, nachdem er im Staatsministerium gegen wesentliche Punkte Bedenken erhoben, mit unterzeichnet, jedoch in der Hoffnung, daß diese im Landtage geändert würden und wohl auch mit einer gewissen Rücksicht auf seine Weiterführung der begonnenen Steuerreform; angesichts der allgemeinen Verurteilung aber, die der Entwurf schon jetzt bei allen gemäßigten Parteien erfuhr, glaubte er jenen Schritt nicht mehr aufschieben zu dürfen. Auch Herr von Bennigsen benutzte die erste Gelegenheit und rief am 22. Januar im Reichstage das gesamte liberale Bürgertum zum Kampfe auf. Es war bei Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz, daß er erklärte, „es könnten Verhältnisse in unserer inneren Entwicklung eintreten, die es wünschenswert, ja vielleicht notwendig machten, daß sich jetzt bekämpfende liberale Gruppen und Männer einander wieder näher treten aus Gründen gemeinsamer Kämpfe, welche nicht auf materiellem Boden liegen, sondern auf anderen Gebieten, wo es sich um ideale Güter, nicht um materielle Interessen handelt.“ Freudig bewegt, eilten Richter und andere Vertreter extrem liberaler Richtungen auf den die Tribüne verlassenden Redner zu und drückten ihm zur Bekräftigung seines Ausspruchs die Hand.

Im Abgeordnetenhause selbst kam es schon bei der ersten Beratung des Etats am 22. Januar zu einer vorläufigen Erörterung des Volksschulgesetzes. Rickert (freis.) bezeichnete dessen Vorlegung als den traurigsten Schritt des Ministeriums Caprivi und verwunderte

sich, daß daselbe Ministerium ihn habe beschließen können, das den vorjährigen Entwurf eingebracht. Der jetzige enthalte eine Auslieferung der Schule an die Kirche. Andererseits wunderte sich v. Huene (Zentr.), daß überhaupt Gegner dieser Vorlage vorhanden seien, da die Einwirkung der Kirche auf die Schule bereits von der Verfassung bestimmt worden. Wollten die Gegner das Christentum aus der Schule herausschaffen, so werde in wenigen Jahrzehnten die Sozialdemokratie über die heutige Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergehen. Der Ministerpräsident Graf Caprivi erwiderte Herrn Rickert, in einem wesentlich monarchischen Staate könne die Regierung sich nicht verpflichten, immer mit bestimmten Parteien zusammenzugehen, die Regierung nehme daher das Gute, wo sie es finde. Der Kultusminister Graf Zedlitz wies darauf hin, daß die Schulaufsicht nach dem Entwurfe unangetastet bleibe; Zugeständnisse an Parteien oder Konfessionen hätten nicht stattgefunden; der Entwurf lege nur fest, was seit hundert Jahren in Preußen Praxis gewesen. Hiergegen trat Hobrecht (nat.-lib.) auf: Die Verfassung gehe davon aus, daß Staat und Kirche in Bezug auf die religiöse und sittliche Erziehung der Kinder einig seien; das wäre aber durchaus nicht der Fall und die Entscheidung des Streits werde nun in die Hände des Lehrers gelegt, der jedoch nicht den zweien Herren dienen könne, von denen die Vorlage rede. Die weitere Behauptung dieses Redners, daß der Entwurf eine Ausführung der Windthorst'schen Schulanträge bedeute, wurde vom Minister Grafen Zedlitz in Abrede gestellt, der fernerhin behauptete, es würde eine Konfliktperiode verewigt werden, wenn der geistliche Einfluß nur soweit gehen solle, als die staatliche Instanz es zulasse.

Auch Graf Caprivi ergriff nochmals das Wort: Im vorigen Jahre seien die in Bezug auf die Volksschule in Preußen bestehenden verworrenen Zustände und die Notwendigkeit ihrer gesetzlichen Regelung ausführlich nachgewiesen. Daneben sei die Regierung von dem Wunsche geleitet, mit ihren katholischen Unterthanen zum Frieden zu gelangen und deshalb einen Zustand zu schaffen, mit dem die katholische Kirche zufrieden sein könne, denn wir ständen einer Entwicklung von Kräften im Innern des Staats gegenüber, wider die alle Mittel unternommen werden müßten, und hierzu gehöre die Schule. Diese brauche die Religion, mithin das Christentum, dieses

aber könne nicht aufgefaßt werden ohne Konfession, mit der also der Staat des Zusammenhangs bedürfe. Die Angriffe gegen den Entwurf seien nur zu verstehen, wenn man die Schule religionslos machen wolle. Dieser Behauptung trat Sattler (nat.-lib.) entgegen: Wer die Willkür in diesen Schulsachen beseitigen wolle, brauche darum noch nicht jedes Unterrichtsgesetz anzunehmen. Die Bestimmungen der Verfassung, auf welche der Kultusminister sich berufen habe, seien nicht bestehendes Recht, sondern sollten nur die Direktive für ein Unterrichtsgesetz abgeben. Die Vorlage enthalte nicht eine Ausführung der Verfassung, sondern eine Auslegung derselben im klerikalen Sinne. Den Wünschen der Kirchen sei, nach früherer Erklärung des Grafen Caprivi, schon beim Goflerschen Entwurfe soweit entgegengekommen, als das Staatsinteresse es gestatte. Der Minister Graf Zedlitz verwahrte sich dagegen, daß er mit der Zentrumsparthei über die Ausarbeitung des Entwurfs verhandelt oder gar ein Handelsgeschäft getrieben habe, suchte dann aber in gewisser Weise einzulenken; er halte nicht eigenfönnig bestimmte Punkte der Vorlage für unübersehreibare Schranken; man möge von der Idee der gänzlichen Unmöglichkeit dieses Gesetzes abgehen und in der Kommission Änderungen vorschlagen. Zum Schluß deutete Rickert (d.-frei.) an, daß die Behauptung, die Gegner wollten die Religion aus der Schule entfernen, wieder auf den Vorwurf der Staatsfeindschaft hinauslaufe und daß die Staatsordnung nicht durch eine Konfession, sondern durch die allgemeinen Sittengesetze geschützt werde. Seit v. Goflers Abgang hätten sich die Verhältnisse im Kultusministerium gründlich geändert, während eine gewisse Stetigkeit der Anschauungen und Maßregeln der Regierung die Grundlage des Vertrauens zu ihr bilde. Heute mit dieser, morgen mit jener Partei zu gehen, habe wohl Fürst Bismarck vermocht, das Ministerium Caprivi aber könne es nicht.

Die Heftigkeit dieses schon vorzeitig im Abgeordnetenhaus ausgebrochenen Streits zog begreiflich die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich. Er hat am 23. Januar den Minister Miquel, seinen Rücktritt aufzuschieben, bis zu übersehen sei, zu welchem Ergebnisse die Beratungen des Entwurfs in der Kommission des Abgeordnetenhauses führen würden, und am Abend desselben Tags hatte der Kaiser bis nach Mitternacht in der Wohnung des Kultusministers

eine Besprechung mit diesem, dem Minister Miquel und den Abgeordneten von Benda, Graf Douglas, v. Helldorf, v. Mantouffell und v. Tiedemann. Hier gab der Kaiser, nachdem Miquel seinen ernstesten Bedenken gegen den Entwurf nochmals Ausdruck verliehen hatte, seine feste Willensmeinung dahin zu erkennen, daß das Volksschulgesetz nicht ohne die Zustimmung der Mittelparteien zu Stande gebracht werden solle.

Die eigentlichen Verhandlungen über das Volksschulgesetz begannen im Abgeordnetenhaus am 25. und zogen sich bis zum 30. Januar hin. Der Abg. Wessel (freikons.) erklärte, am bedenklichsten sei die grundsätzliche Tragweite der Vorlage, die von Windthorst'schem Geiste erfüllt sei und die Stellung des Lehrers außerordentlich erschwere. v. Buch (kons.) sprach sich dagegen für die Konfessionalität der Schule und die Leitung des Religionsunterrichts durch Geistliche aus; durch Gottesleugner dürfe dieser nicht erteilt werden. Enneccerus (nat.-lib.) bezeichnete den Entwurf als unannehmbar wegen Übertreibung des Grundsatzes der Konfessionalität, wegen Aufopferung wichtiger Staatsrechte zu Gunsten der Kirche und wegen der fast schrankenlosen Gestattung des Privatunterrichts. Reichen sperger (Centr.) machte dagegen besonders geltend, Schule und Religion seien vor allen die geistigen Mächte, mittelst deren die Sozialdemokratie überwunden werden könne. Die von der jüdisch-liberalen Presse verlangte Simultanschule sei im Grunde nur die religionslose Schule und gegen solche Annahme reiße für die christlich-germanische Bevölkerung endlich der Geduldsfaden. Minister Gr. Zedlitz war der Ansicht, die Bevölkerung sei keineswegs darüber aufgeregt, daß das, womit ihre Mehrheit zufrieden gewesen, jetzt Gesetz werden solle. Eine Instanz müsse es geben, die bestimme, was gelehrt werden soll, und diese Instanz könne für die Religion nur die Kirche sein. Der Staat werde schon darüber wachen, daß nichts, was seinen Interessen widerspreche, hinein komme. Dem Minister trat hauptsächlich Richter (d.-freif.) entgegen. Er suchte nachzuweisen, daß gerade die am meisten die Gemüter erregenden Bestimmungen der Vorlage sich in Widerspruch mit der Verwaltungspraxis und dem bestehenden Rechte befänden, sowie daß der Entwurf der Verfassung zuwiderlaufe, weil er nicht, wie diese vorschreibe, das ganze Unterrichtswesen regele. Unerhört in Preußen sei eine solche zwangsweise Behandlung der

Verfassung. Was für vortragende Räte, rief der Redner, müssen Sie, Herr Kultusminister, haben! Den Konservativen warf Richter vor, daß ihnen das kleinlichste polizeiliche Mittel recht sei, weil sie glaubten, auf diese Art der zwangsweisen Einimpfung des Religionsbegriffs könne man die Macht des Umsturzes bekämpfen; diese Täuschung werde dahin führen, daß in jedem Falle ein Streit zwischen Elternhaus und Schule stattfinde, in dem diese unterliegen müsse. Was der Minister hundertjährige Praxis nenne, sei dies nur für die Behörden in Bekämpfung der gegenteiligen Volkswünsche gewesen. Ein merkwürdiges Ministerium müsse es sein, wo jeder Minister Gesekentwürfe so einschneidender Bedeutung mache. Aber nicht eher werde Ruhe gefunden, als bis dieser Entwurf begraben sei. Solchen Vorwürfen gegenüber erklärte der Kultusminister, er allein veretrete alles persönlich und das Staatsministerium sei, ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder über einzelne Punkte, von dem Augenblicke an einheitlich aufgetreten, in dem alle Minister den Bericht über die Vorlegung an den König unterzeichneten. Bezüglich der Möglichkeit von Streit zwischen Schule und Haus warf der Minister die Frage auf: „Sollen wir die Kinder, welche keinen Religionsunterricht empfangen, aufwachsen lassen ohne jedes Wort der Belehrung ethischer und moral-theologischer Natur?“ Frei von der Absicht, Zwang ausüben zu wollen, wünsche er nur die ihm widerfahrene Wohlthat auch den Kindern zu teil werden zu lassen, denen keine Mutter die Hände zum Gebet gefaltet. Wer nicht bedenke, wie die Verrohung der Kinder herbeigeführt wird, wenn ihnen nicht religiöse Begriffe beigebracht werden, mit dem könne überhaupt nicht verhandelt werden. Stöcker (konf.) meinte, alle Liberalen gingen auf Herbeiführung eines neuen Kulturkampfes aus. Graf Limburg-Sturum (konf.) glaubte, die Konservativen könnten sich wenigstens mit den Freikonservativen verständigen. Andererseits hielt v. Eynern (nat.-lib.) eine Verständigung in der Kommission für unmöglich, weil der Minister v. Zedlitz in allen seinen Reden seine Auslegung der Verfassung als unumstößlich hingestellt habe. Derselbe scheine überhaupt noch keine Ahnung von der weltgeschichtlichen Bedeutung der Vorlage zu haben, und es scheine, daß die Schlacht herannahe, die zwischen Protestantismus und Katholizismus auf märkischem Sande geschlagen werden solle. Die Dissidenten seien, wie das Wuppertthal

lehre, keineswegs gottlose Menschen, denen man die Erziehung der Kinder nehmen müsse. In konfessionellen Volksschulen würde der Unterricht auf allen Gebieten, namentlich auf dem der Geschichte, konfessionell werden und es würde dann gelehrt werden können, Luther sei ein schuftiger Selbstmörder gewesen und der Protestantismus sei die Mutter der Sozialdemokratie. Nunmehr zeigte sich der Minister Graf. Zedlitz etwas gereizt: trotz „der im Reichstag aufgeführten rührenden Kütlicscene“ (S. 15) könne er nicht glauben, daß dieses Gesetz zum Eckstein einer neuen Parteigruppierung werden würde. In Baiern sei die Gesetzgebung viel schlimmer und auch im liberalen Musterstaate Baden beständen weit schärfere Bestimmungen. Virchow (d.-frei.) machte geltend, noch nie sei ein Staatswesen auf zwei Konfessionen aufgebaut worden, die theokratischen Perioden hätten stets die Menschheit zurückgebracht; ein Zustandekommen dieses Gesetzes werde weitere Forderungen, schließlich gar die Herstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium zur Folge haben; die staatlichen Behörden würden gegen die kirchlichen nichts ausrichten können. Unererschüttert durch alles Bisherige, trat nunmehr der Ministerpräsident Graf. Caprivi mit der Erklärung auf, die Regierung werde, wenn der Strom sich gegen die Vorlage richte, wiederum zeigen, daß sie, wenn nötig, auch gegen den Strom schwimmen könne. Wolle man Religion, so müsse man auch die Konfessionsschule wollen. Die Regierung wünsche mit den Parteien in Frieden zu leben, aber die Proklamation der neuen liberalen Partei in Verbindung mit den Angriffen der nationalliberalen Presse gegen die Regierung bedeute eine Kriegserklärung. Besorgnisse vor weiteren Zugeständnissen an die Centrumpartei seien unbegründet, insbesondere werde die preußische Regierung einer Wiederzulassung der Jesuiten schwerlich zustimmen. Es handele sich heute nicht um evangelisch und katholisch, sondern um christlich und atheïstisch. Wegen Umsichtiggreifens einer atheïstischen Weltanschauung müsse Religion gelehrt werden, und das sei nicht möglich ohne Konfession. Nachdem noch Hintelen (Centr.) sich dahin ausgesprochen hatte, jetzt oder nie müsse der Kampf gegen den Unglauben durchgeführt werden, da die Aussichten der Kirche auf Sieg sehr günstig ständen, ergriff der Minister Graf. Zedlitz nochmals das Wort, um nun zuzugeben, daß eine Erregung über die Vorlage im Lande doch zu erkennen sei; dessen freue er sich jedoch als eines

Zeichens vom Vorhandensein idealer Gesichtspunkte im Volke. Friedberg (nat.-lib.) nahm die Gegner der Vorlage gegen den Vorwurf des Atheismus in Schutz. Auch suchte er zu zeigen, daß nicht eine geheime Verschwörung der Liberalen vorliege, sondern daß v. Bennigsen mit seinen Auslassungen eben nur die politischen Folgen aus dem Entwurfe gezogen habe. Minister Graf Zedlitz entschuldigte nun seine scharfen Äußerungen: Wer gegenüber solchen Angriffen nicht erregt werde, sei empfindungslos, und wer der Erregung nicht Ausdruck gebe, sei schlapp; Herrn v. Bennigsen habe er nicht verkleinern wollen. Auch Graf Caprivi stellte seine Äußerungen richtig: er habe die nationalliberale Partei nicht für atheistisch, ihr auch nicht den Krieg erklären wollen. Damit endeten die unter allgemeiner Spannung der Bevölkerung stattgehabten Verhandlungen, und es sollte nun in einer Kommission der schwierige Versuch angestellt werden, durch Änderungen die Freunde und die schroffen Gegner des Entwurfs zu vereinigen.

Entsprechend diesen Verhandlungen war die gleichzeitige tiefe Erregung in den weitesten Kreisen weitergeschritten und sie setzte sich fort während der ganzen Zeit, in welcher die Kommission sich in Änderungsversuchen abmühte. Die „Germania“ rief begeistert aus: „Das waren schöne und große Tage, die wir durchlebten! Kampfstage zwar waren es, aber es galt, einen guten Kampf zu kämpfen.“ In der gegnerischen Presse aber wurde betont, daß das Kartell mit den Konservativen nun vollends zerrissen, daß das freimütige Auftreten des Oberpräsidenten v. Bennigsen den kräftigsten Wiederhall gefunden, daß in der That die liberalen Parteien, die sich so lange schroff gegenübergestanden, sich „um die Fahne Friedrichs des Großen“ gegen die klerikale Richtung zusammengeschlossen hätten und daß somit eine völlige Klärung in der innerpolitischen Lage eingetreten sei. Die klerikalen Hoffnungen traten im Auslande offener hervor, ein klerikales Blatt in Brüssel sprach bereits von der Kapitulation der preußischen Regierung und der Abg. Lieber (Centr.) bekannte in einer Versammlung in Freiburg i. Br., in Berlin sei das Licht schon angesteckt, der katholischen Bevölkerung müsse Gerechtigkeit werden, jeder kleinstaatliche Minister werde dies bald nachpfeifen müssen. Unter diesen Umständen wandten sich unwillkürlich vieler Patrioten Sinne und Gedanken nach dem Manne im Sachsenwalde, und aus

Hamburg vernahm man den warnenden Hinweis, die Politik der Centrumspartei sei unausgesetzt darauf gerichtet, die Regierung immer mehr in die Enge zu treiben und schließlich in volle Abhängigkeit von sich zu versetzen. An dergleichen wollten jedoch die Konservativen nicht glauben; vielmehr versuchte die „Kreuzzeitung“, die Bewegung gegen den Entwurf als „mühsame Mache“ und als Strohfeuer hinzustellen, das schon bald wieder erlöschen werde. Ähnlich sprach die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ wegwerfend von einem „Aufgebot moralischer Entrüstungsphrasen“ und einer „Häufung von Superlativen, um die Kosten einer Bewegung zu bestreiten, die man gern hervorrufen möchte.“

Diese fernerhin laut werdenden Kundgebungen trugen aber ganz im Gegenteil offensichtlich alle Merkmale tiefer, entrüstungsvoller Überzeugung. Die „Kölnische Ztg.“ wies darauf hin, wie sehr der Optimismus bezüglich der klerikalen Partei absteche „von der pessimistischen Furcht vor der Sozialdemokratie, durch die man aufrechte deutsche Männer veranlassen möchte, in der Rutte Schutz zu suchen“, und riet dann zu einem Versöhnungsversuch durch Auflösung des Landtags. Die Bedeutung der entschiedenen Parteinahme der öffentlichen Meinung in Süddeutschland, namentlich in Baden und Württemberg, trat immer stärker hervor. Das populärste Blatt in Württemberg, der „Schwäbische Merkur“, rief aus: „Warum gegen den Strom? Warum gegen den ureigenen Geist des Deutschtums, der unter einen ihm in tiefster Natur fremden Einfluß sich nicht beugen will? Was zwingt denn den preußischen Staat, den Ratschlägen des Fürstbischofs Kopp zu folgen? Dieser Streit kann im letzten Ende nicht nach dem Willen des Centrums und der Polen entschieden werden. Die Geschichte geht wohl einmal im Zickzack, aber nicht zurück. Preußen-Deutschland hat schon anderes glücklich überstanden als einen Zedlitzschen Schulgesetzentwurf.“

Wohl den tiefsten Eindruck riefen die von Universitäten ausgehenden Verwahrungen hervor. Bei weitem die Mehrzahl der Lehrer an den Universitäten zu Berlin, Breslau, Halle, Jena, Kiel, Königsberg und Marburg richteten solche Eingaben an das Abgeordnetenhaus oder an den Kultusminister. Den hier meist in sehr ausführlicher Weise vorgetragenen schweren Bedenken gaben einzelne Professoren in populären Vorträgen vor großen Versammlungen

Ausdruck, so die Professoren Kaufmann in Breslau, Delbrück in Jena, Günther in München, Meyer aus Bonn in Düsseldorf, Ziegler aus Straßburg in Köln. Dieser sagte unter stürmischem Beifall u. a.: „Wenn die Zentrumsparthei noch ein ganz klein wenig regierungsfähiger wird, als sie ist, dann steht zu befürchten, daß überall, wo sie Platz greifen kann, die Organe der Staatsaufsicht Organe der ultramontanen Parthei sein werden. Dann fahre wohl, deutsche Geistesfreiheit, deutsche Gesinnung! Es handelt sich bei diesem Gesetz nicht bloß um Preußen, sondern um ganz Deutschland. Wir leiden alle mit. Wir, die wir in Süddeutschland Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre in schlimmen wie in guten Tagen die nationale Einigung unter Preußens Führung verfochten, wir haben damals gewissermaßen unsere Ehre verpfändet. Wir haben dem Gerede von einer von Preußen her drohenden Reaktion entgegengehalten die ganze stolze Vergangenheit Preußens, seinen Friedrich den Großen, seinen Lessing und Kant und haben endlich zu würdigen gewußt das Wort Bismarcks, daß das große Preußen uns im Süden an Liberalismus vielfach überlegen sei. Der Glaube aber an die geistige Führerschaft und Führerberechtigung Preußens ist in diesen Tagen bedeutend gefährdet und erschüttert worden.“ Professor Felix Dahn in Breslau, der beredte Schilderer altgermanischen Sinnes, trat in einer Flugschrift hervor mit dem Ausrufe: „In diesem Kampfe müssen alle Klingen heraus!“ Verteidigen wir uns, sagte er, aber so nachdrücklich wie 1870 die Deutschen von Memel über Sedan und Paris an den Kanal gelangt sind. „Man trübe uns nicht den Königsfrieden Friedrichs des Großen! Warum uns zum Kampfe zwingen? Will denn die Regierung die allgemeine, tiefstehende Unzufriedenheit in den Mittelparteien mit Gewalt steigern und noch weiter verbreiten?“ Den Schluß dieser Reihe von Männern der Wissenschaft machte H. v. Treitschke, der Historiograph des preussischen Staates, mit Aufsätzen in der „Allgemeinen Zeitung“. Er glaubte vor allem aufmerksam machen zu müssen auf „den radikalen Unterschied“ der evangelischen Konservativen und der Ultramontanen. Diese würden von ersteren für Gläubige gehalten, ein Irrtum, der unsere Geschichte durchziehe „von den Tagen an, da die märkischen Lutheraner dem Siege der katholischen Liga auf dem Weißen Berge zujuchzten, bis zu den zahllosen Mißgriffen der preussischen Kirchen-

politik des 19. Jahrhunderts.“ Kundgebungen für den Entwurf sollten, nach Angabe der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, zwar zahlreich an den Kultusminister eingehen, man hörte auch von solchen aus Limburg, Münster und vom deutschen Bauernbunde; sie reichten jedoch an Zahl und Bedeutung nicht im entferntesten an jene heran. Das wurde sogar vom nunmehrigen Führer der Zentrumsparlei, dem Grafen v. Ballestrem, insofern anerkannt, als er am 10. Februar im Reichstage um Absezung des gegen das Jesuitengesetz gerichteten Antrags von der Tagesordnung mit dem Bemerkten bat, dieser sei nach Graf Caprivis Erklärung vom 29. Januar jetzt ohne Aussicht, vor allem aber liege es bei der „hochgradigen, wenn auch ungerechtfertigten Erregung“, die das Schulgesetz im Lande hervorgerufen, im Wunsche seiner Partei, daß durch Verhandlungen über jenen Antrag die Gegensätze nicht noch verschärft würden.

Der Kaiser beobachtete den weiteren Verlauf dieser Bewegung. Er wohnte am 3. Februar, nach seiner Gewohnheit, einem parlamentarischen Diner des Reichskanzlers bei und hatte hier eine längere Unterredung mit v. Bennigsen, der den Anstoß zu einer so entschiedenen Wendung in der Schulgesetzfrage gegeben hatte. An den Vorsitzenden der Schulkommission des Abgeordnetenhauses richtete der Kaiser dort die Frage, wie es mit dem Gesetze stehe, und auf die Antwort, § 14 sei erledigt, erwiderte er: „Also sitzen Sie nicht bis November.“ In diesen Tagen wurde der Kaiser durch ein Geschenk des Sultans Abdul Hamid erfreut, der ein Ölbild sandte, darstellend die Ankunft des Kaisers in Konstantinopel und seine Begrüßung durch den Sultan. Am 10. Februar besuchte der Kaiser die Berliner Sternwarte, über deren Einrichtungen er sich von Professor Förster Vortrag halten ließ. Auf einem zweiten parlamentarischen Diner beim Grafen Caprivi am 17. Februar kam der Kaiser mit den Mitgliedern der Schulgesetz-Kommission zusammen, berührte aber in seinen Gesprächen weder diese, noch sonst eine politische Frage. Am 19. Februar fand wiederum eine Zusammenkunft des Kaisers mit hervorragenden Abgeordneten statt. Es war ein „zwangloser Herrenabend“ beim Minister Miquel. Die Einladungen waren zu einem Glase Bier auf 9 Uhr erfolgt. Der Kaiser erschien mit dem Prinzen Heinrich schon früher. Die Gesellschaft bestand aus 24 Personen, meistens nationalliberalen Abgeordneten. Am 24. Februar

nahm der Kaiser am Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags im Hotel Kaiserhof in Berlin teil und hielt hier eine längere Ansprache.

Auf die Begrüßungsrede des Vorsitzenden drückte er zunächst seinen Brandenburgern Dank aus, daß sie ihres Markgrafen nicht vergessen, und für die treuen Gesinnungen der Märker. Dann fuhr er also fort: „Es ist Mir in Meiner schweren Arbeit doppelt angenehm und auch zu gleicher Zeit anregend, wenn in so warmer Weise Meine Bestrebungen für das Wohl Meines Volkes dankbare Anerkennung finden. Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, herumzunörgeln und herumzumäkeln. Unter den wichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Dasein und am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. Aus diesem Nörgeln und dieser Verhetzung entsteht schließlich der Gedanke bei manchen Leuten, als sei unser Land das unglücklichste und schlechtest regierte in der Welt, und sei es eine Qual, in demselben zu leben. Daß dem nicht so ist, wissen wir alle selbstverständlich besser. Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unseren elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns thäten sie einen großen Gefallen damit. Wir leben in einem Übergangszustande! Deutschland wächst allmählich aus den Kinderschuhen heraus, um in das Jünglingsalter einzutreten; da wäre es wohl an der Zeit, daß wir uns von unseren Kinderkrankheiten freimachten. Wir gehen durch bewegte und anregende Tage hindurch, in denen das Urteil der großen Menge der Menschen der Objektivität leider zu sehr entbehrt. Ihnen werden ruhigere Tage folgen, insofern unser Volk sich ernstlich zusammennimmt, in sich geht und unbeirrt von fremden Stimmen auf Gott baut und die ehrliche fürsorgende Arbeit seines angestammten Herrschers. Ich möchte dieses Übergangsstadium mit einer kleinen Geschichte vergleichend beleuchten, welche Ich einmal gehört habe. Der berühmte englische Admiral Sir Franzis Drake war in Zentral-Amerika gelandet nach schwerer, stürmisch bewegter Reise; er suchte und forschte nach dem anderen großen Ozean, von dem er überzeugt war, daß er vorhanden sei, den

die meisten seiner Begleiter jedoch als nicht existierend annahmen. Der Häuptling eines Stammes, dem das eindringliche Fragen und Forschen des Admirals aufgefallen, von der Macht seines Wesens eingenommen, sagte ihm: „Du suchst das große Wasser, folge mir, ich werde es Dir zeigen,“ und nun stiegen die beiden trotz warnenden Zurufs der übrigen Begleiter einen gewaltigen Berg hinan. Nach furchtbaren Beschwerden an der Spitze angelangt, wies der Häuptling auf die Wasserfläche hinter ihnen und Drake sah die wildbewegten Wogen des zuletzt von ihm durchschifften Meeres vor sich. Darauf drehte sich der Häuptling um, führte den Admiral um einen kleinen Felsvorsprung herum, und plötzlich that sich vor seinem entzückten Blicke der vom Gold der aufgehenden Sonne bestrahlte Wasserspiegel des in majestätischer Ruhe sich ausbreitenden Stillen Ozeans auf. — So sei es auch mit uns! Das feste Bewußtsein Ihrer, Meine Arbeit treu begleitenden Sympathie flößt Mir stets neue Kraft ein, bei der Arbeit zu beharren und auf dem Wege vorwärts zu schreiten, der Mir vom Himmel gewiesen ist. — Dazu kommt das Gefühl der Verantwortung unserm obersten Herrn — dort oben gegenüber und Meine felsenfeste Überzeugung, daß unser alter Alliirter von Kogbach und Dennewiz Mich dabei nicht im Stiche lassen wird. Er hat Sich solche unendliche Mühe mit unserer alten Mark und Unserem Hause gegeben, daß wir nicht annehmen können, daß Er dies für nichts gethan hat. Nein im Gegenteil, Brandenburger, zu Großem sind wir noch bestimmt und herrlichen Tagen führe Ich Euch noch entgegen. Lassen Sie sich nur durch keine Nörgelei und durch mißvergnüglisches Parteigerede Ihren Blick in die Zukunft verdunkeln oder Ihre Freude an der Mitarbeit verkürzen. Mit Schlagwörtern allein ist es nicht gethan, und den ewigen mißvergnüglischen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Männer erwidere Ich ruhig und bestimmt: „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert,“ — daß Meine brave märkische Mannschaft Mir dabei helfe, das hoffe Ich bestimmt. Daher trinke Ich auf das Wohl Brandenburgs und seiner Männer Mein Glas.“

Aus Anlaß dieser Rede des Kaisers entstand in allen politischen Kreisen Deutschlands aufs neue eine äußerst lebhafteste Erörterung. Wochenlang ertönte die Presse aller Parteien von freimütigen Deutungsversuchen und in einzelnen Punkten zeigte sich ein fast allgemeiner

Widerspruch. Allerdings hat es, hörte man übereinstimmend von den verschiedensten Seiten, viel Widerspruch gegen einzelne Regierungsmaßregeln gegeben, aber solcher Unzufriedenheit wegen brauche man doch nicht auszuwandern, vielmehr sei es verfassungsmäßiges Recht aller Staatsangehörigen, auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten, den sie für den richtigen halten, hinzuwirken; auch habe das Herummörgeln immer stattgefunden, bald seitens dieser, bald jener Partei; die Treue zum Herrscher bleibe dadurch unberührt. Man vernahm die Frage, wieviele Leute dann noch zu Haus bleiben würden, wenn die Nörgler auswanderten, wahrscheinlich nur die ganz unselbständigen; die Ansichten der Regierung hätten sich im Laufe der Zeiten vielfach ins Gegenteil verkehrt; das Heimatsgefühl sei bei den Deutschen so stark, daß sie nicht gleich die Flinte ins Korn zu werfen und an Besserung der Zustände zu zweifeln pflegten. Die Nörgereien, sagte ein ultramontanes Blatt, gehören zum Ganzen; „wo wären wir Katholiken, wenn wir nicht anderthalb Jahrzehnte gegen die Maigesetze genörgelt hätten?“ Man wies auch wohl auf den Ausspruch des alten Fritz, es solle so regiert werden, daß die Leute ins Land kommen und nicht hinauslaufen, auch auf neuere Maßnahmen zur Einschränkung der Auswanderung. Die Vorstellung, daß der Kaiser absolutistischen Neigungen Ausdruck habe geben wollen, fand keinen Glauben, zumal dies seinem Angehörnis der Verfassung widersprochen haben würde. Nur einige konservative Blätter, wie der „Reichsbote“, meinten, in Annäherung an jene Vorstellung, das Königtum müsse allerdings energisch seine führende Stellung betonen, und der „Kurier poznański“ wünschte, daß es dem Monarchen gelingen möchte auszuharren, denn auf diesem Wege müßten auch die Polen „schließlich das Ziel ihrer Wünsche finden“. „Der patriarchalische Ton,“ sagte in den „Preuß. Jahrbüchern“ Prof. Delbrück, „der ist es, der den erbitterten Widerspruch hervorruft; in dieser Oppositionsstimmung sind Konservative, Liberale und Ultramontane schlechthin einig.“ Von unmittelbarer Bedeutung aber erschien der kaiserliche Tadel insofern, als man nach Lage der Dinge glaubte, ihn ansehen zu müssen als vorwiegend gerichtet gegen die grade im Augenblick so heftige Bekämpfung des Volksschulgesetzes. Dies sprachen nicht bloß das Hauptorgan der katholischen und das der sozialdemokratischen Partei, sondern auch

andere Blätter, wie z. B. am 26. Februar die „Kölnische Zeitung“ aus. Bisher, meinte diese, habe man sich gesagt, Deutschland könne es schon ertragen, wenn die Zedlitzte tugendweise über diesen Stein stolperten, die Monarchie dagegen müsse aus dem Ringen feindlicher Weltanschauungen und Parteien möglichst unberührt hervorgehen; aus diesem schönen Traume seien die Freunde der Monarchie nun aufgeschreckt. Man stelle alles Mögliche auf, was die gemäßigten Politiker entfremden müsse, und wundere sich nachher, wenn man die Bajonnette der liberalen Opposition in der Sonne blitzen sehe. „Man fordert die Deutschen, die den Kern ihres Wesens in Geistesfreiheit und nationaler Gesinnung erblicken, durch schwächliches Zurückweichen vor Polonismus und Ultramontanismus heraus und begreift hinterher nicht, wenn Männer, die Jahrzehnte lang den Mut hatten, als Regierungsfreunde der Verdächtigung ihrer Unabhängigkeit zu trotzen, auch den Mut finden, einer in die Irre gehenden Regierung den blanken Schild ihrer Überzeugung entgegen zu halten.“ Andererseits hob die „Kreuzzeitung“ hervor, der Kaiser habe in seiner Ansprache nicht etwa an die Arbeiter gedacht, sondern die Bemerkung „den Staub von den Pantoffeln schütteln“ weise auf die Studierstube, und von gewissen Studierstuben gehe auch in letzter Instanz die Heke gegen das Volksschulgesetz aus.

Unter dem Eindruck der kaiserlichen Ansprache und ihrer öffentlichen Besprechung steigerte sich die Bekämpfung des Volksschulgesetzes und die schon seit Herbst die gemäßigten Parteien erfüllende Verstimmung. Die Gegenkundgebungen fanden immer stärkeres Echo in den anderen deutschen Staaten, sodaß die „Voss. Ztg.“ sagen konnte: „Staat und Reich sind nicht mehr zu trennen; schon spürt man den Rückschlag in den kleineren Staaten; überall fühlt sich die Reaktion ermutigt; was will das werden? Mit dem Schulgesetz macht Preußen in Deutschland nicht moralische Eroberungen, sondern trägt Verwirrung und Groll in die Parteien, die in den Einzelstaaten Preußens beste Verbündete gegen den Partikularismus sind.“ Die ganze Besprechung des Schulgesetzes begann überzugehen in eine erneute Bekämpfung der „Schwankungen des neuen Kurses“ und die freikonservative Berliner „Post“ hob am 16. März hervor, man fühle nur zu deutlich, daß die Regierung „nicht so lebendige Fühlung mit dem Pulschlage des nationalen Empfindens und Denkens“ habe,

wie dies vom Standpunkt des öffentlichen Wohls zu wünschen wäre. Darin bestehe „die tiefere Ursache der bestehenden Beunruhigung.“

In der Kommission des Abgeordnetenhauses rückten die Verhandlungen nur sehr langsam weiter. Graf Zedlitz gab zwar hier Erklärungen ab, welche die Aussichtslosigkeit der Anträge des Centrums in Bezug auf die inneren Einrichtungen der Schule erkennen ließen, sodaß v. Huene bemerkte, die Haltung des Centrums stehe wie auf der Schneide des Messers; aber der Minister zeigte nicht die Nachgiebigkeit gegen die Mittelparteien, auf die man nach seinen Äußerungen gerechnet hatte. Später hat die „Kreuzzeitung“ die Mitteilung gebracht, der Kaiser habe dem Minister „mit Entschiedenheit“ die Zustimmung zur fortgesetzten Bekämpfung des liberalen Ansturms erteilt, während die konservativen Teilnehmer an der Zusammenkunft vom 23. Januar, namentlich v. Hellendorf, dies nicht für möglich erklärten.

Auf dem Höhepunkte der Spannung, am 17. März, trat die Wendung ein. Minister Graf Zedlitz verließ die Sitzung der Kommission, um einem Kronrate beizuwohnen, und kehrte, trotz seiner Zusage, dorthin nicht zurück. Denn in diesem Kronrate gebot der Kaiser dem Schwimmen gegen den Strom ein Halt, die beste Widerlegung gewisser Deutungen seiner Rede vom 24. Februar. Infolge dessen bat der Kultusminister am 18. März um seine Entlassung. Der versöhnliche Teil der Konservativen wurde dadurch freilich, wie aus späteren offenen Erklärungen, namentlich v. Mantouffels und v. Roseritzs, hervorging, um den Versuch gebracht, in der Kommission zu allseitig befriedigenden Änderungen zu gelangen, aber Graf Zedlitz, der sich in dem ganzen Streite überzeugungstreu gezeigt hatte, mochte eingesehen haben, daß er ein wesentlich geändertes Gesetz nicht mehr vertreten können. Man sah dieses bereits allgemein als gescheitert an und die Mittelparteien zeigten sich befriedigt und dem Kaiser dankbar. „Schon der Ausbruch der Krisis,“ sagte die „National-Zeitung“, „ist eine Genugthuung für die drei Parteien, die den Kampf gegen das Gesetz unerschütterlich geführt. Die Wortführer der konservativ-ultramontanen Mehrheit rechneten auf die Krone; aber diese hatte der Einbringung der Vorlage nur zugestimmt, weil das Für und Wider ihr nicht ausreichend vorgetragen war.“ Die zahlreichen gewichtigen Kundgebungen hatten offenbar

ihren Eindruck gemacht, und man hörte, daß die Besorgnis über die allgemeinen politischen Folgen, die namentlich in Süddeutschland eintreten könnten, an maßgebender Stelle mit Nachdruck geltend gemacht seien. Der Reichskanzler hatte sich mindestens gleich stark wie Gr. Zedlitz für das Gesetz engagiert, es konnte daher nicht auffallen, daß er in einem nach des letzteren Entlassungsgesuche erstatteten Berichte an den Kaiser auch seinen Rücktritt in Aussicht nahm. Der Kaiser lehnte aber am 14. März unter Berufung auf seine nach ärztlichem Räte unternommene Reise nach Hubertusstock ab, seine Entscheidungen jetzt zu treffen. Gr. Caprivi begab sich, nachdem er in Berlin mit dem Prinzen Heinrich verhandelt hatte, auf den Ruf des Kaisers am 20. März nach Hubertusstock und wurde hier von diesem bewogen, von seinem Rücktritte als Reichskanzler Abstand zu nehmen, wogegen ihm die Ministerpräsidentschaft in Preußen abgenommen wurde. Diese ward, nachdem Caprivi am 23. März nochmals nach Hubertusstock berufen war, dem Grafen Botho zu Eulenburg, Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, und das Kultusministerium dem Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Robert Bosse, übertragen.

Graf Eulenburg war von 1878 bis 1881 Minister des Innern gewesen, in diese Stellung aus dem Amte eines Oberpräsidenten der Provinz Hannover, gleichzeitig mit Hobrecht und Maybach berufen und er wurde zu den gemäßigten, auf Zusammenwirken mit den Liberalen bedachten Konservativen gerechnet. Bei Beratung der Novelle zur Kreisordnung im Herrenhause 1881 hatte der neben ihm sitzende Geh. Rat Rommel eine Erklärung des Fürsten Bismarck als damaligen Handelsministers verlesen, die den vorausgegangenen Äußerungen des Ministers des Innern widersprach. Graf Eulenburg war infolge dessen zurückgetreten und hatte Herrn v. Puttkamer zum Nachfolger erhalten. Einige Zeit später erhielt er das Oberpräsidium, aus dem er nun berufen ward. Sein Nachfolger als Oberpräsident von Hessen-Nassau wurde der Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Magdeburg, aus Nassau. Bosse hatte schon in den 70er Jahren dem Kultusministerium angehört, war dann Direktor, später Unterstaatssekretär im Reichsamte des Innern und hier an den sozialpolitischen Gesetzen wesentlich beteiligt gewesen, bis er im Februar 1891 zum Vorstand des Reichsjustizamts ernannt wurde. Er ist Sekretär

des Staatsrats und konservativ sowie streng kirchlich gesinnt, ohne jedoch zu den Konservativen von der Richtung seines Vorgängers gezählt zu werden. In seiner versöhnlichen Art und Weise hatte er als Vorsitzender der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch erfolgreich Mittelwege aufgefunden.

Die Befriedigung und Dankbarkeit der gemäßigten Parteien über die Lösung war jedoch mit einigen anderen Gefühlen gemischt. Einem derselben gab am prägnantesten die „Post“ Ausdruck in den Worten: „Dauernd bleibt die Einbuße an Ansehen, welche das Staatsministerium durch den offenbaren Mangel an politischem Urteil und Voraussicht erfahren hat.“ Ferner fand die Trennung der preussischen Ministerpräsidentschaft vom Amte des Reichskanzlers vielfache Mißbilligung. Es wurde zwar anerkannt, daß die Rücksicht auf die auswärtige Politik den Wunsch nach Erhaltung Caprivi's als Reichskanzler erklärlich mache, auch daß seine Entlassung wünschenswert sei; aber von jener Trennung wurde mehrfach Stärkung des preussischen Partikularismus, es wurden auch wohl Schwierigkeiten in der Verfügung über die preussischen Stimmen im Bundesrate besorgt, wengleich nicht zuviel Gewicht darauf gelegt wurde, daß die im Jahre 1872 versuchte Trennung der beiden Ämter schon 1873 wieder hatte aufgegeben werden müssen. Die Ressortlosigkeit des neuen Ministerpräsidenten fand weniger Widerspruch und wurde für den Fall als günstig angesehen, wenn er sich als der berufene Vertreter der allgemeinen politischen Aufgaben des Staatsministeriums fühle und auf dessen Würdigung derselben sein Hauptaugenmerk richte.

Graf Zedlitz erinnerte bei seinem Abschied von den Beamten des Kultusministeriums daran, daß er vor etwa einem Jahre schweren Herzens das Amt übernommen habe; wenn er sich jetzt von denen trennen müsse, die ihm über die Beamtenpflicht hinaus beigestanden, so demüthige er sich vor der göttlichen Fügung. Der Unterstaatssekretär Dr. v. Wehrauch erwiderte namens dieser Beamten, tief ergriffen sähen sie einen Mann scheiden, der durch seine geistige Bedeutung und seine sittliche Größe die höchste Achtung erworben, der so hohe Ziele verfolgt und dessen glänzender Schild bei der so plötzlichen Wendung auch nicht vom Hauche eines Schattens berührt sei.

Wie im Januar der Beginn der Volksschulgesetzfrage Preußens, so kam jetzt im März auch deren Lösung, und zwar mit größerer

Berechtigung als damals, zunächst im Reichstage zur Erörterung. Bei der dritten Beratung des Etats am 26. März hob Richter (d.-freis.) hervor, daß die neueste Wendung der Politik in Preußen und dem Reiche hier nicht unbesprochen bleiben könne. Der Reichskanzler sei in seinen politischen Funktionen halbiert worden und werde jetzt wohl einsehen, daß es mitunter schwer ist, gegen den Strom zu schwimmen. Die Reichsverfassung sei so sehr darauf zugeschnitten, daß der Reichskanzler auch in Preußen der erste Staatsmann sei, daß man die jetzige Lösung allgemein als ungenügend ansehe; sie sei jetzt auch schwieriger zu vollziehen als bei Fürst Bismarcks 1873 mißglücktem Versuche. Richtiger würde die Bildung selbständiger Reichsministerien gewesen sein und die das Ansehen der Regierung schädigenden letzten Vorgänge bewiesen von neuem die Notwendigkeit einer parlamentarischen Regierung. Darauf entgegnete der Reichskanzler Graf Caprivi, der preußische Ministerpräsident habe keinen größeren gesetzlichen Einfluß auf die Gesamtverwaltung des Staats als irgend einer seiner Kollegen; deshalb verliere der Reichskanzler durch die jetzt eingetretene Trennung nichts. Durch den Versuch von 1872 seien sachliche Nachteile nicht eingetreten; daß er fallen gelassen, habe persönliche Gründe gehabt. Die jetzige Trennung der Funktionen habe unverkennbare Vorteile. Deren größter bestehe darin, daß der Reichskanzler künftig nicht mehr in jede preußische Krise verwickelt zu werden brauche. Das parlamentarische System wünschten die verbündeten Regierungen nicht, auch sei es ohne Beseitigung des Bundesrats und andere Umwälzungen nicht durchzuführen. Der Führer der Centripartei, Graf Ballostrom, sprach hierauf den Wunsch aus, Graf Caprivi möge bald wieder die erste Stellung in Preußen einnehmen, und erklärte sich gegen verantwortliche Reichsminister. Anders v. Bennigsen (nat.-lib.), der namentlich seiner Meinung, daß ein verantwortlicher Reichsfinanzminister bald notwendig werden würde, so entschieden wie in früheren Fällen Ausdruck gab. Bezüglich der Trennung der ersten Staatsämter hegte, so sagte er weiter, weite Kreise die Besorgniß, daß sie Reibungen und Störungen herbeiführen werde. Hoffentlich sei eine solche Gefahr nicht nahe, obwohl sich nicht verkennen lasse, daß seit einiger Zeit der Partikularismus an vielen Stellen im Wachsen begriffen sei; dazu sollte doch nicht noch ein Gegensatz zwischen Preußen und Deutschland an der Spitze der Ge-

schäfte hinzutreten. Dem Reichskanzler wurde von Richter erwidert, beim Schulgesetz habe man ja gesehen, daß der preußische Ministerpräsident doch erheblichen Einfluß besitze; bedeute er aber so wenig, warum berufe man denn auf diesen Posten einen besonderen Minister, der bloß persönliche Bedeutung habe und nur als ornamentale Spitze diene? Sodann griff Graf Kanitz (d.=kons.) den Oberpräsidenten v. Bennigsen wegen seines Eintretens für Reichsministerien und wegen seiner Verbindung mit dem Führer der Opposition an. Das sei mit dem preußischen Beamtentum nicht zu vereinigen. v. Bennigsen erwiderte mit dem Hinweis auf die Unabhängigkeit der Reichstagsmitglieder und daß der Erfolg ihm recht gegeben, als er das liberale Bürgertum gegen die mit dem Volksschulgesetz heraufgeführte schwere Gefahr für Deutschland aufgerufen habe. Es werde wohl nicht als Unglück angesehen werden, wenn hohe Beamte vor Gefahren, die noch abgewendet werden könnten, warnten, zumal wenn sie sähen, wenn diejenigen Beamten nicht mehr den Mund aufzuthun wagten, die von ihrer höheren Stelle aus die Verhältnisse im ganzen zu übersehen vermöchten. Diese Bemerkungen gaben Stöcker (d.=kons.) Veranlassung, Herrn v. Bennigsen vorzuhaltend, der Staat, das Reich und das Ansehen der Krone würden den Schaden haben von dieser Mobilmachung des liberalen Bürgertums, das in sittlich=religiösen Dingen nichts geleistet, sondern in seinem Schoße den „Mammonismus“ großgezogen habe, der die Nation auseinanderreiße. Andererseits trat der konservative Prinz zu Carolath mit größter Anerkennung für v. Bennigsens Haltung und gegen Stöcker auf, dessen Ausführungen einen großen Teil der evangelischen Mitbürger irre machen würden.

Den wesentlichsten Erörterungen über die Trennung der ersten Staatsämter und über die allgemeine politische Lage sah man jedoch für den preußischen Landtag entgegen. In dessen beiden Häusern gab der neue Ministerpräsident Graf Eulenburg am 28. März erläuternde Erklärungen ab. Die Vereinigung der bewußten hohen Ämter bringe, wie nicht erst in neuerer Zeit bekannt geworden, ein Maß von Arbeit und Verantwortung mit sich, das die Kräfte auch des leistungsfähigsten Mannes vorzeitig aufzureiben geeignet sei. Dazu komme, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freiere werde, wenn sie nicht mehr abhängig sei von den allein

preußische Angelegenheiten betreffenden Zwischenfällen. Dadurch, daß der Reichskanzler Minister der auswärtigen Angelegenheiten und preußischer Minister verbleibe, sei Fürsorge gegen Beeinträchtigung der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und des gegenseitigen Verhältnisses des Reichs und Preußens getroffen. Die Verhandlungen über das Schulgesetz hätten scharfe Gegensätze hervortreten lassen, die sich bisher unvermittelt entgegenständen. Daher verzichtete die Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung dieses Entwurfs.

Den eigentlichen Anlaß zu Verhandlungen über diese Fragen im Landtage bot jedoch erst ein Gesekentwurf, nach welchem in den ordentlichen Etat des Staatsministeriums nachträglich der Betrag von 72 000 *M* für Gehalt, Dienstwohnung und Repräsentationskosten des neuen Ministerpräsidenten eingestellt werden sollte. Die erste Beratung hierüber fand im Herrenhause am 28. März statt und gestaltete sich nur durch eine Rede des Grafen von Hohenthal etwas lebhaft. Er verbreitete sich nämlich über den herrschenden Pessimismus, demgegenüber man den Glauben an den monarchischen preußischen Staat bewahren müsse. Freiherr von Stumm aus Schloß Halberg vermochte von solchem Pessimismus nichts zu entdecken, glaubte auch nicht, daß jemand jenen Glauben aufgegeben habe. Die einzige Partei, die auf Unzufriedenheit hinarbeite, die socialdemokratische, sei weit davon entfernt, den Staat in Frage zu stellen. Freiherr von Schorlemer-Alst beteiligte sich an dieser Besprechung, indem er den Glauben an den preußischen Staat als gleichbedeutend mit dem an den christlich-konservativen Staat hinstellte und er schloß mit der für die Haltung der Centrumspartei bemerkenswerten Erklärung: „Unsere Verhältnisse liegen so, daß bei aller Mitwirkung der Parlamente wir alle doch wohl auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen: in Preußen muß der König regieren.“

Im Abgeordnetenhause fand die Beratung am 28. April statt. Sie wurde eingeleitet durch Rickert (d.-frei.), der den Fall des Volksschulgesetzes insofern bedauerte, als dessen Aufrechthaltung die Schläfer im Lande noch mehr als bisher aufgerüttelt und „Allen, die mit vollem Vertrauenswinde dahingegelten, zum Bewußtsein gebracht haben würde, daß es bei uns Elemente giebt, welche das Staatsschiff auf Klippen führen.“ Die Freisinnigen, bemerkte der Redner, könnten sich nicht vorstellen, daß ein Mann von der staatsmännischen Ver-

gangenheit des Grafen Eulenburg seine Stellung als Ministerpräsident ohne die Grundlage eines selbständigen Ressorts auf die Dauer für möglich halte, und außerdem bestehe die Hauptfrage darin, wie sich der Ministerpräsident zu den deutschen Angelegenheiten stellen, sowie ob es dem Reichskanzler möglich sein werde, als Minister des Äußern einem gefährlichen preussischen Partikularismus entgegenzuwirken. Für die Konservativen gab v. Rauchhaupt dem Bedauern Ausdruck, daß nicht Zeit gelassen worden sei, eine Verständigung in der Schulgesetzfrage zu versuchen. Im Namen der Centrumspartei sprach v. Huene den Grafen v. Caprivi und Zedlitz Dank aus „für ihr Eintreten für den christlich-konservativen Staat“, glaubte aber nicht, daß durch den Ministerwechsel die Gegensätze vermittelt würden, und bezeichnete eine Verständigung seiner Partei mit den Mittelparteien in der Schulgesetzfrage als unmöglich. Das Centrum könne seine Grundsätze nicht aufgeben und die Regierung habe doch aus seinen Händen schon andere wichtige Gesetze angenommen. Nunmehr trat der Ministerpräsident Graf Eulenburg auf. Er bezeichnete die Zurückziehung des Volksschulgesetzes als das Fazit der Lage, an deren Herbeiführung er und der neue Kultusminister nicht mitgewirkt hätten. Außerdem liege ein Fall vor, in dem es nicht gleichgültig sein könne, ob von der Abstimmung ein Ergebnis zu erwarten sei, mit dem auch der Unterliegende sich, wenigstens zur Zeit, zufrieden geben könne. Der Kampf auf dem Gebiete der Volksschule werde weiter geführt werden müssen, so lange es überhaupt ein politisches Leben giebt. Bezüglich der Trennung der fraglichen höchsten Ämter meinte Graf Eulenburg, diese Einrichtung trage die Voraussetzungen der Dauer in sich. Die Zahl derer, die geneigt wären, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen, sei nicht groß und in dessen Person dürfe ein häufiger Wechsel nicht eintreten. Im Anschluß an diese Auslassungen stellte sich der neue Kultusminister Dr. Boffe vor. Er wünschte, daß man jetzt keine programmatischen Erklärungen über Einzelheiten von ihm verlangen möchte; ein neues Volksschulgesetz könne man in diesem Augenblicke nicht erwarten, da die Gemüter nach den schwierigen Kämpfen noch erregt und wichtige Fragen unentschieden seien. Im übrigen benutzte Graf Balkestrem die Gelegenheit, einige Punkte seiner am 12. April in Breslau gehaltenen Rede zu erläutern. Er hatte dort den verstorbenen Windthorst als den großen Generalstabschef un-

feres Herrgotts in Deutschland bezeichnet und von „ungläubigen Professoren“ geredet, „die den Materialismus und den Atheismus von den Kathedern lehren“. Aus den jetzigen Erläuterungen ging aber, wie aus jener Breslauer Rede, hervor, daß die Centrumspartei zu weiteren Kämpfen in der Schulfrage bereit ist.

Unterdessen hatte der Reichstag seine Verhandlungen, wie wir sie Seite 10 verlassen mußten, fortgesetzt. Die ferneren Etatsberatungen gaben wieder Anlaß zur Berührung einer Reihe von Fragen der verschiedensten Art. Es wurde geklagt über die Mißhandlung von Seeleuten auf den Reichspostdampfern und über schlechte Behandlung der Kohlenzieher auf deutschen Schiffen. Das schon so oft vorgebrachte Verlangen nach einem Gesetze zur Regelung der Thätigkeit des Reichseisenbahnamts wurde vom Abg. Hamacher wiederholt. Auf mehrseitige Anregung ward ein Gesetzentwurf zur Verbesserung des Unfallversicherungsgesetzes zugesagt. Für Beteiligung an der für 1893 in Chicago geplanten Ausstellung wurden 900 000, für die wissenschaftliche Erforschung und Aufdeckung des römischen Grenzwalls 40 000 Mark bewilligt. Lebhaft wurde auf Reform der Eisenbahn-Tarife gedrungen. Der preußische Eisenbahnminister Thielen wies zur Erwiderung darauf hin, daß Preußen schon viele Verkehrserleichterungen und Verbesserungen geschaffen habe, behauptete aber, dem Fortschritt dieser Reform ständen die Finanzlage sowie der Umstand entgegen, daß man sich bisher über ein allen Anforderungen genügendes Projekt noch nicht habe einigen können. Woher sollen denn aber, warf der Abg. v. Stumm (freikons.) ein, die Mittel kommen, die in Preußen aus den bisherigen Überschüssen der Eisenbahnverwaltung für die allgemeinen Staatszwecke aufgewendet wurden, wenn die Überschüsse durch eine durchgreifende Reform in der Richtung der Ermäßigung der Tarife zum Verschwinden gebracht werden? Beim Etat des Reichsjustizamts wurde der langsame Gang der Beratungen des bürgerlichen Gesetzbuchs in der dafür niedergesetzten Kommission bemängelt und gewünscht, daß sie mehr Rücksicht auf die praktischen Bedürfnisse des Volks sowie auf eine bessere sprachliche Form des Gesetzbuchs nehme. Dr. Bosse, damals noch Vorstand dieses Reichsamts, suchte dagegen nachzuweisen, daß eine schnellere Bearbeitung nicht möglich sei. In der jetzigen zweiten Lesung würden manche Schwächen des ersten Entwurfs beseitigt. Am

Ende des Jahrhunderts werde das Gesetzbuch hoffentlich zu stande gekommen sein. Auch die Frage einer Entschädigung der unschuldig Verurteilten wurde wieder vorgebracht, worauf der Staatssekretär meinte, es sei ratsam, die Sache bis zur endgültigen Revision der Strafprozeßordnung auszusetzen, bis dahin aber dafür zu sorgen, daß in jedem Bundesstaate ein Fonds zur Gewährung solcher Entschädigung vorhanden sei.

Ausgedehntere Erörterungen entstanden bei Beratung des Militärretats. Es wurde eine Verminderung der Wachtposten, namentlich vor Gebäuden der Zivilverwaltungen, und der Ehrenposten, sowie eine Änderung der noch aus 1837 stammenden Bestimmungen über deren Gebrauch von Schießwaffen verlangt, auch die Absperrung der Straßen in Berlin bei militärischen Aufzügen und Empfängen fremder Fürstlichkeiten beklagt. Am allgemeinsten traten die Wünsche nach Änderung der Militärstrafprozeßordnung hervor. Man wünschte eine größere Öffentlichkeit des Verfahrens und eine Erleichterung bezüglich des Beschwerderechts der Militärpersonen. Die Erregung über diese Punkte war so stark infolge des tiefen Eindrucks, den ein vom Befehlshaber des königl. sächsischen Armeekorps, dem Prinzen Georg von Sachsen, am 8. Juni 1891 erlassener Befehl gegen Mißhandlungen von Soldaten durch Vorgesetzte überall gemacht hatte. Der Erlaß war am 31. Januar vom sozialdemokratischen Hauptorgan, dem Berliner „Vorwärts“, an die Öffentlichkeit gebracht. Der Prinz hatte gesagt, durch eine lange Reihe kriegsgerichtlicher Untersuchungen, die in letzter Zeit wegen körperlicher Mißhandlungen Untergebener einzuleiten gewesen, seien Zustände zu Tage gefördert, die in hohem Grade bedenklich erscheinen müßten. Aus den Akten habe er ersehen, daß diese Gewaltthätigkeiten nicht etwa bloß die Folge augenblicklicher Erregung gewesen seien, sondern ein großer Teil habe sich als „raffinierte Quälerei, als Ausfluß einer Roheit und Verwilderung“ herausgestellt. Eine Behandlungsweise sei eingerissen, „die auf den guten Geist und die Disziplin der Truppe zerstörend einwirken, jede Kameradschaft untergraben“ müsse; und diese häufig selbst vor Zeugen verübten Gewaltthätigkeiten würden aus Furcht „vor noch schlimmerer Behandlung nicht zur Meldung gebracht“. Diese Behauptungen waren in dem Erlasse durch genaue Angabe der empörendsten einzelnen Fälle belegt.

Zum Schluß hieß es, eine Änderung dieser Zustände müsse unter allen Umständen herbeigeführt werden.

In der Budgetkommission des Reichstags war dieser Erlaß schon am 5. Februar zur Sprache gekommen. Richter wies hier darauf hin, daß die Vorkommnisse in Sachsen nicht vereinzelt daständen, sondern daß gewisse Bilder der dortigen Mißhandlungen sogar typisch auch in den übrigen Teilen Deutschlands seien. Die kastenmäßig abgeschlossene Erziehung junger Leute in Unteroffizierschulen und Kadettenhäusern sei geeignet, zur falschen Behandlung der Untergebenen zu führen. General v. Gofler, Departementsdirektor im preussischen Kriegsministerium, gab zu, daß der Abgrund, welcher sich hier aufthue, geschlossen werden müsse, hielt es aber für zweifelhaft, ob das mündliche und öffentliche Strafverfahren eine Besserung herbeiführen werde. Der bairische Militärbevollmächtigte, Oberst v. Haag, machte geltend, daß in Baiern äußerst strenges Vorgehen gegen Mißhandlungen ein befriedigendes Ergebnis gehabt habe. Graf Ballestrem sah den tieferen Grund der Vorgänge in der allgemeinen Verrohung, die um sich gegriffen habe, „vom wüsten Grafen an bis zum Messerstecher.“ Vogens (Zentr.) meinte, das Schlimmste sei, daß das rechte Verständnis für den Gehorsam in den religiösen Bestimmungen und dafür verloren gegangen sei, „daß der Unteroffizier für den Soldaten der Stellvertreter Gottes auf Erden ist.“ Die Kommission einigte sich dann über den Antrag auf ein Ersuchen an die Regierungen, die Militärstrafprozessordnung baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Öffentlichkeit des Verfahrens, zu unterwerfen, das Beschwerderecht zu erleichtern und auf Pflege religiösen Sinns unter den Angehörigen des Heeres hinzuwirken.

Bei Beratung des Militäretats im Plenum trat der neue Abgeordnete für Bayreuth, Casselmann, für Einführung der Öffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens und für eine ständige und unabhängige Gerichtsbarkeit an Stelle der Zusammensetzung der Gerichte von Fall zu Fall ein. Er wies dabei namentlich auf die guten Erfolge dieser Einrichtungen in Baiern. Nach Mitteilung des sächsischen Bevollmächtigten, Obersten v. Schlieben, hätten sich infolge des Erlasses des Prinzen Georg die Fälle von Mißhandlungen bereits verringert. Die ganze Frage berührte den Grafen Caprivi nicht

bloß als Reichskanzler, sondern auch als General. Er ließ sich daher ausführlich darüber aus. Gegen die Mißhandlung richtete sich eine kaiserliche Verordnung aus 1890, die nur eine Verfügung von 1843 in Erinnerung bringe; aber die Mißhandlungen würden nicht vermindert, so lange es rohe Menschen gebe. Versäumt werde nichts, denn die Strafbücher würden mit größter Feinlichkeit kontrolliert. Vermehrung der Offiziere und Hebung des Unteroffizierstandes seien Mittel zur Minderung dieser Übelstände; aber die Form des parlamentarischen Vorgehens sei zu schroff, und es scheine ein Quantum Parteipolitik dabei mitzuspielen. Leider würde durch die Art, wie die Presse sich der Sache bemächtige, Mißtrauen geschürt und damit das Heer geschädigt. Bebel (Soz.=Dem.) behauptete, die Mißhandlungen kämen im Heere in größerem Umfange vor, als man allgemein annehme und dies liege im System. Das Ehrgefühl der Offiziere sei künstlich so verfeinert, daß die geringste Beleidigung nur durch Blut gesühnt werden könne, aber ihren Untergebenen gegenüber bedienten sie sich einer Sprache, daß man sagen müsse, sie seien Barbaren. Richter meinte gegen den Reichskanzler, daß man von Mißtrauen gegen das Heer nicht sprechen dürfe und hielt eine Besprechung dieser Fragen im Reichstag behufs Bekämpfung der Sozialdemokraten für nötig. Daß früher nicht so viele solcher Ausschreitungen vorgekommen, scheine daran zu liegen, daß früher nicht so viele Unteroffiziere aus den Unteroffizierschulen genommen seien und die Leiden der Rekruten selbst mit zu erdulden gehabt hätten. Haußmann (Volksp.) brachte eine Reihe von Mißhandlungen von Soldaten vor, die in Württemberg vorgekommen seien. Diese Mitteilungen, meinte Graf Caprivi, gingen nur auf Erregung von Mißtrauen aus und kämen den Sozialdemokraten zu gute. v. Kardorff (freikons.) war der Meinung, die letzteren dürften solche Fälle am wenigsten vorbringen, da sie selbst mit Brutalität die Leute behandelten, welche sich den Streiks nicht anschließen wollten. v. Koscielski glaubte, die polnischen Rekruten hätten am meisten wegen ihrer mangelnden Kenntnis des Deutschen zu leiden. Schließlich wurde der Antrag der Kommission angenommen, jedoch in der von Richter und Buhl geänderten Fassung, wonach bei der bevorstehenden Reform die Grundsätze, wie sie sich in Baiern bewährt, zur Geltung gebracht werden möchten.

Recht interessant war die beim Militäretat aufgeworfene Frage,

wie in einem künftigen Kriege die Verwundeten aus der Feuerlinie in Sicherheit gebracht werden sollen. Der Abg. Endemann, Sanitätsrat aus Kassel, bemerkte am 18. Februar, daß diese Frage die weitesten Kreise beschäftige, seit Professor Billroth's Vortrag in Wien über die Wirkung der Schießwaffen bekannt geworden ist. Das Militär-sanitätswesen werde eine schwere Aufgabe finden, da die Zahl der Verwundeten steigen werde infolge der Vervollkommnung der Schußwaffen und der Verwendung des rauchlosen Pulvers. Der Bevollmächtigte, Major Gaede, gab zu, daß die Zahl der Verwundeten steigen werde, meinte aber, die Art der Verwundung werde so zu sagen eine humanere sein. Jeder Offizier sei schon jetzt mit einem antiseptischen Verbands ausgerüstet und bei jeder Truppe würden schon jetzt einige Mannschaften als Krankenträger ausgebildet, überhaupt aber seien ausreichende Vorbereitungen getroffen.

Beim Marineetat kamen wichtige allgemeine Gesichtspunkte zur Sprache. Es handelte sich um Vermehrung der Mannschaft um 1137 Köpfe, um Mehrausgaben für 12 neue Offiziere und 604 Matrosen. Alle diese Forderungen wurden bewilligt, jedoch die erstere erst, nachdem der Reichskanzler sich über die Bedeutung der Marine im Frieden wie im Kriege näher ausgesprochen hatte. Die fortschreitende Entwicklung unseres Handels erfordere zu seiner Beschützung eine Vermehrung der Flotte. Vor allem aber sei zu bedenken, daß im Kriege die wenn auch in zweiter Linie stehenden Leistungen der Marine dem Heere zu gute kämen. Den Reformen des Heeres nachzueifern, habe die Marine sich seither bemüht und sie sei damit auch vorwärts gekommen, jedoch zum Teil nur, weil andere Marinen langsam waren; wir müßten aber damit rechnen, daß diese schneller vorgehen. Die erste Seeschlacht bringe fast immer die Entscheidung zur See, weil sie mit der Vernichtung eines Teils der Flotte enden werde; auf dem Lande könne man die Schlacht an anderer Stelle wieder aufnehmen, auf dem Meere nicht. Der Eindruck dieser Ausführungen reichte jedoch nicht soweit, um alle Forderungen bezüglich der Kriegsschiffe durchzusetzen. Der für den Bau einer Kreuzerfregatte verlangte Betrag ward zwar bewilligt, dagegen für drei Panzerschiffe statt der verlangten 5 300 000, nur 3 Millionen Mark bewilligt. Außerdem beantragte sogar die Kommission die Ablehnung der verlangten ersten Raten für den Bau einer Kreuzer-

Forvette, eines Panzerfahrzeugs, eines Kreuzers und eines Ubojos. Der frühere Chef der Admiralität, Graf Caprivi, verwendete sich vorzugsweise für die neue Kreuzerforvette. Mit kleinen Kreuzern, sagte er, könne die Marine nicht auskommen, sie brauche solche, die entschiedener auftreten können. Es handele sich nicht um den Kaperkrieg, dem Deutschland ja entzagt habe, sondern um den Kreuzerkrieg. Außerdem spreche für die Vornahme des Baues dieses Schiffes in den nächsten Jahren die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Pommern. Diese würde bedenklich werden, wenn der „Vulkan“, der das Schiff bauen sollte, die in Aussicht hierauf beibehaltenen Arbeiter entlassen müßte. Nach diesem Grundsatz, erwiderte Graf Ballestrem (Zentr.), würde man ja zur Errichtung von Nationalwerkstätten kommen. Unter Beteiligung der Zentrumsparthei wurden dann am 1. März alle diese Forderungen im Gesamtbetrage von 5 450 000 Mk. abgelehnt. Sehr gespannt war man, ob das Zentrum auch bei der dritten Beratung des Etats den Wunsch des Reichskanzlers bezüglich der Kreuzerforvette ablehnen werde. Es schien dies die Probe darauf sein zu müssen, ob das Zentrum, wie man vielfach glaubte, sich auf Tauschgeschäfte mit der Regierung einlasse. War dies richtig, so konnte das Zentrum durch den in der Zwischenzeit eingetretenen Fall des preußischen Volksschulgesetzes nicht günstig gestimmt sein. Die dritte Beratung begann am 26. März und Graf Ballestrem sprach sich, anscheinend namens des Zentrums, mit großer Entschiedenheit gegen eine Politik des „do ut des“ aus; er verwahre sich dagegen ebenso, wie es der Reichskanzler gethan, und werde es nicht einmal verstehen, wie ein solcher Tauschverkehr zwischen dem Interesse Preußens und dem des Reichs möglich wäre. Als es aber am 29. März zur endgültigen Abstimmung kam, erklärte derselbe Redner, die Centrumspartei müsse auf der Ablehnung der Kreuzerforvette beharren. Als Grund gab er an, der Bericht des Oberpräsidenten von Pommern über die Verhältnisse in Stettin sei zu schwarz gefärbt gewesen; Arbeitslosigkeit herrsche auch an vielen anderen Orten und das Reich könne nicht einen so ungewöhnlichen Schritt thun, zu Gunsten eines Orts Arbeitsgelegenheit auf Reichskosten zu schaffen. So bewirkte denn das Zentrum wiederum die Ablehnung dieser Forderung, auf welche die Regierung besonderes Gewicht legte. Sie erfolgte mit 177 gegen 109 Stimmen. Als bald wurde dieses Ver-

halten des Zentrums in der Presse der gemäßigten Parteien auf dessen Verschmäpfung in der Schulgesetzfrage zurückgeführt. Die „Germania“ protestierte freilich stark gegen diese Auffassung; das Zentrum habe auch hier nur aus blankester Überzeugung gehandelt; die Gegner aber blieben dabei, daß ein flagranter Widerspruch zwischen Wort und That des Zentrums vorliege und riefen höhnisch: „kein Schulgesetz, kein Kreuzer!“

Endlich erregte die Statsberatung noch beim auswärtigen Amte besondere Beachtung. Der Abgeordnete Baumbach (d.-freis.) und Genossen beantragten, den Reichskanzler zu ersuchen, daß beim gegenwärtigen friedlichen Einvernehmen mit den auswärtigen Mächten Verhandlungen eingeleitet würden, um durch Übereinkunft von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechts zu erheben. Nachdem Baumbach am 4. März den Antrag mit dem Hinweis auf die Interessen des Handels begründet hatte, erkannte der Reichskanzler in seiner Erwiderung zwar die humanen Zwecke des Antrags bereitwilligst an, erklärte sich auch gern bereit, die Sache, falls sie Erfolg verspräche, in die Hand zu nehmen, drückte aber die Besorgnis aus, daß internationale Verhandlungen hierüber gegenwärtig ein Ergebnis haben könnten, das der Humanität weniger entspräche, als der seit 1856 geltende Rechtszustand. Denn die Entwicklung des Seehandels und der Mittel zur Seekriegführung hätten die Lage zu Ungunsten des Schutzes des Privateigentums zur See im Kriege geändert. Die großen Seemächte würden schwerlich geneigt sein, auf die Zerstörung des feindlichen Handels zu verzichten. Hiernach blieb den Antragstellern allerdings nichts übrig, als den Antrag zurückzuziehen.

Zum ersten Mal war in dem Etat des auswärtigen Amtes ein gegen bisher bedeutend erhöhter Betrag als geheimer Fonds eingestellt. Es war dies die notwendige Folge der Erklärung des Reichskanzlers, daß vom 1. April an kein Pfennig mehr aus dem Welfenfonds an das Reich werde gezahlt werden. Auch die eifrigsten bisherigen Bekämpfer der Verwendungen aus dem Welfenfonds mußten nun für 500 000, statt bisher für nur 48 000 Mk. als geheimen Fonds stimmen.

Mit der Beratung des Stats des auswärtigen Amtes wurde am

5. März die des Etats für die Schutzgebiete verbunden. Hier interessierte vor allem die Forderung von 2 500 000 Mk. für Maßnahmen zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika. Der Abg. Bamberger (d.-frei.) war es wiederum, der die ganze Kolonialpolitik einer abfälligen Kritik unterwarf. Besonders mißfiel ihm die Ausweisung des Herrn E. Wolff aus Deutsch-Ostafrika. Die Maßregel war von dem neuen Gouverneur v. Soden erfolgt wegen der Berichte, welche der Genannte an das freisinnige „Berliner Tageblatt“ erstattet hatte. Der Reichskanzler Graf Caprivi stellte in seiner Erwiderung eine neue Verwendung des Majors v. Wisßmann in Aussicht, wollte aber von Emin Pascha nicht mehr viel wissen. Die Ausweisung des Wolff habe er, der Kanzler, selbst veranlaßt, denn die Art von Diktatur, in der Deutsch-Ostafrika lebe, könne nur dann wohlthätig wirken, wenn sie nicht gestört werde. Die Telegramme, wie sie Wolff gesandt, müßten in Deutschland einen der Kolonie nicht förderlichen Eindruck machen, und wie die Schlachtenbummler für die Truppen nicht bequem und angenehm seien, so wären die Kolonialbummler für die Kolonien schädlich, zumal bei deren noch nicht gefestigten Verhältnissen. Das südwestafrikanische Schutzgebiet riet Bamberger aufzugeben; der Staatssekretär v. Marschall erklärte aber mit großer Bestimmtheit, die Regierung sei entschlossen, diese Schutzherrschaft aufrecht zu erhalten; es bedürfe nur einer stetigen unverdrossenen Arbeit, um diese Gebiete mit Verwertung deutschen Kapitals wirtschaftlich nutzbar zu machen.

Ein Nachtrag zum vorjährigen Etat im Betrage von 11 529 336 Mk. in Einnahme und Ausgabe erregte namentlich deshalb Aufmerksamkeit, weil ein Teil der Ausgaben, nämlich 1 395 000 Mk., als erste Rate zur Befestigung Helgolands bestimmt war. Diese bedarf, so hieß es in den Motiven, einer starken Sicherung zur Abwehr feindlichen Angriffs. Die Verteidigung lediglich der Kriegsflotte zuzuweisen, sei bedenklich, weil diese dann in ihrer freien Aktion auf offener See beeinträchtigt würde. Die Anlagen sollten auch verhindern, daß die Insel der feindlichen Flotte einen Stützpunkt für eine Blockade der deutschen Nordseeküste biete. Die Verhandlung hierüber brachte nur den Unmut über die fortwährend steigenden Ausgaben für militärische Zwecke zum Vorschein.

Richter verglich die Insel mit einer schönen Nadel in besonders teurem Etui; wenn das so fortgehe, würden nahezu alle Ersparnisse des Volks in militärischen und maritimen Dingen verwendet; die Störung der Erwerbsverhältnisse durch fortgesetzte Anleihen schwäche die Wehrkraft des Volks; der Panzer werde immer stärker, der Körper aber, den er decken solle, immer schwächer. Bebel hätte lieber England gebeten, die Insel zu behalten, sie wäre dann auch ein besserer Schutz für uns geblieben. Graf Arnim bezeichnete diese Gelder als nicht unproduktiv, sie blieben ja im Lande. Das erinnere, meinte Richter, an eine Äußerung des Feldmarschalls v. Steinmetz, der alle Militärausgaben für die produktivsten erklärt habe.

Von den übrigen Beratungsgegenständen des Reichstags ragen hervor: ein Gesetz, wonach die Familien der aus Reserve, Landwehr oder Seewehr zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften auf Verlangen aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten sollen; ebenso die Familien der aus der Ersatzreserve für die zweite oder dritte Übung einberufenen Mannschaften. Ferner ein Gesetz wegen Außerkurssetzung der in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereins-Thaler und Doppelthaler. Sodann ein neuer Handels- und Zollvertrag mit der Schweiz, der am 10. Dezember 1891 in Wien geschlossen war; weiter Abkommen mit Oesterreich-Ungarn sowie mit Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz und ein Übereinkommen mit Nordamerika über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte; Gesetze über die Errichtung von Telegraphenanlagen und über den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, endlich ein Gesetz über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen. Die Session des am 20. Februar 1890 gewählten, am 6. Mai 1890 eröffneten Reichstags wurde, nachdem sie im Jahre 1890 zweimal, im Jahre 1891 einmal durch längere Vertagung unterbrochen war, am 31. März geschlossen.

Der preussische Landtag hatte sich, außer dem schon berührten Volksschulgesetze, vornehmlich mit Gegenständen finanzieller Natur zu beschäftigen. Zunächst mit dem Staatshaushaltsetat für 1892—93. Dessen erste Beratung im Abgeordnetenhaus begann am 21. Januar, nachdem der Finanzminister Miquel am 15. Januar eine nähere Darlegung gegeben hatte. Der Etat, sagte er, stehe in Einnahme

und Ausgabe mit 1 851 115 697 Mk. in Gleichgewicht, wovon 46 663 662 Mk. auf die außerordentlichen Ausgaben entfallen. Angesichts der beschränkten Finanzlage habe es einer großen Standhaftigkeit seiner selbst und einer großen Resignation der einzelnen Ressortminister bedurft, um den Etat ohne Anleihe zu balancieren. Der Minister ging dann auf die einzelnen Etatsanschläge ein und wies darauf hin, daß seine vielleicht als pessimistisch verschrieene Auffassung der Finanzen im vorigen Jahre sich als berechtigt herausgestellt habe, denn bei der größten Betriebsverwaltung, bei den Eisenbahnen, habe sich ein erheblicher Einnahme-Ausfall herausgestellt. Aber eine allzu große Beunruhigung dürfe man daran nicht knüpfen, da die übrigen Einnahmequellen ausgiebig fließen. Er sei mit dem Eisenbahnminister darin einverstanden, daß die Finanzverwaltung in die Eisenbahnverwaltung soweit eingreifen dürfe, als darunter der Verkehr nicht leide. Bezüglich der Gehaltsverhältnisse seien im wesentlichen nur die Lehrer an den höheren Schulen berücksichtigt worden, weil sie bisher immer in den Hintergrund gedrängt seien. Aus der Einkommensteuer habe die Regierung geglaubt, einen Mehrertrag von $7\frac{1}{2}$ Millionen einstellen zu können, obgleich das Ergebnis der neuen Steuerveranlagung noch nicht zu übersehen sei. Der Minister forderte dann zu einer sparsamen Wirtschaft auf. Im außerordentlichen Etat des Kultusministeriums befand sich eine Forderung von 300 000 Mk. als erste Rate zum Neubau des Domes in Berlin und einer Gruft für das preußische Königshaus. Diese Forderung fand entschiedenen Widerspruch auf seiten der Freisinnigen, in deren Namen Richter geltend machte, noch niemals seien für eine einzige Kirche 10 Millionen aus der Staatskasse aufgewendet worden; eine Rücksicht auf geschichtliche Denkmäler komme dabei nicht in Betracht; für die Summe könne man 12 Predigtkirchen herstellen; mit der Kirchennot hänge diese Sache gar nicht zusammen; ein künstlerisches Interesse liege auch nicht vor und es bürge niemand dafür, daß die Ansicht über die Zulänglichkeit des Betrags sich nicht später ändere; in erster Linie hätte der Kronfideikommissfonds mit Millionen eintreten müssen. Herrn Richter wurde vom Grafen Limburg-Stürum (kons.) erwidert, eins habe er vergessen: das monarchische Gefühl, die Pietät gegenüber mehreren preußischen Königen, welche Großes für das Land geleistet. Die 10 Millionen

wurden übrigens „in der Voraussetzung“ bewilligt, daß weitere Anforderungen aus Staatsmitteln für Zwecke des Dombaues nicht gestellt würden.

Als eine Ergänzung des im vorigen Jahre ins Werk gesetzten Theils der Steuerreform war das Gesetz wegen Aufhebung der Befreiung ordentlicher Personalsteuern anzusehen. Hierdurch wurden die Vorrechte, welche den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormals unmittelbarer deutscher Reichsstände zustanden, gegen Entschädigung aufgehoben. Sie bestand im $13\frac{1}{2}$ fachen Betrage des nach gewissen Abzügen verbleibenden Theils der für 1893—94 veranlagten Einkommensteuer. Die Vorlage ging ohne Anstoß durch beide Häuser des Landtages. Über die Fortführung der Steuerreform selbst gab der Finanzminister Miquel am 29. März im Herrenhause einige Andeutungen. Er teilte mit, die Veranlagung der neuen Einkommensteuer habe den überraschend günstigen Mehrertrag von etwa 43 Millionen ergeben und die Mehrerträge sollten nicht unmittelbar für Staatszwecke, sondern zu Gunsten des ganzen Landes, und zwar in dem Sinne verwendet werden, daß die bestehende staatliche Doppelbesteuerung in der Personal- und der Realsteuer, soweit es die Finanzlage gestatte, beseitigt oder wenigstens erheblich gemäßigt werde.

Mit größtem Interesse wurde auf allen Seiten die Frage der Aufhebung des sog. Welfenfonds behandelt. Schon in früheren Jahren war mehrmals auf verschiedenen Wegen die Aufhebung der im Jahre 1868 verfügten Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg von Hannover beim Kaiser angeregt worden. Vornehmlich hatte der hannoversche Provinziallandtag sich schon im Jahre 1875 dahin ausgesprochen. Nun trat neuerdings die Notwendigkeit ein, ein neues Gesetz über die Verwendung der Zinsen dieses Fonds zu erlassen, die ja nicht ferner zu Staatszwecken Verwendung finden sollten. Mit Rücksicht hierauf war im vorigen Winter dem Kaiser bei seiner Anwesenheit in der Provinz Hannover die Rätlichkeit der Aufhebung der Beschlagnahme derart dargelegt, daß er das Staatsministerium mit Erwägung der Frage beauftragte. Dies führte dazu, daß durch geeignete Vertrauenspersonen Verhandlungen mit dem Herzoge Ernst August von Cumberland eingeleitet wurden. Das Ergebnis bestand darin, daß der Herzog aus Lothringerhaus Wien=

Penzing am 10. März ein Schreiben an den Kaiser richtete, in dem er sagte: „Gern benutze Ich diese Gelegenheit, wie Ich schon früher erklärt, so jetzt wiederholt zu erklären, daß jedes den Frieden des Deutschen Reichs und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmen Meinen Absichten fern liegt; als deutscher Fürst liebe Ich Mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig, und nie würde Ich — das versichere Ich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ausdrücklich — wissentlich veranlassen oder gut heißen, daß mit den zu Meiner Verfügung stehenden Mitteln, mögen sie Mir schon zustehen oder erst in Erfüllung des vorgedachten Vertrages zufließen, feindselige Unternehmungen gegen Eure Majestät oder gegen den preußischen Staat direkt oder indirekt angestiftet oder gefördert werden. Um so vertrauensvoller glaube Ich Mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß Eure Majestät Allerhöchstdinstlich nicht länger behindert erachten werden, den obengedachten Vertrag zur Ausführung bringen zu lassen.“

Dieses Schreiben ließ der Kaiser alsbald am 12. März dem Staatsministerium mit dem Bemerken zugehen, er halte nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, die Beschlagnahme aufzuheben. Der Gesetzentwurf wurde am 21. März dem Abgeordnetenhaus vorgelegt, wobei der Finanzminister Miquel darauf aufmerksam machte, daß die Vorlage aus der hochherzigen Entschließung des Kaisers hervorgegangen sei, welcher der Provinz Hannover einen Beweis seines Vertrauens damit habe geben wollen. Der Gesetzentwurf fand bei seiner Beratung am 31. März und 1. April im Abgeordnetenhaus keinen wesentlichen Widerspruch; heiteren Eindruck machte aber folgende Episode: Die Kommission schlug vor, im Titel des Gesetzes anstatt „Beschlagnahme des Vermögens König Georgs“ zu setzen „Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg“. Hiergegen erhob sich jedoch der Regierungsbevollmächtigte, Geh. Oberfinanzrat Grandke, mit der Verwahrung, als ob diese Änderung im Sinne des Gebrauchs der deutschen Sprache geschehen wäre und die Fassung der Regierung dem Sprachgebrauche nicht entspräche. Zum Beweis brachte er zwei Fibeln vor, die im Gebrauch sind, und bemerkte, die Fassung sei gewählt, weil dabei die Zischlaute möglichst vermieden, ein Wort gespart sei und auch den Rednern bei der Citation des Gesetzes jedesmal drei Buchstaben gespart würden. Diese Gründe

scheinen durchschlagend gewesen zu sein, denn es wurde die Fassung der Vorlage genehmigt. Das Gesetz ist am 10. April zur Verkündigung gelangt. Ungleich lebhafter als im Landtage wurde die Maßregel seit dem 12. März in der Presse besprochen. Man erkannte zwar an, daß das Schreiben des Herzogs von Cumberland die bündigste Zusicherung, nichts zur Verwirklichung seiner Ansprüche auf die Krone von Hannover zu unternehmen, enthalte, aber man vermifste den ausdrücklichen Verzicht auf diesen Rechtsanspruch, sodaß nur ein Teil der friedlichen Wirkung erzielt werden würde; auch wurde ein Verzicht auf die Erbfolge in Braunschweig vermifst. Vielfach ward bezweifelt, daß die Maßregel eine erheblich günstige Wirkung auf die Parteiverhältnisse in der Provinz Hannover ausüben werde, denn auch fernerhin könne die welfische Partei vorgeben, den Wunsch einer Herstellung des Königreichs Hannover durch eine freie That der deutschen Fürsten und des deutschen Volks zu hegen. Von der einen Seite wurde behauptet, Preußen habe mit der Maßregel gar nichts erlangt, von anderer Seite aber wurde darauf aufmerksam gemacht, daß auch ursprünglich dem Könige Georg nichts anderes abverlangt worden sei, als was jetzt erreicht worden, nämlich der Verzicht auf feindselige Unternehmungen gegen Preußen.

Ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Stolgebühren für Taufen, Trauungen und kirchliche Aufgebote in der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen wurde am 1. April, ein gleiches Gesetz in Bezug auf die Provinz Hannover am 14. Mai genehmigt. Dem für die Ablösung der Gebühren zu bildenden Fonds soll vom 1. Oktober an eine dauernde Rente von jährlich 1 250 000 Mark staatsseitig überwiesen werden zur Gewährung von Beihilfen an Kirchengemeinden, welche die Entschädigungsrenten durch Umlagen aufbringen müssen. Am 31. Mai wurde ein Gesetzentwurf genehmigt, wonach die seminaristisch und wissenschaftlich gebildeten Lehrer an den kommunalen höheren Schulen in ihrem Dienst Einkommen mit den Lehrern an den entsprechenden staatlichen Lehranstalten gleichgestellt werden sollen.

Den Schluß der finanziellen Gegenstände bildete ein Antrag von Richter, die Staatsregierung um Auskunft zu ersuchen, ob sie die Niederlegung fiskalischer Gebäude bezw. die Abtretung fiskalischen Grund und Bodens in der Umgebung des königlichen

Schlosses in Berlin beabsichtige und ob sie es für angemessen halte, nochmals eine Lotterie zu genehmigen zur Erwerbung bezw. Niederlegung von Privatgebäuden in der Umgebung des königlichen Schlosses. Dieser Antrag bildete nur den Schluß einer wochenlang in der Presse, namentlich Berlins, mit außerordentlicher Erregung geführten Polemik über zum Teil sehr eigentümliche Pläne zur Umgestaltung einer weiten Umgebung des königlichen Schlosses, die dem Kaiser von verschiedenen Seiten empfohlen worden seien. Richter erklärte bei der Begründung seines Antrags am 9. Mai, es solle damit nur endlich Klarheit über diese, die Bevölkerung der Hauptstadt aufregenden Projekte geschaffen werden. Er sprach sehr ausführlich gegen etwa beabsichtigte Luxusbauten, gegen unentgeltliche Überlassung fiskalischer Gebäude, gegen das Treiben von Höglingen und gegen einen Herrn, der sich bezüglich seines Bauprojekts in einem veröffentlichten Briefe auf einen Auftrag des Kaisers berufen hatte. Staatsminister v. Boetticher schnitt alle weitere Beunruhigung mit der Eröffnung ab, daß nach jetzt ergangener Entschliesung des Kaisers das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. derart vor dem Hauptportale des Schlosses Aufstellung finden solle, daß hierdurch alle jene Pläne hinfielen. Und der Minister des Innern, Herrfurth, teilte mit, es sei kein Antrag auf Gestattung einer neuen derartigen Lotterie eingegangen, würde auch, wenn gestellt, nicht genehmigt werden.

Einen ähnlichen Charakter hatte die am 14. Juni im Abgeordnetenhanse vorgebrachte Frage der ferneren Unterstützung der königlichen Theater in Hannover, Kassel und Wiesbaden. Wie die Bevölkerung Berlins durch die mit der Frage des Platzes für das Denkmal des alten Kaisers zusammenhängenden Pläne, so zeigten sich, anscheinend in noch höherem Grade, die Bewohner der Hauptstädte der neuen Provinzen seit Anfang Juni erregt durch Änderungspläne, die das Hausministerium bezüglich dieser Theater dort hatte verlauten lassen. Die Stadtbehörden von Kassel und Wiesbaden beschäftigten sich am 4. und 10. Juni eingehend mit dieser Sache. In der von Kassel wurde geltend gemacht, daß die kleinen Residenzen als Stätten der Kultur und des geistigen Lebens wesentlich dazu beigetragen hätten, Deutschland in Kunst und Wissenschaft auf hohen Standpunkt zu bringen. Für Kassel und Kurhessen würde in der Entziehung der bisher geleisteten Beihilfe ein Zug liegen, der nicht

anders als eine schwere Unbilligkeit bezeichnet werden könne; ein Teil des hessischen Staatsschatzes habe zur Vergrößerung der preussischen Krondotation beigetragen und bittere Empfindungen würde es wachrufen, wenn man Kurhessen auch das, was ihm aus seiner in vieler Beziehung ruhmreichen Vergangenheit geblieben, nehmen würde; die Stadt könne die Verwaltung des Theaters nicht übernehmen. In ähnlich bitterer Weise gestaltete sich die Besprechung der Sache in Wiesbaden, wo namentlich an früher erteilte königliche Zusagen und Erlasse erinnert wurde. Sehr entschieden war auch der Dichter v. Wildenbruch gegen jene Änderung öffentlich eingetreten. In der Presse wurde vielfach ausgeführt, von wie großem politischen Interesse die Frage angesichts der Parteiverhältnisse in den neuen Provinzen sei. Daher brachten 45 Abgeordnete der verschiedensten Parteien, darunter die Vertreter jener Städte und Länder, die Sache im Abgeordnetenhaus zur Sprache. Sattler (nat.-lib.) hob hervor, daß jedenfalls moralische Verpflichtungen für Fortbestand des jetzigen Verhältnisses vorlägen. Der Ministerpräsident Graf Eulenburg gab hierauf die Aufklärung, das Hausministerium habe wegen Steigerung der Kosten und weil die oberste Leitung sich nicht im Besitz dieser Kunstanstalten befinde, Verhandlungen mit jenen Städten in Aussicht genommen wegen Übernahme der Verwaltung auf die Städte unter fortdauerndem Zuschuß aus der Krondotation. Die folgenden Redner erkannten das Beruhigende dieser Eröffnungen an; in der Presse aber wurden Stimmen laut, welche bedauerten, daß man eine so lange Zeit der Beunruhigung in den neuen Provinzen zugelassen, und andere, welche die beruhigende Wendung grade auf die entschiedene Opposition der öffentlichen Meinung zurückführten. Es waren dies dieselben Erscheinungen, die sich auch nach der beruhigenden Wendung bezüglich der Pläne zur Änderung der Umgebung des königlichen Schlosses in Berlin gezeigt hatten.

Was die übrigen bemerkenswerteren Angelegenheiten des Landtags betrifft, so wurde am 5. März vom Abgeordnetenhaus ein Polizeikostengesetz in dritter Lesung genehmigt. Hiernach werden in den Stadtgemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung die gesamten Polizeikosten einschließlich des Nachtwachwesens vom Staate übernommen, der auch alle mit der Polizeiverwaltung verbundenen Einnahmen erhebt. Zu den Ausgaben sollen die einzelnen Stadtgemeinden nach

Maßgabe der Kopffzahl der Civilbevölkerung bestimmte Beträge beitragen. Eine Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein fand am 3. Juni die endgültige Genehmigung. Die Ermittlung eines geeigneten Tages als Buß- und Betttag für alle Landesteile war schon lange vergeblich versucht; nun einigte man sich über ein Gesetz, das den Mittwoch vor dem letzten Trinitatis-Sonntage als allgemeinen Feiertag festsetzte. Die Landesregierungen von drei norddeutschen Bundesstaaten haben diesem Tage ebenfalls zugestimmt, die süddeutschen Staaten aber wollen sich der Einrichtung eines im ganzen Reiche gemeinsamen Bußtages nicht anschließen. Infolge der Änderung von Vorschriften der Gewerbeordnung kam eine Novelle zum Berggesetz von 1865 zu stande. Endlich wurde ein Gesetz wegen Erweiterung, Vervollständigung und Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes und ein Gesetz wegen Anlegung von Sekundärbahnen genehmigt. Am 23. Juni wurde die Session des Landtags geschlossen.

Die im Anschluß an die Wendung in der preussischen Volksschulgesetzfrage eingetretene größere Klärung der allgemeinen politischen Lage übte einen gewissen Einfluß auf die Haltung der politischen Parteien aus. Die liberalen Parteien fühlten sich durch diesen Ausgang sichtlich gehoben, die Äußerungen der Befriedigung hierüber waren aber nicht frei von der Besorgnis vor einer Wiederkehr von Lagen, wie sie eine Verständigung der Konservativen und der Ultramontanen mit der Regierung herbeiführen könnten. Der am 1. Mai in Breslau stattfindende Parteitag der nationalliberalen Partei Schlesiens setzte daher eine neue Formulierung der unverbrüchlichen Grundsätze fest. Die allgemeine Leitung dieser Partei sprach sich in einer am 15. Mai herausgegebenen Denkschrift mit großer Befriedigung, wie über die ganze Zeit des Bestehens der Partei, so namentlich über ihre Haltung und Erfolge in der letzten Krisis aus, und auf dem Parteitag zu Eisenach am 21. Mai kam die Befriedigung über die Errungenschaft der letzten Zeit zu lebhaftem Ausdruck. Nach einer zündenden Rede des Abgeordneten Friedberg aus Halle wurde an den Kaiser ein Telegramm gesandt mit dem „Gelöbniß unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich“, sowie Begrüßungstelegramme an den Fürsten Bismarck und an v. Bennigsen, den Hauptbegründer des Nationalvereins vor

nunmehr 33 Jahren. In der deutsch=freisinnigen Partei kam vorläufig nicht mehr die heftige Bekämpfung der Nationalliberalen vor; konnte man doch nicht wissen, ob die nächste Zukunft nicht wieder, wie kürzlich, zum Zusammenstehen mit ihr nötigen würde; aber immerhin suchte der Wortführer, der Abg. E. Richter, auf dem am 22. Mai in Mannheim stattfindenden Parteitage für Südwest=Deutschland der Partei die Freiheit der Entschließung zu wahren. Nichts, sagte er, sei verkehrter, „als sich schon jetzt nach rechts oder links festlegen zu wollen gegenüber anderen Parteien für die Reichstagswahlen im Jahre 1895.“ Den größten Einfluß übte die Wendung der allgemeinen politischen Lage auf die konservative Partei. Deren strengerer Teil mit der „Kreuzzeitung“ an der Spitze zeigte sich seit dem Falle des Schulgesetzes sehr ungehalten. Das Blatt brachte am 1. April ein Stimmungsbild, in dem sogar gesagt war, ein Herrscher der Neuzeit könne „unmöglich in allem und jedem Ding ein eigenes Urteil haben“, und man frage sich, wie das gehen solle, wenn das Reichsoberhaupt „in solcher Weise die Minister beiseite setzt.“ Noch mehr aber erzürnten sich die Altkonservativen gegen diejenigen aus ihrer Mitte, die im Abgeordnetenhaus eine Verständigung über das Schulgesetz angestrebt hatten und deren Wortführer v. Helldorf=Bedra jetzt in dem von ihm geleiteten „Konservativen Wochenblatt“ zu Berlin gegen die unverföhnliche Richtung sehr entschieden Partei nahm. Diese war hier am 4. April geschildert als von „fanatischer Herrschsucht“ beseelt, die entweder eine konservative Partei nach den Hefen der „Kreuzzeitung“ oder gar keine konservative Partei wolle und ihre „demagogische Manieren“ selbst dem Könige gegenüber anwende. Demgegenüber sei es nötig, „die Fahne des besonnenen, gedankenklaren Konservatismus festzuhalten“ und „auf Herbeiführung einer reinlichen Scheidung zu dringen.“ Die strengere Richtung zeigte sich jedoch noch so stark, daß an einen Zerfall nicht zu denken war. Die konservative Partei des Herrenhauses erklärte, sie habe mit der Richtung v. Helldorfs „gar keine Berührung,“ der Provinzialverein für Pommern in Stettin erklang von heftigen Reden über v. Helldorfs auf den Kaiser in der Schulsache angeblich geübten Einfluß und sprach sich dahin aus, die Wirksamkeit der Partei im Landtage werde gelähmt, wenn ein Mitglied des Vorstandes auf eigene Hand Politik treibe; eine Versammlung in Viele=

feld forderte die Beseitigung des „unheilvollen Einflusses“ v. Hellendorfs, und v. Kleist-Regow eröffnete diesem die Ansicht der Konservativen des Herrenhauses, daß die Fraktion ihn nicht mehr als ihr angehörig ansehe. v. Hellendorf blieb zwar fest, es gelang ihm jedoch nicht, auch nur einen Teil der Partei von der Hinneigung zur Zentrumpartei abzubringen, ebenso wenig ein Anschluß an die Freikonservativen oder die Bildung einer besonderen Partei. Das Gros der Konservativen sah ein, daß das aus 1876 stammende Programm zeitgemäß umgeändert werden müsse, hatte aber damit vorläufig ebenso wenig Erfolg, besonders nachdem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, anscheinend halbamtlich, vor der geplanten Verbindung des Antisemitismus mit dem Konservatismus gewarnt war.

Die Zentrumpartei hatte zwar behauptet, daß die Schulvorlage den Katholiken noch lange nicht genüge; über den Fall derselben zeigte sie sich aber sehr erzürnt. Die „Germania“ sagte schon am 27. März, dieser Fall kam „natürlich nicht ohne Folgen bei uns bleiben“ und bald vernahm man Stimmen der Freude über die nun in Aussicht stehende Wiederaufnahme der Opposition, eine Rolle, die das Zentrum kräftige und in innigerer Berührung mit der Masse halte. Der Führer, Graf Ballestrem, sagte in seiner großen Rede zu Breslau am 12. April sogar, das katholische Volk habe das Vertrauen zu der Stetigkeit der christlich-konservativen Politik verloren und eiferte gegen „unberufene, unverantwortliche Ratgeber“, die dem Kaiser Berichte geliefert haben müßten, welche dem Sachverhalte nicht entsprächen. Allein nach einiger Zeit änderte sich die Sprache. Eine Reihe von Kundgebungen wurde in Szene gesetzt, wonach die Zentrumpartei von ihrer Hinneigung zur Unterstützung der Regierung keineswegs loslassen wollte. In einer großen Katholikenversammlung zu Berlin am 17. Mai wandte sich der Hauptredner, der Abg. Lieber, gegen die „Verdächtigung, die Katholiken schwenkten jetzt in die Opposition“. Wir sind zwar, sagte er ferner, rücksichtslose Männer, wenn es noththut, aber auch zu allen Zeiten treue und ergebene Unterthanen der Obrigkeit, an deren Königstreue nicht gezweifelt werden darf. Dann kamen die Forderungen: Unabhängigkeit der katholischen Kirche in Deutschland, Abschaffung der Anzeigepflicht, Rückkehr der geistlichen Orden, auch der Jesuiten, die am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts „auch die Wege geebnet

haben, damit der erste Hohenzollernkönig zum Königsthron emporsieigen konnte“, endlich Herstellung der weltlichen Macht des Papstes! Trotzdem aber wünschten die Katholiken Festhalten am Dreibunde. In demselben Sinne sprach v. Schorlemer in der Katholikenversammlung der Provinz Sachsen, die am 26. Mai in Magdeburg stattfand, gegen die Idee einer Opposition dieser Partei und eiferte gegen den „Kulturkampf“, der sich beim Schulgesetze gegen die Katholiken geltend gemacht habe. Für sehr bezeichnend wurde auch das Fernbleiben der Abgeordneten des Zentrums von der Beerbidigung des freisinnigen Oberbürgermeisters von Berlin, v. Forckenbeck gehalten. In einer größeren Katholikenversammlung zu Krefeld am 9. Juni wurde offen ausgesprochen, daß alle diese Versammlungen den Zweck hätten, zeitig alle Mann an Deck zu rufen für den Fall eines drohenden Sturmes. In einer gleichen Versammlung zu Trier am 12. Juni wurde wieder der Reichskanzler gefeiert, aber die konfessionelle Schule „mit voller Rücksichtslosigkeit“ gefordert. In Verlegenheit kam diese Partei, als ein anerkanntes Organ des Vatikans, der „Osservatore“, das Recht des Papstes, den Katholiken auch in staatlichen Angelegenheiten Befehle zu erteilen, verkündete. Aber die Zentrumsleute wollten sich hierdurch ihren Anstrich von Regierungsfreundlichkeit nicht nehmen lassen und bekämpften frischweg das päpstliche Blatt. Innerhalb der gemäßigten Parteien fuhr man jedoch eifrig fort mit Hinweisen auf die Taktik und die Gefährlichkeit dieser Partei. Die infolge eines Aufrufs von Zentrumsmitgliedern am 7. Juni veranstaltete „Wallfahrt“ nach Fulda mit den dort gehaltenen Reden für Rückberufung der Jesuiten und gegen Vergewaltigung des Papstes bewiesen den gemäßigten Parteien aufs neue die Unvereinbarkeit dieser Richtung mit den Zielen einer deutschen Regierung.

Eigentümlich war die Wirkung, welche die Aufhebung der Beschlagnahme des Welfenfonds auf die Welfenpartei ausübte. Wie mehrfach vorhergesagt war, zeigte sich, daß die Partei hierdurch um nichts veröhnlicher geworden war, sondern daß sie sich dadurch in ihrer Richtung nur bestärkt sah. Ein Haupt der Partei, der Graf von der Schulenburg auf Schloß Hehlen an der Weser, forderte am 7. April das braunschweigische Konsistorium auf, die Aufnahme einer Fürbitte für den Herzog von Cumberland in das allgemeine

Kirchengebet anzuordnen, weil es nun darauf ankomme, festzustellen, daß derselbe thatsächlich Herzog von Braunschweig sei. Ferner protestierte der Graf v. Bernstorff-Wehningen am 14. April in einer zur Feier des Geburtstags der Erbkönigin Marie zusammengetretenen Versammlung zu Hannover gegen die Unterstellung, daß die Provinz nunmehr „versöhnt“ sei; seine Überzeugung lasse sich der Hannoveraner nicht für ein Einsengericht ablaufen; wir kennen, hieß es weiter, unsern Herzog, und „wie kann ein Welfe von seinem Rechte zurücktreten?“ Und der Kammerherr v. Münchhausen zu Lauenau sagte: „An uns ist es, dem Herzoge einen Empfang zu bereiten, damit er auf wohlgepflegtem weißen Rosse einziehen kann in unsere Hauptstadt.“ In demselben Sinne hieß es bei der Frühlingsfeier der Partei zu Bremerhaven in einer Rede des Abg. von der Decken-Rutenstein, der Herzog Ernst August habe seinen Standpunkt der Wiederherstellung des Rechts bis auf den heutigen Tag nicht verlassen. Es atmete auch nichts weniger als Versöhnung, wenn in einer gegen Ende Mai erscheinenden Schrift über „die neue Verfolgung der Hannoveraner“ gesagt wurde, Hannover sei 1866 durch Überfall seines Königshauses, seiner Unabhängigkeit und aller alten Einrichtungen beraubt, um in seinen heiligsten Gefühlen und Interessen mißhandelt, verraten und verleumdet zu werden. In den „Hamburger Nachrichten“ wurde denn auch am 11. Juni ausgeführt, daß die Aufhebung der Beschlagnahme ein Fehler gewesen sei, der sich unter Umständen schwer rächen könne; politische Fragen seien überhaupt vorwiegend Machtfragen und das System, die Gegner zu versöhnen, könne nur Schaden bringen. Daß die Welfenpartei nicht versöhnlich werden könne, wurde von ihrem Hauptorgane, der „Deutschen Volks-Zeitung“, in Hannover noch am 21. Juni damit begründet, daß König Wilhelm I. abgelehnt habe, mit Hannover Frieden zu schließen.

An die Stelle des zum Kultusminister ernannten Dr. Boffe wurde im April der Wirkl. Geh.-Rat Eduard Hanauer zum Staatssekretär des Reichsjustizamts ernannt. Er stammt aus Bayreuth und nahm seit 1877 die Stellung eines Direktors in diesem Reichsamte ein; diese Stelle erhielt nun der Geh. Ober-Reg.-Rat Gutbrod, ein Württemberger. Bald nach Berufung des Grafen Eulenburg zum Ministerpräsidenten erbat der Staatssekretär des Innern,

v. Boetticher um Entlassung aus seinen Ämtern, der Kaiser aber gab ihm in einem huldvollen Schreiben den Wunsch zu erkennen, ihn in seinen Stellungen erhalten zu sehen.

Fürst Bismarck lebte in seinem Sachsenwalde mit Behagen der Erholung, die ihm durch seine unfreiwillige Muße beschieden war; aber es wurden von Beginn des Jahres an weit zahlreichere Kundgebungen der Dankbarkeit für ihn laut, als je seit seinem Rücktritt, und es geschah dies in immer stürmischerer Weise. Dies war weniger eine Folge der ihm zugeschriebenen politischen Winke und Ratschläge in der Presse, es stand vielmehr diese Erscheinung unverkennbar mit der tiefen Erregung der Gemüther über die allgemeine politische Lage in Zusammenhang. Schon bei Ausflügen, die er am 12. Januar, 11. Februar und 19. März mit seiner Gemahlin nach dem nahen Hamburg machte, steigerten sich die Huldigungen in großartigerer Weise als früher. Bei Festlichkeiten der verschiedensten Art und an den verschiedensten Orten wurde des Fürsten mit einer Glut der Begeisterung gedacht, wie wohl kaum zu Zeiten seiner Amtsführung, und in einer Weise, die deutlich eine Sehnsucht nach Rückkehr des Fürsten zu neuer politischer Wirksamkeit erkennen ließ. Bei der Feier des Jahrestags der Errichtung des Reichs hob der Festredner in Leipzig hervor, daß man zwar mit Begeisterung das Hoch auf den Kaiser ausgebracht habe, daß man sich aber der Thatsache nicht verschließen könne, wieviel schöner und besser es sein würde, wenn wir nicht den Mann am Steuerruder zu vermissen hätten, der mit so genialer Begabung und geübter Hand das deutsche Staatschiff durch alle Wogen und Brandungen sicher hindurchgeführt. Trotz aller Beruhigungsversuche sei es nicht gelungen, vom deutschen Volke das drückende Bewußtsein zu nehmen, daß wir durch den Rücktritt des Fürsten ein ganz unschätzbares Kapital verloren hätten. Noch niederdrückender werde dieses Gefühl durch die traurige Thatsache, daß die Gegner des Fürsten, mit denen er in seiner Amtstellung ritterlich gekämpft, ihn nun mit Schmähungen überhäufeten. Betrürend für jeden Patrioten sei es, daß ein solcher Mann, wie ihn die Vorsehung nur in Zeiträumen von Jahrhunderten einem Volke zu schenken pflege, so klanglos vom Schauplatz habe abtreten müssen. Dieselben Gedanken bildeten den Grundton auch bei anderen derartigen Gefühlsausbrüchen des Volkes. Beim Empfang einer Abordnung des

Leipziger akademisch-dramatischen Vereins in Friedrichsrub sprach der Fürst seine besondere Freude über die Anerkennung, die er bei der Jugend, namentlich der studentischen, finde, aus und verwahrte sich dagegen, daß er für Kunst keinen Sinn hätte. Früher hätte er sich von der Politik ganz erfassen lassen, jetzt aber würde er gerne öfter in Hamburg ins Theater gehen. Am 7. Februar brachten Vertreter des Kampfgenossenvereins zu Lübeck dem Fürsten ihre Suldigungen. Mit wahren Jubel wurden die gediegenen Reden aufgenommen, in welchen der Abg. Bürklin beim Feste der national-liberalen Partei in Berlin am 28. Februar die populäre Wirkung der ganzen Persönlichkeit des Fürsten in Süddeutschland, und Professor Pfeleiderer beim Festkommers derselben Partei in Berlin am 4. März den Fürsten als den Necken Siegfried feierte. Von tiefster Verehrung waren die Grüße durchdrungen, welche von diesen Versammlungen, sowie von derselben Partei in Heidelberg beim Feste ihres 25-jährigen Bestehens nach Friedrichsrub gingen. Sehr nahe lag den Verehrern des Fürsten der Wunsch nach seinem Erscheinen im Reichstage. Darauf vernahm man, wie der Fürst sich hierüber zu Gästen ausgesprochen hatte. Bei seinem Erscheinen würde der Reichstag eine „*facia feroce*“ aufweisen, einzelne Mitglieder würden sich geniert fühlen, die Parteien zum Teil durch einander geraten und die Lage eine merkliche Verschärfung erfahren; pflichtmäßig würde er seinem Nachfolger opponieren müssen und unter den obwaltenden Umständen würde man voraussichtlich glauben, seine Kritik sei gegen eine noch höhere Stelle gerichtet. Das möchte er thunlichst und solange vermieden wissen, als sein Gewissen es gestatte. Wie lange dies der Fall sein werde, hänge vom Gange der Ereignisse ab. Anderen Tischgästen sagte er, er wolle sich auch hüten, gewitterscheuen Leuten als Blitzableiter zu dienen, die Hand zwischen Thür und Angel zu stecken in einer Lage, in der beide Teile froh wären, ihre Verlegenheiten auf einen Dritten abzuwälzen. In demselben Sinne antwortete er auf die Frage, ob er ins Herrenhaus gehen wolle.

Bei verschiedenen Gelegenheiten sprach sich der Fürst in einer allgemein interessanten Weise über frühere Vorgänge aus. Zum Militärverein der Kampfgenossen von Leipzig, der ihn am 15. März besuchte, sagte er, unsere früheren schweren Kämpfe seien dem Vaterlande zu gute gekommen; vor 1866 seien unsere Verhältnisse so ver-

wickelt gewesen, daß das alte deutsche Gottesurteil, der Griff zum Schwerte notwendig gewesen sei. Die Sachsen wären damals eins der tapfersten Corps gewesen, die uns gegenüberstanden, in Zukunft aber würden sicherlich alle deutschen Volksstämme zusammenhalten. Bei Tisch bemerkte der Fürst u. a., auf ihn treffe das Sprichwort zu „der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande.“ War auch in dem Bemerkten des Fürsten über die Vergangenheit nicht viel neues enthalten, so übten doch die Aussprüche, weil sie aus dem Munde des Hauptbetheiligten kamen, in weiten Kreisen ungemeinen Reiz. Viele sind herangewachsen, die nicht Gelegenheit hatten, im näheren zu erfahren, welche Schwierigkeiten der Fürst schon vor 1866 in seinen auf die deutsche Einheit zielenden Bestrebungen fand und wie genial er sie überwand, noch mehrere haben die ganze Misere der Zeit des Bundestags nicht miterlebt. Dies alles wurde in trefflicher Rede vom Abg. v. Kardorff am 21. März bei der Feier des 25jährigen Bestehens der freikonservativen Partei in Berlin den Lebenden eindringlich vor die Seele geführt.

Von der enormen Gewalt, welche der Zug zum Fürsten Bismarck in den letzten Zeiten erlangt hatte, legte die Feier seines 77. Geburtstags Zeugnis ab. War derselbe schon im Vorjahre mächtig gefeiert, so erhoben sich diesmal die Kundgebungen in ihrer Gesamtheit zu einem beachtenswerten Vorgang politischer Bedeutung. Ungezählt sind die Massen von Festlichkeiten, die in ganz Deutschland am 1. April, zum Theil schon am Tage zuvor, zu Ehren des Fürsten stattfanden, überall unter herzlichster Teilnahme des gebildetsten und angesehensten Theils der Bevölkerung. Und die Festreden waren getragen von einer hohen patriotischen Begeisterung. Viele Festredner gaben vorzüglich zusammengefaßte Bilder der gesamten politischen Thätigkeit des Fürsten; andere schilderten, wie das Verständnis des anfangs so viel verkannten Mannes gewachsen, wie seine Gegner, namentlich der Sünden Deutschlands, zu seinen größten Freunden geworden seien; andere vermochten sich vor der Überfülle des Stoffs nur kurz und in den markigsten Worten zu fassen. „Die deutsche Sprache von heute“, sagte in Berlin beim Feste des „Allgem. deutschen Verbandes“ Professor Delbrück in einer wunderbar packenden Rede, „besitzt kein Wort mehr, um das, was Bismarck gethan, völlig zu schildern. Wie Bismarck, als 1866 v. d. Pforden,

nach der Zumutung Benedettis und den Erklärungen Bismarcks, starr vor dem Manne stand, der nun mit einem Schlage ihm als die lauterste Verkörperung des nationalen Gedankens erschien, so will auch das deutsche Volk das Bild Bismarcks festgehalten wissen als dessen, der durch alle Wirrsale und alle um ihn aufgetürmten Schwierigkeiten hindurchschreitend, den Traum vom Kyffhäuser verwirklichte.“ Professor Felix Dahn aus Breslau bezeichnete in seiner Festrede zu Frankfurt a. M. den Sturz Bismarcks als eine Tragödie in der Geschichte des deutschen Volks; der ursprünglich nicht ausgeschlossene Glaube an die Möglichkeit einer Zurückberufung des Fürsten sei gänzlich aufzugeben; er schloß mit den Worten: „Ein Wunsch erfüllt die Brust aller Deutschen, welche an der Heldenzeit unseres Volks von 1870—71 hängen, der Wunsch nach Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem großen Kanzler, damit dieser schrille, häßliche Mißklang nicht verewigt bleibe in der deutschen Geschichte. Sollen das unsere Enkel in der Schule lernen müssen? Dieses untilgbare Weh sollte doch der deutschen Geschichte erspart bleiben. Dem unsterblichen Kanzler, Otto dem Großen Heil und nimmer verlöschender Dank!“

In Hamburg pflanzte die Turnerschaft eine Bismarckeiche; der Fürst selbst hatte den Stamm dazu geschenkt; Hans v. Bülow hielt dort ein populäres Symphoniekonzert, das mit einer Verherrlichung des Fürsten schloß. Besonders lebhaft war die Feier in Baden. Sie fand nicht nur in Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Freiburg, Konstanz, Lahr und vielen anderen Städten, sondern auch auf der höchsten Spitze des Schwarzwalds, dem Feldberge statt, wo auf dem von Schnee umgebenen Turme ein Freudenfeuer abgebrannt wurde, das, bis in die Schweiz leuchtend, auch dem Auslande Kunde von der Dankbarkeit des deutschen Volkes gab. Bei der von der deutschen Partei Württembergs veranstalteten Feier in Stuttgart machte der Festredner, Professor Egelhaaf, geltend, wie bitter es sei, daß der, welcher im innersten Räte dreier Kaiser saß, heute darauf angewiesen ist, entweder sich der Presse zu bedienen, um seine Warnungen vor den Thron zu bringen, oder in das Parteigewirr der Volksvertretungen sich zu stürzen, wo sein Erscheinen nur denkbar wäre, wenn er durch eine unmittelbare Gefahr für Reich und Volk gerufen würde, wie einst im 4. Jahrhundert Appius Claudius

Cäcus, der gewaltige Staatsmann der römischen Republik in der pyrrhischen Not.

Erhebend gestaltete sich die Geburtstagsfeier in Friedrichsruh selbst. Die ganze Flucht der Zimmer im Erdgeschoß des Schlosses war erfüllt von Blumen der schönsten Art in Töpfen, Kübeln, Vasen und Körben prangend, sämtlich von auswärts gefandt, zum Teil aus weiter Ferne. Dazwischen waren die künstlerisch reich ausgestatteten Adressen aufgestellt. Unter diesen zeichneten sich besonders die der Lübecker Schiffergesellschaft und die des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute aus. Ein eigenartiges Geschenk hatte die Bismarckhütte in Schlesien gefandt, nämlich eine Vase mit Bouquet aus Eisen, eine Musterleistung der Schmiedekunst. Von einer Fabrik künstlicher Blumen in Breslau stammte ein Bouquet in Höhe von einem Meter und von 55 Centimetern Durchmesser. Es war aus dünnem Eisenblech und enthielt die Lieblingsblumen des Fürsten, Heideblumen und Rosen, sowie als die der Fürstin Nelken und Flieder, dazu noch Kornblumen als Andenken an den alten Kaiser. Der Maler Defregger hatte eine Studie, einen Mädchenkopf darstellend, geschickt. Aus Kolmar war ein Gemälde gekommen, das die Bismarcktanne bei Kahjersberg in den Vogesen wiedergiebt. Um 11 Uhr brachte die Musikkapelle des Jägerbataillons in Rastenburg ein Ständchen. Währenddem traten Abgesandte des Kriegervereins zu Wesel ein, die ein Gedicht überreichten. In ihrer Gegenwart wurde dem Fürsten von seiner Familie gratuliert. Dann traten alle einen Rundgang durch die mit Geschenken erfüllten Zimmer an. Professor Schweningen that vom frühen Morgen an sein Möglichstes, um allzu große Anstrengungen vom Fürsten fernzuhalten. „Jetzt muß der Fürst spazieren gehen“, dekretirte der energische Leibarzt, und erst hierauf löste sich der Kreis bevorzugter Gratulanten. Dann empfing der Fürst eine Kommission der Ziegler und Kalkbrenner, die eine Adresse in kostbarer Mappe von plastischer Lederarbeit überreichte. Zu diesen Herren bemerkte er gegen die Worte der dichterischen Ansprache „Zwar einsam bist Du, doch vergessen nicht“, das sei nicht ganz richtig, er fühle sich gar nicht vereinsamt, erhalte vielfachen Besuch, halte mit den umliegenden Gütern gute Nachbarschaft und fühle sich hier im Sachsenwalde wohler als in der Stadt. In der Unterhaltung rühmte er den Kaiser Friedrich als einen der liebenswürdigsten

Menschen, die ihm je begegnet, und nichts sei unrichtiger als die vielfach verbreitete Meinung, daß seine Beziehungen zu diesem Monarchen keine besonders guten gewesen seien. Die Geburtstags-tafel begann um 5¹/₂ Uhr. Bald nach deren Beginn erhob sich der Fürst und brachte in wenigen Worten „einer alten reichskanzlerischen Gewohnheit folgend“ das Wohl von „Kaiser und Reich“ aus. Den Toast hielt der Oberst a. D. v. Goldammer, der mit dem Wunsche schloß, daß der Fürst in 20 Jahren seinen 99. Geburtstag bei guter Gesundheit zum Heile Deutschlands begehen möge. Von 4 Uhr an staute sich die Menge vor dem Schloß derart, daß der Zutritt nur mit Mühe aufrecht erhalten werden konnte. Abwechselnd mit stürmisch auf den Fürsten ausgebrachten Hochs wurden patriotische Lieder gesungen. Um 7 Uhr trat der Fürst aus der Thür des Schlosses heraus, von der aus die Feuerwehr mit Magnesiumfackeln bis zum Eingangsthor Spalier bildete. Unter brausenden Zurufen trat Herr Kuperti aus Hamburg hervor und hielt eine ergreifende Ansprache. Der Fürst antwortete: „Meine Herren, ich danke Ihnen für die beredten Worte. Wenn ich einen Rückblick werfe auf die Kundgebungen, die mir heute von einem großen Teile der Bevölkerung zu teil geworden sind, so schließe ich daraus, daß des deutschen Volkes Beifall eine Quittung sein soll für die meine ganze Lebenszeit Ihrer Geschichte geleisteten Dienste. Ich schöpfe daraus die Überzeugung, — weil es einer so großen Zahl der Bevölkerung wohlgefällig ist, — daß sie alles daran setzen werde, um das gegen alle Feinde zu erhalten. Ich frage meine Landsleute, ob der Anteil, den ich immer an Ihrem Geschick genommen habe, Sie befriedigt? (Allgemeine Zustimmung mit lautem Ja, jawohl!) Befriedigt er Sie, so habe ich die Zuversicht, daß Sie es festhalten werden. Thun wir das, so können die Feinde von allen Seiten kommen, vom Osten und vom Westen zugleich, sie können nicht gegen uns aufkommen. Wir hauen sie alle in die Pfanne. Herausfordern und angreifen werden wir sie nicht, kommen sie aber, so sollen sie mal sehen!“ Diese Antwort wurde wiederholt durch laute Zustimmung unterbrochen. Dann begann der Fackelzug, an dem etwa 4000 Personen teilnahmen, am Fürsten vorüberzuziehen, der dann auch im Kreise der Fackelträger erschien und u. a. äußerte, er habe im Leben viele Orden und Ehrenzeichen erhalten, der höchste Schmuck aber seien die ihm wiederholt

kundgegebenen Beweise der Liebe und Verehrung seiner Mitbürger. Eine Reihe von Fürstlichkeiten sandten ihre Glückwünsche, voran die Kaiserin Friedrich, dann die Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg, die hochbetagte Schwester des alten Kaisers, ferner der Prinz-Regent von Baiern, König Albert von Sachsen, der Großherzog von Weimar, auch der Senat von Hamburg. Von den Festlichkeiten außerhalb Deutschlands ragten die vom Verein „Niederwald“ zu Wien und die der deutschen Kolonien in Brüssel, Antwerpen, Mailand hervor. Die gesamte Presse der gemäßigten Parteien und ein Teil der freisinnigen brachte patriotisch gehaltene Betrachtungen. Die freisinnige „Vossische Zeitung“ in Berlin suchte nach einer Erklärung dafür, daß dem Fürsten Bismarck wieder zahlreichere Glückwünsche zuzingen als vor zwei Jahren, und meinte, der Fürst danke diese Wandlungen dem „neuen Kurse“. Den Eindruck aller anerkennenswerten Bestrebungen und Leistungen der Regierung habe die Einbringung eines Schulgesetzes ausgelöscht, welches die konservativ-kerikale Vereinigung zur Herrschaft im Staate zu berufen schien. „Nun wurde“, fuhr das Blatt fort, „die Frage allgemein: also darum mußte Fürst Bismarck entlassen werden, das ist der neue Kurs? Man hatte früher beklagt, daß einzelne Parteien verkehrt würden. Jetzt sah man zwar das Centrum mit Liebenswürdigkeiten überhäuft, aber die liberale Partei nahezu so beharrlich wie in der Reaktionszeit ohne wirksamen Einfluß. Ein Schulgesetz, wie es Fürst Bismarck nie unterzeichnet hätte, verletzte und beunruhigte das Bürgertum — kein Wunder, daß die Erfahrungen der jüngsten Zeit zu einem Vergleiche mit der Vergangenheit herausfordern und dieser Vergleich nicht zu Gunsten der Gegenwart und des bisher leitenden Staatsmannes ausfällt. Das ist die Erklärung, weshalb dem Fürsten Bismarck heute wieder zahlreichere und freudigere Glückwünsche zugehen als vor zwei Jahren.“ Und das „Berliner Tageblatt“, das den Fürsten fast ständig bekämpft, äußerte: „Je weiter wir uns von dem Zeitpunkte entfernen, in welchem das Programm der inneren Politik des Fürsten für Deutschland maßgebend war, desto reiner treten auch für uns die Konturen jener unvergeßlichen Thaten hervor, durch die es ihm vergönnt war, mitzuwirken an der gegenwärtigen Gestaltung und Größe des Deutschen Reichs.“ In dem Glückwunschartikel der „Hamburger Nachrichten“ aber hieß es: „Auf-

merkfamer als je lauscht das gefamte deutsche Volk auf jedes Wort, das ihm Kunde über die Ansichten bringt, die Fürst Bismarck über die Richtung des Kurfes hegt, den das Reichschiff nimmt und der nicht mehr der seine ist. Von Tag zu Tag überzeugt sich die Nation mehr davon, daß nicht persönliche Bitterkeit über erlittene Unbill den großen Staatsmann erfüllt, sondern daß lediglich ehrliche Sorge um die Zukunft Deutschlands, das Gefühl, durch Schweigen pflichtwidrig zu handeln, ihn bestimmt, auf Grund seiner reichen Erfahrung zu warnen, wo er Gefahr und Schaden für das Reich besorgt.“ Am 7. April veröffentlichte Fürst Bismarck in diesem Blatte eine allgemeine Dankfagung. „Es macht mich glücklich“, sagte er darin, „am Abend meines Lebens auf die Arbeiten und Kämpfe desselben zurückzublicken, wenn ich mir sagen darf, daß ich mir durch dieselben zwar manchen unverföhnten Gegner, aber in der Heimat doch auch viele Freunde erworben habe, unter denen die warmen wieder zahlreicher sind als die lauen.“ Große Freude ward dem Fürsten Bismarck zu teil durch die Anfang Mai erfolgte Verlobung seines ältesten Sohnes, des Grafen Herbert, mit der Gräfin Marguerite Hohos in Fiume. Deren Vater war früher österreichischer Linienchiffs-Lieutenant und ist jetzt Mitbesitzer der Torpedofabrik des Herrn Robert Whitehead, seines Schwiegervaters, in Fiume. Graf Herbert hatte seinen Freund, den Baron Plessen, in Istrien besucht und durch diesen die Familie Hohos kennen gelernt.

Die Huldigungen für den Fürsten waren mit der großartigen Geburtstagsfeier keineswegs abgeschlossen. Beim Festmahle der deutschen Buchhändler in Leipzig bedurfte es nur des einen in die Versammlung gerufenen Wortes „Bismarck!“ und wie ein Mann erhob sich alles von den Plätzen; man sah ringsum nur tausende hochgestreckter Arme, und wie ein feierlicher, begeisterter Schwur erscholl es brausend mit elementarer Gewalt: „Hoch Bismarck!“ Selbst die Ankunft der Braut seines Sohnes in Friedrichsruh am 31. Mai fiel mit einer Huldigung zusammen. Der Fürst hatte sich auf den Bahnhof begeben, um das Brautpaar und die Eltern der Braut zu empfangen und traf hier mit der Dresdener Liedertafel zusammen, die ihn mit ihrem Gesange zu erfreuen gekommen war. Der Fürst unterhielt sich mit dem Dirigenten und geleitete dann die Seinigen nach Haus. Später, als die Liedertafel ihn durch Gesangs-

vorträge erfreut hatte, erwiderte er auf eine Ansprache: „Sachsen und Preußen, die sich früher oft scheel angesehen, seien jetzt geeint, wie er hoffe, für immer. Die gemeinsamen Thaten im Felde hätten das gemacht. St. Privat habe den Kitt geschaffen, der sie unzerreißbar aneinander gefügt habe. Die nationale Einigung aber wäre nicht möglich gewesen, wenn die Kohle unter der Asche nicht glimmend gewesen wäre. „Wer hat dies Feuer gepflegt? Die deutsche Kunst, die deutsche Wissenschaft, die deutsche Musik: das deutsche Lied nicht zum wenigsten. Wir haben keine sächsische und keine preussische Musik gehabt, wir kennen keine partikularistische Musik in Deutschland. Wenn ein Lied gedichtet ward, so war es einerlei wo, es war ein deutsches, und es ist das deutsche Lied und die Pflege der Musik eine Macht gewesen. Auch die Universitäten und mit ihnen die deutsche Literatur haben merklich mitgeholfen, das Nationalitätsgefühl wachzuhalten. Die Wissenschaft appelliert an den Verstand, die Musik ans Gefühl, und das Gefühl ist, wenn es zur Entscheidung kommt, stärker und standhafter als der Verstand des Verständigen.“

Die Mitglieder der deutschen Partei Württembergs hatten, als sie am 9. Mai zur Feier des 25 jährigen Bestehens der Partei in Stuttgart versammelt waren, in einem Begrüßungstelegramm an den Fürsten gesagt: „Unsere Herzen schlagen höher in dem Gedanken an den verdienstlichsten unter den Schöpfern des Reichs und stolz im Bewußtsein, Ihre großen Ziele nach Kräften gefördert zu haben, weihen wir Ihnen nie erlöschende Verehrung und Dankbarkeit.“ Am 26. Mai wurde der Fürst erfreut durch einen Besuch der Mitglieder des Gau I des „Deutschen Radfahrerbundes“, der ihm zu Ehren eine Korsofahrt von Bergedorf nach Friedrichsruh veranstaltet hatte. Er ließ die Herren vor sich ziehen, sprach sich in seiner Erwidernng auf die Ansprache des Herrn Esche aus Hamburg mit großer Anerkennung über den Sport des Radfahrens aus und fuhr sodann fort: „Ich freue mich über jede Arbeit, die eine Verbindung zwischen unseren deutschen Stämmen ohne Rücksicht auf die Grenzen der einzelnen Staaten herstellt. Ich danke Ihnen dafür und freue mich darüber, daß Sie Ihre Verbandsthätigkeit von Schleswig bis Baiern, ja bis Osterreich-Schlesien und Krain ausgedehnt haben. Um die Schranken zu beseitigen, die sich zwischen den einzelnen deutschen Stämmen noch erheben, sind alle Bestrebungen, sei es in Musik, in

Gefang, in Sport, in Gymnastik nützlich, weil sie das intime Zusammenhalten befördern. Darum bin ich Ihnen dankbar für die politische Seite Ihrer Thätigkeit." Am 28. Mai folgte der Fürst nebst Familie der Einladung zur Teilnahme an einem Ausfluge, welchen der Hamburger Verein für Kunst und Wissenschaft nach dem Sachsenwalde unternahm. Scherzhafte Aufführungen wechselten hier mit Gefängen patriotischer Lieder. In einem derselben, das nach der Melodie der „Wacht am Rhein“ gesungen wurde, war er gefeiert als derjenige, „der Frankreichs Macht bezwang und neu die Einheit uns errang“. Als bald ergriff der Fürst das Wort: „Der Text dieses Liedes thut mir mehr Ehre an, als ich in meinem ganzen Leben verdient habe. Diese Ehre muß ich mit denjenigen teilen, die mitgeholfen haben, das Geschaffene zu erringen. Ich denke dabei an die Tapferkeit des deutschen Heeres, ich möchte sagen, an den furor teutonicus, an die Festigkeit, die sich nicht nur im Gefecht, sondern auch im Bivak, in Schnee und Eis, in Hunger und den größten Strapazen bewährt hat.“ Schon am 30. Mai traf wieder eine größere Deputation in Friedrichsruh ein. Sie kam vom Kriegerverein zu Mhlau im sächsischen Bezirke Plauen. Diese Herren erinnerte der Fürst daran, daß „unser gegenseitiges Verhältnis nicht immer so war, wie es jetzt ist;“ der Feldzug von 1870 habe uns aber einander näher gebracht, und hierzu habe die hohe Begabung und der deutsche Sinn des jetzigen Königs Albert wesentlich mitgewirkt. „Was er erkämpfen half, hält er als treuer Bundesfürst fest.“ An demselben Tage ward dem Fürsten vom Arzte Brendel aus Montevideo eine Huldigungsadresse von 900 Deutschen in den Platastaaten überreicht. Auch minder hervorragende Personen, die mit dem Fürsten zusammen kamen, säumten nicht, Äußerungen desselben, die von allgemeinem Interesse waren, in der Presse zu verbreiten. So äußerte er sich zu einem Fabrikanten, der die industriellen Anlagen im Sachsenwalde besichtigte, sehr ungünstig über die neue gesetzliche Sonntagsruhe. Dieses Gesetz wolle ihm nicht behagen, weil er dadurch mit seinem Gewissen in Konflikt gerate; wenn ein fleißiger Arbeiter am Sonntag-Morgen sein Stück Land bearbeite, so werde er sich bemühen, ihn nicht zu sehen, um ihn nicht anzeigen zu müssen, denn sonst begeben sich der Mann mißmutig in den „Krug“; der Sonntag sei eben den Leuten durch das strenge Gesetz verdorben. Von Interesse waren

auch Vorgänge beim Empfang von Mitgliedern des Kriegervereins Ostern, also aus dem Wahlkreise, der den Fürsten in den Reichstag gewählt hatte. Der Empfang fand am 5. Juni statt. Der Fürst bemerkte bei der Frühstückstafel, er habe sich vor seinen Wählern zu entschuldigen, daß er das Mandat bisher nicht erfüllte. „Aber, was nicht ist, kann noch werden.“ Seine bisherigen Behinderungen seien vielleicht im nächsten Jahre nicht mehr vorhanden. „Sie als Militärs werden es mir nachfühlen, wenn es mir schwer wird, an demselben Orte, wo ich 40 Jahre hindurch die Politik der Regierung vertreten habe, sie jetzt zu bekämpfen, da, wo ich Bundesgenosse war, jetzt als Gegner aufzutreten.“

Um diese Zeit begannen in der Presse sich Stimmen für eine Ausöhnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten in einer Weise vernehmen zu lassen, daß man ihnen Beachtung schenken zu müssen glaubte. Den Keigen begann sogar das Wolffsche Telegraphenbureau, also ein Regierungsorgan. Es übermittelte am 3. Juni den Blättern außerhalb Berlins die Nachricht der Berliner „Tägl. Rundschau“, daß es scheine, als „ob die seit längerer Zeit ins Werk gesetzten Bemühungen, die persönlichen Beziehungen des Fürsten zum Kaiser angenehmer zu gestalten“, nicht ohne Erfolg bleiben sollten. Konservative Blätter der milderen Richtung waren es, in denen bald danach die Sache weiter behandelt wurde. Nach der „Schlesischen Ztg.“ sollte in Hof- wie diplomatischen Kreisen ziemlich ernstlich von der Möglichkeit einer baldigen Ausöhnung gesprochen worden und die Stelle eines Präsidenten des Staatsrats für den Fürsten ausersehen sein. Und nach dem „Hamburgischen Korrespondenten“ vom 9. Juni knüpften die Gründe der Wiederannäherung an die Interessen des Vaterlandes an; eine Quelle der Unzufriedenheit, namentlich der Bevölkerung Süddeutschlands, solle beseitigt werden, auch liege das Bedauern nahe, daß des Fürsten Erfahrung und Weisheit in Sachen der auswärtigen Politik nicht anders für das Vaterland nutzbar gemacht werden könne, „als auf dem Wege fragwürdiger Presteleistungen“. Es währte indes gar nicht lange, so stellten sich Erwidrerungen ein, nach denen an ein Gelingen des wohlgemeinten Planes nicht zu denken war. In der gerade von Freunden einer Rückkehr des Fürsten ins Amt gegründeten, seit dem 15. April in Köln erscheinenden „Westdeutschen Allg. Ztg.“ hieß es, diese Pläne gingen dahin, die Vorgänge

seit Februar 1890 so erscheinen zu lassen, als ob der Fürst wünschen könnte, sie in Vergessenheit gebracht zu sehen, dieser aber verspüre keine Neigung, sich zu der Unwahrhaftigkeit herzugeben, durch Errichtung eines solchen Verhältnisses die Art in Vergessenheit geraten zu lassen, „wie er aus seinen Ämtern weggejagt worden ist“; alle Versuche, solchen Schein hervorzurufen, würden von seiner Seite die entschiedenste Abweisung zu gewärtigen haben; es fehle die Voraussetzung, die etwas anderes als eine der Nation vorgespielte Komödie wäre, ganz und gar, nämlich die Neigung der in Betracht kommenden Stellen, den Rat des Fürsten in ernsthafter Absicht in Anspruch zu nehmen. Von gegnerischer Seite trat wider eine Ausöhnung die „Kreuzzeitung“ mit dem Bemerkten auf, diese dürfe nicht „mit einem Kanossa für den Kaiser erkaufte werden“. Nach der denselben Interessen dienenden katholischen „Köln. Volks-Ztg.“ sollte zwar die Ausöhnung „trotz allem und allem nicht mehr ausgeschlossen“ sein, nachdem es bei dem vom Kaiser beim Freiherrn v. Stumm auf Schloß Halberg abgestatteten Besuche gelungen sei, eine Umstimmung des Kaisers herbeizuführen, auch standen wohl die Grüße, welche am 14. Juni Graf Waldersee vom Zaren aus Kiel an den Fürsten überbrachte, dem gerade nicht entgegen; aber es kamen Abfagen von beiden Seiten: nach der regierungsfreundlichen „Düsseldorfer Ztg.“ hielt man in Berlin nach wie vor eine Ausöhnung „auf der von übereifrigen Anhängern des Fürsten angedeuteten Grundlage absolut ausgeschlossen“, und nach der „Westdeutschen Allg. Ztg.“ möchten vielleicht die Leute, welche Schuld haben, daß der Kaiser dem Fürsten den Abschied gab, „das Gewissensbedürfnis haben, eine Ausöhnung herbeigeführt zu sehen“, weil sie ahnten, daß die Zeit kommen werde, „wo die volle Klarheit über diese Vorgänge der Geschichte überliefert wird“; der Fürst habe nichts abzubitten. Den Beschluß bildete die Erklärung der „Hamburger Nachrichten“, wenn der Fürst beim Kaiser in Ungnade sein sollte, so werde er „eben ruhig abzuwarten haben, ob und wann diese Situation aufhört“.

An diese unerquicklichen Erörterungen der Ausöhnungsfrage schloß sich eine für die deutschen Patrioten herzerquickende, an die Person des Fürsten anknüpfende, gewaltige Bewegung in der Bevölkerung. Der Fürst gedachte einfach mit seiner Gemahlin der Vermählung seines Sohnes Herbert in Wien beizuwohnen. Diese

Nachricht, daß der Mann so großer Verehrung aus seinem Sachsenwalde hervorkommen wolle, ergriff die Massen. Hat es schon für gewöhnlich großen Reiz, mit einem großen Manne persönlich zusammenzukommen, um wieviel mehr, wenn sich für viele die früher nie geahnte Möglichkeit eröffnete, den Träger der neueren deutschen Entwicklung persönlich begrüßen zu können. Die vielfachen Besucher in Friedrichsruh mochten oft beneidet worden sein; jetzt wollten große Massen den Mann nur sehen und ihm danken.

Den Anstoß gab ein am 12. Juni von den angesehensten Männern der verschiedensten Parteien in Dresden erlassener Aufruf. Der Fürst bestieg am 18. Juni in Friedrichsruh mit seiner Gemahlin, dem Professor Schweninger, seinem Sekretär Dr. Chryxander und zwei Dienern den ihm einst von den deutschen Eisenbahnverwaltungen verehrten Salonwagen. Er winkte noch seinen Oberförster Lange zu sich heran, um ihm wirtschaftliche Aufträge zu geben über Versendung der Pferde, Unterbringung der Hunde in Rißingen und anderes. Die Fürstin reichte noch dem einen und anderen Bekannten vom Koupeefenster aus die Hand und sagte dann laut, wie zu allen Umstehenden gerichtet: „Gebe Gott, daß wir uns alle gesund hier wiedersehen!“ und fort rollte der Zug, den Fürsten zu einem ungeahnten Triumphzug durch Deutschland zu führen, wie ihn wohl noch niemand erlebt. Gegen Abend gelangte der Zug nach Berlin. Hier hatte sich die ganze große Halle des Anhalter Bahnhofes mit Menschen angefüllt, deren Sympathien für den Fürsten sich mit elementarer Gewalt äußerten und in Zwischenrufen zwischen ihm und der begeistertsten Menge zu rührenden Szenen dramatischer Art führten. Dutzende von Sträußen der Damen wurden in Empfang genommen. Als eine Stimme Stille gebot, jagte der Fürst: „Wie können Sie wollen, daß ich reden soll? Meine Aufgabe ist schweigen!“ Darauf sprach ein Mann aus dem Publikum: „Wenn Sie nicht reden, werden die Steine von Ihnen reden!“ Immer von neuem erschallten Hochrufe und zweimal ward „Deutschland über alles“ gesungen. Allgemeines Händeschütteln, zum Schluß drängten sich auch die Bahnbeamten und die Schutzleute heran mit dem Rufe: „Wir auch, Durchlaucht!“ Pünktlich 8¹/₂ Uhr traf die fürstliche Familie unter jubelndem Zurufe einer zahllosen Menge auf dem Neustädter Bahnhof zu Dresden ein, wo ihn die städtischen Behörden

Begrüßten, in deren Namen der Oberbürgermeister Stübel eine Ansprache hielt. In seiner Antwort sagte der Fürst, der feierliche, herzliche Empfang durch die städtischen Behörden Dresdens bedeute für ihn eine höhere, neue Ordensklasse, für die er von Herzen dankbar sei. Er sei in seinen alten Tagen nicht mehr so leistungsfähig, nehme aber doch an allen Interessen des Vaterlandes Anteil, wenn auch ferne von seinem Berufe. Daß seine Arbeit Erfolg gehabt, daran habe König Albert wesentlichen Anteil, der ihm immer ein gnädiger Herr gewesen sei. Auf der Fahrt vom Bahnhofe über die Elbbrücke zum Hotel Bellevue empfing Fürst Bismarck herzliche Ovationen. Im Hotel erschien eine Abordnung des Festausschusses unter Führung des Hofrats Dr. Osterloh. Dessen Ansprache erwiderte der Fürst im wesentlichen also: „Ich stehe vor Ihnen als Vertreter einer abgeschlossenen Zeit, der weder in der Gegenwart noch in der Zukunft eine Mitwirkung an unseren weiteren Verhältnissen erstrebt. Aber es ist mir von höchstem Werte, wie von der höchsten Instanz, von der öffentlichen Meinung meiner Mitbürger, die Vergangenheit, die ich Ihnen gegenüber vertrete und die Sie in meiner Person die Güte haben anzuerkennen, beurteilt wird. Wir haben gemeinsam gearbeitet, um der deutschen Nation den Rang zu verschaffen, auf den sie in Europa nach ihrer Geschichte und nach ihrer Begabung einen Anspruch hat. Dazu war notwendig, daß wir uns dem Drucke des Netzes entzogen, das in scharfer Accentuierung der inneren Landesgrenzen in Deutschland über uns geworfen wurde, und daß wir Dem gemeinsam gegenüber traten an unseren äußeren Reichsgrenzen, und Europa den neuen politischen Begriff lehrten, daß es eine starke deutsche Macht in Europa gebe, anstatt des früheren Preußens, das den Namen einer Großmacht führte, ohne die Kraft dazu zu besitzen, und das, allein auf seine langgestreckte schmale Fläche angewiesen, doch der deutschen Nation in Europa nicht das Gewicht verschaffen konnte, auf das sie im Vergleich mit anderen Nationen gleichberechtigt war. Die Franzosen, die Engländer, selbst die Russen waren uns an Gewicht und Ansehen vorausgegangen, heute sind sie es nicht mehr. Wir stehen ihnen vollkommen gleichberechtigt gegenüber, das hat eine schwere Arbeit gekostet. Es waren viele Vorurteile unter den deutschen Stämmen verbreitet. Wo sind sie gefallen? Hauptsächlich auf dem

Schlachtfelde, wo wir gegeneinander, ich will sagen, eiferfüchtigen Stämme erkannt haben, daß wir eigentlich alle besser waren und daß wir alle tüchtige deutsche Kerls waren, die nur sich kennen zu lernern brauchten, um Mißhelligkeiten zu vergessen und den Wert der Stellung kennen zu lernen, die wir heutzutage nicht bloß in der europäischen Welt, sondern überall einnehmen. Die Männer, die in erster Linie an einer Verwirklichung dieser Aufgabe mitgewirkt haben, sind natürlich weniger zahlreich geworden. Der Kaiser Wilhelm, der Kaiser Friedrich, Graf Roon, Graf Moltke sind zu ihren Vätern versammelt. Aber gerade Ihnen in Dresden lebt noch einer, der mit Degen und Feder in der wirksamsten Weise mitgewirkt hat an der Herstellung unserer deutschen Einheit — Ihr König Albert!“ Auf diesen brachte der Fürst das Hoch aus. Sodann betrat er den Vorbau, um den inzwischen bereits angekommenen Huldigungszug zu begrüßen. Eine ungeheure Menschenmenge bewegte sich auf dem Theaterplatze. Der Zug, einer der größten, die Dresden je gesehen, umfaßte gegen 13 000 Personen, unter denen sich etwa 1600 Sänger befanden. Dem Zuge voran gingen die Mitglieder des Rates und der Stadtverordneten, worauf unmittelbar die Sängerschaft folgte. Deren Huldigung leitete die großartige Ovation der Bürgerschaft wirkungsvoll ein. Das erste Lied: „Wie könnt’ ich Dein vergessen“ von Adam sang der Elbgaufängerbund. Diesem Vortrag folgte der Julius Otto-Bund mit dem Vortrage von drei Versen des Liedes „Das treue, deutsche Herz“, worauf als dritte mächtig wirkende Massengesangsdarbietung beide Sängerschaften drei Strophen „der Wacht am Rhein“ sangen. Nachdem die Töne des herrlichen Liedes „Wie könnt’ ich Dein vergessen“ verklungen waren, ergriff der Fürst das Wort und hielt, oft von Rührung unterbrochen, nachstehende Ansprache: „Den Empfang, den ich hier gefunden, werde ich bis an das Ende meiner Tage nicht vergessen. Ich habe nie so viel Herzlichkeit und treuen Sinn gefunden, und was vom Herzen kommt, das geht zum Herzen. Haben Sie Alle, Alle Dank für die Freude, die Sie mir bereitet.“ Endloser Jubel folgte. Stürmisch wogte die Menge nach vorn, um kein Wort zu verlieren. Der gleiche Jubel erscholl, als nach dem dritten Lied, nachdem die Klänge der „Wacht am Rhein“ verhaucht waren, der Fürst abermals das Wort nahm. Jetzt sprach er folgendes: „Ich danke Ihnen für

dieses Lied. Ich danke Ihnen besonders dafür, denn es erinnert uns an die großen Zeiten, die wir durchgemacht, und es hat dazu beigetragen, daß wir die deutsche Einheit errangen, eine Einheit, die viel schwerer zu zerstören sein wird, als sie geschaffen wurde, und noch mehr Blut kosten würde, wenn man sie zu vernichten suchte. Ich habe mein Leben dem Dienste der Nation gewidmet, und wenn Sie glauben, daß ich Erfolg gehabt habe, so ist das in meinen alten Tagen ein Beweis, daß ich nicht umsonst gelebt habe. Schwere Tage haben wir durchgemacht, aber gegenseitiges Wohlwollen ist das Ergebnis der letzten Jahrzehnte unserer Politik. Bleiben wir einig und danken wir Gott, daß zwischen uns der feste Bund geschlossen wurde, der unsere Freiheit, unser Vaterland gesichert und verhindert hat, daß der Fremde auf unserem Boden weile. Ich habe die Überzeugung, daß wir alle Feinde, die uns stören wollen, zurückweisen werden, wenn es je versucht werden sollte. Wir wollen sein ein einig' Volk! Was wir in Kampf und Arbeit gewonnen, das halten wir fest!" Wie ein Sturmwind brauste der Beifall über den Platz, und als die ersten Züge sich in Bewegung setzten, drängte sich die Menge der Zuschauer hinein und flutete an der Estrade vorüber. Hochaufgerichtet stand dort der Fürst, und während des schier endlosen Vorbeimarsches der Fackelträger machte er nur für Augenblicke Gebrauch von seinem Sessel. Immer wieder zog er den Hut, immer wieder winkte und grüßte er die Jubelnden. An seiner Seite harrete auch die Fürstin grüßend bis zum Schlusse aus.

Als der Fürst sich zurückgezogen hatte, wurde für die größte Ruhe in der Umgebung des Hotels gesorgt, die Dampfschiffe auf der Elbe unterließen möglichst das Geräusch. Am 19. Juni, morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, brach man auf. Kaum wurde der Fürst nebst Gemahlin im Portal sichtbar, so erhob sich sofort der Jubel der den Theaterplatz belagernden Menge. Alles umringte den Wagen, der nur langsam vorwärts konnte. Das Spalier in der Feststraße war immer mächtiger angeschwollen. Die Polizei hatte Mühe, das Publikum in Ordnung zu halten. Schließlich ging es überhaupt nicht mehr, man durchbrach die Kette, umringte den Wagen und stürzte unter brausenden Zurufen in unaufhaltbaren Massen dahinter her. Prächtigen nahmen sich die Straßen der Altstadt mit ihren Fahnen, Kränzen, Guirlanden und Teppichen aus. Tiefere Eindrücke machte jedoch die

lebendige Dekoration der Massen und die elementare Macht ihrer Hulldigungen. Am festlich geschmückten Rathause hatten sich der Magistrat und die Stadtverordneten zum Abschiedsgruße aufgestellt. Der Anfahrtsplatz zum Bahnhofe war von einer vieltausendköpfigen Menge belagert, einer bunten Masse. Vor dem Eingang zum Fürstenzimmer hatten Vertreter studentischer Korps in Wicks Aufstellung genommen. Als der Wagen auf den Bahnhofsplatz einbog, entstand eine unbeschreibliche Bewegung. Unter einem Hurra-gebrause, das die Luft erzittern machte, stürzten die Massen an den Wagen, um dem Scheidenden aus nächster Nähe den Abschiedsgruß zuzurufen. Die Halle erdröhnte von dem Hurra-gebrause der Menge, und nicht lange währte es, so konnte die Polizei, obwohl sie durch Bahnbeamte verstärkt wurde, ihrem Ansturme nicht mehr stand halten. Kaum hatte der Fürst den Eisenbahnwagen erreicht, als die Menge auch die letzte Schranke durchbrach. Die Begeisterung kannte keine Grenzen mehr. Hoch und Hurra! Auf Wiedersehen! Hoch die Fürstin! Hoch Graf Herbert und seine Braut! brauste es durcheinander, abwechselnd mit der „Wacht am Rhein“ und „Deutschland über alles“. In einem Augenblick vorübergehender Ruhe dankte der Fürst und bedauerte, daß er nicht Hände genug habe, um allen eine zu reichen. Erneutes endloses Hoch!

Auf der Fahrt durch Böhmen und Mähren wurde der Fürst auf den Bahnhöfen von Tetschen, Schreckenstein, Leitmeritz, Podiebrad, Tzlau und Znaim von den Bewohnern lebhaft begrüßt. An beiden letzteren Orten hielt er vom Waggon aus Ansprachen an die Menge. Politische Reden, sagte er, seien nicht von ihm zu erwarten, er reise nur zu einem Familienfeste und danke für die Aufnahme, die er überall in dem befreundeten Lande finde. Abends nach 10 Uhr fand die Ankunft in Wien statt, wo ihn am Bahnhof etwa 5000 Personen begrüßten. Auf seiner Fahrt zum Palais Falkh drängte eine Menge, zum Teil unter antisemitischen Ausrufen nach. Das gab Zusammenstöße mit der Sicherheitswache, die blank ziehen mußte. Der Fürst besuchte am 20. Juni den deutschen Botschafter Prinzen Neuß, hatte eine Zusammenkunft mit dem Grafen Kalnoky, mit dem er früher so oft amtlich verkehrt hatte, und wohnte im Palais Falkh einer glänzenden Soiree zu Ehren seines Sohnes Herbert und der Gräfin Hoyos bei. Anwesend waren die Minister Grafen

Kalnoky und Szechenyi, die Botschafter Paget und Nigra und eine große Zahl von Mitgliedern des österreichischen Adels. Am 21. Juni wiederholten sich die Huldigungen einer zahlreichen spalierbildenden Menge bei der Anfahrt des Fürsten zur helvetisch-reformierten Kirche, in welcher die Trauung des Grafen Bismarck durch den Superintendenten Schack stattfand. Der Fürst erschien hier in der weißen Kürassieruniform. Sein alter Freund, der russische Botschafter Graf Schuwalow, fungierte als Beistand des Bräutigams. Beim Hochzeitsmahle ließ Graf Geza Andrassy die fürstliche Familie leben, die ein eigenes deutsch-österreichisch-ungarisches Bündnis geschlossen habe. Der Fürst dankte, daß der Graf so taktvoll die politischen wie die persönlichen internationalen Beziehungen in Erinnerung gebracht habe. Am 22. Juni nahm der Fürst an einem Dejeuner beim Grafen Zichy in Penzig teil und besuchte dann die Ausstellung. Die Menge, die ihn sehen wollte, umdrängte ihn so sehr, daß er nur mit Mühe zu den „Schrammeln“ gelangen konnte, wo er den Sangvorträgen Beifall spendete. Auch hier wurden ihm stürmische Ovationen gebracht und aus der Mitte rief ein Herr: „Es lebe der größte Mann des Jahrhunderts!“ Der Fürst war durch die ganze Aufnahme wieder genötigt, eine kurze Ansprache zu halten. Nachdem ihn nun auch verwandtschaftliche Beziehungen an Wien knüpften und er auch sonst ein freier, unabhängiger Mann sei, hoffe er, öfter Wien besuchen zu können. Nachdem der Fürst noch das Rathaus besucht hatte, reiste er am 23. Juni mit dem Salzburger Sitzzuge nach München ab.

Indes erklang die ganze deutsche Presse von den Eindrücken der mächtigen Huldigung. Selbst die freisinnigen und die ultramontanen Blätter erkannten die Großartigkeit derselben an. Die „Vossische Zeitung“ war die erste, die von einem Triumphzug sprach. „So lange Fürst Bismarck lebt,“ sagte die „Allgemeine Zeitung“ in München, „wird er der politische Führer und Berater unseres Volkes bleiben, das sich selbst ehrt, indem es diese Kundgebungen dem Lebenden darbringt.“ „Was nützt es,“ rief die Prager „Bohemia“, „daß unverföhnlicher Haß an der Arbeit ist, der Begeisterung, mit der der beste Teil des deutschen Volkes seines eisernen Kanzlers gedenkt, Schranken zu setzen? Diese armseligen Schutzwehren sollten den Empfindungen der deutschen Volksseele Trost bieten!

Nein, man baue diese Wälle so hoch und stark man wolle, immer wieder und immer mächtiger stürmt die Dankbarkeit des deutschen Volks über alle Schranken hinweg zu dem Kecken hin, der wohl seiner Ämter und Würden, nicht aber der Zaubermacht seiner Persönlichkeit, nicht seiner geschichtlichen Bedeutung entkleidet, nicht um seine unvergänglichen Verdienste gebracht werden konnte." Die „Dresdener Zeitung“ bezeichnete die Bismarckfeier in Dresden als „eine Gemütskundgebung der Volksseele, spontan, ununterdrückbar, unlenkbar;“ die Figur des ersten deutschen Kanzlers sei zum Wahrzeichen der Wiedererrichtung des Reichs geworden; die Poesie der Menschen habe viel mehr als die Politik die Liebe zu Bismarck ins Leidenschaftliche gesteigert; Geschlecht, Alter, Stand, Konfession, Bildung, Vermögen, alles zerfalle ins Lächerliche vor der Macht der zum Ausdruck drängenden Volksseele; „hier war der Held zu feiern, der die Schwertstücke Jung-Siegfrieds zusammengeschweißt hatte, der Erlöser von der Uneinigkeit, Bismarck als ideales Wahrzeichen des neuerstarkten Germanismus.“ Aber auch ein anderes Moment fand sich in der Presse angedeutet: „Wer wollte verkennen,“ so ließ die „Vossische Zeitung“ sich vernehmen, „daß diese Huldigungen von ursprünglicher Kraft ihre Spitze gegen das herrschende Regiment kehren?“ und sogar die katholische „Kölnische Volks-Zeitung“ äußerte: „Man hat erkannt, daß in der neuen Ära doch nicht überall nach festen, klar erkannten Grundsätzen die Politik geleitet wird.“ Überwiegend zeigte sich aber doch die Ansicht, wie sie von der „Allgem. Zeitung“ mit den Worten ausgedrückt wurde: „Wir alle sind gut reichsdeutsch und halten treu und fest zu unserm Kaiser; aber das soll uns nicht hindern, daß unsere Herzen dem Manne zusliegen, der uns das Deutsche Reich zuwege gebracht.“

Unterbrochen und abgelöst wurden diese Betrachtungen durch die Nachricht von einem politischen Gespräche, welches Fürst Bismarck, bevor er Wien verließ, mit dem Chefredakteur der dortigen „Neuen Freien Presse“ gehabt habe. Diese teilte am 24. Juni hierüber folgendes mit: Fürst Bismarck erklärte, er sei besonders erfreut darüber, daß man in Österreich mehr Erinnerung habe für seine Österreich nützliche Thätigkeit, als für die gegen Österreich gerichtet gewesene. Er habe den Handelsvertrag mit Österreich mit den deutschen landwirtschaftlichen Interessen widersprechend gefunden;

dies gelte auch von dem Handelsvertrage mit der Schweiz und mit Italien. Er mache jedoch den österreichischen Staatsmännern keinen Vorwurf daraus, daß sie die Schwäche und die Unzulänglichkeit der deutschen Unterhändler ausnützten. In Deutschland ständen jetzt, weil eben alles hätte geändert und gewendet werden müssen, Männer im Vordergrunde, welche er, der Fürst, früher im Dunklen gehalten habe. Deutschland könne unmöglich eine Vermehrung seines Gebietes anstreben, es sei gesättigt; ebenso könne Rußland keinen Wunsch haben, sein Gebiet auf deutsche Kosten zu vermehren. Sein, des Fürsten, Gedanke bei Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses sei gewesen, zur wirksamen Förderung der österreichischen Politik den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren; dies liege im österreichischen Interesse, denn Oesterreich wolle den Frieden. Dieser Zustand habe sich seit seinem Rücktritte geändert, weil Deutschland keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besitze in Folge des Schwindens des persönlichen Einflusses auf den russischen Kaiser. In seiner letzten Unterredung mit diesem habe derselbe zu ihm gesagt, er setze Vertrauen in ihn, und hinzugefügt, ob er sicher sei, im Amte zu bleiben. Er, der Fürst, sei über diese Frage erstaunt gewesen und habe geantwortet, er werde lebenslänglich Minister bleiben, denn er habe keine Ahnung gehabt, daß eine Änderung bevorstehe, während der Zar bereits davon unterrichtet gewesen sein mochte. Diese persönliche Autorität und dieses Vertrauen fehlten bisher dem Nachfolger des Fürsten, wodurch sich die Veränderung erkläre, welche in der politischen Lage von Europa, die sich verschlimmert habe, eingetreten sei. Ein Krieg mit Frankreich möge unausweichlich sein. Dort handle es sich immer darum, daß sich ein Mann finde, welcher ein Pulver ins Wasser schütte, damit dieses aufschäume. Deutschland habe nicht das geringste Interesse an einem Kriege mit Rußland und umgekehrt. Auf die Frage, ob Fürst Bismarck das Bedürfnis habe, die Leitung der Politik wieder zu übernehmen, erwiderte Fürst Bismarck, das sei ganz aussichtslos; er sei nicht in den Reichstag gegangen, nicht weil er körperlich nicht rüstig sei, sondern weil er dann die Regierung *visière ouverte* angreifen müßte. Er glaube nicht, daß eine äußere Nothwendigkeit ihn veranlassen werde, die politische Bühne wieder zu betreten, denn wenn einmal ein falsches Geleise eingeschlagen sei, so sei es nicht seine Sache, neben diesem

Geleise herzulaufen. Eine Kritik der heimatischen Zustände könne man ihm nicht verwehren; er lasse sich dieses Recht für die wenigen Jahre seines Lebens nicht nehmen.

Fast gleichzeitig mit dieser Unterredung wurden Äußerungen veröffentlicht, welche der Fürst unlängst zu Herrn Max Harden in Friedrichsruh gethan habe. Darin fanden sich folgende Mittheilungen: Im Reichstage findet Fürst Bismarck „das steife Rückgrat nicht immer in genügender Weise vertreten.“ Im Rahmen der heutigen Politik sei für ihn kein Platz: „Minister, die die Krone beraten, giebt es nicht mehr; heute berät die Krone die Minister, in bester Absicht natürlich, aber das taugt nun doch nicht mehr für mich. Soll ich mich hinstellen und Caprivi kritisieren, der doch nur ein Beauftragter ist? Ich bin immer ein guter Monarchist gewesen und möchte nichts sagen, was auch nur dem Böswilligen antimonarchisch schmecken könnte; aber ich bin auch kein Absolutist, ich glaube namentlich nicht, daß es heutzutage gut ist, wenn die Krone bei jeder Gelegenheit in den allen Anwürfen ausgesetzten Vordergrund gestellt wird.“

Die Reise des Fürsten Bismarck von Wien nach München bot abermals eine Reihe von großen Huldigungen. Wiener Studenten begleiteten ihn bis St. Pölten, wo sie ihm einen riesigen Rosenstrauß als letzten Gruß überreichten. In Linz hielt der Zug unter brausenden Hochrufen des sehr zahlreichen Publikums; es wurde dem Fürsten ein mächtiger Korb mit Blumen überreicht; er dankte und gedachte seiner Durchreise nach Wien vor 13 Jahren. Der deutsch-liberale österreichische Abgeordnete Beurle rief: „Dem größten Mann des Deutschen Reichs!“, worauf der Fürst entgegnete: „Sagen Sie Begründer des Bündnisses zwischen Oesterreich und Deutschland.“ Von gleicher Wärme waren die Begrüßungen in Wels und Salzburg. Nachts nach 1 Uhr am 24. Juni erfolgte die Ankunft in München. Von amtlichen Personen, Künstlern, Vereinen begrüßt, wurde der Fürst beim Verlassen des Bahnhofes vom Publikum mit unbeschreiblichem Jubel an den blumenbesäten Wagen geleitet, der ihn zur Villa des Malers Lenbach, seinem Absteigequartier, brachte. Vom Balkon aus dankte der Fürst wiederholt für die Huldigungen der Menge, die noch lange vor dem Hause patriotische Lieder sang. Um 11 Uhr morgens brachte der akademische Gesangverein ein Ständchen, das der Fürst vom Balkon entgegennahm. Um 12 Uhr fuhr er zum

Besuch des ihm befreundeten erkrankten Oberstallmeisters Grafen Holnstein, der 1870 den entscheidenden Brief des Königs Ludwig nach Versailles gebracht hatte. Diese Ausfahrt des Fürsten gestaltete sich wieder zu einem wahren Triumphzuge. Um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr fuhr eine Deputation der Stadt München vor der Villa Lenbach vor. Sie bestand, außer dem ersten Bürgermeister v. Widenmayer, aus vier Liberalen, drei Merkmalen und einem Konservativen. Der Bürgermeister gab den Gefühlen der Verehrung und Dankbarkeit Ausdruck und lud für den folgenden Tag zum Besuche des Rathauses ein. Dies sagte der Fürst zu und erwiderte: Obwohl er seine Reise in Familienangelegenheiten unternommen habe, freue er sich doch sehr über die ihm in Dresden, München und anderen Orten zu teil gewordene freundliche Aufnahme und über die zahlreichen Sympathiebeweise im deutschen Lande. Sie seien ihm ein Zeugnis dafür, daß er seine Sache nicht allzu schlecht gemacht haben könne. Nichts anderes als ein Ausdruck uneigennützigster Freundschaft könne die ihm zu teil gewordene Zustimmung sein, denn er habe keine Machtinteressen und Wünsche zu befriedigen. Auch bei seinen Freunden werde er nicht für alles, was er gethan, immer zustimmende Anerkennung gefunden haben. Der Fürst warf hierauf einen Blick in die Vergangenheit: der Akt deutscher Einigung habe sich naturgemäß aus dem Streben der Stämme vollzogen. An den Erfolgen von 1870—71 hätten alle Stämme Anteil, es sei ein großes Glück, daß sich der Prozeß der Einigung nicht gleich nach 1866 vollzogen, er hätte damals geringere Aussicht auf Bestand gehabt; er halte die deutsche Einigung für ein vom Wechsel der Zeiten und Verhältnisse nicht mehr antastbares Werk. Daß die Beliebtheit des Fürsten nicht bloß in den höheren Kreisen, sondern auch im Volke selbst wurzelt, bewies die Rundfahrt, welche er mit seiner Gemahlin und Lenbach im Laufe des Nachmittags unternahm und bei welcher er von allen Seiten mit Kundgebungen begrüßt wurde. Den Schluß der Rundfahrt bildete ein einviertelstündiger Besuch im Hofbräuhaus, wo er mit Lenbach einen „Stehumpen“ leerte. Laute Hochrufe ertönten, als Fürst Bismarck anfuhr, und im Augenblick war der ganze Platz dicht mit Leuten besetzt, welche der Rückkehr des Fürsten harrten. Dieser war inzwischen in die Arkaden des Bräuhauses getreten, wo ihm aus einem neuen Krüge Bier gereicht wurde. Er erhob den

Krug und alle Anwesenden thaten ihm unter Hochrufen Bescheid. Als der Fürst sodann das Haus verließ, begleiteten ihn neue Hochrufe. Am Abend brachte die gesamte Studentenschaft dem Fürsten einen Fackelzug. Nach 9 Uhr erreichte das erste der 22 Musikkorps die Villa Lenbach und jetzt begann eine großartige Huldigung der Studierenden sowie der Einwohnerschaft. Unter Hochrufen, die Chargierten in Wicks mit je einem Musikkorps, zogen die sämtlichen Korps vorüber, den Fürsten begrüßend, dessen gewaltige Gestalt manchmal durch den Rauch der Fackeln hindurch sichtbar wurde. Nach einem allgemeinen Absingen der „Wacht am Rhein“ hielt der vorsitzende Senior eine kurze Ansprache, die mit einem Hoch auf Bismarck endete. Der Fürst dankte mit wenigen Worten für den herrlichen Empfang und empfahl, an dem festzuhalten, was vor 22 Jahren geschaffen worden. Jubelnder Zuruf folgte diesen Worten, hierauf begann wieder der Vorbeimarsch der Hochschule, damit endete der erste Tag des Münchener Aufenthaltes des Fürsten. Sein Besuch des Rathauses fand am 25. Juni um Mittag statt. Am Portale wurde er und seine Gemahlin vom Komitee empfangen. Der Fürst reichte dem Bürgermeister freundlich die Hand und begab sich dann mit den Mitgliedern des Komitees sowie der Fürstin in das Innere. Korridore und Treppen waren geschmückt und im Sitzungssaale war ein Ehrentrunk bereit. Der Bürgermeister führte die Fürstin in den Saal, ihnen folgte der Fürst. Beide Gäste nahmen an der Tafel Platz, wo in goldenen Bechern der Ehrenwein aufgetragen war. Der Bürgermeister äußerte in seiner Rede seine hohe Freude, daß der Fürst und die Fürstin das Haus der Stadt besucht haben; es sei eine unvergeßliche Stunde in der Geschichte der Stadt; er gedachte der gewaltigen Dinge, die vor 22 Jahren geschahen, der Gestalten, denen wir die nationale Wiedergeburt verdanken; zumeist aber des großen Kanzlers, dessen Leben jede Stunde des Deutschen Reiches Einheit, Größe und Ehre geweiht gewesen. Ihn begleiten der Dank und Segen Münchens! Das Hoch, mit dem die Rede schloß, wurde jubelnd aufgenommen. Fürst Bismarck erwiderte, er sei aus der Heimat gekommen, um seinem Haus eine neue Tochter zu gewinnen und er habe dabei tausende Freunde gefunden, und zwar persönliche Freunde, da er ja nicht mehr in Amt und Würden sei. Das erhöhe seine Freude und Genugthuung. Die

ihm gewordene Anerkennung wäre um so erhebender, als sie ihm aus hervorragenden Sitzen der deutschen Intelligenz und Bildung entgegenrete. Die Zeiten seien vorbei, als die Stämme des Vaterlands ohne Landsmannschaftliches Wohlwollen auf einander geheßt wurden. Jetzt herrsche Friedensbedürfnis. Eine Störung könnten nur böse, gewissenlose Leute wünschen. Unser Machtgefühl sichere uns, daß wir nicht wie vor 22 Jahren mutwillig angegriffen werden können. Deutschland sei jetzt nicht mehr zerrissen, jedermann respektiere es. Unsere südliche und südböbliche Grenzdeckung müßten wir durch Osterreich-Ungarn finden. Besonders Baiern sei hieran beteiligt von Hof bis Lindau. Die Sicherheit sei auch für Baiern von hohem Wert. Die Pflege dieser Freundschaft sei die Pflicht jeder deutschen Reichsregierung. Er hoffe, daß das am sichersten durch die Teilnehmer am Kriege erfüllt werde, durch den sie erkämpft. „Der Prinzregent war ein Mitkämpfer, Baierns Truppen der Ritt der Einheit, so die Prinzen, die nicht im Hauptquartier, sondern in der Batterie standen“. Er trinke auf das Wohl des Prinz-Regenten! Der Fürst schrieb dann seinen Namen in das goldene Buch der Stadt, ebenso die Fürstin. Um ein Uhr verabschiedete sich der Fürst. Auf die laute Bemerkung: „Auf Wiedersehen!“ antwortete er: „Ich hoffe es!“ Am Nachmittage besuchte der Fürst den Ministerpräsidenten v. Crailsheim, bei dem er eine halbe Stunde verweilte. Um 4 Uhr besuchte er den Künstlerverein „Allotria“, wo er den Willkommens-trunk aus einem zinnernen 5 Literkrug entgegennahm. Um 1/2 6 Uhr erfolgte die Ankunft im Glaspalaste der Ausstellung. Hier besuchte er den Saal alter italienischer Meister, dann die anderen Säle. Im Marmorsaale hielt er eine Rede, worin er sagte, er sei nicht hergekommen, um die Ausstellung genau kennen zu lernen, wozu Tage gehörten, sondern um der Münchener Kunst seine Hochachtung und seinen Dank für die freundliche Aufnahme auszusprechen. Sein Besuch sei keine Staatsvisite, da er mit dem Staat nichts mehr zu thun habe. Er habe der Einladung gern Folge gegeben. Sein Freund Lenbach habe sein Bild so getreu erfaßt, wie er wünsche, auf die Nachwelt zu kommen. Hiernach machte der Fürst dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien auf Schloß Wiederstein im englischen Garten einen Gegenbesuch und kam um 7 Uhr in die Villa Lenbach zurück. Vor dieser begann um 1/2 8 Uhr ein Festzug mit Serenade. Es

beteiligten sich die studentischen Korporationen der drei Münchener Hochschulen, die Schüler der Akademie der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule, die Gefangvereine, die Turner, die Radfahrvereine, die Ruderclubs, die Krieger-Vereine und die Abteilung „München“ der deutschen Kolonialgesellschaft. Die einzelnen Vereine zogen unter Hochrufen vorüber, wobei jedesmal der Fürst sich leicht verneigte und dankend grüßte. Die Turner und Pfälzer Studenten rühmten durch ihre Vertreter in einer Ansprache Bismarck als Schützer der akademischen Jugend. Bismarck antwortete, er freue sich, neben den Vertretern der Malerei auch die Vertreter der Wissenschaft zu begrüßen, bevor er München verlasse. Beide wären lange die einzigen Träger des deutschen Nationalgefühls gewesen. Er werde nicht mehr lange in der Erinnerung leben, denn er sei alt. Aber die Studenten seien jung, er bitte sie, sich stets des Gelübdes fürs Vaterland zu erinnern und mit eisernen Klammern das vor 22 Jahren Errungene festzuhalten. In der Villa versammelten sich noch einige Geladene, mit denen der Fürst den Abend verbrachte. In längerem Gespräch verweilte er mit Paul Heyse. Sie sprachen von den Verdiensten König Ludwigs II. um die Errichtung des neuen Deutschen Reichs. Der König, so sagte der Fürst, hat damals zuerst an den Kaiser geschrieben, daß es ihm schwer sein würde, sich in die Neuordnung der Dinge zu finden, wenn der König von Preußen nicht der erste unter Gleichen würde. Wenn der König von Preußen Kaiser würde, werde sich die gesamte Neuordnung anders gestalten. Er, Bismarck, habe damals zum alten Kaiser gesagt, Majestät komme nur auf diesem Wege dahin, nicht länger ein Neutrum zu sein. Der Kaiser fragte: „Wie so?“ Majestät würden dann ewig nur das Präsidium sein. Heyse kam auch auf König Max zu sprechen und meinte, dieser hätte sich schwerer in die Neuordnung der Dinge gefügt, zumal er ein ernster Verteidiger der Triasidee gewesen. Der romantische, hochideale Zug Ludwigs habe gewiß viel dazu beigetragen, den Kaisergedanken zu verwirklichen. „Das ist sehr richtig,“ antwortete Fürst Bismarck. Kaiser Wilhelm sei ein Mann des vorigen Jahrhunderts gewesen und habe auch daran festzuhalten gesucht, mit großer Gerechtigkeit und Schonung aller bestehenden Verhältnisse an der Einigung des deutschen Vaterlandes zu arbeiten, wenn auch nicht auf Grundlage des alten Bundes, so doch

nicht in ganz neuer Form. Ebenso sei König Max in alten Traditionen aufgewachsen, während das junge Geschlecht anderen Ideen sich zugewendet. Die Unterredung gab auch Gelegenheit, Seibels zu gedenken. Seibel, so meinte Seyse, hat sich von Anfang an mit der Kaiseridee getragen. Wir jungen Leute hatten dies noch als Utopie betrachtet, sind aber bald in die neuen Ideen hineingewachsen. Es sei eine Genugthuung für den alten „Sänger des Reichs“ gewesen, daß er die Verwirklichung seines Traums noch erlebte. Bismarck entgegnete: Diese Wünsche sind im Volke sehr verbreitet gewesen, aber ohne Lebensgefahr für den Bestand Deutschlands würde es niemals dahin gekommen sein, daß deren Stämme sich zusammengeschlossen. Nur der Not und der großen Begeisterung verdanken wir das Reich. „Durchlaucht kennen die Weltgeschichte besser als ich,“ fuhr Seyse fort, „aber darin müssen Sie mir Recht geben, daß niemals ein Mann, der so viel geleistet und so sehr im öffentlichen Leben gewirkt, eine so unmittelbare Liebe und Verehrung im Volke genossen wie Ev. Durchlaucht. Friedrich der Große z. B. war in seinen alten Tagen im Volke nicht beliebt.“ „Je länger man lebt, desto mehr ist man genötigt, Menschen gegenüber zu treten und sich Feinde zu machen. Die Dankbarkeit zieht sich zurück, wenn man seine Pflicht gethan hat. Ich bin von der Anhänglichkeit und Liebe so gerührt, daß ich nicht immer gleich die Worte finde, um so zu danken, wie ich möchte,“ entgegnete der Fürst. Bei einer andern Gelegenheit that der Fürst in München eine bemerkenswerte Äußerung, über die berichtet wird: „Früher,“ sagte er, „war mein ganzes Bestreben dahin gerichtet, das monarchische Gefühl im Volke zu heben. An den Höfen und in der offiziellen Welt wurde ich gefeiert und mit Dankbarkeit überhäuft. Das Volk wollte mich steinigen. Heute jubelt mir das Volk dafür zu, während die andern Kreise mich ängstlich meiden. Ich glaube, das nennt man Ironie des Schicksals.“

Gegen Ende seines Münchener Aufenthalts empfing der Fürst einen Vertreter der dortigen „Allgemeinen Zeitung“. In deren Berichte hierüber wurde gesagt: In Wien glaubte der Fürst in der Bevölkerung zwei Strömungen zu beobachten, eine auf Seiten der Bevölkerung von großem Wohlwollen und eine namentlich mancher Staatsdiener, die einer anbefohlenen Zurückhaltung ähnlich sah. Er sei mit den Hoffreisen Wiens seit 40 Jahren in vielem Verkehr, sei

er doch schon 1852 dort als Abgesandter gewesen. Osterreich und er hätten in Gutem und Bösem viel miteinander erlebt, aber allezeit sei zwischen ihnen der Verkehr ein wohlwollender gewesen. Ohne unhöflich zu sein, habe er nicht anders als um eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph nachsuchen können und er habe dies schon von Friedrichsruh aus, und zwar auf dem amtlichen Wege durch die deutsche Botschaft gethan. Anfangs sei seinem Gesuche die Stimmung günstig gewesen, aber dann habe diese umgeschlagen, wohl kaum ohne eine starke PreSSION von Berlin. Er habe nur mündlich die Antwort erhalten, daß die Audienz, um die er als Verehrer des Kaisers und als Militär nachgesucht, nicht gewährt werden könne. In Dresden und München habe er, ohne unhöflich zu sein, nicht um Audienz nachsuchen können, da die Frist seines Aufenthalts anfänglich zu kurz bemessen gewesen sei. Er freue sich jetzt, da ruhiger Zuschauer zu sein, wo er früher Mitarbeiter gewesen, und er freue sich namentlich der ungemeinen Herzlichkeit, mit der er in München empfangen worden sei. Diese Tage werden ihm unvergeßlich bleiben, solange er noch in Friedrichsruh seine Bäume pflegen könne.

Die Abreise des Fürsten aus München am 26. Juni gestaltete sich wiederum zu einer großen Huldbigung. Das Publikum durchbrach auf dem Bahnhofe alle Schranken und ergoß sich scharenweise in die Halle, sodaß der Sonderzug von Tausenden umstellt war. Auf die wiederholten Rundgebungen hin sprach der Fürst seinen Dank für den herzlichen Empfang aus. Das Publikum stimmte die „Wacht am Rhein“ an, dann ertönten die Rufe Hoch! Auf Wiedersehen! und das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, in welches alle Anwesenden mit einstimmten. Um 12 Uhr verließ der Zug die Halle und traf um 1 Uhr in Augsburg ein. Der Zufage gemäß verließ der Fürst den Zug zu einem kurzen Besuche der Stadt. Die Begrüßung seitens der Bevölkerung war auch hier die herzlichste. Es läßt sich, hieß es im Berichte des „Schwäb. Merkur“, nicht beschreiben, wie ununterbrochen dem Fürsten bei seiner Ankunft, auf seiner Rundfahrt und bei der Abreise entgegengejubelt wurde. Wer seine Hand erhaschen konnte, drückte sie, die Hoch-, Heil- und Hurrarufe wollten kein Ende nehmen. Bei der Einfahrt am Bahnhof begrüßte ihn ein Musikkorps mit dem „Bismarckmarsch“, aber der Volksjubel übertönte bald die Kapelle, und lange dauerte es, bis er sich soweit legte, daß

Bürgermeister v. Fischer, welcher mit den Mitgliedern der beiden Gemeindefollegien in Amtstracht erschienen war, eine kurze Ansprache halten konnte, worin er den Ehrenbürger Augsburgs beim Betreten des schwäbischen Bodens begrüßte. Vor dem Rathaus begrüßten den Fürsten die vereinigten Gefangvereine mit einem deutschen Lied und in der mächtigen Halle des altehrwürdigen Baues hielt v. Fischer eine kurze, markige Bewillkommungsrede. In herzlichsten Worten dankte der Fürst für den so überaus freundlichen Empfang, sprach sein Bedauern aus, daß es ihm leider nicht vergönnt sei, in der altberühmten Kaiserstadt, in der er vor Jahren mit seinem alten Herrn im alten Fuggerhause einmal schon gewilt, länger Aufenthalt nehmen zu können, und schloß, indem er den Ehrentrank aus dem ihm gereichten silbernen Pokal that, mit einem Hoch auf Augsburg. Stürmischer Jubel folgte seinen Worten und begleitete ihn, nach dem im Königsalon ihm gegebenen Mahle, bei der Wegfahrt nach dem Bahnhof, während die Musik spielte und die Sänger die „Wacht am Rhein“ anstimmten. Aus Anlaß seines kurzen Aufenthalts in Augsburg waren hier zahlreiche Begrüßungstelegramme, hauptsächlich aus allen größeren Städten des Kreises Schwaben eingetroffen, so aus Günzburg, Donauwörth, Neuburg a. D., Lindau, Memmingen und Kaufbeuren. Im Telegramme der letzteren Stadt hieß es: „Von der Pforte des Allgäu rufen wir mit stürmischer Freude: Heil und Dank dem eisernen Kanzler! Heil Schwaben, das den Stolz der Nation heute begrüßen durfte!“ Die Stadt Kempten bot dem Fürsten, „dessen Verdienste weder übertroffen, noch verdunkelt werden können, wärmsten Willkommgruß“. Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei der Durchfahrt durch Würzburg, brausten ihm abermals die patriotischen Lieder einer zahllosen Menge entgegen und ward ihm ein Ehrentrank in silbernem Pokal überreicht; in Oberndorf-Schweinfurt huldigte ihm der mit Musik und Fahnen erschienene Kampfgenossenverein. Abends 8 Uhr kam der Fürst in Kissingen an und endete vorläufig die große Triumphreise. Durch die beflaggte Stadt ging die Fahrt nach der oberen Saline, des Fürsten gewohntem Bade-Aufenthalt. Ein ganzer Wagen mit Blumen Spenden folgte. Folgenden Tags, den 27. Juni, erließ der Fürst in der „Allg. Ztg.“ eine allgemeine Dankfagung. Darin hieß es: „Die ehrenvollen Begrüßungen in Dresden, München, Augsburg und auf der Bahnfahrt durch Sachsen und Baiern haben mich von Herzen

erfreut, weil sie mir bewiesen, in welchem Umfange ich durch meine Mitarbeit an der Einigung des Vaterlandes die Anerkennung und das Wohlwollen meiner deutschen Mitbürger außerhalb meiner engeren Heimath gewonnen habe. Alle, die dazu mitgewirkt haben, mir nach dem Abschlusse meiner arbeit- und sorgenvollen amtlichen Thätigkeit für den Rest meines Lebens diese wohlthuernde und tröstliche Befriedigung zu gewähren, bitte ich, durch diese Veröffentlichung meinen warmen Dank freundlich entgegenzunehmen."

Die neuesten unvergleichlichen Huldigungen für den Fürsten Bismarck machten in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus wieder den tiefsten Eindruck. Sie drängten eine Zeitlang sämtliche politischen Tagesfragen und Vorgänge in den Hintergrund und gaben allen Parteien noch lange reichlichen Anlaß zu Betrachtungen und öffentlichen Erörterungen. Nirgends hatten sie den ausgesprochenen Charakter einer oppositionellen Kundgebung gegen das herrschende System getragen, sie wurden aber allgemein als eine patriotische Aufwallung von so imposanter Größe, wie mindestens die zu Zeiten der großen Erhebung des Vaterlandes, als ein Strom, gegen dessen Gewalt nichts sich zu halten vermöge, empfunden und gewürdigt. Wenn der früher an der Elbe wie an der Isar so arg gehafte Mann jetzt an denselben Stellen unmittelbar aus dem Herzen des Volks heraus solcherart verehrt wurde, so lag darin der höchste Triumph der deutsch-nationalen Politik, die es verstanden hatte, die große Masse der Partikularisten zu begeisterten Anhängern des Reichsgedankens gemacht zu haben.

Noch waren diese Kundgebungen nicht ganz verhallt, als des Fürsten politische Äußerungen in Wien der gesamten Presse Anlaß zu lebhaften Besprechungen gaben. Die dem Fürsten feindlichen Blätter schienen fast erfreut zu sein, seine dort gegen die deutsche Regierung gerichteten Schärfen verwenden zu können. Die demokratische „Frankfurter Ztg.“ sagte am 24. Juni, die „Hochzeitsreise“ des Fürsten habe den so aufdringlich damit verbundenen Zweck offenbar nicht erfüllt, einflussreiche Kreise für Anbahnung einer Rehabilitation des Fürsten zu gewinnen. Die „Freisinnige Ztg.“ sprach am 27. Juni von Bismarcks „greifenhafter Schwachhaftigkeit“ und daß er nie ähnliches, wie jetzt, an Schädigung der deutschen Interessen vor dem Auslande geleistet, nur vom Gedanken der Rache an seinen Nachfolger erfüllt und nicht mehr völlig zurechnungsfähig sei; und die

„Germania“ sagte, „das Maß ist voll“, des Fürsten Diskreditierung der jetzigen auswärtigen Politik grenze an Landesverrat. Daß Teile seiner in Wien gegebenen Kritik peinlich berührten, gab auch die „Nationalliberale Korrespondenz“ zu; der nationalliberale „Hannoversche Kurier“ sagte, es würde für das Ansehen des Fürsten und des Reichs die Unterhaltung in Wien besser unterblieben sein, und der „Schwäbische Merkur“ meinte, manches Wort, das der Fürst zu Wien in Verbitterung gesagt, würde er nicht gesprochen haben ohne die ihm widerfahrene anscheinende Geringschätzung, daß überall, wohin er gekommen, die Fürsten, nach Analogie von Lucä 14, 18, sich verleugnet oder entfernt hätten. Dies führe zur Quelle alles Unheils zurück, zum Zerwürfnis zwischen dem Kaiser und dem Kanzler. Wenn aber der ganze Hergang bei den Massen leider den Anschein erweckt habe, als ob die Fürsten eine Gelegenheit versäumt hätten, dem Volk in Bezeugung von hochherziger Dankbarkeit voranzuleuchten, so werde der Wunsch nach Beseitigung des jetzigen geradezu gefährlichen Zustands immer dringlicher, denn fest stehe es, daß der Fürst „der einzige wirklich populäre Mann Deutschlands“ sei. Eine wirkliche Verschärfung dieser Lage trat jedoch erst ein, als die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ drei gegen jene Unterredung gerichtete Artikel brachte, die man allgemein für halbamtlich ansehen zu müssen glaubte. Zunächst sprach das Blatt in der Form einer Polemik gegen die „Nationalzeitung“ von einem an Vaterlandsverrat streifenden Grade von Pflichtvergeffenheit; es bedauerte, daß keine Thatfachen angeführt seien, als „man“ die deutsche Regierung dem In- und Auslande als unfähig denunziert habe, und meinte, eine Veröffentlichung der Akten des auswärtigen Amts würde, wenn sie statthaft sei, „die gegen sie gerichteten, in Dunkel gehüllten Angriffe in helles Licht setzen“. Dann trat das Blatt gegen die Behauptung Bismarcks von der Unfähigkeit der deutschen Beamten, die den Handelsvertrag mit Oesterreich zu stande gebracht, auf und bezeichnete endlich in scharfer Verwahrung des Fürsten Kritik der auswärtigen deutschen Politik als der thatsächlichen Unterlage entbehrend. Diese Artikel wurden alsbald von der der Regierung wohlwollenden Presse einstimmig sehr bedauert; aber die demokratische „Frankf. Ztg.“ rief, nun werde das Gewitter mit aller Wucht über Bismarck hereinbrechen, falls er nicht noch in letzter Stunde von seinem selbstzerstörenden Beginnen

ablasse. Und die katholische „Köln. Volks-Ztg.“ sagte: „Eine Regierung kann sich auf die Dauer nicht so herunterreißen lassen; zwei Jahre hat Caprivi mit verchränkten Armen dem Treiben Bismarcks zugeesehen; er wollte ihm eine Schonzeit bewilligen und Zeit, seinen Ärger auszutoben; aber Bismarck macht es immer schlimmer; er ist endlich zu der Überzeugung gekommen, daß seine Rückberufung nicht möglich ist; deshalb stellt er auch den Gegensatz in seiner vollen Schärfe hin, ganz à la Wallenstein!“

Mildernd griff in alle diese peinlichen Erörterungen ein, was Fürst Bismarck am 27. Juni einem Vertreter der Münchener „Neuesten Nachrichten“ in Kissingen sagte. Er verwahrte sich gegen die ihm untergeschobene Nachsicht: „Wozu sollte ich mich denn rächen und an wem? Am allerwenigsten an meinem Nachfolger, der mir ja nie etwas zu Leide gethan hat. Nachsüchtig bin ich durchaus nicht. Man sagt zwar „der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande“. Aber wenn ich doch hie und da meine Stimme vernahmen lasse, so thue ich das zum Besten des Vaterlandes. Ich will, soweit meine Erfahrung reicht und meine Autorität noch Geltung hat — und nach dem Lärm und dem Aufheben, das man in der ganzen Welt über jede meiner Äußerungen macht, scheine ich sie noch zu besitzen — jene Handlungen der jetzigen Regierung, die ich für eine gedeihliche Entwicklung des Landes nicht zuträglich finde, beeinflussen und sie, der Ausdruck ist wohl nicht anmaßend, korrigieren. Dies allein ist meine Absicht.“ Weiter äußerte sich der Fürst über seine im deutschen Volke so sehr gewünschte Versöhnung mit dem Kaiser. „Ich bin,“ erwiderte er, „bei dem Kaiser in Ungnade gefallen und ich weiß heute noch nicht warum. Von einer Versöhnung kann man doch nicht sprechen. Der Kaiser ist ja nicht,“ meinte der Fürst lächelnd, „bei mir in Ungnade gefallen. Wenn Se. Majestät die Ungnade aufhebt, wäre das Verhältnis ja das alte. Ich glaube gewiß, daß Intriguen mit untergelaufen sind. Der Kaiser hätte ja gewiß sein eigener Kanzler sein können, das Ausscheiden aus meinem Amte hätte mich nicht geschmerzt, aber tief schmerzt mich die Form, in der es geschehen ist.“ Daran knüpfte ein rheinisches Blatt die Forderung: „Heraus endlich mit dem Entlassungsgesuche des Fürsten!“ Dem schloß sich die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ mit der Andeutung an, dieses Gesuch sei eigentlich gar

kein Entlassungsgesuch gewesen, sondern eine ausführliche Darlegung der Gründe, welche den Fürsten bestimmten, seinen Abschied nicht einzureichen. Und aufs neue begann, wenn auch in wohlwollendster Absicht, der vitiose Zirkel in der Presse über eine zu bewirkende Verführung. „Wir waren,“ sagte das „Deutsche Wochenblatt“, „in Deutschland gewöhnt, die Liebe zu Kaiser und Reich als einheitliche Empfindung aufzufassen. Die Hohenzollern hatten das Reich geschaffen, in ihnen verkörpert sich die Reichsidee, und Bismarck war der Roland Kaiser Wilhelms I. Wir ehrten den Kaiser, indem wir seine Paladine ehrten. Welcher Zwiespalt der heiligsten Empfindungen der Volksseele aber muß entstehen, wenn das jetzt anders sein soll! Dafür hat das Volk noch kein Verständnis. Das Volk denkt an Düppel, Königgrätz und Sedan, wenn es Bismarck feiert, es sieht in ihm die Verkörperung des deutschen Ruhmes.“

Vorläufig gewann es jedoch durchaus nicht den Anschein nach einem Ausgleich, vielmehr trat eine weitere Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Fürsten und seinem Nachfolger hervor infolge der Verteidigung des ersteren durch die seit dem 5. Juli direkter als bisher im Namen des Fürsten auftretenden „Hamburger Nachrichten“ gegen jene Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Bezüglich dieser habe der Fürst geäußert „Dorlach' ick över!“, im übrigen glaube derselbe, daß Graf Caprivi der Kandidat des Zentrums weit früher als der des Kaisers gewesen sei, da die antibismarck'schen Beziehungen des jetzigen Kanzlers zum Zentrum bis in die Zeit der „Reichsglocke“ zurückreichten und dieses gleich nach Capravis Amtsantritt zur Hauptstütze der Regierung befördert sei, worauf die Intimität beider die Steigerung erfahren habe, welche durch „die Apotheose“ des verstorbenen Windthorst, die Behandlung der Polen und das Schulgesetz handgreiflich zum Ausdruck gelangt sei. Der Fürst sei „überzeugt, daß das Beginnen der heutigen Minister dem Staate zum Verderben gereicht.“ Auf die Frage der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, ob das Benehmen des Fürsten in Wien wohl patriotisch sei, kam die Gegenfrage, „ob es wohl patriotisch war, das Erscheinen eines Mannes von der Stellung und Vergangenheit des Fürsten in Wien mit Uriasbriefen zu begleiten, die seinen Empfang bei einem Monarchen unmöglich machten, mit dem er seit 40 Jahren in amtlichen und

persönlichen Beziehungen gestanden;" die zur Verhinderung dieses Empfangs benutzten Mittel hätten den Eindruck einer Geringschätzung und Schädigung der gesellschaftlichen Stellung des Fürsten gemacht, „die notwendig als persönliche Kränkung wirken mußte.“ Nunmehr trat der „Reichsanzeiger“ auf den Plan, zunächst am 6. Juli mit der Erklärung, Graf Caprivi habe bis zu seiner Ernennung zum Kanzler nie nach einer politischen Wirksamkeit gestrebt und nie Beziehungen, auch nicht antibismarckische, zu irgend einer politischen Partei gehabt oder gesucht. Folgenden Tags veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ zwei bezüglich des Fürsten Bismarck ergangene Erlasse Caprivis.

Der eine war schon am 23. Mai 1890 an alle deutschen und preussischen Missionen ergangen und betraf die durch die Presse an die Öffentlichkeit gebrachten, „gegenwärtigen Stimmungen und Anschauungen“ des Fürsten. „Wenn die Regierung Sr. Majestät,“ so hieß es in dem Erlasse, „in vollster Anerkennung der unsterblichen Verdienste dieses großen Staatsmannes hierzu unbedenklich schweigen konnte, so lange jene Äußerungen sich auf persönliche Verhältnisse und innere Politik beschränkten, mußte sie sich, seit auch die auswärtige Politik davon berührt wird, die Frage vorlegen, ob solche Zurückhaltung auch ferner zu rechtfertigen sei, ob sie nicht im Auslande schädlichen Mißdeutungen unterliegen könnte. S. M. der Kaiser sind indeß der Überzeugung, daß entweder von selbst eine ruhigere Stimmung eintreten oder aber der thatsächliche Wert des von der Presse Wiedergegebenen mit der Zeit auch im Auslande immer richtiger werde gewürdigt werden. Es sei nicht zu befürchten, daß aus der Verbreitung subjektiver, mehr oder weniger richtig aufgefaßter, hier und da zweifellos absichtlich entstellter und zum Teil zu Personen von anerkannter Feindschaft gegen Deutschland gethaner Äußerungen ein dauernder Schaden entstehen könnte. Se. Majestät unterscheiden zwischen dem Fürsten Bismarck früher und jetzt und wollen seitens Allerhöchstihrer Regierung alles vermieden sehen, was dazu beitragen könnte, der deutschen Nation das Bild ihres größten Staatsmannes zu trüben.“ Der Kanzler gebe sich schließlich der Hoffnung hin, es werde seitens der betreffenden auswärtigen Regierung den Äußerungen der Presse in Bezug auf die Anschauungen des Fürsten Bismarck ein aktueller Wert nicht beigelegt werden. Der

andere Erlaß war vom 9. Juni 1892 und an den Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, gerichtet. Er lautete vollständig also: „Im Hinblick auf die bevorstehende Vermählung des Grafen Herbert Bismarck in Wien teile ich Euer zc. nach Vortrag bei Sr. Majestät Folgendes ergebenst mit: Für die Gerüchte über eine Annäherung des Fürsten Bismarck an S. M. den Kaiser fehlt es vor allem an der unentbehrlichen Voraussetzung eines ersten Schrittes seitens des früheren Reichskanzlers. Die Annäherung würde aber, selbst wenn ein solcher Schritt geschähe, niemals soweit gehen können, daß die öffentliche Meinung das Recht zur Annahme erhielte, Fürst Bismarck hätte wieder auf die Leitung der Geschäfte irgendwelchen Einfluß gewonnen. Falls der Fürst oder seine Familie sich Eurer Durchlaucht Hause nähern sollte, ersuche ich Sie, Sich auf die Erwidern der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit jedoch auszuweichen. Diese Verhaltensmaßregeln gelten auch für das Botschaftspersonal. Ich füge hinzu, daß Seine Majestät von der Hochzeit keine Notiz nehmen werden. Euer zc. sind beauftragt, in der Ihnen geeignet scheinenden Weise sofort hiervon dem Grafen Kalnohy Mitteilung zu machen.“

Mit äußerster Schärfe ließen sich nun die „Hamburger Nachrichten“ über diese Erlasse aus. Sie bewiesen, sagte das Blatt, daß schon kaum zwei Monate nach Entlassung des ersten Kanzlers das Bedürfnis bestanden habe, ihn anrüchig erscheinen zu lassen, ihn im Auslande kreditlos zu machen; es gehöre nicht zu den Aufgaben der deutschen Regierung, ihre Vertretungen im Auslande im Lichte einer Art von heimlichen Gerichten erscheinen zu lassen. Fürst Bismarck habe anfangs die Absicht gehabt, mit seinem Nachfolger im Frieden zu leben, dies habe aber kein Entgegenkommen gefunden, es sei „eine Art Boykottierung von Friedrichsruh“ eingetreten, die in dem absolut unbegründeten Mißtrauen gewurzelt habe, daß der Fürst die Stellung Caprivis erstrebe. In diesem Eingreifen der Organe der Reichspolitik in die Privatverhältnisse des früheren Kanzlers sei eine von diesem ungesuchte Wirkung seines Einflusses zu erkennen. Ein anderes Mal sprach das Blatt von den Besorgnissen, mit denen es der Zukunft unserer Politik entgegen sehe, da zu befürchten sei, daß die Bestrebungen der Zentrumsparthei leitenden Einfluß gewinnen könnten; legten doch die Reden des Abg. Lieber Zeugnis

ab vom Fortbestehen des Vertrauens dieser Partei zum Kanzler. Die gesamte deutsche Presse begleitete diesen Streit mit ihren Bemerkungen, sodaß es bis tief in die sonst tote Saison ziemlich lebhaft in der Politik herging. Die „Preussischen Jahrbücher“ sagten bei Besprechung dieses Streites: „Hätte sich das nicht vermeiden lassen? Hätte nicht trotz allem die Regierung die Form eines freundlichen Verkehrs aufnehmen sollen? Die öffentliche Meinung ist auf dem Punkte Bismarck sehr empfindlich; schon die Wendung „ist das patriotisch?“ war zu stark; wer seid ihr denn, die ihr es wagen dürft, einen Bismarck nach seinem Patriotismus zu fragen?“ Und die „Grenzboten“ schlossen eine ähnliche Betrachtung mit den Worten: „Man möge sich hüten, daß das Volk nicht verlegt werde, wo es am empfindlichsten ist: in der Verehrung für seine nationalen Helden!“ Das „Leipziger Tageblatt“ endlich konstatierte: Die ungeheuren Wogen, die durch die letzten Kundgebungen des Fürsten Bismarck bis über den Kanal hinüber aufgerührt worden sind, haben sich noch immer nicht geglättet, immer noch brandet es, als ob ein furchtbares Unwetter über der Hälfte des Erdteils gewüthet hätte.“

Die patriotische Bewegung fuhr auch nach Fürst Bismarcks Ankunft in Kissingen fort, ihre Wellen zu schlagen. Kundgebungen von derselben Wärme wie seit Wochen drängten sich von vielen Seiten an ihn heran. Schon am 3. Juli suchte ihn das Zapfische Männerquartett aus Wiesbaden mit seinen Liedervorträgen zu erfreuen. Ein Mitglied gedachte als Gast des Fürsten des Tags von Königgrätz, worauf er antwortete, einen solchen würden wir wohl nicht mehr erleben, „aber auf ein zweites Sedan werden wir noch gefaßt sein müssen.“ Am 6. Juli fand eine ergreifende Huldigung seitens der Kurgäste im Kissingener Theater statt, am 10. Juli der Empfang einer Deputation aus Jena, worunter der Oberbürgermeister und mehrere Professoren. Sie brachte die Einladung zum Besuche Jenas. Ganz Thüringen brenne darauf, den Fürsten zu begrüßen. Davan schloß sich der Empfang von 700 Männern aus allen Theilen Württembergs. Die Huldigung konnte nicht großartiger und herzlicher gedacht werden. Auf die Ansprachen erwiderte der Fürst dankend und fügte hinzu, die Angriffe auf ihn, die er jetzt täglich lese, erfüllten ihn mit Genugthuung, da sie sich gegen seine Personkehrten; das beweise ihm, daß sie an den Ergebnissen seiner

Arbeit nichts auszusetzen fänden; in hohem Maße erfreue ihn der Anteil der deutschen Frauen an den ihm zu teil werdenden Zustimmungen; in kritischen Verhältnissen, in der Politik äußere das Herz sich oft stärker als der Verstand. Der Fürst warf dann einen längeren Rückblick und glaubte den Grund, warum die nationale Einheit für uns soviel Wert habe, darin erblicken zu müssen, daß sie eine Bürgschaft des Friedens bilde; er hob schließlich die bessere Lage Württembergs gegen früher für den Fall eines neuen Krieges mit Frankreich hervor. Es schlossen sich hieran Kundgebungen der imposantesten Art. Die Jenenser wohnten an der Seite der Fürstin dieser im weiten Hofraum sich abspielenden Szene bei, dann vereinigten sie sich mit den Württembergern und Professor Häckel aus Jena sprach die Freude darüber aus, daß Thüringen und Württemberg, Nord und Süd, sich die Hand reichten in dem einmütigen Gefühl der Anhänglichkeit an den Fürsten. Bei dem hierbei ausbrechenden Jubel ergriff den Fürsten tiefe Rührung, und indem er Professor Häckel umarmte, sagte er zu ihm und zu den andern Deputierten ein herzliches „Auf Wiedersehen.“

Die Huldigungen für den Fürsten setzten sich während seines ganzen Aufenthalts in Kissingen fort. Am 18. Juli stürzten sich, wie es im Berichte des „Nürnberger Tageblatt“ heißt, einer Völkerwanderung gleich, Sängerscharen auf die ahnungslose Bäderstadt. Es waren an 2000 Sänger aus Schweinfurt und der Umgegend, die sich in einem Riesenzuge nach der oberen Saline begaben und dem Fürsten durch Gesangvorträge huldigten. Er begrüßte sie vom Fenster aus, kam dann zu ihnen hinab und unterhielt sich mit ihnen in humorvoller Weise. Dann erscholl das Lied „das deutsche Herz“, und einer der Sänger feierte den Fürsten als den, der erfüllt habe, was das deutsche Lied ersehnt. Alle, welches politischen Glaubens sie auch seien, brächten freudig dem „Schöpfer des Reichs“ ein Hoch. In seiner Erwiderung meinte der Fürst, die Huldigung gelte wohl mehr seinen politischen, als seinen musikalischen Leistungen; wenn seine Arbeit als Komponist und Notenschreiber in deutschen Angelegenheiten gelungen sei, dann wäre ja sein Lebenszweck erfüllt; viele persönliche Freunde könne man sich als Minister in Deutschland, wenn man nicht gerade eine Schlafmütze sei, nicht erwerben, eher die Freunde, die man hat, verlieren. Daß dies sein Schicksal nicht sei,

bewiesen die ihm täglich werdenden Ovationen, und diese Quittung über seine Vergangenheit genüge ihm. Die größte Kundgebung in Kissingen brachte aber der 24. Juli. Es trafen vormittags Extrazüge aus Heidelberg, Mannheim, Pforzheim, Karlsruhe, Darmstadt und Koburg ein, die in 111 Wagen 4239 Personen brachten. Sie wurden von der Feuerwehr zu einem Zuge geordnet, der eine Strecke von fast einem Kilometer bedeckte. Voran schritt die Musik des 9. Infanterie-Regiments von Würzburg und der Vorbeimarsch an der oberen Saline, wo der Fürst grüßend ans Fenster trat, währte etwa 20 Minuten. Die Festgäste, worunter viele Damen, wurden, im ganzen etwa 5000 Personen, in den Hofraum geführt, wo ein erhöhtes Boskett unter alten, schattenspendenden Bäumen geschaffen war, das dem Fürsten als Standplatz diente und zu dessen Seiten die Chargierten der Karlsruher polytechnischen Verbindung „Teutonia“ Aufstellung genommen hatten. Den Gefühlen der erschienenen Badenser, Pfälzer, Hessen und Thüringer verlieh der Geh. Rath Prof. Erdmannsdörffer aus Heidelberg in schwungvollen Worten Ausdruck. Alle Welt solle es wissen, daß man in süddeutschen Landen gegen den Miterbauer des Reichs nicht weniger dankerfüllt sei als in den anderen Gauen. Dann begrüßte der Bankpräsident Eckhard aus Mannheim den Fürsten namens der hierher geeilten Badenser aus dem Breisgau, dem Schwarzwald und vom Bodensee. Sie wüßten es dem Fürsten besonders zu danken, was er Großes geschaffen. Was 1890, und vieles, was später geschehen, sei dem süddeutschen Kopf und Herz unverständlich geblieben, eine Schande sei es, wenn große Männer in der eigenen Nation verunglimpft würden. Nachdem dann die Damen in großer Zahl prächtige Blumenspenden überreicht hatten, traten Redner mit den Begrüßungen der anwesenden Hessen, Frankfurter und Thüringer auf. Der Fürst antwortete in dreiviertelstündiger Rede. Zunächst wies er darauf hin, daß seinen Mitarbeitern, worunter viele schon Verstorbene, ein wesentlicher Anteil an diesen Ehren gebühre. Sodann warf er einen Rückblick auf die deutschen Einheitsbestrebungen. Die ersten Versuche, die von 1830 und 1848, wären verfrüht und zum Glück nicht siegreich gewesen. In Gottes Vorsehung habe es gelegen, daß auch 1866 die unitarischen Bestrebungen nicht die Oberhand gewannen, Gott habe es so eingerichtet, daß alle deutschen Völker den

Hammer nach dem Ambos geschwungen haben, auf dem die deutsche Einheit geschmiedet wurde. „Wir haben uns das Reich und die Kaiserkrone sozusagen aus den französischen Bataillonen herausgeholt.“ Der Krieg sei nötig gewesen; „wir konnten das Verhältnis zum deutschen Bund, das unter der übelwollenden Fürsorge Frankreichs geschlossen war, nur mit dem Schwerte lösen“. Dem alten König Wilhelm sei schon der Krieg mit Oesterreich sehr schwer geworden, er hätte mit 73 Jahren auch keine Kriegslust gegen Frankreich gehabt, und doch seien diese Kriege für die Herstellung der Einheit unentbehrlich und im Innern für den Anfang etwas Diktatur unvermeidlich gewesen, denn wenn man Eierkuchen backe, müsse man Eier zerschlagen, und das gehe nicht ohne Verstimmung ab. Er habe nun sehr viele Eier zu zerschlagen gehabt, darum seien ihm seine Gegner auch treu geblieben, und es würde ihn beunruhigen, wenn er in seiner bürgerlichen Ruhe Zustimmung und Schutz von den Leuten fände, gegen die er als Kanzler stets den schwersten Kampf zu führen gehabt. „Daß diese mich heute noch hassen, ist mir eine Befriedigung.“ Dann kam der Fürst auf die auswärtige und die innere Politik zu reden. „Wir Deutschen in der Mitte Europas müssen mehr zusammenhalten als alle anderen Nationen. Wir müssen eins sein, wenn wir nicht verloren sein wollen. In der inneren Politik werde das den Deutschen schwer werden, aber er ermahne alle, denen an der Festigung des großen Werks liegt, „dazu beizutragen, daß die Gegensätze zwischen den reichstreuen Fraktionen sich verflachen, damit der Reichstag der Brennpunkt der deutschen Einheit und auf der ihm zugedachten Höhe erhalten bleibe.“ Dann bemerkte der Fürst, er könne sich von der Politik, die er 40 Jahre getrieben, nicht lossagen. „Wenn man mir auch den Mund verbieten will, ich werde ihn nicht halten.“ Zum Schluß brachte der Fürst ein Hoch „auf Kaiser und Reich, aber auf das Reich in seiner Gesamtheit, die deutschen Fürsten und die freien Städte, den Reichstag mit inbegriffen.“

Diese Rede wurde in der politischen Presse aller Parteien sehr lebhaft besprochen. Aus den Reihen der Gemäßigten vernahm man den Hinweis, daß nunmehr für alle klargestellt sei, der Fürst treibe nicht Opposition, daß vielmehr durch diese Rede ein fester und großer Zug einender und staatserkhaltender Politik gehe. Andererseits

wollten viele dem Fürsten gegnerische Blätter nichts hiervon anerkennen. Die Berliner „Germania“ z. B. sagte, 7000 Köppler hätten dem geschwägigen Alten Gelegenheit zu einem neuen galligen Erguß geboten und er habe sie durch gehöriges Wetter und Schimpfen weiblich ausgenutzt. Französische Blätter sahen in der Rede das Geständnis, daß Deutschland 1870 den Krieg gewollt habe, und als englische Blätter den Fürsten heftig angriffen, wiesen die „Hamb. Nachrichten“ darauf hin, man habe in England die Empfindung, daß der Fürst der entschiedenste Gegner einer Politik sei, welche die deutsche Armee den englischen Machtbestrebungen zur Verfügung gestellt wissen wolle.

Nach Beendigung seiner Kur in Kissingen setzte Fürst Bismarck am 30. Juli die Heimreise fort, wurde auf den Bahnhöfen zu Meiningen und Weimar von zahlreichen Verehrern aufs lebhafteste begrüßt und traf, seiner Zusage zufolge, gegen Abend in Jena ein. Am Bahnhof erwarteten ihn viele Tausende, die während des Tags aus ganz Thüringen herbeigeströmt waren. Der Fürst erschien grüßend am Fenster seines Wagens, und in demselben Augenblick stürzte prasselnd ein Wolkenbruch nieder. Im Bahnhofgebäude hielt Professor Krieger die erste Ansprache. Er dankte für die Ehre, die Jena zu teil werde, und betonte, es thue dem Thüringer Gemüt besonders wohl, daß der Fürst hier als Familienoberhaupt erscheine. Währenddem war das Gebäude von hochrufenden, singenden Menschen ganz erfüllt und draußen standen, des noch immer strömenden Regens nicht achtend, ungezählte Massen. Der Lärm brach immer aufs neue in die Willkommensrede des Oberkirchenrats Lipsius. Er wies darauf hin, daß es Jena gewesen, wo die Sehnsucht nach der alten Kaiserherrlichkeit ihren ersten, wenn auch noch unreifen Ausdruck gefunden habe. Mit den Ehren für seinen großen Mann wolle das deutsche Volk Ernst machen. Die Huldigung komme aus gut monarchischem Herzen. Der Fürst antwortete, es sei für ihn ein erhebendes Gefühl, diesen Ausdruck nationalen Dankes auf klassischem Boden zu empfangen; Jena habe stets den nationalen Gedanken gepflegt wie ganz Thüringen, trotz seiner Zersplitterung in verschiedene Gebiete, die gerade ein Zeichen unverwüsthlicher deutscher Volkskraft sei. Sehr erfreulich sei es, daß die Vorsehung es so gefügt habe, daß in Deutschland eine Anzahl Stätten existieren, die mit

Erfolg thätig sind, Bildung zu verbreiten und ihre urdeutschen Eigenschaften zu bewahren. Nun erfolgte die Abfahrt nach dem Gasthof zum Bären. Die Volksmassen umdrängten den Wagen derart, daß nur langsam vorwärts zu kommen war. Im Bären wurde der Fürst vom Prorektor Brockhaus namens der Universität empfangen. Deren Lehrer wollten ihre Verehrung und Dankbarkeit aussprechen. „In begeisterter Bewunderung blicken wir zu dem Manne auf, der das Riesenwerk der Einigung Deutschlands vollbracht hat.“ An dieser Universität habe der patriotische Gedanke niemals geschlummert. „Sie sehen vor sich ein Volk voll begeisterter Erinnerungen an Ihre weltgeschichtliche Wirksamkeit; wir aber sehen in wahrer Freude Euer Durchlaucht heute vor uns in voller Kraft, ungebrochen durch die Arbeit zweier Menschenalter voll schweren Kampfes und ruhmreichen Sieges. In dem Hause, in dem einst der reformator ecclesiae gewohnt, dürfen wir heute den reformator Germaniae begrüßen, die Jahrhunderte reichen sich die Hände und die leuchtende Fackel der Vaterlandsliebe, die vor drei Jahrhunderten ein Deutscher entzündete, ist unverlösch in die Hand des Deutschen übergegangen, dem wir heute die Versicherung unserer treuen Verehrung darbringen.“ Der Fürst antwortete in längerer Rede. Er sei der Erbe des Verdienstes seiner Mitarbeiter geworden, weil sie vor ihm gestorben seien, in erster Linie der des Kaisers Wilhelm I, „der nicht für den deutsch-nationalen Gedanken erzogen und nicht in diesem aufgewachsen war, den aber das angeborene deutsche Gefühl nie verlassen hat und dem man allmählich und langsam den Weg zeigen durfte, den er zu gehen hatte, um zu der Stelle zu gelangen, in der er gestorben ist und gegen deren Annahme er sich in seiner Bescheidenheit lange gewehrt hat, obschon er das Ziel wollte, das erreicht worden ist. Ich habe Mühe gehabt,“ fuhr der Fürst fort, „meinem alten Herrn klar zu machen, welcher Zauber in dem Titel des Kaisers liegt, in der ganzen Repräsentation des Kaisertums und der historischen Beziehung, die im deutschen Geiste mit dem Kaisertitel und der Stellung des Kaisers verbunden war. Es ist mir gelungen, ihn davon zu überzeugen. Dieses Arbeiten hinter den Kulissen, sozusagen, ist schwieriger für mich gewesen und die Diplomatie im eigenen Hause ist fast komplizierter für mich gewesen, als die mit dem Auslande, demgegenüber ich von Haus aus wußte,

was ich zu thun hatte. Ich kann in dem ganzen Gange, den uns Gottes Vorsehung geführt hat, doch nur eine besondere Vorherbestimmung erkennen. Selbst die Schlacht, die für ein preußisches Herz mit dem Namen Jena schmerzliche Erinnerungen weckt, war notwendig, wenn die geistige Reaktion in Preußen erfolgen sollte, wenn das in Preußen überhaupt möglich sein sollte, was ich erstrebte, das heißt ein königlich preußisches Heer in den Dienst der nationalen Idee zu stellen. Das alte fridericianische Heer wäre schwerlich ein Pfleger des heutigen verfassungsmäßigen und nationalen Staatslebens gewesen.“ Ohne Frankreich geschlagen zu haben, hätten wir nie ein Deutsches Reich errichten können. Diese ganze Entwicklung müsse man aber nicht seiner vorausberechnenden Geschicklichkeit zuschreiben. Die Geschichte könne man überhaupt nicht machen, aber man könne immer aus ihr lernen. Er nehme nur das Verdienst in Anspruch, die Politik eines großen Staats seiner historischen Bestimmung gemäß geleitet zu haben. Dazu gehöre Vorurteilsfreiheit, Bescheidenheit und Verzicht auf eigene Überhebung. „Ich bin von früh auf Jäger und Fischer gewesen, und das Abwarten des rechten Augenblicks ist in beiden Fällen die Regel gewesen, die ich auf die Politik übertragen habe.“ Stets habe er in strenger Selbstprüfung nachgedacht, was er zu thun habe, um dem Vaterlande und dem König nützlich zu dienen. Das sei nicht immer dasselbe gewesen, denn Politik an sich sei eben keine Logik, sondern die Fähigkeit, in jedem wechselnden Augenblick der Lage das am wenigsten Schädliche oder das Zweckmäßige zu wählen. Das sei ihm in den meisten Fällen gelungen. Seine Ansichten über die Zweckmäßigkeit dessen, was wir zu thun haben, seien noch dieselben wie früher, und er sehe nicht ein, warum er sie nicht aussprechen solle. Verständigung sei im Verfassungsstaate nötig, sonst verfalle man dem Regimente der Bureaokratie. „Es ist das ein gefährliches Experiment, heutzutage im Centrum von Europa absolutistischen Velleitäten zuzustreben, mögen sie priesterlich unterstützt sein oder nicht. Ich bin nie ein Absolutist gewesen und werde es am allerwenigsten auf meine alten Tage werden. Was wir für die Zukunft erstreben müssen, ist eine Kräftigung der politischen Überzeugung in der öffentlichen Meinung und im Parlament.“ Dazu sei nötig, daß die Meinung des Volks im Parlament einheitlicher werde. Treten der Regierung verschiedene Meinungen gegenüber, so könne

von keiner parlamentarischen Beeinflussung und Verfassung mehr die Rede sein. Nach diesen Reden folgte die durch Regen gestörte Höhenbeleuchtung. An dem steilen Abhang des Kernbergs standen in Flammenschrift mit 50 Fuß hohen Lettern die Worte „Hoch Bismarck!“ Am folgenden Tage fand eine großartige Feier auf dem Marktplatz von Jena statt. Alle Häuser, voran das Haus der Burschenschaft „Germania“ und das altehrwürdige Rathhaus waren glänzend geschmückt, alle Fenster bis in die obersten Stockwerke hinauf dicht besetzt. Auf dem Marktplatz selbst ein ungeheures Gewoge von Menschen, denn es sollte dem Fürsten zu Ehren ein studentischer Frühshoppen in aller Form veranstaltet werden, aber so, daß Bürger und Studenten gemischt unter einander saßen, jedoch jede studentische Verbindung wieder für sich an ihrem besonderen Tisch. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr erschien der Fürst mit seiner Familie in einem erhöhten Zelte, vor dem 17 Studierende aus den verschiedenen Korporationen in vollem Wachs standen. Nachdem der Jubel der Versammelten sich gelegt hatte, ergriff der Bürgermeister von Jena das Wort zu einer schwungvollen Ansprache. Dann begrüßte ihn ein Student namens der gesamten Studentenschaft und kommandierte einen donnernden Salamander auf Bismarck, indes die Musik einen Tusch blies. Hiernach folgte noch eine Ansprache des Bürgermeisters von Erfurt namens aller von auswärts aus Thüringen Erschienenen.

In einer längeren Erwiderungsrede knüpfte der Fürst an seinen Dank eine Schilderung seiner früheren Beziehungen zu Thüringen in Verbindung mit einer Berührung der hauptsächlichsten Entwicklungsstufen der deutschen Einheit. Darin erwähnte er: „Wenn Jena nicht gewesen wäre, wäre vielleicht Sedan auch nicht gewesen;“ im Jahre 1848 habe der Kampf gegen die eigenen Landsleute in den Berliner Straßen gegen die Farben, die er als Offizier mit Stolz getragen, einen erbitterten Rückschlag auf seine Gefühle geübt; auch im Erfurter Parlament sei die Frucht der Einheit noch nicht reif gewesen; solange wir im Dualismus mit Oesterreich lebten, hätte dessen Entwicklung doch höchstens zu einer Trennung zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands führen können, deshalb sei „der Bruderkrieg von 1866 ganz unvermeidlich“ gewesen; wir hätten aber keine unveröhnliche Stimmung bei Oesterreich hinterlassen, wären mit ihm vielmehr in Beziehungen gekommen, wie sie 1848 erstrebt

wurden. „Man muß also nur dem lieben Gott Zeit lassen, seine Deutsche Nation durch die Wüste zu führen und die Ankunft in dem gelobten Lande, in dem wir uns zu befinden glauben, abwarten.“ Es gehöre ferner zu der göttlichen Führung des deutschen Volks, daß zur Zeit, als der Krieg mit Frankreich notwendig geworden, „zollpolitische Zufälle, die niemand voraussehen konnte, den engen Zusammenhang zwischen Österreich und Rußland, der uns zur Zeit von Olmütz gegenüberstand, in einer Weise sprengten, daß wir diese Trennung für unsere nationalen Zwecke politisch benutzen konnten.“ Im Innern hätten wir unsere ganze Aufmerksamkeit der Befestigung der Reichseinrichtungen zugewendet; diese Aufgabe könne nur dann fertig werden, wenn wir ein starkes Parlament als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls haben. Ohne einen Reichstag mit konstanter Mehrheit sei er in Sorge für die Dauer und Festigkeit unserer nationalen Einrichtungen. Wenn wir bestehen wollten, könnten wir nur nationale Politik treiben, hierzu sei aber eine Volksvertretung nötig, die in erster Linie die Bedürfnisse der Nation berücksichtige. „Wir können nicht regiert werden unter der Leitung einer Fraktion, am allerwenigsten unter der des Zentrums,“ das für unsere nationalen Ziele gefährlicher sei, als wenn ein päpstlicher Nuntius in Berlin die katholischen Fragen vermittele. Die Zentrumspartei sei gefährlich in nationalen Fragen. Sie brücke uns alles ab, was wir im Osten unserer Grenzen germanisch angebaut; aber lernen könnten wir von ihr die Aufopferung aller Nebenzwecke. „Könnten wir nicht eine ähnliche dominierende Überzeugung über alle Parteiregierung hinaus bei uns festhalten?“ Als ein Unglück betrachte er es, wenn die Regierung ihre Tendenz hauptsächlich darauf zuspize, dem Zentrum zu gefallen. Er sei eingeschworen auf die weltliche Leitung eines evangelischen Kaisertums und wenn man ihm vorwerfe, antimonarchische Politik zu treiben, so erinnere er an Götz von Berlichingen, der bei aller Anhänglichkeit an den Kaiser von der Weisheit der Maßregeln seiner Kommissare nicht überzeugt war. Nachdem der Fürst geendet, trank er ein ihm gereichtes Glas Bier und nun begann der Festkommers, bei dem unter Musikbegleitung die drei Lieder gesungen wurden: „Sind wir vereint zur guten Stunde,“ „Und in Venedig lebt sich bene,“ endlich „Frei und unerschütterlich wachsen unsre Eichen.“ Dann begab sich

der Fürst in die Mitte der an den Tischen sitzenden und in den Zwischengängen dicht gedrängt stehenden Volksmenge und durchschritt unter Vorantritt der studentischen Chargierten langsam die Reihen, da und dort einen Augenblick stehen bleibend und eine Frage an einen der Versammelten richtend. Um 3 Uhr fuhr der Fürst zum Bahnhof. Den ganzen Weg entlang stand die Schuljugend in Spalier, deren Hoch den Fürsten sichtlich ergriff. Auf dem Bahnhof wandte er sich noch einmal an die Menge mit dem Wort: „Vergessen Sie mich nicht!“ „Niemals, Niemals!“ tönte es ihm aus tausend Kehlen entgegen. Der Empfang auf den Bahnhöfen in Erfurt, Halle, Magdeburg und Stendal entsprach an Großartigkeit ganz den vorhergehenden Begrüßungen. Am Abend des 31. Juli langte der Fürst auf seiner Besitzung Schönhausen an.

Die Reise des Fürsten in ihrer Gesamtheit bildete unstreitig ein wichtiges politisches Moment in der inneren Entwicklung und übte einen belebenden Einfluß auf die gemäßigten Parteien. Die von ihm angeschlagenen Töne klangen noch längere Zeit in der Presse wieder. Das Organ der nationalliberalen Partei hob hervor, daß mit dieser Reise „eine der merkwürdigsten Episoden in der zeitgenössischen deutschen Geschichte“ zu Ende gehe; „die Wucht begeisterter Kundgebungen, die ihm allerwärts in Mittel- und Süddeutschland entgegengebracht, hat schließlich auch den Gegnern Achtung eingeflößt, sofern sie nicht, wie Ultramontane und Demokraten, von giftigem Haß gegen diesen Mann beherrscht sind;“ es sei bemerkenswert, daß die Freude am Vaterland, der Stolz über das Errungene und der Dank an den letzten großen Mitarbeiter gerade in Staaten am mächtigsten zum Ausbruch komme, mit deren Bekämpfung das nationale Werk Bismarcks seinen Anfang nahm. Nationalliberale und freikonservative Blätter wiesen eindringlich auf eine Befolgung von Bismarcks Mahnungen bezüglich der Parteienbildung hin. Von den dem Fürsten gegnerischen Blättern erkannte vor allen die „Kreuzzeitung“ die Bedeutung der ihm zuteil gewordenen Kundgebungen an, sogar mit dem Zusatz, nur blinder Haß könne dies leugnen. Von den freisinnigen Gegnern des Fürsten war es besonders die Zeitschrift „Nation“, welche die Ovationen „politisch äußerst niedrig einschätzen“ wollte; sie glaubte nämlich in des Fürsten „Popularitätstournee der letzten Wochen“ einen neuen, nur kräftigeren Versuch einer

Ausöhnung mit dem Kaiser zu erblicken. Und die „Germania“ sagte: „Dynastie Hohenzollern — Dynastie Bismarck lautet der Gegensatz. Ein Teil der Mittelparteien steht im Lager des Frondeurs Bismarck bei dem Rachezuge gegen den Monarchen.“

In Schönhausen blieb der Fürst nur wenige Tage. Wie gewöhnlich im Herbst, trat er am 6. August die Reise nach Barzin an. Sie führte ihn wieder über Berlin, denn „es giebt keinen anderen Weg nach Küßnacht,“ wie der Fürst gelegentlich sagte. Es war, als ob man diesmal auch an Orten, die er schon oft passiert, hinter den Kundgebungen des Südens nicht zurückbleiben wollte. So kam es in Spandau zu einem größeren Empfang. Der auf dem Stettiner Bahnhof zu Berlin blieb an Lebhaftigkeit gegen die früheren nicht zurück. Es kam hier wieder zu kleinen Ansprachen und humorvollem Zwiegespräch zwischen dem Fürsten und dem Publikum. Dabei äußerte er, daß er gegen Angriffe der Presse abgehärtet sei, die Druckschwärze bei ihm nicht mehr durchgehe und daß er jetzt mit Vorliebe die ihn kritisierenden Artikel lese; gern würde er sich mal wieder in Berlin aufhalten, wenn er nur sicher wäre, ohne ein Gefolge in Kompaniestärke, wie es bei Wrangel der Fall gewesen, über die Strafe gehen zu können. Auch in mehreren Orten Pommerns fanden diesmal größere Huldigungen statt. Am 7. August traf der Fürst in Barzin ein.

Unter den Nachklängen der Huldigungen vernahm man einen Mißton, indem die „Hamburger Nachrichten“ trotz halbamtlicher Ablehnung dabei blieben, von Berlin aus sei auf die weimarische Regierung „ein starker diplomatischer Druck geübt, um die Beteiligung der Bevölkerung an der Begrüßung des Fürsten abzumindern.“ Ein Blatt an der Saar äußerte, die Reden des Fürsten auf seiner Reise hätten dazu beigetragen, die Unzufriedenheit der radikalen Parteien in erhöhtem Maße in die Reihen der bisher gut monarchisch gesinnten Parteien hineinzutragen, die bedeutendsten Organe dieser Parteien erkannten jedoch rückhaltslos die Bedeutung sowohl jener Kundgebungen als auch der Reden und Aussprüche des Fürsten an; ihre Einwirkungen auf das Parteileben konnten sich freilich erst später zeigen: was während der politischen Stille des Sommers in den Parteien gärte, konnte frühestens im Herbst Gestalt gewinnen, in der Zeit, für welche der Wiederzusammentritt der Parlamente zu

großen Fragen sowie eine neue Abmessung der Kräfte der beiden großen Haupt-Parteilager schien erwartet werden zu müssen.

Der Kaiser zeigte sich im Frühjahr wieder mit großer Lebhaftigkeit um die verschiedensten öffentlichen Angelegenheiten bekümmert. Große Beachtung widmete er den am 25. Februar ausgebrochenen Unruhen sozialdemokratischer Arbeiter zu Berlin. Große Trupps beschäftigungsloser Arbeiter zerstörten im Frankfurter und Köpnicer Stadtteile mehrere Bäcker- und Fleischläden, zertrümmerten auch sonstige Schaufenster und raubten die dort ausgelegten Waren. Am 26. Februar durchzogen solche Trupps auch die vornehmsten Straßen der Hauptstadt unter dem Gesange aufrührerischer Lieder und kamen mehrfach in Streit mit Schutzleuten. Während ein Teil der Berliner Bevölkerung sich sehr bestürzt hierüber zeigte, unternahm der Kaiser am 26. einen Ausritt durch Straßen, die von wildbewegten Massen erfüllt waren, um durch eigene Anschauung den Charakter dieser bemitleidenswerten Leute kennen zu lernen. Dies soll tiefen Eindruck auf die Arbeiter gemacht haben und der „Reichsanzeiger“ meldete am 1. März, dem Kaiser seien mehrfache Kundgebungen aus Arbeiterkreisen zugegangen, in welchen dem Bedauern über jene Vorgänge sowie der treuesten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zum Monarchen Ausdruck gegeben sei. Der Aufenthalt, den der Kaiser auf ärztlichen Rat wegen Unpäßlichkeit in Schloß Hubertusstock nahm, dauerte vom 19. bis 26. März. Er ließ sich daher am 22. März bei der Grundsteinlegung zur Heilandskirche in Moabit bei Berlin durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Zurückgekehrt, erhielt der Kaiser einen seltenen Besuch: es war Fürst Heinrich XXII. von Reuß älterer Linie, der sich seit der Neuordnung der deutschen Verhältnisse Preußen nicht genähert hatte. Jetzt schien endlich eine Umstimmung erfolgt zu sein, möglicherweise infolge der Wendung der Welfensfondsfrage, und nun benutzte er den Tag, an dem er der heimischen Feier seines 25jährigen Regierungsjubiläums, der zugleich sein 46. Geburtstag war, zu entgehen wünschte, den 30. März, zu dieser Annäherung. Daran schloß sich am 6. April der Besuch des 72jährigen erblindeten Großherzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz. Am 9. April sehen wir den Kaiser bei der feierlichen Grundsteinlegung der Kaiserne für die Leibschwadron der Gardes du Corps in Potsdam.

In einer Ansprache erinnerte er die Versammelten an die bewährten Grundsätze des Gehorjams und der Treue sowie an das Wort aus der Zeit Friedrichs des Großen: „Es ist nie eine Schlacht verloren zu geben, in der nicht das Regiment der Gardes du Corps attackiert hat.“ Nach einer Erholung durch Jagd im meiningenschen Forstreviere Wafungen und einem kurzen Aufenthalte auf der Wartburg stattete er am 24. April dem bekannten Großindustriellen Freiherrn von Stumm auf Schloß Halberg bei St. Johann an der Saar einen Besuch ab, um auch hier selbst einen Einblick in die Verhältnisse der Arbeiter zu thun. Seiner Befriedigung über die gewonnenen Eindrücke gab er folgenden Tags in Neunkirchen Ausdruck bei der Prämienverteilung an 125 Arbeiter mit 25jähriger Dienstzeit. Die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und =Nehmern im Saargebiete seien, wie er sich persönlich überzeugt habe, die denkbar besten und es sei sein sehnlichster Wunsch, daß derartige segensreiche Verhältnisse überall in der deutschen Industrie herrschen möchten.

Schon am 21. April, als er noch in Thüringen sich aufhielt, hatte den Kaiser die Nachricht vom Ableben des ältesten Mitglieds seiner Familie, der 89jährigen Großherzogin=Mutter Alexandrine von Mecklenburg=Schwerin erreicht. Obwohl seit 1822 durch die Vermählung mit dem nachmaligen Großherzog Paul Friedrich ihrem engeren Vaterlande entrückt, hatte diese edle Frau doch stets dem preußischen Volke und allen Gliedern der hohenzollernschen Familie nahe gestanden, namentlich mit inniger Liebe ihrem Bruder, dem alten Kaiser Wilhelm angehangen. 50 Jahre hatte sie im Witwenstande gelebt und ihren Sohn, den Großherzog Friedrich Franz II schon vor 11 Jahren sterben sehen. Der Kaiser traf, nach einem kurzen Besuche beim Grafen Görz zu Schlit, in Schwerin ein und nahm am 27. April an der Beisetzung der Großherzogin teil. Hinter dem mit acht Pferden bespannten Leichenwagen schritten zunächst die vier Enkel der Verstorbenen, dann der Kaiser mit dem Großfürsten Wladimir, dem Prinz=Regenten von Braunschweig, dem Großherzoge von Mecklenburg=Strelitz, dem Herzoge von Altenburg und vielen anderen Fürstlichkeiten; der regierende Großherzog war durch Leiden verhindert, seinen Aufenthalt in Südfrankreich zu unterbrechen. Die Großherzogin=Witwe Marie wurde vom Kaiser zur Begräbnisstätte, der Heiligenbluts=Kapelle im Schweriner Dome geleitet.

Folgenden Tags war der Kaiser bei Schießversuchen in der Gegend von Meppen in Ostfriesland anwesend. Sie bezogen sich auf die neuesten Konstruktionen im Bereiche der Schiffs- und Küstenartillerie. Von hier fuhr er weiter nach Wilhelmshaven, wie wenn es ihn zum Meere hinzöge, wenn er es mal einige Zeit nicht gesehen. Mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, schiffte er sich hier auf dem „Beowulf“ ein und stattete der Insel Helgoland wieder einen Besuch ab. Zu weiterem Ausfluge war jetzt keine Zeit; der Kaiser landete schon am 30. April in Nordenham und traf, nach einem Besuche am Hofe zu Oldenburg, an demselben Tage im Neuen Palais bei Potsdam ein, wohin inzwischen seine Familie übergesiedelt war. Am Jahrestage der Schlacht von Großgörschen, den 2. Mai, besichtigte er die ersten Bataillone des ersten Garderegiments z. F., das sich in der Schlacht ausgezeichnet hatte. Sie hatten unter Oberst v. Nagmer auf dem Bornstedter Felde bei Potsdam Aufstellung genommen. Nach Schluß der Gefechtsübungen führte der Kaiser das Regiment in die Stadt. Dann besuchte er mit seinen beiden ältesten Söhnen ein Konzert zum Besten des Kyffhäuser-Denkmal's im Zirkus Renz zu Berlin. Am frühen Morgen des 5. Mai sah man den jungen Kronprinzen, wie er in der Uniform des ersten Garderegiments z. F. mit dessen Leibkompanie im Potsdamer Lustgarten Parademarsch übte. Seine feierliche Einstellung als Sekondleutnant in das Regiment fand am 6. Mai mittags 12 Uhr statt. Der Kaiser begab sich mit dem Kronprinzen und den drei ältesten Söhnen des Prinz-Regenten Albrecht vom Stadtschlosse durch den Lustgarten nach dem offenen Viereck, wo das erste Garderegiment aufgestellt war. Hier hielt er eine kurze Ansprache, in der er an den Gebrauch des Hohenzollern'schen Hauses erinnerte, wonach die Prinzen desselben mit dem 10. Lebensjahre in die Reihen der Armee eintreten, und mit Dank der Zeit gedachte, wo er selbst unter den Augen seines Großvaters in das Regiment eingetreten sei. Hierauf traten der Kronprinz und die drei ältesten Söhne des Prinz-Regenten Albrecht in die Front des Regiments ein. Der Kommandeur des ersten Garderegiments, Oberst v. Nagmer, dankte und brachte ein dreifaches Hoch auf den Kaiser aus. Dieser kommandierte sodann Parademarsch in Zügen, setzte sich an die Spitze des Regiments und führte es der Kaiserlichen Gemahlin vor, neben der die

jüngeren kaiserlichen Prinzen sich am Fenster befanden. Der Kronprinz kam als schließender Offizier des ersten Zuges vorbei. Es war für ihn nicht leicht, mit den Riesenschritten der Grenadiere gleichen Schritt zu halten. Eine zeitlang ging es bei ihm im Lauffschritt, dann mit ein paar Sprüngen, aber den Takt hat er immer gehalten. In die Front des Regiments war auch der junge Großherzog Ernst Ludwig von Hessen=Darmstadt eingetreten, der Tags zuvor feierlich eingeholt war. Er hatte noch im vorigen Herbst als Leutnant dieses Regiments in Potsdam geweilt, jetzt war er plötzlich zur Regierung Hessens berufen. Nach dem Parademarsche versammelte der Kaiser das gesamte Offizierkorps des ersten Garderegiments sowie die auswärtigen Militärattachés um sich und stellte ihnen den Kronprinzen vor, welcher jedem einzelnen Offizier die Hand reichte. Nachmittags 1 $\frac{1}{4}$ Uhr fand im Marmorsaale des Stadtschlosses eine größere Festtafel statt, bei welcher der Kaiser auf das Wohl des Kronprinzen einen Trinkspruch ausbrachte.

Die nächsten Tage brachten die feierliche Grundsteinlegung von wiederum drei Kirchen in und bei Berlin; der der Auferstehungskirche wohnte der Kaiser selbst bei, bei der der Samariterkirche in Berlin am 7. Mai und der Apostel Pauluskirche in Schöneberg am 10. Mai ließ er sich durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Nachdem er bei Alt-Madlitz im Kreise Lebus und bei Hohen=Finow im Kreise Ober-Barnim Pürschjagden gehalten hatte, begab er sich am 13. Mai mit der Kaiserin und in Begleitung der Minister Herrfurth, v. Heyden, v. Kaltenborn, sowie des Staatssekretärs v. Malzahn auf die Reise nach den Hauptstädten von Pommern und Westpreußen, die diesmal an der Reihe waren, den amtlichen Frühjahrsbesuch mit großem Gepränge zu erhalten. Um 5 Uhr nachmittags traf der Hofzug in Stettin ein, wo am Bahnhofe großer militärischer Empfang stattfand; dann begaben sich die Majestäten durch die von der Stadt hergerichtete, prächtig geschmückte Feststraße unter unausgesetzten jubelnden Zurufen der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung nach dem Schlosse. In der Feststraße bildeten 60 aus Stettin und Umgegend aufgestellte Kriegervereine mit Fahnen, sämtliche Innungen, Gewerke mit ihren Abzeichen, Schüler und Schülerinnen sämtlicher Lehranstalten Spalier. Auf dem Denkmalsplatze, wo ein sandsteinartiger Obelisk erbaut war, hatten Mitglieder der städtischen Verwaltung Aufstellung genommen.

Oberbürgermeister Haken hielt hier eine Begrüßungsansprache. Am Abend besuchte das Kaiserpaar die von der Stadt angebotene Vorstellung im Stadttheater. Am folgenden Vormittage fand große Parade der Garnison auf dem Exercierplatze zu Kreckow statt. Während der Kaiser die Fronten abritt, hielt der Wagen der Kaiserin nahe bei dem Denkstein, der zur Erinnerung an „die letzte Heerschau“ Kaiser Wilhelms I gesetzt ist. Nach der Parade begleitete der Kaiser die Fahnenkompanie zum Schloß und begab sich dann in das neue Offizierkasino des Königsregiments. Die Ansprache des Obersten v. Frankenberg erwiderte der Kaiser mit einem Hoch auf das Offizierkorps des Regiments, welches dem Wahlspruch König Friedrich Wilhelms IV. getreu bleiben möge: „Das zweite Regiment, niemals das zweite an Ruhm und Ehre.“ Er ließ sodann dem Offizierkorps sein überlebensgroßes Bild in der Oberstenuniform des Regiments überreichen. Dann begab sich der Kaiser mittelst des Dampfers „Neptun“ in Begleitung des Kriegsministers nachmittags von Braeunlichs Rhederei nach Bredow und besichtigte den in Arbeit auf Stapel liegenden Aviso. Hieran schloß sich abends das von der Provinz veranstaltete Festmahl im Gebäude der Generallandschaft. Es waren 200 Personen geladen, darunter eine Anzahl vornehmer Damen. Auf den von Herrn v. Köller, den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, ausgebrachten Toast erwiderte der Kaiser: „Ich spreche Ihnen Meinen und der Kaiserin Dank aus für die freundlichen Worte. Bei unserem Aufenthalte in Stettin tritt vor das zurücksehende Auge die Zeit, wo Mein hochseliger Vater noch am Leben war. Die ältesten Erinnerungen Meiner Kindheit datieren aus der Zeit, wo wir hier im General-Kommando bei Meinem Vater einquartiert waren, wenn wir zum Sommer in die Ostseebäder reisten. Die alte Liebe und die Anhänglichkeit, die Meinem Vater mit dem zweiten Korps und mit Pommern verband, ist Uns in früher Zeit eingepflanzt worden. Wenn nicht das Schicksal eingegriffen hätte, wäre Ich sein Nachfolger geworden. Ich hoffte an der Spitze der Söhne Pommerns dereinst als Statthalter in die Fußstapfen Meines hochseligen Vaters, in nähere Beziehungen zu der Provinz und ihren Bewohnern, zu ihrem Leben und Wirken zu treten. Die Fügung hat es anders gewollt. Umso mehr ist es Mir eine Herzensfreude, daß Ich am heutigen Tage in Ihrer Mitte weilen kann. Das

pommersche Gelöbniß, das Ich soeben gehört, nehme Ich dankend an, von der festen Überzeugung befeelt, daß die Treue Pommerns zu Mir und Meinem Hause dieselbe bleiben wird, wie bei Meinen Vorfahren. Auch Ich werde Mich bestreben, in arbeitsfahem Leben, wie es Meine Vorfahren geführt, für Pommern zu sorgen, soweit es in Meinen Kräften steht. Ich spreche den Wunsch aus, daß es Mir gelingen möge, die Provinz vorwärts zu bringen. Ich schließe mit dem Dichterwort, das einst bei einem lebenden Bild bei Meiner Hochzeit gesprochen: Der rote Greif hat sich gegen den roten Adler tapfer gewehrt! Es ist Meinen Vorfahren schwer geworden, das harte Land der Pommern zu erwerben, seitdem aber sind sie seit Jahrhunderten Freunde. Ich kann wohl mit dem Dichter sprechen: „Brandenburg und Pommern trennt kein Teufel nicht.“ Ich erhebe Mein Glas auf die braven Söhne Pommerns! Die Provinz lebe hoch!“

Am folgenden Tage, den 15. Mai vormittags 10 Uhr, wohnten der Kaiser und seine Gemahlin noch einem feierlichen Feldgottesdienste auf dem Kasernenhofe des 1. pommerschen Feldartillerieregiments Nr. 2 bei, dann reiste die Kaiserin nach Potsdam zurück, während der Kaiser mit den Ministern sich nach Danzig begab. Er stieg bereits bei der Schichauschen Werft aus, wo er die in Bau begriffene Kreuzerforvette besichtigte, und fuhr dann in einer Barkasse nach der vor der kaiserlichen Werft liegenden „Hohenzollern“. Diese Nacht verließ er am 16. Mai vormittags und fuhr unter dem Geläute aller Glocken auf dem festlich geschmückten Dampfer „Gottlieb Hagen“ in die Stadt ein. Die Danziger Gewerke bildeten auf beiden Seiten der reich besagten Wasserstraße Spalier. An der Landungsstelle vor dem Langen Markt hatte das Offiziercorps der Garnison Aufstellung genommen, an deren Spitze der Kriegsminister. Am Artushofe empfingen der Ministerpräsident Graf Culenburg, der Oberpräsident v. Gofler, die Spitzen der Zivilbehörden und die städtischen Behörden den Kaiser, der in der Uniform des Leibhusarenregiments unter dem Hurrah der Bevölkerung erschien. Der neue Oberbürgermeister Baumbach begrüßte ihn und überreichte den Ehrentrunk der Stadt, in 1857er Steinberger Kabinett bestehend, in goldenem Pokal, der bei gleichem Anlasse den drei letzten Königen kredenzet worden war. Der Kaiser trank, für den freundlichen Empfang dankend, auf

das Wohlergehen der Stadt Danzig, die stets blühen und ihm gleiche Treue, wie seinen Vorfahren, bewahren möge. Alsdann folgte die Besichtigung des Rathauses, wo junge Damen im Namen des Danziger Rates einen Strauß überreichten, sowie die Besichtigung der Marienkirche, wo der Kaiser mit Festgesang begrüßt wurde. Der dortigen Geistlichkeit theilte er mit, daß er die Absicht habe, diesen stattlichen Dom, ebenso wie dies Friedrich Wilhelm IV. gethan, durch ein farbiges Glasfenster schmücken zu lassen. Von der Kirche begab er sich nach der Kaserne des 1. Leibhufarenregiments, wo beim Offizierkorps das Frühstück eingenommen wurde. Auf das Hoch des Obersten v. Geldern sprach der Monarch seinen Dank aus und er verlieh dem Regimente die Führung eines weißen Todtenkopfes auf schwarzem Grunde als Lanzenflagge. Ein besonders lebhaftes Bild bot sodann das Festmahl der Provinz im Landeshause, wo die Vertreter und vornehmsten Männer Westpreußens an vier Tafeln versammelt waren. Der Vorsitzende des Provinziallandtags, v. Graf-Klanin brachte, neben einem Rückblick auf die Geschichte der Provinz, in schwungvollen Worten einen patriotisch gehaltenen Toast aus. In seiner Antwort gab der Kaiser, wie in Stettin, seinen Gefühlen der Erinnerung an die Feste Ausdruck, die sein Großvater und sein Vater hier gefeiert, und wie er unter des letztern Leitung die Stadt, ihre künstlerischen Schätze und geschichtlichen Denkmäler kennen gelernt habe. Dann fuhr er fort: „Ich habe das feste Vertrauen, daß dieses kernige Volk der Westpreußen, das schon so viel für Mein Haus und Mein Land gethan, welches die hervorragenden Eigenschaften des Fleißes und der Arbeitsamkeit, der Hingabe bis auf das Äußerste besitzt, dessen Söhne mit Freuden in jener Schaar der Auserwählten stehen, die stahlbewährt den Todtenkopf am Haupte führen, daß die Söhne dieses Landes in Geduld sich darin ergeben, was uns der Himmel schickt, und vertrauend erwarten, was mit Gottes Hilfe im Laufe arbeitamer Jahre für sie zu thun Mir gelingen wird.“ Nach der Parade der Garnison am folgenden Vormittage, den 17. Mai, sprach sich der Kaiser bei der allgemeinen Kritik sehr anerkennend über die Haltung der Truppen aus und bemerkte u. a., sein Großvater habe einst gesagt, man dürfe nur die Spielleute sehen, so wisse man, was von einem Regiment zu halten sei. Das habe heute hier zutreffen. Die Spielleute seien vorzüglich, die Regimente vortrefflich.

Eine bessere Parade bekomme er auch in Berlin nicht zu sehen. Man habe ihm hier stramme, sehr gut ausgebildete und kriegsbereite Truppen vorgeführt. Um 4 Uhr fand in Gegenwart des Kaisers, der die Marineuniform angelegt hatte, die Taufe eines Kreuzers statt, der den Namen „Kormoran“ erhielt. Ein Festmahl beim Oberpräsidenten v. Gossler schloß die Danziger Festlichkeiten. Der Kaiser besichtigte am 18. Mai die Arbeiten für den Durchstich der Nehrung bei Sedlersfähre und für die Herstellung der neuen Weichselmündung. Er nahm ein Geschenk der Nehrungsfischer, einen über zwei Zentner schweren Riesenstör, entgegen und wurde auch von der italienischen Arbeiterabteilung mit Covivarufen begrüßt. Auf dem grünen Moosteppich am Meeresstrande wurde ihm von Ehrenjungfrauen eine Kranzspende dargebracht. In Dirschau wurde er lebhaft begrüßt, in Marienburg besichtigte er die Arbeiten zur Wiederherstellung des Schlosses und begab sich nach der Ankunft in Schlobitten mit dem Grafen Dohna auf die Bürschjagd, die jedoch durch schlechtes Wetter auch am 20. Mai beeinträchtigt wurde. Am 21. Mai, auf der Fahrt nach Bröckelwitz erlitt der kaiserliche Wagen durch ein wild gewordenes Pferd einen kleinen Unfall. Hier blieb der Kaiser bis zum 29. Mai, in der Zwischenzeit besuchte er nur die Stadt Elbing auf kurze Zeit.

Auf die Festlichkeiten in den Provinzen folgten solche in der Residenz. Am 30. Mai trafen die Königin-Regentin der Niederlande, Emma, mit ihrer 12jährigen Tochter, der Königin Wilhelmine, auf der Wildparkstation bei Potsdam ein, um den Besuch zu erwidern, welchen das Kaiserpaar im Juli 1891 in Amsterdam und dem Haag abgestattet hatte. Für den Empfang war ein besonderer Pavillon errichtet und frühlingshast geschmückt. Die königlichen Damen langten mit dem fahrplanmäßigen frankfurter Zuge an. Sie kamen aus Sand im Schwarzwald, wo sie eine Zeitlang der Erholung gelebt hatten. Der Kaiser entnahm den Händen des Flügeladjutanten einen Strauß von Maiblumen und Rosen und ging an den Zug hinan. Die Königinnen entstiegen dem Waggon, der Kaiser küßte der Königin-Regentin die Hand und bewillkommte sie aufs herzlichste, ebenso die Königin. Die Mutter trug noch die tiefe Witwentrauer. Die junge Königin war in kurzem Kleide von lichtblauem Stoffe. Der Kaiser führte die Regentin durch das Spalier

der Aufstellung hindurch der Gemahlin entgegen, die aus dem Salon des Pavillons herastrat, um die hohen Ankömmlinge durch Umarmung zu begrüßen. Dann folgte die Begrüßung im Kreise der Prinzen und Prinzessinnen. Während dem spielte die Musik das Oranienlied und ging dann zur preussischen Volkshymne über. Unter deren Klängen führte der Kaiser am Arme die Regentin die Front des Bataillons entlang. Die Kaiserin folgte mit der jungen Königin. Großartig wie der Empfang, war auch die Abfahrt nach dem Neuen Palais, durch die von goldgrünen Laubhecken eingefasste Avenue, durch das Spalier des Lehr-Infanterie-Bataillons hindurch. Den Zug eröffnete eine Leibschwadron der Gardes du Corps in der weißen Paradeuniform. Dann kam der offene, vierspännige Wagen. In diesem saß die Regentin zur Rechten des Kaisers, im zweiten Wagen folgte die Kaiserin, zu deren Rechten Königin Wilhelmine saß, ein Rosenbouquet in der Hand haltend. Eine Leibschwadron schloß den Zug. Als die Königinnen die Schwelle des Königsschlusses betraten, tönte ihnen aus dem Innern ein heller Fanfarengruß entgegen, ausgeführt von den Trompetern der Gardes du Corps in Paradeuniform. Am 31. Mai fand zu Ehren der hohen Gäste eine glänzende Parade auf dem tempelhofer Felde bei Berlin statt. Doch wohnte nur die Königin Emma derselben an der Seite der Kaiserin bei. Der Kaiser zu Pferde hielt sich neben dem Wagen der Majestäten. Um der jungen Königin eine ähnliche Ehre in entsprechendem Maßstabe zu teil werden zu lassen, führte der Kaiser nach der Parade, im Lustgarten vor dem königlichen Schlosse der Königin Wilhelmine die Fahnenkompagnie vor. Abends fand das Festmahl im Marmorjale des Neuen Palais bei Potsdam statt. Während des Mahles erhob sich der Kaiser zu folgender Ansprache: „Von ganzem Herzen und tief gerührt spreche Ich Eurer Majestät und Eurer Majestät Tochter den Dank der Kaiserin und den Meinigen aus, daß Eure Majestäten geruht haben, hierher zu kommen, die Strapazen einer Reise nicht scheuend. Es liegt Uns Beiden noch tief im Sinne die herzliche und freundliche Aufnahme, welche Uns seitens Eurer Majestäten, sowie seitens des gesamten Niederländischen Volks, dieses treuen, braven, arbeitsamen Volks, welches so innig und fest an seinem Königshause hängt, im vergangenen Jahre zu teil wurde. Euren Majestäten werden hier überall Erinnerungen an Verbindungen aus vergangenen

Zeiten entgegengetreten sein. Der eine Name, der Unser Geschlecht mit dem Eurer Majestät und der Unser Land mit den Niederlanden verbindet, heißt „Oranien“. Orangefarben ist Unser Orden, oranisches Blut fließt in Unsern Adern. Mit hoher Achtung und mit tiefer Ergebenheit wird der Name Oranien in Meinem Hause genannt und von dem gewaltigen Geschlecht der Oranier haben Meine Vorfahren gelernt; Wir stehen noch heute staunend vor dem, was diese hohen Herren einst geleistet und geschaffen haben. Ich schließe mit dem Wunsche: möge der Herr im Himmel seine segnende Hand über Eure Majestät, über Ihr Land und über diesen hohen Sprößling oranischen Blutes halten, an dem das ganze Niederländische Volk hängt! Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Königin Wilhelmine.“ Die Königin-Regentin erwiderte: „Für Eurer Majestät freundliche und herzliche Worte spreche Ich Meinen aufrichtigen Dank aus. Der freundschaftliche Empfang, der Mir und Meiner Tochter hier zu teil wurde, erfüllt Mich mit großer Freude, warmer Anerkennung und herzlicher Dankbarkeit. Nehmen Eure Majestäten Unsere allerherzlichsten Wünsche für Ihr Wohlergehen entgegen. Ich trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin.“ Am Abend wurde von den Spielern des gesamten Gardekorps auf der Wopke vor dem Neuen Palais ein Zapfenstreich ausgeführt. Die Königin Emma wurde vom Kaiser zum Chef des Infanterie-Regiments „Prinz Friedrich der Niederlande“ ernannt, auch der Luise-Orden mit der Jahreszahl 1813/14 ihr verliehen; sie verlieh dem Kronprinzen das Großkreuz des Ordens des niederländischen Löwen. Am 1. Juni fand in Gegenwart der hohen Gäste die Frühlingsparade im Potsdamer Lustgarten statt. Am offenen Fenster der etruskischen Gemächer des Stadtschlusses sah man die jüngeren Söhne des Kaiserpaars, hinter diesen die junge Königin Wilhelmine, in der einen Hand den Frontrapport und die Vorbeimarschliste, mit der andern den einen der Prinzen um den Hals fassend. An dem andern Fenster befanden sich die Kaiserin mit ihren Gästen, die Prinzessin Friedrich Leopold, die Erbgroßherzogin von Baden, die Prinzessin Albrecht, die Erbprinzeßin von Hohenzollern, die Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg und die Herzogin von Edinburgh. Als die Leibkompanie antrat, richteten sich die Blicke aller fürstlichen Danten sowohl auf die in der Front

stehenden Söhne des Prinzen Albrecht als besonders auf den jungen Kronprinzen, der unter seiner hohen Grenadiermütze stets den Blick nach den Fenstern des Schlosses richtete. Der jungen Königin mußte seine Erscheinung ganz besonders gefallen haben, denn sie klatschte mehrmals in die Hände. Als die Trompeter der Gardes du Corps die langen silbernen Trompeten zu Fanfaren ansetzten, zog der Kaiser seinen Pallasch und setzte sich an die Spitze des Regiments, dasselbe, die Königinnen der Niederlande salutierend, vor diesen vorüberführend. Die Festlichkeiten schlossen mit einer glänzenden Soirée im Theaterfaale des Neuen Palais und am 2. Juni reisten die Königinnen wieder ab; der Hof begab sich auf die im herrlichsten Frühlingschmuck prangende Pfaueninsel und hier verkündigte der Kaiser die Verlobung des 26jährigen Prinzen Ferdinand von Hohenzollern, Kronprinzen von Rumänien, der schon am 31. Mai angelangt war, mit der Prinzessin Marie, Tochter des Herzogs Alfred von Edinburg. Bei der an diesem Tage in Berlin stattfindenden Grundsteinlegung zur „Versöhnungskirche“ ließ der Kaiser sich wiederum durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten. Wie immer an den Geschicken derer teilnehmend, die seiner Familie besonders nahe standen, begab sich der Kaiser am 3. Juni nach Ober-Slogau, wo er der Trauung des Fürsten Radolin mit der Reichsgräfin Johanna v. Oppendorff beivohnte. Der 51jährige Hugo Leszczyński, Fürst von Radolin, Majoratsherr der Grafschaft Jaroschin, Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers Friedrich, der ihn in den Fürstenstand erhob, ist Oberst-Truchseß des Kaisers. Den Trauakt vollzog der Fürstbischhof Kopp von Breslau, mit dem der Kaiser alsdann noch eine längere Unterredung hatte.

Einigermassen überraschend kam es, daß der Kaiser am 6. Juni nach Kiel reiste, um hier mit dem Zaren zusammenzutreffen. Dieser war noch seinen Gegenbesuch schuldig für den vom Kaiser Wilhelm im August 1890 in Narwa und Peterhof abgestatteten Besuch, und man hatte die Verzögerung wohl schon mit der im vorigen Jahre anscheinend hervorgetretenen Hinneigung Rußlands zu Frankreich in Verbindung bringen wollen. Jetzt wünschte der Zar den Besuch von Kopenhagen aus zu machen, wo er von den Festlichkeiten zur goldenen Hochzeit seines Schwiegervaters, des Königs Christian, noch weilte, und es galt als ein großes Entgegenkommen

des deutschen Kaisers, daß er sich bereit erklärte, zu dem Zweck nach Kiel zu kommen. Dieser langte am 6. Juni abends in Kiel an und nahm, nach einem Besuche im Schloß beim Prinzen Heinrich und der Prinzessin Irene, auf der Yacht „Hohenzollern“ Wohnung. Um 9 Uhr vormittags am 7. Juni fuhr er auf diesem Schiffe dem Zaren entgegen. Sämtliche Schiffe im Hafen paradierten und setzten dann die russische Kriegsflagge in Großtopp. Die Begegnung der „Hohenzollern“ mit dem „Polarstern“, auf dem der Zar sich befand, erfolgte in der Höhe von Büll. Beim Passieren von Friedrichsort erklang der Salut der Festungsbatterie. Die Einfahrt der kaiserlichen Schiffe in den Kieler Hafen erfolgte bei wolkenlosem Himmel um 10 Uhr vormittags. Der Hafen bot einen herrlichen Anblick. 25 deutsche Kriegsschiffe in reichstem Flaggenschmuck paradierten. Brausende Hochrufe erklangen, als die russische Yacht „Polarstern“ passierte, die im Vortopp die deutsche Kriegsflagge führte. Auf den deutschen Schiffen wurde die russische Nationalhymne, auf dem „Polarstern“ „Heil Dir im Siegerkranz“ gespielt. Der „Polarstern“ ging dem Schlosse gegenüber zwischen der „Hohenzollern“ und dem „Beowulf“ vor Anker. Nachdem die Schiffe festgemacht hatten, begab sich der Zar, in der Uniform seines preußischen Alexander-Regiments, mit Gefolge an Bord der „Hohenzollern“, um dem Kaiser Wilhelm einen Besuch abzustatten. Sie begrüßten sich an der Steuerbordtreppe durch Umarmung und Kuß und weilten hier 20 Minuten im Gespräch. Bald darauf erwiderte der deutsche Kaiser in der Uniform des Regiments Vyborg den Besuch auf dem „Polarstern“, worauf beide Kaiser nach der Barbarossabrücke fuhren und sich in lebhaftem Gespräch durch den Schloßgarten nach dem Schlosse begaben. Hier ward das Frühstück eingenommen, dann nahm der Zar mit dem Großfürsten-Thronfolger daselbst Wohnung. Es ist dies die Burg seiner Ahnen, denn hier wurde im Jahre 1728 Karl Peter Ulrich, Herzog von Holstein-Gottorp, geboren, der 1762 als Peter III. den russischen Thron bestieg und von dem die jetzige russische Kaiserfamilie abstammt. Fast alle russischen Herrscher haben im Laufe dieses Jahrhunderts auf ihren Reisen Kiel berührt, aber keiner von ihnen hatte auf dem alten Stammstizze Wohnung genommen. Bald nach 2 Uhr verließen beide Kaiser, der Großfürsten-Thronfolger und Prinz Heinrich das Schloß, begaben sich mit der

Werftbarlasse an Bord des Flaggschiffes „Baden“, dem sie einen kurzen Besuch abstatteten, und fuhren darauf in einer Pinasse an der Reihe der Kriegsschiffe entlang nach Holtenau und Knoop zur Besichtigung der Arbeiten des Nordostsee-Kanals. Sie besichtigten das ganze Schleusen-Bauterrain, ganz besonders eingehend die südliche Schleuse, und wiederholt wurden die begleitenden Bautechniker zur Auskunft herangezogen. Die Fahrt ging bis Levensau, zum Teil schon in der neu ausgeführten Kanalstrecke. Um 4½ Uhr fuhren die Herrschaften zurück und begaben sich an Bord des vom Prinzen Heinrich kommandierten „Beowulf“, dessen Besichtigung eine Stunde währte. Um 7 Uhr abends fand im Schlosse ein Diner von 60 Gedecken statt. Kaiser Wilhelm brachte folgenden Trinkspruch aus: „Ich trinke auf das Wohl des russischen Kaisers, den Ich von diesem Augenblicke an mit Allerhöchster Genehmigung als Admiral à la suite Meiner Marine führe. Es lebe der Zar!“ Hierauf erhob sich der Kaiser von Rußland, um den Trinkspruch in französischer Sprache zu beantworten. Er sagte: „Ich bin erfreut über diese Auszeichnung und den mir zu teil gewordenen Empfang und trinke auf das Wohl meines lieben Freundes und Vetter. Es lebe der deutsche Kaiser und die deutsche Marine.“ Um 9 Uhr abends erschienen die Majestäten auf der Barbarossa-Brücke, die vermittlels der elektrischen Beleuchtungsanlage taghell erleuchtet war, und fuhren mit dem Großfürsten-Thronfolger im blauen Kaiserboote an Bord des „Polarstern“, wo sich Kaiser Wilhelm verabschiedete. Alsdann setzte sich die Nacht, der die „Zarewna“ vorandampfte, in Bewegung und wurde durch den elektrischen Scheinwerfer des „Beowulf“ hell erleuchtet, dazu durchzuckten die Blitze der Salut feuernden Schiffsgeschütze das abendliche Dunkel und dann flammte es ringsumher auf in weißem, rotem und blauem Licht: von sämtlichen Schiffen stiegen zahllose Leuchtkugeln und Raketen auf, deren heller Glanz in der Flut sich wiederpiegelte. Von solchem Lichtmeere umflutet, dampfte der „Polarstern“, von den Mannschaften der Schiffe nochmals zum Abschied mit Hurra begrüßt, zum Hafen hinaus, der Kaiser brachte die Nacht auf der „Hohenzollern“ zu und folgte am Morgen des 8. Juni an Bord des Panzerschiffs „Baiern“ der Manöverflotte und dem Übungsgeschwader, die in See eine größere Übung vornahmen. An dieser nahm er nicht teil, sondern

fuhr nach der Eckernförder Bucht, wo im Altenhofener Walde ein Picknick stattfand, kehrte auf der „Hohenzollern“, die bei Alshau gewartet hatte, mit jenem Geschwader zurück und traf spät abends in Potsdam wieder ein. In den nächsten Tagen ward in Kiel das Denkmal fertig gestellt, das auf Befehl des Kaisers dem Feldmarschall Grafen Moltke gewidmet worden ist. An der östlichen Kasernenmauer vor einer von dem Prinzen Heinrich gepflanzten Eiche erhebt sich ein kleiner, mit Ziersträuchern und Ephen besetzter Erdhügel, auf dem ein mächtiger Granit-Findling (aus den Ausschachtungsarbeiten des NordostseeKanals) gelagert ist, dessen Stirnseite eine eiserne Inschrifttafel trägt, auf der mit goldenen Lettern in des Kaisers eigenen Worten geschrieben steht: „An dieser Stelle wurde am 3. April 1891 der Generalfeldmarschall v. Moltke durch Stellung à la suite des 1. Seebataillons zu Meiner Marine in engere Beziehung gebracht. Wilhelm.“ Ein gußeisernes Geländer auf granitemem Sockel umschließt den Hügel.

Der 12. Juni war ein Erinnerungstag. Hundert Jahre waren verflossen, seit König Friedrich Wilhelm II. den roten Adlerorden stiftete. Nun erging ein königlicher Erlaß, wonach als besondere Auszeichnung in geeigneten Fällen das Ordenskreuz mit der Krone verliehen werden sollte. Diese Auszeichnung erhielten zugleich der Kronprinz, die übrigen preussischen Prinzen, Fürst Stollberg, Graf Caprivi, der Ministerpräsident, der Hausminister, der Kriegsminister, Feldmarschall Graf Blumenthal und Admiral v. d. Goltz. An demselben Tage ließ sich der Kaiser bei der Grundsteinlegung der „Immanuelkirche“ in Berlin durch den Prinzen Friedrich Leopold vertreten.

Ein neuer Besuch am königlichen Hofe traf am 12. Juni ein: König Oskar II. von Schweden und Norwegen kehrte von seiner Reise nach Südfrankreich zurück und begab sich, vom Erbgroßherzog von Baden in Berlin empfangen, nach der Wildparkstation. In der Uniform eines deutschen Admirals wurde er hier vom Kaiser empfangen, der seinerseits die Uniform eines schwedischen Flaggenadmirals angelegt hatte. So fuhren die Monarchen zum Neuen Palais, etwa gerade um die Zeit, wo vor 4 Jahren König Oskar den Kaiser Friedrich kurz vor seinem Tode hier besucht hatte. Folgenden Tags besichtigten die Monarchen auf dem Bornstädter Felde

zwei Manenregimenter. Auch der junge Kronprinz war zu Pferde anwesend. Nach der Rückkehr ins Palais erhielt der Kaiser den Besuch des nach langem Winteraufenthalte in Cannes heimkehrenden Großherzogs, Friedrich Franz III. von M.-Schwerin. Gleichzeitig traf aus Petersburg dessen Gemahlin, die Großfürstin Anastasia, ein.

Neues Leben brachte sowohl am königlichen Hofe als in Potsdam und Berlin der Besuch des italienischen Königspaares hervor. Es galt den Besuch zu erwidern, den das deutsche Kaiserpaar im Herbst 1889 in Monza abgestattet hatte. Die Ankunft in Potsdam erfolgte am 20. Juni. In Begleitung des Königs Humbert befand sich u. a. der neue Minister des Äußern, Cav. Brin. Für den 21. vormittags war eine Parade im Lustgarten vor dem Stadtschlosse in Potsdam angesagt. Vor Beginn derselben wurden die hohen Herrschaften jedoch durch ein plötzliches und freudiges Ereignis in Kenntniß gesetzt. Dem Kaiser wurde von seiner Mutter, der Kaiserin Friedrich, und von der Landgräfin Anna von Hessen, Tochter des verstorbenen Prinzen Karl von Preußen, von der im Schlosse zu Homburg stattgehabten Verlobung des Prinzen Friedrich Karl von Hessen mit des Kaisers jüngster Schwester, der Prinzessin Margarethe, Mitteilung gemacht, und vor der Parade meldete sich der Bräutigam beim Kaiser, der ihn umarmte und das Ereignis den in der Nähe befindlichen Offizieren mittheilte. Der Bräutigam ist der dritte Sohn zweiter Ehe des verstorbenen Landgrafen Friedrich und trägt die Namen von seinem Oheim und Taufpaten, dem verstorbenen Feldmarschall Prinzen Friedrich Karl. Der älteste Bruder des Bräutigams, das Haupt der kurfürstlichen, einst zur Thronfolge in Kurhessen bestimmt gewesenen Seitenlinie des Kurhauses, hatte bekanntlich vor einigen Jahren auf einer Reise nach Indien den Tod gefunden, und der zweitälteste Bruder, Alexander, ist körperlich leidend. Prinzessin Margarethe ist das Patentkind der bei Ankunft der Nachricht gerade anwesenden Königin Margarethe von Italien. Die offizielle Verkündigung erfolgte bei dem glänzenden Frühstück am Vormittage des 21. Juni im gelben Salon des Potsdamer Stadtschlusses. Als der Kaiser das Glas erklingen ließ, erhob sich die ganze zahlreiche fürstliche Gesellschaft. Sein Trinkspruch auf die hohen Gäste lautete: „Der Besuch Eurer Majestäten hat Meine Frau und Mich nicht nur mit hoher Freude erfüllt, sondern mit Uns freut sich Mein

gesamtes Volk. Daß Eure Majestäten die Gnade hatten, von Ihren schönen Vaterlande her die weite Reise nicht zu scheuen, um Uns hier aufzusuchen, beglückt Uns und ruft Uns zum Dank auf. Nicht unbekannt ist Euren Majestäten die Halle, die Sie hier beehren. Schon einmal war es diesem Hause vergönnt, Eure Majestäten hier zu sehen, als Sie meinem unvergeßlichen Herrn Vater die freundliche Pflicht erfüllten bei der Taufe Meiner jüngsten Schwester, und als Seine jetzt schon sagenumwobene Gestalt in der vollsten Fülle seiner Schönheit und Kraft Ihnen entgegenleuchtete, — dieser selben jungen Prinzess, deren Verlobung am heutigen Tage, gerade bei der Anwesenheit ihrer hohen Vaten, zu verkünden Mir eine besondere Freude ist. Geschwunden ist jener Held, geblieben jedoch sind die innigen Beziehungen der brüderlichsten Freundschaft und Anhänglichkeit zwischen Unseren beiden Häusern und Uns Beiden. Der Jubel der Bevölkerung, der Euren Majestäten entgegenschlägt und der morgen aus dem Munde Meiner Berliner Ihnen entgegenschlagen wird, wird es bezeugen, wie dankbar das gesamte deutsche Volk es anerkennt, daß Italiens Majestäten Sich hier eingefunden haben. Die blonde Schwester Germania begrüßt ihre schöne Schwester Italia und durch Meinen Mund begrüßt sie die beiden Majestäten. Mein Glas gilt Ihrer Gesundheit und dem Wunsche, daß es Ihnen wohltergehen möge und daß der Segen Gottes auf Ihnen und Ihrem schönen Lande ruhen möge, welches so vielen Meiner Unterthanen und Meiner Kameraden zu besonderer Freude wird, wenn es sie gastlich aufnimmt.“

Mit einem in italienischer Sprache ausgebrachten Hoch auf den König und die Königin von Italien schloß der Kaiser. König Humbert sprach in herzlichen Worten und in seiner Muttersprache Dank aus. Am Abend fand beim Neuen Palais ein großer Zapfenstreich statt. Dieses und die Konmuns erstahlten in weißem, grünem und rotem Bengalfener, hoch über dem Mittelgebäude erglänzte die Königskrone in italienischen Farben. Auf dem freien Plage vor dem Neuen Palais hatten die Musikkorps Aufstellung genommen, glänzend von Magnesiumlicht bestrahlt. Bald nach Beginn der Feierlichkeit traten die Majestäten nach dem Mittelbalkon des Schlosses heraus und nahmen da Platz; die italienische Nationalhymne hörten sie stehend an. Im Laufe des Tages hatte eine längere Unterredung

zwischen dem Minister Brin und dem Reichskanzler sowie dem Staatssekretär v. Marschall stattgefunden. Am 22. Juni wohnte der Kaiser mit dem Könige Humbert auf dem Schießplatze bei Züterbog einer Schießübung bei. Mit dem Gefechtschießen wurde begonnen. Eine Batterie schoß aus Mörsern, eine andere aus Ringkanonen gegen ein Ziel auf 2400 Meter. Dann folgte ein Schießen aus 4,5 cm-Schnellfeuergeschützen in Panzerturm-Lafetten mit Kartätschen auf anrückende Sturmkolonnen. Jedes Geschütz gab in etwa fünf Minuten 100 Schüsse ab. Am Signalberg endete die Übung, welche auf das neuerbaute Zieldorf, dessen Häuser aus massiven Gebäuden bestanden, ausgeführt wurde. Hieran schloß sich ein Schießen der Feldartillerie-Schießschule. Es feuerte eine Batterie im Kostüm der Artillerie Friedrichs des Großen aus acht glatten sechspfündigen Geschützen mit Vollkugeln und Kartätschen gegen Infanterie-, Kavallerie- und Artilleriescheiben. Hiernach erfolgte der feierliche Einzug in Berlin. Die Kaiserin Viktoria Augusta und die Königin Margherita kamen um 1/22 Uhr nach Berlin eine halbe Stunde später Kaiser Wilhelm und König Humbert von Züterbog über den Anhalter Bahnhof. Der Einzug der beiden Gäste trug ein etwas verschiedenes Gepräge. Die Königin kam halb incognito, während der König einen offiziellen Gruß der Stadt entgegennahm. Eine Schwadron des 1. Garde-Dragonerregiments setzte sich an die Spitze der Wagen, die durch die geschmückten Straßen und unter dem Zuruf einer großen Menge durch das Brandenburger Thor zum königlichen Schlosse fuhren. Die hohen Gäste empfingen eine Deputation der italienischen Kolonie in Berlin, die Königin Margherita besuchte in Begleitung der Kaiserin einige Sehenswürdigkeiten und abends fand im Opernhause Galavorstellung statt. Die Aufführung des Balletts „Prometheus“ endete mit einer das italienisch-deutsche Friedensbündnis verherrlichenden Apotheose — die Germania reicht, umgeben von Genien, der Italia die Hand, während ein Genius über dem Paare eine Friedenspalme hält. Während der Vorführung dieses lebenden Bildes stimmte das Orchester die italienische Nationalhymne an, unter deren Klängen sich die Majestäten und die Versammlung von den Plätzen erhoben. An diesem Tage hatte der Kaiser noch Zeit gefunden, den Generaladjutanten des Sultans Abdul Hamid, Hobe Pascha, zu empfangen, der Medaillen zur Erinnerung

an den Besuch des Kaiserpaares in Konstantinopel überbrachte. Ein Ausflug mit den italienischen Gästen nach der Pfaueninsel beendete diese Festlichkeiten.

Nach der Abreise dieser Gäste begab sich der Kaiser am 25. Juni nach Kiel, wo er bei den Übungen der Marine, die den Transport Verwundeter an Land veranschaulichen sollten, zugegen war und dann einer Regatta des kaiserlichen Yachtclubs bewohnte. Von Kiel fuhr der Kaiser am 27. Juni auf der Yacht „Hohenzollern“ nach Stettin und vollzog hier die Taufe eines von Stapel gehenden Schiffes. Seine Rede lautete: „Du stehst jetzt bereit, in dein neues Element abzugleiten, du sollst in die Reihe der kaiserlichen Kriegsschiffe eingereiht werden, dazu bestimmt, unsere Landesflagge zu tragen. Dein schlanker Bau, dein leichtes Gefüge, welches nicht drohende Pforten und schwere Türme zur Abwehr zeigt, wie sie die Schiffe Meiner Kriegsmarine zum Kampfe gegen den Feind bei sich führen, zeigt Uns an, daß du dem Friedenswerk geweiht bist. Leicht über die Meere dahin zu fliegen, vermittelnd von Land zu Land, den Arbeitsamen Ruhe und Erholung zu gönnen, den Kaiserlichen Kindern und der Hohen Mutter des Landes Freude zu bringen, das sei deine Aufgabe. Mehr zum Schmuck als zum Gefecht mögest du deine leichte Artillerie tragen. Nun gilt es, dir einen Namen zu geben. Du sollst den Namen führen, den jene hohe, weit in den Himmel ragende Burg führt, die, fern im schönen Schwabenland gelegen, Unserem Geschlechte den Namen gab. Verbunden ist damit für Mein Vaterland Jahrhunderte lange Arbeit, ein Zusammenwirken mit dem Volk, Leben und Arbeiten für das Volk und im Streit und Kampf einherzuschreiten vor dem Volk. Das ist der Inbegriff des Namens, den du tragen sollst. Mögest du deinem Namen und deiner Flagge Ehre bringen und eingedenk bleiben des Großen Kurfürsten, der zuerst Uns auf den Seeweg wies, eingedenk Meiner großen Ahnen, die, teils in stiller Friedensarbeit, teils in hartem Kampfe den Ruhm und die Größe Unseres Vaterlandes zu wahren und zu mehren wußten, Ich taufe dich „Hohenzollern“!“ Die Yacht, welche bis dahin diesen Namen trug, wurde nunmehr in „Kaiseradler“ ungetauft, an dessen Bord der Kaiser am 28. Juni in Kiel wieder eintraf und am 29. Juni bei ungünstigem Wetter eine Erholungsreise an die Küsten nach Norwegen, wie in den vorigen beiden Jahren, antrat.

Sie ging über Christiansund und Bergen, wo der Kaiser am 4. Juli mit dem erbgroßherzoglichen Paare von Oldenburg zusammentraf. Dann ging es weiter nach Digermulen, wo der Kaiser die Höhe erstieg, von der aus das Berliner Nordlands-Panorama aufgenommen ist. Er war schon vor vier Jahren hier gewesen, jetzt wurde eine Marmorsäule errichtet mit einer Inschrift, welche sagt, daß der Kaiser mit Gefolge am 21. Juli 1889 und am 7. Juli 1892 hier geweiht habe. Am 12. Juli erfolgte die Ankunft in Tromsö und auf der Insel Karlove, deren höchste Spitze bestiegen wurde. An den folgenden Tagen wurden Renttierjagden auf der Insel Andammen und eine Fahrt an Bord eines Walfischfänger-Dampfschiffs unternommen. Am 15. Juli traf Prinz Heinrich auf einem Torpedoboote zur Teilnahme an der Jagd auf Seehunde bei seinem Bruder in Wittbün ein. Dann ging's auf die Heimreise. Der Kaiser traf am 22. Juli wieder in Drontheim ein, wo er den Dom besichtigte, und wurde in Christiansund von der Manöverflotte erwartet, an deren Spitze er am 27. Juli in Wilhelms haven eintraf. Vom Schiff aus begab er sich sogleich auf die Schiffstaufranzel und taufte im Beisein von vielen tausend herbeigeströmten Menschen ein neues Panzerfahrzeug auf den Namen „Heimdal“, des Gottes unserer Vorfahren, dem, wie der Kaiser in der Ansprache sagte, „die Hauptaufgabe oblag, die Waffe zu führen und die Thore des Götterreichs offen zu halten.“

Nach einer Besichtigung der Befestigungsarbeiten auf Helgoland begaben sich der Kaiser und sein Bruder am 30. Juli auf die Reise nach England. Von 21 Kanonenschüssen des „Vellerophon“ begrüßt, dampfte der „Kaiseradler“, auf dessen Kommandobrücke der Kaiser in englischer Admiralsuniform stand, am 1. August in den Hafen von Cowes auf der Insel Osborne, wo ihn der Prinz von Wales und der Herzog von Connaught alsbald begrüßten. Er stattete dann seiner Großmutter, der Königin Viktoria, in Osborne einen Besuch ab. Am folgenden Tage nahm die deutsche Yacht „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord teil an einer Wettfahrt in der Bucht von Cowes, erlangte jedoch nicht den ausgesetzten Preis, den sogenannten australischen oder „Pokal der Königin“. An Bord des „Melampus“ fand sodann ein vom Herzog von York veranstaltetes Festmahl zu Ehren des Kaisers statt. Dieser befand sich am 4. August wieder an Bord des „Meteor“, als das Schiff sich an der Wettfahrt

um den Becher der Stadt Cowes beteiligte. Es schlug zwar seine große Rivalin „Zwerna“, wurde aber vom Schiffe eines Herrn West überholt. Wiederum folgte ein Festmahl, das die Königin an Bord ihrer Yacht „Viktoria and Albert“ ihren Enkeln gab. In der Frühe des 5. August machte der Kaiser einen Ausflug an Bord eines Rettungsboots und besuchte dann den Yacht-Geschwaderklub. Hier rühmte er die guten Eigenschaften des „Meteor“; sie sei die rascheste Segelyacht, die existiere. „Ich komme,“ fügte er hinzu, „nächstes Jahr wieder und hoffe, mit dem „Meteor“ den Pokal der Königin doch noch zu gewinnen.“ Am Abend fand ihm zu Ehren im prachtvoll geschmückten indischen Saale des Schlosses zu Osborne eine glänzende Hofstafel statt. Am 6. verabschiedete er sich von der Königin und gewahrte an Bord des „Kaiseradler“ noch, daß bei einer Regatta des königlichen Southampton-Klubs „Meteor“ den ersten Preis errang. In der Frühe des 7. August dampfte der „Kaiseradler“ heimwärts, nahm bei Nordorney die dort weilenden drei ältesten Söhne des Kaisers an Bord und landete am 8. in Wilhelmshaven.

In Berlin harrete schon seit einiger Zeit eine wichtige Frage der Entscheidung des Kaisers. Gegen Ende Juli hatte mit Bestimmtheit verlautet, der preussische Minister des Innern, Herrfurth, gedenke zurückzutreten. Dies hatte die politische Presse sehr lebhaft beschäftigt, hauptsächlich wegen der Frage, ob dieser Vorgang als Zeichen aufzufassen sei, daß die Regierung sich einer konservativeren Richtung mehr zuzuwenden gedenke. Denn man erinnerte sich des starken Gegensatzes, in welchem die konservative Partei 1890/91 wegen der Landgemeindeordnung zu Herrfurth geraten war. In der freisinnigen Presse hieß es nun, Herrfurths Rücktritt sei von langer Hand vorbereitet; die Liberalen hätten ihn zwar nicht als den ihrigen ansehen können, aber sie erblickten in ihm den besten Minister des Innern seit Bestehen der Verfassung. In der nationalliberalen Presse wurde seine Durchführung der Landgemeindeordnung als eine staatsmännische Leistung sowie die Sachlichkeit und Unparteilichkeit seiner Verwaltung gerühmt. Es verlautete sodann, der Rücktritt erfolge wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Finanzminister Miquel über die Fortführung der Steuerreform; in der Presse tauchten aber Zweifel auf, daß dies der einzige Grund sei. Ohne daß dieser vor

der Öffentlichkeit glaubhaft aufgedeckt war, genehmigte der Monarch alsbald nach seiner Heimkehr, am 9. August, das Entlassungsgesuch des 62jährigen Ministers aus dem von ihm seit dem 2. Juli 1888 als Nachfolger v. Puttkamers bekleideten Amte und aus dem Staatsdienste, unter Verleihung des Großkreuzes des roten Adlerordens mit Eichenlaub und der königlichen Krone. Gleichzeitig wurde zum Nachfolger der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg ernannt, der bis dahin kein Portefeuille besaß und das des Innern bereits vom April 1878 bis Februar 1881 inne gehabt hatte. Alsbald traten in der Presse Stimmen auf, welche durch diese Ernennung jene Vermutung von einer gewissen Änderung in der Richtung der Regierung bestätigt finden wollten; sie traten jedoch bald zurück gegenüber den Hinweisen auf die schon früher bewährten staatsmännischen Eigenschaften des Grafen, den man nichts weniger als Einseitigkeit nachsagen könne, sowie gegenüber den Hinweisen auf die Thatsache, daß der Graf, wenn auch streng konservativ, doch weder reaktionär noch pietetistisch gesinnt und daher am 28. März im Abgeordnetenhause von der äußersten Rechte nicht freundlich empfangen worden sei. Immerhin zeigte man sich auf konservativer Seite erfreut, daß die durch die Loslösung der Ministerpräsidentenschaft vom Amte des Reichskanzlers geschaffene Lage neu befestigt, der Regierung mehr Einheitlichkeit und Beständigkeit verliehen sei, während man auf freisinniger Seite hervorhob, das Dunkel über jene Personalveränderung erhöhe das schon vorhandene Mißtrauen in der Thatkraft und Bedächtigkeit der herrschenden Staatsmänner.

Die durch diese Änderung im Ministerium des Innern hervorgerufenen Besorgnisse und Hoffnungen entsprangen im Grunde mehr dem allgemeinen Gefühle des Unbehagens darüber, daß der im Frühjahr in der preussischen Volksschulgesetzfrage hervorgetretene große Gegensatz zweier großen Parteilager eigentlich noch nicht genügend ausgetragen sei, sich vielmehr in der zum Herbst für den Reichstag in Aussicht stehenden Militär-Organisations- und Kostenfrage unter ähnlichen Verhältnissen wie damals und in wahrscheinlich noch verschärftem Maße fühlbar machen werde. Die gemäßigten Parteien zeigten sich, trotz damaliger Abwendung der ihnen bedrohlich scheinenden Lage, beklemmt durch die Besorgnis, es könne die Regierung behufs Durchführung der Militärvorlage sich zu sehr

wiederum auf die weitere Zugeständnisse im Gebiete der Kirche und Schule erstrebende Zentrumsparthei angewiesen fühlen. Deren Verhalten ging allerdings offenbar darauf hinaus, sich mit der Regierung gut zu stellen. In einer Weise, die große Disziplin und Organisation erkennen ließ, wurden auch während der Sommerzeit große Katholikenversammlungen an den verschiedensten Orten gehalten und hier in Reden voll ziemlicher Siegesgewißheit mit großer Bestimmtheit die im März gescheiterten Forderungen sowie noch manche weitergehende, unter heftiger Befehdung der gemäßigten Parteien sowie unter Versicherung der Hingabe an Kaiser und Reich aufgestellt. Nächst einer großen Katholikenversammlung in Köln am 29. Juni, wo wieder der Abg. Lieber als Hauptredner auftrat, fiel namentlich die vom 28. August bis 1. September in Mainz abgehaltene 39. Generalversammlung der deutschen Katholiken ins Gewicht. Gleich zu Anfang hielt Bischof Haffner von Mainz eine großes Aufsehen erregende Rede. Er sagte, es thue sich gegenwärtig ein Abgrund der Religions- und Sittenlosigkeit auf, der die christliche Gesittung und Bildung zu verschlingen drohe. Dieser Abgrund sei der Atheismus. Die Erkenntnis dessen sei mehr und mehr gewachsen und bei Beratung des preußischen Schulgesetzes habe der Reichskanzler das schöne Wort gesprochen: christlich oder atheistisch. „Ein großes Wort, ein schönes Wort, das soll nicht mehr verhallen in der Geschichte des deutschen Volks! Sind wir denn endlich soweit gekommen, daß von der Höhe des Reichskanzleramts, des preußischen Kultusministeriums, dieses Wort gesprochen werden konnte! Gepriesen sei die Stunde, wo dieses Wort einmal in Berlin ausgesprochen ist.“ Wenn nun Graf Caprivi auf die Kirche verwiesen habe, so gebe es für die Katholiken „nur eine Kirche, die heilige katholisch-apostolische Kirche.“ Ja, diese pflege das Christentum, stütze Moral und soziale Ordnung, leider aber mache bei vielen die Einsicht der Notwendigkeit des Christentums Halt vor den Stufen von Sankt Peter. Nun, die andern möchten die christliche Autorität auf ihre Weise zu pflegen versuchen, „wenn es aber eben nicht geht, so mögen sie sich bestimmen, ob sie nicht zu uns zurückkehren wollen.“ Dann kam eine Rede des Abg. Bachem mit der Versicherung: „Wir können nicht nachlassen, dahin zu wirken, daß wir auch der letzten Fesseln, insbesondere bezüglich der Orden, ledig werden.“ Weiterhin gedachte Freiherr v. Schorlemer-

Alst zur sozialen Frage dankbar des Kaisers, der im Frühjahr 1890, mächtigen Widerstand brechend, durch seine Erlasse freie Bahn gemacht habe; da aber die Religion das vornehmste Heilmittel sei, so müsse Freiheit der Kirche, territoriale Unabhängigkeit des Papstes, konfessionelle Schule und Erziehung verlangt werden. Bevor die Verhandlungen weiter gingen, sah man die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wie besorgt die Mahnung einwerfen, die Versammlung in Mainz möge es „in keinem Punkte an weiser Mäßigung fehlen lassen“. Die ferneren Hauptredner waren die Abgeordneten Lieber und Graf Ballestrem. Dieser sagte zur päpstlichen Frage u. a.: „Wir sind unzertrennlich vom Papst, wir betrachten uns als eine Garde Sr. Heiligkeit in Rom,“ das schliesse aber nicht aus, daß man den Dreibund „als gültig und zur Zeit notwendig“ anerkenne. Und zur großen inneren Frage übergehend, bemerkte Redner: „Im vorigen Jahre hatten wir Grund, zu glauben, daß die Regierung entschlossen sei, das Staatswesen auf christlich-konservativem Grund zu organisieren;“ da sei der Märzschnee gekommen; auf das Treiben in diesem Frühling sei ein Reif gefallen „und alles erfror;“ dem Schulgesetz habe zwar noch vieles gefehlt, aber der Grundgedanke, die Organisation der Schule auf konfessioneller Grundlage, sei gut gewesen; dann hätten die Truppen des Königtums und des Christentums sich zurückziehen müssen, „das Königtum hat einen Schlag erlitten; das Vertrauen in die stetige Führung der Geschäfte ist verloren gegangen;“ als Grund der Zurückziehung des Schulgesetzes werde die große Aufregung im Lande angegeben, diese sei aber von der Verbrüderung aller liberalen Elemente, vom „Nütlibund von Bennigsen bis Bebel“ gemacht; endlich, als bei den Konservativen eine gewisse Unsicherheit bemerkbar geworden, hätten die Zentrums-truppen den Rückzug der Regierung gedeckt. Zum Schluß stellte die Versammlung sämtliche noch unerfüllte Forderungen der Zentrums-partei wieder auf, ohne alle Rücksichten, auch die Forderung nach Zurückziehung des Gesetzes wider die Jesuiten. Mit gleicher Rücksichtslosigkeit äußerte sich jedoch auch die Stimmung der gemäßigten Parteien über den Katholikentag. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zeugten die dortigen Reden „von der wachsenden Überhebung und Siegeszuversicht im ultramontanen Lager;“ eine bewußte Herausforderung gehe durch alle diese Ansprachen. Die frei-

finnige „Vossische Zeitung“ sagte, aus der Rede des Mainzer Bischofs könne man entnehmen, was das Zedlitzsche Schulgesetz und seine Verteidigung bedeuteten; „wenn man erst zu der Billigung eines solchen Entwurfs gekommen ist, weshalb dann Halt machen vor den Stufen von St. Peter?“ Die „Kölnische Zeitung“ wandte sich entrüstet gegen die in Mainz vernommene Äußerung vom „Unglauben der Hochschulen“ und der „Gebildeten in Gänsefüßchen“. Nach der „Weser-Zeitung“ vom 2. September legen die Reden in Mainz „Zeugnis ab von den hochgeschwellten Hoffnungen, mit denen die Zentrumsparthei in den Kampf des kommenden Winters eintritt;“ derartige Töne der freudigsten Erwartung habe man von der päpstlichen Partei noch nicht gehört. Zwischen den Äußerungen „Nach Canossa gehen wir nicht!“ und „Katholisch ist Trumpf!“ liege ein Abgrund, aber eine ganz bequeme Treppe führe hinab. „Was wird das wohl für ein Frühling sein, den der Abg. Lieber dem deutschen Volke verheißt?“ rief der „Schwäbische Merkur“: „Der Frühling, der die Jesuiten bringt;“ und welche Zumutungen wage Bischoff Haffner dem Leiter des Staates zu machen, der auf den Überlieferungen Kaiser Wilhelms I. beruhe! In diese Stimmung der gemäßigten Parteien schlug am 3. September ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein, der die Mainzer Redner zu entschuldigen suchte. Die Rücksichten auf den propagandistischen Zweck solcher Versammlungen, hieß es hier, brächten es mit sich, daß nicht jedes Wort in denselben auf die Goldwaage gelegt und die Ziele möglichst weit gesteckt würden. Wenn dabei Teilnehmer von parlamentarischer Vergangenheit „ihre reifere Erkenntnis zurückstellten“, so sei dies ein Opfer, dessen Größe nicht unterschätzt werden könne; es liege ein erzieherisches Moment darin, wenn der Edelmann mit dem Bürger, der Priester mit dem Laien sich einmal auf denselben Standpunkt stelle; wenn man den Katholikentag „in dieser unbefangenen Weise“ betrachte und ihn nicht im einseitigen Parteiinteresse verwerte, dann werde man als sein wichtigstes Ergebnis schätzen, daß die Einigkeit des gesamten Zentrums so glänzend wie kaum je zuvor in die Erscheinung getreten sei, wie dies Graf Ballestrem „sehr richtig“ hervorgehoben habe. Dies möge zur nüchternen Erwägung anregen, „wie schwer die Einigkeit des Zentrums nach wie vor politisch ins Gewicht fällt.“ Die Möglichkeit, daß diese Auslassungen halb-

amtlichen Ursprungs seien, verdüsterte die Stimmung in den liberalen und konservativen Kreisen noch mehr. In dieser Unterstellung glaubte die „National-Zeitung“ eine Zeit bedenklicher Verwirrung der inneren Politik für Preußen und das Reich voraussehen. Die „Kölnische Zeitung“ sagte: „Wir stehen in unserer inneren Politik unter dem Zeichen des Krebses und besorgen, daß dies auf die Dauer den Reichsgedanken schädigen wird.“ Der „Schwäbische Merkur“ sagte zu den Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: „Man traut seinen Augen nicht, wenn man das liest. Die anspruchsvollste Partei im Reiche hat soeben ihre höchsten Trümpe ausgespielt; sofort wird sie uns als Vorbild politischer Weisheit und als höchst gewichtiger Faktor in der Politik vorgerückt. Und da sollen wir ehrfürchtig still stehen, ein Muster nehmen!“ In den „Hamburger Nachrichten“ hieß es, während des Kulturkampfes hätten die Ultramontanen wohl schärfere Forderungen gestellt, aber in dieser Feindseligkeit habe doch immer zugleich der Ausdruck der Furcht vor einer starken Staatsgewalt gelegen; in Mainz dagegen sei die Regierung abwechselnd wegen ihrer Nachgiebigkeit gegen die ultramontanen Wünsche belobt und wegen ihrer Unentschlossenheit verspottet. Nach der „Kölnischen Zeitung“ erschallten bereits Rufe nach Bildung eines evangelischen Zentrums, um das katholische lahm zu legen. Auch dem strengkonservativen „Reichsboten“ in Berlin begann es unheimlich zu werden. Er wies darauf hin, es werde bereits geduldet, daß in München-Gladbach zwei Jesuiten aus Holland bei den vom Abg. Hitze eingerichteten sozialpolitischen Kursen vor 400 Personen aus ganz Deutschland als Lehrer über die Geschichte der sozialen Bewegung aufträten. Auf die katholische Partei schien die Entrüstung und Besorgnis der Gemäßigten nur noch mehr belebend zu wirken. Wenigstens rief der „Westfälische Merkur“ in Münster am 5. September: „Katholisch ist Trumpf! Er ist ausgespielt und es hat ein Lärm sich erhoben, der zeigt, daß kein Gegner die Bedeutung des Trumpfes unterschätzt; es wird noch manchen Kampfes bedürfen, aber nach dem Mainzer Katholikentag dürfen wir mit voller Zuversicht in der Arbeit weiter fortfahren.“ Und mit diesen Hoffnungen verband sich eine kluge Zurückhaltung. Die katholische „Germania“ in Berlin rühmte die ersten Zeiten nach Fürst Bismarcks Rücktritt als „ruh-

reiche Jahre für den Kaiser und seine Regierung“ und warf dann die Frage hin: „Warum ist seit 1½ Jahren so manches anders und niemand mehr froh?“ In diesem Sinne hielt auch der Abg. Lieber am 6. Oktober in einer Versammlung des katholischen Volksvereins zu Neustadt in Oberschlesien eine Rede. Hier hieß es, das katholische Volk erhebe mit unbeugsamem Nachdruck die Forderung nach der Bekenntnisschule; es könne alles nur durch eigene Kraft erringen. „Wir sammeln uns bei Zeiten, um uns allein auf uns selbst zu stellen, unabhängig nach oben und unten, katholisch schlechtweg.“

Die für die Weiterentwicklung der inneren Verhältnisse wichtige Frage, wie sich angesichts der ganzen Parteilage die Konservativen stellen sollten, wurde während der Sommermonate eifrig weiter erörtert. Die „Kreuzzeitung“, als Organ der strengeren Richtung, stellte im Juli das Verlangen auf, den im Parteiprogramm von 1876 vorangestellten nationalen Gesichtspunkt nunmehr zurückzustellen und ihn durch die Forderung des christlichen Staats zu ersetzen. Eine gewisse Unterstützung schien sie hierin zu finden durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche meinte, es ließe sich nicht verkennen, daß infolge der Errichtung des Reichs Kräfte entfesselt seien, zu deren weiterer Förderung beizutragen als Widerspruch gegen das konservative Prinzip gelten müßte. Hiergegen erhoben sich aber einzelne konservative Stimmen, die da meinten, die Entfernung des nationalen Gesichtspunkts aus der vordersten Linie würde dem ganzen Konservatismus im Volke die Wurzeln abgraben. Dagegen wandte wieder der „Reichsbote“ ein, solche Ereiferung würde nur Wasser auf die Mühle der Mittelparteien sein, und die christlichen Gesichtspunkte seien auch national. Am 15. August versuchte der Parteivorstand, die Genossen vorläufig um Ruhe zu bitten. Gleichwohl setzte der der Stöcker'schen Richtung zugethane „Reichsbote“ schon am 19. August die Erörterungen fort. Was soll werden, meinte dieses Blatt, wenn die Partei wieder in so unsicheres Schwanken gerät wie beim Schulgesetz? Sie müsse es aufgeben, Schutz und Stütze bei der Regierung zu suchen, denn gouvernementale Parteien seien stets ruiniert worden. Im Gegenteil, erwiderte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die Partei sollte eher so gouvernemental als möglich werden. Von Einfluß auf diese Frage schien eine Verstimmung der Konservativen gegen die Regierung zu sein wegen der

Behandlung ihres Parteiführers, des Grafen v. Limburg-Sturum. Er wurde im Disziplinarverfahren des Dienstes entlassen, weil er, ein zur Verfügung stehender Beamter des auswärtigen Amtes, durch Befämpfung der neuen Handelsverträge in der Kreuzzeitung eine ungeeignete Kritik an Handlungen seines Ressortchefs geübt habe. Trotz alsbald eingetretener Begnadigung verblieb die Verstimmung der Parteigenossen. Die große Scheidung der Geister, welche die „Kreuzzeitung“ anstrebte, wurde in den „Hamburger Nachrichten“ als die Quelle fanatischer Parteikämpfe von verderblicher Wirkung bezeichnet. Die Quelle allen Übels aber, hieß es hier, bestehe darin, daß die Freisinnigen der Centrumpartei im Reichstage zu ihrer heutigen beherrschenden Stellung verholfen und so deren schwerwiegende Verbindung mit den streng Konservativen ermöglicht hätten.

Das Einzige, was die Besorgnisse vor einer solchen Verbindung hätte beseitigen können, ein Zusammenschließen der Gemäßigten aller Parteien, trat nicht ein. In den Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei wurde am 12. September darauf aufmerksam gemacht, daß das Zentrum, „nach einer Parole von hoher kirchlicher Seite“, bereits in Niederschlesien anfangs, sich aufs engste mit der konservativen Partei zusammenzuschließen, im übrigen wurde aber nur angedeutet, daß die Freisinnigen, nach Lösung ihrer Verpflichtungen gegen das Zentrum, sich nun wieder auf den tiefen Gegensatz des Liberalismus gegen die ultramontanen Bestrebungen besinnen könnten. Und die „Kölnische Zeitung“ meinte, die Rechnung auf Fortdauer des Streits unter den liberalen Parteien dürfe schwerlich zutreffen. Indes, ein Ansatz zu einer Parteibildung, wie sie Fürst Bismarck in Viena vorgeschlagen, zeigte sich vorläufig nirgends; nur Professor Häckel in Viena, der den Fürsten dahin eingeladen hatte, erließ am 5. August einen solchen Aufruf, der rasch verhallte.

Die Besorgnisse der gemäßigten Kreise vor einer dem Geiste der Gründung des Reichs widersprechenden Reichstagsmehrheit gründeten sich zum Teil wiederum auf Erscheinungen unter den preussischen Polen. Deren Forderungen wurden Anfang Juli, gelegentlich einer Reise des Kultusministers Bosse nach Posen, in schroffer Weise zum Ausdruck gebracht. „Graf Caprivi,“ hieß es im „Goniec Wielkopolski“, „will Frieden mit den Polen haben; möge er erfahren, um welchen

Preis: um den Preis unserer Rechte! Die Wiener Traktate sind der Ausdruck unserer Rechte und Pflichten.“ Und dann wurden im Posenschen weitgehende Forderungen in betreff der Unterrichtssprache aufgestellt. Am 23. Juli sah selbst der „Reichsanzeiger“ sich veranlaßt, „ein interessantes Beispiel von Mitteln“ vorzuführen, „mit welchen polnische Agitatoren ihre Zwecke verfolgen.“ Dazu sagte dann der „Dziennik Poznański“, diese lächerlichen Behauptungen zeigten, daß die deutschen Chauvinisten nicht die elementarsten Dinge in betreff der Gerechtigkeit verständen. Nun riet die „Posener Zeitung“ den maßgebenden Personen, zu lernen, wie mißlich es ist, den Polen allzu weit gehende Zugeständnisse zu machen, und der „Oberschlesische Anzeiger“ warnte eingehend vor den „großpolnischen Mächenschaften“. In demselben Ton waren neue Warnungen des Fürsten Bismarck gehalten, die bald hiernach, am 1. Oktober, durch eine neue Berliner Wochenschrift: „Die Zukunft“ von M. Harden veröffentlicht wurden. Dieser hatte einen Besuch in Barzin gemacht und dem Fürsten von der Versöhnlichkeit des neuen Erzbischofs v. Stablewski gesprochen, der behauptet habe, nicht starrpolnisch zu sein und den Grundsatz zu haben, in Frieden und Eintracht mit den Deutschen zu leben. Darauf habe der Fürst geäußert: „Die Tonart kenne ich! Die ist nur für den Anfang, um den Kaiser und die Regierung zu beschwichtigen. Ledochowski hat das eine Weile auch sehr geschickt gemacht; aber mein Herr Nachfolger brauchte mich doch nicht gerade da zu kopieren, wo ich einen Fehler begangen habe;“ die ganze Sache laufe darauf hinaus, „daß die Polen Posen und Westpreußen nur als Übungsterrain zur Bewahrung ihrer nationalen Besonderheiten betrachteten, um sie, wenn die Deutschen Rußland geschlagen, in aller Ruhe in einem slawischen Staate mit antigermanischer und antiprottestantischer Spitze weiter zu pflegen“. Nicht eben im Widerspruch hiermit stand es, daß wenige Tage hiernach, am 5. Oktober, ein großes polnisches Blatt im Posenschen als die letzten Grenzen der von den Polen mit Sehnsucht erwarteten und als ihr Recht geforderten Zugeständnisse die Aufhebung der „bekannten Reihe gesetzlicher und Verwaltungs-Verordnungen“ bezeichnete, durch die den Polen der vorzüglichste Teil ihrer bürgerlichen Rechte „nach den Grundsätzen brutaler Gewalt, Betrugerei und elender Rabulistik“ genommen seien.

Die politischen wie alle sonstigen öffentlichen Fragen wurden von Ende August an für mehrere Wochen durch den Schrecken verbreitenden Ausbruch der Cholera in Deutschland unterbrochen. Die Krankheit war diesmal von Indien aus über Persien in das russische Mittelasien eingedrungen, war besonders heftig am kaspischen Meere aufgetreten und hatte durch die russisch-asiatische Centralbahn raschere Verbreitung als früher gefunden. So nahm sie zu Lande wie zur See ihren Weg nach mitteleuropäischen Hafenstädten, unter denen besonders Hamburg sehr schwer zu leiden hatte, und von da nach dem Binnenlande. Dank der alsbaldigen und entschiedenen Ergreifung umfassender Vorbeugungsmaßregeln, die durch eine vom 17. September vom Reichskanzler eingesetzte Reichskommission beaufsichtigt wurden, war bis Mitte Oktober die Gefahr der Weiterverbreitung im ganzen beseitigt. In der bangen Zwischenzeit waren fast alle sonst im Herbst so zahlreichen Fachversammlungen und durch kaiserliche Erlasse ein Teil der großen Manöver ausgesetzt worden.

Als sich hierauf die Aufmerksamkeit den großen öffentlichen Fragen wieder zuwenden konnte, zeigte sich, daß durch das entschiedene Vorgehen der ultramontanen Partei nicht bloß politische Parteien, sondern auch weite Kreise der evangelischen Kirche sich beunruhigt fühlten. Dies trat bei manchen Anlässen hervor, am meisten aber in einem Aufrufe, den der Gesamtvorstand des „Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen“ am 11. Oktober aus Eisenach erließ. In dem Aufrufe hieß es: „Eine tiefe Verstimmung geht durch unser nationales Leben hindurch, — rätselhaft bei einem Volke, das vor kaum 20 Jahren das Ziel seiner politischen Sehnsucht erreicht hat und das sich des Friedens, des Wohlstandes und einer für jede andere große Nation beneidenswerten öffentlichen Ordnung erfreut.“ Der Grund liege darin, „daß wir von zwei Minderheitsparteien bedrängt sind, welche alles in Frage stellen, was uns unser nationales Leben wert macht, von der Sozialdemokratie und dem Ultramontanismus, und daß die große Mehrheit unseres Volks zwar darin einig ist, beiderlei Tendenzen nicht zu wollen, aber in dem, was sie positiv will, der Geschlossenheit jener Parteien gegenüber unklar und zerschlagen ist und darum in der wohlgegründeten Angst lebt, trotz ihrer großen Überzahl von denselben Niederlage auf Niederlage zu erleiden.“ Auf die sozialdemokra-

tische Gefahr seien aller Augen gerichtet, die ultramontane dagegen werde von wenigen gewürdigt, von manchen aus Mut- und Ratslosigkeit absichtlich übersehen, hie und da sogar in eine Hilfe wider die Sozialdemokratie umgedeutet. Was die ultramontane Bewegung uns abgewonnen, seien Niederlagen des Rechtes und des Gesamtwohls. Seit dem unglücklichen Ausgange des Kulturkampfes habe ein System, an dessen innerer Unwahrheit eigentlich niemand zweifle, unter uns Fortschritte gemacht. „Rom hat den deutschen Staat tief gedemütigt; es darf ungestört daran arbeiten, unser Volk in zwei Teile zu zerreißen; es darf das Heimatland der Reformation mit einem Netz von Missionsanstalten und Ordensniederlassungen immer dichter überspinnen, die Rückberufung einer von Moral und Geschichte gerichteten Gesellschaft als Forderung der Freiheit und Gerechtigkeit auf seine Fahne schreiben, nach unserer Volksschule die Hand ausstrecken und in unsern Grenzgebieten jede fremdsprachliche Bevölkerung gegen unser Volkstum aufreizen; es darf schließlich, wie soeben durch den Mund des Bischofs von Mainz geschehen ist, Kaiser und Volk öffentlich einladen, den evangelischen Glauben zu verleugnen, und es wird für das alles mit immer neuen Rücksichten und Zugeständnissen belohnt.“ Ein tief beschämendes Schauspiel sei es, daß eine in ihrem Oberhaupte, in der großen Mehrzahl der Fürsten und in fast zwei Dritteln ihrer Volkszahl dem evangelischen Bekenntnisse angehörende Nation fortwährend in der Besorgnis schwebe, die Regierung des führenden Staats möchte sich in ihrer Politik auf diese Macht stützen, und die idealen Güter der Nation den äußern Bedürfnissen des Augenblicks zum Opfer bringen. Daran knüpfte der Vorstand die Aufforderung zum Anschluß an den evangelischen Bund für die Sache evangelischer Wahrheit und Freiheit.

Dieser Aufruf an die Evangelischen zum Zusammenstehen erschien gerade, als eine Glaubensfrage die Evangelischen in zwei Lager zu spalten begann. Seit kurzem hatte sich der Streit über den ferneren Gebrauch des apostolischen Glaubensbekenntnisses beim Gottesdienste erhoben und stand nun in Flammen. Die Frage hatte schon 1846, 1872 und 1877 in Preußen gespielt und mit einem Verweis des brandenburgischen Konsistoriums an die Prediger Visco und Hosbach in Berlin geendet. Den Ausgangspunkt für das jetzige Wiederauf-

Leben der Frage bildete das Auftreten des Pfarrers Schrempf in Württemberg (s. dort), der im Januar seiner Stelle enthoben war, weil er den gottesdienstlichen Gebrauch dieses Symbolums mit seinem Gewissen nicht mehr hatte vereinigen können. In Hinblick hierauf lag es begreiflich nicht fern, daß Studierende der Theologie sich mit der Frage beschäftigten, ob sich vermeiden lasse, daß sie sich vielleicht dereinst in gleiche Lage versetzt sähen. Der Professor der Theologie Harnack in Berlin wurde von seinen Schülern angegangen, ob er ihnen raten könne, mit andern preussischen Studierenden der Theologie aus Anlaß jenes Falles den evangelischen Oberkirchenrat um Entfernung des Apostolikums aus der Verpflichtungsformel der Geistlichen und aus dem gottesdienstlichen Gebrauche zu ersuchen. Harnack riet von dem Gesuche ab, im wesentlichen weil Studierende in solchen Fragen überhaupt nicht öffentlich ein Urteil abgeben sollten. Diese Antwort veröffentlichte er anfangs August in der Leipziger Wochenschrift „Die christliche Welt“ und er regte im Anschluß hieran die Frage nach der Geltung und dem Gebrauche des Apostolikums wieder an. Er sprach die Ansicht aus, daß es der evangelischen Kirche ziemen würde, an die Stelle des Apostolikums oder neben es ein kurzes Bekenntnis zu setzen, welches das in der Reformation und in der ihr folgenden Zeit gewonnene Verständnis des Evangeliums deutlicher und sicherer ausdrücke und zugleich die Anstöße beseitige, die dieses Symbol in seinem Wortlaute vielen ernstern und aufrichtigen Christen, Laien und Geistlichen biete. Die Anregung hatte zur Folge, daß sich im Laufe des September und Oktober einige Kreissynoden und Pastoralkonferenzen in der Provinz Brandenburg sowie eine große Anzahl einzelner Geistlichen öffentlich für den andauernden Gebrauch dieses Symbols aussprachen, zum Teil unter Ausdrücken der Gereiztheit. Die Kreissynode der Grafschaft Stolberg-Rosla ersuchte sogar den Oberkirchenrat, diesem Streben „ungläubiger Professoren an unseren Universitäten“ mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Pastoralkonferenz zu Frankfurt a. O. sprach von Unglauben, Unverstand und unerhörtem Verhalten von Professoren der Theologie; der Vorstand der evangelisch-lutherischen Konferenz in der preussischen Landeskirche sagte am 17. September in einer öffentlichen Erklärung, jeder Versuch, das Apostolikum für den kirchlichen Gebrauch zu beseitigen, sei „ein Schlag in das Angesicht der Kirche Christi“ und der

Satz, daß der Sohn Gottes empfangen sei von dem heiligen Geiste, geboren von der Jungfrau Maria, sei „der Eckstein, an welchem alle Weisheit dieser Welt zerbrechen wird“. Diese Kundgebungen hatten wiederum zur Folge, daß am 5. Oktober eine Reihe von evangelischen Geistlichen aus den verschiedensten Teilen des Reichs in Verbindung mit Professoren der Universitäten zu Bonn, Breslau, Gießen, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, Leipzig, Marburg und Tübingen auf ihrer Versammlung in Eisenach die offene Erklärung erließen, sie dächten nicht daran, der Kirche das Apostolikum nehmen zu wollen, bestritten aber, daß dessen Geltung in der Kirche und sein kirchlicher Gebrauch Geistliche und Laien in juridischer Weise zur Anerkennung aller seiner einzelnen Sätze verpflichte. Professor Harnack wies in einer besonderen Schrift die ihm gemachten Vorhalte zurück und suchte insbesondere darzulegen, daß obige Behauptung vom „Eckstein“ dem Urchristentum widerstreite und den Glauben verwirre. Organe der strengkirchlichen und strengkonservativen Partei setzten mit Eifer den Kampf fort, gleichwie wenn darauf ausgegangen würde, der Kirche jene Bekenntnisform zu entziehen; der Berliner „Reichsbote“ insbesondere sprach von Arianismus, und die katholische „Germania“ zog den Streit auf das politische Gebiet; es sei dieselbe Sache wie beim Schulgesetz, auf die Dauer werde man sich der Wahl, Christentum oder Antichristentum, nicht entziehen können, die Scheidung der Geister vollziehe sich unaufhaltsam. Die Aufregung der Orthodoxen setzte sich noch längere Zeit fort; eine Versammlung evangelischer Vereine in Berlin erließ am 13. Oktober nach einer Rede des früheren Hofpredigers Stöcker eine Erklärung des Bedauerns, daß Harnack die Geltung des Apostolikums zu erschüttern suche und entnahm „dem erneuten Ansturm“ die Erkenntnis der die Kirche bedrohenden Gefahren. Auch die Antworten von der andern Seite blieben nicht aus. Professor Ziegler in Straßburg führte in der Berliner „Nation“ aus, vom Besten und Schönsten, was das Christentum uns gebracht, sei in jenem Symbolum keine Rede, dagegen stehe das, was es biete, „fast durchweg mit der modernen Weltanschauung und den Überzeugungen nicht nur der wissenschaftlich Gebildeten in so direktem und schneidendem Widerspruch, daß unsere Zeitgenossen sich nicht mehr daran binden lassen können und dürfen“. Die hessische Landesynode in Kassel erhob sich am 27. Oktober für

das Apostolikum, und zum Schluß ihrer Sitzungen sagten es die Mitglieder im Chor her.

Eine gewisse Pause trat in diesem sehr lebhaft gewordenen Streite ein durch eine große Feier des Reformationsfestes in Wittenberg. Die Ausbesserung und Herstellung der dortigen Schloßkirche, an deren Thür Luther die Thesen angeschlagen hatte, war vollendet, und der Oberkirchenrat verkündigte am 25. September, daß die feierliche Einweihung am 31. Oktober in Gegenwart des Kaisers vollzogen werden solle. Aber bevor wir diesen dort auftreten sehen, haben wir einiges über ihn nachzuholen.

Den Kaiser sahen wir im Herbst einer Reihe von militärischen Vorgängen sich widmen. Die Herbstparade des Gardekorps, die er am 18. August abnahm, gewährte auch diesmal ein glänzendes Schauspiel. Ihm wohnten in kaiserlichen Wagen die Mitglieder einer Abordnung aus Helgoland als Zuschauer bei. Der Kaiser behandelte diese Fischer als seine Gäste und ließ deren Ältesten goldene Uhren verehren. Bei dem an diese Parade sich anschließenden Festmahle brachte der Kaiser einen Trinkspruch auf den Kaiser von Österreich aus, der an diesem Tage sein 62. Lebensjahr vollendete. Dieser ruge, so hieß es in dem Toast, als ein leuchtendes Vorbild militärischer und Herrschertugenden sowie edelster Pflichterfüllung hervor und das Bündnis Deutschlands mit ihm sei der sicherste Hort des europäischen Friedens. Am 2. September war der Kaiser bei Manövern in der Gegend von Pyritz im hinterpommerschen Bezirk Stargard, dann begab er sich über Swinemünde zum Marinegeschwader bei Heringsdorf und ließ dieses nördlich von Rügen manövrieren, während er selbst sich auf dem Admiralschiff „Mars“ befand. Vom 10. bis 12. September war er bei Manövern in der Gegend von Frankfurt a. O. Dann eilte er nach dem Marmorpalais bei Potsdam zurück, wo die Kaiserin seit einiger Zeit wohnte, und hier beschenkte sie ihn am 13. September mit dem siebenten Kinde, einer Prinzessin. Am 15. September wohnte der Kaiser Manövern der 3. Division in der Gegend von Anklam bei, am 18. September besuchte er seine Mutter vor ihrer Reise nach Italien in Homburg und nahm am 23. September behufs Hirschjagden mehrtägigen Aufenthalt im Jagdschloß Rominten in der gleichnamigen Heide unweit der russischen Grenze. Durch Erlaß vom 21. September

sprach er seine Befriedigung über Bildung eines Komitees in Berlin zur Unterstützung der durch die Cholera heimgesuchten Hamburger aus und am 24. September brachte der „Reichsanzeiger“ einen Erlaß des Kaisers, enthaltend den Dank des Kaiserpaares für die aus Anlaß der Geburt einer Tochter ihm zugegangenen zahlreichen Segenswünsche. Prinz Friedrich Leopold und der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, beteiligten sich Anfang Oktober an einem in weiten Kreisen mit großem Interesse verfolgten militärischen Distanzritt zwischen Berlin und Wien. Seiner Trauer über das plötzliche Ableben des Vizeadmirals Deinhard am 6. Oktober gab der Kaiser durch Erlaß an den in Wilhelmshaven kommandierenden General herzlichen Ausdruck. Sein Erlaß vom 7. Oktober mit der Begrüßung an den neugewählten Oberbürgermeister Zelle von Berlin zerstreute die verbreitet gewesenen Gerüchte über seine Abneigung gegen die Wahl eines Liberalen. Am 11. Oktober traf der Kaiser in Wien ein, vom Hofe und der Bevölkerung aufs freundlichste empfangen. Er schritt gleich am Bahnhof die lange Reihe der deutschen „Distanzreiter“ ab, besuchte die Witwe seines Freundes, des Kronprinzen Rudolf, und überreichte nach dem Festdiner in Schönbrunn dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe die Abzeichen des Schwarzen Adlerordens. Folgenden Tags besuchte er mit dem Kaiser Franz Joseph das kunstgeschichtliche Museum, auch besichtigte er die Cholera-Baracke der freiwilligen Rettungsgesellschaft und begab sich am 13. mit dem Erzherzoge Franz Ferdinand zur Jagd auf die Donauinsel „Am Kreuzgrund“. Auf dem Hinterdeck des mit Blumen geschmückten Dampfers war ein prächtiges Zelt für die Jagdgesellschaft aufgeschlagen. Vor seiner Abreise von Wien verlieh der Kaiser dem Erzherzoge Friedrich den Schwarzen Adlerorden. An dem Tage, an welchem sein Vater das 61. Lebensjahr zurückgelegt haben würde, den 18. Oktober, begab sich der Kaiser in der Frühe in die Friedenskirche zu Potsdam und legte am Sarge Kaiser Friedrichs einen Kranz nieder. Um Mittag fand die feierliche Grundsteinlegung für die Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche im Berliner Tiergarten statt. Die üblichen Hammerschläge erfolgten unter dem Gesange des Lutherliedes; auf den Kaiser folgte die Prinzessin Friedrich Leopold im Namen ihrer kaiserlichen Schwester, dann noch eine Reihe von Fürstlichkeiten, der Reichskanzler, die Minister

und viele sonstige hohe Beamte. Von hier begaben sich die Fürstlichkeiten nach Spandau zur feierlichen Enthüllung eines Denkmals, welches die dortigen Bürger dem Kaiser Friedrich errichtet hatten. Dieser ist dargestellt in Kürassier-Uniform, den Helm auf dem Haupte und den Feldmarschallsstab in der Hand. Am Sockel befinden sich Reliefs aus dem Leben des Kaisers und seinen Beziehungen zu Spandau. Am 21. Oktober wurde in Rummelsburg bei Berlin die unter dem Protektorat der Kaiserin vom evangelisch-kirchlichen Hilfsverein erbaute Erlöserkirche geweiht. Die Geistlichkeit und die höchsten Beamten empfingen den Kaiser und die Prinzessin Friedrich Leopold an der Kirchenthür. Ersterer nahm die Kirchenschlüssel entgegen und begab sich unter Vorantritt der Geistlichkeit in das Gotteshaus. Zum 34. Geburtstag der Kaiserin, am 22. Oktober, brachte das Musikkorps der Gardejäger derselben in Potsdam eine Morgenmusik und nachmittags um 5 Uhr fand in der Jaspis-Gallerie des Neuen Palais die Taufe der am 13. September geborenen Kaiser-tochter mit besonderer Feierlichkeit statt. An der Seite des Taufaltars nahm die Kaiserin, umgeben von ihren sechs jugendlichen Söhnen, unter einem rotfarbnetzen, mit dem preussischen Adler geschmückten Baldachin Platz. Auf dem Taufstisch vor dem Altar stand das goldene Taufgerät, das an derselben Stelle zum ersten Male bei der Taufe des Kaisers Friedrich benutzt war. In glänzendem Festzuge nahen die Fürstlichkeiten, darunter als Paten die Großherzogin von Baden, die Prinzessin Friedrich Leopold, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Prinz Leopold, Herzog Karl Theodor in Baiern, Herzog Karl Ferdinand von Schleswig-Holstein-Glücksburg nebst Gemahlinnen und die Großherzogin-Mutter Marie von Mecklenburg-Schwerin. Die abwesenden Paten, nämlich die Königinnen von Großbritannien und Spanien, sowie die Könige von Württemberg und Dänemark ließen sich durch ihre Gesandten vertreten. Die Taufrede hielt der General-superintendent Dryander, umgeben von der ganzen Hofgeistlichkeit Berlins und Potsdams. Die Prinzessin erhielt die Namen Viktoria Luise Adelheid Mathilde Karoline. Hiernach fand im angrenzenden Salon eine Defilierfouren vor der Kaiserin statt, an deren Seite die junge Tochter in der reichgeschmückten Wiege des Hohenzollernhauses lag. Beim Festmahle im Marmorssaale brachte der Kaiser einen Toast auf seine Tochter aus. Im Anschluß daran dankte der Groß-

herzog von Mecklenburg-Strelitz namens aller Paten für die ihnen erwiesene Gunst, feierte die Kaiserin als Geburtstagskind und Taufmutter und hob scherzend hervor, daß die lebhaften Äußerungen der Kaisertochter beim Taufakte wohl Aussicht auf eine erfolgreiche Zukunft böten. Zur Unterbringung der zahlreichen Taufgeschenke dienten mehrere Salons. Eine der herrlichsten Gaben bildete das Blumengebinde, das vom italienischen Königspaar aus Monza gesandt war. Aus Anlaß des Tages wurden einer Anzahl weiblicher Personen, die sich gegen die Strafgesetze vergangen hatten, die verwirkten, noch unvollstreckten Freiheits- und Geldstrafen erlassen. Gegen 400 solcher Personen wurden am Morgen dieses Tages in verschiedenen Landesteilen in Freiheit gesetzt. In den nächsten Tagen wurde mit der Räumung der königlichen Gruft in dem zum Abbruch bestimmten Dome zu Berlin begonnen. Nüchtllich wurden die 88 Särge nach dem Interimtsdom und der Garnisonkirche gebracht. Dem Grafen Emmerich Szechenyi, der aus seiner seit 1879 bekleideten Stellung eines österreichisch-ungarischen Botschafters ausschied, schenkte der Kaiser seine in Marmor ausgeführte Büste. Dessen Nachfolger, v. Szögyenyi, früherer Lehrer des verstorbenen Kronprinzen Rudolf, ward am 23. Oktober mit großer Feierlichkeit in Audienz empfangen.

Nunmehr nahte das Fest in Wittenberg. Der Kaiser hatte schon am 14. Oktober die Stadt mit einem Besuche überrascht. Er fuhr vom Bahnhofe direkt zur Schloßkirche. Beim Eintritt brauste ihm das Lutherlied, von der Orgel gespielt, entgegen. Er war von der Schönheit der Kirche sichtlich überrascht. Besonders gefiel ihm der Altar aus Kalkstein, die eichengeschnitzte Kanzel und der für ihn bestimmte Kaiserstuhl. Dann bestieg er das Orgelchor und ließ, still über die Brüstung gelehnt, einige Minuten den Gesamteindruck der Kirche auf sich wirken. Seine Reise zur Jagd nach Blankenburg am 24. Oktober benutzte der Kaiser wiederum zu einem Abstecher nach Wittenberg, der sich zu einer Art Probe der bevorstehenden Feierlichkeit gestaltete. Als der Kaiser, an der Thür der Schloßkirche vom Minister Boffe begrüßt, diese betrat, wurde er vom Posaunenchor mit der Gluckschen Motette „Hoch thut Euch auf“ empfangen. Der Präsident des Oberkirchenrats verlas dann vor dem Altar den 121. Psalm „Ich hebe meine Augen auf“, worauf der Domchor die Motette „Du Hüter Israels“ anstimmte. Wieder-

holt gedachte in diesen Tagen der Kaiser der Begeisterung, mit der sein Vater die Pläne für den Ausbau der Schloßkirche verfolgt hatte, und wiederholt sprach er sein Bedauern aus, daß es dem Kaiser Friedrich nicht vergönnt ward, den Ehrentag der evangelischen Christenheit zu erleben.

Zur Feier der Einweihung der seit 1883 restaurierten, 1499 erbauten Schloßkirche zu Wittenberg hatte der deutsche Kaiser alle protestantischen Fürsten des In- und Auslandes auf den 31. Oktober eingeladen, den Tag, an dem vor 375 Jahren Luther seine 95 Thesen an die Thür dieser Kirche anschlug. Eine zahllose Menge aus allen Theilen Deutschlands, besonders aus der Provinz und dem Königreich Sachsen hatte sich an diesem Tage in der Lutherstadt eingefunden. Um 11 Uhr traf das Kaiserpaar im Sonderzuge ein. Der Kaiser in der Uniform der Gardes du Corps fuhr in offenem Vierspanner, von vieltausendstimmigem Hurra begrüßt, nach dem Rathause, während die Kaiserin mit dem Kronprinzen, der Prinzessin Friedrich Leopold und der Erbprinzessin von Meiningen sich direkt in die Kirche begab. Vor dem Rathause begrüßte der Bürgermeister den Kaiser. Er wies in dieser Ansprache darauf hin, welch wunderbare Wege Gott das deutsche Volk geführt habe von dem Tage, an dem Kaiser Karl V. in diese Stadt einzog, bis heute. Die Geschichte der Schloßkirche sei mit Recht eine deutsche Reichs- und Kirchengeschichte im verjüngten Maßstabe genannt worden. In seiner Antwort sagte der Kaiser, er wolle halten, was sein Großvater und sein Vater gelobt, und er freue sich, das ausgeführt zu sehen, was sein Vater mit besonderer Liebe erstrebte. Nunmehr begrüßte der Kaiser die erschienenen Fürsten auf der Estrade. Die auswärtigen evangelischen Fürsten waren nicht selbst erschienen, sondern ließen sich vertreten, insbesondere die Königin von Großbritannien durch ihren Enkel, den Herzog von York, der König von Schweden durch seinen Sohn, den Kronprinzen Gustav, die Königin der Niederlande durch ihren Gesandten, der König von Dänemark durch den Prinzen Johann von Glücksburg. Unter den Klängen des Lutherliedes und dem Geläute der Glocken trat der Kaiser den Gang zur Schloßkirche an. Ihm folgten die zahlreichen Fürstlichkeiten und die Vertreter der freien Städte. Nach Ankunft des Zuges an der denkwürdigen Thesenthür betrat der Kaiser die Estrade

des vor ihr errichteten, mit preukischen Adlern geschmückten Zeltes, in dem nun die Übergabe des Schlüssels stattfand. Nach dem Eintritt des Festzugs in die Kirche nahm der Kaiser auf dem erhöhten Chor neben dem Altar Platz, die Kaiserin gegenüber auf der Empore, in der Nähe des Altars die Vertreter der fremden Souveräne, auf beiden Langseiten des Altars die deutschen Fürsten und die Bürgermeister der freien Städte. Von ersteren waren nicht persönlich erschienen: Der König von Württemberg, der auf die Nachricht vom Ableben der Königin Olga die schon angetretene Reise unterbrochen hatte und heimgekehrt war; ferner der Großherzog von Baden wegen Unwohlseins, der Großherzog von Schwerin wegen längeren Leidens, sodann der Herzog von Meiningen und der Fürst von Schaumburg-Lippe. Diese alle aber hatten ihren nächsten Angehörigen gesandt. Die Orgel stimmte an „Komm heiliger Geist“, worauf Generalsuperintendent Schulz die Weiherede hielt. Während des Gebets, mit dem sie endete, kniete mit dem Kaiser die ganze Versammlung nieder. Der Festgottesdienst wurde durch den Gesang des Domchors „Jauchzet dem Herrn alle Welt“ eingeleitet, worauf das Lutherlied die geweihten Hallen erfüllte. Hofprediger Bierregge mahnte in der Predigt zum Festhalten an den Grundsätzen der Reformation im Glauben und Wandel. Hiernach begaben sich alle Fürstlichkeiten und Gäste nach dem Lutherhause, in dessen oberen, einst von Luther bewohnten Räumen der Kaiser die urkundliche Aufzeichnung über den stattgehabten Weiheakt verlas, der dann von allen unterzeichnet wurde. Vor dem Hause war eine Tribüne errichtet, von der aus die Majestäten mit ihren Gästen die von den Bewohnern Wittenbergs und der Umgegend veranstaltete Huldigung eines geschichtlichen Festzugs entgegennahmen. Der Vorübergang währte bei herrlichstem Wetter eine Stunde. Die einzelnen malerisch geordneten Gruppen stellten die in der Geschichte der Lutherstadt besonders merkwürdigen Epochen dar. Vor Auflösung des Festzugs hob der Hofprediger Faber aus Berlin in einer Ansprache hervor, daß dieser Tag dazu angethan sei, die Schmach auszugleichen, die einst der Wormser Reichstag durch die Achtung Luthers auf sich geladen habe, und ermahnte die Versammelten, daß diese Feier wirken solle zur Stärkung des evangelischen Bewußtseins und zum erneuten Wirken im alten evangelischen Geiste. Es folgte in den oberen Sälen des Lutherhauses

eine Frühstückstafel von 450 Bedecken, wobei der Kaiser eine längere Ansprache hielt. Er begann also:

„Im dankbaren Aufblick zu Gott dem Herrn, der Uns in Seiner Gnade das heutige Fest bereitet, erhebe Ich den Pokal, den die Stadt Wittenberg dem Reformator Dr. Martin Luther zu seiner Hochzeit im Jahre 1525 dargebracht hat. Es war dies die Zeit, zu welcher die Reformation in den deutschen Landen bereits festen Fuß gefaßt hatte. Wittenberg, die Wiege und Werkstatt der deutschen Reformation, ward reich an Ruhm und Ehren. Kein Wunder, daß bei dem Herannahen der 400jährigen Wiederkehr des Geburtstages Luthers die Augen der evangelischen Welt sich abermals hierher nach Wittenberg lenkten und der Gedanke Gestalt gewann, die Schloßkirche, welche die Stätte der ersten reformatorischen That gewesen und in der neben den irdischen Überresten der ersten Schirmherren der evangelischen Kirche die Gebeine Luthers und Melancthons ruhen, würdig wiederherzustellen.“ Dann berührte der Kaiser, was seine beiden Vorgänger zu diesem Zweck gethan und fuhr also fort: „Uns aber, dem lebenden Geschlechte, soll die erneute Schloßkirche nicht nur ein Zeichen der Erinnerung sein an vergangene Zeiten, sondern sie ist und bleibt Uns eine ernste Mahnung für Gegenwart und Zukunft. Denn sie ist Uns der beredte Ausdruck des Segens, den Gott Uns durch die evangelische Kirche geschenkt hat und täglich aufs neue darreicht. Diesen Segen nicht verkümmern zu lassen, ihn dankbaren und gläubigen Herzens zu bewahren und zu pflegen, ist Unsere Aufgabe. Denn auf dem gläubigen Festhalten an der ewigen Wahrheit des Evangeliums ruht unsere Hoffnung im Leben und im Sterben. Wir haben Unseren Glauben heute vor Gottes Angesicht aufs neue bekant und wir vergessen es nicht, daß dieses Bekenntnis Uns auch heute noch mit der gesamten Christenheit verbindet. In ihm liegt ein Band des Friedens, welches auch über die Trennung hinüberreicht. Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Überzeugung des Herzens, und die Erkenntnis, daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation. Wir Evangelischen befehlen niemand um seines Glaubens willen. Aber wir halten fest an dem Bekenntnisse des Evangeliums bis in den Tod. Das ist Meine Zuversicht, Mein Gebet und Meine Hoffnung. Darin bestärkt Mich der Geist,

der diese Festversammlung sichtlich durchweht.“ Den Schluß der Festlichkeiten bildete die Aufführung des Herrigischen Lutherfestspiels. Zur Erinnerung an die Feier ließ der Kaiser eine Denkmünze herstellen.

Die kaiserliche Rede in Wittenberg enttäuschte Diejenigen, die eine derbe Zurückweisung der ultramontanen Kundgebungen erwartet hatten, und es gab Stimmen, die des Kaisers „vorsichtiges Vermeiden von allem, was das Zentrum und die katholische Kirche hätte verletzen können“, ungerne vermerkten; enttäuscht fühlten sich auch alle, die bei dieser Gelegenheit einen Ausspruch „gegen Harnack“ erhofft hatten; im ganzen aber wirkte der friedliche Charakter der Rede befriedigend, und wenn darin auch eine Festhaltung am Apostolikum erblickt werden konnte, so zeigten sich doch weite Kreise durch die Entschiedenheit des Auftretens gegen Glaubenszwang beruhigt. Auf katholischer Seite erkannte man an, daß der antikatholische Charakter der Feier wenig hervorgetreten sei, unverkennbar war aber gleichwohl hier ein Unbehagen über die bloße Thatsache dieser Feier; eins der größten katholischen Blätter meinte, die lutherische Reformation sei in ihrem naturgemäßen Niedergang „bei ihrer Götterdämmerung angekommen“ und vergeblich wende man sich an Luthers Geist, um die ungläubig gewordene protestantische Welt zurückzuführen. Die römische »Voce de la verita« griff sogar den Kaiser an, weil er einen „Rebellen und Deserteur“ verherrlicht habe; zum Glück stehe aber heute der Papst als Triumphator da, während der Protestantismus längst tot sei. Die Bewegung bezüglich des Apostolikums erhielt am 25. November einen formellen Abschluß durch einen Erlaß des Oberkirchenrats an die Generalsuperintendenten, den auch der evangelische Feldprobst den evangelischen Militärgeistlichen zugehen ließ. In dem Erlasse war beklagt, daß durch Harnacks Antwort an Studierende bei vielen evangelischen Geistlichen und in weiten Kreisen des evangelischen Volks eine tiefe Beunruhigung hervorgerufen sei, indem man durch jene Äußerungen „den Vollbestand des Christenglaubens, insbesondere auch die zum Grundbestande gehörige Lehre von der Menschwerdung des Sohnes Gottes für gefährdet erachtet.“ Gegenüber diesen Befürchtungen wurde auf „die erhebende Bekenntnisthat“ des Kaisers in Wittenberg hingewiesen, wonach „auch das Glauben an den Mensch gewordenen Gottessohn, als dem gemein-

samen Bande der christlichen Kirche, zu schlichtem, aber bestimmtem Ausdruck gebracht ist" und in den weitesten Kreisen des evangelischen Volks lauten Wiederhall gefunden habe. Übrigens bestehe der Satz „Empfangen vom h. Geist" u. s. w., nach dem Urteil zahlreicher hervorragender Vertreter der theologischen Wissenschaft, „noch immer die Probe der Wahrheit." Eine Entfernung des Apostolikums aus dem gottesdienstlichen Gebrauche oder auch nur eine Freigebung an die Willkür der Einzelgemeinde würde das Rechtsbewußtsein der landeskirchlichen Gemeinde verletzen. Durch diesen Abschluß der Frage war es den streng Konservativen benommen, sie fernerhin politisch zu verwenden. Über den Wert der Bekenntnisformeln vom echt christlichen Standpunkt sprach sich der Prediger v. Soden in Berlin in einer Schrift „Und Frieden auf Erden" in einer für beide Streittheile beherzigenswerten Weise aus.

Neben den kirchlichen Fragen wandte sich die öffentliche Aufmerksamkeit im Herbst vornehmlich dem in Aussicht stehenden Plane der Regierungen wegen abermaliger Vermehrung des deutschen Heeres zu. Je näher die Zeit der parlamentarischen Tagungen wieder heranrückte, um so dringlicher machte sich der Wunsch nach baldiger Kenntnis dieses Planes geltend. Seit Ende September wurden in der Presse aller Parteien die hierbei vermutlich in Betracht kommenden Fragen aufs lebhafteste besprochen, namentlich unter Berücksichtigung des Falles, daß sich im Reichstage eine Mehrheit aus den Parteien zusammenfinden könne, die beim preußischen Schulgesetze gescheitert waren. Die Besprechungen drehten sich vor allem um die Frage, ob Deutschland überhaupt eine höhere finanzielle Leistung für militärische Zwecke vertragen und wie weit die Einführung der zweijährigen Dienstzeit möglich sein werde. Als nun im Anfang Oktober die Militärvorlage vom Reichskanzler dem preußischen Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme zugeht, wurde in der ganzen politischen Presse die Frage behandelt, ob nicht vielmehr in erster Linie dieses Staatsministerium zur sachlichen Prüfung berufen gewesen wäre. Man wollte von einem Zwiespalt zwischen ihm und dem Reichskanzler wissen, sprach auch wohl schon von einer „Krisis", einem Gegensatze zwischen diesem und dem Ministerpräsidenten Graf Eulenburg und begann einen Unterschied zwischen dem Kaiser und dem König von Preußen zu machen.

Nachdem dann die „Nordd. Allg. Ztg.“ Ausführungen von offenbar kundiger Seite gebracht hatte, wonach die Regierungen die zweijährige Dienstzeit aus politischen Gründen angenommen hätten, wurde das Verlangen nach Veröffentlichung des Entwurfs immer größer und die „Köln. Ztg.“ sprach am 23. Oktober von Geheimnisfrämerei, aber folgenden Tags veröffentlichte sie den Entwurf.

Der Gesetzentwurf setzte die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 auf 492068 Mann als Jahresdurchschnittsstärke fest, während sie jetzt 486983 Mann einschließlich der Unteroffiziere beträgt. Die Infanterie soll in 711 Bataillone statt bisher 538; die Kavallerie statt in 465, in 477 Eskadrons; die Feldartillerie, statt in 434, in 494 Batterien; die Fußartillerie, statt in 31, in 37 Bataillone; die Pioniere in 24, statt bisher 20 Bataillone; die Eisenbahntruppen in 7, statt in 5 Bataillone eingeteilt werden, der Train wie bisher 21 Bataillone haben. Der Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen werden. In der Begründung wurde betont, daß eine gesetzliche Regelung nötig ist, weil die 1890 getroffene letzte Regelung nur bis zum 1. April 1894 Geltung hat. Dann heißt es, die militärische Lage habe sich zu Ungunsten Deutschlands verschoben; unser Übergewicht sei geschwunden, weil wir in der allgemeinen Militärpflicht von den Nachbarn überholt seien; zur Bewahrung unserer Sicherheit ergebe sich als einziges Mittel die volle Ausnutzung unserer nationalen Wehrkraft. Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die alle wirklich Diensttauglichen aufnimmt. Zu erreichen sei dies nur durch Verkürzung der aktiven Dienstzeit. Das sei kein Bruch mit der Vergangenheit, denn grundsätzlich solle die dreijährige Dienstzeit erhalten werden, für durchführbar werde aber eine kürzere Dienstzeit bei den Fußtruppen gehalten insofern durch die Organisation die Sicherheit geboten werde, die Ausbildung intensiver zu gestalten als bisher. Infolge dessen müßten die Kadettenkorps, die Unteroffizierschulen- und Vorschulen erweitert, die Kapitulantelöhne erhöht und ein Kapitulanten-Handgeld eingeführt werden; die Ausbildung der

Erjakreservisten im heutigen Sinne falle fort. Bei einem künftigen Rekrutenbedarf von rund 235 000 Mann werde Deutschland, unter Zurechnung von 9000 Freiwilligen, in 24 Jahrgängen bezüglich der Zahl der ausgebildeten Mannschaften und nach Abzug von 25 Prozent Ausfall, Frankreich um etwas überflügeln, das an der äußersten Grenze der Heranziehung seiner Wehrfähigen angelangt sei, und hinter Rußland nicht mehr erheblich zurückbleiben. Die einmaligen Ausgaben waren in dem Entwürfe auf 66 800 000 Mk. angegeben, die dauernde Jahreserhöhung auf 64 Millionen Mk.

Diese Bestimmungen wurden von der Presse und von Versammlungen der verschiedensten Parteien in allen Teilen des Reichs eingehend erörtert. Man zeigte sich zwar im allgemeinen wiederum bereit zu allen für die Verteidigung des Vaterlands nötigen Opfern, hatte aber manche erhebliche Zweifel zu erheben. Wie soll, hieß es, auf einmal das Offiziercorps um $10\frac{1}{2}$, das Unteroffiziercorps um $16\frac{1}{2}$ Prozent verstärkt werden können, während jetzt schon die Ergänzung auf Schwierigkeiten stößt? noch unklarer sei es, wie ohne Schädigung der Ausbildung mit der vorgeschlagenen Vermehrung des Ausbildungspersonals eine so erhebliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und der Kadres durchgeführt werden solle. Auch glaubte man vielfach, die Kosten würden noch weit mehr betragen als angegeben war. Im ganzen fand der Entwurf in der Bevölkerung keine gute Aufnahme, insbesondere auch nicht in der Zentrumsparthei. Von deren Hauptorganen nannte das eine den Entwurf einen Sprung ins dickste Dunkel und ein anderes bezeichnete ihn als gänzlich aussichtslos, weil die ganze Lage unheilbar verfahren sei. War doch auch 1890 von Windthorst der Reichstagsbeschluß beantragt, wodurch die damalige Heeresvermehrung in der Erwartung genehmigt wurde, daß von den auf Heranziehung aller Waffenfähigen gerichteten Plänen Abstand genommen werde und daß eine abermalige Armeevermehrung ohne Berücksichtigung dieser und anderer Forderungen „schlechterdings nicht eintreten“ könne. Zu alledem legte noch Fürst Bismarck sein Wort gegen den Entwurf in die Waagschale. In einer Unterredung mit dem Rechtsanwalt Blum aus Leipzig sprach er sich am 30. Oktober in Barzin dahin aus, gerade die erste Voraussetzung für den Entwurf sei nicht vorhanden, nämlich die Notwendigkeit. Höchst unwahrscheinlich sei es, daß wir gleichzeitig den

Krieg an zwei Fronten zu führen haben würden. „Und warum diese ungeheure Friedenspräsenzstärke?“ Auf gute Führung, überlegene Taktik komme es wie bisher an; diese könne durch ungeheure Vermehrung der Heere nicht gewährleistet werden; mit der jetzigen Heeresstärke könnten wir bei richtiger Führung sehr wohl sogar an zwei Fronten erfolgreich operieren. Die Kriegsgefahr sei jetzt nicht dringlicher als 1888 und der Krieg werde, wenn überhaupt, keinesfalls vor 2 bis 3 Jahren ausbrechen. Jede Monarchie in Frankreich sei für den Frieden mit Deutschland gefährlicher als die Republik und daß die jetzigen dortigen Machthaber nicht an Krieg dächten, gehe am deutlichsten daraus hervor, daß sie den päpstlichen Segen für die Republik erbeten und erhalten hätten. In Rußland werde nur von der Presse, den Juden und vor allem von den Polen zum Kriege gehetzt, Rußland sei aber, ganz abgesehen von seiner Hungersnot, Choleraverheerungen und Finanzlage, für wenigstens drei Jahre am Kriege verhindert, weil es eher seine Ausrüstung mit dem neuen Gewehr und Pulver nicht vollendet habe. Die zweijährige Dienstzeit, durch welche die Militärvorlage schmachhaft gemacht werden solle, bezeichnete Fürst Bismarck als „höchst bedenklich“ und er verwies darauf, wie unerschütterlich fest der alte Kaiser Wilhelm, Moltke und Roon an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten hätten. Künftig würden die dreijährig Gedienten bei den Rekruten im Ansehen der früheren „Strafbaiern“ stehen. Als die richtige Lösung der Frage bezeichnete der Fürst eine Vereiterklärung des Reichstags, wirklichen Mängeln der Heeresverhältnisse abzuhelpen, sobald man ihm die richtigen Quellen nachweise, aus denen die Mehrbedürfnisse ohne unerträgliche Belastung der Einzelstaaten genommen werden könnten. Im Reichstag, sagte der Fürst, würde er nicht ohne äußerste Not erscheinen. Dessen Mehrheit würde sich keineswegs um ihn scharen, vielmehr ihn meiden, wie einen Pestkranken, auch möchte er nicht gern als Offizier dem Ministerium Opposition machen.

Durch diese Ausführungen wurde die öffentliche Aufmerksamkeit um so mehr aufs neue auf den Fürsten Bismarck gelenkt, als er einige neue und geschichtlich interessante Mitteilungen daran knüpfte. Er kam auf die Gründe, die Preußen 1866 bewogen, das Königreich Sachsen in vollem Umfange fortbestehen zu lassen. König Wilhelm sei geneigt gewesen, ein Stück von Sachsen, aber

auch nur ein Stück von Hannover und Kurhessen zu nehmen; für Bismarck sei aber die Frage nach der Bundestreue der betreffenden Fürsten entscheidend gewesen. Diese Treue wäre nur vom ehrwürdigen Könige von Sachsen zu erwarten gewesen; zudem hätte, wenn Sachsen einverleibt wäre, von einem norddeutschen „Bunde“ eigentlich nicht mehr die Rede sein können, denn es hätte alsdann nur ein sehr großes Preußen einer Anzahl Kleinstaaten gegenübergestanden; auch wäre die französische Kriegslust sowie Österreichs Neigung, noch einmal die Waffen gegen Preußen zu erheben, bei weitem größer gewesen, wenn Sachsen annectiert wäre. Graf Karolhi habe für diesen Fall sogar Österreichs Fortsetzung des Krieges in Aussicht gestellt. Aus diesen Gründen sei in Nikolsburg die Zusage wegen Sachsens erteilt. Weiterhin sprach sich der Fürst gegen Mitteilungen im Novemberheft der „Deutschen Revue“ aus. Darin war ihm vorgeworfen, er habe im Frühjahr 1875 den Krieg mit Frankreich geplant und sei nur durch das Machtwort Kaiser Wilhelms davon abgehalten; für Deutschland sei dies aber verhängnisvoll geworden, weil die Einmischung Rußlands zur Erhaltung des Friedens dieses und Frankreich genähert habe. Darauf erwiderte der Fürst, Frankreich sei damals so schwach gewesen, daß beim Erheben des Kriegsgeschreies die französischen Generale, nach amtlichen Versicherungen, offen erklärt hätten, sie würden sich im Felde gar nicht stellen, um die Frivolität des deutschen Angriffs vor aller Welt zu beweisen. „Ich habe nun,“ so fuhr der Fürst fort, „immer den Beginn eines Krieges, den wir anders als gezwungen und gedrungen aufnahmen, für eine Nachlosigkeit gehalten und dieser Empfindung entsprechend gehandelt;“ dagegen sei Molke und der Generalstab von der Ansicht ausgegangen, Frankreich wolle ja doch einmal den Krieg, also müsse man ihm zuvorkommen, so lange es noch unvorbereitet sei. Auf Umwegen und nach einigem Widerstreben des Kaisers habe der Fürst dann erreicht, daß dem Generalstab bedeutet sei, er habe sich nicht in die auswärtige Politik zu mischen. Völlig unwahr sei, daß er damals Herrn v. Radowiz nach Petersburg geschickt habe, um Rußlands Neutralität in einem deutschen Angriffskriege wider Frankreich zu erbitten, sondern Radowiz habe dort nur dahin wirken sollen, daß der russische Reichskanzler nicht ferner die deutsche Botschaft und Militärvertretung in Petersburg benutze,

um auf preußische Kosten Telegraphenauslagen für seine Tasche zu sparen. Fürst Gortschakow habe sodann durch den französischen Botschafter v. Gontaut-Biron in Berlin die Friedensliebe des Fürsten Bismarck in den ihm wenig geneigten Kreisen der Kaiserin Augusta und des Zentrums zu verdächtigen gesucht. Als der Fürst sich darauf bei einer Zusammenkunft mit dem Zaren über Gortschakow beschwert, habe jener erwidert: „Aber Sie wissen doch, daß er vor Eitelkeit toll ist.“ Hiernach habe es in einem russischen Rundschreiben geheißt: „Jetzt ist der Frieden gesichert.“ Das Vertrauen, welches Fürst Bismarck beim Zaren Alexander II. genossen, habe Rußland zum Dreikaiserbündnis geführt. Er habe den drei hohen Herren bei ihren Zusammenkünften jedesmal mit Erfolg vorgestellt, daß sie im monarchischen Interesse gegen die Revolution unendlich viel mehr Gemeinsames zu verteidigen hätten, als sie getrennt durch Einzeleroberungen gewinnen könnten. Erst seit dem Berliner Kongreß datiere der Deutschenhaß und die Kriegsbegehr in einem Teile der russischen Presse. Die Feinde des Friedens mit Deutschland seien aber in Rußland nur die Juden, namentlich die Polen. Deren ganze Hoffnung sei ein Krieg mit Deutschland, bei dem Rußland den kürzeren ziehe und das polnische Reich wiedererstehen solle. Nach den ferneren Berichten Dr. Blums sprach sich Fürst Bismarck auch über den deutsch-englischen Vertrag bezüglich Deutsch-Ostafrikas und Helgolands aus. Er würde diesen Vertrag niemals geschlossen haben; Sanibar sei bereits halbdeutsch gewesen, als es den Engländern überlassen wurde, und Helgoland sei eher eine Last und Schwäche für Deutschland in einem Kriege mit Frankreich, denn diesem sei die Insel in englischen Händen als Kohlendepot verschlossen gewesen. Die Verwaltung Wisemanns in Ostafrika sei viel besser als die v. Sodens gewesen. Über den Berlin-Wiener Distanzritt sprach sich der Fürst abfällig aus, eine solche Leistung komme im Felde garnicht ernsthaft in Frage. Was den Rücktritt v. Schlözers vom Posten eines preußischen Gesandten beim Vatikan betrifft, so bemerkte der Fürst, daß ein Grund für dessen unfreiwillige Entfernung nicht angegeben sei; es sei die Maßregelung eines der tüchtigsten und verdienstvollsten Diplomaten. An dem kürzlich verstorbenen Lothar Bucher habe der Fürst viel verloren, und resigniert habe er gesagt: „Meine wirklichen Freunde gehen

mir im Tode voraus und diejenigen, die meine Freunde zu sein behaupten, wenden sich vor mir ab.“

Alle diese Äußerungen des Fürsten Bismarck riefen in der Presse wiederum äußerst lebhafteste Erörterungen hervor. Seine Gegner nahmen besonders Akt von einer nebensächlichen Bemerkung. Er hatte zum Herausgeber der Berliner „Zukunft“, Herrn Harden, geäußert, er habe 1870 die dem Kriege vorausgehende Depesche des Königs aus Ems vor ihrer Veröffentlichung durch Streichung geändert, und daß Moltke und Roon, die gerade anwesend gewesen, sich beifällig darüber geäußert hätten, ersterer mit den Worten: „Erst war es Chamade, jetzt ist es Fanfare.“

Über diese Aussagen fielen alsbald alle Gegner des Fürsten gierig mit dem Hinweise her, nun habe er selbst endlich eingestanden, daß er 1870 den Krieg hervorgerufen, also Eroberungspolitik verfolgt habe. Katholische und sozialdemokratische Blätter sprachen von einer nach dem Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel“ vom Fürsten vorgenommenen Fälschung, und die französische Presse fiel erst recht in diesen Ton ein. Dagegen machten sich vieler Orten die Freunde des Fürsten und der geschichtlichen Wahrheit daran, durch richtige Hervorhebung der feststehenden Thatsachen öffentlich zu beweisen, daß der Krieg, wie er von Frankreich gewollt, nicht habe vermieden werden können. Unwiderleglich wurde festgestellt, daß Graf Bismarck erst durch die am 13. Juli 1870 nachmittags in Berlin eingetroffene Depesche des Königs aus Ems die Überzeugung gewann, eine Beilegung des Zwists sei unmöglich und im Interesse der verletzten Ehre Deutschlands auch nicht mehr wünschenswert. Und wenn, so bemerkten die „Hamburger Nachrichten“, Graf Bismarck damals durch Veröffentlichung der Depesche, in der er nach der Ermächtigung des Königs eine Streichung vorgenommen, darauf hingewirkt habe, die Franzosen bis zur vollen Übernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so habe er sich um Deutschland wohl verdient gemacht; ohne die französische Kriegserklärung und den Krieg würde Deutschland sich vor den französischen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen haben und in eine ähnliche, nur schlimmere Lage geraten sein, wie sie 1850 als das Ergebnis von Olmütz erschien. Alle diese Klarlegungen waren den bismarckfeindlichen Blättern sichtlich sehr unerwünscht; der

ultramontane „Westfälische Merkur“ sagte sogar, der Fürst scheine jetzt seine damalige Fälschung für eine Großthat zu halten, „ein trauriger Mangel an Gewissen und Schamgefühl, eine arge Rücksichtslosigkeit gegen das Andenken Kaiser Wilhelms I.“ verrate sich da. Und nun gar die französischen Blätter! Die Entdeckung der angeblichen Fälschung erschien auch ihnen so wertvoll, daß sie dieselbe sich durch bloße Gegenbeweise nicht wieder rauben lassen wollten, ungeachtet sogar General Trochu auf diesen Lärm hin aus seiner Zurückgezogenheit mit dem ehrlichen Zeugnis hervorgetreten war, daß man damals in St. Cloud den Krieg gewollt habe. Zum Überfluß kam einige Zeit später von französischer Seite ein Bericht über neuere Äußerungen des Fürsten Bismarck. Der Journalist des *Hour* veröffentlichte im Pariser „*Matin*“ vom 11. Dezember seine neuerdings mit dem Fürsten stattgehabte Unterredung. Dieser habe geäußert, er hätte niemals geglaubt, die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron könne zu einem Kriege führen; erst nach der Sitzung des gesetzgebenden Körpers in Paris habe er eingesehen, daß Frankreich den Krieg wolle; er wäre aufgebracht gewesen dadurch, daß Beneditti in Ems direkt mit dem Könige verhandelte, und durch den Brief, dessen Unterzeichnung der deutsche Botschafter in Paris dem Könige habe auferlegen wollen. Die Abberufung des Botschafters sei nur wegen des von diesem begangenen Fehlers erfolgt, es habe kein Abbruch der Beziehungen sein sollen. Die Redaktion der Depesche habe er geändert, wie es sein Recht gewesen, aber ohne ein unwahres Wort hinzuzufügen und die Redaktion habe die Zustimmung des Königs gefunden. Weiterhin enthielt der Bericht des *Hour* Äußerungen des Fürsten zu gegenwärtigen Verhältnissen. Er glaube, in einem Kriegsfalle würde Rußland sich sofort südwärts wenden; für Deutschland könne es nur angenehm sein, wenn ein Seitenstoß vermieden und Rußland im Orient mit den Engländern handgemein würde; darum würde Deutschland im Falle eines deutsch-französischen Krieges Rußland am Balkan freie Hand lassen. Allen kolonialen Erfolgen Frankreichs würde Deutschland Beifall spenden und eine Einigung beider Länder wäre bei Bekämpfung des internationalen Sozialismus möglich.

Die Erörterungen der Presse über den Militärplan der Regierung erhielten durch die Bemerkungen, die Fürst Bismarck hierüber und

zur auswärtigen Politik zu Dr. Blum gethan, erhöhte Lebhaftigkeit. Daß eine solche Autorität die Vorlage für unnötig halte und dieses Wort beizeiten dazwischen werfe, schien zu ungunsten des Plans auf weite Kreise tiefen Eindruck zu machen. Eine Verringerung schienen dessen Aussichten auch von einer Seite zu erfahren, von der man es nicht erwartet hatte. Das „Militär-Wochenblatt“, amtliches Organ der preußischen Militärverwaltung, veröffentlichte Anfang November Aufsätze über den „Zukunftskrieg und die öffentliche Meinung“, die den Zustand des deutschen Heeres in einer Aufsehen erregenden Weise kritisierten; insbesondere war angedeutet, daß die deutsche Landwehr sich im Kriege vielfach nicht so wie es sollte benommen hätte. Äußerungen wie die, daß ein verheirateter, wohlbelebter Landwehrmann sich seiner Familie erinnere und eine gute Deckung weniger leichten Herzens verlasse, um vorwärts zu stürmen, wie ein junger Linien Soldat, erregten Unmut und riefen Zurückweisung in der Presse fast aller Parteien hervor. „Allzu scharf macht schartig“, sagte die „Post“ zu solcher Befürwortung der Militärvorlage. Die „Kreuzzeitung“ bedauerte die „köstliche Verlockung für unsere Nachbarn“, die darin liege, daß das „Militär-Wochenblatt“ zu beweisen suche, wir würden bei jeder Art Frontstellung, bei jeder Kombination mit oder ohne Dreibund, mit oder ohne Rußland Schläge bekommen. Sehr beachtet wurde der Einspruch der amtlichen „Karlsruher Zeitung“ gegen jene Beurteilung der Landwehr, die mit den Erfahrungen des Großherzogs von Baden in Widerspruch stehe. Als sodann in einigen Blättern Details über neuerdings massenhafte Verschiebungen russischer Truppen gegen Westen und über die großen Aufwendungen Frankreichs auf Verstärkung seiner Festungswerke veröffentlicht wurden, rief nicht nur die „Freisinnige Zeitung“ „Bangemachen gilt nicht!“ sondern auch die „Konservative Korrespondenz“ warnte wegen des moralischen Eindruckes inner- und außerhalb des Landes vor zu großer Schwarzmalerei. Auch die parlamentarischen Aussichten des Militärplans schienen sich zu verdüstern. Anscheinend unter dem ungünstigen Eindruck, den er in der Bevölkerung hervorgerufen, begann gerade diejenige Partei sich immer mehr von dem Plane abzuwenden, von der man bisher angenommen hatte, daß sie für ihn den Ausschlag geben werde. Die Organe der Zentrumsparthei nahmen seit dem 9. November entschieden Stellung

dagegen. Die „Germania“ schilderte die Militärvorlage als totale Mißachtung der von Windthorst beantragten Erklärungen des Reichstags, und eine Reihe katholischer Blätter sagten unter der Überschrift „Was ist uns Capriivi?“, die Erhaltung des Reichskanzlers im Amte scheine für die Zentrumsparthei nicht den Wert zu haben, daß sie ihretwegen für eine so ungeheure Vorlage stimmen könne, zumal damit wahrscheinlich die Existenz des Zentrums und seine Eintracht aufs Spiel gesetzt wäre. Die gleiche Entschiedenheit trat in der freisinnigen Partei hervor. Der Abg. Richter entwickelte bei der Feier des 25jährigen parlamentarischen Jubiläums von Virchow und Parisius in Berlin ein Programm, wonach es endlich an der Zeit sei, in den Mehrbelastungen des Volks einen Strich zu machen und in den bevorstehenden Kämpfen das Ansehen des Reichstags zu wahren. In der Bevölkerung Süddeutschlands trat ein starker Widerstand gegen die Militärvorlage hervor, wemgleich eine Reihe von Versammlungen in Württemberg sich für Bewilligung des Notwendigen aussprach.

Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommenen wichtigen und umfangreichen Fragen der Gesetzgebung wurde der preußische Landtag, statt wie gewöhnlich zum Januar, schon zum 9. November berufen. Die Eröffnung erfolgte diesmal nicht vom Throne, sondern durch den Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg. Die von ihm im Rittersaale des Berliner königlichen Schlosses verlesene Ansprache befaßte sich fast nur mit den neuen Vorschlägen zur Fortführung der 1890 begonnenen Steuerreform. In der Finanzlage des Staates sei eine Wendung zum Besseren noch nicht eingetreten. Der aus Mehrausgaben bei den Staatsbahnen entstandene Fehlbetrag von 42 Millionen für das Jahr 1891—92 solle durch eine Anleihe gedeckt werden, auch für 1892—93 stehe ein günstiger Abschluß nicht bevor wegen Rückgangs der Staatseisenbahn-Einnahmen infolge der durch die Cholera ungünstig beeinflussten wirtschaftlichen Verhältnisse. In dem in Vorbereitung befindlichen Etat für 1893—94 mußten daher alle Ausgaben besonders vorsichtig veranschlagt werden, insbesondere die Fortführung der Beamtenaufbesserung noch ausgesetzt bleiben, nur für die mittleren Beamtenklassen könne einiges geschehen. Der Hauptberatungsgegenstand bilde der Abschluß der begonnenen Umgestaltung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens.

Der Plan bezwecke, unter Beseitigung der unbilligen und ungleichen Vorbelastung der Grundbesitzer und Gewerbetreibenden und unter stärkerer Heranziehung des vererblichen Besitzeinkommens im Gegensatz zum Arbeitseinkommen, die staatlichen Steuerlasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu verteilen, den Gemeinden neue Steuerquellen zu eröffnen und dadurch sowie durch geeignete gesetzliche Bestimmungen zu einer gerechteren Verteilung der Gemeindelasten, unter wesentlicher Beschränkung der Zuschläge zur Einkommensteuer, zu gelangen. Dabei werde auf die Verbesserung der Lage der Volksschullehrer und auf die Erleichterung der Schullasten der Gemeinden Bedacht genommen, auch würden Vorschläge zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes, jedoch in beschränktem Umfange, und zur Reform des Wahlrechts gemacht werden. Beide Kammern wählten alsbald ihre bisherigen Präsidien wieder. Die Parteien erschienen im Abgeordnetenhaus in folgender Stärke: 124 Konservative, 64 Freikonservative, 82 Nationalliberale, 96 vom Zentrum, 26 Freisinnige, 14 Polen und 12 Wilde; 13 Mandate waren erledigt. Am 10. November legte der Ministerpräsident mit einer erläuternden Ansprache drei Gesetzentwürfe zur Steuerreform nebst einer Denkschrift vor. Die Entwürfe betreffen die Aufhebung direkter Staatssteuern, die Einführung einer Ergänzungssteuer und die Regelung der Kommunalsteuer. Nach ersterem Entwurfe sollen die Grund- und Gebäudesteuer sowie die Gewerbe- und Betriebssteuer gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt, die Bergwerksabgaben aufgehoben, erstere hinfort vom Staate für die Zwecke der kommunalen Besteuerung veranlagt und verwaltet werden. Der Verzicht des Staates auf diese Steuern wird für notwendig gehalten behufs Beseitigung der außerordentlich ungleichmäßigen Belastung im gegenwärtigen Steuersystem. Das Gesetz, betreffend die Überweisung von Beträgen, die aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände, soll außer Kraft treten. Ersatz für den Wegfall der 101 730 000 Mk. betragenden Realsteuern soll der Staat finden erstlich in den Ersparnissen aus der Aufhebung letzteren Gesetzes, ferner im Fortfall von Gebühren bei der Erhebung von Steuern und bei der Einkommensteuerveranlagung, denn künftig soll die Staatseinkommensteuer von den Gemeinden ohne Inanspruchnahme von Prozentsätzen für die Veranlagung unentgeltlich besorgt werden. Drittens

soll die Deckung gefunden werden in dem Mehrertrage, welchen die Einkommensteuer in Folge des Gesetzes von 1890 erbracht hat. Die Deckungsmittel aus diesen drei Quellen sind auf 66 940 000 Mk. berechnet; für die übrigen 34 790 000 Mk. soll Ersatz gefunden werden in einer „Ergänzungssteuer“. Hiernach soll von dem seiner Natur nach zur Produktion bestimmten Vermögen, möge es in Grundbesitz, gewerblichem Anlage- und Betriebskapital oder sonstigem Kapitalvermögen bestehen, eine Steuer von $\frac{1}{2}$ von Tausend, berechnet nach dem Verkaufswert zur Zeit der Veranlagung, erhoben werden. Mobilien soll ausgeschlossen sein. Der Steuer sollen Personen nicht unterliegen, deren steuerbares Vermögen den Wert von 6000 Mk. nicht übersteigt oder deren steuerpflichtiges Einkommen nicht mehr als 900 Mk. beträgt. Endlich bildet das Kommunalabgabengesetz eine neue Rechtsordnung, welche eine sachgemäße Bewirtschaftung der Steuerquellen durch die Gemeinden feststellt.

Dieser Steuerreformplan wurde in der Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Man konnte nicht umhin, ihn als logisch zu bezeichnen und anzuerkennen, daß er zum Teil längst Erstrebtes enthielt. Die „Kreuzzeitung“ sagte, der Plan sei nach großen Gesichtspunkten einheitlich gedacht und durchgearbeitet, und die demokratische „Frankfurter Zeitung“ gab zu, daß er aner kennenswerte sozialpolitische Ziele zweckmäßig anstrebe. Andererseits machte sich ein Mißbehagen geltend, da es schien, als sei die Entwicklung der Finanzlage Preußens mit den nächstens im Reichstage in Aussicht stehenden Mehrforderungen nicht in Einklang zu bringen. Die neue Vermögenssteuer war es vor allem, was vielfach mit ungünstigen Augen angesehen wurde. Die „Freisinnige Zeitung“ insbesondere glaubte, daß die Staatskasse schon bloß durch die Einkommensteuer schadlos gehalten werden könnte, und die freikonservative „Post“ ließ das Wort „Vermögenskonfiskation“ fallen.

Die erste Beratung der Steuervorlagen fand im Abgeordnetenhaus vom 18. bis 26. November statt. Finanzminister Miquel eröffnete sie mit erläuternden Bemerkungen. Als feststehend nahm er an, daß die Reform in ihrer Gesamtheit die getreue Erfüllung der Zusagen sei, welche die Regierung beim ersten Schritte gegeben, den sie zur Durchführung einer gerechteren Verteilung der Steuerlasten gethan hat. Die nicht beabsichtigt gewesenen Mehrerträge der

Einkommensteuer sollten lediglich eine weitere Reform erleichtern. Auf die festen Einnahmen aus Realsteuern könne der Staat nicht ohne vollen Ersatz verzichten. Die jetzt vorgeschlagene Reform bewege sich völlig im Kreise der seit Jahrzehnten im Landtage vielfach zum Ausdruck gelangten Anschauungen, Wünsche und Anträge. Gegenwärtig träfen für diese Reform günstige Umstände zusammen, ein Fall, der nicht so bald wieder eintreten würde. Jetzt ständen 40 Millionen Überweisungen an die Kreise zur Verfügung. Werde hierüber, unter Aufschub der Reform, anderweitig verfügt, so werde sie auf immer unmöglich. Der beabsichtigte Aufbau auf dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit vertrage sich nicht mit dem Bestande der um die persönlichen Verhältnisse sich nicht bekümmernenden Realsteuer. Eine gründliche Reform sei nicht mit halben Maßregeln durchzuführen, eine lebenskräftige Erhaltung und Ausgestaltung der Realsteuer sei nur in der Gemeinde möglich. Zu deren Gunsten müsse also der Staat auf die Realsteuern verzichten. Unzutreffend seien die Einwände, daß der Staat nicht auf so sichere Einnahmen wie die Grund- und Gebäudesteuer verzichten dürfe, und daß die Grundsteuer vielfach den Charakter einer Rente angenommen habe. Der Minister wies ferner den Vorwurf zurück, das Reformprogramm führe zu ungerechter Verteilung, weil das platte Land dabei viel besser wegkomme als die Städte. Wenn die Reform eine richtige sei, werde sie denen zu gute kommen, die bisher überlastet waren, seien dies nun Städte oder das Land. Für das Kommunalsteuerwesen erhoffe die Regierung aus der Überweisung der Realsteuern um so mehr eine gesunde Entwicklung, als es bisher fast nur auf die Personalsteuern angewiesen war. Was den Ersatz der infolge der Überweisung der Realsteuern dem Staate fehlenden 35 Millionen betreffe, so könne man sich nicht auf eine künftige Zunahme der Einkommensteuer verlassen, ebensowenig auf ein Steigen der Erträge aus den Getreidezöllen. Der vorgeschlagene Ersatz habe allerdings die Form einer Vermögenssteuer, ihre Bedeutung und ihr hauptsächlichster Zweck bestche aber darin, daß die Steuerkraft auch dort erfaßt werde, wo sie von der Einkommensteuer naturgemäß nicht getroffen werde. Nur auf diese Art sei eine wirkliche Unterscheidung zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen möglich, diese aber sei ein Gebot der Gerechtigkeit, denn es gehe in der That auf die Dauer nicht an, daß der Arzt, der

Gelehrte, der Litterat, der Advokat, der kleine Handwerker und Bauer ebensoviel steuern wie Leute, die ein ähnliches Einkommen aus erbtem Besitz haben. Zum Schluß sagte der Minister: Wenn wir genötigt sind, dringenden Übelständen Abhilfe zu verschaffen, dann ist es richtig, ganze Arbeit zu machen und eine Reform zu schaffen, die befriedigt, nicht ein Stückwerk, das niemanden befriedigt und viele verlegt, die Fragen nicht löst und immer zu neuer Unruhe Anlaß giebt.

Gegen diese Ausführungen erhob sich zunächst der freisinnige Abg. Rickert. Er fand in den Vorlagen die Sonderinteressen über Gebühr berücksichtigt und behauptete, daß es sich um kolossale Mehrforderungen bei Gelegenheit dieser Reform handele. Eine solche Eile, um die ganze Reform mit einem Schläge durchzuführen, sei nicht begründet; diese hätte zeitig vorher dem Lande bekannt gemacht werden müssen. Vor allem müsse aber eine Reform des Wahlgesetzes vorangehen, damit die durch das Einkommensteuergesetz eingetretenen starken Verschiebungen beseitigt würden. Dieses habe eine Mehrbelastung der untersten Stufen herbeigeführt. Die Not und Sorge in den Gemeinden würde auch durch die Überweisung der Realsteuern nicht beseitigt werden. Im Namen der nationalliberalen Partei sprach sich der Abg. Sattler für die Reform aus. Der bisherige Zustand der Steuergesetzgebung könne in der That nicht länger andauern und es sei nötig, den Klassengegensatz zu beseitigen, der durch die Vereinigung der Einkommensteuer mit den Realsteuern in die Bevölkerung getragen werde. Der freikonservative Graf Behr hielt zwar die Vorlagen für klar und logisch aufgebaut, glaubte aber, daß eine zwingende Notwendigkeit zu so radikaler Änderung der Steuern nicht vorliege. Soweit zu gehen, wie die Vorlagen, sei früher niemals die Absicht der Volksvertretung gewesen. Schon angesichts der bedenklichen finanziellen Lage sei die Änderung nicht ratsam. Das neue Wahlgesetz müsse unbedingt vorangehen, denn ein neues Steuergesetz bringe die Gefahr einer erheblichen Veränderung des Wahlrechts nach demokratischer Richtung. Der Abg. v. Jagow erklärte, daß die Vorlagen im wesentlichen dem konservativen Programm entsprächen, seine Partei würde aber dagegen stimmen, wenn nicht zuvor Sicherheit geschaffen werde, daß keine Verschiebung des Wahlrechts nach der plutokratischen Seite oder zu gunsten derer eintrete, die nichts für den Staat leisten. Richter (d.=freif.) gab zu, daß die

Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer vielfach verlangt sei, meinte aber, man habe dabei niemals gedacht, die Mittel durch Vermehrung der Personalsteuern zu schaffen. Die erstere Maßregel werde nur den Großgrundbesitzern zu gute kommen; je verschuldeter dieser sei, um so größer der Subel in der „Kreuzzeitung“, dem Organ des alten und verschuldeten Grundbesitzes. Freiherr v. Zedlitz (freikons.) meinte dagegen, wenn auch einzelne einen besonderen Vorteil davon hätten, so sei das doch kein Grund, der Gesamtheit die Erleichterung zu versagen. Das platte Land sei erheblich überlastet, seine Entlastung entspreche ganz der ausgleichenden Gerechtigkeit.

Mit Spannung wurde dem Auftreten des bisherigen Ministers Herrfurth entgegengesehen, seine Ausführungen gaben jedoch keine besondere Aufklärung, inwiefern sein Rücktritt vom Amte mit den jetzigen Vorlagen zusammenhänge. Seine Bedenken richteten sich gegen die praktischen Folgen des Reformplanes sowohl in finanzieller Hinsicht als auch bezüglich des gesamten öffentlichen Lebens. Bisher sei immer nur von Überweisung eines Teils der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden die Rede gewesen, jetzt solle diese ganze Steuer erlassen werden. Die hierfür geltend gemachten Gründe seien nicht stichhaltig, namentlich könne aus dem unerwarteten Mehrertrage der Einkommensteuer nicht gefolgert werden, daß außerdem noch 62 Millionen erlassen und zum Teil durch neue Steuern aufgebracht werden müßten; viel näher läge die Verwendung für andere dringliche Bedürfnisse, wie die Aufbesserung der unteren und mittleren Beamten und die des Volksschulwesens. Redner schilderte dann eingehend, daß die Gemeinden durch die Reform bedeutende Vorteile nicht erhalten würden und sprach sich zum Schluß dahin aus, es möge die Reform lieber verzögert, als der dermalige Zustand zum schlechteren reformiert werden. Finanzminister Miquel trat diesen Ausführungen entgegen und fand darin Unterstützung beim Abg. Enneccerus (nat.-lib.). Als Vertreter der Zentrumsparthei verlangte v. Huene, daß das Zustandekommen der Reform nur gleichzeitig mit der Wahlreform erfolge. Es folgte noch eine Reihe von Rednern, die sich mehr oder weniger mit Einzelheiten der Entwürfe befaßten, von konservativer Seite Höppner und v. Buch, von den Nationalliberalen v. Eynern, Friedberg, Boettinger, Hobrecht, Knebel, Sombart, Seyffarth, von den Freikonservativen v. Tzschoppe, Vogelius, Gerlich,

v. Tiedemann, von der Zentrumsparthei Humann, Fritzen, v. Strombeck, Wuermeling, endlich der Pole v. Czarlinski. Die Vorlagen wurden am 26. November an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen, deren Beratungen in diesem Jahre nicht zu Ende kamen; die übrigen gegen 400 Abgeordneten konnten sich daher für diese lange Zwischenzeit, unter Fortbezug der Tagegelber, wieder heim begeben. Die Kommission beendete noch in diesem Jahre die erste Lesung und gelangte damit vorläufig zu dem Schluß, daß die Überweisung der Realsteuern zu genehmigen sei; bezüglich der Art der Deckung dieses Ausfalls schien sie jedoch noch nicht zu endgültiger Ansicht gelangt zu sein.

Das Herrenhaus wählte am 9. November die Herren Herzog v. Ratibor, Frhrn. v. Manteuffel und Oberbürgermeister Bötticher, wie bisher, zu Präsidenten, und verwies am 10. November einen Gesetzworschlag des Oberbürgermeisters Abdies von Frankfurt a. M. über Erleichterung von Stadterweiterungen an eine Kommission. Darauf sprach der Vorsitzende sein Bedauern aus, daß dem Hause von der Regierung irgend welche Arbeiten noch nicht übertragen seien. Hiernach kam ein kleiner Gesetzentwurf zur Vorlage.

Der Reichstag wurde am 22. November im Rittersaale des königlichen Schlosses zu Berlin vom Kaiser eröffnet. Die Mitglieder des Bundesrats unter Führung des Reichskanzlers Grafen Caprivi nahmen links vom Throne Aufstellung. Etwas mehr als 100 Mitglieder des Reichstags versammelten sich gegenüber dem Throne. Der Kaiser erschien in der Uniform der Gardes du Corps, bei seinem Eintritt in den Saal empfangen vom dreifachen Hoch, das der Präsident v. Levekov ausbrachte. Ihm folgten die Prinzen Friedrich Leopold und Albrecht von Preußen, die Erbgroßherzöge von Baden und Oldenburg, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, die Erbprinzen von Meiningen, Waldeck und Hohenzollern, endlich Prinz Karl von Hohenzollern. Die Prinzen stellten sich zur Rechten des Thrones auf. Der Kaiser trat vor den Thronessel und verneigte sich dreimal gegen die Versammlung. Darauf bedeckte er sein Haupt mit dem Helm und verlas die Thronrede, die Graf Caprivi ihm überreichte.

Nach seiner Begrüßung der Versammlung warf der Kaiser einen Rückblick auf die Zeit seit deren letzter Tagung. Dieser gewähre

zwar ein nicht ungünstiges, aber auch ein nicht in jeder Hinsicht erfreuliches Bild. Auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens seien berechnete Erwartungen vielfach nicht in Erfüllung gegangen. Daneben habe die in einigen Theilen des Reichs aufgetretene Cholera dem inneren Verkehr empfindliche Schranken auferlegt und unserer ersten Seehandelsstadt beklagenswerte Wunden geschlagen, die das aufrichtige Mitgefühl der Nation fänden. Dank der kräftigen Abwehr sei jedoch die Seuche als getilgt zu betrachten. Die im allgemeinen gesegnete Ernte sowie die Eröffnung neuer und erleichterter Absatzwege für die deutsche Arbeit ließen einen kräftigen Aufschwung der wirtschaftlichen Thätigkeit erhoffen, sofern uns der Friede erhalten bleibe, dessen Pflege dem Kaiser und seinen Verbündeten am Herzen liege. Im Hinblick auf die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten und auf die fernere Unterstützung verbündeter Staaten sei zu hoffen, daß Deutschland im friedlichen Bestreben, seine idealen und wirtschaftlichen Interessen zu fördern, nicht werde gestört werden. „Gleichwohl macht es uns,“ so fuhr der Kaiser fort, „die Entwicklung der Wehrkraft anderer europäischer Staaten zur ernstesten, ja gebieterischen Pflicht, auch unsererseits auf die Fortbildung der Verteidigungsfähigkeit des Reichs mit durchgreifenden Mitteln Bedacht zu nehmen. Sener Entwicklung gegenüber dürfen wir nur bei Durchführung des bewährten Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht erwarten, daß diejenigen Eigenschaften unseres Heeres, auf welchen seine Kraft und sein Ruhm beruht, Deutschland die bis dahin unter den Mächten eingenommene achtunggebietende Stellung auch für die Zukunft sichern werden. Von dieser Überzeugung einmütig durchdrungen, schlugen Ihnen die verbündeten Regierungen die Annahme eines Gesetzentwurfs vor, welcher, indem er die Friedenspräsenzstärke des Heeres anderweit regelt, die volle Ausnutzung unserer Wehrkraft ermöglicht. Sie verkennen dabei nicht die Größe des von der Nation zu bringenden Opfers. Allein Sie vertrauen mit Mir, daß mehr und mehr die Notwendigkeit dieses Opfers anerkannt werden und daß der patriotische Sinn des Volkes bereit sein wird, diejenigen Lasten zu übernehmen, welche für Ehre und Sicherheit des Vaterlandes getragen werden müssen. In dem Bestreben, diese Lasten thunlichst zu erleichtern, wird die Dienstpflicht im Heere bis zu der militärisch als zulässig erkannten Grenze thatsächlich eingeschränkt werden. Daneben wird

durch die erweiterte Ausbildung und Verwendbarkeit der jüngeren Kräfte für den Heeresdienst nicht allein eine empfindliche Ungleichheit in der Erfüllung der Wehrpflicht, sondern auch der wirtschaftliche und militärische Nachteil abgemindert, welchen die Heranziehung der älteren Jahrgänge mit sich bringt. Zugleich wird diesen Jahrgängen eine Schonung zu teil werden, deren sie sich bei den gegenwärtigen Einrichtungen nicht zu erfreuen haben." Die Mittel für diese Neuerungen sollten durch Gesekentwürfe über anderweite Besteuerung des Biers, Branntweins und gewisser Börsengeschäfte aufgebracht werden. Zum Schluß sprach der Kaiser mit erhobener Stimme die Zuversicht aus, es werde der feste Wille der Nation, das Erbe der Väter zu wahren, den Frieden zu sichern und dem Vaterlande seine teuersten Güter zu erhalten, zu einer Einigung über den vorgeschlagenen Weg führen.

Der Reichstag schritt alsbald am 23. November zu seiner Konstituierung. Von den Mitgliedern gehörten 107 zur Zentrums-, 67 zur freisinnigen, 66 zur deutschkonservativen, 42 zur national-liberalen, 36 zur sozialdemokratischen, 18 zur Reichs-, 15 zur polnischen, 10 zur Volks- und 30 zu keiner Partei, während 6 Mandate erledigt waren. In Anwesenheit von 222 Mitgliedern wurde das Präsidium der vorigen Session (v. Levetzow, Graf Balkeström und Baumbach) wiedergewählt. 11 Gesekentwürfe waren bereits eingegangen. Dazu legte der Reichskanzler Graf Caprivi noch die zwei wichtigsten Gesekentwürfe vor. Diese betrafen die Ersatzverteilung und die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres; sie zusammen bildeten die „Militärvorlage“, die schon so lange und so lebhaft weite Kreise beschäftigt hatten. Der Inhalt dieser Gesekentwürfe stimmte vollständig mit dem, was am 24. Oktober außeramtlich darüber veröffentlicht war.

Um der Bedeutung der Sache willen und weil die öffentliche Meinung sich vielfach in Details verloren habe, ergriff der Reichskanzlers Graf v. Caprivi zur Darlegung ihrer Motive alsbald das Wort. Es sei den verbündeten Regierungen nicht leicht geworden, der Nation Geldopfer zuzumuten, die zwar nicht unerschwinglich, aber doch schwer seien. In den drei Jahren, seit die Notwendigkeit einer durchgreifenden Vermehrung unserer Wehrkraft erkannt worden, sei die wirtschaftliche und die militärische Seite der Vorlage eingehend

erwogen, und dies habe ergeben, daß der Zustand, wie er jetzt besteht, nicht länger dauern könne. Die Regierungen hätten die Verantwortung der Vorlage übernommen trotz der Schwere der Geldlasten, trotz der dadurch in Deutschland hervorgebrachten Unruhe und trotz der ernstesten Gefahr, die aus ihrer Ablehnung entstehen könnte. Ungünstige Umstände lägen allerdings vor, aber um ihrer willen dürfe kein Aufschub eintreten. Jedes Jahr, das wir verlieren, sei unwiederbringlich verloren; jedes Jahr, in dem wir Anstand nehmen, die Rekruteneinstellung zu vermehren, um ältere Jahrgänge zu schonen, sei nicht wieder einzubringen. Auch ein äußerer Anlaß könne nicht abgewartet werden, vielmehr könne eine Vorlage von solcher Bedeutung die Zustimmung der Nation nur gewinnen, wenn diese sich überzeuge, daß es sich hier um einen schon lange vorhandenen Zustand handle, der sich allmählich nach dem Schwergewicht der Dinge immer mehr verschärfe. „Ich kann,“ fuhr der Reichskanzler fort, „nicht mit „Krieg in Sicht“ auftreten, werde nicht mit dem Säbel rasseln und nicht schwarz malen, sondern die reine Wahrheit entrollen.“ Die deutsche Regierung lebe in normalen und freundschaftlichen Verhältnissen mit allen anderen Regierungen, sie habe auch kein anderes Ziel, als die Erhaltung des vom Frankfurter Frieden gegebenen Besitzstandes, und treffend habe der Kaiser bei der Übernahme Helgolands gesagt, daß dies das letzte Stück deutscher Erde sei, nach dem unser Sinnen stand. Nun sei in der Presse und von wohlmeinenden Männern eingeworfen, ob wir nicht besser thäten, den auf die Dauer unerträglichen Zustand dadurch zu beenden, daß wir selbst zum Schwerte griffen, den günstigen Augenblick wählten und uns dann durch Ausnutzung der erhofften Siege wieder einen Frieden auf 30 Jahre sicherten. Dieser Ansicht würden aber die Regierungen und das Volk niemals beitreten, denn außer den moralischen ständen schwere sachliche Bedenken entgegen. Was könne der Siegespreis sein? Wir wünschten nicht, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer uns anzueignen; die Einverleibung undeutscher Menschen ins Reich würde nur Verlegenheiten bringen, auch französische Kolonien könnten wir nicht gebrauchen, da wir an den eigenen genug hätten. Ein Blick auf das heutige Frankreich verhindere den Durchbruch der Idee eines Präventivkriegs. Wir würden uns mehr Armeekorps als 1870 gegenüber haben, nicht wie damals mit russischem Wohlwollen rechnen

können, an eine Linie von Sperrforts an der Maas und Mosel, dann die größeren Festungen wie Verdun, Toul stoßen, die französische Reservearmee schlagen, und das zu einer unvergleichlichen Festung mit 56 Forts umgewandelte Paris nehmen und selbst als vollständige Sieger mit Rüstungen fortfahren müssen. Im Anschluß an diese Ausführungen kam der Reichskanzler auf die Frage bezüglich der Emser Depesche zu sprechen, die seit Wochen die Gemüther stark erregt hatte, und die nachteilig auf das Schicksal der Militärvorlage einwirken konnte. Dem ganzen Treiben machte der Reichskanzler durch Mitteilung der im Besitz des auswärtigen Amtes befindlichen Urkunden ein Ende, auf die auch Fürst Bismarck schließlich verwiesen hatte. Der Kanzler erwähnte kurz die Vorgänge in Ems, wie sie niedergelegt seien in einer Denkschrift, die der Flügeladjutant Prinz Anton Radziwill am Abend des 13. Juli aufgezeichnet habe. Diese Denkschrift sei dem auswärtigen Amte erst am 17. Juli, nach der Rückkehr des Königs, überliefert. Dann teilte der Kanzler den Wortlaut der sog. ersten, vom Geh. Rat Abeken verfaßten Emser Depesche vom 13. Juli 1870, 3 Uhr 50 Minuten nachmittags mit. Darin heiße es, der König habe ihm mitgeteilt, Benedetti habe verlangt, er solle sich für alle Zukunft verpflichten, die Zustimmung zu versagen, wenn die Hohenzollern auf die spanische Kandidatur zurückkämen, und daß er ihn abgewiesen habe. Dann erst habe der König die Nachricht vom Verzicht auf die Kandidatur erhalten, worauf er beschlossen habe, Benedetti nicht mehr zu empfangen. Der König stelle nun dem Grafen Bismarck anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich unseren Gesandten und der Presse mitgeteilt werden solle. Weiterhin teilte Graf Caprivi mit, daß sich in den Akten ein eigenhändiges Billet des Königs an Abeken vom 13. Juli befinde, welches laute: „Es ist doch notwendig, an Werther zu chiffrieren, daß ich indigniert sei über die Grammont-Olliviersche Zumutung und mir das Weitere vorbehalte.“ Endlich teilte Caprivi noch Urkunden mit Aussprüchen Lord Granvilles, Gladstones und des Fürsten Gortschatow mit, wonach sie äußerten, Preußen sei bis an die äußerste Grenze der Veröhnlichkeit gegangen. Diese gründliche Klarstellung stand mit der Militärvorlage in einer gewissen Verbindung, denn es war nicht gleichgültig, daß der Verdacht, als hätte Deutschland damals den Krieg hervorgerufen, in dem Augen-

blicke erregt ward, wo zur Verteidigung eine Heeresverstärkung gefordert wird.

Auf militärische Einzelheiten ging der Kanzler nicht ein, aber er führte die Thatsache an, daß in der Weise, in der die französische Rüstung sich ihrer Vollendung näherte, auch das französische Selbstbewußtsein gestiegen, und damit der Gedanke, ob man wieder bündnisfähig sei sowie der Wunsch nach Abschluß eines auf Revision der Karte Europas abzielenden Bündnisses gekommen sei. Anders lägen die Verhältnisse in Bezug auf Rußland. Mit dieser Macht hätten wir keinen Streitpunkt, und der jetzige Zar sei „durch seine hochherzige und friedliche Gesinnung einer der stärksten Faktoren für die Erhaltung des Friedens in Europa.“ Auf Grund guter Autorität glaubte Graf Caprivi zu wissen, wie der Zar die friedliche und loyale Politik des Kaisers würdige. Freilich fielen auch Momente in die andere Waagschale. In den weitesten Kreisen des russischen Volks sei eine Verstimmung gegen Deutschland verbreitet, deren innere Gründe sich schwer absehen ließen; dazu komme, daß die russische Militärverwaltung sicher und zielbewußt in ihren Rüstungen weitergehe. Damit sei sie noch nicht am Ende, aber das von ihr Erreichte verdiene „unsere ernste Aufmerksamkeit“ und lasse auf Rußlands Glauben schließen, sein nächster Krieg werde nach Westen geführt werden. Zielbewußt suche man dort die Truppenverlegungen dem Eisenbahnnetz anzupassen, gute Truppen nach dem Westen zu ziehen, die Grenze an der Narew und Weichsel zu befestigen und Kavalleriemassen an unsere Grenze zu legen. Der Zar könne, wie sein Vorgänger, „in eine Lage kommen, wo es ihm als dem Souverän eines großen Staats nicht anders möglich ist, als zum Krieg zu schreiten.“ Ganz bestimmt widersprach der Reichskanzler dem Vorwurf, den Draht zerrissen zu haben, der uns mit Rußland verbindet. Zweifellos habe zwischen Rußland und Frankreich eine innere Annäherung stattgefunden; die Anfänge reichten bis in die 70er Jahre zurück, nur sei sie mit der Zeit sichtbarer hervorgetreten. Ein Zusammenhang zwischen dieser Annäherung und dem beachtenswerten Auftreten der russischen Presse sei nicht zu leugnen. Wenn aber zwei Liebende mit dem Feuer spielten und zuweilen Freudenfeuer anzündeten, deren Funken über unsern Hof fliegen, so hätten wir allen Anlaß, das Löschgerät in stand zu halten. „Wir stehen vor der Notwendigkeit,

wenn wir an einen künftigen Krieg denken, uns den mit zwei Fronten zu denken, und zwar nicht als die Ausnahme, sondern als den wahrscheinlichen Fall, dem aber seien wir nicht gewachsen. Auch der Dreibund könne die hierzu nötige Truppenzahl nicht aufbringen; deren gemeinsamer Gebrauch werde sehr erschwert durch die Neutralität der Schweiz und das Vorspringen des Gouvernements Warschan zwischen Galizien und Ostpreußen. In die Verhältnisse der verbündeten Staaten könnten wir uns nicht einmischen, und die Hauptlast würde jedenfalls Deutschland zu tragen haben. Sein militärisches Übergewicht in Europa habe dieses verloren, weil unsere Nachbarn ihre Wehrkraft in einer nicht voraussehenden Weise steigerten. Wir dagegen hätten uns in Augenblicken, wo wir dem Kriege nahe zu sein glaubten, mit Maßregeln beholfen, deren jede für den Augenblick wirksam war; jetzt aber handele es sich um Maßregeln, die langsam, sicher und besser wirken.

An diese politischen Ausführungen reihte der Reichskanzler die militärischen. Er führte aus, daß sein Plan nichts anderes bezwecke, als was Fürst Bismarck und General v. Verdy schon 1890 erstrebt hätten. „Wir haben die Möglichkeit, unsere Stellung zu erhalten; aber woran es fehlt, das ist die Stärke und die Organisation. Wir sind zu schwach, zu alt und zu lose in bezug auf unsere Kriegsorganisation, und wir wollen verstärken, verjüngen und verbessern.“ Die Verstärkung bestehe in der Vermehrung um 83894 Mann und gründe sich auf die Rücksicht auf einen Krieg nach zwei Fronten; auch wolle man dahin kommen, nicht schon am ersten Mobilmachungstage Landwehr zweiten Aufgebots und Landsturm einberufen zu müssen. Nicht Zahlen, sondern Werte sollten geschaffen werden, die jungen Leute besäßen aber höheren Wert als die Landwehr. Die Grundlage, auf der die Pyramide bisher immer höher gebaut worden, müsse breiter werden. Bei diesen Darlegungen des Kanzlers stellte sich heraus, daß in dem Artikel des „Militärwochenblatts“, der wegen Angriffe auf die Landwehr große Aufregung hervorgerufen hatte, eben nur jenem Gedanken des Kanzlers hatte Ausdruck gegeben werden sollen. Die Landwehr ersten Aufgebots, so fuhr Graf Caprivi fort, müsse zugleich mit der Linie ins Feld gestellt werden, und dann sei bisher stets die Frage entstanden, ob das Tempo des Ganzen sich nach dem angameren der Landwehr oder nach dem der Linie richten solle. Diesem

Übelstände müsse abgeholfen werden. Eine Vermehrung der Kadres sei nötig, damit den Regimentern beim Übergang in den Kriegszustand nicht mehr so sehr viel an Halt und Stamm entzogen zu werden brauche. Ferner könnten die Übelstände bezüglich der Ersatzverteilung nicht länger fortbestehen. Die allgemeine Wehrpflicht solle durchgeführt und es solle bei allen Truppen außer bei Kavallerie und reitender Artillerie, zur zweijährigen Dienstzeit übergegangen werden. Unter Voraussetzung der nötigen Kompensationen sei dies ohne Schaden möglich. Weiterhin solle, statt der Maximalziffer der Statsstärke, eine Durchschnittsziffer gegeben werden, damit die Organisation auch da weniger durchsichtiger werde, wo wir weniger Neigung hätten, „uns in die Karten sehen zu lassen“. Zum Schluß bemerkte der Kanzler: „Die Vorlage ist natürlich unwillkommen, aber der Krieg ist es noch mehr und eine Niederlage ist es am meisten. Diese habe Fürst Bismarck 1887 im Reichstag in packenden Zügen geschildert, allein es schein leider nur für den Augenblick Eindruck gemacht zu haben. Sollte man etwa dereinst sagen, wir hätten, während unsere Väter ihr Blut für Deutschland gegeben, nicht unser Geld geben wollen?“

Der Reichstag beschloß, die Militärvorlage erst nach der Beratung des Reichshaushaltsetats für 1893—94 in Erwägung zu ziehen. Dieser war in Einnahme und Ausgabe auf 1273950571 Mk. berechnet. Von den Ausgaben fielen 1006300468 Mk. auf die fortdauernden, 82250267 Mk. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen, 185399836 Mk. auf die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats. Der neue Etat gestaltete sich also um fast 35 Millionen ungünstiger als der des Vorjahres. Die Einnahmen sind nämlich um 6700000 Mk. geringer und die Ausgaben um 28100000 Mk. höher veranschlagt als damals. Infolgedessen verbleibt der Überschuß der gemeinsamen Einnahmen an Zöllen, Verbrauchs- und Stempelsteuern über die Matrifularbeiträge nur noch rund 28 Millionen, während er noch 1890—91 66 Millionen betrug. Die Mehrausgaben sind zum Teil solche, an denen nichts zu ändern ist, z. B. 5100000 Mk. Schuldzinsen, 2146000 Mk. Pensionen mehr. Bei den laufenden Ausgaben des Heeres beträgt das Mehr 887000 Mk., bei denen der Marine fast 3600000 Mk., bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats das Mehr für das Heer 4600000, das der Marine 4400000 Mk. Ähnlich liegt es in

betreff der aufzunehmenden Anleihe zur Deckung einmaliger außerordentlicher Ausgaben im Betrage von 168 Millionen Mark für Kasernen- und ähnliche Bauten, Festungs- und Waffenwesen, Bekleidung der Mannschaften und Kate für den Nordostseeanal.

Die erste Beratung des Reichshaushaltsetats fand vom 30. November bis 2. Dezember statt. Sie wurde vom Staatssekretär v. Maltzahn eingeleitet und gestaltete sich thatächlich bereits zu einer Beratung der Militärvorlage. Richter (d.=freis.) warf dem Kanzler vor, sich des Militär-Pessimismus schuldig gemacht zu haben, vor dem er selbst in seiner Rede vom 27. November 1891 gewarnt habe. Die damals von ihm abgewiesenen „Beunruhigungsbazillen“ hätten in seiner Rede vom 23. November stark gewuchert. Was habe sich denn seit damals in den auswärtigen Verhältnissen geändert? Lügen geheime Gründe vor, so müßte man ähnliche Wirkungen doch auch bei Osterreich und Italien bemerken. Für die beabsichtigte lange Übergangszeit werde eher eine Schwächung des Heeres bewirkt werden. Das neue französische Militärgesetz erhöhe zwar die Zahl der Kadres, nicht aber die Friedenspräsenzstärke. Wenn das Ausland Caprivi's neuliche Rede ernst nehme, dann habe er das Ausland geradezu eingeladen, uns jetzt mit Krieg zu überziehen. Seit 1870 seien 12 Milliarden für das Heer ausgegeben und der jetzige Militäretat betrage 428 Millionen gegen 240 von damals. Deutschlands Steuerkraft sei schon bisher erheblich in Frage gestellt. Der Reichskanzler erwiderte mit der Darlegung, daß Vorredner seine früheren und seine neulichen Äußerungen unrichtig aufgefaßt, und daß die freisinnige Partei fast allen Forderungen nach organischer Stärkung der Wehrkraft widerstanden habe. Sollte ein Konflikt vermieden, so müsse auf die volle dreijährige Dienstzeit, statt der jetzigen verstümmelten, zurückgegangen werden. Es sei ein militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Fehler, fernerhin alte Leute heranzuziehen, um etwa 60000 junge Leute sozusagen hinterm Ofen sitzen zu lassen. Namens der nationalliberalen Partei sprach sich Buhl im ganzen günstig für die Militärvorlage aus, wünschte jedoch weitgehende Abstriche an den Kosten. Auf einen Vorwurf des Redners erwiderte der Reichskanzler, es wäre allerdings politisch wünschenswert gewesen, Deutschland mit einer größeren Zahl von Kriegsschiffen bei den Festen in Genua vertreten zu lassen, aber bei

der geringen Zahl unserer Schiffe müßten wir uns in solchen Dingen eine Zurückhaltung auferlegen, und es wäre ohne wesentliche Störung der damaligen Übungen eine weitere Entsendung nicht zulässig gewesen. Liebknecht (Soz.=Dem.) führte in langer Rede aus, „Pumpen und Defizit“ sei die Signatur des Etats, der Militarismus erdrücke uns, und die Erörterungen Caprivis über die Emser Depesche seien nicht beweisend; Frankreich sei 1870 zum Kriege nicht gerüstet gewesen, also habe es ihn nicht herbeiführen wollen. v. Frege sprach sich nicht ungünstig für die Militärvorlage aus. Auch v. Koscielski versicherte, die Polen würden wie bisher jedes zur Sicherheit des Reichs nötige Opfer bringen. Die fernere Beratung, an der sich v. Schalscha (Ctr.), Rickert (freis.), v. Münch (wild) und Bebel (Soz.=Dem.) beteiligten, bot kein hervorragenderes Moment. Der Etat, von dem sehr wenig die Rede gewesen war, wurde an die Kommission gewiesen.

Bevor die Frage der Militärvorlage weiteren Verlauf nahm, gelangte die schon lange dauernde Gärung innerhalb der konservativen Partei zu einem Abschluß, dem mit Rücksicht auf die Bedeutung, die er für die ganze Gestaltung der politischen Verhältnisse vielleicht gewinnen könnte, allseitig mit Spannung entgegengesehen war. Der Vorstand des Wahlvereins dieser Partei veröffentlichte am 1. Dezember den Entwurf eines Programms, das sich an das festzuhaltende Programm von 1876 anlehnen sollte. Darin war gesagt: „Wir wollen die Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung in Volk und Staat und erachten ihre praktische Bethätigung in der Gesetzgebung für die unerläßliche Grundlage jeder gefundenen Entwicklung. Wir erkennen dem Staat das Recht zu, kraft seiner Souveränität sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, andererseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. Die konfessionelle christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage der Volkserziehung. Wir bekämpfen den vielfach sich vor-drängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler. Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus.“ Die zahlreichen übrigen Sätze enthielten kaum etwas Neues, zum Teil Selbstverständliches und wurden

in der öffentlichen Besprechung mehrseitig für sehr allgemein, dehnbar, vieldeutig und verschwommen bezeichnet. Selbst innerhalb der Partei trat keineswegs einmütig zu Tage, daß man von diesem Programm den verheißenen neuen Aufschwung erwarten könne, der „Reichsbote“ insbesondere fürchtete, die „Existenz von zwei Programmen“ könne zur Quelle von Streitigkeiten werden, und das v. Hellendorffsche „Konservative Wochenblatt“ tadelte, daß die Partei nun zwei Programme, etwa eins für den Sommer und eins für den Winter haben sollte. Für die „National-Zeitung“ bedeutete der Entwurf ein Fiasko, zu dessen Würdigung man sich der Vorgänge nach dem Falle des Volksschulgesetzes erinnern müsse, wo die Genossen der „Kreuzzeitung“ verlangten, daß die Partei als Volkspartei mit antisemitischer Agitation die Opposition einschlage, während nun von den Neuerungen jenes Entwurfs keine Rede sei und man den Stellen über den Antisemitismus die Verlegenheit ansehe; überhaupt hätten verschiedene Strömungen das Programm hervorgebracht, in dem unvermittelte oder schwach verhüllte Gegensätze nebeneinander ständen. Der Parteitag fand am 8. Dezember unter Vorsitz v. Manteuffels statt und war von etwa 1200 Personen besucht. Fast alle Redner beschäftigten sich, unter Zurückdrängung der Führer, nur mit der Judenfrage. Ulrich aus Chemnitz verlangte eine scharfe und klare Stellung hierzu und bedauerte, daß das, was das Volk begeistere, so leicht hin als demagogisch bezeichnet werde. „Wir werden,“ versicherte er, „das Fäห์lein des Antisemitismus hochhalten, bis die Juden so klein sind, wie sie jetzt groß sind,“ sie seien der unverföhnliche Todfeind des Konservatismus. Anwalt Klasing hielt die Judenfrage für den Kernpunkt des ganzen politischen Lebens. In gegenteiligem Sinne sprach sich, unter stürmischem Widerspruch, ein einziger Redner aus, worauf drei Redner, und unter diesen ein Landrat, erklärten, sie hätten bei der Reichstags-Nachwahl zu Arnswalde für den Rektor Ahlwardt gestimmt, der um diese Zeit als der kühnste Vertreter des Antisemitismus angesehen wurde. Unter Streichung des gegen diesen gerichteten Satzes wurde darauf das neue Programm genehmigt und eine Organisation der Partei beschlossen.

Die ganze Haltung dieses Parteitags und der dort angeschlagene Ton überraschten auf vielen Seiten, und der Vorsitzende des konservativen Landesvereins in Sachsen, v. Friesen, erließ sogar eine Art

von Verwahrung gegen diesen „Radau=Antisemitismus“. Dagegen rühmte der „Reichsbote“ das „Ereignis“, daß ein ernster und energischer Wille zur volkstümlichen Erneuerung der Partei hervorgetreten sei, und warf die Frage auf, ob sich denn der deutsch-nationale Geist mit der Herstellung des Reichs so erschöpft habe, daß er nun zu gunsten des jüdischen Geistes abdanken solle. Für die „Kreuzzeitung“ waren mit dem Parteitage die kühnsten Erwartungen übertroffen und „mit besonderer Genugthuung“ hatte sie bemerkt, daß im entscheidenden Augenblicke alle Teilnehmer ihre Bedenken bezüglich der Judenfrage fallen gelassen hätten. Das Stücker'sche „Volk“ jubelte gar: „Das Eis ist gebrochen, der Frühling wird sich nun schon weiter geltend machen.“ Über die Zusammensetzung des Parteitags sprach sich das „Konservative Wochenblatt“ scharf aus; er sei nicht eine Versammlung ruhiger, von hohen politischen Zielen geleiteter Männer gewesen, sondern ein treuer Abzug vom Typus der Berliner lärmhaften Antisemitenversammlungen mit ihren massiven Redeb Blüten. Die größte Unzufriedenheit erregte der Parteitag bei den Freisinnigen. Die „Bos'sche Zeitung“ hob hervor, wieviel sachlicher und leidenschaftsloser die Verhandlungen der Sozialdemokratie sich abgepielt hätten, als die der Junker, Pastoren und Beamten. Nach der „Freisinnigen Zeitung“ hätten die Konservativen gefunden, daß ihrem bisherigen Programm alle Zugkraft abgehe; darum sei ihnen kein anderer Rettungsgedanke mehr übrig geblieben als die Judenhege. Der „Börsencourier“ tröstete sich damit, daß die „reinen Elemente“ der Konservativen mit den Männern jener „Skandalversammlung“ nun nichts mehr gemein haben könnten. Endlich meinte die „Volks=Zeitung“, daß es zu einer solchen Besiegelung des geistigen Bankrotts der Reaktionsstützen notgedrungen habe kommen müssen. Der konservative Verein in Hannover sprach sich für den Parteitag aus, aus Sachsen aber ließen sich noch mehr Stimmen dagegen vernehmen. Die Spaltung der Konservativen schien nun erst recht zuzunehmen und trat besonders bei der Reichstagsersatzwahl im Bezirke Stuhm-Marienwerder hervor, wo, nach dem öffentlichen Zeugnisse des Polizeidirektors Wessel in Danzig, die antisemitischen Konservativen durch Aufstellung eines zweiten konservativen Kandidaten einem Polen zum Siege verhalfen.

Die Zerfahrenheit des konservativen Parteitags stach in der

That auffallend sogar von dem am 18. November in Berlin stattgehabten Parteitag der Sozialdemokraten ab, die genau wußten, was sie wollten und darin einig waren. Auf Antrag von Liebknecht und v. Vollmar, die ihren Zwist beglichen, wurde die Erklärung beschlossen, die Sozialdemokratie habe mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein, denn dieser sei, soweit er sich mit Verbesserung der arbeitenden Klassen beschäftige, ein System von Halbwahrheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdanke, und er bezwecke, durch kleine Zugeständnisse und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden.

In einer gewissen Verbindung mit den starken judenfeindlichen Regungen in der konservativen Partei stand ein Prozeß, der vom 28. November bis 9. Dezember in Berlin gegen den Rektor a. D. Ahlwardt aus Pommern geführt wurde. Er hatte in einer Schrift über „Judenflinten“ behauptet, die Löwische Fabrik in Berlin habe der Militärverwaltung unbrauchbare Gewehre geliefert und wurde wegen Beleidigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Hochgradiger Judenthum führte nun dahin, daß Ahlwardt noch vor diesem Urteil, sowie ohne Rücksicht darauf, daß er infolge gerichtlichen Urteils vom 2. November eine viermonatliche Gefängnisstrafe absaß, am 24. November im Bezirk Arnswalde-Friedeberg mit 11206 von 14512 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt wurde. Dies hatten die Konservativen bewirkt, deren Wahlkomitee mit einem Aufruf für den Rektor Ahlwardt aufgetreten war. Daß an der Spitze dieses Komitees, im Gegensatz zu einem königlichen Erlaß, der Landrat v. Bornstädt stand, wurde in der Presse als Skandal und vom „Konservativen Wochenblatt“ als Beweis „heillosen Verwirrung“ unter den Konservativen bezeichnet.

Der Ruf der Löwischen Fabrik, kaum nachdem er durch jenen Prozeß als unantastbar erwiesen zu sein schien, wurde wieder getrübt. Der Pariser „Figaro“ veröffentlichte nämlich am 14. Dezember einen Brief vom 20. November 1886, in dem diese Fabrik dem damaligen französischen Kriegsminister Boulanger sich zur Herstellung von Maschinen für Massenfabrikation von Gewehren angeboten habe. Die alsbald erfolgende Bekanntmachung der Fabrik, daß der Brief echt sei, wirkte um so beschämender für den deutschen Sinn, als gerade damals Boulanger den Krieg gegen Deutschland zu beabsichtigen

schien. Am stärksten sprach sich gegen dieses Verhalten die freisinnige „Bosfische Zeitung“ aus und die antisemitische Presse suchte den Fall gleichsam auszugleichen durch einen Brief, in dem die Firma Krupp in Essen 1868 dem französischen Kaiser Gußstahlkanonen angeboten habe. Der Angriff fiel jedoch durch eine Erklärung Krupps, daß der Brief aus 1858 datiere, der Hauptsache nach zusammen.

Die erste Beratung des Reichstags über die Militärvorlage fand vom 10. bis 15. Dezember statt. Dabei nahm die Reichsregierung die Gelegenheit wahr, die wichtige Frage zu beantworten, wie sie sich zu den Vorgängen in der konservativen Partei verhalte. Zunächst legte der preußische Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau dar, daß zwei Gesichtspunkten Rechnung getragen werden müsse: der ungerechten Verteilung der persönlichen Leistung des Heerdienstes und der in militärischer Hinsicht nicht zureichenden Leistung an sich. Immer schärfer wäre hervorgetreten, daß das Reich nicht über die Machtmittel verfüge, die der Stärke seiner Bevölkerung, der Kraft und Größe der Nation entsprechen; auch hätten sich mehr und mehr die Folgen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in allen Großstaaten geltend gemacht. Die wir den Anstoß zu dieser Idee gegeben, hätten allmählich den Vorsprung verloren. Für eine Neuorganisation sei eine Verlängerung der Dienstpflicht behufs Vermehrung der kriegstüchtigen Mannschaften ausgeschlossen, weil wir schon bis an die äußerste Grenze gegangen seien. Mithin komme nur die Erhöhung des Friedensetats und die Vermehrung der Kadres in Betracht. Als einziges Mittel hierzu habe sich ergeben, unter Festhaltung der bestehenden Organisation, mehr Leute auszubilden und im allgemeinen nur die Formen zu schaffen, die diesem Zweck dienen und gleichzeitig als Stämme für Kriegsformationen Verwendung finden sollen. So sei der neue Plan entstanden, bei dem Kosten und Wirkung in so günstigem Verhältnis ständen.

Als erster von den Abgeordneten hob v. Huene hervor, gegen alles dies spreche, daß es auch für die Kosten gewisse absolute Zahlen gebe und die Zentrumsparlei sei dahin einig, daß die Vorlage unannehmbar sei, jedoch wolle sie alles zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Präsenzstärke Erforderliche bewilligen. Namens der Freisinnigen erklärte Richter, ebenfalls unter keinen Umständen über die Folgerungen der gesetzlichen zwei-

jährigen Dienstzeit hinausgehen zu wollen. Redner erinnerte daran, daß vor kurzem die Militärverwaltung ganz andere Ansicht gehegt und der spätere Kaiser Wilhelm I. sich 1857 in einer Denkschrift wegen Unerforschlichkeit der Kosten gegen Einstellung aller Wehrfähigen ausgesprochen habe. Die Konservativen wollten, wie v. Mantuffel mitteilte, ihre Stellung davon abhängen lassen, ob der Kommission die Überzeugung von der Notwendigkeit der Vorlage würde beigebracht werden. Die Polen ließen durch v. Komierowski die Vorlage für unannehmbar erklären. Der sächsische Kriegsminister Edler v. Planitz trat einem Gerücht wegen Opposition von Bundesregierungen wider die Vorlage entgegen. Die Reichspartei sprach sich durch v. Stumm dahin aus, daß sie die geplante Heeresvermehrung für notwendig und finanziell durchführbar halte. v. Bennigsen bedauerte, daß anfangs nur Stücke und zum Teil Unrichtiges über die Vorlage bekannt geworden und sich infolge dessen solche Unruhe der Bevölkerung bemächtigt habe, daß die Gegner nun noch leichter hätten auftreten können; leider hätten auch die Ansichten der Regierungen über die Art der zur Kostendeckung bestimmten neuen Reichssteuern nicht von Anfang an festgestanden, namentlich habe der ursprüngliche Plan einer Höherbesteuerung des Tabaks Mißstimmung in weiten Kreisen erregt und von der Bedeutung der Vorlage abgelenkt. Während wir für den Kampf nach zwei Seiten die Bündnisse hätten, ließen sich der Forderung, daß wir Frankreich gewachsen sein müßten, ernste Gründe nicht entgegensetzen. Läge nicht der Fall vor, daß wir durch den Vorrang unseres Infanteriegewehrs noch einige Jahre uns vor dem Ausbruch des Krieges gesichert halten könnten, so würde die Regierungen durch Einbringung dieser Vorlage eine schwere Verantwortlichkeit treffen. Viele Umstände erschwerten einen freudigen Aufschwung der Bevölkerung für neue Anstrengungen, namentlich der schon das zweite Jahr dauernde Niedergang von Handel und Industrie; Kritik und Unzufriedenheit hätten sich gegen manche Handlungen der Regierungen erhoben, große und kleine Fehler seien begangen, die geeignet wären, weitgehende Verstimmung hervorzurufen. Demgegenüber müsse der Reichstag Führer der Nation in der ernstesten Übergangszeit sein. Die Nationalliberalen billigten nicht die ganze Vorlage, aber das alle Parteien beherrschende Gefühl großer Verantwortlichkeit müsse zu einer Verständigung führen.

Der Reichskanzler bezeugte sich dankbar für Bennigens Rede. Bebel führte namens der Sozialdemokraten aus, daß mit der bisherigen Belastung durch den Militarismus unmöglich fortgefahren werden könne; der Widerspruch zwischen diesem und den Volksbedürfnissen sei es, der die Verbissenheit im ganzen Volke erzeugt habe. Graf Preysing meinte, eine Verständigung sei auf dem Boden dieser Vorlage schwer zu finden; angesichts des dumpfen Unmuts im Volke könne es mit der Lastenhäufung nicht weiter gehen, die Vorlage aber habe das Eigentümliche, daß sie stets fortzeugend neue Lasten gebären müsse.

Hierauf trat v. Manteuffel Äußerungen entgegen, die der Reichskanzler am 12. Dezember bei Beratung eines anderen Gegenstandes gethan. Er hatte damals auf Anfrage des Grafen Mirbach über die Haltung der Vertreter der deutschen Regierungen auf der Brüsseler Münzkonferenz geantwortet, er gehe auf die ungewöhnliche Besprechung schwebender diplomatischer Verhandlungen nur ein wegen der Bestrebungen, den Bimetallismus mit dem Antisemitismus vor denselben Wagen zu spannen und mit agitatorischer Peitsche zu fahren. Nun nahm v. Manteuffel die konservative Partei gegen die Meinung in Schutz, als wolle sie Demagogie treiben. Der Reichskanzler erwiderte, bezüglich des konservativen Parteitages sei er namentlich bedenklich geworden wegen dessen offener Parteinarbeit für den Mann, der die deutsche Heeresverwaltung in einer Weise angegriffen und geschädigt habe, wie es vorher kaum geschehen. v. Stauffenberg (d.-freis.) glaubte den Grund der Volksverstimmung vor allem im Alters- und Invaliditätsgesetz erblicken zu müssen und bekundete das Verlangen Süddeutschlands, daß den Militäranforderungen endlich ein energisches Halt entgegengerufen werde. Lieber (Zentrum) meinte, wir wollten uns nicht zu einer Armee von Bettlern machen und lehnte für den Fall eines Konflikts alle Verantwortlichkeit des Reichstags ab. Prinz v. Carolath-Schönaich (kons.) hielt eine Verständigung in der Kommission für möglich. Der Behauptung Hausmanns (Volksp.) von einem großen Umfange der Mißstimmung in Süddeutschland trat Osann (nat.-lib.) mit dem Bemerkten entgegen, es habe eine gewisse Überwindung dieser Stimmung stattgefunden. Schließlich wurde die Militärvorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern gewiesen, von denen 19 für

deren Gegner galten. Den Beginn ihrer Beratungen verschob sie aufs folgende Jahr.

Mit dem Alwardtschen Prozeß wurde der Reichstag zu einem zweiten Male befaßt, indem v. Marquardsen (nat.-lib.) am 12. Dezember die Vorgänge mit dem Bemerkten zur Sprache brachte, nachdem der Staatsanwalt festgestellt habe, die über die Beschaffenheit großer Teile unserer neuen Infanteriebewaffung vorgebrachten antisemitischen Behauptungen hätten das Vertrauen der Heeresverwaltung stark erschüttert und die Disziplin im Heere untergraben, erscheine eine beruhigende Erklärung von berufener Seite wünschenswert. Darauf versicherte der Reichskanzler, das zur Bewaffung der Infanterie dienende Gewehr, insbesondere auch die in der angegriffenen Fabrik von Löwe in Berlin ausgefertigten entsprächen allen Anforderungen der modernen Kriegskunst; einzelne Mißstände lägen nicht an der Waffe, sondern an den veränderten Zeitverhältnissen; eine gewisse Bemängelung der Gewehre nach der Übung komme stets vor.

In seinen mehrfach durch Beschlußunfähigkeit unterbrochenen Sitzungen beschäftigte sich der Reichstag bis zu seiner Vertagung (15. Dezember) noch mit folgenden Angelegenheiten. Am 6. Dezember fand die erste Beratung des in voriger Session nicht erledigten, wieder vorgelegten Gesetzentwurfs bezüglich des Zuhältertums und am 3. Dezember die eines Gesetzentwurfs wegen Änderung des die Gründung des Reichsinvalidenfonds betreffenden Gesetzes statt. Es sollen 67 Millionen Mark aus den Beständen dieses Fonds als Betriebskapital für die Reichskasse flüssig gemacht werden, worauf bisher nur mit Hilfe des Zahlungsmodus der Matrikularbeiträge hatte verzichtet werden können. Die Änderung soll berechtigt sein, weil die Aktivmasse dieses Fonds den Kapitalwert der Verbindlichkeiten um rund 117 Millionen überschreitet. Ferner wurde am 6. Dezember auf eine Anfrage hin vom Staatssekretär v. Boetticher die Auskunft erteilt, daß eine Vorlage wegen Organisation des Handwerkerstandes und Regelung des Lehrlingswesens sich in Arbeit befinde, und zu vielseitiger Befriedigung wurde am 7. Dezember auf eine Anfrage hin vom Staatssekretär Hanauer eröffnet, daß ein Gesetzentwurf vorbereitet werde, der Normen für Entschädigung unschuldig Verurteilter mit Normen für Wieder-

einführung der Berufung zusammenfasse. Gleiche Freude erregte der Staatssekretär v. Boetticher am 9. Dezember durch die Mitteilung von der baldigen Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zur Regelung der Abzahlungsgeschäfte und des Hausierhandels. Endlich kam die Frage wegen des Gebrauchs der Schießwaffen seitens der Militärwachtposten wieder zur Sprache. Auf seinen Beschluß vom 15. Februar wegen Änderung dieser Bestimmungen hatte der Reichstag keine Antwort erhalten. Nun brachte Petri einen neuen mißlichen Fall aus Straßburg vor, worauf der preußische Kriegsminister die Anordnung in Aussicht stellte, die Wachtposten in belebten Straßen nicht mehr mit Munition zu versehen; übrigens möge zunächst den Zivilbehörden die Aufstellung eigenen Wärterpersonals zur Bewachung ihrer Gebäude ermöglicht werden. Von Beratung der Gesetzesentwürfe zur Aufbringung der Kosten der Militärvorlage konnte begreiflich in diesem Jahre noch nicht die Rede sein.

Nachdem die Verhandlungen des Reichstags ohne wesentliche Aufklärung der politischen Lage und ohne Aussicht auf Verständigung über die Militärvorlage geendet hatten, waren die letzten zwei Wochen des Dezember noch reichlich mit öffentlichen Erörterungen über das Schicksal dieser Vorlage ausgefüllt. Zwar kam die Bereitwilligkeit, zum Schutz des Landes alles zu thun, fast überall zum Durchbruch; in den Vordergrund aber drängten sich die Zweifel, ob das Heer wirklich durch Massenvermehrung verjüngt werde, ob die Stärke zum Krieg nach zwei Seiten nötig sei und ob in der Weltlage wirklich die Notwendigkeit zur äußersten Anspannung der Kräfte liege. Die Zentrums- und die freisinnige Partei ließen ihre Ansicht verlauten, die Vorlage sei schon als gefallen anzusehen, es bestehe aber eine Mehrheit für den von den Reichstagsrednern dieser Parteien bezeichneten Ausweg. Ein Teil der Zentrums- und der freisinnigen Partei schien zwar anfänglich die Möglichkeit etwas weiteren Entgegenkommens angedeutet zu haben, hatte sich dann aber, wie aus einer Rede Liebers in Montabaur geschlossen werden konnte, vorläufig dem anderen Teile gefügt, vielleicht in der Hoffnung, die am 25. November wieder beantragte Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten doch noch einzutauschen zu können. In dieser Beziehung hatte aber ein Parteitag der Nationalliberalen in Heidelberg gezeigt, eine wie große Opposition der reichstreuesten Elemente im Falle irgend einer An-

Lehnung der deutschen inneren Politik an die ultramontane Partei zu gewärtigen sein würde. Auf seiten der Regierungen hingegen war in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 23. und 28. Dezember angedeutet, daß sie aufs strengste an der vollen Forderung festhielten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die allgemeine Parteilage noch dadurch zu trüben versucht, daß ihr Organ „Vorwärts“ Mitteilungen über stattgehabte Herausgaben aus dem früheren Welfenfonds an politische Persönlichkeiten veröffentlichte. Endlich verlautete, daß Gegner des „neuen Kurses“ den Plan vorbereiteten, aus den unzufriedenen Elementen der mittleren Parteien eine neue „Nationalpartei“, zunächst in Süddeutschland, ins Leben zu rufen. — So endete hinsichtlich der allgemeinen inneren Lage das Jahr mit größerer Unklarheit und größerer Verstimmung der Parteien, als mit der es begonnen hatte.

Das Kaiserpaar besuchte am 7. November Stettin und Kiel, namentlich zur Besichtigung der Werften. Dann hielt der Kaiser Jagden ab, mit dem Könige von Sachsen in der Duberow, mit dem Großfürsten Wladimir in der Gohrde, beim Fürsten von Stollberg im Harz, sodann in Ples und endlich bei Moritzburg in Sachsen. Dem Landgrafen sowie dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen, dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein und dem Prinzen Johann von Glücksburg verlieh er im November den Schwarzen Adlerorden. Am 20. Dezember wohnte er mit der Kaiserin der Einweihung der umgebauten Sophienkirche in Berlin bei, und am 30. Dezember siedelte der Hof von Potsdam nach Berlin über.

In den höheren weltlichen und geistlichen Kreisen trat im Laufe des Jahres eine Reihe von Veränderungen ein. Zum Nachfolger des Generals v. Lewinski im Kommando des 15. Armeekorps wurde der Generalleutnant v. Blume, Kommandeur der 8. Division in Erfurt, ernannt. Er gehörte 16 Jahre dem Kriegsministerium an, zeichnete sich als Militärchriftsteller aus und ist seit 1885 Mitglied des preussischen Staatsrats. Der kommandierende General des 11. Armeekorps, v. Grolmann, mußte wegen Kränklichkeit ausscheiden und erhielt zum Nachfolger in Kassel den Generalleutnant v. Wittich, bisher dienstthuenden General-Adjutanten des Kaisers. Der Chef der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs

wurde zur Verfügung gestellt und durch Oberst Meckel ersetzt. Dessen Thätigkeit bewegte sich bisher auf dem Gebiete der Taktik und des Generalstabsdienstes. Früher hatte er die Kriegsakademie von Japan reformiert. Der deutsche Gesandte in Belgrad, Graf Bray-Steinburg, wurde nach Lissabon versetzt und der dortige Gesandte, Freiherr v. Waecker-Gotter, nach Belgrad. Der Botschafter Freiherr v. Stumm in Madrid trat in Ruhestand und erhielt zum Nachfolger Herrn v. Radowiz, der seit 10 Jahren als Nachfolger des Grafen Hagfeld den Botschafterposten in Konstantinopel bekleidete. Besonderes Aufsehen erregte die Abberufung des Herrn v. Schlözer von der Stelle eines preussischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl. Er war 1882, bei Wiederaufnahme dieser diplomatischen Beziehung, vom Fürsten Bismarck von seinem Posten in Washington abberufen und mit Rücksicht auf seine früheren Bekanntschaften in Rom zu dieser schwierigen Stellung ausersehen. Die Gründe des Rücktritts sind noch nicht bekannt geworden; er erhielt jedoch das Großkreuz des Roten Adlerordens und begab sich im September zum Besuche des Fürsten Bismarck nach Varzin. Die Gesandtschaft in Rom wurde dem Wirkl. Geh. Rat Otto v. Bülow, deutschen Gesandten zu Bern, übertragen. Er hat einen lahmen Fuß infolge seiner schweren Verwundung im Straßenkampfe beim königl. Schlosse in Berlin am 18. März 1848. Die Gesandtschaft in Bern erhielt der deutsche Gesandte in Stockholm, Dr. Busch, der diese Stelle als Nachfolger v. Pfuels seit 1888 bekleidete. Ersetzt wurde er hier durch den Grafen Karl v. Wedel, der früher in hannoverschen, seit 1866 in preussischen Militärdiensten stand. Zehn Jahre war er Militär-Attaché in Wien, dann Kommandeur von Garde-Kavallerie-Regimentern und seit 1888 Flügeladjutant des Kaisers. Im August wurde der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg, Generalmajor v. Villaume, abberufen. Er hatte diese Stelle seit sechs Jahren bekleidet und wurde bei seinem Abschied vom Zaren mit dem Stanislausorden und mit einem kunstvollen goldenen Humpen beehrt. Auch der deutsche Botschafter in Petersburg, der General der Infanterie Hans Lothar v. Schweinitz, erhielt auf seinen Wunsch die Entlassung. Er ist 70 Jahre alt und hat fast 52 Jahre im preussischen und Reichsdienste gestanden, von 1869 bis 1874 als Gesandter in Wien, seit 16 Jahren am russischen Hofe. An seine Stelle wurde bald darauf,

auf Wunsch des Zaren, der fast 70jährige General der Infanterie v. Werder ernannt, der von 1869 an 17 Jahre als Militärbevollmächtigter in Petersburg dem jetzigen wie dem vorigen Zaren befreundet war. 1886—88 bekleidete er die Stelle eines Gouverneurs von Berlin, wo er seitdem privatisierte. Dr. Brückner erhielt auf seinen Wunsch im Oktober die Entlassung als geistlicher Vicepräsident des evangelischen Oberkirchenrats und als Generalsuperintendent von Berlin. In ersterer Stelle erhielt er den Oberkonsistorialrat Dr. v. d. Goltz zum Nachfolger.

Eine nicht unbedeutende Zahl hervorragender Civil- und Militärpersonen, deren Wirksamkeit das politische Gebiet berührte, wurden in diesem Jahre aus dem Leben abberufen. In Stettin verschied am 4. Januar Dr. Dohrn, der 1858—61 diese Stadt im preussischen Abgeordnetenhanse vertrat. Am 9. Januar starb der Ökonomierat Kiepert in Marienfelde bei Berlin, Vertreter des 3. pofenschen Bezirks im Abgeordnetenhanse. Der Vorsitzende des deutschen Fischereivereins, v. Behr-Schmoldow, Mitglied des Herrenhauses, starb in Berlin am 14. Januar. Ihm folgten am 16. Januar Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen, früher General-Adjutant Kaiser Wilhelms I., und Otto Fürst und Rheingraf zu Salm-Horstmar, Mitglied des Herrenhauses. Am 15. Februar verschied das Herrenhausmitglied Graf Max zu Solms-Rödelheim. Der Schriftsteller Glagau, Herausgeber des „Kulturkampf“, starb in Berlin am 1. März. Am 22. März verschied in Berlin der Generaladjutant Graf Wilhelm Brandenburg, ältester Sohn des früheren Ministerpräsidenten, der nach Verabschiedung des Prinzen August von Württemberg das Gardekorps befehligte, bis er 1884 infolge Sturzes mit dem Pferde den Abschied nehmen mußte. Am 28. März starb in Berlin der 83jährige General der Infanterie z. D. Reimar Konstantin v. Alvensleben, derselbe, dem der Kaiser am 12. Januar zur Erinnerung an die Schlacht von Le Mans den Schwarzen Adlerorden verliehen hatte. Der General der Infanterie z. D. v. Pritzelwitz, früher Gouverneur von Mainz, starb am 29. März in Potsdam, und an demselben Tage der Präsident des Patentamts, Wirkl. Geh. Legationsrat Dr. v. Bojanowski, in Berlin. Am 14. April starb der frühere Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ v. Niebelschütz, am 30. April, 81jährig, der Wirkl. Geh. Legationsrat Freiherr v. Rechen-

berg, länger als 30. Jahre preuß. Generalkonjul in Warschau. Der Schriftsteller Friedrich v. Bodenstedt starb in Wiesbaden am 15. April. Am 4. Mai endete das Leben des Dr. Hans Herrig in Weimar, dessen dichterische Werke erst spät Anerkennung fanden, und der in den letzten Jahren durch sein in zahlreichen Städten Nord- und Süddeutschlands aufgeführtes Lutherfestspiel am bekanntesten geworden war. Es soll ihm in Braunschweig ein Denkmal gesetzt werden. Generalmajor Albert v. Bülow, seit 1885 in Ruhestand, verblieb am 9. Mai, und der Generalmajor Heinrich Karl Eli v. Blumenthal, früher Befehlshaber der 22. Division, am 3. Mai. Er hieß ursprünglich Becker und ward 1881 zur Verfügung gestellt. Einer der seit langer Zeit bekanntesten Parlamentarier, Hans Hugo v. Kleist-Retzow, Mitglied des Reichstags und des preussischen Herrenhauses, starb 78-jährig am 19. Mai auf seinem Gute Rieckow im pommerischen Kreise Belgard. Er war von 1851—58 Oberpräsident der Rheinprovinz und während seiner ganzen öffentlichen Thätigkeit einer der Führer der politischen und kirchlichen äußersten Rechten, deren Bestrebungen er stets mit der gleichen Entschiedenheit und Lebhaftigkeit vertrat. Er war ferner ein Jugendfreund Bismarcks, von dem er sich in den 70er Jahren trennte. Zahlreiche Parteigenossen wohnten der Beisetzung in Rieckow bei. Gr.-Tschow bei. Professor Karl Schellbach, der Nestor der deutschen Mathematiker und einst Lehrer des Kaisers Friedrich, starb in Berlin am 19. Mai. Am 26. Mai starb Max v. Forckenbeck, seit 1878 Oberbürgermeister von Berlin, langjähriges Mitglied und Präsident des Abgeordnetenhauses und des Reichstags. Im Schlosse Bellevue im Berliner Tiergarten schied am 14. Juni im Alter von 94 Jahren ab der Ober-Hof- und Hausmarschall Kaiser Wilhelms I., der Graf Hermann Konstantin Erdmann v. Bücker, Freiherr v. Groditz. Als Ober-Stallmeister hatte er 1866 und 1870 den König in die Feldzüge begleitet. Es gab wenig Ehren, mit denen dieser ihn nicht ausgezeichnet hatte. 1875 hatte er den Schwarzen Adlerorden erhalten, 1877 war er zum General der Infanterie ernannt. Am 17. Juni starb in Frankfurt a. M. der letzte hannoversche Gesandte beim Bundestage, Gottlieb von Heimbruch, der nach Auflösung des Bundestags seinen Wohnsitz dort behalten hatte. In Hannover starb Ende Juni der Generalmajor a. D. Jul. Hartmann, ein ehemaliger hannover-

scher Artillerieoffizier, der 1866 bei Langensalza mitgekämpft, dann aber in Preußen zum Inspektor einer Fußartillerie-Inspektion aufgestiegen war. Großes Interesse hatten die „Erinnerungen eines deutschen Offiziers“ hervorgerufen, die er nach seiner Pensionierung 1881 herausgab. Der einst viel genannte Baron Karl von Scheel-Plessen starb im Alter von 81 Jahren in Italien. Nach Schleswig-Holsteins Erhebung gegen Dänemark wurde er Präsident der schleswig-holsteinischen Kanzlei im dänischen Ministerium, 1849 überbrachte er nach Berlin die Kündigung des Waffenstillstands von Malmö, 1852 übernahm er mit Graf Reventlow das dänische Regiment in Holstein. Bismarck rühmte ihm nach, daß er einer der ersten war, der ihm seine Dienste zur Verwirklichung der Einverleibung der Herzogtümer anbot. Deren Oberpräsident wurde er im Juli 1866. 1879 pensioniert, lebte er in Nehmiten bei Plön. Justizrat Karl Götting, 1872—85 nat.-lib. Mitglied des Abgeordnetenhauses, starb am 16. Juli in Hildesheim. Auf seinem Gute bei Schweidnitz starb am 3. August Graf Friedrich v. Brandenburg, Generaladjutant und General der Kavallerie, Zwillingenbruder des am 22. März Verstorbenen. Auf einer Reise in der Schweiz endete am 9. August der 64-jährige General der Artillerie z. D. Rudolf v. Koerdanz, ein Offizier von hervorragender wissenschaftlicher Bildung. Landgerichtsrat a. D. Lotz, Mitglied der preussischen Nationalversammlung, 1859—66 freisinniges Mitglied des Abgeordnetenhauses, 1886—90 des Reichstags, starb am 11. August. Ein schon seit längerer Zeit aus dem politischen Leben ausgeschiedenes Mitglied der Fortschrittspartei, Dr. Paur, starb Mitte August auf Rügen. Der Publizist Walter Rogge starb 70jährig in Halle a. S. Am 9. Sept. verschied in Berlin der General der Infanterie z. D. Friedrich v. Flatow, 72jährig. Er gehörte 1866 zum preussischen Generalstab und erwarb sich den Orden pour le mérite. Der langjährige Vertreter von Arnswalde-Friedeberg im preussischen Abgeordnetenhause, Landrat v. Meyer, starb am 10. September. Er zeichnete sich durch scharfe Waffen gegen den Widersacher, durch gesunden Menschenverstand und guten Humor in eigentümlicher Weise aus. Zu Thun in der Schweiz verschied am 13. September der Wirkl. Geh. Rat v. Günther im Alter von 77 Jahren. Er war früher Präsident der Seehandlung, dann

Oberpräsident von Posen, wurde 1881 geadelt, 1886 pensioniert. Generalmajor a. D. Ferdinand v. Michelmann, der von 1834—74 dem preussischen Heere angehörte, bei Wörth schwer verwundet wurde und sich dann noch in der Schlacht am Mont Valerien 1871 auszeichnete, starb am 15. September in Potsdam. Rudolf v. Shering, einer der namhaftesten Lehrer des römischen Rechts, starb am 17. September in Göttingen. Er lehrte früher in Basel, Rostock, Kiel und Gießen und wurde 1872 vom Kaiser von Österreich geadelt. Der Erforscher des Tongebiets, Hauptmann Erich Kling, wurde am 18. September in Berlin beerdigt. Um dieselbe Zeit starb in der Nähe des Viktoria-Nyanza der Führer der Vor-Expedition des deutschen Antisklavereikomitees, Baron Ludwig Fischer von Nagy-Szalatnya. Vizeadmiral Karl August Deinhard, erst seit kurzem Befehlshaber der Marinestation Wilhelmshaven, starb hier plötzlich am 4. Oktober und wurde unter großen militärischen Ehrenbezeugungen in Bremen beigesetzt. Der Wirkl. Geh. Legationsrat Lothar Bucher starb am 12. Oktober in Olion bei Territet am Genfer See im Alter von fast 75 Jahren. Als Mitglied der preussischen Nationalversammlung flüchtete er 1850 wegen Teilnahme an deren Steuerverweigerung nach London, kehrte nach der Amnestie zurück und wurde 1864 vom Ministerpräsidenten in das Auswärtige Amt berufen. Er erwarb sich dessen Vertrauen in hohem Grade und lebte meist in der unmittelbaren Umgebung des Fürsten Bismarck, bei dem er seit 1890 in Friedrichsruhe zu wohnen pflegte. Der Schlachtenmaler Georg Bleibtreu starb am 16. Oktober in Charlottenburg. Von ihm sind bedeutende Schlachtenbilder aus den Freiheitskriegen, aus 1806 und 1870. Sein Andenken wurde vom Kaiser und vom König von Württemberg in hervorragender Weise geehrt. Der Geh. Reg.-Rat a. D. Piper, 1852—64 Oberbürgermeister von Frankfurt a. D., Mitglied des Herrenhauses, starb am 18. Oktober in Rostock. Am 23. Oktober verschied in Göttingen der Geh. Reg.-Rat Prof. Soetbeer im 78. Lebensjahre, eine der ersten Autoritäten in Währungsfragen, am 13. November der Chefredakteur der Stettiner Offseezeitung, D. Wolff. Generalmajor v. Stückrad, Kommandeur der 31. Infanteriebrigade, fand am 19. November in Trier durch einen Sturz vom Pferde den Tod. Im 83. Lebensjahre verschied zu Homburg der Wirkl. Geh. Rat Guido v. Madai, der 1866

Zivilkommissar des Gebiets von Frankfurt a. M. und von 1872—85 Polizeipräsident von Berlin war. Der bekannte Geh. Rat Werner v. Siemens in Charlottenburg, hochverdient im Fache der Elektrizität, starb am 6. Dezember, unmittelbar nach dem Erscheinen seiner interessanten „Lebenserinnerungen“. Zur Beerdigung erschien der Reichskanzler als Vertreter des Kaisers, ein Vertreter der Kaiserin Friedrich, mehrere Minister und viele Autoritäten der Wissenschaft. Aus dem Auslande trafen viele Kundgebungen des Beileids ein, darunter von Edison und allen amerikanischen Elektrotechnikern. Nach langen Leiden starb am 17. Dezember der Unterstaatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Dr. v. Marcard in Berlin, dem der „Reichsanzeiger“ einen ehrenden Nachruf widmete. Der Reichsgraf Alex. von und zu Arco, der sich um die Landwirtschaft Schlesiens verdient gemacht, starb am 21. Dezember in Groß-Gorzytz bei Ratibor. Zu Friedenau bei Berlin verschied am 24. Dezember der Schriftsteller und eigentümliche Kanzelredner Dr. Paulus Cassel, in Bremen am 28. Dezember der volkswirtschaftliche Schriftsteller Lammers. Nach längeren Leiden verschied am 31. Dezember in Berlin der Reichstagsabgeordnete Peter Reichensperger, Mitglied der Zentrumspartei, eine der achtbarsten politischen Persönlichkeiten. Er war Mitglied der deutschen Nationalversammlung, des Parlaments in Erfurt, seit 1849 des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete wurden im April von dem seit Oktober 1890 bestehenden Kolonialrate eingehenden Beratungen unterzogen. Bezüglich der Sklaverei stellte er eine Reihe von Fragen fest, die den Behörden in den Schutzgebieten vorgelegt werden sollen. Hierzu gehörte vor allen die Frage nach der Zweckmäßigkeit gesetzlicher Bestimmungen, um die eingeborene Bevölkerung zur Arbeitsstellung für öffentliche und private Zwecke heranzuziehen. Hinsichtlich der in den Schutzgebieten zu erhebenden Zölle sprach sich der Kolonialrat für den Vorzug des Systems der Gewichtszölle vor den bestehenden Wertzöllen aus. Auch wünschte er, daß bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des Auswanderungswesens auf die Hinleitung deutscher Auswanderer nach den dazu geeigneten Schutzgebieten Rücksicht genommen werde. Die Kolonialabteilung des auswärtigen Amtes machte durch Erlaß vom 27. Februar den Gouvernements und Kommissariaten in den Schutzgebieten die

Mitteilung, daß der Sprachforscher Professor v. d. Gabelenz in Berlin um Ausarbeitung eines Handbuchs zur Aufnahme fremder Sprachen ersucht sei, das Beamten und anderen Personen, die Neigung und Verständnis für Sprachstudien haben, ein Hilfsmittel bieten solle zur Förderung der Kenntnis der in den Schutzgebieten in Übung befindlichen Sprachen und Mundarten. Der Vorstand der Kolonialabteilung, Wirkl. Geh. Legat.-Rat Kayser, trat am 2. Mai eine Reise zur Besichtigung des ostafrikanischen Schutzgebietes an. Hier hatte der Gouverneur v. Soden am 10. April Bestimmungen erlassen zur Regelung des Verhaltens der Führer und am 30. September eine Verordnung wegen Haftbarkeit und Sicherheit der Karawanen. Der kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika wurden begreiflich noch immer Gelegenheiten gegeben, wider unbotmäßige Volksstämme zu Felde zu ziehen. So unternahm der Vorstand der Station Mpuapua im Anfang Februar einen Zug gegen den Häuptling Kossira in der westlich angrenzenden Landschaft Ugogo, weil er den Volksstamm der Wahöhe bei seinen Einfällen in die Dörfer der Wagogo unterstützt, auch an der Vererbung von Karawanen sich beteiligt hatte. Erfolgreich wie dieser Zug war auch die Anfang März stattgehabte Unternehmung des Vorstands der Station Kilossa in der Landschaft Usagara gegen den Volksstamm der Mahenge-Mafiti, der mehrere Dörfer zerstört, Menschen geraubt und die nun um Hilfe bittende Landschaft Kidunda bedroht hatte. Dagegen mißglückte eine Unternehmung v. Bülow's, des Vorstandes der kaiserlichen Schutztruppe und Kommissars der Kilimandscharo-Station. Der Zug war gerüstet gegen den Sultan Meli, Sohn und Nachfolger Mandaras, der mit den Deutschen in Freundschaft gelebt hatte. Die Schutztruppe wurde am 10. Juni in einem Gefechte bei Moschi von den Eingeborenen besiegt, v. Bülow nebst Leutnant Wolfram und 20 Sudanesen getötet. Die Stellung am Kilimandscharo wurde jedoch deutscherseits behauptet. Endlich hatte der Kommandant der neu gegründeten Station Kisiki, Johannes, Ende August wieder mehrere Gefechte gegen die Mahenge-Mafiti zu bestehen. Da infolge der mehrfachen Unfälle der Schutztruppe seit Wismanns Rücktritt viele Angriffe gegen das „System Soden“ gerichtet wurden, so schien die Reichsregierung durch die Entsendung des Oberstleutnants v. Schelle als Vertreters des Gouverneurs dafür

Sorge tragen zu wollen, daß unter Umständen die höchste Zivilwieder mit der höchsten Militärgewalt in Ostafrika vereinigt werden könne. Der am 24. Oktober in Berlin wieder zusammengetretene Kolonialrat sprach sich übrigens für Vermehrung der dortigen Schutztruppe und für Anwendung größerer Mittel für öffentliche Militäranlagen aus. Was die von der Antisklaverei-Gesellschaft ausgesandten Unternehmungen betrifft, so gelangte die über den Sambesi- und den Schirefluß nach dem Tanganyikasee bestimmte im Oktober bis Chiromo, von wo der für letztern bestimmte Dampfer wegen niedrigen Wasserstands und Billigkeit der Löhne zu Lande weiter beschafft werden sollte. Die Expedition Dr. Baumanns an die Küsten des Viktoria-Nyanza ergab, daß sich der Sklavenhandel des Wegs über den See garnicht bediene, ein Dampfer also hier zu diesem Zweck nicht nötig sei. Die Expeditionen von Gr. Schweinitz, Meyer und Spring langten im September an jenem Binnensee an, worauf dem bisherigen Kompanieführer der Schutztruppe, Langheld, die einheitliche Leitung aller Expeditionen in das Seengebiet übertragen wurde.

Mehr als in früheren Jahren wandte sich die Aufmerksamkeit dem südwestafrikanischen Schutzgebiete zu. Nachdem der Ruf seiner Ergiebigkeit, in der es stets gestanden, sich weiter bestätigt hatte, handelte es sich um die Verwertung der Landeserzeugnisse. Verhandlungen mit einer deutschen Gesellschaft in Hamburg zerschlugen sich, worauf die Reichsregierung am 12. September dem Dr. Scharlach und dem Kaufmann Wichmann in Hamburg Grundeigentum und Bergwerksgerechtigkeiten über ein Gebiet in Damaraland verlieh, das die Otami-Kupfererz-Minen einschließt. Mit Zustimmung der Reichsregierung übertrugen dann die Genannten diese Rechte auf eine unter ihrer maßgebenden Beteiligung in England zu bildende Gesellschaft. Der Kolonialrat bedauerte jedoch im Oktober, daß so weitgehende Rechte verliehen seien und sprach sich im übrigen für baldige bedeutende Verstärkung der dortigen Schutztruppe aus, namentlich mit Rücksicht darauf, daß am 15. September auch das Land zwischen Herero und Dhambo unter deutschen Schutz gestellt war. Zur Schaffung der hierzu nöthigen Mittel schlug der Kolonialrat eine Abgabe vom Viehbestande der ansässigen Bevölkerung vor. Infolge der erwähnten Mißbilligung jener Konzession wurde deren Inhabern am 14. November nachträglich noch aufgegeben,

deutschen Einwanderern den Vorzug vor solchen anderer Nationalität zu geben, Lieferungen von Eisenmaterial vorzugsweise deutschen Werken zu übertragen und die besonders wasserreichen Gebiete ausschließlich für deutsche Ansiedler frei zu halten.

In **Elsaß-Lothringen** wurde der Geburtstag des Kaisers überall, selbst in den kleinsten Orten gefeiert. Hierzu trug das Beispiel der Stadt Metz viel bei, dessen Gemeinderat, obwohl er in seiner Mehrheit aus Protestlern und Ultramontanen besteht, einstimmig sich für die Feier entschied. Von Einfluß scheint auch das Beispiel des neuen Straßburger Bischofs Fritzen gewesen zu sein, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger selber im Dom die Messe las, am Festmahl teilnahm und der gesamten elsäßischen Geistlichkeit die entsprechende Direktive gab. Auch kommt in Betracht, daß durch den inzwischen eingetretenen Tod des aus dem Elsaß gebürtigen streitbaren Bischofs Freppel in Angers eine Art von französischer Nebenregierung über die reichsländische Geistlichkeit hinweggefallen war. Der Landesausschuß trat am 28. Januar zu seiner 19. Tagung zusammen. Der Statthalter Fürst Hohenlohe hob in der Eröffnungsrede den günstigen Stand der Finanzen hervor, der bei fortgesetzter Schuldentilgung hinreichende Mittel für gemeinnützige Unternehmungen darbiete. Das gesamte Präsidium, bestehend aus Dr. Schlumberger, Jaunez und Baron v. Schauenburg, wurde wiedergewählt. Präsident Schlumberger hob in seiner Ansprache hervor, das ganze Land habe in freudiger und gehobener Stimmung den Geburtstag des Kaisers festlich begangen, und zu den Empfindungen der Ehrerbietung und Treue geselle sich das Gefühl aufrichtigen Dankes für die Befreiung des Landes vom Drucke des Paßzwangs. Der Vorschlag, diesen Dank dem Kaiser in einer Adresse darzubringen, wurde mit lautem Beifall angenommen. Bei der allgemeinen Beratung des Etats am 2. Februar wurde auch vom Unterstaatssekretär v. Köller anerkannt, daß das Land jene kaiserliche Entschließung mit Freude und Dank aufgenommen habe. Unerbittlich aber, fügte er hinzu, werde die Regierung bleiben bezüglich derer, die in den letzten Jahren vor dem 17. Lebensjahre ausgewandert sind und von jetzt an unter gleichen Umständen auswandern werden, sofern bei ihnen unzweifelhaft der Beweggrund die Entziehung von der Militärpflicht sei. Der Statthalter gab am 24. Februar den Mitgliedern des Landesausschusses ein Festmahl,

wobei er seine Ansprache mit den Worten schloß: „Wir werden auch ohne Paßzwang unsere Grenzen zu sichern und unser Hausrecht zu wahren wissen.“ Die Arbeiten des Landesausschusses nahmen übrigens nicht den von der Regierung gehofften Gang. Ihre wichtigsten Vorlagen, eine Kreisordnung und eine Gemeindeordnung, wurden trotz vieler Mühen, welche die Vertreter der Regierung sich namentlich in der vorberatenden Kommission gaben, abgelehnt. Von diesen Verhandlungen gab der Unter-Staatssekretär v. Köller in der Plenar-sitzung vom 7. April ein Bild, indem er die vorgebrachten Ablehnungsgründe auf den Satz zurückführte: „Wir wollen das Gesetz nicht.“ Mit Ablehnung der Kreisordnung war das geplante Werk der Verwaltungsreform bereits illusorisch gemacht. Gleichwohl wurde die Gemeindeordnung noch beraten und ihre Ablehnung mit dem Ersuchen verbunden, in nächster Session einen andern Entwurf vorzulegen, nach welchem den Gemeinderäten ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung der Bürgermeister eingeräumt und die Höchstbesteuerten nicht ständig in die Gemeindevertretung einbezogen werden. Die Tagung blieb jedoch nicht unfruchtbar: es kam ein Kanalgesetz zustande, eine neue Regelung der Grund- und Gebäudesteuer, ein Gesetz über das Notariat und ein Gesetz über Mehrbesteuerung des Rosinenweins behufs besseren Schutzes des Weinbaues gegenüber der Weinfabrikation. Am 28. April wurde die Tagung durch den Staatssekretär v. Puttkamer geschlossen. Der Statthalter unternahm in den ersten Tagen des Juni eine Reise nach Lothringen und wurde in Forbach sowie in Diedenhofen festlich und mit patriotischen Ansprachen empfangen. An letztem Orte war die Bevölkerung von nah und fern herbeigeeilt, und es nahm der Besuch den Charakter eines Volksfestes an. Die Reise dehnte sich auch auf das französische Sprachgebiet aus. Hier wurde der Statthalter namentlich in Fèves warm begrüßt, wo Pfarrer Jacot mit der ganzen Wärme pastoraler Beredsamkeit den rückhaltlosen Anschluß an Deutschland rastlos predigte und in einer Schrift mutig gegen die Protestler loszog. Wie ein Triumphzeichen für Deutschlands Fortschritte im Reichsland erschien am 11. September ein glanzvolles Fest in Metz zur Enthüllung des Volksdenkmals für Kaiser Wilhelm I., zu dem die Mittel in ganz Deutschland gesammelt waren. Der Kaiser ist dargestellt auf seinem Schlachtroß als Sieger von Gravelotte, den Blick

auf die Landschaft gerichtet. Das Denkmal trägt die Inschrift: „Errichtet von seinem dankbaren Volke.“ Gewisse Vorgänge im Parteiwesen deuteten ebenfalls die Befestigung der Zustände an: ein elsässer Katholikentag in Straßburg (6. Nov.) bereitete eine Vereinigung der eingeborenen mit den eingewanderten Katholiken an und ein gleiches Ziel bezüglich der Freisinnigen verfolgt ein im November in Straßburg gegründeter „Freier elsäß-lothringenscher Bürgerverein“. Um dieselbe Zeit entstand eine neue els.-lothr. Partei mit dem Programm: Abschaffung des Diktaturparagraphen, Erhaltung der Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse und Rückkehr der aus politischen Gründen im Ausland Weisenden. Die Manöver im Reichsland wurden durch kaiserl. Erlaß vom 5. September der Cholera wegen aufgegeben. Zu Königshofen wurde im Juli ein Kapuzinerkloster zur Heranbildung junger Leute für den überseeischen Missionsdienst errichtet. Am 30. Oktober starb in Mühlhausen J. A. Schumberger, die erste Autorität des Landes in Handelsjachen, und am 8. November der 82jährige Dichter Adolf Stöber.

Die freie Stadt **Bremen** schloß mit Preußen einen Vertrag, wodurch ihr ein Gebiet behufs Erweiterung der Hafenanlagen von Bremerhaven abgetreten wurde, da die bisherigen Hafeneinfahrten nicht genügende Tiefe besitzen. In der freien Stadt **Hamburg** fand am 5. Mai eine Feier zur Erinnerung an den großen Brand statt, der vor 50 Jahren einen großen Teil der Stadt verzehrte. Der damals unverfehrt gebliebene Teil der engen Straßen im Innern gewährte den geeigneten Boden für Verbreitung der Anfang August durch russische Auswanderer eingeschleppten asiatischen Cholera, die dadurch plötzlich als eine schwere Gefahr für das ganze Reich auftrat und erst im November erlosch, nachdem viele Tausende der Krankheit erlegen waren. Das in ganz Deutschland sich kundgebende Mitgefühl war stark gemischt mit Unwillen über die gemeingefährliche Mangelhaftigkeit der sanitären Einrichtungen Hamburgs. Diese Klagen wurden auch in der Versammlung der Bürgerschaft vorgebracht und am 5. November sprachen sich 9 sozialdemokratische Versammlungen in Hamburg dahin aus, die bisherige Gestaltung des Freistaats habe sich den Interessen der Bevölkerung schädlich erwiesen, weil die in Gesetzgebung und Verwaltung maßgebende Minderheit weder Willen noch Fähigkeit gehabt habe, auch nur den

schlimmsten das Volk bedrückenden Mißständen zu steuern, weil ferner die politische Rechtlosigkeit der Masse allen Rechtsanschauungen widerspreche. Am 15. November starb der erste Bürgermeister Dr. Peterfen, dessen Beerdigung der Staatssekretär v. Boetticher bewohnte, während der Kaiser dem Senate sein Beileid aussprach. Der zu Peterfens Nachfolger gewählte Dr. Mönckeberg sprach sich am 5. Dezember beim Amtsantritt vor Senat und Bürgerschaft in längerer Rede gegen die Bewegung für Änderung der Verfassung mit dem Hinweise aus, daß das kleine Gemeinwesen sich nur deshalb noch behaupte, weil es „in einer geschichtlich gegebenen Gestalt, auf dem gewachsenem Boden der Jahrhunderte“ fest begründet dastehe. Die freie Stadt **Lübeck** beklagte am 4. Mai den Tod des Senators Harms. Für 1893 und 94 wurde Dr. Kulenkamp zum ersten Bürgermeister gewählt. Das Budget für 1893 zeigte eine Einnahme von 3492 610 und einen Ausfall von 263 693 Mk. Das Fürstentum **Meuß ä. L.** feierte am 28. März das 25jährige Regierungsjubiläum des 46jährigen Fürsten Heinrich XXII., dem im November der preussische Orden vom Schwarzen Adler verliehen wurde. Das Fürstentum **Meuß j. L.** beging am 11. Juli dasjelbe Jubiläum des 62jährigen Fürsten Heinrich XIV. Wegen dessen Kränklichkeit kam im Oktober ein Gesetz zur Regelung seiner Stellvertretung zu stande. In Greiz starb am 13. April der Wirkl. Geh. Rat Mortag, Präsident der Landesregierung. Prinz Heinrich XXIX. zu Schleiz-Rößtritz starb am 30. September zu Kadantz in der Bukowina, wohin er sich zur Hirschjagd begeben hatte, an Diphtheritis. Im Landtage des Fürstentums **Schwarzburg-Rudolstadt** erstattete die Regierung im November einen Bericht, wonach die Finanzlage günstig war. Fürst Karl Günther von **Schwarzburg-Sondershausen** ward am 28. November durch das Großkreuz des preussischen Roten Adlerordens erfreut. Im Landtage des Fürstentums **Lippe-Detmold** wurde am 15. Januar von 15 Abgeordneten eine Anfrage über den Stand der Frage eines Regentschaftsgesetzes eingebracht. Der Minister v. Wolfgramm erwiderte, die Regierung habe keinen Grund, eine neue Vorlage zu machen, da die Mehrheit des Landtags wohl noch dieselbe Ansicht hegen werde wie 1890, als eine solche Vorlage scheiterte, weil der Landtag den Beiräten des Regenten eine Gewalt verliehen zu sehen wünschte, die der Regierung unvereinbar

mit dem monarchischen Prinzip erschien. Dem am 7. Dezember eröffneten Landtage wurde der Entwurf eines dem preußischen nachgebildeten Gewerbesteuergesetzes und eine Änderung der Landgemeindeordnung vorgelegt. Der Etat schloß mit einem kleinen Defizit, aber ein aus Etatsüberschüssen der letzten Jahre gebildetes Kapital betrug eine halbe Million Mark. Prinz Hermann, zweiter Sohn des Fürsten von **Schaumburg-Lippe**, erlitt im September beim väterlichen Jagdschloß Steyrling in Oberösterreich durch Sturz mit dem Pferde schwere Verletzungen. Fürst Georg eilte dort hin und fiel hier im November in eine schwere Krankheit. Im Dezember kehrten beide heim. Im Herzogtum **Anhalt** wurde im Mai der Polizeipräsident von Potsdam, Dr. v. Koseritz, zum Staatsminister ernannt. Sein Vorgänger, v. Krosigk, starb in Dessau am 15. Dezember. Herzog Georg von Sachsen=**Meiningen** erkrankte im Mai in Cannes und begab sich dann auf seine Besitzung am Comer See. Von hier aus erteilte er am 18. Juni der jüdischen Gemeinde Bauerbach die Versicherung, „angefichts der Versuche, der Verwirrung des Antisemitismus auch im Herzogtum Eingang zu verschaffen“, könnten die Israeliten des Landes auf ihn zählen. Im Juli fiel die Gemahlin des Fürsten, Freifrau v. Heldburg, zu Maloja in schwere Krankheit. Erbprinz Bernhard und Gemahlin weilten im Mai am Hofe des Königs von Rumänien. Ernst, der jüngste Sohn des Herzogs, vermählte sich in Rom morganatisch mit einer Tochter des dort wohnenden Schriftstellers Jensen, die den Titel einer Freifrau v. Saalfeld erhielt. Dem älteren Sohne zweiter Ehe, Prinzen Friedrich, wurde im Oktober ein Sohn geboren. Hierdurch wurde, da der Erbprinz nur eine Tochter besitzt, die Dynastie gesichert. Dem am 30. November eröffneten Landtage wurde der Etat für 1893/95 vorgelegt, der zwar infolge des vorjährigen Einkommensteuergesetzes mit einem jährlichen Überschuß von 804 000 Mk. abschloß, für die erwartete Gehaltserhöhung der Beamten jedoch nicht ausreichte. In den Herzogtümern **Koburg** und **Gotha** wurde am 3. Mai die goldene Hochzeit des Herzogs Ernst II. gefeiert, der um diese Zeit in Nizza weilte. Der Landesauschuß sandte ihm eine von Gustav Freitag verfaßte Glückwunschartadresse. Im Herzogtum **Braunschweig** wurde der jährliche Bußtag auf denselben Tag wie in Preußen verlegt. Die schwarze Uniform des Militärs wich am

11. April der preussischen. Am 5. Januar starb in Wien der 65jährige Prinz Gustav von Sachsen=**Weimar**, österreichischer Feldmarschall a. D. Der 74jährige Großherzog Karl Alexander und seine Gemahlin Sophie der Niederlande feierten am 8. Oktober ihre goldene Hochzeit. Schon am 5. empfingen sie alle höheren Behörden, die Abordnungen aus dem Lande, den Landtag, der 400 000 Mk. für Wohlthätigkeitszwecke überreichte, und die Goethe-Gesellschaft. An der öffentlichen Feier nahmen der Kaiser, der König von Sachsen, die Königinnen der Niederlande, der Großherzog von Baden, Erzherzog Rainer, Großfürst Wladimir, der Herzog v. York und noch zahlreiche Fürstlichkeiten teil. Der kirchlichen Feier folgte ein Festzug, in dem denkwürdige Vorgänge aus der Geschichte des ernestinischen Hauses und des Hauses Dranien zur Darstellung gelangten. Beim Festmahl brachte der Kaiser namens der anwesenden Fürstlichkeiten den Trinkspruch aus. Die Gefeierten erließen eine öffentliche Dankagung, in der es hieß: „Wie eine große Familie hat das ganze Land an der Feier teilgenommen.“ Der Etat für 1893/97 wies, nach Erhöhung der Beamtenbesoldungen, ein Jahresüberschuß von 37 000 Mk. auf. Der Geh. Kirchenrat Lipsius, Professor des Kirchenrechts in Jena, starb hier am 19. August, der frühere Bundestagsgesandte v. Fritsch am 24. Oktober in Dresden. Der Großherzog Friedrich Franz III. von **Mecklenburg-Schwerin** erließ am 21. März aus Cannes einen öffentlichen Dank für die vielen aus dem Lande ihm zugegangenen Glückwünsche zu seiner Genesung von schwerer Krankheit. Die Jahreszeit erlaubte ihm jedoch nicht, zur Beerdigung seiner am 21. April verstorbenen 89jährigen Großmutter, der Großherzogin Alexandrine, in der Heimat zu erscheinen. Er traf hier erst am 28. Mai wieder ein und nahm am 22. Juni eine feierliche Kondolenz-Kour entgegen. Im Oktober begab er sich wieder nach Cannes.

Das wichtigste Ereignis im Großherzogtum **Hessen** war der am 13. März eingetretene Regierungswechsel. Daß Großherzog Ludwig IV. seit einigen Monaten leidend sei, war zwar bekannt, daß es aber schlimm stehe, ahnte nicht einmal seine nächste Umgebung. Das Leiden datierte, seit ihn im vorigen Jahre auf der Rückkehr von den Kaisermanövern bei Mühlhausen eine schwere Ohnmacht befiel und er hat dann öfter geäußert, daß er wohl nicht mehr

lange leben werde. Am 4. März, nachmittags 3 Uhr, wurde er von einem Schlaganfall betroffen. Die rechte Körperhälfte wurde gelähmt, das Bewußtsein blieb noch erhalten. Die Leibärzte Eigenbrodt und Jäger sowie der von Heidelberg berufene Professor Kusmaul machten am 6. März bekannt, das Unvermögen der Sprache dauere fort, der Kräftezustand sei jedoch im allgemeinen noch gut erhalten. Aber am 8. März trat Bewußtlosigkeit ein und nach einer anscheinend kurzen Besserung starb der Fürst am 13. März früh 1 $\frac{1}{2}$ Uhr in Gegenwart des von Nizza herbeigeeilten Erbgroßherzogs und der Töchter, der Prinzessin Heinrich von Preußen sowie der Großfürstin Sergius von Rußland und den Gemahnen derselben. Das Herzleiden hatte zu einer Verkalkung der Arterien geführt. Der 55jährige Großherzog Ludwig IV., ein Sohn des Prinzen Karl von Hessen und der Prinzessin Elisabeth von Preußen, hatte 1866 im Kriege gegen Preußen die hessische Kavallerie befehligt und im Feldzuge gegen Frankreich sich in den Schlachten um Metz sowie bei Orleans ausgezeichnet. Am 13. Juli 1877 wurde er durch den Tod seines Oheims auf den Thron berufen, den er mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Alice von England, nur kurze Zeit teilte. Er hatte das glücklichste Familienleben geführt. Nach der Verheiratung seiner ältesten Tochter und dem Eintritt seines Sohnes in die Garde zu Potsdam hatte er seine ganze Fürsorge auf seine Tochter Alice vereinigt. Die Teilnahme am Ableben des verehrten Landesfürsten war eine allgemeine. Die feierliche Aufbahrung erfolgte im Neuen Palais zu Darmstadt, die Beisetzung fand am 17. März auf der Rosenhöhe und in Gegenwart der Kaiserin Friedrich, ihrer Tochter Margarete, der ganzen großherzoglichen Familie, der Regenten von Baden und Sondershausen und vieler anderer Fürstlichkeiten statt. Im Reichstag widmete der Präsident v. Levezow dem Heimgegangenen einen ehrenden Nachruf, der Kaiser ordnete für alle Offiziere der Armee eine dreitägige Trauer um den General-Inspekteur der dritten Armee-Inspektion, den mit dem Range eines Feldmarschalls bekleideten Generaloberst der Infanterie an. Nach der Beerdigung erließ der neue Großherzog Ernst Ludwig eine Ansprache an das Land, in welcher er die Versicherung erteilte, daß er sich „die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit sowie die Förderung der Wohlfahrt und des Besten des Landes stets angelegen sein lassen,

die Verfassung hochhalten und beobachten, sowie auch dem Kaiser und Reich die von den Vorfahren erwiesene Treue bewahren werde.“ Am 18. März empfing der Großherzog Abordnungen beider Kammern des Landtags, welche Huldigungsadressen überreichten, und fügte seinem Danke für die Teilnahme hinzu: „Ich will versuchen, in die Fußstapfen meines Vaters zu treten. Aber um eins bitte ich Sie, helfen Sie mir, wie Sie ihm geholfen haben, und zwar nicht bloß aus Gerechtigkeit, sondern auch ein wenig aus Liebe.“ In einem Erlaß vom 28. März an den Staatsminister Finger sprach der Großherzog seinen Dank für die Kundgebungen des Landes aus. Königin Viktoria von Großbritannien in Begleitung ihrer Tochter Beatrice und deren Gemahls, des Prinzen v. Battenberg, traf am 26. April zum Besuche ihres Enkels, des Großherzogs, in Darmstadt ein. Nach deren Abreise begab sich der Großherzog zum Besuch des Kaisers nach Potsdam (S. 104). Nach seiner Rückkehr erließ er 179 zu Freiheitsstrafen Verurteilten die Strafe ganz oder zum Teil. Die zweite Kammer bewilligte am 22. Juni eine Erhöhung der Civilliste auf 1200000 Mk. Allgemeiner Beachtung fand Ende Oktober ein Erlaß des Staatsministeriums an die Zivilbeamten, worin großes Befremden ausgedrückt wurde, daß einige derselben sich an der antisemitischen Bewegung beteiligt hätten; der Großherzog mißbilligte aufs ernstlichste diese Anfeindung seiner israelitischen Unterthanen. Darauf wurde dem Großherzoge nach seiner Rückkehr vom englischen Hofe zu Balmoral, am 13. September in Mainz von allen Vereinen, Innungen und Gewerfen ein Fackelzug gebracht. Prinz Heinrich, Oheim des Großherzogs, vermählte sich am 20. September zum zweiten Male morganatisch mit Emilie Hugit aus Agram, bisherigen Hoffängerin Milena, die den Titel einer Frau v. Dornburg erhielt. Was die Totenliste betrifft, so starb am 22. März der 75jährige Freiherr v. Nordeck zur Rabenau auf Friedelhausen, bis 1881 Mitglied der Reichspartei im Reichstag, ferner Ende August der Generallieutenant v. Bothmer in Darmstadt, am 22. November der frühere Finanzminister Schleiermacher und am 5. Dezember der Staatsrat v. Biegeleben, früher Gesandter beim Bundestage.

Im Königreich **Sachsen** begann das Jahr mit der Sorge um das Leben des Thronfolgers, Prinzen Georg, Bruders des Königs.

Raum vom Weinbruch genesen, erkrankte er schwer an einem Darmleiden. Nach seiner Genesung erließ er am 13. Januar öffentlich eine Dankagung für die zahlreichen Zeichen warmer Teilnahme. Der bald hiernach bekannt gewordene Erlaß dieses Prinzen gegen die Mißhandlung von Soldaten erwarb ihm auch in weiteren Kreisen des ganzen Reiches große Anerkennung und Hochachtung. Sein ältester Sohn, Prinz Friedrich August, besuchte am 4. Februar zum ersten Male mit seiner jungen Gemahlin die Stadt Leipzig, wo er als dereinstiger Thronfolger von der Bevölkerung und den Behörden mit großen Ehren empfangen wurde. Beide Kammern des am 13. November 1891 eröffneten Landtags entwickelten eine große Thätigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Gesetzgebung. Vor allem wurde für eine Aufbesserung der Gehalte aller Zivil-Staatsdiener, ihrer Pensionen sowie der Pensionen ihrer Witwen und Waisen gesorgt. Der Bericht, den Prinz Georg als Referent einer Deputation der ersten Kammer hierüber erstattete, lieferte abermals einen Beweis der humanen Gesinnungen desselben. Aufbesserungen erfuhren auch die Gehalte der Lehrer an den Volksschulen sowie die Ruhegehälter der evangelisch-lutherischen und reformierten Geistlichen. Durch Genehmigung des Baues mehrerer kleineren Eisenbahnen wurde das vielgliedrige Bahnnetz des Landes angemessen erweitert. Zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse der drei letzten Finanzperioden wurde die Aufnahme einer dreiprozentigen Rentenanleihe im Nennwert von 60 Millionen Mark genehmigt. Weiterhin kam es noch zu einer neuen Notariats- und einer neuen Gesindeordnung sowie zu angemessenen Änderungen bezüglich der Brandversicherungsanstalt. Am 5. April wurde die Session von König Albert feierlich geschlossen, der in der Thronrede seine große Befriedigung über die angestrengte Thätigkeit der Abgeordneten und ihre vollste Hingebung zur Förderung des Landeswohls zum Ausdruck brachte. Nur ein Punkt hatte während dieser Session Mißtrauen hervorgerufen: bei Beratung der ersten Kammer über den Kultusetat hatte der katholische Bischof Wahl die Bitte gestellt, es möge erwogen werden, ob und auf welche Weise das Gesetz von 1876 über die Oberaufsicht des Staates über die katholische Kirche des Landes abgeändert oder ganz abgeschafft werden könne. Zwar hatte der Bischof die Versicherung hinzugefügt, es liege ihm

völlig fern, den konfessionellen Frieden Sachsens stören zu wollen, aber im Hinblick auf die allgemeine Haltung der Ultramontanen im Reiche erschien der Vorgang manchem bedenklich, namentlich mit Rücksicht darauf, daß dieser Bischof, der erst seit kurzem Nachfolger der friedfertigen Bischöfe Forwerk und Bernert geworden war, schon bald nach seinem Amtsantritte in der Hofkirche zu Dresden durch eine Rede für die Jesuiten verblüffendes Aufsehen erregt hatte. Bald nach dem Schluß des Landtags begab sich der König zu längerem Aufenthalte nach Mentone, wohin seine Gemahlin schon früher abgereist war. Die Vorgänge in Preußen gingen auch an den Parteiverhältnissen Sachsens nicht spurlos vorüber: der Vorstand des konservativen Landesvereins zur Erneuerung des 1887 mit der national-liberalen Partei abgeschlossenen Kartells machte, als diese sich im Hinblick auf das Zusammengehen der Konservativen Preußens in der Volksschulgesetzfrage mit der Zentrumsparthei zu der Verbindung nicht mehr geneigt zeigte, am 5. Februar bekannt, daß das Kartell nicht mehr bestehe. Gleichwohl ward noch ein Versuch zum Zusammengehen der gemäßigten Parteien unternommen: nach dem Falle jenes Gesetzes und kurz vor dem Schlusse des sächsischen Landtags wurde die Sache vom König Albert unter der Hand angeregt, der von ihrer hohen Wichtigkeit für die Gestaltung der inneren deutschen Verhältnisse tief durchdrungen war. In der That erließen 103 Abgeordnete beider Kammern des sächsischen Landtags, und zwar nicht bloß Konservative und Nationalliberale, sondern auch Mitglieder der Fortschrittspartei eine offene Erklärung behufs Erneuerung des Kartells der gemäßigten Parteien. Bevor der Fall praktisch wurde, fand am 13. Juni in Dresden ein von 500 Teilnehmern besuchter Parteitag der Konservativen Sachsens statt, in dessen umfangreichen Erklärungen jedoch von einem solchen Anschlusse keine Rede war. Vielmehr nahm dieser Parteitag vorzugsweise Rücksicht auf die Frage einer Änderung des Programms der Konservativen Preußens, die sich hiermit lebhaft beschäftigten und als deren Vertreter die Abgeordneten v. Manteuffel und v. Hammerstein in Dresden anwesend waren. Der Parteitag stellte als unabweissbare Pflicht der Konservativen „die entschiedene Bekämpfung der Sozialdemokratie und der anwachsenden Macht des Judentums“ auf und verlangte eine dem entsprechende Änderung des konservativen Programms

von 1876 durch die deutsch-konservative Partei des Reichstags. Die nationalliberale Partei sprach sich im Juni ebenfalls für unterschiedene Einwirkung des Staats gegen die Mißstände aus, aus denen der Antisemitismus sich nährt, zugleich aber auch gegen jede Verletzung der staatsbürgerlichen Gleichheit. Dem Veteran dieser Partei, Professor Biedermann in Leipzig, wurden am 22. September bei Vollendung seines 80. Lebensjahres warme Ehrenbezeugungen seitens der Partei zu teil. Derselbe nahm am 12. November Veranlassung, sich entschieden gegen die „fortdauernd wachsenden Ansprüche des Ultramontanismus“ auszusprechen. König Albert besuchte im Juli das Vogtland, hielt sich im September am Wiener Hofe auf und nahm am 12. Oktober die deutschen und österreichischen „Distanzreiter“ ehrenvoll auf. Auf der Brühl'schen Terrasse in Dresden wurde am 1. September ein Denkmal für Gottfried Semper errichtet.

Was Sachsens Totenliste betrifft, so starb am 25. März in Dresden der Schriftsteller Wirkl. Geh. Rat v. Minckwitz, am 24. Juni der Wirkl. Geh. Rat und Hausmarschall Graf Hermann Vitzthum v. Eckstädt, am 20. Oktober der Generalmajor a. D. v. Bülow in Celle, der bei St. Privat tapfer gekämpft hatte, am 25. Oktober der 92jährige Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Zehmen auf Stauchitz, früher lange Präsident der ersten Kammer, sodann am 26. Oktober der Professor Windscheid in Leipzig, einer der ersten Pandektisten, endlich am 6. November der Professor der Geschichte Maurenbrecher in Leipzig, der eben erst eine Geschichte der Entstehung des neuen deutschen Reichs herausgegeben hatte.

Wie in ganz Süddeutschland, so riefen namentlich im Großherzogtum **Baden** die politischen Vorgänge in Preußen zu Anfang des Jahres lebhaften Wellenschlag hervor. Am 24. Januar fand zu Freiburg i. Br. eine zahlreich besuchte Katholikenversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Lieber in längerer Rede von den Hoffnungen der Katholiken sprach. Manches hätten sie schon erreicht und sie hofften mit der Zeit noch mehr zu erreichen. „Das Licht ist in Berlin schon angesteckt. Es muß, so sagte der Reichskanzler, der katholischen Bevölkerung Gerechtigkeit werden. Wenn das der Kanzler sagt, dann wird es wohl bald jeder kleinstaatliche Ministerpräsident nachpfeifen müssen.“ Aber auch die Gegner des preussischen Volksschulgesetzes traten mit einer scharfen Kundgebung auf.

Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei trat am 9. März in Karlsruhe zusammen und seine Redner nahmen aufs entschiedenste Opposition gegen die preussische Regierung. Der alte Eckhard sagte zum Schluß seiner Rede: „Diesem jetzigen preussischen System gegenüber in Verbindung mit den Ultramontanen muß es heißen: Widerstand bis zum Äußersten. Alle Mann auf Deck! gegen diese Reaktion, laut und offen mit Mannesmut und Ausdauer ankämpfen gegen die Allgewalt der römischen Klerisei.“

Auch in den Verhandlungen des Landtags trat diese Bewegung der Parteien hervor. Ein Gesetz wegen Reorganisation der Ministerien und Bildung eines vierten Ministeriums kam im Januar zu stande, jedoch nicht ohne Widerspruch der katholischen Partei, deren Redner in der zweiten Kammer das im Amt befindliche Ministerium als eine nationalliberale Parteirichtung bezeichneten. Der Abgeordnete v. Buol erklärte geradezu die kirchenpolitischen Verhältnisse als Grund für die Opposition gegen diese Vorlage. Eine Opposition anderer Art erhob sich bei der Etatsberatung gegen die Forderung von 700000 Mark zum Ausbau des sog. Schloßchens in Karlsruhe zum Palast für den Erbgroßherzog; die demokratischen und die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden jedoch vom Finanzminister und vom Abgeordneten v. Stockhorner darauf hingewiesen, daß der Staat nach dem Apanagengesetz von 1837 rechtlich dazu verpflichtet sei. Der Führer dieser Opponenten, Müdt, ließ sich zu einer unschicklichen Äußerung über den Großherzog hinreißen und wurde zur Ordnung gerufen. Die katholischen Abgeordneten ließen bei der ferneren Beratung des Etats am 24. Februar durch den Abgeordneten Wacker erklären, daß sie gegen den Gehalt des Ministers des Innern stimmen würden. Im übrigen wurde beim Etat hervorgehoben, daß die Finanzen des Landes sich gestärkt haben, was sich in der bedeutenden Steuerherabsetzung unter gleichzeitiger außerordentlich reicher Ausstattung für wichtige Interessen des Staats kundgebe. Zu diesen Interessen gehörte in erster Linie die erhebliche Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer. Die Kommission ging in ihren Anträgen noch über die Vorlage hinaus, aber der Kultusminister Noff gab unter lautem Beifall aller Seiten der zweiten Kammer die Zustimmung der Regierung hierzu. Die bisherigen fünf Ortsklassen im Gehaltstarif fallen nun fort, und

Die Ordnung erfolgt hinfort nach Altersklassen. Während die Lehrer in kleinen Gemeinden bisher oft nur ein Gehalt von 700 – 800 Mark von der Gemeinde bezogen, wird vom 1. Mai an jedem etatsmäßig angestellten Lehrer ein Anfangsgehalt von 1100 Mark gezahlt, und dieser Satz steigt in dreijährigen Zulagefristen um je 100 Mark bis auf 2000 Mark. Im übrigen bezweckt dieses Volkschulgesetz das gerade Gegenteil von dem in Preußen zu Falle gekommenen Entwurfe. Es regelt die rechtliche Stellung des Lehrers in einem für ihn sehr günstigen Sinne und stärkt besonders seine Selbständigkeit und Würde, indem es ihn aus dem Schutzverhältnisse der Gemeinden und des Ortschulrats, in dem, namentlich in den katholischen Gegenden, der Geistliche die Hauptrolle spielt, hinaus in eine Staatsstellung bringt. Ein anderer hervorragender Verhandlungsgegenstand der zweiten Kammer war die von den katholischen Abgeordneten angeregte Frage der religiösen Orden. Nach diesen Anträgen sollte das Gesetz vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate dahin geändert werden, daß es genüge, von der Einführung eines religiösen Ordens und von der Errichtung einer einzelnen Anstalt eines eingeführten Ordens der Regierung einfach Anzeige zu erstatten; auch sollte das Gesetz von 1872 aufgehoben werden, wonach die Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge nicht eingeführter Orden verboten ist. Die Verhandlungen hierüber dauerten zwei Tage, ohne daß wesentlich Neues zu Tage kam. Die katholischen Abgeordneten klagten über Unterdrückung ihrer Kirche, der Abgeordnete Wacker verkündigte den dereinstigen Sieg der Orden und das Ende der Unterdrückung. Der Kultusminister Roff wies alle Angriffe ab und erklärte, ähnlich wie es in Württemberg geschah, die Regierung befinde sich nicht in der Lage, den Anträgen stattzugeben, da sie nicht auf den Einfluß verzichten könne, dessen sie zur Bewahrung des konfessionellen Friedens bedürfe. Vorschläge aber wegen Abhaltung von Missionen und Aushilfe in der Seelsorge zu machen, sei nicht angemessen, da die 1888 gemachten Regierungsvorschläge abgelehnt seien. Die Anträge des Zentrums wurden hierauf am 20. Mai mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Klerikalen stellten ferner einen Antrag, für die Wahlen zur zweiten Kammer das direkte Wahlrecht einzuführen. Sie trafen hierin mit den Demokraten und Freisinnigen zusammen,

die ebenfalls einen solchen Antrag einbrachten. Namens der Staatsregierung gab am 14. Mai nach zweitägigen Verhandlungen in der zweiten Kammer der Staatsminister Turban die Erklärung ab, die Regierung halte das bestehende Wahlssystem für gut und richtig und werde unter keinen Umständen in irgend welche Verfassungsänderung willigen. Für den Beschluß der Kammer kam nun alles auf die Nationalliberalen an. Sie hatten vor zwei Jahren einen gleichen Antrag abgelehnt, gegenwärtig aber glaubten sie aus taktischen Gründen für den Antrag stimmen zu müssen. Die Anregung dieser und anderer Fragen im Landtage erfolgte seitens der Klerikalen zur Vorbereitung der nächstjährigen Kammerwahlen. Die Nationalliberalen, schon bei den vorigen Wahlen an Zahl verringert, glaubten im Feldzuge von 1893 konkurrieren zu müssen. Sie beantragten daher, statt des klerikalen Antrags, auszusprechen, daß die Kammer mit der Änderung des Wahlsystems durch Einführung direkter Wahlen einverstanden sei, daß sie aber für diesen Fall eine Gesamtrevision der Verfassung für notwendig halte. Dieser Antrag wurde angenommen. Die erste Kammer sprach sich aber am 13. Juni gegen das direkte Wahlrecht aus, nachdem besonders Freiherr v. Göler den von letzterem und seiner wüsten Agitation ausgehenden falschen Parteigeist geschildert hatte, der die Schlagworte über die Interessen und das Wohl des Landes setze. Mit dem Landtage kam ferner noch eine Reihe von Gesetzen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur zu stande, wenn sie auch weniger lärmhaft als jene Parteianträge erledigt wurden. Das Eisenbahnnetz erfuhr eine weitere Vervollständigung, die Kreisverbände wurden fest und ausgiebig dotiert, Gesetze über Regelung der Kirchensteuern, über die Gewerbekammern und über die Versicherung der häuslichen Dienstboten, im ganzen aber während der seit dem 17. November dauernden Session 29 Gesetze vereinbart. In der letzten Sitzung der zweiten Kammer kündigte Präsident Lamey an, daß er mit Rücksicht auf seine 76 Jahre nicht nur vom Vorsitz, sondern auch aus der Kammer scheidet, „nicht ohne Schmerz, aber auch mit einem Gefühl der Genugthuung.“ Am 22. Juni wurde der Landtag durch den Minister Turban geschlossen, der in seiner Rede mit großer Befriedigung die angestrenzte Thätigkeit des Landtags anerkannte, der ein reiches Maß segensreicher Gesetze erzielt habe. Sofort nach Schluß des Landtags erließen die Mitglieder

der Zentrumsfraktion der zweiten Kammer eine Ansprache an ihre Wähler, in der sie offen bekannten, „der Hauptwert“ dieses Landtags liege für sie darin, daß er die in der Wahlbewegung des nächsten Jahrs wirkenden Erfolge „vorbereitet“ habe.

Großherzog Friedrich eröffnete am 4. Januar die Eisenbahn Kehl-Lichtenau-Buehl und hob in einer Ansprache beim Festmahl hervor, daß hierdurch die Verkehrsbeziehungen mit dem Reichslande sich fester schließen würden. Die Tochter des Großherzogs, Kronprinzessin Viktoria von Schweden, traf am 6. März von ihrem Winteraufenthalte in Agypten bei den Eltern wieder ein. Durch eine im März in Zürich erschienene Schrift „Kaspar Hauser, des Rätsels Lösung“ fühlte sich die fürstliche Familie und die Regierung so wenig beunruhigt, als durch die Menge früherer Schriften über dieses Thema; die amtliche Zeitung nannte sie eine plumpe Verfälschung von Aktenstücken aus der Zeit des Großherzogs Ludwig. Der Großherzog erkrankte Ende März an Bronchial-Katarrh, konnte daher am 3. April der feierlichen Eröffnung des vom Reichstag bewilligten Kadettenhauses in Karlsruhe nicht beiwohnen. Der Hof feierte am 8. April den 100jährigen Geburtstag des 1859 verstorbenen Markgrafen Wilhelm, zweiten Sohnes zweiter Ehe des Großherzogs Karl Friedrich. Der 24. April brachte eine Feier für das ganze Land: das 40jährige Regierungsjubiläum des Großherzogs. Eine Abordnung überreichte ihm feierlichst eine Huldigungsadresse sämtlicher Gemeinden des Landes. Die Abordnung bestand aus den neun Oberbürgermeistern der größeren Städte mit je zwei Stadtratsmitgliedern, den Bürgermeistern der Amtsstädte und je zwei Landbürgermeistern aus jedem Amtsbezirke, zusammen aus 200 Personen. Auf die Ansprache erwiderte der Großherzog mit herzlichen Worten des Dankes und er hob in einem Rückblick auf die Zeit seiner Regierung deren größtes Ereignis, die Einigung Deutschlands hervor. Kein Opfer sei zu groß, um diese Einigung zu erhalten. Der Großherzog ermahnte zu einträchtiger Arbeit; nur durch die Einigkeit aller derjenigen, die die Erhaltung des Staates und der Ordnung als das höchste Gut betrachteten, könnten manche Gefahren der Zeit überwunden werden. Der Großherzog schloß mit der Versicherung, daß sein treues Herz aushalten werde, so lange Gott ihm Kraft verleihe. Beim Festmahle des Stadtrats der Hauptstadt feierte

Oberbürgermeister Schnekler den Landesherrn als einen echt liberalen Mann, der einen Patriotismus des Herzens besitze und dessen Regierungsthätigkeit sich dem Rahmen der Wiedererstehung des Reiches einfüge. Der Kaiser sagte in seinem Glückwunschsreiben, der Tag werde nicht nur von der jubelnden Begeisterung seines treuen Volks, sondern soweit die deutsche Zunge klinge, mit freudiger Teilnahme begrüßt. Der Kaiser sprach ferner den Wunsch aus, es möge dem Großherzog vergönnt sein, noch während einer langen Reihe von Jahren die „Früchte einer dem Wohle seines gesegneten Landes unablässig gewidmeten Fürsorge zu genießen und im Bunde mit den übrigen deutschen Fürsten für die Größe des Reiches zu wirken.“ Am 6. Mai erließ der Großherzog ein Dankschreiben an das badische Volk. Am 18. Mai stattete er nebst Gemahlin den in Sand im Schwarzwald zur Kur weilenden Königinnen der Niederlande einen Besuch ab. Am 9. Juni erhielt der Hof in Karlsruhe den Antrittsbesuch des neuen Königs von Württemberg und dessen Gemahlin. Bei der Galatafel im Schloß sprach der Großherzog namens seines Landes in einem Toaste herzlichsten Dank für den Besuch aus und fügte hinzu: „Ich darf wohl darin die Fortdauer der durch lange Jahre bestehenden freundschaftlichen Beziehungen erkennen, in denen ich mich mit dem Allerhöchstheligen König Karl verbunden fühlte, eine Erinnerung, die mir ewig teuer und wert bleiben wird, eine Freundschaft, welcher ich es verdanke, daß ich heute die Ehre habe, Eure Majestäten als Chef eines württembergischen Regiments begrüßen zu können; ein Vorzug, den ich hochschätze und dankbar anerkenne. Mögen Eure Majestäten glücklichen Zeiten entgegengehen, unsere treuesten Wünsche begleiten Sie jetzt und allenthalben, treue Wünsche für Höchstihre Majestäten, für das königliche Haus und für das teure württembergische Nachbarland, mit welchem in freundschaftlichen, in innigen Beziehungen noch lange Jahre leben zu dürfen unser sehnlichster Wunsch ist; ein Wunsch, der durch die weise Regierung Eurer königlichen Majestät gewiß in Erfüllung gehen wird.“ König Wilhelm sprach alsbald seinen Dank aus und sagte: „Es hat einen freudigen und aufrichtigen Widerhall in meinem Herzen gefunden, und ich kann die Versicherung geben, daß es mein aufrichtigstes und treuestes Bestreben sein soll, die so lange Jahre bestehenden guten Beziehungen zwischen Baden und Württemberg nicht

nur aufrecht zu erhalten, sondern auch zu pflegen und zum Segen unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes stets weiter zu bilden.“ Am 11. Juni besuchte der Großherzog mit seinem Sohne von Singen am Hohentwiel aus die Gemeinden des Alb-Pfingz-Plateaus, denen die Wasserversorgung zu teil geworden ist. Nach Schluß des Landtags, am 23. Juni, sah der Großherzog dessen Mitglieder bei sich zur Tafel und sagte in einer Ansprache: „Um eins möchte ich Sie dringend bitten, schaffen Sie mit aller Kraft, daß der Friede wieder in unser Land kehrt. Selig sind die Friedfertigen; dieses hohe Wort möge in Ihren Herzen wiederklingen! Friede, Liebe und Eintracht thut uns not und macht uns stark und fähig, ein bedeutungsvolles Glied am deutschen Vaterlande zu sein, wenn sein Ruf an uns ergeht, und macht uns fähig, auch jeder inneren Gefahr entgegenzutreten.“ Bald hiernach nahm das großherzogliche Paar längeren Aufenthalt zu St. Blasien im Schwarzwald. Obwohl die Wahlen zum nächsten Landtag erst im Oktober 1893 vorzunehmen sind, begann doch schon in diesem Herbst das ganze Parteileben sich zur Wahlbewegung zuzuspitzen. Den regsten Eifer entfaltete die ultramontane Partei, die alles daran setzt, um die nationalliberale Mehrheit der zweiten Kammer zu verdrängen. In einer großen Versammlung zu Mannheim am 11. September wurde ausgeführt, in keinem Lande der Erde seien die Katholiken so schlecht daran wie in Baden. Eine Landesversammlung der freisinnigen und der Volkspartei in Offenburg am 13. November zeigte, daß auch diese Parteien vor allem auf Verdrängung der Nationalliberalen aus dem Landtage ausgehen.

Der Kaiserin Augusta wurde am 30. September an einer idyllischen Stelle der Lichtenthaler Allee in Baden-Baden von dieser Stadt ein Denkmal gesetzt und am 19. September ehrte die Hauptstadt das Andenken an den Dichter Scheffel durch Errichtung eines Denkmals vor der Kunstschule. Die Badische Todtenliste weist auf: den Fürsten Karl Egon zu Fürstenberg, der am 15. März in Paris starb; sodann verschied am 2. August der Fabrikant Thorbecke aus Mannheim, einer der Führer der nationalliberalen Partei, zu Arosa, und am 27. November Freiherr v. Türkheim, der 19 Jahre Baden in Berlin vertrat.

Das Königreich **Württemberg** wurde seit Beginn des Jahres

durch kirchliche Angelegenheiten lebhaft bewegt, sowohl auf evangelischer als auf katholischer Seite. Der evangelische Pfarrer Schrempf in Leuzendorf erregte die Gemüther, indem er die Frage der ferneren kirchlichen Anwendung des ungedänderten apostolischen Glaubensbekenntnisses zur öffentlichen Erörterung brachte. Schrempf hatte schon mehrmals in früheren Jahren seine vorgesetzten Behörden in Kenntniss gesetzt, daß er einen vom Bekenntnis abweichenden Standpunkt einnehme, war aber in seiner Stellung belassen worden. Da vollzog er im Juli 1891 eine Taufe ohne Anwendung des Apostolikums und teilte dem Dekanatamt Blauesfelden mit, daß er es künftig immer so halten werde. Seiner Gemeinde blieb es eine Zeitlang verborgen, daß er das Apostolikum nicht als seinen Glauben bekennen könne, denn auf Rat des Generalsuperintendenten Hall ließ er sich hinfort bei Taufen vertreten. Aber einige Wochen später suchte er durch ein Schreiben an die Oberkirchenbehörde seiner schiefen Stellung ein Ende zu machen. Die Fortführung des Amts in bisheriger Weise sei ihm sittlich unmöglich. Und bei der nächsten Taufe, die er vorzunehmen hatte, machte er der Gemeinde Mitteilung. Darauf unterjagte das Konsistorium in Stuttgart dem Pfarrer Schrempf die fernere amtliche Wirksamkeit in seiner Gemeinde, weil es nicht dulden könne, daß diese in ihrem auf dem Bekenntnis ruhenden Glauben durch einen Diener der Kirche verletzt und verwirrt werde. Auf die Suspendierung folgte am 24. Mai Schrempfs Entlassung „wegen Verfehlung gegen die übernommenen Dienstpflichten“. Der im Juli durch eine Schrift Schrempfs näher erläuterte Fall erregte in ganz Deutschland die Gemüther vieler Geistlichen und Laien, die ebenfalls schon längst gewisse Stellen des Apostolikums mit ihrer Überzeugung nicht hatten vereinigen können, und es kam die Frage auf die Tagesordnung, ob es nicht zunächst Sache der kirchlichen Oberbehörden sei, in bestimmterer Weise Stellung zu der Frage zu nehmen und so die jungen Geistlichen bei Zeiten vor Gewissensbedrängnis zu bewahren. In Preußen gab der Fall Schrempf Anlaß zu einer größeren Bewegung für und gegen das Apostolikum (S. 131). In Stuttgart wurden im November von Schrempf Vorträge über diese Fragen gehalten.

Auf katholischer Seite wurde die Bewegung für die Männerklöster fortgesetzt, obwohl der Ministerpräsident v. Mittnacht und der Kultusminister v. Sarvey schon im vorigen Jahre ablehnende

Befehide erteilt hatten. Über die inzwischen für und wider eingegangenen Bittschriften wurde dem Könige Vortrag gehalten und vom Staatsministerium am 15. März Entscheidung getroffen. In Übereinstimmung mit dem Standpunkt, den es seit Erlaß des Gesetzes vom 30. Januar 1862 eingenommen, lehnte es das seit dem Ulmer Katholikentag vom November 1890 durch wiederholte Eingaben befürwortete Gesuch um Zulassung von Männerorden in der Diözese Rottenburg ab, weil kein Grund vorliege, von bewährten Grundsätzen zur Erhaltung des religiösen Friedens abzuweichen. Diese Entscheidung wurde mit Stimmeneinheit getroffen, indem auch die beiden katholischen Minister sich für Bewahrung der bisherigen Haltung aussprachen. Darüber zeigte sich das Hauptorgan der württembergischen Katholiken, das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart, sehr ungehalten. Es bezeichnete diese Ablehnung als schroff und von einer merkwürdigen Härte, vermifste ein Wort des Bedauerns und „den Hauch irgend eines wohlwollenden Anerkennens“; es handele sich um den „hohen, ganz unveräußerlichen Grundsatz der Freiheit der Kirche in ihren eigenen inneren wesentlichen Angelegenheiten“. In demselben Sinne äußerte sich das Amtsblatt für Ehingen, „der Volksfreund für Oberschwaben“. In ganz Württemberg, „landauf und landab“, seien die Gemüter des katholischen Volks „in Aufruhr versetzt“, an so schroffe Abweisung habe doch niemand gedacht; gegenüber der fast schrankenlosen Freiheit, welche den Aposteln des Umsturzes und des Unglaubens gewährt werde, könne man die Abweisung fast nicht begreifen. Der Domkapitular Dr. v. Einsemann suchte in einer im Auftrage des bischöflichen Ordinariats Rottenburg verfaßten Denkschrift den Befürchtungen entgegenzutreten, die sich an die Zulassung von Klöstern knüpfen, und im Namen des Ausschusses des württembergischen Katholikentags erließ dessen Vorsitzender, Graf Otto v. Rechberg und Rothenlöwen, einen Aufruf an die Katholiken des Landes. Hiernach sei durch die vorjährigen Audienzen bei den Ministern nichts weiter erreicht „als notdürftige Angaben unzulänglicher Gründe“, und es wurde der Satz aufgestellt, die religiösen Orden seien ein so notwendiges Glied am Organismus der katholischen Kirche, daß erst mit ihnen und durch sie die Kirche in den Stand gesetzt sei, ihre Aufgabe ganz und nach allen Seiten hin zur Lösung zu bringen. Das katholische Volk wurde aufgefordert, auf seinem guten Rechte zu

beharren, zu seiner Er kämpfung in Versammlungen und Vereinen sich immer inniger zusammenzuschließen und bei jeder Gelegenheit mit allen gesetzlichen Mitteln darauf hinarbeiten, daß ihm endlich sein Recht werde. Als es später zu einer Reihe von größeren Katholikenversammlungen in mehreren Teilen des Reichs kam, in welchen die konfessionelle Schule, die Wiederezulassung der Jesuiten und die territoriale Unabhängigkeit des päpstlichen Stuhles gefordert wurde, ward eine solche Versammlung auch in Ravensburg veranstaltet. Sie fand am 7. Juni statt, war von mehr als 4000 Teilnehmern besucht und vom Erbgrafen von Waldburg-Wolfegg präsi diert. Sie sprach sich, nach längeren Reden der Reichstagsabgeordneten Gröber aus Heilbronn und Lieber, auch für die Männerorden in Württemberg aus. Deren Ablehnung wurde als Beeinträchtigung der verfassungsmäßig zugesicherten Religionsfreiheit erklärt und dem Ministerium ein förmliches Mißtrauen erteilt. Im Anschluß hieran suchte der Bischof Karl Joseph v. Häfele zu Rottenburg durch Schreiben vom 12. Juni die Katholiken des Landes zu fortgesetzter Bewegung für die Männerorden anzuregen.

Auf der anderen Seite hielten am Standpunkt der Regierung in dieser Frage alle diejenigen fest, welche in der Richtung, die sich im preußischen Volksschulgesetzentwurfe hervorgewagt hatte, eine große Gefahr für die gesamte innere Entwicklung des Reichs erblickten. Voran stand die deutsche Partei Württembergs, die es eben mit Rücksicht auf diese Vorgänge seit Fürst Bismarcks Rücktritt für angezeigt hielt, ihr Programm in liberalem Sinne neu zu gestalten. Dies geschah in der Landesversammlung zu Stuttgart am 22. Februar. In Angelegenheiten des Reichs schlossen sich die einzelnen Punkte des Programms den Forderungen der nationalliberalen Fraktion des Reichstags an; bezüglich der württembergischen Verhältnisse wurde in erster Linie Verwirklichung der Verfassungsrevision verlangt. Ohne auf die Forderung des Einkammersystems zu verzichten, forderte die Partei Entfernung der Privilegierten aus der zweiten Kammer, deren Bildung ausschließlich aus Vertretern des allgemeinen Wahlrechts, stärkere Vertretung größerer Städte und Reform der ersten Kammer. In der Verwaltung wurde Aufhebung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, Magistratsverfassung für Stuttgart und Einführung von Kreisausschüssen verlangt. Der Stand

der Volksschullehrer solle nicht länger von der Anteilnahme an der Schulaufsicht ausgeschlossen bleiben. Bei den Verhandlungen über dieses neue Programm war vom Rechtsanwält Schall namentlich des Vertrauens gedacht, welches die Partei dem früheren Leiter der deutschen Politik entgegengebracht habe. Dieses Vertrauen habe mehr als formulierte Programme gegolten und seit dem Rücktritt des Fürsten sei der Wunsch lebhaft geworden, der gemeinschaftlichen politischen Überzeugung in bestimmter Form Ausdruck zu geben. Als dann bei Tisch der Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht wurde, rief dies eine begeisterte Zustimmung hervor, die als wahrhaft überwältigend bezeichnet wurde. Neu gestärkt feierte die deutsche Partei am 8. Mai ihr 25jähriges Bestehen. Das Fest wurde am 7. Mai eingeleitet durch einen Zusammentritt der Kammerfraktion mit dem Landesauschuß in der Silberburg zu Stuttgart. Beim Festakt am folgenden Tage in der Liederhalle hielt Dr. W. Lang die Rede, in der ein Rückblick auf die Entstehung und die Geschichte der Partei gegeben wurde. Die Reden beim Festmahl im Stadtpark zeichneten sich durch hohen Patriotismus aus. Nach den Toasten des Kanzlers v. Weizsäcker, des Landtagsabgeordneten Stälin und des Reichstagsabgeordneten Siegle ergriff der Reichstagsabgeordnete Dr. Dfann aus Darmstadt das Wort zu einer begeisterungsvollen Rede auf den Fürsten Bismarck. Er sagte u. a.: „Wir haben eine große Zeit hinter uns; aber wir haben ja nicht alles gehört und erlebt in dem Sinn, daß uns damals alles in seiner heutigen Bedeutung zum Bewußtsein gekommen ist. Erst jetzt wird allmählich der Schleier gelüftet über dem Regen und Weben aller der Kräfte, die an der Einheit des Reichs gearbeitet haben. Erst jetzt wird der Schleier gelüftet über dem Arbeitsfönn des großen Gärtners, der die Anlagen des deutschen Reiches hergestellt hat. Was war denn Deutschland vorher? Weniger als ein Begriff, eine in jeder Richtung gefesselte, in ihrer Entwicklung gehemmte Gestalt. Diese Fesseln durchhauen zu haben, das ist Bismarcks erstes Verdienst. Darin liegt diese hohe bedeutende Kraft, daß er stets die rechte Zeit abwartete, daß er den Gegner wie ein Taubenpaar betrachtet und sich ihm mit Girren nähert oder aber ihn mit drohendem Stirnrunzeln zurückschreckt. Er war ein unumschränkter Beherrscher des gesamten politischen Apparats und Besitzer des ungeheuren Geistes

und somit dazu bestimmt, den Knoten zu durchhauen.“ Die hauptsächlichste Wirkung dieses Parteifestes bestand darin, daß die Beziehungen der deutschen Partei zu den verwandten Parteien im Reich enger geknüpft wurden; noch niemals waren in Schwaben so begeisterte Kundgebungen für v. Bennigsen als den Führer des liberalen Bürgertums erfolgt. Nach diesen Anregungen erschien es übrigens auffallend, daß die deutsche Partei gerade in Stuttgart im November eine Niederlage erlitt, indem nicht der Vorstand ihrer Kammerfraktion, Dr. Götz, sondern der zunächst von der Volkspartei als Kandidat aufgestellte Obersteuerrat Rümelin zum Oberbürgermeister der Hauptstadt gewählt wurde.

Angeregt durch das kühne Vorgehen des deutschen Katholikentags in Mainz, frischten die Katholiken Württembergs im Herbst die Bewegung für Herstellung der Männerorden aufs neue an. Versammlungen des Volksvereins für das katholische Deutschland in Stuttgart am 13., in Gmünd am 18. September und in Horb am 24. Oktober stellten aufs neue dieses Verlangen auf.

König Wilhelm und Königin Charlotte trafen am 24. Januar zum Besuche am königlichen Hofe in Berlin ein und weilten hier bis zum 28. Januar (Seite 5). An diesem Tage statteten sie ihren Besuch dem königlichen Hofe in Dresden ab und langten am 29. Januar in Weimar an. Beim Aussteigen wurden sie hier von der Militärkapelle mit dem württembergischen Liede empfangen, wozu auf Veranlassung des Großherzogs ein Ulmer Hautboist die Noten gebracht hatte. Der Großherzog, der Erbgroßherzog und Prinz Bernhard waren zum Empfang erschienen und geleiteten die Gäste durch die von einer großen, grüßenden Menschenmenge erfüllten Straßen zum Schloß, in dem abends 6 Uhr ein Brunkmahl und dann ein Konzert stattfand. Am 25. Februar feierte Württemberg zum ersten Male den Geburtstag des neuen Königs. Am Geburtstage des verstorbenen Königs Karl, den 6. März, begaben sich König Wilhelm, seine Gemahlin und Prinzessin Pauline in die Gruft unter der Schloßkirche und legten Kränze am Sarge nieder. Dann folgte für den ganzen Hof ein Trauergottesdienst in der Schloßkirche. Hofprediger Prälat v. Schmid hielt die Gedächtnisrede. Die verwitwete Königin Olga nebst der Herzogin Wera und den Prinzessinnen Elsa und Olga wohnten mit ihrem Hofstaat einem russischen Trauer-

gottesdienste im Sterbezimmer des Königs Karl bei. Am 14. März stattete das Königspaar dem königlichen Hofe in München seinen Besuch ab (Seite 218). Die 48jährige Herzogin Wilhelmine Eugenie, Tochter des 1857 verstorbenen Herzogs Eugen und Gemahlin ihres Oheims, des Herzogs Nikolaus von Württemberg, starb am 24. April zu Karlsruhe in Oberschlesien. Der 1. Mai brachte dem königlichen Hofe den Besuch des Königspaares von Sachsen. König Wilhelm empfing die Gäste sehr herzlich am Bahnhof zu Stuttgart. Unter den Klängen der sächsischen Königshymne wurde die Front der vom Dragonerregiment „Königin Olga“ gestellten Ehrenwache abgeschritten. Auf der Fahrt zum Schlosse bildeten die Truppen Spalier. Bei der Galatafel brachte König Wilhelm einen Trinkspruch auf die Gäste aus; er erinnerte namentlich daran, daß die sächsischen und die württembergischen Truppen auf den Schlachtfeldern gemeinsam für die Einigung Deutschlands gekämpft und geblutet; das Band der Freundschaft, welches die Fürsten beider Länder verknüpfe, sei unauflöslich. König Albert erwiderte, indem er die Worte seines königlichen Wirtes bestätigte, und dankte für den ihm bereiteten großartigen und herzlichen Empfang. Am 9. Juni trafen König Wilhelm und Gemahlin zu einem kurzen Besuche des großherzoglich badischen Hofes in Karlsruhe ein. Das vom König Wilhelm errichtete und nach ihm benannte Stift in Ludwigsburg wurde von ihm am 11. Juni unter Feierlichkeiten eröffnet. Die Anstalt ist zur Aufnahme gebrechlicher Knaben im Alter von acht bis sechzehn Jahren bestimmt, die hier für ein Handwerk herangebildet werden. Folgenden Tags wohnte das Königspaar dem Rennen in Weil bei Eßlingen bei. Die erste Parade seit seiner Thronbesteigung nahm der König über die Garnisonen von Stuttgart und Ludwigsburg am 20. Juni auf dem Kannstatter Exerzierplatze ab. Folgenden Tags hielt das Königspaar in festlicher Weise seinen Einzug in Tübingen. Nach Besichtigung des Bataillons fuhren die Majestäten unter stürmischen Hochrufen der Bevölkerung zum Uhlands- und zum Wildermuthsdenkmal, sodann auf den Marktplatz. Hier brachte vom Balkon des Rathauses der Obmann des Bürgerausschusses ein Hoch auf die Majestäten aus, in das die festlich gekleidete Menschenmenge mit größter Begeisterung einstimmte. Die Königshymne hörten die hohen Gäste im Wagen stehend an. Vor dem Universitätsgebäude

bildeten die Studierenden Spalier. Unter Führung des Rektors Prof. v. Funk und des Kanzlers v. Weizsäcker betraten sie die Aula, in der alle Lehrer der Hochschule versammelt waren. Auf eine Ansprache erwiderte der König: Es werde jederzeit sein festes Bestreben sein, die Wissenschaften zu fördern. „Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank für den wahrhaft großartigen Empfang, der uns zu teil geworden. Möge die Universität immerdar blühen und gedeihen.“ Nach fernerer Besichtigung öffentlicher Anstalten und des Kaiser-Wilhelm-Turmes auf dem Osterberg begaben sich die hohen Gäste nach Bebenhausen. Der präsumtive Thronfolger, Herzog Wilhelm, traf am 22. Juni zum Besuche des ihm bei Anwesenheit des Königspaares in Berlin vom Kaiser verliehenen Regiments „Herwarth v. Bittenfeld“ in Münster ein und wurde hier mit vielen Ehren aufgenommen. Beim Festmahl feierte ihn der Oberst v. Warendorf unter dem Hinweis, daß der neue Chef in sechs Feldzügen als glänzendes Vorbild echt soldatischer Tugenden ruhmvoll gefochten und geblutet habe. Die Offiziere stimmten freudig in das Hoch ein und die Musik spielte „Preisend mit viel schönen Reden“. In seiner Erwiderung sagte der Herzog: „Der Herr Oberst hat meiner Vergangenheit erwähnt; ich erkenne darin einen Maßstab, wie klein meine Verdienste sind im Vergleich zu den Großthaten, deren mein Regiment — ich nenne es mit Stolz das meinige — sich rühmen darf, Thaten, welche ihres Gleichen suchen in der Weltgeschichte. Ich beneide jeden, der teilgenommen hat an den großen Erfolgen dieses Regiments in dem jüngsten Kriege. So etwas wird so leicht nicht wiederkommen, aber Kriege wird es noch viele geben, und es wird mein glänzendster Tag sein, an dem es mir vergönnt wäre, selbst Zeuge zu sein, wenn der Sturm über das Vaterland hereinbricht, wie das Regiment sich bewährt, alles niederwerfend, was sich ihm entgegenstellt zum Ruhme Gottes, des Vaterlandes und des Kaisers.“

Das Königspaar stattete am 29. Juni der Stadt Reutlingen einen Besuch ab, wo ihm herzlichste Huldigungen dargebracht wurden. Während sodann der König einen Ausflug nach den Gemeinden des Härdtfeld-Albuch-Wasserversorgungsgebiets machte, begegnete der Königin Charlotte in Stuttgart ein Unfall mit ihrem Wagen, der dank ihrer Geistesgegenwart ohne ernste Folgen ablief. Die Hinterachse des Wagens brach, der Kutscher fiel herab und die Pferde

gingen durch, bis die Königin die am Boden schleifenden Zügel erhaschte. Im Kranz der Städte, die dem neuen Königspaar ihre Huldigung darbrachten, folgte die Hauptstadt am 5. Juli durch ein glänzendes Fest im Stadtgarten. Wie zu allen Zeiten, nahm die Bevölkerung des Landes innigen Anteil am Wohl und Wehe des Fürstenhauses. Das zeigte sich wieder bei der Vermählung des Grafen Wilhelm von Württemberg, Herzogs von Urach, mit der Herzogin Amalie in Baiern zu Tegernsee am 4. Juli, bei der Verlobung des künftigen Thronfolgers, Herzogs Albrecht von Württemberg aus der katholischen Linie mit der Erzherzogin Margarete Sophie, Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig, am 13. Juli und beim Ableben der Königin-Witwe Olga zu Friedrichshafen am 30. Oktober. Der feierlichen Beisetzung in Stuttgart am 4. November wohnten bei der Kaiser, die Großherzogin von Baden, der Erbgroßherzog von Weimar, die Prinzen Ludwig von Baiern und Georg von Sachsen, Erzherzog Ludwig Viktor, Großfürst Wladimir und Großfürstin Konstantin. Im Dezember erhielt das Königspaar den Besuch des Großherzogs von Baden und seiner Gemahlin.

Der „Staatsanzeiger“ veröffentlichte am 17. Dezember einen Vortrag des Finanzministers v. Kiecke über den Staatshaushalt für 1893—95. Danach wird der Staatsbedarf auf jährlich 68 Millionen, zwei mehr als im vorigen Etat, veranschlagt. Der Reinertrag des Kammerguts wurde um etwa 2 Millionen niedriger als bisher angenommen; es ist daher für beide Jahre eine Verstärkung der Deckungsmittel um 8,4 Millionen nötig, wovon die Landessteuern 5,9 Millionen mehr aufbringen sollen, und zwar durch höhere Ansätze bei verschiedenen Abgaben.

Von hervorragenden Württembergern starben in diesem Jahre: Geh. Rat Rud. v. Mohl, Vorstand des Verwaltungs-Gerichtshofs, am 16. August; der Litteraturhistoriker Prof. Laiber am 14. September und der Rechtsanwalt Georgii in Wilhelmsdorf, eine der angesehensten Persönlichkeiten im Lande und langjähriger Vorstand der Allgemeinen Deutschen Turnerschaft, am 25. September.

Im Königreich **Baiern** standen zunächst die weiteren Verhandlungen des seit dem 1. Oktober 1891 versammelten Landtags im Vordergrund. Die Beratung des Etats verlief im ganzen ziemlich ruhig. Die Abgeordnetenversammlung sprach sich am 12. Januar ein-

stimmig für Ermäßigung des Personentarifs aus und bewilligte als Gesamteinnahme der bayerischen Bahnen 109 625 626 Mk. Beim Kultusetat kam die Frage der Rückberufung des Ordens der Redemptoristen wiederum zur Sprache. Der Abg. v. Soden hob hervor, schon wegen des Prierstermangels sei die Wiederberufung notwendig; eine Verwandtschaft mit den Jesuiten bestehe nicht, und es handele sich um Beseitigung eines begangenen Unrechts. Der Kultusminister Müller erwiderte, die Staatsregierung habe den Wunsch, der katholischen Bevölkerung in dieser Frage friedlich entgegenzukommen, es hätten sich aber Schwierigkeiten ergeben. Zur Prüfung der hierbei entscheidenden Frage, ob die Redemptoristen mit den Jesuiten nicht verwandt gewesen oder jetzt nicht mehr mit ihnen verwandt seien, habe ein umfangreiches Material sich angesammelt; dessen Sichtung habe lange Zeit erfordert, weil es in einer Hand habe bleiben müssen und nunmehr habe die Staatsregierung die Anschauung, daß eine Verwandtschaft mit den Jesuiten nicht bestehe und nicht bestanden habe. Diese Ansicht habe sie in einer Denkschrift den verbündeten Regierungen durch den Bundesrat mitteilen lassen, und seitdem bewege sich die Angelegenheit noch auf dem Boden strenger Vertraulichkeit. Andererseits sprach sich der Abg. Schauß mit Rücksicht auf den konfessionellen Frieden gegen die Rückberufung der Redemptoristen aus. Diese Meinung werde von 72 Abgeordneten geteilt, von welchen viele Katholiken seien; Autoritäten der katholischen Kirche, eine Reihe katholischer Geistlichen sowie mehrere bayerische Könige hätten sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Der Abg. v. Fischer machte gleichfalls geltend, daß nicht nur die protestantische, sondern auch ein namhafter Bruchteil der katholischen Bevölkerung wünsche, der Bundesrat werde an seinem Beschlusse vom 20. Mai 1872 festhalten. Diesen Ausführungen trat der Abg. Orterer entgegen. Solche Ängstlichkeit sei nicht begründet und in Berlin beständen nicht mehr die Strömungen, die zu jenem Beschlusse führten. Der Kultusminister ergriff dann nochmals das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Regierung zu allen Zeiten den Redemptoristen ein entschiedenes Wohlwollen entgegengebracht und daß es sich schon 1872 nicht darum gehandelt habe, ob dieser Orden etwa eine unheilvolle Thätigkeit entfalte, sondern lediglich, wie jetzt, um die Rechtsfrage, ob er unter das Jesuitengesetz falle. v. Stauffenberg stellte

den Priesterangel in Abrede, da 18 katholische Geistliche gegenwärtig Zeit hätten, in der zweiten Kammer ein Mandat auszuüben. Der Kultusetat gab ferner Anlaß zu längeren Verhandlungen über die Frage einer Reform des obersten Schulrats und über die Frage der Gymnasialreform. Ersteren verteidigte der Kultusminister gegen zahlreiche Angriffe, namentlich hob er die Notwendigkeit hervor, ihn nicht einseitig zusammenzusetzen. Im übrigen stellte er eine Reorganisation der isolierten Lateinschule in Aussicht. Beim Etat der Zölle und indirekten Steuern wurde der Ertrag des Malzausschlags um 700000 Mk. höher als im Entwurf, mit 36 Millionen Mark bewilligt. Beim Forstetat verteidigte der Finanzminister v. Riedel die Forstverwaltung gegen Angriffe wegen der Verwüstungen der Nonnenraupe. Die große Gefahr habe man nicht vollständig erkannt und unterschätzt, sei daher mit ungenügenden Mitteln in den Kampf getreten. Statt hundertweise hätte man gleich anfangs hunderttausendweise Geld aufwenden sollen. Erst die Beobachtungen des Oberforstrats Huber hätten einen Feldzugsplan ermöglicht, der aber für alle Zeit für ganz Deutschland von Nutzen sein werde. Im übrigen verdient hervorgehoben zu werden, daß zur Aufbesserung der Lehrergehalte 891000 Mk., 26000 Mk. mehr als im Voranschlag, und für den Neubau des Germanischen Museums in Nürnberg 1100000 Mk. als erste Rate bewilligt wurden. Was endlich den Militäretat betrifft, so brachte bei dessen Beratung der Abg. Beckh die Frage der Militärgerichtsbarkeit wiederum zur Sprache. Er meinte, die Haltung des bairischen Bevollmächtigten am Bundesrate gegenüber der in Aussicht stehenden Reichsmilitär=Strafprozessordnung scheine nicht der Willensmeinung der Kammer zu entsprechen. Der Kriegsminister v. Safferling beruhigte jedoch durch Wiederholung seiner früheren Zusicherungen, daß die Regierung den Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in wirksamster Weise wahren werde. Auch die Frage bezüglich der Soldatenmißhandlungen kam zur Erörterung. Anlaß dazu bot der Umstand, daß am 19. Februar ein Erlass des Kriegsministeriums vom 3. Dezember 1891 zur ungeahnten Veröffentlichung gelangt war. Darin war, in Anknüpfung an zwei zur Untersuchung gekommene Fälle, den Offizieren die strenge Beobachtung eines im Jahre 1888 gegen rohe Behandlung der Soldaten gerichteten Erlasses eindringlich eingeschärft. Zwar war der Pflichtteifer

der Gesamtheit der Offiziere anerkannt, aber es war hervorgehoben, „daß noch immer gewisse vorschriftswidrige Ausbildungs-Praktiken in Anwendung sind und geduldet werden“. Hierzu war z. B. das unverhältnismäßig lange Verharren der Mannschaften in der Kniebeuge gerechnet, Übungen, die von Unteroffizieren häufig eigenmächtig in einer Weise angewendet seien, die sich als rohe Quälereien herausstellten. Der Kriegsminister erklärte nun, es sei ihm peinlich gewesen, daß dieser Erlaß, mit dem er nur seine Schuldigkeit gethan habe, in die Öffentlichkeit gedrungen sei; es werde alles aufgeboten, um die Mißhandlungen ganz aus der Welt zu schaffen. Die neuen Forderungen des Etats für Zeltausrüstung der Truppen, Beschaffung von Hunden für die Jägerbataillone u. dergl. wurden ohne weiteres genehmigt.

Als es sich gegen Ende der Statsberatungen um den Matrifularbetrag handelte, der in Höhe von $42\frac{2}{5}$ Millionen Mark genehmigt wurde, erwähnte der Abg. Orterer am 13. Mai einen Bericht, den der preußische Gesandte in München, Graf Eulenburg, über die in Baiern über den preußischen Volksschulgesetzentwurf herrschende Stimmung nach Berlin gesandt habe. Dieser Bericht hätte zum Scheitern jener Vorlage beigetragen. Die Sache war schon am 10. Mai im Finanzausschusse vorgekommen, und die dortigen Verhandlungen hatten über die bayerischen Grenzen hinaus großes Aufsehen erregt. Im Ausschusse hatten die Zentrumsführer Daller und Orterer bemerkt, sie hätten mit großem Bedauern bestimmte Kenntniss erhalten, daß die Wendung bei jener preußischen Frage auf einen Bericht des Grafen Eulenburg zurückzuführen sei. Maßgebende Personen in Berlin hätten es mitgeteilt. Die Antwort des Ministers des Außern, Freiherrn v. Crailsheim, ging dahin, daß er von solchem Berichte nichts wisse, auch nicht die Aufgabe habe, solche Berichte zu überwachen; er protestiere gegen die Behauptung, daß der Gesandte nicht objektiv berichtet habe. Orterer erwiderte, die Anregung sei nur aus patriotischem Gefühl angeregt worden. Die Nachricht von diesen Vorgängen im Finanzausschusse rief in der Presse große Befremdung hervor. Als unerhört wurde es bezeichnet, daß Berichte eines Gesandten an seinen Herrscher, Schriftstücke vertraulichsten Charakters, in dem Lande, aus dem sie abgingen, zur öffentlichen Erörterung gestellt werden; der völker-

rechtliche und politische Anstand gebiete, von einer durch Verrat erlangten Kenntnis nicht zu reden. Wie die Konservativen in Preußen die ihnen unangenehme Wendung auf den Abg. v. Hellendorff zurückzuführen suchten, so hätten die bayerischen Ultramontanen durch gleichen Unmut sich verleiten lassen, den preussischen Gesandten in München verantwortlich zu machen. Der ganze Vorgang, sagte die „Nat.-Ztg.“, sei ein Zeichen von der Höhe des Übermuts der bayerischen Klerikalen. Trotz aller dieser Erörterungen gab nun der Referent des Finanzausschusses, Orterer, im Plenum der zweiten Kammer das Protokoll über jene Verhandlungen bekannt und bezeichnete als Zweck, festzustellen, daß die bayerische Regierung an dem Eulenburgschen Berichte unbeteiligt war. Der Ministerpräsident v. Crailsheim erwiderte, die bayerische Regierung betrachte den Schulgesetzentwurf lediglich als eine innere preussische Angelegenheit und könne deshalb auf eine sachliche Besprechung desselben nicht eingehen; die Sache gehöre nicht vor den Landtag. Er hätte gehofft, daß sie im Plenum nicht aufgegriffen werde, da ein Ergebnis der Besprechung nicht abzusehen sei. Selbstverständlich habe auch die bayerische Regierung jene Schulgesetzfrage und deren Wellenschlag im übrigen deutschen Reiche aufmerksam verfolgt; „allein es konnte und kann uns nicht in den Sinn kommen, irgend eine Einwirkung auf die preussische Regierung im diplomatischen Wege versuchen zu wollen. Was würde man sagen, wenn die preussische Regierung auf die bayerische Gesetzgebung in solcher Weise Einfluß nehmen wollte? Es handelt sich auch um ein ausschließlich preussisches Aktenstück. Die bayerische Regierung hat davon keine Kenntnis, sie hat kein Recht, danach zu fragen und keine Kontrollbefugnis. Es ist gegen allen Brauch, daß nicht amtlich veröffentlichte diplomatische Aktenstücke der parlamentarischen Erörterung unterstellt werden.“ Das einzig praktische Ergebnis könnte nur eine Verstimmung der preussischen Regierung sein, wenn nicht die Beziehungen zwischen Preußen und Baiern so herzlich wären, daß eine Trübung durch derartigen Zwischenfall ausgeschlossen erscheine. Der liberale Abgeordnete v. Schauf stimmte dem Minister in der Kritik des „unglaublichen Verfahrens“ bei und bemerkte, im Januar habe Orterer den Liberalen zugerufen: „Seien sie nur ruhig, jetzt pfeift der Wind aus einem andern Loch;“ nun sei es aber in Berlin wieder anders geworden; das Verfahren der klerikalen Ab-

geordneten sei nicht geeignet, den politischen Ruf Baierns im Auslande zu vermehren. Daller erwiderte, es sei Thatsache, daß jener Bericht existiere und von Einfluß auf den Gang der Dinge in Preußen gewesen sei; er habe nicht eine Einmischung in dieselben, sondern nur festgestellt sehen wollen, daß die bairische Regierung dem Berichte fernstehe. Darauf erwiderte der liberale Abgeordnete Fischer, die einzige Entschuldigung für das Vorbringen der Sache sei der Ärger über die geänderte Windrichtung, und wenn der Gesandte berichtet habe, daß die an Deutschlands Wiedergeburt seit 25 Jahren beteiligten Personen und Parteien im Vertrauen auf Preußen erschüttert seien, es auf eine abschüssige Bahn gehen sähen, so habe er richtig berichtet. Damit war die Sache im Landtage beendet, in der Presse aber setzten sich die Erörterungen noch eine Zeitlang fort. Ein katholisches Blatt bezichtigte den Kultusminister, ein anderes die Gesamtregierung des Anteils am Eulenburgschen Berichte. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ wies darauf hin, daß seit Gründung des Reichs die ultramontane Partei im bairischen Landtage selten eine Session habe vorübergehen lassen, „ohne in mehr oder weniger ungehöriger Weise irgend eine Angelegenheit des Reichs oder eines außerbairischen Bundesstaates vor ihr Forum zu ziehen.“ Die „Köln. Ztg.“ suchte zu zeigen, daß Graf Eulenburg eben nur seine Schuldigkeit gethan habe, wenn er, ein durchaus konservativer Mann, nicht einseitig, sondern von der abfälligen Beurteilung des preußischen Entwurfs in den liberalen Kreisen Baierns berichtet habe. Nach Meinung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ bestand für die Ultramontanen des Pudels Kern darin, daß die bairische Regierung den Eulenburgschen Bericht nicht forrigiert habe. Bei der Schärfe dieses publizistischen Streits konnte es nicht fehlen, daß französische Blätter, wie z. B. das „Journal des Debats“, diese Vorgänge als einen Beweis verwerteten, daß die deutsche Einheit ihre Lücken habe.

Nach Abschluß der langen Etatsberatungen wurde das Finanzgesetz am 24. Mai von der zweiten Kammer festgestellt. Es weist in Einnahmen und Ausgaben den Betrag von 306292271 Mark auf. Von allgemeinerer Bedeutung war ferner die Verhandlung über eine Beschwerde des altkatholischen Landesvereins namens sämtlicher Altkatholiken Baierns wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte. Diese sollten verletzt sein durch den Ministerialerlaß vom

15. März 1890, wonach den Altkatholiken nicht erlaubt ist, sich der Amtskleidung der katholischen Priester sowie der Glocken und sonstiger Auszeichnungen der öffentlichen Kirchengesellschaften zu bedienen. Der liberale Referent befürwortete nun die Beschwerde, weil dem Staate eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft nicht zustehet; allein nach den Ausführungen des Kultusministers behielt die Ansicht die Oberhand, daß die Beschwerde auf Grund einer Auslegung der Verfassungsbestimmung über Ausübung des Privatgottesdienstes abzuweisen sei.

Außerdem genehmigten die Kammern noch eine Reihe von Gesekentwürfen. Es wurde eine 4prozentige Zinsgarantie für die von den pfälzer Bahnen zu Erweiterungen zu verausgabende Summe von 7889000 Mark bewilligt. Da infolge der gesteigerten Preise die Veranschlagung für die Naturalverpflegung des Heeres sich als unzulänglich erwiesen hatte, wurde für 1891—92 ein Nachtragskredit von 1172336 Mark genehmigt. Eine Vorlage wegen Erweiterungs- und Neubauten auf den Staatsbahnen im Betrage von 20 770 000 Mark wurde einstimmig angenommen, zur Herstellung von Nebenbahnen wurden 17513000 Mark, zur Aufbesserung des Gehalts der pragmatischen Staatsbeamten 2487000 Mark bewilligt. Aus früheren Budgetüberschüssen wurden acht Millionen den Distrikten und Städten überwiesen. Endlich wurde ein Gesetz zur Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes und eine Gebührennovelle genehmigt, auch ein Ersuchen um Vorlegung einer Kirchengemeindeordnung beschlossen.

Die Kammer der Reichsräte, in welche am 15. April Prinz Karl, zweiter Sohn des Prinzen Ludwig, eingeführt wurde, trat den Beschlüssen der zweiten Kammer bei, worauf es am 28. Mai zum Schluß des Landtags kam. Im Landtagsabschiede wurden alle Beschlüsse der Kammern genehmigt, insbesondere hinsichtlich der Reichsmilitärstrafprozessordnung thunlichste Berücksichtigung der bairischen Einrichtungen, soweit sie sich bewährt haben, zugesichert. Der Abschied, dessen Verlesung der Prinz-Regent und alle Prinzen des königlichen Hauses bewohnten, schloß mit dem Ausdruck lebhafter Befriedigung über die gesamte Thätigkeit des 21. Landtags.

Da das Mandat der am 28. Juni 1887 gewählten Abgeordneten-Kammer dem Erlöschen nahe ist, so kam es bereits zu einigen Vor-

bereitungen für die nächsten Wahlen. Die deutsch=freisinnige Partei sprach sich am 24. April auf ihrem Parteitage zu Nürnberg für möglichstes Zusammengehen aller Liberalen aus, ein sozialdemokratischer Parteitag zu Regensburg am 26. Juni entschied sich dahin, noch in diesem Jahre mit aller Energie in die Bewegung für die Landtagswahlen zu treten, und eine Versammlung der Zentrums=partei in Freising am 29. Juni diene ebenfalls der Vorbereitung für die Wahlen. Hier sprachen sich die Abgeordneten v. Soden und Orterer in sehr feindseliger Weise gegen den Fürsten Bismarck aus. Ersterer meinte, der Fürst habe durch seine Reise nach Wien zeigen wollen, daß er unentbehrlich sei, „und das in einer Weise, die eine Schädigung des monarchischen Gedankens bedeutet“; Orterer meinte gar, des Fürsten jetzige Manier sei herostratisch und grenze an Landesverrat.

Gegenüber den mancherlei Zeichen clerikaler Erbitterung über die Wendung in Preußen lag es den Liberalen nahe, durch Hinweis auf verschiedene neueren Vorgänge die ganze Richtung jener Elemente und die Verhältnisse, zu denen sie führen können, aufs neue zu beleuchten. Dazu diene u. a. die das allgemeinste Aufsehen erregende Entdeckung einer in Baiern neuerdings stattgehabten „Teufel= austreibung“. Die „Kölnische Zeitung“ vom 17. Mai veröffentlichte nämlich ein später als echt anerkanntes, umfangreiches Schriftstück eines Paters Aurelian in dem bei Donauwörth liegenden Kapuzinerkloster Wendling, worin geschildert ward, wie der 10jährige Sohn der Eheleute Ziff in der Oberlottermühle höchst auffällige Erscheinungen gezeigt habe. Er hätte kein Gebet mehr verrichten oder anhören können, ohne in heftige Wutausbrüche zu verfallen. Mehrere Benediktionen, die er, der Pater, auf Wunsch der Eltern vorgenommen, hätten nichts gefruchtet, da habe er mit Zustimmung der Bischöfe von Augsburg und Eichstädt einen feierlichen Exorcismus vorgenommen. Der Teufel habe sich anfangs sehr gesträubt, aus dem Knaben zu fahren und habe auf Befragen geäußert: „I moat net“; als Grund habe er angegeben, eine Frau Namens Herz ver= hindere es. Endlich sei das Werk gelungen, und als Ursachen der Besessenheit führte der Pater an, die Mutter des Knaben sowie die Frau, die ihn durch das Geschenk von Suzeln behext habe, seien Protestanten. Weitere Aufklärung erfuhr man durch die „Süddeutsche

Landpost“ in Augsburg, nach deren Darstellung die Müllerleute unter ständigem Druck der katholischen Geistlichen gestanden haben, weil sie nicht in die katholische Erziehung der Kinder willigten, und die aus der besonders protestantensfeindlichen Gegend von Cham gekommene Mutter des Müllers habe durch ihre Gewaltthätigkeiten die Nervosität des Knaben hervorgerufen. Nach dem Urtheil der gesamten nicht-ultramontanen Presse wurde durch diesen wemdingener Fall das Drängen der bairischen Klerikalen nach Wiederzulassung der Redemptoristen in ein neues Licht gesetzt, denn gerade diese Ordensgeistlichen seien es hauptsächlich, welche das Bessensewesen förderten. Und ebenso wurde hervorgehoben, daß dieser Fall des ausgeprägtesten Konfessionalismus denen zu denken gebe, die dem Jedlitzschen Schulgesetzentwurfe nachweinten. Pater Aurelian wurde übrigens bald in das Kloster Lohr in Unterfranken versetzt, das durch viele Hexenprozesse des 17. Jahrhunderts bekannt geworden ist. Von seiten der Regierung geschah nichts; weder das am 31. Oktober 1803 von der Regierung zu Neuburg gegen diesen „greulichen Unfug“ erlassene Verbot, noch der gegen die Verbreitung des Aberglaubens gerichtete Erlaß des Ministers v. Abel vom 15. Mai 1842 wurden in Erinnerung gerufen. Aber selbst ultramontane Blätter zeigten sich durch den Vorgang peinlich berührt. So meinte die „Tremonia“ in Dortmund, jeder ernste Katholik könne über den Blödsinn nur lachen, und die klerikale „Deutsche Reichs-Ztg.“ in Bonn bedauerte, daß der liberale Zeitgeist auf manche gutgesinnte Katholiken Einfluß habe. Im November wurde die Sache noch einmal der erstaunten Welt vorgeführt: im Beleidigungsprozeß gegen Pater Aurelian in Eichstädt kam ein Gutachten des dortigen Dompropstes Bruner zum Vortrag, der bezeugte, daß Bessenseheit möglich und wirklich, sowie daß der Pater berechtigt gewesen sei, Bessenseheit anzunehmen. „Der Dämon setzt sich wirklich im Organismus fest und operiert von dort aus.“ Ein anderer Sachverständiger, Domkapitular Schmidt, legte „außerordentliches Gewicht“ darauf, daß der Knabe gegen geweihtes Wasser, nicht aber beim Brunnenwasser „reagierte“, ohne daß er den Unterschied wußte. Das protestantische Oberkonsistorium nahm nunmehr Veranlassung, den Geistlichen die Bekämpfung des Aberglaubens in ihren Gemeinden aufs neue ans Herz zu legen. Zugleich bezeichnete es die in jenen Vorgängen einem unbescholtenen Gliede der evangelischen Kirche zu-

gefügte Unbill als Ehrenkränkung des im paritätischen Baiern gleichberechtigten Protestantismus. Gegen diesen Erlaß wandte sich am 21. Dezember eine Kundgebung des bischöflichen Ordinariats Eichstätt. Es erhob nämlich vom allgemeinen Rechtsstandpunkt und auf Grund der durch die Verfassung der katholischen Kirche gewährleisteten Rechte Protest gegen die „Unbill“, welche durch das Oberkonsistorium der katholischen Kirche in ihrer „Lehre, Einrichtungen und Priestertum“ zugefügt sei; die von Sachverständigen auf Eidespflicht vor Gericht abgegebene „Darlegung der Lehre der katholischen Kirche, daß Wahrsagerei und Magie unter Einfluß des Dämon möglich sei“, hätte nicht als eine „mit der heiligen Schrift in keiner Weise zu deckende abergläubische Behauptung“ bezeichnet werden dürfen.

Die in einem großen Teile Deutschlands herrschende Unzufriedenheit über die ganze Lage im Reiche trat auch in Baiern hervor. Als ein solches Zeichen erschien u. a. das Ergebnis der großen Aufsehen erregenden Reichstagsersatzwahl im Bezirk Regheim am 19. Oktober. Während dieser bisher jahrelang durch ein Mitglied der Centrumspartei vertreten war, siegte jetzt deren Kandidat nur mit knappster Mehrheit über Dr. Sigl, den Redakteur des „Vaterland“ in München. Dieser gehört zwar ebenfalls zur ultramontanen Partei, die zahlreichen Stimmen waren für ihn aber mehr in preußenfeindlichem Sinne abgegeben, als daß sie auf einen Zwiespalt in der Centrumspartei schließen ließen, so sehr auch infolge dieser Wahl Mitglieder dieser Partei in Baiern sich gegen einander eiferten; der Publizist Kazinge z. B. meinte, die intelligenten Elemente der Partei sähen sich, „angeekelt vom Geschäftskatholizismus und Presterterrorismus“, zum Rückzug gezwungen; die Partei sei an ihrer „geistigen Versumpfung“ angekommen. Das in Baiern so leicht in Preußenfeindschaft sich äußernde Unbehagen steigerte sich im November durch die auch von andern Parteien in Süddeutschland geteilte Abneigung gegen die Reichsmilitärvorlage.

In ähnlicher Weise wie der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen gegen Mißhandlung von Soldaten, erregte der ebenfalls von einem sozialdemokratischen Blatt veröffentlichte Erlaß des Befehlshabers des 2. bayerischen Armeekorps, v. Parseval, Aufsehen (S. 210). Er richtete sich gegen die wiederholten Fälle von Mißbrauch der Dienstgewalt von seiten roher Unteroffiziere.

Die königliche Familie erhielt am 18. Januar den Besuch

der verwitweten Kronprinzessin Stephanie von Oesterreich, welcher sie viele Aufmerksamkeiten zu theil werden ließ. Am 26. Januar ward der königl. Hof in Trauer versetzt durch das Ableben der 83jährigen Herzogin Ludovika in Baiern. Sie war eine Tochter des Königs Maximilian I. und in 60jähriger Ehe verheiratet gewesen mit dem vor zwei Jahren verstorbenen Herzog Maximilian. Als der Zustand sich verschlimmerte, wurden alle Familienglieder zusammenberufen. Von ihren Kindern waren die Herzöge Ludwig, Karl Theodor und Max Emanuel, die frühere Königin Maria beider Sicilien und die Gräfin Trani herbeigeeilt, die Kaiserin von Oesterreich war durch eigenes Leiden verhindert; statt ihrer erschien Erzherzog Ludwig Viktor; statt der Herzogin von Mençon erschien deren Gemahl; endlich traf auch der Fürst von Thurn und Taxis, Sohn einer verstorbenen Tochter der Herzogin, ein. Im März trat wieder ein freudiges Ereignis bei Hofe ein: die älteste, 27jährige Tochter des Herzogs Karl Theodor, des bekannten Augenarztes, Amalie, verlobte sich mit dem 28jährigen Herzoge Wilhelm von Urach aus der Linie, welche von einem Bruder des Königs Wilhelm I. von Württemberg abstammt. Die Feier des 71. Geburtstages des Prinz-Regenten wurde verherrlicht durch die feierliche Übergabe des von ihm für die Feldherrnhalle in München gestifteten Heeres-Denkmal's. Die gesamte Garnison nebst den Abordnungen aller Truppenteile nahm im Karree vor der Halle Aufstellung, der von allen Prinzen umgebene Regent gab mit einigen Worten der Widmung den Befehl zur Enthüllung, und unter Kanonendonner fiel die Hülle von dem in Erz gegossenen Denkmal. Der Kriegsminister General Safferling dankte im Namen des Heeres und forderte zu einem dreimaligen Hoch auf den Regenten auf, in das die Truppen und das Publikum einstimmten. Bürgermeister v. Widenmayer trat hierauf mit den Abordnungen der städtischen Behörden vor und ließ die von der Stadt errichteten, auf Erzsockeln sich erhebenden Flaggenmaste mit kostbaren goldgestickten Fahnen enthüllen. Hiernach nahm der Regent vor dem Denkmale seines Vaters, des Königs Ludwig I., die Truppenparade ab, worauf die Truppen an dem neuen Denkmal unter militärischen Ehrenbezeugungen vorbeizogen. Nachmittags 3 Uhr gab der Regent den Vertretern des Heeres im Ballsaale der königl. Residenz ein Festmahl. Die Tafel bildete eine Hufeisenform, in deren Mitte noch drei größere

Tische Platz gefunden hatten. In der Mitte der größeren Tafel nahm der Regent, der mit seiner Schwester, der Herzogin Adalgunde von Modena, am Arm im Saale erschien, und zu beiden Seiten die Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Platz. Nach dem zweiten Gange erhob sich der Regent und sagte: „Ich trinke auf das Wohl der tapfern bayerischen Armee. Sie lebe hoch!“ Bald danach brachte Prinz Ludwig im Namen aller Angehörigen des bayerischen Heeres einen Trinkspruch auf den Regenten aus. Im Eingang wies er darauf hin, daß nun die Ludwigstraße, diese Schöpfung König Ludwigs I., von dessen einzig noch lebendem Sohn einen würdigen Abschluß durch das neue Denkmal erhalten habe. „Dem Prinz-Regenten, der seit 50 Jahren dem bayerischen Heere angehört, dessen Feldzüge er mitgemacht hat und der seit sechs Jahren die Regierung des Landes führt, möge Gott noch ein langes Leben schenken. Im Namen der ganzen bayerischen Arme rufe ich: Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent, mein vielgeliebter Vater lebe hoch!“ Der Toast fand stürmischen Wiederhall und die Musik stimmte die Nationalhymne an. Von den drei Kaisern liefen Glückwünsche ein. Beim Festmahl der Reichsräte hielten deren Präsident, Fürst Jagger, bei dem der 2. Kammer der Präsident Freiherr v. Dw und Bürgermeister v. Widenmeyer patriotische Ansprachen.

Am 14. März erhielt der königliche Hof den Besuch des württembergischen Königspaares. Es wurde am Bahnhofe von allen Prinzen und Prinzessinnen empfangen und hielt einen feierlichen Einzug in die mit bayerischen und württembergischen Fahnen geschmückten Straßen von München. Die hohen Gäste nahmen an der Familientafel des Regenten im Wintergarten teil und folgten abends der Einladung zum Prinzen Leopold. Am 15. März empfing König Wilhelm eine Abordnung der in München lebenden Württemberger. Nachmittags 4 Uhr fand im Ballsaale des Festsaalbaues der Residenz Galatafel statt. Nach dem dritten Gang erhob sich der Prinz-Regent und brachte folgenden Toast aus: „Ich trinke auf das Wohl Meiner hohen Gäste und bringe ihnen meinen tiefgefühltesten Dank aus für den Mich ebenso ehrenden als auch erfreulichen Besuch. Ich fordere Sie auf, auf das Wohl Ihrer Majestäten, des Königs und der Königin von Württemberg das Glas zu erheben und zu rufen: Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin, sie leben

hoch, hoch, hoch!“ König Wilhelm dankte mit folgenden Worten: „Ich spreche zugleich namens der Königin meinen herzlichsten Dank aus für die Worte, welche Eure königliche Hoheit an uns gerichtet haben, wie überhaupt für den wohlwollenden und herzlichen Empfang, den ich hier gefunden habe. Ich möchte diesen Gefühlen der Dankbarkeit und Freundschaft dadurch Ausdruck geben, indem ich Sie auffordere, das Glas zu erheben: Sr. Königl. Hoheit der Prinz-Regent und sein königliches Haus, sie leben hoch, hoch, hoch!“ Nach beiden Toasten fiel die Musik in die kräftigen Hochrufe ein und spielte die Königshymne. Abends 8 Uhr 30 Min. reiste König Wilhelm nach Stuttgart zurück, die Königin Charlotte nach Tölz, wo sie vom Großherzog von Luxemburg empfangen und nach seinem Schlosse Hohenburg geleitet wurde.

Am 11. April erhielt der Regent einen kurzen Besuch des Kaisers von Österreich. Sein ältester Sohn, Prinz Ludwig, nahm am 15. Mai an der Wanderversammlung der bayerischen Landwirte in Würzburg teil und empfing dort Abordnungen der Städte Unterfrankens, denen er die Hoffnung aussprach, daß es gelingen werde, die große Wasserstraße Main-Passau-Wien herzustellen. Beim Festmahl nahm der Prinz Gelegenheit hervorzuheben, die Landwirtschaft finde ihr Gedeihen nur im Zusammenhange mit Handel und Industrie, und die Erhaltung des Friedens beruhe auf der Sorge für ein starkes Heer, das jedem verleihe, Deutschland anzugreifen. Der Regent erwiderte am 30. Mai den Besuch am württembergischen Hofe in Stuttgart und eröffnete am 1. Juni die 6. internationale Kunstausstellung in München. Bei dem hieran sich anschließenden Festmahle verbreitete sich Prinz Ludwig in längerer Rede über den Anteil der Wittelsbacher an der Förderung der Kunst. Sein Bruder Prinz Leopold wurde im Juli vom Kaiser zum Generalinspektor der 4. Armeeinspektion ernannt, worauf die von ihm bis dahin bekleidete Stelle eines Befehlshabers des bayerischen Armeekorps dem Prinzen Arnulf übertragen wurde. Der Regent wurde, als er im August in Partenfirchen weilte, durch herzliche Kundgebungen der Anhänglichkeit der Gebirgsbewohner erfreut. Als Prinz Leopold im August sich als Inspekteur beim Kaiser in Berlin meldete, erregte er durch seine imposante Gestalt bei der großen Parade Aufsehen. Eine Tochter des Regenten, Prinzessin Therese,

wurde im November wegen ihrer Reisebeschreibungen zum Ehrenmitgliede der bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Der 61 jährige Herzog Ludwig in Baiern vermählte sich am 19. November mit der Ballettänzerin Frä. Antonie Barth, die den Namen v. Bertolf erhielt.

Es starben in diesem Jahre folgende hervorragende Persönlichkeiten in Baiern: am 1. März der Geh. Rat und Akademiker Dr. Franz v. Löher, bekannt als Schriftsteller, früherer Direktor des Allgemeinen Reichsarchivs, Sekretär und litterarischer Referent der beiden vorigen Könige, ferner am 26. Februar der frühere Minister des Innern Braun, am 1. Juli der Generalleutnant Ritter v. Malaise, der 1870 eine Brigade unter v. d. Tann befehligte; am 13. Oktober Geh. Rat Essenwein, Direktor des germanischen Nationalmuseums, und am 12. November der frühere Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, v. Feder.

Österreich-Ungarn.

In den ersten Tagen des Jahres erfuhr das für die innere politische Lage **Österreichs** wichtige Verhältnis der Regierung zur deutsch-liberalen Partei eine Richtigstellung. Nach der Annäherung beider hatte ein Mitglied dieser Partei, Graf Kuenburg, am Ende des vorigen Jahres Aufnahme in das Ministerium gefunden. Nun trat der Graf am 8. Januar in einer Klubitzung der vereinigten Linken mit der Erklärung auf, er verbleibe Mitglied der Partei, sein Eintritt in die Regierung drücke zwar eine gewisse freundschaftliche Annäherung der Partei an die Regierung aus, aber ohne daß dieser damit die Verpflichtung überkommen sei, als Regierungspartei aufzutreten. Er sei ausschließlich österreichischer, nicht deutscher Landsmanns-Minister, werde aber die berechtigten Interessen des deutschen Volkstums nach Kräften vertreten. Der Befriedigung der Partei über diese Auslassung gab der Abg. v. Plener Ausdruck.

Die wichtigste Frage für diese Partei bildete die der Herstellung eines friedlichen Verhältnisses unter den beiden Nationalitäten Böhmens. Zwei der Gesetze, die man im Januar 1890 bei Ver-

einbarung des Programms über den herbeizuführenden Ausgleich ins Auge gefaßt hatte, waren 1890 und 1891 mit Ach und Krach zu stande gekommen; nun handelte es sich um die übrigen vier Gesetze. Aber die Aussicht auf das zunächst an die Reihe kommende Gesetz über Abgrenzung der Gerichtsbezirke nach der Nationalität ihrer Bewohner rief unter den Jungtschechen eine leidenschaftliche Opposition hervor. Diese Partei hatte sich durch ihr rücksichtsloses Vorgehen und ihren Deutschenhaß allmählich eine solche Popularität bei allen Tschechen zu verschaffen gewußt, daß die gemäßigten und aufrichtig eine Vereinbarung erstrebenden Alttschechen fast gänzlich verdrängt waren. Durch diesen Erfolg fühlten sich die Jungtschechen sehr ermutigt, und ihr Einfluß beherrschte alle tschechischen Kreise. Sogar der frühere tschechische Vorkämpfer Kieger, der in den letzten Jahren von den Jungtschechen weit überholt und in Unpopularität versetzt war, ließ jetzt den Ausgleich fallen, obwohl gerade er an der Vereinbarung von 1890 vorzugsweise beteiligt gewesen war und noch vor kurzem das Ansinnen, den Ausgleich in Stich zu lassen, mit dem Hinweis abgelehnt hatte, daß er durch solchen Wortbruch als Lügner und Komödiant erscheinen würde.

Angeichts der Beschlüsse, welche der Prager Stadtrat im Januar zur Hemmung des Zudrangs tschechischer Kinder in die deutschen Volksschulen sowie zur Einschränkung des deutschen Sprachunterrichts in den tschechischen Volksschulen Prags faßte, und angeichts einer Reihe von Vorgängen, die aus wachsendem Haß gegen alles Deutsche hervorgingen, lag die Frage auf der Hand, ob eine Fortsetzung des Ausgleichswerks überhaupt noch Ausichten habe. Es kam alles darauf an, ob die Regierung fest bleibe und ob die deutsch-liberale Partei noch ferner auf die Elemente rechnen könne, die bisher in dieser Sache mit ihr gegangen waren. Die deutsch-liberale Partei Oesterreichs würde in eine völlig veränderte Stellung zur Regierung geraten, wenn etwa diese die Hand dazu bieten sollte, daß an den Ausgleichsvereinbarungen gerüttelt werde. Nach einer Besprechung, die der Abg. v. Plener am 28. Januar mit dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe hatte, schien die Partei hierüber beruhigt zu sein. Und alle Bedenken wegen Festhaltens der Partei in dieser Sache fielen, als v. Plener in der Klubszung der vereinigten Linken mitgeteilt hatte, es sei ihm zwar die Stelle des Präsidenten des gemein-

famen Rechnungshofes angeboten, aber bei der gegenwärtigen politischen Lage, insbesondere gegenüber der neusten Verwickelung der böhmischen Angelegenheiten, halte er es für seine Pflicht, im Abgeordnetenhaus wie im böhmischen Landtage zu verbleiben, er habe daher jenes Anerbieten abgelehnt. Die Verwickelung in Böhmen bestand darin, daß die bisherigen Kampfgenossen der deutsch-liberalen Partei, die Alttschechen und die konservativen Großgrundbesitzer, von dieser Gemeinschaft zurücktraten. In langen Erklärungen, welche diese beiden Parteien erließen, bekannnten sie sich zwar fortgesetzt als Freunde des Ausgleichs, wollten aber dessen weitere Verfolgung im Interesse grade seines einstigen Zustandekommens verschoben wissen. Die Alttschechen sagten in ihrer Erklärung vom 15. Februar, die Verabredungen von 1890 schädigten zwar weder das Staatsrecht noch die Theilbarkeit des Landes, aber durch die Verhandlung der bisherigen Ausgleichsvorlagen seien die Verhältnisse im Lande in einer bisher nicht dagewesenen Weise aufgewühlt und die nationalen Gegensätze nur noch mehr als vordem verschärft; es sei daher nötig, eine Beruhigung der Gemüther abzuwarten. Und die Großgrundbesitzer sagten in ihrer Erklärung vom 7. März, eine Reihe von Ereignissen habe den tief zu beklagenden Beweis geliefert, daß bei beiden Nationalitäten die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer aufrichtigen Verständigung noch viel zu wenig gekräftigt sei, um die unvermeidlichen Opfer im Interesse des Ganzen willig zu bringen, namentlich verhalte sich die Mehrheit der Tschechen gegen die im „Zuge befindlichen Ausgleichsvorlagen“ entschieden ablehnend, und da deren Ablehnung „gefährlich“ für den inneren Frieden sein würde, möchten sie verschoben werden. Glaubte man auch zu wissen, daß bei diesen beiden Parteien die Hoffnung auf allmähliche Abkühlung der Jungtschechen im Hintergrund stehe, zumal in ihrem Klub bereits Spaltungen eingetreten waren, so war doch die deutsch-liberale Partei entrüstet über diese „Wortbrüchigkeit“. Sie meinte, daß nach Lage der Dinge alle Freunde des Ausgleichs nur um so entschiedener für ihn auftreten müßten, zumal die von der jungtschechischen Agitation vorgebrachten Behauptungen offenbar unstickhaltig seien. Gegen eine Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke nach Nationalitäten wurde allerdings der Einwurf erhoben, die Deutschen wollten aus dem von den Tschechen nicht beeinflussten Teile Böhmens eine Art irredentistischen

Gebiets machen und warteten dann nur auf den Augenblick, sich von Österreich loszureißen und dem Deutschen Reiche anzuschließen!

Der böhmische Landtag wurde am 3. März eröffnet. Die Regierung legte in der That die in der vorigen Session nicht erledigten vier Gesetzentwürfe über den Ausgleich wieder vor, die Rede aber, mit welcher der Oberst-Landmarschall Fürst Lobkowitz den Landtag eröffnete, machte durchaus nicht den Eindruck, als ob die Regierung großen Wert auf die Annahme dieser Vorlagen lege, denn statt mit Entschiedenheit hierauf hinzuweisen, erwähnte sie der Marschall nur in formeller und matter Weise. Um so kühner traten alsbald die jungczechischen Abgeordneten hervor. Schon am 4. März rügten sie im Landtage in herausfordernd tadelnder Weise, daß in dem Erlasse zur Einberufung des Landtags der Ausdruck „Landtag in Böhmen“ gebraucht sei, während die gesetzliche Bezeichnung laute: „Landtag des Königreichs Böhmen“. Das sei von Wichtigkeit, denn mit letzterem Ausdruck werde die Unteilbarkeit des böhmischen Reiches bezeichnet. Dann folgte am 17. März die Klage, daß den Schulen verboten sei, den 28. März als den 300. Geburtstag des großen Pädagogen Johann Amos Comenius zu feiern. Es war dies einfach deshalb nicht gestattet, weil es nicht möglich sei, der Schuljugend die Bedeutung dieses Pädagogen als Reformator zu verdeutlichen. Das war aber den Tschechen gleichgültig, sie betrachteten ihn eben als ihren Nationalhelden, da er in Komnina bei Brünn in Mähren geboren war. Die Verhandlung hierüber am 26. März führte zu stürmischen Szenen im Landtage. Der Abgeordnete Herold sagte, der Unterrichtsminister Gautsch habe das Andenken des größten Pädagogen der Welt verunglimpft, aber die frevelnde Hand, welche sich gegen Comenius erhoben, werde zurückgeschlagen werden; anderswo dürfe ein solcher Minister nicht im Amte bleiben, nur in Österreich sei es möglich, daß ein solcher Parvenu sich erheben dürfe. Der Vorsitzende bezeichnete diesen Ausdruck unpassend, die Jungczechen aber riefen in wildem Eifer, der Ausdruck gebühre dem Minister, und nachdem der Vorsitzende den Tadel wiederholt, rief Graf Kaunitz, der Ausdruck sei noch zu gut für den Minister. In Verbindung mit diesen Vorgängen im Landtag stand es, daß am Comeniestage die Studenten in Prag in Scharen durch die Straßen zogen, beim Denkmal des czechischen Dichters Halek nationale Kampflieder sangen

und dem Minister Gautsch ein pereat brachten. Dabei kam es zu stürmischen Ausschreitungen, die das Aufgebot der gesamten Sicherheitswache notwendig machten und mit Verhaftung vieler Personen endeten. Und dabei hatten die Tschechen um so weniger Veranlassung, Comenius als den übrigen in Beschlag zu nehmen, als er sich in seinen Schriften als ein Vertreter der Gewissensfreiheit, der Toleranz, als ein Feind aller Ausschließlichkeit gezeigt hat und deshalb Deutschland viel näher steht als dem Tschechenthum. Dessen fanatisches Wesen machte in erster Linie die Comeniusfeier unmöglich.

Die Abgeordneten, deren Parteien sich für Vertagung der Ausgleichsvorlagen ausgesprochen hatten, brachten alsbald in der Ausgleichskommission den entsprechenden Antrag ein. Hierauf wurde der Statthalter Graf Thun eingeladen, in der Kommission zu erscheinen. Er kam am 24. März und erklärte zwar, die Regierung sei überzeugt, daß die Ausgleichsvorlagen die Voraussetzung für Anbahnung des nationalen Friedens in Böhmen bildeten, aber er verband damit den Ausdruck der Befriedigung, daß die Abgeordneten des Großgrundbesitzes die wohlthätigen Wirkungen der bereits zu Stande gekommenen Ausgleichsgesetze anerkannt hätten. Diese Äußerung bezeichnete v. Plener als auffallend, denn die Erklärung der Großgrundbesitzer enthalte in der That eine wenig verhüllte Ablehnung. Auch das Festhalten der Regierung am Ausgleich sei in schwächerer Form als früher ausgesprochen. Mit einer solchen Erklärung wie die des Statthalters werde die Durchführung des Ausgleichs nicht gefördert. Die Kommission sprach sich am 1. April für Vertagung der Vorlagen aus. Damit galt der Ausgleich für beendet, und die tschechischen „*Narodni Listy*“ schrieben: „Ein so elendes Ende wie das der Staatspunktations-Aktion ist in der zentralistischen Politik Oesterreichs noch nicht vorgekommen; man hat vor der allgemeinen Erregung des tschechischen Volks kapitulieren müssen.“ Der Abgeordnete v. Plener bezeichnete die Lage dahin, Herr derselben sei Dr. Basaty geblieben. Dieser ist der rabiateste aller Tschechen und hatte am 7. März in einer großen Volksversammlung zu Prag verkündigt, der Kampf gegen den Dreibund liege im gesunden Instinkt der tschechischen Nation, Frankreich und Rußland würden niemals zugeben, daß den Tschechen auch nur ein Haar ge-

krümmt werde. Die Stimmung der siegreichen Jungczechen trat prägnant hervor in Reden, die zwei ihrer Abgeordneten am 3. April vor ihren Wählern hielten. „Wir haben,“ sagte einer von ihnen, „den Ausgleich vereitelt und wollen nun die föderalistische Umgestaltung des Reichs anstreben, um in Böhmen, Mähren und Schlesien die czechische Hegemonie begründen zu können.“ Die Wähler erklärten begeistert ihre Zustimmung und hatten nur auszusagen, daß ihre Abgeordneten nicht noch schärfer und rücksichtsloser aufgetreten seien. Die deutsch-liberale Partei zeigte sich alsbald entschlossen zum Kampfe gegen die Jungczechen, entschied sich jedoch noch nicht zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Regierung, und Graf Kuenburg trat vom Ministerposten noch nicht zurück.

Die Ausgleichsfrage beherrschte auch die Budgetberatungen des Landtags. Schmeykal von der deutschen Partei warf der Regierung vor, daß sie die Ausgleichsvorlagen ihrem Schicksal überlassen habe. Zeithammer hob hervor, es sei nicht möglich, die Durchführung des Ausgleichs, nachdem er gescheitert sei, zu erzwingen. Gregr führte aus, der nationale Kampf beschränke sich nicht auf Böhmen, sondern breite sich über ganz Osterreich und Ungarn aus; dies sei die Folge des zentralistischen Systems der jetzigen Staatspolitik. Graf Palffy verteidigte die Haltung der Großgrundbesitzer. Unter Protestrufen der deutschen Abgeordneten führte er aus, daß sie nur dem Ausgleich zuliebe für dessen Vertagung gestimmt hätten, denn Fortschreiten im bisherigen Verfahren würde nur zur einseitigen Befriedigung eines Volksstammes geführt haben. v. Plener versicherte, der Ausgleich werde immer wieder vor den Landtag gebracht werden; das von den Czechen gewünschte Staatsrecht bedeute eine Zerreißung der Monarchie. Daran schloß sich am 8. April eine Ansprache der deutschen Abgeordneten an das deutsche Volk in Böhmen. Der Ausgang der Ausgleichsaktion, hieß es hier, habe zwar tiefe Erbitterung hervorgerufen, es gelte aber festzuhalten an dem bisher Erlangten und an dessen weiterer Fortsetzung. Eine Verordnung vom 23. April über Errichtung eines Bezirksgerichts in der deutschen Gemeinde Weckelsdorf zeigte nun wiederum, daß die Regierung ihrerseits zur Durchführung des Ausgleichs bereit sei, und gab der deutschen Partei die Möglichkeit, ihr gutes Verhältnis zur Regierung noch aufrecht zu erhalten. Das gab natürlich auf czechischer Seite wieder Anlaß zum

Sturm. Der Abgeordnete Gregr verhiess schon am 24. April in einer Volksversammlung zu Schlan, wenn mit solchen Massnahmen fortgefahren werde, würde das czechische Volk eine noch nie dagewesene Opposition entwickeln. Die Regierung möge nur die jungczechischen Bestrebungen unterstützen, denn die Germanisierung Böhmens komme der Vernichtung Oesterreichs gleich; am Ziele würden die Czechen erst bei der Krönung des böhmischen Königs sein; um dies zu erreichen, müßten sie jetzt zum Angriff übergehen, auch die Ungarn hätten durch Kampf dieses Ziel endlich erreicht. Unbekümmert um solche Drohungen verkündigte jedoch Minister Graf Kuenburg am 26. April in der Fraktion der deutschen Linken, die Regierung halte am Ausgleich fest und werde ohne Rücksicht auf den böhmischen Landtag mit der nationalen Abgrenzung der Gerichtsbezirke weiter vorgehen. Das Wetter hierüber ließen die Czechen im Reichsrate heraufziehen; vorläufig vergnügte sich die czechische Nation wieder mit Kundgebungen für Frankreich. Der vorjährige Besuch französischer Studenten in Prag verdiente eine Erwiderung. Also machten sich am 2. Juni 82 Personen, worunter 46 Sokolisten oder Turner von hier auf, um nach Nancy zu reisen. Eine große Volksmenge begleitete diese Wallfahrer an den Bahnhof, rief: „Es lebe Frankreich!“ und sang die Marseillaise in czechischer Sprache. Ein Mann rief: „Bringt den Franzosen die Grüße des Czechenvolks!“ Dieser Ruf wurde von den Anwesenden entblößten Hauptes wiederholt. Die Teilnehmer am Zuge trugen eine Denkmünze mit der Inschrift „Nancy 1892“. Bei der Durchreise in Luneville wurden sie festlich begrüßt, und in Nancy wurde ihnen von den Pariser gymnastischen Gesellschaften und Studenten in der Turnanstalt der Rue „des Martyrs“ ein großer Empfang bereitet. Herr Sansboeuf begrüßte in längerer Rede die erschienenen Czechen, worauf ein böhmischer Landtagsabgeordneter herzlich dankte und mit den Worten schloß: „Künftighin sind Franzosen und Czechen Brüder. Man wird das sehen, wenn es erst einmal Krieg giebt.“ Und Herr Schmidt, Professor der französischen Sprache in Prag, sagte, nachdem er die Stellung der Deutschen und der Czechen in Oesterreich entwickelte, „die Czechen in Oesterreich kennen nur Eine Liebe: die zu Frankreich und Rußland!“ Die Behörde in Nancy hatte die Ausbringung deutschfeindlicher Trinksprüche verboten, ein czechischer Student aber sprach in seinem Toaste den Wunsch aus,

das künftige Studentengeschlecht möge Nancy nicht mehr als Grenzort finden. Mit stürmischem Jubel wurde von den Verbrüdertern der auf seiner Reise durch Frankreich gerade zur Zeit dieses Festes plötzlich in Nancy erscheinende Großfürst Konstantin begrüßt. Es schien, als ob er durch diesen Besuch die Bedeutung aufwiegen sollte, die man dem Besuche des Czaren beim deutschen Kaiser in Kiel beizulegen geneigt sein könnte. Zu der Czechenliebe für Rußland paßte es übrigens nicht recht, daß czechische Turner auch zum polnischen Turnerfeste nach Lemberg wanderten und hier durch Verbrüderung mit den Polen demonstrierten, wie wenn die Czechen gleich diesen eine unterdrückte Nation seien.

Das Abgeordnetenhaus des Reichsrats begann am 12. Januar die Beratung der Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und Italien. Sie fanden kaum irgend einen sachlichen Widerspruch und wurden nur aus politischen Gesichtspunkten bekämpft. Vor allen spielten sich in dieser, wie in vielen anderen Fragen des Hauses die Jungczechen lärmhaft auf. Der Abgeordnete Kramarz führte aus, den Jungczechen sei der Dreibund unsympathisch, weil er zu einer Verquickung der elsass-lothringischen mit der Balkanfrage führe. Dagegen erhob sich der Abgeordnete Suklje und erklärte unter dem Beifall der Slovenen, diese seien für den Dreibund, der eine Garantie des europäischen Friedens bilde. Hallwich hob die durch die Verträge erhöhte Stärke des Dreibunds hervor. Pattai sprach die Hoffnung aus, Deutschland werde in den wirtschaftlichen Verhältnissen mit Rußland nicht einseitig, sondern stets in Verbindung mit Osterreich-Ungarn vorgehen. Meznik bezeichnete die Verträge als ein ebenso weises Werk wie den politischen Anschluß. Koslowski wies darauf hin, daß die loyale Haltung der preussischen Polen von der deutschen Regierung anerkannt sei; um so mehr müßten die österreichischen Polen für die Verträge eintreten. Prinz Lichtenstein sprach aus wirtschaftlichen Gründen gegen diese Verträge, hoffte aber, auch wenn sie wieder vergessen seien, werde der Dreibund fortbestehen. Der tiroler klerikale Dipauli war gegen den Vertrag mit Italien und meinte, für diesen würde sich keine Mehrheit gefunden haben, wenn er nicht unter der Militärmusikbegleitung des Dreibunds vorgelegt wäre. Der Jungczeche Adamek wünschte eine entschiedene Zurückweisung der Worte des deutschen Reichskanzlers im Reichstage:

„Wir müssen Österreich und Italien in den Stand setzen, die Rüstungen zu ertragen.“ Hieraus klinge das Selbstbewußtsein des Protektors hervor und werde Österreich verletzt. Der Jungczeche Vasaty endlich sagte, Deutschland hätte alle Bedingungen Österreichs unterschreiben müssen, und versicherte, die Sympathien des czechischen Volks gehörten Frankreich und Rußland. Das Haus genehmigte am 22. Januar die Verträge und verband damit das Ersuchen um Vereinbarung eines Schiedsgerichts über die aus diesen neuen Verträgen entspringenden Streitigkeiten. Im Herrenhause drückte am 25. Januar Fürst Schönburg der Regierung Dank aus für die Kiesenarbeit der Verträge, und der Handelsminister Bacquehem wies die Behauptung von einer Schädigung der Interessen Böhmens und Wiens durch die Verträge zurück.

Dem Abgeordnetenhause wurde am 19. Februar eine wichtige Steuerreform-Vorlage gemacht. Die Erwerbsteuer soll neu geregelt und die bisherige dreiklassige Einkommensteuer durch eine Besoldungs-, eine Renten- und eine Personal-Einkommensteuer ersetzt werden, diese mit einem Minimum von 600 Gulden und einer Stufenfolge von 0,6 bis 4 Prozent. Bei der Erwerbsteuer soll zwischen Wien, Orten mit 1000 bis 10000 und Orten mit mehr Einwohnern unterschieden werden. Von der Rentensteuer sind die Zinsen der Staatsschuldverschreibungen befreit. Die Personal-Einkommensteuer läßt einen Abzug von 25 Gulden für jedes Kind zu, soweit deren Zahl in den größeren Städten zwei, in den kleineren Orten vier übersteigt. Als Ziel der Reform bezeichnete der Finanzminister Steinbach: gerechte Ausgleichung durch Heranziehung der bisher der Steuerleistung nicht unterworfenen Elemente, bessere Abstufung nach der thatsächlichen Leistungsfähigkeit und Entlastung der Überbürdeten, besonders der wirtschaftlich Schwachen. Die Vorlage begegnete im Abgeordnetenhause einer großen Teilnahmslosigkeit. Bei der ersten Lesung am 29. April erklärten sich die Jungczechen gegen jede Kräftigung der Staatseinnahmen, weil dadurch das gegenwärtige Regierungssystem würde gekräftigt werden. Die übrigen Parteien zeigten sich zwar bereit, die Reform in Angriff zu nehmen, setzten jedoch keinen Eifer dafür ein. Die Beratung fand ihren Höhepunkt in dem von v. Plener für die deutschliberale Partei gemachten, der Miquelschen Steuerreform nachgebildeten Vorschlag, den Ertrag der

neuen Personalsteuern dem Staate vorzubehalten, während nach der Vorlage den einzelnen Ländern 20 Prozent zugewiesen werden sollen, dafür aber die einzelnen Länder durch einen Teil der Erträge aus den Realsteuern zu entschädigen. Der Entwurf wurde einem Ausschusse überwiesen.

An die Frage der Steuerreform schloß sich die der Währungsreform. Die betreffenden Entwürfe waren im Anfang März einer aus Bankdirektoren, Handelskammer-Präsidenten, Großindustriellen und Professoren bestehenden Kommission vorgelegt und wurden am 14. Mai im Parlamente eingebracht. Es waren sechs Gesetzentwürfe. Nach einem derselben sollte der Finanzminister ermächtigt werden, die 5prozentige steuerfreie Notenrente und einige Eisenbahn-Obligationen zu konvertieren, die fünf anderen betrafen die Valuta-Regulierung. In einem von diesen Entwürfen ward die Kronenwährung dahin festgestellt, daß an Stelle des Guldens ein halber Gulden unter der Bezeichnung „Krone“ als Münzeinheit treten und die Krone in hundert Heller zerfallen soll, deren jeder einem halben Kreuzer gleichkommt. Der Münzfuß wird dahin bestimmt, daß 3280 Kronen aus einem Kilogramm Feingold auszuprägen sind. Goldmünzen werden in Stücken zu 20 und zu 10 Kronen ausgeprägt, auch für Privatrechnung. Neben diesen Landes-Goldmünzen sollen die Landes-Silbermünzen österreichischer Währung in Umlauf bleiben. Als Teilmünzen sollen geprägt werden: Einkronen- und Fünfzighellerstücke in Silber, 20- und 10-Hellerstücke in Nickel, 2- und 1-Hellerstücke in Kupfer. Der zweite jener Gesetzentwürfe enthält den Münz- und Währungsvertrag mit Ungarn, der bis Ende 1910 gelten soll. Der dritte Entwurf ordnete an, daß die Zahlungsverbindlichkeiten in Goldgulden auch in Landesgoldmünzen geleistet werden können, wobei 42 österreichische Goldgulden gleich 100 Kronen gerechnet werden. Eine vierte Vorlage enthielt einen Zusatz zu den Statuten der österreichisch-ungarischen Bank, wodurch diese verpflichtet wird, gesetzliche Goldmünzen zum Nennwert und Goldbarren nach dem gesetzlichen Münzfuß der Kronenwährung jederzeit gegen Banknoten einzulösen. Die fünfte Vorlage betraf die Aufnahme einer Anleihe zur Beschaffung von Gold zum Zweck der Ausprägung. Der Finanzminister Steinbach bezeichnete in seiner Einführung dieser Vorlagen als Hauptaufgabe die Stabilisierung der österreichischen Währung. Die gegenwärtige

Einbringung der Vorschläge rechtfertigte sich durch den Abschluß der Handelsverträge, den Aufschwung der produzierenden Klassen Österreichs und die Verhandlungen über die freie Silberprägung in Nordamerika. Nach längeren Beratungen wurde am 31. Mai ein Ausschuß niedergesetzt, dessen Verhandlungen öffentlich waren. Im Hause selbst wurden die Beratungen am 11. Juli wieder aufgenommen. Dabei erklärte ein jungczechischer Abgeordneter die Valuta-Regulierung als eine Folge der Dreibundspolitik, diese werde aber im Orient ein Ende mit Schrecken nehmen. Der Abg. v. Plener trat namens der Deutsch-Liberalen entschieden für die Vorlagen ein. Szczepanowski verteidigte die österreichischen Polen gegen den Vorwurf, nur aus Haß gegen Rußland für diese Vorlagen zu stimmen und darauf auszugehen, die Monarchie in einen Krieg zu verwickeln; dieser Krieg würde doch nur auf polnischem Gebiete geführt werden. Der ruthenische Abg. Barwinski hielt diese Gelegenheit für angebracht, die Lage der Ruthenen in Österreich zu preisen, während in Rußland die Sprache dieses Volksstammes aus Kirche und Schule verbannt sei. Am 21. Juli wurden die Valutavorlagen in dritter Lesung genehmigt und am 11. August im Gesetzblatt verkündigt.

Die Durchbringung dieser Reform erschien wesentlich mit als ein Verdienst der deutsch-liberalen Partei. Deren Maßhalten nach dem formellen Hinfall des weiteren Ausgleichs in Böhmen hatte sich als richtig herausgestellt und belohnt. Denn die oben, unter den Angelegenheiten Böhmens, erwähnte Verfügung des Justizministers Grafen Schönborn wegen Errichtung eines Bezirksgerichts in der deutschen Gemeinde Weckelsdorf in Böhmen zeigte, daß die Regierung doch noch am Ausgleich festhielt, ja in demselben auf einem Gebiete vorzugehen entschlossen war, auf dem sie durch alle czechischen Manöver nicht gehindert werden konnte. Die Czechen hatten geglaubt, infolge des Beschlusses des Landtags wegen Vertagung des Ausgleichs dürfe die Regierung an diesen selbst in den Stücken, die ihre eigene Machtvollkommenheit betreffen, nicht rühren. Diesen Glauben hatte jene Verordnung zerstört und nun erhoben die Jungczechen im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Versetzung des Justizministers in den Anklagezustand. Zur Begründung wies der Abg. Tilscher am 4. Mai darauf hin, daß der Verfügung ein Gutachten des böhmischen Landtags hätte vorausgehen müssen, bedachte aber nicht, daß dieser

durch den Vertagungsbeschluß das abverlangte Gutachten zu geben verweigert hatte. Tilscher nannte die Verordnung einen Faustschlag ins Antlitz der czechischen Nation, versagte Österreich die Bezeichnung eines Rechtsstaats und zog sich durch die Bemerkung, die gegenwärtige Regierung sei eine der korruptesten Regierungen, den Ordnungsruf zu. Dagegen wiesen der Justizminister und der Abg. v. Plener die Gesetzmäßigkeit der Verordnung nach. Dem Landtage habe das Gesetz eben nur die Möglichkeit gegeben, sich in solchen Fällen zu äußern; die Regierung könne ihre Verordnungen sogar im Gegensatz zu einem Gutachten des Landtags erlassen und habe dies auch schon früher gethan. Nun warf der Jungczeche Pacek der deutsch-liberalen Partei vor, durch diese Theorie zur Schwächung des Parlamentarismus beizutragen und den absolutistischen Neigungen der Regierung Vorschub zu leisten; das Recht des böhmischen Landtags sei verletzt, man möge aber die Geduld des czechischen Volks nicht auf eine allzu harte Probe stellen. Der altczechische Abg. Zucker stellte eine sofortige Wiedervereinigung der beiden czechischen Parteien in Aussicht, wenn sie zum ernststen Verteidigungskampfe gezwungen werden sollten. Graf Deym meinte, die ganze Frage gehöre nicht vor den Reichsrat, sondern vor den böhmischen Landtag. Der Jungczeche Vasaty hätte lieber das ganze Kabinet des Grafen Taaffe auf der Anklagebank gesehen und drohte, dieser werde, wenn die Dinge noch eine Weile so fortgingen, bald wieder vor einem Kumpfparlamente stehen. Der Dalmatiner Bianchini trat vom Standpunkt der slavischen Solidarität für den Antrag ein; das kroatische Staatsrecht werde durch die Verfügung ebenso verletzt, wie das czechische. Als sodann der Jungczeche Masaryk den Deutschen vorgeworfen hatte, durch ihre Haltung und Taktik im böhmischen Ausgleich die Verständigung mit dem czechischen Volke erschwert zu haben, ergriff noch einmal v. Plener das Wort: Der Justizminister habe allzu vorsichtig gesprochen, er hätte das Hauptgewicht auf das unbeschränkte Ordnungsrecht der Regierung legen sollen; die Jungczechen als die jetzt einzigen Vertreter des czechischen Volks möchten den Kampf nicht auf die Spitze treiben und bedenken, daß dem czechischen Volke selber ein Gemütszustand nicht frommen könne, der schließlich zum Bürgerkrieg führen würde. Die Antwort des Jungczechen Herold ließ aber auf eine Verminderung der Kampflust nicht schließen; die ganze czechische Nation habe

ihr Urteil über den Justizminister gefällt und wenn auch ihre Vertreter den Prozeß hier im Hause verlieren würden, so werde doch das czechische Volk selbst nicht gestatten, daß man über seine Rechte zur Tagesordnung übergehe. Diese Rede wurde auf beiden Galerien von slavischen Herren und Damen, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, so stürmisch mit Beifall begrüßt, daß sie geräumt werden mußten. Infolgedessen herrschte eine zeitlang unbeschreiblicher Lärm im Hause. Schließlich wurde über den Antrag auf Anklage des Justizministers mit 238 gegen 41 Stimmen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Im übrigen war in dieser Session nur ein Zusammenstoß v. Pleners, des Führers der vereinigten deutschen Linken, mit Jaworski, dem Führer der Polen, bemerkenswert. Dieser war in gleicher Weise wie die Czechen aufgebracht über eine am 4. Juli stattgehabte Verständigung der Regierung mit der deutsch-liberalen Partei. Minister Graf Taaffe hatte damals die Hebung der Mißverständnisse zugesagt, welche diese Partei verstimmt hatten. Die Angriffe der Polen wurden von v. Plener kräftig zurückgewiesen. In einer längeren Rede, die v. Plener nach dem Schluß der Session am 22. August vor seinen Wählern in Eger über die Zustände Österreichs hielt, wandte er sich mit besonderer Schärfe gegen den Fanatismus der Czechen. Man solle sich nicht mit polizeilichen Maßregeln in den einzelnen Fällen behelfen, sondern mit fester Hand Ruhe auf der Straße und Ordnung in den Köpfen herstellen.

Die Landtage der einzelnen Kronländer traten am 9. September zusammen. In dem von Niederösterreich traten die Antisemiten sehr herausfordernd auf. Die Beratung des Impfgesetzes gab den Abgeordneten Lueger und Gregowig Anlaß, die Gescheitheit der „alten Weiber“ gegenüber den Ärzten zu preisen. Die meisten derselben seien Juden und das ganze Impfen sei ein Schwindel. Noch stärker waren die Ausfälle bei Beratung eines Kredits für Desinfektionsmittel an die Gemeinden. Hier sprach der Abg. Schneider die Befürchtung aus, daß die jüdischen Ärzte die ärmere Bevölkerung wegen angeblicher Erkrankung an Cholera in die Spitäler schickten, damit sie dort sterbe; da in Rußland nächstens ein Erlaß zu erwarten sei, wonach alle Juden ins schwarze Meer geworfen werden sollten, so würde dieses „Gefindel“ sich über Österreich ergießen und hier Krankheiten und Prostitution verbreiten. Professor Suez trat

mit Ausdrücken tiefster Entrüstung gegen diese Schürung des Zwiespalts zwischen Juden und Christen auf. Im Landtage von Oberösterreich scheiterte die beantragte Gründung eines Fonds für Suppenanstalten zu gunsten von Kindern, die stundenweit zur Schule zu gehen haben, an der klerikalen Mehrheit. Der Landtag von Krain unternahm einen Sturm gegen die wenigen noch bestehenden Schulen des Landes, doch sah sich der gut slovenische Statthalter Baron Winkler genöthigt, hiergegen aufzutreten. Am Tiroler Landtage erlebte die Regierung insofern eine Niederlage, als sämtliche Abgeordnete Südtirols, die im vorigen Jahre nicht erschienen waren, weil sie einen eigenen Landtag mit italienischer Geschäftssprache beanspruchten, zu den Mandaten, die insofgedessen für erledigt erklärt waren, wiedergewählt wurden. In den Landtagen von Mähren und Schlesien, die noch deutsche Mehrheiten besitzen, kamen keine Zwischenfälle vor. Im galizischen Landtage wurde dem Kaiser Dank gesagt für die Vorkehrungen zum Schutz gegen die Cholera. Im Landtag der Bukowina kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Rumänen und den Deutschen. Wie in den meisten dieser Landtage, trat der Nationalitätenstreit auch auf dem am 28. August in Laibach stattgehabten ersten slovenischen Katholikentage hervor, der sich mit einem Versuche befaßte, die national-slovenische Bewegung im klerikalen Fahrwasser zu erhalten und so das Altflaventum vor dem Schicksale des Altzechentums zu bewahren. Der Landtag von Steiermark faßte den eigentümlichen Beschluß, daß zum Eingehen der Ehe fortan die Zustimmung der zuständigen Gemeinde nötig sein solle. Politisch war der böhmische Landtag am bedeutendsten. Seit seiner letzten Session hatte sich das Verhältnis zwischen beiden Nationalitäten nur noch ungünstiger entwickelt. Die jungczechische Presse hatte in dieser Zwischenzeit Stimmung dafür zu machen gesucht, daß zur Auffrischung der czechischen Sache etwas geschehen müsse. Insofgedessen kam es zu allerhand Kundgebungsversuchen und Roheiten gegen Deutsche. Eine Versammlung in Prag wurde am 24. Juli wegen heftiger Angriffe auf die Regierung aufgelöst, ein Czechenausflug nach München polizeilich verhindert, ein Turnerfest in Teschen verboten, dagegen wurden am 7. August beim Schützenfest in Olmütz die Deutschen überfallen und auf dem Kongreß des nordböhmischen Czechisierungsvereins in Raasdnitz am 14. August in der heftigsten Weise gegen

die Deutschen losgezogen. Ein die Unterdrückung czechischer Minderheiten darstellendes lebendes Bild wurde zwar verboten, aber das Verbot politischer Reden mit den Rufen „Schmach der Regierung!“ aufgenommen, worauf ein Redner ausführte, der deutsche Moloch drohe in Böhmen die Czechen zu verschlingen. Vor dem deutschen Kasino in Prag wurde auf Vorübergehende geschossen und die Mitglieder deutscher Vereine in der Nähe von Sglau von Fabrikarbeitern mit glühenden Eisenstangen geschlagen. Mit aller Macht hatte sich die czechische Agitation auf Mähren geworfen. Ein czechischer Kongreß in Boskowitz suchte Eifer hineinzubringen, worauf dann aber am 8. September in Sglau 2000 Deutsche Mährens zur Verteidigung ihres Besitzstands die Behörden aufforderten. Unter solchen Verhältnissen trat der böhmische Landtag am 9. September wieder zusammen. Sie drückten auch auf die Regierung derart, daß sie ihr angekündigtes Fortschreiten auf der Ausgleichsbahn zu vertagen Miene machte. Umfomehr drangen die deutschen Abgeordneten darauf, die Ausgleichskommission des Landtages wieder in Thätigkeit zu setzen. Aber die Regierung hielt sich aus Rücksicht auf die Feudalen passiv und der Landesauschuß sprach sich gegen die Gesetzlichkeit der Errichtung des Bezirksgerichts in Weckelsdorf aus. Durch alles dies aufs neue ermuntert, beantragten die Jungczechen im Landtag, an die Krone eine Adresse zu richten, in der die Czechen als ein grausam bedrücktes Volk hingestellt wurden, das unter der deutschen Tyrannei geradezu rechtlos sei. Aber weder dies noch sonst eine Frage rückte im Landtage weiter. Er wurde am 27. September geschlossen, und die Regierung schien froh zu sein, ihn eine zeitlang los zu sein. Um aber zu zeigen, daß sie zur Vertagung des ferneren Ausgleichs die Hand nicht bieten würden, richteten die deutschen Abgeordneten am 28. September an die Regierung die dringende Mahnung, dieses Werk in der nächsten Session entschieden zu fördern. Demgegenüber sprach am 1. November eine Konferenz der czechischen Parteiführer von Böhmen, Mähren und Schlesien ihr Festhalten an einer Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts aus. Zu welch ungesunden Verhältnissen diese unerquicklichen Zustände Böhmens führen können, zeigte sich in der Stadt Reichenberg. Sie hat fast nur deutsche Bevölkerung, diese hat aber durch die langjährige Zurücksetzung der Deutschen Böhmens die Liebe zum österreichischen Vaterlande einge-

büßt. Dies trat immer mehr in einer Weise hervor, daß die Regierung einschritt. Am 20. Oktober wurde das dortige Stadtverordnetenkolleg aufgelöst und der Bürgermeister durch einen Regierungskommissar ersetzt. Das war ein Schlag gegen die „deutsch-nationale Partei“, die in ihren Ausläufern mit den Antisemiten sympathisiert und unter Führung von Schönerer offen auf Vereinigung mit Deutschland hinwirft.

Die Delegationen traten am 1. Oktober in Pest zusammen. Das ihnen unterbreitete Budget für 1893 wies ein Gesamt-Ergebnis von 143821887 Gulden auf. Nach Abzug der eigenen Einnahmen im Betrage von 2677493 Gulden bleibt ein Netto-Erfordernis von 141144394 Gulden. Im Kriegsbudget wurde eine Erhöhung des Friedenspräsenzstandes bei der Infanterie verlangt, weil er bedeutend geringer als der in anderen europäischen Großstaaten sei. Jede Kompanie müsse um einen Korporal, einen Gefreiten und sechs Gemeine erhöht werden. Außerdem wurden die Kosten für 1150 neue Zöglinge der Kadettenschulen eingestellt. Am 3. Oktober empfing der Kaiser die Delegierten in der Ofener Burg und erwiderte die Ansprache der Präsidenten mit einem Hinweis auf die andauernd freundlich und vertrauensvoll gebliebenen Beziehungen zu allen Mächten. Nach dem feierlichen Empfange hielt er Cercle, wobei er fast alle niederösterreichischen Abgeordneten ansprach und wiederholt sein Bedauern über die antisemitischen Angriffe im niederösterreichischen Landtage ausdrückte. Zu einem Abgeordneten sagte er: „So kann es nicht weiter fortgehen, gedeihliche Arbeit ist unmöglich. Es ist eine Schande vor der ganzen Welt.“ Und zum Professor Sueß bemerkte er: „Sie haben böse Tage gehabt. Wie das in dem Landtage zugeht, das ist ein Skandal. Man weiß nicht, was man dazu sagen soll.“ Noch an demselben Tage fand die erste Sitzung des Budgetausschusses der österreichischen Delegation statt, in welcher der Jungceche Gyn die Anfrage an die Regierung stellte, ob der Bündnisvertrag mit Deutschland alle Vereinbarungen zwischen beiden Reichen aufzähle oder ob er Klauseln enthalte, die Österreich auch außerhalb seiner Grenze Schutz böten, wenn es sich genötigt sehen sollte, infolge einer Verletzung seiner Interessen auf der Balkanhalbinsel zum Angriff vorzugehen. Ferner bat er um Auskunft, ob und unter welchen Bedingungen diese Klauseln ver-

öffentlich würden, auch ob ein Vertrag mit Italien oder ein gemeinsamer Vertrag der Dreibundsmächte existiere. Als Grund seiner Anfragen bezeichnete Cym die Gegnerschaft des böhmischen Volks gegen den Dreibund. Der Minister des Äußern, Graf Kalnoky, hielt es für unstatthaft, daß jeder Volksstamm im Reiche beanspruche, die ganze auswärtige Politik solle nur von seinem internationalen Standpunkte abhängig gemacht werden. Cym's Auftreten sei schädlich für die Interessen der Monarchie. Der Vertrag mit Deutschland enthalte ein so offenes Verteidigungsbündnis, daß er ganz hätte veröffentlicht werden können; der Vertrag mit Italien trage ebenfalls wesentlich den Charakter der Verteidigung, seine Geheimhaltung sei vereinbart. Die Beziehungen zu Rußland wären fortgesetzt freundliche. Was die allgemeine Lage betreffe, so sei keine bedeutende Frage zu besprechen, zu Besorgnis liege kein besonderer Anlaß vor. Der Ausschuß zeigte sich hierdurch sehr befriedigt und sprach in seinem Berichte volles Vertrauen zu der „besonnenen und umsichtigen Politik“ des Ministers aus. Das hinderte jedoch den Abgeordneten Cym nicht, die Beratung dieses Berichts im Plenum mit einer Brandrede gegen den Dreibund zu eröffnen. Oesterreich sei im Handelsvertrage mit Deutschland zu kurz gekommen, das czechische Volk sei voll Mißtrauen gegen Deutschland und vergesse nie, was dieses den Slaven angethan; der Planslavismus existiere nicht, wohl aber bilde der Pangermanismus eine Gefahr für Oesterreich; wegen des übermächtigen Einflusses Deutschlands auf die österreichische Politik seien Oesterreichs Vorteile durch den Dreibund zweifelhaft. Auf diese Angriffe wurde dem czechischen Redner stark heimgeleuchtet. Nicht bloß Deutsche, sondern auch ein mährischer, ein slovenischer und ein böhmischer Abgeordneter, dieser namens der Großgrundbesitzer, nahmen dagegen Partei. Den größten Eindruck machte aber v. Pleners Rede. Er hob hervor, daß das Bündnis mit Deutschland sich eingelebt, in die Bedürfnisse und Gefühle des Volks übergegangen sei, was nicht möglich gewesen wäre, wenn es nur ein diplomatisches Bündnis der Höfe gegen oder ohne die Sympathien der Völker gewesen wäre. Beide Armeen seien hiervon erfüllt, während ein Bündnis mit dem von den Czechen als Freund angesehenen Frankreich einen Krieg mit Deutschland nach sich ziehen müßte, den doch wohl selbst die Czechen nicht wünschten. Der Grund, warum Rußland sich von Oesterreich

entfernt habe, liege darin, daß dieses von den in Petersburg maßgebenden Personen verantwortlich gemacht werde für die Fehler, durch welche die russische Politik ihren Einfluß in Bulgarien verloren habe. Darauf sprach die Delegation dasselbe Vertrauen wie ihr Ausschuß zur Leitung der äußeren Politik aus. Die czechischen Angriffe hatten das Gute, daß nun an offiziellster Stelle völlig festgestellt war, wohin Oesterreich gerate, wenn fernerhin so viele Nachsicht gegen die czechischen Gelüste im Innern geübt werde. Klugerweise wies denn auch das Organ der Altcechen, „Glas Naroda“, jede Gemeinschaft mit den Ausführungen Cynis zurück. Auch gegen das Heeresbudget erhoben die Jungcechen eigentümliche Ansprüche. Der Kriegsminister Bauer mußte dem Delegierten Pacel bedeuten, daß es eine böhmische Staatsprache nicht gebe. Am 19. Oktober schloß die Delegation ihre Sitzungen, die ohne die czechischen Angriffe diesmal wohl recht still verlaufen sein würden.

Was die ungarische Delegation betrifft, so entspann sich in deren Heeresauschüsse eine längere Verhandlung über den Gebrauch der ungarischen Sprache im Heere; der Reichskriegsminister v. Bauer hob aber die absolute Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Dienstsprache in der gemeinsamen Armee hervor. Einer scharfen Inquisition wurde der Minister bezüglich der angezweifeltten Haltbarkeit des rauchschwachen Pulvers unterzogen. Am härtesten wurde um die Erhöhung des Friedenspräsenzstandes um neun Mann für die Kompanie gekämpft und sie schließlich nur für 25 Regimenter bewilligt. Im auswärtigen Ausschusse wiederholte der Minister Graf Kalnoky seine friedlichen Versicherungen und fügte hinzu, die ursprünglichen Zweifel, ob heutzutage Bündnisse bloß zu Friedenszwecken geschlossen werden könnten, seien fast ganz geschwunden, der Dreibund diene offensichtlich der Sicherheit der beteiligten Staaten. Freilich könne ein durch Jahrzehnte dauerndes Bündnis nicht für alle möglichen Fälle der Zukunft Vorsorge treffen, aber die freundschaftliche Fühlung der am Geiste des Dreibunds festhaltenden Mächte sei ein beachtenswerter Faktor für alle Fälle. Was Rumänien betreffe, so sei die dortige Regierung einer korrekten Haltung gegen Oesterreich beflissen, es möge dort aber wohl nicht immer leicht sein, nationalen Strömungen entgegenzutreten; diesseits viel Aufhebens davon zu machen, sei nicht immer klug. Im Plenum wurde die äußere Politik

nur kurz berührt. Der Ausschuß betonte in seinem Berichte, daß Ungarn treu am Dreibund halte und ihn durch keinerlei andere Kombination ersetzt zu sehen wünsche. Nachdem noch Vertreter der äußersten Linken und der Siebenbürger mit größter Anerkennung für den Dreibund aufgetreten waren, sprach die Delegation ihre Billigung der äußeren Politik aus.

Der Reichsrat trat am 5. November wieder zusammen, nachdem das Herrenhaus am 1. November eine nicht unbedeutende Veränderung durch Pairschub erfahren hatte. Unter 21 neu Ernannten befanden sich neun bewährte Mitglieder der deutsch-liberalen Partei, sodaß diese ihre in den letzten Jahren verlorene Bedeutung wieder einigermaßen zurückerhielt. Von den übrigen kamen sechs auf die mittelparteiliche und sechs auf die konservative Gruppe. Der zur ausgleichsfreundlichen Gruppe der böhmischen Feudalen gehörende Fürst Alfred Windischgrätz wurde zum Vizepräsidenten des Herrenhauses ernannt. Dem Abgeordnetenhaus wurde alsbald das Budget für 1893 vorgelegt, welches ein Gesamterfordernis von 608 684 795 Gulden aufwies, also 22 376 181 Gulden mehr als im Vorjahr. Die Gesamtdeckung betrug 609 572 085 Gulden. Minister Steinbach begleitete die Vorlage mit einer Rede, die sichtlich günstigen Eindruck machte. Er versicherte, die politischen Verhältnisse seien derart, daß man auch finanziell mit Beruhigung der nächsten Zukunft entgegensehen könne, jedoch warnte er vor hohen Anforderungen, solange die Reform der direkten Steuern nicht durchgeführt sei. Hiernach ergoß sich eine Flut von Anfragen gegen die Ministerbank. In den Vordergrund drängte sich jedoch aufs neue der Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen. Schon am 18. November führte er zu einem stürmischen Zwischenfalle. Gereizt durch eine Rede des Jungtschechen Masaryk, der das Bündnis mit Deutschland angriff und von geistiger Verrohung in Deutschland gesprochen hatte, wies Menger auf die Gehässigkeiten der Tschechen und bemerkte: „Wir Deutschen kennen kein böhmisches Staatsrecht und halten es für Hochverrat, von diesem zu sprechen.“ Als darauf die Tschechen, um Menger geschart, stürmisch Widerruf forderten, sagte Menger: „Ich erkläre, daß es keinen Deutschen in ganz Schlesien giebt, der die Begründung eines böhmischen Staats nicht für Hochverrat hielte.“ Darauf neuer tosender Protest der Tschechen. Folgendentags gab

Menger die Erläuterung, er habe dem tief verletzten Nationalgefühl und der Empörung über die Behandlung der deutschen Nation den geeigneten Ausdruck geben müssen. Darauf erhielt er zwar aus Böhmen und Schlesien viele Beweise der Zustimmung, das Haus aber sprach am 22. November seine Mißbilligung über jene Äußerungen aus, und der angesehenste Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes, Fürst Schwarzenberg, stellte am 30. November die Forderung, daß die mit dem 31. Juli durch Pracack's Rücktritt erledigte Stelle eines böhmischen Landmannschaftsministers bald wieder besetzt werde. Zu höchster Verblüffung der deutschen Partei stellte der Ministerpräsident Graf Taaffe diese Besetzung allerdings in Aussicht. Damit war der ganzen viel gepriesenen Annäherung der Regierung an die Vereinigte Linke plötzlich der Boden wieder entzogen. Graf Taaffe versuchte, eine Krisis hinauszuschieben, aber der Plan einer Zusammenfassung der Linken mit den Polen und einem Teile des Hohenwartklubs zu einer festen Mehrheit scheiterte am Widerstreben dieser letzteren Elemente, worauf v. Plener am 1. Dezember bei Beratung des Dispositionsfonds sich über die nunmehrige Lage ausführlich aussprach und die Ablehnung dieses Fonds seitens der deutschen Partei als Zeichen des Mißtrauens gegen Graf Taaffe in Aussicht stellte. Der Deutsche Prade schilderte bei dieser Beratung, wie die Regierung mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln die Slavifizierung und Förderalisierung Oesterreichs fördere. Nunmehr gab Graf Taaffe die Erklärung ab, die Regierung stehe unverrückbar auf dem Boden der Verfassung und erblicke in der gemeinsamen Arbeit aller gemäßigten Parteien das sicherste Mittel zur Bildung einer festen Mehrheit; die Verständigung zwischen den Volksstämmen in Böhmen werde sie auch fernerhin erstreben. Der Fonds wurde am 2. Dezember mit 167 gegen 147 Stimmen abgelehnt, und Graf Kuenburg erhielt auf seinen Wunsch am 6. Dezember die Entlassung als Minister, da die Stellung nun keine Bedeutung mehr hatte. Die am 3. Dezember zur Sprache gebrachte Auflösung des Stadtverordnetenkollegs der deutschen Stadt Reichenberg in Böhmen mißbilligte Graf Taaffe, meinte jedoch, sie solle die Möglichkeit einer Losreißung von den Launen eines nahezu terroristischen Parteigeistes bieten, dem auf die Dauer keine Verwaltung ruhig zusehen könne. Warum gegen die czechische Ver-

waltung Prag's nicht ebenso verfahren sei, verschwieg der Minister. Sehr bezeichnend für den hohen Grad, den die Bewegung gegen die Juden in Oesterreich angenommen, war die Sitzung vom 29. November, in der sich eine unerhörte, ganz unchristliche Judenhetze unter Gebrauch der gemeinsten Ausdrücke abspielte. Da sich das Deutschtum auch in Kärnten immer mehr gegen die Slovenen zu wahren hat und eine große deutsche Versammlung in Klagenfurt am 13. November in dieser Richtung Stellung zu nehmen sich genötigt gesehen hatte, brachte am 13. Dezember Steinwender im Abgeordnetenhaus den Antrag auf Einsetzung einer Kommission ein zur Prüfung der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen des Ministeriums des Innern, wodurch den Magistraten von Klagenfurt und Cilli die Annahme slovenischer Eingaben und deren Erledigung in slovenischer Sprache aufgegeben war; das Haus aber schob die Sache auf die lange Bank. Für die deutschen Abgeordneten hätte Anlaß genug vorgelegen, sich über die unermüdliche Förderung der Slovenisierungsbewegung durch den Landespräsidenten von Krain, v. Winkler, zu beschweren, der eben deshalb im Oktober Herrn v. Hein hatte weichen müssen.

Die kaiserliche Familie wurde am 18. Januar zum dritten Male binnen weniger Wochen in tiefe Trauer versetzt: Erzherzog Karl Salvator, Bruder Ferdinands IV., des letzten Großherzogs von Toscana, starb im Alter von 43 Jahren an der Influenza, derselben Krankheit, durch welche die Erzherzöge Heinrich und Sigismund dahingerafft waren. Karl Salvator hatte den Schmerz gehabt, in kurzer Zeit 4 Kinder zu verlieren, in letzter Zeit aber war er beglückt durch die Vermählung seines Sohnes Franz Salvator mit Marie Valerie, der Tochter des Kaisers. Seine Mutter, Maria Antonia von Bourbon, war bereits durch das Schicksal ihres verschollenen Sohnes Johann (Orth) von schwerem Kummer heimgesucht. Wenige Tage nach diesem Todesfall kam die Erzherzogin Marie Valerie mit einer Tochter nieder, die am 2. Februar in der Taufe den Namen der Kaiserin Elisabeth erhielt. Mitte März verfiel Erzherzog Leopold in eine schwere Lungenkrankheit. Er war seit Jahren leidend und lebte zurückgezogen auf seinem Schlosse Hornstein, wurde aber nicht vom Schicksal seiner oben erwähnten Brüder Heinrich und Sigismund betroffen. Um dieselbe Zeit verlobte sich in Nervi des

Erzherzogs Heinrich hinterlassene Tochter, Gräfin Waideck, mit dem Herzoge Della Grazia, einem Enkel der Herzogin von Berry. Im März erschien ein Buch, welches die Kronprinzessin-Witwe Stephanie verfaßt hatte. Es nennt sich *Lacroma* und ist eine Beschreibung dieser gegenüber der Stadt Ragusa liegenden Insel im adriatischen Meere. Kaiser Franz Joseph stattete am 9. April dem Prinz-Regenten von Baiern in München einen Besuch ab und wohnte am 23. April der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den 1858 verstorbenen Feldmarschall Grafen Radetzky in Wien bei. Erzherzog Albrecht hielt hierbei eine Ansprache an den Kaiser, in der es hieß, das Standbild möge jeden Vorübergehenden daran erinnern, daß die göttliche Vorsehung seit sechs Jahrhunderten das Erzhaus Österreich in den größten Bedrängnissen stets Männer der rettenden That habe finden lassen, welche die tapferen Heere zum schließlichen Siege führten. Der Kaiser, der im Stabe Radetzky's in Italien zugebracht hatte bis zu dem Momente, wo ihm, dem achtzehnjährigen, die Krone zufiel, erwiderte mit dem Hinweis auf den erhebenden Moment und dankte im Namen seiner gesamten Wehrkraft. Unter unendlichem Jubel der Menge, den Klängen der Volkshymne und des Radetzky-Marsches sowie den Gewehr- und Geschützsalven der ausgerückten Truppen wurde das Reiterstandbild enthüllt, an dessen marmornem Sockel die Inschrift steht: „In Deinem Lager ist Österreich“. Bald hiernach nahm der Kaiser Gesangvorträge der Berliner Liedertafel im Schlosse zu Schönbrunn entgegen. Am 7. Mai eröffnete er die internationale Musik- und Theater-Ausstellung in Wien und empfing im Laufe des Mai die Besuche des Regenten von Baiern, des in Bulgarien regierenden Prinzen Ferdinand von Koburg und des Großherzogs von Weimar. Am 26. Mai begab er sich zum Bundesschießen nach Brünn. Hier und auf der ganzen Reise mit Kundgebungen der Anhänglichkeit von beiden Nationalitäten Mährens überschüttet, ließ er es an Mahnungen zur Versöhnlichkeit nicht fehlen, namentlich in einer Antwort auf eine Ansprache des Bischofs Bauer, dessen Auftreten bei einer Bereisung der Schulbezirke erst kürzlich den Deutschen Anlaß zu lebhaften Klagen gegeben hatte. Einer czechischen Abordnung aus Mähren gegenüber, deren Mitglieder sich ihm als Böhmen vorstellten, bemerkte der Kaiser, sie seien Mähren. Als der Kaiser bei der Vorstellung der Vertreter des Landwirtschafts-Vereins den Grundbesitzer Czepek fragte, wie es

ihm gehe, antwortete dieser in czechischer Sprache: „Mir geht es gut, es möchte aber wohl besser gehen, wenn Ew. Majestät sich zum König von Böhmen krönen ließen.“ Der Kaiser wandte sich sofort um. Der in der Begleitung desselben befindliche Minister Pražak hatte das Mißfallen der Czechen erregt; nun zogen czechische Haufen vor dessen Wohnung und schrieten: „Pereat der Verräter des czechischen Volkes und des böhmischen Staatsrechts!“ Der Kaiser wohnte am 4. Juli der Vermählung seiner Nichte, der Prinzessin Amalie von Baiern, mit dem Herzoge von Urach in Tegernsee bei. Am 16. Juli verlobte sich auf dem Schlosse zu Reichenau in Böhmen die Erzherzogin Margarete Sophia, älteste Tochter von des Kaisers Bruder Karl Ludwig, mit dem Herzoge Abrecht von Württemberg, und am 26. Juli vermählte sich die Tochter des verstorbenen Erzherzogs Heinrich, Gräfin Waideck, mit dem Fürsten Campofranco. Die deutschen Distancereiter, darunter Prinz Friedrich Leopold von Preußen und Herzog Günther von Schleswig-Holstein, wurden am 10. Oktober vom Kaiser empfangen. Mit großen Ehren und mit Herzlichkeit wurde am 12. November der russische Thronfolger am kaiserlichen Hofe aufgenommen. Lag dem Besuche auch die Politik fern, so glaubte man in ihm jedenfalls ein Anzeichen erblicken zu dürfen, daß die gleichzeitigen Gerüchte über den Abschluß eines russisch-französischen Vertrags nicht viel zu bedeuten hätten. Die Kaiserin brachte im Dezember auf Korfu und Majorca zu. Die Erzherzoge Franz Ferdinand und Leopold Ferdinand (ältester Sohn des letzten Großherzogs von Toscana) traten am 14. Dezember in Triest eine Reise um die Erde an.

Die Totenliste Österreichs weist zunächst den am 15. Januar zu Wien im 52. Jahre verstorbenen Kavallerie-Inspektor Freiherrn v. Gemmingen auf. Am 8. Februar starb in Wien Fürst Egon von Thurn und Taxis, 61 Jahre alt. Großes Aufsehen erregte in Wien der in Preßburg am 6. April erfolgte Selbstmord des Ritters v. Zwölf, Vicepräsidenten am obersten Rechnungshofe. Der frühere Justizminister und langjährige Führer der österreichischen Verfassungspartei, Eduard Herbst, starb am 25. Juni zu Wien an Lungenlähmung. Ihm widmete Präsident Smolka im Abgeordneten-hause einen Nachruf; der Abg. v. Plener hielt bei der Bestattung eine Gedächtnisrede, und zwar als der Zug auf der Höhe der Rampe

des Parlamentsgebäudes angelangt war. Am 30. Juli starb in Wien Graf Alexander Hübner, einer der bekanntesten Diplomaten aus der Zeit der österreichischen Reaktion. Er war es, an den Kaiser Napoleon am Neujahrstag 1859 die berühmte Ansprache hielt, die den italienischen Krieg ankündigte. 1868 pensioniert, unternahm er große Reisen, über die er sein Werk „Ein Spaziergang um die Welt“ schrieb. Der Kardinal-Fürst-Erzbischof Landgraf Friedrich von Fürstenberg aus der Nebenlinie Waitra starb in Olmütz am 10. August. Der an seine Stelle am 8. November gewählte Kanzler dieses Erzbistums, Dr. Theodor Kohn, stammt von jüdischen Großeltern. Die Eltern waren Kleinhändler in einem mährischen Dorfe. Am 11. Sept. starb auf Schloß Benningen der Feldmarschalllieutenant v. Degenfeld. Das Mitglied des Herrenhauses Fürst Camill Rohan starb am 13. September auf Schloß Sicherow in Nordböhmen. Er hatte in Gastein oft mit dem alten Kaiser Wilhelm verkehrt. Am 15. September verschied in Troppau der Führer der Liberalen Schlesiens, der Abg. v. Demel, früher Mitglied des Parlaments in Frankfurt. Am 1. November verschied der frühere Bürgermeister von Wien, Ritter v. Uhl.

Der erste politische Vorgang im Königreich **Ungarn** bestand in der die allgemeine Lage des Landes betreffenden Rede, welche der Ministerpräsident beim Neujahrsempfange zu halten pflegt. Auf die Begrüßung durch die liberale Partei erwiderte Szapary mit dem Hinweis auf die vollzogene Herstellung des finanziellen Gleichgewichts sowie den Abschluß der neuen Handelsverträge und stellte als die nächsten Aufgaben der Gesetzgebung die Verwaltungsreform und Maßnahmen zur Aufrechthaltung des Ansehens des Reichstags hin. Bei den bevorstehenden Neuwahlen des Reichstags werde sich die Nation ohne Zweifel, wie bei den sieben seit 1869 stattgehabten Wahlen, für Aufrechthaltung der staatsrechtlichen Grundlagen von 1867 entscheiden. Das Ministerium werde die liberale Richtung auch ferner verfolgen.

Die lange Session des Reichstags wurde am 5. Januar mittelst Thronrede geschlossen, in der namentlich auf die Befriedigung über die den Frieden erhaltenden Bündnisse der Monarchie hingewiesen war. Als bald hiernach begann eine vierwöchige recht lebhafteste Bewegung für die Neuwahlen, in der besonders das zum erstenmal erfolgende

Auftreten einer ultramontanen Partei und Reden einiger Minister vor ihren Wählern hervortraten. Minister Weferle machte in seiner Wahlrede zu Nagybanya auf die Bedeutung der Handelsverträge und der in Aussicht genommenen Valutaregulierung aufmerksam. Der Ministerpräsident hielt am 6. Februar, als bereits feststand, daß die Führung der Angelegenheiten des Landes in den Händen der liberalen Partei bleiben werde, vor seinen Wählern in Temesvar eine längere Rede, in der er betonte, daß die liberale Partei auch fortan den 1867er Ausgleich verteidigen werde gegen die Unabhängigkeitspartei und gegen die Nationalpartei wie die Partei Ugrons, die Änderungen dieses Ausgleichs anstrebten. Gegenüber den Vorwürfen wider die Nationalitätenpolitik der Regierung hob er hervor, daß die liberale Richtung die einzige sei, bei der eine Beruhigung der Bürger verschiedener Nationalitäten zu erlangen sei. Als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit bezeichnete der Minister Maßregeln, durch welche verhindert werde, daß die aus Eitelkeit und dem Streben nach Macht entspringende scharfe Parteileidenschaft von Abgeordneten nicht schadenbringend für das Vaterland werde. Dahin gehöre eine Einschränkung der mißbrauchten Redefreiheit. Die 415 Neuwahlen fanden in der Zeit vom 28. Januar bis 6. Februar statt, nicht ohne Schlägereien und blutige Ausschreitungen an mehreren Orten, infolgedessen Jäger und Dragoner aus Mähren und Steiermark nach Ungarn geschickt wurden. Die liberale Mehrheit fiel für die Regierung nicht so reichlich als gehofft war aus; diese wurde sogar schwer betroffen durch die Niederlage einiger ihrer hervorragendsten Mitglieder, wie Falks, Pulszlys und Stephan Tiszas, Sohns des früheren Ministerpräsidenten. Die Partei Apponyhis erschien in bisheriger Stärke.

Der neue Reichstag trat am 20. Februar in Pest zusammen. Am Abend vorher machte der Ministerpräsident Szapary im Klub der liberalen Partei darauf aufmerksam, daß es an Angriffen der Opposition wieder nicht fehlen, daß ihn dies aber nicht anfechten werde, solange er das Vertrauen der Mehrheit genieße. Die Voraussagung traf in der That in reichlichem Maße ein. Noch vor der feierlichen Eröffnung des Reichstags führte die Unabhängigkeitspartei einen peinlichen Auftritt herbei. Der Zufall wollte, daß ihr die zwei zunächst zum Alterspräsidium berufenen Abgeordneten angehörten. Der zunächst berufene Abg. Esanady erklärte, er könne nur unter

der Bedingung annehmen, daß er nicht genötigt werde, den Reichstag nach Ofen zu geleiten, wo von der königlichen Burg die schwarzgelbe Fahne wehe; der Herrscher sei für die Nation da, nicht diese für den Herrscher; der Monarch komme zu uns und eröffne den Reichstag in dessen Hause. Die österreichische Fahne wehte zwar auf der Ofener Burg, aber neben der ungarischen und zur Andeutung des Dualismus der Monarchie, den freilich jene Partei nicht anerkennt. Ejanady lehnte den Vorsitz ab, und der nun an die Reihe kommende Madarasz behandelte dasselbe Thema noch eingehender. Er nahm den Vorsitz an, jedoch mit der Erklärung, daß Ungarn nur durch die Erreichung seiner vollsten staatlichen Unabhängigkeit aufblühen werde, daß es frei von jeder fremden Einmischung sein und alles dem Entgegenstehende beseitigt werden müsse. Schon diese Worte waren von stürmischem Beifall der äußersten Linken begleitet. Dieser steigerte sich dann aufs heftigste, als Madarasz, bevor er zur Verlesung des zur feierlichen Eröffnung einladenden ministeriellen Schreibens schritt, den „ungefeglichen Mißbrauch“ bedauerte, der sich eingebürgert habe und darin bestehe, daß der König bei der feierlichen Eröffnung nicht ausschließlich von ungarischen Bannerherren umgeben sei, sowie daß dabei nicht ausschließlich die Fahne und das Wappen Ungarns gebraucht werde. Das Verlangen, daß dies jetzt beobachtet werde, wurde vom Ministerpräsidenten mit dem Hinweis auf eine 25jährige Praxis abgewiesen, worauf Madarasz das Präsidium niederlegte. Der nun an die Reihe kommende Janicsary war glücklicherweise kein „Unabhängiger“, sondern führte am 20. Februar den Reichstag trotz der zwei Fahnen in die Ofener Burg. In der Thronrede gedachte der König der 25jährigen Jahreswende des für die ganze Monarchie so wichtigen Ausgleichs, wies auf die großen Fortschritte Ungarns auf allen Gebieten hin und gab der „Zuversicht auf eine ruhige und stete Entwicklung auf dieser bewährten und vor allen Erschütterungen zu bewahrenden Grundlage“ auch für die Zukunft Ausdruck. An die Aufzählung der in Aussicht stehenden Vorlagen schloß sich die mit Beifallsrufen aufgenommene Versicherung des unveränderten Fortbestehens der guten Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. In der ersten Sitzung beider Häuser des Reichstags am 22. Februar ward die Thronrede nochmals verlesen, worauf im Oberhause der Präsident Bay den Segen des Himmels auf den

König, „den hochsinnigen Hüter der Verfassung“ herabflehte, „der durch seine die menschliche Kraft fast übersteigende Wirksamkeit ein leuchtendes Beispiel“ sei. Das Unterhaus wählte mit 243 gegen 158 Stimmen den Baron Banffy zum Präsidenten. Die Verhandlungen dieses Hauses über die auf die Thronrede zu erteilende Antwort verliefen nicht so schlimm, wie man nach dem Eindrucke des erbitterten Wahlkampfes erwartet hatte. Der Entwurf der Partei Ugron verstieg sich freilich zu der Behauptung, der Ausgleich von 1867 habe die Entwicklung beider Staaten gehemmt, die Verhandlung über die Adresse ward aber von Zwischenfällen nur wenig gestört, auch nicht übermäßig ausgedehnt, und als am 26. März der Entwurf der Mehrheit angenommen wurde, hob der Ministerpräsident hervor, daß deren kräftiges Zusammenhalten durch diese Verhandlungen dargethan sei. In der Adresse wurde der feste Entschluß, an den Schöpfungen des Ausgleichs von 1867 unverändert festzuhalten und bereitwillig an den Reformarbeiten mitzuwirken, ausgesprochen. Die Adressenverhandlung im Oberhause gab dem früheren Ministerpräsidenten Tisza Anlaß, den Ausgleich von 1867 entschieden zu verteidigen.

In den ferneren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses spielten die von der Unabhängigkeitspartei herbeigeführten lärmhaften und meistens offensichtlich von vornherein nutzlosen Vorgänge eine große Rolle. Während fielen die Männer der Opposition am 17. März über den Präsidenten Banffy her bei seinem ersten Versuche, dem unter seinem Vorgänger Pechy eingebürgerten Unfuge zu steuern, daß unter dem Titel einer persönlichen Bemerkung Abgeordnete, die nicht zum Worte gemeldet waren, lange Reden mitten in einer sachlichen Debatte hielten. Banffy wollte seinen Standpunkt näher ausführen, wurde aber durch Zwischenrufe daran gehindert, und die Sitzung wurde unter Tumult aufgehoben. Hiernach bot die Budgetberatung ein reiches Feld für Zwischenfälle. Beim Titel „Königliche Hofhaltung“ verlangte die Opposition die Errichtung einer selbständigen ungarischen Hofhaltung für die Zeit, in der der König sich in Ungarn aufhalte. Der Antrag fiel am 2. April, nachdem der Finanzminister Weyerle auseinandergesetzt hatte, es sei dies nicht zweckmäßig und man könne sich damit begnügen, daß die Regierung die Verantwortlichkeit dafür übernehme, daß die Einrichtungen des Hofes weder der Verfassung noch dem Nationalgefühl

zuwiderliefen; übrigens erwäge die Regierung, wie die staatsrechtliche Lage nach außen hin und beim Verkehr des Hofes zum gehörigen Ausdruck gelange. Am 7. April hatten Szapary und Weyerle sich gegen die Behauptung zu wenden, daß Ausländer zu den Wahlkosten der liberalen Partei beigetragen und die Regierung einen Betrag aus der Ablösung der österr.-ung. Staatsbahn zu Wahlzwecken verwendet habe. Die Aufforderung eines Regierungsvertreters am 22. April an alle Parteien, zur Reform der Verwaltung mitzuwirken, hatte Äußerungen mehrerer Oppositionsredner zur Folge, wegen deren ihnen das Wort entzogen werden mußte. Eine der stürmischsten Sitzungen fand am 25. April statt: die Opposition tadelte heftig, daß die Gendarmerie schwarz-gelbe Portepees und den doppelköpfigen Adler als Abzeichen trage. Szapary wies darauf hin, daß die Gendarmerie als Teil der bewaffneten Macht dieselben Abzeichen wie diese führen müsse. Darüber ungeheure Entrüstung und fortgesetzt tumultuarische Szenen, die zur Aufhebung der Sitzung führten. Auch die Einladung des Reichstags zur Radezkyfeier in Wien wurde lebhaft getadelt. Hierdurch werde der Reichstag zum Rang eines Provinziallandtags degradiert. Szapary wies dagegen kühl darauf hin, daß Radezky's Wirksamkeit eine rein militärische gewesen sei. Er habe einfach als Soldat seine Pflicht gethan, auch zu der Zeit, da er gegen Ungarn aufgetreten. Die nächste Skandalfache bestand am 18. Mai in heftigen Angriffen auf die Regierung, weil die Leiche des Generals Klapka ohne weiteres auf den Friedhof geführt sei, während die größten Feierlichkeiten für den Nationalhelden von 1848 geplant waren. Man könne dieses Verfahren des Ministerpräsidenten nicht scharf genug brandmarken, meinte der Abg. Polonyi. Nach den Aufklärungen Szapary's und des Kultusministers stellte sich jedoch heraus, daß die Regierung an dem Vorgang schuldlos war. Es liege ihm, erklärte ersterer, fern, den Pomp der Bestattung irgendwie zu schmälern. Danach legten sich die Wogen, wenngleich Bestattung und Grabmal auf Staatskosten abgelehnt wurden. Ein Heidenlärm wurde von demselben Polonyi am 2. Juni aufgeführt. Er wollte wissen, was die Regierung gegen den Übelstand zu thun gedenke, daß auswärtige Blätter, namentlich die „Hamburger Nachrichten“, die Monarchie mit dem Namen Osterreich statt mit Osterreich-Ungarn bezeichneten. Szapary erwiderte, daß in den meisten Fällen

nicht übler Wille, sondern mangelnde Kenntniss die Schuld trage, und daß der Leiter jenes Blattes sich entschuldigt habe. Damit war die Sache erledigt, aber die Opposition bemerkte, daß mehrere Mitglieder der Mehrheit fehlten, und benutzte dies zu dem Beschluß, die Sache noch weiter zu besprechen. Es war dies aber nur ein Heiterkeitserfolg, und als die Besprechung anhub, kam gar nichts weiter zu Tage. Die hauptsächlichsten Vorlagen, welche in dieser Session des Reichstages zur Annahme gelangten, betrafen den Bau einer Eisenbahnlinie von Marmaros in den Waldkarpathen über Sziget an der Theiß nach Stanislaw in der Bukowina; das Finanzgesetz wurde am 17. Juni mit 397523636 Gulden Einnahme und einem Überschuß von 14725 Gulden über die Ausgaben festgestellt, nachdem die oppositionellen Parteiführer dem Ministerpräsidenten nochmals ihr gründliches Mißtrauen versichert hatten; die Vorlagen über die Valuta und die Konversion wurden vom Unterhaus am 15., vom Oberhaus am 19. Juni genehmigt. Zur Vorlage kam noch ein Gesetzentwurf wegen Unfallversicherung der Arbeiter und Anstellung von Fabrikinspektoren. Auch die kirchenpolitische Frage wurde berührt. Die Lage hatte sich insofern verschärft, als die katholische Geistlichkeit nicht mehr bloß den Erlaß von 1890 über die Anzeigepflicht in Sachen des sogenannten Wegtaufens der Kinder aus Mischehen bekämpfte, sondern der Erzbischof von Gran am 4. April im Oberhause eine Änderung des Gesetzes von 1868 verlangt hatte, wonach bei Mischehen die Knaben der Konfession des Vaters, die Töchter der Mutter zu folgen haben. Der Unterrichtsminister Csáky lehnte nun am 19. Mai im Unterhause hierauf bezügliche Anträge, die in beiden Häusern in Aussicht standen, von vornherein sehr entschieden ab, stellte aber einen Gesetzentwurf wegen Einführung von Zivilstandsregistern für Kinder aus Mischehen in Aussicht. Als sodann am 24. Mai Graf Apponyi für völlige Rechtsgleichheit der Israeliten und für ein Gesetz, betreffend die freie Religionsübung sowie die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse, auftrat, sagte der Minister auch eine solche Vorlage zu. Am 20. Juli wurde die Session vertagt.

Mit großer Begeisterung wurde am 8. Juni der 25jährige Jahrestag der Krönung des Kaisers Franz Joseph zum König von Ungarn gefeiert. Er langte am 6. Juni in Pest an. Mit

brausenden Eisenrufen wurde der Hofzug am Bahnhof empfangen. Der König entstieg in großer ungarischer Galauniform dem Wagen. Unter dem Geläute aller Kirchenglocken und dem Donner der Geschütze setzte sich der Zug in Bewegung, dessen Glanzpunkt das aus 150 Trägern der historischen Namen der ungarischen Aristokratie in den prächtigsten Nationalkostümen bestehende berittene Banderium bildete. In den aufs festlichste geschmückten Straßen wurde der König von einer ungeheuren Menschenmenge mit stürmischen Huldigungen begrüßt. Im Hofe der Burg angelangt, nahm er eine Revue über das Banderium ab. Abends wiederholte sich die stürmische Begrüßung im Theater, wo das Jubiläumstück „Die heilige Krone“ aufgeführt wurde. Am 7. Juni hielt der Kaiser in Gegenwart aller Erzherzoge eine glänzende Truppenschau bei Ofen ab. Der 8. Juni begann mit einem feierlichen Gottesdienste, bei dem der Fürstprimas Vaszary die seltenen Tugenden des Monarchen sowie seine unverbrüchliche Treue gegenüber der Nation hervorhob und Gottes Beistand dafür anflehte, daß die Stephanskrone immerdar ihr Licht in den Frieden ausstrahle; wenn aber nötig, dann möge die Schärfe unseres tausendjährigen Schwerts die Feinde des Vaterlandes wie ein Blitz treffen. Dann segnete er den König, die Königin und das ganze Herrscherhaus und forderte die ungarische Nation auf, den Glauben und die Traditionen sich zu erhalten. Die Königin blieb den Festlichkeiten fern, weil es ihr zu großen Schmerz bereitet haben würde, bei diesem Anlasse das Fehlen des Sohnes wahrzunehmen. Nach dem Tedeum fand feierlicher Empfang zahlreicher Abordnungen aus dem ganzen Lande in der Ofener Burg statt. Als der König in den Saal trat, dauerte der Sturm der begeisterten Zurufe minutenlang, sodaß der Präsident des Abgeordnetenhauses seine Rede nicht beginnen konnte. Währenddem stand der König tief bewegt und verbeugte sich mehrmals dankend, was immer neuen Jubel hervorrief. Auf die Ansprache des Präsidenten des Oberhauses erwiderte der König mit dem Ausdruck der Freude, daß sein Vertrauen in die alten Tugenden der Nation, insbesondere der Magnaten, vollste Rechtfertigung erfahren hätte durch den großen Aufschwung des Staats und die gehobene Machtstellung der Monarchie. Auf die Ansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhauses dankte der König und gedachte der großen Patrioten, die vor 25 Jahren und später seine treuen Ratgeber und die weisen Führer der Nation ge-

wesen seien; es sei trostreich, daß ihr Geist im Lande fortlebe. Auf die Ansprachen der städtischen Abordnungen erwiderte der König, er erblicke in der Begeisterung des ganzen Landes einen erfreulichen Beweis der warmen Pietät der Nation für die Stephanskron und bitte, der ganzen Bevölkerung Ungarns, Kroatiens und Slavoniens ohne Unterschied der Nationalität und der Religion seinen Dank zu melden; er hege den festen Glauben, daß er auf die Söhne der ungarischen Länder unter allen Umständen rechnen könne. Bei Anbruch der Dunkelheit wurde Pest prächtig erleuchtet. An der Hauptpfarrkirche befand sich ein kolossales, die Krönung versinnbildlichendes Transparent. Auf der dem Donauufer zugewandten Front war ein riesiges Doppelkreuz angebracht, das strahlend verkündigte, daß der König an dieser Stelle vor 25 Jahren den Eid geleistet habe. Auf den Schiffen der Donau wurden Feuerwerke abgebrannt, auf den Bergen der Umgegend brannten weithin leuchtende Freudenfeuer. An drei Stellen wurden die von der Stadt Pest gegebenen Volksfeste gehalten. Es wurden Mastochsen am Spieße gebraten, auf riesigen Gerüsten waren Fässer aufgereiht, aus denen Wein und Bier geschenkt wurde, und bekränzte Wagen fuhren hin und her mit Würsten und Broten. Leider nahm das Volksfest einen blutigen Ausgang. Der Gratiswein verfehlte seine Wirkung auf Soldaten nicht, welche die Bürger nicht an die Schankstellen lassen wollten. Es kam zum Handgemenge und zu schweren Verwundungen. Auf der Soiree bei Hofe erschienen 1500 der angesehensten Personen des Landes. Der König reiste am 10. Juni wieder ab, nachdem er der Stadt Pest gestattet hatte, die Bezeichnung „Ungarische Haupt- und Residenzstadt“ zu führen. Entsprechende Festlichkeiten fanden am 8. Juni auch in Konstantinopel, Sofia und Belgrad statt.

Den Zeitpunkt kurz vor dieser großen Feier der Magyaren hatte die rumänische Nationalpartei Ungarns, Siebenbürgens und des Banates für geeignet gehalten zur Entsendung einer großen Abordnung nach Wien. Die im südöstlichsten Ungarn wohnenden $2\frac{1}{2}$ Millionen Rumänen hatten sich der Magyarisierung am wenigsten zugänglich erwiesen und waren in letzter Zeit unstreitig im Vordringen sowohl gegenüber den Magyaren als den Deutschen in Siebenbürgen. Nun erschien am 29. Mai in Wien eine aus 237 Mitgliedern, nämlich Geistlichen, Juristen, Journalisten, der Mehrzahl

nach aber aus Bauern bestehende Abordnung, die dem Kaiser eine Denkschrift überreichen sollte. Darin war, unter Versicherung der Treue gegen das Herrscherhaus, gebeten, die Rumänen der Monarchie in den Besitz der ihnen von den Magyaren auf ungesetzlichem Wege entzogenen nationalen Rechte wieder einzusetzen. Vergeblich hatten die Behörden den Abgang der Deputation zu hindern gesucht. In Wien wurde ihr bedeutet, daß der Kaiser sie jetzt nicht empfangen könne. Es erschien dies unmöglich kurz vor der großen Feier des Dualismus der Monarchie, auf dessen Grundlage die Willkür beruhte, gegen die hier Klagen geführt wurden. So abgewiesen, wurden die Rumänen in Wien von den Antisemiten an sich gezogen. In einer von diesen am 30. Mai veranstalteten Versammlung traten die Führer der Abordnung mit der Darlegung auf, daß eine gleichmäßige Verteilung der Rechte für alle Völker der Monarchie erstrebt werden müsse.

Während der Vertagung des Reichstags vergrößerte sich der kirchenpolitische Streit. Zu dem Widerstreite zwischen der Regierung und der katholischen Kirche trat der zwischen dieser und der protestantischen Kirche. Ein Haupt derselben, der reformierte Bischof Papp, trat am 5. September in Komorn bei der Feier des 25-jährigen Jubiläums des früheren Ministerpräsidenten Tisza als Oberkurator des kalvinischen Kirchenbezirks jenseits der Donau gegen den neuen Fürstbischof Vaszary auf. In Papps Berichte hieß es, die Lage habe sich seit 1890 nicht zum Bessern gewendet, sei vielmehr gefährlicher geworden, weil sich jetzt auch die höhere katholische Geistlichkeit mit dem Primas an der Spitze der friedenstörenden Bewegung im niederen Klerus angeschlossen habe; in Vaszarys Friedensliebe habe man sich getäuscht. Im Anschluß an diese Rede ergriff Tisza das Wort. Er stellte zwar für den Notfall eine feste Haltung des ungarischen Protestantismus in Aussicht, ließ aber der Hoffnung auf einen befriedigenden Ausgleich Ausdruck, weil der Staat diesen Frieden nicht entbehren könne. Gleichwohl rief die Schärfe des reformierten Bischofs starken Unwillen auf katholischer Seite hervor, und um schärfere Ausbrüche abzuschneiden, ermahnte der Primas die Geistlichkeit, sich nicht zu sehr hinreißen zu lassen. Großen Eindruck erzielte er dabei mit dem Hinweis, daß der Bestand der Nation keinen Schaden erleiden dürfe. Nun kamen wieder Rundgebungen

auf protestantischer Seite: Der Präsident des Unterhauses, Banffy, sprach in einer protestantischen Versammlung in Klausenburg am 10. September die Hoffnung aus, daß Lisza der Kirche inmitten der aufgeregten Wogen den Weg weise, und der reformierte Bischof Szász sprach die Hoffnung aus, daß die evangelische Kirche für die liberalen Ideen kämpfe und daß deren Sieg nicht zweifelhaft sein könne, weil „die Räder der Jahrhunderte nicht rückwärts gedreht werden“ könnten.

Neben dieser Verschärfung der kirchlichen Gegensätze fühlte sich die Regierung unangenehm berührt durch eine weit verbreitete Feier des 90. Geburtstags Ludwig Kossuths. Der frühere Diktator Ungarns, der am 14. April 1849 die Dynastie des Thrones verlustig erklärte und am 21. September 1851 in effigie gehängt wurde, lebt in freiwilliger Verbannung zu Turin. Er steht noch auf seinem alten Standpunkt und die Parteien befinden sich längst nicht mehr mit ihm in Verbindung. Wenn nun plötzlich in Ungarn Huldigungen von ungewöhnlicher Ausdehnung für ihn stattfanden, so ging dies nicht aus dynastiefeindlichem Sinne hervor, und es war darin kein Widerspruch gegen die erst vor drei Monaten beim Krönungsfeste dem Herrscher dargebrachten Huldigungen zu finden, sondern man ehrte in Kossuth den obersten Träger der Ideen, als deren Erben das ganze heutige verfassungsmäßige Ungarn sich bekennt. Die Stadtbehörde von Pest beschloß mit 120 gegen 68 Stimmen, Kossuth zum Ehrenbürger zu ernennen, ihm eine Beglückwünschungsadresse zu senden und eine Straße nach ihm zu benennen. Eine ganze Reihe von Orten ernannte ihn ebenfalls zum Ehrenbürger. Der Geburtstag wurde am 19. September im ganzen Lande gefeiert durch Volksversammlungen, Reden, Fackelzüge und Tänze. In Pest fand ein Festzug statt. In den hier gehaltenen Reden wurde übrigens betont, daß das Volk Kossuths Ansichten nicht teile, soweit sie gegen die Dynastie, den gekrönten König und den Verband mit Oesterreich sich richten, daß er aber die Leibeigenen befreit, den Parlamentarismus und die Pressefreiheit eingeführt und die Rechtsgleichheit vertreten habe. Schließlich entblökte die Menge die Häupter und gelobte, die Kossuthschen Ideen nie zu verleugnen. Welchen Zauber Kossuth noch immer auf die ungarische Volksseele ausübt, zeigte sich vor allem in der Feier zu Talsza, wo die restaurierte

evangelische Kirche eingeweiht wurde, in der der Gefeierte getauft ist und zu der viele Hunderte aus den fernsten Landesteilen wallfahrteten. Die 21 Abgeordneten, welche nach Turin reisten, hatten einen eigentümlichen Empfang. Ihre Adresse war zwar im Tone höchster Verehrung gehalten, hob aber hervor, daß man nicht die staatsrechtlichen, sondern nur die freiheitlichen Ideen Kossuths teile. Dieser betonte die trennende Kluft, glaubte aber in den Kundgebungen ein „Erwachen“ der Nation erblicken zu müssen.

Die Session des Reichstags wurde am 26. September wieder eröffnet. Das ihm vorgelegte Budget für 1893 weist an Ausgaben 485265596 Gulden und einen Überschuß von 14047 Gulden auf. Bald hiernach kam es im Abgeordnetenhaus zu stürmischen Verhandlungen. Es handelte sich wiederum um einen Gegenstand nationaler Aufwallung. Am 2. November sollte nämlich in der Ofener Festung das Denkmal der 1848 bei der Eroberung Ofens durch die Ungarn gefallenen Honveds enthüllt werden. In der Festung befindet sich aber auch das Denkmal des österreichischen Generals Hentzi, der die Festung verteidigte und dabei fiel. Die Veranstalter der Honvedfeier und die Regierung gedachten nun aus der Feier gleichsam ein Fest der Versöhnung zu machen, und es wurde deshalb bestimmt, daß zwei Kompanien der gemeinsamen Armee die militärischen Ehren erweisen sollten, während Fürst Lobkowitz als Vertreter der Armee, die gegen die Honveds gekämpft, einen Kranz niederlegen sollte. Als Erwiderung sollte der Zug sich dann zum Hentzidenkmal begeben, wo der Präsident des Honvedvereins einen Kranz niederlegen sollte. Kaum war dieses Abkommen bekannt geworden, so nahm die oppositionelle Presse gegen die dem Honvedverein angefohrene „Entwürdigung“ heftig Partei und brachte eine Antwort Kossuths hierüber zum Vorschein, wonach er das Hentzidenkmal als Beschimpfung des ungarischen Volks ansehe. Als die Sache am 17. Oktober im Abgeordnetenhaus zur Sprache kam, sagte der Ministerpräsident Szapary, daß er den Plan als patriotisch mit Begeisterung aufgegriffen habe, zahlreiche Redner der Opposition sprachen sich aber so heftig dagegen aus, daß die Feier verschoben wurde. Dies gab Anlaß zu neuen Angriffen. Die Opposition behauptete, das Ministerium habe die Krone und das Heer in dieser Sache engagiert, ohne sich der Mitwirkung der alten Honveds ver-

sichert zu haben, und müsse deshalb zurücktreten. Am heftigsten trat Apponyi gegen das Ministerium auf. Dieses war in der That erschüttert, jedoch nicht bloß wegen dieser Denkmalsache, sondern weil ihm im Laufe der Zeit eine Reihe von Handlungen mißglückt war. Hierzu gehörten, außer der Denkmalsache, vor allem die Folgen des sog. Wegtaufungstreits. Die Unbotmäßigkeit der niederen katholischen Geistlichkeit gegen die betreffende Ministerialverordnung war während des Oktobers zur Lawine geworden, brachte die seit zwei Jahrzehnten ungestörte Einigkeit unter den Bekenntnissen ins Wanken und bedrohte die ganze Parteigestaltung. Der Klerus widersetzte sich sogar dem Primas, indem er diesen in einer scharf und nicht ehrerbietig gehaltenen Denkschrift von seinem mit dem Ministerium verabredeten Plane abzubringen suchte, daß er während der Reichstagsession sowie der Anwesenheit des Königs in Pest hier residiere. Die Opposition des Klerus gegen die Regierung trat u. a. hervor in dem vom Erzbischof von Kalocsa bestätigten Verbote des Absingens der ungarischen Nationalhymne in der Kirche zu Theresiopel. Lavierungsversuche waren für das Ministerium ausgeschlossen, es spitzte sich in der kirchlichen Frage vielmehr alles zu auf die Frage der Einführung der obligatorischen Zivilehe. Diese und die Einführung von Zivilstandsregistern wurde daher am 6. November vom Ministerium dem Könige vorgeschlagen. Da dieser sich nur für letzteren Punkt entschied, bat das Ministerium Szapary am 9. November um seine Entlassung, denn die liberale Partei, auf die es sich stützte, hatte inzwischen ein Programm aufgestellt, wonach sie im Fall der Einführung der obligatorischen Zivilehe bereit ist zur Änderung der von der katholischen Kirche so heftig angefochtenen Bestimmung über das Bekenntnis der Kinder aus Mischehen. Am 14. November wurde der Finanzminister Dr. Weyerle zum Ministerpräsidenten, Karl Hieronymi, ein bedeutender Verwaltungsfachmann, zum Minister des Innern und Graf Ludwig von Tisza zum Minister a latere ernannt. Die bisherigen Minister Szilágyi, Csáky, Fejervary, Bethlen und Lukács behielten ihre Portefeuilles. Mit großer Befriedigung nahm das Land dieses Ministerium auf, nur auf ultramontaner Seite ward die Bestallung Tiszas, eines „Kalvinisten“, zum Vermittler zwischen dem Ministerium und dem König übel vermerkt. Weyerle ist der Sohn eines aus Württemberg eingewanderten

Gutsbeamten und jetzt 44 Jahre alt. Er war noch 1877 Konzipist im Finanzministerium, stieg dann rasch infolge seiner besonderen Fähigkeiten und ist als Finanzminister volkstümlich geworden wie kaum ein anderer Mann des öffentlichen Lebens. Das neue Ministerium stellte sich am 21. November beiden Häusern des Reichstags vor, worauf Weyerle das Regierungsprogramm darlegte. In kirchlicher Beziehung sollten Gesetzentwürfe vorgelegt werden über die Rezeption der israelitischen Religion, Einführung allgemeiner Zivilstandsregister und freie Religionsübung; die Verordnung wegen der Wegtaufen solle aufgehoben werden; das Ehrenrecht solle allgemein für alle Staatsbürger verbindlich sein, die obligatorische Zivilehe und die zivilgerichtliche Rechtsprechung in Ehesachen solle eingeführt und die Handelsbeziehungen zum Auslande, besonders mit den Orientstaaten, sollten durch Verträge sichergestellt werden. Über dieses Programm war natürlich die katholische Kirche nicht erbaut, der päpstliche „Moniteur de Rome“ sagte sogar, Ungarn spiele ein gewagtes Spiel; wolle es einen Kulturkampf, so werde man die Kirche auf der Bresche finden; bisher habe der päpstliche Stuhl Geduld gehabt; wenn die ungarische Regierung den Rubicon überschreite, werde sie die Folgen sich selbst zuzuschreiben haben. Allein Weyerles Berufung war eine sehr populäre Maßregel. Das zeigte sich u. a. durch die große Hulldigung, die ihm am 22. November von 40000 Bürgern der Hauptstadt zu teil wurde. Auf deren Begrüßung betonte Weyerle, daß es stets das Glück Ungarns gewesen sei, den Grundsätzen der Demokratie zu folgen; das bürgerliche Element sei berufen, alle Schichten der Gesellschaft zum Wohle des Vaterlandes zu vereinigen. Im Abgeordnetenhanse fanden am 25. November Angriffe auf das Programm der neuen Regierung statt, Weyerle wies sie jedoch mit Geschick zurück und betonte vor allem die allerentschiedenste Durchführung der kirchenpolitischen Reform. Dagegen beschloß die Bischofskonferenz am 15. Dezember, dem Papste und dem Könige die Gefahren und ernststen Folgen dieser Reform darzulegen.

Aus Ungarns Nebenländern ist nur bemerkenswert, daß die Nationalpartei in Dalmatien sich spaltete. Ein Teil derselben ist für ein entschiedeneres Auftreten für die Vereinigung des Landes mit Kroatien; daher die Scheidung in Alte und Junge, wie in Böhmen. Für Kroatien selbst beschloß am 1. Mai ein Parteitag der

Starcewitschianer in Fiume gewissermaßen den Krieg gegen das Staatsrecht der Monarchie und gegen die Mächte des Berliner Kongresses; die Wahlen zum kroatischen Landtage fielen jedoch vorwiegend auf Freunde der Magyaren, ein Ergebnis, das freilich nach Behauptung der Radikalen nur durch Einsperren oppositioneller Wähler erreicht sein soll. Für Bosnien und die Herzegowina wurde am 18. Juli eine Verordnung erlassen, die bei der Bevölkerung großen Jubel hervorrief. Nach dem türkischen Straßengesetze mußten alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, ferner alle Trag- und Zugtiere in fünf Jahren wenigstens 620 Arbeitstage leisten. Nun wurde diese Tier-Robot gänzlich aufgehoben, und die Personen-Robot soll ablösbar sein.

Was die ungarische Totenliste betrifft, so starb am 9. Mai in Pest der Handelsminister Gabriel Baroß de Beluß nach schweren Leiden im Alter von 44 Jahren. Von Geburt Slovake, fühlte er sich als Kernmagyare und hatte seine hervorragende Begabung lange Zeit auf die Hebung der handelspolitischen Verhältnisse des Landes verwandt. 1866 war er als Verkehrsminister in das Kabinet Tisza getreten und blieb seitdem Handelsminister, dessen Ressort mit jenem Ministerium vereinigt wurde. Der Reichstag ehrte das Andenken des von allen Parteien hochgeschätzten Mannes und seine Bestattung fand in Illava auf Staatskosten statt. An seine Stelle wurde am 20. Juli der Staatssekretär Lukacs ernannt. Am 17. Mai starb in Pest der aus dem Kriege Ungarns gegen Oesterreich in den Jahren 1848/49 bekannte General Georg Klapka im 73. Jahre. Er hatte die Oesterreicher bei Zsafazany geschlagen, wofür er vom Diktator Kossuth zum General ernannt war; durch seinen Sieg bei Nagy Sarlo befreite er die Festung Komorn, die er dann als den letzten Posten des ungarischen Widerstandes lange ehrenvoll verteidigte. 1866 hatte er im Auftrag der preussischen Regierung aus gefangenen ungarischen Soldaten eine „ungarische Legion“ zu bilden begonnen, als der Friedensschluß plötzlich eintrat. 1867 amnestiert, kehrte er aus dem Ausland zurück und war eben mit seinen Memoiren beschäftigt, als er abberufen ward. Am 18. März starb in Pest Graf Alexander Teleki, der den Karlistenkrieg in Spanien mitgemacht, im ungarischen Freiheitskampfe 1849 Generaladjutant Bemis gewesen war, 1860 die ungarischen Legionäre Garibaldis befehligt hatte und dann italie-

nischer General geworden war. Der Abgeordnete Iwanji, Führer der Unabhängigkeitspartei, starb 70 Jahre alt am 2. November in Njireghhaza. Er hieß eigentlich Halbshuh, stammte aus einer schwäbischen Familie und war früher Vertrauensmann Kossuths.

R u ß l a n d.

Das große russische Reich hatte auch in diesem Jahre mit sozialen Nöten an allen Ecken und Enden in einer Weise zu schaffen, die mit der ihm gleichzeitig von gewisser Seite beigelegten politischen Bedeutung in gressem Gegensatz stand. Die Hungerstot dauerte in 17 östlichen Gouvernements in bedenklicher Weise fort. Nach dem Gouvernement Tobolsk, wo der Notstand den bedenklichsten Charakter angenommen hatte, wurde Ende Januar Fürst Galizin zur Leitung und Beaufsichtigung der Verpflegung gesandt. Denn der Grund, warum trotz Anwendung großer Summen aus der Staatskasse noch kaum eine Besserung der Lage sich bemerkbar machte, lag größtenteils in der Lässigkeit und Unredlichkeit der mit Verteilung der Hilfsmittel betrauten Beamten. Das zur Verteilung bestimmte Mehl und Getreide wurde häufig zum Gegenstand eines Handels zwischen den Beamten und den Notleidenden gemacht. Dazu wurden die Geldsendungen aus dem Staatschatze durch überflüssige Förmlichkeiten ungebührlich verzögert. Große Unterschleife wurden in allen jenen Bezirken entdeckt. Die Agenten, durch welche die Beamten Mehl und Getreide bezogen, lieferten es oft gänzlich verdorben oder vermischt mit allen möglichen ungenießbaren Stoffen. In Magazinen lagerten zwar große Vorräte von Getreide, die Besitzer aber pflegten nicht eher zu verkaufen, als bis sie den Preis ungebührlich in die Höhe geschraubt hatten. Auch Fälle von bedeutendem Gewichtsabgang wurden festgestellt. So gelangte von den bis zum 1. April für Brot und Saatforn vom Staate verausgabten 125¹/₁₀ Millionen Rubel nicht alles an seine Bestimmung. Der Emir von Buchara sandte auf die Nachricht von der Hungerstot dem unter Leitung des Großfürsten-Thronfolgers stehenden Hilfskomitee 100 000 Rubel, der

König von Rumänien 10 000 Fr. Eine neue Plage entstand dadurch, daß vom Lande eine Menge hungernder Leute in die ohnehin keinen Überfluß an Nahrung und Heizmaterial besitzenden Städte strömten, vergeblich um Arbeit und Unterstützung bettelten, in Schmutz verkamen und ansteckende Krankheiten verbreiteten. In Charkow mußte daher ein besonderes Typhushospital errichtet werden. Zu Kasan herrschte der Typhus in 66 Straßen, in Sefaterinenburg und andern Orten mußte aus gleichem Grunde ein Teil der Straßen gesperrt werden. An Ärzten fehlte es namentlich in den von der Hungersnot heimgesuchten Gegenden. Die Bauern sahen sich hier genötigt, ihre Pferde zu Schleuderpreisen zu verkaufen, infolgedessen im Frühjahr die Felder nur mangelhaft bestellt werden konnten. Der Hausminister ließ daher 30 000 Pferde in den kirgiewischen Steppen aufkaufen und in jene Bezirke bringen. Dörfer und Städte wurden der Schauplatz von Räubereien Notleidender. Zur Beschaffung von Viehfutter der Bauern entsandte das landwirtschaftliche Ministerium im März Beamte in verschiedene Gegenden. In Libau traf am 19. März ein nordamerikanischer Dampfer mit Lebensmitteln für die Notleidenden ein. Als dem nordamerikanischen Generalkonsul Crawford hierfür Dank gesagt wurde, erwiderte er, alles was Amerika für Rußland gethan, trete weit hinter den Dienst zurück, den Rußland vor 30 Jahren Amerika erwiesen, als es seine Flotte entsandt habe, um den Vereinigten Staaten im Kampfe gegen die Südstaaten beizustehen. Mit Rücksicht auf den Notstand wurden die Manöver bei Petersburg und im Westen abbestellt, wodurch $1\frac{1}{2}$ Millionen Rubel erspart wurden; allein gleichzeitig hörte man, daß das ganze Landschaftsamt des Gouvernements Esamara wegen begangener „Mißbräuche“ bei der Verpflegung der Bevölkerung durch den Senat der gerichtlichen Verantwortung übergeben sei. Leider mißriet in sieben der Notstandsbezirke die Winterfaat gänzlich. Unter diesen Umständen war es auffallend, daß am 8. März die Ausfuhr von Mais aus dem Gouvernement Kutais freigegeben, am 25. März das Verbot der Ausfuhr von Weizenmehl aus den Häfen des Schwarzen und des Asowschen Meeres und am 23. August das Verbot der Ausfuhr von Roggen und Kleie wieder aufgehoben wurde. Ein anderer Mißstand trat durch die massenhaften Arbeitseinstellungen zu Lodz in Polen und im dortigen Kreise hervor. Infolge von Auf-

reizungen stellten Anfang Mai 30000 Arbeiter in Fabriken die Arbeit ein. Gegen ihre Ausschreitungen mußte Militär aufgeboten werden. Im August wiederholten sich diese Vorgänge in Sektanoslaw.

Verschiedenen sozialen Mißständen suchte die Gesetzgebung abzuwehren. Im Februar wurden Gesetze erlassen wegen Unveräußerlichkeit der Bauernländereien und wegen Gründung von Hilfs- und Pensionskassen für die Arbeiter an den Staatseisenbahnen. Ferner kam ein Gesetz zustande wegen Bestrafung des Überfalls eines Teils der Bevölkerung durch einen andern. Der Schuldige an einem Auf- lauf, bei dem es zur Vergewaltigung von Personen, Raub oder Schädigung von Eigentum kommt, sowie der Versuch zu solchen An- stiftungen, die aus religiöser, Rassen- oder Standesfeindschaft ent- stehen, geht aller Standesrechte verlustig und wird nach Sibirien ver- bannt. Dieses Gesetz kam vorzugsweise den Juden zu statten; anderer- seits aber fuhr die Regierung fort in dem Bestreben, möglichst viele Juden auf anständige Art aus dem Reiche los zu werden. Der Ministerrat genehmigte am 19. Mai den Plan des Barons Hirsch bezüglich der Massenauswanderung russischer Juden nach Amerika. Diese sollten in bemitteltere und mittellose geteilt werden. Zur Ver-meidung einer Rückschaffung der letzteren soll das Auswanderungs- komitee auf Verlangen der russischen Regierung jedem Hilfsbedürftigen 500 Rubel als Darlehn einhändigen und eine Bürgschaftssumme zur Deckung unvorhergesehener Ausgaben erlegen. Altersschwache, gebrech- liche, mit mehr als sechs Kindern gesegnete und strafgerichtlich ab- gestrafte, keinem anständigen Berufe nachgehende Personen sollen von der Auswanderung ausgeschlossen bleiben. Am 21. Mai ward eine neue Städteordnung erlassen, in der u. a. bestimmt wurde, daß die Zahl der nicht einem christlichen Bekenntnisse angehörenden Stadt- verordneten ein Fünftel der Gesamtzahl nicht übersteigen darf, und das bisher so sehr übliche Ausbleiben der Stadtverordneten aus den Sitzungen wurde mit Strafe bedroht. Endlich fand am 19. Juni ein Nachspiel der früher von Alexander II. verfügten Befreiung der Leibeigenen statt. In Astrachan wurde nämlich ein Befehl des Zaren verkündigt, wonach das gemeine Volk der Kalücken fortan unab- hängig von den herrschenden Klassen sein sollte. Es wurden hierdurch etwa 150000 Menschen aus einer thatsächlichen Sklaverei befreit, in der sie bisher unter einer Gruppe von „Steppenherren“ standen.

Am 20. August wurde ein Gesetz erlassen, durch das der Bauer vor der Landplage der Rußlands gesichert werden soll, die in Ausnützung der Lage des Verkäufers Korn aufzukaufen pflügen.

Zu allen sozialen Leiden im Reiche kam nun auch noch die Cholera, die von Rußland aus das übrige Europa erschreckte. Die ersten Nachrichten vom Ausbruch dieser Krankheit in russisch Mittelasien gelangten Ende Juni nach Europa. In Samarkand, Kaakha und Uzur-Uda forderte die Seuche bereits viele Opfer. Bald hiernach trat sie in Turkestan und zu Baku in Transkaukasien heftig auf. Ihr Ausbruch in Astrachan am kaspischen Meer und zu Tashkent in Turkestan hatte Anfang Juli erhebliche Unruhen zur Folge. In Astrachan widersetzte sich eine arbeitslose Menge der Fortführung der Erkrankten in die Hospitäler. Die unwissende und erregte Bevölkerung wütete gegen die Ärzte, warf die Cholerawagen ins Wasser, drang in die Krankenhäuser, mißhandelte das Personal, brachte die Kranken ihren Angehörigen zurück und erschlug einen Arzt. Alle Beschwichtigungsversuche der Behörden blieben erfolglos. Ein Krankenhaus wurde unter dem Jubel der Menge in Brand gesteckt, ein Feldscher wurde in petroleum-getränkte Tücher gewickelt und verbrannt. Einige Feldscherer retteten sich in bereit stehende Säрге und stellten sich, als das Volk diese hinaustrug, schwer krank. Dadurch entstand die Meinung, die Ärzte ließen Kranke lebendig begraben. Endlich wurden vom Militär Salven auf die Menge gegeben und die Fliehenden von Kosaken versprengt. In ähnlicher Weise verliefen die Unruhen in Tashkent und Saratow. Der Stadtchef Oberst Palußew wurde fast totgeschlagen. Die russische Regierung ergriff zeitig entschiedene Maßregeln, um die Verbreitung der Seuche zu verhindern, auch wies das unter dem Thronfolger stehende Komitee den Rest der für die Hungernden gesammelten Mittel den verseuchten Bezirken zu, die Krankheit verbreitete sich aber doch in die verschiedensten Bezirke des großen Reichs; sie trat in Jaroslaw, Tambow, Perm, Njasan, im Dongebiet, in Moskau, Warschau und Petersburg auf. Der Handel in Nischni-Nowgorod litt bedeutend. In Kasan und anderen Orten protestierten zahlreiche Ärzte gegen Abhaltung von Prozessionen und Bittgängen, aus der durch frühere Erfahrungen wohl begründeten Besorgniß, daß durch solche Ansammlungen von Menschen die Seuche außerordentlich große Verbreitung finden würde. Minderwertig war

die Anordnung des Gouverneurs Baranow in Nowgorod, wonach die Verbreiter falscher Nachrichten über diese Krankheit mit Knutenhieben und Aufhängen bestraft werden sollten. Durch diese Anordnung entstanden Mißstände verschiedener Art und Unruhen, die zur Wiederaufhebung des Erlasses führten. Die Ausfuhr von Roggen, Roggenmehl und Kleie wurde am 23. August wieder verboten.

In Fortsetzung der Russifizierung Polens, Finnlands und der Ostseeprovinzen erfolgten zwar nicht viele, aber sehr eingreifende Schritte. Für Polen erging im Anfang August ein Erlaß des Verkehrsministers, der thatsächlich auf eine Verdrängung zahlreicher und intelligenter Personen aus dem Eisenbahndienste hinauslief, die durch frühere Maßregeln aus der Verwaltung, dem Schulwesen und den Gerichten verdrängt waren. Daran schloß sich eine Versetzung zahlreicher Beamten polnischer Nationalität in das Innere Rußlands. Die Liebe der Polen zu Rußland wurde durch diese Maßregeln nicht hervorgerufen, vielmehr wurde am 3. Mai in ganz Polen der 100jährige Erinnerungstag an die polnische Verfassung gefeiert. Für Finnland erging der Befehl, daß alle Beamten der dortigen Eisenbahnen, die nicht binnen vier Wochen der russischen Sprache mächtig sind, entlassen werden sollten. In den Ostseeprovinzen wurde am 10. Mai verfügt, daß den Lehrern an den höheren Lehranstalten, wenn sie ihre Vorträge in russischer Sprache halten, höhere Pensionen zu teil werden sollten, und Anfang Juli wurden mehrere deutsche Lehranstalten, wie die von der livländischen Ritterschaft unterhaltenen Gymnasien in Fellin und Birkenruh, geschlossen, weil sie mit deutscher Unterrichtsprache nicht fortbestehen sollten. Dies und die allen Zusagen zuwider vorgenommene Russifizierung der Domschule, des uralten deutschen Gymnasiums in Reval, bewogen im Oktober die estländische Ritterschaft, die gleichfalls aus Landesmitteln erhaltene Mädchenschule zu Finnen lieber eingehen zu lassen, als sie gleichem Schicksale auszusetzen. Am 31. Oktober wurden wieder sechs Pastoren im Dorpater Kreise zum Verlust von Amt und Anstellungsfähigkeit verurteilt und hiernach vom Kaiser zur Verbannung aus ihrem Vaterlande, den Ostseeprovinzen, „begnadigt“, weil sie diejenigen Personen als Lutheraner bedient hatten, die vom vorigen Kaiser die ausdrückliche Erlaubnis erhalten hatten, zur lutherischen Kirche zurück-

zukehren. Zur Einleitung der endgültigen Russifizierung der ehemals deutschen Universität zu Dorpat wurde im November zu ihrem Rektor der Professor Budilowitsch in Warschau ernannt. Kurz vorher war der Professor Rohland in Dorpat plötzlich abgesetzt, bloß um einem Russen Platz zu machen. Aus gleichem Grunde wurden plötzlich alle lutherischen und katholischen Maschinisten an der Eisenbahnstation Walk des Dienstes entsetzt. Dagegen war keine Macht im Stande, zwei russische Blätter in Mitau und Reval am Leben zu erhalten. Sie mußten im Oktober wegen Mangels an Abnehmern eingehen.

Der Verkehrsminister Hübbe net wurde am 30. Januar entlassen und durch den Wirklichen Staatsrat Witte ersetzt. Der Finanzminister Wjshnegradski erhielt am 8. April, nach einer Szene mit dem Kaiser, einen mehrmonatlichen Urlaub, und am 15. September vollzog sich sein längst erwarteter Rücktritt. Das Ergebnis seiner fast sechsjährigen Amtsführung bestand in der Isolierung Rußlands von der europäischen Finanzwelt, der Steuer-Überbürdung der verarmten Bevölkerung, der Hemmung des Handelsverkehrs durch hohe Zölle und der Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen zu gunsten augenblicklicher finanzieller Erfolge. Sein Nachfolger war der 46jährige Verkehrsminister Witte, der sich im Eisenbahndienste von unten auf emporgearbeitet hatte. Bald nach diesem Wechsel wurde die Lage der Staatsfinanzen amtlich bekannt gemacht. Man erfuhr nun, daß die außerordentlichen Ausgaben für 1891 mit 63 413 500 Rubel angesetzt waren, in der That aber 232 313 000, also 168 899 500 Rubel mehr, betragen haben, ferner daß im ersten Halbjahr von 1892 bereits zehn Millionen außerordentlicher Ausgaben mehr gemacht, als fürs ganze Jahr angesetzt waren. Noch trostloser erschienen aber die Staatsfinanzen im Hinblick auf die durch Mißernte, Hungersnot und Cholera erheblich gesunkenen Einnahmen. Diesem Zustande gedachte nun Witte durch Wiedereinführung der Salzsteuer sowie Gründung eines Tabak- und Branntwein-Monopols abzuhelpfen. An Stelle Wittes trat als Verkehrsminister der Wirkl. Staatsrat Krivoschein, ein früherer Artillerieoffizier.

Unter dem Druck der allgemeinen Verhältnisse im Innern trat die Leidenschaftlichkeit gewisser Parteien nicht so stark wie in früheren Jahren hervor. Indes war doch bemerkenswert, daß Graf Ignatiew als Vorstand der panslawistischen Vereinigung im November in einem

Schreiben an ein serbisches Blatt sagte, man habe in Petersburg Kenntniss davon, daß die bosnischen und herzegowinischen Verhältnisse nicht derart seien, wie die Österreicher sie darstellten; „das Serbentum,“ fügte er hinzu, „duldet und leidet auch dort und wartet die Stunde der Befreiung ab. Es wird wenig Zeit vergehen, bis einmal Rußland, der wahre Verteidiger der Slaven, laut fordern wird, daß Österreich-Ungarn jenes Land räume, daß Bosnien zu Serbien gehöre.“ Nicht minder feindselig gegen den Dreibund waren Kundgebungen für Frankreich bei Gelegenheit des internationalen Eisenbahnkongresses zu Petersburg. Die französischen Teilnehmer wurden schon bei ihrer Durchreise in Warschau zu einer militärischen Feier herangezogen. Sie wurden vor den aufgestellten Truppen mit Musik und Ansprache eines Generals begrüßt, dann zogen die Truppen in Parademarsch vor ihnen vorüber, und beim folgenden Festmahl brachte nach den Tönen der Marseillaise Generalmajor Foulon, Kommandeur des Grenadierregiments, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, in französischer Sprache ein Hoch auf die Gäste, in dem er an das in Sebastopol den tapferen Söhnen Frankreichs und Rußlands, die damals freilich gegeneinander kämpften, gesetzte Denkmal erinnerte. Am 24. Mai wurde in ganz Volhynien das 900jährige Jubiläum der Einführung des Christentums in diesen Landesteil gefeiert.

Die kaiserliche Familie wurde am 24. Januar in Trauer versetzt durch den Tod des 65jährigen Großfürsten Konstantin, Sohnes des Kaisers Nikolaus. Anfang Februar weilte der Kronprinz von Schweden am kaiserlichen Hofe. Nachdem die Kaiserin vom Besuche ihres leidenden Sohnes Georg aus der Krim zurückgekehrt war, begab sich die ganze übrige kaiserliche Familie am 21. Mai nach Kopenhagen und brachte, wie in den letzten Jahren, einige Wochen am dänischen Hofe zu. Von hier erfolgte der Besuch des Zaren und seines Sohnes beim deutschen Kaiser in Kiel (S. 112). Anfang Juli wurde Finnland besucht und das Sanatorium besichtigt, das der Zar bei Wiborg errichten ließ. Großfürst Wladimir hatte den Unfall, beim Einfahren eines Kurierzuges in die Bahnhofshalle zu Tschergowetz aus der von selbst sich öffnenden Kuppelhür zu stürzen. Im September brachte der Zar mit Familie in Polen zu, wo er den Manövern bei Zwangorod beiwohnte. Nach der Schlussparade sagte

er, diese habe sein Herz erfreut und er sei glücklich über den glänzenden Zustand der Truppen. Am 11. Oktober wohnte der Zar in Czestochau der Enthüllung eines Denkmals für seinen Vater bei. Großfürst Michael Michaelowitsch, der sich gegen den Willen des Zaren mit der Gräfin Mehrenberg vermählte, ließ am 15. Oktober in Wiesbaden eine Tochter auf den Namen seiner Schwester Anastasia, der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, taufen. Der Thronfolger nahm im Oktober an der Feier der silbernen Hochzeit des Königs von Griechenland in Athen teil und besuchte auf der Heimkehr am 13. November den österreichischen Hof. Die glänzende und herzliche Aufnahme, die er in Wien fand, wurde in Blättern beider Regierungen als ein Zeichen fortdauernd freundschaftlichen Verhältnisses derselben dargestellt, gegen das obige panslawistische und franzosenfreundliche Rundgebungen in Rußland bedeutungslos erschienen.

Diese Versicherungen würden an und für sich glaubhaft sein, allein erst im Juli war ein russischer Regierungserlaß bekannt geworden, aus dem hervorging, daß man in Petersburg vor 10 Jahren ganz direkt gegen Österreich Ränke spann, obwohl amtlich ebenso freundliche Beziehungen mit dem Nachbarreiche bestanden wie jetzt. Dieser durch den Mordprozeß in Sofia seiner Verborgenheit entzogene Erlaß des asiatischen Departements in Petersburg an den russischen Vertreter in Bukarest besagte, der Zar habe auf Vortrag des Staatssekretärs befohlen, daß der slavischen Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina Hilfe gewährt werde; es sollten im stillen Gelder für die „unglücklichen Slaven“ in jenen Ländern gesammelt und den „Freiwilligen, die an Ort und Stelle den bedrängten Slaven auf jede mögliche Art helfen wollten,“ Auslandspässe verabfolgt werden. Obiges Schreiben Ignatiens scheint nun darzuthun, daß in der langen Zwischenzeit die völkerrechtlich unzulässige russische Wühlerei im Nachbarreiche angedauert hat. Seit im Sommer der Staatssekretär v. Giers erkrankte, übernahm der Geheimrat Schischkin, der bisherige Leiter des asiatischen Departements, die Führung der auswärtigen Geschäfte. Durch ihn kam ein lebhafterer und schärferer Ton in die Äußerungen der Staatskanzlei. Das zeigte sich zunächst in den Angelegenheiten Bulgariens (siehe dort), sodann gegenüber der Pforte. Und zwar in drei Angelegenheiten. Zunächst wurde durch den Botschafter in Konstantinopel mündlich, dann am 5. November

mittels Note an die rückständige Zahlung von 165 000 Pfd. als Entschädigung für die durch den letzten russisch-türkischen Krieg benachteiligten russischen Unterthanen erinnert. Der zweite Punkt betraf die Frage der Meerengen. Rußland wünschte in den neuen, mit der Pforte zu schließenden Handelsvertrag Bestimmungen aufgenommen haben, wonach den unter der Handelsflagge fahrenden russischen Schiffen, die sich von einem russischen Hafen nach einem anderen begeben, z. B. von Odessa nach Kronstadt, die freie Durchfahrt durch die Meerenge eingeräumt werde. Die Pforte aber möchte diese Frage im Rahmen der die Schifffahrt durch die Meerenge regelnden internationalen Vereinbarungen behandelt sehen.

Der dritte Punkt war folgender: Im persischen Armenien, das Rußland 1828 eroberte, liegt die Klosterfestung Etschmiadzin, der Sitz des „allgemeinen Bischofs“ oder Katholikos der armenischen Kirche. Das Recht der Bestätigung desselben ging damit auf den Zaren über. Von den drei für den Posten des Katholikos neuerdings vorgeschlagenen Personen wählte nun der Zar gerade diejenige, welche der Pforte die unangenehmste ist, nämlich den früheren armenischen Patriarchen in Konstantinopel, Khrimian, der vor einigen Jahren mit der türkischen Regierung in Streit geriet und seitdem im Kloster St. Jakob zu Jerusalem in der Verbannung leben mußte. Die russische Regierung sandte eine Kommission unter Leitung des Generals Ignatiew nach Jerusalem, um den neuen Katholikos feierlich abzuholen. In Konstantinopel sollten er und seine Begleitung, altem Gebrauche gemäß, Station machen, um den neuen Würdenträger, dessen Herrschaft sich ja auch über weite Gebietsteile der Türkei erstreckt, dem Sultan vorzustellen. Als dieser den Wunsch aussprach, der Katholikos möchte lieber gleich direkt nach Russisch-Armenien reisen, legte Schischkin entschiedenen Protest ein; es würden Gefahren entstehen können, wenn das geistliche Haupt der Armenier beleidigt würde.

Die 1891 aufgetauchte Pamir-Frage war allmählich wieder in den Hintergrund getreten, nachdem die Russen sich von diesem gewaltigen Hochplateau Mittelasiens wieder zurückgezogen hatten. Dieser Rückzug war jedoch nur des Winters wegen erfolgt. Es bilden diese bisher von China beanspruchten, aber thatsächlich herrenlosen, unwirthbaren, von Stürmen heimgesuchten Steppen in einer Höhe von

14000 Fuß über dem Meere an sich einen wenig verlockenden Besitz, aber sie haben den Wert eines strategischen Knotenpunkts und gewähren dem Inhaber durch Gebirgspässe den Zugang zu den angrenzenden, dort in ihren Spitzen zusammenstoßenden Ländern Indien, Afghanistan, China und Russisch-Turkestan, und es ist ein öffentliches Geheimnis, daß in diesen Gegenden Hochasiens dereinst die Nebenbuhlerschaft Rußlands und Englands über die Vorherrschaft in Asien zur Entscheidung kommen muß. 1891 war es eine angeblich „wissenschaftliche“ Expedition, die sich vom russischen Turkestan aus in das Pamirgebiet begeben hatte. 1892 aber waren es richtige russische Truppen, die sich unter dem Oberst Janow, dem genauesten Kenner der Pamirgegenden, von Margilan im russischen Bezirk Ferghana aus anfangs Juni dorthin begaben. Nach Angaben der amtlichen turkestanischen Zeitung sollten diese Truppen den dort im Interesse der Erweiterung der indischen Besitzungen weilenden englischen Offizieren sowie den Afghanen und Chinesen, die den Pamir unter sich teilen wollten, klar machen, daß sie dort nichts zu suchen hätten. Auf die Klage der Bevölkerung wegen Vergewaltigung durch die Afghanen begab sich Oberst Janow mit Kosaken an die bezeichnete Stelle in den angrenzenden östlichsten Teil Afghanistans, den Bezirk Wakhan. Nach einem vergeblichen Gespräche Janows mit dem afghanischen Kapitän über die Zugehörigkeit dieser Gegenden kam es am 12. Juli zu einem Gefechte bei Somatafch, das mit der Niederlage der Afghanen endete, worauf die Russen bis Kalapary am Drus vorrückten. Im Dezember wurde der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch auf vier Monate ins Ausland beurlaubt. Der Grund wurde gefunden in seiner beabsichtigten Vermählung mit der geschiedenen Frau des Kaufmanns Burenin in Moskau.

Die russische Totenliste betreffend, so verschied Ende März der hochbetagte Bischof v. Richter, das geistliche Oberhaupt aller evangelischen Kirchen Rußlands; am 21. April der Gesandte von Fredericks; in Stuttgart, am 9. Mai der Generalleutnant v. Gresser, Stadthauptmann von Petersburg, angeblich an Blutvergiftung. Er hatte seit 11 Jahren eine äußerst strenge Aufsicht über die Nihilisten und eine genaue Kontrolle der in der Hauptstadt ein- und ausströmenden Elemente eingeführt. Zu Gressers Nachfolger wurde der Generalleutnant v. Wahl ernannt. Am 22. November

starb in Petersburg Admiral Nowossilski, der sich schon im Türkenkriege von 1829, dann in der Seeschlacht bei Sinope und bei der Verteidigung Sebastopols auszeichnete. Admiral v. Glasenapp, General-Adjutant des Zaren, starb am 5. Dezember in Wiesbaden. Endlich verschied am 26. Dezember in München Graf Nikolai v. Adlerberg, früher General-Gouverneur von Finnland, dann Minister des kaiserlichen Hauses.

Frankreich.

Das Jahr begann mit einem sehr friedlichen Tone. Präsident Carnot beantwortete am 1. Januar die Ansprache des das diplomatische Corps vertretenden päpstlichen Nuntius mit der Hoffnung und dem Wunsche, das Jahr werde ein friedliches und fruchtbringendes sein, während dessen die Regierungen sich den wirtschaftlichen Interessen und den sozialen Fragen widmen könnten. Wenn die Republik das Bewußtsein der Rechte und der Traditionen Frankreichs habe, so sei sie nicht weniger fest der Politik des Friedens und der internationalen Eintracht ergeben.

Die ordentliche Session der Kammern wurde am 12. Januar eröffnet. Die Deputiertenkammer wählte Floquet wieder zum Präsidenten, jedoch mit bedeutend weniger Stimmen als früher, anscheinend weil er in der stürmischen Sitzung vom 11. Dezember v. J. den vorigen Papst als Freimaurer bezeichnet hatte. Nicht lange nach der Eröffnung kam es wieder zu einer sehr stürmischen Sitzung. Boulangistische Abgeordnete, darunter Laur, verlangten von der Regierung Auskunft über Beschuldigungen, die das Pariser Blatt „Intransigeant“ gegen den Minister Constans vorgebracht hatte. Als die Stellung der Vorfrage beantragt wurde, protestierte Laur hiergegen mit dem Bemerkens, durch Annahme der Vorfrage werde die Kammer einen Minister schützen, der schon seit langem von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sei. Constans, hierüber erbittert, stürzte nach diesen Worten in größter Erregung zur Tribüne; hier traf er mit Laur zusammen und schlug ihm ins

Gesicht. Infolgedessen entstand auf allen Seiten ein solcher Lärm, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Unter den im Saale verbleibenden Abgeordneten kam es dann noch zu ferneren Thätlichkeiten. Nach Wiederaufnahme der Sitzung entschuldigte sich Constans, daß er die Beratung gestört habe, es gebe aber Fälle, in denen es unmöglich sei, die Kaltblütigkeit zu bewahren. Die Vorfrage ward dann mit bedeutender Mehrheit angenommen, worauf sich die turbulenten Szenen in den Wandelgängen fortsetzten. Es kam hier noch zu vielen Ohrfeigen und Duellforderungen. Die Minister nahmen für Constans Partei, und eine Klage Lauris gegen diesen wurde vom Gericht wegen mangelnder Zustimmung des Senats abgewiesen. Die Kammern einigten sich am 23. Januar über das mit $\frac{1}{3}$ Million Francs Überschuß abschließende Budget für 1892 und vertagten sich bis zum 16. Februar.

Als sie wieder zusammentraten, waren die Gemüther sehr bewegt über die erneut hervorgetretene Opposition von Bischöfen gegen die Regierung. Schon in den ersten Tagen des Januar hatte das Organ des Vatikans, der »Osservatore romano« mit Bezug auf die vorjährige Widerspenstigkeit einer Reihe von Bischöfen ausgeführt, die wahren Katholiken dürften sich nicht der Religion bedienen, um der bestehenden Regierung systematische Opposition zu machen, und daß die Bestimmung der Beziehungen zwischen der Kirche und dem Staate ausschließlich dem Papste vorbehalten bleiben müsse. Was dieser aber bestimmt habe, brachte Kardinal Lavignerie, Erzbischof von Algier, bald darauf durch Rundschreiben wieder in Erinnerung. Vor einem Jahre, sagte er, habe er allen Katholiken Frankreichs geraten, in eine notwendig gewordene Bahn der religiösen Eintracht und Beschwichtigung einzulenken, um desto wirksamer für das Heil der Kirche und des Vaterlandes, das schwer bedroht sei, arbeiten zu können. Er sei mit diesem Räte „einfach das Echo der Lehren des heiligen Stuhls“ gewesen, und doch sei leider der Rat nicht einmütig befolgt. Gegenüber den „Spaltungen“ in der Geistlichkeit erinnere er noch einmal an das „einfache, fruchtbringende Programm“ des Papstes. Endlich ließ dieser selbst durch den Kardinal Rampolla an den Erzbischof von Paris, den Kardinal Richard, einen auch für die übrigen Bischöfe Frankreichs geltenden Brief mit der Aufforderung richten, von ihrer heftigen Opposition gegen die republi-

kanische Regierung abzulassen. Richard und Genossen vermochten aber nicht dies über sich zu bringen, auch nicht der gegen den Dreibund gerichteten Politik zu Gefallen. Der Erzbischof unterließ es, den Willen des Papstes in seiner authentischen Form bekannt zu machen und ließ nur bekannt geben, es werde in dem Briefe den Katholiken zur Ruhe und Hinnahme der bestehenden Einrichtungen geraten. Davan schloß sich am 24. Januar eine in allen Kirchen verlesene Botschaft der fünf französischen Kardinal=Erzbischöfe. Hierin gehorchten sie zwar dem Buchstaben der päpstlichen Anweisung, indem sie sagten, sie machten „der Regierungsform, die Frankreich sich gegeben, keinerlei Opposition“; dann aber konstatierten sie, daß die Republik ein Programm verkörpere, das dem katholischen Glauben direkt zuwiderlaufe, und endlich faßten sie die Pflichten der Katholiken artikelweise auf eine Art zusammen, die dem Geiste der päpstlichen Anweisung schnurstracks zuwiderlief. Damit schien die Versöhnung mit dem Staate nur erschwert zu sein, und von radikaler Seite wurde die Kundgebung als Kriegserklärung gegen die Republik bezeichnet. Diesen Charakter versuchte Lavigerie zu verwischen, indem er, nur die Anerkennung der Republik betonend, der Erklärung seiner fünf Genossen beitrug. Ohne Motive traten dann nach und nach fast alle Bischöfe bei. Einen Protest gegen die Erklärung erhob aber namens der königlichen Partei Herr Lur=Saluces in Bordeaux. Der Papst ließ sich die Zweideutigkeiten nicht gefallen. Nach einem Berichte des Pariser „Petit Journal“ sagte er in einer Unterredung mit dessen Redakteur: „Ein jeder mag im innersten Herzen lieben was er will, aber auf dem Gebiet der That giebt es nur die Regierung, die Frankreich eingesetzt hat. Die Republik ist eine ebenso rechtmäßige Staatsform wie die anderen.“ Offiziell aber erließ der Papst am 20. Februar eine Enchlika an die Geistlichkeit und alle Katholiken Frankreichs, in der es als Pflicht für alle erklärt ward, die bestehende Regierung anzuerkennen und nichts zu ihrem Sturze zu unternehmen.

Die Regierung fühlte wohl, daß sie etwas thun müsse, um die Übergriffe der Bischöfe zurückzuweisen, wagte aber nicht, hierin weit zu gehen, weil sie sich der großen politischen Bedeutung der vom Papste gebotenen Unterstützung der Kirche bewußt war. Um den voraussichtlichen Sturm in der Kammer zu dämpfen, ließ ihr die

Regierung noch während der Vertagungszeit einen Gesetzentwurf über die Genossenschaften zugehen. Er war hauptsächlich bestimmt, die Erstarkung der religiösen Genossenschaften zu verhindern und sie der staatlichen Beaufsichtigung, der sie sich bisher entzogen, zu unterwerfen. In der ersten Sitzung der Kammer, am 18. Februar, beantragte der radikale Abgeordnete Hubbard die Dringlichkeit dieser Vorlage. Der Ministerpräsident Freycinet hatte zwar nichts dagegen, sprach sich aber gegen die Tendenz der Radikalen aus. Die Vorlage bezwecke keineswegs die Verfolgung der Kirche, und die Regierung würde es abweisen, eine Trennung der Kirche vom Staate vorzubereiten. Als nun nach einer längeren Verhandlung Freycinet die Vertrauensfrage stellte, sprach sich die Kammer mit 304 gegen 202 Stimmen gegen das Ministerium aus. Die Mehrheit bestand aus 194 Radikalen und 110 von der Rechten. Ersteren ging es nicht weit genug, letzteren zu weit. Infolgedessen trat das Ministerium Freycinet, das seit dem 17. März 1890 im Amte war, am 27. Februar zurück, und Präsident Carnot ließ durch den Senator Loubet aus Montelimar, den Vertreter des Drome-Departements, ein neues Ministerium bilden. In dieses traten die bisherigen Minister Freycinet, Ribot, Roche, Develle, Rouvier und Bourgeois wieder ein. Hinzu kamen Cavaignac für die Marine, Ricard für Justiz und Kultus, Viette für öffentliche Arbeiten. Das Programm, mit dem dieses Ministerium am 3. März vor die Kammern trat, hatte seine Bedeutung besonders im Punkte der Kirchenpolitik. Es glaubte nicht, das Mandat zur Vorbereitung einer Trennung der Kirche vom Staate zu haben, wollte aber die Konkordatsgesetzgebung mit fester Hand aufrecht erhalten und sie ihrem wahren Wesen entsprechend anwenden. Die Geistlichkeit solle den Gesetzen des Landes gehorchen und sich von den Parteikämpfen fern halten. Sollten sich die Gesetze unzulänglich erweisen, so würden weitere Schritte beim Parlamente beantragt werden.

Die Geistlichkeit stellte das Ministerium bald auf die Probe. In den Pariser Kirchen St. Marie und St. Joseph wurden am 22. März Predigten politischer Art gehalten, wodurch die Anwesenden sehr erregt wurden. Der Prediger ward unterbrochen, und als infolge des zunehmenden Lärms das Gas ausgedreht wurde, kam es zu wilden Auftritten. Während die Orgel spielte, wurde die

Carmagnole und die Marseillaise gesungen. Schließlich brach zwischen den Störern und den Klerikalen ein Kampf aus, der zu Verwüstungen in der Kirche führte. Solche Vorfälle wiederholten sich in den Hauptkirchen zu Roanne und Beauvais, am tollsten aber ging es im Dome zu Nancy her. Am 26. März in der Kammer hierüber befragt, versicherte der Ministerpräsident, er werde nötigenfalls mit Schließung der betreffenden Kirchen antworten, und Anfang April wies der Justizminister, unter Tadel der Geistlichen, welche die Kanzel in eine politische Tribüne verwandelten, die Generalprokuratoren zur Verfolgung der Urheber der Skandale an. Schlimmer jedoch als die niedere, machte es die hohe Geistlichkeit. Den Anstoß hierzu gab am 9. April der Bischof von Mende in Languedoc indem er die Geistlichen seines Sprengels aufforderte, von jedem Bewerber für die nächstens bevorstehenden Wahlen zu den Gemeinderäten eine Verpflichtung zur Unterstützung der religiösen Interessen zu verlangen. Als dies in der Kammer zur Sprache kam, versicherte Minister Ricard, der Bischof werde vor den Staatsrat gestellt und sein Gehalt gesperrt werden. Die Kammer sprach ihr Vertrauen in die Entschiedenheit der Regierung aus und beschloß den Anschlag der Rede des Ministers in allen Gemeinden. Höchst provozierend antworteten am 17. April die Erzbischöfe von Aix und Avignon sowie die Bischöfe von Valence, Nîmes, Montpellier und Viviers mit dem Erlaß von Vorschriften für die Gemeinderatswahlen an die Geistlichen ihrer Sprengel. Dabei legten sie das päpstliche Rundschreiben vom 20. Februar dahin aus, des Papstes Vorschrift, die Republik anzunehmen, besage nicht, daß man ihr beitreten, sondern nur, daß man nicht den Aufstand erheben solle. Der Bischof von Nancy suchte durch eine Broschüre auf jene Wahlen einzuwirken und erklärte „vor dem Lande“, daß er sein Haupt nicht beugen werde. „Unsere wahre Macht liegt im gemeinsamen Vorgehen. Retten wir das christliche Frankreich!“ Die Regierung beschloß, diese Bischöfe vor den Staatsrat zu stellen, kräftiger aber griff der Papst am 6. Mai ein durch ein Schreiben an die französischen Kardinal-Erzbischöfe. Darin sagte er, sein Rundschreiben vom 20. Februar dulde nicht zweierlei Deutung; der Sinn desselben sei der, man müsse die Republik unbedingt, ohne Hintergedanken und mit vollkommener Ehrlichkeit anerkennen und ihr als der von Gott verordneten

Staatsform unterthan sein. Zwar trat nun der Abgeordnete d'Hulst, Direktor der katholischen Akademie in Paris, mit Heftigkeit gegen dieses Schreiben und mit der Lehre auf, in anderen als kirchlichen Dingen habe der Papst „nur diejenige Autorität, die ihm seine Erfahrung und sein guter Wille geben könnten“; aber die Opposition war doch vorerst im wesentlichen gebrochen. Erzbischof Richard von Paris berief die von ihm zur Bekämpfung der Lehre Lavigeries gegründete „Union des christlichen Frankreich“ und sagte hier am 10. Mai, der Papst, mit dem er kürzlich eine Unterredung gehabt, verlange nun einmal die loyale Anerkennung der Republik. Gleich darauf kam eine Depesche des Kardinal-Staatssekretärs Rampolla an, in der die feste Erwartung ausgesprochen war, die Versammlung werde die vom Papst vorgeschriebene Haltung beobachten. Darauf löste sich diese Union auf. Bestürzt hierüber, erließ das Haupt der Orleanisten, der Graf von Paris, am 19. Mai einen Aufruf an die Monarchisten, gleichwohl um ihren Prinzen und die von ihm vertretenen Grundsätze vereinigt zu bleiben. 40 von den 70 Mitgliedern der royalistischen Rechten der Kammer sprachen sich dann auch am 9. Juni offen dahin aus, die Regierungsform sei eine Frage, die in Frankreich gelöst werden müsse. Die kirchliche Frage schloß mit einem Schreiben des Papstes vom 22. Juni an den Bischof von Grenoble ab, in dem er sich mißbilligend über die Katholiken ausließ, die sich gegen seine Führung unter dem Vorwand auflehnten, daß es sich dabei um Politik handele. Endlich hatten die Bemühungen der Bischöfe um die Gemeinderatswahlen gar keinen Erfolg, denn diese fielen am 1. und 8. Mai ganz überwiegend zu gunsten der Republik aus.

Die Deputiertenkammer lehnte Anträge auf Abschaffung des Kolonialministeriums und der Theaterzensur ab. Der Senat genehmigte am 29. März einen Gesetzentwurf zur Regelung der täglichen Arbeitsdauer für Frauen und Mädchen. Die Arbeitszeit der mehr als 18jährigen solle höchstens 11 Stunden betragen. Der Kriegsminister Freycinet rechtfertigte der Kammer gegenüber seine Überschreitung des Militäretats mit den hohen Preisen der Lebensmittel und errang dabei einen patriotischen Erfolg, indem er unter allgemeinem Beifall an die Fortschritte des Heeres erinnerte. Niemals sei ein Heer besser befehligt gewesen. Ende März beschäftigte

sich die Kammer mit einem Gesetzentwurf, der durch den panischen Schrecken hervorgerufen war, in den Paris während dieses Monats sich durch verheerende Dynamitbomben-Anschläge versetzt sah. Am 11. März zerstörte eine solche Bombe das Haus Nr. 136 am Boulevard St. Germain, am 16. März ward auf dieselbe Art die Cobau-Kaserne beschädigt, am 28. März verwüstete eine Bombe das Haus Nr. 39 der Cllichystraße. Im erstern Falle war es auf Benoit, den Rat am Appellhofe, abgesehen, der beim Schwurgerichtsprozeß gegen Anarchisten von St. Denis präsidirt hatte, und im letztern Falle auf den Generalprokurator Buloz, der die Voruntersuchung gegen Anarchisten von Savallois geführt hatte. Die Kammer genehmigte ohne weiteres jenen Gesetzentwurf, wonach die Dynamitleger fortan gleich den Brandstiftern zum Tode verurteilt werden, die Mitschuldigen aber, die vor Ausübung des geplanten Verbrechens den Behörden Anzeige erstatten, straflos ausgehen sollen. Gerichtsseitig wurden am 4. April jene Anschläge auf den Anarchisten Ravachol zurückgeführt, der schon vor einem Jahre die Anzündung von Paris an 50 verschiedenen Stellen vorbereitet hatte. Der Prozeß gegen Ravachol sollte am 26. April stattfinden. Behufs Einschüchterung des Gerichts und der Geschworenen verübten daher Anarchisten am Abend vorher eine heftige Dynamit-Explosion im Restaurant Vervy auf dem Boulevard Magenta, wo Ravachol verhaftet worden war. Der Zweck wurde insofern erreicht, als die Richter sich in der Prozeßverhandlung auffallend freundlich gegen den Mörder benahmen und die Geschworenen sich zwar für die Schuld, aber mit mildernden Umständen aussprachen. Der Schrecken setzte sich im April noch fort durch Drohbriefe an zahlreiche Richter und Polizeibeamte, durch die Explosion in einem Güterzuge bei Chalons sowie in Lens, Troyes, La Louviere und am 29. Mai durch eine Anarchistenversammlung zu Paris, in der offen zu Diebstahl, Mord, Dynamitanschlägen und Angriffen gegen die bestehende Ordnung aufgefordert, Ravachol als nachahmenswerter Apostel gepriesen wurde. Dann wurde das Lied angestimmt: »*Dame Dynamite, que l'on danse vite. Dansons et chantons, Dynamitons*«. Und dies geschah, nachdem die Regierung schon am 20. März 40 Anarchisten des Landes verwiesen hatte. Sene Aufforderungen waren, wie der Justizminister am 31. Mai in der Kammer erklärte, nach den bestehenden Gesetzen straflos.

Sodann beschäftigte sich die Kammer ferner mit Vorgängen in Dahomeh. Behanzin, der König dieses an der Sklavenküste Guineas liegenden Negerreichs, hatte den Vertrag lästig gefunden, den er am 10. Mai 1891 mit Frankreich hatte eingehen müssen. Er hatte zwar die Jahresrente von 20 000 Fr. gern eingestrichen, die ihm damals ausgesetzt war zum Ersatz von Zolleinnahmen in Kotonu, der von Behanzins Vorgänger 1868 an Frankreich abgetretenen Seestadt; aber er fühlte sich zu sehr geniert dadurch, daß er die Jagden zur Ergänzung seines starken Sklavenbedarfs nicht mehr in die Gebiete von Kotonu und der Seestadt Porto Novo ausdehnen konnte, die sich 1862 aus Furcht vor den Engländern in deren angrenzender Kolonie Lagos unter französischen Schutz begeben hatte. Dem französischen Gouverneur Ballot hatte der König noch am 2. März die friedlichsten Versicherungen gegeben, aber am 26. März überfielen seine Truppen das Gebiet von Porto Novo und zerstörten hier drei Dörfer. Ballot rief Streitkräfte aus Französisch-Senegambien herbei und suchte sich mit seinen 750 Mann gegen eine bedeutende Übermacht zu halten. Auf seine Vorstellungen über den Friedensbruch antwortete der König mit einem unverschämten Briefe, der einer Kriegserklärung gleichsam und außerdem so gehalten war, daß sich dabei die Behauptung des „Temps“ und anderer Pariser Blätter nicht mehr aufrechterhalten ließ, wonach ein deutsches Kaufhaus in der Seestadt Weidah an den Sklavenzügen des Königs als Lieferant von Arbeitern an die Kongoregierung schuld sei. Das Ministerium Loubet hatte nun weniger Besorgnis vor König Behanzin, als vor einer parlamentarischen Verhandlung über diese Vorgänge. Es war vorauszusehen, daß auch dieses Mißgeschick dem Ministerium zur Last gelegt und daß die Gegner der ganzen Kolonialpolitik sich ermuntert zeigen würden. Freycinet erklärte daher schon am 6. April im Budgetauschuß der Kammer: „Wir werden uns von niemandem beschimpfen lassen.“ Und als folgenden Tags die Regierung von der Kammer einen Kredit von 3 Millionen für Dahomeh und den Sudan verlangte, sprach sich der Unterstaatssekretär Etienne dahin aus, Frankreich werde seinen Rechten Achtung verschaffen, aber seinen Besitz in Dahomeh nicht weiter ausdehnen. Schwer war der in der Kammer erhobene Vorwurf wegen früherer Vorgänge. Es waren nämlich unlängst Urkunden veröffentlicht, aus denen hervorging, daß beim vorigen Streite

mit König Behanzin der Gouverneur in Kotonu infolge verschiedener Befehle des Marine- und des Kolonialministers keine Hilfe von dem dort liegenden französischen Kriegsschiffe hatte erlangen können und daher starke Verluste erlitt. Jetzt parierte Etienne kühn den parlamentarischen Schlag. Er habe unter früheren Ministerien die Kolonie Guinea geschaffen und behauptete, das nationale Leben fordere gebieterisch die Fortsetzung der Kolonialpolitik. „Wollen Sie unthätig bleiben, während ganz Europa sich auf die Eroberung Afrikas stürzt?“ Er legte schließlich Berufung an das Nationalgefühl ein und setzte damit am 11. April die Bewilligung des Kredits durch. Im Mai kamen Verstärkungen in Guinea ein, worauf die Armee von Dohomeh sich ziemlich weit, auf Allahdah zurückzog. Die Küste wurde am 18. Juni in Blockadestand versetzt. Die Vorgänge hatten ferner die Folge, daß am 24. Mai Gesetze wegen Neuordnung der Kolonialverwaltung und wegen Bildung einer Kolonialarmee zu stande kamen. Über andere Mißgeschicke in afrikanischen Kolonien wurde in der Kammer nicht viel geredet. Durch den apostolischen Vikar im französischen Kongogebiete lief Anfang April die Bestätigung der Ermordung Crampels ein, der im Interesse des hochfliegenden Plans der Gründung eines großen französischen Reichs in Nordafrika eine Expedition nach dem Tschad-See unternommen hatte, um eine Verbindung des französischen Kongogebiets mit dem östlichen französischen Sudan herzustellen. Er war in Ober-Ubanghi einem Hinterhalte des Sultans von Wadai zum Opfer gefallen. Fast gleichzeitig stellte sich heraus, daß auch die Expedition Menards aufgerieben sei, der ausgezogen war, um die Krümmung des Niger von Kong bis nach dem Senegal zu erforschen. Banden des Negerkönigs Samory, mit dem Oberst Humbert von der Kolonie am Senegal aus mit wachsendem Glück Krieg führte, hatten die Expedition vernichtet. Glücklicher fiel der Zug des Leutenants Mizon durch die Landschaften zwischen dem deutschen Kamerungebiete und dem Tschad-See aus.

Zu Anfang Juni wurde die Aufmerksamkeit durch Festlichkeiten in Nancy vollständig in Anspruch genommen. Die Urheber dieses Turn- und Universitätsfestes beabsichtigten damit eine gegen Deutschland feindliche Kundgebung. Die Studentenschaft veröffentlichte am 4. Mai ein Schreiben, wonach sie alle Universitäten mit Ausnahme der deutschen eingeladen habe. Als Zweck des Festes gab sie an,

es solle die elsäß-lothringensche Universität in Nancy groß und stark gemacht werden gegenüber der deutschen Universität in Straßburg. An der Spitze des Komitees stand der elsässer Emigrant Sansboeuf, Präsident der unlängst gegründeten Föderation der in Frankreich bestehenden elsäß-lothringenschen Vereine. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit unbesonnenen Verhaltens der Festteilnehmer bestellte die Regierung Ende Mai eine große Revue auf der Hochebene von Malzeville wieder ab, die einen Teil des Festprogramms bildete. Das Fest begann am 4. Juni mit überschwänglichen Begrüßungen czechischer Turner. Ihnen wurde bei der Ankunft eine czechische Fahne verehrt, da sie gezwungen waren, ohne eine solche zu reisen. Bei den Verbrüderungen sangen die Tschechen das Lied: „Und gäbe es so viel Deutsche als Teufel in der Hölle, Rußland ist mit uns. Ist jemand gegen uns, Frankreich schmettert ihn zu Boden.“ Die Verbrüderung wurde durch einen besonderen Triumphbogen angedeutet. Am 5. Juni traf Präsident Carnot ein, wahrscheinlich um durch den Besuch im Sinne der Mäßigung einzuwirken. Der Bischof von Verdun empfing ihn mit einer langen Rede, worin versichert wurde, daß „in der Stunde der großen Gefahr“ die Priester mit den Soldaten an Tapferkeit wetteifern würden. Zu allgemeiner Überraschung traf Großfürst Konstantin, Vetter des Zaren, aus Contrexeville in Nancy ein und wurde von den 150 000 Festgenossen mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Die Menge begleitete unter dem Gesang der russischen Hymne den mit russischen Fahnen und einer elsäß-lothringenschen umgebenen Wagen, obwohl deren Entfaltung verboten war. Bei der Ankunft des Großfürsten auf dem Stanislausplatz wurde gar eine Fahne mit der Inschrift „Das russische Heer 1870 —“ entfaltet. Der Besuch des Großfürsten trug mit Rücksicht auf die gleichzeitige Zusammenkunft des Zaren mit dem deutschen Kaiser in Kiel den Charakter eines Theatercoups. Carnots Rede beim Festmahl war ohne politische Bedeutung. Trotz alles Lärms verlief die ganze Kundgebung ohne politische Nachteile.

Die Sommeression der Deputiertenkammer wies noch einige bemerkenswerte Vorgänge auf. Der Marineetat wurde Gegenstand lebhafter Angriffe. In der Rechtfertigung der Ergänzungskredite für die Marine hatte der Minister Cavaignac am 2.—4. Juli einen schweren Stand. Es wurde behauptet, mit den Ausgaben für

die Marine stehe deren Verteidigungskraft nicht in Verhältnis, die Schiffe seien trotz aller Bewilligungen noch nicht mit schnellfeuernden Kanonen bewaffnet, es herrsche in der Marine Verschwendungssucht und es fehle für sie ein festes Programm. Die Verteidigung des Ministers ließ man zwar gelten, griff ihn aber am 11. Juli bei der Frage über die Verwendung der zum Kriege gegen Dahomey bewilligten Mittel um so härter an. Cavaignac gab eine Übersicht der ergriffenen Maßnahmen und führte hierbei aus, daß dem Oberst Dodds der Befehl über die Streitkräfte zu Lande übertragen sei, während der Marineminister den Befehl über die Kreuzer habe. Eine solche Teilung sagte jedoch der Kammer durchaus nicht zu, man erinnerte an früher hierdurch entstandene Unfälle, und Cavaignac blieb die Antwort schuldig auf die Frage, wer im Falle der Meinungsverschiedenheit die Entscheidung gebe. Auf den Beschluß zu Gunsten der Einheitlichkeit des Kommandos nahm Cavaignac die Entlassung und wurde durch Burdeau ersetzt. Er gehörte zu einer seit kurzem gebildeten Gruppe, die sich die kolonialen Angelegenheiten vorzugsweise angelegen sein ließ. Aus dieser Gruppe gingen, gegen Schluß der Session, auch Nachforschungen über die Lage in Tongking aus. Der Abg. Bouge führte aus, daß von einer Beruhigung dieses Landes noch keine Rede sein könne, und wies auf den Überfall eines Militärtransports durch Piraten hin, worauf die Kammer am 12. Juli die Erwartung aussprach, daß die Regierung die Errichtung eines Kolonialheeres beschleunigen werde. Die Kammer beschäftigte sich endlich mit der Antisemitenfrage, nachdem der jüdische Hauptmann Mayer in Paris vom Antisemiten Marquis de Morès am 23. Juni im Zweikampfe erschossen war.

Mit der Höhe des Sommers hob für Frankreich eine Reihe von nationalen Festlichkeiten an, die durch die Erinnerung, denen die meisten gewidmet waren, und durch die dermalige Richtung der patriotischen Wünsche in weiten Kreisen das nationale Selbstgefühl schwungvoll erhöhten. Der Nationalfesttag des 14. Juli brachte in Paris zwar, wie gewöhnlich, außer einer großen Truppenschau des Präsidenten Carnot, Kundgebungen vor den Denkmälern Gambettas, der Jungfrau von Orleans und der Stadt Straßburg, er erhielt aber einen ganz besonderen Charakter durch die Verschmelzung der französischen mit den russischen Farben. Nicht nur waren die

Häuser mit den Fahnen dieser Länder geschmückt, sondern es wurden vom frühen Morgen an Kofarden verkauft, die links die drei französischen Farben, rechts den russischen Doppeladler auf gelbem Grunde zeigten. In den Bazars fanden ebenso eingerichtete Fahnen reißenden Absatz. Die Fuhrwerke aller Art waren auf diese Weise geschmückt, auf den Köpfen der Pferde sah man russische Fahnen. Auf den Straßen spielten die Musikkorps unausgesetzt die Marseillaise und die Russenhymne unter ungeheurer Begeisterung. An dieses Fest schloß sich am 15. Juli die Feier der vor hundert Jahren eingetretenen Vereinigung Savoyens mit Frankreich. Beim Festmahle in Paris hob der Kammerpräsident Floquet in einer Rede hervor, diese Länder hätten sich 1792 freiwillig vereinigt, seien dann gewaltsam getrennt worden, jetzt aber wieder vereinigt; bedeutungsvoll fügte er hinzu, die Erfahrung beweise, daß die Geschichte eine Revanche kenne, die man jedoch abzuwarten, vorzubereiten und zu verdienen verstehen müsse. Dieser eigentümlichen „Revanche der Geschichte“ gegenüber ist zu beachten, daß Savoyen in früheren Jahrhunderten niemals zu Frankreich gehört hat, vielmehr die Wiege der italienischen Königsfamilie bildet und 1860 an Frankreich abgetreten wurde als Preis für dessen im italienischen Befreiungskriege geleistete Dienste. Die hervorragendste Feier dieses Vorgangs von 1792 fand am 3. Sept. in Chambéry statt. Präsident Carnot wurde hier u. a. von sieben jungen Mädchen in der Tracht der früheren Kantone des Landes begrüßt. Am 4. September hielt er hier eine Truppenschau ab, empfing zahlreiche Geistliche, Gemeindevertreter und Arbeiter, die sämtlich ihre treue Anhänglichkeit an Frankreich und die Republik versicherten, und wohnte dann der Enthüllung eines den damaligen Vorgang verewigenden Denkmals bei. Dieses stellt ein rüstiges Landmädchen dar, das vom Gebirge herab, die dreifarbige Fahne in die Arme schließend, dem Heere der ersten Republik entgegenreilt. Beim Festmahle gab's wieder eine anzügliche Rede. Der Maire Perrier wies in seiner Rede darauf hin, daß nur Ländervereinigungen ewig dauern würden, welche wie diese von 1792 und 1860 freiwillig, unaufgefordert und einstimmig erfolgten, während gewaltsame Anschlüsse, ohne Befragen der Interessenten aufgezwungen, zerreißen würden, „wenn die Stunde der immanenten Gerechtigkeit schlägt“. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß die Vereinigung in beiden Fällen, 1860

trog der Komödie einer Abstimmung, nichts weniger als freiwillig war. Carnot erwiderte in einfacher Rede. Der wahre Patriotismus liege darin, daß die Parteien vor dem Willen der Nation die Waffen strecken müßten. An demselben Tage wurden noch andere amtliche Reden gehalten. Der Unterstaatssekretär Samais redete bei der Enthüllung eines Denkmals zu Perpignan zu Ehren eines Führers der Freiwilligenkorps von 1870. Diese Rede sowie eine Ansprache des Ministers Bourgeois in Royan waren von rosigem Betrachtungen über die Lage des Landes erfüllt. Die Republik sei mündig und triumphierend, ihre letzten Feinde entmutigt und entwaffnet, das Volk gerade durch sein Unglück groß geworden. Bei der in allen diesen Reden sich ausdrückenden Befriedigung war übrigens die drohend angewachsene sozialistische Gefahr übersehen. Auf der Rückreise traf Carnot in Aix=les=Bains mit dem Herzoge von Leuchtenberg und dem Könige von Griechenland zusammen. Bei der Begrüßung am Bahnhof trug ein russisch gekleidetes Bürschen dem Präsidenten ein Verschen vor, worauf Carnot es küßte mit den Worten: „Ich umarme Rußland!“ Nunmehr nahte die Reihe der Haupt=Gedenktage an die Revolution vor 100 Jahren. Begonnen hatte sie eigentlich schon am 25. April mit dem Jubelfest der Entstehung der Marseillaise, das durch Errichtung eines Denkmals für ihren Dichter Rouget de l'Isle im Städtchen Choisy=le=Roi gefeiert war. Der 10. August, der Tag der Erstürmung der Tuilerien, wurde durch eine Reihe von Banketten gefeiert. Die hervorragendste Rede war die des früheren Ministerpräsidenten Brisson. Er schilderte den 10. August als einen der schönsten Tage der Revolution, als den Tag des eigentlichen Patriotismus. Was die Geschichtsforscher erst später herausgebracht, nämlich daß der König und die Königin sich mit dem Auslande gegen Frankreich verschworen hätten, das habe das Volk damals nicht gewußt, „aber, was weit größer war, gefühlt“. Der patriotische Instinkt habe es sicher geleitet, und die Folge seien Siege im Felde sowie der Aufruf der Völker zur Freiheit gewesen. Der Gedenktag von Mars=la=Tour, der 16. August, gab wieder Anlaß zu Revanchereden. Der Zubrang zu dieser Feier in Paris war enorm. In seiner Rede vor dem Denkmal sagte Senator Bolland von Nancy: Dieser heilige Altar des Vaterlandes erhebt uns über uns selber und lenkt unsere

Blicke auch auf jenes große Datum der Zukunft, die noch nicht geschrieben ist, aber von der wir alles hoffen dürfen;" daran schloß sich ein Vergleich mit Vena, das, wie Bismarck gesagt, für Deutschland mehr gethan habe, als glänzende Siege. Die großen Septemberfestlichkeiten wurden eingeleitet durch die bei Montmorillon stattfindenden Manöver des 9. und 12. Armeekorps. Präsident Carnot, der am 15. September dabei erschien, hielt beim Bankett in Poitiers eine für das Land programmartige Rede. Davon ausgehend, daß die Republik endlich von allen Parteien endgültig anerkannt sei, wies der Präsident auf die Notwendigkeit hin, zu verhüten, daß die so gewonnene Einigkeit durch neue Zwietracht im Schoße der republikanischen Parteien selber gestört werde. Er ermahnte diese, von unnützen politischen Fragen abzusehen, ihre Kräfte nur den sozialen Aufgaben zu widmen, und sich mit denen zu beschäftigen, „welche arbeiten und leiden“. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß in jeder sozialen Frage zwei sich widersprechende Elemente, die persönliche Freiheit und die gesellschaftliche Solidarität, miteinander zu versöhnen seien. Nachdrücklich warnte Carnot vor dem Fanatismus nach der einen oder anderen Seite, der nur zur Gewaltthat, mithin zur Zerstörung des bisher mühsam Gewonnenen führen könne. Was den in der Ansprache des Maire berührten Wunsch nach einer längeren Fortdauer von Carnots Regierung betrifft, so ging er insofern darauf ein, als er sagte, er wolle, unter Ausschließung des rein Persönlichen, den allgemeinen patriotischen Gedanken, von dem dieser Wunsch ausgehe, festhalten. Die eigentliche Jahrhundertfeier der Revolution fand am 22. September statt. Zur Vorfeier wurde in Paris am 21. die Bildsäule des Generals Kellermann in Paris enthüllt und die Erinnerung an die Tage der Schlacht bei Valmy wurden mit großem Pomp gefeiert. Das Pantheon war die Hauptstätte der Feier am 22. Der Dom war im Innern und Außern mit Blumen, Trophäen und Fahnen geschmückt. Carnot, die Präsidenten der Kammern, die Minister und andere hohe Beamte nahmen auf einer Bühne Platz, davor 4000 Personen. Bei Ankunft Carnots spielten die Orchester die Marseillaise und die Chöre sangen: „Amour sacré de la patrie, conduis, soutiens nos bras vengeurs“. Drei Reden wurden gehalten. Ministerpräsident Loubet wies auf die Zustände hin, aus denen die Republik hervorgegangen sei. Sie allein könne Frankreich

die nötige Kraft verleihen, um über seine Feinde zu triumphieren. Die Republik sei und bleibe ein Werk der Wiederaufrichtung und des Friedens. Kammerpräsident Floquet feierte in begeisterten Worten die Revolution. Die jetzige Republik habe die nationale Kraft wiederhergestellt und werde durch den Sieg des Rechts über die Gewalt die Hoffnung auf Brüderlichkeit unter den Nationen eröffnen. Der erste Vizepräsident des Senats, Challemel-Lacour verherrlichte besonders den Tag des 22. September 1792. Darauf wurde der „Chant du départ“ vorgetragen, dessen kriegerische Worte ungemein zündeten. Unter den Klängen der Marseillaise verließ man das Pantheon. Als hier Admiral Gervais erschien, erschollen Hochrufe auf Rußland. Nun setzten sich nach verschiedenen Gegenden der Stadt zwei Festzüge in Bewegung, deren jeder aus sechs Wagen und 2000 kostümierten Personen bestand. An der Spitze befanden sich Reiter in der Uniform des 18. Jahrhunderts. Ihnen folgte der Wagen mit den Vorläufern der Revolution, 90 Personen. Auf einer Terrasse darunter wurden lebende Bilder dargestellt, z. B. Washington, wie er Lafayette die Hand reicht. An der Spitze des Wagens der Marseillaise stand die Republik mit einem Lorbeerkranz in der Hand, zu ihren Füßen Bürger und Soldaten in der Jakobinermütze gruppiert. Hinter diesem Wagen erschienen die Freiwilligen der Republik, dann die Armee von Valmy in zerlumpten Anzügen und mit bloßen Füßen. Der höchste Wagen war der des „Chant du départ“, ein Triumphbogen; er bedeckte zwölf Quadratmeter und hatte eine Höhe von acht Metern; er wurde von 20 Pferden gezogen, und auf ihm befanden sich 72 Personen, gekleidet wie Volk und Soldaten von 1794. Die Statue der Republik machte während der Fahrt bedenkliche Schwankungen, auch die Statuen Rousseaus und Voltaires wären beim Anziehen der Pferde beinahe gestürzt. Beschlossen wurde der Zug durch den idyllischen Wagen der Eintracht, hinter dem eine dreifache Reihe von Polizisten die Figurantinnen gegen allzu große Vertraulichkeiten des Publikums schützten. Die Züge hielten auf ihrem Marsch fünfmal, wobei jeder Wagen die ihm zugewiesene Rolle zu spielen hatte. Am 8. Oktober gab's wieder Festlichkeiten in Lille zur Jahrhundertfeier der siegreichen Verteidigung dieser Stadt gegen die Oesterreicher. Neben allen diesen verschiedenartigen Festen zog sich seit Juli eine Reihe von Kundgebungen für Rußland hin, die in gleicher Weise wie jene zur Hebung des patriotischen Selbst-

bewußtseins beitragen. Im Juli setzte ein parlamentarischer Ausschuß eine Bewegung für Unterstützung der Nothleidenden in Rußland in Gang. Vom 13. bis 21. August wurde im Tuileriengarten ein russisch-französisches Fest gefeiert. Es wurde hier der „rothe Platz“ in Moskau, die Messe von Nischni-Nowgorod, ein russisches Dorf, das Eremitagetheater von Petersburg und dergleichen veranschaulicht. Daneben allerlei Buden, Tanz- und Schlittschuhlaufjälle. Anfangs September erfuhr man, daß der Botschafter in London, Waddington, in einer Rede keinen Zweifel gelassen habe über das Bestehen eines, wenn auch nicht schriftlichen Bündnisses mit Rußland. Dieselbe Behauptung trat ein paar Wochen später mit großer Bestimmtheit in einigen Pariser Blättern auf. Vielleicht waren dies Nachklänge von Besprechungen, welche französische Minister, bei Gelegenheit von Carnots Reise im Süden, mit dem in Aix-les-Bains zur Kur weilenden russischen Minister v. Giers gehabt hatten. Kleinere Kundgebungen für Rußland kamen hier und dort vor, so wurden z. B. die russischen Offiziere, welche den französischen Manövern an der deutschen Grenze anwohnen wollten, am 6. September in Toul ganz besonders geehrt. Nicht sehr verschieden von dieser Stimmung war die, welche dem Feste zu grunde lag, das der „Bund der elsassischen und lothringischen Gesellschaften“ am 23. Oktober in Paris beging. Der Festsaal trug die Inschrift: „Die Zurückforderung unserer Rechte steht immer allen und jedem offen.“ Es wurden hier viele Reden gehalten und u. a. der famose Sergeant Hoff vorgestellt, der während der Belagerung von Paris hundert Preußen niedergeschossen zu haben behauptet.

Wie sehr die Sache der Republik gegenüber ihren Gegnern im Innern gewonnen hatte, zeigte sich vor allem an den Monarchisten selber. Nach den Neuwahlen zu den Generalräten, die am 1. August stattfanden, hatten von den 87 Generalräten nur noch drei monarchistische Vorstände. Der ziemlich vergessene Prätendent Don Carlos teilte am 5. August seinem Vertreter in Paris, dem Prinzen Valori, mit, daß er unter den obwaltenden Umständen keines Vertreters in Frankreich mehr bedürfe. Valori wandte sich dann in einer Rede zu Chusclan gegen die Berechtigung des Papstes, den Katholiken die Republik anzuraten. Der royalistische Abgeordnete Marquis de Breteuil legte sein Mandat nieder, weil, wie er in einem Schreiben

an die Wähler sagte, der Papst den Royalisten das Vertrauen entzogen, dadurch eine Störung in die konservative Partei gebracht habe, und der übergehende Parteiteil neue Männer verlange. Für den festbleibenden Teil stellte am 26. September Graf d'Haussonville in einer Rede zu Montauban ein Programm auf: Der Papst habe den Royalisten unmöglich befehlen wollen, auf die Hoffnung einer Wiederherstellung der Monarchie zu verzichten. „Der heilige Stuhl kann nicht daran gedacht haben, eine neue Sünde, die Sünde der monarchischen Gesinnung zu schaffen“, die Monarchie sei „unausrottbar“ in Frankreich; deshalb könnten die Royalisten mit den zur Republik übergegangenen Katholiken in zeitweiligem Einvernehmen bei den nächsten Wahlen gehen. Dieser bemäntelte Übergang wurde vom Grafen von Paris ausdrücklich genehmigt. Eigentümlich stellte sich der Prätendent Viktor Napoleon. Auch er begriff, daß vorläufig für monarchistische Prätendenten in Frankreich nichts mehr zu hoffen ist, und verwandelte sich flugs in einen republikanischen Prätendenten. In einer Versammlung zu Rouen ließ er durch den Baron Legoux seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik anzeigen und am 21. September behandelte er in einem „Manifest“ den Satz, daß nur die beiden Kaiser Napoleon den Grundsatz der Volksoberhoheit zur allgemeinen Geltung gebracht hätten. Wichtiger war es, daß Baron de Mackau, der bisherige Führer der Rechten in der Kammer, in einer Rede zu Carrouges seinen vollen vorbehaltlosen Übergang zur Republik erklärte.

Noch während in amtlichen Reden und in Festen eine hohe Befriedigung über die Lage des Landes sich kundgab, trat jedoch eine bedenkliche Kehrseite derselben grell zu Tage. Die in der Arbeiterwelt zur Herrschaft gelangte sozialistische Strömung begann auf dem öffentlichen Gebiete sich in einer für das Ansehen der Regierung bedrohlichen Weise geltend zu machen. Die Grubenbevölkerung von Carmaux im Tarn-Departement hatte einen sozialistischen Gemeinderat und dieser den Grubenarbeiter Calvignac zum Bürgermeister gewählt. Dieser vernachlässigte infolgedessen seine Arbeiterpflichten und wurde deshalb vom Grubenvorstand entlassen. Seine Kameraden faßten dies als Rache für die Wahl des Gemeinderats, mithin als Verletzung des allgemeinen Stimmrechts auf und verlangten Calvignacs Wiederaufnahme sowie die Entlassung des Grubendirektors Humblot.

Auf die Ablehnung dieser Forderungen stürmten am 15. August mehrere Tausend Arbeiter das Haus des Direktors, der nur durch Unterzeichnung seines Entlassungsgefuchs sein Leben retten konnte, und begaben sich dann ans Plündern. Daran schloß sich ein allgemeiner Streik der Grubenarbeiter. Die sozialistischen Abgeordneten leiteten ihn und sorgten eifrig für seine Fortdauer. Welcher Geist hierdurch in weiteren Arbeiterkreisen entstand, zeigte sich auf dem Kongreß, den die sozialistischen Gemeinderäte vom 11.—13. September in Saint Duen hielten. Er verband mit seinen Ermunterungen zur Fortsetzung des Ausstandes grobe Verspottungen des Ansehens der Regierung. Dieser kam es in ihrer Verlegenheit nur auf rasche Herstellung des Friedens an. Der Arbeitsminister Biette machte daher Vorschläge zur Versöhnung, mutete damit jedoch der Grubenverwaltung so starke Stücke zu, daß sie unbedingt ablehnte. Dies veranlaßte wiederum die Vertreter der Ausständigen zum Aufruf, kühn in der Entschlossenheit zu verharren und alle reaktionären Manöver zu verachten, sollte auch der Streik Monate dauern. Die Erbitterung der Arbeiter stieg noch durch die Verurteilung von Kameraden wegen jener Plünderung, vor allem aber durch die unsichere Haltung der Regierung. Diese fing, als die Lage um Mitte Oktober ernste Formen annahm, damit an, Truppen nach Carmaux zu schicken, aber gleich darauf erlaubte sie den Ausständigen, angesichts dieser Truppen den Ausstand den Arbeitern, die ihn nicht wollten, aufzuzwingen. Dann gab ihnen der Ministerpräsident Loubet einen noch stärkeren Beweis seiner Teilnahme, indem er ankündigen ließ, er werde ein Gesetz einbringen, das dem Staate erlaube, zu ihren Gunsten gegen die Grubengesellschaft einzuschreiten. Plötzlich aber blies der Wind aus einer anderen Ecke; die Regierung ließ den Arbeitern, die ihr schon fast Glauben geschenkt hatten, die Kundgebungen verbieten, die sie zwei Monate gestattet hatte. Nun begannen die Anarchisten sich einzumischen. Unter dem Rufe: „Nieder das Vaterland!“ nahmen sie am 23. Oktober in einer Versammlung zu Paris Partei für die Ausständigen von Carmaux. Nunmehr fällt Loubet einen salomonischen Schiedsspruch: Calvignac wird als Arbeiter wieder angenommen, erhält aber für die Dauer seiner Amtsthätigkeit als Maire Urlaub, die Gesellschaft nimmt alle streikenden Arbeiter außer den gerichtlich verurteilten wieder in Arbeit und der Direktor

bleibt in seiner Stellung. Obwohl der Spruch sehr günstig für die Ausständigen war, lehnte deren Komitee ihn ab, allein der Abgeordnete Clemenceau begab sich nach Carmaux und bewog die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, erkaufte dies jedoch durch Erklärungen, die ihn als Schmeichler der dortigen Demagogen erscheinen ließen. Es schien hieraus hervorzugehen, daß die äußerste Linke der Kammer, wenn sie bei den künftigen Wahlen wieder auf die Stimmen der Arbeiterpartei Anspruch machen will, sich deren revolutionärem Programm fügen muß. Die Arbeiter in Carmaux sahen sich als die Sieger an und feierten dies am 6. November unter reichlicher Anwendung roter Abzeichen. Die Ruhe war allerdings hergestellt, aber in einer Weise, welche die sozialistischen Gemeinderäte in Roubaix, Wattrelos und anderen Orten jeden Augenblick zur Nachahmung des Beispiels veranlassen konnte. Blätter wie der Pariser „Matin“ meinten, nach all diesen Vorgängen höre der Begriff der Regierung auf, man müsse die Anarchie für eröffnet erklären. Zum Überfluß wurden am 2. November zehn der verurteilten Plünderer begnadigt. Sechs Tage später zeigte sich recht deutlich, welcher Art die durch die Schwächen der Regierung erreichte Versöhnlichkeit war: im Gebäude der Bergwerksgesellschaft von Carmaux, in der Rue des bons enfants zu Paris, wurde eine Dynamitbombe gefunden, die, nachdem sie in ein Polizeibureau gebracht war, infolge eines im Innern befindlichen Uhrwerks explodierte und vier Beamte tötete. Die Bevölkerung von Paris wurde dadurch aufs neue in großen Schrecken versetzt. Ravachols Hinrichtung zu Montbrison am 11. Juli hatte offenbar nicht abschreckend gewirkt. Die Arbeiter von Carmaux sprachen übrigens ihren Abscheu aus gegen diese Ausnutzung der Vorgänge durch Anarchisten. Der sechste Kongreß der französischen Sozialrevolutionäre, der vom 24.—28. September in Marseille tagte, war von der Partei als ein wichtiges Ereignis angekündigt, es kam aber nur zu langen Reden über den glücklichen Zustand, der unter Umständen in der Welt herrschen könnte. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Liebknecht gab hier auf eine Anfrage die Erklärung ab, daß weder ein Krieg noch die Rückgabe des deutschen Reichslandes „die elsass-lothringensche Frage“ beenden würde, sondern nur ein Sieg des Sozialismus in beiden Ländern.

Die Session der Kammern wurde am 18. Oktober wieder eröffnet. Ministerpräsident Loubet rückte nunmehr mit einem Gesetze wider die Anarchie hervor, das jedoch lediglich in einem Zusatz zum Preßgesetze von 1881 bestand. Es sollte nämlich die Präventivhaft gegen die Urheber von Aufreizungen durch Wort und Schrift sowie die sofortige Beschlagnahme der Blätter und Plakate gestattet sein. Da Loubet die baldige Beratung in der Kammer nur durch Stellung der Vertrauensfrage durchgesetzt hatte, glaubte man an heftige Opposition, aber bei der Verhandlung vom 17. November riefen einige patriotische Wendungen Loubets langanhaltendes Entzücken hervor, ebenso sein Ausspruch: „Setzt gilt es, noch etwas für die Arbeiter zu thun, sie vor Verführung zu bewahren, daher dieser Gesezentwurf.“ Am 19. November wurde er genehmigt.

Die durch die Vorgänge auf sozialem Gebiete gedrückte Stimmung wurde durch die Nachrichten aus Afrika wieder etwas belebt. Oberst Dodds, der den Befehl über die Streitkräfte gegen Dahomeh übernommen, hatte am 19. Juni an Abgesandte des Königs Behanzin eine heftige Ansprache gehalten, alle Verhandlungen mit dem Bemerken abgebrochen, Frankreich werde sich nicht noch einmal täuschen lassen, und dabei die auffallende Wendung gebraucht, der König möge nur seine Absicht, alle Europäer in Weidah töten zu lassen, ohne Aufschub ausführen. Es waren dies nämlich nur Deutsche, da die übrigen Bewohner den Ort wegen seiner Beschickung verlassen hatten. Nachdem sich die verheerenden Einfälle Behanzins bis zum 5. August fortgesetzt hatten, brach Dodds mit allen Streitkräften am 7. September nach Abomeh, dem Sitz des Königs, auf. Die Dahomeher leisteten entschlossenen Widerstand und wurden darin durch die Terrainverhältnisse außerordentlich unterstützt. Die Franzosen rückten längs des Hauptflusses des Landes, am Yeme vor, wurden aber durch viele Wasserläufe, Wälder und Moräste gehindert. Am 19. September kam es zu einem heftigen Kampfe, in dem die Kerntruppen von Dahomeh eine völlige Niederlage erlitten. Behanzin bot noch einmal alle seine Kräfte auf, aber auch die 10000 Mann mit 10 Hinterladergeschützen, die er am 4. Oktober bei Boguessa aufstellte, wurden gänzlich in die Flucht geschlagen. Beim weiteren Vorrücken hatte Dodds gegen Anfang des November noch eine Reihe schwerer Kämpfe zu bestehen, bis endlich der Widerstand als

gebrochen galt. Dieser Nachricht hatte man übrigens in Paris mit einiger Bangigkeit entgegengesehen und besonders den Rückschlag eines übeln Ausgangs auf die Lage im Innern befürchtet. Ende November war man aber darüber beruhigt, Dodds wurde zum General und Großoffizier der Ehrenlegion befördert, die Kammern sprachen ihm Dank aus und genehmigten die Prägung einer Erinnerungsmedaille, der Marineminister bezeichnete die Einnahme Abomehs als einen entscheidenden Schlag, welcher das auf Sklaverei und Menschenopfer gegründete Königreich öffne.

Die durch solche Vorgänge in der Ferne endlich eingetretene Aufmunterung der allgemeinen Stimmung vermochte jedoch nicht vorzuhalten gegenüber einer dunklen Wolke, die über Frankreich allmählich heraufzog. Die Aktionäre der 1887 gegründeten Panama-Kanal-Gesellschaft hatten bis 1890 immer glänzende Berichte über den Fortgang des Unternehmens erhalten und wurden dann plötzlich überrascht durch die Mitteilung, daß aus Mangel an Mitteln die Arbeiten eingestellt werden mußten, nachdem kaum für die ebenen Strecken gegen 1400 Millionen verausgabt waren. Daher kam es 1890 zur gerichtlichen Bestellung eines Liquidators. Aus dessen Prüfung der Vermögenslage der Gesellschaft ergab sich, daß bis dahin die Einnahme rund 1330, die Ausgaben 1314 Millionen betragen hatten und daß die Arbeiten mit dem Rest von 16 Millionen nicht fortgesetzt werden könnten. Die Entrüstung stieg durch den weiteren Bericht, daß sich unter den Ausgaben 530 Millionen für Verwaltung, Studien, Versammlungen, Reisen fanden, daß ferner viele Millionen für die günstigen Berichte in der französischen Presse gezahlt seien und daß für die in Panama verausgabten 783 Millionen verhältnismäßig wenig geleistet war. Eine unparteiische Untersuchung des technischen Standes der Sache hatte ferner ergeben, daß für die Vollenbung des Kanals wenigstens noch 800 Millionen nötig seien; alle Versuche zur Herbeischaffung weiterer Mittel scheiterten jedoch, weil das Vertrauen geschwunden war. Dagegen erhob sich immer dringender der Ruf nach gerichtlicher Verfolgung der Unternehmer. Die Regierung wollte lange nicht an die Sache rühren und hatte deshalb die ihr im vorigen Winter von der Kammer überwiesene Bittschrift der Aktionäre nicht beantwortet. Diese wandten sich nun aber aufs neue, und zwar in Zahl von mehr als 100000, an die

Kammer, und Interpellationen war nicht auszuweichen. Im Minister-
rat bestand über die Behandlung der Angelegenheit längere Zeit
Zwist, da der kleinere Teil, worunter der Justizminister Ricard, in
Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, die gerichtliche Ver-
folgung der Gründer verlangte, während der andere Teil, um Skandal
zu vermeiden und um den großen Franzosen, den 87jährigen
de Lesseps, zu schonen, die Untersuchung niedergeschlagen wissen wollte.
Der Bericht der Sachverständigen vom 10. Oktober verlangte jedoch
dessen gerichtliche Verfolgung, und die Deputiertenkammer verlangte
am 12. November die Aufhebung der vom Strafgesetzbuch vorgeschrie-
benen ausnahmsweisen Gerichtsbarkeit der Großkreuze der Ehrenlegion,
zu denen Lesseps gehört. Nun war der Schwerpunkt der Angelegenheit
in die Deputiertenkammer verlegt. Am 21. November wurde hier vom
Abgeordneten Montaut die Kostenfreiheit von Klagen der Besitzer von
Panama-Papieren beantragt. Damit waren die Schleusen für eine
Schmutzwelle eröffnet, die sich über die Abgeordneten selbst ergoß.
Der Abgeordnete Delahaye forderte die Kammern zu einem „Werke
der öffentlichen Keinlichkeit“, zur Einsetzung eines Ausschusses auf,
der eine Reihe von Thatfachen prüfen sollte, die Redner angab und
zum Teil in Aussicht stellte. In der Wilsonsache, sagte er, habe es
sich 1887 bloß um ein einzelnes Anzeichen der Fäulnis gehandelt,
welche die regierende Klasse zerfresse, in der Panamasache dagegen
handle es sich um diese Fäulnis selbst, um die Beuteverteilung am
lichten Tage. An der Spitze des Panama-Unternehmens ständen
Boulangisten; die Losanleihe habe nur mit Hilfe eines Finanz-
mannes durchgedrückt werden können, der alle käuflichen Parlamentarier-
gewissen gekannt habe; an 150 Parlamentarier seien 3 Millionen
verteilt worden; „Panama“ habe für die Wahlen im Norddepartement
300 000, einem jetzt nicht mehr lebenden Minister 400 000 Francs
gezahlt. Der Ministerpräsident Loubet sprach sich unter dem Ein-
druck dieser schweren Behauptungen für die Untersuchung aus und
fügte hinzu: „Ich habe nichts zu verbergen.“ Nun kam noch ein
anderer Abgeordneter, Leprevost-Delaunay und setzte Delahayes
Angaben fort. Zwei Banken, die er nannte, hätten der Panama-
Gesellschaft 60 Millionen gegen 85% Zinsen geliehen; Lesseps sei
nicht der Schuldigste, vielmehr habe die Presse am schwersten ge-
sündigt; „alle Finanzberichte der Blätter waren erkaufte, das

französische Volk konnte also die Wahrheit nicht erfahren;“ die Eigentümer der Zeitungen mußten entlarvt und sittlich gebrandmarkt werden. Die „Panama-Kommission“ wurde hierauf gewählt, erhob Brisson zum Vorsitzenden und vernahm eine Reihe von Personen. In der Presse wurden die in der Kammer gemachten Angaben durch Belastung und Verdächtigung hervorragender Personen fortgesetzt. Da es auf der Hand lag, daß bei der parlamentarischen Untersuchung nicht viel herauskommen könne, so wurde am 26. November beantragt, der Kommission die Befugnisse der richterlichen Gewalt beizulegen, die Kammer lehnte es jedoch ab, weil hierdurch ein wahrhaft revolutionärer Zustand geschaffen würde. Inzwischen hatte der Justizminister der Unschlüssigkeit des Ministerrats durch eine Art von Staatsstreich ein Ende gemacht, indem er ohne dessen vorherige Genehmigung die strafrechtliche Verfolgung der Gründer auf Grund eines Berichts des Generalprokurators anordnete. Als nun das Gerücht Glauben fand, daß der am 20. November in Paris verstorbene Bankier v. Reinach durch Selbstmord geendet habe, wurde er allgemein als der Vermittler behufs Bestechung von Abgeordneten aus den „Panama“-Mitteln bezeichnet. Unter diesem Eindruck sprach am 28. November die Kammer, auf Brissons Antrag, ihr Bedauern aus, daß der Justizminister Ricard die Öffnung der Leiche Reinachs und die Beschlagnahme seiner Papiere nicht angeordnet habe. Dies versetzte den Ministerpräsidenten Loubet in die größte Aufregung. Er sagte: „Wenn Sie sich einbilden, daß man so regieren kann, dann regieren Sie mal selber, ich habe Ihnen nichts mehr zu sagen.“ Die Kammer war einen Augenblick starr und stumm, dann machte die Verblüffung einer Aufregung Platz, und hundert Rufe kreuzten sich. Das ärgerte Loubet, und ohne aufzustehen rief er mit Donnerstimme, die Regierung weise die von Brisson beantragte (und von anderer Seite zu einer Vertrauenserklärung umgestaltete) Tagesordnung zurück, mit dem Bemerkten: „Alle unsere Absichten und Handlungen sind von früh bis spät verdächtigt, ich werde jeden Augenblick von der Rechten und der Linken unterbrochen; unter solchen Verhältnissen ist keine Regierung möglich, regiere wer will, ich nicht!“ Daraufhin entschloß sich die Kammer, das Ministerium zu stürzen. Sie lehnte mit 304 gegen 209 Stimmen die von ihm verlangte einfache Tagesordnung ab, und das Ministerium

Loubet hat nach gerade neunmonatlicher Dauer um Entlassung. Briſſon erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, scheiterte jedoch damit am 2. Dezember, weil Perier und Bourgeois, die hauptsächlich zur Mitwirkung berufen erschienen, auf dem Boden der Gefeslichkeit bleiben, zur Verwirrung der Gewalten, zu einer Zurücksetzung der Justiz gegen die parlamentarische Kommission nicht beitragen wollten. Die Justiz selbst sträubte sich gegen ihre Verdrängung. Der Präsident des Appellhofes sowie der Generalprokurator stellten ihre Entlassung in Aussicht, falls der Justizminister ihnen die Auslieferung der Panama-Akten an jene Kommission zumuten sollte. Inzwischen war diese bereits thätig gewesen. Sie hatte herausgebracht, daß die Presse allein 20 Millionen der Panamagelder verschlungen, daß Reinach neun Millionen erhalten und vier Millionen bei der Bank von Frankreich zu gunsten des Spekulationshauses Thierrée eingezahlt seien, das dafür 27 Checks Reinachs honoriert hatte. Nun fühlte sich die Kommission wieder geniert, da ihr keine Macht zustand, die Namen dieser Empfänger zu ermitteln. Infolgedessen wurde die ganze Lage durch einen gewissen Streit zwischen Justiz und Parlamentskommission beherrscht. Nachdem die Kammer in ihrer Erregung unterlassen hatte, diese nur auf die das Parlament angehenden Thatfachen zu beschränken, war es indes immer noch Zeit, der Justiz die eigentliche Aufgabe zuzuwenden. Dies wurde denn auch durch das neue Ministerium unternommen, das sich am 8. Dezember der Kammer vorstellte.

Das Ministerium Ribot bestand fast aus denselben Mitgliedern wie das zurückgetretene Ministerium Loubet. Die Änderung bestand nur darin, daß an die Stelle des Handelsministers Roche der Elsäßer Siegfried trat und daß Bourgeois an Stelle Ricards die Justiz übernahm, indem er das Unterrichtsressort an den Universitätsprofessor Dupuy abgab. In der Erklärung Ribots vor den Kammern war versichert, die Regierung wünsche das Parlament und die Gerichte zu unterstützen, um Licht in die Panamafache zu bringen, und sie werde den Grundsätzen der Trennung der öffentlichen Gewalten treu bleiben; die Fehler einzelner dürften nicht das öffentliche Leben zum Stillstand bringen; gefährlich sei es, das Ohr allzu leicht Angebereien zu leihen, die bezweckten, der öffentlichen Meinung Schlingen zu legen. Aber nur wenige Tage vergingen, und die stolze Erklärung

fanf in sich zusammen. Der Justizminister Bourgeois gab am 12. Dezember in der Kammer auf Lacombes Anfrage das Geständnis ab, daß er der Parlamentskommission die Panama-Akten nun doch habe ausliefern lassen, ein Vorgang, durch welchen der auf den 10. Januar ange setzte Prozeß erschwert ward. Noch Schwereres aber war dem Ministerium Ribot vorbehalten: ein Vorgehen gegen seine eigenen Mitglieder. Der Finanzminister Rouvier kam dem zuvor indem er am 13. Dezember zurücktrat. In der Kammer erläuterte er dies mit der Erklärung, er könne sich nun freier wider die Angriffe der Presse verteidigen. Zugleich teilte er mit, daß er, wie jeder Finanzminister, mit Finanzmännern, insbesondere mit Reinach Beziehungen unterhalten habe; seinen Deputiertenplatz nehme er jedoch „mit erhobene m Haupt und ruhigem Gewissen“ wieder ein. An seine Stelle als Finanzminister trat der Senator Tirard, der schon zehnmal Minister gewesen war.

Diesen Zeitpunkt hielten die konventslustigen Elemente geeignet zu einem neuen Versuche, der Parlamentskommission weitere Befugnisse zu verschaffen. Ein hierauf gehender Antrag Pourquérès in der Kammer veranlaßte jedoch am 15. Dezember den Justizminister Bourgeois, sich dem mit aller Kraft zu widersetzen. Er mahnte die republikanische Partei, zu bedenken, daß sie in dieser Frage ihre Stimme über die Zukunft der Republik abgebe, denn gegen diese richte sich der Kampf, nicht gegen einzelne. Die Pflichten der Anhänger der Republik ließen sich in die Worte zusammenfassen: kaltes Blut und festes Zusammenhalten. Ribot fügte hinzu, er werde nicht zulassen, daß das Ansehen der Republik geschwächt werde; hinter der zur Schau getragenen tugendhaften Entrüstung verberge sich ein ganzer Aktionsplan, das Ziel der Angriffe sei im Grunde die Republik selbst. Unter großer Erregung wurde dann der Antrag mit 271 gegen 265, also mit bloß 6 Stimmen Mehrheit, abgelehnt. Der Befehl vom 16. Dezember, die gerichtliche Untersuchung gegen die Beamten der Panamagesellschaft wegen Bestechung öffentlicher Beamten einzuleiten, sowie die Verhaftung von Ch. Lefpès, Fontane und Sansleroy machten guten Eindruck, die kaum begonnene Energie der Regierung wurde aber am 20. Dezember bereits wieder gelähmt durch die Kammerverhandlungen über das Ersuchen des Generalprokurators um Aufhebung der Unverfolgbarkeit von fünf Senatoren

und fünf Abgeordneten, die früher Minister waren. Als der Antrag, dies zu genehmigen, gestellt war, erklärte Rouvier, ein Geständnis preisgeben zu müssen, das unter gewöhnlichen Umständen wohl jeder Minister bewahren werde: zwecks Füllung der Geheimfondskasse habe er als Minister zur Verteidigung der Republik Gelder von der Panamagesellschaft angenommen; und als einige Abgeordnete sich dagegen erhoben, fügte er hinzu: „Hätte ich das Geld nicht genommen, so wären Sie nicht gewählt.“ Diese Geständnisse machten in und außer der Kammer niederschmetternden Eindruck und schädigten offenbar die Republik. Angriffe Deroulèdes, die sich daran schlossen, schienen auch den Kammerpräsidenten Floquet sowie Clemenceau bloßzustellen. Der Senat überlieferte darauf dem Richter die Senatoren Béral, Devès, Grévy, Thévenet und Renault, die Kammer überlieferte Rouvier, Arène, Proust, Roche und Dugué de la Fauconnerie. Im Augenblick nach der Abstimmung ließ eine Stimme den an die Zeit des Konvents erinnernden Ruf ertönen: „Der erste Karren!“ Daran schloß sich würdig am 23. Dezember eine gewisse Selbstanklage des Kammerpräsidenten Floquet, der auf Angriffe Millevoyes erklärte, er habe es als Ministerpräsident für seine Pflicht gehalten, die von der Panamagesellschaft beschlossene „Verteilung“ eines bestimmten Betrags an die Presse zu „beaufsichtigen“. Darüber fällte der Abg. Debernis das Urteil mit den Worten: „Wenn eine ungeheure Gaunerei begangen wird, ist es Aufgabe der Regierung, nicht an dem Raube teilzunehmen, sondern ihn zu verhindern, Sie aber haben gestanden, daß das Geld der Panamaopfer dazu gedient hat, die Regierungspolitik zu unterstützen.“ Die Kammer sprach der Regierung wieder ihr Vertrauen aus, zeigte dann aber keine Lust mehr zu weiteren Beratungen vor dem Weihnachtsfest und ging, nachdem sie den Handelsvertrag mit der Schweiz rasch abgelehnt und so einen Zollkrieg heraufbeschworen hatte, am 24. Dezember in die Ferien. In der parlamentarischen Kommission hatte am 19. Dezember eine Aussage des früheren Polizeipräsidenten von Paris, Andrieux, Aufsehen erregt, wonach eine sehr einflußreiche Persönlichkeit eine bedeutende Summe erhalten habe. Es wurde dann beschloffen, den Abg. Guyot darüber zu vernehmen, ob der Präsident der Republik die Liste der in die Panamafache verwickelten Personen gefannt habe, bevor er deren einige zu Ministern ernannte.

Das im Oktober vorgelegte Budget für 1893 wies 3348 158 622 Fr. Ausgaben und 467 134 Fr. Überschuf auf. Die Ausgaben für das Kriegsbudget betragen nach den Abstrichen des Ausschusses noch 634 610 131 Fr. Zu gleichem Zweck sind von 1871—93 ausgegeben 15368 Millionen Fr. Ein Gesetzentwurf wegen Unterstellung des Kolonialheeres unter das Kriegsministerium wurde am 16. November vom Senat abgelehnt. Ein am 24. November vorgelegter Gesetzentwurf wegen Feststellung der Kadres und der Effectivbestände des Heeres kam nicht mehr zur Beratung.

Bezüglich der militärischen Verhältnisse überhaupt war das fortschreitende Minderergebnis der Rekrutierung bemerkenswert. Schon 1891 lieferte sie 6581 Mann weniger; für 1892 fehlten 12483 Mann. Die Ergebnisse der großen Manöver des 9. und 12. Armee-corps wurden zwar in Freycinets Rede zu Montmorillon am 15. September als sehr bedeutend geschildert, danach aber brachten französische Stimmen zur Sprache, daß hier die „régiments mixtes“ in keiner Weise den nötigen festen Zusammenhalt und Grad militärischer Ausbildung gezeigt hätten. Der dreitägige Marsch bis in das Manövergebiet hätte sie so sehr ermüdet, daß es nicht geraten schien, ihnen eine aktive Rolle anzuweisen; sie dienten nur als Staffage. Im August fanden großartige Flottenmanöver statt, um festzustellen, ob die Küstenstädte gegen Beschießung genügend gesichert seien. Die Manöver fielen zwar zur hohen Befriedigung der Presse aus, aber der frühere Minister Lockroy wies darauf hin, daß die Manöver keineswegs die Unmöglichkeit einer Einschüerung der offenen Städte, wie Havre, Marseille, Nizza bewiesen hätten. Vom Plan eines Ausbaues des Hafens von Biserta in Tunisien kam man ab, nachdem die italienische Presse erklärt hatte, daß dies gegen die völkerrechtlichen Pflichten verstoße.

An den Kolonien hatte Frankreich in diesem Jahre nicht viel Freude. Im Gebiete von Tunis zeigte sich der Beginn einer Opposition der arabischen Bevölkerung gegen die französische Herrschaft. Das Blatt „Messager arabe“ wurde unterdrückt und erschien dann unter anderem Titel mit einem Aufruf an die Araber zum Erwachen. Auf Madagaskar blieben die Beziehungen des französischen Ministerresidenten zur Howas-Regierung abgebrochen; sein amtlicher Empfang wurde verweigert. Dagegen ließ die französische Regierung im August die

Isles glorieuses im Kanal von Mozambique besetzen. Das Schutzgebiet Tongkin litt sehr unter dem Räuberwesen. Der Überfall eines Militärtransports im Juni ließ die französische Herrschaft als nicht fest begründet erscheinen.

Aus der französischen Totenliste erwähnen wir folgende Personen: Erzbischof Thibaudier von Cambrai starb am 10. Januar an der Influenza. Am 5. März erlag der 80jährige Vizeadmiral Jurien de la Gravière einer langen Krankheit. Er befehligte 1862 das Expeditionskorps nach Mexiko. Am 6. März starb der 79jährige Senator Martel, der 1877 Justizminister im Ministerium J. Simons war. Am demselben Tage starb in Paris der 80jährige Chemiker Etienne Arago, der 1870 einige Monate das Bürgermeisteramt von Paris bekleidete. In Nîmes starb am 19. Mai der 58jährige Senator Numa Baragnon, bekannt als eifriger Anhänger des Grafen Chambord und Unterstaatssekretär unter Mac Mahon. Am 20. Mai starb General Laveaucoupet, der 1870 bei Spichern dem General Steinmetz heftigen Widerstand leistete. Am 26. Mai starb in Chalon Madier de Montjau, Abgeordneter für Drome, der sich 1851 dem Staatsstreich widersetzt und 1889 die schärfsten Mittel gegen den Boulangismus verlangt hatte. Der ehemalige Vizepräsident der Kammer, Anatole de la Forge, nach Grévy's Sturz Kandidat für die Präsidentschaft der Republik, endete am 17. Juni durch Selbstmord. Der Senator Teisserenc de Bort starb am 29. Juli in Paris; er war 1872 Thiers' Minister für Ackerbau, 1876 Handelsminister, 1879—80 Grévy's Botschafter in Wien. Baron de Courcelles, 1873—76 Botschafter beim Vatikan, starb am 5. September. Das Leben Ernst de Renans endete am 2. Oktober. Früher Priester, ward er 1860 Professor der orientalischen Sprachen am Collège de France. Durch sein Buch „Das Leben Jesus“ rief er 1863 eine heftige Bewegung hervor, wurde infolgedessen des Amtes entsetzt und schrieb dann zahlreiche geschichtliche, politische und philosophische Schriften. 1878 wurde er zum Mitglied der Akademie gewählt. An der Begräbnisfeier nahm das ganze offizielle Frankreich teil, der Unterrichtsminister hielt die Gedächtnisrede. Der Geschichtsschreiber Camille Rouffet, lange Zeit Leiter des Archivs der Kriegsverwaltung, verschied am 19. Oktober. General de Failly, der 1867 bei Mentana die vielberufenen „Wunder“ mit dem Chaffepot-

gewehre verrichtete und 1870 den Marschall Mac Mahon ohne Hilfe ließ, auch bei Beaumont unglücklich focht, starb am 15. November in St. Cloud. Der in den Panama-Aktien-Handel verwickelte Baron v. Reinach in Paris endete am 20. November durch Selbstmord. Mit dem Kardinal Charles Martial Allemand Lavigerie schied am 26. November eine der hervorragendsten Persönlichkeiten der römischen Kirche aus dem Leben. 1825 in Bayonne geboren, wirkte er in verschiedenen Gegenden des Orients für die Kirche und zugleich für Frankreich. Er war eine Zeitlang Auditeur der Rota romana; 1873 suchte er im Auftrage des Papstes Pius den Grafen von Chambord in Marienbad zu bestimmen, den Thron Frankreichs zu besteigen; dieser meinte aber, Frankreich sei für diese Wohlthat noch nicht reif genug. Im Sommer 1890 leitete er im Auftrage des Papstes Leo die Schwenkung der Kirche zu Gunsten der Republik ein durch einen Toast, den er in Algier als Erzbischof bei einem Feste zu Ehren der Flotte auf die Republik ausbrachte. Am 3. Dezember verschied in Paris General Dumont, Befehlshaber des 18. Armeekorps im Jahre 1870. Am 14. Dezember starb der Journalist John Lemoine, Senator und Mitglied der Akademie.

Großbritannien und Irland.

Das Jahr begann mit einem für die königliche Familie sehr traurigen Ereignis, an dem das ganze Reich herzlichen Anteil nahm. Der zweite Sohn des Thronfolgers Prinzen von Wales, Herzog Albert Viktor von Clarence und Avondale erkrankte schwer an der Influenza. Er hatte sich am 4. Januar durch die Teilnahme an der Beerdigung des mit der königlichen Regierung verwandten Prinzen Viktor von Hohenlohe, Grafen von Gleichen, in Sunningdale bei Windsor eine Erkältung zugezogen. Die Krankheit nahm einen raschen Verlauf. Schon am 14. Januar starb der Prinz, der einst die Krone des Reichs tragen sollte, kurz nach Vollendung seines 28. Lebensjahres und wenige Wochen nach seiner Verlobung mit der Prinzessin Mary von Teck, in Sandringham, dem in Norfolk liegenden Schlosse des Prinzen von Wales. Die 72jährige Königin Viktoria

war tief erschüttert, und von allen Seiten ertönten Worte inniger Theilnahme an dem tragischen Geschick der Braut. Das Begräbniß fand am 20. Januar in der St. Georgskapelle zu Windsor statt, wo der Prinz am 27. Februar mit seiner Braut vor den Altar hatte treten wollen. Auf ärztlichen Rat wohnten die meisten Mitglieder der königlichen Familie dieser Feier nicht bei; vom Festland aber erschienen Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Herzog Albrecht von Württemberg und Prinz Philipp von Sachsen-Coburg-Gotha. Im weiten britischen Reiche wurde an diesem Tage der Trauer öffentlich Ausdruck gegeben; selbst der Sultan von Johore auf Malacca ließ alle Flaggen in seinem Reiche auf Halbmast nehmen, und in Natal begann eine Landesrauer von vier Wochen. Die greise Königin fühlte sich gedrungen, am 28. Januar durch ein Schreiben an den Minister des Innern ihre Dankbarkeit für die Beweise treuer Anhänglichkeit und herzlichster Theilnahme auszudrücken, die ihr von den Unterthanen aus allen Theilen des Reichs geworden waren. Ein so erschütternder Fall habe sie, die Ihrigen und die Nation nicht betroffen seit dem Ableben ihres Gemahls. Die Königin schloß mit den Worten: „Ich bin wahrlich recht hart in den letzten 30 Jahren meiner Regierung vom Schicksal getroffen; indes waren auch die von meiner Stellung unzertrennlichen Arbeiten, Sorgen und Verantwortlichkeiten sehr groß. Doch ich bitte Gott, daß er fortfahren möge, mir Gesundheit und Kraft zu verleihen, daß ich für das Wohl und Glück meines theuren Vaterlandes wirken kann, so lange mein Leben währen wird.“ Mit Herannahen des Frühlings begab sich dann die Königin in Begleitung ihrer jüngsten Tochter Beatrice, vermählten Prinzessin Heinrich von Battenberg, über Cherbourg und Paris zu fünfwöchigem Aufenthalte nach dem Hotel Costebelle bei Hyeres an der Küste des Mittelmeeres. Auch ihr Sohn, der Herzog von Connaught, nebst Gemahlin nahmen hier Aufenthalt. Am 25. April brach die Königin wieder auf, besuchte in Darmstadt den inzwischen zur Regierung berufenen Sohn ihrer verstorbenen Tochter Alice, den jungen Großherzog Ernst Ludwig, und traf am 3. Mai in Windsor wieder ein. An ihrem 73. Geburtstage, den 25. Mai, verließ die Königin dem 27jährigen Prinzen Georg, zweitem Sohne des Prinzen von Wales, auf den nunmehr die Anwartschaft auf die Thronfolge übergegangen war, die Titel eines Herzogs von York, Grafen von Inverness und

Barons von Killarney. Diese Vereinigung der drei Titel stellt, da jene Orte in den drei Theilen des vereinigten Königreichs liegen, symbolisch dessen Einheit dar. Der neue Herzog nahm als solcher am 17. Juni seinen Platz im Oberhause ein. Diese feierliche Einführung wurde mit altherkömmlichem Pomp vollzogen. Prinz Georg und die ihn einführenden zwei Peers hatten das Prunkformat, ein goldgesticktes, mit Hermelin verbräuntes, scharlachrotes Gewand mit langer Schleppe angelegt. Das auf einer Pergamentrolle ausgefertigte Patent wurde verlesen, der Prinz vereidigt und dann rechtskräftig als Herzog von York anerkannt. Dreimal begrüßte er sich dann durch Küftung des Dreimasters und Verbeugung mit dem auf dem großen Wollfack sitzenden Lordkanzler.

Das Parlament begann am 9. Februar seine 7. Session. Die Thronrede zur Eröffnung war ohne politische Bedeutung. Neu war darin nur die Mitteilung vom Abschluß eines Vertrags mit Nordamerika, wonach der mehrjährige Streit über das Recht des Robbenfangs im Behringsmeer durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden sollte. Bei der Beratung des Unterhauses über die zur Beantwortung der Thronrede zu erlassende Adresse wurde regierungsseitig weiterhin mitgeteilt, daß dieses Schiedsgericht in Paris eingesetzt werden und bestehen sollte aus je zwei von jedem Streittheile und je einem vom Präsidenten der französischen Republik, dem Könige von Italien und dem Könige von Schweden zu ernennenden Mitgliedern. Im übrigen zeichnete sich die Adreßdebatte nur durch die Erörterung der Frage über die vor kurzem von Gladstone in einer Rede in Aussicht genommene Räumung Ägyptens von seiten Englands aus. Eine solche Politik, meinte Chamberlain, sei eines großen Landes wie England unwürdig und würde Ägypten in den Zustand der Barbarei zurückführen. Morley beschwichtigte mit dem Bemerken, Gladstone wünsche die Räumung nicht sofort, sondern in einer bestimmt ausgesprochenen Zeit. Was die Gesetzentwürfe betrifft, so wurde eine Bill zur Neuordnung der Lokalverwaltung in Irland genehmigt; es sollen nämlich die Grafschaftsämter nach dem Vorbilde Englands Verwaltungsfunktionen erhalten. Sodann wurde eine Bill angenommen, wonach die Grafschaftsräte zum Ankauf von Grund und Boden ermächtigt werden, den sie dann in Stücken zu 50 Acres verkaufen und in Stücken zu 10 Acres verpachten können. Die Käufer müssen das

Gut selbst bebauen und dürfen es nicht verpachten. Die Graffschaftsräte dürfen drei Viertel der Kauffumme vorschießen. Der Käufer muß ein Viertel anzahlen, ein Viertel kann als ständiger Pachtzins verbleiben, und der Rest ist binnen 50 Jahren in Raten zurückzuzahlen. Diese Erleichterung des Erwerbs kleiner Bauernstellen fand auf allen Seiten wohlwollende Aufnahme. Keinen Anklang dagegen fand eine Bill, durch die den unverehelichten weiblichen Personen das legislative Wahlrecht verliehen werden sollte. Ebenso wenig Anträge auf Einsetzung besonderer Parlamente für die einzelnen Teile des Reichs, auf Entstaatlichung der Kirche in Schottland und auf Zahlung von Tagegeldern an die Abgeordneten. Bezüglich des vielseitig im Lande kundgegebenen Wunsches nach einem Gesetze über die Frage der Einwanderung solcher Fremden, die voraussichtlich dem Lande zur Last fallen werden, verhielt sich die Regierung nicht ablehnend, sie wies aber auf die vielen entgegenstehenden Schwierigkeiten hin. Recht lebhaft beschäftigte sich das Unterhaus am 17. Mai mit der Frage, ob das Recht mehrfacher Stimmenabgabe bei den Parlamentswahlen aufgehoben werden solle. Der Antragsteller Shaw-Besfèvre erklärte, er selbst besitze 5 Stimmen, zwei wegen seines Berufs, zwei wegen Grundbesitzes und eine für eine Universität. Bei den letzten Wahlen hat ein Geistlicher 40 Stimmen abgegeben, die er sich in verschiedenen Wahlkreisen verschafft hatte. Beschlossen wurde, die Frage aufzuschieben, bis die Zahl der Abgeordneten der verschiedenen Teile des Reichs nach der Zahl der Einwohner werde bemessen sein. Am 29. Juni wurde das Parlament, das zwölfte unter der Regierung Viktorias, nach 6jähriger Dauer geschlossen.

Die Bewegung für die gleichzeitig ausgeschriebenen Neuwahlen zum Unterhause hatte schon im Mai begonnen, und zwar war der Premierminister Lord Salisbury einer der ersten, die in der Wahlbewegung auftraten. In der Jahresversammlung der „Primrose-Liga“, die sich vor einigen Jahren zum Kampfe gegen die irische Home-Rule-Partei und die ihr zuneigenden Teile der großen liberalen Föderation gebildet hatte, hielt Salisbury am 5. Mai in dem gewaltigen, mit Schlüsselblumen und Theerosen geschmückten Raum des königlichen Opernhauses in London eine große Rede. Es stehe, sagte er, ein Kampf bevor, der eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit herbeiführen werde. Home-Rule werde nicht den Frieden, sondern eine

Zeit bürgerlicher und religiöser Kämpfe bringen, würde Englands Ansehen vernichten und seine Macht in allen Weltteilen schwächen. Schon am 18. Mai trat der Premier in Hastings wieder mit einer Rede auf, in der er sich in schutzjöllnerischem Sinne aussprach. Hiergegen erhob sich am 21. Mai der liberale Abgeordnete Morley in einer Rede zu Huddersfield, und der liberale Sir W. Harcourt führte, in direktestem Gegensatz zu Salisbury, in einer Rede zu Braintree in Ostessex aus, die Lösung der irischen Frage sei die Grundlage der liberalen Politik. Irland solle die Verwaltung seiner Angelegenheiten unter Bedingungen erlangen, welche die Theilbarkeit des Reichs und die allgemeinen Rechtsinteressen sicherstellen. Mit Heftigkeit ließ sich gegen solche Pläne der erste Lord des Schatzes, Balfour, am 15. Juni in einer Rede zu London aus. Das Home-Rule-Bündnis der Anhänger Gladstones sei eine beispiellose Entwürdigung, weil es ein Bund mit Verfechtern von Verbrechen sei. Gladstone ließ sich am 18. Juni in einer Rede zu Clapham hören. Er bestritt namentlich, daß sich die Protestanten im irischen Bezirke Ulster dem Home-Rule widersetzen, und warf den Konservativen vor, die Politik auf das Gebiet religiöser Leidenschaften hinübergespielt zu haben. Lord Roseberry bestritt am 23. Juni in einer Rede zu Whitechapel, daß Gladstone, wenn er wieder zur Regierung gelangen sollte, die auswärtige Politik der letzten sechs Jahre umstoßen werde. Noch einmal kurz vor den Wahlen erhob sich der Premier Lord Salisbury: in einem Wahlauftrufe vom 27. Juni stellte er in Aussicht, daß die Minorität in Irland im Fall der Einführung von Home-Rule leicht zum Bürgerkrieg getrieben werden könne. Für und wider dieses Hauptthema traten endlich Gladstone am 1. und Goschen, der Lord des Schatzes, am 2. Juli zu Edinburgh in längeren Reden auf.

Die Neuwahlen der 670 Mitglieder des Unterhauses fanden vom 4. bis 18. Juli statt. Es gingen aus ihnen, abgesehen von Stichwahlen, hervor: 261 Konservative, 50 Unionisten, 272 Gladstoneaner, 9 Parnellites und 68 Antiparnellites. Sonach gewannen die Konservativen 17, die Unionisten 8, die Gladstoneaner 76 Sitze. Die Zahl der Wähler betrug diesmal 6173668 Personen.

Durch diesen Ausfall der Wahlen war der Rücktritt des Ministeriums Salisbury entschieden, auf Wunsch der Königin

wartete es jedoch mit dem Entlassungsgesuche bis nach Eröffnung des neuen Parlaments. Diese erfolgte am 8. August mit einer Thronrede, in der nur darauf hingewiesen war, daß die Eröffnung diesmal nur ein formeller Akt sei. Unmittelbar daran schlossen sich in beiden Häusern die Verhandlungen über eine Adresse an die Königin. Das Oberhaus nahm alsbald eine Adresse an, worauf der Premier Lord Salisbury in einer Ansprache die Hoffnung ausdrückte, daß das Oberhaus bei der großen Rolle, die sich ihm im nächsten Jahre eröffne, den großen Grundsätzen treu bleiben werde, auf denen das Reich begründet sei. Im Unterhause drehte sich die Verhandlung um die politische Lage des Augenblicks. Als der Liberale Asquith den Antrag gestellt hatte, die Regierung besitze nicht das Vertrauen des Hauses und des Landes, wies der Schatzkanzler Goschen darauf hin, daß die Opposition gar kein einiges Ganze sei. Gladstone sprach dagegen sein Befremden aus, daß das Ministerium noch nicht zurückgetreten sei und führte aus, das Urtheil über dasselbe sei vom Lande gefällt, weil es den Erfolg in Irland nicht gehabt habe. Allerdings habe die Landakte von 1887 zur Abstellung der dortigen Noth beigetragen, sie sei nur zu spät gekommen, Irland aber mit einem dauernden Zwangsgesetz zu fetten, verlege die Gleichheit der bürgerlichen Rechte. Zur Erwiderung erhob sich Balfour mit der Erklärung, die Regierung habe ein Recht, ehe sie abdankte, zu fragen, unter welchen Bedingungen das Bündnis bestehe, auf Grund dessen sie zurücktreten solle; die Nicht-Unionisten seien in drei Teile gespalten und ohne Kenntniss des Näheren über die Ausführung von Home-Rule. Nachdem das Mißtrauensvotum mit 350 gegen 310 Stimmen angenommen war, reichte das Ministerium Salisbury am 12. August seine Entlassung ein, die alsbald angenommen wurde. Die Königin berief den 82jährigen Gladstone zur Bildung eines Ministeriums. Dieses kam am 17. August zu stande: Gladstone wurde erster Lord des Schatzamts und Großsiegelbewahrer, Lord Herschell Lordkanzler, Lord Kimberley Staatssekretär für Indien und Lord-Vorsitzender des Geheimen Rats, Earl of Roseberry Staatssekretär des Auswärtigen, Marquis of Ripon Staatssekretär für die Kolonien, Asquith Staatssekretär des Innern, Campbell-Bannermann Staatssekretär des Kriegs, Earl Spencer erster Lord der Admiralität, Sir W. Harcourt Schatzkanzler, Morley Haupt-

sekretär des Lord-Leutnants von Irland, Trevelyan Sekretär für Schottland, Mundella Vorsitzender des Handelsamts, Bryce Kanzler des Herzogtums Lancaster, Fowler Vorsitzender des Amtes für innere Verwaltung, Shaw=Lefèvre Bautenminister. Zehn dieser Minister waren bereits Mitglieder von Gladstones vorigem Ministerium, das 1886 zurücktrat. Staatssekretär des Äußern wurde Sir Edward Grey, ein junger Mann von bedeutendem Rednertalent. Den Posten eines Vizkönigs von Irland erhielt der 34-jährige Lord Houghton, ein früherer Kammerherr der Königin. Für das Ausland schien dieses vierte Gladstone'sche Ministerium nichts Besorgniserregendes zu haben. Freilich neigt Gladstone zu Frankreich, aber Roseberry hatte ja schon in der Wahlbewegung die Fortsetzung der bisherigen äußern Politik verheißen. Dazu dürfte das Kabinett allen Anlaß haben, seine volle Aufmerksamkeit den innern Verhältnissen zuzuwenden. Die Zugeständnisse für die Unterstützung, die ihm verschiedenartige Parteien leisten, dürften ihm ebenfalls zu schaffen machen.

Der Herbst brachte einige kleine Vorspiele der zu erwartenden Parteikämpfe. Der alte Premier Gladstone, kaum hergestellt von den Folgen eines Kampfes, den er im Park seines Schlosses Hawarden mit einer Ruh zu bestehen hatte, hielt am 13. September sogar bei der feierlichen Eröffnung einer neuen Fahrstraße in Wallis eine Rede über die irische Frage, deren Lösung allen andern vorangehen müsse. Gladstones Kollegen, dem neuen Minister des Äußern, Lord Roseberry, wurde mehrfach Gelegenheit gegeben, sich zu äußern über die Haltung der Regierung zum Entschluß der britisch=ostafrikanischen Gesellschaft, zum 1. Januar das ostafrikanische Reich Uganda wieder zu räumen. Einer Abordnung der Kirchen=Missionsgesellschaft, die ihn bat, dieses Land für England zu halten, versicherte er, die Regierung kenne zwar ihre Pflichten bezüglich der Ausdehnung der britischen Einflußsphäre, sie müsse sich aber, wenn sie nicht ein zweites Sudan vor sich haben wolle, vor zu starker Spannung dieses sehr dehnbaren Begriffs hüten. Dann versuchte er, die Entscheidung noch hinauszuschieben. Er schrieb am 1. Oktober der britisch=ostafrikanischen Gesellschaft, da deren Mittel für die weitere Besetzung Ugandas nicht ausreichten, so verharre die Regierung beim Grundsatz der Räumung, sei aber geneigt, der Gesellschaft mit einem Geldbeitrage beizustehen zur Kostendeckung behufs Verlängerung der Räumungsfrist bis zum 31. März. Daß weitere

Abfichten der Regierung dahinterstehen, mußte man annehmen, weil Roseberry am 20. Oktober beim Empfang einer Abordnung der britischen Antisklavereigesellschaft äußerte, die Regierung betrachte Uganda als das Land großer Möglichkeiten, als Schlüssel Mittelfrikas und die Nilquellen beherrschend. Wie sehr freilich Vorsicht geboten war, ging aus einem im November veröffentlichten Schreiben Sir Randolph Churchills hervor, der nach einer Reise in Ostafrika sich für Räumung jenes Landes aussprach, das vom kaufmännischen Gesichtspunkte nicht viel wert sei. Bei der feierlichen Einführung des neuen Lordmayors von London, Knill, nahmen, gegen den Gebrauch, nur wenige Minister, namentlich nicht Gladstone, teil, und der Staatssekretär für Indien, Lord Kimberley, bezeichnete es in seiner Rede beim Bankett für unmöglich, schon jetzt Aufschluß über die dem Parlamente zu unterbreitenden Vorlagen zu geben. Andererseits hielt Balfour im November in Schottland Reden, aus denen die Ungeduld über die Verzögerung eines Bekanntwerdens der Regierungspläne hervorging, auf deren Angriff die Liberalen brannten. Die „Verschwörung des Schweigens“ sei unbegreiflich. Eins aber erfuhr man doch bereits: Zur Vorbereitung der Regierungsfaktion bezüglich Irlands teilte John Morley, der Minister für Irland, dem Abgeordneten Carthy mit, es werde eine Kommission eingesetzt werden, um die Frage der in Irland vertriebenen Pächter zu studieren und über die Mittel zu berichten, durch die ihnen am besten wieder zu ihrem Pachtgute verholfen werden könne. Dies hatte alsbald entgegenkommende Äußerungen der Parnelliten und der Antiparnelliten zur Folge, die noch am 3. August in Dublin ernstlich zusammengestoßen waren. Um aber von vornherein der neuen Regierung keinen Zweifel zu lassen, erklärte am 10. Oktober eine große Versammlung der angesehensten Parnelliten, daß keine Beilegung der nationalen Frage als befriedigend anzusehen sei, die nicht die Errichtung eines vom irischen Volke gewählten Parlaments enthalte, dem die Gewalt über alle irischen Angelegenheiten einschließlich der Gesetze über Grundeigentum gegeben werden müsse. Auch werde keine Versöhnungspolitik Irland zufriedenstellen ohne Amnestierung derjenigen, die wegen der ihrem Vaterlande geleisteten Dienste gefangen gesetzt seien. Der neue Vizekönig von Irland, Lord Houghton, hielt am 3. Oktober seinen feierlichen Einzug in Dublin. Dabei verhielt

sich das Volk nicht feindlich, aber Begeisterung vermochte auch die ihm sehr zuzagende Persönlichkeit nicht zu erwecken, und am 26. Dezember fand ein schreckenerregender Versuch statt, die Wohnung des in Dublin weilenden Ministers Morley durch Dynamit in die Luft zu sprengen.

Auf einem anderen Gebiete griff die neue Regierung in wohlthätiger Weise frisch ein. Die öffentlichen Kundgebungen großer Massen beschäftigungsloser Arbeiter hatten sich im Oktober und anfangs November an mehreren Orten, namentlich in London, fortgesetzt. Hervorragend war am 5. November eine Versammlung auf dem Trafalgar-square, wo 600 Arbeiter mit Musik an der Spitze des Zuges, mit roten Fahnen und die Marseillaise singend eintrafen und von der Regierung Arbeit verlangten. Ein ähnlicher Zug fand am 8. November in London statt. Am 13. November folgte an derselben Stelle und mit denselben Ausserlichkeiten wie am 5., eine sozialistische Kundgebung von 50000 Arbeitern. Sie legten Einsprache ein gegen jede Einschränkung des öffentlichen Versammlungsrechts, verlangten Stellung der Polizei unter Aufsicht des Grasschaftsrats von London und forderten die Regierung auf, öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Außerdem beglückwünschte man sich, von der neuen Regierung die Erlaubnis zur Abhaltung von Massenversammlungen auf öffentlichen Plätzen wieder erlangt zu haben. Alles verlief in der größten Ordnung. Zahlreiche Banner verkündeten die Sinnesweise der Erschienenen: „Arbeit für alle, Ausbeutung für keinen!“ „Die Arbeit ist die alleinige Quelle des Reichtums“ und dergl. Der Zug entfernte sich, wie er gekommen war: voran ein Reiter in roter Bluse, dann 500 Jüngens mit wildem Hurra, eine Kolonne Polizisten, dann verschiedenartige Vereine und Klubs mit Blechtrommeln, Pfeifen, Dudelsäcken, roten Fahnen. Diesen Kundgebungen zur Seite stand seit dem 5. November der Ausstand von 75000, d. h. der Hälfte aller Arbeiter der Baumwollspinnereien in Lancashire, womit das in einer der blühendsten Industrien verkörperte Kapital zur Hälfte brachgelegt wurde. Das Mittel, mit dem Minister Fowler wohlthätig vorging, bestand in einer Aufforderung an städtische und sonstige Behörden, nützliche Bauten zu unternehmen, und als solche wurden die Anlegung neuer Straßen und Plätze, das Reinigen von Wegen, Anlegung und Vergrößerung von Wasserleitungen empfohlen.

Ein bemerkenswerter Vorgang war die am 16. August unter Entfaltung großen Prunkes zu Brompton erfolgte feierliche Einsetzung des neuen katholischen Erzbischofs Vaughan von Westminster. Sie wurde, zum ersten Male wieder seit dem Jahre 1556, durch einen päpstlichen Legaten vollzogen. In der langen Zwischenzeit würde dies Unruhe hervorgerufen haben; daß es jetzt ohne Anstand und in Gegenwart von 30 englischen, schottischen und irischen Bischöfen im Ornat sowie zahlreicher Weltgeistlichen und Ordensmänner geschah, war ein Zeichen der ungemeinen äußerlichen Fortschritte des Katholizismus in Großbritannien. Bemerkenswert war dabei ferner, daß die römische Kurie aus dem vom Erzbischof abzulegenden Eide die Stelle ausgelassen hatte, wonach er zum Kampfe gegen Häretiker und Schismatiker nach besten Kräften sich verpflichtete.

Der Herzog von York bezog im September die Universität Heidelberg, um mit Rücksicht auf seinen künftigen Herrscherberuf staatsrechtlichen Studien obzuliegen. Der Marquis von Vorne, Schwiegerjohn der Königin, wurde im September zum Gouverneur des Schlosses Windsor ernannt.

Was die britischen Kolonien betrifft, so machte in Südafrika der von Cecil Rhodes im März 1891 aufgestellte Plan einer handelspolitischen Union der Kolonien mit dem Mutterlande noch keine Fortschritte, und aus einer von Rhodes im Juli zu Kapetown gehaltenen Rede ging hervor, daß die Kolonien von dem Plane eine Beeinträchtigung ihrer politischen Selbständigkeit fürchteten. Dem trat der Premierminister des Kaplandes mit der Darlegung entgegen, daß es sich um eine Union des Handels- und des Eisenbahnwesens handele. Die gesetzgebende Versammlung des Kaplandes hatte empfohlen, die Kronkolonie Natal selbständig zu machen; der von ihr entworfene Plan wurde im August in London genehmigt, der gesetzgebende Rat von Natal erklärte jedoch am 7. Oktober, angesichts des Ausfalls der Wahlen sei zu wünschen, daß das Land einstweilen noch Kronkolonie bleibe. Die Besiedelung des Maschonalandes machte rasche Fortschritte; Hunderte von Farmern aus allen Teilen Südafrikas ließen sich auf den Ländereien der britisch-südafrikanischen Gesellschaft nieder. In den Kolonien an der Westküste Afrikas gab es Kämpfe mit den Eingeborenen: Der Häuptling Carimoo brandschatzte das britische Gebiet am Scarcieflusse in der Kolonie Sierra Leone, die englischen

Streitkräfte griffen darauf im März seinen Hauptort Timbo an, wurden aber geschlagen; nachdem sie verstärkt worden, nahmen sie am 7. April den Ort mit Sturm und zerstörten ihn. Die Kolonie Lagos an der Sklavenküste Guineas wurde im März durch den Negerstamm der Sebu beunruhigt, der unter Bruch eines Vertrags die Beraubung der Karawanen wieder aufnahm. Der hieraus entstehende Kampf endete am 20. Mai mit der völligen Niederlage der Neger. Ihr König ergab sich, und ihr ganzes Land stand den Briten zur Verfügung. Trotzdem setzte der mit den Sebu verbündet gewesene kriegerische Volksstamm der Egba den Widerstand fort und lehnte das Verlangen nach Freigebung der Handelsstraßen nach dem Innern wiederholt ab. An der Ostküste Afrikas wurden Aufstände der Stadt Witu im März und der Stadt Lamu im Mai unterdrückt. Die Insel Mauritius oder Isle de France, die bedeutendste der Mascarenen, besonders bekannt durch Bernardin de St. Pierres „Paul und Virginie“, wurde am 29. April durch einen Wirbelsturm grausam verwüstet. In wenigen Stunden war einer der gesegnetsten Flecke der Erde, die „Perle des indischen Oceans“, gänzlich verwüstet. Im Hauptorte Port Louis wurden 600 Personen getötet, 1000 verwundet, ganze Häuserreihen wie Karten umgeweht. Die in der Nähe liegenden Aldabra-Inseln wurden im Juli in britischen Besitz genommen. Was Ostindien betrifft, so stellte der Nationalkongreß der Hindu in Nagpur im Januar das Verlangen nach Einführung einer Provinzialvertretung für die verschiedenen Landschaften des Kaiserreichs. In dessen nördlichen Gebieten traten im Mai große Massen von Eingeborenen zum Christentum über. Ein Kriegszug gegen die unverbesserlichsten Nachbarn Indiens, den die Grenzgebiete durch räuberische Einfälle beunruhigenden Volksstamm der „schwarzen Berge“, endete im September mit dem zweifelhaften Erfolg, daß dessen Landstriche verlassen gefunden wurden. Die Bevölkerung im oberen Teile des 1887 einverleibten Reiches Birma konnte sich noch immer nicht in die neue Ordnung finden. Die Kämpfe mit ihr setzten sich vom Februar bis Oktober fort. Um der durch die russische Besetzung des mittelasiatischen Pamir-Plateaus dem indischen Reiche drohenden Gefahr zu begegnen, wurde von hier aus im September das südlich vom Hindukusch liegende Chanat Tschitral militärisch in Besitz genommen. Es blieb eben keine andere Wahl, nachdem der Herrscher des

mit diesem Lande in Verbindung stehenden Chanats Randschutz (zwischen Klein-Pamir und Himalaya) durch Gesandtschaften an den Gouverneur von Turkestan wiederholt um russischen Schutz gebeten hatte. Durch diese Abschließung aller von Turkestan und Afghanistan herüberführenden Gebirgspässe hat England vor den Thoren Indiens eine Verteidigungsstellung von hohem politischen und strategischen Wert geschaffen. Indes setzte sich im November ein russenfreundlicher Prätendent in den Besitz des nunmehrigen Vasallen-Thrones von Tschitral.

Die Kolonien von Australien begannen im August mit einem Versuche, in Bezug auf die Handelspolitik sich unabhängig vom Mutterlande zu machen, jedoch ohne Erfolg. Als ferner die Franzosen im August die etwa in der Mitte des Wegs zwischen Kapstadt und der Nordwestspitze Neuhollands liegenden Inseln Amsterdam und St. Paul in Besitz nahmen, wurde vom Premierminister der Kolonie Viktoria entschiedene Einsprache dagegen erhoben, weil diese Inseln vermöge ihrer geographischen Lage zu Australien gehörten. Ein großer Arbeiterausstand im westlichen Neusüdwales zeigte, wohin es führen würde, wenn man die Arbeiter zur Verwirklichung ihrer Ideale schreiten ließe. Die 1883 vom deutschen Goldsucher Kasse entdeckten Lager von Silbererz hatten ungemein reiche Ausbeute geliefert. Nachdem dann die Minen-Gesellschaft ihren Arbeitern vertragsmäßig freie Hand gelassen hatte, die Bedingungen ihrer Arbeit selbst zu regeln, sank die Ausbeute auf ein Geringes, da kaum die $3\frac{1}{4}$ Stunden Arbeitszeit eingehalten wurden. Die Gesellschaft hob nun im Sommer diesen Zustand auf und holte fleißigere Arbeiter aus Neuseeland. Diese wurden von den alten Arbeitern genötigt, mit ihnen zu streifen, worauf die Gesellschaft die Staatsgewalt anrief. Leider erwies sich diese als zu schwach. In eigentümlicher Weise bemächtigte sich England am 12. Juni der im stillen Ozean zwischen Hawaii und den Salomonsinseln liegenden Gilbert-Inseln. Der Schraubendampfer „Royalist“ dampfte in den Hafen von Butaritari, und sofort begab sich der Kapitän in Begleitung seiner Offiziere in den Palast des Königs Tabareimoa, wo er diesem und den Großen des Landes ein Schriftstück vorlas, demzufolge von diesem Augenblicke an die Gilbert-Inseln der Königin von Großbritannien unterthan seien. In einer dann folgenden Volksversammlung machte der Kapitän dem Könige weiterhin den Stand-

punkt klar. Er habe sofort seine Schulden von 40 000 Doll. an die weißen Händler zu zahlen oder schleunigst abzureisen. Die Rede schloß: „Wenn Du jetzt Deine Flagge herunterziehen willst, will ich Dir eine recht schöne zum Aufziehen geben.“ Hierauf wurde die britische Flagge unter dem Donner der Geschütze des „Royalist“ gehißt. Als Grund der plötzlichen Besignahme wird angenommen, daß man den Nordamerikanern habe zuvorkommen wollen, die der König vorher um Übernahme des Schutzes gebeten haben soll. Was Kanada angeht, so fielen am 8. März die Wahlen zur Volksvertretung der Provinz Quebeck zu Gunsten des konservativen Ministeriums aus, und dieses Ergebnis bildete zugleich ein Volksgericht über den bisherigen Minister Mercier, das Haupt der nationalistischen oder französischen Partei, der von der öffentlichen Meinung als der Hauptschuldige an der Veruntreuung öffentlicher Gelder angesehen wurde. Im September wandte sich die kanadische Regierung nach London, weil ein russisches Kanonenboot drei kanadische Schiffe 50 Seemeilen von der russischen Küste im Beringsmeer mit Beschlagnahme belegt hatte. Die russische Regierung gestand alsbald die Widerrechtlichkeit mit dem Bemerkten ein, der betreffende Kapitän sei ins Irrenhaus gebracht. Zur Beilegung des Streits mit Nordamerika über das Fischereirecht im Beringsmeer wurde am 27. März ein Vertrag geschlossen, wonach ein Schiedsgericht eingesetzt werden sollte. Eine von 5000 Personen besuchte Versammlung in Montreal sprach sich mit Mehrheit für Trennung von England aus und die Anhänger Merciers, des früheren Premiers von Quebeck, kündigten die baldige Eröffnung einer Bewegung für Unabhängigkeitserklärung an. Verhandlungen Englands mit Spanien wegen Abtretung von Lanzarote, der östlichsten der kanarischen Inseln, führten zu keinem Ergebnis, weil die Regierung in Madrid eine heftige Erregung des spanischen Nationalgefühls wie in früheren ähnlichen Fällen befürchtete.

Die Totenliste Großbritanniens enthält folgende hervorragende Personen: Am 8. Januar starb in London die 64jährige Lady Margaret Sandhurst, eine der eifrigsten Streiterinnen im Kampfe um die Emanzipation der Frauen. Zu fast derselben Stunde wie der Herzog von Clarence (S. 295), starb am 14. Januar der 83jährige Kardinal Manning, seit 1865 Erzbischof von Westminster und Primas der katholischen Kirche in England, nachdem er noch telegraphisch den

Segen des Papstes erhalten hatte. Sein Nachfolger wurde der 60-jährige Dr. Vaughan, Bischof von Salford. In Cambridge starb am 21. Januar Professor Adams, Direktor der Sternwarte, 73 Jahre alt, bekannt durch seinen Anteil an der Entdeckung des Planeten Neptun im Jahre 1845. Am 3. Februar starb der als Arzt des deutschen Kaisers Friedrich bekannte Sir Morell Mackenzie. Am 19. Februar starb in Kairo Sir Georg Campbell, seit 1875 Vertreter des schottischen Bezirks Kirkcaldy im Unterhause, und früherer Gouverneur von Bengalen. Der ehemalige Sprecher des Unterhauses, Lord Hampden, bekannter unter seinem früheren Namen Brand, erlag, 78 Jahre alt, am 18. März zu Pau in Südfrankreich einem Lungenleiden. Am 16. September starb in Brighton der 63jährige Kardinal Howard aus dem Geschlechte der Herzoge von Norfolk, früher Offizier, 1852 Vertrauter des Papstes Pius, dann Erzpriester an der Petersbasilika in Rom und 1872 Erzbischof von Neu-Cäsarea. Einer der reichsten Männer Englands, der Herzog von Sutherland, starb am 24. September. Er hatte zahlreiche Besitztümer, darunter fast die ganze schottische Grafschaft Sutherland. Als Marquis von Stafford hatte er 1856 England bei der Krönungsfeier in Moskau vertreten und später sich durch seine Feste zu Ehren des Khedive Ismail, des Schahs und Garibaldis bekannt gemacht. Englands beliebter Dichter Lord Alfred Tennyson starb, 83 Jahre alt, am 6. Oktober auf seinem Landsitz Aldworth in Surreyshire und wurde am 12. im Poetenwinkel der Westminster-Abtei zu London in Gegenwart einer Menge hoher Adligen und Notabilitäten des Volks beigesetzt. Am 9. November wurde Georg Charles Spencer-Churchill, achter Herzog von Marlborough, in seinem Palaste Blenheim bei Woodstock tot im Bette gefunden. Er hatte früher den Radikalen gespielt, ein abenteuerliches Leben geführt und erreichte nur 49 Jahre. Erbe seines Titels wurde sein 21jähriger Sohn, der bisherige Marquis von Blandford. Am 15. Dezember starb in London Admiral Smith, der Napoleon nach Helena begleitet hatte.

Italien.

Der erste politische Vorgang des Jahres bestand in einer Änderung im Ministerium di Rudini. Es dankte nämlich am 4. Januar der Justizminister Graf Ferraris ab, nachdem sich in einigen Fällen gezeigt hatte, daß er bei seinem hohen Alter dem anstrengenden Amte nicht recht gewachsen war und daß er auch als Mitglied des Senats keine Anhänger in der zweiten Kammer besaß. Namentlich hatte sein schwächliches Verhalten bezüglich des Anarchistenprozesses in Rom und bei der Durchführung des Gesetzes wegen Verminderung der Amtsgerichte seinem Ansehen einen Stoß versetzt. An seine Stelle trat der bisherige Ackerbau-, Handels- und Gewerbeamminister Chimirri, ein begabter Mann von kaum 40 Jahren.

Den ersten Beratungsgegenstand von Bedeutung im Parlamente bildeten die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche und mit Österreich-Ungarn. Von einem erheblichen Widerstande konnte von vornherein nicht die Rede sein. Ein Radikaler war es sogar, der in der Deputiertenkammer namens der Kommission die Annahme warm empfahl, der Abg. Elena. Er gab zu, daß Italien große Opfer an Deutschland gebracht habe, wies aber auch darauf hin, daß die Ausfuhr nach Deutschland eine bedeutende sei. Die bei der Verhandlung vorgebrachten Einwürfe bezogen sich auf die Gefahr, die Ungarn den italienischen Bodenerzeugnissen zu machen drohe, und auf die etwas unsichere Bestimmung in betreff der Unterscheidung zwischen Tischwein und Verschnittwein. In dieser Beziehung wurde der Wunsch vorgebracht, daß von den deutschen Zollverbänden die Eigenschaft der Weine nicht mittels chemischer Analyse, sondern durch Weinbarometer festgestellt werde, weil sonst viele italienische Weine als Tischweine verzollt werden müßten, die nachher doch nur zum Verschnneiden dienten. Auch wurde gewünscht, die Regierung möge erklären, daß sie, wenn die in Frankreich den Seidenraupenzüchtern gewährten Prämien die italienische Produktion bedrohen sollten, italienische Prämien entgegenstellen werde. Begreiflich ging es bei diesen Verträgen auch nicht ohne politische Erörterungen ab. Der Abgeordnete Colaianni meinte, diese Verträge hätten nur durch die Idee der

Befestigung des Dreibundes eine Berechtigung, während die wahren wirtschaftlichen und nationalen Interessen Italiens die Herstellung der Handelsbeziehungen mit Frankreich verlangten. Und Crispi tadelte, daß die Erneuerung des Dreibundes vor diesen Verträgen abgeschlossen und so das Mittel, bei diesen mehr zu erlangen, aus der Hand gegeben sei; er verlangte, daß die Verträge nur auf sechs statt auf zwölf Jahre abgeschlossen und eine Klausel wegen Vereinbarung eines Schiedsgerichts zur Lösung der bei Durchführung der Verträge auftauchenden Fragen angenommen werde. Dies alles ward aber von Rudini entschieden zurückgewiesen und von der Kammer mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Kammer sprach am 19. Januar ihre Billigung der in den Verträgen vorherrschenden Gedanken aus und genehmigte sie am 20. mit 177 gegen 66 Stimmen. Bei der Beratung im Senate wurde ebenfalls die Frage wegen eines Schiedsgerichts angeregt, aber von Rudini mit dem Bemerkten beseitigt, daß man volles Vertrauen in die Loyalität der verbündeten Regierungen setzen könne. Der Finanzminister bezeichnete es als wünschenswert, daß auch andere Nationen den Grundsätzen Deutschlands folgten, das seine wirtschaftliche Politik so gemäßigt habe; die Entwicklung der durch die Handelsverträge geschaffenen Verhältnisse werde den herzlichen Beziehungen Italiens zu den Centralmächten das Siegel aufdrücken. Der Senat begleitete diese Worte mit Äußerungen des Beifalls und genehmigte gleichfalls die Verträge.

Der nächste Beratungsgegenstand von allgemeinerem Interesse war die Frage wegen Verhinderung des Verkaufs italienischer Kunstsammlungen an das Ausland. Mehrere römische Adelsfamilien hatten nämlich ungeachtet der Stiftungsbriefe, durch welche die von ihren Vorfahren errichteten Kunstsammlungen auf ewige Zeiten zur größeren Ehre der Stadt Rom gestiftet waren, begonnen, die Sammlungen unter der Hand zu verkaufen. Fürst Borghese hatte in letzter Zeit zwei alte berühmte Statuen der Familiengalerie nach Kopenhagen verkauft, und als auch über die Kunstgalerie Sciarra ungünstige Nachrichten umliefen, ließ der Unterrichtsminister sie mit Beschlagnahme belegen. Da zeigte sich, daß von 200 Kunstwerken 30 fehlten. Am 28. Januar brachte nun der Abgeordnete Martini alles Nähere, was er über diese Fälle erfahren hatte, in der Deputiertenkammer vor und versicherte, jährlich gingen etwa 80 Kisten

mit Kunstgegenständen aus Rom fort, teils unter dem Siegel des Vatikans, der für Italien fremdes Land sei, teils unter dem der fremden Botschaften. Es sei ein entschiedenes Einschreiten gegen diese Mißbräuche nötig. Der Unterrichtsminister sprach sich hierauf ebenfalls für ein Gesetz zum Schutze der Kunstschätze aus. Und da auch der König sich wegen deren fortgesetzter heimlicher Ausführung sehr besorgt zeigte, so kam es schon am 30. Januar zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach jährlich 500 000 Lire zur Anschaffung von Kunstwerken ausgeworfen, für den heimlichen Verkauf fideikommissarischer Kunstwerke, Urkunden und Literaturdenkmäler aber Haft-Strafen von 3—30 Monaten und von 300—10000 Lire festgesetzt werden. Die Denkmäler sollen katalogisiert und dürfen ohne Erlaubnis des Ministers nicht außer Landes gebracht werden. Der Staat soll das Vorkaufsrecht haben. Das Gesetz wurde von beiden Kammern genehmigt nachdem nur die Bestimmung über die Haftstrafe im Senate vorübergehend beanstandet war.

Das ministerielle Verbot einer großen Versammlung beschäftigungsloser Arbeiter in Rom erregte bei den radikalen Abgeordneten Besorgnisse wegen der verfassungsmäßigen Freiheit. Sie beantragten daher am 19. Februar in der zweiten Kammer eine Aufforderung an die Regierung „angefichts der abnormen Lage der Hauptstadt“, die Ordnung ohne Verletzung der konstitutionellen Freiheit und der persönlichen Rechte zu wahren. Der Minister des Innern wies aber so überzeugend nach, daß von Unruhen und inneren Gefahren keine Rede sei, daß der Antrag zurückgezogen wurde. Die Regierung hatte vielen Beschäftigungslosen Arbeit verschafft, und als solche sich dann mal wieder versammeln wollten, war in einigen Stadtteilen eine unbegründete Angst von Ladenbesitzern entstanden, von der sich jene Abgeordneten hatten anstecken lassen. Ein Arbeiterumzug am 26. Februar mit dem Verlangen nach Brot und Arbeit auf den Fahnen erwies sich ebenfalls als ganz ungefährlich. Auch Studenten-Unruhen wurden in der Kammer zur Sprache gebracht. In Neapel hatten nämlich Studenten den Universitätsprofessor Scaduto geprügelt, Thüren und Fenster zerstört, worauf die Universität geschlossen wurde. Minister Villariz erklärte nun in der Kammer, diese jährlich wiederkehrenden Tumulte seien eine Schande für das Land; die akademischen Senate müßten die bestehenden Vorschriften nachdrücklicher anwenden; er selbst habe

erst spät den Weg der Strenge eingeschlagen, sei aber entschlossen, bis ans Ende zu gehen. Einige Tage hiernach beschloß die Mehrheit der Studierenden an der Universität Turin, die Vorlesungen nicht mehr zu besuchen. Die Hörer an den Universitäten zu Palermo, Catania und Neapel ahmten dies sofort nach. Sie wollten damit die Professoren strafen. Die berühmtesten derselben lesen nämlich fast nie, weil sie Abgeordnete oder Mitglieder der zahllosen Regierungskommissionen sind oder den Beruf als Arzt, Advokat, Ingenieur vorziehen. Die, welche lesen, lassen sich möglichst viele Lehrfächer übertragen, vervielfältigen damit den Gehalt, halten aber wenige Vorträge. Dazu ist an den 29 Hochschulen des Landes der Unfug des Aufschiebens der Prüfungen eingerissen, und auch das Nichtbestehen der Prüfungen hindert das Aufrücken in den folgenden Kursus nicht. Das hat dann Nachprüfungen zur Folge. Da nun, wo diese nicht stattfanden, streikten die Studenten zu gunsten der hierdurch betroffenen Genossen. Man wird nun sehen, ob der Minister seine Zusage hält und mit den Unsitten gründlich aufräumt.

Es vergeht keine Session, ohne daß in der Deputiertenkammer Erörterungen über das teure Sorgenkind, die erythräische Kolonie am roten Meere stattfinden. So wurde am 18. Februar das Bedenken eines nahen Krieges zwischen dem König Menelik von Äthiopien und dem Ras Mangascha von Tigre ausgesprochen, denn diesem müßte dann Italien, zufolge kürzlich abgeschlossenen Vertrags, beistehen. Rudini stellte in Abrede, daß dieser Fall bald eintreten werde, und gab dann am 1. April, auf neue Anfragen, die bemerkenswerte Erklärung ab, es sei überhaupt nicht gut gewesen, in der Kolonie am roten Meere weiter vorzudringen, wo für Italien keine Zukunft zu suchen sei; den weiter ausgedehnten Protektoraten, besonders über die Somaliküste, lege er gar keine Bedeutung bei; freilich, zurückzuweichen aus Afrika, würde falsch sein, und man könne sich damit begnügen, daß Italiens Einfluß von der Zuba-Mündung bis zum Kap Guardafui herrsche.

Mehrfach wurde das Parlament mit militärischen Fragen befaßt. Im Februar wurde ein Gesetz genehmigt, wodurch das diensttaugliche Alter für die höheren Offiziere im aktiven Dienst auf 65 Jahre beschränkt wird. Infolgedessen haben in den nächsten zwei Jahren 916 Offiziere mit Pensionsberechtigung auszuscheiden. Bald

darauf stellte in der Deputiertenkammer der Abgeordnete Perrone den Antrag, eine Kommission mit Prüfung der Frage zu beauftragen, ob es möglich sei, zur Erzielung von Ersparnissen am Militäretat die Organisation des Heeres zu ändern, ohne sie zu schwächen. Perrone glaubte, die Zahl der Armeekorps könne ganz gut von zwölf auf zehn vermindert werden, da Italien im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl zahlreichere taktische Einheiten habe als Deutschland. Der Kriegsminister Felloux stellte letzteres in Abrede und sprach sich entschieden gegen Verringerung des Heeres aus. Ihn unterstützte lebhaft Menotti Garibaldi mit dem Hinweise, welches Unglück für Italien der Verlust der ersten Schlacht in einem Kriege sein würde. Der Antrag wurde hierauf zurückgezogen. Am 8. März brachte der Kriegsminister eine Vorlage ein, wonach fortan die Offiziere, vom Hauptmann an, nach dem Dienstalter befördert werden sollen. Hierdurch soll bewirkt werden, daß keiner mehr ohne seine Schuld dem hintangestellt werde, der früher unter ihm stand. Dies pflegte sich nämlich, zum großen Mißvergnügen im Heere, öfters zu ereignen infolge der Vorteile, welche die Kriegsschule den sie besuchenden Offizieren in den ersten Jahren bot. Die hohe Politik wurde in der Deputiertenkammer am 14. März gestreift durch die Frage nach der Wiederbesetzung des durch den Tod des Grafen de Launay erledigten Botschafterpostens in Berlin. Hierzu war der Senator Graf Taverna, Oberst der Reserve, bestimmt, der aus einer der ältesten und reichsten Patrizierfamilien Mailands stammt. Dieser sollte, nach Angabe deutscher Blätter, dem deutschen Abgeordneten Barth gesagt haben, er glaube, daß Deutschland im nächsten Kriege sowohl über Frankreich als über Rußland obsiegen werde und daß Italiens Rüstungen durchaus keine Verzögerung erleiden dürften. Die Radikalen fragten nun an, ob dies wahr sei, und Imbriani begann mit dem Ausruf: „Taverna hat es also bekannt, daß wir zur Fortsetzung der Rüstungen verpflichtet sind.“ Da fiel ihm aber Ruidini ins Wort und rief, mit der Faust auf den Tisch schlagend: „Es ist nicht wahr, er hat es nicht gesagt, und es ist überhaupt nicht wahr!“ Es thue ihm leid, daß einige Redner den Verdacht ausgesprochen hätten, es sei der Regierung mit ihren freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich nicht ernst. „Ich erkläre aufs bündigste, daß wir gegenüber Frankreich vom aufrichtigsten Wohlwollen erfüllt sind.

Europa weiß, daß ich die Wahrheit spreche.“ Taverna wurde am 7. April zum Botschafter ernannt, die Sache wurde aber rückgängig, und an seiner Stelle traf am 30. September der Generalleutnant Graf Carlo Lanza, Marchese di Busca, in Berlin ein.

Nach einer stattlichen Reihe rasch aufeinander gefolgter Vertrauensvoten brach Anfang März für das Ministerium Rudini eine parlamentarische Hauptschlacht an. Es legte drei Gesetzentwürfe vor behufs Beseitigung des Defizits im Staatshaushalt, das im vorhergehenden Finanzjahr 75 Millionen Lire betrug und im neuen Voranschlag mit fast 20 Millionen Lire beziffert war. Die Vorlagen betrafen das berichtigte Budget für 1891/92, die Ausgabe von Schatzscheinen auf lange Sicht und die Beschränkung des Budgets für Eisenbahnbauten. Zur ersteren Vorlage führten Rudini und der Schatzminister Luzatti aus, daß die Ersparnisse für die Budgetjahre 1891—93 sich auf $178\frac{1}{3}$ Millionen beliefen. Dies sei den verminderten Ausgaben, der guten Getreideernte, der größeren Entwicklung der nationalen Industrie und dem geringeren Verbrauch von Baumaterial zuzuschreiben. Wenn gleichwohl das Defizit groß bleibe, so liege das nicht am Ministerium, sondern an den Verhältnissen, denn die Einnahmen aus den Zöllen hätten den Erwartungen nicht entsprochen. Dies alles leuchtete zwar ein, vermißt wurden aber Andeutungen, wie das voraussichtlich noch steigende Defizit des laufenden Jahres gedeckt werden sollte. Einige Abgeordnete schlugen Ersparungen auf militärischem Gebiete vor, der Kriegsminister Pelloux hielt dies jedoch nachteilig für die Verteidigung des Landes; jeden Gedanken hieran wies er mit aller Kraft zurück. Rudini schloß sich dem an; die äußere Politik sei eine wesentlich friedliche, aber niemand könne auf Jahresfrist die Zukunft voraussagen; die Regierung werde den Kampf gegen das Defizit entschieden weiterführen und zu dem Zweck Reformen in der inneren Verwaltung vorschlagen. Wirklich gelang es am 18. März, die beiden ersten Vorlagen durchzusetzen. Größerer Widerstand wurde gegen die Eisenbahnvorlage erwartet, weil so viele lokale Sonderinteressen dabei beteiligt waren. Hiernach sollten von 1893—97 mit den bereits für Eisenbahnbauten bestimmten 180 Millionen nicht neue Bahnen gebaut, sondern nur die schon in Ufford gegebenen oder begonnenen Arbeiten vollendet, außerdem solche gebaut werden, die, wenn auch noch nicht begonnen, doch eine notwendige Vollendung der im

Bau begriffenen Linien darstellten. Dadurch sollte das Budget um 52 Millionen entlastet werden. Gegen alle Erwartung wurde diese Vorlage am 26. März ohne große Umstände genehmigt. Im Senat fanden die drei Vorlagen ebenfalls Zustimmung, jedoch nicht ohne daß Rudini darauf hingewiesen hatte, es sei unmöglich, das Heer auf eine andere Grundlage zu stellen; große Armeen seien noch immer die beste Friedensbürgschaft, wenn sie auch Lasten auferlegten.

Während der Osterferien des Parlaments versuchte Rudini, sein Finanzprogramm in der Regierung zur Entscheidung zu bringen. Es handelte sich um die Frage, wie der Ausfall des Budgets zu decken sei, der sich, mit Einrechnung der Summe für die teilweise Herstellung des Kleinkalibrigen Gewehrs, auf 40 Millionen belief. Der Kriegsminister weigerte sich, die außerordentlichen Ausgaben seiner Verwaltung durch weitere Ersparungen im Ordinarium auszugleichen; der Finanzminister Colombo hingegen bestand auf der Notwendigkeit, daß sich die Heeresverwaltung zu einem Opfer von 30 Millionen verstehen müsse. Im Ministerrate während der Nacht zum 14. April wurde Colombo überstimmt. Infolgedessen bat das ganze Ministerium Rudini um Entlassung. Der König nahm sie an, betraute aber wiederum Rudini mit der Neubildung des Kabinetts. Dieser versuchte, den früheren Schatzminister Giolitti zum Eintritt zu bewegen, aber dessen Verlangen, daß Nicotera als Minister fallen gelassen werde, konnte nicht erfüllt werden, weil das Ministerium Rudini den Ausdruck der parlamentarischen Koalitionsmehrheit gegen Crispi darstellte. Es wurde auch versucht, statt Pelloux den General Ricotti zum Kriegsminister zu machen, da er sich zutraute, große Ersparnisse zu machen, ohne die Wehrfähigkeit zu mindern, aber bei näherer Prüfung stellte sich heraus, daß eine wesentliche Herabsetzung der Streitkräfte die Folge hätte sein müssen. So trat denn am 21. April das bisherige Ministerium mit Ausnahme Colombos wieder ins Amt. Dessen Posten wurde dem Schatzminister Luzatti übertragen.

Das so geänderte Ministerium Rudini trat am 4. Mai vor die Deputiertenkammer und entwickelte sein neues Finanzprogramm. Hiernach sollte die Mehrforderung für die Militärausgaben auf neun Millionen beschränkt, das Militärbudget daher auf 246 Millionen festgesetzt werden. Der Gesamtausfall von 33 Millionen sollte gedeckt werden durch Ersparungen und durch Erhöhung der Einnahmen

mittels einer Erbschaftsteuer, eines Hypothekengesetzes und anderer Maßnahmen. Zu diesen gehörte in erster Reihe ein Gesetzesentwurf, wonach die Regierung zur Verminderung des Beamtenstandes auch da ermächtigt werden solle, wo es sonst eines besonderen Gesetzes bedurft hätte. Gegen dieses Programm erhob sich eine lebhaftere Opposition. Marinuzzi schilderte es als Nebel und Dunst, Imbriani tadelte einen ungebührlichen Einfluß des Ministers des königlichen Hauses und des Generalstabschefs auf die Krisis. Rudini verteidigte sich genügend und schloß mit den Worten: die Opposition sage stets nein; warum enthülle sie nicht ihren Rettungsplan? Phrasen seien keine Thaten. Am 5. Mai trat auch Giolitti gegen das Ministerium auf. Die Regierung, sagte er, wolle zuviel auf einmal, nachdem sie unthätig so lange Zeit habe verstreichen lassen; dem Lande dürften nicht neue Opfer zugemutet werden. Darauf wurde das Vertrauensvotum mit 193 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Infolgedessen trat das seit dem 9. Februar 1891 im Amt gewesene Ministerium Rudini zurück, und am 15. Mai wurde ein neues gebildet vom Abgeordneten Giovanni Giolitti, geboren am 27. Oktober 1842 zu Mondovi in Piemont. Er übernahm den Vorsitz, das Innere und vorläufig das Schatzministerium. Die Finanzen übernahm der Piemontese Elena; Justiz und Kultus Bonacci, ein fester Charakter und tüchtiger Fachmann; den Unterricht Martini, ein Lehrer und Schriftsteller aus Toscana; die öffentlichen Arbeiten Genala aus Cremona, der sich unter Garibaldi ausgezeichnet hatte; den Handel Lavaca aus der Basilicata, der ebenfalls für die italienische Einheit gekämpft hatte; die Posten übernahm Finocchiaro-Aprile aus Palermo; der bedeutendste war aber der neue Minister des Äußern, der Vizeadmiral Benedetto Brin aus Turin, Schöpfer der jetzigen Schiffskolosse Italiens und früherer Marineminister unter Cairoli und Crispi. Der Vizeadmiral Pacoret di Saint Bon und General Pelloux behielten ihre bisherigen Ämter. Es waren dies lauter Männer des linken Zentrums und der Linken. Durch Brin hoffte man der Gruppi Crispis sicher zu sein. Mißfällig wurde es aber von vornherein angesehen, daß die Hälfte der Minister aus Piemontesen bestand. Am 25. Mai legte Giolitti in beiden Kammern sein Programm vor. Hiernach sollte die Abhilfe der schweren finanziellen Krisis hauptsächlich durch Verwaltungsreformen bewirkt werden. Die

Militärausgaben sollten sich auf das zur Landesverteidigung durchaus notwendige Maß beschränken, der ordentliche Militäretat 230, der außerordentliche 16 Millionen nicht überschreiten. Die Bündnisse sollten beweisen, daß Italien „für Europa eine zuverlässige Gewähr der Erhaltung des Zustands der Ruhe“ biete. Die Rede wurde im Senat mit einigen höhnischen Bemerkungen erwidert, in der Deputiertenkammer blieb sie ohne jeden Beifall. Einige Radikale fielen sofort mit Vorwürfen über Giolitti her. Dieser verteidigte sich am 26. Mai, erlangte aber bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum nur 169 Stimmen gegen 160 bei 38 Stimmen Enthaltung. Das Ministerium bat daher um Entlassung, der König lehnte diese jedoch ab, und Giolitti fügte am 27. Mai dieser Mitteilung in der Kammer das Ersuchen hinzu, die dringendsten Vorlagen zu erledigen und das Budget provisorisch auf sechs Monate zu bewilligen. Darin lag die Andeutung der bevorstehenden Auflösung des Parlaments, und dies traf die Opposition wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel. Am 9. Juni wurde von der Kammer über die Frage eines provisorischen Budgets beraten. Die Kommission schlug vor, es nur für Juli zu bewilligen. Dann ergriff Imbriani das Wort, der wildeste der Opponenten, die durch Maßlosigkeiten Lärm zu erregen pflegten. Zustimmung, schrie er, wäre Selbstmord. „Sogar die Tiere fühlen Selbsterhaltungsbetrieb, sollen wir uns nicht wehren? Man könnte glauben, daß in unsere verfassungsmäßigen Gewalten ein rauher nordischer Geist gefahren sei. Ah, Viktor Emanuel, das war ein tüchtiger, braver, ehrlicher Mann, eine wahrhaft lateinische Seele.“ Auf die Unterbrechung seitens des Vorsitzenden, rief der Redner, die Hände in die Hüften gestemmt, zornig: „Lassen Sie mich reden! Die Männer, die jetzt am Ruder stehen, vertreten hier nichts als eine geheime unfaßbare Macht, die das Land umstrickt, erdroffelt, zu Grunde richtet. Wir werden sie abschütteln!“ Der um sein Mandat so besorgte Redner wurde zur Ordnung gerufen, während die Gegner jener nordischen Macht ihm Beifall zuriefen. Unter allgemeiner Spannung ergriff sodann der Ministerpräsident Giolitti das Wort. Er sagte: „Nach den Vorgängen vom 26. Mai können die Kammerdebatten keinen politischen Charakter mehr haben, kann die Regierung keinem Votum der Kammer mehr den Charakter eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums beimessen. Wir stehen vor der viel ein-

facheren Frage, wie für die Bedürfnisse der Staatsverwaltung in der nächsten Zeit zu sorgen ist. Ist es besser, die Stats administrativ für das ganze Jahr oder ein Provisorium von sechs Monaten zu bewilligen? Im ersteren Falle würde in einem Monate, ohne Erörterung des Regierungsprogramms, ohne politische Abstimmung das Budget bewilligt werden, welches das jetzige Ministerium nicht aufgestellt hat und für das es nicht verantwortlich ist. Es besteht das Dilemma, entweder die Budgets anzunehmen wie sie sind oder die Beratung der wichtigsten Fragen auf November zu verschieben.“ Diese Darlegung erschien allseitig so einleuchtend, daß die Opposition nichts zu erwidern wußte. Nur Bonghi warf die Frage auf, was Neuwahlen sollten, bevor man wisse, um was es sich handele; „wozu dieses Blindenspiel?“ Dieser Einwurf war ja in gewisser Weise richtig, verschwand aber vor der Thatsache, daß die Kammer selbst die politische Frage abgeschnitten hatte. Das entscheidende Wort aber sprach Fortis: „Es kann nicht davon die Rede sein, daß das Ministerium nicht das Vertrauen der Kammer besitze; ganz andere Fragen drängen sich dem öffentlichen Gewissen auf. Ein geordnetes Budget ist eine schöne Sache; es kann aber auch das tiefste Volkseelend grausam verhüllen, und damit muß es ein Ende haben. Man muß der Kammer und dem Volke die Wahrheit sagen. Man sagt, die Kriegsrüstungen Italiens ständen außer allem Verhältnisse zur Nationalwirtschaft. Ich glaube nicht an dieses italienische Elend. Sagen Sie den Wählern, daß man mit überflüssigen Präfecturen, Gymnasien, Universitäten, Landgerichten, Cassationshöfen aufräumen muß zum Wohle des Ganzen. Sagen Sie es, sonst werden Sie als dieselben Sklaven Ihrer Wahlbezirke zurückkehren, welche Sie jetzt sind. Die Koalitionen sind die schwärende Wunde, die Verneinung unseres parlamentarischen Lebens; mögen die Wahlen ihnen ein wohlverdientes Ende bereiten!“ Das war ein Wort von solcher Klarheit, Wahrheit und Schärfe, daß es die Kammer, obwohl sie sich in ihrem Gewissen getroffen fühlte, zu stürmischem Beifall hinriß, ein Zeichen, daß sie sich selbst nach Erlösung von jenem Boche sehnte und den geschilderten Sitz der Krankheit des Staates anerkannte. Unter diesem Eindruck und weil die Mehrheit es nicht verantworten zu können glaubte, ihre Nachfolgerin um eine Budgetberatung zu bringen, wurde das provisorische Budget bis zum Jahreschluß mit

201 gegen 189, und dann die Budgetvorlage im ganzen mit 256 gegen 72 Stimmen genehmigt. Die Kammer erteilte dann noch am 13. Juni der Regierung die Ermächtigung, einen Handelsvertrag mit Spanien bis zum 31. Dezember in Kraft treten zu lassen, und genehmigte einen Gesetzwurf über Reform der Wahlordnung. Am 15. Juni ermächtigte die Kammer ihren Präsidenten, dem Könige und der Königin einen Gruß zu ihrer Reise nach Potsdam zu entbieten. Den Schluß machte Imbriani, indem er unter vielem Lärm die Kammer eine ungetreue Verwahrerin der Volksrechte nannte. So schloß die Session.

Die Reise des Königspaares an den preussischen Hof (S. 115) erfolgte zur Erwidrung des letzten Besuchs des deutschen Kaisers in Monza (Nov. 1889) und erschien als neuer Beweis der Festigkeit des Dreibundes. Der Gemeinderat von Rom sandte am 24. Juni einen warmen Dank an den Oberbürgermeister von Berlin für den dem Königspaaire hier bereiteten Empfang. Dieses besuchte auf der Heimreise den königlich sächsischen Hof zu Strehlen bei Dresden, wo Königin Margarete ihre Kindheit zugebracht hatte, stattete am 25. Juni der Kaiserin Friedrich einen Besuch in Homburg ab und besichtigte das zwischen Frankfurt und Bockenheim aufgestellte erste hessische Husarenregiment, dessen Chef König Humbert ist. Dieser setzte sich nach der Parade an die Spitze des Regiments und führte es unter dem Jubel der Zuschauer in die Kaserne.

Neben und nach den parlamentarischen Kämpfen nahmen patriotische Festlichkeiten die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Es nahte die Zeit, an der vor 10 Jahren der Nationalheld Garibaldi aus dem Leben geschieden war. Am 27. Mai wurde ihm in Palermo ein Denkmal geweiht. Crispi hielt die Festrede, die mit der Versicherung schloß, nie würde Italien die Demütigung ertragen, als eine Nation von 31 Millionen für nichts zu zählen. Die Haupt-Erinnerungsfeier fand am 2. Juni auf der Insel Caprera statt. Von allen Städten an der italienischen Küste des Mittelmeers brachten Dampfer eine große Menge nach dem Eiland. Auf der mit diesem durch einen Damm verbundenen Insel Maddalena bildete sich ein großartiger Zug, in dem die roten Hemden der Garibaldiner leuchteten. Er bewegte sich mit seinen zahlreichen Fahnen langsam auf dem felsigen Terrain aufwärts zum Hause Garibaldis,

von dessen Familie hier erwartet. Man besuchte andächtig alle Zimmer des Hauses und kam um Mittag am Grabe an. Hier sprach der Abgeordnete Pais eindringliche Worte zum Festhalten an der Einheit, und der Radikale Cavalotti konnte es sich nicht versagen, seine schwungvolle Rede mit einem Ausfalle gegen den Dreibund zu schließen. Auch Irredentisten trieben hier Politik: Der Abgeordnete Barzilai überreichte dem Sohne Garibaldis einen Ehrensäbel ohne Scheide als Geschenk eines Komitees in Triest mit dem Wunsche, daß diese Waffe bald „in der Sonne der julischen Alpen blitzen möge“. Menotti nahm diese Kundgebung ebenso an wie ein Telegramm des Königs, in dem es hieß: „Das Andenken an den großen Geist Garibaldis, der jeden kleinlichen Parteikampf verachtete,“ werde stets die lebhafteste Flamme der Vaterlandsliebe beim italienischen Volke unterhalten. Übrigens wurde der Zudrang im Hause des Helden so stark, daß der Fußboden des Vorraums von dessen Sterbezimmer einstürzte, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. In einem gewissen Gegensatz zu diesen Festreden radikaler Färbung benutzte die monarchische Bevölkerung Roms die Feier des Verfassungsfestes am 5. Juni zu großen Huldigungen für den von der Parade zurückkehrenden König. Vom Quirinalplatz zogen die Vereine, die abwechselnd den Königsmarsch und die Garibaldihymne spielten, nach dem Platze, wo vor Garibaldis Büste dessen Todestag durch eine Rede des Professors Gallo gefeiert wurde. Daran schloß sich eine Feier auf dem Kapitolsplatz und abends ein Feuerwerk auf dem Pinciohügel. Zur Erinnerung an Italiens Teilnahme am Krimfeldzug im Jahre 1854 ward am 2. Juni in Turin in Gegenwart des Königs ein Denkmal enthüllt; Gedenkfeiern an die Schlachten bei Solferino, San Martino und Custoza im Jahre 1859 fanden am 24. Juni in Verona und Valeggio statt. Die Reihe der Festlichkeiten wurde durch einen heftigen Ausbruch des Atna unterbrochen. Am 9. Juli begann er nach starken Erdstößen mit dem Auswurf von Asche, deren Masse sich in Form eines großen Kegels erhob. Unter Unterbrechungen wurde bis zum 18. August eine Menge Steine bis zur Höhe von 160 Metern aus dem Krater geschleudert, während die Lava aus fünf Öffnungen strömte, jedoch nur Weinberge, nicht Ortschaften zerstörte.

Am 28. August fand in Livorno die feierliche Enthüllung eines

bronzenen Reiterstandbilds des Königs Viktor Emanuel statt. Dieser ist in der großen Uniform mit dem langen Waffenrocke und dem Schiffhute dargestellt, wie er damals üblich war. Zwei Reliefs zeigen die Abdankung Karl Alberts auf dem Schlachtfelde von Novara und Victor Emanuels Einzug in Rom 1870. König Humbert war anwesend und wurde in der Festrede des Bürgermeisters mit den Worten angeredet: „Sire, Italien ist frei und einig; es bleibt Ihnen vorbehalten, es groß und glücklich zu machen!“ Hieran schloß sich auf dem Stadthause die Enthüllung einer Büste des 1890 verstorbenen Bruders des Königs, des Prinzen Amadeus.

Große Vorbereitungen wurden seit Juli getroffen, um am Nationalfesttage des 4. September das weltgeschichtliche Ereignis zu feiern, daß im August vor 400 Jahren der Genuese Christoph Columbus seine Entdeckungsfahrt nach Amerika antrat. Zuerst erschien der Papst auf dem Plane, indem er am 19. Juli ein Rundschreiben an die Bischöfe von Spanien, Italien und Amerika erließ. Selten fände man, sagte er darin, in der Geschichte eine Sache, die so wie diese Feier geeignet sei, die Herzen zu entflammen und die Gnade Gottes zu erkennen. Wenige Männer seien dem Columbus vergleichbar, der Hunderttausende der Gefittung und dem Christentume zugeführt habe, ja einer seiner Hauptgründe zu der gefahrvollen Fahrt sei der katholische Glaube gewesen. Daß er dieser Kirche angehört habe, sei ein besonderer Grund, ihn zu verehren. Angeregt durch diese Rundgebung, veranstalteten am 7. August drei klerikale Wahlvereine in Rom einen feierlichen Aufzug nach dem Monte Pincio, um hier eine in dunkeln Vorbeerbüschen verborgene und halbvergessene Büste des Columbus mit Eichen- und Palmkränzen zu schmücken. Als nun bekannt wurde, daß die Päpstlichen zum ersten Male seit elf Jahren wieder mit Fahnen und klingendem Spiele aufziehen wollten, fühlten sich die Radikalen zu einer Gegenkundgebung angeregt. Aufgebracht über die im Zuge geführten Fahnen mit den päpstlichen Farben und durch einen mit entsprechenden Inschriften versehenen mächtigen Lorbeerkranz, den ein gelb und weiß gekleidetes Mädchen trug, versuchten sie durch Pfeifen, durch Hochrufe auf Giordano Bruno und durch Anstimmen der Garibaldihymne den Zug zu stören. Plötzlich flogen aus einem Hause grün-weiß-rote Fahnentücher heraus. Die Menge hißte sie

an Stöcke und zwang, unter stürmischem Jubel der Anwohner, die Pöpstlichen, hinter dem italienischen Banner zu marschieren. Dann liefen die Radikalen dem Zuge voran den Berg hinauf und bedeckten die Büste mit nationalen Fahnen. Die Polizei schritt ein, die Büste mußte freigegeben werden und erschien nun ohne Kopf. Dann zerrissen die Radikalen den Kranz und schrieten: „Weg mit den Landesverrätern, den Glaubensspekulanten!“ Nun wurden Truppen geholt, die den Park säuberten; päpstlicherseits wurde aber infolge dieser Vorgänge behauptet, sie bildeten einen neuen Beweis, daß die Regierung nicht im Stande sei, dem Papste eine sichere und ehrenvolle Residenz in Rom zu gewährleisten.

Erfreulicheren Verlauf nahmen die Hauptfestlichkeiten in Genua, die durch die Anwesenheit von 25 Schlachtschiffen fremder Nationen einen großartigen Anstrich erhielten. Oesterreich sandte drei Schiffe, Deutschland eins, den Kreuzer „Prinzessin Wilhelm“, Großbritannien drei, Frankreich vier, Spanien fünf, Portugal eine Korvette, Rumänien zwei Kreuzer, Holland einen Kreuzer, Griechenland ein Panzerschiff, Nordamerika einen Kreuzer, Argentinien ein Panzerschiff und einen Kreuzer, Mexiko ein Schulschiff. Mit besonderem Jubel wurden die französischen Schiffe begrüßt, wie wenn die natürliche Hinneigung zu der verwandten Nation, von lange getragenen Verstandesdrucke befreit, einen Ausdruck hätte finden wollen. Selbst Blätter wie die „Tribuna“ schwärmten plötzlich für Beseitigung des Dreibunds, von dem sie früher begeistert waren. Die Schiffe waren schon seit Ende August im Vorhafen Genuas versammelt und gewährten in Verbindung mit den italienischen einen großartigen Anblick. Die Festlichkeiten begannen am 4. September mit der Eröffnung einer Ausstellung aller Erzeugnisse, die im Warenaustausch zwischen Italien und Amerika den ersten Platz einnehmen. Sie fand in der Ebene am Bisagnoflusse statt, wo auch „das Ei des Columbus“ aufgestellt war, ein Holzgebäude in Form eines 25 Meter hohen Eies, in dem ein dreistöckiges Restaurant eingerichtet war. Am 7. September wurde auch eine geographische Ausstellung eröffnet. Die Ankunft des Königs-paares mit dem Prinzen von Neapel, dem Grafen von Turin und dem Herzoge von Genua bildete den Glanz- und Höhepunkt. Sie kamen von La Spezia auf dem Panzer „Savoia“, begleitet von 4 Torpedoboten sowie den Riesenpanzern „Lepanto“, „Andrea Doria“ und

„Dutilio“. Auf das Zeichen der Ankunft sandten zunächst die beiden im Hafen liegenden Divisionen der Kriegsschiffe ihren Gruß dem Kriegsherrn zu, und gleichzeitig fuhren Hunderte von Barken und Dampfern dem Könige entgegen. Dann machten alle Fahrzeuge auf der Rhebe Halt, und die „Savoia“ mit dem dunkelblauen Königswimpel dampfte allein langsam in die breite von den Kriegsschiffen der 13 Nationen gebildete Triumphstraße. Die Salutschüsse erdröhnten, und die Bemannungen der Schiffe in ihren bunten festlichen Anzügen salutierten in Raaen und Wanten. Dazu das „Evviva!“ der zahlreichen aus ganz Italien herbeigeströmten Menge am Ufer, das Ganze ein prächtiges Bild, ein überwältigender Vorgang. Unter dem Geläute der Glocken hielt sodann die königliche Familie ihren Einzug in Genua. Am 9. September empfing der König die Admirale der fremden Kriegsschiffe. Admiral Kieunier überreichte ein Schreiben des Präsidenten Carnot, worauf der König erwiderte, die französische Regierung habe durch Sendung der Schiffe „den Beweis einer Freundschaft gegeben, die uns teuer ist und die unseren Gefühlen lebhafter Sympathie für Frankreich entspricht.“ Der rumänische Admiral übergab ebenfalls ein Schreiben seines Königs. In seiner Antwort deutete König Humbert an, daß Rumänien denselben Ursprung wie Italien habe. Abends gab die Stadt eine große Soiree. Am 10. September fand ein Festzug statt, der die Rückkehr des Columbus nach der Entdeckung Amerikas darstellte. Folgenden Tags nahm die königliche Familie an einer Soiree teil, die der Abg. Raggio in seinem mittelalterlichen Schlosse zu Cornigliano bei Genua gab, und am 12. September erschien der König an Bord jedes der fremden Admiralschiffe, zuerst auf dem französischen, weil Kieunier der ranghöchste der fremden Marine-Offiziere und zugleich außerordentlicher Botschafter war. Aus diesem Grunde erhielt er auch das Großkreuz des Mauritius- und Lazarus-Ordens. Diese scheinbaren Bevorzugungen erweckten in der Menge, sowohl in Italien als in Frankreich, den Gedanken, daß eine politische Annäherung im Anzuge sei, und die lärmhafte Presse beider Teile war beflissen, diese Vorstellung zu nähren. Das Mailänder radikale „Secolo“ behauptete sogar, die Hurrarufe, mit denen die französischen Mannschaften die „Savoia“ begrüßten, seien so laut gewesen, daß man sie durch den Kanonendonner habe vernehmen können, und es meinte, von nun an herrsche in Italien Neue über den An-

schluß an den Dreibund. Und der Pariser „*Matin*“ lieferte eine Schilderung, wie das französische Geschwader den eigentlichen Anziehungspunkt bilde; die Franzosen seien in Genua die Löwen des Tages, um die anderen kümmern man sich gar nicht. Eine Reihe anderer französischer Blätter suchte die Festlichkeit überhaupt ganz für Frankreich in Beschlag zu nehmen, sodaß von Columbus keine Rede mehr war. Gemäßigte italienische Blätter wiesen demgegenüber darauf hin, daß es eine grausame Täuschung sei, in den der französischen Flotte zu teil gewordenen Ehren mehr als die Erwiderung einer Höflichkeit zu erblicken. „*Popolo romano*“ wies insbesondere darauf hin, daß die Bündnisse keinen nachteiligen Einfluß auf die Sonderbeziehungen der einzelnen Staaten übten, und die „*Tribuna*“ sagte stolz, die Fremden hätten in Genua gesehen, daß Italien noch nicht ganz der Bettelarmut verfallen sei trotz des handelspolitischen Kampfs, den Frankreich seit einem halben Jahrzehnt gegen Italien führe, um es wegen des Dreibunds zu strafen. Allerdings bildeten die Nachteile dieses Kampfs den tiefsten Grund der Unzufriedenheit in Italien, und manche erhofften von den Tagen von Genua eine Milderung dieses Gegensatzes. Während man in Frankreich über das eine deutsche Schiff spottete, das kaum beachtet werde, fehlte es andererseits nicht an dem Hinweis, daß gerade Deutschland der italienischen Freundesversicherungen nicht bedürfe, daß vielmehr die demonstrative Höflichkeit gegen die Franzosen den hierdurch nicht zu beseitigenden Interessengegensatz verhülle. Endlich bezeichnete das Organ *Giolittis*, die „*Gazetta piemontese*“, den Gedanken an eine Änderung der auswärtigen Politik als abgeschmackt; grade der jetzige Minister des Außern, Brin, habe 1891 die Genehmigung der Erneuerung des Dreibunds beantragt. Admiral Rieunier empfing eine Adresse von 300 Arbeitervereinen, in welcher die Verbrüderung der beiden Nationen hervorgehoben war, und veranstaltete am 13. September auf dem „*Formidabile*“ einen Ball zu Ehren des Königspaares. Dieses reiste am 15. nach Monza, die französische Flotte segelte am 17. ab. Der Jahrestag des Einzugs der italienischen Truppen in Rom wurde am 4. September hier und in den Provinzen festlich begangen, in Pisa durch Enthüllung eines Reiterstandbildes Viktor Emanuels in Gegenwart des Prinzen von Neapel. Auf ein Huldigungstelegramm des Bürgermeisters von Rom antwortete der König: in den Festen von

Genua habe die Nation, wie er, nicht nur eine Huldigung vor dem italienischen Genius erblickt, sondern auch die Weihe der unlöslichen Einheit Italiens und die Bürgerschaft eines Friedens, der sich in dem Austausch loyaler Gesinnungen kräftige.

Vor der friedlichen Ankunft der amerikanischen Schiffe in Genua waren die Mißhelligkeiten beigelegt, in die Italien mit der nordamerikanischen Union und mit Brasilien geraten war. Wegen der Vorfälle in New-Orleans am 14. März 1891 waren im April wieder Noten ausgetauscht und dann seitens der Regierung in Washington 125 000 Frs. zur Verteilung an die Familien der damals umgekommenen Italiener ausbezahlt. Für eine schwere Beschimpfung der Mannschaft des italienischen Handelsschiffs „Mentana“ durch die Polizei zu Santos, der Haupthandelsstadt der Provinz Sao Pãolo, erklärte sich die brasilianische Regierung im Juni zu jeder Genugthuung bereit, nicht ohne Rücksicht auf die große Bedeutung der zahlreichen Italiener in jener Provinz und ihres blühenden Handels.

Am 7. Juli wurde Bernardino Grimaldi, ein Freund Rudinis, zum Schatzminister und an Stelle des krankheitshalber ausscheidenden Ellena vorläufig auch zum Finanzminister ernannt. Die Wahl fiel auf diesen Südländer, um ein Gegengewicht gegen die Behauptung von der Regierung der fünf Piemontesen zu haben. Der Unterrichtsminister Martini sprach sich im Juli in einem Erlaß an die Leiter aller höheren Schulen gegen die Pedanterie, die geistige und moralische Tortur aus, wie sie seither noch allzusehr beim klassischen Unterricht in den italienischen Schulen gang und gäbe war. Die Minister Giolitti und Genala wohnten am 18. Juli in Turin einer Festigung des allgemeinen Arbeitervereins bei. Ersterer hob hier in einer Ansprache hervor, die Politik der Regierung beruhe auf Grundsätzen, welche dazu beitragen würden, die Lage der Arbeiter zu heben, und in der auswärtigen Politik verfolge die Regierung nur das einzige Ziel, die Erhaltung des Friedens und die Herstellung herzlicher Beziehungen zu allen benachbarten Völkern. Minister Genala sagte am 23. September in einer Rede zu Cremona, die Italien heimsuchende Krisis sei eine Wirkung der allgemeinen Krisis, welche in Italien noch durch die Baukrisis, das Finanzelend Südamerikas und durch Ausgaben verschärft sei, die als Folge früherer Gesetze das Budget belasteten. Gewiß sei es eine schmerzliche Notwendigkeit ge-

wesen, zu derselben Zeit, wo Italien ein 4 Milliarden betragendes Bautenprogramm aufgestellt habe, die Militärausgaben zu erhöhen; aber ein Fehler wäre es, zu glauben, dies sei eine Folge des Dreibunds; die allgemeinen Verhältnisse in Europa drängten alle Staaten zu Rüstungen, sogar die Schweiz, die niemand bedrohe, rüste in größerem Maßstabe als Italien. Zur völligen Regelung der Finanzlage sei die Durchführung organischer Reformen und eine Dezentralisation erforderlich.

Der Ministerrat beschloß am 8. Oktober, dem Könige die Auflösung der im November 1890 gewählten Abgeordnetenkammer vorzuschlagen. Giolitti begab sich darauf zum Könige nach Monza und legte ihm einen das neue gesetzgeberische Programm enthaltenden Bericht vor, welcher dem Erlasse wegen der Auflösung voranging. Dieses Programm war ausschließlich finanziellen Inhalts. Die wichtigsten Maßregeln, durch die das Gleichgewicht erzielt werden sollte, bestanden in einer Erleichterung der Pensionslast und in der Einführung des Petroleummonopols. Eine Steuerreform und Reformen verschiedenartiger Verwaltungszweige, um sie billiger zu gestalten, wurden in Aussicht gestellt. Was die beabsichtigte Umgestaltung des Pensionswesens betrifft, so sollte mit der 72 782 000 Lire betragenden Schuld des Staats an Ruhegehältern durch Verteilung der Ausgabe auf eine längere Reihe von Jahren aufgeräumt werden. Infolge dieser Maßnahmen werde das Budget für 1892/93 mit einem Überschuß von 6 Millionen, das für 1893/94 im Gleichgewicht abschließen. Die Wahlbewegung war recht lebhaft, in Süd-Italien mehrfach stürmisch. Von sachlicher Bedeutung war dabei das Hervortreten zahlreicher gegenwärtiger und früherer Minister. Der frühere Finanzminister Colombo sagte in seiner Wahlrede zu Mailand am 7. Oktober, binnen drei Jahren könnten Ersparnisse bis zu 30 Millionen im Kriegsbudget und bis zu 40 Millionen in den andern Budgets vorbereitet werden. Erstere gedachte er durch eine organische Reform des Heeres herbeigeführt zu sehen und verstand darunter eine Heeresverminderung um zwei Armeekorps. Dies sei möglich, wenn die Großmachtpolitik aufgegeben würde. Der Zufall wollte aber, daß an demselben Tage, an dem diese Forderung aufgestellt wurde, der französische Staatsmann Ferry in einer Rede über Frankreichs Kolonialpolitik feststellte, daß Frankreichs Festsetzung in Tunis, die in Italien so böses Blut

gemacht, nur möglich gewesen war, weil Italien damals vereinzelt da stand. Ausdrückliche Widerlegung fand Colombos Vorschlag in einer vom Kriegsminister Pelloux am 20. Oktober in Livorno gehaltenen Rede. Er wies eindringlich darauf hin, daß die Grundlage der militärischen Organisation unverändert bleiben müsse. Die Ersparungen im Kriegsbudget hätten in den letzten Jahren 19 Millionen betragen; noch mehr zu ersparen, sei schwierig, eine Politik der Isolierung Italiens würde nur größere Ausgaben verursachen, während der Dreibund ohne Einfluß auf diese Ausgaben sei. Nicht minder kräftig wurde Colombo vom früheren Minister Zanardelli, einem Führer der Linken, in einer Wahlrede zu Iseo bei Brescia zurückgewiesen. Eine Thorheit nannte er es, und ein Verbrechen, angesichts der Riesenheere der fremden Staaten die Verteidigungskraft des Landes zu schwächen. Daß neben den Bündnissen auch die Freundschaft für die anderen Staaten in Italien lebendig sei, zeige die Flottenrevue von Genua. Im gleichen Sinne sprach sich der vorige Ministerpräsident di Rudini in einem Schreiben an seine Wähler zu Cascamo aus. Beschwichtigend suchte er auch nachzuweisen, daß er die Beziehungen zu Rußland freundlicher gestaltet und in Frankreich das Mißtrauen gegen Italien zerstreut habe. Wesentlich vervollständigt wurden diese Darlegungen der äußeren Politik im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Landes durch eine Rede des Ministers des Außern, Brin, am 27. Oktober vor seinen Wählern zu Turin. Er führte Savours Ausspruch an: „Die sicherste Stütze der Volksrechte sind starke Bataillone und gute Verbündete.“ Es gebe, meinte er ferner, kein friedlicheres Land und keins, das mehr zur Erhaltung des Friedens beigetragen habe, als Italien. Seine klare und kräftig durchgeführte Friedenspolitik habe ihm überall Vertrauen erworben und erhalte ihm namentlich die Freundschaft mit England, auf die Italien zu rechnen pflege. Nun kam auch der Justizminister Bonacci an die Reihe, der am 29. Oktober in einer Rede zu Rom entwickelte, daß das Land durch seine Gesetze genügend in den Stand gesetzt sei, Übergriffe der Geistlichkeit zu unterdrücken. Der frühere Minister Miceli wandte sich am 30. Oktober in einer Rede zu Cosenza besonders gegen diejenigen, die das Defizit dem Dreibund zuschreiben. Gleichzeitig suchte der frühere Minister Villa in einer Rede zu Villanova d'Asti auszuführen, daß grade Italiens Beitritt zum Bunde mit Oesterreich und Deutschland viel zur Erhaltung

des Friedens beigetragen habe. Endlich ließ sich der Ministerpräsident Giolitti vernehmen. Bei einem ihm im Palast der schönen Künste zu Rom gegebenen Festmahl führte er vor einer von 70 Senatoren und 100 Abgeordneten besuchten zahlreichen Versammlung den ganzen Finanzplan näher aus und rief dann unter allgemeinem Beifall: „Wir haben nicht an der Zukunft verzweifelt, als wir eine Unterbilanz von 500 Millionen und den Zwangskurs hatten, das Goldagio auf 20 % gestiegen war, Österreich als unser Feind in Venetien stand, Rom von feindlichen Truppen besetzt war, und wir sollten jetzt auf unsern Platz in der Welt verzichten, weil wir einen Fehlbetrag von 20 bis 30 Millionen haben und das Agio 4 % beträgt?“

Nicht vergebens hatten die Staatsmänner das Volk über die innere und äußere Lage ausführlich unterrichtet und beruhigt. Freilich beteiligte sich an den Wahlen vom 6. und 12. November nur der vierte Teil der Wähler, das Ergebnis bedeutete aber einen glänzenden Sieg des Ministeriums Giolitti. Die ministeriellen Blätter berechneten diese Mehrheit auf 370 gegenüber einer Opposition von 122 und 11 unsicheren Stimmen. Das Ergebnis enthielt zudem eine vollständige Niederlage der unveröhnlichen Radikalen. Cavalotti, Canzio, Ferraro unterlagen, also gerade diejenigen Mitglieder der äußersten Linken, die mit besonderer Überhebung und Hartnäckigkeit sich zu lärmenden Wortführern aufgeworfen hatten; ihr Genosse Imbriani kam nur mit vier Stimmen Mehrheit durch. Die Ausmerzungen dieser Franzosenfreunde in Verbindung mit der Niederlage, die der durch seine Angriffe gegen den Dreibund bekannte Bonghi von der Rechten bei den Haupt- und den Stichwahlen erlitt, bedeuteten ohne Zweifel eine Gutheißung der Dreibundspolitik. Zu einem Drittel wurde die Kammer völlig erneuert, ein Fall, wie er seit 1876 nicht vorgekommen war.

Das neue Parlament trat am 23. November zusammen. Bei der Fahrt zum Parlamentsgebäude wurden der König, die Königin und die Prinzen von der Volksmenge aufs lebhafteste begrüßt und beim Eintritt in den Sitzungssaal mit Zurufen empfangen. In der Thronrede sprach der König zunächst von der auswärtigen Politik. „Das seinem Ablauf entgegengehende Jahr wird auf lange Zeit in unserer Geschichte ein denkwürdiges bleiben. Mein Herz ist noch erfüllt von unvergeßlicher Bewegung über die Huldigungen,

welche die Vertreter der meisten Nationen der zivilisierten Welt mir kürzlich in Genua dargebracht haben. Ich erblicke darin ein Zeugnis dafür, daß Italien sich so behauptet wie seit seiner Wiederherstellung als Nation, als eine nie ermüdende Stütze der Eintracht und des Friedens. Meine Regierung ist mit den verbündeten Regierungen in wachsender Sorgfalt bemüht, Europa vor jeder Gelegenheit einer Zwietracht zu bewahren.“ Weiterhin hieß es in der Thronrede, das Gleichgewicht im Budget werde ohne Erschwerung für die Steuerträger hergestellt werden, und nach Ankündigung verschiedener Reformen schloß die Rede mit den Worten: „König Viktor Emanuel konnte mit Vorliebe den Ehrgeiz hegen, den Italienern ein Vaterland zu geben und seine Wünsche in unserm Rom zu verwirklichen. Ich hege den Ehrgeiz, meinen Namen an die wirtschaftliche und intellektuelle Wiedergeburt des Landes zu knüpfen, mein teures Italien stark, blühend und groß zu sehen, wie es jenen vorschwebte, die dafür litten und starben.“ Die Rede machte den befriedigendsten Eindruck; fast jeder ihrer Absätze wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen und ein Jubel, der nicht schien enden zu wollen, folgte ihr nach. Der König war durch die erhebende Huldigung wahrhaft erschüttert. Nachdem er sich entfernt hatte, erhielten die Minister persönlich erhebende Beweise des Vertrauens. Die Deputiertenkammer wählte den früheren Minister Zanardelli zum Präsidenten. Die Beratung der Adresse auf die Thronrede war ohne Bedeutung, jedoch kam es bei Beratung des Etats des Auswärtigen zu Erörterungen über den Dreibund. Lucifero erwähnte, seit einiger Zeit spreche man von einer Verringerung des guten Einverständnisses unter den Verbündeten, er glaube jedoch nicht daran und meine, jeder Grund zur Unbeliebtheit des Dreibunds sei geschwunden, denn es sei erwiesen, daß er die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erschwert habe. Der Minister des Außern, Brin, wies jenes Gerücht zurück und bemerkte, die Verbündeten hätten den festen gemeinsamen Vorsatz, alles aufzubieten, um Zwistigkeiten auszugleichen oder zu vermeiden. Der Umstand, daß Deutschland nur ein Kriegsschiff zur Columbusfeier nach Genua gesandt, habe keine politische Bedeutung; die bedeutend größere Vertretung Frankreichs dort erkläre sich daraus, daß dieses den Anlaß habe benutzen wollen, in Erwiderung der seitens der italienischen Marine dem Präsidenten Carnot in Toulon dargebrachten

Huldigung den König zu begrüßen. Die Entsendung der Kriegsschiffe sei vorher unter den Mächten ohne alle Rivalität geregelt worden. Jedes Zeichen von Besserung der Beziehungen Italiens zu anderen Mächten werde von dessen Verbündeten als ein Erfolg ihrer gemeinsamen Politik günstig aufgenommen. Das große Vertrauen der Kammer zum gesamten Ministerium überhaupt fand am 19. und 20. Dezember entschiedenen Ausdruck durch rasche Annahme von Gesekentwürfen über Verlängerung des provisorischen Budgets und über Verlängerung des Bankprivilegs, vor allem aber durch die große Mehrheit von 299 gegen 86 Stimmen für eine durch Angriffe Nicoteras hervorgerufene Vertrauenserklärung. Eigentümlich war ein gewisser Gegensatz, in den der Senat zur Regierung geriet. Mit 69 gegen 52 Stimmen lehnte er am 30. November einen der neuernannten Senatoren, den Sizilianer Zuccaro-Floresta ab, der früher eins der treuesten Werkzeuge der Bourbonen gewesen war. Dem Senat steht allerdings das Recht zu, die Bestätigung zu versagen, wenn die Titel für die Wählbarkeit nicht klar genug sind; dagegen ist es doch sehr fraglich, ob der Senat in anderen Fällen, also auch in diesem Falle, das königliche Ernennungsrecht illusorisch machen darf. Der Ministerpräsident gab daher am 1. Dezember die Erklärung ab, jener Beschluß lege der Regierung die ernsteste Pflicht auf, die Frage umfänglich zu prüfen.

Seit geraumer Zeit rüstete man sich in allen Landesteilen zu einer würdigen Feier der silbernen Hochzeit des Königs paars am 22. April 1893. Da sprach nun der König im Oktober durch einen Erlaß an den Minister Giolitti den Wunsch aus, daß jedes derartige Geschenk unterlassen und der Tag nur Anlaß zu Werken der Wohlthätigkeit bieten möge. In den ersten Oktobertagen fand in Turin eine Hochzeit im Hause Savoyen statt: es war die älteste Tochter des Prinzen Eugen aus der Seitenlinie Carignan, die sich mit dem Artilleriehauptmann Nasti vermählte, vom Könige mit einer reichen Mitgift bedacht. Das Königspaar begrüßte am 15. Oktober in Mailand die Kaiserin Friedrich auf ihrer Reise nach Venedig. Im November erließ es in seinem weitgehenden gemeinnützigen Sinn ein Preisauschreiben für einen Wettbewerb bezüglich der Herstellung von vervollkommeneten Einrichtungen auf dem Gebiete der Verwundeten- und Krankenpflege. In Padua fand am 7. Dezember

eine Gedektfeyer der Univerſität für Galilei ſtatt, der vor 300 Jahren ſeine Inauguralrede hier gehalten hat.

Papſt Leo XIII. empfing am Neujahrstage Vertreter der katholiſchen Arbeitervereine Deutſchlands, die eine Adreſſe überreichten. Wie ſehr dieſe ihn erfreute, drückte er am 26. Januar in einem Schreiben an den Kardinal Melchers aus. Die Gefinnungen dieſer Vereine entſprächen wunderbar der Hoffnung, von der er bei Abfaſſung der Enklyklica vom 17. Mai 1891 über die Lage der Arbeiter geleitet geweſen ſei, zumal „das Sinnen und Trachten des erhabenen Fürſten, der das Deutſche Reich regiert, ſtändig auf Herſtellung des ſozialen Friedens gerichtet iſt und die vor kurzem gegebenen Geſetze darauf abzielen, das Heil und Wohlergehen der Arbeiter zu fördern.“ Einen für den Papſt recht peinlichen Verlauf nahm die Frage wegen der Verwaltung des ſog. Peterspfennigs. Deſſen Verwalter, Monſ. Folchi, wurde von einem päpſtlichen Räte großer Veruntreuungen ſchuldig befunden, trat dann aber zu ſeiner Verteidigung vor den Papſt mit einer Denſchrift, in der er die im Kaſſenweſen des Vatikans herrſchende Unordnung ſchilderte und nachwies, daß dieſe Gelder vorzugsweiſe in den römischen Bauſpekulationen angelegt, ſowie vielen römischen Adeligen und Geſchäftsleuten, die vom Gründungsfieber erfaßt waren, geliehen worden ſeien. Durch Entwertung der angekauften Papiere ſeien etwa 15 Millionen Lire verloren. Nachdem dieſe Denſchrift an die Öffentlichkeit gelangt war, wieſen italieniſche Blätter darauf hin, daß der Papſt hierdurch gewiſſermaßen ſeinem Vertrauen in die Unveränderlichkeit der jetzigen Lage Italiens Ausdruck verliehen habe, warfen aber auch die Frage auf, welchen Eindruck dieſe Enthüllungen auf die frommen Spender machen müßten, die immer von der großen Bedürftigkeit des Papſtes gehört hätten. Einige Überraschung rief es hervor, daß an Stelle des verſtorbenen Kardinals Simeoni der Kardinal Ledochowski zum Präſekten der „Kongregation für Ausbreitung des Glaubens“ ernannt wurde, denn man glaubte darin einen Sieg der unverſöhnlichen Partei und der Gegner des Dreibunds erblicken zu müſſen. Die vom Papſte am 20. Februar an die Biſchöfe und alle Katholiken Frankreichs gerichtete Aufforderung, ſich aufrichtig der Republik anzuschließen, iſt unter „Frankreich“ näher (S. 269) berührt. Am 1. März brachte das Kardinalskolleg dem Papſte ſeine Glückwünſche zum

82. Geburtstage dar. Er antwortete, er habe, gleichwie Innocenz III., alle Bemühungen auf die Unabhängigkeit der Kirche gerichtet und werde den Rest seines Lebens dieser schwierigen Aufgabe widmen. Am 13. Mai wurde im Vatikan der 100. Geburtstag Papst Pius' IX. gefeiert, und am Pfingstfeste vollzog Papst Leo die Weihe der goldenen Rose als Geschenk für die Königin Amalie von Portugal, Tochter des königlichen Prätendenten von Frankreich. Die Versöhnungspartei im Vatikan erlitt im Juli durch das Ableben des von ihr zum zukünftigen Papst ausersehenen Kardinals Battaglini zu Bologna einen schweren Stoß. Am 8. September erließ der Papst eine Enklyklika über „den heiligen Rosenkranz“. Die Wahl eines neuen Generals des Jesuitenordens an Stelle des verstorbenen Anderledy wurde am 2. Oktober im Hause des Ordensstifters Loyola zu Azeitia in Biscaya von den Vertretern der fünf Ordensprovinzen vollzogen. Sie fiel auf den Spanier Pater Luis Martin, früheren Leiter der klerikalen Zeitung „das heilige Herz“ in Bilbao, der 1877 Rektor der Universität Salamanca gewesen war. Er wird seinen Sitz in Fiesole bei Florenz nehmen und wurde vom Papst am 12. Oktober mittels besonderen Breves begrüßt. Zwei Tage später empfing der Papst die Vorsteher aller Trappistenklöster, die sich in Rom versammelt hatten, um die Vereinigung ihrer Kongregationen zu einem einzigen Orden vorzunehmen. Die von ihm hierbei gehaltene Rede enthielt eine scharfe Verurteilung der französischen Revolution. Das befremdete insofern, als der Papst erst kürzlich mit Entschiedenheit den französischen Katholiken das Gebot auferlegt hatte, sich der Republik anzuschließen, die sich die Durchführung der Grundsätze dieser Revolution zur Aufgabe macht. Wie wenig er übrigens hiermit in Frankreich ausgerichtet hat, ging aus einem Breve hervor, das er im November an den Bischof von Orleans richtete. Er klagte darin, daß alle seine Bemühungen für den inneren Frieden dieses Landes eine Steigerung der Wut bei der die Kirche verfolgenden Partei hervorgerufen zu haben schienen. Dem ihm am 6. November besuchenden Großfürsten Sergius sprach der Papst wiederholt die Hoffnung auf noch bessere Gestaltung seiner Beziehungen zu Rußland aus, während der Großfürst sich sehr zurückhielt. Unterm 8. Dezember erließ der Papst ein Schreiben an die italienischen Bischöfe und eins an das italienische Volk. In beiden erhob er lebhaft Klage

über den Einfluß der Freimaurerei auf das geistige und religiös-sittliche Leben. Indem er überall das aufrührerische und gottleugnende Wirken dieser Sekte vermutete, sah er ringsum nur Zeichen des traurigsten Zerfalls. Als Antwort hierauf fand am 18. Dezember in Neapel ein großes freimaurerisches Festmahl statt, bei dem der Großmeister die befreiende sittliche Arbeit der Freimaurerei dem rückschrittlichen Streben des Klerikalismus und des Vatikans entgegenstellte. „In der alten Papstburg,“ sagte er, „lebt und dräut noch, bewahrt mit Syllabus, das barbarische Mittelalter, in den Logen lebt die Jugendkraft der Neuzeit.“

Aus der Totenliste Italiens führen wir folgende Personen an: Am 14. Januar starb in Rom der 75jährige Kardinal Johannes Simeoni, früher Hausprälat, dann Kammerherr des vorigen Papstes, 1875 Nachfolger Antonellis als päpstlicher Staatssekretär, seit 1878 Generalpräsekt der Propaganda. Ihm folgte am 19. Januar Antonius Anderledy, seit 1884 als Nachfolger Beckr's General der Gesellschaft Jesu. Er stammte aus Brieg in der Schweiz, gehörte seit 1838 dem Orden an und wirkte früher in Piemont, Amerika, Baiern, Ermland, Köln, Paderborn und Maria-Laach; er wurde 73 Jahre alt und starb zu Fiesole bei Florenz infolge von Infuenza. In Berlin starb am 7. Februar der Graf de Launay, seit 1855 Geschäftsträger Sardinien's, dann Gesandter Italiens am preussischen Hofe, der stets bestrebt war, das gute Verhältnis zwischen beiden Staaten zu erhalten. Emilio Broglio, Verschwörungsgenosse Manins, Sekretär der provisorischen Regierung von 1848, Freund und Mitkämpfer Cavour's, starb am 19. Februar und wurde in würdiger Weise auf Staatskosten beerdigt. Am 23. Februar starb in Rom Gaspar Merillod, seit 1890 Kardinal, 1872 viel genannt im Streite der Schweiz mit dem Papste über die Errichtung eines von Lausanne getrennten Bistums Genf. Am 6. April starb in Rom der Senator Isacco Pesaro-Maurogonato, der 1849 mit Manin den Aufstand Venedigs gegen die österreichische Herrschaft ins Werk setzte und Leiter der Kämpfe um die Lagunenforts war. Um dieselbe Zeit verlor Italien einen der vorzüglichsten Generale, den Grafen Giuseppe Pianell, der in Verona starb. In den Wirren von 1860 hatte er das ihm vom König von Neapel angebotene Kriegsministerium abgelehnt, war von Cavour in das piemontesische Heer aufgenommen

und bewahrte in der Schlacht bei Custoza die Italiener vor völliger Vernichtung, indem er den Österreichern in die Flanke fiel. Das Andenken an den am 2. März gestorbenen sardinischen Abgeordneten Ferracciu wurde von der Deputiertenkammer sehr geehrt; er war 1849 als junger Professor an der Universität Sassari in der Kammer des Königreichs Sardinien für die Unabhängigkeit Italiens eingetreten und war später Marine-, ein anderes Mal Justizminister. Am 8. Juli starb Kardinal Battaglini in Bologna. Nach langer Krankheit starb am 8. September in Livorno der Senator General Enrico Cialdini, 81 Jahre alt, der 1860 die Päpstlichen unter Lamoriciere bei Castelfidardo schlug, Gaeta eroberte und 1862 gegen den aufständischen Garibaldi nach Sicilien geschickt wurde. Er ward 1866 Chef des Generalstabs, begleitete 1870 den Herzog Amadeus nach Madrid, wurde bei diesem Könige Gesandter Italiens, erhielt 1873 den Titel eines Herzogs von Gaeta und vertrat 1876—81 Italien in Paris. 1870 war er der einzige Abgeordnete, der den Franzosen Hilfe geleistet haben wollte. In einer sehr schlechten Mietwohnung im vierten Stock eines Hauses der Rue Montaigne zu Paris starb am 24. September 65jährig Franz de Paula von Bourbon, Graf v. Trapani, Halbbruder Ferdinands II. beider Sicilien. Mehrere entthronte Familien wurden hierdurch betroffen, denn der Graf war Oheim des Exkönigs Franz II., des Grafen Chambord, der Exkönigin Isabella von Spanien, des früheren Großherzogs von Toscana und der aus Brasilien verbannten Gräfin v. Eu, Tochter Dom Pedros II. Er lebte seit 1871 zu Paris in der Hoffnung einer Zurückführung seiner Familie auf den Thron von Neapel. Durch den Tod des Kardinals D'Annibale stieg die Zahl der unter dem jetzigen Papst verstorbenen Purpurträger auf 83. Der am 13. November in Turin verschiedene General Bertolo Viale war 1866 und 1887 Kriegsminister sowie eng befreundet mit dem vorigen Könige. Die Bestattung erfolgte auf Kosten des Staats und des königlichen Hauses. Am 26. November verschied der Marineminister Pacoret di Saint Bon, dadurch verdient, daß er den Gedanken der Schöpfung einer großen modernen Flotte populär gemacht hatte. Zum Nachfolger erhielt er den Vizeadmiral Macchia.

Spanien und Portugal.

Am 1. Januar wurde in Madrid der neue Zolltarif verkündigt, wonach der Minimaltarif auf alle Länder Anwendung finden soll, welche Spanien die günstigsten Bedingungen ihres Tarifs zugestehen. Die neuen Tarife sollen für diejenigen Länder geändert werden können, welche außerordentliche Zugeständnisse machen, nur ein Nachlaß des Zolles für Alkohol und andere Spirituosen soll nicht stattfinden. Bald darauf erteilten die Cortes der Regierung die Ermächtigung, die am 1. Februar erlöschenden Handelsverträge bis zum 30. Juni zu verlängern und während dieser Zeit provisorisch handelspolitische Vereinbarungen zu treffen. Zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge und zur Beratung von deren Grundlagen mit den Vertretern der fremden Mächte wurde im Februar eine Kommission eingesetzt.

Im Vordergrund der Dinge standen Bewegungen in der Arbeiterbevölkerung. Wie sehr in dieser die sozialdemokratischen Lehren an Umfang zugenommen hatten, ging aus einem Berichte hervor, den das Haupt der spanischen Sozialisten, der Schriftsteller Iglesias, seinen Freunden in Deutschland über das Jahr 1891 erstattete. Wie in Deutschland, hatten die Sozialisten in Spanien sich geschieden in Anarchisten und solche, welche die Petardenpolitik verabscheuten und den „gesetzlichen“ Weg nicht verlassen wollten. Der letzteren Richtung war die Mehrzahl zugethan. Sie verdrängte die Anarchisten aus den größeren Städten, namentlich hatten diese in Barcelona und Valencia im Kampfe mit den Sozialisten unter Iglesias den Kürzeren gezogen. Hierüber erboht, drohten die Anarchisten, zu beweisen, daß sie mehr zu leisten vermöchten als die Zahmen. Zu dieser Probeleistung war Andalusien ausersehen, wo schon seit Jahren unter der Landbevölkerung stark gewühlt war. Zwar war hier schon vor längerer Zeit durch die Deportation der Mitglieder des revolutionären Geheimbunds der „schwarzen Hand“ ziemlich aufgeräumt worden, in diesem Jahre aber gelang es den anarchistischen Agitatoren, die Stimmung unter den Landarbeitern wieder wachzurufen. Sie hielten im Anfang Januar in der Gegend von Xeres Versammlungen und Brandreden,

versetzten die Bevölkerung in die größte Aufregung und verhöhnerten die Warnungen der Behörden. Am Abend des 8. Januar drangen Haufen anarchistisch gesinnter Landleute mit Flinten, Knütteln, Feugabeln unter dem Rufe: „Es lebe die Anarchie!“ in die Stadt Xeres und fielen ohne weiteres über die Bürger her, von denen zwei getötet wurden. Dem einen ward mit der Sense der Kopf abgehauen. Zu den beabsichtigten Plünderungen kam es jedoch nicht, da die Behörden nicht ganz unvorbereitet waren. Es kam zum Gefecht mit Gendarmen; das Feuern dauerte bis zum Morgen und Kavallerie verfolgte die fliehenden Landleute, deren Mehrzahl hinter Schloß und Kiegel gesetzt wurde. Vier Anführer wurden später zum Tode verurteilt und hingerichtet. In gewisser Verbindung mit dem Vorgang in Xeres stand eine Kundgebung, die am 10. Januar in Madrid für die soziale Revolution stattfand und wo die Ruhestörer mit den Waffen auseinandergetrieben wurden. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten kam es am 13. Januar in der Deputiertenkammer zu einem stürmischen Auftritt. Der republikanische Abgeordnete Valles brachte eine Anfrage über den Putsch von Xeres ein, wobei er die Einrichtungen der Monarchie angriff. Er wurde vom Präsidenten zur Ordnung verwiesen, aber alle republikanischen Abgeordneten legten hiergegen Verwahrung ein. Anlässlich des Anarchistenprozesses in Xeres kam es Anfang Februar in Barcelona zu anarchistischen Kundgebungen ernstern Charakters. Eine große, auf den Königsplatz geworfene Bombe richtete erhebliche Verwüstungen an und versetzte die Bewohner in panischen Schrecken. Es kam zu blutigen Kämpfen, zur Verhaftung vieler Ruhestörer, aber zu neuen schrecklichen Drohungen. Als die Vorgänge auch im Senat zur Sprache kamen, versicherte der Bauteilminister Iñasa, die Regierung nehme die Herausforderung der Feinde der sozialen Ordnung an und werde den Kampf gegen sie rücksichtslos weiterführen. Nachdem am 22. Februar wieder Massenverhaftungen von Anarchisten in Xeres, San Fernando und Cadix stattgefunden hatten, brachten die Bischöfe von Salamanca und Cadix im Senate wiederum die Rede auf diese Fragen. Sie meinten, der Anarchismus sei nur die logische Folge des Rationalismus; von den Höhen der Gedankenfreiheit gelange man von selbst zu den dunkeln Thälern des Anarchismus. Da müsse der Katechismus als Helfer eingreifen. Der Ministerpräsident Canovas del Castillo erwiderte,

Staat und Kirche müßten allerdings zur Verbesserung der Lage der Arbeiter beitragen; wenn indeß diese unmögliche Forderungen stellten, so wäre das einzige Heilmittel dagegen der Gebrauch der Waffen. Diese mußten dann auch ferner gebraucht werden bei Ruhestörungen zu Ronta bei Malaga und im Bergarbeiterbezirke von Bilbao. Hier richteten die Streifenden allerlei Verwüstungen an, und es mußten drei Bataillone unter General Loma dorthin geschickt werden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen und vielen Verhaftungen. Am 27. März fand wieder in Barcelona ein Dynamitanschlag gegen das neue Gefängnis statt. Ein solcher war auch in Madrid geplant, wurde aber noch glücklich vereitelt. Anarchisten hatten nämlich Explosivstoff unter die Treppe gelegt, die von der Privatwohnung des Kammerpräsidenten zur Deputiertenkammer führt. Aus vorgefundenen Papieren der Thäter ging hervor, daß sie auch den Plan hatten, die Kammer, den Senat, das königliche Palais, den Justizpalast, die Paläste des Staatsrats, des Kriegsministeriums und die Bank in die Luft zu sprengen. Es sollte dies am Palmsonntag während der Messe geschehen. Am 30. April verfügte die Regierung die Auflösung der anarchistischen Vereine in Barcelona, worauf es hier wieder zu blutigem Handgemenge kam. Im Juni verbreitete sich aber die anarchistische Bewegung über ganz Catalonien. Die streikenden Arbeiter plünderten mehrere Fabriken, steckten eine in Brand und mißhandelten Beamte. Infolge der Haltung von 87000 Ausständischen wurde am 9. Juni der Belagerungszustand über Barcelona verhängt, und nachdem die Gendarmerie von den Meuterern zurückgeworfen war, besetzte das Militär alle Plätze, den Hafen und das Regierungsgebäude. Am 13. Juni trafen in Barcelona die Vertreter der Arbeiter der ganzen Provinz ein, um einen allgemeinen Ausstand zu beschließen, und setzten seltsamerweise trotz des Belagerungszustands ihr Verlangen, einen großen Umzug in Zahl von 40000 Mann durch die Stadt halten zu dürfen, durch. Ein großer Ausstand brach im Juni auch in der durch ihre Konservenfabriken bekannten Stadt Calahorra im altkastilischen Bezirke Logroño aus. Man verjagte die Domherren, griff die Bahnzüge an und schritt zum Kampfe mit dem Militär. Gegen Ende Juni trat gar ein Ausstand der 3000 Telegraphisten des Landes ein, infolgedessen alle größeren Städte sich plötzlich in eine lange nicht mehr gekannte Isolierung versetzt sahen. Bedenkliche

Unruhen brachen am 3. Juli in Madrid aus, wo es auf der Plaza mayor zu einem regelrechten Feuergefecht kam. In den Städten an der Grenze gegen Portugal kam es zu Steuerkrawallen mit Plünderungen und militärischem Einschreiten. In Santander ward am 27. Juli der Belagerungszustand verkündigt, und Anfang August mußte viel Militär gegen aufständische Bauern in den Provinzen Alicante und Murcia geschickt werden.

Die oftmaligen Unruhen der Anarchisten waren Wasser auf die Mühle der übrigen Gegner der Regierung. Nicht bloß die republikanische, sondern auch die karlistische Partei, von der man lange nichts vernommen, ließen sich wieder hören. Die Republikaner suchten die Mahnungen des Papstes an die französischen Katholiken, sich die Republik als Staatsform gefallen zu lassen, für sich auszubeuten. In einem Aufrufe „an alle Spanier“ entwickelte Anfang Juni der Parteiführer Zorilla die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Republik als des einzigen Heilmittels für alle politischen und wirtschaftlichen Schäden, von denen Spanien heimgesucht werde. Aus Rom vernahm man, Zorilla habe eine Abschrift seines Aufrufs dem Papste zugesandt. In einer großen Versammlung von Republikanern in San Sebastian am 4. September wurde von den Rednern ausgeführt, dem Unabhängigkeitsfinne der Basken entspreche allein die republikanische Staatsform, und diese sei, nach den neuesten Zeugnissen des Papstes, mit der katholischen Strenggläubigkeit völlig vereinbar. Die Anhänger des Don Carlos vollendeten eine über das ganze Land ausgedehnte straffe Organisation der Partei. Sie teilte sich in eine Civil- und eine Militärpartei, die beide viel verzweigt und gegliedert sind.

Die Cortes genehmigten im Februar einen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe und im Juni das Budget, in dem die Einnahmen mit 748 750 070, die Ausgaben mit 750 263 077 Pesetas festgestellt sind. Der Kriegsminister legte einen Gesetzentwurf vor, durch den die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll. Ein gleicher Entwurf war 1888 im Senate durchgefallen. Nun also soll ein neuer Versuch angestellt werden. Die Deputiertenkammer sprach am 18. Juli ihre Zustimmung zur Zollpolitik der Regierung aus und wurde dann vertagt.

Im Ministerium Canovas trat insofern eine Änderung ein, als

im März der Marineminister Admiral Montojo auschied und durch seinen Vorgänger im Amte, Beranger, ersetzt wurde. Die Königin-Regentin Christine begab sich im Beginn des Frühjahrs mit ihren Kindern nach Aranjuez, wo am 17. Mai der sechste Geburtstag des Königs Alfons gefeiert wurde. Hierbei kam die große Beliebtheit, deren die Königin sich erfreut, wieder zu vielfachem Ausdrucke. Nicht nur die Cortes und die höheren Kreise der Gesellschaft, sondern die ganze Bevölkerung nahm an dem Feste teil. An dem Tage wurde der dringende Wunsch des jungen Königs, der Besitz eines Ponies, erfüllt, auf dem der Monarch seine ersten Reitstudien machte. Im Juli hielt er mit seiner Mutter feierlichen Einzug in San Sebastian, wo die Seebäder benutzt wurden. Des Königs Großmutter, die nun 61jährige frühere Königin Isabella, machte mal wieder von sich reden, diesmal durch die hervortretende Unzulänglichkeit ihrer 600 000 *M* betragenden Staatspension.

Wie in Italien, so wurde auch in Spanien das Columbusfest gefeiert. Kurz vor demselben erschien in Madrid ein sehr interessantes Buch. Die Herzogin von Bernick und Alba veröffentlichte unter dem Titel „Eigenhändige Briefe des Christobal Colon“ 46 Schriftstücke, die sich auf die ersten Jahre nach der Entdeckung Amerikas beziehen. Sie hatten, zu Bündeln zusammengerollt, im Archive des Hauses Alba gelegen und auf den einzelnen Convoluten war vermerkt, daß sie „unwichtig“ oder „als Wurstpapier zu gebrauchen“ seien. Der größte Teil dieser Urkunden stammt aus dem 16. Jahrhundert, nur einige reichen bis zum Ende des 15. zurück. Die Festlichkeiten zu Ehren des Columbus fanden statt in Madrid, Sevilla, Granada, Cadix, am großartigsten aber in Huelva an der Südküste Andalusiens, östlich von der Mündung des Guadiana. Ein Schiff mit Namen „Santa Maria“, genau nachgebildet demjenigen, auf welchem Columbus zur Entdeckung auszog, ward am 31. Juli in Carraca bei Cadix von Stapel gelassen und in Begleitung von Kriegsschiffen europäischer Staaten sowie eines mexikanischen Kriegsschiffs nach Huelva gebracht, wo in feierlicher Messe die für den Hauptmast bestimmte seidene Standarte geweiht wurde. Am 2. August Nachmittags wurde in Huelva der Anfang der Feier durch Herolde in der Tracht des 15. Jahrhunderts öffentlich verkündigt. Es fand dann ein Konzert und eine literarische Feier statt. In der Frühe des

3. August, zu derselben Stunde, wo vor 400 Jahren Colon vom nahen Palos aus in See stach, wurden von allen in dieser Bai versammelten Riesenschiffen der spanischen, italienischen, französischen und englischen Marine sowie von leichteren Korvetten Portugals, Hollands, Oesterreichs, Rußlands und amerikanischer Staaten mit Kanonendonner die gehißten amerikanischen Flaggen begrüßt. Die Flagge Deutschlands war nicht vorhanden. Dann erschienen zahlreiche Abordnungen, worunter die des Heeres und der Marine, auch die meisten fremden Gesandten aus Madrid und wohnten in Moguer bei Palos dem Auslaufen der „Santa Maria“, einer Wiederholung des weltgeschichtlichen Vorgangs, bei. Im nahen Kloster La Rabida fand feierliches Hochamt statt. Es folgten noch Regatten, ein Stiergefecht, eine Prozession, Bälle und eine prachtvolle Beleuchtung der Bai von Huelva. Eine Fortsetzung nahmen diese Festlichkeiten am 12. Oktober, dem Tage von Columbus' Ankunft auf Guanahani. Zum Schauplatz war wiederum die durch Erinnerungen an Columbus reiche Gegend gewählt. Es ist die des Hafens von Palos und des Klosters Santa Maria de la Rabida, in dem sich das Schicksal des Genuesen gewandt hatte. An seinen Hoffnungen auf Spanien verzweifelnd und im Begriff, nach Frankreich auszuwandern, suchte er mit seinem Knaben Herberge in diesem Kloster und fand hier in dem Prior einen verständnisvollen Bewunderer seiner Ideen, der es dann durchsetzte, daß Columbus seine Gedanken den Majestäten entwickeln durfte. Der heruntergekommene Ort Palos erwies sich ungeeignet für die Festlichkeiten, man wählte daher wiederum Huelva in landschaftlich schöner Gegend am Mündungstrichter des Rio Tinto und des Rio Odiel. Die Vor-Festlichkeiten hatten schon am 5. Oktober mit den Zusammenkünften des Amerikanisten-Kongresses begonnen, zu denen der Ministerpräsident Canovas eintraf. Auf der Durchreise in Sevilla war er dem Mordanfälle eines verrückten Apothekers entgangen und wurde in Huelva mit großen Ehren empfangen. Er nahm an den Sitzungen teil und besuchte mit den Kongreßmitgliedern die berühmten Rio Tinto-Minen zur Gewinnung kupferhaltiger Schwefelkiese. Am 7. Oktober fand eine Sitzung des Kongresses im Kloster de la Rabida statt, wo Canovas in einer Ansprache an die den Columbus schützenden Mönche erinnerte. Am 18. Oktober langte auf dem „Conde de Venadito“ die königliche Familie an. Ihr folgten 25 prächtig geschmückte Kriegs-

Schiffe, viele Dampfer und Segelbote. Die Königin Christine landete um 1 Uhr. Nach einem Teedeum im Kloster erfolgte die Einweihung des Columbus-Denkmal's. Das Standbild ist fast 65 Meter hoch und wird künftig den Schiffern die berühmte Stelle schon von weit her andeuten. Nachdem die Regentin den jungen König Alfons wieder an Bord gebracht hatte, wohnte sie mit den Infantinnen einer Theater-vorstellung und einem Festmahle, folgenden Tags auch einem histo-rischen Festzuge in Huelva bei. Aus Anlaß der Feier begnadigte sie fünf zum Tode verurteilte Verbrecher, ordnete die Rückgabe dieses Klosters an die Franziskaner zur Gründung einer Missionschule an und unter-zeichnete ein Gesetz, durch welches der 12. Oktober zum National-festtage erhoben wird. Das übrige Land hatte ebenfalls seine Co-lumbusfeste, manche derselben hatten aber eigentümliche Zwischenfälle. In Madrid kam es am 21. Oktober zu einem argen Skandal, zu lebhaften Protesten von Malern und Bildhauern wegen der unge-nügenden Räume für ihre Fest-Ausstellung; in Sevilla wurde während des Fackelzuges ein Schauwagen böswillig angezündet, auf dem an-gebunden als Indianer verkleidete Leute sich befanden; in Barcelona kam es beim Fest-Feuerwerke zu Zusammenstößen zwischen der Be-wölkerung und der Gendarmerie; es wurde schließlich ein Karren an-gesteckt, in dem sich die Feuerwerkskörper befanden; ferner erkrankte der junge König Alfons nicht unbedeutend, anscheinend unter dem Einfluß der Feststrapazen, und als man schließlich nach dem von Columbus stammenden Don Christobal Colon y de la Cerda, Herzoge von Veragua fragte, der sich nirgends bei den Festen hatte sehen lassen, stellte sich heraus, daß er grade in diesem Monate bankerott geworden war. Zur Zeit des Festes wurden seine Möbel gepfändet. Auch hiermit waren die Eigentümlichkeiten der Columbusfeste noch nicht zu Ende. In Madrid erwartete man Großartiges, indem man nach den von der Stadt ausgelegten Kosten urteilte. Aber von der Verwendung der Summe war lange nichts zu sehen, vielmehr sah sich der Minister des Innern veranlaßt, eine Untersuchung über die städtische Verwaltung einzuleiten, obwohl der Bürgermeister bis dahin sein besonderer Schützling gewesen war. Dadurch stieg der Unwille der Bürgerschaft in hohem Grade. Als sich nun am 1. November Tausende auf der Plaza de Madrid versammelt hatten, um den Musikvorträgen beizuwohnen, kam die Nachricht, die Musiker würden

nicht erscheinen. Darüber geriet die Menge in Wut, zerstörte die Musikbühne, zog durch die Hauptstraßen und zertrümmerte alle Laternen unter Verwünschungen gegen den Ministerpräsidenten und die Konservativen. Ähnlich ging es am 2. November in Granada her. Gerade hier, bei der Alhambra, sollten die Feste ihren Höhepunkt erreichen; es sollte hier durch Enthüllung eines Denkmals für Columbus der Tag gefeiert werden, an dem vor 400 Jahren Ferdinand von Aragonien und Isabella von Castilien die Maurenherrschaft brachen. Nachdem hier wochenlang große Festvorbereitungen getroffen waren, laut die Nachricht an, daß die Regentin wegen Erkrankung des jungen Königs nicht eintreffen werde. Nun zerstörte das Volk den für sie errichteten Triumphbogen, verbrannte die Dekorations-Einrichtungen und entfernte die Bekleidung des Denkmals. Der in Andalusien verbreitete republikanische Geist kam zum Durchbruch. Die Menge stürmte und verbrannte einige Zollhäuser, warf die Polizisten zurück und forderte vor dem Regierungspalast Herabsetzung des Brotpreises. Es wurde Militär aus der Provinz geholt, mit dem es blutige Zusammenstöße gab. Sobald der Zustand des Königs es erlaubte, begab sich die Regentin wenigstens noch nach Sevilla, wo sie denn auch mit begeisterten Zurufen empfangen wurde und im Alkazar den Mitgliedern des katholischen Kongresses ein Bankett gab. Bei ihrer Rückkehr wurden die Königin und ihre Kinder von der Bevölkerung Madrids mit großer Herzlichkeit begrüßt. Während ihrer Fahrt zum Schloß wurden so viele Blumenspenden dargebracht, daß der Wagen völlig davon bedeckt erschien. Den Schluß aller Columbusfeste bildete die feierliche Einweihung der Columbus-Ausstellung in der Hauptstadt am 11. November in Gegenwart des Hofes und des zu diesem Zweck erschienenen portugiesischen Königspaares. Der Eintritt der Herrschaften erfolgte unter den Klängen der von fünf Musikcorps vorgetragenen Hymnen beider Nationen. Auf amerikanischer Erde war der Thron errichtet, vor dem die Reden gehalten wurden. Die Majestäten machten einen Rundgang und wohnten dann einem Stiergefechte bei.

Die Wahlen zu den Provinzialräten gingen am 11. September im ganzen Lande in größter Ruhe und mit auffallender Gleichgültigkeit vor sich. Sie fielen völlig zu Gunsten der Regierung aus, die Beteiligung war aber ebenso wie 1890, wo das allgemeine Stimm-

recht zum ersten male in Anwendung kam, eine sehr geringe. Nur der vierte Teil der Berechtigten nahm daran teil. Im November machte sich ein steigendes Unbehagen der Bevölkerung über die innere Lage geltend, was sich besonders bei mehreren gegen den Ministerpräsidenten Canovas gerichteten Kundgebungen zeigte. Der Grund lag in dessen hochschutzzöllnerischen Bestrebungen, dem Sinken der Einnahmen, der Abnahme von Ein- und Ausfuhr. Dazu kam, daß sich Canovas gegenüber den bloßgelegten Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung Madrids nicht auf den strengen Standpunkt stellte. Diese Frage führte am 30. November zum Rücktritt des Ministers des Innern, Villaverde, der durch Danvilla ersetzt wurde, und am 2. Dezember zu Unruhen in der Hauptstadt. Als nun Canovas bezüglich dieser Sache in der 2. Kammer am 7. Dezember die Vertrauensfrage stellte und nicht die Stimmen aller Konservativen erhielt, bat er um Entlassung. Nachdem es 2 $\frac{1}{2}$ Jahr im Amt gewesen, trat das Ministerium Canovas zurück und wurde ersetzt durch ein Ministerium Sagasta, welches sein Vorgänger 5 Jahre lang gewesen war. Dessen erste Maßregel bestand in der Gestattung, die neue protestantische Kirche in Madrid zu eröffnen, wozu sich Canovas nicht hatte entschließen können. Sagasta erblickt seine Hauptaufgabe in einem Handelsvertrag mit Frankreich und in Maßregeln zur Verhütung einer bedenklichen Gestaltung der Staatsfinanzen.

Spaniens Totenliste weist zunächst auf den Infanten Pedro, Herzog von Durcal, der am 5. Januar starb, sodann den General J. Sovellar y Soler, einen der 5 Generalkapitäne. Er war früher Kriegsminister, Ministerpräsident, Generalkapitän von Cuba und Gouverneur der Philippinen. Nicht wenig hatte er dazu beigetragen, daß der zweite Bürgerkrieg einen für die liberale Sache günstigen Ausgang nahm. Er starb am 16. April in Madrid. Am 25. Mai starb ebenda der Herzog Fernan=Nuñez und am 2. Juni der Senator Carlos Marfori, der eine wesentliche Rolle in der neuesten Geschichte Spaniens gespielt hatte. Sohn eines italienischen Kochs, wurde er vom General Narvaez an den Hof der Königin Isabella gebracht, deren Liebling er wurde. Sie machte ihn zum Palastintendanten, dann zum Statthalter von Madrid. Gegen ihn richtete sich 1866 die Stimmung des Volks, und dieses wandte sich der Dynastie erst ab, als Isabella sich nicht entschließen konnte, den unbeliebten

Günstling fallen zu lassen. Er folgte ihr in die Verbannung, riet ihr aber zur Abdankung.

Die öffentlichen Angelegenheiten des Königreichs **Portugal** gingen fast ganz in der Sorge um die traurige Lage der Staatsfinanzen auf. Gleich am 3. Januar, in der Thronrede zur Eröffnung der Cortes, wurden Maßnahmen zur Ordnung dieser Verhältnisse angekündigt. Zunächst wurde der Staat durch die mißliche Lage der portugiesischen Eisenbahngesellschaft betroffen. Sie konnte die Zinsen ihrer 4½% Anleihe von 1886 am 1. Januar nicht bezahlen, und der Staat fand sich nicht in der Lage, seine wenn auch in beschränkter Weise erteilte Garantie eintreten zu lassen. Als nun die Aktionäre dieser Bahn eine Untersuchung über die Geschäftsführung der Gesellschaft verlangten, nahm der Finanzminister Mariano de Carvalho am 12. Januar seine Entlassung, weil er vor seinem Eintritt in dieses Amt Verwaltungsrat dieser Gesellschaft gewesen war. Er rechtfertigte sodann in der Deputiertenkammer seine Verwaltung und die von ihm der Eisenbahngesellschaft geleisteten Vorschüsse. Auf einen Antrag, ihn wegen der letzteren in Anklagezustand zu versetzen, kam die Kommission der Kammer zu dem Schluß, daß eine strafrechtliche Verfolgung nicht stattfinden könne. Schlimmer erging es Herrn Carvalho insofern, als ein Unbekannter ihm abends in seiner Wohnung durch Bedrohung mit einem Revolver mehrere Hundert Milreis abnahm. Die Versuche, einen neuen Finanzminister zu finden, erwiesen sich als so schwierig, daß infolgedessen das ganze Ministerium d'Alreu de Sousa zurücktrat. Es war am 13. Oktober 1890 ins Amt getreten und erst am 22. Mai 1891 neu konstruiert worden. An seine Stelle trat am 18. Januar ein Ministerium, zusammengesetzt aus Persönlichkeiten, die keiner der beiden großen Parteien des Landes, weder den Progressisten noch den Regenerados angehörten. Es wurde also zusammengesetzt: Der Advokat Jose Dias Ferreira in Lissabon, ein energischer Mann, der vor 20 Jahren einmal im Ministerium, dann Professor an der Universität zu Coimbra gewesen war, übernahm das Präsidium und das Innere; Oliveira Martins wurde Finanzminister. Er war bisher wenig hervorgetreten, hatte jedoch geschichtliche Bücher geschrieben und galt als sehr befähigt für den schwierigen Posten. Der Senator Costa Loba: Auswärtiges; der Bischof von Bethsaida, Ayres de Souvea:

Justiz; Vicomte Chancelleiros: öffentliche Arbeiten; Furtado Coelho: Krieg; Admiral Ferreira de Amaval: Marine. Bei Darlegung des Programms in der Deputiertenkammer führte Ferreira aus, zur Herbeiführung der Reorganisation der Finanzen müßten alle sich Opfer auferlegen; die Regierung werde genötigt sein, an die Gläubiger des Staats zu appellieren.

Am 30. März legte die Regierung den Cortes einen Gesetzentwurf vor, wonach auf die Beamtengehälter eine Steuer von 5—20 Prozent gelegt, und die direkten Steuern derart erhöht werden sollten, daß sie 10—20 Prozent des zu besteuernenden Betrags ausmachten. Titres, einschließlich die der öffentlichen Schuld, sollten einer Steuer von 30 Prozent unterliegen. Ferner sollte die Regierung ermächtigt werden, mit den Inhabern der äußern Schuld über die Konvertierung eines Teils des Kapitals und der Coupons in Bons, die unter bestimmten Bedingungen zu tilgen seien, zu verhandeln; auch sollte die Regierung gewisse Einnahmen zu gunsten der Schuld verwenden und alle Verwaltungsausgaben herabsetzen. Die Vorlage war von einem Bericht über die Finanzlage begleitet. Darin waren das Budgetdefizit auf 10, die schwebende Schuld auf 23, die Bankvorschüsse auf 13 Millionen Milreis beziffert. Dieser Gesetzentwurf wurde noch im Februar von beiden Kammern, unter Beseitigung einiger allzugroßen Härten, mit seltener Einstimmigkeit genehmigt. König Karl erklärte im Februar in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten, er und seine Familie wollten „die ersten sein, welche zu den außerordentlichen Opfern, die die Lage des Staatsschatzes der Nation auferlegt, das ihrige beitragen“; er verzichte daher für die Dauer der „entsetzlichen Krisis“ auf 20 Prozent der Zivilliste. Das war ein bedeutendes Opfer, denn die Zivilliste beträgt 520 Contos de Reis à 4500 Mark, die 20 Prozent betragen also so viel als 117000 Mark. Die löbliche Absicht des Ministeriums, fortan gegen Veruntreuungen zeitig einzuschreiten, führte zur Verhaftung des früheren Ministers Mendoza Cortez. Die bis dahin einig gewesenen Minister gerieten Anfang Mai in großen Zwiespalt über die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, sich einen Anhang in der Deputiertenkammer zu verschaffen. Infolgedessen bat das ganze Kabinett um Entlassung, und bei der Neubildung des Ministeriums durch Dias Ferreira schieden die Minister der Finanzen,

der Arbeiten und des Außern aus. An ihrer Stelle übernahm der Präsident der Pairskammer, Telles Pereira de Vasconcellas Pimentel, die Justiz, da Costa Sequeira die öffentlichen Arbeiten und der bisherige Justizminister de Gouvea das Außere, während Dias Ferreira die Finanzen übernahm.

Zur weiteren Regelung der Finanzen hatte der frühere Minister Serpa Pimentel mit Wissen der Regierung versucht, ein Einkommen mit den Vertretern der ausländischen Inhaber portugiesischer Schuldtitres zu treffen. Nachdem ihm dies aber unter großen Mühen am 24. Mai gelungen war, verwarf die Regierung den Entwurf und beschloß am 13. Juni, den April- und den Juli-Koupon der Staatsschulden vorläufig nur zu einem Drittel bezahlen zu lassen. Diese gewaltsame Verkürzung der Rechte der Staatsgläubiger war um so auffälliger, als sie erfolgte, während noch Verhandlungen mit den Vertretern der auswärtigen Mächte schwebten, und sie rief alsbald einen Protest der deutschen Regierung sowie der Vertreter der deutschen, englischen, französischen, belgischen und holländischen Inhaber portugiesischer Staatsrenten hervor. Am 12. Juli übergab der deutsche Gesandte Graf Bray in Lissabon eine zweite Note, in der besonders noch dagegen Einspruch erhoben wurde, daß die deutschen Gläubiger erheblich ungünstiger behandelt würden als die portugiesischen Inhaber der inneren Schuld. Darauf fand sich in den Blättern die halbamtliche Mitteilung, daß alle Proteste einfach zu den Akten gelegt würden. Dann gab der Ministerpräsident am 22. Juli in einer Versammlung von Abgeordneten und Finanzmännern die Erklärung ab, er beabsichtige einen Plan vorzulegen, wonach die schwebende Schuld bezahlt und das Defizit ohne Anleihe oder Vermehrung der Steuern gedeckt werden solle. Mit Frieden, öffentlicher Ruhe und Sparsamkeit müsse dies gelingen; aber eine auswärtige Kontrolle werde er nicht dulden, denn in ähnlicher Lage seien früher Oesterreich und Spanien nicht belästigt worden. Im September wurden die Kammern aufgelöst und durch königliches Dekret die auf Verfassung und Gesetz beruhenden Tagegelder der Abgeordneten abgeschafft, mit Ausnahme jedoch derer für die Vertreter der Kolonien. Gegen den unter den obwaltenden Umständen nahe liegenden Verkauf von Kolonien sträubte sich das Nationalgefühl. Ein Vorschlag, alle Verwaltungskörper des Reichs

folkten abstimmen über den Verkauf der Kolonien Guinea, Waidah, Rabenda, Mozambique, Macao und Timor, war schon im Februar von der Deputiertenkammer abgelehnt. Als die deutsche Regierung nochmals für die deutschen Gläubiger Portugals eintrat, erwiderte die portugiesische Regierung, sie habe die Ansprüche ihrer Gläubiger „solange als die Verhältnisse des Staatschatzes es erlaubten“, berücksichtigt und sei nicht berechtigt, „durch irgend welches Verfahren jetzt den Gläubigern die volle Zahlung zu verbürgen, wodurch sich in kurzer Zeit die gänzliche Unmöglichkeit, irgend etwas zu zahlen, entwickeln müßte.“

Unter solchen Umständen rückte die Zeit der verfassungsmäßigen Erneuerung der Cortes heran, bei der es sich darum handelte, ob die sehr bequeme, aber nichts weniger als anständige und gewissenhafte Finanzpolitik der Regierung die Billigung des Landes finde. Die Wahlen gingen am 22. und 29. Oktober unter auffallend geringer Beteiligung vor sich, obwohl die Verfassung von 1884 nur den Intelligenteren das Wahlrecht einräumt, und obwohl es sich um nichts Geringeres als den Nationalkredit handelte. Das Ergebnis fiel sehr ungünstig für die Regierung aus. Ihre Anhänger, die Liberal-Konservativen, erlangten nur 27 Mandate, von ihren Gegnern aber die Konservativen oder Regenerados 50, die Progressisten 40, die Independentes oder Legitimistas, d. h. die katholische Partei, 10, die Republikaner 4. Der Ministerpräsident unterlag in dem von ihm seit 20 Jahren vertretenen Bezirke Aveiro. Das Ministerium sah sich also einer recht buntscheckigen Mehrheit gegenüber, und seine Lage würde sehr übel sein, wenn nicht der Ministerpräsident so schlau gewesen wäre, vor den Wahlen mit vielen Kandidaten der Regenerados und der Progressisten Verträge abzuschließen, in denen sie sich verpflichteten, ihn zu unterstützen, wenn er ihnen keine allzu gefährlichen Gegner gegenüberstelle.

Das Königspaar stattete vom 9.—18. November dem spanischen Hofe einen Besuch ab. Bei der Abreise dahin kam es zu republikanischen, bei der Rückkehr zu patriotischen Kundgebungen in Lissabon.

Auch an den Kolonien hatte Portugal in diesem Jahre keine Freude. Der 1878 mit England geschlossene Vertrag, wonach die Kolonie Goa an der Küste der ostindischen Präsidenschaft Bombay

mit dieser ein Handelsgebiet bildete, lief bald ab, und England suchte bei den Verhandlungen wegen Erneuerung den Zollanteil Portugals erheblich herabzumindern. In der ostafrikanischen Kolonie Mozambique empörten sich im März die 300 eingeborenen Soldaten der Expedition nach dem Nyassasee, verjagten die Offiziere und plünderten das Land am unteren Zambese. Im Mai geriet gar das ganze Quilimanegebiet in Aufruhr, sodaß der Belagerungszustand verkündet wurde.

Belgien, Holland, Luxemburg.

Im belgischen auswärtigen Amte zu Brüssel traten am 2. Januar die Vertreter der Mächte zusammen, die hier 1889—90 die gegen die Sklaverei in Afrika gerichtete Konferenz hatten abhalten lassen. Deren Werk, die Generalakte, war anfangs nicht von allen Mächten unterzeichnet. Unter den Rückständigen befanden sich Oesterreich-Ungarn, Rußland und die Türkei. Sie waren nur durch untergeordnete Gründe verhindert gewesen und jetzt ließen sie unterzeichnen. Frankreich war durch Abneigung der Landesvertretung anfangs verhindert, befand sich nun aber ebenfalls in der Lage, zu unterzeichnen. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika traten jetzt bei und ließen im Protokolle ausdrücklich vermerken, daß sie den Gebietsfragen in Afrika ganz fern bleiben wollten. Immer fehlten noch Holland und Portugal. Sie erhielten eine neue kurze Frist. Nach deren Ablauf unterzeichneten sie im Anfang Februar. Von da an erlangte also dieses Band gemeinsamer Verpflichtung internationale Geltung; alle europäischen Kulturstaaten sowie Nordamerika waren zu einem Bunde gegen die afrikanischen Menschenjagden geeinigt.

Die Beratungen der Kammern betrafen zunächst die Handelsverträge mit Deutschland und mit Oesterreich-Ungarn. Zu ihrer Empfehlung hielt der Ministerpräsident Beernaert am 26. Januar in der Deputiertenkammer eine große Rede. In sehr geschickter Weise verstand er die Vorteile hervorzuführen, die der Vertrag mit Deutschland für Belgien habe. Die Ziffer der belgischen Ausfuhr

nach Deutschland mache etwa ein Viertel des ganzen belgischen Handelsverkehrs aus und sei noch in weiterer Steigung begriffen. Er verwies auf die zuvorkommende Nachgiebigkeit Deutschlands gegenüber der starren Schutzzollpolitik Frankreichs, die Belgien genötigt habe, sich anderen Ländern zuzuwenden. Die Rede machte großen Eindruck auch auf die Gegner der Verträge, die dann auch mit überwiegender Mehrheit von beiden Kammern genehmigt wurden.

Hiernach kam die für das Land wichtigste Frage an die Reihe, die schon längere Zeit alle Schichten der Bevölkerung aufs lebhafteste bewegt hatte, die Frage einer Änderung der Landesverfassung. Die bisherige Behandlung dieser Frage hatte sich nur auf die drei Artikel über das Stimmrecht für die Wahlen zu beiden Kammern und über die Wählbarkeit zum Senat erstreckt. Vor 15 Monaten hatte der Abgeordnete Sanson in der Kammer beantragt, sie möge sich für Änderung dieser Artikel aussprechen. Der Hauptausschuß der Kammer hatte sich am 20. Mai 1891 unter großem Jubel der Menge endlich dafür ausgesprochen, denn die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustands, wonach nur derjenige Wähler ist, der 42 Francs 32 Cents direkte Staatssteuern zahlt, und also zwölf Dreizehntel aller volljährigen Bürger ausgeschlossen sind, war allseitig anerkannt, und die Zögerung der Zustimmung hatte nur in der Ungewißheit und den Bedenken bezüglich dessen, was an die Stelle zu setzen wäre, seinen Grund gehabt. Die Bedenken richteten sich besonders gegen die Einführung des von den breiten Massen fortwährend so stürmisch verlangten allgemeinen Stimmrechts. Bevor nun die Kammern selbst zu dieser Frage der Verfassungsänderung sich ausgesprochen hatten, gab plötzlich die Regierung ihre bisherige Haltung des Zögerns, ja des Widerstandes auf und regte selbst die Verfassungsänderung, jedoch in einem weit umfassenderen Maße an. Sie hatte eingesehen, daß das einmal in Schwung gesetzte Rad nicht mehr aufzuhalten sei, und da gedachte sie es lieber selbst zu lenken, als etwa radikalen Zielen zueilen zu lassen. Der Ministerpräsident Beernaert erklärte am 2. Februar in der Deputiertenkammer, eine Änderung der Verfassung könne nur dann stattfinden, wenn in den Kammern eine bestimmte Richtung deutlich zum Ausdruck komme und eine zuverlässige Mehrheit für eine bestimmte Reform vorhanden sei. Als bald erklärten sich die Wortführer der Hauptparteien, Frère-Orban,

Woeste und Janson hiermit einverstanden. Darauf rückte der Minister mit dem Revisionsvorschlage heraus. Hiernach sollen zehn Artikel geändert werden. Einige derselben bezogen sich auf die Bildung der Wählerschaft, die verhältnismäßige Vertretung der Minderheiten, die Tagegelder der Abgeordneten, die Prüfung der Wahlen und auf das zum Eintritt in den Senat nötige Vermögen. Die übrigen Vorschläge hatten aber einen ganz anderen Charakter: Es sollen nicht bloß der Thronfolger, sondern alle königlichen Prinzen in den Senat eintreten; es soll die Einverleibung des unabhängigen Kongostaats ermöglicht; es soll dem Könige die Wahl seines Nachfolgers für den Fall, daß er kinderlos stirbt oder keine regierungsfähigen Nachkommen besitzt, eingeräumt und es soll dem Könige das mit dem Namen des Referendums belegte Recht gegeben werden, gegen einen Parlamentsbeschluß, ohne Auflösung und Neuwahl der Kammer, an die Wählerschaft Berufung einzulegen, derart, daß der König die Vollziehung eines von den Kammern beschlossenen Gesetzes abweisen könne, wenn die Mehrheit der Wähler sich gegen dieses ausspricht. Einige Abgeordnete sprachen sich alsbald gegen solche Erweiterungen der königlichen Macht aus, König Leopold aber lud auf den folgenden Tag sämtliche Abgeordnete zum Diner im Schlosse ein und unterhielt sich mit vielen derselben eingehend über jene Vorschläge. Das Königsreferendum bezeichnete er als eine echt demokratische Einrichtung, da es nichts weniger als cäsarisch sei, das Volk über hochwichtige Fragen zu Räte zu ziehen. Dem Präsidenten de Lantsheere empfahl der König, sein Möglichstes zu thun, damit die Vorschläge ohne Zeitverlust geprüft würden. Die Regierung war gegen Verzögerungen, weil sie dem Lande einen zweimaligen Wahlkampf in kurzer Zeit ersparen wollte. Denn im Juni mußte die Hälfte der Kammer neu gewählt werden; sobald sich aber die Kammern über eine Verfassungsänderung geeinigt haben, müssen sie verfassungsgemäß aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden. Die Parteien gebrauchten jedoch lange Zeit, um über diese wichtigen Fragen mit sich einig zu werden. Vor allem galt dies von der klerikalen Partei, die anfangs auch im Verfassungsausschusse der Kammer eine der Regierung ungünstige Entscheidung herbeizuführen drohte. Aber ein Teil dieser Partei emanzipierte sich Anfang März von der Leitung. Hierzu gab der alte Diplomat Baron Nothomb

den Ausschlag, der in einer Flugschrift den Zwist im klerikalen Lager und die Tyrannei der Parteileitung enthüllte. Die Stimmung schlug so weit um, daß die Rechten im Verfassungsausschuß auch in der Referendumsfrage am 16. März nachgab. Nun handelte es sich noch darum, die Opposition der Rechten auch im Plenum der Kammer zu brechen. Die im Ausschuß besiegten klerikalen Parteiführer hegten die katholisch-politischen Vereine auf, so daß diese beschloßen, von den Kandidaten, die sich um ein Mandat für die Konstituante bewerben, das Versprechen abzufordern, gegen das Referendum zu stimmen. Damit würde die ganze Revision gescheitert sein, denn diese Vereine sind ausschlaggebend bei den Wahlen. Beernaert berief daher am 24. März eine Versammlung der Rechten und verlangte das Versprechen, sich in jener Frage von den Wählern nichts vorschreiben zu lassen. Das Verlangen wurde durchgesetzt durch die Drohung mit dem Rücktritt des Ministeriums, den die Partei vor allen Dingen vermeiden wollte. Endlich am 26. April kam die Revisionsfrage vor die Deputiertenkammer. Der Ministerpräsident sprach sich ausführlich darüber aus und erklärte sich für ein Kammerwahlsystem, wonach das Wahlrecht von der Innehabung eines Wohngebäudes oder eines Teils desselben abhängig sein sollte. Der Abgeordnete Woeste, Führer der oppositionellen Klerikalen, bekämpfte diese Theorien heftig und versicherte, die katholische Partei werde niemals ihre Hand zur Verminderung des parlamentarischen Einflusses bieten. Die Abstimmung vom 10. Mai führte zur Annahme aller Vorschläge der Regierung, ausgenommen des Vorschlags bezüglich der Minoritäten-Vertretung; am 20. Mai wurde jedoch auch dieser Punkt mittels nochmaliger Androhung einer Ministerkrisis durchgesetzt und nach Zustimmung des Senats die Kammern vertagt.

In übrigen ist aus dieser Session noch hervorzuheben, daß bei Beratung der Gelder für die Forts an der Maas am 12. April der Abgeordnete Frère-Orban Enthüllungen machte, wonach Belgiens Unabhängigkeit sowohl 1852 und 1854, als auch vor 1870 von Frankreich stark bedroht gewesen sei. Daran schloß sich am 19. April die verblüffende Enthüllung des Abgeordneten Scoumanne, daß die 100 Millionen, welche diese Forts gekostet, vom General Brialmont schon 1888 als hierfür nötig bezeichnet seien, während der Kriegsminister Pontus aus Besorgnis der Ablehnung einer so

hohen Summe, das Erfordernis auf bloß 40 Millionen angegeben habe. Pontus läugnete, wurde aber überführt. Im Senate erklärten sich am 6. April zwei Klerikale, unter heftigen Ausfällen gegen das Königreich Italien, fruchtlos gegen Bewilligung der Gelder für die Gesandtschaft beim römischen Hofe, und am 14. April brachte de Coninck die traurigen Zustände zur Sprache, die durch die Spielhöllen des Landes, namentlich in Ostende hervorgebracht seien. Endlich kamen auch die Verhältnisse des Kongostaats zur Sprache. Der Abgeordnete Koffeew verlangte am 13. Mai von der Regierung bestimmte Erklärungen über die laut gewordenen Beschuldigungen, daß der Kongostaat, den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz zuwider, für eigene Rechnung Handel treibe und Gewehre eingeführt habe. Wenn diese Behauptungen wahr wären, müßten die Bedingungen der Anleihe des Kongostaats geändert werden, zu der Belgien 1890 seine Zustimmung erteilt habe. Darauf antwortete der Ministerpräsident Beernaert, zwischen Belgien und dem Kongostaate bestehe bekanntlich nur eine Personalunion; die Fortschritte dieses Staats seien bedeutend; es sei nötig, seine Grenzen zu besetzen und längs derselben Stellung zu nehmen. Nachdem Verträge mit den eingeborenen Häuptlingen abgeschlossen worden, die den Schutz des Staats angenommen und einen in Elfenbein zahlbaren Tribut versprochen hätten, gebe es in den Gegenden, in denen unlängst Feuer und Krieg gewüthet, keinen Araber mehr. Der Minister wies ferner auf die vom Könige für den Kongostaat gebrachten Opfer hin und auf die Verringerung der Kosten dieses Staats durch den Verkauf von Elfenbein. Keine Handelsgesellschaft könne deswegen eifersüchtig werden, weil dieses Elfenbein aus Gegenden komme, die bisher nicht verschlossen waren; der Kongostaat habe nie darauf verzichtet, gewisse Erzeugnisse unter der Form eines Tributs für sich einzuziehen; ein Verkauf von Gewehren an die Regier habe nicht stattgefunden.

Den Bestimmungen der Verfassung gemäß wurden am 23. Mai beide Kammern aufgelöst und Neuwahlen angeordnet, damit die neuen Kammern an Stelle der von den bisherigen Kammern bezeichneten Verfassungsartikel neue setzen sollten. Die Wahlbewegung war recht lebhaft. Eine große Versammlung in Thielt sprach sich gegen das Königsreferendum aus; die Arbeiterpartei verpflichtete die ihrigen, für alle Gegner des Wohnungsstimmrechts zu stimmen.

Am 12. Juni kam es in Wahlversammlungen zu Brüssel zu Ausschreitungen; hervorragende Katholiken wie Graf Merode wurden überfallen und mißhandelt; ein Stadtviertel wurde militärisch besetzt. Auch in Gent führte der Wahlkampf zu Krawallen. Der Ausfall der Wahlen zu den Provinzialräten am 22. Mai hatte bereits angedeutet, daß sich die Klerikalen nicht allzuviel Hoffnung machen durften. Die Kammerwahlen fanden am 14. Juni statt. Es mußten 76 Mitglieder für den Senat, und 152 für die Deputiertenkammer gewählt werden. Das Ergebnis war nach den Stichwahlen vom 22. Juni: die Wahl von 92 Klerikalen und 60 Liberalen für die Kammer, von 46 Klerikalen und 30 Liberalen für den Senat. Wüthig behielten die Klerikalen zwar die Mehrheit, aber nicht mehr die für die Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit. Diese hatten sie bisher in Zahl von 94 in der Kammer gehabt, die nur aus 138 Mitgliedern, und in Zahl von 50 im Senat, der bisher nur aus 69 Mitgliedern bestand. Zum Teil war also die infolge der Vermehrung der Bevölkerungszahl eingetretene Vermehrung der Mandate um 14 den Liberalen zu gute gekommen, hiermit war jedoch noch nichts über die Frage des allgemeinen Stimmrechts entschieden.

Während der ersten Monate des Jahres hatte sich die Anarchistenpartei so ungehörig wie in Frankreich benommen. Vielen wilden Kundgebungen auf den Straßen von Brüssel mit den Rufen nach „Revolution!“ waren im März Dynamitanschläge in Lüttich gefolgt, die dem Präsidenten des Schwurgerichts in einem Prozesse gegen Anarchisten und dem dortigen Polizeipräsidenten galten, aber die Bewohner aller größeren Städte in Schrecken versetzten. In einem Ministerrat vom 8. April betonte daher der König die Notwendigkeit schärfster Maßregeln gegen diese Feinde aller staatlichen Ordnung. Infolgedessen entschied sich der Ministerrat auch für eine strengere Überwachung der Fremdenpolizei, während bis dahin Belgien zu den gastfreundlichsten Ländern gehörte, in dem politische Flüchtlinge Schutz und Unterkunft zu finden pflegten. Der König forderte ferner seine Minister auf, sich mit den europäischen und den überseeischen Staaten wegen Einberufung einer Konferenz zur Beratung gemeinsamer Maßregeln gegen die Anarchisten in Einvernehmen zu setzen. Die ersten Besprechungen hierüber fanden noch im April unter Vertretern

der vom Anarchismus in letzter Zeit besonders heimgesuchten Länder, Frankreichs, Spaniens und Belgiens statt. Am 1. Mai kamen wiederum in Lüttich drei furchtbare Dynamit-Explosionen vor, die eine in der Sakristei der Martinskirche, wodurch deren wertvolle, eben erst hergestellte gemalte Fenster völlig zerstört und die vornehmen Nachbarhäuser stark beschädigt wurden. Auf die Nachricht von diesen Anschlägen rief die im sozialistischen Klubhause grade tagende Versammlung begeistert aus: „Es lebe Kavachol!“ Bald hiernach kamen solche Dynamitanschläge auch in mehreren kleinen Flecken und Dörfern der Provinzen vor. Am 10. Mai fand wieder in Lüttich ein Anschlag statt, und wurde in Chatelet ein Versuch gemacht, zwei Häuser in die Luft zu sprengen. Endlich wurde begonnen, unter den Ruhestörern etwas aufzuräumen; viele Anarchisten flüchteten aus dem Lande; bei den Nachforschungen stellte sich übrigens die überraschende Erscheinung heraus, daß zu den Führern der Anarchisten ein wohlhabender Färbereibesitzer und ein Großindustrieller in Lüttich gehörten. Ersterer hatte sogar einen Plan zur Zerstörung der Wohnungen aller den Anarchisten verhafteten Personen der Stadt angegeben. Man hatte anfangs den Anzeichen nicht Glauben schenken wollen, aber nach ihrer Verhaftung legten jene beiden ein volles Geständnis ab. In einem großen Prozesse gegen Anarchisten in Lüttich kamen allerhand interessante Dinge über deren Treiben zum Vorschein; eigentümlich war aber die Wahrnehmung, daß die Anarchisten ausschließlich in den wallonischen Landesteilen ihr Unwesen trieben, während die flämischen Städte Gent und Antwerpen, diese gewaltigen Mittelpunkte der Arbeiterbevölkerung, von der Anarchie verschont blieben. Darin schien sich der ordnungsliebende germanische Sinn im Gegensatz zur revolutionären Natur des lateinischen Stammes zu offenbaren. Am 27. Juni kam es in Brüssel zu einem Kampfe zwischen Sozialdemokraten und Polizisten, und der Bergarbeiterkongress zu Frameries beschloß am 15. August, wieder eine allgemeine Arbeitseinstellung eintreten zu lassen, sobald die Konstituante sich gegen das allgemeine Stimmrecht entscheiden würde. Übrigens entstand in den Frankreich benachbarten Provinzen eine hochgradige Feindschaft der belgischen gegen französische Arbeiter. Es hing dies wohl damit zusammen; daß sich überhaupt allmählich eine starke Erregung gegen Frankreich entwickelte. Den ersten Anlaß scheint

Der Streit Frankreichs mit dem Kongostaate geboten zu haben. Dazu kam eine lebhafte Thätigkeit französischer Agitatoren, um im Anschluß an die belgische Bewegung für das allgemeine Stimmrecht die republikanische Tendenz in Belgien auszudehnen. Als nun der belgische Turnerbund im Mai die unter ausdrücklichem Ausschluß seiner deutschen Mitglieder ergangene Einladung zu den Festen in Nancy angenommen hatte, legte der König das Protektorat über den Turnerbund nieder und im August erging ein Ministerialerlaß, in dem allen Behörden untersagt wurde, fernerhin französische Militärmusiken zu belgischen Festen einzuladen. Als sodann am 20. August wegen Unruhen in Louvaines viele belgische Arbeiter aus Frankreich ausgewiesen waren, entstand in der Gegend von Mons eine Art von rachsüchtiger Verfolgung französischer Grubenarbeiter und Pächter, wogegen Versöhnungsversuche beiderseitiger Arbeiterführer und diplomatische Einmischung wenig auszurichten vermochten. Um so kräftiger waren die vom Bunde der flämischen Gesellschaften hiergegen erlassenen Verwahrungen. Unter der Überschrift „Die Jagd auf die Belgier in Frankreich“ wurde in einem Anschlag an den Mauern von Brüssel zu einer großen Versammlung eingeladen, die am 23. Oktober in einem der größten Lokale stattfand. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Prayon van Zuylen, einer der entschiedensten Vorkämpfer des Blamentums, erläuterte in packenden Worten, wie die belgischen Arbeiter, bloß weil sie nicht dem Befehl der französischen Sozialistenführer gehorchen wollten, von den französischen Arbeitern verfolgt, mißhandelt und aus Stelle und Brot gejagt seien, ohne daß die französischen Behörden eine Hand zum Schutze gereicht hätten. Ein anderer Redner rief den Franzosen die Wohlthaten ins Gedächtnis, die Belgien ihnen 1871 erwiesen habe. Wieder ein anderer verglich den Übermut Frankreichs gegen Belgien überhaupt mit seiner kriechenden Unterthänigkeit gegenüber Rußland und forderte die Regierung zu entschiedenem Auftreten gegen Frankreich auf. Dieses sei Belgiens Erbfeind und betrachte es als Annexionsland. Einstimmig wurde ein Tadel der französischen Regierung und eine Aufforderung an die belgische Regierung beschlossen, in Paris Schutz und Entschädigung der belgischen Arbeiter zu verlangen. Die Versammlung schloß mit dem begeisterten Gesange: »Zij zullen hem niet temmen, den fieren Vlaam'schen Leeuw.« Die flämische Bewegung hatte überhaupt in

diesem Jahre die Aufmerksamkeit wieder auf sich gezogen. Der schon im April in Brüssel abgehaltene sog. flämische Landtag war von 3000 Vertretern flämischer Vereine aus allen flämischen Landesteilen besucht und nahm sich der zahlreichen flämischen Gemeinden an, die, in wallonische Provinzen eingekleidet, unter völlig französischer Verwaltung stehen. Man errichtete ferner einen Volksrat, der die Forderungen der Flamländer zusammenstellen und vertreten soll. Von der Stärke der auch in andern Kreisen herrschenden, gegen Frankreich gereizten Stimmung legte die „Reform“ Zeugnis ab. Dieses sonst ganz franzosenfreundliche Blatt sagte nämlich, Frankreich habe zwar in Belgien viele Freunde, würde aber sehr unrecht thun mit dem Verlangen, daß Belgien sich vor ihm auf die Kniee lege.

Mit großer Spannung wurde der Konstituante entgegensehen. Die Anhänger des allgemeinen Wahlrechts zeigten sich um das Schicksal dieser Forderung sehr besorgt und sehr erregt. Nach einer Rede des Ministers des Innern de Burlet in Charleroi am 1. November schien diese Änderung aussichtslos zu sein, zumal die Kommission der bisherigen Deputiertenkammer sich dagegen ausgesprochen hatte. Die Radikalen und die Sozialisten gedachten nun durch starke Kundgebungen einen Druck auszuüben. Sie hielten am 6. November eine große Volksversammlung in Brüssel ab, in der die revolutionärsten Reden gehalten und die Person des Königs in den Kot gezogen wurde. Ein Redner forderte sogar die Soldaten auf, den Offizieren den Gehorsam zu verweigern und im Bunde mit dem „Volke“ die Regierung gewaltsam zu stürzen. Diese sah sich daher veranlaßt, am 8. November zum Schutze des Königs auf seinem Wege zur Eröffnung der Konstituante starke Vorkehrungen zu treffen. Noch niemals vorher war diese Feierlichkeit unter Entfaltung solcher Massen von Militär und Polizisten vor sich gegangen. Trotzdem lief die Sache nicht ganz glatt ab. Beim Herausfahren der königlichen Wagen aus dem Schloß erscholl ein so gewaltiger Ruf der hinter dem Militär stehenden Volksmassen für das allgemeine Stimmrecht, daß die Pferde des ersten Wagens scheu wurden und über die Stränge schlugen und eine Stockung von mehreren Minuten eintrat. Als dann der König zu Pferde ankam, scheute auch dieses und die Pferde seines Gefolges. Ein ganzer Haufen kleiner farbiger Blättchen mit der Aufschrift „Allgemeines Wahlrecht“ fiel auf des Königs Kappen. In jenen sich wiederholenden Ruf

stimmt sogar eine ganze Kompanie Bürgerwehr mit dem Hauptmann ein. Die Thronrede war ziemlich lang, betraf aber lauter laufende Angelegenheiten, deren Stand man ohnehin schon kannte. Die Stelle über die Verfassungsänderung war sehr allgemein gehalten. Es hieß bloß, das Wahlrecht müsse erweitert werden, wozu eine Verständigung der Parteien nötig sei. Das allgemeine Wahlrecht wurde gar nicht besonders erwähnt. Die Massen, die Entscheidendes hierüber erwartet hatten, sahen sich enttäuscht und etwa 5000 Arbeiter durchzogen noch am Abend desselben Tages unter dem Gesange der Marschliedchen und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und auf die Armee die Straßen von Brüssel und Gent. Eine anständigere Versammlung gleicher Tendenz fand am 9. November in Brüssel statt, wo radikale Deputierte versicherten, alles zu thun, um das Verlangen durchzusetzen. Darauf setzte sich ein gewaltiger Zug mit roten Fahnen voran nach dem königlichen Schloß in Bewegung, wurde aber von Gendarmen gepöbelt. Ähnliche Versammlungen fanden während der nächsten Tage in der Hauptstadt und im Lande statt, wodurch Unordnungen jedoch nur in Löwen entstanden. Auch während eines Festes der Universität zu Brüssel am 22. November veranstalteten die Studenten in Gegenwart der Professoren eine Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht.

In der Deputiertenkammer wurde an die Regierung zunächst die Frage gerichtet, ob sie der französischen Regierung ernste Vorstellungen gemacht habe wegen der gegen belgische Arbeiter in Nordfrankreich begangenen Gewaltthätigkeiten, worauf der Ministerpräsident Beernaert nur erwiderte, die Betreffenden müßten sich mit der Klage auf Schadenersatz an die französischen Gerichte wenden. In der Adressberatung forderte General Brialmont die Regierung zu der bestimmten Erklärung auf, ob sie bald einen Gesetzentwurf über die persönliche Wehrpflicht einzubringen gedenke; die Antwort fiel verneinend aus. Was nun die Hauptangelegenheit, die Verfassungsfrage, anbetrifft, so zog die Regierung zu allgemeiner Überraschung am 26. November den Gesetzentwurf bezüglich des königlichen Referendums wegen inzwischen hervorgetretener allzugroßer Opposition wieder zurück, und Ende Dezember trat sie mit den Einzelheiten ihres Vorschlags bezüglich des Wahlsystems hervor. Dieses soll auf dem Hausstande und auf der Befähigung beruhen, unter gänzlicher Be-

seitigung des Censur. Wer ein Haus oder einen Hausteil bewohnt, das einen Katasterertrag von 10 bis 15 Fr. ergiebt, hat das Stimmrecht; jeder andere Bürger soll durch das Bestehen einer vereinfachten Wahlprüfung das Stimmrecht erwerben können; es soll ferner die verhältnismäßige Vertretung der Minderheiten eingeführt werden; der Wähler soll die Stimme nicht mehr in der Hauptstadt des Wahlbezirks, sondern in seiner Gemeinde abgeben; Wahlenthaltung soll mit Geldstrafe belegt werden. Das sind zum Teil Bestimmungen, die noch in keinem Staate bestehen. Gleichzeitig kündigte die Regierung an, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für unstatthaft halte, weil das Land für einen derartigen Sprung noch nicht reif sei. Als bald nach dem Bekanntwerden dieser Regierungspläne sprachen sich die demokratischen Katholiken in Verbindung mit Sozialisten in Brüssel aufs neue für Einführung des allgemeinen Wahlrechts aus, und von seiten der Brüsseler Liberalen, der Arbeiterpartei in Gent sowie des Arbeiterkongresses in Brüssel wurden neue große Kundgebungen für dasselbe Ziel vorbereitet. Selbständig von dieser Bewegung war ein im Anfang Dezembers im Lütticher Bezirke ausgebrochener Ausstand der Bergarbeiter, der zu blutigen Ereignissen führte, und ein militärisch geordnetes Auftreten der sog. Arbeitslosen in Gent unter einer schwarzen Fahne mit der weißen Inschrift: »Brood of dood!«

In Brüssel wurde am 22. November eine von der Regierung Nordamerikas angeregte internationale Münzkonferenz eröffnet. Sie nahm von den ihr vorgelegten Berichten Notiz und vertagte sich am 17. Dezember bis zum 30. Mai 1893, damit in der Zwischenzeit die betreffenden Fragen gründlich studiert würden.

Belgiens Totenliste weist auf: zunächst den früheren Kriegsminister de Chazal, der am 25. Januar im 84. Lebensjahre zu Pau in Südfrankreich starb. Er war einer der einflussreichsten Ratgeber des Königs Leopold I. Seine Geistesgegenwart verhinderte 1848 den Sturz des belgischen Königtums, indem er diesem Könige riet, den vor dem Palast in Brüssel angesammelten aufgeregten Volksmassen die Rückgabe der Königskrone anzubieten. Das Volk erwiderte mit dem Rufe: „Es lebe der König!“ und so ging der Sturm vorüber. Belgien verdankt diesem General auch die Befestigung Antwerpens im Jahre 1859. Am 29. Januar starb der 56jährige

Minister des Außern Joseph Marie de Riquet, Prinz von Chimay und Caraman. In Gent starb am 28. März François d'Elhoungne, einer der hervorragendsten Parlamentarier, der in den 50er Jahren eine bedeutende Rolle im Kampfe gegen die klerikale Partei gespielt hatte. Der vorige König hatte ihn öfters ersucht, in das Ministerium einzutreten, er hatte aber stets abgelehnt, wurde jedoch schließlich 1879 zum Staatsminister ernannt. Auf dem Schlosse Willers-Perwin im Hennegau verschied am 21. November der durch seinen Streit mit dem Papste bekannte frühere Bischof Dumont von Tournai; als der Papst 1879 erklärt hatte, er mißbillige das Anstürmen des Klerus gegen das neue Schulgesetz, verriet Dumont, daß der Papst im geheimen zu diesem Kampfe anfeuere; es kam infolge dessen zum Abbruch der Beziehungen Belgiens zum Papst; der abgesetzte Dumont ist jedoch mit dem Segen des Papstes gestorben.

Die Generalstaaten des Königreichs der **Niederlande** nahmen am 1. März ihre Thätigkeit wieder auf. Ihr erster Beratungsgegenstand war der „Borneo-Vertrag“ mit Großbritannien. Dieses hatte den die beiderseitigen Interessensphären auf Borneo festsetzenden Vertrag von 1824 anders ausgelegt als Holland und endlich 1889 in Amsterdam erklären lassen, daß es die nördlichen und nordöstlichen Teile der Insel als britisches Schutzgebiet betrachte. Darauf hatte Holland eine bestimmte Grenzregulierung vorgeschlagen, aber erst jetzt kam es dazu. Mit schwerem Herzen mußten Regierung und Kammern in diesem Vertrage weite Gebietsteile, die sie bisher beansprucht hatten, in englischen Besitz übergehen lassen; ungeachtet elegischer Reden behielt die Überzeugung die Oberhand, daß man im Grunde nur auf etwas verzichte, was man längst nicht mehr besessen hatte, und man sah ein, daß auf einer Insel, die fünfmal so groß als Frankreich ist, für zwei Kolonialmächte recht gut Platz zur Entwicklung sein werde. Am 8. März wurde der Vertrag genehmigt. Weiterhin kam am 17. März mit den Kammern ein einstweiliges Milizgesetz zustande, durch welches die Streitkräfte etwas vermehrt wurden, die militärische Dienstzeit für die bevorstehenden Aushebungen aber auf sieben Jahre beschränkt blieb, während die Regierung acht Jahre gewünscht hatte. Der Antiflaverei-Akte stimmten die Kammern am 25. März bei, nachdem die Regierung wegen der Beitrittsverzögerung Frankreichs getröstet hatte. Lange Verhandlungen über Änderung des Jagd=

gesetzes blieben fruchtlos, so daß die Klagen der Bauern über den vom Wild angerichteten Schaden noch mehr steigen werden. Das Wegschießen wäre ihnen wohl eingeräumt worden, die Sache scheiterte aber an der Frage der Entschädigung für Wildschaden. Am 20. Mai wurde ein Vertrag mit der Gesellschaft genehmigt, die sich mit der Ausbeutung der reichen Zinnlager auf der an der Ostseite Sumatras liegenden Insel Billiton befaßt. Hiernach soll der Staat $62\frac{1}{2}\%$ des Reingewinns und die bisher von der Gesellschaft ausgeübte Souveränität über die Insel erhalten.

Im Parteileben traten einige bemerkenswerte Vorgänge ein. Im März gelang, nach vielen vergeblichen Versuchen, die Bildung eines sozialdemokratischen Studentenvereins, dessen Mitglieder aus Besuchern der Universität zu Amsterdam und der polytechnischen Schule in Delft bestanden, während die Studierenden an den drei anderen Universitäten sich zurückhielten. In einer Versammlung dieses Vereins wurde Fürst Bismarck beschuldigt, den Ausbruch des Krieges von 1870 herbeigeführt und beide Mordanschläge auf den alten Kaiser bestellt zu haben. Feindseligkeiten gegen Deutschland traten übrigens unter den Studierenden nicht hervor, vielmehr lehnten sie an allen Hochschulen die Beteiligung an der Feier in Nancy ab. Ein neuer Versuch zur Bildung einer konservativen Partei mißlang wie die früheren, und ein klerikaler Versuch zur Einbürgerung der antifeminitischen Bewegung scheiterte an der kräftigen Absage des Führers der protestantischen Orthodoxen, die sich von je her als sehr duldsam erwiesen hatten.

Der Arbeiterfeiertag des 1. Mai verlief wohl in keinem Lande so ruhig wie in Holland. Die Versammlungen trugen den Charakter eines friedlichen Festes; nur in einem Orte Friesland's roch es etwas nach Blut und Schwefel; ein Doktor der Rechte war es, der hier Dynamit als das letzte Hilfsmittel empfahl, das dem Arbeiter zu seinem Rechte verhelfen könne. Die Wahlen für die Provinzialstaaten fielen am 10. und 24. Mai zu gunsten der Liberalen, insbesondere wider die Koalition aus, die sich aus Katholiken und konservativen Protestanten gebildet hatte. Diese Wahlen sind maßgebend für die Wahlen zur ersten Kammer.

Die beiden Königinnen statteten nach ihrer Rückkehr aus dem Schwarzwalde und aus Berlin der Stadt Utrecht einen Besuch ab.

Der Empfang war herzlich und glänzend; allgemeine Bewunderung erregte ein historischer Festzug, die Schicksale der Stadt von ihrer Gründung bis auf die Gegenwart darstellend. Die junge Königin Wilhelmine legte den ersten Stein zu dem neuen Universitätsgebäude, das die Stadt 1886 bei der 250jährigen Jubiläumsfeier gestiftet hatte. Von Utrecht ging die Reise nach Friesland, wo der Empfang ebenfalls ungemein herzlich war. Der Jubel des Volks steigerte sich noch, als die junge Königin bei dem großen Provinzial-Wettrennen in der friesischen Volkstracht erschien. In Leeuwarden, der Hauptstadt der Provinz, erteilte die Königin-Regentin Emma die hergebrachten Audienzen, und zwar in dem altertümlichen Palaste, in dem von 1545—1775 die oranischen Statthalter residirt hatten. Unter den Abordnungen befand sich eine aus Beets, einem Orte, in dem während des vorigen Winters die Not sehr hoch gestiegen war. Man hatte sie arglos zugelassen im Glauben, daß sie Dank für die erhaltenen Spenden sagen wollte. Statt dessen sagte der Führer: „Madame! ich als Arbeiter protestiere gegen alle die Pracht und den Prunk, womit Sie empfangen worden, denn die Masse des Volkes leidet Hunger.“ Ein anderer sagte: „Sie haben 1500 Gulden gegeben, aber mit geben ist hier nicht zu helfen, denn wir leiden noch stets Hunger.“ Und um der Regentin einen Begriff zu geben, wie sich ihre Unterthanen nähren, hatten diese Leute einen Topf mit Reismehl und ein halbes Roggenbrod mitgebracht. Am 4. August wohnten beide Königinnen der festlichen Eröffnung des von Amsterdam bis Breeswyk reichenden ersten Teils des Merwede-Kanals bei, durch den die kürzeste Verbindung zwischen Amsterdam und dem Rhein erreicht werden soll. Der zweite Teil von Breeswyk über Goriechen in den Merwedefluß und von hier in den Rhein wird erst später fertig werden. Das J hatte sich in Festschmuck gehüllt, alle Schiffe prangten in reichem Flaggen- und Wimpelschmuck. Massenhaft umfüumte die Menschenmenge die beiden langen Ufer und ihre hervorspringenden Hafendämme. Um 11 Uhr kündigten Kanonenschüsse die Ankunft der Königinnen an. Deren Boot, die „Ceres“, steuerte im Festzuge voran. An ihrem Bord befanden sich auch die obersten Behörden. Dann folgten 15 Dampfer. Auf der Fahrt wurden die großartigen Kunstbauten bewundert. Nach der Ankunft in der riesigen Schleusenkammer von Breeswyk nahmen die Königinnen unter einem

Baldachin Platz, und nach den Ansprachen trat Königin Wilhelmine an einen neben ihrem Sessel aufgestellten Tisch und drückte auf einen elektrischen Knopf, worauf der Vorhang von der an der gegenüberliegenden Schleusenseite in Stein angebrachten Inschrift „Koninginnesluis“ fiel. Der Geburtstag der Königin Wilhelmine wurde am 31. August unter großer Teilnahme der Bevölkerung im ganzen Lande gefeiert. Nach ihrer Rückkehr vom Besuche beim Fürsten von Bentheim zu Burgsteinfurt in Westfalen wohnten die Königinnen am 22. Oktober in Amsterdam dem Stapellaufe des größten niederländischen Panzerschiffs „Königin Wilhelmina“ bei. Die junge Königin trug eine Art von Marine-Uniform und durchhieb selbst das Tau, worauf das Schiff sich in Bewegung setzte. Auf die Freude über dieses Schiff folgte bald eine den gemächlichen Holländern recht unliebsame Entdeckung. Die Regierung erkannte die Reformbedürftigkeit der Kriegsmarine an und ließ zu diesem Zweck im November den Generalstaaten eine Kreditvorlage von 36 Millionen Gulden machen. Davan reichte sich ein längerer Bericht des Kriegsministers Senffardt über die Frage der Heeresorganisation. Darin war, wie um den ungünstigen Eindruck obiger Forderung wieder auszugleichen, gesagt, das niederländische Volk sei zwar in hohem Grade friedliebend, wolle aber die Opfer für die Erhaltung des Friedens auf das durchaus Nötige beschränkt wissen; die Verteidigung der Unabhängigkeit verlange allerdings gebieterisch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, aber die Auferlegung derselben Dienstzeit auf alle Dienstpflichtigen könne, wenn sie auch vielleicht ein Ideal der Zukunft bilde, augenblicklich nicht ausgeführt werden; daher empfehle sich eine Teilung in das Heer mit kürzerer Dienstzeit und in die durch das Los zu längerer Dienstzeit Berufenen; es genüge für jetzt die Erhöhung der Heeresstärke von 10000 auf 68115 Mann; die Dienstzeit in Heer und Reserve solle neun Jahre betragen. Mit Rücksicht auf das den Kammern vorliegende Wahlgesetz begann im Dezember aufs neue eine Bewegung zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts. Von besonderer Bedeutung war es, daß in der aus 92 liberalen Wahlvereinen bestehenden „Liberalen Union“ 87 sich hierfür entschieden. Die Progressisten veranstalteten in Antwerpen am 5. Dezember einen Umzug. Ihre Schilder führten Aufschriften wie diese: »Kriegen wij't algemeen stemrecht niet, dan gebruiken wij Dynamiet.«

Wichtige gesetzgeberische Aufgaben wurden den am 20. September durch die Thronrede der Regentin eröffneten Generalstaaten gestellt. Dahin gehörte vor allen eine Reform für die General- und die Provinzialstaaten. Jeder großjährige Niederländer, der lesen und schreiben sowie den Unterhalt seiner Familie selbst bestreiten kann, soll das aktive Wahlrecht erhalten. Hierdurch würde sich die Zahl der Wähler auf 800000, also auf 74 % der männlichen Bevölkerung erhöhen. Die übrigen Reformentwürfe betrafen die Gewerbesteuer, die Umbildung des Heeres, Verstärkung der Marine und soziale Maßregeln. Im vorgelegten Budget waren die Ausgaben auf 131⁸/₁₀ Millionen Gulden veranschlagt, wodurch ein Defizit von drei Millionen entstehen würde. Die Beschlüsse fallen in das folgende Jahr.

In den holländischen Kolonien ging es in diesem Jahre ruhig her, mit Ausnahme freilich eines schrecklichen, verheerenden Ausbruchs des Vulkans Gunong Uroo auf einer der Inseln, welche den Nordarm von Celebes mit der Philippinen-Insel Mindanao verbinden.

Was die niederländische Totenliste betrifft, so starb am 11. August der frühere Professor de Bries, der sich um die niederländische Sprachwissenschaft die größten Verdienste erworben hat, am 23. August der frühere Professor Dyzoomer, einer der bedeutendsten Gelehrten, und Anfang September starb in New-York der 89jährige Professor der französischen Sprache, Jean Römer, ein illegitimer Sohn König Wilhelms I. von Holland, der in den vierziger Jahren ausgewandert war, weil die beiden letzten Könige ihm trotz vieler Bemühungen hochgestellter Personen die Legitimierung versagt hatten.

Im Großherzogtum **Luxemburg** sprach sich die Landesvertretung am 1. Juni für Herabsetzung des Wahlzensus für die Wähler zur Deputiertenkammer von 30 auf 15 Francs und für eine Bestimmung aus, wonach dem Kandidaten verboten wird, den Wählern Getränke und Essen zu geben und in der Wahlperiode den Wählern Besuche zu machen. Die Sache war vor einiger Zeit vom früheren Minister v. Blochhausen angeregt, der eine Herabsetzung des Zensus auf 10 Francs vorgeschlagen hatte. Hiergegen hatte sich der Staatsrat ausgesprochen. Er sah zwar ein, daß man hinter der Wahlreform der Nachbarländer nicht zu weit zurückbleiben dürfe, wollte aber eine Herabsetzung nur auf 20 Francs. Durch den von der Kammer gewählten Mittelweg

wird die Zahl der Wähler von 6600 auf 14000 erhöht. Fast noch wichtiger ist das Verbot des Speisenspendens, denn es war bei den Wahlen zur Unsitte geworden, daß die Bewerber weniger in der Entwicklung politischer Grundsätze, als in der Zusammenstellung eines reichhaltigen Speisezettels wetteiferten. In der Hauptstadt trat bei einigen Gelegenheiten die Neigung gewisser Kreise zu Frankreich wieder hervor. Die Turnvereine glaubten bei den Festen in Nancy nicht fehlen zu dürfen und beanspruchten hierzu Fahrgeldermäßigung und Geldunterstützung. Die Regierung lehnte es ab, die Gemeinde bewilligte aber im August dem die französische Propaganda betreibenden Vereine eine Geldunterstützung für Teilnahme an einem Musikwettstreite in Nancy. Andererseits erschienen von hier und von Courbevoi Vereine, die mit großem Gepränge feierlich eingeholt, mit Reden voll unwandelbarer Sympathie für Frankreich begrüßt und dann zur Wohnung des französischen Residenten geleitet wurden, deren Umgebung von den Klängen der Marseillaise wiederhallte. Daran schloß sich an den Gräbern von zehn französischen Soldaten aus dem Kriege von 1870 eine Art von Verbrüderung zwischen Luxemburg und Frankreich: Sogar der Polizeikommissar der Hauptstadt gab seiner francofenfreundlichen Richtung dadurch Ausdruck, daß er im September die Vorsichtsmaßregeln gegen die Cholera nur in französischer Sprache bekannt machte, die von neun Zehnteln der Einwohner nicht verstanden wird. Im Theater kam am 6. Oktober anlässlich einer Gastrolle der Sarah Bernhardt eine Kundgebung für das französisch-russische Bündnis vor. Am 10. September wurde der 50. Jahrestag der Gründung der luxemburgischen Wehrmacht als deutschen Bundeskontingents gefeiert, wobei der Ministerpräsident Eyschen die Festrede hielt. Der bekannten Springprozeßion in Echternach ward für dieses Jahr die Auszeichnung zu teil, daß der Papst den Teilnehmern einen Ablass von sechs Jahren verhiess. Großherzog Adolf, dessen Schloß Walsferdingen noch nicht recht bewohnbar ist, hielt sich meist auf seiner Besitzung Hohenburg in Oberbaiern auf. Er erhob den zweiten Sohn seiner Schwester, der Königin Sophie von Schweden, den Prinzen Oskar Karl August Bernadotte und dessen Gemahlin Ebba, geb. Munk, in den Adelsstand unter dem Titel Graf und Gräfin v. Wisborg. Die Deputiertenkammer wurde am 8. November wieder eröffnet. Das Budget für 1893

sah die Einnahmen mit 9547000 Francs vor und schloß mit 2152000 Francs Ueberschuß. Es wurde einstimmig genehmigt. Die übrigen Vorlagen hatten für das Ausland kein Interesse.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Im Königreich **Dänemark** zogen sich auch in diesem Jahre die Verhandlungen des seit dem 6. Oktober versammelten Reichstags ganz außerordentlich in die Länge. Die auf vereinzelte Vorlagen verwendete Zeit war unglaublich lang. Der im November niedergesetzte Eisenbahnausschuß des Folkethings hielt z. B. erst im Anfang März seine erste Sitzung. Bis zum gesetzlichen Endpunkte der Session, den 1. April, wurden von 125 Gesetzentwürfen nur 43 erledigt. Die wichtigsten Gesetze, die zu stande kamen, waren ein Krankenkassengesetz und Gesetze betreffend die Alimentationsbeiträge an unehelich geborene Kinder, das Registriren dänischer Schiffe, die Seegerichte und die Schweine-diphtheritis. Das wichtigste, das Finanzgesetz für 1892—93, kam, wie das vorige und viele früheren, nicht zu stande, obwohl man wegen des inzwischen erfolgten Ablebens des Linkenführers Berg und wegen einer bei der vorjährigen Nachtragsbewilligung bemerkbar gewordenen Nachsicht schon auf das Ende der sog. Verweltungspolitik gehofft hatte. Der Grund der Verschleppung lag wieder in der Aneignung gegen eine Regierung, die nach Ansicht der Mehrheit durch den Erlaß der früheren provisorischen Finanzgesetze die Verfassung verletzt hatte. So mußte denn am 1. April abermals ein provisorisches Budget in Kraft gesetzt werden. Die Neuwahlen zum Folkething fielen am 20. April auf 30 von der Rechten, 43 der gemäßigten und 28 der radikalen Linken, ein für die Regierung nicht ungünstiges Resultat, denn die Rechte gewann sechs, die Gemäßigten vier Kreise. Der neue Reichstag trat am 6. Mai, jedoch lediglich zu formellen Zwecken, zusammen und wurde am 11. Mai wieder geschlossen.

König Christian IX. feierte am 8. April seinen 74. Geburts-

tag, ein Alter, das bisher noch kein König aus dem oldenburgischen Hause erreicht hatte. Auch war er der erste dänische König, der das Fest seiner goldenen Hochzeit feierte, wozu man schon lange im ganzen Lande Vorbereitungen getroffen hatte. Alle Kinder und die meisten Enkel des Königspaares umgaben es an diesem Tage. Die Tochter Marie, Herzogin von Cumberland, wurde vom König selbst eingeholt, der ihr bis Büchen im preussischen Kreise Rauenburg entgegenfuhr. Der Tochter Dagmar, Kaiserin Maria von Rußland, nebst ihrer Familie fuhr der Bruder Prinz Waldemar entgegen. Dann traf die Tochter Alexandra, Prinzessin von Wales, mit Gemahl und Kindern und der Sohn Wilhelm, der schon seit Jahren als König Georgios den hellenischen Thron einnimmt, mit Familie ein. Außerdem erschienen der Erzherzog Friedrich, der Großherzog Adolf von Luxemburg mit Sohn, die Prinzen Karl von Schweden, Eduard von Anhalt, Adolf von Schaumburg-Lippe, Ferdinand und Albert von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg; dieser war als Neffe des Königs Christian und als preussischer Gardes-du-Corps-Offizier als die geeignetste Persönlichkeit befunden, die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaars zu überbringen. Am 24. Mai machte die 75jährige Königin Luise mit ihren drei Töchtern eine Rundfahrt durch die geschmückten Straßen Kopenhagens. Am 25. Mai empfing der König zahlreiche Abordnungen von Gemeinden und Vereinen aus dem ganzen Lande, die ihre Huldigungen und wertvolle Gaben überbrachten, darunter Mittel zu einer Stiftung und zu einem Nationaldenkmal; Handwerker verehrten einen Galawagen, 80000 Schulkinder einen goldenen Kranz. Die Präsidenten beider Thinge des Reichstags gaben der Überzeugung Ausdruck, der augenscheinlich auf dem Königshause ruhende Segen werde die künftige Festigung guter Beziehungen zwischen diesem und dem Volke fördern. Auf die Ansprache des Oberpräsidenten erwiderte der König, er sei tiefgerührt von der ihm zu teil werdenden überwältigend liebevollen Teilnahme, sei durch und durch Kopenhagener und wisse es zu schätzen, was er gelernt habe in den 61 Jahren, seit er als Jüngling hier eingewandert „aus dem Lande, von dem wir leider getrennt sind.“ Abends bei der Galatafel brachte der Zar das Hoch auf die Subilare aus. Am 26. Mai vormittags begaben sich alle Fürstlichkeiten in prachtvollem Aufzuge nach der Frauenkirche. Die Straßen waren

von einer zahllosen Menge erfüllt, denn aus den Provinzen war man scharenweise zur Hauptstadt geströmt. Beim Kronprinzen Friedrich fand Familientafel statt. Abens im Theater wurden die Majestäten mit Jubel begrüßt. Die Empfänge setzten sich am 27. Mai fort. Die „Waffenbrüder“, d. h. die alten Soldaten aus den Kriegen von 1848—50 und 64, veranstalteten einen feierlichen Aufzug, wobei der König auf den Altan des Schlosses trat und in einer Ansprache sagte: „Keiner weiß besser als ich, mit welchem Heldenmuth Sie für das Vaterland gekämpft haben.“ Die Universität veranstaltete am 28. Mai einen Festakt, dem das Königspaar bewohnte. Den Schluß der Festlichkeiten bildete ein großartiger Volkszug, wohl an 50000 Köpfe, mit zahlreichen Fahnen und Musikkorps vor dem Könige und den auf dem Balkon des Schlosses Amalienborg versammelten Gästen. Die fremden Fürstlichkeiten, mit hohen Orden beschenkt, reisten bald wieder ab, der Zar und Familie weilten noch längere Zeit am dänischen Hofe, der in ländlicher Zurückgezogenheit auf den Schlössern Bernstorff und Charlottenlund zubrachte. Am 16. Juni traf König Oskar von Schweden zu kurzem Besuche ein. König Christian war am 5. Juli mit dem Zaren beim Stapellaufe des „Gejser“ zugegen. Nach des Zaren Abreise begab sich die Königin nach Gmunden, der König nach Wiesbaden zur Kur. Von hier aus besuchte er am 8. August das 6. thüringensche Infanterieregiment in Kassel, dessen Chef er ist. Nach einem Manöver setzte sich der König an die Spitze des Regiments und führte es nach Mainz, worauf sämtliche Offiziere zu Pferde den Wagen begleiteten, in dem der König nach Wiesbaden zurückfuhr. Am 7. Oktober machte das Königspaar der Kronprinzessin Viktoria von Schweden einen Besuch auf Schloß Sofiero bei Helsingborg. Das durch freiwillige Gaben des ganzen dänischen Volks errichtete Fort auf dem Gardehügel (Gardehöifort) bei Kopenhagen, dessen Bau 1885 begonnen war, wurde am 28. August unter großen Festlichkeiten dem Kriegsminister Bahnson übergeben. Dieser hatte einige Tage vorher in einem Verein der Hauptstadt eine Rede über deren Befestigungen und die sonstigen Rüstungen Dänemarks gehalten und versichert, die Land- und Seebefestigungen seien so weit durchgeführt, daß sie der Heeresordnung wie den Waffen entsprächen.

Der neue Reichstag wurde am 3. Oktober eröffnet. Nach der

ihm alsbald vorgelegten Staatsrechnung für 1891—92 schloß dieser Etat mit einem Defizit von 7700000 Kronen ab und beträgt die Staatsschuld 185 Millionen. Im Budget für 1893—94 betragen die Einnahmen 55,5, die Ausgaben 54,2 Millionen. Bei der Vorlage machte der Finanzminister darauf aufmerksam, daß sich zum ersten Male seit sieben Jahren ein „hübscher Überschuß“ herausstelle. In der vom 11. bis 18. Oktober dauernden ersten Beratung dieses Budgets im Folkething handelte es sich vorwiegend wieder um die seit einer Reihe von Jahren zwischen der Regierung und dem Thing streitige konstitutionelle Frage. Der Redner der gemäßigten Linken räumte zwar ein, daß die Vorlage frei von neuen Streitpunkten, da aber die alten Streitfragen noch unerledigt seien, so empfahl er dem Hause, die bisherige Politik fortzusetzen. Der Wortführer der Rechten betonte deren versöhnliche Gesinnung und meinte, es sehe danach aus, als wenn jetzt endlich die budgetlose Zeit zu Ende gehe. Sehr eingehend wurde sodann die Frage einer Beilegung des politischen Streits von Scavenius behandelt, der früher Kultusminister im jetzigen Ministerium Estrup war und Verbindungen auf der linken Seite des Hauses hat, während er selbst zu den Konservativen gehört. Im Ergebnis der letzten Wahlen sah er das Verlangen des Volks nach dem Ausgleich mit der Regierung. Als Bedingungen hierfür bezeichnete er das gänzliche Absehen von der Verdrängung des dormaligen Ministeriums; die Rechte könne sich der Schaffung neuer grundgesetzlicher Bestimmungen zur Vermeidung fernerer provisorischer Finanzgesetze nicht entziehen, dagegen müsse die Rechte auf der Durchführung der Landesverteidigungssache bestehen, endlich könnten einige der provisorischen Gesetze, die sich zwar als gut erwiesen hätten, aber nicht mehr nötig seien, namentlich das über das Gendarmeriewesen, fallen gelassen werden. Die Minister gingen in ihren Reden auf diese Fragen nicht ein. Das Hauptinteresse knüpfte sich an Äußerungen des Kriegsministers Generals Bahnsen. Er versicherte, die Befestigung von Kopenhagen sei jetzt ebenso vollständig wie die der meisten europäischen Festungen, wenn auch von diesen einige stärker seien. „Will ein Feind uns angreifen, so muß er diese Festung einer regelrechten Belagerung unterziehen.“ Dazu komme, daß sich die dänische Marine stärker als die irgend einer anderen europäischen Macht, mit Ausnahme Englands,

entwickelt habe. Im übrigen waren in dieser Beratung interessant die Klagen des Ministers des Innern über die große Verwirrung, welche der frühere Minister Scavenius bezüglich der Rechtschreibung im ganzen Lande angerichtet habe, und die Verwahrung des Kriegsministers gegen den Vergleich eines von Offizieren auf Föhnen ausgeführten Parforcerittes mit dem deutschen Distanzritt.

Das Budget wurde an die Kommission gewiesen, in der es sich im nächsten Frühjahr herausstellen wird, ob die Neigung zur Veröhnung mit der Regierung durchschlägt. Thatsächlich ist die Politik der Radikalen des Folkethings schon durch die lange Zeit verurteilt, in der ihre Durchführung unmöglich war. Der ursprüngliche Streitpunkt ist inzwischen längst verschwunden, es sind ferner Gesetze ins Leben getreten, die mit den verschiedenen vom Thing nicht genehmigten Budgets zusammenhängen, und es wird der Volksvertretung schwerlich einfallen, die Wiederabtragung der inzwischen ausgeführten Befestigungen formeller Fragen wegen zu verlangen, für die sich die Menge nicht begeistert. Zur Vorlage kam natürlich auch das Budget für 1892—93, welches am 1. April als provisorisches hatte erlassen werden müssen. Von den sonstigen Vorlagen ist bemerkenswert ein Nachtrag zur Heeresorganisation von 1860. Es soll nämlich die Fußartillerie und das Geniecorps erheblich vermehrt werden, weil die neuen Befestigungswerke von Kopenhagen auch die entsprechenden Truppen verlangen. Obwohl dies also notwendig erscheint, traut man doch nicht, ob die Landesvertretung zustimmen wird, denn zu Ausgaben, namentlich für das Militär, ist sie seit Jahren wenig geneigt, und die Neuerung soll 600000 Kronen kosten. Der Kriegsminister empfahl daher die Vorlage mit den kurzen, aber die Lage bezeichnenden Worten: „wenn man wünsche, daß das Land auf die Dauer bestehen solle.“ Die Vorlage umfaßte übrigens auch die Einberufung der Landwehr zu jährlich sechstägigen Übungen. Der militärische Gesichtspunkt war ferner maßgebend bei einer Vorlage, in der 30 Millionen Kronen zur Anlegung von Eisenbahnen verlangt werden, wovon 16 Millionen für unterirdische Bahnen Kopenhagens und für den Bau einer dortigen Zentralstation. Der Entwurf wurde am 20. Dezember nach der zweiten Beratung aufs neue an den Ausschuß gewiesen.

Bisher hatten sich immer noch, wenn auch in sinkendem Maße,

Anwendungen für eine Wiedergewinnung Nordschleswigs gezeigt. Sehr bemerkenswert war es daher, daß um Mitte Oktober einer der hervorragenden dänischen Politiker, Hörup, Führer der Linken, in einer Versammlung zu Kopenhagen, ohne auf Widerspruch zu stoßen, sich dahin aussprach, die schleswigsche Sache sei weder als Volks-, noch als Parteisache, noch als Politik etwas anderes als eine verlorene Sache; Blut und Sprache knüpften zwar dieses Band noch, aber dieses würde völlig zerrissen werden, wenn die „Abenteurerpolitik“ siege, „die unsere nationale Selbständigkeit selbst aufs Spiel setzen würde.“

Hervorzuheben ist noch, daß Dänemark seit dem 8. September wieder einen katholischen Bischof hat, nachdem es seit der Reformation von 1536 keinen mehr gegeben hatte. Es ist dies auf eine mit reichen Mitteln betriebene Propaganda zurückzuführen, der die vielen Streitigkeiten innerhalb der lutherischen Geistlichkeit zu statten kamen. Der Bischof heißt Johannes von Euch und erhielt als solcher die Weihe zu Osnabrück.

Anfang Januar starb General Kauffmann, der 1864 bei Düppel befehligt hatte und später als Kriegsminister den Verteidigungsplan aufstellte, aus dem der neue, bald 7jährige Verfassungskstreit entstand. Der frühere Ministerpräsident, Lehnsgraf Holstein-Holsteinborg, unter dem der Kampf mit der Linken begann, starb am 28. April, 77 Jahre alt. Im Alter von 71 Jahren starb am 21. Mai der aktive Minister des Außern, Baron v. Rosenörn-Lehn, der 1870 dasselbe Amt unter dem Vorgenannten bekleidet hatte. Sein Werk war es, daß Dänemark damals nicht für Frankreich Partei ergriff. Zu seinem Nachfolger wurde am 3. Juni der Kammerherr v. Keedk-Thott zu Gaunö ernannt, einer der reichsten Rittergutsbesitzer. Der Kontre-Admiral Dunksfelt, früher Kommandant der bekannten Panzerbatterie „Kolf Krake“, starb am 29. Oktober, 71 Jahre alt.

In **Schweden** trat am 16. Januar der Reichstag zusammen. Die Alterspräsidenten beider Kammern hielten längere Ansprachen. Der der ersten Kammer rief die Vaterlandsliebe der Abgeordneten an, damit sie zeitig Vorkehrungen treffen möchten, die Verteidigungskräfte des Landes auf der bisherigen Grundlage zu entwickeln, zu ordnen und zu verbessern. Mit jedem Tage kämen wir der Stunde

näher, wo die Kriegsfackel angezündet werden und ihre Verheerungen über den ganzen Erdteil verbreiten dürfte. Der Vorsitzende der zweiten Kammer erinnerte daran, daß jetzt gerade 25 Jahre seit Einführung der neuen Repräsentationsform vergangen seien. Die feierliche Eröffnung des Reichstages erfolgte am 20. Januar durch eine Thronrede, in welcher der König bemerkte, er sei unablässig bemüht, das befriedigende Verhältnis zu den auswärtigen Mächten zu erhalten, und diese Bemühungen würden um so mehr erleichtert werden, wenn ein gut geordnetes Verteidigungswesen die friedliche Unabhängigkeit des Landes bewahre. Dem Reichstage werde daher eine Vorlage zu einer wesentlichen Verständigung über das Verteidigungswesen gemacht werden. Der sodann vorgelegte Etat enthielt in Einnahme und Ausgabe 19716000 Kronen. Dabei zeigte der ordentliche Etat für das Militär eine Erhöhung um 2976400 Kronen. Bei der Beratung des Etats wurde in beiden Kammern die in Norwegen spielende Frage wegen Errichtung eines besonderen Ministeriums des Äußern und besonderer Gesandtschaften berührt. Alle Redner sprachen sich gegen die Trennung aus. In beiden Kammern gelangten zur Annahme Gesetzesentwürfe wegen Verlängerung des 1881 mit Frankreich geschlossenen Handelsvertrags und wegen Festsetzung des Zollsatzes für gemahlene Roggen und Weizen auf 250, für ungemahlene auf 125 Öre für 100 Kilo bis Ende 1893. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag auf Erweiterung des Rechts für die Angehörigen der schwedischen Staatskirche zur Eheschließung vor den Civilbehörden. Ein Vorschlag der Regierung, die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer auf 150, die der zweiten Kammer auf 225, nämlich 75 aus den Städten und 150 aus den Landkreisen, festzusetzen, wurde im März von der ersten Kammer genehmigt; die zweite Kammer änderte den Vorschlag dahin, daß ihre Mitgliederzahl 230, und zwar 80 aus den Städten betragen sollte; dies wurde jedoch von der ersten Kammer verworfen. Sodann sprach sich die zweite Kammer am 27. April für eine Erweiterung des Wahlrechts aus, indem jeder, der ein Einkommen von wenigstens 500 Kronen versteuert, Wähler zur zweiten Kammer sein solle, während jetzt dieses Wahlrecht an die Versteuerung von wenigstens 800 Kronen geknüpft ist. Dies wurde jedoch von der ersten Kammer abgelehnt.

Den wichtigsten Beratungsgegenstand bildete der Entwurf

eines Wehrpflichtgesetzes. Jeder Schwede sollte vom 21. bis zum 40. Lebensjahre dienstpflchtig sein und diese Pflicht in der Bewehrung und im Landsturm erfüllen. Erstere zerfällt in das erste und zweite Aufgebot; im ersten Aufgebot beträgt die Dienstzeit 8, im zweiten 4 Jahre. Der Pflchtige hat zu seiner Ausbildung in Friedenszeiten 90 Tage zu dienen, die bei der Kavallerie, der Artillerie, den Ingenieurtruppen und der Marine im ersten Jahre abzudienen sind, in der Infanterie und im Train aber mit 68 Tagen im ersten und mit 22 im folgenden Jahre. Das zweite Aufgebot soll außerhalb der Grenzen der vereinigten Reiche nicht ohne Zustimmung des Reichstags verwendet werden. Die zweite Kammer lehnte jedoch am 6. April mit 116 gegen 107 Stimmen den Vorschlag wegen Ausdehnung der Übungszeit von 42 auf 90 Tage ab. Da dies den Eckstein des ganzen Entwurfs bildete, so wurden damit die übrigen Vorschläge ziemlich wertlos. Am 9. Mai genehmigte der Reichstag, daß für unvorhergesehene Fälle, insbesondere für den Fall eines Krieges 2 $\frac{1}{2}$ bzw. 5 Millionen statt der bisher üblichen geringeren Beträge ausgeworfen würden. Eine Regierungsvorlage, betreffend eine neue Verbindung zwischen Stockholm und Berlin über Trelleborg, Malmö und Sarnitz auf Rügen wurde von der ersten Kammer genehmigt, von der zweiten abgelehnt, weil erst zu untersuchen sei, ob diese Verbindung in Bezug auf die Ausfuhr von Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen angemessen sei. Der Reichstag wurde den 23. Mai geschlossen, und am 21. Juni trat der Kriegsminister Generalmajor Freiherr Palmstierna wegen der Ablehnung der Militärvorlage zurück. An seine Stelle trat am 25. Juni der Staatsrat Freiherr Axel Emil Rappe, ein Mann von 54 Jahren, der 1870—71 in französischen Diensten gegen Deutschland gefochten, als Gefangener aus Metz entflohen war und bei seiner Rückkehr zum französischen Korps beinahe als Spion erschossen wäre.

Kronprinz Gustav traf am 26. Januar zu 14tägigem Besuche am Hofe zu Petersburg ein. Seine Mutter, Königin Sophie, weilte einige Sommermonate zu Honnef bei Bonn, und König Oskar trat am 4. Mai eine Reise nach dem Süden an. Er besuchte den badischen Hof in Karlsruhe und hielt sich eine Zeitlang in Biarritz, Mentone, Nizza und Cannes auf. Ein eigentümlicher Zufall war

es, daß er gerade in dem Augenblick in Mentone eintraf, als das Haus, in dem sein Onkelt Bernadotte in Pau zur Welt kam, zum Verkauf ausgeschrieben wurde. Bei seiner Ankunft in Marseille am 18. Mai wurde er auf Weisung der Regierung, trotz seines Infignitos, festlich empfangen. Sein Besuch galt hier hauptsächlich dem Land- sitze „Campagne Clary“, der Heimat seiner Großmutter, des ehemaligen Fräuleins Eugenie Bernadine Desirée Clary, die General Bernadotte in Paris kennen gelernt und als Gattin heimgeführt hatte. Überall im südlichen und südwestlichen Frankreich wurde der König von den Behörden festlich empfangen. Auch Präsident Carnot nahm ihn am 3. Juni in Paris mit großen Ehren auf. Eine Tochter des Prinzen Bernadotte, zweiten Sohnes des Königs, wurde am 22. Juni auf die Namen Ebba Sophie getauft.

Ein Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiter ganz Scandinaviens fand vom 20. bis 26. August in Malmö statt. Er bezeichnete als Ziel seiner Bestrebungen die Errichtung eines sozialdemokratischen Staats und sprach sich für Gründung von Fachvereinigungen, Ausdehnung der Bewegung unter die Landarbeiter und für große Vorsicht bei Arbeitseinstellungen aus. Der erste sozialdemokratische Versuch zur Erlangung eines Sitzes im Reichstag mißlang am 9. September bei einer Ersatzwahl in Stockholm. Mehr Aussicht schien die von den Sozialdemokraten unterstützte Bewegung für Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu haben, die seit Beginn des Jahres in ganz Schweden verbreitet war. Große Versammlungen erklärten sich im April für die Berufung eines sogenannten Volks-Reichstages für März 1893, falls mindestens 200 000 Personen sich zur Teilnahme an den Wahlen einer solchen Versammlung aussprechen würden. Diese auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu wählende Privatversammlung sollte sich dann der Geltendmachung der Forderung annehmen. Zur weiteren Förderung dieser Sache fand am 26. September eine große Versammlung in Stockholm statt, in der die Redner das Mißtrauen gegen das allgemeine Stimmrecht bekämpften. Ein Redner wies darauf hin, daß sich unter den politisch nicht Stimmberechtigten 200 000 Personen befänden, die das kommunale Wahlrecht besäßen. Beschlossen wurde eine Erklärung gegen jeden Versuch, den Stimmrechtlosen neue militärische Lasten aufzubürden.

Die Frage der Verstärkung der Wehrkraft rückte allerdings wieder näher heran. Denn trotz aller ihr bereits bereiteten Schwierigkeiten und ungeachtet des Scheiterns der Wehrvorlage im Frühjahr, hielten der König und seine Regierung nur um so mehr daran fest. Lediglich zur Beratung eines neuen Organisationsplans für das Heer wurde der Reichstag auf den 18. Oktober zu einer außerordentlichen Tagung berufen, ein Fall, der seit 1871 nicht vorgekommen war. In der Thronrede sagte der König nur, der neue Vorschlag sei auf derselben Grundlage aufgebaut, wie der frühere, und dann forderte er auf, die Parteistreitigkeiten ruhen zu lassen. Der Vorschlag ging dahin, das Heer auf 6 Armeebezirke zu verteilen, die schon auf Friedensfuß vollständig und fast gleichartig organisiert werden. Fünf dieser Bezirke sollen sich wie eine ausgedehnte Bewachungskette über den ganzen langgestreckten Küstengürtel ausdehnen, während die sechste etwas größere Abteilung eine strategische Reserve im Westen des mittleren Schwedens bilden soll. Jede dieser Abteilungen soll, außer Train- und Genietruppen, 12 Bataillone Infanterie, 5 Schwadronen Kavallerie und 6 Batterien, der dritte Bezirk jedoch 19 Infanteriebataillone enthalten. Die Zeit der Übung, zu der jeder waffenfähige junge Schwede herangezogen werden kann, wird auf 90 Tage, die Wehrpflichtzeit auf 20 Jahre ausgedehnt. Das erste Aufgebot soll 8, das zweite 4, der Landsturm 8 Altersklassen umfassen. Die Kosten der Änderung sind auf $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen veranschlagt. Die Verhandlungen über die Militärvorlage begannen in beiden Kammern am 21. November und führten schon nach zwei Tagen zur Genehmigung. Dieser Erfolg war zum Teil dem ebenso entschiedenen als patriotischen Auftreten des neuen Kriegsministers zu danken und übertraf weit die kühnsten Erwartungen der Regierung. Gehobenen Sinnes schloß der König, dem endlich sein langjähriges Anliegen erfüllt war, am 28. November den Reichstag, der, wie er in der Thronrede sagte, sich gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit der Zeitgenossen wie der künftigen Generationen erworben habe.

Bald nach dem schwedischen Reichstag trat der Reichstag **Norwegens** am 1. Februar zusammen. Die Präsidentenwahlen fielen in beiden Kammern zu gunsten der ministeriellen Linken aus. Vor der feierlichen Eröffnung kam im Storting die Abneigung der

Radikalen gegen die Fortdauer der Union mit Schweden zum Ausdruck. Bei Behandlung der Zeremonienfrage verlangte der Abgeordnete Eng, daß aus dem althergebrachten Wunsche: „Gott schütze den König, das Vaterland und das Bruderreich!“ die Worte „das Bruderreich“ ausfallen sollten, weil der schwedische Reichstag dem Wunsche des norwegischen Reichstags wegen eines besonderen Ministers des Außern nicht entgegengekommen sei. Der Vorschlag stieß jedoch auf so heftigen Widerstand, daß er zurückgenommen wurde. In der Thronrede, mit der König Oskar am 9. Februar den Reichstag eröffnete, wurden die zu machenden Vorlagen aufgeführt. Das zur Vorlage gelangende Staatsbudget für 1892—93 lautete in Einnahme und Ausgabe auf 51450000 Kronen. Die erste und zugleich die hauptsächlichste Angelegenheit, welche den Reichstag beschäftigte, war die durch das gesteigerte Selbstbewußtsein des Landes hervorgerufene Forderung selbständiger, anstatt der bisher mit Schweden gemeinsamen Vertretung nach außen. Der Amtsantritt des gegenwärtigen Ministeriums Steen war im vorigen Jahre schon eine Folge dieses Bestrebens gewesen. Am 13. Januar war sodann im ministeriellen Staatsrat, des einzigen beiden Reichen gemeinsamen Organs, das norwegische Ministerium mit dem schwedischen hart zusammengestoßen. Der schwedische Minister Lewenhaupt hatte sich hier ganz bestimmt dahin ausgesprochen, daß eine Aufhebung der gemeinsamen Vertretung bei fremden Mächten mit dem Bestande der Union beider Reiche unvereinbar sei. Die norwegischen Minister hatten darauf ebenso entschieden den entgegengesetzten Standpunkt geltend gemacht, und in der Absicht, diese Frage beim Reichstag in weiteren Fluß zu bringen, waren die norwegischen Minister auch mit dem Könige in Meinungsverschiedenheit geraten. Er war der Ansicht, daß die regierungseitige Beratung der Frage, gemäß der Reichsakte, im gemeinsamen Staatsrate erfolgen müsse, während das Ministerium Steen alsbald dem Storting eine Vorlage wegen Errichtung eines besonderen norwegischen Konsulatssetats für die Zeit vom 1. Januar 1894 an unterbreitet haben wollte. Das Storting suchte in diesem Streite dem Ministerium zu Hilfe zu kommen, indem es am 1. März, nach zweitägigen Verhandlungen, mit 64 gegen 48 Stimmen die Erklärung beschloß, daß die Frage der Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens als eine ausschließlich norwegische Angelegenheit nur von

den gesetzgebenden Körpern Norwegens zu erörtern und zu erledigen sei, daß aber die Regelung der gegenwärtig bestehenden Verhältnisse eventuell dem gemeinsamen Staatsrate obliege. Damit war dem Rücktritte des Ministeriums und der Verlegenheit wegen Bildung eines neuen vorgebeugt, das doch ebenfalls im Sinne der Stortingmehrheit hätte zusammengesetzt werden müssen. Der König beschloß darauf im norwegischen Staatsrate am 14. März, dem Storting eine Auseinandersetzung der Konsulatsfrage vorzulegen, nahm aber in das Protokoll dieser Sitzung einen Vorbehalt betreffend den Inhalt und die fernere Verhandlungsweise auf. Während nun die Sache vorläufig ruhte, brach bei vielen Radikalen im Storting die Verstimmung anlässlich der Etatsberatung durch. Zur Frage der Apanage für die Hofhaltung des Königs eröffneten daher die Radikalen, sie hätten den Plan gehegt, im Falle des Abgangs des Ministeriums Steen wegen der Konsulatsfrage die Apanage erheblich herabzusetzen. Dieser von der Partei nunmehr aufgegebenen Plan wurde aber von einzelnen doch ausgeführt. Zwar wurde der Antrag auf Kürzung der Apanage um 800000 Kronen abgelehnt, es stimmten dafür aber immerhin 40 Abgeordnete einschließlich des Präsidenten. Am 10. Juni kam die Konsulatsfrage im Storting wieder zur Beratung. Der Ministerpräsident Steen führte aus, Norwegen könne die Sache allein ordnen; die Union mit Schweden wollten zwar alle Norweger erhalten, aber da gelte es auch, „die nationalen Verhältnisse zu stärken und sie nicht unter den jetzigen unionellen Formen zu schwächen;“ man dürfe den unionellen Bedenken nicht das große Gewicht beilegen, daß sie zum Schaden der nationalen Selbständigkeit Norwegens gereichen. „Wir können nicht unser Erstgeburtsrecht hingeben.“ Diese Ausführungen unterzog Minister Steens Amtsvorgänger, Stang, einer scharfen Kritik; er zeigte, daß eine Lockerung in dieser Frage zur weiteren Auflösung der Union führen könne; die Mehrheit aber billigte einen vom Ausschusse vorgeschlagenen Plan zur Errichtung eines eigenen Konsulatswesens, bewilligte für vorbereitende Maßregeln zu dessen Durchführung 50000 Kronen und ermächtigte die Regierung zu Verhandlungen mit Schweden über die Abwicklung der konsularen Gemeinsamkeit. Der Reichstag genehmigte ferner eine Staatsanleihe von 20 Millionen Kronen zu 4% und ein neues Bankgesetz, wodurch bezüglich des Rechts der Zettelausgabe das britische

Differenzsystem eingeführt und der Bank gestattet wird, norwegische Staats- und Hypothekbank-Obligationen sowie andere, auf ausländischen Börsen notierte Wertpapiere zu erwerben. Sodann wurde die Bestimmung aufgehoben, daß die Richter sich zur öffentlichen Religion des Staates bekennen müssen. Auch eine Vorlage wegen eines Handelsvertrags mit Spanien wurde genehmigt. Das Adels-thing insbesondere sprach sich aus für Einführung der Volks- oder Dialektsprache in der Volksschule derart, daß die Schüler diese und die allgemeine Buchsprache lesen lernen sollen. Eine bemerkenswerte Anfrage wurde am 11. Mai im Storting gestellt: der Abgeordnete Nielsen fragte, ob die Regierung Maßnahmen beabsichtige, um dem Heere die nötige Stärke zu geben. Die Antwort ging dahin, die Regierung sei schon im vorigen Jahre der Ansicht gewesen, daß man mit dem Heere in seiner jetzigen Verfassung keinen Feldzug unterhalten könne, es werde aber eine bezügliche Vorlage ausgearbeitet. Dieser Zustand schien zu dem kräftigen Selbstbewußtsein des Landes grade nicht zu passen. Bezüglich des Heeresbudgets wurden übrigens 97500 von den verlangten 3300000 Kronen gestrichen.

Der Anfang Juni vertagte Streit in der sog. Konsulatsfrage brach am Ende des Monats in helle Flammen aus. Am 29. Juni erfuhr der Ministerpräsident durch eine Unterredung mit dem Könige, daß dieser dem Storthingsbeschlusse vom 10. Juni nicht Folge zu leisten gedenke. Das Ministerium erbat und erhielt insofgedessen seine Entlassung. Nachdem dies am 30. Juni dem Storting mitgeteilt war, sprach es sofort in einer Adresse dem Könige sein tiefes Bedauern aus und versuchte es, ihn mit dem Vorhalte unzustimmen, daß die hierdurch hervorgerufene politische Lage weitreichende Folgen zum Schaden für das Vaterland, den König und die Union werde haben können. In seiner Antwort vom 3. Juli sagte der König, die Minister hätten nur auf Grund nicht offizieller Unterredungen und vor einer grundgesetzmäßigen Verhandlung der Sache ihren Abschied verlangt, sich dadurch ihrer Pflicht entzogen und ihn der Gelegenheit beraubt, vor dem Volke zu erklären und zu begründen, was er beabsichtige. Er bleibe dabei, den Storthingsbeschuß vom 10. Juni nicht gutzuheißen, es liege ihm aber im Interesse des dauernden Bestandes der Union am Herzen, daß das

Konsulatswesen in einer den Rechten und Interessen beider Völker entsprechenden Weise geordnet werde. An demselben Tage veranstalteten die Radikalen einen aus fast 10000 Personen bestehenden Volkszug nach dem Hause des bisherigen Ministerpräsidenten, wo Björnsterne Björnson die Festrede hielt. Alle Patrioten, sagte er, wünschten ein Verteidigungsbündnis mit Schweden, im übrigen aber fordere man für Norwegen volle Freiheit und Gleichstellung. Weit großartiger fiel jedoch eine Gegenkundgebung, der Volkszug vom 5. Juli zum Könige aus. Von den nächsten Städten waren Tausende nach Christiania geströmt, auf den meisten Gebäuden wehte die Unionsflagge, der Hafen war beslaggt, alle Läden geschlossen, und ein 20000 Köpfe zählender Volkszug bewegte sich abends nach dem Schlosse. Die ganze königliche Familie erschien auf dem Balkon und wurde mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Auf die Ansprache des Führers der Abordnung erwiderte der König, daß diese große Kundgebung seinem Herzen „in diesen sehr ernstesten Tagen“ Freude bereite, und mit redlichem Willen werde er die Verhältnisse der Union mit Schweden durch Übereinkunft zu ordnen suchen. „So werde ich Norwegens Selbständigkeit und Ehre wahren, wie ich auch zu gleicher Zeit meines Großvaters großes Werk zum Segen für kommende Geschlechter erhalten werde.“ Das Storting wiederholte am 6. Juli in einer neuen Adresse an den König seine neulichen Vorstellungen. In der Verhandlung darüber hatte der frühere Ministerpräsident Stang nachzuweisen gesucht, es sei eine für das Bestehen der Union notwendige Bedingung, daß der König als Obmann in den Zwistigkeiten zwischen beiden Reichen anerkannt werde, und er wies auf die dunkeln Aussichten hin, die sich eröffnen würden, wenn die Union durch eine nicht sehr wichtige Frage gesprengt würde. Daß dies das eigentliche Ziel der Radikalen sei, ging, abgesehen von einer Erklärung, welche die Arbeiterpartei am 2. Juli abgab, aus den Kundgebungen einer großen Menschenmenge hervor, die am 10. Juli in Gjørvik einen Vortrag Björnsons, jenes Festredners beim zurückgetretenen Ministerium, angehört hatte. Am 22. Juli teilte Steen dem Storting mit, daß er der Aufforderung des Königs, das neue Ministerium zu bilden, nachgekommen sei. „Unglaublich!“ rief Ullmann, der Führer der Radikalen; es sei dies die größte Schande, die dem Lande widerfahren. Nach einigen Tagen aber verhielten sich

die Radikalen mäuschenstill, das ganze Gepolter hörte auf, das Storching hatte eben fühlen müssen, daß es doch nicht die allein herrschende Gewalt im Staate sei. Während des Waffenstillstands, der nun in der Unionsfrage eintrat, machten sich die beiderseitigen Bestrebungen im Lande noch verschiedentlich geltend. Es kam im September heraus, daß die Männer der Linken eine Zeitlang die Anwendung von Machtmitteln außerhalb der Verfassung in Erwägung gezogen hatten. Gegen Ende September kam zu Tage, daß sogar in Regierungskreisen Anhänger des Strebens nach einer Trennung beider Länder vorhanden waren; führte doch das Regierungsorgan „Dagbladet“ aus, der langjährige Friede, dessen beide Reiche sich erfreuten, sei keineswegs der Union zu danken; Spanien und Portugal, Holland und Belgien seien auch einst vereinigt gewesen, nachdem sie sich aber getrennt, scheine der Streit zwischen ihnen für unberechenbare Zeit ausgeglichen zu sein. Im allgemeinen aber trat allmählich eine Stimmung zu Ungunsten des Radikalismus und der Trennung der Reiche ein. Es bildete sich im September eine neue politische, die sog. Zwischenpartei, welche die volle Gleichberechtigung Norwegens innerhalb der zu erhaltenden Union verlangte, und der Radikale Björnstjerne Björnson hatte mit seinen Reden in Versammlungen immer weniger Beifall. Er kritisierte in einer Versammlung zu Gausdal sein und seiner Partei Verhalten in bezeichnender Weise mit den Worten: „Die Auflösung der Union ist nicht mein Ziel, aber die Folge meiner Arbeit; die Königsmacht kann uns nur schaden, und auf die Union bin ich wütend.“ Diese unklare Richtung fand im ganzen Lande ihre Bezeichnung durch den Refrain eines politischen poetischen Flugblatts: „Den Bund, darinnen wir verpestet, den hassen und verfluchen wir!“

Zur Columbus-Ausstellung in Madrid sandte Norwegen ein Modell des alten bei Gogstad gefundenen Wikingschiffs in Viertelgröße. Die Stelle, an welcher König Karl XII. von Schweden im Jahre 1718 bei Belagerung des kleinen norwegischen Städtchens Frederikshall erschossen ward, wurde sorgfältiger als bisher ermittelt und angemessen bezeichnet.

Was die norwegische Totenliste betrifft, so starb am 17. Februar Johann Swerdrup, der frühere Präsident der zweiten Kammer, der von Juli 1884 bis Juli 1889 Ministerpräsident war, und am

13. September Wolfgang Haffner, bis 1884 Marineminister im Ministerium Stang. Er stammte aus dem Elsaß und war einst Lehrer der norwegischen Sprache für die drei Söhne König Oskar's I., insbesondere für den jetzigen König, den er auf den Orlogszügen begleitete, welche dieser Prinz als Seekadett unternahm.

S c h w e i z .

Die Bundesversammlung trat im Januar und im Juni zu kurzen Sessionen zusammen. In der ersten handelte es sich zunächst um die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Der Bundesrat richtete hierüber an die Bundesversammlung eine Botschaft, in der es hieß, jeder der beiden Verträge gewähre dem Land dasjenige Maß von Befriedigung, das unter Berücksichtigung aller Faktoren hätte erwartet werden können; leider sei es nicht gelungen, für schwerwiegende Interessen eines ziemlich großen Theils der Schweizer Ausfuhrindustrie größere Erleichterungen zu gunsten der Ausfuhr zu erwirken; die Schutzpolitik der großen Nachbarstaaten habe aber Interessen geschaffen, die eine etwas tiefer greifende Beschneidung nicht zu ertragen schienen. In beiden Räten gingen der Genehmigung der Verträge längere und lebhaftere Verhandlungen voraus. Auch bezüglich der Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Frankreich richtete der Bundesrat an die Bundesversammlung eine Botschaft, in der er die Meinung aussprach, daß Frankreich einen vollständigen Bruch der Handelsbeziehungen mit der Schweiz nicht beabsichtige. Das Budget für 1892 stellte sich in Einnahme auf 69 021 225, in Ausgabe auf 81 849 225 Fr., schloß also mit einem ähnlichen Defizit wie das Jahr 1891. Ständerat und Nationalrat genehmigten in dieser Session einen Gesetzentwurf wegen Auslieferung politischer Verbrecher und einen Kredit von 7 600 000 Fr. für Zwecke der Kriegsbereitschaft. Über eine Änderung des Vogel- schutzgesetzes konnten beide Räte sich nicht einigen.

Der Bundesrat erließ am 8. Januar eine Verordnung über die Verteidigung und Verwaltung der Befestigungen an der Gott- hardstraße. Danach soll an der Spitze ein Oberstdivisionär stehen,

die Sicherheitsbesatzung meist den Truppen der Landwehr entnommen werden und Fort Airolo eine ständige Besatzung erhalten. Da italienische Blätter den Vorwurf erhoben, daß die Schweiz nur nach Italien hin Verteidigungsmaßregeln treffe, nicht auch gegen Frankreich, so erließ der Generalstab eine Kundgebung, wonach es der Schweiz nur auf eine wirksame Wahrung ihrer Neutralität ankomme; deshalb sollten ähnliche Maßregeln zur Absperrung der Übergangstraße auch im Walliser Lande getroffen werden. Der Handelsvertrag mit Spanien wurde vorläufig verlängert, und vom Bundesrate wurde wegen eines neuen Vertrags mit Spanien unterhandelt. Verhandlungen mit Italien über einen neuen Handelsvertrag wurden im Februar vom Bundesrate abgebrochen, weil Italien ungenügende Zugeständnisse für die aus der Schweiz dorthin ausgeführten Baumwollgewebe und Sticereien machte dagegen bedeutendere Vorteile als bisher für die Einfuhr von Wein nach der Schweiz verlangte. Im März wurden jedoch die Verhandlungen wieder aufgenommen. Nach neuen Zugeständnissen Italiens bezüglich der Baumwolle gegen solche auf landwirtschaftliche Erzeugnisse kam es am 19. April zur Unterzeichnung des Vertrags. Mit Rücksicht auf viele in letzter Zeit vorgekommene Grenzüberschreitungen von Militärs angrenzender Staaten machte der Bundesrat im Februar in Paris, Rom und Wien auf die Bestimmungen des Völkerrechts aufmerksam.

In der Session der Bundesversammlung vom 6. bis 25. Juni lehnte der Nationalrat einen Antrag ab, wonach der Bundesrat sich äußern sollte über den Zusatz zur Verfassung, daß der Bund durch Gesetze Grundsätze über Verstaatlichung von Eisenbahnen stellen dürfen. Für die Befestigung von St. Moritz im Walliser Rhonethal wurden zwei Millionen bewilligt. Es soll hierdurch verhindert werden, daß in einem Kriege mit Frankreich die deutschen und die italienischen Heere sich über die Schweiz hinweg die Hand reichen. Ein Gesetzentwurf über den Landsturm kam in dieser Session nicht mehr zur Erledigung. Mit dem 10. Mai trat ein in der schweizerischen Verfassungsgeschichte bemerkenswerter Abschnitt ein, indem an diesem Tage die Referendumsfrist für das vorjährige Bundesgesetz über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen, betreffend die Teilrevision der Bundesverfassung, ablief, ohne daß ein Einspruch dagegen erhoben war.

Die Regierung des Kantons Bern entschied sich im April im Einvernehmen mit dem Großen Räte dahin, daß die Frage der Eisenbahnverstaatlichung in dem Sinne wieder aufgenommen werden solle, daß der Staat diese Politik hoffentlich mit besserem Erfolge als früher auf den Bund übertrage. Am 20. November beschloß das Volk, den Großen Räte mit Änderung der Verfassung von 1846 zu beauftragen. Im Kanton Zürich kam im Februar ein Gesetz zustande, wodurch die Regierung ermächtigt wird, ein Fremdenbureau in Zürich zu errichten. Den Anlaß boten viele Mißlichkeiten, die der Regierung von zahlreichen ausländischen Sozialrevolutionären bereitet waren. Ein im Großen Räte von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag, daß allen Beamten verboten werden solle, Nachforschungen nach den politischen Gesinnungen von Kantonsewohnern anzustellen, wurde abgelehnt, nachdem der Polizeidirektor gezeigt hatte, daß die hierüber entstandene Aufregung auf Übertreibung und Mißverständnissen beruhe. Im Mai erlitten im Kanton Solothurn bei den Wahlen zum Großen Räte die Ultramontanen eine Niederlage; ebenso im Kanton Uri bei den Gemeindewahlen. Im Kanton St. Gallen kam ein Gesetz, wonach die Beerdigungen auf Kosten der Gemeinden stattfinden, der Staat für jede Leiche der Gemeinde 15 Fr. vergüten und die Feuerbestattung zulässig sein sollte, in Folge der Abneigung der katholischen Geistlichen, mit geringer Mehrheit zu Fall. Großes Aufsehen erregte in der ganzen Schweiz die Enthüllung des Berner „Bund“, daß der frühere Präsident des Nationalrats, Vessaz, Führer der Radikalen im Kanton Waadt, sich um eine hohe Summe habe bestechen lassen, um als Mitglied des Eisenbahn-Verwaltungsrats für die Vereinigung der Jura- mit der Simplonbahn einzustehen. Da die Sache aufs politische Gebiet hinüberspielte, legte Vessaz alle seine Ämter nieder. Anträge auf Verfassungsrevision wurden im Mai im Kanton Genf durch die Radikalen zu Falle gebracht, in Basel-Land angenommen. Im Kanton Basel-Stadt kam ein Gesetz wegen Wahl der Richter durch das Volk zustande. Am 8. Juli wurde in Basel die 500jährige Gedenkfeier der Vereinigung von Groß- und Klein-Basel zu einer Stadt begangen. Dieses unscheinbare Ereignis wurde gefeiert, weil mit der Lösung der österreichischen Pfandschaft und der Vereinigung beider Städte die Freiheit Basels und sein Eintritt in den Schweizerbund ermöglicht wurde. Der

Zulauf des Volks aus der Schweiz, Baden, Elsaß und Frankreich war gewaltig. Der offizielle Akt fand morgens 8 Uhr auf der alten Rheinbrücke statt, wo vor versammelten Räten und Zünften die Vertreter der beiden Stadthälften Gruß und Glückwunsch wechselten. Ein geschichtliches Festspiel war großartig. Es kam zur Darstellung die Gründung der Stadt durch Kaiser Valentinian; der Brückenbau; Kaiser Rudolf von Habsburg zu Pferde, der Stadt Freiheiten verleihend, dann große Spiele zu Ehren des Kaisers, Tanz der drei Wappenthierc Basels, zum Schluß Herzog Leopold, wie er mit prunkender Ritterschaft zum Kampfe gegen die Bauern aufbricht. Am 8. August fand eine Erinnerungsfeier statt bei dem in Felsen gehauenen Löwendenkmalc bei Luzern, das zu Ehren der am 8. August 1792 in Verteidigung Ludwigs XVI. in Paris gefallenen Schweizer errichtet war. Beim schweizerischen Schützenfeste in St. Gallen am 14. Juli ergriff der Bundespräsident Hauser die Gelegenheit, sich mit größter Bestimmtheit wider die ausländischen Vorwürfe bezüglich der Gotthardbefestigungen auszusprechen. Man habe, sagte er, versucht, die Neutralität der Schweiz als ein sadenscheiniges Ding hinzustellen und Zweifel erhoben, ob sie im Kriegsfalle vom Auslande noch respektiert würde; aber „fest entschlossen, mit allen unsern Nachbarn in Frieden zu leben und unsere Pflichten als neutraler Staat voll und ganz mit Einsetzung unserer ganzen Wehrkraft zu erfüllen, verbitten wir uns alle Ratschläge und Winke von Bündnisanerbietungen. Wir wollen Herren sein im eigenen Lande und wissen ohne Einflüsterungen von außen, was wir zu thun und zu lassen haben. Nicht umsonst haben wir keine Opfer gescheut, um unsere Armee auszubilden, nicht umsonst Millionen auf die Befestigung des Gotthard verwendet. Wir haben damit den festen Willen bekundet, jedem in Waffen entgegenzutreten, der die Grenzen unseres Landes zu überschreiten versucht.“ Die Wirren im Kanton Tessin waren durch die vorjährigen Vorgänge noch nicht beendet. Erst in diesem Jahre bereitete sich eine Wendung vor, indem die konservativ-ultramontane Mehrheit sich in zwei Teile spaltete, von denen die gemäßigtere, dem Räte des zurücktretenden Staatsratspräsidenten Soldati folgend, sich für den Entwurf einer neuen Verfassung erklärte. So kam es, daß am 2. Oktober dieser Entwurf in Volksabstimmung mit 12 000 gegen 5000 Stimmen angenommen wurde. Das Ereignis, von dem man

nun den lang ersehnten Frieden erhofft, wurde in der ganzen Eidgenossenschaft mit Freude begrüßt. Durch diese neue Verfassung wird für die Wahl des Großen Rats und des Verfassungsrats das Proportionalverfahren, für die Wahl des Staatsrats und der Richter die direkte Wahl durchs Volk eingeführt; für Gesetze und Verfassungsrevisionen erhält das Volk ein weitgehendes Initiativrecht. Der Kanton Freiburg entschied sich am 4. Oktober für Verfassungsrevision.

Namens der schweizerischen Bischöfe machte Anfangs August Bischof Egger von St. Gallen ein vom Papst an den Bischof von Sitten gerichtetes Schreiben bekannt, in dem der Besuch der katholischen Universität zu Freiburg sehr empfohlen wurde. In Luzern fand vom 12. bis 15. September der vierte internationale Altkatholikerkongreß statt, an dem Vertreter der deutschen, russischen, griechischen, armenischen und syrischen Kirchen teilnahmen. Es wurden u. a. Vorträge gehalten von Professor Friedrich über die Versuche, den Kirchenstaat herzustellen, von Professor Benschlag aus Halle über die allen Kirchen von Rom drohenden Gefahren, von Pater Loyson aus Paris über die Bedeutung des Altkatholizismus als eines Protestes gegen die römischen Mißbräuche. Beschlossen wurde die Erklärung, „daß dem im vatikanischen Konzil zum offiziellen Dogma erhobenen und jetzt geltenden ultramontanen System das altkirchliche Ehrenprädikat katholisch nicht zukommt, welches den Bekennern des allgemeinen christlichen Glaubens der alten ungeteilten Kirche gebührt.“ Am 22. August tagte in Bern der 4. Weltfriedenskongreß, am 24. August eine Konferenz zur Beratung der Orthographie für die deutsche Schweiz. Sie sprach sich für die preussische Rechtschreibung aus. In Genf tagte am 9. September das „Institut für internationales Recht“. Es beschloß Erklärungen zur gesetzlichen Regelung der Ausweisung und Zulassung von Fremden und überreichte dem schweizerischen Bundesrate den Entwurf zu einer Übereinkunft wegen Gründung einer „internationalen Union“ behufs Veröffentlichung des authentischen Textes der zwischen zwei sich fremden Staaten abgeschlossenen Verträge. Damit war die Bitte verbunden, den Entwurf den Regierungen aller zivilisierten Länder zur Begutachtung vorzulegen und ihnen eine diplomatische Konferenz zur Prüfung der Sache vorzuschlagen. Diesem Ersuchen

hat der Bundesrat durch Note vom 4. Oktober entsprochen. Ferner wurde in Bern am 30. September die Übereinkunft einer Anzahl größerer Staaten wegen Errichtung eines Zentralamts für internationales Eisenbahnfrachtrecht unterzeichnet. Das Zentralamt soll am 1. Januar 1893 zu Bern in Wirksamkeit treten.

In der am 5. Dezember begonnenen Winteression der Bundesversammlung wurden Gesetze über die Bundesrechtspflege und über Einführung des Zündhölzchen=Monopols angenommen, das Budget für 1893 in Einnahme auf 72730000, die Mehrausgaben auf 11080000 Franken festgestellt, und zum Bundespräsidenten für 1893 Dr. Schenk aus Bern, zum Stellvertreter Frey aus Baselstadt gewählt. Der neue Handelsvertrag mit Frankreich kam vor Ablauf des Jahres nicht zu stande, worauf ein Beschluß des Bundesrats vom 22. Dezember für die Zeit vom 1. Januar 1893 an den sogenannten Zollkrieg mit Frankreich eröffnete.

Aus dem Parteileben sind einige Vorgänge bemerkenswert. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei entschieden sich im März dahin, das „Recht auf Arbeit“ als Forderung der Partei aufzustellen. Die Feier des 1. Mai verlief in der ganzen Schweiz sehr ruhig. In allen größeren Städten wurde der Tag mit einem Umzuge und vielen Reden gefeiert. Vier gefährliche Anarchisten in Lausanne wurden des Landes verwiesen, was einen erfolglosen Racheakt gegen die Wohnung des dortigen Präfekten nach sich zog. Die Polizei in Tessin mußte umfangreiche Maßregeln gegen eingewanderte italienische Anarchisten treffen. Die politische Sommerstille ward durch das Aufkommen einer Bewegung für die künftige Wahl des Bundesrats durch das Volk unterbrochen. Sie ging zunächst von Demokraten aus, die auf einer zahlreichen Versammlung zu Baden im Aargau das Zeichen dazu gaben, doch trat bald auch die ultramontane Partei mit aller Kraft dafür auf. Daneben ging eine Bewegung für Neugründung der freisinnigen Partei. Eine große Versammlung gab die Anregung, worauf die Züricher und die Berner Freisinnigen mit Programmen herausrückten. Mit größerem Nachdruck traten dann die Genossen in Luzern auf, in deren Programm Erweiterung der Volksrechte in dem Sinne verlangt wurde, daß alle im Bunde eingeführten Volksrechte eben dadurch auch sofort in den Kantonen Anwendung finden sollten.

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Die inneren Verhältnisse des **türkischen Reiches** boten nicht viel Bemerkenswertes. Zu erwähnen sind nur kleinere Aufstände in verschiedenen Provinzen. Die Auflösung des aus Eingeborenen bestehenden Korps der Caroglia zu Tripolis im Februar erregte dort große Unzufriedenheit, weil die allgemeine Aushebung die Folge war. Der Beamte, der im Bazar den Arabern diese Verordnungen vorlas, entging nur mit knapper Not der Mißhandlung und das Volk zerriß die Verordnungen. Kaum war aber die Ruhe hergestellt, so erschienen einige tausend Beduinen aus dem Innern vor der Stadt und erhoben beim Gouverneur Einsprache. Mit seiner Antwort zufrieden, veranstalteten sie einen feierlichen Zug, um ihm zu danken. Dabei kam es im Hofe des Palastes zum Kampfe mit den Truppen, worauf die mißtrauisch gewordenen Beduinen sich in der verstärkten Zahl von 20000 vor der Stadt lagerten, entschlossen, hier zu bleiben bis zum Widerruf der Verordnungen. Ferner kam es in Oberarmenien, im Bezirk Sassoun, zu einem Aufstande, veranlaßt durch die Auferlegung vieler Lieferungen zu Militärtransporten. Es kam zu Kämpfen mit den Truppen, die mehrmals geschlagen wurden. Ein Aufstand in der arabischen Provinz Jemen endete nach mehreren Kämpfen mit der Unterwerfung eines Beduinenstammes und mit einem dreimonatlichen Waffenstillstand mit einem anderen. Dabei wurde zugesagt, daß keine Sklaven mehr die Freiheit erhalten sollten. Auf Kreta wurde im Februar das Gerichtswesen neu geordnet, die ganze Lage war aber noch so ungeordnet, daß es im Oktober wieder zu Kämpfen zwischen den türkischen Truppen und den angreifenden Sphakioten kam. Der Meuterei verdächtig schien auch eine größere Zahl von Softas in Konstantinopel zu sein, die daher im September plötzlich zu Schiff nach entlegenen Provinzen gebracht wurden, angeblich damit sie nicht ferner dem Elend preisgegeben seien. Sultan Abdul Hamid nahm im Mai den Erbprinzen von Meiningen und dessen Gemahlin mit großen Ehren auf. Als in Verbindung mit den Berichten hierüber falsche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Sultans von der „Allg. Reichskorrespondenz“ in Berlin ver-

breitet wurden, wurde deren Herausgeber, ein Russe, von hier ausgewiesen. In der diplomatischen Vertretung bei der Pforte traten einige Änderungen ein: am 8. März empfing der Sultan den neuen englischen Botschafter Sir Ford; der deutsche Botschafter v. Radowitz wurde im Juli nach Madrid versetzt. Sein Nachfolger, Fürst Radolin, ward am 12. November, unter Entfaltung großen Pompes, vom Sultan empfangen. Der neue italienische Botschafter Graf di Collobiano trat die Stelle im Oktober an. Am wichtigsten für das türkische Reich waren seine Beziehungen zu Rußland und Bulgarien. Erstere sind unter Rußland berührt (S. 265).

Prinz Ferdinand von Koburg nahm am griechischen Neujahrstage in Sofia die Glückwünsche der Würdenträger **Bulgariens** entgegen. Der leitende Minister Stambolow drückte dem Fürsten das volle Vertrauen und den Dank des Landes aus, das fester als je zu ihm stehe; der gegenwärtigen Zeit des Ringens werde die Geschichte den Namen der Zeit der Selbstverleugnung geben, weil das Ziel der nationalen Bestrebungen sich nur mit der hohen Entfagung erringen lasse, in welcher der Fürst ein Vorbild gebe. Dieser wohnte am 24. Januar der Eröffnung der Telephonlinie Sofia—Philippopol bei und ernannte am 25. Februar den früheren Finanzminister Sallabaschew zum Justizminister. Folgenden Tags wurde des Prinzen Geburtstag in Sofia als Nationalfest gefeiert. Er wohnte mit seiner Mutter Clementine, den Ministern, Truppenabteilungen und einer großen Volksmenge einem Tedeum bei und beantwortete unter lebhaftem Beifall die Ansprache des Präsidenten der Sobranje. Im April trat der Prinz eine längere Reise ins Ausland an, die ihn nach Mailand, Paris und an den Hof der Königin von England in Balmoral führte. Beim Diner, das ihm der Lordmohor von London am 10. Juni gab, erwiderte der Prinz dessen Toast mit dem Bemerken, sein Besuch in England sei von dem Gedanken geleitet, der englischen Nation Dankbarkeit zu beweisen für ihr Interesse gegenüber Bulgarien. Daß er nach besonderen Freunden sich umseh, war sehr begreiflich bei dem fortwährend unheimlichen Zustande, wo russische Ränkespinner die bulgarischen Staatsmänner mit den bösesten Absichten heimlich zu umschleichen fortführen. Infolge von Mitteilungen der Wiener Regierung wandte sich Stambolow im Januar an die serbische Re-

gierung mit der Bitte, auf bulgarische Flüchtlinge in Belgrad zu achten, die mit Mordanschlägen und Plänen zum Umsturz in Sofia umgingen. Eine Verwundung Stambolows durch einen Revolver-schuß im Januar wurde begreiflich sofort auf einen Mordanfall zurückgeführt, doch soll er sich die Wunde aus Unvorsichtigkeit zugezogen haben. Aber bald darauf wurde der diplomatische Agent Bulgariens in Konstantinopel, Bulkowitsch, hier abends auf der Straße durch Unbekannte mittels Messerstichen ermordet. Er war einer der tüchtigsten und patriotischsten Männer Bulgariens, der seit langem viele panslawistische Versuche, bei der Pforte Mißtrauen gegen den Prinzen Ferdinand und seinen ersten Minister zu säen, vereitelt hatte. Die Beerdigung erfolgte in Gegenwart des Prinzen und der Minister in Philippopol. Der Regierung gingen genaue Mitteilungen zu über Anzeichen, die auf einen mit der russischen Geheimpolizei zu Odessa in Verbindung stehenden flüchtigen Bulgaren als Thäter hindeuteten. Dieser wurde zwar in Konstantinopel festgesetzt, aber auf Wunsch der dortigen russischen Botschaft an diese ausgeliefert, obwohl er türkischer Staatsbürger war. Die Pforte schwankte eben in dieser und ähnlichen Fragen haltungslos zwischen den Zumutungen Rußlands und dem gerechten Unmuth Bulgariens. Diesem gab Stambolow in einer Note vom 31. März entschiedenen Ausdruck. Er ging von der vorjährigen Ermordung des bulgarischen Ministers Beltshew und dem damaligen Versprechen der Pforte aus, bulgarische Emigranten zu überwachen und ihre verbrecherischen Versuche zu verfolgen; er erinnerte ferner daran, daß alle bulgarischen Emigranten mit russischen Pässen versehen seien, und beschwerte sich über obige Nachgiebigkeit gegen Rußland, sowie, daß mit Hilfe der türkischen Polizei die russische Botschaft die Verfolgung des an jener Mordthat anscheinend beteiligten Bulgaren Kuscheleff erschwert sei. Die Note verlangte Auslieferung der intellektuellen Mörder Bulkowitschs und der gegen ihr Vaterland konspirierenden bulgarischen Emigranten, endlich Anerkennung der Regierung des Prinzen Ferdinand. Im Anschluß hieran rückte der neue bulgarische diplomatische Agent Dimitroff dem russischen Botschafter in Konstantinopel mit der Frage zu Leibe, ob die russische Regierung den bulgarischen Flüchtlingen auch nach deren jüngsten Thaten noch Beweise des Wohlwollens geben werde. Die Antwort ging dahin, Rußland werde seine Haltung

nicht ändern. Bald darauf wurden in Rußschuf 7 Russen wegen Verdachts eines Dynamitanschlags verhaftet. Wegen der Ermordung Bulkwitschs wurden am 12. Mai zwei Männer in Sofia zum Tode verurteilt. Der Prozeß gegen die Mörder des Ministers Beltshew brachte eine Reihe von Urkunden zum Vorschein, wonach verschiedene Personen, von Rußland unterstützt, im vorigen Jahre die Ermordung des Prinzen Ferdinand und seiner Minister geplant hatten. Diese Urkunden wurden russischerseits als gefälscht bezeichnet, der Prozeß endete aber mit der Verurteilung von 5 Männern zum Tode. Sie wurden am 27. Juli in Sofia gehängt und zugleich weitere geheime russische Aktenstücke aus 1889 veröffentlicht zum Beweise, daß damals der Flüchtling Zankow von Rußland Geldmittel für Personen erhalten habe, die sich bereit erklärten, an einer Umwälzung in Bulgarien thätigen Anteil zu nehmen und „den Prinzen Koburg zu ermorden“.

Noch weit mehr als durch alle diese Vorgänge wurde Bulgarien in den Vordergrund europäischen Interesses gerückt durch den Besuch, den der Ministerpräsident Stambolow am 13. August dem türkischen Sultan abstattete. Dieser ließ ihn feierlich einholen und hatte eine längere Unterredung mit ihm. Er beglückwünschte ihn zu der Art, wie er die Angelegenheiten Bulgariens leite, und versprach, im günstigen Augenblick den Prinzen Ferdinand anzuerkennen. Dann beschenkte der Sultan den Minister mit einer mit Brillanten verzierten Tabackdose. Unwillig hierüber richtete die russische Regierung am 18. August an die Pforte eine Note mit dem Bedauern über den Empfang Stambolows. Zwar habe der türkische Botschafter in Petersburg versichert, dessen Reise sei eine Überraschung gewesen und vermöge die korrekte Haltung der Türkei gegenüber dem vertragswidrigen Zustande in Bulgarien nicht zu ändern, aber die Bezeigung von Ehren für den Minister gleich nach den Hinrichtungen und der Veröffentlichung gefälschter Urkunden müsse „berechtigzte Empfindlichkeiten erregen“. Die Pforte habe dem Regime der Usurpation eine Ermutigung gewährt, die als ständige Gefahr für den Frieden Europas angesehen werde. Die Antwort der Pforte ging kurz dahin, sie achte die Verträge und wolle die Freundschaft mit Rußland aufrecht erhalten.

Prinz Ferdinand hielt am Jahrestage seines Regierungsantritts

eine Ansprache, in der er sagte, auf seiner Reise im Ausland habe er gefunden, daß man überall dem Namen Bulgariens mit Achtung begegne; sehr ermutigt fühle er sich durch den herzlichen Empfang in England; nicht minder fühle er sich glücklich wegen des Wohlwollens, das der Hof seines Oberherrn dem bulgarischen Volke und Stambolow erwiesen habe. Auch bei seiner Eröffnung der Ausstellung in Philippopol am 27. August hielt der Prinz eine Ansprache mit dem Hinweis, daß die Feier den Sieg der friedlichen Kulturarbeit des Landes bedeute. Beim Festmahle brachte er einen Toast auf den Sultan aus, dem er dankbar für die Sendung besonderer Vertreter sei. Befriedigt und ermutigt zeigte sich der Prinz ferner am 27. Oktober in der Thronrede zur Eröffnung der Sobranje. Die aufgeklärten Nationen zeigten Zuneigung für das tapfere bulgarische Volk und den lebhaften Wunsch, es siegreich zu sehen im Kampfe zur Verteidigung seiner Rechte und Selbständigkeit; dazu seien die Bande zwischen dem Sultan und ihm, dessen Vasallen, noch enger geknüpft worden. Von gleichem Sinne erfüllt war eine Ansprache des Prinzen am 13. November beim Schluß der Ausstellung in Philippopol.

Im Dezember kam es zu eingreifenden Änderungen der Verfassung. Ungeachtet der Warnungen vor ausländischer Einmischung genehmigte die Sobranje, auf besonderes Betreiben Stambolows, folgende Vorschläge der Regierung: Die Nachkommen des gewählten Fürsten sollen nicht mehr gezwungen sein, dem griechischen Glauben anzugehören; die Ansprüche an die Bildung der Abgeordneten sollen erhöht, es soll fortan ein Abgeordneter auf je 30 000, statt bisher auf je 20 000 Einwohner gewählt, die Freiheit der Presse soll eingeschränkt, die Zahl der Ministerien soll auf 7 erhöht, und es soll das Tragen ausländischer Orden verboten werden. Die erste Änderung hing mit dem Wunsche des Prinzen Ferdinand, sich zu vermählen, zusammen, war aber politisch die bedenklichste.

Im Königreich **Rumänien** fielen am 1. Februar die Neuwahlen zu beiden Kammern überwiegend zu gunsten des konservativen Ministeriums Catargi aus. Die Niederlage der Opposition wurde noch dadurch verschärft, daß sie keine einzige bedeutende Persönlichkeit durchzubringen vermochte, während sich auf der anderen Seite viele einflußreiche Männer, darunter fast alle Minister, befanden. Vergleichlich hatte in der Wahlbewegung das Schreckgespenst des Eintritts

in den Dreibund und der Auslieferung an Deutschland stark erhalten müssen. In der Thronrede zur Eröffnung der neuen Kammern am 7. März eröffnete König Karl ein großes gesetzgeberisches Arbeitsfeld. Das wichtigste Ergebnis der Session bestand in der Annahme eines Gesetzes, wonach der bäuerlichen Bevölkerung die Entleihung der zur rationellen Bewirtschaftung ihrer Grundstücke erforderlichen Gelder erleichtert werden soll. Hervorzuheben ist ferner ein Gesetz, wonach 25 Millionen Francs für Militärzwecke, worunter 10 Millionen für Kasernen und 15 für Anschaffung eines kleinkalibrigen Gewehrs verwendet werden sollen. Die Verlobung des Thronfolgers, Prinzen Ferdinand, mit der 17-jährigen Prinzessin Maria von Großbritannien, Tochter des Herzogs von Edinburg, wurde im Juni vom Minister des Äußern den Kammern als ein für das Land glückliches Ereignis bezeichnet, und der König erwiderte auf die Glückwünsche der Kammern, er erblicke in dieser Verbindung einen wahrhaften Trost, denn er sehe dadurch das mit der gegenwärtigen Generation begonnene Werk gesichert. Die Kammern bewilligten im November dem Thronfolger eine jährliche Apanage von 300 000 Fr., deren Hälfte auf die Prinzessin Maria soll übertragen werden können. Aufsehen erregte es, daß am 29. Oktober ein russischer Dampfer unter offener Mißachtung der Quarantänenvorschriften in die Sulinamündung der Donau einzudringen versuchte und gewaltsam zurückgehalten werden mußte. Am 21. Juni starb in Bukarest der frühere Ministerpräsident Bratiano.

Im Gegensatz zu Rumänien war die Lage im Königreich **Serbien** infolge widriger Parteiverhältnisse sehr verfahren. In der am 10. Januar eröffneten Skupschtina unternahm die radikale Opposition eine Reihe heftiger Angriffe gegen die Regierung. Namentlich wurde die Ausweisung der Königin-Mutter Natalie in sehr erregter Weise besprochen und als Verfassungsverletzung bezeichnet. Bei der Budgetberatung wurde die Regierung vieler Unrichtigkeiten bezichtigt und ihr die gestiegene Unsicherheit im Lande zur Last gelegt. Höchst widerlichen Eindruck machte bei allen Parteien die regierungsseitig genehmigte Erklärung des früheren Königs Milan, daß er aus dem serbischen Unterthanenverbande scheide, und in der Skupschtina erfuhr das Benehmen Milans die schärfste Kritik. Diese Verhandlung endete mit den Worten des Ministers Gajdo: „Serbien begräbt heute Milans

Regiment; befestigen wir den Grabstein gut und dauerhaft, damit es Milan für alle Zeiten unmöglich wird, seine politische Auferstehung zu feiern.“ Dann wurde ein sein Ausscheiden bekräftigendes Gesetz mit dem Zusatz genehmigt, daß er auch seine Rechte auf Erziehung des jungen Königs verliere. Die beantragten Mittel für außerordentliche Heeresbedürfnisse wurde erst genehmigt, nachdem die Regierung die Trostlosigkeit der Heereszustände in ihrer ganzen Größe dargelegt hatte. Als am 17. Juni Probitsch, einer der drei Regenten, gestorben war und das radikale Ministerium die Wahl eines Nachfolgers seiner Partei sichern wollte, kam es am 23. August zum Rücktritt des Ministeriums Pasitsch und zur Ernennung des liberalen Ministeriums Avakumovitsch, das sofort alle radikalen Präfekten absetzte.

Interessant waren die Vorgänge im Königreich **Griechenland**. Die Lage der Finanzen begann sich der Portugals zu nähern, denn seit Jahrzehnten waren Schulden auf Schulden gehäuft und wurden die Bedürfnisse zu einem großen Teil durch die Anleihen bestritten. Endlich war aber das Ausland mißtrauisch geworden, und seit 1890 hatte keine Anleihe mehr aufgenommen werden können. Infolgedessen traten ernste Störungen ein, das Gold schoß in die Höhe, der Verkehr mit dem Ausland erlahmte, die Zolleinkünfte nahmen ab. Eingreifende Maßregeln waren längst nötig, aber vom Ministerium Delhannis aus Scheu, unbeliebt zu werden, verschoben worden. Als sich fernerer Aufschub unthunlich erwies, erließ der Ministerpräsident in der am 9. Februar eröffneten Kammer einen hochpatriotischen Appell an die Opferwilligkeit des Landes, wodurch die Abgeordneten so ergriffen wurden, daß sie begeisterungsvoll Gesekentwürfen wegen Einführung des Tabackmonopols und Erhöhung der Einfuhrzölle auf fast alle Artikel zustimmten. Die Stimmung der Kammer reichte dann noch so weit, daß sie am 23. Februar die beantragte Anklage gegen das frühere Ministerium Trikoupis ablehnte. Nun begab sich aber etwas gänzlich Unerwartetes. Am Abend des 29. Februar erschien ein Flügeladjutant des Königs bei Delhannis mit dem Ersuchen um Rücktritt vom Ministerium, weil Delhannis nicht im stande sei, die unabweisliche Besserung der Finanzen durchzuführen. Die Bevölkerung wurde durch die Maßregel sehr erregt, die Kammer sprach ihr Vertrauen zu Delhannis aus, und eine zahl-

lose Menge rief vor dem Palaste: „Nieder mit dem König!“ worauf dieser selbst den Oberbefehl über die Garnison von Athen übernahm und kräftig für Herstellung der Ordnung sorgte. Diese Entschlossenheit wirkte günstig im ganzen Lande, und unter diesem Einfluß schloß die Kammer am 5. März eine Art von Versöhnung mit dem Könige, worauf der Kammerpräsident Konstantopulos ein neues Ministerium bildete, welches die Kammer auflöste und in einem am 2. April veröffentlichten Programm eine ehrliche und unparteiische Regierung, Verminderung der Ausgaben, Besserung des Unterrichtswesens sowie rascheren Justizgang versprach. Die Neuwahlen fielen am 15. Mai überwiegend für Trikoupis aus, den der König am 21. Juni zum Ministerpräsidenten ernannte. Im Budget, das dieser am 7. Juli der Kammer vorlegte, waren die Einnahmen auf 100300000 Drachmen, sowie ein Überschuf von fast 2 Millionen berechnet; der Ausfall des alten Budgets sollte durch 7 Millionen Ersparungen und 10 Millionen neue Einnahmen gedeckt werden. Die Vorschläge wurden genehmigt, aber das Vertrauen des Auslands kam so rasch nicht wieder, zum Teil weil das zu erschreckender Höhe gestiegene Räuberwesen die Zustände nicht als befestigt erschienen ließ. Der König feierte am 27. Oktober in Gegenwart seines Bruders, des dänischen Kronprinzen, und seines Neffen, des Zarewitsch, sowie unter Begrüßung durch eine englische und eine französische Flotte, seine silberne Hochzeit. Die Kammer genehmigte in ihrer am 10. November begonnenen Session das Budget für 1893 mit 110 Millionen Einnahme und 6 Millionen Überschuf. Am 29. Januar starb in Athen der Dichter Kargabé, der 1856—59 Minister des Außern, 1874—86 Gesandter in Berlin war.

Die Regierung des Fürstentums **Montenegro** schloß im April mit der Pforte einen Vertrag wegen Einsetzung einer ständigen Kommission zur Schlichtung der öfteren Streitigkeiten zwischen den beiderseitigen Grenzbewohnern. Fürstin Darinka, Witwe Danilos, starb in Venedig und wurde in Cetinje beerdigt. Fürst Nikita, den der Zar einst seinen einzigen Freund genannt hatte, fiel bei diesem in Ungnade, weil er eine von ihm 1891 bei der russischen Regierung aufgenommene größere Anleihe „in ein Geschenk des Zaren verwandeln“ wollte; dagegen wurde des Fürsten Ungnade mehreren geistig hervorragenden Männern zu teil.

Außereuropäische Staaten.

In **Ägypten** trat am 7. Januar ein Thronwechsel ein. Der seit 1879 regierende Khedive Tewfik Pascha erlag im Alter von kaum 40 Jahren der Influenza. Er hatte sich zwar nicht durch besondere Herrschertugenden ausgezeichnet, aber es hatte ihm nicht an Charakterzügen gefehlt, die ihn befähigten, mit Geschick seinen Posten auszufüllen. Durch Sparsamkeit und Ordnung hatte er ein gutes Beispiel gegeben und einige Male hatte er durch maßvolles Verhalten in kritischer Lage drohende Gefahren beschwichtigt. Gemäß der Linearerbfolge, deren Anerkennung Tewfiks Vater, Ismail Pascha, 1873 vom Sultan Abdul Aziz erlangt hatte, ging das Thronrecht auf Tewfiks ältesten Sohn, den 18jährigen Abbas Hilmi über, der sich mit seinem Bruder zum Besuche der Theresianischen Lehranstalt in Wien befand. Vom Sultan bereits am 9. Januar als Khedive anerkannt, brach er, ähnlich wie 1875 der zum König von Spanien ausgerufene Alfons, von der Schulbank zum Throne auf. Mit den besten Schulzeugnissen versehen, vom Direktor und dem Lehrkörper des Theresianums nach dem Bahnhof begleitet, reiste Abbas unter dem Schutz österreichischer Offiziere von Wien ab, bestieg in Triest ein ägyptisches Schiff und traf, in Begleitung von sechs englischen Kriegsschiffen, am 16. Januar in Alexandria ein, wo er von einer großen Volksmenge festlich empfangen wurde. Nach der Ankunft in Kairo hielt er eine Parade über ägyptisches und britisches Militär ab, dann begab er sich in den Palast, wo seine Familie und die Räte ihn erwarteten. Hier wurde das Anerkennungs schreiben des Sultans verlesen, worauf die britische Militärkapelle die türkische Nationalhymne spielte. So bestieg Abbas II. als sechster Nachfolger Mehemed Alis den Thron des Pharaonenlandes. Ob er sich den Beschlüssen seiner englischen Berater ebenso fügsam erweisen, überhaupt Englands thatsächliche Oberherrschaft ebenso ruhig ertragen wird als sein Vater, muß die Zukunft lehren. Am 26. Januar nahm er auf dem Platze vor dem Abdinpalaste zu Kairo den Treueeid der Garnison in Empfang. Das bisherige, von Mustapha Fehmi Pascha präsidirte Ministerium behielt er bei, und dem Volke bereitete er

große Freude durch Erlasse wegen Herabsetzung des Salzpreises und Abschaffung der Gewerbesteuer; der gesetzgebenden Versammlung versprach er am 30. Januar, die Arbeit seines Vaters fortzusetzen. Die feierliche Überreichung des Bestallungserlasses des Sultans verzögerte sich infolge eines plötzlich aufgeworfenen Streits über die Zugehörigkeit der Halbinsel Sinai mit Teilen der Landenge von Suez zu Ägypten, und fand sodann am 13. April durch einen besonderen Gesandten des Sultans, den Marschall Achmed Chub Pascha statt. Die Finanzen des Landes entwickelten sich in befriedigender Weise: das Budget für 1892 wies eine Vermehrung der Einnahmen um 10 Millionen Francs auf, sodaß ein Überschuf von 27½ Millionen erzielt wurde. Der britische Bevollmächtigte Sir Evelyn Baring sprach sich in seinem Jahresberichte dahin aus, daß man vorläufig noch nicht an eine Wiederbesetzung des Sudans denken könne, da der Madhi noch über bedeutende Streitkräfte verfüge, zu deren Vernichtung eine Armee erforderlich sein würde. Diese Ansicht wurde dadurch bestätigt, daß die Truppen Osman Dignas im Oktober wieder zu Vorstößen übergingen und bis in die Nähe des von britischen Truppen besetzten Suakin vordrangen, infolgedessen es im November zu einem blutigen Gefechte bei Tokar kam.

Angelegenheiten des Kaiserreichs **Marokko** erregten mehrmals die Aufmerksamkeit europäischer Mächte. Die zahlreichen europäischen Kaufleute in Tanger fanden Schutz gegen die aufständischen Kabhlen nicht beim Kaiser, sondern durch Kriegsschiffe der Westmächte. Frankreichs Gelüste nach der Dase Tetuan riefen die Eifersucht Englands wach, das durch Entsendung einer besonderen Gesandtschaft nach Fez sich fast vergeblich bemühte, größeren Einfluß im Lande zu erlangen. Dagegen gelang es einer besonderen französischen Gesandtschaft, im November die Zustimmung des Sultans zu einigen Einrichtungen von allgemeinem Nutzen zu erlangen. Die Regierung des **Kongo-****staats** geriet mit Frankreich in heftigen Streit wegen eines Gebietes zwischen dem 17. und 32. Grade n. Breite und wegen der Ermordung eines französischen Forschers. Die Regierung wies beide Ansprüche mit großer Entschiedenheit, ersteren unter Berufung auf ein Schiedsgericht ab und zog sich dadurch den Unwillen der Pariser Presse in hohem Grade zu. Neues Öl kam dadurch ins Feuer, daß die Kongoregierung eine Expedition von 5000 Mann unter Van Kerckhove in das Strom-

gebiet des Welle und Mbomu sandte, um zu verhindern, daß Frankreich das Land westlich vom Albert Nyanza und dem oberen Nil besetze. Durch eine Expedition unter Stairs ließ die Regierung das kupferreiche Katangagebiet in Besitz nehmen, dagegen wurde eine Expedition unter dem belgischen Forscher Hodieter im April von den Arabern westlich des Tanganjikasees vernichtet. Im Sultanat **Sausibar** zeigte sich steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Sultan und der englischen Oberherrschaft, namentlich wegen der Sklavenfrage und des Kessenzolls. Ein Bürgerkrieg im Königreich **Uganda** nahm durch Einmischung europäischer Elemente größere Ausdehnung. Die Protestanten erhoben sich wegen Ermordung ihres Häuptlings gegen die Katholiken, und diese wurden durch Eingreifen des Kapitäns Lugard, Vertreters der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, geschlagen. Der König, der geflohen war, kehrte zurück und stützte sich fortan auf die Protestanten. Die Verhältnisse der **südafrikanischen Republik** nahmen infolge vermehrter Ausbeutung der Goldfelder bei Johannesburg und der Entdeckung neuer Goldfelder im Norden großen Aufschwung. Am 20. Juni wurde die erste Eisenbahn des Landes eröffnet, die sich an die portugiesische Bahn der Delagoabai anschließt. Die Spannung zwischen der Regierung von **Madagaskar** und Frankreich wurde immer größer. Die Hovas kümmerten sich wenig um ihren Beschützer und trafen Maßregeln, bloß um zu zeigen, daß die Franzosen trotz aller Verträge recht wenig auf der Insel zu sagen hätten.

In den an verschiedenen Punkten Mittelasiens begonnenen neuen Abschnitt der großen russisch-englischen Interessenkämpfe wurden **Persien** und Afghanistan hineingezogen. Volksaufstände, die in Persien zur Wiederaufhebung des einer englischen Gesandtschaft überlassenen Tabackmonopols führten, hingen mit russischen Einflüssen zusammen. Als es sich um die halbe Million Pfund Sterling Entschädigung dieser Gesellschaft handelte, versuchte der russische Gesandte in Teheran, der Regierung des Schah eine 6prozentige Anleihe dieses Betrags aufzudringen, im Mai schloß aber Nassred-din eine solche Anleihe in London ab. Hiernach ließ es sich als Vergeltung ansehen, daß im August russische Truppen ohne weiteres in Asterabad am kaspischen Meer landeten und sich hier festsetzten. Der Emir von **Afghanistan** hatte mit Russen und Briten seine liebe Not. Nach

dem Kampfe seiner Truppen mit den Russen vom Pamir entwickelte er in einer Ansprache seinem Volke, es sei den Afghanen absolut nicht möglich, Freunde der Russen zu sein, und behufs weiteren Schutzes gegen sie ließ er das feste Asmar in Kasiristan besetzen. Der Kaiser von **China** machte durch Erlaß vom 4. Januar bekannt, daß der im November 1891 im Norden des Landes ausgebrochene große Aufstand niedergeschlagen sei; neue Verfolgungen britischer Missionare im östlichen China konnten jedoch nicht verhindert werden. Durch die im März in **Japan** stattgehabten Neuwahlen zum Parlament wurde die Lage der Regierung nicht verbessert, und das neue Parlament wurde am 15. Juni nach einer ziemlich fruchtlosen Session wieder geschlossen. Der König von **Korea** verbot, im Widerspruch mit den Verträgen, den Verkauf von Grund und Boden in seiner Hauptstadt an Ausländer. Auf den **Samoa**-Inseln wurde der Streit zwischen dem König Malietoa und dem Prätendenten Mataafa endlich beigelegt. Steigende finanzielle Verlegenheiten riefen im Königreich **Hawaii** tiefgehende politische Bewegungen hervor. Eine Verschwörung zur Herstellung der Republik wurde am 20. Mai entdeckt, deren Haupt mußte jedoch im November an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt werden.

Der **nordamerikanischen Union** begann die Einwanderung, von der sie geradezu großgezogen ist, lästig zu werden, weil seit einigen Jahren die Zahl der arbeitsfähigsten und wohlhabendsten Einwanderer herabgegangen, dagegen die der ärmeren zugenommen hatte und nicht nur ein Strom von Proletariern, sondern auch fremdartige, widerstrebende Elemente ins Land gekommen waren. Infolgedessen kam es am 5. Mai zu einem die Einwanderung der Chinesen beschränkenden Gesetze und im Dezember im Senate zu einem Versuche, für ein Jahr jede Einwanderung zu verbieten. Der die Welt erfüllende Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung durch Kapitalismus nahm in der Union große Ausdehnung und einen rücksichtslosen Charakter an, indem es infolge von Lohnstreitigkeiten der Arbeiter in den Eisenwerken Pennsylvaniens, in den Minen Idahos und an zweien der größten Eisenbahnen zu förmlichen Kriegen kam, in denen die Arbeiter nicht ohne Schwierigkeiten vom Militär überwunden wurden. Die Columbusfeste fanden an vielen Orten der Union statt, am großartigsten in New-York am 8., in Chicago am 12. Oktober. Ein heftiger Kampf zwischen

den zwei Hauptparteien des Landes um die Neuwahl des Präsidenten der Republik endete mit einem entschiedenen Siege der demokratischen Partei, indem sich am 8. November 257 der 44 Staaten vertretenden 419 „Elektoren“ für Grover Cleveland aussprachen, der am 4. März 1893 als 24. Präsident die höchste Stelle antrat, die er schon 1885—89 bekleidete.

Die vereinigten Staaten von **Mexiko**, noch vor zwei Jahrzehnten der Schauplatz der erbittertsten Parteikämpfe, erfreuten sich unter der umsichtigen Leitung des Präsidenten Diaz steigenden Wohlstands und dauernder Ruhe. Der Aufschwung wurde hauptsächlich durch die Ausdehnung der Eisenbahnen bewirkt, auf denen die reichen Bodenerzeugnisse aus dem Innern abgeführt wurden. Nachdem Diaz am 12. Juli auf vier Jahre zum Präsidenten wiedergewählt war, schilderte er am 17. September im Kongreß die außerordentlich günstige Lage des Landes. Fast schien es, als ob der Aufschwung Mexikos die Republiken **Mittelamerikas** zur Nachäferung anspornte, denn in ihnen allen traten die noch bis vor kurzem alles beherrschenden Parteikämpfe hinter ein ernstes Streben nach materieller Hebung des Landes zurück. Zu diesem Zweck ließen sich namentlich die Regierungen von Costa-Rica, Nicaragua und Honduras die Heranziehung europäischer Einwanderer angelegen sein. Dies in Verbindung mit einer Besiedelung des Landes und der Anlegung von Plantagen wurde in Honduras in ganz eigentümlicher Weise einer Dampfschiffgesellschaft in Entreprise gegeben. Die Verhältnisse in **Colombia** entwickelten sich friedlich und dem Fortschritt förderlich. Zur Hebung der Finanzen wurde das Tabackmonopol eingeführt. Sehr unruhig ging es vom Februar bis zum Oktober in den vereinigten Staaten von **Venezuela** her. Verfassungsstreitigkeiten ähnlicher Art wie 1891 in Chile führten zu einem sehr wechselvollen, blutigen Kriege zwischen dem Präsidenten Palacio sowie seinen Nachfolgern einer- und dem General Crespo andererseits, in dem dieser schließlich die Oberhand behielt. In **Ecuador** wurde für die Zeit bis 1896 Dr. Cordero zum Präsidenten gewählt, und zwar unter Umständen, die auf bevorstehende heftige Kämpfe mit der klerikalen Richtung hindeuteten. Der Kongreß von **Bolivia** genehmigte den Friedensschluß mit Chile, welches hiernach die Gebiete behält, die von den dortigen Aufständischen 1891 besetzt waren; dagegen übernahm Chile die auswärtige Schuld Bolivias. Die Regierung von **Bern**

wandte bedeutende Mittel zur Heranziehung europäischer Einwanderer an, die im Quellengebiet des Amazonas zu einer Kolonie vereinigt werden sollen. In vielen der einzelnen Staaten von **Brasilien** fanden Unruhen lokalen Charakters statt, hauptsächlich weil sie die von Fonseca eingesetzten Gouverneure nicht los werden konnten. Der frühere Präsident Deodoro Fonseca starb am 23. August.

Nach einer langen politischen und wirtschaftlichen Krise vereinigten sich in **Argentinien** die Hauptparteien Mitre's und Roca's auf den Bundesgerichtspräsidenten Saenz Peña als Kandidaten für die Präsidentschaft. Dieser sorgte nach seiner Wahl für einen umfassenden Bericht über die Finanzlage, wonach die Staatsschuld 49 Millionen Dollars Papiergeld und 407 Millionen Dollars Gold, die jährliche Verzinsung $26\frac{3}{4}$ Millionen Dollars beträgt. Die Republik **Paraguay** hatte fortwährend mit Geldverlegenheiten zu kämpfen und suchte das Defizit durch Anleihen mit 18 % zu decken. Der Kongress sprach sich gegen Besetzung der öffentlichen Ämter mit Fremden aus. In **Chile** hatte der vorjährige Bürgerkrieg keine schweren Nachteile hinterlassen. Ein Versuch des Präsidenten Montt, mit einem aus allen Parteien zusammengesetzten Ministerium zu regieren, erwies sich als unausführbar, worauf im März ein liberales Ministerium ernannt wurde.



Chronik

der

Ereignisse des Jahres 1892.

Tag	Januar.	Seite
1	Neujahrsempfang beim deutschen Kaiser	1
1	Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten Szapary	243
1	Neuer spanischer Zolltarif	335
5	Schluß des ungarischen Reichstags	243
7	Thronwechsel in Agypten	394
8	Erlaß wegen Befestigung des Gotthards	380
12	Ansprache des Kaisers an den Erzbischof v. Stablewski	3
12	Der deutsche Reichstag über die Diätenfrage	9
12	Die Handelsverträge mit Deutschland und Italien vor dem öster- reichischen Abgeordnetenhaufe	227
12	Eröffnung der französischen Kammern	267
13	Kaiser Wilhelm in Bückeburg	4
13	Die spanische Deputiertenkammer über die Arbeiterfrage	336
14	Eröffnung des preußischen Landtags	10
14	Die Frage der Postdampferlinien im deutschen Reichstage	10
14	Tod des Herzogs von Clarence	295
15	Rede Miquels über den preußischen Etat	44
15	Der lippesche Landtag regt ein Regentenschaftsgesetz an	186
16	Eröffnung des schwedischen Reichstags	370
18	Tod des Erzherzogs Karl Salvator	240
18	Rücktritt des portugiesischen Ministeriums d'Abreu de Souza	344
19	Ansprache des Kaisers Wilhelm an Marinerekruten	4
19	Die italienische Deputiertenkammer über die Handelsverträge	310
22	Das preuß. Abgeordnetenhaus verhandelt beim Etat über die Volks- schulgesetzfrage	15
24	Empfang des Königs von Württemberg in Berlin	5
24	Erklärung der französischen Cardinal-Erzbischöfe	269
24	Tod des Großfürsten Konstantin	263
25	Trinkpruch des Kaisers Wilhelm auf das württembergische Königspaar	5

Tag		Seite
25	Das preußische Abgeordnetenhaus beginnt die erste Lesung des Volksschulgesetzes	18
26	Schreiben des Papstes an Kardinal Melchers über die katholischen Arbeitervereine	331
28	Eröffnung des Landesauschusses von Elsaß-Lothringen	183
28	Die italienische Kammer über die Frage der Kunstsammlungen	310
29	Die Frage der Befestigung Helgolands im deutschen Reichstag	43
31	Taufe des Prinzen Friedrich Sigismund von Preußen	8
31	Veröffentlichung des Erlasses des Prinzen Georg von Sachsen gegen Mißhandlung von Soldaten	37

Februar.

3	Kaiser Wilhelm bei einem parlamentarischen Diner	24
4	Leipzig huldigt dem Prinzen Friedrich August von Sachsen	191
5	Die Frage der Soldatenmißhandlungen in der Kommission des deutschen Reichstags	38
5	Die Konservativen in Sachsen lösen das Kartell mit den National-liberalen	192
6	Rede des ungar. Ministerpräsi. Szapary gegen d. oppos. Parteien	244
9	Thronrede zur Eröffnung des britischen Parlaments	297
9	Thronrede zur Eröffnung des norwegischen Reichstags	375
15	Die Frage einer Änderung der Militärprozeßordnung im deutschen Reichstag	37
15	Erklärung der Altcechen gegen Fortsetzung des böhmischen Ausgleichs	222
17	Kaiser Wilhelm bei einem parlamentarischen Diner	24
19	Erlaß des baier. Kriegsministers gegen Mißhandlung von Soldaten	209
19	Die Arbeiterfrage in der italienischen Deputiertenkammer	311
19	Österreichische Steuerreform-Vorlage	228
20	Eröffnung des neugewählten ungarischen Reichstags	244
23	Rücktritt des griechischen Ministeriums Delhannis	392
24	Rede d. Kaisers Wilhelm beim Essen der brandenb. Stände	25
25	Unruhen beschäftigungsloser Arbeiter in Berlin	101
27	Rede v. Caprivi im deutschen Reichstag über die Marine	40
27	Rücktritt des Ministeriums Freycinet	270
29	Verhandlung des deutschen Reichstags über eine Kreuzerflotte	41

März.

3	Eröffnung des böhmischen Landtags	223
5	Das preuß. Abgeordnetenhaus genehmigt d. Polizeikostengesetz	50
5	Rede v. Caprivi im deutschen Reichstag über Deutsch-Ostafrika	43
7	Eröffnung der rumänischen Kammern	391
10	Schreiben des Herzogs v. Cumberland an Kaiser Wilhelm	46
13	Tod des Großherzogs Ludwig IV. von Hessen	188
14	Der König von Württemberg besucht den baierischen Hof	28

Tag		Seite
14	Die italienische Kammer über den Botschafterposten in Berlin . . .	313
15	Der König von Württ. lehnt die Zulassung der Männer-Orden ab	201
17	Militärgefetz in den Niederlanden	359
18	Rücktritt des preuß. Kultusministers Grafen v. Zedlitz	29
18	Ansprache des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen	190
19	Kaiser Wilhelm begiebt sich nach Hubertusstocf	101
21	Vorlage wegen Aufhebung des Welfenfonds an den preuß. Landtag	47
23	Graf Eulenburg Ministerpräsident, Dr. Bosse Kultusminister i. Preußen	30
25	Aufhebung des russischen Verbots der Weizenmehlausfuhr	258
26	Der deutsche Reichstag über die Wendung der Politik in Preußen . . .	32
26	Die ital. Kammer genehmigt Gesetze zur Beseitigung des Defizits	314
27	Englisch-nordamer. Vertrag zur Beilegung des Streits über das Beringsmeer	307
28	Graf Eulenburg im pr. Abgeordnetenhaus über Trennung d. oberst. Staatsämter	33
28	Erlaß d. hessischen Ministeriums gegen d. Antisemitismus	190
28	Regierungsjubiläum des Fürsten v. Reuß ä. L.	186
28	Comeniusfeier in Prag	223
29	Miquel über die Fortführung der preußischen Steuerreform	46
30	Schluß der Session des deutschen Reichstags	44
31	Bulgarische Note an die Pforte wegen der Flüchtlinge	388

April.

1	Das preuß. Abgeordnetenhaus für Aufhebung des Welfenfonds . . .	47
1	Feier von Fürst Bismarcks 77. Geburtstag	58
1	Provisorisches Budget für Dänemark	365
5	Schluß des sächsischen Landtags	191
8	Ansprache der deutsch-böhmischen Abgeordneten	225
8	Der König der Belgier verlangt Maßregeln gegen die Anarchisten	358
17	Auflehnung der Erzbischöfe von Liz und Avignon gegen die franz. Regierung	271
18	D. pr. Abg.-haus über d. Trennung d. obersten Staatsämter . . .	34
21	Tod der Großherzogin-Witve Alexandrine v. Meckl.-Schwerin . . .	102
21	Neubildung des ital. Ministeriums di Rudini	315
23	Kadetzkyfeier in Wien	241
23	Österr. Verord. w. Errichtung eines Gerichts in Weckelsdorf . . .	225
24	Kaiser Wilhelm besucht den Freiherrn v. Stumm	102
24	Jubiläum d. 40-jährigen Regier. d. Großherzogs v. Baden . . .	197
25	Zubelstfest der Entstehung der Marseillaise	279
28	Kaiser Wilhelm in Ostfriesland	103
28	Schluß des Landesauschusses für Elsaß-Lothringen	184
29	Kaiser Wilhelm und Prinz Heinrich auf Helgoland	103
29	Ein Wirbelsturm verwüstet die Insel Mauritius	305

Tag

Mai.

Seite

1	Besuch des Königs von Sachsen in Stuttgart	205
3	Feier der goldenen Hochzeit des Herzogs von Koburg-Gotha	187
4	Finanz-Programm des umgestalteten Ministeriums di Rudini	315
5	Hamburg begehrt den Gedenktag des Brandes von 1842	185
5	Nordamerik. Gesetz gegen Einwanderung von Chinesen	397
6	Eintritt des deutschen Kronprinzen in das Heer	103
6	Dankschreiben des Großherzogs v. Baden an sein Volk	198
6	Schreiben des Papstes an die franzöf. Kardinal-Erzbischöfe	271
9	Die Frage des Berliner Schloßbaues im preuß. Abg.-hause	49
13	Festlicher Empfang des deutschen Kaiserpaars in Stettin	104
13	Verhandlung d. baier. 2. Kammer über d. preuß. Volksschulgesetz	210
14	Rede des Kaisers Wilhelm in Stettin	105
14	Erklärung des bad. Ministerpräf. gegen d. direkte Wahlrecht	196
15	Ernenmung des italien. Ministeriums Giolitti	316
16	Rede des Kaisers Wilhelm in Danzig	107
17	Katholikerversammlung in Berlin für Zulassung der Jesuiten	53
18	Die Klapka-Feier vor dem ungar. Unterhause	247
19	Aufruf des Grafen von Paris an die franzöf. Royalisten	272
20	Die württemb. 2. Kammer lehnt d. Zulassung d. Männer-Orden ab	195
20	Zustimmung der belg. 2. Kammer zu den Regier.-Vorschlägen betr. Verfassungsänderung	351
21	Parteitag der nationalliberalen Partei Deutschlands in Eisenach	51
21	Neue russische Städteordnung	259
23	Auflösung der belgischen Kammern	352
23	Schluß des schwedischen Reichstags	372
24	Gesetz wegen Neuordnung der franzöf. Kolonialverwaltung	275
25	Ernenmung des Prinzen Georg v. England zum Herzog v. York	296
25	Finanzielles Programm d. ital. Ministeriums Giolitti	316
26	Feier der goldenen Hochzeit des Königs v. Dänemark	366
27	Garibaldi-Feier in Palermo	319
28	Schluß des baierischen Landtags	213
30	Empfang der Königinnen der Niederlande in Potsdam	108

Juni.

2	Garibaldi-Feier auf der Insel Caprera	319
3	Kaiser Wilhelm bei der Trauung des Fürsten Radolin	111
4	Deutschfeindliches Fest in Nancy	276
5	Huldigungen der Stadt Rom für König Humbert	320
7	Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren in Kiel	112
8	Feier des Krönungsjubiläums in Ungarn	248
9	Erlaß des Reichskanzlers an d. Botsch. in Wien bez. d. F. Bismarck	89
10	Niederlage der deutschen Schutztruppe unter v. Bülow in Ostafrika	181
10	Das norwegische Storting verlangt ein eigenes Konsulatwesen	376

Tag		Seite
12	Erlaß bezüglich des preuß. rothen Adlerordens	114
12	Arbeiter-Unruhen in Brüssel	353
12	England nimmt die Gilbert-Inseln in Besitz	306
13	Parteitag der Konservativen in Dresden	192
13	Die badische I. Kammer gegen d. direkte Wahlrecht	196
14	Die Frage d. kön. Theater in d. neuen Provinzen vor d. Abg.-hause	49
14	Neuwahl der belgischen Kammern	353
18	Ausspruch des Herzogs v. Meiningen gegen die Antisemiten	187
18	Empfang des F. Bismarck in Berlin und Dresden	68
18	Rede Gladstones für Home-Rule	299
20	Empfang des italienischen Königspaares in Potsdam	115
21	Fürst Bismarck in Wien	73
21	Ministerium Trikoupis in Griechenland	393
22	Einzug des ital. Königspaares in Berlin	117
22	Schluß des badischen Landtags	196
23	Schluß des preussischen Landtags	51
23	Ansprache des Großherzogs von Baden an d. Abgeordneten	199
23	Empfang des Fürsten Bismarck in München	76
24	Entlassung des württemb. Pfarrers Schrempf	200
24	Veröffentlichung politischer Gespräche d. F. Bismarck in Wien	74
24	Gedenkfeier auf dem Schlachtfelde von Solferino	320
25	Ansprache des F. Bismarck im Rathaus zu München	78
26	Empfang des F. Bismarck in Augsburg	82
27	Arbeiter-Unruhen in Brüssel	354
29	Kaiser Wilhelm tritt eine Reise an d. norwegischen Küsten an	118
29	Schluß des britischen Parlaments	298

Juli.

3	König Oskar verfaßt dem Beschluß des norwegischen Stortingss vom 10. Juni die Genehmigung	377
3	Unruhen in Madrid	338
4	Die österr. Regierung verständigt sich mit d. deutsch-liberalen Partei	232
5	Volkstundgebung in Christiania für Erhaltung der Union	378
7	Veröffentlichung eines Erlasses des Reichskanzlers v. 1890, betr. den Fürsten Bismarck	88
10	F. Bismarck empfängt zahlreiche Württemberger	90
11	Regierungsjubiläum des Fürsten v. Reuß j. L.	186
11	Hinrichtung des französischen Anarchisten Ravachol	283
15	Feier der Vereinigung Savoyens mit Frankreich	278
18	Aufhebung der Robot in Bosnien	256
19	Päpstlicher Erlaß bezüglich der Columbusfeier	321
20	Schluß des ungarischen Reichstags	248
23	Der deutsche Reichsanzeiger über die polnische Agitation	128
24	Huldigung von Badenern, Thüringern, Hessen für d. F. Bismarck	92

Tag		Seite
30	Abreise des Kaisers und des Prinzen Heinrich nach England . . .	119
31	Rede des F. Bismarck auf dem Marktplatz in Genä	97
31	Rücktritt des böhmischer Landsmannschafts-Ministers Prajack . . .	239

August.

7	Columbusfest in Rom	321
8	Rückkehr des Kaisers Wilhelm aus England	120
8	Eröffnung des britischen Parlaments	300
9	Rücktritt des preuß. Ministers Herrfurth	121
11	Gesetze über die Währungsreform in Osterreich	230
12	Das Ministerium Salisbury bittet um Entlassung	300
13	Französisch-russisches Fest in Paris	282
13	Stambolow beim türk. Sultan	389
17	Ernennung des brit. Ministeriums Gladstone	300
18	Erkfindung des Kaisers Wilhelm auf den Kaiser v. Osterreich . . .	133
20	Ausweisung belgischer Bergarbeiter aus Frankreich	355
20	Kongreß sozialdemokratischer Arbeiter Skandinavien's	373
22	Rede v. Pleners in Eger über die Zustände in Osterreich	232
23	Aufhebung des russischen Roggenausfuhr-Verbots	258
23	Ministerium Avakumowitsch in Serbien	392
28	Die Generalversammlung der deutschen Katholiken tritt in Mainz zusammen	122
28	Erster slovenischer Katholikentag in Laibach	233

September.

5	Der reformierte Bischof von Ungarn tritt gegen den kathol. Fürst- bischof auf	251
7	Columbusfest in Genua	322
8	Päpstliche Encyklika über den Rosenkranz	332
11	Enthüllung des Volksdenkmals für Kaiser Wilhelm I. in Metz . . .	184
11	Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte Frankreichs	284
12	Konzeßion bezüglich des deutschen Schutzgebiets in Südwestafrika . .	182
12	Internationaler Altkatholiken-Kongreß	384
13	Geburt der preussischen Prinzessin Viktoria Luise	133
13	Huldigung der Stadt Mainz für den neuen Großherzog	190
15	Errichtung einer neuen deutschen Schutzherrschaft in Südwestafrika	182
15	Präsident Carnots Programmrede in Poitiers	280
15	Freycinets Rede über die französischen großen Manöver	293
15	Rücktritt des russischen Finanzministers Wyschnegradski	262
17	Einsetzung einer deutschen Reichs-Cholera-Kommission	129
17	Die evangel.-luther. Konferenz über d. Frage d. Apostolikums . . .	131
19	Kostuthfeier in Ungarn	252
21	Erlaß des Kaisers Wilhelm bez. d. Unterstützung der in Hamburg von der Cholera Heimgesuchten	133

Tag		Seite
21	Manifest des Prinzen Viktor Napoleon	283
22	Pariser Jahrhundertfeier der Revolution	280
24	Kongreß der französischen Sozialrevolutionäre	285
25	Erlaß des evang. Oberkirchenrats bez. d. Reformationsfestes	133
26	Gr. d'Haussonvilles Programm für d. franz. Royalisten	283
26	Der ungarische Reichstag tritt wieder zusammen	253

Oktober.

1	Die Delegationen treten in Pest zusammen	235
2	Das Volk von Teslin genehmigt die neue Verfassung	383
3	Ansprache des Kaisers Franz Joseph an die Delegationen	235
3	Eröffnung des neugewählten dänischen Reichstags	367
4	Entscheidender Sieg der Franzosen über Dahomeh	286
5	Erklärung deutscher Professoren zur Frage des Apostolikums	132
7	Schreiben des Kaisers Wilhelm an den Oberbürgermeister Zelle von Berlin	134
8	Feier der goldenen Hochzeit des Großherzogs von Sachsen-Weimar	187
10	Forderung der Barnelliten für Beilegung der irischen Frage	302
11	Kaiser Wilhelm in Wien	134
11	Aufruf des Evangel. Bundes gegen d. Ultramontanismus	129
12	Gesetz wegen Erhebung dieses Tags zum Nationalfesttag Spaniens	341
18	Grundsteinlegung zur Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche in Berlin	134
18	Eröffnung der französischen Kammern	286
18	Columbusfeier in Huelva	340
18	Eröffnung eines a. o. schwedischen Reichstags	374
19	Schluß der Delegationen in Pest	237
24	Veröffentlichung der deutschen Militärvorlage	142
29	Neuwahl der portugiesischen Cortes	374
30	Tod der Königin-Witwe Olga von Württemberg	207
31	Reformationsfest in Wittenberg	137

November.

1	Ernennung von Pairs für das österr. Herrenhaus	238
5	Eröffnung des österreichischen Reichsrats	238
6	Erster elsaß-lothringischer Katholikentag	185
7	Das deutsche Kaiserpaar in Stettin	174
8	Eröffnung der neugewählten belgischen Kammern	356
8	Wahl Cleveland's zum Präsidenten der nordamerikanischen Union	398
9	Eröffnung des preussischen Landtags	150
9	Austritt des ungarischen Ministerpräsidenten Szapary	254
9	Das portugiesische Königspaar in Madrid	342
12	Erklärung der sächsischen Nationallib. gegen den Ultramontanismus	193
12	Der russische Thronfolger am österreichischen Hofe	242
12	Die italien. Kammerwahlen fallen f. d. Ministerium Giolitti aus	328

Tag		Seite
14	Ernenennung des ungarischen Ministeriums Weferele	254
21	Delahayes erste Enthüllungen über die Panamafache	288
22	Eröffnung des deutschen Reichstags	157
23	Rede des deutschen Reichskanzlers über die Militärvorlage	158
23	Eröffnung des italienischen Parlaments	328
25	Erlaß des Ev. Oberkirchenrats bez. d. Apostolikums	140
25	Im deutschen Reichstag wird der Antrag auf Zulassung der Jesuiten eingebracht	173
26	Wahlgesetzvorschlag der belgischen Regierung	357
29	Verhandlung der Judenfrage im österr. Abgeordnetenhaus	240
29	Rücktritt des franzöf. Ministeriums Loubet	289

Dezember.

2	Das österr. Abgeordnetenhaus lehnt den Dispositionsfonds ab	239
6	Rücktritt des österr. Ministers Gr. Kuenburg	239
7	Rücktritt des spanischen Ministeriums Canovas	343
8	Konservativer Parteitag in Berlin	166
8	Programm des franzöf. Ministeriums Ribot	290
10— 15	Erste Beratung der Militärvorlage im deutschen Reichstag	169
13	Rücktritt des franzöfischen Ministers Rouvier	291
20	Erklärung Rouviers in der Panamafache	292
24	Die franzöf. Kammer lehnt d. Handelsvertrag m. d. Schweiz ab	292

Alphabetisches Verzeichnis

der

hervorragenden Personen.

- Abbas II., Khedive, besteigt den Thron 394.
- Abdul Hamid, türk. Sultan 24, 389, 394.
- Abreu de Souza, portugies. Ministerpräsident; Rücktritt 344.
- Adolf, Großherzog v. Luxemburg 364.
- Ahlwardt, Antisem.; Prozeß gegen 168.
- Albert Viktor, Herzog von Clarence, stirbt 295, 304.
- Albrecht, Herz. v. Württ.; verlobt 207.
- Albrecht, Erzherz.; Rede v. d. Kadetsfeier 241.
- Alexander III., Zar; besucht d. Deutschen Kaiser 111.
- Andrieux, früher Polizei-Präsident von Paris 292.
- Bahnsen, dän. Kriegsminister, über die dänische Wehrfrage 368.
- Balfour, brit. Minister, über Home-Rule 302.
- Ballestrem, Graf, über den Jesuitenantrag 24, gegen verantwortl. Reichsminister 32, in d. Schulfrage 36, üb. Soldatenmißhandl. 38, gegen Politik des Lauscherverkehrs 41, in Mainzer Kathol.-Vers. 123.
- Bamberger über Dampferlinien 10, gegen die deutsche Kolonialpolitik 42.
- Bauer v., österreich.-ung. Reichskriegs-Min., über d. Heeresdienstsprache 237.
- Baumbach, R.L.-Abg., für Diäten 9, über Freiheit des Privateigentums zur See im Krieg 42.
- Bebel über Mißhandl. v. Soldaten 39.
- Beernaert, belg. Minister-Präs., über Handelsverträge 348; in der belgischen Verfass.-Frage 349, 351; über den Kongostaat 352; über d. Arbeiterfrage 357.
- Behanzin, König von Dahomeh, 274, 286.
- Bennigsen v., für Diäten 9, ruft das lib. Bürgertum auf 15, für ein Reichsfinanzministerium 32, für Unabhängigk. d. R.L.-Abg. 33, über die Militärvorlage 170.
- Bismarck, Fürst, in Hamburg 56, empfängt Lübecker und Leipziger 57, gefeiert v. v. Kardorff 58, Geburtstagsfeier 58, Rede in Friedrichsruh 61, Dankagung 63, Huldigung in Leipzig 63, Huldigung in Stuttgart 64, empfängt Kriegervereine 65, über Sonntagruhe 65, über Ausöhnung mit dem Kaiser 66, erhält Grüße des Zaren 67, Ankunft in Dresden 68, in Wien 73, in München 76, in Augsburg 82, Dankagung 83, kritisiert d. deutsche auswärtige Politik 85, über seine Entlassung 86, empfängt Württemberger 90, empfängt Badenser

- 92, in Vena 94, nach Varzin 100, über d. Erzbischof v. Stablewski 128, über die Militärvorlage 143.
- Björnson, über die schwed. Unionsfrage 378.
- Boetticher v., Staatssekr., üb. Fabrikinspektoren 10, üb. Schloßbaupläne 49.
- Borghese, Fürst, seine Kunstsamml. 310.
- Bosse, Staatssekr., ernannt z. preuß. Kultus-Min. 30, über d. Volksschulgesetz 35, über bürgerl. Gesetzbuch 36, Reise nach Posen 127.
- Bourgeois, franz. Minister, über die Lage Frankreichs 279, in d. Panamasache 291.
- Brialmont, belg. Abg. und General, über d. Maasforts 351, über d. belg. Wehrgesetzfrage 357.
- Brin, ital. Minister des Außern, in Berlin 117, Wahlrede 327, über den Dreibund 329.
- Brissou, französ. Abg., Festrede zum 10. Aug. 279, mit Kabinettsbildung beauftragt 290.
- Canodas del Castillo, span. Min.-Präf., über d. Arbeiterbewegung 336, beim Columbusfest 340, Rücktritt 343.
- Caprivi, Graf v., Reichskanzler u. pr. Minist.-Präf., eröffnet d. preuß. Landtag 10, über d. Volksschulgesetz 16, 20; Rücktritt von d. Ministerpräsidentenschaft 32, über Soldatenmißhandl. 38, über Deutsch-Ostafrika 43, ü. d. neue Kreuzerforvette 41, über d. Militärvorlage 158, 169, über d. Reichs-Etat 164, über Infanterie-Gewehre 172.
- Carlos, Don, als span. Prätendent 282.
- Carnot, Präf. d. franz. Republik, Rede zu Neujahr 267, beim Fest in Nancy 276, in Chambery 278, Rede in Poitiers 280.
- Catargi, rumän. Ministerpräf. 390.
- Cavaignac, französ. Marine-Minister, beim Etat 276, Rücktritt 277.
- Chamberlain, brit. Abg., über die Frage Ägyptens 297.
- Christian IX., König von Dänemark, feiert d. goldene Hochzeit 365, an der Spitze eines deutschen Regiments 367.
- Clemenceau, französ. Abg., in der Panamasache 292.
- Colombo, ital. Finanzminister, Rücktritt 315, Rede z. Steuerreform 326.
- Constans, französ. Minister, Streit mit dem Abg. Laur 267.
- Craikshiem v., baier. Ministerpräf. 79, 210.
- Crispi, ital. Abg., über die Handelsverträge 310, Rede in Palermo 319.
- Csaky, ungar. Kultus-Minister, über d. Civilhehenfrage 248.
- Dahn, Prof., üb. d. Volksschulgesetz 23.
- Delahaye, franz. Abg., in d. Panamasache 288.
- Delhannis, griech. Ministerpräf., Rücktritt 392.
- Deroulède, französ. Abg., in der Panamasache 292.
- Douglas, Graf v., preuß. Abg., über das Volksschulgesetz 18.
- Dryander, Gen.-Superint. in Berl. 135.
- Ellena, ital. Abg., für die Handelsverträge 309, zum Finanzminister ernannt 325.
- Emma, Königin-Regentin der Niederlande, in Berlin 109, bei Festlichkeiten 361.
- Ernst August, Herzog v. Cumberland, schreibt an d. Deutschen Kaiser 46.
- Ernst Ludwig, Großherzog v. Hessen 104, 189.
- Eulenburg, Graf v., preuß. Ministerpräf. 30, über die Trennung dieses Amtes von dem des Reichskanzlers 32, über das Volksschulgesetz 35, über die kön. Theater in d. neuen Prov. 50, Minister d. Innern 121, eröffnet den Landtag 151.

- Ehm, österr. Deleg., gegen den Drei-
 bund 235.
 Ehnern v., preuß. Abg., üb. d. Volks-
 schulgesetz 19.
 Ehschen, luxemb. Minister, hält Fest-
 rede 364.
 Ferdinand, Pr. von Koburg, Regent
 von Bulgarien 384.
 Ferdinand, Prinz von Hohenzollern,
 Kronpr. von Rumänien 111, 391.
 Ferreira, portugies. Ministerpräsi. 344.
 Finger, hess. Ministerpräsident 190.
 Floquet, Präsident d. franzöf. Deput.-
 Kammer 267, Festreden 278, 281,
 macht in d. Panamafache Geständnisse
 292.
 Fordenbeck v., Ob.=Bürgermeister v.
 Berlin, stirbt 54
 Franz Ferdinand, Erzherz. 134, 242.
 Franz Joseph, Kaiser, am Nadežky-
 Denkmal 241, in Brünn 241, beim
 ungar. Krönungsfest 249.
 Freycinet, franzöf. Ministerpräsi., tritt
 zurück 270, über d. franzöf. Militär-
 etat 272.
 Frère=Urban, belg. Abg., in d. belg.
 Verfassungs-Frage 349, macht Ent-
 hüllungen 351.
 Friedberg, preuß. Abg., in d. Volks-
 schulgesetzfrage 21.
 Friedrich, Großherzog v. Baden, feiert
 d. Regier.=Jubil. 197, sagt dem Volke
 Dank 198, toastet auf d. R. v. Württ.
 198, hält Ansprache a. d. bad. Abg. 199.
 Friedrich Karl, Prinz v. Hessen 115.
 Genala, ital. Minister 325.
 Georg, Pr. von Sachsen, Erlaß gegen
 Mißhandl. von Soldaten 37, tritt im
 Landtag auf 191.
 Georg, Herzog v. York 296.
 Giers v., russ. Geh. Rat 264, 282.
 Giolitti, ital. Ministerpräsi. 317, Rede
 im Arbeiterverein zu Rom 325, Fi-
 nanzplan 328.
 Gladstone in der brit. Wahlbewegung
 299.
 Güler, Febr. v., bad. Abg., über das
 Wahlsystem 196.
 Grimaldi, ital. Schatzminister 325.
 Gregr, böhm. Abg., über d. Ausgleich
 225.
 Häfele v., Bischof v. Rottenburg 202.
 Haffner, Bischof von Mainz, Rede in
 Gen.-Vers. d. d. Kathol. 122, 130.
 Hanauer, Staatssekr. des Reichsjustiz-
 amts 55.
 Harnack, Prof., über d. Apostolikum
 131, 140.
 Hauser, Schweiz. Bundespräsi., Rede üb.
 d. Gotthardbefestigung 383.
 Hauffonville, Graf, Rede an d. franz.
 Royalisten 283.
 Heeremann v., 1. Vicepräsi. des pr.
 Abgeordnetenhauses 11.
 Herrfurth, preuß. Minister d. Innern,
 gegen Schloßlotterieleplan 49, Rücktritt
 120, als Abg. üb. d. Steuervorlage 155.
 Hellendorfs-Bedra v., preuß. Abg., in
 d. Volksschulgesetzfrage 18, 29, über
 die konservative Partei 52.
 Hitze, R.L.=Abg., richtet sozialpolitische
 Kurse ein 125.
 Hohenlohe=Schillingsfürst, Fürst
 v., Statthalter, eröffnet den Landes-
 ausschuß 183, bereift d. Reichsland 184.
 Houghton, Vicekönig v. Irland 302.
 Hübbenet, russ. Verkehrs-Min., Rück-
 tritt 262.
 Huene v., preuß. u. R.L.=Abg., über
 das Volksschulgesetz 16, 29, über die
 Militärvorlage 169.
 Humbert, König v. Italien, in Pots-
 dam 115, in Berlin 117, beim Co-
 lumbusfest 322, Thronrede 328, Erlaß
 wegen silb. Hochzeit 330.
 Janson, belg. Abg., üb. d. belg. Ver-
 fassungsfrage 349.
 Ignatiew, Graf, in d. slaw. Beweg. 264.

- Kálnoky, Graf, österr.-ungar. Min. d. Außern, für den Dreibund 236, über die Lage Europas 237.
- Kaltenborn=Stachau v., pr. Kriegsmin., über die Militärvorlage 169.
- Karl, König v. Portugal, verzichtet auf Teil der Civilliste 345.
- Karl, König v. Rumänien, Thronrede 391.
- Kayser, Wirkl. Geh. Legat.=R., nach Afrika 181.
- Konstantin d. ält., Großfürst, stirbt 263.
- Konstantin der jüngere, Großfürst, in Nancy 275.
- Kossuth, Jubelfeier 252.
- Kuenburg, Graf, österr. Minister 220, über den böhm. Ausgleich 226, Rücktritt 239.
- Lamey, Präsident der bad. 2. Kammer, Rücktritt 196.
- Lanza, Graf, ital. Botsch. in Berl. 314.
- Lavigerie, Kard.=Erzb., in der franz. Kirchenfrage 268.
- Ledochowski, Kard., Präf. d. Congreg. für Ausdehnung des Glaubens 331.
- Leo XIII., Papst, im franz. Kirchenstreit 269, 271, Erlaß z. Columbusfeier 321, Schreiben an Kard. Melchers 331, Erlaß an d. Bisch. und Kath. Frankreichs 331.
- Leopold, König d. Belgier, üb. d. belg. Verfassungsfrage 350.
- Le Prevoist=DeLaunay, franz. Abg., in der Panamasache 288.
- Lesseps, Ferd. v. 288.
- Lewenhaupt, schwed. Minister, in der Unionsfrage 375.
- Lewekow v., Präf. d. d. Reichstags, Trinkspruch auf den Kaiser 7.
- Lieber, preuß. u. R.L.=Abg., über d. Volksschulgesetz 21, über die Haltung d. Centr.=P. 53, kathol. Agitator 126, 193, 202.
- Liebnecht, a. d. Partei. d. Sozial. 168.
- Limburg=Stirum, Graf, üb. Volksschulgesetz 19, üb. Berl. Dombau 45, des Dienstes entlassen 127.
- Loubet, franz. Ministerpräf., Festrede 280, in d. Bergarbeiterfrage 284, in d. Panamasache 288, Rücktritt 289.
- Ludwig IV., Großherz. v. Hessen, stirbt 189.
- Ludwig, Pr. v. Baiern, Rede auf den Regenten v. Baiern 218, Anspr. an d. baier. Landwirte 219.
- Luitpold, Pr.=Reg. v. Baiern, toastet auf den König v. Württemberg 218.
- Luzatti, ital. Schatzminister, in der Steuerreformfrage 314, Finanzminist. 315.
- Magdeburg, D.=Präf. v. Hessen=R. 30.
- Manteuffel, Fehr. v., 1. Vicepr. d. Herrenhauses 11, üb. d. Militärvorl. 170, über d. antisem. Richtung 171, auf konf. Parteitag in Dresden 191.
- Margarete, Prinzessin v. Pr., verlobt 115.
- Margarete, Königin von Italien, in Potsdam 115.
- Maria, Prinzessin v. Großbrit., verlobt 111.
- Marschall von Bieberstein, D. Staatssekr., üb. Südwestafrika 43.
- Martin, Pater, Wahl zum Jesuiten-general 332.
- Martini, ital. Unterr.=Min., Erlaß an d. Schuldirektoren 325.
- Menelik, König v. Äthiopien 312.
- Menger, österr. Abg., greift d. Tschechen an 238.
- Michael, Großfürst 264.
- Milan, früherer R. v. Serbien 391.
- Miquel, pr. Fin.=Min., in d. Volksschulgesetzfrage 17, üb. d. Welfenfonds 47, legt d. Budget vor 92, über die Steuervorlagen 152.
- Morley, brit. Min. d. Innern 302.
- Müller, baier. Kult.=Min. 208.

- Münster, Graf, Botſch. in Paris, toaſtet auf den Kaiſer 8.
- Nock, bad. Kult.=Min.. über d. Volkſchullehrer 194.
- Nothomb, Baron v., belg. Abg., über die Verfaſſungsfrage 350.
- Olga, Kön.=Witwe v. Württ., ſtirbt 207.
- Orterer, baier. Abg., üb. d. Redemptoriſten 208, üb. d. pr. Volkſchulgeſetz 210, gegen Fürſt Bismarck 214.
- Oſann, N.L.=Abg., Rede für F. Bismarck 203.
- Oskar II., König v. Schweden u. Norwegen, in Kopenhagen 367, Thronrede 371, in der Unionsfrage 377.
- Perier, franz. Abg., 290.
- Pelloux, ital. Kriegsmin., über d. ital. Heeresreform 313, 316, Wahlrede 327.
- Plener v., öſterr. Abg., über d. böhm. Ausgleich 221, über d. Steuerreform 228, über die Währungsreform 230, gegen d. Diſpoſ.=Fonds 239.
- Prazač, öſterr. Min., Rücktritt 239.
- Radowiç v., d. Botſch. in Petersb. 145.
- Rampolla, Kard., in d. franz. Kirchenſtreit 268, 272.
- Rauchhaupt v., pr. Abg., üb. d. Volkſchulgeſetz 35.
- Ravaſſol, franz. Anarchiſt 273, 285, 354.
- Rechberg, Graf v., Aufruf an d. württ. Kathol. 201.
- Reichensperger, preuß. Abg. für das Volkſchulgeſetz 18.
- Reinach v., Bankier in Paris, in der Panamaſache 289, 291.
- Reuß, Prinz v., Botſch. in Wien 72.
- Rhodes, Pr.=Min. d. Caplands 304.
- Ribot, franz. Miniſterpräſ. 290, in d. Panamaſache 291.
- Ricard, franz. Juſtiz=Min., in d. Panamaſache 289, Rücktritt 290.
- Richard, Kard.=Erzb. v. Paris, in franz. Kirchenſtreit 268.
- Richter, pr. u. N.L.=Abg., begrüßt v. Bennigſen 15, gegen d. Volkſchulgeſ. 18, üb. d. Wendung d. Pol. in Preußen 32, üb. Helgoland 44, üb. Dombau 45, 49, üb. Steuervorlage 155, über Reichſetat 164.
- Rickert, pr. u. N.L.=Abg., gegen Volkſchulgeſetz 15, 17, üb. Trennung der oberſten Staatsämter 34, über die Steuervorlage 154.
- Riedel v., baier. Fin.=Min. 209.
- Rieunier, franz. Adm., bei d. Columbusfeier in Genua 323.
- Roché, franz. Handels=Min., Rücktritt 290.
- Roseberry, Lord, in d. Wahlbewegung 299, über Uganda 301.
- Rouvier, franz. Finanz=Min., Rücktritt 291, Geſtändniſſe 292.
- Rudini di, ital. Miniſterpräſ., Änderung im Miniſterium 309, üb. d. Handelsvertr. 310, über berl. Botſch.=Poſten 313, Steuerreform 314, Umbildung d. Miniſteriums 315, Rücktritt 317.
- Safferling v., baier. Kriegsmin. 209, 217.
- Salisbury, engl. Miniſterpräſ., in der Wahlbewegung 298, Rücktritt 300, gegen Home-Rule 301.
- Scavenius, dän. Abg., üb. d. konſtit. Frage 368.
- Schauß, baier. Abg., üb. d. Redemptoriſten 208, üb. d. preuß. Volkſchulgeſ. 211.
- Schenk, ſchweiz. Bundespräſ., über die Gotthardbeſetzung 385.
- Schiſſkin, ruff. Geh. R., Leiter des ausw. Depart. 264.
- Schlözer v., preuß. Gef. in Rom, Rücktritt 146, 175.
- Schmeykal, böhm. Abg., üb. d. Ausgleich 225.
- Schönborn, Graf, öſterr. Juſtiz=Min., Anklage gegen ihn 230.

- Schorlemer = Alft v., üb. d. Regierung des Königs 34, über die Haltung der Centr.-Partei 54.
- Schrempf, Pfarrer in Württ. und die Frage d. Apostolik. 130, entlassen 200.
- Schwarzenberg, Fürst, üb. d. böhm. Landsmannschafts-Min. 239.
- Siegfried, franz. Handels-Min. 290.
- Stablewski v., Erzb. v. Posen, leistet den Eid 2, Fürst Bismarck über ihn 128.
- Stambolow, bulgar. Ministerpräsi., Anspr. an den Regenten 387, Noten an Serbien und die Pforte 388, in Konstantinopel 389.
- Steen, norweg. Ministerpräsi., in der Unionsfrage 376, Rücktritt 377, bildet neues Kabinet 378.
- Steinbach, österr. Fin.-Min., über d. Steuerreform 228.
- Stöcker, für Diäten 9, für Volksschulges. 19, über d. Apostolikum 132.
- Stumm, Frhr. v., gegen die Soz.-Dem. 34.
- Szapary, ung. Ministerpräsi., Ansp. an d. lib. Part. 243, in d. Osener Denkmalsfache 253.
- Taffe, Graf, österr. Ministerpräsi., üb. d. Ausgleich 221, üb. d. böhm. Landsmannsch.-Min. 239.
- Tewfik Pascha, Khebid, stirbt 394.
- Thielen, preuß. Min., üb. Reform d. Eisenbahntarife 36.
- Tirard, französ. Senator, zum Fin.-Min. ernannt 291.
- Tisza v., Coloman, in ung. Adreßdeb. 246, als Oberkurator d. calvin. Bezirks 251.
- Tisza v., Ludw., ungar. Minister 254.
- Treitschke v., Prof., gegen Volksschulgesetz 23.
- Trikoupis, griech. Ministerpräsi. 393.
- Turban, bad. Ministerpräsi., über das Wahlsystem 196.
- Wasath, österr. Abg., üb. d. Dreibund 228.
- Waszary, Fürstbisch. v. Ungarn 251.
- Viktor Napoleon, Aufruf 283.
- Villaris, ital. Kultus-Min., in der Univeritätsfrage 311.
- Waldersee, Graf 67.
- Wekerle, ungar. Ministerpräsid. 254, Programm 255.
- Weyrauch v., Unterstaatssekr. im preuß. Kult.-Min. 31.
- Widenmayer, Brgrmstr. v. München 77, 217.
- Wilhelm II., Kaiser, Ansprache an d. Erzb. von Posen 3, in Bückeburg 4, hält Kap. des schw. Adlerordens 4, Ansp. an Marinekadetten 4, Trinkspruch auf den König von Württ. 5, Dankerlaß 8, Ansp. an d. brandenb. Stände 25, empfängt Besuche deutscher Fürsten 101, besucht v. Stumm 102, in Schwerin 102, in Ostfriesl. 103, auf Helgoland 103, führt den Kronprinzen in d. Heer ein 103, in Stettin 104, in Danzig 106, Trinkspr. auf d. Königinnen der Niederlande 108, Zusammenkunft mit d. Zaren 111, Erl. bez. d. roten Adlerordens 114, empfängt den König von Schweden 114, den Großherzog von Meckl.-Schwer. 115, den König v. Italien 115, tauft das Schiff Hohenzollern 118, reist nach Norwegen 118, tauft das Schiff Heimdal 119, reist nach England 119, Trinkspruch auf den Kaiser von Österreich 133, in Pommern 133, Schreiben an Oberbürgermeister Zelle 134, in Wien 134, beim Reformationsfest 137, Thronrede 156, in Stettin 174.
- Wilhelm, Kronprinz d. deutschen Reichs, Eintritt ins Heer 103, bei d. Frühlingsparade 110.
- Wilhelm, König von Württemberg, in Berlin 5, Toast auf den Großherzog v. Baden 198, in Weimar 204, Toast

- auf den König von Sachsen 205, in
Karlsruhe 205, in München 218.
- Wilhelm, Herzog v. Würt., Rede in
Münster 206.
- Wilhelm, Herzog von Urach 207.
- Wilhelmine, Königin der Niederlande
109, 361.
- Witte, russ. Fin.-Min. 262.
- Woeste, belg. Abg., in d. belg. Verfass.-
Frage 350.
- Wyschnegradski, russ. Fin.-Minister,
Rücktritt 262.
- Zanardelli, ital. Abg. 327, Präf. d.
Dep.-Kammer 329.
- Zedlitz-Trübschler, Graf v., preuß.
Kult.-Min., üb. Volksschulgef. 16, 21,
Rücktritt 29, Abschied 31.
- Zorilla, Aufruf an die span. Republi-
kaner 338.

Deutsches Reich.

Im Beginn des Jahres zeigten sich alle Schichten des deutschen Volkes mit der Frage der neuen und großen Heeresvermehrung vorwiegend und so lebhaft beschäftigt, als am Ende des vorigen, und je näher die mit Spannung erwarteten Beratungen der Kommission heranrückten, an die der Reichstag vor drei Wochen die Militärvorlage gewiesen hatte, um so mehr begannen die politischen Parteien sich über Einzelheiten zu ereifern. Nicht minder trat alsbald hervor, wie sehr der Kaiser andauernd von dieser Sache erfüllt war. Ihm entging es nicht, welche Sorgen den Blick begleiteten, den das deutsche Volk, wie bisher so auch am Anfange dieses Jahres, in gewohntem Vertrauen auf ihn richtete, und er zögerte nicht mit Kundgebungen seiner Auffassung über den Wert aller Einwürfe, die laut geworden, seit er in der Thronrede vom 22. November auf die Notwendigkeit der Opfer hingewiesen hatte.

Die Neujahrsfestlichkeiten am kaiserlichen Hofe zu Berlin verliefen in hergebrachter Weise, die Glückwünsche wurden von den verschiedensten hochgestellten Personen, gleichsam namens des ganzen Reiches dem Kaiserpaare dargebracht. Dieses empfing die Kaiserin Friedrich, die mit ihrer Tochter, der Prinzessin Margarete, und dem Bräutigam derselben, dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen, erschien, sowie die übrigen Mitglieder der königlichen Familie, dann begaben sich alle Fürstlichkeiten in geordnetem Zuge in die Schloßkapelle. Mit dem Kaiserpaare gingen zum erstenmale der Kronprinz, die Prinzen Eitel-Friedrich und Adalbert, mit dem erprinzlichen Paare von Meiningen ging dessen 13jährige Tochter,

Prinzessin Feodora. Nach der Predigt des Konsistorialrats Dryander begaben sich alle wiederum in feierlichem Zuge in den weißen Saal des königlichen Schlosses, der damit zum erstenmale nach seiner inneren Umgestaltung wieder zu einer Festlichkeit in Benutzung genommen wurde. Das Kaiserpaar nahm Stellung auf den Thronstufen, rechts vom Kaiser seine drei ältesten Söhne, dann die Prinzen des königlichen Hauses und aus deutschen souveränen Häusern, darunter die Prinzen Arnulf von Bayern, Georg von Sachsen, Albert von Sachsen-Altenburg, Aribert von Anhalt; neben der Kaiserin nahmen sämtliche Prinzessinnen Aufstellung. Von den Gratulanten, die sich vor dem Herrscherpaare verbeugten, wurden der Reichskanzler, Feldmarschall Graf Blumenthal und Konsistorialrat Dryander ausgezeichnet. Als sie in die Nähe des Thrones kamen, ging der Kaiser einige Schritte auf sie zu und reichte ihnen die Hand, ebenso die Kaiserin. Hiernach wurden im Rittersaale die kommandierenden Generale des deutschen Heeres, im Marmorsaale die Vertreter der fremden Mächte empfangen.

Um 12¹/₂ Uhr begab sich der Kaiser mit dem Prinzen Heinrich und hohem Gefolge zu Fuß vom königlichen Schloß nach dem Zeughaufe zur Ausgabe der großen Parole, und hier war es, von wo durch das ganze Reich ein Wort des Kaisers ertönte, das im voraus die Richtung der hauptsächlichsten Bestrebungen des Jahres kennzeichnete. Im Rikthofe der Ruhmeshalle hielt der Kaiser an die kommandierenden Generale eine auf die Frage der Heeresreform bezügliche Ansprache, in der er aufs neue hervorhob, daß die Durchführung der beabsichtigten Heeresreform für Deutschland eine militärische und politische Notwendigkeit sei, und daß er zuversichtlich erwarte, die Erkenntnis hiervon werde sich immer weitere Bahnen brechen; fest stehe er zu der von den verbündeten Regierungen eingebrachten Vorlage. Damit war von berufenster Seite die schon bisher von Regierungsorganen eifrig verfochtene Behauptung bekräftigt, daß der Militärgesetzentwurf in seinen Hauptzügen festgehalten werde, obwohl das alte Jahr anscheinend mit seiner parlamentarischen Aussichtslosigkeit geschlossen hatte.

Neben dieser durch den „Reichsanzeiger“ beglaubigten Lesart liefen durch die gesamte Presse noch weitere Angaben über die kaiserliche Kundgebung: nach dem Londoner „Daily Telegraph“ wurde ver-

Breitet, der Kaiser habe den Generalen versichert, er sei von der absoluten Notwendigkeit, die Maßregel durchzusetzen, so überzeugt, daß er nicht zaudern werde, alle, die sich ihm darin widersetzen würden, niederzuschmettern. Diese Worte sollten, so hieß es weiter, an die Adresse höherer Militärs gerichtet sein und bedeuten, daß sie abzudanken hätten, falls sie im Widerspruch verharren. Obgleich Glaubwürdiges über diese Angaben nicht verlautete, boten sie einem großen Teile der Presse eine Zeitlang Anlaß zu Erörterungen. Von einer Seite wurde der Gebrauch des Ausdrucks „niedererschmettern“ in Abrede gestellt; von anderer Seite hörte man, die schärfere Wendung in der Ansprache sei nur gegen die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit im Offizierkorps gerichtet; auf konservativer Seite hieß es, die Mißbilligung zieler auf einen kleinen militärischen Kreis, aus dem heraus versucht worden sei, Stimmung gegen die Vorlage zu machen, namentlich hätten politisch-militärische Unterströmungen entschiedenste Zurückweisung zu erwarten; in dieser Beziehung wollte man wissen, die Worte seien gegen den Grafen Waldersee, kommandierenden General des neunten, andere meinten, gegen den Freiherrn von Loe, kommandierenden General des achten Armeekorps gerichtet, durch den die Zentrumsparthei zum Reichskanzler zu reden und ihn wohl gar zu verdrängen suche; die „Allgemeine Ztg.“ wollte sogar wissen, die Vorlage werde „in der Armee selbst abgelehnt“, indem vom Major aufwärts mindestens $\frac{5}{6}$ zu den Gegnern der Vorlage zählten; die Freisinnigen nahmen an, es stehe nun fest, daß es zur Auflösung des Reichstages, die „Germania“, daß es zu einem Konflikt im Innern kommen werde; die „Hamb. Nachr.“ sprachen von einem Bedauern, wenn der Anschein erweckt würde, als ob der Reichstag seine Entscheidung „unter der PreSSION des persönlichen Willens des Monarchen“ treffen sollte. Andere drangen nun auf Veröffentlichung des Wortlautes der kaiserlichen Ansprache; hiergegen richtete sich aber von beachtenswerter Seite die Ansicht, dem Kaiser dürfe nicht zugemutet werden, daß er mit seinen Generalen nur in Anwesenheit eines Stenographen rede; er brauche seine Meinung am wenigsten in Fragen der Wehrkraft zu verbergen, in denen seine persönliche Entscheidung nach Herkommen und Verfassung eine ganz besondere Bedeutung besitze; zwar sei des Kaisers Mißbilligung einer politischen Opposition und Stimmungsmacherei von Angehörigen des Heeres

wider die Vorlage anderweit gut verbürgt, allein dies gehöre zu den Dingen, die sich einer amtlichen Veröffentlichung entzögen. Schließlich blieb man im konservativen und im Lager der Zentrumsparthei bei der Ansicht, es beständen wegen des Kaisers Beharren bei der unveränderten Vorlage nicht zu vereinbarende Gegensätze zwischen der Auffassung der Regierungen und der Mehrheit des Reichstages.

Inzwischen waren bei Hofe die prachtvollen Geschenke bewundert, welche der Sultan Abdul-Hamid durch seinen Generaladjutanten Kamphöveners Pascha dem Kaiserpaare hatte überreichen lassen. Der Kaiser selbst begab sich, nachdem er am 6. Januar einem Diner beim Reichskanzler beigewohnt hatte, am 8. Januar nach Sigmaringen, um teilzunehmen an den Festlichkeiten der Vermählung des 27jährigen Prinzen Ferdinand, zweiten Sohnes des Fürsten Leopold von Hohenzollern, mit der 17jährigen Prinzessin Maria von Großbritannien, ältesten Tochter des Herzogs Alfred von Edinburg. Diese Verbindung erschien von nicht unerheblicher politischer Bedeutung, weil Prinz Ferdinand durch Erlaß seines Oheims, des Königs Karl von Rumänien, vom 18. März 1889 zum „Prinzen von Rumänien“ ernannt und hier als Thronfolger anerkannt war. Der Wichtigkeit des Vorgangs entsprechend, hatte das fürstliche Haus Hohenzollern größten Prunk entfaltet. Am bitterkalten 9. Januar mittags erschien König Karl im väterlichen Schloß mit großem Gefolge, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Catargi, den Ministern Sturdza und Lahovari, dem Senatspräsidenten Cantacuzino, dem Präsidenten der Deputiertenkammer General Manu, dem General Floresco und anderen hohen Militärs. Zwei Stunden später traf Kaiser Wilhelm ein, am Bahnhof von den Kriegervereinen des Bezirkes und einer zahlreichen Volksmenge empfangen. Der standesamtliche Akt wurde am 10. Januar vom Minister des preussischen Hauses, v. Wedel-Piesdorf vollzogen, worauf die Trauung in der mit dem Schloß verbundenen katholischen Kirche stattfand. Von fremden Fürstlichkeiten nahmen teil Großfürst Alexis, Graf Philipp von Flandern, dessen Gemahlin Maria, Schwester des Fürsten Leopold, sowie ihr Sohn, der 17jährige Prinz Albert, dereinstiger Thronfolger von Belgien; ferner waren zwei preussische Prinzessinnen anwesend: die Erbprinzessin von Meiningen und die Herzogin von Connaught. Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, zu dessen

Familie die königliche Familie von Großbritannien gehört, ließ sich durch einen General, der Zar, die Königin Viktoria und der türkische Sultan ließen sich durch ihre Berliner Botschafter vertreten. Den Trauakt vollzog der Ortspfarrer, die Weiherede hielt der Erzabt Placidus Wolter vom nahen Kloster Beuron, dem der Kaiser erst kurz zuvor den Ankauf des bis 1873 von Jesuiten innegehabten Klosters Maria Taach bestätigt hatte. Beim Brunkwuhle im fürstlichen Schlosse brachte der Fürst von Hohenzollern den ersten Trinkspruch aus. Er dankte dem Kaiser, der als erster Chef des Hauses Hohenzollern durch sein Erscheinen der Feier die höchste Weihe verliehen habe, und den Vertretern der fremden Souveräne. König Karl betonte in seiner Ansprache, daß das Volk der Rumänen diesen Tag festlich begehe, und ließ als Ausdruck der Gefühle dieses Volkes die Neuvermählten hochleben. Diese nahmen für die nächste Zeit im nahen Schlosse Krauchenwies Wohnung und besuchten vor ihrer Abreise nach Bukarest die aus Gesundheitsgründen in ihrer Heimat Neuwied zubringende Königin Elisabeth von Rumänien. Der Kaiser verlieh dem Prinzen Ferdinand den Orden vom schwarzen Adler, ernannte den Herzog von Edinburg zum deutschen Admiral und trat am 11. Januar die Heimreise an, die programmäßig direkt über Karlsruhe führen sollte; aber bei der Ankunft auf der badischen Station Appenweier ließ er seinen Zug plötzlich nach Straßburg richten, um hier durch seinen Besuch in ähnlicher Weise zu überraschen wie vor einiger Zeit in Hannover. Gegen 1 Uhr mittags lief der kaiserliche Zug im Straßburger Bahnhof ein, jedoch nicht in die Personenhalle, sondern er hielt vor der Eilgutrampe. Während nun ein Adjutant vorauseilte und die Marmierung der Garnison besorgte, ritt der Kaiser mit einem anderen Adjutanten zur Hauptwache, wobei als Führer durch die engen Straßen ein des Wegs kommender Einjährig-Freiwilliger benutzt wurde. Allmählich wurde der Monarch erkannt und je weiter er in die Stadt kam, um so mehr wuchs die ihn begleitende und begrüßende Menge, und mehr als hundert Schulknaben fanden sich ein, die vorausziehend „Heil Dir im Siegerkranz“ sangen. Währenddem ertönten die Marmersignale durch die Stadt, und um 2 Uhr rückte das 15. Feldartillerieregiment, an der Spitze der Kaiser, der inzwischen die Hauptwache und das Militärlazaret besucht hatte, im Polygon, dem großen Übungsplatz der Garnison,

als das erste ein, worauf diese bald in Stärke von 10000 Mann versammelt war. Der Kaiser ritt die Fronten ab, ließ die Truppen vorbeimarschieren und hielt an der Spitze des 138. Infanterieregiments seinen Einzug in die Stadt, deren rasch in Fahnen Schmuck gekleidete Straßen trotz strenger Kälte dichtgedrängt von lebhaft grüßenden Menschen waren. Im Statthaltereipalais wurde der Kaiser von der Fürstin Hohenlohe begrüßt, deren Gemahl zu seinem erkrankten Bruder, dem Herzog von Ratibor, gereist war. An der Festtafel der Fürstin nahmen auch viele höhere Beamte teil, welchen der Kaiser wiederholt seine Anerkennung über die Huldigungen der Bevölkerung aussprach. Die Nacht verbrachte der Monarch in seinem Sonderzuge auf dem Bahnhofe und begab sich am 12. Januar nach Karlsruhe, wo er im großherzoglichen Schlosse eine Abordnung in Sachen der Mosel-Kanalisation empfing. Die möglichste Förderung derselben zusagend, sprach er sich im allgemeinen für ein größeres Kanalnetz mit dem Bemerkens aus, daß dadurch der Transport des Getreides vom Osten nach dem Westen und der gewerblichen Erzeugnisse auf dem umgekehrten Wege erheblich würde gefördert werden; dazu möchten die Städte, die Interessenten und die Landwirtschaft mehr als bisher beitragen.

Nach der Rückkehr des Kaisers fand unter dem großen, auf altem Herkommen beruhenden Zeremoniell am 17. Januar im Rittersaale des königlichen Schlosses zu Berlin die Einkleidung der jüngsten Ritter des Ordens vom schwarzen Adler statt. Es waren dieser 19jährige Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, ältester Sohn des Regenten von Braunschweig; Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, sodann der fast 30jährige erblindete Landgraf Alexander Friedrich und sein Bruder, Prinz Friedrich Karl von Hessen, beide Söhne der Prinzessin Anna von Preußen, endlich Herzog Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Gemahl der Schwester der Kaiserin, die mit dem Kronprinzen dem feierlichen Akte zusah. An diesen schloß sich das Krönungs- und Ordensfest, an dem eine sehr große Zahl von Personen mit Orden bedacht wurde. Abweichend von früher nahm der glanzvolle Zug der 27 Fürstlichkeiten seinen Weg durch eine Reihe aufs neue mit großem Prunke hergestellter Gemäcker des Schlosses nach der Kapelle. Am 19. Januar folgte, unter Entfaltung außerordentlicher Pracht, die

große Kur am Hofe, und mit einem ebenso glanzvollen Hofballe begannen am 21. Januar die Festlichkeiten zur Vermählung der Prinzessin Margarete. Nach einem vom Offiziercorps des 1. Garde-Drägoner-Regiments am 23. Januar veranstalteten Reiterfeste, sowie einer Galatafel von 52 Fürstlichkeiten und nach einer Familientafel bei der Kaiserin Friedrich am 24., wurde in deren Palais am 25. Januar der Standesaft durch den Minister v. Wedel, dann in der Kapelle des königlichen Schlosses die Trauung durch den Oberkonsistorialrat Dryander vollzogen. Außer allen Mitgliedern des königlichen Hauses, des Königspaares von Sachsen, der Großherzöge von Baden, Weimar, Hessen und Oldenburg, sowie zahlreicher sonstiger Fürstlichkeiten nahmen an den Festen teil: der Großfürst-Thronfolger von Rußland, der bei seiner Ankunft mit den höchsten Ehren empfangen war, und die Herzöge von Edinburg, Connaught und Cambridge. An die Galatafel schloß sich, nach altem Gebrauche, die unter dem Namen des Fackeltanzes bekannte Umgangszeremonie, eingeleitet durch 10 aktive und 2 frühere Minister. Das neuvermählte Paar, dem zu Ehren auch am dänischen Hofe eine Festlichkeit stattfand, siedelte zunächst in das Stadtschloß zu Potsdam über. Die meisten der auswärtigen Fürstlichkeiten dehnten ihren Aufenthalt in Berlin aus, um durch ihre Gegenwart auch den Geburtstag des Kaisers zu verherrlichen, und ihnen gesellte sich noch König Wilhelm von Württemberg zu, der am 23. Januar in Wien der Vermählung des Herzogs Albrecht von Württemberg beigewohnt hatte.

Zuvor jedoch vollzog sich ein Akt mehr politischen Anstrichs: Am 26. Januar begab sich der Kaiser mit dem russischen Thronfolger in die Kaserne des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments und brachte hier beim Frühstücksmahle einen außerordentlich freundlich gehaltenen Toast auf den Zaren aus. Dessen Worte an das Regiment bei seinem Besuche im Jahre 1889 seien noch in lebendigster Erinnerung und wärmster Dank werde ihm geschuldet für seine freundschaftliche Anteilnahme an den festlichen Ereignissen des preussischen Hauses. „Wir alle,“ so fuhr der Kaiser fort, „sehen in Ihrem kaiserlichen Vater nicht nur den hohen Chef des Regiments, nicht nur unsern vornehmsten Kameraden, sondern vor allem den Träger altbewährter monarchischer Traditionen, oft erwiesener Freund-

schaft und inniger Bande intimer Beziehungen zu meinen erlauchten Vorgängern, deren Erfüllung in früheren Zeiten russische wie preussische Regimenter auf dem Schlachtfelde vorm Feinde mit ihrem Blute besiegelten." Großfürst Nikolaus dankte „für die warmen Worte“ auf seinen Vater und trank auf das Wohl des Regiments. Am Abend dieses Tages erschien der Kaiser mit seinem russischen Gaste bei der zu wohlthätigen Zwecken erfolgenden Wiederholung obigen Reiterfestes, gegen dessen Ende von der Kapelle die russische Nationalhymne angestimmt wurde. Mit dem Kaiser und den anderen Fürstlichkeiten erhob sich das gesamte Publikum, der Kaiser und der Zarewitsch standen sich, die Hand an den Helm gelegt, gegenüber und verharrten in dieser Stellung, bis der letzte Ton der russischen Nationalhymne verklungen war. Der 27. Januar, an dem der Kaiser sein 34. Lebensjahr zurücklegte, wurde in Berlin in gewohnter Weise durch einen von der Kuppel der Schloßkapelle geblasenen Choral eingeleitet. In dieser fand, nachdem der Kaiser die Glückwünsche entgegengenommen hatte, der Gottesdienst für die zahlreichen Fürstlichkeiten statt. Der Predigt waren, wie es hieß, auf des Kaisers eigenen Wunsch, die Verse 21 und 22 aus dem Evangelium Lucä Kap. 11 untergelegt: „Wenn ein starker Gewappneter seinen Palast bewahret, so bleibet das Seine in Frieden; wenn aber ein Stärkerer über ihn kommt und überwindet ihn, so nimmt er ihm seinen Harnisch, darauf er sich verließ, und theilet den Raub aus.“ Man entnahm daraus, daß der Monarch auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen wollte, um seiner ständigen Sorge wegen der Militärvorlage Ausdruck zu geben. Bei der folgenden Gratulationskur im weißen Saale des königlichen Schlosses nahm der Kaiser unter dem Thronbaldachin Aufstellung; rechts hinter ihm standen der Zarewitsch und die vier Großherzöge. Die Kur eröffnete Prinz Albrecht mit allen preussischen Prinzen, denen die aus deutschen souveränen Häusern folgten. An zahlreichen Orten des Reiches und in der reichstreuen Presse wurde der Tag würdig gefeiert. Hervorragend war die Festfeier zahlreicher Bürger in Dresden und Stuttgart, besonders bemerkenswert aber die verhältnismäßig große Zunahme der Festlichkeiten in Elsaß-Lothringen. Der Zar gab zu Ehren des Tages im Anitschkompalais zu Petersburg ein Festmahl; beim Feste der deutschen Kolonie in Paris feierte der bayerische Geschäftsträger, Freiherr

von Tucher, den Kaiser als machtgebietendes Symbol der deutschen Einheit, als den zielbewußten Erhalter des Friedens; an der Feier der deutschen Kolonie in allen größeren Kantonshauptstädten der Schweiz nahmen diesmal Schweizer in großer Zahl teil, anscheinend unter dem Eindruck des Umstandes, daß durch den Zollkrieg der Schweiz mit Frankreich eine Verschiebung der Sympathieen eingetreten war; in Sofia wurde ein Tedeum gehalten, und vor Pera gab, als der deutsche Botschafter Fürst Radolin in Konstantinopel den Trinkspruch auf den Kaiser ausbrachte, ein türkisches Kriegsschiff 21 Salutschüsse ab. Für alle Kundgebungen der Dankbarkeit und Treue, die ihm zur Vermählung seiner jüngsten Schwester und zu seinem Geburtstag aus allen Teilen Deutschlands, sowie von außerhalb wohnenden Deutschen zugegangen waren, sprach der Kaiser am 30. Januar durch Erlaß an den Reichskanzler seine Freude aus; vor allem, sagte er, habe es seinem Herzen wohlgethan, „so häufig dem Ausdruck einer opferbereiten Vaterlandsliebe“ und des Vertrauens in seine auf des Vaterlandes Sicherheit gerichteten Bestrebungen begegnet zu sein, wodurch seine Zuversicht bestärkt werde, daß seinen Bemühungen unter Gottes gnädiger Führung der Erfolg nicht fehlen werde. An demselben Tage beehrte die Mutter des Kaisers den früheren Justizminister Friedberg, den langjährigen Freund ihrer Familie, zu seinem 80. Geburtstag mit ihrem Besuche, und hielt Prinz Friedrich Karl von Hessen mit seiner jungen Gemahlin feierlichen Einzug in das Schloß Philippsruhe bei Hanau, um hier als Gäste des Landgrafen Alexander während seiner längeren Reise nach Ägypten zu weilen. Zu den politischen Vorgängen in jener Reihe königlicher Festlichkeiten zu Berlin gehört ein Trinkspruch des Kaisers beim Festmahle zu Ehren des Herzogs von Edinburgh. Er sagte darin, die englische Flotte sei für die deutsche nicht nur ein Muster vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkte, sondern auch die Helden der britischen Flotte, Nelson u. a., wären stets gewesen und würden immer sein die Leitsterne für die Offiziere und Mannschaften der deutschen Marine; sollte es sich mal ereignen, daß die englische und die deutsche Marine gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen hätten, dann würde die berühmte Parole „England erwartet, daß jedermann seine Pflicht thut“, welche der größte Seeheld Englands vor der Schlacht von Trafalgar aus-

gegeben, ein Echo in dem patriotischen Herzen der deutschen Marine finden.

Die äußerst lebhaften öffentlichen Besprechungen der Militärvorlage und der kaiserlichen Ansprache an die Generale hatten sich während des ganzen, von den verschiedenen Hoffestlichkeiten erfüllten Januarmonats ungemindert fortgesetzt. Die wiederholt für unveränderte Annahme der Vorlage auftretende „Norddeutsche Allg. Ztg.“ rief jedem der zur Mitwirkung Berufenen zu, sie möchten eingedenk sein, daß das Maß der Verantwortlichkeit für die Zukunft des Volks kaum jemals größer gewesen sei, und daß eine Bewilligung der Mittel zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit im Rahmen der jetzigen Friedenspräsenzstärke geradezu auf eine Schwächung des Heeres hinauslaufe. Im Lager der freisinnigen Partei schienen sich jetzt die Ansichten in ähnlicher Weise teilen zu wollen, wie es schon am Jahreschlusse in der Centrumspartei hervorgetreten war: während die „Freisinnige Ztg.“ des Abg. Richter immer schärfer gegen die Vorlage auftrat und selbst das Anerbieten wieder zurücknehmen zu wollen schien, das im Dezember namens dieser Partei im Reichstag gegeben war, zeigte sich in zwei anderen freisinnigen Blättern der Hauptstadt größere Neigung zur Verständigung, und darauf fehlte es in anderen Lagern nicht an Versuchen, diesen Teil der Freisinnigen zu ermuntern, namentlich unter Hinweis auf die ausschlaggebende Stellung, welche ihre Partei infolge einer solchen Wendung werde einnehmen können. Für den Beginn der letzteren glaubte die „Kreuz-Ztg.“ eine Erklärung zu finden in Anzeichen dafür, daß die in so überraschendem Grade wachsende judenfeindliche Bewegung das jüdische Kapital aufs äußerste erschreckt habe, das nun auf diese Weise Schutz nach oben suche, nachdem der Plan einer Petition an den Kaiser um Judenschutz wieder aufgegeben sei. Nicht ohne einen gewissen Eindruck in der Öffentlichkeit war die nach einer Berliner Zeitschrift durch die gesamte Presse gehende Ausmalung der Gefahr, welcher Süddeutschland infolge der enormen Befestigung Belforts ausgesetzt sei, da sie einen französischen Einbruch in den schutzlosen deutschen Südwesten gestatte. Dabei wurde daran erinnert, daß Moltke im Jahre 1870 diese Stellung für so wichtig gehalten habe, daß er behufs ihrer Erwerbung für Deutschland sogar die Fortsetzung des Kriegs gewünscht hätte, der dann aber Fürst

Bismarck aus politischen Gründen widersprochen habe. Von einigen Seiten wurden diese Bedenken mit dem Bemerken unterstützt, daß wir einem solchen Einbruche nichts als das zu weit nördlich liegende Neu-Breisach entgegenzusetzen vermöchten; andererseits wurde jedoch die „Taktik des Angstmachens“ getadelt und in der „Allgem. Ztg.“ hieß es, wenn Moltke Belforts Verbleiben bei Frankreich wirklich für so bedrohlich gehalten hätte, so würde er in den 20 Jahren, die er nach 1870 noch gelebt, wahrscheinlich sehr stark auf Beschaffung eines deutschen Gegengewichts gedrungen haben. In demselben Sinne wurde hierauf in den „Hamburger Nachrichten“ mitgeteilt, Moltke sei von der Stärke unserer Stellung auf der Westgrenze mit Rücksicht auf unsere Befestigungen in Straßburg, Metz, Mainz und Koblenz so überzeugt gewesen, daß er, wenn der Krieg mit zwei Fronten ausbreche, eine Beschränkung auf die Verteidigung an der Westgrenze bis zur Beendigung des Krieges mit Rußland für möglich gehalten habe. Weiterhin wurde in der Presse von Freunden der Vorlage Stimmung zu machen gesucht durch die Darlegung, daß die Kosten der Landesverteidigung für 1892/93 in Deutschland bloß 13,9, in Frankreich dagegen 21,1, in England 17,4 auf den Kopf der Bevölkerung betragen, und daß eine Ablehnung der jetzt geforderten Kosten die Gefahr einer Vergeudung der bisher zu diesem Zweck ausgegebenen Milliarden in sich schließen würde. Mit seinem Namen ließ sich für die Vorlage der frühere preussische General v. d. Goltz-Pascha in der „Deutschen Rundschau“ vernehmen. Wie eine Folge aller bisherigen Erörterungen nahm es sich aus, daß am 9. Januar die „Kreuz-Ztg.“, das Organ der Strengkonservativen, den Kampf gegen die Vorlage einstellte, und daß die deutsche Partei Württembergs entgegenkam, indem sie auf ihrer Landesversammlung sich insoweit mit ihr einverstanden erklärte, als sie zum Schutz unserer großen nationalen Errungenschaften notwendig sei.

Die Militär-Kommission des Reichstages trat am 11. Januar zusammen und unterzog unter dem Voritze v. Mantuffels, sowie in Gegenwart der Staatssekretäre v. Boetticher und v. Marschall, der Kriegsminister von Preußen und Sachsen, des bayerischen Militärbevollmächtigten und zahlreicher Kommissare des Bundesrats bis zum 28. Januar die Vorlage in 7 Sitzungen einer allgemeinen Beratung. Im Beginn derselben äußerte der Reichs-

Kanzler Graf v. Caprivi, er rechne auf den Takt und die Vaterlandsliebe der Anwesenden bei ihrer etwaigen Verwendung seiner Mittheilungen, mit denen er bis an die Grenze des Möglichen gehen wolle. Was hiernach über diese Verhandlungen in der Öffentlichkeit verlautete, beruhete zunächst lediglich auf dem, was einzelne Abgeordnete darüber in die Presse brachten. So entstanden Berichte von verschiedener Ausdehnung und Genauigkeit. Nachdem sie in der Öffentlichkeit richtig gestellt waren, verdient folgende Darstellung Glaubwürdigkeit.

Der Reichskanzler beleuchtete am 11. Januar die allgemeine politische Lage ähnlich wie er es am 23. November im Plenum gethan hatte. In Frankreich gäre es, ein hervorragender Staatsmann sei zwar im Augenblick dort nicht vorhanden, aber das Entstehen einer Diktatur sei nicht ausgeschlossen. Er halte, wie sein Vorgänger, die Erhaltung der Republik in Frankreich für das erwünschteste. Seit dem letzten Kriege sei die Bevölkerungsziffer dort wieder im Wachsen. Auch Rußland befinde sich im Aufsteigen und auf absehbare Zeit bilde es den mächtigsten Militärstaat Europas. Eine Feindseligkeit bestehe weder zwischen den Monarchen, noch zwischen den Regierungen und Staaten, wohl aber zwischen der öffentlichen Meinung. Der Kanzler erwähnte sodann das Streben Rußlands nach Konstantinopel und die Aussichten eines russischen Angriffs auf die Türkei; die deutschfeindlichen Elemente Rußlands agitierten mit dem Ausspruch, der Weg über den Balkan gehe nicht mehr allein über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Thor, und bei der Freundschaft Frankreichs mit Rußland müsse man allerdings auf einen Krieg nach zwei Fronten gefaßt sein. Die Richtschnur unserer äußeren Politik sei und bleibe die Erhaltung der vollen Großmachtsstellung Oesterreich-Ungarns, und durchaus falsch wäre es, wenn wir uns um augenblicklicher Vorteile willen Rußland nähern wollten gegen Oesterreich. Höchstwahrscheinlich beständen für Land und Wasser militärische Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland. Auch die uns feindlichen Elemente Dänemarks wären zu berücksichtigen, wenn auch dessen König unser guter Freund sei. Die Erneuerung des Dreibundes nach seinem Ablauf sei wohl zu hoffen, aber doch auch nicht gänzlich sicher. Das Bündnis mit Italien habe den Hauptzweck, die Südgrenze Oesterreichs gegen Frankreich zu sichern. An der Tüchtigkeit

der österreichischen und der italienischen Armee sei nicht zu zweifeln, wenn auch vielleicht noch organisatorische Schwächen beständen. Unsere eigene organisatorische Schwäche bestehe bezüglich der Reservedivisionen, die nicht so leistungsfähig sein dürften wie die französischen und russischen mit ihrem jüngeren Material. Hinsichtlich der Qualität der Truppen sei eine Schätzung in Friedenszeiten schwierig, jedoch halte er die deutschen Truppen für die besten der Welt. Unsere Flotte sei der russischen allein gewachsen, aber eventuell seien französische Schiffe in der Ostsee zu erwarten, um hier die Herrschaft Rußlands mit thatsächlichem Vasallentum Dänemarks herstellen zu helfen. Im Mittelmeer wäre Italien auf starke englische Unterstützung angewiesen, aber auch dann frage sich noch, wer siegen werde. Österreichs Landmacht würde für uns sehr wichtig sein, besonders bei Verlegung des Kriegsschauplatzes nördlich der Karpathen. Bei diesen Ausführungen stützte sich der Kanzler auf eine Denkschrift Moltkes aus Oktober 1879, deren Hauptinhalt er verlas. Darin war es als nicht zweifelhaft bezeichnet, daß Deutschland imstande sei, einen Angriff Frankreichs abzuwehren; die Denkschrift schilderte ferner die starke deutsche Verteidigungslinie am Rhein; Metz und Straßburg würden selbst im ungünstigsten Fall große französische Heere aufhalten. Sodann schilderte der Kanzler eingehend die natürlichen Schwierigkeiten und Schwächen jeder Koalition. Der Hauptstoß der beiderseitigen Gegner würde jedenfalls gegen Deutschland als die stärkste Macht des Dreibundes gerichtet sein, für uns aber sei erfahrungsmäßig die Offensive geboten und diese erfordere eine erhebliche Übermacht. Abwechselnd nach beiden Seiten zu operieren, sei für Deutschland nicht zulässig, wir könnten nicht erst bis Paris gehen und dann gegen Rußland. Ebenso würde die Etablierung eines Volkskrieges durch die Natur der norddeutschen Ebene unmöglich gemacht. Hiernach stellte der Kanzler die Stärkeverhältnisse der Armeen unter den verschiedenen möglichen Umständen einander gegenüber und kam zu dem Schluß, daß Deutschland mit den anderen Dreibundsstaaten sich in der Minderheit befände. Unsere der natürlichen Verteidigung entbehrende lange Ostgrenze sei nur durch Offensive zu halten. Die russischen Kriegsvorbereitungen gingen langsam, aber stetig vorwärts. Die Politik brauche schnelle Siege, erfordere kurze Kriege und nachhaltige Erfolge, um auf lange Jahre die Erneuerung des Krieges zu verhüten;

alle diese Vorteile seien nur durch die Offensive zu erreichen, die zur Beurteilung der Sache berufenen Männer seien aber überzeugt, daß die bisherigen Mittel im Verhältnis zur gewachsenen Stärke der Gegner nicht mehr genügen, daher die Vorlage.

Gegen diese Ausführungen trat in der Sitzung vom 13. Januar der Abg. Richter (d.-frei.) auf. Er führte aus, der Kanzler habe die politische Lage Deutschlands zu schwarz gemalt. Der Dreibund gelte noch für sechs Jahre und wahrscheinlich darüber hinaus, da er auf den Lebensinteressen der Staaten und Völker beruhe; Rußland habe kein Interesse daran, wem Elsaß-Lothringen gehöre, und am Balkan habe nur Österreich ein direktes Interesse. Die Stärkeverhältnisse der Länder und Heere betreffend, habe Deutschland vor Frankreich einen Vorsprung von 11 Millionen. Die russische Armee sei viel schwächer als angegeben worden, die Kadres in Frankreich seien sehr vermindert, die dortigen Reservebataillone nicht jünger an Mannschaften als die Deutschen. Die ganze Beweisführung des Kanzlers laufe daraus hinaus: je mehr Truppen, desto besser für den Krieg. Das möge vom militärischen Standpunkt aus richtig sein, aber es seien doch auch die anderen Seiten des Staatslebens in betracht zu ziehen, vor allem die wirtschaftliche und finanzielle. Hierauf erwiderte Graf Caprivi, die verbündeten Regierungen faßten nicht bloß den militärischen Standpunkt ins Auge, sondern wären in jedem Betracht von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt. Er besitze auch heute keine Zahlenwut, maßgebend für ihn sei nur die zuverlässige Stärke des Aufmarsches der verschiedenen Armeen. Auch v. Stumm (Reichsp.) wandte sich gegen Richter. Die Zustände in Frankreich seien durch den Panama-Standal und den Rücktritt des Kriegsministers Freycinet gefährlich für den Frieden geworden; von Englands Unterstützung müsse ganz abgesehen und eine Preisgebung der Grenzprovinzen im Kriegsfalle müsse unter allen Umständen verhütet werden. Als sodann Bebel (Soz.-D.) wieder auf die Volkswehr zurückkam, hob Graf Caprivi hervor, daß die Armee der Nordstaaten im amerikanischen Kriege sehr teuer gewesen sei und sich als sehr wenig leistungsfähig erwiesen habe.

Die Ausführungen des Reichskanzlers riefen in der deutschen Bevölkerung und im Auslande unverkennbar großen Eindruck hervor. Die meisten freisinnigen Blätter meinten zwar, es sei damit nichts

für die Notwendigkeit der Vorlage bewiesen; manche bisher abgeneigte Abgeordnete aber, selbst solche, die für den „neuen Kurs“ gerade nicht eingenommen waren, hielten nunmehr eine Verständigung für notwendig, da unter keinen Umständen unbeachtet gelassen werden dürfe, mit welcher Sorge wegen der drohenden Gefahren die Regierungen sich erfüllt zeigten. Insbesondere trat hervor, daß die Bewohner des Rheinlandes nicht mehr unbedingt Gegner der Vorlage sein würden, nachdem sie nun jene Ansicht Moltkes vernommen, wonach sie im Kriegsfall unter Umständen vorübergehend schutzlos gelassen werden müßten. Der hohen Befriedigung, welche die Rede des Grafen Caprivi in Oesterreich-Ungarn und in England hervorgerufen, gab die dortige Presse entschiedenen Ausdruck, die österreichische ging so weit, aus dieser Rede eine Änderung der auswärtigen Politik Deutschlands herauszulesen; sie meinte nämlich, die „zwiespaltige Politik Bismarcks“ von zwei Eisen im Feuer, wonach unter Umständen Oesterreich gegen Rußland und dieses gegen jenes hätte „ausgespielt“ werden sollen, sei zu Gunsten einer Politik der Solidarität Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn zum Schutze des Balkans und Konstantinopels aufgegeben, denn offenbar gehe der deutsche Reichskanzler davon aus, daß der Dreibund einen durchaus europäischen Charakter trage, in erster Linie den Bestand und die Zukunft Mitteleuropas vor Augen habe, im gegebenen Falle sogar individuelle Interessen an die zweite Stelle setze, und daß daher der Besitz Elsaß-Lothringens sowie die Zukunft Konstantinopels nicht vom rein „lokalen“ österreichischen oder preußischen Standpunkte beurteilt werden dürfe. Ferner riefen Caprivis Äußerungen über Dänemark am 16. Januar im Reichstage zu Kopenhagen eine Anfrage hervor. Es müsse, hieß es hier, in allen Parteien Unruhe und in ganz Europa Argwohn erregen, wenn gesagt werde, daß Dänemark als drittes Glied in eine Koalition mit Frankreich und Rußland treten wolle. Der Minister des Äußern, Baron von Reedtz-Thott, beruhigte jedoch sogleich mit dem Hinweis auf die vollkommenen freundschaftlichen Beziehungen der deutschen zur dänischen Regierung. Zu diesen verschiedenen Deutungen der Rede des Reichskanzlers schien, ungeachtet ihrer bald eingetretenen Rektifikationen, die deutsche Regierung nicht schweigen zu dürfen, sondern am 15. Januar wurde in der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ versichert, aus der Rede folge keineswegs eine grundsätzliche Änderung

der deutschen Politik, insbesondere nicht hinsichtlich der Aufgaben und Ziele des Dreibunds; mit keinem Worte habe der Kanzler angedeutet, daß die gegenwärtige auswärtige Politik Deutschlands den Krieg mit zwei Fronten für eine gegebene Notwendigkeit oder auch nur für wahrscheinlicher als in den letzten Jahren halte; ebenso unzulässig sei die Schlussfolgerung, daß unsere auswärtige Politik niemals für andere als deutsche Interessen einzutreten gesonnen sei. In diese Erörterungen griffen die „Hamburger Nachrichten“ mit der Behauptung ein, die ganze Begründung, welche die Militärvorlage in der halbamtlichen Presse gefunden, sei geeignet, Rußland über Deutschlands Verhalten im Falle russisch-orientalischer Verwickelungen zu beunruhigen, und eben deshalb richte unser östlicher Nachbar seine Heeresaufstellungen so ein, wie er glaube, einem deutschen Angriffe am besten Widerstand leisten zu können, der infolge solcher Verwickelungen eintreten würde; es werde keine große diplomatische Geschicklichkeit dazu gehören, zur Verhinderung des Kriegs nach zwei Fronten dem mit Rußland vorzubeugen, und dazu sei kein Verrat an unserem Bundesgenossen Österreich nötig. Diese Andeutungen dienten wegen der bekannten Beziehungen des Fürsten Bismarck zu dem Hamburger Blatte zur Verstärkung der Opposition gegen die Vorlage.

In der dritten Sitzung der Militär-Kommission des Reichstages sprach sich Freiherr v. Buol (Zentr.) gegen die Vorlage aus, deutete jedoch die Möglichkeit einer Änderung dieser Ansicht für den Fall an, daß noch gewichtigere Gründe dafür geltend gemacht würden, namentlich wollte er wissen, wie es im Kriegsfalle mit der Bedrohung Süddeutschlands stehe. Hierauf erwiderte alsbald der Reichskanzler mit der Versicherung, daß ein Kriegsplan wegen eventueller Preisgebung Süddeutschlands nicht bestehe, denn ein Kriegsplan über das erste Zusammentreffen mit dem Feinde sei, wie auch Moltke gesagt habe, überhaupt ganz unmöglich. Im Anschluß hieran gab der Reichskanzler, unter gespanntester Aufmerksamkeit des In- und Auslandes, eine Darlegung der wahrscheinlichen Führung des nächsten Krieges, insbesondere gegen Frankreich. Das System der Sperrforts habe Deutschland nicht angenommen weil man um die zu ihrer Besatzung nötige Mehrzahl von Truppen die Offensive schwächen würde. Die französischen Sperrforts bildeten freilich ein großes Hindernis; einige von ihnen müßten genommen

werden; dann würden wir auf die Maas stoßen, und der Übergang über einen Fluß angesichts des Feindes sei außerordentlich schwierig; die Einschließung von Paris würde mehr Truppen als im Jahre 1871 erfordern. Sodann gab Graf Caprivi bezüglich der zweijährigen Dienstzeit die Erklärung ab, diese Frage habe während des Lebens Kaiser Wilhelms I nicht lebendig werden können, da er mit den alten Einrichtungen ver wachsen gewesen sei und ihnen seine Erfolge verdankt habe; jetzt werde diese Einrichtung unter der Voraussetzung von Kompensationen geboten, es gehe aber nicht an, diese den Regierungen zu nehmen und erstere ihnen zu lassen. Der nunmehr das Wort ergreifende Abg. v. Bennigsen (nat.=lib.) machte, im Gegensatz zu v. Buol, darauf aufmerksam, daß die Abgeordneten auch einer unpopulären Vorlage zustimmen könnten, wenn sie ihre Notwendigkeit einsehen. Im übrigen meinte er, es vollziehe sich allmählich ein Umschwung in der Volksstimmung zu Gunsten der Vorlage. Ganz entgegengesetzt sprach sich in der Sitzung der Kommission vom 18. Januar der Hauptredner der Zentrumsparlei, Lieber, aus. Das Parlament, erwiderte er Herrn v. Bennigsen, dürfe sich nicht in Widerspruch zur Stimmung der Nation setzen, und daß bei dieser die Ausmalung der uns angeblich drohenden Gefahren keinen Eindruck mehr mache, könne nicht verwundern; staunen müsse man, wie wenig Vertrauen in die eigene Kraft gesetzt und wie hoch immer die der Gegner geschätzt werde, die wegen ihrer Kenntnis der Stärke des Dreibundes nicht über uns herfallen würden; wäre die Lage wirklich so schlimm, wie sie geschildert werde, so würde dies das Ende Deutschlands bedeuten, also auch die geforderte Heeresvermehrung nichts nützen; die bisherigen Verhandlungen hätten die Zentrumsparlei von ihrer Haltung gegen die Vorlage nicht abgebracht; sie könne diese nicht verantworten, weil das Volk die Last auf die Dauer nicht zu tragen vermöge, dagegen sei die Partei bereit, die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit gegen die Erhöhung des Rekrutenkontingents einzutauschen und die gegenwärtig festgestellte Friedensstärke aufrecht zu erhalten. Auf diesen Vorschlag, erwiderte der Reichskanzler, würden die verbündeten Regierungen nun und nimmer eingehen; allerdings würde man dadurch einen erheblich gesteigerten Beurlaubtenstand erhalten, dieser werde aber nicht besser, da der Mann nur zwei Jahre gedient habe; auch er besitze

ein starkes Vertrauen zu unserer Armee, aber er glaube, daß Unterschiede in der Stärke dem Schwächeren nicht die Wahrscheinlichkeit des Sieges geben würden; in der Abwehr freilich würden wir Frankreich gegenüber stark genug sein, für einen Krieg mit zwei Fronten aber müßten wir mehr Mannschaften ins Feld stellen. Der konservative Abg. v. Hammerstein bedauerte, daß gerade infolge der ersten Rede des Reichskanzlers die Lage Deutschlands im Auslande irrtümlich vielfach als verzweifelt hingestellt werde, und betonte sodann, wir dürften von unseren Bundesgenossen fordern, daß sie in gleichem Maße wie wir rüsteten; Oesterreich werde nicht leisten können, was wir von ihm erwarten, während doch dieser Macht selbst an der Aufrechterhaltung ihrer Großmachtstellung liegen müsse; endlich bat dieser Redner um Auskunft über die 31 höheren Offiziere abgeforderten Gutachten in der Militärfrage sowie über die Äußerungen höherer, zum Vortrag beim Kaiser berechtigter Militärs. Graf Caprivi erwiderte, er bereue seine Rede vom 11. Januar nicht; Anlaß zu abfälligen Urteilen über die österreichischen Truppen habe er bei den Manövern im vorigen Herbst nicht gefunden; jeder Generalleutnant dürfe seine Gesuche direkt beim Kaiser einreichen; übrigens liege aller Grund vor, das Politisieren und Räsonnieren aus der Armee fern zu halten; hinsichtlich der zweijährigen Dienstzeit werde eine Verfassungsänderung nicht beabsichtigt. Sodann führte der freisinnige Abg. Hinz aus, daß wir gar nicht über so viele gut qualifizierte Rekruten verfügten, als jetzt gefordert würden, denn über die 20000 Überzähligen hinaus könne der Rest der neu einzustellenden nur aus 5000 mit Erniedrigung des Mindestmaßes und 35000 Bedingtauglichen genommen werden.

Der bisherige Verlauf der Verhandlungen der Militär-Kommission rief den Eindruck hervor, daß man sich dabei im Kreise zweckloser hochpolitischer und sonstiger Erörterungen allgemeinsten Art herumdrehe, ohne weiter zu kommen. Im übrigen aber boten sie während ihrer nun wiederum eintretenden Pause der gesamten Presse aufs neue reichliche Nahrung zur fortgesetzten Besprechung der großen Frage. Unter Hintansetzung aller anderen Angelegenheiten wurden die vernommenen Aussprüche in allen Parteilagern mit großer Breite behandelt, und dies wiederholte sich mit neuem Anlaufe fast nach jeder der folgenden Kommissionsitzungen; jedoch nahm, je länger diese

sich hinzogen, der Eifer in der Kritisierung sichtlich ab, ja es begann sich eine gewisse Ungeduld über die Verzögerung der Entscheidung zu zeigen. Bemerkenswert erschienen gewisse neue Regungen in der freisinnigen Partei, die dahin zu zielen schienen, trotz der Opposition des Parteiführers Richter der Regierung entgegenzukommen. Ein Organ der Gemäßigten dieser Richtung, die „Weser-Ztg.“, redete wiederholt der Verständigung das Wort. Man sehe immer mehr ein, hieß es hier, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit der Militärvorlage von allen mit der Weltlage näher vertrauten Personen geteilt werde. Viel besprochen wurde die von Lieber in der Kommission aufgeworfene Frage, ob man etwa in Bayern eine Stimmung, wie zur Zeit als dieses unter Habsburg stand, erzeugen wolle, und die sich damals ausgesprochen habe in dem Satze: „Lieber bayerisch sterben als kaiserlich verderben!“ Dieses Zitat wurde vielseitig als höchst verfehlt bezeichnet, da sich der Ausspruch gegen habsburgische Pläne auf Bayerns Einverleibung in Oesterreich gerichtet habe; andere meinten, deutsche Männer von der Nordsee bis zu den bayerischen Alpen müßten Herrn Lieber entgegenrufen: „Lieber kaiserlich sterben als vaterlandslos verderben!“ und sogar der bekannte bayerische Partikularist Dr. Sigl fragte in seinem Münchener „Vaterland“, wo denn in Bayern Lieber eine so tolle Strömung entdeckt habe; so verrückt sei doch der rabiateste Reichs- und Preußenfeind in Bayern nicht, „daß ihm, selbst bei der zwölften Maß, der Gedanke käme, Bayern vom Reich losreißen zu wollen.“

In der fünften Sitzung der Militär-Kommission trat zunächst der Generalmajor v. Gofler der Behauptung Hinzes entgegen, daß mit unserm Erfaze schon zu tief in die Brauchbaren gegriffen sei; der Erfazbedarf von 60 000 Mann wäre vielmehr voll vorhanden, die kleinen körperlichen Fehler hinderten nicht am Dienst und das Heruntergehen mit dem Maß auf 1,57 m sei unbedenklich, weil darunter noch sehr kräftige Leute vorhanden wären. Sodann führte Payer (Volksp.) aus, es liege kein Anlaß vor, über die zweijährige Dienstzeit im Rahmen der gegenwärtigen Präsenz hinauszugehen; die Diplomatie werde schon für Erhaltung des Dreibundes sorgen, sodas wir im Kriegsfall keineswegs von Feinden rings umgeben sein würden; die Stimmung der Bevölkerung, besonders in Süddeutschland, richte sich zweifellos gegen die Vorlage und ihre Kosten; in Württemberg

und anderen Staaten fänden ohnehin schon Steuererhöhungen statt, diese würden sich aber noch mehr steigern, wenn das Reich seine Anforderungen erhöhe. Auch diesen Ausführungen trat der Reichskanzler sofort entgegen. Die zweijährige Dienstzeit könne ohne Verstärkung der Friedenspräsenzstärke nicht eingeführt werden, weil sonst die Truppenteile nicht die nötige Ausbildung erhalten könnten, einen Schwächezustand im Winter zeigen und die Mobilmachung erschweren würden. Von einer ferneren Ausbildung der Ersatzreserve könne nicht die Rede sein, das Ausbildungspersonal klage am meisten über die dadurch auferlegten Lasten; weite Kreise des Volkes möchten immerhin verstimmt sein; die Regierungen aber würden glauben, ihre Schuldigkeit nicht zu thun, wenn sie solchen Verstimmungen nachgeben wollten, denn es handele sich um die Zukunft Deutschlands; allerdings werde der nächste Krieg kein Puppenspiel sein und er könne lange dauern; den starken Glauben an den Dreibund teile er, aber trotzdem würden wir in die Lage kommen können, mit überlegenen Kräften kämpfen zu müssen. Der Abg. Bebel (Soz.-Dem.) gab zu, daß der nächste Krieg ein europäischer sein werde und daß Deutschland sich dazu stärken müsse, dies könne aber nur durch ein Volksheer geschehen. Redner bezeichnete ferner die Einverleibung von Elsaß-Lothringen als einen großen Fehler und beschuldigte den Fürsten Bismarck, zur Zeit Boulangers den Krieg geschürt zu haben. Der Reichskanzler suchte hierauf nachzuweisen, daß die von Bebel als Muster angeführte Schweiz auf den Kopf mehr für das Militär zahle als Deutschland, und behauptete, mit Milizheeren könne eine Offensive nicht unternommen werden.

Die Behauptung der militärischen Autoritäten, daß das beabsichtigte neue Rekrutenmaterial dem bisherigen gleich wert sei, fand in der Presse fortgesetzt Widerspruch. Dagegen fanden die Hinweise, daß die Verhältnisse in Frankreich leicht zu einem Kriege gegen Deutschland führen könnten, selbst in Frankreich Glauben, der pariser „Soleil“ sagte sogar ganz ungeniert, schon sei die Rede davon, „die schmutzige Wäsche der Republik in Blut zu waschen.“ Zu den Äußerungen Caprivis vom 11. Januar in betreff Dänemarks glaubte die Londoner „Times“ Aufsehen erregende Erläuterungen bringen zu können. Die dänische Regierung, sagte das Blatt, habe trotz des langwierigen inneren Streites ununterbrochen ihre militärischen

Vorbereitungen nach einem Maßstabe fortgesetzt, der kaum allein durch die Notwendigkeit, die Neutralität des Landes zu schützen, begründet werden könne; die Spur zu dem wirklichen Zweck der außerordentlich ausgedehnten Kopenhagener Befestigungswerke werde man in den häufigen militärischen Missionen finden, die von Frankreich dahin gesandt worden, und in den zahlreichen Konferenzen französischer Offiziere mit dem Premier- und dem Kriegsminister Dänemarks. Unter dem Eindruck dieser Behauptungen gab unwillkürlich die Absage des Königs Christian zur Feier der Vermählung der Prinzessin Margarete in Berlin zu denken, wenngleich sie durch winterliche Verkehrsstörungen hinreichend begründet zu sein schien. In den viel beachteten „Hamburger Nachrichten“ wurde unermüdlich das Bestreben fortgesetzt, die für die Militärvorlage angeführten Gründe als bedeutungslos erscheinen zu lassen; die Gefahr kriegerischer Verwickelungen liege infolge der Interessen-Gegensätze Oesterreich-Ungarns zu Rußland ständig vor, und obwohl Oesterreich die Bedrohung Deutschlands mit einem Doppelkriege hervorrufe, müsse dieses die ungeheuren Kosten der Abwehr auf sich nehmen, während Oesterreich sich nach seiner Decke strecke; zu solchem Nachteile habe es geführt, daß Deutschland auf die stetige Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland verzichtet habe. Und ferner wurde in dem Bismarckschen Organe aufs neue „den Einsüchtungsversuchen“ entgegengetreten, welche mit Belfort für die Militärvorlage gemacht würden; die Gefahr, welche uns im letzten Kriege aus dem Belforter Winkel gedroht habe, sei jetzt, neben dem Besitz von Metz und Straßburg, durch die ausgedehnten Eisenbahnverbindungen vermindert, welche die Truppenansammlung nach Belfort hin wesentlich beschleunigten.

Nummehr hatte wiederum die Militär-Kommission das Wort. Richter erinnerte hier an eine Erklärung des früheren preussischen Kriegsministers v. Verdy aus dem Jahre 1890, wonach Deutschland sich in der Lage befinde, einen Krieg mit Frankreich allein ehrenvoll zu bestehen, und suchte ziffermäßig nachzuweisen, daß eine Übermacht der französischen Feldarmee gegenüber der deutschen nicht bestehe; die Moltkesche Denkschrift bezeichne die deutsche Rheinlinie als die stärkste Verteidigungslinie der Welt. Der Reichskanzler erwiderte, Richter habe die Äußerung v. Verdy's nicht richtig verstanden, und aus jener Äußerung Moltkes folge nicht, daß die Rheinlinie unüberschreitbar sei;

man müsse alle Kräfte aufbieten, die Überschreitung zu verhindern. Der Abg. Buhl (nat.-lib.) betonte, gegenüber dem obigen Ausspruche Liebers, die Reichstreue Bayerns, wollte aber der Vorlage nicht in vollem Umfange zustimmen.

Die Pause bis zur folgenden Sitzung war wieder mit Rundgebungen für die Vorlage ausgefüllt. Die Abgeordneten zum Provinzialausschuß der Rheinprovinz richteten am 26. Januar aus Düsseldorf an den Reichstag die Bitte, den Vorschlägen der Regierung möglichst zu entsprechen, und sie drückten die Erwartung aus, daß insbesondere die Vertreter der Rheinprovinz im Reichstage hierzu beitragen würden. Sodann nahmen einige Generale den Geburtstag des Kaisers zum Anlaß, die Notwendigkeit der Vorlage zu betonen: General Graf Waldersee sagte in seinem Trinkspruche bei der Feier in Altona, er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Widerstand gegen die Forderungen glücklich überwunden werde, die der Kaiser auf Grund reiflicher Abwägung aller Verhältnisse und des Rates erfahrener Männer einzig zur Erhaltung des Friedens gestellt habe. Der kommandierende General des 6. Armeekorps, v. Lewinski, äußerte in seinem Toast zu Breslau: „Dornenreich ist der Weg des Kaisers, und so groß auch seine Kraft, so eisern sein Wille ist, so bedarf er doch der werththätigen Unterstützung seines Volkes; wenn auch dem einen oder dem andern nicht alles recht ist, was geschieht, das alles muß zurücktreten, wenn es sich darum handelt, treu zum Kaiser zu stehen, um die hohen Ziele, die er sich vorgesetzt hat, der Vollendung entgegenzuführen.“ Am kräftigsten sprach sich der Gouverneur von Köln, General der Infanterie v. Schopp, in seinem Trinkspruche aus: „An unserm politischen Horizont ziehen sich die Wolken immer dichter und düster zusammen und in nicht ferner Zeit wird das Wetter ganz gewiß hereindbrechen; aber je ärger die Stürme brausen, desto mehr lehnt sich das deutsche Volk an seine Fürsten. Der Krieg kommt! Gebe Gott, daß er das deutsche Volk um seine Fürsten geschart findet! Wenn nicht, dann haben wir einen schönen Traum geträumt, dann ade, du schönes Land! Dann werden die Zeiten des 30jährigen Krieges wiederkehren, wo Gesittung und Kultur auf Jahrhunderte erschüttert werden.“ An diese Rede aktiver Generale schloß sich ein „Mahnwort in letzter Stunde“, das der General z. D. v. Leszczyński in der „Köln. Ztg.“ veröffentlichte. Er sagte u. a.:

„Heute sind wir noch so stark, daß wir die Freiheit der Bewegung haben, nach wenigen Jahren ist das aber nicht mehr der Fall; dies ist ein mathematisch sicheres Exempel, welches kein Sachverständiger anzweifeln kann.“ Daran knüpfte der General die Mitteilung der bis dahin noch nicht bekannten Tatsache, daß Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1887 nach seiner Rückkehr aus Rußland ihm gesagt habe: „Ich sehe schon, wir müssen uns anders organisieren; so lange ich lebe, wird es wohl gehen, mein Sohn mag es dann machen.“ Gegenüber diesen Aussprüchen ergriffen sofort wieder die „Hamb. Nachrichten“ das Wort, und zwar suchten sie den Eindruck abzuschwächen durch den abermaligen Hinweis auf diplomatische Geschicklichkeit, durch die der doppelseitige Krieg sehr wohl vermieden werden könne, wie auch auf die Rede des Kaisers zu Ehren des Herzogs von Edinburgh (S. 9), aus der hervorgehe, daß dem Dreibunde der maritime Beistand Englands nicht fehlen werde.

Zu demselben Ergebnis wie die Generale gelangte, von einem anderen Gesichtspunkte aus, der als nationalökonomischer Schriftsteller bekannte frühere österreichische Minister v. Schöffle in einem Aufsatze der „Deutschen Revue“ „über die Erschwinglichkeit des steigenden Militäraufwandes und die Kosten des nächsten Krieges.“ Er nahm an, daß dieser nicht rücksichtsvoller und nicht kürzer als der von 1870—71 sein und daß er mit Rücksicht auf die ins Feld geführten Heeresmassen zusammen 20 bis 25 Milliarden, beim Hinzukommen einer Sozialrevolution leicht mehr als 30 Milliarden kosten, mithin eine jährliche Steuererhöhung von 1000 bis 1200 Millionen im Gefolge haben werde; der von den deutschen Regierungen jetzt verlangte Mehraufwand von etwa 60 Millionen sei erschwingbar teils durch „Selbstentwicklung“ der indirekten Steuern, teils durch stärkere Anspannung des Gebührensystems in Staat und Gemeinde. Durch die Folgen vernachlässigter Ausbildung der Wehrkraft würden dem deutschen Volke die Augen darüber aufgehen, wie unendlich viel billiger es durch Genehmigung der Militärvorlage davon gekommen wäre. Gegen diese Auseinandersetzungen v. Schöffles regte sich der Verdacht, daß er im Interesse Österreichs rede, und gegen die politischen Reden der Generale vernahm man wohl, sie möchten unterlassen, mit dem Säbel zu rasseln, da Graf Caprivi sich bereits dagegen ausgesprochen habe.

Die Militär-Kommission führte endlich am 28. Januar die allgemeine Beratung der Vorlage zu Ende. Es handelte sich in dieser Sitzung um Widerlegung militär-statistischer Angaben freisinniger Redner durch Bevollmächtigte des preussischen Kriegsministers; dann gab der Reichskanzler nochmals die Versicherung ab, die Vorlage beruhe durchaus nicht auf einer augenblicklich drohenden, sondern auf einer dauernd möglichen Gefahr; auch Fürst Bismarck habe trotz 17jähriger Bemühungen, die Schwierigkeiten der geographischen Lage und der geschichtlichen Vergangenheit Deutschlands durch seine äußere Politik zu überwinden, bis zuletzt eine Vermehrung der Heeresstärke fordern müssen. Als Hauptgegner ließ sich nochmals der Abg. Lieber, anscheinend namens der ganzen Zentrumsparthei, vernehmen. Er meinte, die unabsehbare militärische Entwicklungsfähigkeit Rußlands lasse erwarten, daß binnen kurzem auch die vollständige Durchführung der jetzigen Vorlage nicht mehr ausreichen werde; dagegen bilde das gemeinsame Angebot der freisinnigen, der Volks- und der Zentrumsparthei das Höchste, was jemals die Volksvertretung gemacht habe. Der Reichskanzler wies zum Schluß darauf hin, daß ein Friedensbündnis der europäischen Staaten leider so lange nicht möglich sein werde, als Frankreich widerstrebe; eine weitere Annäherung der europäischen Völker werde aber schon durch die ökonomischen Verhältnisse in den nächsten Jahrzehnten herbeigeführt werden. Bevor die Kommission zur Beratung der Einzelheiten der Vorlage überging, setzte sie am 31. Januar zur Klarstellung der finanzpolitischen Seite derselben einen Unterausschuß ein, nachdem der Abg. Richter ein sehr trübes Bild der finanziellen Verhältnisse geliefert hatte, wie sie sich durch Vermehrung der Ausgaben und Verminderung der Einnahmen infolge der Vorlage gestalten würden.

Um diese Zeit tauchten wiederum Versuche auf, auswärtige Beziehungen mit dem Stande der Militärfrage in Verbindung zu bringen. Eine Nachricht, wonach General v. Loë nach Rom gesandt sei, um den Papst zur Einwirkung auf die Zentrumsparthei zu bestimmen, wurde alsbald halbamtlich in Abrede gestellt; nach dem „Moniteur de Rome“ bedurfte es auch dessen nicht, weil es scheine, daß die Zentrumsparthei bereits infolge einer Anregung des Papstes ihren Mitgliedern eine gewisse Freiheit des Handelns zugestehen werde. Dieser Angabe trat jedoch die deutsch-katholische Presse entschieden

entgegen. Mehr Gewicht glaubte man auf den vom Kaiser am 26. Januar bei Anwesenheit des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland auf den Zaren ausgebrachten Trinkspruch, auf die ganze höchst zuvorkommende Aufnahme des Zarewitsch in Berlin und auf eine am 25. Januar stattgehabte lange Unterredung des Kaisers mit ihm legen zu dürfen. Die Bedeutung dieser Vorgänge trat am meisten in der französischen Presse hervor, die sichtlich betroffen war und recht wohl herausfand, daß des Kaisers Betonung der altbewährten monarchischen Überlieferungen des Zaren sich im direktesten Gegensatz zu ihrer Republik zeige, deren Unzuverlässigkeit gerade jüngst an den Tag getreten zu sein schien. Es liege, meinten die Franzosen, in dem kaiserlichen Trinkspruche ausgedrückt: Indem Du Dich der französischen Republik nährst, bringst Du Deiner eigenen Sache Nachteil, verkehrst mit einer Regierung, deren Grundsätze eine Bedrohung für uns sind. Dann aber tröstete sich die französische Presse auch rasch wieder mit der durch jenen Vorgang wohl schwerlich behinderten Verabscheuung des deutschen seitens des russischen Volkes. In der That stimmten diesen Ton die panslawistischen Blätter an. Die russischen Selbstherrscher, so klang es von dorthier, trügen vor allem die Fahne ihres eigenen Volkes hoch, die Gruppierung der Staatenbündnisse sei eine wechselnde und der Dreibund sei durch die Rede des Kaisers nicht in Trümmer gegangen. Es sprachen sich jedoch einige russische Blätter in anderem Sinne aus. Die „Petersburgskija Wedomosti“ z. B. rühmte, der deutsche Kaiser ziehe jetzt das Fazit zwölfjähriger Ereignisse, „ein entschlossener Schritt, der in Worten zu Tage trat, die nicht vergessen werden sollen und die sicher einen unbestrittenen und glänzenden Triumph der russischen Politik verkünden.“ Unter diesen Eindrücken vernahm man in der deutschen Presse vereinzelte Aussprüche der Hoffnung auf gänzliche Zurückziehung der Militärvorlage, da wir ja Frankreich allein gegenüber stark genug seien.

Hatten auch die allgemeinen Verhandlungen der Militärkommission durch ihre lange Dauer eine gewisse Ermüdung hervorgerufen, so begann doch außerhalb, im Publikum, das Wogenspiel für und wider bald mit aller Lebendigkeit aufs neue einzusetzen und gewährte ein buntes Bild von Ansichten, Hoffnungen, Befürchtungen, Kombinationen und auch von Phantasieen. Je weniger noch Neues vor-

gebracht werden konnte, um so mehr steigerte sich die Eindringlichkeit im Geltendmachen der Standpunkte und zogen sich die Erörterungen auf allgemeinere und höhere Gesichtspunkte oder auch auf ganz andere Fragen zurück. In der freisinnigen Partei tauchten neue, diesmal offene Anzeichen einer Meinungsverschiedenheit in der Militärfrage auf; während Richters „Freisinnige Ztg.“ immer mehr auf Auflösung des Reichstags drängte, gab dessen Parteigenosse Barth in seiner „Nation“ dem Reichskanzler den Wink, er möge, wenn er die öffentliche Meinung allmählich für seine Forderungen gewinnen zu können glaube, die Partie remis geben, wozu sich leicht eine Handhabe finden lasse, denn Biegen oder Brechen sei in der Politik nur selten am Platze. Dieser Ansicht schloß sich die freisinnige „Danziger Ztg.“ an. Gleichzeitig wurde der Wunsch nach Verhütung einer Krisis vom „Westfäl. Merkur“, dem Organ der konservativen Richtung der Zentrumsparthei, geltend gemacht. Das Blatt setzte der Regierung auseinander, daß sie gradezu die konservative Partei zerstören würde, falls sie bei den jetzt innerhalb derselben herrschenden chaotischen Zuständen Neuwahlen herbeiführe. Eine Bereitwilligkeit, den Wünschen der Konservativen und Ultramontanen in betreff eines Volksschulgesetzes unter den obwaltenden Umständen entgegenzukommen, schien der „Allgemeinen Ztg.“ glaublich, das Blatt meinte jedoch, die Zustimmung vom Staatsministerium und Landtag in Preußen würden nicht zu erlangen sein. In einer vom „Neuen Wahlverein“ am 9. Februar veranstalteten großen Versammlung in Breslau schilderte der Generalleutnant a. D. v. Boguslawski die schweren Folgen der bevorstehenden Entscheidung und die Gründe, aus welchen schon seit Mitte der 1870er Jahre eine Anzahl von Offizieren die jetzigen Reformvorschläge dem Ansturm der französischen Macht gegenüber für nötig gehalten habe. Der Kölner Verband des Kriegervereins glaubte sich mit der Bitte um Zustimmung zur Militärvorlage ausnahmsweise und unter Hinweisung auf das bittere Gefühl, welches die drei Jahre Dienenden gegenüber den Bevorzugten zu überkommen pflege, an den Reichstag wenden zu dürfen. Vielfach wurde von den wohlwollendsten Seiten die von v. Bennigsen vorgeschlagene gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit als das Mittel bezeichnet, in weiten Kreisen den Wert der Vorlage besser erkennen zu lassen. Große Versamm-

Lungen hervorragender Männer sprachen sich am 15. Februar in Görlitz und in Berlin für die Vorlage aus, letztere unter dem Eindruck von Reden des Generals v. Boguslawski und des Professor A. Wagner. Bald folgten ähnliche Versammlungen in Halle, Essen und Elberfeld, die den Fall der Vorlage als nationales Unglück ansahen. Sodann ergriff abermals v. d. Goltz Pascha in der „Köln. Ztg.“ das Wort, um darzulegen, die Annahme der Vorlage bedeute die Erhaltung des Friedens.

In dieser Lage, wo die Augen allgemein nur der großen Militärfrage zugewandt zu sein schienen, begann mit einer gewissen Plötzlichkeit das landwirtschaftliche Element in nicht gekannter Weise sich auf politischem Boden einzufinden und durch die Neuheit seiner Erscheinung wie durch die Frische, ja Verbtheit seines Auftretens große Aufmerksamkeit und spannendes Interesse zu erregen. Die Klagen über Zurücksetzung der Landwirtschaft im Staatsleben und über einen gewissen Notstand derselben waren keineswegs neu, sie hatten sich vielmehr seit dem Zustandekommen der Handelsverträge mit Oesterreich, Italien und der Schweiz erheblich vermehrt und in den Parlamenten mehrfach beredten Ausdruck gefunden; diese Forderungen hatten jedoch nicht so rasch und so ausreichend Geltung errungen, wie die Landwirte wünschten. Dazu kam jetzt die neue Beforgnis, daß die seit einiger Zeit zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland geführten Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu einem Abschlusse führen könnten, der für russisches Getreide den gleichen Zoll in Anwendung bringe wie für österreichisch-ungarisches und amerikanisches Getreide. Dies brachte in Nord- und Süddeutschland eine starke Bewegung der Landwirte zum Ausbruch. Mit Vorschlägen zur praktischen Geltendmachung ihrer Forderungen waren hervorragende Landwirte im Januar hervorgetreten. Ein in der „Landwirtschaftlichen Tierzucht“ erscheinener Aufruf zu Bildung eines großen, ganz Deutschland umfassenden konservativen Wahlvereines behufs Wahrung landwirtschaftlicher Interessen hatte weithin Anklang gefunden. Infolgedessen wies der Führer des „Bauernbundes“, v. Floetz in Döllingen bei Elsterwerda, in einem Flugblatte darauf hin, wie schlimm es mit der Landwirtschaft stehen müsse, wenn jener Aufruf zur energischen Opposition gegen die Regierung so stürmischen Wiederhall finde, zugleich aber mahnte er, nicht zu vergessen, daß der

deutsche Landwirt die treueste Stütze für Thron und Vaterland bilde; daran knüpfte Herr v. Ploetz ausführliche Vorschläge zur Verwirklichung eines allgemeinen deutschen Bauernbundes behufs rückichtsloser Einwirkung auf die Wahlen zu den Parlamenten. Den ersten Schritt hierzu unternahm der Pächter Ruprecht zu Kaufern im Regierungsbezirk Breslau mittelst eines großen Anklang findenden Flugblattes, in dem er sagte: „Wir müssen schreien, daß es das ganze deutsche Volk hört, wir müssen schreien, daß es bis in die Parlamentssäle und Ministerien dringt und bis an die Stufen des Thrones vernommen wird“, und damit das Schreien beachtet werde, schlug er allen deutschen Landwirten vor, am 18. Februar in Berlin zu erscheinen. Auf wie empfänglichen Boden diese Anregungen fielen, zeigte sich bald in einer Reihe größerer landwirtschaftlicher Versammlungen. Das „Landwirtschaftliche Kränzchen für Unterfranken“ erklärte am 10. Februar, es sei ein vaterlandsloses Beginnen, den russischen Feind mit deutschem Gelde wehrfähig zu machen. Auf Versammlungen in Nafel und Bromberg wurden am 11. Februar eifrige, aber vergebliche Versuche gemacht, diese Bewegung in lediglich konservatives Interesse zu ziehen; am 13. und 14. Februar fand diese Bewegung im preussischen Abgeordnetenhaus und im Reichstage ihr erstes Echo, und nicht unerhebliche Ermunterung wurde ihr am 16. Februar in den „Hamburger Nachrichten“ zu teil, die es für zweifellos hielten, daß die Regierung leichten Herzens die Zölle gegen Rußland opfern und dafür ganz minderwertige Vorteile eintauschen werde, und die es vollaus anerkannten, daß die Landwirtschaft sich in der That in einem bedenklichen Notstande befinde, Interessenvertretungen durchaus nicht zu verwerfen seien und allerdings ein starker Druck nötig sei, um die Bureaukratie von ihrer Voreingenommenheit gegen die Landwirtschaft abzubringen. Aus allen Theilen Deutschlands strömten nun in Berlin die Landwirte zusammen. Da es ihrer 7000 waren, so konnte in den Sälen der Tivolibrauerei nur in zwei aufeinander folgenden Versammlungen getagt werden. Herr v. Ploetz eröffnete sie mit der Erklärung, die Landwirte seien in der Treue zu Kaiser und Vaterland ebenso einig wie in dem Entschlusse, kundzugeben, daß es so nicht weiter gehen könne; stürmisch verlange diese Bewegung einen Verein, der sich von jedem Fraktionszwange freihalte; Opferwilligkeit und Einigkeit möge die

Parole bleiben, offen und schneidig das Vorgehen sein. Der Beifall, mit dem diese Ansprache aufgenommen wurde, steigerte sich stürmisch bei Erwähnung des Fürsten Bismarck, als des Beschützers der deutschen Arbeit. Dann gab Ruprecht aus Ransern der Erbitterung über die Lage starken Ausdruck und bezeichnete als Gegner der Landwirtschaft die Freisinnigen, die Juden, „das Großstädter-, das Spekulanten- und das Börsenjobbertum.“ Dr. v. Frege sprach vom „Kampf gegen Knechte des goldenen Kalbes“, v. Lutz aus Bayern versicherte, der deutsche Bauer sei zwar willig im Ertragen von Nachteilen, ruhe aber nicht eher, bis ihm sein Recht werde; v. Thüngen-Rosbach sagte, das ewige Leisetreten und Rücksichtnehmen müsse aufhören, Streberei und Schmeichelei müßten der Bewegung fern bleiben, ein Rückgrat müsse man auch nach oben hin zeigen, lange genug seien die Landwirte Amboß gewesen, endlich wollten sie auch mal Hammer sein, einmütig wollten sie vor Volk und Regierung erklären, daß sie auf dem Plan seien, wenn es gelte, sich nicht das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Darauf wurde die Gründung eines Bundes beschlossen, um „alle landwirtschaftlichen Interessen, ohne Rücksicht auf politische Parteilichkeit und Größe des Besitzes, zur Wahrung des der Landwirtschaft gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzuschließen und ihr eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu verschaffen.“ Unmittelbar hierauf, am 20. Februar, trat in Berlin der bisherige Bauernbund zusammen und mahnte von jedem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland ab, bei dem die Landwirtschaft bluten müsse. Die hier gehaltenen Reden waren von demselben Geiste und derben Tone, wie die vom 18. Februar; die Landwirtschaft wurde auch hier als die festeste Stütze für Thron und Altar, für den festen Damm gegen die zersetzenden Mächte, die hegenden Zeitungsschreiber aber für sehr gefährlich und der Antisemitismus für eine zu pflegende Erscheinung erklärt.

Als dritter der drei Horatier, wie ein landwirtschaftlicher Redner sich ausdrückte, trat am 21. Februar unter Leitung des Grafen Mirbach die Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer“ gegen Schädigung durch einen Handelsvertrag mit Rußland auf. Die Bedeutung aller dieser Kundgebungen der Landwirte vermochten die politischen Parteien nicht zu leugnen,

insbesondere war nicht zu verkennen, daß die Sache der Militärvorlage durch die Landwirte unterstützt werden würde. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ hielt es für natürlich, daß der neue Bund ein politischer Faktor werde, und hoffte, daß er Einfluß erringe; die „Kreuz-Ztg.“ zeigte sich befriedigt darüber, daß die Landwirte nicht „Kadaubröder“ seien; die „National-Ztg.“ wies nach, daß eine Reihe von Konserativen an den von den Landwirten angefeindeten Handelsverträgen mitgewirkt hätten, katholische Blätter aber legten Besorgnis an den Tag vor einem Einfall der Landwirte in die Wahlkreise der Zentrumsparthei. Die freisinnige Presse sprach sich feindselig gegen das neue Element aus; sie schilderte „das behagliche Aussehen der notleidenden Landwirte“ und sprach von ihrem Sektverbrauch in den öffentlichen Lokalen Berlins, vom Fachverein der Brotverteurer und von einem agrarischen Staat im Staate. Die ganze landwirtschaftliche Aufwallung schloß damit, daß eine Abordnung der Vereine aus den östlichen Provinzen am 22. Februar vom Kaiser empfangen wurde zur Überreichung einer längeren Denkschrift mit der Schilderung aller Beschwerden der Landwirtschaft.

Der Kaiser hatte am 3. Februar zu Rauden in Schlesien dem verstorbenen Herzoge Viktor von Ratibor die letzte Ehre erwiesen, folgenden Tags den Generaloberst v. Pape beim Festmahl zu seinem Dienstjubiläum in einer Ansprache hoch geehrt, am 16. Februar den Marinerekruten in Wilhelmshaven nach ihrer Vereidigung die Pflichten, die sie fürs Vaterland übernommen, ans Herz gelegt; alsdann hatte er mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, der am 10. Februar bei der „Schaffer“-Mahlzeit in Bremen eine Rede zum Lobe des seemannischen Berufs gehalten hatte, einen Ausflug nach Helgoland unternommen, am 18. Februar die großherzogliche Familie in Oldenburg besucht und die dortige Garnison alarmiert. Nun empfing er die erwähnte Abordnung der Landwirte im Beisein des Ministerpräsidenten sowie des Ministers für Landwirtschaft und erwiderte auf die Ansprache des Rittergutsbesitzers v. Below-Saleske, wie sein unablässiges Streben auf das Wohl des Landes gerichtet sei, so wünsche und wolle er auch den Schwierigkeiten und Sorgen abhelfen, mit welchen die Landwirtschaft, zumal die in den östlichen Provinzen, zu kämpfen habe. Die hierzu einzuschlagenden Mittel und Wege seien mannigfach und

schwierig; dem Ziele näher zu kommen, werde, auch bei voller Hingabe der Regierung an die gestellte Aufgabe, nur nach längerer Zeit gelingen. Die vorgetragenen Wünsche sollten eingehend geprüft und möglichst berücksichtigt werden. Je mehr das Gedeihen der Landwirtschaft gefördert werden könne, um so größer werde seine Befriedigung sein, da sie und die ackerbautreibende Bevölkerung ihm am Herzen liege, denn in ihr erblicke er, wie er schon vor drei Jahren in Königsberg ausgesprochen habe, gleich seinen Vorfahren, eine Säule des Königtums, die zu erhalten und zu festigen ihm Freude bereite; zuversichtlich erwarte er, daß sie als solche in alter Treue sich stets bewähren werde.

Neben diesem agrarischen, beanspruchte noch ein anderes nicht reinpolitisches, das antisemitische Element immer größeren Raum in den öffentlichen Angelegenheiten. Zwar hatten sich im Januar einige Stimmen zur Befänstigung des Eifers gegen die Juden vernehmen lassen, den Fortschritt der Bewegung hatten sie aber nicht im geringsten aufzuhalten vermocht. Es erschien eine Schrift unter dem Titel „Schutzjuden oder Staatsbürger“, in der der jüdische Verfasser seinen Glaubensgenossen ernste Wahrheiten sagte und versicherte, der bessere Teil der deutschen Juden habe nichts mit den „Zurückgebliebenen, mit der unreellen Schar vaterlandsloser Geschäftsleute“ zu thun; diesen Elementen müßten die Juden zu fühlen geben, daß sie, neben den ehrlosen Volksverführern, die größte Schuld an der Ausbreitung des Antisemitismus trügen. In gleich versöhnlichem Sinne erließen am 14. Februar sämtliche jüdischen Rabbiner Deutschlands eine Erklärung über die Ethik des Judentums. Thaten konnten solchen Worten nicht gleich folgen und von einem sofortigen Ergreifen der dargebotenen Hand konnte nicht die Rede sein; gespannt konnte man nur sein, inwiefern die antisemitische Richtung etwa gewachsen sei, seit die konservative Partei sich im Dezember v. J. ihr zugewandt hatte. Mit allgemeinem Interesse wurde daher den Nachwahlen zum Reichstage in zwei Bezirken entgegen gesehen, in welchen die Antisemiten die größte Anstrengung zur Verdrängung der bisher hier herrschenden Parteien entfalteten. In beiden Wahlen unterlag das anstürmende Element: im Bezirke Stargard-Berent siegte, wie bisher, der polnische, und im Bezirke Liegnitz-Goldberg-Haynau der freisinnige Kandidat. Im übrigen begann eine

mehr demokratische und demagogische Art von Antijemitismus aufzukommen, an der die Konservativen wenig Geschmack fanden. Sie trat hervor am 20. Februar in einer Versammlung des „norddeutschen Agitationsverbandes der antifemitischen Parteien Deutschlands“ zu Berlin und am 24. Februar in stürmischen Kundgebungen zu Ehren des aus dem Gefängnis entlassenen Direktors a. D. Ahlwardt. Dieser Agitator wurde in feierlichem Zuge von Plözensee nach Berlin geleitet und in einer Versammlung von 3000 Personen mit Begeisterung begrüßt; einige Tage später gab er bei der Stiftungsfeier des Antifemitenbundes die Parole aus: „Wenn nicht mit der Regierung gegen das Judentum, dann ohne sie und eventuell gegen sie,“ worauf ihm ein Lorbeerkranz überreicht wurde. In einer anderen Versammlung predigte Ahlwardt die „rücksichtslose Bekämpfung der Juden bis zur Trennung beider Völker“. Nun aber begannen die Konservativen in demselben Wahlbezirke, in dem sie Ahlwardts Wahl in den Reichstag durchgesetzt hatten, sich wieder von ihm loszusagen, nachdem namentlich Herr v. Wedemeyer-Schönrade in einer Versammlung zu Friedeberg ihn als Raubfisch geschildert hatte, der alles Bestehende schlecht gemacht und die Leidenschaften des Volkes entfesselt habe. Besorgt um diese Wiederabstoßung des Mannes, an den sich ein Teil der Konservativen noch im Dezember v. J. herangedrängt hatte, suchte hierauf der Hofprediger a. D. Stöcker zu Berlin in einer Rede über die Gründe der Unzufriedenheit des Deutschen eine zu weitgehende Wiederabwendung der Konservativen vom Antifemitismus zu verhüten. Nichts, führte er aus, habe die Unzufriedenheit mehr groß gezogen, als „die Gleichgültigkeit der Regierung gegen die Überwucherung des Judentums“.

Diese Vorgänge im Parteileben in Verbindung mit den Verhandlungen der Militär-Kommission des Reichstags hatten sogar die Verhandlungen des Plenums des Reichstags und die des preussischen Abgeordnetenhauses in den Hintergrund geschoben. Was den Reichstag betrifft, so erweckten fast nur die ohnehin schon die Parteien stark bewegenden allgemeineren Fragen lebhafteres Interesse, die besonders bei der zweiten Beratung des Etats zur Sprache kamen. Barth sprach namens der Freisinnigen am 26. Januar den Wunsch aus, daß der mit den letzten Handelsverträgen beschrittene Weg auch ferner inne gehalten werden möge. Bacher (Zentr.) ließ sich am

28. Januar über den herrschenden Notstand aus und richtete dabei heftige Angriffe gegen die Sozialdemokraten. Diese hatten schon am 12. und 14. Januar mittels besonderen Antrags längere Verhandlungen über Maßregeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Herabsetzung der Löhne und Besserung der Verhältnisse der Bergarbeiter, hervorgerufen. Die nunmehrige Anregung derselben Fragen rief dreitägige, in allen Ländern mit großem Interesse aufgenommene Verhandlungen über die Bestrebungen der Sozialdemokratie im allgemeinen hervor. Das Ansinnen, eine Darstellung des Zukunftsstaats, wie diese ihn erstrebe, zu geben, wies Bebel mit dem Bemerkten ab, daß das Programm seiner Partei jetzt geläuterter sei als früher, und er behauptete, die Ablehnung der von ihm und Genossen im Reichstag gemachten Vorschläge habe seiner Partei großen Anhang verschafft, die heutige Regierung sei nur der Verwaltungsausschuß für die Interessen der besitzenden Klasse und die soziale Reform sei beim gegenwärtigen Zustande der bürgerlichen Gesellschaft eine absolute Notwendigkeit; sie werde nach dem unvermeidlichen Weltkriege untergehen. Richter dagegen bezeichnete den Militärstaat als gefährlicher als den sozialdemokratischen Zukunftsstaat; die mißliche Lage der Bevölkerung sei die Nachwirkung der Mißernte von 1891, die sozialdemokratischen Abgeordneten aber ließen den Kern ihrer Bestrebungen im Dunkeln und die logische Durchführung ihres erträumten Staats führe zu barbarischen Zuständen. Stöcker glaubte, daß die Sozialdemokratie offen ihren Bankerott erklärt habe und, ohne Ideale und Sittlichkeit, auf eine ungewisse Zeit vertröste. Dagegen hob Bebel hervor, die Bedeutung der Sozialdemokratie sei dadurch erwiesen, daß ohne sie nicht zu sozialen Reformen geschritten wäre. Liebknecht meinte schließlich, diese Verhandlungen bildeten nur eine Nebelwolke, hinter der in Rußland das Kompromißgeschäft über die Militärvorlage betrieben werde. Große Beschwerden wurden bei der Etatsberatung des Reichstags über die Handhabung der Vorschriften über die Sonntagsruhe und gegen das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vorgebracht. Als hierbei v. Manteuffel (konf.) gerade in den Tagen des agrarischen Ansturms auf den gestiegenen Mangel an ländlichen Arbeitern zu reden kam, nahm der Reichskanzler Veranlassung, sich über die landwirtschaftliche Frage auszusprechen. In den Leiden derselben erblickte er die Folge mehr

allgemeiner Verhältnisse; man habe es hier mit Naturgesetzen zu thun, deshalb möge man mit Klagen gegen die Regierungen vorsichtiger sein. Und als zahlreiche Redner die übermäßige Belastung der Landwirtschaft durch die Kranken-, Alters- und Unfallversicherung schilderten, bemerkte Graf Caprivi, die Sache liege nicht so einfach, mit Aufstellung von Thesen sei sehr wenig gewonnen und es lägen unendlich schwierige Fragen vor, die langsam reifen und langsam gelöst werden müßten. Bei der Statsberatung vom 28. Februar legte der Staatssekretär v. Marschall dar, wie die Regierung sich der deutschen Gläubiger Portugals angenommen habe; das nach Anlegung in ausländischen Werten sich drängende deutsche Kapital werde, so meinte er, den Verlauf dieser Sache sich zur Warnung dienen lassen. Die Anregung eines internationalen Schiedsgerichts durch Barth (freis.) erhielt eine erschöpfende Abweisung durch des Reichskanzlers Bemerkung, Deutschland würde sich einem schiedsrichterlichen Ausspruche für Herausgabe Elsaß-Lothringens nicht fügen. Eine Reihe starker Vorwürfe wurde am 3. März gegen die Reichspostverwaltung gerichtet, vom Staatssekretär v. Stephan jedoch, unter heftigem Tadel des Postassistenten-Verbandes, zurückgewiesen. Im Marineetat wurden 1½ Millionen Mark als erste Rate für den Bau des Panzerschiffs „Ersatz Preußen“ und ebensoviel als erste Rate für den Bau von zwei großen Trockendocks abgelehnt. Beim Heeresetat wurde wiederum auf die zugesagte Änderung der Militärstrafprozeßordnung gedrungen; ferner erfuhren die von Generalen an Kaisers-Geburtstag gehaltenen politischen Reden starken Tadel, und es wurde von Ahlwardt der Militärverwaltung vorgeworfen, bezüglich der Bewaffnung des Heeres gewissen Lieferanten gegenüber nicht mit der nötigen Vorsicht verfahren zu sein. Dieser Vorwurf wurde zwei Tage später vom preußischen Kriegsminister zurückgewiesen.

Das Abgeordnetenhaus des am 9. November 1892 eröffneten preußischen Landtags nahm am 9. Januar seine Sitzungen wieder auf und wandte sich zunächst dem Etat für 1893/94 zu, bei dessen Vorlegung der Minister Miquel am 12. Januar hervorhob, daß das unerfreuliche des mit einem Fehlbetrage von 58 600 000 Mk. schließenden Voranschlags eben ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bilde. Die wesentlichen Gründe für den Rückgang der Finanzverhältnisse seien vorübergehende, es gebe aber auch dauernde;

die schwankenden Einnahmen der Betriebsverwaltungen und die schwankenden Überweisungen vom Reiche wirkten für die schwierige Finanzlage mit. Nur allzuleicht gründe man auf hohe Einnahmen dauernde Ausgaben; Preußen und das Reich müßten dahin streben, diese schwankenden Verhältnisse auszugleichen. Bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums äußerte Arendt die Befürchtung, daß die Trennung des Amts des Reichskanzlers von dem des preußischen Ministerpräsidenten sich auf die Dauer nicht werde aufrecht erhalten lassen. Lebhaft wurde am 30. Januar die Nichtbestätigung freisinniger Männer in Kommunalämtern Ostpreußens beklagt, worauf der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg hervorhob, daß die Prüfung sich auch darauf zu erstrecken habe, ob der Betreffende das Amt auch mit der nötigen Befähigung und Unbefangtheit auszuüben im stande sei; das Vertrauen hierzu fehle jedoch gegenüber Männern, welche sich in Bezug auf ihre Parteauffassung in den lebhaften Kampf der Parteien mit Leidenschaftlichkeit hineinarbeiten. Bezüglich der allgemein interessanten Frage der Leichenverbrennung erklärte der Ministerpräsident auf Anfragen hin, die Sache sei nach dem Auftreten der Choleraepidemie im Staatsministerium wieder einer gründlichen Prüfung unterzogen. er habe sich aber für die fakultative Einführung nicht entscheiden können. Zum Kultusetat griff Träger (freis.) die Verfügung des Ministers Boffe an, wonach der Unterricht der Kinder von Dissidenten in der Religion nachgewiesen werden muß. Der Minister machte dagegen darauf aufmerksam, daß die Teilnahme jedes Kindes am Religionsunterrichte der Volksschule nur für den Fall vorgeschrieben sei, wenn nicht anderweitig für den Religionsunterricht gesorgt worden; eine atheistische Religion aber gebe es nicht, ein auf einer solchen beruhender Unterricht könne daher nicht als Ersatz des Volksschulunterrichts angesehen werden. Beschwerden, wonach in der Unterrichtsverwaltung Schwierigkeiten hinsichtlich der Parität des Katholizismus erhoben würden, wies der Minister Boffe am 14. Februar entschieden zurück. Dauzenberg (Zentr.) erhob Klagen gegen den Fortbestand des Altkatholikengesetzes, gegen die gesetzliche Bestimmung, wonach die priesterliche Ausbildung in Rom von staatlicher Dispensation abhängig ist, und gegen eine ungerechte Behandlung der Ordensniederlassungen seitens der unteren Instanzen.

Dagegen wies der Kultusminister darauf hin, daß der „Kulturkampf“ durch Friedensschluß beendet sei. Das Haus beschloß, die Regierung um Ermittlungen darüber zu ersuchen, ob und welche geistliche Stellen, zu deren Unterhaltung die Regierung rechtlich verpflichtet ist, den Inhabern ein standesgemäßes Einkommen gewähren. Zum Etat der Universitäten beklagte Porstch (Zentr.), daß diese Stätten der Gottlosigkeit und des Unglaubens seien und verlangte die Prüfung jedes solchen Lehrers auf seinen religiösen Glauben. Diese Ansichten und Zumuthungen wurden von verschiedenen Seiten zurückgewiesen. Beim Etat der Justizverwaltung wurde am 25. Januar die verlangte Vermehrung der Richterstellen für sobald als die Finanzlage es gestatte, zugesagt. Beim landwirtschaftlichen Etat gab der Minister v. Heyden die Erklärung ab, die Landwirtschaft sei keineswegs an den Rand des Abgrunds gebracht, und es sei übertrieben, wenn gesagt werde, ein Vertrag mit Rußland bedeute eine Abschachtung der Landwirtschaft. Der gesamte Etat wurde schließlich auf 1893213260 Mk. in Einnahme und Ausgabe und die zur Deckung des Fehlbetrags nötige Anleihe auf 57800000 Mk. festgestellt. Ferner kam ein Gesetz zu stande wegen Verwendung von 48165000 Mk. zur Erweiterung, Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes und eine Reihe kleinerer Gesetze. Die wichtigsten Gesetzentwürfe, betreffend die Fortsetzung der Steuerreform, kamen jedoch erst später zur Entscheidung.

Die Militär-Kommission des Reichstags nahm am 11. Februar ihre Beratungen wieder auf. Aus den in der Zwischenzeit ihrem Unterausschusse vom Reichsschatzamt vorgelegten Berechnungen über die Finanzlage des Reichs hatte sich die Grundlosigkeit der Vermutung herausgestellt, daß aus der beabsichtigten Heeresvermehrung größere Ausgaben erwachsen würden, als von den verbündeten Regierungen behauptet war. Nach einer hierüber auch in der Kommission selbst geführten Verhandlung endete der finanzielle Teil ihrer Erörterungen ebenso resultatlos wie der vorangegangene militär-politische Teil, und nunmehr, 83 Tage nach Einbringung der Vorlage, gelangte die Kommission erst zu ihrer eigentlichen, praktischen Aufgabe. Zum § 1 der Vorlage beantragte Rickert, die zweijährige Dienstpflicht für die Fußtruppen gesetzlich zu fixieren. Bebel erweiterte diesen Antrag für alle Truppen. Das Hauptgewicht lag auf einem Antrage

v. Bennigfens. Dieser hatte schon in der ersten Lesung vorgeschlagen, die fünfjährige Bewilligungsperiode und darüber hinaus auf so lange gesetzlich zu fixieren, als die jetzt festzustellende Friedenspräsenzzahl nicht vermindert wird. Dieser Vorschlag hatte damals keinen Anklang gefunden, zum Teil in Folge des Einwands, daß die neuen vierten Bataillone dauernd bestehen bleiben würden, auch wenn etwa mit der jetzt erhöht zu normierenden Präsenzstärke und der zweijährigen Dienstzeit die Voraussetzungen ihrer Errichtung wegfielen. Um diesem Einwande zu begegnen, stellte v. Bennigfens nunmehr den Antrag, daß die vierten Bataillone nur solange formiert werden sollten, als der aktive Dienst bei der Fahne für die Mannschaften der Fußtruppen auf zwei Jahre festgesetzt ist; außerdem unterschied der Antrag diese Bataillone als „unvollständige Ersatz-Bataillone“ von den wirklichen derart, daß ihre Bestimmung zur bloßen Aushilfe bei der Ausbildung im Frieden und zur Bereithaltung von Offizieren und Unteroffizieren für Kriegsformationen gesetzlich festgestellt werden sollte. Die eingehenden Verhandlungen der Kommission vom 14. bis 16. Februar endeten damit, daß der Antrag Bebel's gegen 4, der Rickert's gegen 9, der v. Bennigfens gegen 4 und § 1 der Vorlage gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde. Vor ihrem Übergange zum § 2 stellte die Kommission am 23. Februar fest, daß die Heeresverstärkung nach der Vorlage, außer den dafür in Ansatz gebrachten 64 Millionen Mk., eine Steigerung der Pensionslast bis zu 5 Millionen, bei Bewilligung der einmaligen Ausgaben 2400 000 Mk. Schuldzinsen, außerdem Mehrkosten durch Schaffung von Feldwaffendepots im Gefolge haben werde.

Nachdem durch den bisherigen Verlauf dieser Kommissionsverhandlungen Unzufriedenheit auch in Kreise eingezogen war, welche eine Verständigung über die Militärvorlage für patriotische Pflicht hielten, suchte am 1. März der Kaiser aus dem drückenden Gewirre von Unzufriedenheiten wieder durch ein offenes Wort die Gemüther zu höheren Gesichtspunkten zu erheben. Er hatte sich am 22. Februar mit der Kaiserin zum Besuche der großherzoglichen Familie nach Neu-Strelitz begeben. Dem freundlichen Empfange hier folgte ein Festmahl in dem bescheidenen Schlosse, das von dem idyllischen, mit uralten Bäumen bestandenen Parke umgeben ist, in dem ein Tempel mit der liegenden Figur der Königin Luise sich befindet. An

sie und an die mehrfache Verwandtschaft seiner Familie mit der preussischen Königsfamilie erinnerte der 74jährige Großherzog Friedrich Wilhelm in einer warmen Ansprache beim Mahle. Daran knüpfte er den Wunsch, die Vorsehung möge dem Kaiser Kraft verleihen, „das Recht zu wahren und wiederherzustellen, das Vaterland zu verteidigen und zu schützen.“ Möge es ihm, so schloß er, „nie an Männern fehlen, wie Blücher und Moltke, die geborene Mecklenburger waren.“ Der Kaiser gab seiner Antwort einen familiären Anstrich, indem er den Großherzog und seine Gemahlin als Onkel und Tante sowie mit „Ihr“ anredete, und gedachte, mit welch' warmer Verehrung sein kaiserlicher Großvater von der Königin Luise zu reden gepflegt. Nach Berlin zurückgekehrt, besuchte der Kaiser den Reichskanzler, um ihm zur Vollendung des 62. Lebensjahrs zu gratulieren und ihm einen Ehrensäbel zu verehren, auf dem sich unter einem die Züge des Kaisers wiedergebenden Reliefmedaillon die Worte eingraviert fanden: „Alle Zeit treu bereit für des Reiches Herrlichkeit.“

Folgenden Tags feierte der Kaiser den Grafen Caprivi in einem Toaste bei einem Diner des Staatssekretärs v. Boetticher. Am 26. Februar wohnte das Kaiserpaar der feierlichen Weihe der Gethsemanekirche in Berlin bei und am 1. März besuchte der Kaiser ein vom Oberpräsidenten von Achenbach im „Englischen Hofe“ zu Berlin für die Mitglieder des brandenburgischen Landtags veranstaltetes Mahl. Hier hielt er die oben berührte Rede, in der er sagte, das feste Vertrauen zum Landesvater und seinem Streben, das aus den Gefinnungen der Brandenburger spreche, sei für ihn und seine Räte der schönste Lohn für schwere Arbeit. „Es liebt,“ so fuhr der Kaiser fort, „die Jetztzeit, auf die Vergangenheit viel zurückzublicken, dieselbe mit dem augenblicklich Bestehenden zu vergleichen, zumeist zum Nachteil des Letztern. Wer auf eine so herrliche Vergangenheit rückblicken kann, wie wir es, Gott sei Dank, können, der thut sehr wohl daran, um daraus zu lernen. Das nennt man in einem monarchischen Staat die Tradition. Doch nicht dazu soll sie dienen, um sich in nutzlosen Klagen zu ergehen über Menschen und Dinge, die nicht mehr sind, vielmehr müssen wir uns in der Erinnerung wie in einem Quell erfrischen und, neugestählt aus ihm emporsteigend, zu lebensfrohem Thun und schaffensfreudiger Arbeit uns hinwenden. Denn würdig vor allem müssen wir uns unserer Ahnen und ihrer Leistungen

erweisen. Das können wir nur, wenn wir unbeirrt auf den Bahnen weiterwandeln, die sie uns vorgezeichnet. Die hehre Gestalt unseres großen dahingegangenen Kaisers Wilhelm ist stets uns gegenwärtig mit ihren gewaltigen Erfolgen. Woher kamen dieselben? Weil Mein Großvater den unerschütterlichsten Glauben an Seinen Ihm von Gott verliehenen Beruf hatte, welchen er mit unermüdlichem Pflichtesifer verband. Zu ihm stand die Mark, stand das ganze deutsche Vaterland. In diesen Traditionen, Meine Herren, bin Ich aufgewachsen und von ihm erzogen; denselben Glauben habe auch Ich. Mein höchster Lohn ist daher, Tag und Nacht für Mein Volk und sein Wohl zu arbeiten. Aber Ich verhehle Mir nicht, daß es Mir niemals gelingen kann, alle Glieder Meines Volkes gleichmäßig glücklich und zufrieden zu machen. Wohl aber hoffe Ich es dahin zu bringen, daß es Mir gelinge, einen Zustand zu schaffen, mit dem alle die zufrieden sein können, die zufrieden sein wollen. Daß dieser Wille in Meinem Volke sich täglich kräftige, ist Mein sehnlichster Wunsch; daß alle braven deutschen Männer und vor allen auch Meine Märker, Mir dabei behilflich sein mögen, das ist Meine Bitte; daß unser gesamtes deutsches Vaterland an Festigkeit nach innen und an Achtung und Respekt nach außen dadurch gewinnen möge, das ist Meine Hoffnung. Dann darf Ich getrost aussprechen: „Wir Deutschen fürchten Gott und nichts sonst in der Welt.“ Daraufhin leere Ich Mein Glas auf das Wohl Brandenburgs und unserer wackeren Märker!“ Allseitig wurde es sehr bemerkt und vielseitig mit Freuden begrüßt, daß der Monarch durch sympathische Anführung des bekannten Ausspruchs des Fürsten Bismarck zum erstenmale seit langer Zeit desselben wieder gedacht habe, und in Verbindung mit dem gegen frühere Reden milderen oder, wie auch wohl gesagt wurde, feltfam weichen, elegischen Ton der Ansprache diene diese mehrfach der Vermutung, daß der Kaiser mit Bedauern den Unterschied des sog. alten vom neuen Kurse anerkenne. Jedenfalls fand der lebensvolle Inhalt seiner Worte weithin ungetheilten Beifall.

Die große Frage, um die sich seit Monaten alles zu drehen schien, drängte nun immer mehr der Entscheidung zu. Ihre lange Verzögerung und die unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten einer Verständigung über das Einzelne hatten den Eindruck hervorgerufen, daß der ganze Reichstag überhaupt kein Herz für die Heeres=

vermehrung habe und die ihr zugeneigten Abgeordneten unmutig nichts dafür von diesem Reichstag erwarteten. Die Gegner fühlten sich durch diese Sachlage offenbar neugestärkt. Bei der am 3. März in der Kommission begonnenen Beratung des § 2 machten die Vertreter der Heeresverwaltung bezüglich der Nothwendigkeit und Struktur der vierten Bataillone Mittheilungen, die ihres Eindrucks nicht verfehlten. Vor allem trat der freisinnige Abgeordnete Hinz nunmehr grundsätzlich für diese Bataillone ein, insofgedessen sein Parteigenosse Richter bereits von einer „Komödie der Irrungen“ sprach. Der damit sich vertiefende Riß in dieser Partei fand jedoch insofern noch keine Förderung, als der Reichskanzler sich nicht in der Lage sah, entgegenzukommen; vielmehr gab er am 7. März die Erklärung ab, die Vorlage bilde ein durchdachtes Ganze, von dem etwas abzulassen die Vertreter der Regierungen schon formell nicht berechtigt seien, und der Vorschlag einer Nichtüberschreitung der gegenwärtigen Präsenzstärke sei unannehmbar; die Regierungen könnten nicht darauf eingehen, daß die Sicherung der Zukunft Deutschlands an den Mindestbietenden in Entreprise gegeben werde. Darauf wurden die 711 Infanterie-Bataillone, 494 Batterien und 21 Trainbataillone gegen die 9 Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und nationalliberalen Mitglieder abgelehnt. Hier glaubte man allgemein bereits den Beweis erblicken zu sollen, daß an ein Zustandekommen der Vorlage nicht zu denken sei. Indes wurden zu der am 16. März beginnenden zweiten Beratung der Kommission doch noch zwei Vorschläge behufs einer Verständigung unternommen. Die Zentrumsparthei machte durch den Abgeordneten Lieber den Vorschlag, die Friedenspräsenzstärke für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1898 auf 420031 Mann, also auf 72031 Mann weniger als die Vorlage zu setzen, und v. Bennigsen schlug vor 462000, mithin 30068 Mann weniger als die Vorlage, sowie in § 2 465 Eskadrons, 31 Feldartillerie- und 20 Pionierbataillone anstatt, wie die Vorlage wollte, 477 Eskadrons, 37 Feldartillerie- und 24 Pionierbataillone anzunehmen. In den Verhandlungen hierüber gab v. Hammerstein namens der Konservativen die Erklärung ab, auf dem Boden der zweijährigen Dienstzeit bilde die Vorlage das Minimum, der Vorschlag v. Bennigsen sei also unzureichend. Richter hielt diesen Vorschlag ebenfalls für unannehm-

bar, weil daraus eine Steuerbelastung bis zu 50 Millionen folgen würde; im übrigen meinte er, der Umstand, daß der Reichskanzler diesen Vorschlag ablehne, beleuchte die ganze politische Lage, denn es werde damit jedermann klar, daß mit dem gegenwärtigen Regimente in Militärsachen nicht zu paktieren sei und daß es sich vor allem darum handele, ob die Volksvertretung überhaupt noch Bedeutung haben solle. Der Reichskanzler erwiderte, er habe stets Rede und Antwort gestanden, ohne jedoch widerlegt zu sein, und setzte dem Vorwurfe des Militärdespotismus den der absolut negativen Opposition der Freisinnigen entgegen. Zum Schluß hielt v. Bennigsen eine die Lage scharf beleuchtende Rede. Er sagte, bei fernerhin mangelndem Entgegenkommen der Regierungen sei das Scheitern der Vorlage besiegelt; im Reiche bestche nicht, wie in den Einzelstaaten, eine die Rücksicht auf die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse garantierende Einrichtung und um so mehr könne nur zu leicht in den Köpfen eifriger Militärs das Notwendige sich mit dem Wünschenswerten vermischen; schon müßten in Preußen die notwendigsten Aufwendungen für kulturelle Aufgaben in geradezu beschämender Weise zurückgestellt werden; einer Auflösung des Reichstags werde aber ein wüstes Bild der Verwirrung und Verwilderung folgen; die Annäherung der Konservativen an die Vorlage sei gewachsen mit der Verringerung der Aussichten ihres Zustandekommens; fernere Unnachgiebigkeit der Regierungen werde die Sorge hervorrufen, „daß wir in Deutschland in ganz unabsehbare Konflikte hineintreiben,“ derart, daß es zweifelhaft sei, ob die Lebenden jemals gesicherte Zustände wieder sehen würden. Zum Schluß wies der Reichskanzler nochmals darauf hin, daß die Kosten keine entscheidende Rolle spielen dürften, weil es sich um das Vaterland handele. In der Abstimmung vom 18. März wurde der freisinnige Antrag auf verfassungsmäßige Einführung der zweijährigen Dienstzeit und der Antrag v. Bennigsens gegen 15, § 1 der Vorlage gegen 6, Liebers Antrag gegen 8 und ein Antrag Richters auf Innehaltung der Friedenspräsenzstärke gegen 4 Stimmen abgelehnt. Damit war die lange Arbeit der Kommission beendet und der Stand der Sache derselbe wie am Anfange des Jahres.

Die Zwischenzeit bis zur zweiten Beratung der Militärvorlage im Reichstag selbst war mit einem sehr bunten Durcheinanderschwirren

der verschiedensten öffentlichen Rundgebungen angefüllt. Mehrere besondere Schriften, worunter eine des Prof. v. Gneist, sowie eine Reihe von Versammlungen sprachen sich in dringendem Tone für Gewährung des Nötigen, für nochmalige Verständigungsversuche und für Vermeidung einer Auflösung des Reichstags aus; dagegen traten katholische Versammlungen, worunter namentlich eine am Ostermontag den 3. April vom Abg. Lieber in Aschaffenburg abgehaltene, und bayerisch-konservative Versammlungen, voran eine in Nürnberg am 3. April, für ein fortgesetzt unerbittliches Nein! auf. In der Presse entstanden aufs neue militär-politische Fehden; Persönlichkeiten wie der Generalleutnant a. D. v. Heydebreck in Stettin und der frühere preussische Kriegsminister v. Kamake ließen sich unbedingt zuratend vernehmen; daneben erklangen besorgte und frohlockende Stimmen bezüglich der unter den obwaltenden unklaren Verhältnissen gestiegenen Aussichten des Antisemitismus sowie des Agrariertums, auch Anspielungen auf einen nun wohl kommenden Staatsstreich, und die ganze politische Luft erfüllte sich mit neuen Warnungen, Hoffnungen, Gerüchten sowie einem Meere von Zahlen über Militär und Kosten bei uns und in allen möglichen Ländern.

Während dem weilte Fürst Bismarck friedlich auf seinem Landsitze und ließ sich weit seltener als bisher über politische Dinge vernehmen. Bei seinem Empfang von Abordnungen trat mehr das einfache Menschliche, eine gemüthliche Befriedigung über sein erfolgreiches Wirken wie über seine jetzige behagliche Ruhe hervor. Den ihn besuchenden Wandsbeckern sprach er seine Freude über die Anerkennung aus, daß er doch ein so übler Mensch nicht sei, wie seine Feinde ihn schilderten. Dabei zeigte er sich fortgesetzt ernst bedacht, falsche über seine Vergangenheit verbreitete Nachrichten berichtigen zu lassen. Sein 78. Geburtstag wurde am 1. April zwar nicht in dem Umfange wie im vorigen Jahre, aber doch in einer großen Zahl von Städten, am glänzendsten in Stuttgart, Frankfurt a. M., Elberfeld, auch in der ganzen Rheinpfalz mit Begeisterung gefeiert. Er selbst hielt an diesem Tage eine längere Ansprache an 1500 Schleswig-Holsteiner, die ihn in Friedrichsruhe begrüßten.

Doch nur für einen Augenblick leuchtete dieses friedliche Bild aus dem Parteiengewoge hervor. Mit der steigenden Aussicht auf Neuwahlen zum Reichstage mehrten sich bereits Vorbereitungen dazu.

Die sozialdemokratischen Führer sorgten bereits im Stillen für Bezeichnung von Kandidaten in möglichst vielen Bezirken; mit Lärm dagegen trugen die vereinigten Landwirte ihre Sorgen bezüglich der Neuwahlen zur Schau. Ihre im Februar begonnene Bewegung hatte bereits große Ausdehnung erfahren, namentlich hatte sie in Süddeutschland eine gleiche Bewegung, jedoch nicht immer im Anschluß an die norddeutsche, zur Folge gehabt. Die Württemberger schlossen sich am 13. Februar, eine Versammlung von 5000 Landwirten in Mainz schloß sich am 24. März dem „Bunde der Landwirte“ an. Vom Fels zum Meer, hieß es hier, wollen wir Bauern alle Brüder sein und geeint, sind wir ein Riese an urwüchziger Kraft. Eine größere Zahl landwirtschaftlicher Provinzialversammlungen in Preußen sprach sich ebenfalls für Anschluß aus; dagegen lehnten die unter katholischer Führung stehenden Bauernvereine im Großherzogtum Hessen, in Schlesien, am Rhein, in Nassau, Sachsen und Posen den Anschluß ab; die niederbayerischen Landwirte gründeten am 10. April in Straubing einen besonderen Bund, ein fränkischer war schon früher gegründet. Die schwäbischen Landwirte sprachen sich am 4. April in Augsburg gegen, Stadt und Land Danzig für den Handelsvertrag mit Rußland aus; der Ausschuß des deutschen Handelstags wies auf die andauernde Gemeinsamkeit der Interessen von Industrie und Landwirtschaft hin; die „Deutsche Wirtschaftspartei“ erließ im Anfange des April einen Aufruf derselben Richtung und in Leipzig bildete sich am 9. April ein „Teutoburger Verein“ von Vertretern des gewerblichen Mittelstandes zur gegenseitigen Unterstützung der kaufmännischen und gewerblichen Schutzvereine.

Wie noch in allen bisherigen Stadien der Militärvorlage, so lebten beim Herannahen ihrer Entscheidung in den gemäßigten Parteien die Besorgnisse wieder ziemlich stark auf, von welchen sie im vorigen Jahre während und nach der Frage des preußischen Volksschulgesetzes ergriffen waren. Es schien ihnen eben sehr nahe zu liegen, daß die Regierungen, um eine Sache unter allen Umständen auf verfassungsmäßigem Wege durchzusetzen, schließlich nicht verschmähen zu dürfen glaubten, mit einer nun einmal ausschlaggebenden Mehrheit zu paktieren; in den „Preußischen Jahrbüchern“ wurde sogar ausgeführt, ein Pakt mit dem Zentrum sei der einfachste Weg für

die Militärfrage, und da sich das Centrum ein großes Verdienst erwerben sollte, so habe es auch „das Recht, einen großen Preis, d. h. eine wesentliche Ausgestaltung des Staats in der Richtung seiner Ideen zu fordern“. Die Besorgnis hatte sich zumeist gegen die vom Centrum im Reichstag wiederum beantragte Aufhebung des Gesetzes von 1872 gegen die Jesuiten gerichtet. Wie in den zahlreichen vorjährigen Versammlungen der Centrumspartei, so wurden auch jetzt in solchen, namentlich in der Versammlung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ in Münster am 5. Februar, die Forderungen der Katholiken auf kirchenpolitischem Gebiete vom Abg. Dr. Porzsch aufgestellt. Zwar sehe man, so führte er aus, jetzt nicht mehr parlamentarische Schlachten um die Freiheit der katholischen Kirche, aber die Feinde suchten diese „auf den Schleichwegen eines stillen Kampfes zu treffen“; noch bestehe ein Rest von Kulturkampfgesetzen, der sich mal unendlich schwer fühlbar machen könne. Unter jubelndem Beifall der Versammlung verlangte der Redner die Zurückberufung der Jesuiten und dann berührte er den Kampf auf dem Gebiete der Schule unter dem Hinweis, daß das Zedlitzsche Schulgesetz zu gunsten einer lärmenden Minderheit und im Geheimen wirkenden Kräfte gefallen sei. Durch diese und ähnliche Kundgebungen veranlaßt, liefen aus vielen und den verschiedensten Gegenden Deutschlands beim Reichstag Gesuche gegen den Jesuitenantrag ein, allein aus Württemberg kamen 1000 Petitionen mit 146 000 Unterschriften. In feierlicher Weise wurde der Einspruch erhoben von 1500 evangelischen Männern, die am 20. Februar zu diesem Zwecke in Barmen zusammenkamen. Sie brachten „in dankbarer Erinnerung an das zu Wittenberg mit den evangelischen Fürsten und freien Städten abgelegte evangelische Bekenntnis“ dem Kaiser ihre Huldigung dar und bezeichneten ihm die Warnung vor den Gefahren, die durch Wiederzulassung des Jesuitenordens unserm Vaterlande erwachsen würden, als den Zweck ihrer Vereinigung. Professor Achelis aus Marburg überraschte in seiner Rede durch die Mitteilung, daß gegenwärtig schon etwa 1000 Jesuiten sich im Deutschen Reiche aufhalten, darunter 90 Schriftsteller, und schilderte dann die Gefahr, welche für das ganze geistige Leben des Volks entstehen würde, wenn die Jesuiten inolge der Beseitigung jenes Gesetzes so zurückkämen, daß der Staat als büßender Sünder dastände, „der gut zu machen

hätte, was er an diesen unschuldigen Lämmern verbrochen.“ Professor Ritschel aus Leipzig schilderte hierauf die Einwirkung des Jesuitismus auf das Staats- und Rechtsleben: „Die Treue zwischen Obrigkeit und Volk wird untergraben, die scheußliche Lehre von dem Recht und der Pflicht zweideutiger Rede dringt sogar in die Auffassung des gerichtlichen Eides ein.“ Endlich führte der Hofprediger Rogge aus Potsdam aus, der Jesuitenantrag werde von der Zentrumsparthei als der Gefeklerhut aufgestellt, vor dem Kaiser und Reich die Rolle des Tell spielen sollten. Einstimmig wurde hiernach beschlossen, dem Reichskanzler die Erklärung zu senden, der Jesuitenorden vergifte durch seine Grundsätze die Sittlichkeit unseres Volkslebens, gefährde die Rechtspflege, untergrabe die Wahrheitsliebe, Treue und Redlichkeit im Volk und würde durch seine ungehemmte Wirksamkeit eine abermalige, ungleich verhängnisvollereerspaltung der durch Gottes Gnade endlich wiedergewonnenen Volksfreiheit herbeiführen; ein solcher Orden dürfe niemals wieder Heimatrecht auf deutschem Boden erlangen.

Minder groß wollte freilich mitunter jene Besorgnis bezüglich der Zentrumsparthei erscheinen, wenn den in letzter Zeit bemerkbar gewordenen Rissen in dem bisher als unumstößlich gepriesenen Turm derselben größere Bedeutung beigelegt werden müßte. Diese Risse zeigten sich zunächst in der gewandelten Stimmung bayerischer Wahlkreise aus Anlaß der neuen Bauernbewegung. Bald aber traten sie auch in Preußen hervor. Gegen die mehr demokratische Richtung des Abg. Lieber, der mit Beginn des Jahres im Reichstage ebenso wie voriges Jahr in vielen Versammlungen als Wortführer seiner Partei aufgetreten war, stach die offene Erklärung eines anerkannten bisherigen Parteiführers aufs grellste ab. Denn, während bis dahin noch nichts Bestimmtes über die schließliche Haltung der Zentrumsparthei zur Militärvorlage zu erkennen gewesen war, nahm Freiherr v. Schorlemer-Alst eine Versammlung der Adelsgenossenschaft zum Anlaß, daran zu erinnern, daß nicht Preußen die Hohenzollern, sondern daß diese Preußen groß gemacht und das Kaiserreich wieder errichtet; „daran knüpft sich,“ fuhr er fort, „unsere Liebe für die Armee, sie ist unser Stolz und unsere Ehre, die Sicherheit des Friedens; wir wollen sie hegen und pflegen und so kräftig wissen, daß wir mindestens unseren Feinden ebenbürtig sind.“ Andererseits machte sich die demokratische Richtung in einer für den Bestand

der Partei sehr bedenklichen Weise geltend. Unter den sieben Kandidaten für die Nachwahl zum Reichstage im Kreise Arnsberg-Meschede-Olpe an Stelle des verstorbenen Reichensperger befanden sich drei von der Zentrumsparlei, darunter Fusangel, Redakteur der „Westf. Volks-Ztg.“ in Bochum, der sich als geradezu linksstehenden Zentrumsmanu bezeichnete und von einem durch die katholische Geistlichkeit gehenden entschieden demokratischen Zuge gesprochen hatte, ohne den die Zentrumsparlei nie das geworden wäre, was sie jetzt sei, eine echte und rechte Volkspartei. Ein solches Auftreten glaubten sich die Vorstände des Zentrums im Reichstag und im preußischen Landtage nicht gefallen lassen zu dürfen. Sie verwahrten sich in einem Rundschreiben dagegen, daß Gegensätze, die den politischen Ansichten und Wünschen der Widersacher rechts und links willkommen wären, als ausgemachte Sache hingestellt würden, und lehnten die Unterscheidung in einen rechten und linken Flügel ihrer Partei mit dem Bemerkten ab, daß keiner, der eine andere Stellung einnehme, als Kandidat des Zentrums anerkannt werden könne; als aber Zentrumsabgeordnete diese Lehre in Versammlungen zu Meschede und Belmede den Wählern noch recht eindringlich zu machen versuchten, wurden sie durch lärmende Gegenrufe ziemlich verb zurückgewiesen. Sogar der selbst als demokratisch geltende Lieber suchte auf diese Art den Glauben an die Einigkeit der Partei zu retten, rief aber durch die Schroffheit, mit der er den Kandidaten von der Fraktion zurückstieß, den höchsten Widerspruch der Wähler hervor. Fusangel, der den „Abligen“ mal stark die Wahrheit sagen sollte, ging mit der erheblichen Mehrheit von 20581 gegen 5450 Stimmen als Sieger aus der Wahl hervor. Diesem Vorgange wurde in entgegengesetzten Lagern große Bedeutung beigelegt. „Vergeblich,“ sagte die „Nat.-Ztg.“, „wurde der klerikalen Demagogie das Zugeständnis gemacht, statt des zuerst als Windthorst's Nachfolger ausersehenen Grafen Ballestrem, Herrn Lieber zum Führer zu machen; vergeblich wurden bei der Militärvorlage die konservativen Elemente der Partei genötigt, sich eine demokratische Behandlung dieser Sache gefallen zu lassen, es half alles nichts.“ In den „Samb. Nachr.“ wurde diese Gärung in der Partei als Folge der Verletzung der Wähler-Interessen durch die Handelsverträge dargestellt, für die „Freisinnige Ztg.“ aber lag darin der Beweis, daß sogar von einer Auflösung des Reichstags nichts für die Militär-

vorlage zu erwarten stehe. Als nun auch die Reichstagswahlen in den bayerischen Bezirken Kelheim, Kaufbeuren, Amberg und im württembergischen Bezirke Ravensburg in einer für das Zentrum unerfreulichen Weise vor sich gingen, sagte selbst die „Germania“, sie wolle nichts mehr verhüllen, und in Börg's „Hisor.=polit. Blättern“ wurde „vom Rhein“ her die für das Zentrum angebrochene „Ara der Schwierigkeiten“, namentlich die Lockerung der Parteidisziplin, auf die bedenklich überhandnehmende Hervorkehrung der Interessengegenätze zurückgeführt.

Schwerfällig und langsam, dazu ohne großes Interesse der Abgeordneten, hatten sich im Reichstage, nach Erledigung des Stats, die übrigen Verhandlungen hingezogen. Im Verhältnis zur aufgewandten Zeit wurde wenig erledigt. Im Januar kam das Gesetz wegen Einführung der mitteleuropäischen Zeit zum 1. April zu stande; im Februar wurde ein Antrag angenommen, wonach durch einen Zusatz zum Strafgesetzbuch die Frage der Verjährung der Strafverfolgungen und der Immunität der Reichstagsabgeordneten klargestellt werden sollte; im März wurden die Gesetze bezüglich der Postdampfer dahin geändert, daß der Reichskanzler die Befugnis erhalten solle, gegen Wegfall der Anschlußlinie im Mittelmeer und der dafür ausgesetzten Beihilfe von 400000 Mk., dem Unternehmer der Verbindungen mit Ostasien und Australien jährlich 100000 Mk. für das Anlaufen in Neapel zu bewilligen; im April wurde die Einführung bestimmter Teile des Gerichtsverfassungsgesetzes auf Helgoland und endlich wurden Anträge auf Anstreben eines stärkeren Schutzes für das deutsche Handwerk genehmigt. Die Teilnahmlosigkeit vieler Abgeordneten an allen Angelegenheiten des Reichstags nahm in starkem Maße zu und beschämend oft erwies sich dieser als beschlußunfähig. Mit einem Male entstand, seit dem 18. März, in und um den Reichstag neues Leben, jedoch nicht in einer großen erhebenden Frage, sondern wegen eines Vorgangs ganz entgegengesetzter Natur. Bei Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach 67 Millionen aus den Beständen des Reichsinvalidenfonds als Betriebskapital für die Reichskasse flüssig gemacht werden sollten, trat der antisemitische Abg. Ahlwardt mit der Behauptung auf, dieser Fonds sei einst lediglich im Interesse der Börse gebildet worden, während mit ihm der Grund zu einem großen Nationalvermögen

hätte gelegt werden können. Diesem Angriff ließ er am 20. März bei der dritten Beratung des Etats einen zweiten folgen. Unter verächtlichen Äußerungen über die preussische Justiz kam er auf seinen vorjährigen Prozeß bezüglich der Schrift über „Judenflinten“ zu sprechen, indem er gegenüber dem Reichskanzler, der ihn damals im Reichstag als Verleumder hingestellt hatte, auf die Bereitwilligkeit von Hunderten von Personen hinwies, eidlich zu erhärten, daß es bei der Lieferung von Gewehren nicht richtig hergegangen sei. Der Reichskanzler erkannte in seiner Erwiderung aufs neue die Güte der Gewehre aus der Löwischen Fabrik an und meinte, Ahlwardt werde, so oft er auch reden möge, niemals im stande sein, das jahrhundertelange Ansehen der preussischen Justiz und der Heeresverwaltung zu erschüttern. Folgenden Tages begann Ahlwardt, seinen Angriff bezüglich des Invalidenfonds weiter zuzuspitzen: er kündigte beim Etatstitel dieses Fonds an, er werde „nach Ostern“ unter Beweis stellen, daß nicht nur bezüglich dieses Fonds, sondern auch in anderen Dingen Schlimmes vorgekommen und daß durch Manipulationen, mit welchen Mitglieder des jetzigen Reichstags und ein Mitglied der jetzigen Regierung zusammenhingen, das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen worden sei. An diese verblüffende Enthüllung schloß der antisemitische Agitator die Bemerkung: wenn es sich darum handele, die Juden in ihrer Ausbeutungsthätigkeit zu schützen, so fänden sich auf allen Seiten des Reichstags Freunde des Judentums, Leute, die ihr eigenes Volk in der Hoffnung verrieten, von den Juden einen Brocken abzubekommen. Gegenüber diesen überaus starken Angriffen stimmte der Reichstag alsbald der Ansicht Richters bei, daß Ahlwardt gezwungen werden müsse, seine Behauptungen zu beweisen. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen, damit er folgenden Tags die Beweise vorlege. Am 22. März trat er sodann mit der Versicherung auf, seine zwei Zentner wiegenden Beweisakten könnten noch nicht vollständig vorgelegt werden, weil er sie aus Furcht vor Haussuchung bei Freunden untergebracht habe; damit aber die Sache in Fluß komme, lege er vorläufig einen kleinen Teil dieser Akten auf den Tisch des Hauses nieder. Dieses hielt jedoch den kühnen Angreifer bei seinem vollen Worte fest, namentlich damit nicht in der Osterpause des Reichstags falsche Nachrichten sich festsetzten. Der Antrag des Grafen

Ballestrem, die Sitzung zu vertagen, damit der sog. Seniorenkonvent über die alsbald einzusehenden Akten berichte, wurde aufs wärmste vom Freiherrn v. Manteuffel befürwortet, dem Führer der Fraktion, deren Genossen Herrn Ahlwardt zum Mandate verholfen hatten. Nachdem sich die Vertrauensmänner dem Auftrage des Reichstags gewidmet hatten, bezeugten sie einstimmig, die vorgelegten Aktenstücke enthielten durchaus nichts, was die Angriffe irgendwie unterstütze und jetzige oder frühere Mitglieder des Reichstags, eines deutschen Landtags, der Reichsregierung oder einer deutschen Bundesregierung auch nur im geringsten belaste. Unter anhaltendem Beifall des ganzen Hauses fügte der Berichterstatter Graf Ballestrem hinzu, so schwere Beschuldigungen längere Zeit unbewiesen zu lassen, sei ein Benehmen, welches im Reichstage bis jetzt, Gott sei Dank, noch nicht vorgekommen und das zu kennzeichnen in parlamentarischen Ausdrücken schwer falle. Ahlwardt warf nun, unter allgemeinem Gelächter, der Kommission vor, sich nicht in Permanenz erklärt zu haben, bis er zur völligen Vorlegung der Akten imstande sein werde. Darauf antwortete Richter, indem er daran erinnerte, daß Ahlwardt nun zum dritten Male die schwersten Beschuldigungen ausgesprochen, aber sich stets beflissen gezeigt habe, den Prozeß zu verschleppen und auf immer neue Beweise zu vertrösten. Auf's neue und noch schärfer als vor einigen Tagen trat v. Manteuffel gegen den Mann auf, dessen Name im Dezember v. J. in der von ihm präsidirten konservativen Parteiversammlung mit begeisterten Zurufen begrüßt worden war. Eine solche Ausstreuung von Verdachten wie die Ahlwardts nannte er das Faulste, was es geben könne, und die Konservativen müßten es aufs allerentschiedenste verwerfen. Ahlwardt antwortete, er habe aus ganzer Überzeugung für die volle Wahrheit gekämpft, sei jedoch in noch nicht vorgekommener Weise vergewaltigt worden; ferner erwiderte er auf Liebers beredte Worte sittlicher Entrüstung, er habe genügende Beweise erbracht; daß dies nicht eingesehen werde, liege daran, daß die Juden unser Volk korrumpiert hätten, „und ehe die Juden nicht weg sind, wird es nicht besser!“ Damit würde die Sache vorläufig beendet gewesen sein, allein nun trat Stöcker auf, der zuerst die Judenfrage angeregt hatte. Er gab zwar zu, Ahlwardt sei völlig unfähig, politische Geschäfte in höherem Stile zu treiben, meinte aber, ein Körnchen

Wahrheit habe sich in dessen Behauptungen stets befunden und dies habe das Volk verleitet. Durch diese Äußerungen kam es, daß jenen traurigen Verhandlungen ein Nachspiel über die Judenfrage überhaupt sich anschloß. Ahlwardt ließ sich nämlich diese Gelegenheit nicht entgehen, dem früheren Hofprediger Halbheit vorzuhalten, während er selbst gründlich auf Befundung vom Judentume ausgehe. Nunmehr nagelte Rickert den Hinweis an die Wand, daß allerdings Stöcker den Antisemitismus begründet habe und daß die Konservativen Schuld an der Wahl des sog. „Rektors aller Deutschen“ seien. Nachdem sogar der Antisemit Zimmermann sich vom Vorgehen seines Parteigenossen losgesagt hatte, sagte Stöcker, dieser sei nur das kleinere Übel gegenüber den Freisinnigen, deren Heterereien gegen die Junker den betreffenden Wahlkreis bis zur Unklarheit der Gemüther aufgewühlt hätten, niedriger würden aber die Wogen gehen, wenn Rickert das Amt eines Führers der Judenschutztruppe niederlege. Im Gegenteil, antwortete dieser, werde er zu protestieren fortfahren gegen die antisemitischen Heterereien, die eine Schmach für Deutschland bildeten und eine Barbarei unseres Jahrhunderts darstellten. Richter bemerkte sodann, er erblicke in Stöcker „nur den höheren Ahlwardt“ und die Bedeutung seines jetzigen Auftretens in dem Gefühl, daß in Ahlwardts Sache zugleich der Stab über den Antisemitismus gebrochen werde. Demgegenüber erinnerte Stöcker an des späteren Kaiser Friedrichs angeblichen Ausspruch, daß man früher etwas gegen das Judentum hätte thun sollen. Dies führte wieder zu Erörterungen über die Frage, ob von derselben Stelle die Worte vom Antisemitismus als der Schmach des Jahrhunderts wirklich gefallen seien und über ein gerichtliches Erkenntnis von 1885, wonach Stöcker unvorsichtig einen Eid geleistet habe. Diese eigentümlichen Verhandlungen bildeten fast das einzige, worin die dritte Lesung des Reichshaushaltsetats für 1893/94 sich abspielte, der nunmehr in Einnahme und Ausgabe auf 1257678811 Mk. festgestellt wurde und im April einen Nachtrag erhielt, in dem 1468000 Mk. für Erhebung der Gesandtschaft in Washington zur Botschaft, für Errichtung eines Botschaftsgebäudes in Madrid und für Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago bewilligt wurden, während ein Nachtrag zum vorjährigen Etat 6½ Millionen Mark für Brot- und Fourageverpflegung des Militärs enthielt.

Das Auftreten Ahlwardts und die hierauf bezüglichen Verhandlungen des Reichstags erregten überall ein höchst peinliches Gefühl. Von den meisten Seiten vernahm man Äußerungen tiefster sittlicher Entrüstung und des Bedauerns über das Aufkommen einer Kampfesart, die nur eine Quelle unaufhörlicher Beunruhigung und wildester Aufregung, Erschütterung des Vertrauens und der Vergiftung des ganzen öffentlichen Lebens sein würde. Trotz des Beweises, daß von einem deutschen Panama=Skandal keine Rede sein könne, schämte man sich vor dem Auslande und ungeachtet aller Vorsicht des Reichstags konnte nicht vermieden werden, daß in der Pariser Presse der Glaube an eine gewisse Fäulnis im Deutschen Reiche haften blieb. Der nächste Schaden bestand in Steigerung der Feindseligkeit unter den Parteien, und es fehlte nicht an Stimmen, die hierin den alleinigen Zweck von Ahlwardts ganzem Auftreten, ihn selbst aber als vorgeschoben ansahen, damit auf diese Weise die Bewegung gegen die Juden zu einer übermächtigen Gewalt sich erhebe. Diese Auffassung knüpfte an den Verlauf von Versammlungen an, in welchen Ahlwardt seine vom Reichstag unbegründet erklärten Beschuldigungen wiederholte und dafür Begeisterung, ja in Spandau wieder einen Lorbeerkranz erntete. Die „Kreuz=Ztg.“ zählte diesen Agitator zu den „schlimmsten Verleumdern“, verwahrte sich jedoch gegen die Ansicht, daß sie sich nun den Juden in die Arme werfen müsse. Ebenso wehrte die „Konservative Korrespondenz“ die Verantwortlichkeit für das Treiben des Mannes mit der Verwahrung ab, daß damit auch der berechtigte Antijemitismus vernichtet sei. Die „National=Ztg.“ hielt jenes Treiben für weit gefährlicher als das Gebaren der „Reichsglocke“ in den Jahren 1876 und 1877; diese habe nur den damaligen Reichskanzler verleumdet, während jetzt catilinarische Existenzen die Geister der Tiefe beschwörten und das furchtbare Gift der Ehrabschneidung in die Volksmassen trügen. Ein Teil der freisinnigen Presse sprach vom allgemeinen Niedergang der Gesittung, andere freisinnige Organe nannten, in Übereinstimmung mit Böckel, Ahlwardts Parteigenossen, diesen den Totengräber des Antijemitismus. Der Historiker Professor Mommsen bezeichnete diesen als ungeheuere Schmach und als Gefinnung der Kanaille, das sozialdemokratische Hauptorgan endlich sah in Ahlwardt den letzten Strohhalin, mit dem die kleinbürgerlichen Elemente sich noch eine Hilfe

auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erbauen möchten, der aber durch den Fußtritt der Arbeiter auf den Kehricht geschleudert werde. Die „Kölnische Ztg.“ dagegen wies darauf hin, daß der Antisemitismus eine Macht geworden sei, mit der gerechnet werden müsse, und daß in der That ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung im Reiche sich jeder nationalen Bewegung gegenüber ablehnend, ja feindselig verhalte. Die Ahlwardt in Schutz nehmende „Staatsbürger-Ztg.“ meinte, Lasfer sei einst, als er Schäden im Eisenbahnwesen aufdeckte, gerechter behandelt und wegen seines Mutes gepriesen worden. Professor Schmoller in Berlin ließ die Ansicht öffentlich verlauten, es hätten Menschen mit einer von der deutschen so weit abstehenden Moral wie die Juden nicht als gleichberechtigte Staatsbürger zugelassen werden sollen.

Nach der Osterpause des Reichstags setzte sich die Ahlwardtsache noch weiter fort. Die weiteren Schriftstücke, die er in Aussicht gestellt hatte, legte er am 25. April dem Reichstage vor; zugleich beantragte er die Wahl einer Prüfungs-Kommission und suchte in längerer Rede seine obigen schweren Beschuldigungen näher zu begründen. Die Schädigungen des Reichs sollten durch den Bankier v. Bleichröder in Berlin und die Diskontogesellschaft unter der Direktion des jetzigen preußischen Finanzministers Miquel, ferner durch die Konzeffionierung der Hannover-Altenbekener Eisenbahn zu gunsten der Herren von Bennigsen und Adikes herbeigeführt sein. In der am 26. April gewählten Kommission stellte sich jedoch heraus, daß der Beschuldiger sich in seinen Akten nicht zurechtfinden konnte und daß er als Beweise nur zwei Broschüren des verstorbenen Schriftstellers Riendorf vorzuführen vermochte, deren Inhalt schon vor Jahren als unwahr erwiesen war. Nachdem Miquel und v. Bennigsen die fraglichen Punkte erläutert hatten, wurden am 2. Mai vom Reichstage auf Antrag der Kommission die Beschuldigungen für ungerechtfertigt erklärt.

Sinweg von diesen trüben Bildern wurde die allgemeine Aufmerksamkeit eine Zeitlang zu ebenso anmutigen als glanzvollen Erscheinungen abgelenkt, die sich an eine Reise des Kaiserpaars nach Italien knüpften. Der Kaiser hatte am 3. März dem orientalischen Seminar in Berlin einen Besuch gemacht und dann einen mehrtägigen Besuch des Erzherzogs und früheren Großherzogs Ferdinand IV.

von Toscana erhalten, mit dem er schon öfter auf Jagden des österreichischen Hofes in den Alpen freundschaftlich zusammengekommen war. Hiernach erhielt er den Besuch des neuen Fürsten Günther von Schwarzburg-Rudolstadt und seiner Gemahlin Anna Luise, geb. Prinzessin von Schönburg-Waldenburg, die mit ihm am 10. März der feierlichen Weihe der Nazarethkirche in Berlin beiwohnten. Am 22. März nahm er teil am Jubiläums-Festmahle zu Ehren des kommandierenden Generals Freiherrn von Meerscheidt-Hüllessem und empfing am 22. und 26. März die als Kardinäle von Rom zurückgekehrten Erzbischöfe von Breslau und Köln. In Schloß Glienicke bei Potsdam wurde am 7. April dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ein zweiter Sohn geboren, der später in der Taufe die Namen Tassilo Wilhelm Humbert Leopold Friedrich Karl erhielt. Am 12. April genehmigte der Kaiser, daß die Häupter der gräflichen Linien von Stolberg-Stolberg und von Stolberg-Rosla fortan den fürstlichen Titel nebst dem Prädikat Durchlaucht führen dürften. Am 14. April abends kam der Kaiser im festlich erleuchteten Swinemünde an und schiffte sich auf der „Hohenzollern“ nach Kiel ein. Als er unterwegs einen Dampfer aus Flensburg antraf, der Havarie erlitten hatte, ließ er ihn von der ihm folgenden Nacht „Wacht“ ins Schlepptau nehmen und nach Kiel bringen. Von hier aus besichtigte er am 16. April den Schleusenbau des Nordostseefanals bei Holtzenau. Nach Berlin zurückgekehrt, verlieh er am Düppeltage dem ersten Garde-Dräger-Regiment „Königin von Großbritannien“ eine neue Standarte, an deren feierlicher Nagelung auch die drei ältesten Söhne des Kaisers und Prinz Alfred, der 19jährige Sohn des Herzogs von Edinburg, teilnahmen; im Lustgarten vor dem Berliner königlichen Schlosse, wo das Regiment in Carréform sich aufgestellt hatte, übergab der Kaiser mit einer Ansprache die Standarte.

Abends 10 Uhr 45 Minuten trat das Kaiserpaar mit großem Gefolge am 18. April vom Anhalter Bahnhof in Berlin mittelst des aus zehn Salonwagen bestehenden kaiserlichen Zuges die Reise nach Rom an, um an den Festlichkeiten zur silbernen Hochzeit des italienischen Königsaares teilzunehmen. Der Zug nahm die Tour über Leipzig, Hof, Regensburg, München und den Brenner. In München fanden sich am 19. April morgens zur Begrüßung der

Prinz-Regent von Bayern und seine Tochter Theresie ein, die ein prachtvolles Blumenbouquet überreichte. In Innsbruck wurde der Zug geteilt und jenseits des Brenners, in Bozen, wieder vereinigt. Ein prächtiger Morgen ging am 20. April über der festlich besagigten ewigen Stadt auf. Die Morgenzüge brachten noch von allen Richtungen her gewaltige Mengen von Fremden. In den Straßen herrschte seit den frühesten Stunden ein geschäftiges Leben, aus allen Fenstern und Balkons wehten italienische und fast ebenso viele deutsche Fahnen, und am Bahnhofplatz waren besagigte Tribünen errichtet, auf welchen lange vor Ankunft des kaiserlichen Zuges große Zuschauermengen warteten. Selbst die Dächer der Häuser waren mit Schaulustigen besetzt und auf die Bäume der Via nazionale wie in das Geäst der Steineichen des Thermengartens waren Unzählige hinaufgeklettert. Sogar die Jesuitenväter hatten ihr stattliches Erziehungs- haus vor dem Bahnhof mit Wandteppichen geschmückt und die adeligen Angehörigen ihrer Zöglinge zum Genuß des Schauspiels eingeladen. Unter dem Salut von 101 Kanonenschüssen traf der kaiserliche Zug um 12 Uhr 50 Minuten ein und stürmische Jubelrufe der Menge an den Zugängen des Bahnhofs verkündeten es weithin. Der Kaiser und die Kaiserin standen an der Thür ihres Wagens und grüßten schon von fern den König Humbert und die Königin Margherita, die an der Spitze eines glänzenden Gefolges sie erwarteten. Nach einer herzlichen Begrüßung setzte sich der Zug der königlichen Galawagen mit den Fürstlichkeiten, unter Vorritt von Kürassieren, in Bewegung; es erhob sich ein Rauschen wie von heranbrandenden Wogen, und brausend ertönten von allen Seiten, vermischt mit den Hochrufen auf König Humbert, die Rufe: „Hoch Deutschland! Hoch das Kaiserpaar! Hoch unsere Verbündeten!“ Ununterbrochener Jubelruf begleitete den Zug auf dem ganzen Wege, aus den Fenstern und von den Dächern wurden Blumen gestreut und aufgestellte Musikkorps spielten die preußische Hymne. Die Einfahrt in den Quirinal gestaltete sich besonders imposant. Als sodann vor demselben jubelnde Kundgebungen vieler Vereine und eines zahlreichen Publikums erfolgten, traten der Kaiser an der Seite des Königs und die Kaiserin an der Seite der Königin auf den Balkon. Da erhoben sich auf dem weiten Platze alle Hände wie zum Schwure und wohl zehn Minuten lang wurden die Gäste von der Menge mit begeisterten

Hochrufen auf Deutschland und die Allianz begrüßt. Die Kaiserin wurde auf dem Balkon von der Königin auf das prächtige Panorama aufmerksam gemacht und Kaiser Wilhelm soll, wie bei Hofe erzählt wurde, als sich ihm das große Stadtbild mit all den Türmen und Kuppeln vom Esquilin an bis zum Janikulum aufthat, dem Könige die Hand gedrückt und wiederholt „Wunderbar!“ gerufen haben. Am Nachmittage legte das Kaiserpaar im Pantheon Kränze mit Schleifen in den deutschen Farben am Grabe König Viktor Emanuels nieder. Der Papst, dem der Kaiser schon vom Bahnhof aus seine Ankunft angezeigt hatte, ließ durch den Kardinalatssekretär Nocella seinen Willkommensgruß nach der preussischen Gesandtschaft bringen. Fast alle Blätter Roms begrüßten die hohen Gäste aufs wärmste. Am 21. April ließ der Kaiser dem Bürgermeister seine Wünsche zum Jahrestag der Gründung Roms überbringen und einen Kranz auf das Denkmal der bei Dogali gefallenen Soldaten niederlegen; die Kaiserin besichtigte das Forum und das Kolosseum; beide wohnten nebst den übrigen Fürstlichkeiten nachmittags einem »Derby reale« bei le Campanella an der Via triumphalis bei, wo der König und der Herzog von Aosta ihnen das herrliche Panorama erklärten, in dessen Hintergrunde die Albanerberge mit Frascati im Sonnenschein leuchteten, und abends einer Galavorstellung des „Falstaff“ im Argentina-Theater, überall von den lebhaftesten Kundgebungen eines zahlreichen Publikums begrüßt. Zu seinem Ehrentage am 22. April verehrten die kaiserlichen Gäste dem Königspaar ein silbernes Standbild der Italia, die auf einem hohen Felsen steht, den rechten Fuß auf ein römisches Kapitäl stellt, mit der Rechten den Schild, mit der Linken einen goldenen Lorbeer und einen silbernen Myrtenzweig hält. Dann besichtigten sie eine Reihe römischer Baudenkmäler und erschienen bei den Festlichkeiten. Den Vorbeizug von 500 Vereinen betrachteten die Souveräne mit dem Bürgermeister von Rom vom Balkon des Quirinal. Abends fand hier ein Galadiner statt, an dem, außer dem Königspaar und den übrigen Mitgliedern der sardynischen Familie, worunter die Königin-Witve Maria Pia von Portugal, als Gäste, neben dem Kaiserpaar, Erzherzog Rainer, Großfürst Wladimir, der Herzog von York, Erbprinz Danilo von Montenegro, Prinz Georg von Griechenland und der Herzog von Sporto teilnahmen. Nachdem König Humbert in einer Ansprache den

Fürslichkeiten gedankt hatte, erhob sich Kaiser Wilhelm zur Erwiderung. Er sprach seinen und der Kaiserin gerührten Dank aus für den ihnen in Rom und ganz Italien bereiteten herzlichen Empfang, in dem er den Beweis der von seinem Vater und Großvater auf ihn übertragenen persönlichen Freundschaft des Königspaares erblickte. In beider Sinne habe er durch sein Erscheinen zu diesem Feste gehandelt. Dann fuhr er wörtlich fort: „Hand in Hand mit unserer persönlichen Freundschaft geht die Sympathie, welche die Völker Deutschlands und Italiens verbindet und die in diesen Tagen mit neuer Kraft zum Ausdruck gelangt. Zugleich spreche ich im Namen der hier vereinigten hohen Gäste den innigsten Dank aus für Eurer Majestäten warme Begrüßung. Aus den begeistertsten Huldigungen, die Euren Majestäten in diesen Tagen dargebracht werden, klingt uns der schöne Ton aus der goldenen Saite der Liebe zum Herrscherpaar entgegen. Wir sehen gerührten Herzens ein ganzes Volk das schöne Fest seiner Königsfamilie mitfeiern: ein Wahrzeichen der innigen Wechselbeziehungen zwischen dem Königshaus von Savoyen und dem italienischen Volk.“ Daran schloß der Kaiser in italienischer Sprache das Hoch.

Am Sonntag, den 23. April, erfolgte der lange vorher und lange nachher viel besprochene Besuch des deutschen Kaiserpaars beim Papste, unter Beobachtung derselben Formen wie am 12. Oktober 1888 und wie schon beim Besuche des Kronprinzen Friedrich Wilhelm am 18. Dezember 1883. Zunächst wohnten die Majestäten dem vom Pastor Frommel, Sohne des Berliner Hofpredigers, gehaltenen Gottesdienste in der Kapelle des von der deutschen Botschaft bewohnten Palastes Caffarelli auf dem Kapitole bei; dann empfing der Kaiser im Botschaftsgebäude eine Abordnung der deutschen Kolonie Roms und mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr traf er mit dem Staatssekretär Marschall v. Bieberstein und hohem Gefolge in der von der preussischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl bewohnten Villa Santastore ein. Der Gesandte v. Bülow stellte ihm hier die eingeladenen Kardinäle Ledochowski und Mocenni sowie zwei Prälaten vor, dann folgte eine Frühstückstafel zu 16 gedeckten, bei welcher die Kardinäle zu Seiten des Kaisers saßen. Mit Ledochowski zur Rechten unterhielt sich der Kaiser lebhaft, nach dem Mahle schenkte er ihm eine Tabakdose mit seinem Bildnis und ver-

abschiedete sich von ihm mit einigen Worten. Um 2 Uhr traf auch die Kaiserin hier ein, und nun begaben sich die Majestäten in einem neuen, von Berlin mitgebrachten prächtigen Galawagen nach dem Vatikan. Auf dem ganzen Wege bildeten italienische Truppen Spalier und erwiesen militärische Ehren, während das zahlreiche Publikum sich zwar höflich, aber kühl verhielt. Um 2 Uhr 50 Minuten trafen die Majestäten mit Gefolge beim Vatikan ein; sie verließen den Wagen im Hofe San Damaso, wo sie vom Großmeister Fürsten Ruspoli empfangen wurden. Der Papst beobachtete diesen Einzug von einem Fenster seines Schlafzimmers aus. Im Clementino-Saale wurden sie vom Zeremonienmeister empfangen, während die adelige Leib- und die Schweizergarde militärische Ehren erwiesen. Papst Leo ging den Majestäten bis zur Thür des gelben Saales entgegen. Hier war ein Baldachin errichtet, unter welchem drei Sessel von gleicher Höhe standen. Nachdem man Platz genommen, überreichte der Papst der Kaiserin ein die Basilika auf dem Petersplatz darstellendes Mosaikbild zum Geschenk; der Kaiser verehrte dem Papste eine kolorierte Photographie, ein Gruppenbild der gesamten kaiserlichen Familie darstellend. Der Papst sprach seine große Freude über das Geschenk aus und bemerkte, er werde es neben dem ihm von der Kaiserin-Witwe Augusta gesandten Bilde ihres Gemahls aufstellen. Nach einer viertelstündigen Unterredung zog sich die Kaiserin zur Besichtigung der vatikanischen Sehenswürdigkeiten zurück, während der Kaiser, wie später der „Reichsanzeiger“ mittheilte, noch eine Stunde mit dem Papste allein blieb. Dann wurde er, völlig abweichend vom üblichen Zeremoniell, vom Papste durch das Vorzimmer bis zum Thronsaale geleitet, wo die Verabschiedung stattfand. Nach 5 Uhr begaben sich die Majestäten zur preussischen Gesandtschaft zurück. Am 24. April ritten der Kaiser und der König in großer Uniform mit den italienischen und den fremden Prinzen vom Quirinal mitten durch die Stadt nach der Piazza d'Armi auf den Prati vor dem Thore di Castello. Hier, auf dem vom Tiber, den Monte Mario und dem Monte de la Farnesina eingeschlossenen Exerzierplage zogen vor ihnen und den zu Wagen erschienenen fürstlichen Damen die Truppen eines ganzen, vom Generalleutenant Minari di San Marzano befehligten Armeekorps vorbei. Das Ganze, einschließlich der enormen, namentlich auf dem Monte Pincio versammelten Menge,

bot einen imposanten Anblick dar. Die Rückkehr der Fürsten mit einem Reitergefolge von hundert italienischen und sonstigen hohen Militärs gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Am Nachmittage fuhr das Kaiserpaar mit der Eisenbahn nach Tivoli, wo es, vom Bürgermeister und einer großen Menge mit der preussischen Hymne und dem Geläute der Glocken empfangen, die dem Kardinal Hohenlohe gehörige Villa Este, die Villa Adriana und die Wasserfälle besichtigte. Am 25. April gab der deutsche Botschafter Graf Solms den Majestäten ein Diner, dem eine Vorstellung hervorragender, in Rom wohnender Deutschen folgte. Dabei riet der Kaiser den Architekten, öfter nach Rom zu kommen, da sie hier noch viel lernen könnten. Hiernach erschien das Kaiserpaar bei einem von fürstlichen Personen aufgeführten glänzenden Turniere und abends auf einem Balle beim Herzoge von Sermoneta. Der Staatssekretär v. Marschall hatte an demselben Tage eine 1½ stündige Audienz beim Papste und am 26. April eine längere Besprechung mit Brin, dem italienischen Minister des Außern. Der Kaiser machte an diesem Tage einen Ausflug nach Albano, Genzano und Frascati, nahm dann mit seiner Gemahlin an einem glanzvollen Feste im Garten des Quirinal teil und abends an einem Ballfeste beim Fürsten Doria. Der große Jubel, mit dem alle zu den Festen in Rom vereinigten Fürstlichkeiten am 27. April in Neapel empfangen wurden, galt nicht zum wenigsten dem deutschen Kaiserpaare. Die Majestäten erschienen auf dem Balkon des alten bourbonischen Schlosses, von der Menge stürmisch begrüßt, und am Abend, bei der allgemeinen Beleuchtung der Stadt erglänzten vielfach die vereinigten Wappen Preußens und Italiens. Folgenden Tags unternahmen die Fürstlichkeiten an Bord des großen Panzerturmschiffes „Lepanto“, dessen Deck in einen Palmen- und Orangenhain verwandelt war, unter dem Ehrengelitte von sechs Torpedos, eine Rundfahrt im Golf von Neapel. Nach einer Begrüßung durch das italienische Geschwader und das deutsche Schiffsjungen-Schulschiff „Nixe“, nahm das Panzerschiff die Richtung auf Pozzuoli und das Cap Miseno und setzte dann die Fahrt an Ischia vorbei, bis nach Capri fort, von wo die Rückkehr längs der Marina bis nach dem abenteuerlichen Faraglioni, dann zurück nach der weißen fahlen Punta Campanella, dem Gestade von Sorrent entlang nach

Neapel erfolgte. Während dieser Fahrt veranstaltete der große Panzer ein Scheibenschießen mit schwerem Geschütz. Bevor der Kaiser an Land ging, machte er mit dem Herzoge von Genua an Bord eines mit Petroleum geheizten Torpedos eine kurze Fahrt. Abends bei der Vorstellung des „Lohengrin“ im Theater San Carlo bereitete das Publikum den Fürstlichkeiten eine große Rundgebung und auf sein Verlangen wurde zuerst die preußische, dann die italienische Hymne gespielt. Früh am 29. April begaben sich alle Majestäten mit dem Prinzen von Neapel und dem Herzoge der Abruzzen nach Pompeji, längs der ganzen Eisenbahnstrecke von der zahlreich zusammengeströmten Bevölkerung mit den lebhaftesten Huldigungen empfangen. Die Ruinen wurden eingehend besichtigt, die Fürsten gingen zu Fuß, die hohen Damen benutzten Sänften antiken Stils. Man begab sich nach dem im März freigelegten „Hause der hohen Säulen“ am Thor von Nola; neben demselben wurden vor den Besuchern Ausgrabungen vorgenommen und eine Anzahl von Gefäßen zu Tage gefördert, die der Kaiser zum Geschenk erhielt. Gegen Mittag wurde im Atrium der Thermen von Stabia unter einem mit Rosen und Palmen geschmückten Zelte ein Frühstück gereicht. Zum Schluß besuchte das Kaiserpaar am 30. April in Neapel die zoologische Station des Professors Dohrn und den Gottesdienst in der protestantischen Kapelle. Während ferner der Kaiser mit dem König Humbert eine Spazierfahrt der Meeresküste entlang machte, besuchte die Kaiserin mit der Königin das Museum. Abends 9 Uhr wurde unter denselben Begrüßungen der Bevölkerung wie bei der Ankunft Neapel wieder verlassen.

An demselben 30. April meldeten die Berliner Blätter, der Kaiser werde mit Rücksicht auf den Ernst der inneren Lage Deutschlands die für seine Heimreise geplanten Abstecher aufgeben und schleunigst zurückkehren. Es bezog sich dies auf die Wendung, welche die Frage der Militärvorlage im Reichstage inzwischen genommen hatte. Die hierüber herrschende Erregung hatte sich in letzter Zeit bei einem Teile der Parteien gerade aus Anlaß der kaiserlichen Komreise noch gesteigert. Die unter ihnen seit der Volksschulgesetzfrage nicht gewichene Besorgnis, daß der Militärfrage wegen Zugeständnisse an die ultramontane Partei könnten gemacht werden, hatte neue Nahrung gezogen aus des Kaisers höflicher Behandlung

des Kardinals Ledochowski, der einst als Erzbischof von Posen in herausforderndster Weise die Rechtsgültigkeit preußischer Gesetze bestritten hatte, deshalb 1874 vom preußischen Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt war und der, seit er aus dem Gefängnisse sich nach Rom begeben und den Purpur erhalten hatte, vielfach als eins der preußenfeindlichsten Elemente im Vatikan galt. Und nun war der katholischen „Köln. Volks-Ztg.“ mitgeteilt, der Kaiser habe sich von Ledochowski mit den Worten verabschiedet: „Nicht wahr, alles Geschehene ist vergessen?“ In mehreren der regierungsfreundlichsten Presseorgane wollte man dieser Nachricht keinen Glauben schenken und zeigte man sich eher geneigt zu glauben, es habe umgekehrt der Kardinal um Vergessen gebeten. Aber gleichzeitig wurde auch die Erinnerung an die Sendung des Generals v. Loë im Februar an den Papst aufgefrischt und auf die Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Kardinal-Staatssekretär Rampolla hingewiesen, der als Freund Frankreichs gelte und sich während der Anwesenheit des Kaisers mit Krankheit entschuldigt hatte. Der „Weiser-Ztg.“ kam nunmehr die neue Polenfreundlichkeit der preußischen Regierung „in hohem Grade bedenklich“ vor, und die polnische Presse gab gerade jetzt der Hoffnung auf eine bessere Zukunft Ausdruck. Die „Wossische Ztg.“ versicherte, mehr als alles verstimme die Nation jedes Anzeichen im Sinne des Sazes „Katholisch ist Trumpf!“, und nach dem nationalliberalen „Hannov. Kurier“ müßte durch jenen Vorgang die Stellung der gemäßigten Parteien in entscheidender Weise beeinflusst werden. Als sodann am 28. April der „Reichsanzeiger“ versicherte, der Kaiser habe Ledochowski gegenüber weder von Vergessen gesprochen, noch auf die Vergangenheit angespielt, so genügte dies vielen nicht; aber Äußerungen des „Moniteur de Rome“, der die Romfahrt des Kaisers als glänzenden Erfolg des Papsttums und als Masführung Italiens hinstellte, sowie der „Voce de la Verita“, wonach der Kaiser ohne den Papst im Innern nicht mehr fertig werden könne, schienen deutlich darauf hinzuweisen, daß die Versuche weitgehender Deutung des Vorgangs in ultramontanem Sinne erfolgten, und Worte wie die, daß das Haupt des Luthertums zum Papste gegangen sei, „um sich im großen Becken evangelischer Ideen neu zu baden“, erfuhren sogar von deutschen katholischen Blättern eine gewisse Zurückweisung. Dann

vernahm man Stimmen, wonach dem Kardinal Ledochowski nur angedeutet sei, es stehe, nachdem er die zweijährige Gefängnisstrafe verbüßt habe, seiner Rückkehr nach Preußen nichts entgegen, in Kardinal Rompola aber sei, wie in früheren Fällen, lediglich der erste päpstliche Würdenträger ausgezeichnet worden.

Auf der Heimreise traf das Kaiserpaar, ohne Rom wieder zu berühren, am 1. Mai mittags in La Spezia ein. Hier führte König Humbert den Kaiser in das Arsenal, dann unternahmen die Fürstlichkeiten an Bord der „Savoia“ einen fünfstündigen Ausflug nach den Inseln des Golfs in der Richtung auf Palmaria. Alle Orte an den Ufern waren reich beslaggt, die Glocken läuteten, und überall strömte die Bevölkerung unter jubelnden Begrüßungen an den Strand. Abends um 6 Uhr verabschiedete sich der Kaiser und seine Gemahlin herzlich, und am 2. Mai vormittags trafen sie über Genua und den Gotthard im festlich geschmückten Flüelern am Urner Ende des Vierwaldstätter Sees ein, von wo sie zu Schiff nach Luzern fuhren. Bei der Annäherung an diese Stadt erdröhte Artilleriefener und die große Volksmenge an den Seeufern brach in lauten Jubel aus. Der Empfang durch den schweizerischen Bundespräsidenten Schenk war herzlich. Nachdem der Kaiser das vor dem Hotel „Schweizerhof“ aufgestellte Militär besichtigt hatte, wurde hier das Festmahl eingenommen. Schenk dankte in seinem Toast für die hohe Ehre dieses Besuchs und fügte hinzu: „Die Schweiz freut sich einmütig dieses für sie bedeutungsvollen Tages und erblickt in dieser freundlichst gebotenen persönlichen Begegnung eine besondere Bekräftigung der guten Beziehungen des mächtigen Deutschen Reichs mit der Eidgenossenschaft. Das Schweizervolk und seine Behörden, wie wohl entschlossen, unter allen Umständen und mit allen Kräften die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, nehmen lebhaftesten Anteil an allen Bestrebungen und Thaten, die dahin zielen, den Völkern die unschätzbaren Wohlthaten des Friedens zu erhalten und schauen deshalb auch mit freudigem Vertrauen auf die Hand Ew. Majestät, in der sie einen Hort und Schützer des Friedens verehren.“ Der Kaiser dankte in seiner Erwiderung für die Begrüßung, sprach seine Sympathie für die schönen schweizerischen Gegenden aus und konstatierte mit Befriedigung, daß die guten freundschaftlichen Beziehungen, die für Deutschland von alters her

mit der Schweiz beständen, unverändert fort dauerten; er hoffe, daß der vertragsmäßig gesicherte Verkehr zwischen beiden Ländern sich weiterhin gedeihlich entwickeln und dazu beitragen werde, die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu erhalten und zu befestigen. Nach dem, was später aus allen Teilen der Schweiz verlautete, hat man sich in der That überall über diesen offiziellen Besuch hoch geehrt gefühlt und haben alle Parteien ihrer Befriedigung vollen Ausdruck gegeben. Gegen Abend traf das Kaiserpaar in Karlsruhe ein, wo ihm der Bürgermeister Lauter die Freude aussprach, es in einem Augenblicke begrüßen zu können, wo der Kaiser ohne Sorge für die Wahrhaftigkeit des Reichs zurückkehre und sie ohne innere Kämpfe gesichert sehe. Dies bezog sich auf eine, wie sich bald herausstellte, nur vorübergehende Episode im Reichstag.

Obwohl die Ankunft in Potsdam spät abends am 3. Mai stattfand, begab sich der Kaiser noch nachts 1 Uhr zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler nach Berlin, der am Vormittage im Reichstag die zweite Beratung der Militärvorlage mit einer längeren Rede eingeleitet hatte, in der er die Gesichtspunkte, welche die Regierungen geleitet haben, nochmals ausführlich hervorhob. Es komme denselben, sagte er, darauf an, die gegenwärtig nicht ausreichende Wehrkraft Deutschlands in einen Zustand zu bringen, der uns nicht nötige, von der bisher eingenommenen politischen Rolle abzudanken; den vernommenen Widerlegungsversuchen könne nicht größeres Gewicht beigelegt werden als dem zuständigen Urteile der berufenen Militärs; es handele sich um eine Frage von solchem Ernst, solcher Tragweite und so schwerer Verantwortung, wie sie den Reichstag wohl noch nie berührt habe, um die Ehre, das Dasein, die Zukunft Deutschlands, und deshalb würden alle verfassungsmäßigen Mittel angewendet werden, um diese Heeresverstärkung durchzusetzen. Man habe zwar eingewandt, unsere politische Lage habe sich seit 1890 nicht verschlechtert; allein wenn die Reform erst im entgegengesetzten Falle vorgeschlagen werde, würde es zu spät sein, und im Fall der Ablehnung werde die Lage sich verschlechtern; durch gute Diplomatie allein könne der Frieden nicht erhalten werden, auch Fürst Bismarck habe die Verstärkung des Heeres nötig gehalten; unter den europäischen Mächten herrsche eine gewisse internationale Konkurrenz in Bezug auf die Heeresstärke, daher würde das Stehenbleiben einer Macht

auf dem geringeren Standpunkt einer Abrüstung im Kleinen gleich zu achten sein. Die Versicherung des Vertrauens in das Heer und der schöne Satz, daß das deutsche Volk nichts als Gott fürchte, würden doch nicht Garantie dagegen bieten, daß wir bei unzureichenden Kräften geschlagen würden, und Moltke habe in einer Denkschrift gesagt, wenn wir nicht mehr aus eigenen Kräften Frankreich abzuwehren vermöchten, könne ein Deutsches Reich auf die Dauer nicht bestehen. Niemals, fuhr der Reichskanzler fort, würden wir einen Krieg vom Zaune brechen, aber wir hätten, unserer Tradition entsprechend, das Bedürfnis, in der Lage zu sein, einen Krieg strategisch offensiv zu beginnen als das einzige Mittel, uns schnelle Erfolge, kurze Kriege und die Vermeidung sich schnell wiederholender Kriege zu verschaffen. Ob dies aber in einem künftigen Kriege mit Frankreich noch möglich sein werde, stehe dahin. Man nehme die ernste Lage zu leicht, setze sich über das Schicksal der Grenzprovinzen zu leichtfertig hinweg. Noch ungünstiger lägen unsere Grenzen im Osten, und es könne uns doch nicht gleichgültig sein, ob Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien vom Feinde überschwemmt werden. Graf Caprivi erinnerte dann an die früheren Drangsale Danzigs und der Pfalz und hob, gegenüber Äußerungen in der Kommission, hervor, die deutsche Nation wolle auch für ihre jüngsten Brüder, die Elsaß-Lothringer, den Säbel ziehen. Die in der Kommission gegen die Vorlage vorgebrachten Gründe enthielten auch nicht eine einzige sachliche Widerlegung. Hinsichtlich der Frage der finanziellen Deckung glaube niemand an den Einwurf, daß wir ein Volk von Bettlern werden würden, vielmehr betrage bei uns die Militärlast auf den Kopf der Bevölkerung weniger als bei den anderen Großmächten. Wo der vorgeworfene Militarismus oder gar sein „Moloch“ sitzen solle, sei unerfindlich, die Vorlage sei im Gegenteil auf das Mindestmaß zugeschnitten. Allerdings herrsche Verstimmung im Volke, die wohl eine Folge unserer ganzen modernen Geistesrichtung, des Kampfes ums Dasein und des Mangels an Selbstverleugnung bilde; aber auf eine Änderung könne in dieser Frage nicht gewartet werden und schwerlich werde sich die Verstimmung heben, wenn erst die Franzosen im Lande ständen; andererseits müsse aber die Stimmung am ersten Mobilmachungstage ins Auge gefaßt werden, die leicht entscheidend für den ganzen Verlauf des Krieges sein könne. Durch Verweigerung der Möglichkeit, gute, junge Truppen

zu verwenden, dürfe man das Gefühl, die Schwächeren zu sein, in der Nation nicht aufkommen lassen. Eine Ablehnung der Vorlage werde eine nicht zu bannende Unsicherheit im Verkehrsleben und peinliche Äußerungen des Auslands über die deutsche Vaterlandsliebe, unser andauernder Schwächezustand aber Versuchungen der Gegner zum leichteren Anbinden mit uns im Gefolge haben. Bezüglich des Patriotismus warf der Kanzler die Frage auf, was davon wohl in einer Äußerung des Abg. Lieber liege, der in einer Rede zu Aschaffenburg gesagt habe, der Fortbestand einer Partei wie das Zentrum, sei für das Reich wichtiger als die Berechtigung der Militärvorlage. Schließlich wandte sich der Reichskanzler zu den drei zum § 1 gestellten Anträgen. Den des Grafen Prehsing (Zentr.), die Präsenzstärke ohne Unteroffiziere auf 420 031 Mann zu setzen, lehnte er ebenso entschieden ab, wie den von Althaus und freisinnigen Genossen gestellten Antrag auf verfassungsmäßige dauernde Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen und Normierung der Friedenspräsenzstärke in der jetzigen Höhe von 486 983 Mann für die Dauer vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1895 unter Einbegreifung der Unteroffiziere. Anders stellte sich der Reichskanzler zu einem Antrag v. Huenes (Zentr.), an den sich die letzten Hoffnungen auf eine Einigung knüpften. Hiernach sollte die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479 229 Mann festgestellt, die Infanterie in 538 Bataillone und 173 Halbbataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 494, die Eisenbahntruppen in 7, der Train in 21 Bataillone eingeteilt und bezüglich der aktiven Dienstpflicht eine Reihe von bestimmten Anordnungen in Kraft gesetzt werden. Der Reichskanzler erklärte, bei diesem Vorschlage würden die Regierungen zwar nicht ganz dahin kommen, wohin sie wollten, aber zweifellos weiter, und da könne der Umstand, daß beim jetzigen Zustand der Parteiverhältnisse Neuwahlen ungleich größere Erschütterungen als bisher mit sich zu bringen vermöchten, von Einfluß auf ihre Entschliessungen sein; Preußen finde in dem Antrage eine annehmbare Lösung der Militärfrage; freilich müsse im Falle von Neuwahlen eine Zurücknahme der Zugeständnisse vorbehalten bleiben.

Nach dem Grafen Caprivi ergriff der preußische Kriegsminister

v. Kalkenborn das Wort, um Einwürfe bezüglich der Unteroffizierfrage und der Frage nach der Zahl der militärisch tüchtigen Leute zu widerlegen. v. Huene schilderte, wach schweren Entschluß es ihn gekostet habe, mit seinem nur von wenigen Parteigenossen unterstützten Antrage hervortreten; maßgebend seien für ihn die auf dem Spiele stehenden großen vaterländischen Interessen gewesen. Am 4. Mai begann die Fortsetzung dieser Verhandlungen mit einer Rede Richters (d.-frei.). Er bekämpfte den Antrag Huene, mit dem $\frac{5}{6}$ bis $\frac{7}{8}$ der Vorlage bewilligt würden, protestierte gegen des Kanzlers Darstellung der Kommissionsberatungen, als ob darin nur allgemeine Schlagworte ausgetauscht worden seien, und bezeichnete die Voranstellung der Urteile von Militärs als Negation der Volksvertretung; dieser komme die Verteilung der verfügbaren Mittel zu, während gerade die Berufskreise der Einseitigkeit unterworfen seien. Nach dem Reichskanzler müsse das jetzige Deutschland mit dem kleinen Preußen am Anfange dieses Jahrhunderts verglichen werden, in Wahrheit sei aber das jetzige Material größer als sogar das von 1870, denn seit 1872 seien $12\frac{1}{2}$ Milliarden für das Heer verwendet und die Flotte vervierfacht. Wenn durch die Vorlage unsere Macht in Zukunft gestärkt werde, so müßten die Gegner sich veranlaßt sehen, jetzt über uns herzufallen, die Gefahr sei jedoch nicht vorhanden. Der Kanzler thue so, als ob wir für die Kulturaufgaben Geld in Hülle und Fülle hätten, während anderweit nachgewiesen sei, wie beschämend Deutschland in dieser Beziehung zurückstehen müsse. Hiernach ergriff der Reichskanzler das Wort, um seine obige Erklärung dahin zu verbessern, daß im Falle von Neuwahlen der Huenesche Antrag die Wahlparole der Regierungen sein werde. Bebel versicherte, die Sozialdemokraten hätten ebenfalls ein Interesse an der Abwehr eines Angriffs auf Deutschland, weil sonst die Erreichung ihrer Ziele auf lange Zeit unmöglich gemacht würde, die Auferlegung neuer Opfer dürfe aber nicht so weit gehen, daß dadurch unsere materielle Leistungsfähigkeit zerstört werde. In der Sitzung vom 5. Mai machte v. Manteuffel (kons.) darauf aufmerksam, daß die Opposition sich wieder gestärkt fühle durch das plötzliche Erscheinen der Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, dieser nur gelegentlichen Gäste, die bloß gekommen seien, um gegen die Vorlage zu stimmen. Lieber (Zentr.) erwiderte auf den neuen Vorhalt des

Kanzlers, sein Verhalten in der Kommission bezeuge seine Vaterlandsliebe, die Berichte über seine Aschaffenburg'sche Rede seien sehr entstellt, aber er halte allerdings das Fortbestehen der seit 20 Jahren für den Föderalismus und gegen cäsarische Bestrebungen auftretenden Zentrumsparthei für wichtiger als diese Vorlage. Graf Caprivi erklärte sich nach dieser Erläuterung außer stande, der Lieber'schen Rede vom 7. April eine andere Deutung zu geben als neulich. v. Bennigsen (nat.-lib.) bedauerte die Erscheinung, daß von den Parteien bestimmte Ziele, die sie jahrein, jahraus für bedeutungsvoll erklärt, wie die zweijährige Dienstzeit, entschieden bekämpft zu werden pflegten, sobald es an die Ausführung gehe. Das sei eine Erbschaft aus der Kleinstaaterei, in der wir zu wenig gewöhnt worden, große Fragen nach großen Gesichtspunkten zu behandeln. Wenn sich der Reichstag in letzter Stunde hierzu aufschwinde, so werde eine von fast allen Seiten als unglücklich angesehene Entwicklung, eine Auflösung und ein Wahlkampf unter verwirrten Zuständen vermieden werden. Nur die Überzeugung vom felsenfesten Entschluß der Deutschen, ihre Kräfte völlig und zur ständigen Überlegenheit über die Franzosen auszunutzen, werde diese zum Verzicht auf Revanche zwingen. Bayer (Volksp.) führte aus, niemand werde glauben, diese Militärvorlage sei die letzte, und die Zustimmung der Regierung zum Huenes'schen Vorschlage beweise, daß das Volk mit seinem Verharren in der Opposition recht habe.

In diesem Stadium der Verhandlungen und nachdem ein letzter privater Vermittlungsversuch einiger freisinnigen Abgeordneten mißlungen war, stand es fest, daß die Militärvorlage fallen werde, und es fragte sich, ob zuvor schnell noch irgend eine andere wichtige Sache vom Reichstage erledigt werden könne; allein die schon lange herrschende allgemeine Unlust ließ keinen Wunsch dafür aufkommen und die Zentrumsparthei unterließ sogar, ihren Antrag auf Aufhebung des sog. Jesuitengesetzes in Erinnerung zu bringen, zum Teil vielleicht auch unter dem Eindruck eines Aufsatzes, den Graf Hoen'sbroech soeben im Maiheft der „Preuß. Jahrbücher“ über seinen Austritt aus dem Jesuitenorden, dem er 13 Jahre angehört, veröffentlicht und worin er ausgeführt hatte, der Jesuitismus unterdrücke, ja vernichte bis zu einem gewissen Grade den Charakter und die Individualität des einzelnen. So kam es am 6. Mai im Reichstage nur noch zur

Annahme der Militärpensionsnovelle. Die dann noch folgenden Verhandlungen über die Militärvorlage waren von geringerer Bedeutung. Endlich kam das Schicksal derselben zur Entscheidung. Bei der Abstimmung wurde der § 1 gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles der Reichspartei, dann die drei Anträge, insbesondere der v. Huenes, bei einer Stimmenthaltung, mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Polen, 6 freisinnige, 12 Zentrums-, 3 antisemitische und 3 Abgeordnete, die keiner Partei angehörten. Nach Verkündung des Ergebnisses verlas der Reichskanzler eine kaiserliche Verordnung, wonach auf Grund eines Beschlusses des Bundesrats der Reichstag aufgelöst wurde.

Dieser für die Geschichte Deutschlands wichtige 6. Mai war zugleich der Geburtstag des Kronprinzen Wilhelm, der in sein zwölftes Lebensjahr trat. Durch das kindliche Spiel, welches er und seine nächstälteren Brüder vor den Eltern aufführten, wurde diesen zeitweise der Ernst der öffentlichen Lage zurückgedrängt. Die Prinzen gaben nämlich auf dem Platze beim südlichen Flügel des Neuen Palais bei Potsdam eine „Zirkusvorstellung“, wobei, nach einem Prologe des Prinzen August Wilhelm, jeder Prinz auf seinem Pferde sich produzierte. Die große Maßnahme dieses Tages war seit Bestehen des Reichs bereits die dritte. Das erste Mal erfolgte eine Auflösung des Reichstags im Jahre 1878 wegen Ablehnung des Sozialistengesetzes, das zweite Mal 1887 wegen Ablehnung der Septennatsvorlage. Man konnte nicht sagen, daß die Maßregel jetzt überraschend kam; das Fazit der fruchtlosen Verhandlungen zu ziehen, war nur deshalb eine Zeitlang verzögert, daß immer noch eine durch bloße Zufälligkeiten bewirkte, wenn auch noch so knappe Mehrheit für möglich gehalten wurde. Trotz ihrer allgemeinen Erwartung machte die Thatsache tiefen Eindruck auf alle Parteien. Sie schienen das Gefühl zu haben, daß nun die seit langem gärende Unzufriedenheit der verschiedensten Kreise sich auf eine für das Gemeinwohl nicht geeignete Weise Auswege suchen werde, neue Verhältnisse entstehen würden und eine völlig ungewisse Zukunft bevorstehe. Und mit diesem beklemmenden Gefühle verband sich zunächst eine Befriedigung über das Ende eines infolge seiner Zusammensetzung so unfruchtbareren Reichstags. Die „National-Ztg.“ nannte ihn den schlechtesten

Reichstag, den das Reich gehabt, „ein würdiges Seitenstück des alten Regensburger Reichstags in der Unfähigkeit zur Wahrung der wichtigsten vaterländischen Interessen, ein würdiger Nachfolger auch des Frankfurter Bundestages in der Pflichtverletzung durch beständige Beschlußunfähigkeit“; und diese Erklärung glaubte das Blatt darin zu finden, daß der 1890 gewählte Reichstag aus einer gewissen Verbindung des Zentrums, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten gegen das frühere Kartell der gemäßigten Parteien, sowie aus der wildesten, gewissenlosesten Hezerei gegen die für Deutschlands Sicherheit notwendigen Opfer hervorgegangen sei. Gleichzeitig ergingen sich die Zentrums- und die freisinnigen Organe in Siegesfreude und in Lobeserhebungen über diesen Reichstag: Die „Germania“ nannte die Verwerfung der Heeresvorlage „eine befreiende That, nicht bloß für Deutschland, sondern für das ganze schwer niedergedrückte Mitteleuropa“ und meinte, der Reichstag habe auf der Höhe seiner Aufgabe gestanden, indem er gezeigt habe, „daß es auch in unserer Zeit noch Grenzen giebt gegen eine militärische Belastung des Volks, die jedes Maß überschreitet, unter der fast niemand und nichts mehr gedeiht.“ In demselben Sinne sagte die „Freisinnige Ztg.“, wenn je zuvor, so habe die letzte Abstimmung des Reichstags dem Volkswillen getreuen Ausdruck gegeben; vergeblich hätten die Gegner gehofft, wie 1887 das Volk durch allerlei Fantasie-Vorstellungen schrecken zu können, der deutsche Michel habe wieder einmal, außer Gott, auch die Franzosen und Russen fürchten lernen sollen zu Nutz und Frommen des Militäretats. Nach der demokratischen „Volks-Ztg.“ handelte es sich darum, ob der Nährstand durch den Wehrstand unfähig gemacht werden solle, den friedlichen Kulturaufgaben nachzugehen, um derenwillen das Leben erst wert sei gelebt zu werden. Die freisinnige „Posener Ztg.“ sagte, es handele sich darum, ob das Volk sich zum Demutgefühl, zum geforderten schweigenden Gehorsam des Soldaten kommandieren lassen wolle, und war befriedigt darüber, daß die Wände härter seien als der Kopf, mit dem der Reichskanzler hindurch gewollt habe. Die „Hamburger Nachrichten“ sahen in der Auflösung des Reichstags einen Sprung ins Dunkle und einen taktischen Fehler. An solche Kritiken und Rückblicke schlossen sich ebenso verschiedenartige Betrachtungen über die bevorstehenden Neuwahlen. Allseitig war man darüber einig, daß der Wahlkampf einer der

heftigsten werden würde; die Hoffnungen der Gemäßigten waren gedämpft durch die Thatsache, daß große Wahlkreise zu sehr unter dem Druck der Voreingenommenheit, Unzufriedenheit und Agitation ständen, die sich in Stimmabgabe für die Opposition zu äußern pflegt. Die „Vossische Ztg.“ blickte sorgenvoll in die Zukunft. Das „Berliner Tagebl.“ war besorgt um die Einheitlichkeit der freisinnigen Partei, die „um des Himmelswillen“ nicht gelockert werden dürfe, um das allgemeine Wahlrecht und um die fernere Entwicklung zum Rechtsstaat. Dagegen trat die „Köln. Ztg.“ mit großem Vertrauen zum Sinne des deutschen Volkes auf; dieses habe die von der Sozialdemokratie über Handel und Gewerbe verhängten Schäden sowie die endlosen Versprechungen der Radikalen nun genügend kennen gelernt und werde aus den traurigen Erfahrungen des letzten Reichstags die Lehre gezogen haben, „daß gesundes Gedeihen nur im Schatten einer starken Monarchie und einer festen Regierung blühen“. Patriotisch wollte jede Partei wie jeder Einzelne sein; aber weite Kreise glaubten dies durch Verfolgung von Zielen zu bethätigen, die mit der Militärfrage nichts zu thun hatten oder deren Förderung sie als Bedingung für die Zustimmung zur Heeresverstärkung aufstellten. Nach der Haltung der Regierungen war jedoch vorauszu sehen, daß die Gegner der Militärfrage ohne diese auch keine anderweitige Forderung im nächsten Reichstage durchsetzen würden. Der konservative „Reichsbote“ hatte keine Hoffnung für eine Wiederholung der Militärvorlage, weil die Regierungen nicht das Vertrauen der bäuerlichen und handwerklichen, überhaupt der mittelständischen Kreise besäßen. Die „Staatsbürger-Ztg.“ wollte vor allem Männer, die gegen „manchesterliche Ausbeutung des jüdischen Mammonismus“ seien. Ähnlich vermißte die „Tägl. Rundschau“ im Regierungsprogramm „ein paar kräftige Wörtlein von der Judennot“. Blätter wie die „Schlesische Ztg.“ und die „Allgem. Ztg.“ wiesen auf die Pflicht zur Erhaltung der schwer errungenen Einheit, den kathol. „Westf. Merkur“ indes ließen, wie er sagte, Schlagworte von Mangel an Patriotismus „ganz kalt“ und das Münstersche Blatt wollte „alle auslachen“, die bange machen wollten mit Krieg oder Konflikt im Innern.

Sehr bemerkenswert erschienen die Stimmen der auswärtigen, namentlich der französischen Presse. Die Pariser „Patrie“

forderte ihre Landsleute auf, „dem in sich und gegen sich zerspaltenen Deutschland“ entgegenzutreten als ein starkes einiges Frankreich, denn eine vielleicht nicht ferne Stunde werde das anscheinende Gewicht von Macht und despotischer Tyrannei mit Einem Stöße umwerfen; „dann werden wir den Sieg des Rechts über die Macht sehen, dann werden wir die preußische Herrschaft in bescheidenere Verhältnisse eingeschränkt und die europäische Geographie nach den Geboten der Gerechtigkeit, der Vernunft und Wahrheit umgestaltet sehen.“ Der „National“ bezweifelte freilich, daß das deutsche Volk „den gesunden Verstand und Mut zeigen“ werde, den seine Vertreter bewährt hätten, der teutonische Chauvinismus werde gewissen Aufreizungen nicht widerstehen, aber Frankreich werde entsprechende neue Opfer bewilligen. Der „Intransigeant“ freute sich des geringen Zutrauens der deutschen Regierungen zu dem Dreibund; „Eclair“ sah in der Auflösung des Reichstags einen Staatsstreich und hierin eine Gefährdung des allgemeinen Friedens; „Rappel“ meinte, Kaiser Wilhelm sei nicht mehr Herr in seinem Hause; „Justice“ setzte die Hoffnung auf die sozialdemokratischen Abgeordneten im nächsten Reichstage und der frühere Reichstagsabgeordnete Antoine aus Metz bestätigte in der Pariser Presse, daß die Deutschen Frankreich zu fürchten begönnen. In Paris begann man die bisherigen elsass-lothringischen Reichstagsabgeordneten zu feiern und ihre Abstimmung gegen die Militärvorlage als einen Triumph der französischen Armee zu preisen. Der elsässische Emigrant Sansboeuf sah als Vorsitzender einer Versammlung von Pariser Turnergesellschaften schon das Ende der deutschen Herrschaft über Elsaß-Lothringen gekommen und stellte sogar bereits seine Kandidatur in Straßburg für eine neue französische Deputiertenkammer auf. Solchen Überschwenglichkeiten gegenüber machten übrigens sowohl der aus 1870 bekannte Herr Benedetti als auch der frühere Botschafter in Berlin, de Courcel, darauf aufmerksam, daß die Lage in Deutschland nach Auflösung des Reichstags nicht ernster in bezug auf den Frieden geworden sei als vorher. Wie in Frankreich, so wurden auch von den belgischen Fransquillons die deutschen Freisinnigen und Zentrumsleute mit vollstem Beifall überschüttet. Bezüglich jener Äußerungen der französischen Presse wurde von der Londoner „Pall Mall Gazette“ bemerkt: „Wenn irgend etwas die Herzen und Taschen der deutschen Wähler öffnen kann, so sollte es diese vorgreifende Freude ihrer Erbfeinde sein.“

Der Lage entsprechend setzte die Bewegung für die schon auf den 15. Juni anberaumten Neuwahlen unverzüglich nach dem 6. Mai ein. Das erste war, daß alle Parteien, wie üblich, ihre neu ausgeputzten Fahnen entrollten. Als die ersten auf dem Plane erschienen wieder die Sozialdemokraten. Ihre Abgeordneten hatten im Reichstage den Auflösungserlaß mit lautem Jubel angenommen; war ja auch ihre Hoffnung und Berechnung, daß die allgemeine Unzufriedenheit ihrer Partei viele neue Mandate erbringen werde, selbst von gegnerischen Rednern bei mehreren Anlässen bestätigt worden. In dem schon am 7. Mai erschienenen Wahlaufrufe dieser Partei hieß es, wochen- und monatelang hätten die herrschenden Parteien hinter den Kulissen ihr Interessenspiel getrieben, bis endlich die Furcht vor den Wählern die Mehrheit der Bourgeoisvertreter verhindert habe, der Militärvorlage zuzustimmen, welche die auf den Schultern des arbeitenden Volks lastenden Gut- und Blutsteuern ins Unerträgliche zu steigern gedroht habe; die Auflösung des Reichstags richte sich unmittelbar gegen das Volk; die Sozialdemokraten möchten nun dem Willen der Regierungen den Volkswillen entgegensetzen, zumal die Grundrechte desselben, namentlich das allgemeine Wahlrecht in Gefahr seien, nach dessen Beseitigung die Interessen der Besitzenden drängten. In Anschluß an diesen Aufruf sagte das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts“, der erbitterte Wahlkampf werde nur der Beginn schwerer innerer Kämpfe sein, die sich um die Frage drehen würden, ob der Militärstaat den Intelligenzstaat verschlingen oder ob Deutschland eine einzige große Kaserne mit Arbeits- und Zuchthaus daneben oder ein Kulturstaat sein solle.

Gleich nach diesen nichts Neues bietenden Aussprüchen trat in der That bereits etwas von den Überraschungen ein, auf die man in unbestimmter Weise ziemlich allgemein rechnete. Es bestand in nichts Geringerem als in der Zersekung innerhalb der beiden großen Fraktionen, welche hauptsächlich die Ablehnung der Militärvorlage herbeigeführt hatten, der deutsch-freisinnigen und der Zentrumsfraktion, anscheinend ein Vorgang von Bedeutung für die fernere Gestaltung des ganzen Parteiwesens. Was die deutsch-freisinnige Partei betrifft, so hatte ihr Hauptorgan am 5. Mai verkündigt, es habe sich am 3. Mai herausgestellt, daß nur ein oder zwei freisinnige Abgeordnete für v. Suenes Antrag zur Militärvorlage stimmen

würden; in einer folgenden Fraktionsitzung hatten sich jedoch schon sechs Mitglieder gegen den freisinnigen Antrag Althaus erklärt, und zwei von ihnen, Barth und Rickert, hatten am 5. Mai sogar Verhandlungen über eine Verständigung in der Militärfrage mit dem Reichskanzler unternommen. Indem sie nämlich von diesem die Zustimmung zu einer dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit verlangten, glaubten sie etwa die Hälfte der freisinnigen Stimmen für den so geänderten Hueneschen Antrag in Aussicht stellen zu können. Der abgelehnte Vorschlag wurde gleichwohl am 6. Mai, jedoch vom Prinzen Carolath, im Reichstage eingebracht, nachdem er aber hier gefallen war, stimmten jene sechs Freisinnigen für den Antrag v. Huene. Dies hatte zur Folge, daß noch am Abend desselben Tags die Fraktion auf Richters Antrag mit 27 gegen 22 Stimmen erklärte, diese Abstimmung der sechs sei mit der politischen Gesamthaltung der freisinnigen Partei unvereinbar. Damit wurde die im Jahr 1884 eingetretene „Fusion“ der Fortschrittspartei mit dem 1880 von der nationalliberalen Partei abgetrennten linken Flügel, den deshalb damals sogenannten „Sezessionisten“ rückgängig. Die Auseinandersetzung beider freisinnigen Teile erfolgte gleich darauf, und, wie es hieß, in einer so freundlichen Weise, daß ihre gemeinsamen Interessen vor Schädigungen bewahrt blieben. Die bei Richter Verbleibenden setzten ihre Fraktion unter dem Namen „Freisinnige Volkspartei“ fort, während die Ausgeschiedenen eine besondere Fraktion unter dem Namen „Freisinnige Vereinigung“ bilden wollten. Für erstere erschien ungefümt ein Wahlaufruf, in welchem besonders die Folgen ausgemalt waren, wenn eine der Militärvorlage günstige Mehrheit gewählt werden sollte. Einer rücksichtslosen Steigerung der Militärlasten auch in anderer Richtung würde alsdann, so war hier ausgeführt, keine Grenze mehr gesetzt sein und mit fortgesetzter Erhöhung der Verbrauchsabgaben werde die Finanznot des Reichs der Einführung von Monopolen zutreiben. Das Recht der Freizügigkeit, die Solidität der deutschen Währung, die Erweiterung des Absatzes im Auslande durch Handelsverträge seien bedroht und der Bund der Sonderbestrebungen werde die Preisgebung allgemeiner Interessen fordern. Das Auffallendste an diesem Aufrufe bestand darin, daß er, neben Richter, vom Rechtsanwalt Payer aus Stuttgart, bisherigem Reichstagsabgeordneten des sechsten württem-

bergischen Wahlbezirks und Führer der Reichstagsfraktion der süddeutschen Volkspartei, unterzeichnet war, die sich 1872 gebildet und 1876 die Republik als Ziel in ihr Programm aufgenommen hatte. Nach einer gleichzeitig veröffentlichten Erklärung Richters sollte zwar erst nach den Neuwahlen ein Parteitag berufen werden, um über Organisation, Programm und Parteibezeichnung zu entscheiden, jedoch verband er damit die Ankündigung eines „festen Zusammenstehens mit den Abgeordneten der süddeutschen Volkspartei in allen Kämpfen dieser Legislaturperiode“. Das überraschte insofern, als bisher kein Anzeichen bemerkt gewesen war, daß die Mehrheit der Deutsch-Freisinnigen einer Änderung ihrer Programme von 1876 und 1877 zusteure und als andererseits das Hauptorgan der süddeutschen Volkspartei, die „Frankfurter Ztg.“, sich von dieser Annäherung keineswegs erbaut zeigte. Sie versicherte wiederholt, es lägen nur persönliche Schritte der Genannten vor und suchte am 13. Mai die grundsätzliche Unvereinbarkeit beider Richtungen darzulegen. Und während Richter in einer Versammlung zu Berlin, die ihm als „sturmerprobten Führer“ wegen seiner Hingebung und seines Scharffinns dankte, mit Befriedigung aussprach, seine Partei habe „einen scharfen Ruck nach links“ gethan, protestierte das genannte Hauptblatt der Volkspartei gegen den derselben von Richter angenommenen „Ruck nach rechts“. Demgegenüber teilte die „Freis. Ztg.“ mit, daß schon mindestens acht Zehntel der bisher freisinnigen Wahlkreise sich der „Freisinnigen Volkspartei“ angeschlossen oder den Anschluß in Aussicht genommen hätten. Erfreut über diese Aussicht frohlockte die demokratische Berliner „Volks-Ztg.“ wegen der „reintlichen Scheidung des zielbewußten liberalen Bürgertums von Elementen, auf die gerade in den Zeiten der äußersten Gefahr am wenigsten Verlaß“ sei und die „Berliner Ztg.“ triumphierte, daß „die alte Standarte wieder über den Zelten und Zinnen der Fortschrittspartei weht“. Abweichend hiervon meinte das freisinnige „Berliner Tagebl.“, man hätte zusammenbleiben können und müssen, „weil der Feind vor den Thoren steht“ und der folgenschwere Schritt der Trennung sei in Übereilung und Zorn gethan. In anderen politischen Lagern wurde die Spaltung der freisinnigen Partei mit vieler Befriedigung aufgenommen. Man erblickte darin die Bestätigung der öfters im Laufe der letzten Jahre aufgetauchten, aber von der

freisinnigen Parteileitung stets in Abrede gestellten Behauptung, daß ein Teil der Mitglieder mit der Führung Richters nicht einverstanden und ihr entgegengesetzte Schritte zu thun geneigt gewesen, daher mit Grund schon längst eine innere Scheidung der Partei in „Wasserstiesel“ und „Wadenstrümpfe“ angenommen worden sei; nun hatte Richter selbst in seiner offenen Erklärung vom 7. Mai gesagt, es sei schon seit längerer Zeit in ihm und anderen die Überzeugung gesteigert, daß die Fraktion in ihrer Gesamtheit nicht mehr von der nötigen Einheit der politischen Denkart getragen worden sei. Der Wahlausruf der „Freisinnigen Vereinigung“ vom 10. Mai, der nach Lage der Dinge zugleich als ihr Programm erschien, stellte in der Militärfrage als erste Forderung die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit auf, sprach sich für Wahrung der politischen Rechte „gegenüber dem reaktionären Ansturm“ aus und erörterte die Gründe der Trennung von den bisherigen Genossen. Hiernach schienen sie nicht so tiefgehend zu sein, denn es war von fortdauerndem Verharren beider Teile auf dem unveränderten freisinnigen Programm die Rede, in welchem eine breite Unterlage für ein politisches Zusammenwirken gegeben sei; die Meinungsverschiedenheit habe nur über das Maß der politischen Duldsamkeit bestanden, welches innerhalb eines Fraktionsverbandes herrschen solle. Noch deutlicher drückte sich am 13. Mai das Organ dieser Partei, die „Freisinnige Wahlcorresp.“ aus in den Worten: „in der verschiedenartigen Methode bei der Behandlung politischer Fragen, nicht in dem Ziel politischer Bestrebungen ist der Unterschied zwischen beiden Gruppen zu suchen.“ Hiergegen machte jedoch das Richtersche Organ mit dem Hinweis auf Front, Virchow habe in der Herrn Richters feiernden Versammlung vom 10. Mai betont, daß es sich in einer Fraktion nicht um bloße Bekenntnisse, sondern um politische Aktionen handele, daß diese aber unmöglich seien, wenn ein Teil der Partei die Aktion des anderen Teiles neutralisiere. Hinsichtlich der Militärvorlage lehnte die neue Partei, wie ihr Organ sagte, ab, im voraus genau die Grenze zu bezeichnen, bis wohin sie bei ihren Bewilligungen gehen werde.

Gleichzeitig mit dem Zerfall der freisinnigen, begann die Spaltung in der Zentrumsfraktion des Reichstages hervorzutreten. Ihr Vorsitzender, Graf Ballestrem, hatte noch im Herbst 1892

als Vorsitzender der deutschen Katholikenversammlung in Mainz verkündet, das Zentrum sei so einig wie jemals. Dann hatte er im April Audienz beim Papst gehabt; die ihm dort zu Teil gewordenen Ehrenbezeugungen in Verbindung mit dem ihm vom Papste ausgesprochenen Lobe der Zentrumsparthei hatte die Presse derselben in allen Einzelheiten veröffentlicht, und man hatte dabei vernommen, der Papst habe dem Grafen beim Abschiede den Rat gegeben »unité et sagesse — mais surtout sagesse!« Um so unerwarteter kam es, daß Graf Ballestrem am Tage, nachdem der Reichskanzler im Reichstage den Ausspruch des Zentrumsmitglieds Dr. Lieber bezüglich des Vorzugs seiner Partei vor dem Vaterlande hervorgezogen hatte, den Vorsitz der Fraktion wegen Nichtübereinstimmung mit der Mehrheit derselben in der Militärfrage aufgab, und Graf Hompesch, der Vertreter Aachens, zum Vorsitzenden gewählt wurde. Für den Antrag v. Huenes stimmten sodann im Reichstage 12 Mitglieder des Zentrums, von welchen zwei aus der Rheinprovinz, je eines aus Bayern, Württemberg und Baden, sieben aus Schlesien waren. Diesen war noch der erkrankte v. Schalscha zuzurechnen. Bestimmend für die ablehnende Mehrheit schien das heftige Auftreten der bayerischen Mitglieder gegen jede Bewilligung, die wirtschaftliche Niederlage und überhaupt das Schwinden der Bewilligungslaune infolge des Falles des preussischen Volksschulgesetzentwurfs gewesen zu sein. Die Minderheit dürfte aber vielleicht auch das Gefühl gehabt haben, im Sinne der Kirche liege mehr »sagesse« darin, einem Vorwurfe mangelnder Vaterlandsliebe sich nicht auszusetzen. Am 9. Mai traten auch Graf Adelman aus Württemberg sowie die Vorstandsmitglieder v. Huene und Dr. Porsch aus der Fraktion, die infolge dieser Görungen an den Erlaß eines Wahlaufrufs noch nicht sobald denken konnte.

Am 8. Mai wurde ein Wahlaufruf der Reichspartei, unterzeichnet vom Grafen Behr-Behrendorf und 15 Genossen, erlassen; am 9. Mai trat der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei mit einem von 55 Mitgliedern erlassenen Wahlaufrufe hervor. In beiden Aufrufen wurde die bekannte Stellung dieser Parteien zur Militärfrage und den wichtigsten anderen Fragen näher präzisiert. Was die konservative Partei betrifft, so sprach sich die Wahlleitung am 9. Mai in ihrer „Korrespondenz“ aus, ohne die Militär-

frage zu erwähnen. Dagegen hob sie hervor, daß keine andere Partei mit gleichem Mute und Selbstvertrauen in den Wahlkampf trete, daß sich das Volk, nach erfolgter „gründlicher Abwirtschaffung der liberalen Prinzipien“, nach einer gesunden konservativen Politik sehne und daß in allen Wahlkreisen mit konservativer Organisation eigene Kandidaten aufgestellt, dabei auch Vertreter des Mittelstandes berücksichtigt werden müßten und kein Konservativer für einen Freisinnigen oder einen Sozialdemokraten stimmen dürfe. Daran schloß sich am 11. Mai ein nur vom Freiherrn v. Manteuffel unterzeichneter Wahlaufruf und am 12. Mai eine große konservative Wählerversammlung in Berlin, in welcher v. Manteuffel das Einstehen der Partei für die volle Militärvorlage verkündigte und nochmals die Notwendigkeit des am 8. Dezember v. J. angenommenen neuen Parteiprogramms, insbesondere hinsichtlich der Judenfrage betonte, die sonst ganz dem „demagogischen Antisemitismus“ überlassen worden wäre. In Anknüpfung an diese Vorgänge wurde die von freikonservativen und nationalliberalen Blättern angedeutete gegenseitige Unterstützung aller gemäßigten Parteien in der großen Frage, um die sich zunächst alles drehe, seitens der „Kreuzzeitung“ und des konservativen Berliner „Volk“, von diesem als „Partellspuk“ zurückgewiesen.

Wie in den vorhergehenden Stadien der Heeresfrage, so gab auch im Beginne der Wahlbewegung der Kaiser wieder ein Zeichen, wie sehr er fortgesetzt von der Notwendigkeit der Durchführung dieser Sache durchdrungen sei. Zur Zeit der ersten Wahlaufrufe der Parteien, am 9. Mai, versammelte er nach dem Vorbeimarsch der Bataillone auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin die Generale und Stabsoffiziere um sich und sagte, er habe sich in seiner Hoffnung, der Reichstag werde in patriotischem Sinne die Militärvorlage unbedingt annehmen, leider getäuscht; eine Minderheit patriotischer Männer habe gegen die Mehrheit nichts zu erreichen vermocht; dabei seien leidenschaftliche Worte gefallen, die unter gebildeten Männern nicht gern gehört würden. „Ich mußte zur Auflösung schreiten und hoffe von einem neuen Reichstage die Zustimmung zur Militärvorlage. Sollte aber auch diese Hoffnung täuschen, so bin ich gewillt, alles, was ich vermag, an die Erreichung derselben zu setzen, denn ich bin zu sehr von der Notwendigkeit der Militärvorlage

um den allgemeinen Frieden erhalten zu können, überzeugt. Man hat von Aufregung der Massen gesprochen; ich glaube nicht, daß sich das deutsche Volk von Unberufenen erregen lassen wird. Im Gegenteil, ich weiß mich eins in dieser Militärvorlage mit den Bundesfürsten, mit dem Volk und der Armee. Ich danke, meine Herren, ich habe mich ihnen gegenüber nur aussprechen wollen, wie ich es beim Entstehen der Vorlage gethan." Hiermit war die Ansprache vom 18. August v. J. über die zweijährige Dienstzeit gemeint. Wie zur Bekräftigung der kaiserlichen Berufung auf Bundesfürsten sprach sich der junge Großherzog von Hessen am 10. Mai in seiner Thronrede zum Schlusse des Landtags in demselben Sinne aus; er beklagte ebenfalls den „verhängnisvollen Mehrheitsbeschluß“ und hoffte, daß sein Volk „in den dadurch hervorgerufenen Wirren“ die richtige Lösung finden werde. Die Ansprache des Kaisers wurde von den Parteien sofort mit in das Bereich ihrer Wählerörterungen gezogen. Während die konservative Presse über die Entschiedenheit des Monarchen sich befriedigt zeigte, die „Köln. Ztg.“ dieselbe, gegenüber Gerüchten von einer Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler, als zeitgemäß pries und die „Allgem. Ztg.“ diese Form der kaiserlichen Rundgebung angemessener hielt als eine „anfänglich beabsichtigt gewesene Botschaft an den Reichstag“, die doch nichts mehr hätte bewirken können, bestritten alle freisinnigen und Zentrumsblätter aufs eifrigste den Mangel des Patriotismus der Reichstagsminderheit und die Leidenschaftlichkeit der im Reichstag in dieser Sache gefallenen Worte. Die schärfsten Äußerungen über die Ansprache fielen in Bayern. Das Organ der dortigen Zentrumsparthei versicherte mit größter Bestimmtheit, das Volk werde dadurch nicht umgestimmt und fürchte sich auch vor einem inneren Konflikte nicht. Sogar die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ besorgten, daß in Bayern die Ansprache das Gegenteil ihrer Absicht bewirken werde. Größte Aufmerksamkeit wurde infolge der kaiserlichen Ansprache in Frankreich den Dingen in Deutschland zugewandt, und zwar in solchem Maße, daß darüber sogar die Heimkehr des Besiegten von Dahomeh in den Hintergrund trat. „Soleil“ und „National“ sahen in der Ansprache eine Herausforderung Frankreichs und letzterer gab den Deutschen den dringenden Rat, die „Mäßigung“ Frankreichs nicht etwa für Gleichgültigkeit zu halten. Der Mahnung des Groß-

Herzogs von Hessen folgte am 14. Mai eine des Großherzogs von Baden, der beim Stiftungsfeste des Militärvereins Heidelberg sich durch „die Schwere der Zeitverhältnisse gedrängt“ sah, sein Volk zur Nüchternheit und Bescheidenheit zurückzurufen, damit ihm die Erkenntnis vom Vorzug, dem Heere anzugehören, aufgehe. Da aber diese Rede Mißverständnissen begegnete, so sagte der Großherzog am 4. Juni bei einer ähnlichen Gelegenheit in Offenbach geradezu: „Wählen Sie nur solche Männer, welche die Macht des Deutschen Reichs höher halten als den Parteigeist und die in der Militärvorlage den Weg erkennen, Deutschland vor Demütigung zu bewahren.“ Zur Bethätigung dieser Gesinnung schlug der Großherzog ein mit größtem Beifall aufgenommenes Telegramm an den Kaiser vor, worin die freudigste Bereitschaft ausgesprochen wurde, seinem Rufe zu den Waffen mit Bereitwilligkeit zu folgen. Der Kaiser antwortete am folgenden Tage, dieses Gelöbniß bestärke ihn in der Zuversicht, daß das deutsche Volk in Fragen der Reichsicherheit „über die Meinungsverschiedenheiten des Tages hinweg“ zusammenstehen werde.

Neben diesen fürstlichen Mahnrufen ergingen die Wahlaufrufe der übrigen Parteien. Die Christlich-Sozialen, welche im Anfange des Mai mittelst „Manifestes“ ihre Scheidung von den neuesten Methoden des Antisemitismus vollzogen hatten, sprachen sich in einem Aufrufe vom 15. Mai entschieden für Verstärkung der Wehrkraft aus. Eine von 5000 Männern besuchte Versammlung der Deutsch-Sozialen, die am 21. Mai am Hermannsdenkmal bei Detmold stattfand, sandte dem Kaiser „das Gelöbniß, zu werben und zu wirken, daß All-Deutschland wehrhaft bleibe gegen jeden Feind“; aus den zuvor von Dr. König von Witten, Dr. Förster und Liebermann gehaltenen Reden ging übrigens hervor, daß unter jenen Feinden nicht bloß die auswärtigen, sondern auch das deutsche Judentum verstanden sein sollte. Der am 22. Mai folgende Parteitag in Hannover sprach seine Befriedigung über das Hinneigen der Konservativen zum Antisemitismus aus, wies aber dessen Vorkämpfer Ahlwardt und Genossen von sich ab. Sehr entschieden wandten sich die partikularistischen Rechtsparteien gegen die Heeresverstärkung. Die Deutsch-Hannoversche zeigte sich in ihrer am 12. Mai in Hannover gehaltenen Wahlversammlung sehr gehoben, und der Land-

schaftrats v. d. Decken-Rutenstein sagte hier unter rauschendem Beifall: „Der Urgrund aller Erschütterungen liegt im Jahr 1866. Wäre jener Unglücksmensch nicht gewesen, der damals alles über den Haufen warf, nie wären derartige Krisen eingetreten. Deutschland war dem altmärkischen Junker gleichgültig, aber er wollte alles beherrschen, deshalb mußte annektiert werden; doch die Niederjachsen kannte er nicht; schon Barbarossa wollte annektieren, aber die Anhänger Heinrichs des Löwen sprachen: lieber welfisch sterben, als kaiserlich verderben!“ Sodann sagte das Direktorium dieser Partei in einem Aufrufe vom 16. Mai: „Dem unseligen Wettstreit um die größte Armee in Europa muß Einhalt geboten werden. Dieser hat uns 2000 Millionen Schulden gebracht, Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe an den Rand des Abgrunds geführt“; unbekümmert um „die Kriegsfurcht als Wahlpeitsche“ werde die Partei für das Recht auf jedem Gebiete kämpfen. Die mecklenburgische Rechtspartei rückte mit einem langen Wahlerlasse auf, in dem es hieß, das auf die Verträge von 1815 gebaute Deutschland sei mit seinen bescheidenen Wehrkräften in 50 Friedensjahren besser gegen das Ausland gesichert gewesen, als das auf Macht und Gewalt begründete heutige Deutsche Reich. Weiterhin ließ sich der Bund der Landwirte vernehmen, indem er in einem Aufrufe vom 13. Mai seine Befriedigung aussprach, schon so bald nach seiner Begründung zum Eintreten für seine Forderungen berufen zu sein, die dann, unter völliger Ignorierung der Militärfrage, nochmals genau vorgeführt wurden. Zwar wurde in dem Aufrufe gesagt, des Vaterlandes Macht und Größe gehe über alles, als Grundlage der Erhaltung derselben wurde jedoch nur das Blühen von Landwirtschaft und Handel angegeben. Eigentümlich nahm sich eine am 13. Mai von 17 Berliner Bankdirektoren und Kommerzienräten erlassene Aufforderung aus, die Wahl liberaler, für die Heeresverstärkung stimmender Kandidaten durch Geldbeiträge zu unterstützen. Dieser Aufruf wurde mehrfach angegriffen, namentlich unter der Vermutung, daß „den Juden“ regierungsseitig die Schonung der Börse vor weiterer Besteuerung zugesichert worden sei, worauf die Sache bald wieder einschliefe. Ebenso erfolglos blieb ein am 19. Mai beim Vorstande des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gemachter Vorschlag einer teilweisen Deckung der Kosten der Militärvorlage durch Angehörige dieses Zweigs.

Endlich trat am 27. Mai der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes mit dem Aufrufe an die evangelischen Volksgenossen hervor, sich durch ihre „Verstimmung über die fortgesetzte Begünstigung römischer Hierarchie“ nicht auf die Wege trotziger Verneinung staatlichen Interesses gegenüber treiben zu lassen.

Nachdem in solcher Weise die Parteien, unter Entfaltung ihrer Banner, in die Schlachtreihe eingerückt waren, begann als zweiter Teil der Wahlbewegung in allen Wahlbezirken die Kämpfe zur Aufstellung und Durchführung zugkräftiger Kandidaturen. Sie zeichnete sich im allgemeinen vor den Wahlbewegungen von 1887 und 1890 durch eine freiere Beweglichkeit der durch Kartelle nicht gebundenen Parteien und durch eine gewisse Vereinfachung aus, indem die demokratischen von den übrigen Elementen innerhalb einzelner Parteien getrennt waren, dagegen fehlte auf seiten der Förderer der Heeresverstärkung der 1887 bei gleichem Anlasse hervorgetretene Zug der Erhebung und begeisterten Hingabe. Die Folge davon war ein trotz aller Heftigkeit der Gegensätze äußerlich verhältnismäßig ruhiger Verlauf und ein bis zuletzt andauernder Mangel an Übersicht der ganzen Bewegung; vielmehr gewährten die Vorgänge in vielen der 397 Wahlbezirke mit ihren 1401 Wahlkandidaten infolge der vielfachen Voranstellung der Sonderinteressen und vermöge der auf das Volk einstürmenden Leidenschaften ein Bild großer Zerfahrenheit und Verwirrung der Begriffe, so daß man sich unwillkürlich an Fürst Bismarcks am 23. März 1871 im preussischen Herrenhause gethanen Ausspruch erinnert fühlte, es sei eine alte historische und betrübende Wahrheit, daß es keine größere Kampfesfreude für den kampfesmutigen Deutschen gebe, als der Kampf mit den eigenen Landsleuten. Dazu kam als verwirrendes Moment, daß ein Teil der Anhänger der Regierungspolitik in Sachen der Heeresverstärkung zugleich ebenso entschieden Partei gegen die Regierung auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Zoll- und Handelspolitik nahm, und daß eine Reihe alter Parlamentarier aus verschiedenen Parteien die Annahme eines Mandats ablehnte. Obwohl die Meinung, daß eine starke Zunahme sozialdemokratischer Wahlen nur durch Zusammenhalten der staatsershaltenden Parteien verhindert werden könne, sehr verbreitet war, herrschte im allgemeinen wenig Neigung zu solchem gemeinsamen Operieren. Vereinzelte Stimmen, vor allem in der Münchener „Allgem. Btg.“, hielten eine solche Einigung, ja einen

Erfolg der Militärfrage für unbedingt sicher, falls Fürst Bismarck wieder voranginge, denn es zeige sich jetzt immer mehr, daß mit ihm doch ein wesentliches Element der deutschen Einigung verloren gegangen sei. Daß auch in höheren Kreisen solche Gedanken gehegt wurden, ging aus einem der kaiserlichen Post in Berlin gestohlenen, am 12. Mai vom dortigen „Vorwärts“ veröffentlichten Schreiben des Prinzen Albrecht von Preußen an den General v. Winterfeld hervor, wonach der Prinz den Gedanken wohlwollend aufgenommen zu haben schien, daß Fürst Bismarck zur Feier der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmal in Görlitz eingeladen werde, weil eine bei dieser Gelegenheit etwa stattfindende „publike Ausöhnung“ des Kaisers mit ihm „von eminent wohlthätigem Einflusse auf unsere inneren Verhältnisse sein müsse“. Der Kaiser schien eine solche Anregung bereits zurückgewiesen zu haben und begab sich, nachdem er am 15. Mai der Trauerfeierlichkeit für den verstorbenen Fürsten Adolf Georg von Schaumburg-Lippe in Bückeburg und der Beisetzung in Stadthagen beigewohnt hatte, nach Görlitz, wo am 18. Mai in seiner Gegenwart jenes von den Standbildern des verstorbenen Moltke und des nicht anwesenden Fürsten Bismarck umgebene Denkmal enthüllt wurde. Beim Festmahle sprach der Kaiser den Lausitzern seinen Dank aus und daran knüpfte er wiederum ernste Worte. Das Denkmal, sagte er, sei eine ernste Mahnung an uns alle, denn festzuhalten gelte es, was Kaiser Wilhelm einst geschaffen und gewollt; sicher zu stellen gelte es die Zukunft des gesamten deutschen Vaterlands. „Dazu bedarf unsere Wehrkraft einer erheblichen Verstärkung. Die Nation habe ich aufgefordert, uns dazu die Mittel zu bewilligen. Hinter dieser Frage stehen alle anderen Fragen und Rücksichten für den Augenblick zurück. Zur Lösung dieser die Lebensexistenz Deutschlands bedingenden Frage bedarf es der vollkommenen Einheit. Was uns Deutsche privatim auch trennen und auf verschiedene Bahnen lenken möge, das sei für jetzt beiseite gesetzt, bis die Aufgabe vollbracht ist.“ Ein alsbaldiges Echo fand die Rede in einer Ansprache des Grafen Arnim, als der Kaiser im Parke von Muskau feierlich eine Eiche pflanzte.

In der Wahlbewegung jedoch blieb auch diese, die dritte kaiserliche Mahnung in diesem Jahre ohne sonderliche Wirkung. Was die konservative Partei betrifft, so schien es der „Kreuz-Zeitung“

„schlechterdings unmöglich“, für die Wahlparole der Regierungen zu kämpfen, sondern sie verlangte die volle ursprüngliche Heeresvorlage und würde zu diesem Zwecke freudig auf Wahlbündnisse eingegangen sein, wenn der Reichstag nur zur Entscheidung der Militärfrage gewählt würde; das konservative „Volk“ wollte auch in diesem Falle „die Herstellung des Kartellspuks“ nicht, sondern auf den Vorschlag der „Nationalliberalen Korrespondenz“, unter Beiseitesetzung „aller anderen nur Unfrieden stiftenden Fragen“, über den Hueneschen Vorschlag als Parole sich zu verständigen, erwiderte das Blatt, konservative Männer könnten sich nicht dazu hergeben, die Mittelparteien auf Grund ihres Geldsacks noch weiter eine Rolle spielen zu lassen. In zahlreichen Wahlbezirken, namentlich Schlesiens, Sachsens und Hessens wurde jedoch diese abweisende Haltung nicht nachgeahmt, und in Berlin trat eine nach jenem höheren Gesichtspunkte gebildete „Vereinigung für Unterstützung der Militärvorlage“ für einen konservativen Kandidaten auf. Konservative im Kreise Ratibor meinten es mit ihrem Flugblatte „Die Kosaken kommen!“ so gut, daß sie damit den Gegnern Anlaß boten, die Behauptung von Übertreibungen zu begründen. Der Bund der Landwirte stellte nur in wenigen Fällen besondere Kandidaten auf, die meisten gingen unter konservativer Fahne. Aus der nationalliberalen Partei ragten Parteitage in Magdeburg, Hannover und Köln mit eindringlichen Reden für Einigkeit und Verständigung, sowie Abschiedsworte des bisherigen Abgeordneten Schelhäuser in Dessau an seine Wähler hervor, in welchen er sich für die Militärvorlage aussprach, jedoch dem Reichskanzler eine große Zahl taktischer Verstöße und den vorjährigen „Uriasbrief“ gegen den Fürsten Bismarck vorwarf. Der „freisinnigen Volkspartei“ erwies sich die süddeutsche Volkspartei auch im ferneren Verlaufe der Wahlbewegung nicht als der treue Verbündete, auf den sie gerechnet zu haben schien. Zwar billigte der am 13. Mai in Bruchsal versammelte Ausschuß dieser Partei Bayerns Unterschrift unter Richters Wahlaufruf, im übrigen erklärte er aber, es liege zur Zeit keine Veranlassung vor, der Frage über die Stellung der Partei zur Richterschen näher zu treten. Der letzteren schloß sich in Frankfurt a. M. freilich der „Verein der Fortschrittspartei“ an, die Auswahl des Kandidaten überließ er aber der demokratischen Partei. Vollends sagte das Richtersche Programm

der bayerischen Volkspartei nicht zu, denn ihr Organ, der „Nürnberger Anzeiger“ sagte, die darin enthaltene ostentative Betonung der Treue zu Kaiser und Reich, der kgl. preuß. Loyalitätszopf und norddeutsche Nationalitätsdüffel seien wider Geschmack und Gesinnung ehrlich demokratischer Männer. Aufsehen erregten Wahlreden von Richters Genossen Baumbach und Virchow. Ersterer berief sich für die Ablehnung der Militärvorlage darauf, daß der französische Botschafter in Berlin ihm auf Befragen gesagt habe, von einem französisch-russischen Bündnis könne keine Rede sein; schon erregte dies Unwillen in Paris, als Herbette in einem veröffentlichten Briefe nachwies, daß seine Ablehnung einer Unterredung über dieses Thema von Baumbach aus ungenügender Kenntnis der französischen Sprache gründlich mißverstanden sei. Noch grausamer war ein Mißverständnis Virchows, der am 27. Mai in einer Wahlrede zu Berlin Caprivi's Idee der taktischen Offensive so auffaßte, als solle uns „stets ein so starkes Heer zur Verfügung stehen, um jeden Augenblick in Feindesland einfallen zu können“ und meinte, das gehe doch über die Grenzen einer zulässigen Politik hinaus. Ihre bisherigen Freunde schien die die Richtersche Partei bereits entbehren zu können, denn sie bekämpfte die Kandidaten derselben in Stettin, Oldenburg und Schleswig-Holstein, wo am 14. Mai auf dem freisinnigen Parteitage in Neumünster beschlossen wurde, wie bisher Namen und Organisation beizubehalten. An einzelnen Orten, wie in Graudenz und Bremen,kehrten sich die bisherigen Freisinnigen nicht an die Berliner Parteileitung, sondern hielten mit den gemäßigten Parteien zusammen gegen die Umsturzpartei. Aus der neuen „Freisinnigen Vereinigung“ hob sich nur ein Aufruf des Historikers Mommsen in Charlottenburg und 36 Genossen hervor. Sie sagten am 18. Mai: „Es genügt nicht, daß das Vaterland mächtig sei, die Bürger sollen sich darin auch gesichert, wohl und zufrieden fühlen“; ihre Stellung zur Militärfrage gaben sie jedoch nicht näher an und wurden von der „Freisinn. Ztg.“ wegen ihres „unglücklichen rein formalen Standpunkts“ bekämpft. Rickert sprach sich jedoch deutlicher aus: in einer Wahlrede zu Danzig am 4. Juni gab er zu, daß mit der Bewilligung des zur Wehrhaftigkeit Nötigen dem Vaterlande gedient sei; er sei auf den Friedenskongressen in Rom und Bern sehr abgekühlt worden, da die französischen Teilnehmer den Frankfurter Frieden nicht anerkannt

hätten. Die Wahlredner der süddeutschen Volkspartei blieben streng bei ihrer Gegnerschaft der Heeresvermehrung, und das Organ ihres Führers Sonnemann berief sich auf das „geradezu Überwältigende“ Bismarckscher Einwendungen. Einen der interessantesten Vorgänge in der Wahlbewegung bildete die weitere Abbröckelung von der Zentrumsparthei. Der Haltung v. Huenes und der schlesischen Adelligen, die für seinen Antrag gestimmt hatten, schlossen sich dort weitere Kreise an, aber schon der Beschluß der Vertrauensmänner in Breslau, daß den Kandidaten in der Militärfrage freie Hand gelassen werden müsse, wurde in der übrigen Partei stark angefeindet und Dr. Porzsch sah sich dort sogar zu einer Verwahrung gegen die Verdächtigung bisheriger Genossen genötigt, daß von dieser „Sezession“ ein Treiben in den Staatskatholizismus und eine Gefährdung der Volksrechte zu befürchten sei. Den Abgefallenen schlossen sich jetzt der Freiherr v. Pfetten in Oberbayern und Graf Adelman in Württemberg an, Dekau Lender zu Sasbach in Baden nahm seinen Verzicht auf eine Kandidatur zurück, um wieder für die Militärvorlage zu stimmen, und es erschien in dem von Dr. Lieber, nunmehrigem Führer der Zentrumsparthei, seit Jahrzehnten vertretenen nassauischen Wahlkreise Montabaur sogar ein Aufruf von Katholiken gegen seine Wiederwahl. Weiterhin fühlte sich Liebers Anhang sehr getroffen durch die Parteinahme einiger Kirchenfürsten. Zwar hatte der Kardinal-Staatssekretär Rampolla am 12. Mai dem Führer eines deutschen Pilgerzuges erklärt, der päpstliche Stuhl habe sich in die mit kirchlichen Fragen nicht zusammenhängende Militärfrage Deutschlands nicht eingemischt, aber Kardinal Ledochowski sprach sich zu einem Vertreter der polnischen Fraktion mit großer Anerkennung für deren Zustimmung zur Militärfrage aus; weitere Beeinflussungen der Polen wurden von Zentrumsblättern auf den Fürstbischof Kopp von Breslau und den Erzbischof v. Stablewski von Posen zurückgeführt. Die „Germania“ vom 18. Mai bekannte sogar, eine solche Einwirkung wie die Stablewskis aus den 45 Jahren preussischen parlamentarischen Lebens auf kirchlicher Seite nicht zu kennen, und die erzürnte Bonner „Deutsche Reichs-Ztg.“ sprach von „faulen Köpfen“. Die Lieberische Seite der Partei zeigte sich überhaupt und ähnlich wie die freisinnige Volkspartei, immer erbitterter gegen ihre bisherigen Genossen. Die „Köln. Volks-Ztg.“ z. B. richtete an diese die Frage

„wer ist dieses deutsche Volk, das die ihm von der Regierung zuge-
dachten neuen Ausgaben gern tragen will? Ein Frosch, der sich auf-
bläht wie Dohle“; allerdings gebe es unter den Wählern „eine
Anzahl Mehlmeier, Piesmeier und Fünzigpfennigsrentner“, die ein
gehorsames Parlament als idealen Zustand ansähen; wenn diesen
gegenüber nicht jeder zur Wahl erscheine, so werde, bekannte das
besorgte Blatt, der Heuschreckenschwarm über das Wahlfeld kommen
und unabgewehrt die Ernte abfressen. Diese Abwehr sollte nun der
endlich am 24. Mai erschienene Wahlaufruf der Zentrums-
partei bewirken, der ganz im Sinne der Lieberschen Richtung abge-
faßt war. Man wollte darin alles zur Wehrhaftigkeit des Reichs
Erforderliche bewilligt sehen, aber nicht „die Umwandlung des Reichs
in einen Militärstaat, die dauernde Heranziehung des letzten halb-
wegs waffenfähigen Mannes und die bleibende übermäßige Belastung
des notleidenden Nährstands für den Wehrstand bis zur Erschöpfung
vor dem Krieg“. An diesem Aufrufe gefiel der „Kreuz=Ztg.“ nur,
daß er „den Wahndeeen des Liberalismus den Krieg erklären“ wolle,
im übrigen aber hielt sie ihn für ein sehr ungeschicktes Machwerk,
dessen unglaubliche Länge bestimmt zu sein scheine, die Wähler vom
gründlichen Lesen abzuhalten und über die grenzenlose Verlegenheit,
in die das Zentrum unter Liebers Führung geraten sei, hinweg-
zutäuschen. Diese abfälligen Aussprüche waren typisch für die Kritik
des Aufrufs in der Presse der anderen Parteien. Am Tage seines
Erscheinens erfolgte ein Gegenstoß von der anderen Zentrumsseite,
indem eine Versammlung von Vertrauensmännern Westfalens
in Münster sich für die freie Hand der Wahlkandidaten in der
Militärfrage aussprach und der früher langjährige Parteiführer
v. Schorlemer=Alst sich entschieden gegen die Liebersche
Richtung wandte. Er stellte mit 150 Landwirten, welche „auch
einmal Butter bei den Fischen sehen“ wollten, den Antrag, daß den
bisherigen zwei Berufslandwirten als Abgeordnete noch zwei weitere
beigegeben würden. Als über diesen Antrag zur Tagesordnung über-
gegangen wurde, verzichteten die Antragsteller auf ihre fernere Mit-
wirkung, entfernten sich und erließen am 25. Mai einen Wahlaufruf,
in dem die Aufstellung besonderer Kandidaten angekündigt und eine
„zum Schutz des Vaterlands hinreichend starke Armee“ verlangt
wurde. Nun trat auch v. Huene offener gegen die Liebersche Richtung

auf, und ihm stellte sich Graf Matuschka zur Seite, der es tief beklagte, daß in seiner Partei „der kleinliche, partikularistische Standpunkt über die weitausschauende patriotische Auffassung gesiegt“ habe. Hierin erblickte die „Germania“ den Geist des sich überhebenden Junkertums, während sie Schorlemers Auftreten auf persönliche Gerechtigkeit zurückführen wollte. Jenen Kundgebungen gegenüber suchte am 27. Mai eine Wählerversammlung in Köln die Richtung Liebers zu stärken. Dieser selbst sprach sich hier entschieden gegen eine Interessenpolitik des Zentrums und gegen dessen Degradierung zu einem „katholischen Taubenschlag“ aus, in welchem alles, was Flügel habe, ein- und ausfliegen könne. Für Schorlemer andererseits sprach sich am 28. Mai in Nordkirchen eine Versammlung von 800 Mitgliedern des „Westfäl. Bauernvereins“ aus, die in einem besonderen Programm sagten, „jauchzend und mit Vertrauen“ hätten sie sich ihm angeschlossen und „die Bauern All-Deutschlands“ würden dasselbe thun. Eine Erklärung desselben Sinnes wurde von einer größeren Zahl rheinischer Katholiken erlassen, wogegen die Handwerksmeister in Münster am 30. Mai Schorlemers „Aufforderung zum Abfall“ eine Beleidigung des ehrbaren Handwerks nannten. Von beiden Streitteilen wurden an verschiedenen Orten Kandidaten einander gegenübergestellt und in den für sie gehaltenen Reden trat der Gegensatz öfters recht derb hervor. Dabei war wieder Dr. Lieber sehr thätig und einige Aussprüche dieses Zentrumsführers wurden in weiteren Kreisen sehr bemerkt. So sagte er am 5. Juni in einer Rede zu Arzbach bei Ems, er wolle nicht, daß das deutsche Geld in den Dreck geworfen werde und unsere Soldaten würden um so eifriger sein, wenn sie einer Mehrzahl von Feinden gegenüberständen, wie auch einst ein spanischer Fürst gesagt habe, der Fluch einer armen Witwe gelte ihm mehr als die Vertreibung von zehntausend Sarazenen. In einer Wahlrede zu Neuß begründete Lieber die demagogische Taktik damit, die Zentrumsleute müßten Bullenbeißer sein, weil oben keine Küsse mit ihnen ausgetauscht würden, wenn sie nicht unten die Waden bedrohten. Ähnlich wie Lieber in Aschaffenburg, war das westfälische Zentralkomitee der Partei in Münster am 7. Juni der Meinung, die Hauptsache sei, daß dem Lande eine große und starke Zentrumsparthei erhalten bleibe. Vorzüglich in Westfalen und Schlesien gestaltete sich die Wahl-

Bewegung unter den Katholiken äußerst lebhaft, dort unter regster Beteiligung der niederen Geistlichkeit und oft mit großer Leidenschaft, wie sie sich u. a. im Aufruf der „Süderländischen Volks-Zeitung“ in Attendorn „Mit Gott für Vaterland und Fusangel!“, in Schlesien durch Blätter äußerte, die da sagten „weine, polnisches Volk, über deine Erniedrigung!“ Diese fanden sie nämlich darin, daß die Geistlichen, welche sie im Kulturkampfe gestreichelt, sie jetzt verließen. Kurz vor den Wahlen erschien noch eine scharfe Absage an das Zentrum durch eine Schrift, in welcher der Fürst Karl von Isenburg-Birstein nachzuweisen suchte, daß die dermalige Zentrumsfraktion die wirkliche Vertreterin des katholischen Volks nicht mehr sei.

Die Welfenpartei wurde in der Wahlbewegung durch die Nachricht verblüfft, daß der Herzog v. Cumberland die Ablehnung der Militärvorlage mißbillige. Sofort war ihre Presse bei der Hand, dies für ein plummes Wahlmanöver der Gegner auszugeben und der Agitator Brinkmann sagte sogar in einer Wahlversammlung zu Geestemünde am 7. Juni, die Partei werde, wenn der Herzog nicht in ihrem Sinne handele, ihre eigenen Wege gehen. In Harburg ging die Partei am 10. Juni eine Verbrüderung mit den Sozialdemokraten ein und ihr dortiger Hauptredner wies nach, daß beide Parteien schon bisher in allen nicht die Religion und die Monarchie betreffenden Fragen „Hand in Hand“ gegangen seien. Über den Kandidaten für Hannover, den Anwalt Dannenberg, wurde berichtet, er habe in einer Wahlrede geäußert, es sei besser, wir verlören einen Krieg, als daß wir noch einen Groschen für das Militär ausgeben. Als dies großes Aufsehen erregte, stellte er es in Abrede, aber acht Wähler bestätigten die Äußerung. Die Wahlbewegung der Sozialdemokraten vollzog sich im ganzen mit der Ruhe großer Siegesgewißheit. Ihr Hauptorgan schlug eine schärfere Tonart an; es bezeichnete die Parole „das Vaterland, nicht die Partei!“ als Schwindel, den politische Feigheit zur Belämmerung der Wähler ausgeheckt habe; überhaupt handele es sich, so oft das Wort „Vaterland“ in den politischen Kampf geschleudert werde, „um irgend eine Schelmerei oder Niedertracht.“ Ein anderes Mal pries das Blatt die Abstimmung vom 6. Mai als erlösende That für alle Völker, „es war ein Wetterleuchten der Zivilisation aus der Nacht

der Blut- und Eisenbarbaren". Den „unabhängigen Sozialisten“ genügte jedoch diese Tonart noch nicht, sondern sie machten in ihrer Berliner Versammlung vom 29. Mai Front gegen die Führer, die salonfähig geworden und alles Revolutionäre abgestreift hätten. Im übrigen traten die Beziehungen der deutschen Sozialdemokraten zu Frankreich offener hervor. In einer sozialistischen Versammlung zu Weikensee hieß es, es sei nur recht, wenn Frankreich sich unser Reichsland wieder hole; Liebknecht erklärte in einer Rede zu Metz, der Sozialistenstaat werde die Zurückgabe dieses Landes bewirken, und in Reden zu Degerloch, Bolanden, Öhringen in Württemberg fiel das Wort „lieber französisch als preussisch!“ Da war es denn nicht zu verwundern, daß der Jahreskongreß der elsass-lothringenschen Hilfsvereine in Paris dem Reichslande beim Mangel von Protestlern sozialdemokratische Kandidaten empfahl und daß sich der „Nationalrat der französischen Arbeiterpartei“ in einer Zuschrift an die deutschen Sozialdemokraten begeistert für diese aussprach. Ebenso sagte übrigens die Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie, die Augen der proletarischen Parteien der ganzen Welt seien auf den Kampf gerichtet, den die deutschen Sozialdemokraten für die Befreiung der ganzen Arbeiterschaft führten.

Regierungsseitig ließ man sich in der Wahlbewegung kaum vernehmen. Nur Minister Miquel betonte in einer Rede zu Frankfurt a. M., daß in der Frage der Reichssicherheit die finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht allein ins Gewicht fallen dürften und daß es traurig wäre, wenn Frankreich uns an Thatkraft und Opferfreudigkeit moralisch überwände. Außerdem beschäftigte sich der „Reichsanzeiger“ mit Widerlegung verschiedener in Flugblättern aufgestellter Behauptungen bezüglich des Militärwesens. Als ein Zeichen von Deutschlands finanzieller Leistungsfähigkeit erschien in der „Köln. Ztg.“ der Nachweis, daß hier im letzten Jahrzehnt jährlich 250 Millionen Mark mehr als vordem für Bierverbrauch ausgegeben seien. Dagegen warnte der „Westfäl. Merkur“ vor den „wieder umgehenden Beschwichtigungsräten, die da sagten: „Lieber Michel, schlaf, die Kosten decken wir ohne daß Du etwas merkst“ und wirklich würden „die Dummen nicht alle“. Als Fürst Bismarcks Ansicht wurde vom Bonner Prof. Kahl, der ihn besucht hatte, verkündet, er halte eine Verstärkung der Artillerie

für geboten und gehe in seinen Wünschen für die Heeresverstärkung im Rahmen der alten Verdytschen Vorschläge nach Art und Maß bedeutend weiter.

Gegen Ende der Wahlbewegung zeigte sich, wie sehr ganz Frankreich sich durch die deutsche Militärfrage berührt fühlte. Anfangs hatte man sich hier möglichst still verhalten, um die deutschen Wähler nicht zur Unterlassung einer Dummheit zu reizen; nun aber wurden patriotische Betonungen der Thatsache laut, daß in Frankreich allen Parteien die Existenz der Nation als höchstes gelte, und es mehrten sich die Appelle an die Elsaß-Lothringer, welchen eindringlich vorgeführt wurde, daß „die Stunde der immanenten Gerechtigkeit“ nahe, daß „bald der Tag leuchten“ werde, an welchem „der Sieg der Gerechtigkeit kommen soll“; an euch, hieß es, „wird stets gedacht, bis sich einst eine günstige Gelegenheit bietet, euch endlich aus den Klauen des preussischen Adlers zu reißen“. In der deutschen Presse war es nicht für überflüssig gehalten, an die französische Zerstörung der Pfalz und Heidelbergs zu erinnern; in der Presse einiger deutschen Parteien war dies mit Hohn aufgenommen, aber der »*Progrès militaire*« vom 4. Juni sagte: „Wenn unsere Reitergeschwader die Fluren jenseits des Rheins überfluten, so werden sie alle Gebote der Menschlichkeit vergessen und nur Ruinen hinter sich lassen.“ Die Gegner der Heeresverstärkung blieben jedoch fest und benutzten für ihre Sache auch Äußerungen des österreichischen Ministers Kalnoky, der am 3. Juni bei seiner Darlegung der auswärtigen Politik Osterreich-Ungarns sich über die Abrüstungsfrage ausließ, ohne daß dies übrigens den früheren Darlegungen des deutschen Reichskanzlers widersprach.

Die größte Verwirrung herrschte während der Wahlbewegung in Bayern. Die verschiedenartigen Elemente der Unzufriedenheit, welche hier bisher unter der Devise der Zentrumspartei zusammengehalten waren, nämlich Radikalismus, Antisemitismus, Agrardemokratie und ein bis zur Reichsfeindlichkeit gehender Partikularismus, wurden immer mehr entfesselt, je weiter infolge der deutschen Bauernbewegung der Unwille gegen die Zentrumspartei wuchs. Deren Presse that selbst das ihrige dazu, indem sie den Bauernbund anfeindete, als wolle er die Bauern preussisch und lutherisch machen. Schon in der Versammlung des Tuntenhäuser Bauernvereins am

16. April war dem Zentrum mit Abfall gedroht, falls es für die Militärvorlage stimme. Die Frage wegen der letzteren verengte sich sodann auf dem Lande zu einer reinen Geldfrage, und in ferneren Bauernversammlungen fielen die kräftigsten Ausdrücke gegen den „Wechselbalg der Zentrumsparthei“; nicht wahr sei es, daß sich die Religion in Gefahr befinde, aber die Lasten seien unerschwinglich. „Wir wollen,“ hieß es, „keine Grafen, Beamte, Professoren mehr als Abgeordnete, sondern Bauern und bayerisch wollen wir sein; die Zentrumsparthei frißt der preußischen Regierung aus der Hand.“ Eine Bauernversammlung in Oberelsbach am 7. Mai legte einmütig Protest ein gegen das Zentrum, das die Bauern wieder zum Stimmvieh haben wolle. Wie sehr unter dieser Stimmung der Partikularismus gedieh, ging u. a. aus dem „Bayer. Vaterland“ hervor, in dem Dr. Sigl sagte, wenn der nächste Krieg mit unserer Niederlage ende, so habe der Sieger ein großes Interesse, Bayern zu schonen, dagegen werde ein siegreicher Krieg Deutschlands das Ende Bayerns sein, das dann eine preußische Provinz werden würde. Aber gerade infolge dieser Ausfälle gegen das Deutsche Reich, als das „Reich der Juden, Schulden und Soldaten“, nahm das Blatt aufs neue reißenden Absatz und gleiche Zugkraft hatten Sigls Reden in Versammlungen zu Kelheim und Pfaffenberg. Er predigte hier, der Politik, die uns zum Verderben gebracht, dem Zentrum, dieser „lakaienhaften Bettelpartei des Handels und Schachers“, müsse Balet gesagt werden, und hatte für das Militär „keinen Mann und keinen Groschen“ übrig. Die katholische Geistlichkeit, gegen welche sich die Erregung ebenso wie gegen das Zentrum richtete, ließ jedoch mit ihren Einwirkungen nicht nach, in der Pfalz wurden sogar Beichttage für die Wähler unter Androhung der Absolutionsweigerung für Abtrünnige angeordnet; im klerikalen Regensburger „Morgenblatt“ wurde gefordert, daß in den katholischen Katechismus ein Satz aufgenommen werde, der die Wahl ultramontaner Abgeordneten zur Gewissenspflicht mache, die anderer Kandidaten als Todsünde stempeln; nach der klerikalen „Landschuter Ztg.“ gar war der Bauernbund, weil vom Zentrum, von Gott abgefallen. Der Eifer steigerte sich, immer mehr wurden von den Bauern die nationalen Gesichtspunkte durch die wirtschaftlichen Interessen verdrängt und zur Reaktion gegen die preußische Arbeit im Reiche gesellte sich Feindseligkeit

gegen das Kapital sowie gegen Beamte; in der Bauernversammlung zu Grafing am 4. Juni wurde „die unstete Reichspolitik“, in einer zu Deggendorf der Militarismus als Vernichter des Volkswohlstandes geschildert; die Völker, hieß es hier, seien nicht dazu da, um ein Düngerhaufen für Generale und große Staatsmänner zu sein. Ein Teil der Bauern wandte sich einfach den Sozialdemokraten zu, wofür, nach Sigl, ultramontane Hezapostel seit Jahren den Boden gelockert haben sollten.

In Württemberg stimmte die „deutsche Partei“ dem national-liberalen Wahlauftruf bei, und ihr Kandidat Siegle machte in einer Rede zu Stuttgart am 9. Juni eindringlich auf des Kaisers wiederholte Mahnungen zur Einigkeit aufmerksam, während der katholische Geistliche, Prof. Hg, mittels Aufrufs eine patriotische Strömung im katholischen Klerus hervorzurufen versuchte. In gleichem Sinne trat Dekan Lender in Baden am 9. Mai mittels Aufrufs sowie in Reden zu Achern und Bühl auf. Die Darlegungen der Regierungen in der Militärfrage seien, so suchte er nachzuweisen, „selbst von den ärgsten Schreibern nicht widerlegt worden“. Dafür wurde er klerikalerseits weidlich angefeindet; gerade „in Fährden und in Nöten“ müsse man bei der Fahne des Zentrums bleiben. Die badischen Nationalliberalen bedauerten in ihrem Wahlauftruf zwar, daß im Reiche in den letzten Jahren manches geschehen sei, was sie schmerzlich berühre, meinten aber, in diesem Augenblicke müsse die Liebe zum Vaterlande alle Bedenken unterdrücken, damit nicht „die ganze nationale Errungenschaft durch kurzfristige Rechthaberei und engherzigen Parteigeist“ wieder verloren gehe.

Von den Reichswahlen des 15. Juni waren nur 217 endgültige, während die Zahl der Stichwahlen, entsprechend der verworrenen Lage, eine Größe erreichte, wie noch nie zuvor, nämlich 180. Von den 217 waren 49 Konservative, 15 Nationalliberale, 11 Freikonservative, 3 von der freisinnigen Vereinigung, 3 Antisemiten, 81 vom Zentrum, 4 von der süddeutschen Volkspartei, 15 Polen, 24 Sozialdemokraten, 9 Elsässer, 1 Däne und 5 Wilde; die „freisinnige Volkspartei“ ging ganz leer aus. Verschiedenen dieser Parteien gehörten 58 Mitglieder des Bundes der Landwirte an. Für das Schicksal der Militärvorlage war aus diesem Ergebnisse noch nichts zu entnehmen, und alle Parteien richteten sofort ihr ganzes Augenmerk

auf die sehr nahen Stichwahlen. Bilden diese schon an sich niemals ein reinliches Geschäft, weil es dabei ohne krasse Widersprüche kaum abgehen kann, so kam es gerade diesmal erst recht zu manchen unnatürlichen Wahlverbindungen. Die „Kreuzzeitung“ erklärte, das Zusammengehen gegen die Sozialdemokraten könne nicht das allein entscheidende sein, das konservative „Volk“ wollte sogar den Kampf gegen diese Partei in erster Linie wider die Mittelparteien geführt sehen. Das weitere Vorgehen der Landwirte wurde noch dadurch zu fördern gesucht, daß der Bauernbund mit seinem Vermögen sich am 17. Juni zu gunsten des Bundes der Landwirte auflöste, worauf sein Organ einging mit dem Rufe nach Kampf bis aufs Messer gegen den Freisinn. In einigen Bezirken schlossen die Nationalliberalen ein Wahlbündnis mit den Freisinnigen, in anderen Bezirken konnten sie sich hierzu nicht entschließen aus Unmut über die Wahlverbindung der freisinnigen Volkspartei mit den Sozialdemokraten im Bezirk Jena. Die Niederlage der Partei Richters suchte dessen „Freisinnige Ztg.“ damit zu erklären, daß das Volk in der Heftigkeit seines Widerspruchs gegen die Militärvorlage sich gleich an die schärfste Tonart gehalten habe, und meinte, es hätte der Partei, auch wenn diese Niederlage mit mathematischer Sicherheit vorauszusehen gewesen wäre, keine andere Linie vorgezeichnet werden können. Dies rief den Widerspruch von Richters bisherigem Genossen Barth hervor, der in seiner „Nation“ eine solche Führerschaft, „für welche die Ereignisse keine logische Existenzberechtigung haben“, mit bourbonischen Mustern verglich. Die freisinnige „Vossische Ztg.“ sah den Grund dieser Niederlage darin, daß die Partei gerade bei Beginn der Wahlbewegung in Stücke zerfallen worden sei. Daran knüpfte sich ein allgemeinerer Streit unter den freisinnigen Blättern über die Schuld an der Niederlage, und dabei ging es unter den Organen der bisher mit einander befreundeten Parteien nicht eben sehr freundlich her; heftige Ausdrücke und Titulaturen, wie „bozendes Rängurub“, flogen hin und her. In Oldenburg wurde der freisinnige Hinz von den Anhängern Richters, in Fürth, Frankfurt a. M. und anderen süddeutschen Bezirken wurden diese von der süddeutschen Volkspartei zu gunsten der Sozialdemokraten bekämpft; gegen ein Bündnis mit diesen sprach sich jedoch Richters Genosse Langerhans in Berlin aus. Die „Germania“ pries das Lob des katholischen Volkes, das auch diesmal

und trotz der „raffiniertesten Mittel“ dem Zentrum zum Siege verholfen habe; in der Bewegung für die Stichwahlen hielt dieses Volk jedoch nicht zusammen, sondern, während ein Mann wie v. Steinle in Frankfurt a. M., der Führer der Kompilger, erklärte, den roten Unterströmungen gegenüber könne ein guter Katholik nur für die Regierung stimmen, setzte Lieber seine Wahlreden in entgegengesetztem Sinne fort. Als er aber in Sieghofen bei Nassau den Ausdruck gethan hatte: „Je mehr Soldaten wir haben, um so mehr werden totgeschossen“, wurde er in Friedland mit dem Zurufe „Vaterlandsverräter!“ und der Preußenhymne empfangen. In der Frage, ob sie die Konservativen oder die Freisinnigen unterstützen sollten, waren die Zentrumsleute geteilt; in Schlesien war man für erstere, das Organ der Lieberschen Seite war für letztere. Im Bezirk Speyer wandten sie sich den Sozialdemokraten zu. In der Welfenpartei setzte sich der Streit darüber fort, ob der Herzog von Cumberland sich wirklich für die Militärvorlage ausgesprochen habe. Herr v. d. Decken-Kingelheim bezeichnete es in einem Aufrufe als Erfindung, hannoversche Blätter aber hielten, unter Mitteilung brieflicher Belege, die Sache aufrecht und glaubten, die Parteileitung wolle nur über den Tag der Stichwahlen „hinübertäuschen“. Ein eigentümliches Lockmittel, die Sozialdemokraten zu gewinnen, wandte v. d. Decken an, indem er ihnen in einer Wahlrede zu Lüneburg zurief, wenn sie zur Wiedererrichtung Hannovers unter der alten Dynastie verhelfen wollten, seien die hannoverschen Adligen bereit, den Adelstitel ab- und das Haupt auf den Block zu legen. Trotz dieser seltsamen Wahlfreundschaft bezeichnete der Welfenführer v. Münchhausen-Lauenau bei der späteren Langensalzafest in Hannover seine Partei als „die einzig staatsverhaltende Partei Deutschlands“. Im Bezirk Osnabrück verbündeten sich die Welfen außerdem noch mit dem Zentrum und in ihrer Zuversicht auf den übrigens hier nicht eintretenden Sieg sangen sie in ihren Versammlungen: „Stoßt an! Zentrum soll leben! Hurrah hoch! Im wogenden Meere der feste Turm, der troget dem allgewaltigen Sturm. Wer sich nicht beugte vor fremder Macht, der ist es, der uns den Sieg gebracht!“ Mit dieser fremden Macht war Preußen gemeint. Da der 15. Juni den Sozialdemokraten 1714000 Stimmen, also 287000, in Berlin allein 23000, mehr als im Jahre 1890 gebracht hatte, so rief ihr

Organ „Vorwärts“: „Der Ruhmestag des deutschen Proletariats ist da und wird in den Geschichtsbüchern der Zukunft alle blutigen Siege der Mammonsanbeter weit überstrahlen!“ Diese Stimmenzunahme liebte man in Frankreich als Zeichen der fortschreitenden Zersetzung Deutschlands auszugeben. Aus den Zentrums lagern in Bayern und Württemberg vernahm man Stimmen für die Sozialdemokraten. Dort hieß es u. a.: „tausendmal lieber eine Kirche am Kreuz, als eine Kirche mit dem Ring in der Nase“; in Württemberg trat solchen Gefinnungsäußerungen der „Staatsanzeiger“ entgegen.

Nach den Stichwahlen vom 22. bis 25. Juni bestand der neue Reichstag aus 68 Deutsch-Konservativen, 27 von der Reichspartei, 52 Nationalliberalen, 13 von der freisinnigen Vereinigung, 22 von der freisinnigen Volkspartei, 11 von der süddeutschen Volkspartei, 99 Zentrumsleuten, 3 vom bayerischen Bauernbunde, 19 Polen, 7 Welfen, 1 Dänen, 8 Elßässern, 16 Antisemiten und 43 Sozialdemokraten. Der neue Reichstag unterschied sich also vom bisherigen dadurch, daß die freisinnige Partei sehr geschwächt, die Sozialdemokraten, die Antisemiten, die Konservativen und die Nationalliberalen etwas, die wirtschaftlichen Reformbestrebungen im Sinne des Schutzes der nationalliberalen Arbeit erheblich gestärkt wurden. Man nahm an, daß zwar die Heeresverfärkung nunmehr gesichert sein werde und zwar ohne daß regierungsseitig „Trinkgelder“ in Aussicht gestellt worden wären, viele glaubten aber, daß in anderen Fragen nur schwer eine Mehrheit zu erzielen sein werde. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ entnahm der Wahlentscheidung, daß das Land der Fraktionspolitik überdrüssig sei; nach der „Nat.-Lib. Korresp.“ schienen die bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die Umsturzpartei ihre Pflicht vergessen zu haben; der „Hannov. Cour.“ glaubte, Grundlage und Sicherheit einer gedeihlichen Entwicklung der politischen Verhältnisse gewähre auch dieser Reichstag nicht, und das „Deutsche Wochenbl.“ erblickte das Bezeichnende der Lage darin, daß die Polen oder die Böckel-Ahlwardtsche Gruppe über die Zukunft Deutschlands entscheiden würden. In der konservativen Partei war die „reinliche Scheidung“ derart bewirkt, daß von den 22 der gemäßigten Gruppe v. Helldorfs nur 5 wiedergewählt wurden; aber die siegreiche „Kreuzzeitungs“-Gruppe beklagte die Niederlage Stöckers in Siegen, wo, wie das „Volk“ meinte, „Lug und Trug, Geld und Gewalt“ gesiegt

hätten, so daß die konservative Partei „eine Edelstamme“ sei, der böse Buben den Mitteltrieb abgebrochen. Diese Partei bedauerte namentlich auch den Verlust des Kreises Memel-Heydekrug, den Moltke seit 1870 vertreten hatte, an einen Demokraten. Von konservativen Kreisen nahmen ferner zwei Strömungen ihren Ausgang, die sich zum ersten Male mit besonderer Macht geltend machten, die landwirtschaftliche und die antisemitische; es war den Konservativen jedoch nicht gelungen, sie sich anzugliedern. Keine Partei erzielte so glänzende Erfolge wie die Antisemiten, denn von bisher 3 stiegen ihre Mandate auf 16. Dreien dieser Sieger wurde die Ehre einer Doppelwahl zu teil, voran Herrn Ahlwardt, dem kurz zuvor mehrere Personen öffentlich vorgeworfen hatten, sein Ehrenwort gebrochen zu haben, und der kurz nachher wegen Beleidigung von Beamten aufs neue zu drei Monaten Gefängnis verurteilt war. In seiner Wahl erblickte die „Köln. Ztg.“ ein Zeichen der „Entartung des öffentlichen Geistes, die auf krankhafte Verirrungen der Volksseele“ schließen lasse. Andererseits jubelte die „Staatsbürger-Ztg.“, daß nun die Bildung einer selbständigen antisemitischen Fraktion im Reichstage erreicht sei. Konservative Blätter mahnten jedoch die Antisemiten, nicht zu vergessen, daß sie diese Erfolge nur dem „treuen Beistande“ der Konservativen verdankten. Indes lagen in Hessen und Sachsen die Gründe doch auf anderen Gebieten; in Hessen-Nassau und Hessen-Darmstadt erklärte sich der Vorgang aus dem gerechten Unwillen der ländlichen Bevölkerung über den Viehwucher und die Güterausflachtung, in dem ohnehin schon sozialistisch stark durchsetzten Sachsen aber hatte der Antisemitismus einen gegen das Kapital gerichteten Charakter und bereitete, zum Schrecken der Konservativen, die ihn auch hier gefördert hatten, der Sozialdemokratie das Erntefeld vor. Zu dieser Richtung bekannte sich auch Ahlwardt, der am 30. Juni in einer Rede zu Berlin „klipp und klar“ sagte, jüdischen Besitz erkenne er überhaupt nicht an, worauf es in einem schlesischen konservativen Blatte hieß, Ahlwardt entpuppe sich immer mehr als ein Knüppeldemokrat, dessen Logik sich auf Bosheit, Einsichtigkeit und Kurzsichtigkeit aufbaue und dem noch zuviel Ehre erwiejen würde, wenn man ihn mit den Sozialdemokraten in einen Topf werfen wollte. Immerhin mußte mit der antisemitischen Richtung ernstlicher gerechnet werden, die es von 47 000 Stimmen im Jahre 1890 auf

290 000 gebracht hatte. Die Freisinnigen in ihren beiden Reichstungen zusammen hatten von 71 Mandaten zwar 34 verloren, befanden sich aber immer noch im Besitze von 37. Gleichwohl erklärte Barth in der „Nation“ die freisinnige Partei als tot; er schilderte in scharfer Weise die Zustände, die in ihr bisher geherrscht hatten, als „öden Parteiheroenkultus, als ein sllavisches Schwören auf die Worte des Lehrers“ und verlangte eine „Regeneration“. Als einen Schritt hierzu erkannten hervorragende freisinnige Blätter es nicht an, als Richter und sechs Genossen einen konstituierenden Parteitag der freisinnigen Volkspartei beriefen. Hierbei werde, sagte die „Vossische Ztg.“, nichts herauskommen und wenn auch eine Hurra-mehrheit sich an Schlagworten berauschen sollte, so würde sie bald einsehen, daß sie überrumpelt worden sei. Gleichzeitig erließen Bamberger, Barth, Broemel, v. Bunsen, Mommsen, Gildemeister in Bremen und viele andere einen Aufruf zur Bildung eines Wahlvereins der freisinnigen Vereinigung, der es galt, „die schwer errungenen freiheitlichen Institutionen zu erhalten, zu befestigen und auszubauen“. In der Zentrumsparlei setzte sich unter dem Ein drucke der Wahlen der Streit sehr lebhaft darüber fort, ob jemand, der jetzt für die Militärvorlage stimme, Mitglied dieser Partei bleiben könne. Eine Verneinung dieses Satzes hielt die klerikale „Schlesische Volks-Ztg.“ für ein „unbefonnenes, das Fundamental-Programm der Partei zerstörendes Treiben“. Die Welfenparlei fühlte sich nach den Wahlen so munter wie zuvor und in ihrer Versammlung vom 27. Juni in Hannover verkündete der Festredner sogar, es lägen Anzeichen vor, daß der Herzog von Cumberland in Kürze unter dem Reichsadler und an der Seite des Kaisers seinen Einzug zu Pferde in Hannover halten werde. Zum Siege der Sozialdemokraten lief eine ganze Reihe von Glückwünschen der Genossen in Osterreich, Italien, Dänemark, England beim Berliner „Vorwärts“ ein; es stellte sich jedoch heraus, daß ein sehr großer Teil der in diesem Sinne mehr abgegebenen Stimmen keineswegs von Anhängern sozialdemokratischer Lehren herrührte, sondern daß sich darin eben nur eine aus den verschiedensten Gründen hervorgegangene Unzufriedenheit aussprach. In Breslau, Lübeck und Mannheim hatten die Stichwahlen Unruhen im Gefolge. In Straßburg entstand infolge der durch die Klerikalen und die Protestler herbeigeführten Wahl

Bebels große Aufregung. Die Massen, aus deren Mitte Hochrufe auf Bebel und Frankreich ertönten, setzten der Schutzmannschaft heftigen Widerstand entgegen, so daß es zum flachen Einhauen derselben kam. In München wurde der Sieg eines Sozialdemokraten vom klerikalen Tageblatt unter Verhöhnung, „allerhöchster Herzenswünsche, Monomanie der Beamten und Militärlieferanten“ begrüßt und die Bauernbündler fühlten sich durch die Klerikalen dermaßen gereizt, daß das „Vaterland“ mit der Aufstellung eigener Bauernartikel wie i. J. 1525 und mit der Hinwendung des „Bundschuh zur blutroten Fahne“ drohte.

Am Tage von Königgrätz, den 4. Juli, wurde der neue Reichstag im weißen Saale des königl. Schlosses zu Berlin in besonders feierlicher Weise eröffnet. Die Abgeordneten erschienen zahlreich; der bürgerliche Anzug war unter ihnen stärker als sonst vertreten. Von der Schloßkapelle her, wo ein Gottesdienst vorangegangen war, entwickelte sich, die breiten Flügeltreppen hinab, der kaiserliche Zug, unter dem marschartigen Klange des Hymnus „Wilhelmus von Nassowe“. Der Kaiser in der weißen Uniform der Garde du Corps, den Adlerhelm in der Hand, wurde durch ein vom Alterspräsidenten Abg. Dieden ausgebrachtes Hoch der Versammlung freudig begrüßt, bestieg den Thron und verlas die Thronrede. Darin sagte er, seit der Vorlegung des die Heeresverstärkung betreffenden Gesetzesentwurfs im November v. J. habe die politische Lage Europas keine Änderung erfahren. „Die Beziehungen des Reichs zu den auswärtigen Staaten sind zu meiner großen Befriedigung nach wie vor durchaus freundlich und frei von jeder Trübung. Das Verhältnis der organisierten militärischen Kraft Deutschlands zu derjenigen unserer Nachbarn hat sich indessen noch ungünstiger gestaltet als im verflossenen Jahr. Wenn schon seine geographische Lage und seine geschichtliche Entwicklung Deutschland die Pflicht auferlegt, auf den Bestand eines verhältnismäßig großen Heeres Bedacht zu nehmen, so wird die weitere Ausbildung unserer Wehrkraft mit Rücksicht auf die Fortschritte des Auslandes zu einer zwingenden Notwendigkeit. Um den mir verfassungsmäßig obliegenden Pflichten genügen zu können, erachte ich es für unumgänglich, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Herstellung einer ausreichenden und wirksamen Verteidigung der vaterländischen Erde hingewirkt wird.“

Daran schloß der Kaiser die Mitteilung, daß im neuen Gesetzesentwurf die bei Beratung des früheren laut gewordenen Wünsche möglichst berücksichtigt und die Anforderungen an die persönliche Leistungsfähigkeit wie an die Steuerkraft des Volks herabgemindert seien. Der Entwurf müsse mit Beschleunigung verabschiedet werden, weil es sich auf mehr als zwei Jahrzehnte zum Nachteil unserer Wehrkraft fühlbar machen würde, wenn versäumt werden müßte, die diesjährige Rekruten-Einstellung schon auf der neuen Grundlage vorzunehmen. Um dem Reichstage zu ermöglichen, seine Kraft ungeteilt dieser Vorlage zuzuwenden, sollten andere umfassende Vorlagen unterbleiben. Der Mehrbedarf sei vorläufig durch die Matrikularbeiträge zu decken. Mit verstärktem Nachdruck verlas der Kaiser sodann den letzten Abschnitt, in welchem er Berufung an die Vaterlandsliebe der Nation einlegte, das ruhmreich und mit schweren Opfern errungene Einheitsband zu erhalten. Nach Beendigung der Verlesung fügte der Kaiser, die Stimme laut und energisch erhebend, die Worte hinzu: „Und nun, meine Herren, gehen Sie hin! Der alte Gott sehe auf Sie herab. Er leihe Ihnen seinen Segen zum Zustandebringen eines ehrlichen Werkes zum Wohle unseres Vaterlandes!“

Der Reichstag wählte am 5. Juli mit 310 Stimmen den bisherigen Vorsitzenden v. Levezow (freikonf.) zum Präsidenten, mit 300 Stimmen v. Buol (Zentr.) zum ersten, mit 226 Stimmen Bürklin (nat.-lib.) zum zweiten Vizepräsidenten und wandte sich dann unverweilt der neuen Vorlage über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres zu. Diese war darin für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479229 Gemeine festgesetzt, mithin gegenüber der früheren Vorlage um 12893 Gemeine geringer, unter gleichzeitigem Fortfall von 945 Unteroffizieren. Der Zugang an diesen sollte, statt 11857, nur 10912 Mann betragen. Außerdem waren an der früheren Vorlage gestrichen 3450 Offiziere, 6 Militärärzte, 8 Beamte und 3036 Dienstpferde, ferner ein Kavallerieregiment, 8 preußische und eine sächsische Reservestamm-Eskadrons, bei den Pionieren ein Bataillonsstab und eine Kompanie, beim Train die Besspannungsabteilungen für die Fußartillerie. Der dauernde Rekrutenbedarf wurde, statt auf 60000, auf 54000 Mann berechnet und die Mehrausgaben auf 54900000 Mk., statt 64 Millionen, dauernde; 59940000 Mk., statt 67800000 Mk., einmalige. Die

zweijährige Dienstzeit sollte auf die Dauer der neuen Präsenzstärke für alle Mannschaften mit Ausnahme der Kavallerie und der reitenden Artillerie eingeführt werden; die fahrende Artillerie und der Train wurden ausdrücklich in die zweijährige Dienstzeit eingeschlossen, während die frühere Vorlage nur von den Fußtruppen sprach. Der Kavallerie und reitenden Feldartillerie soll eine Erleichterung der Dienstzeit in der Landwehr ersten Aufgebots gegeben werden, indem sie hier nur drei statt fünf Jahre dienen. Die nach zweijähriger Dienstzeit entlassenen übrigen Truppen sollten im Falle notwendiger Verstärkung, auf Anordnung des Kaisers, über die zwei Jahre hinaus im Dienste zurückbehalten werden können, doch sollte ihnen dies auf die im Beurlaubtenstande abzuleistenden Übungen in Anrechnung gebracht werden. Aus der Begründung der Vorlage war jede Andeutung fortgelassen, daß es sich um die volle Heranziehung aller Wehrfähigen zum aktiven Dienst handele und daß statt der bisherigen schrittweisen Vermehrung unserer Wehrkraft alle vorhandenen Kräfte auf einmal ausgenutzt werden sollten. Dagegen wurde gesagt, es komme an auf die Ausnutzung der nationalen Wehrkraft in einem solchen Maße, daß wir gegenüber Frankreich, welches zwar an der Grenze der Heranziehung seiner Wehrfähigen angelangt sei, uns aber trotz seiner um 11 Millionen geringeren Einwohnerzahl weit überflügelt habe, den früheren Vorsprung wiederzugewinnen. Deshalb müsse eine Organisation geschaffen werden, die es ermögliche, einen dementsprechenden größeren Teil der wirklich vorhandenen, bisher zum aktiven Dienst nicht herangezogenen Diensttauglichen aufzunehmen.

Die Beratung der Vorlage nahm im Reichstage bedeutend weniger Zeit als früher in Anspruch; war doch bisher schon alles zur Genüge erörtert worden. Die erste Beratung fand am 7. und 8. Juli statt, worauf die Vorlage überhaupt nicht an eine Kommission gewiesen wurde. Der Reichskanzler Graf v. Caprivi beschränkte sich im Wesentlichen auf die Darlegung und Begründung der Änderungen der ersten Vorlage. Zur Ausarbeitung derselben auf Grund des früheren Hueneischen Vorschlags seien die Regierungen bewogen durch die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, durch den Wunsch nach Herabsetzung der neuen Lasten und durch unsere allgemeine Lage dem Auslande gegenüber. Es wäre den Regierungen nicht erwünscht, mit einer Verhandlung abzuschließen, die, wenn auch irr=

tünlich, im Auslande zu der Anschauung führen könnte, daß in Deutschland nicht immer überall derjenige Sinn vorhanden wäre, der bereit ist, alles an die Ehre, Sicherheit und Zukunft Deutschlands zu setzen. Mit dem erheblichen Abstrich von einem Sechstel an Mannschaften und Geldforderungen sei bis an die äußerste zulässige Grenze gegangen, hiermit aber könne das Wesentlichste, nämlich die Freihaltung des deutschen Bodens von feindlichem Einfall, erreicht und das Gewicht an Militärkraft auch weiter zu gunsten des Friedens verwertet werden. In der Zwischenzeit habe sich das Verhältnis der militärischen Kräfte zu unseren Ungunsten geändert, indem die Franzosen ihre Präsenzstärke um 13000 Mann erhöht und ein Kadregesetz angenommen hätten, durch welches sie in großem Umfange das erreichten, was wir durch diese Vorlage, aber nur im kleineren, erreichen wollten. Dem Wunsche, die allgemeine Wehrpflicht nicht schroff durchzuführen, seien die Regierungen nachgekommen, denn es werde sich immer noch ein Überschuß von 90 bis 100000 Tauglichen finden. Sodann führte Graf Caprivi aus, der Wunsch nach Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für so lange, als die Präsenzstärke nicht unter den in der Vorlage geforderten Betrag herabgesetzt wird, habe nur theoretischen Wert, denn nach Durchführung der zweijährigen Dienstzeit werde man selbstverständlich nicht ohne zwingende Gründe von ihr wieder abgehen; ergebe sich aber durch Erfahrung, daß die zweijährige Dienstzeit dem Zwecke der Sicherung des Vaterlands nicht genüge, so werde kein Reichstag so unpatriotisch sein, durchaus an ihr festhalten zu wollen. Bezüglich der Frage nach Deckung der Mehrkosten hätten die nicht zur Verhandlung gelangten früheren drei Steuervorlagen starke Opposition hervorgerufen, und da in solchen Fragen die öffentliche Meinung ein erhebliches Gewicht in Anspruch nehmen könne, sei von diesen Entwürfen abgesehen. In der Pflicht nach Auffindung anderer Steuern sei die Reichsverwaltung im engsten Verein mit der preußischen Finanzverwaltung vorgegangen und habe als Grundsätze aufgestellt: eine ausgiebigere Gestaltung der Börsensteuer, Auflegung der Steuern auf die leistungsfähigsten Schultern und Freihaltung des landwirtschaftlichen Gewerbes von neuen Steuern. Auf die Monate erfordernde Ausarbeitung näherer Vorschläge könne jedoch nicht gewartet werden, weil die Zeit dränge, denn wenn die für nächstes Jahr in Aussicht genommenen neuen 50000 Rekruten fehlten,

So setze sich dieses Manko im Beurlaubtenstande solange fort, bis diese Zahl dereinst in der Reihenfolge der Jahrgänge wieder eingebracht sein werde.

Nach dem Reichskanzler trat zunächst Payer (südd. Volksp.) mit der Behauptung auf, die Mehrzahl der neuen Abgeordneten sei in ihrem Innern gegen die Vorlage; nur aus politischer Klugheit würden diese dafür stimmen. Es könne ja sein, daß die Vorlage mit knapper Mehrheit durchgehe, die Regierungen hätten aber das politische Spiel im Ganzen verloren, denn in der Wahlbewegung sei selbst bei denen, die dafür stimmen würden, eine scharfe Verbitterung über den neuen Kurs zum Ausdruck gekommen und infolgedessen der Partikularismus gewachsen. Den Gewinn aus den Wahlen würden die Vertreter der Standesinteressen und die einer wirtschaftlichen Interessenpolitik ziehen. Die in Aussicht gestellten neuen Matrikularbeiträge würden den kleinen Mann belasten. Zum Schluß griff Redner den preußischen Minister Miquel scharf an. Sei dieser am „Steuer“-Kuder, so werde es dem Reiche wie der Stadt Schneidemühl gehen, wo man den artesischen Brunnen nicht habe verstopfen können. v. Manteuffel (kons.) wies zu gunsten der Vorlage auf die Gefahr für uns hin, die darin bestehe, daß die französische Regierung sich neuerdings sogar gegen Studentenkravalle schwach gezeigt habe. Die Konservativen hätten ihre Bedenken gegen die zweijährige Dienstzeit fallen gelassen, weil ihnen die Sicherheit Deutschlands höher stehe. Mit den Matrikularbeiträgen werde es auf die Dauer nicht gehen, mit ihrer vorläufigen Bewilligung solle jedoch der Regierung nicht eine Vertrauenserklärung gegeben werden. Liebknecht (Soz.) wollte den Pariser Kravallen die Bedeutung abprechen und einen Widerspruch zwischen der Thronrede und der Rede des Reichskanzlers bezüglich der Steuerfrage finden. Das Mehr von Soldaten wolle man nicht aus Furcht vor den auswärtigen Mächten, sondern um die eigenen Bürger niederschlagen zu können, falls diese sich gegen die stärkeren Lasten auflehnen sollten. Den Krieg mit zwei Fronten male man an die Wand, aber Frankreich allein sei uns gefährlicher, als wenn es mit Rußland verbündet sei, denn in diesem Falle hätten wir Bundesgenossen, die schon allein mit Rußland fertig würden. Redner würde Verhandlungen mit dem Auslande wegen Abrüstung „immer neuen Einrichtungen für den Massenmord“ vorziehen. Die

Mehrheit der Wähler sei gegen die Vorlage; man solle sich nur nicht immer an die Wähler mit mangelhafter geistiger Entwicklung wenden; diese wären für die Sozialdemokraten nicht mehr zu haben. Der Antisemitismus sei eben der Sozialismus der Dummen. In der Thronrede sei vom „alten Gott“ geredet, aber dem neuen Gott des Sozialismus gehöre die Zukunft. v. Stumm (Reichsp.) meinte, aus dem Jubel der französischen Protestler über Babels Wahl in Straßburg sehe man, wo die Feinde des Vaterlands sich befinden. Gröber erklärte, die Zentrumsparlei sei, nach einstimmigem Beschluß, wiederum gegen die Vorlage, die sie für wirtschaftlich und politisch nicht notwendig halte. Überhaupt bleibe das von der Kommission des vorigen Reichstags geprüfte Material maßgebend, und die politische Lage habe sich nicht geändert. Bei steigender Militärlast würde die Gefahr entstehen, zu einem frischen, fröhlichen Kriege zu kommen, um die Rüstungen einmal zu verwenden. Die Einbringung der Vorlage ohne Klarheit über die Kostendeckung zu geben, sei kein offenes und ehrliches, sondern ein sonst vielleicht nur im Kopfschmerz vorkommendes Verfahren. Bei Bekanntwerden der Steuervorlage würden deren Gegner auch gegen die Militärvorlage stimmen; mit dieser Maßnahme gedenke die Regierung die Abgeordneten zu fangen. v. Bennigsen führte aus, es komme nicht bloß darauf an, gleich nach Eröffnung des Kriegs dem Feinde eine Niederlage beizubringen, denn trotz Metz und Sedan habe Frankreich nicht an Frieden gedacht. Wenn die jetzige französische Regierung auch schwach sei, so könne doch ein militärischer Abenteuerer wieder eine starke Regierung schaffen; nicht die Pariser Studentenkrawalle seien gefährlich, sondern der dahinter steckende anarchisch-sozialistische Pöbel. Jeder französische Staatsmann, welcher den Revanchegeanken fallen lasse, würde damit unmöglich geworden sein. Dem gegenüber müßten wir den Franzosen das Gefühl beibringen, daß wir mit allen Kräften bestrebt sind, die Reichslande uns zu erhalten. Zur Deckung der Kosten wies Redner u. a. auf Luxussteuern. Nunmehr wandte sich der Reichskanzler gegen Gröber, den Redner der Zentrumsparlei, der nur demokratische Anschauungen vorgebracht habe. Das könne freilich nicht in Erstaunen setzen, seit das Zentrum aus einer katholisch-konfessionellen in eine demokratisch-politische Partei umgewandelt sei. Der Elßässer Preis erklärte, er werde mit seinen Genossen gegen die Vorlage stimmen,

weil das Reich stark genug sei, sich mit Erfolg verteidigen zu können. Der Pole v. Szajdewski sagte, seine Genossen würden für die Vorlage stimmen in der Hoffnung, daß die Regierungen dieser ihrer loyalen Haltung eingedenk sein würden. Rickert (freif. Ver.) stellte eine Verständigung seiner Partei mit den Regierungen in Aussicht und meinte, der Liberalismus sei mit der Wahrung der militärischen Interessen und der des Vaterlandes durchaus verträglich. Böckel machte die Stellung der Antisemiten zur Militärvorlage abhängig von der Deckungsfrage, und zwar verlangten sie außer der Börsensteuer keine neuen Konsumsteuern und keine neuen Anleihen, wohl aber eine Luxus-, eine Wehr- und eine progressive Reichseinkommensteuer. Der Reichskanzler erwiderte, er könne sich auf eine solche Menge von Einzelfragen, deren Bearbeitung Hunderte von Beamten in Anspruch nehmen würde, jetzt nicht einlassen und bat um Vertrauen zu einer befriedigenden Lösung der Deckungsfrage. Richter (freif. Volksp.) kam ausführlich auf das Verhalten der verschiedenen Parteien in der Wahlbewegung zu reden und meinte, der Verlust seiner Partei an Mandaten beweise nur, daß diese nicht scharf genug gewesen sei, und sie könne stolz darauf sein, an Sonderinteressen nicht appelliert zu haben. Alle Wahlkunststücke seien wieder in Szene gesetzt und trotzdem sei nur eine solche unsichere kleine Mehrheit erreicht, daß das Zünglein der Waagschale bei Herrn Böckel liege, der nun diese seltene Lage auszunutzen suche. Das französische Kadre-gesetz enthalte für uns keinen Anlaß zur Erhöhung der Militärlasten.

So wenig Neues diese Verhandlungen auch boten, so hatten sie doch den wertvollen Erfolg, daß die Besorgnis vor einer gewissen Verbindung oder Abmachung der Regierungen mit der klerikalen Partei, welche solange Zeit die Mittelparteien schwer bedrückt hatte, vorläufig gründlich gehoben zu sein schien. In der Zwischenzeit zwischen der ersten und der zweiten Beratung des Reichstags über die Militärvorlage, am 9. Juli, empfing der Kaiser im Neuen Palais bei Potsdam das Präsidium des Reichstags. Er wies dabei auf die militärischen Verstärkungen hin, welche in den Nachbarreichen getroffen seien; zur Aufrechthaltung des Friedens sei es notwendig, daß wir gleichen Schritt hielten, und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse erforderten dringend eine Beruhigung, welche allein durch Annahme der Militärvorlage geboten sein würde. Der Kaiser be-

tonte, wie schnell in Frankreich das Kadregeſetz alle Stadien durchlaufen habe und daß dort militäriſchen Forderungen gegenüber ſich niemals eine Oppoſition geltend mache. Was die Futternot betreffe, ſo müſſe durch die Reichs- und Staatsbehörden geſchehen, was nur möglich ſei, um zu helfen und ſchlimmeren Folgen vorzubeugen.

In derſelben Zwischenzeit vernahm man mal wieder die in letzter Zeit ſeltener gehörte Stimme des Fürſten Bismarck. Was er jetzt ſagte, bezog ſich zwar weniger unmittelbar auf die Militärfrage, aber doch auf manche Verhältniſſe des Reichs. Nachdem er am 17. Mai in einer längeren Unterredung mit den ihm von früher her bekannten Engländer Smalley ſich ſehr entſchieden dagegen ausgeſprochen hatte, daß die Regierung die Sozialdemokraten als eine politiſche Partei, als eine Macht im Lande, mit der man ernſtlich rechnen müſſe, behandle, hielt er am 8. Juli an 400 Bewohner des Lippeſchen Landes, die ihn in Friedrichsruh beſuchten, eine längere hochpolitiſche Anſprache. Er nahm ſeinen Ausgang von der Kleinheit des Heimatlandes der Beſucher, um den Wert und die Stellung der deutſchen Kleiſtaaten ſowie ihren Nutzen für den nationalen Gedanken hervorzuheben. Dem Bundesrate ſei durch die Reichsverfaſſung die Möglichkeit der Mitwirkung im nationalen Leben gegeben, und er habe ſich von vornherein gedacht, daß die Bevollmächtigten auch im Reichstage mehr ſprechen, auch daß die Landtage der Einzelſtaaten ſich an der Reichspolitik lebhaft beteiligen würden; eine große Enttäuſchung habe es ihm daher bereitet, daß von dieſem Rechte biſher nicht mehr Gebrauch gemacht worden ſei; inſolge dieſer Zurückhaltung der Landtage durchdringe das nationale Gefühl nicht alle Adern und Poren, das Blut konzentriere ſich jetzt nur in Kopf und Herz, dem Bundesrate und Reichstage. Leider ſei es eine alte deutſche Neigung, zu warten, daß andere das machen möchten, wobei man ſelbſt Hand anlegen ſollte. Er hoffe auf andere Zeiten, wo das nationale Gefühl wieder ſtärker ſein und die Mittel, es lebendig zu halten, beſſer benutzt würden. Die Sitzungen des Bundesrats müßten öffentlich ſein; ſeine Mitglieder, auch wenn ſie in der Minorität ſich befänden, möchten von ihrem Rechte, im Reichstage zu jeder Zeit und ohne daß der Reichstagspräſident es hindern könne, das Wort zu ergreifen, Gebrauch machen. Bei Verringerung der Zahl der Kleiſtaaten würde

die Gefahr wiederkommen, welche er von Anfang an zu bekämpfen gehabt habe, nämlich die, daß an Stelle des nationalen Reiches ein Großpreußen trete. Davan knüpfte der Fürst seine Befürchtung, daß das nationale Bewußtsein in den Umschlingungen der Bureaokratie erstickt werde, die als *Boa constrictor* in den letzten Jahren reißende Fortschritte gemacht habe. Am 9. Juli empfing der Fürst 50 Sekretäre der Deutschen Handelskammern, die von ihrer Versammlung in Kiel zurückkehrten. Ihnen sprach er sich gegen Trennung des Handels und Gewerbes von der Landwirtschaft aus und sagte, sein Verdienst an der Herstellung des gegenwärtigen Zustandes beruhe darauf, daß es ihm gelungen sei, „den alten Kaiser für die Sache zu gewinnen, mit ihm die militärische Kraft nicht bloß Preußens, sondern auch des Deutschen Reichs zu stärken.“

Vor der zweiten Beratung der Militärvorlage kam ferner der preußische Landtag zum Schluß. Nachdem er der Reichstagswahlen wegen seine Sitzungen fast den ganzen Mai hindurch und dann, nach wenigen Sitzungen, wiederum vom 1. bis 26. Juni ausgesetzt hatte, trat er noch einmal zusammen. Im Abgeordnetenhaus brachte am 4. Juli Graf Douglas eine Anfrage wegen der Maßregeln gegen die Cholera ein, über deren erneutes Anrücken einige Anzeichen vorzuliegen schienen. Minister Bosse erwiderte, die im vorigen Jahre ergriffenen Maßregeln hätten sich im Wesentlichen bewährt und sollten, bei erneutem Auftreten dieser Seuche, in der Hauptsache wieder angewandt werden; nur die Beschränkung des Verkehrs, die im vorigen Jahre zu weit gegangen sei, werde gemildert werden. Von neu getroffenen Maßregeln führte der Minister die Einrichtung bakteriologischer Untersuchungsstationen in Danzig und Bonn an. Im übrigen verwandten beide Kammern alle Zeit und Mühe auf die Erledigung der Steuergesetzentwürfe, und ihre sorgfältigen Beratungen führten zur Vollendung des großen 1891 begonnenen Werks der Reform der Besteuerung in Staat und Gemeinde. Danach wird also vom 1. April 1895 an als Staatssteuer nur eine Personalsteuer erhoben werden, welche in der Hauptsache in einer nach dem Einkommen bemessenen und bis zu 4% desselben bei Einkommen von über 100000 Mk. steigenden Steuer und daneben in einer nach dem Vermögen bemessenen, durchweg $\frac{1}{2}$ auf das Tausend betragenden Steuer besteht. Während die

Deklarationspflicht für Einkommen über 3000 M. besteht, erfolgt die Veranlagung der geringeren Einkommen und der Vermögenssteuer ohne Mitwirkung der Steuerpflichtigen, wird aber dort durch Voranschätzungs-Kommissionen, hier durch Schätzungsausschüsse vorbereitet. Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer kommen mit demselben Zeitpunkte als Staatssteuern, die Bergwerksabgaben ganz in Wegfall; die Bergwerke werden aber zwecks kommunaler Besteuerung zur Gewerbesteuer veranlagt. Ebenso kommen die Überweisungen aus der lex Huene in Wegfall. Das Kommunalabgabengesetz endlich sichert durch die Ordnung von Gebühren, Beiträgen, von Mehr- und Minderbelastung bestimmter Gemeindeteile sowie durch Verteilung des Steuerbedarfs auf Einkommen- und Realsteuern, daß in der Folge die Gesamtheit der Bürger auch nur zu denjenigen Gemeindevorrichtungen und Veranstaltungen herangezogen wird, welche allen gleichmäßig zu gute kommen, während die Kosten der Kommunaleinrichtungen, von welchen nur einzelne Klassen der Bevölkerung vornehmlich Vorteile ziehen, auch von diesen nach Maßgabe ihres Vorteils getragen werden sollen. Daran schloß sich das Gesetz wegen Änderung des Wahlverfahrens. Über die Steuerreform äußerte die „Nat.-Lib. Korresp.“, sie beruhe auf durchaus gesunden, volkstümlichen Grundlagen und ihre Wohlthaten werde man in den ärmeren Schichten des Volks empfinden; die Reform könne sich den größten Gesetzgebungswerken der preußischen Geschichte würdig an die Seite stellen. Minister Miquel wurde daher auch durch Schreiben des Kaisers vom 3. Juli geehrt, in welcher die „unschätzbaren Verdienste“ anerkannt wurden, welche er sich „um das Zustandekommen dieses für das Vaterland hochbedeutenden Reformwerks erworben“ habe. Zum Zeichen dessen erhielt Miquel das Großkreuz des roten Adlerordens mit Eichenlaub und der königl. Krone. Am 4. Juli wurde die Session des Landtags durch eine Thronrede des Kaisers geschlossen, in welcher die wichtigsten der während der ganzen fünfjährigen Legislaturperiode zu stande gekommenen Gesetze mit hoher Befriedigung und mit Hervorhebung ihres Wertes aufgeführt und Anordnungen zur Abhilfe der in umfangreichen Landesteilen, namentlich im Westen der Monarchie infolge anhaltender Dürre an Streu- und Futtermangel eingetretenen Leiden angekündigt wurden.

Zur zweiten Lesung der Militärvorlage im neuen Reichstage hatte sich am 13. Juli bei großer Hitze ein überaus zahlreiches Publikum eingefunden, das mit größter Spannung der anscheinend noch immer auf der Spitze der Nadel schwebenden Entscheidung harrete, so daß es das Ende der vorhergehenden Verhandlung über eine Anfrage des Abg. Osann nicht abwarten zu können schien, welcher mit Rücksicht auf den bedauerlichen Notstand, der in mehreren Teilen Deutschlands in betreff der Futter- und Streumittel herrschte, von den dort geplanten Manövern abgesehen wissen wollte. Als der preussische Kriegsminister hierauf nicht die Aufhebung des Plans, sondern nur Erleichterungen für die Bevölkerung der betreffenden Gegenden in Aussicht stellte, wurde dies von Rednern verschiedener Parteien ziemlich ungünstig aufgenommen. Bezüglich der Militärvorlage wurde zunächst der zum Artikel über die Dienstpflicht gestellte Antrag des Prinzen Carolath auf Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer der Erhöhung der Heeresstärke mit 274 gegen 105 Stimmen der Nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung, der Polen sowie der meisten Freikonservativen und Antisemiten abgelehnt und sodann der § 1 über die Dienstpflicht der verschiedenen Waffengattungen in Gemäßheit der Vorlage angenommen. Zum § 2 trat der Abg. Gröber mit der Versicherung auf, die bei der ersten Lesung vom Reichskanzler gemachten Versuche, die Zentrumsfraktion im Lande in Mißachtung zu bringen oder Streit innerhalb derselben zu erregen, würden vergeblich sein. Hierauf folgte eine längere Rede des keiner Fraktion beigetretenen Grafen Herbert Bismarck, die wiederholt durch störende Zurufe aus den Reihen der Linken, vor allen des Abg. Richter, mit dem Vorgeben, daß es unstatthaft sei, in die abgethane Generaldebatte abzuschweifen, unterbrochen wurde. Allerdings sprach der Graf nicht bloß zu dem in Beratung stehenden Paragraphen, aber ein Zurückgreifen auf das Allgemeine war bisher, namentlich bei Rednern, die einen besonderen Standpunkt vertreten und in erster Lesung nicht mehr hatten zu Worte kommen können, so sehr gebräuchlich, daß man nicht umhin konnte, diese lebhaften Störungen als Kundgebungen gegen den Namen Bismarck überhaupt aufzufassen. Der älteste Sohn des früheren Reichskanzlers äußerte die Meinung, daß Deutschland die finanziellen Lasten dieser Vorlage wohl tragen könne; er hatte nur das Bedenken, daß

die Vorlage gegen die frühere erheblich abgeschwächt sei, und zwar gerade durch Streichung dessen, was als Ausgleich für die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit auf dem Gebiete der artilleristischen Leistungen hatte dienen sollen. Der Graf zeigte sich befriedigt davon, daß konservativerseits schwere Bedenken gegen die zweijährige Dienstzeit vorgebracht seien, denn für jeden Ehrenmann sei es ein schweres Opfer, ein lange verfochtenes Prinzip aufzugeben; alles Konservative im Reiche stehe auf dem Boden der Tradition und des Vermächtnisses Kaiser Wilhelms I., der lieber seine Krone habe niederlegen als auf die dreijährige Dienstzeit verzichten wollen. Für die Vorlage habe er nur stimmen können, weil der Reichskanzler nicht die dauernde gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gewähren wolle; bedrückend sei das gefährliche Experimentieren mit dem Heere, wenn, wie er für wahrscheinlich halte, während der nächsten fünf Jahre ein Krieg ausbreche; bedenklich sei ferner, daß bei zwei Jahren Dienstzeit die Sozialdemokratie leichter ins Heer eindringe. Mehreren dieser Äußerungen trat der Reichskanzler mit vieler Bestimmtheit entgegen. Er bestritt namentlich, daß Kompensationen in Wegfall kämen, und versicherte, daß die Regierungen nicht leichten Herzens auf die zweijährige Dienstzeit eingegangen wären. Bebel versicherte, dem Grafen Bismarck gegenüber, den Entwicklungsgang der Sozialdemokratie, mithin auch ihre Verbreitung im Heere, werde kein System hindern können, ein norddeutsches Pionierbataillon bestehe schon zu neun Zehnteln aus Sozialdemokraten. Die nun folgende Abstimmung ergab die Annahme der erhöhten Präsenzstärke mit 198 gegen 187, also mit einer Mehrheit von nur 11 Stimmen, die durch eine nachträgliche Erklärung des bayerischen Abg. Wenzel auf 10 sank.

Zur dritten Lesung der Militärvorlage am 15. Juli wurden noch einige Reden gehalten, die am bisherigen Ergebnisse nichts mehr zu ändern vermochten. Graf v. d. Decken begründete die Ablehnung seitens der Welfenpartei damit, daß dieses Gesetz lediglich eine Folge der 1866 begonnenen Politik sei, welche die Gewalt vor das Recht und den Erfolg vor die Moral setze. Bebel suchte im Sinne der Sozialdemokraten noch einmal zu entwickeln, daß dieses Gesetz ganz zweck- und bedeutungslos sei, denn die geringe Mehrheit für dasselbe beruhe mehr auf Zufall als auf Überzeugung und im Kriegsfalle könne Deutschland nicht bloß auf seine Bundes-

genossen, sondern auch auf andere Staaten rechnen, da alle Völker das größte Interesse am Ende der ewigen Rüstungen hätten. Dies gelte namentlich auch von Frankreich, welches an chronischem Defizit leide und durchaus nicht zum Kriege dränge, wie es ja auch den nur durch die Bismarcksche Presse wichtig gemachten Abenteuerer Boulanger sich habe abwirtschaften und Ferry wegen seiner Abenteuerpolitik habe fallen lassen. Den Behauptungen bezüglich Boulangers trat v. Kardorff unter Hinweis auf veröffentlichte Aktenstücke entgegen, aus welchen hervorgehe, daß wir 1887 in der That vor einem Kriege gestanden hätten, wenn Boulanger zur Macht gelangt wäre. Seine Umstimmung für die Vorlage begründete dieser Redner mit den Ausführungen, die in der Kommission einer der Führer im letzten Kriege gemacht habe, und er erblickte in der Vorlage die erste Etappe zur Stärkung des nationalen wie des monarchischen Gefühls, in welchem seit 1870, wie stets nach einem großen Aufschwunge, ein Niedergang eingetreten sei. Schädlcr vom Zentrum bedauerte, daß der Reichskanzler seine Behauptung von der bloß kirchlich-konfessionellen Natur der Zentrumsparthei ungeachtet der Erläuterungen, welche der Vorsitzende desselben gegeben, nicht zurückgenommen habe; Versuche zur Sprengung dieser Partei würden wie früher zerschellen. Rickert bedauerte, daß sein Vorschlag einer Reichseinkommensteuer von den Sozialdemokraten nicht ernsthaft genommen werde, und nahm als feststehend an, daß die Regierungen die neuen Militärkosten nicht in einer Steuer auf Bier, Branntwein und Lebensmittel suchen würden. Der Reichskanzler bestätigte dies. Hierüber sprach v. Plöy (d.-konf.) seine große Befriedigung aus; im übrigen kam er wiederholt auf die Futternot zu reden, so daß der Präsident ihn unterbrechen mußte. Die Vorlage im ganzen wurde nunmehr mit 201 gegen 185 Stimmen angenommen. Der Unterschied dieser Abstimmung von der vorigen bestand darin, daß jetzt drei Antisemiten dafür stimmten, die bei der zweiten Lesung abwesend waren, und daß auf seiten der Minderheit drei obereschlesische Zentrumsmitglieder fehlten, die sich bei ihrer Wahl ausdrücklich freie Hand vorbehalten, in zweiter Lesung aber gegen das Gesetz gestimmt hatten.

Nachdem sodann in dritter Beratung noch ein Nachtragsetat von 71 282 547 Mk. für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres nebst zugehörigem Anleihegesetz genehmigt war, wurde der Reichs-

tag vom Grafen Caprivi im Auftrage des Kaisers und mit dem Ausdrucke hoher Befriedigung sowie des Dankes aller Bundesfürsten geschlossen. Je unerschütterlicher, fügte der Reichskanzler hinzu, die Überzeugung der Regierungen feststehe, daß das Maß der Verstärkung der Wehrkraft nicht über das Bedürfnis hinausgehe, um so dankbarer empfänden sie, daß das Verständnis für die Notwendigkeit dieser Reform immer weitere Kreise durchdrungen habe. So endete dieser Reichstag schon nach zwölfstägiger Dauer. Da er sich in seinen acht Sitzungen fast nur mit der einen großen Frage zu beschäftigen hatte, mußte er 13 Anträge und 5231 Bittschriften über sonstige Angelegenheiten unerledigt zurücklassen.

Die Annahme der Militärvorlage mit einer Mehrheit von nur 16 Stimmen war zwar kein imponierendes Resultat, zumal wenn man bedenkt, daß jede kleine Gruppe es in der Hand gehabt hätte, die Vorlage nochmals zu Falle zu bringen, aber thatsächlich war nunmehr die wichtigste Frage, welche Deutschland seit $\frac{5}{4}$ Jahren in erster Linie beschäftigt hatte, endlich entschieden, somit die Aussicht auf eine fortan freiere Entwicklung der rein inneren Fragen eröffnet, die auf einen inneren Konflikt beseitigt und dem Auslande der Grund zu der unruhigen Spannung genommen, die bei den Gegnern des Dreibunds, namentlich bei den Franzosen, neue kühne Hoffnungen erregt und sie erwartungsvoll die Entwicklung der Dinge hatte beobachten lassen. Wie sich die deutschen Militärverhältnisse nach Maßgabe des neuen, vom 3. August datierten Gesetzes in Wirklichkeit entfalten und wie die Reichsleitung in anderen Fragen mit dem neuen Reichstage auskommen werde, mußte die Zukunft zeigen. Der Kaiser gab seiner „freudigen Genugthuung“ über den Abschluß der Armeereform in einer Kabinettsordre vom 15. Juli dem Reichskanzler Ausdruck, dem, neben der patriotischen Unterstützung der deutschen Fürsten, „vor allem das Verdienst am Zustandekommen dieses großen Werks“ gebühre, indem er „mit fachmännischem Verständnis, staatsmännischem Blick und hingebender Thätigkeit in allen Stadien der Erörterungen sich habe angelegen sein lassen, die Reform einem befriedigenden Ende entgegenzuführen“; dafür sage der Kaiser seinen unauslöschlichen Dank. Den Abgeordneten Freiherrn v. Stumm und v. Koscielski erwies sich der Kaiser für Unterstützung dieser Reform erkenntlich durch Verleihung von Orden, dem letzteren noch

durch Zufügung des Danks für ihn und seine polnischen Landsleute, denen allen er ein Vorbild sei. Dem Freiherrn v. Schorlemer-Mst verlieh der Kaiser in Anerkennung seiner patriotischen Hingebung sein Bildnis.

Aus dem Leben des Kaisers nach seiner Rückkehr aus Italien wurden bisher nur die auf den Reichstag bezüglichen Momente hervorgehoben; seine gesamte Thätigkeit seit jener Zeit trat aber außerdem noch vielfach hervor. Am 31. Mai wohnte er auf der Schichauschen Werft bei Danzig dem Stapellaufe der Kreuzerfregatte I bei, welche auf seinen Befehl vom Kapitän zur See Grafen Haugwitz „Gefion“ getauft wurde, den Namen der am 5. April 1848 im Gefecht bei Eckernförde eroberten dänischen Korvette, die 1850 beim Verkauf der damaligen deutschen Flotte preussischerseits erstanden und später bei Torpedoschießversuchen zu Kiel in die Luft gesprengt war. Die am 2. Juni vom Kaiser auf dem Tempelhofer Felde bei Berlin abgenommene Parade über die in Berlin und Umgegend garnisonierenden Truppen erhielt einen Anflug politischer Bedeutung durch die Anwesenheit des 22jährigen Prinzen Viktor von Italien, Grafen von Turin, zweiten Sohnes des verstorbenen Erzkönigs Amadeus von Spanien. Er war am 24. April bei der Heerschau in der Nähe Roms vom Kaiser eingeladen und am 1. Juni mit dem ganzen militärischen Pompe in Berlin empfangen, wie er in der Regel nur bei gekrönten Häuptern zur Entfaltung gelangt. Nun sah man den Prinzen bei diesem besonders glänzend gestalteten militärischen Schauspiel neben den Prinzen Leopold von Bayern, Friedrich August von Sachsen, Herzog Albrecht von Württemberg und dem Regenten von Braunschweig. Am 4. Juni war das Kaiserpaar bei der Einweihung der Himmelfahrtskirche in Berlin, der achten von den 26 Kirchen, deren Bau in den letzten vier Jahren in und um Berlin begonnen hatte. Bei diesem Anlasse sprach der Kaiser dem Oberbürgermeister Zelle den Wunsch aus, daß an der Peripherie der Hauptstadt mehr landhausartige Bauten entstehen möchten. Nachdem am 6. Juni dem Grafen von Turin zu Ehren noch ein Wettrennen bei Potsdam stattgefunden hatte, traf der Kaiser am 13. Juni in der Frühe in Posen ein, wo er alsbald die Garnison alarmieren ließ, zu deren Parade er an der Spitze der Fahnenkompanie nach dem Exerzierplatz bei Głowo ritt. Abends fand ihm zu Ehren vor

dem Gebäude des Generalkommandos ein Militärkonzert und hiernach ein großer Zapfenstreich statt, bei dessen Beginn der Kaiser, von endlosen Hochrufen der Menge begrüßt, neben dem Erzbischof v. Stablewski auf dem Balkon erschien. In der Frühe des 19. Juni traf der Kaiser in Kiel ein, fuhr an Bord des Panzerschiffs „Sachsen“ mit der Manöverflotte in See und traf abends auf der Yacht „Meteor“ dort wieder ein. An den folgenden Tagen besichtigte er verschiedene Kriegsschiffe in der Kieler Bucht und am 24. Juni ließ er alle hier liegenden Kriegsschiffe die englische mit der deutschen Flagge halbstock's flaggen zum Ausdruck der Teilnahme der deutschen Marine am Untergange des englischen Panzerschiffs „Victoria“ vor Tunis. Der Witwe des hierbei umgekommenen Admirals Tryon sprach er telegraphisch sein Mitgefühl aus, versicherte ihr, „Wir betrauern ihn, als ob er einer der unserigen wäre“. Nachdem am 24. Juni auch die Kaiserin mit dem Kronprinzen in Kiel eingetroffen war, wohnten die Fürstlichkeiten bei starker Brise aus Südwest einer Regatta des kaiserlichen Yacht-Klubs bei, an der sich 83 Fahrzeuge der Kriegsmarine beteiligten. Folgenden Tags fuhren sie auf der „Hohenzollern“ nach Gravenstein zum Besuch der Mutter und der Schwester der Kaiserin. Diese und der Kronprinz begleiteten sodann am 27. Juni die „Irene“ und die „Atalanta“ auf ihrer Wettfahrt mit dem „Meteor“, an dessen Bord der Kaiser sich befand, bis zur Schleimünde. Den Glanzpunkt der Kieler Festlichkeiten bildete die Seeregatta, die, unter Teilnahme des Kaisers, des Prinzen Heinrich, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und des Erbgroßherzogs von Oldenburg, am 28. Juni von der Kieler bis zur Wyker Bucht stattfand. Die Rückkehr nach Berlin erfolgte am 30. Juni. Der zweite Sohn des Kaisers, Prinz Eitel Friedrich, trat am 7. Juli, nach Zurücklegung seines zehnten Lebensjahrs, als Sekondeleutnant in das erste Garderegiment zu Fuß. Die Feierlichkeit in Potsdam verlief in derselben Weise wie die vorjährige bezüglich des Kronprinzen. Während des Aufenthalts des Kaiserpaars an der Ostsee hatte der Großfürst-Thronfolger von Rußland, auf der Reise nach London zur Hochzeit des Herzogs von York, Berlin passiert und bedauert, die Majestäten nicht begrüßen zu können. Als er nun für die Rückkehr diplomatisch angemeldet wurde, erschien dies als Bestätigung einiger für Deutschland sehr günstiger Äußerungen,

die dem Großfürsten in Petersburg seit seinem Berliner Frühjahrsbesuche nachgesagt waren. Er traf am 11. Juli im Neuen Palais bei Potsdam ein und weilte einige Tage beim Kaiserpaare. An Stelle der Nordlandsreise, welche der Kaiser für dieses Jahr mit der Kaiserin geplant hatte, die aber mit Rücksicht auf das Schweben der Militärfrage beim Reichstage aufgegeben war, unternahmen der Kaiser und seine Gemahlin am 17. Juli von Kiel aus eine kurze Reise nach Schweden. Sie trafen am 18. über Bornholm in Wisby auf der schwedischen Insel Gotland ein, wo ihnen zu Ehren abends in den erleuchteten Ruinen der im 14. Jahrhundert von den Dänen zerstörten Katharinenkirche ein Fest veranstaltet wurde, bestehend in der Darstellung von Szenen aus dem kirchlichen Leben des Mittelalters und aus der Zeit der Hanse. Am folgenden Tage trafen sie zum Besuche des Kronprinzlichen Paares von Schweden in dessen Sommerresidenz Tullgarn in den Südermanlands=Skären ein. Nachdem später auch König Oskar die Gäste hier begrüßt hatte, reisten diese am 21. Juli wieder heimwärts und stiegen am 22. Juli in Saßnitz auf Rügen aus, wo sie die Kinder des Prinzen Friedrich Leopold besuchten und sich dann zu Fuß auf dem durch seine landschaftliche Schönheit bekannten Uferwege der Stubnitz nach Stubbenkammer begaben. Am 26. Juli weilten die Majestäten abermals in Kiel. Von hier begab sich die Kaiserin zu ihren seit dem 20. Juli auf Wilhelmshöhe bei Kassel weilenden Kindern, während der Kaiser am 29. Juli auf der „Hohenzollern“ in Cowes auf Whigt eintraf, wo er nach einem Besuche bei seiner Großmutter, der Königin Viktoria, am 31. Juli an Bord der dem Prinzen von Wales gehörenden Yacht „Britannia“ einer Yacht=Wettfahrt beiwohnte. Bei einer Wettfahrt am 2. August errang dieses Schiff den vom Kaiser als Preis ausgesetzten Ehrenschild. Auf der Heimkehr besuchte der Kaiser am 8. August wiederum Helgoland, wo gerade Schießübungen mit Revolverkanonen stattfanden; am 12. August begab er sich von Kiel aus zum dritten Mal in diesem Jahre zur Besichtigung der Bauten des Nordostseekanals. Nach Berlin zurückgekehrt, führte der Kaiser am 14. August das von Spandau nach Berlin verlegte 4. Garderegiment durch das Brandenburger Thor, wo der Oberbürgermeister eine Ansprache hielt, in die Hauptstadt ein.

Während der ganzen ersten Hälfte des September war die Auf=

merksamkeit des In- wie des Auslandes vorwiegend den Manövern und Paraden zugewandt, welche von deutschen Armeekorps und Garnisonen im Westen und Süden des Reichs vor dem Kaiser und vielen Fürstlichkeiten ausgeführt wurden, sowie den damit verbundenen politisch bedeutsamen Vorgängen. Zu diesen wurde von vornherein die Gegenwart des vom Kaiser Wilhelm dazu eingeladenen Kronprinzen Viktor Emanuel von Italien gerechnet, und schon längere Zeit vorher hatte man sich in Frankreich sehr stark darüber erregt, daß der Prinz von Neapel gerade in denjenigen Gebieten, welche nach französischer Vorstellung eigentlich immer noch französisches Gebiet seien, in den deutschen Reichslanden, kriegerischen Übungen beiwohnen würde, und es fehlte nicht an Stimmen, welche die grausame Behandlung italienischer Arbeiter in der Nähe Marseilles zum Teil auf die durch diese Aussicht tief erbitterte Stimmung in Frankreich zurückführen zu müssen glaubten. Die italienische Regierung ließ sich jedoch durch die mehrfachen Zeichen französischen Unmuts nicht beirren, und so nahm der Prinz an der ganzen Reihe wichtiger Manöver und glanzvoller Festlichkeiten teil, die sich vom Mittelrhein aus moselaufwärts durch die Reichslande bis nach Schwaben erstreckten.

Der Ausgangspunkt war Koblenz. In die prächtig geschmückte Stadt hielten der Kaiser und die Kaiserin am 1. September vormittags unter dem Geläute aller Glocken und den Salutschüssen des Forts Konstantin ihren feierlichen Einzug, von einer zahllosen Menge, worunter viele Landleute, aufs freudigste begrüßt. Beim Triumphbogen in der Schloßstraße bot der Oberbürgermeister den Willkommengruß und wies in seiner Ansprache auf den häufigen Aufenthalt Kaiser Wilhelms I. und seiner Gemahlin in Koblenz. In seiner Erwiderung bemerkte der Kaiser, auch er habe hier frohe Stunden verlebt und zum Zeichen seines Wohlwollens habe er Koblenz zur Stätte des Denkmals der Rheinprovinz für Kaiser Wilhelm I. bestimmt, das die Stadt hoffentlich in treuer Obhut halten werde. Um Mittag, nach dem Empfang der Provinzialbehörden im Schloß, brachten die Männergesangsvereine mit dem Kölner Liederfranz dem Herrscherpaar ein Ständchen. Hierauf machte dieses unter dem Jubel der Menge eine Rundfahrt durch die Stadt; sodann besuchte die Kaiserin den Ehrenbreitstein, während der Kaiser mit dem Prinzen Albrecht von Preußen eine Spazierfahrt auf dem Rhein machte, dessen

Ufer von grüßenden Zuschauern dicht besetzt waren. Als Teilnehmer an den Festlichkeiten hatten sich der Großherzog von Weimar, Prinz Leopold von Bayern, der Fürst von Hohenzollern, Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe nebst Gemahlin und der Reichskanzler eingefunden. Sie alle und die obersten Zivilbeamten der Provinz nahmen an einem Frühstücksmahle teil, bei welchem der Kaiser einen Trinkspruch auf das Wohl der Rheinlande und ihrer Bewohner ausbrachte. In einer formschönen Ansprache gab er dem Gefühle Ausdruck, wie sehr der Empfang an diesen von der Poesie verschönten Gegenden zu seinem Herzen spreche und wie tief er an dieser Stätte durchdrungen sei von den mannichfachen Erinnerungen an seine Großeltern, insbesondere an die Kaiserin Augusta, deren segnende Hand noch jetzt in allen Theilen der Provinz verspürt werde; zugleich mit dem Segenswunsche für die Provinz schöpfe er aus dem Rückblick „die Lehre, daß durch das feste Zusammenhalten von Volk und Herrscher die größten Thaten geschehen sind, und daß auch die Rheinprovinz das ihrige that, um meinem Großvater zur Seite zu stehen, als er den Nibelungenhort der deutschen Einheit unserm Reiche wiedergewann.“ Abends 6 Uhr wurde der Prinz von Neapel vom Kaiser und allen Fürstlichkeiten mit großem Pompe am Bahnhofe empfangen. Bald darauf folgte ihm zu Ehren ein Festmahl im königlichen Schloß, wobei der Kaiser in einem Trinkspruch seine lebhafteste Freude darüber aussprach, daß der König von Italien „in alter Waffenbrüderschaft“ seinen Sohn gesandt habe, „damit er einige Zeit unter uns weile“; dann trank er auf das Wohl des Königs Humbert, des Kronprinzen „und der uns befreundeten italienischen Armee“. Der Kronprinz erwiderte alsbald in italienischer Sprache mit dem Dank für die vielen Beweise dauernden Wohlwollens des Kaisers und für die liebenswürdigen Worte, mit welchen er seiner gedacht habe. Dann trank er auf das Wohl der Kaiserin, ihrer Familie und des deutschen Heeres. Sodann ergriff der Kaiser noch einmal das Wort zu einer Ansprache an seine Generale, denen er, unter Erinnerung an die vor 9 Jahren bei Koblenz vor Kaiser Wilhelm, Kaiserin Augusta und dem Grafen Moltke stattgehabten Manöver des 8. Armeekorps volle Befriedigung und Dank aussprach für die Art, wie sie dieses Korps ausgebildet und, der alten preußischen Tradition entsprechend, auf der Höhe zu erhalten verstanden hätten,

wie es der Monarch erwarte. Zugleich erinnerte der Kaiser daran, daß in diesem Schlosse Kaiser Wilhelm I. „vor seinem Regierungsantritt in ernster, hingebender, stiller Arbeit seine Pläne schmiedete und seine Vorbereitungen traf, um die preußische Armee zu dem Instrumente zu schaffen, das dereinst im Verbande mit den deutschen Brüdern unser Reich einigen und herrlich wieder herstellen sollte.“ Zuletzt wandte sich der Kaiser noch besonders an die Offiziere vom Kaiserin Augusta-Regiment, das nun von der Stätte zu scheiden im Begriff stehe, wo es 33 Jahre lang geweilt und die Augen der Kaiserin Augusta auf ihm geruht hätten, die stets ihrer militärischen Pflichten eingedenk gewesen sei und alle Phasen des Regiments verfolgt habe. Nach dem Mahle unternahmen die Fürstlichkeiten eine Rheinfahrt, um die Beleuchtung der Rheinufer zu besichtigen, die sich auf der linken Seite bis zur Horchheimer Brücke, auf der rechten von Horchheim bis Vallendar erstreckte und in dieser mehr als einstündigen Ausdehnung den Anblick einer ununterbrochenen Feuerlinie in den mannichfachsten Verzweigungen darbot. An mehreren Stellen wurde die fürstliche Flottille mit prächtigen Feuerwerken begrüßt und der Ehrenbreitstein leuchtete in bengalischem Lichte. Den Beschluß des Tags machte ein großer Zapfenstreich vor dem königlichen Schlosse.

Von Koblenz ging es nach Trier. Die Fürstlichkeiten trafen vormittags auf der Haltestelle Cuxen ein und begaben sich sogleich auf das Paradesfeld, wo der Kaiser seiner Gemahlin, die ebenfalls zu Pferde erschien, das Königin Augusta-Garde-Grenadier-Regiment vorführte. Dann begab sich die Kaiserin in die Stadt und wurde an der Moselbrücke von den städtischen Behörden empfangen. Bald hiernach kam an derselben Stelle auch der Kaiser mit dem Prinzen von Neapel an der Spitze der Fahnenkompanie an und erwiderte auf die Ansprache des Oberbürgermeisters de Rhs, der Einzug in die ehrwürdige alte Stadt erwecke ihm besondere Gefühle; der Empfang beweise, daß die Macht der Tradition sowie die Tugenden der Treue, des Fleißes und der Anhänglichkeit an das Herrscherhaus, auf welche das ganze Reich und besonders Preußen gegründet sei, in Trier gepflegt würden. Damit leerte er den ihm dargereichten Ehrenbecher auf Trier und alle seine Bewohner, „die Zungen wie die Alten“. Die Kaiserin besichtigte nunmehr die geschichtlichen Denkmäler der Stadt,

das erst vor kurzem enthüllte Denkmal Kaiser Wilhelms I. und den Dom, wo Bischof Korum mit dem Domkapitel sie empfing; der Kaiser nahm an der Porta nigra nochmals den Vorbeimarsch der Truppen ab. Bevor er die Rheinprovinz verließ, richtete er an den Oberpräsidenten derselben, Rasse, einen Erlaß mit dem Ausdruck des Dankes für die von den Städten Koblenz und Trier abgelegten Beweise treuer Gesinnung.

Am 3. September betrat der Kaiser das Reichsland, um auf dessen Boden 5 Tage lang ausgedehnte Manöver des 15. und 16. Armeekorps zu beobachten und zum Teil zu leiten. Um 1 Uhr 45 Minuten vormittags traf er mit dem Prinzen von Neapel unter dem Donner der Meyer Forts St. Julien und Prinz Friedrich Karl auf dem kleinen Bahnhof in Devant les Ponts ein, worauf sich beide mit den übrigen Fürstlichkeiten, die schon früher von Trier hier eingetroffen waren, zu Wagen nach dem Exerzierplatz im Ban St. Martin begaben. Hier waren 8000 Mann im Viereck aufgestellt, in dessen Mitte ein Altar, diesem gegenüber ein im Purpurrot und Orange prangendes Kaiserzelt, in welchem die Fürstlichkeiten dem Feldgottesdienste beiwohnten. Hierauf erfolgte, vier Jahre seit des Kaisers letztem Besuche und genau 65 Jahre nach dem Einzuge des Königs Karl X. von Frankreich, unter dem Geläute aller Glocken, auch der alten „Muette“ in der St. Stephans-Kathedrale, sowie unter dem Donner aller Forts, bei herrlichstem Herbstwetter der feierliche Einzug des Kaisers an der Spitze der Truppen in die Hauptstadt Lothringens. Der Kaiser erschien, wie der rechts neben ihm reitende Kronprinz von Italien, in Husarenuniform; links neben ihm ritt der Großherzog von Baden als Armee-Inspektor. Davan schloß sich das ganze glänzende Gefolge der Fürsten und zahlreichen Generale. 7000 Schulkinder und 4000 Mitglieder von 62 Vereinen, darunter des Vereins der Deutschen in Luxemburg, bildeten Spalier. An der Pariser Straße hatten die städtischen Behörden Aufstellung genommen, in deren Namen der Bürgermeister Halm den Willkommengruß in einer Ansprache bot, in der es hieß: „Die tiefe Bedeutung der Truppenschau, die auf jener Höhe sich vollziehen soll, wo das Denkmal Kaiser Wilhelms I. sich erhebt, wir erfassen sie voll und ganz und danken dafür aus tiefbewegtem Herzen; es möge dabei uns gestattet sein, auszusprechen, wie glücklich und

stolz wir sind, daß Metz als Standort der gewaltigen Heeresmassen, die Ew. Majestät dort folgen, sich fühlen und nennen darf als einen Grundpfeiler und Angelpunkt für die gebietende Macht, mit der in starker Hand Ew. Majestät und Ew. Majestät Vorfahren an der Krone seit nunmehr 22 Jahren uns den Frieden erhalten haben, und mit der Ew. Majestät, def sind wir gewiß, uns den Frieden auch ferner erhalten werden.“ Der Kaiser dankte für den festlichen Empfang und sagte, Metz und sein Armeekorps sei ein Eckpfeiler in der militärischen Macht Deutschlands, dazu bestimmt, den Frieden Deutschlands, ja ganz Europas, dessen Erhaltung sein fester Wille sei, zu schützen. Als Zeichen seiner Huld legte er sodann dem Bürgermeister eine prächtige goldene Amtskette um den Hals. Dann ging es unter dem freudigen Zuruf einer dicht gedrängten Menge durch die geschmückte Stadt bis zur Esplanade. Hier nahm der Kaiser mit seinem glänzenden Gefolge vor dem im vorigen Jahre enthüllten Denkmal seines Großvaters Aufstellung und ließ das ganze 16. Armeekorps vorüberziehen. Nachmittags fuhr er mit der Bahn nach Kurzel und von hier zu Wagen, in Begleitung des Statthalters Fürsten Hohenlohe, nach seinem neu erworbenen Schlosse Urville. Längs der Straße hatten viele tausend Landleute Aufstellung genommen, auch hatten sich die Mitglieder des Landesauschusses, des Kreistags, die Bürgermeister, zahlreiche Geistliche aller Glaubensbekenntnisse, viele Schulen, die Feuerwehren und Vereine zur Begrüßung eingefunden. An der Ehrenpforte, deren Sockel mit Erzeugnissen der Landwirtschaft geschmückt war, hielt der Präsident des lothringenschen Bezirkstags, Fabrikant Jaunez aus Saargemünd, eine Ansprache, in der er sagte: „Die Bevölkerung Lothringens ist ruhig, friedliebend, durch und durch konservativ und verlangt nicht mehr als gehorsam Ew. Majestät und den Gesetzen des Staates zu leben.“ Sodann verlas der 85jährige Bürgermeister Dory aus Ogy-Buche eine Anrede in französischer Sprache mit dem Ausdruck der Treue und Anhänglichkeit der Landbevölkerung. Endlich trat der Bischof Fleck von Metz an der Spitze einer zahlreichen Geistlichkeit hervor und versicherte, das vorzüglichste Bestreben derselben gehe dahin, „jene verderblichen Lehren, welche die menschliche Gesellschaft untergraben, durch die Pflege der Religion und der guten Sitten vom Volke fernzuhalten“. Der Kaiser sagte in seiner Erwiderung, diese

Frage sei zwischen ihm und dem Papst in Rom Gegenstand der Unterredung gewesen (S. 57). Die Bemerkung aufgreifend entgegnete der Bischof, der Papst habe ihm hiervon Mitteilung gemacht mit dem Ausdruck der Freude, daß diese seine Ansichten mit denen des Kaisers übereinstimmten. Dieser zog nunmehr zum ersten Male als Gutsbesitzer in Urville ein. Am 4. September vormittags fand 6½ Kilometer südwestlich von Metz, bei dem durch die Übergabe der Stadt bekannten Schlosse Frascati die Parade des aus Mannschaften aller Reichsgegenden bestehenden 16. Armeekorps statt. Neben dem Kaiser sah man, außer dem Prinzen von Neapel, den inzwischen eingetroffenen König von Sachsen und dessen Bruder, den Feldmarschall Prinzen Georg, zwei frühere Heerführer auf diesen Gefilden. Nach der Parade zog der Kaiser mit dem Prinzen von Neapel an der Spitze der Fahnenkompanie in Metz ein, empfing hier den vom König der Belgier zur Begrüßung entsandten Minister Jonghe d'Artois und unternahm dann mit dem italienischen Gaste eine Ausfahrt nach den Forts Prinz Friedrich Karl, Manstein und Alvensleben. Bei der abendlichen Paradedafel sagte der Kaiser in einem Trinkspruche den Lothringern wärmsten Dank für die freundliche Aufnahme und fügte hinzu: „Ich sehe aus den Ovationen, aus der Feststimmung der Bevölkerung von Metz und dem Lande die Bestätigung, daß Lothringen sich wohl im Reiche fühlt. Vor den Augen der hiesigen Einwohner zieht ein Stück deutscher Größe, der deutschen Einheit vorbei. Das Haupt des Reichs und mit ihm vereint in treuer Freundschaft und festem Bunde hohe durchlauchte Verwandte, Bettern und Regenten deutscher Länder. Mit Genugthuung sehe ich, daß Lothringen das Verständnis für des Reiches Größe und für seine Stellung im Reiche gewonnen hat.“ Dann fuhr der Kaiser fort, er fühle sich wohl unter seinen Nachbarn in Urville; daraus könnten die Lothringer die Versicherung entnehmen, daß sie ungestört ihre Wege gehen und ihren Erwerbszweigen sich widmen könnten. „Das geeinte Deutsche Reich sichert Ihnen den Frieden und deutsch sind Sie und werden Sie bleiben, dazu helfe uns Gott und unser deutsches Schwert!“ Im Verlaufe des Mahles erhob sich der Kaiser nochmals zu einer Ansprache. Er richtete sich an die Generale und hob hervor, sie hätten gestern im Feldgottesdienste dem Lenker der Schlachten Dank

ausgesprochen, „daß er uns hierher geführt, daß er uns geholfen und dieses schöne Stück Erde, dereinst Deutschland gehörig, dem Deutschen Reiche wieder einverleibt hat.“ Dann berührte er, wie tief die Mannschaften von dem Momente ergriffen gewesen seien, als sie vor dem Denkmale Kaiser Wilhelms I. vorüberzogen: „Vor uns die alten Höhen mit ihren Festen gen Himmel ragend und ringsherum ein blutgedüngter historischer Boden.“ Zum Zeichen seiner vollen Zufriedenheit mit den Leistungen des 16. Korps ernannte er sich zum Chef des 145. und jüngsten Regiments. Während dies alles in Metz vor sich ging, weilte die Kaiserin in Köln zur Besichtigung des Doms und anderer Kirchen sowie milder Anstalten.

Den Festlichkeiten in Metz folgten 4tägige kriegerische Übungen in Lothringen. Das erste Manöver spielte sich am 5. September bei Coligny ab. Am 6. gelang es dem 16. Korps unter dem Befehle des Generals Grafen Häfeler, die Vereinigung des von Trier in Annarsch befindlichen 8. Korps mit seiner Hauptarmee an der Saar zu verhindern. Die am 7. und 8. September fortgesetzten Kämpfe zwischen diesen beiden Korps ergaben einige für den Ernstfall lehrreiche Erfolge. Dahin gehörte vor allem der große, zum Teil nächtliche Aufklärungsdiens, den je 6 Kavallerie-Regimenter in der Richtung von Merzig und Saarlouis gegen einander auszuführen hatten; sodann der überraschende Fall, daß das die Feinde darstellende 16. Korps sich bei Tromborn gegen einen wesentlich stärkeren Gegner zu halten vermochte, endlich die nützliche Verwendung der Luftschifferabteilung. Der Kampf am 7. September wurde durch das Eingreifen der Kavallerie unter dem Befehle des Kaisers zu Gunsten des 16. Korps entschieden, und es wurde als ein prächtiger Anblick geschildert, als 12 Kavallerie-Regimenter, an der Spitze der Kaiser in der roten Attila der Leibgardehufaren auf einem Schimmel, gegen die mit aller Macht feuernde Infanterie des 8. Korps dahinflogen, welches durch die 5. bayerische Division verstärkt war. Bei Gelegenheit eines dieser Manöver hatte der Pfarrer Jacot aus Fèves Audienz beim Kaiser und empfing dessen Anerkennung für seine vielfach bewiesene patriotische Wirksamkeit in Lothringen.

Von Metz begab sich der Kaiser in die Hauptstadt des Elsasses. In den bunten Flaggenfarben des Reichs, der süddeutschen Staaten und Italiens gekleidet, die zum Teil sehr schmalen Häuser mit Grün

und Rosen geschmückt, die Straßen mit rotem Sande bestreut, gewährte Straßburg ein prächtiges Städtebild altertümlichen Charakters. Vom Bahnhof Neudorf begab sich der Kaiser in Kürassieruniform zu Pferde zum Polygon, wo er von einer unabsehbaren Zuschauermenge mit den lebhaftesten Zurufen begrüßt wurde. Hier nahm er die Parade des 15. Armeekorps unter General v. Blume ab, begrüßte die Kriegervereine und ritt, wiederum vom Prinzen von Neapel und dem Großherzog von Baden begleitet, unter Glockengeläute und brausendem Jubelrufe der Volksmenge mit der Fahnenkompanie in die Stadt. Auf dem Broglieplatze war ein kostbares Zelt errichtet, in welchem der Oberbürgermeister Bock dem Kaiser den Willkommen entbot. In der Ansprache wurde hervorgehoben, es sei für die Wiedergewinnung der durch die Ungunst der Zeiten dem alten Vaterlande entfremdeten Herzen von größter Bedeutung, daß der Kaiser wiederholt bei seiner Anwesenheit in ein unmittelbares, persönliches Verhältnis zu den Bewohnern der Stadt und des Landes getreten sei; dadurch wäre im Volke das Bewußtsein lebendig geworden, daß es im Kaiser nicht nur den Beschützer der friedlichen Arbeit, sondern auch den gnädigen Herrn besitze, dem jeder mit Vertrauen nahen dürfe. In seiner dankenden Antwort erwähnte der Kaiser, daß er für die herrliche Stadt immer eine besondere Anhänglichkeit gehabt und schon als Knabe oft das Lied von Straßburg der wunderschönen Stadt gesungen habe; daß die Stadt in der Wiedervereinigung mit Deutschland sich wohl fühle, habe er so recht empfunden, als er im Januar unerwartet hier eingetroffen sei (S. 5). Am Nachmittage kehrte der Kaiser nach Metz zurück, wo er in einem Trinkspruche beim Diner das größte Lob über die Leistungen des 15. Korps aussprach; damit verband er Worte ehrendster Anerkennung für den anwesenden Armee=Inspekteur, den Großherzog von Baden, und fügte hinzu: „Er ist einer von den Fürsten, welche die ganze große Zeit unter meinem Großvater mitdurchlebt haben, derjenige deutsche Fürst, der das erste Hoch auf den neuen deutschen Kaiser in Versailles ausbrachte, und der stets am Plage ist, wenn es gilt, für das deutsche Vaterland einzutreten.“

Die Leistungen des 8. und des 16. Korps erfuhren durch Auszeichnung ihrer Befehlshaber besondere Anerkennung, indem General v. Loë zum Generalobersten mit dem Range eines Feldmarschalls

ernannt wurde und General Graf Häfeler das Großkreuz des roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe erhielt. In einem Erlasse aus Urville an den Statthalter sagte der Kaiser, er betrachte die allerorten in Lothringen ihm dargebrachten Huldigungen „als eine Bürgschaft dafür, daß der Anschluß Lothringens an das deutsche Vaterland sich von Jahr zu Jahr enger und inniger gestaltet hat“.

Als Fortsetzung der Manöver in Lothringen folgten Manöver zwischen dem badischen (14.) und dem elsassischen (15.) Armeekorps. Um an ihnen teilzunehmen, kam der Kaiser am 10. September, nachdem er in Kurzel dem Gottesdienste beigewohnt hatte, in Karlsruhe unter wiederum freudigen Begrüßungen der Bevölkerung an. Auf dem Marktplatz begrüßte der Oberbürgermeister ihn, wie er sagte, „in dem sicheren Bewußtsein, daß das scharfe Schwert des Reichs in einer Hand ruht, die niemals unbedacht es der Scheide entreißen, aber im Notfall es kraftvoll führen wird für den Bestand und die Ehre des Vaterlands.“ Hierauf erwidern, erinnerte der Kaiser an seinen Karlsruher Aufenthalt im Frühjahr; damals habe es anders im Reiche ausgesehen. „Wir waren alle besorgt, wie der Kampf enden würde, der damals um die Sicherung des Vaterlands geführt wurde. Gott sei Dank hat sich das deutsche Volk gefunden, hat fest zusammengestanden und gethan, was seine Pflicht war.“ Die Parade des badischen Korps fand bei Forchheim statt und nach derselben der Eintritt des Kaisers in Karlsruhe, indem abermals der Thronerbe Italiens unter den deutschen Fahnen ritt. Das Paradediner im Schloß gab wiederum Anlaß zu bemerkenswerten Tischreden. Der Großherzog Friedrich hieß in einer Ansprache den Kaiser willkommen, wies ihn auf die abermals hervorgetretene Anhänglichkeit der badischen Militärvereine und erinnerte ihn daran, daß sein Vater und sein Großvater so manchmal an dieser Stätte geweiht und verehrt worden seien; möchte, so schloß er, dem Träger der Kaiserkrone, welche die Einigung der deutschen Volksstämme bedeutet und nach Friedrich Wilhelms IV. Ausspruch nur auf dem Schlachtfelde zu erobert war, vergönnt sein, sie lange zu tragen, sie zu schützen und zu festigen. Die Ansprache regte den Kaiser zu einer längeren Erwiderung an, in der seine durch den Rückblick auf die Vergangenheit belebten Gefühle für diese Stätte zum wärmsten Ausdruck gelangten;

in der badischen Fürstenfamilie würden „die Erinnerungen an die hehre Gestalt des Einigers des Reichs und an die Siegfriedgestalt Kaiser Friedrichs gehegt und gepflegt“; dann kam er auf die Vorgänge in diesem Frühjahr zu reden, wo sich ihm nach seiner Rückkehr aus Italien und dem Großherzog, sowie manchem guten deutschen Manne der Gedanke aufgedrängt habe: „Wird unser Volk seiner Aufgabe noch gewachsen bleiben? Will es wirklich lenken von den Wegen, die Kaiser Wilhelm ihm vorgezeichnet? Will es sich unwürdig erweisen der großen Thaten des Kaisers Friedrich?“ Beim Nahen der Entscheidungsstunde, „als unser Volk von neuem auf den richtigen Weg gewiesen werden mußte“, da sei es wieder Großherzog Friedrich gewesen, der zuerst mit inhaltsreichen, goldenen Worten jene Saite angeschlagen habe, die beim deutschen Volke immer anschlage; „die militärische Ader wurde geweckt und von Gau zu Gau über die badischen Lande hinaus, unter den Kriegern, die mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Friedrich gefochten, lebte der neue Gedanke auf und unser Volk fand sich wieder.“ Dafür dankte der Kaiser dem Großherzog, dann fuhr er also fort: „Dank Ihnen allen steht neu gerüstet als schirmende Wehr das deutsche Volk, wie einst jener alte Götterheld Heimdal, wachend über den Frieden der Erde, am Thor des Tempels des Friedens nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt. Möge es unserm deutschen Volke vergönnt sein, daß es dieser hohen Kulturmission, dieser Aufgabe, die ihm von Gott gestellt und von meinem Großvater vorgezeichnet ist, nie untreu werde!“ Die zweimaligen Äußerungen des Kaisers über das Verhalten des deutschen Volks gegenüber der ersten Militärvorlage wurden in einem Teile der süddeutschen Presse nicht gebilligt, indem sie darauf hinwies, daß das Volk auch damals von vornherein zu erheblichen Opfern für die Wehrmacht bereit gewesen, nur über das Ausmaß nicht einig gewesen sei, und hier die richtige Grenze zu finden, wäre doch ebensowohl Sache kühler Erwägung als des Patriotismus gewesen.

Bei den Manövern, die am 12. und 13. September zwischen dem 14. und 15. Armeekorps auf der Linie von Hagenau im Elsaß bis Karlsruhe stattfanden, handelte es sich um die Verteidigung der Rheinlinie. Das 14. Korps schlug, indem die Brücken über den Rhein als vom Feinde zerstört angenommen wurden, unter den Augen des Kaisers bei Lauterburg eine 230 m lange Schiffbrücke, zog

über dieselbe und drängte das 15. Korps ins Elsaß zurück. Am 13. September führte der Kaiser das badische Korps, welches bei Mothern mit dem anderen Korps ins Gefecht kam; auf einer Höhe südlich von Niederlautenbach ernannte er sich mittels Ansprache an das zweite badische Infanterie-Regiment Nr. 110 zu dessen Chef; dann hielt er festlichen Einzug in das geschmückte Lauterburg. Abends wurde ihm in Karlsruhe von vielen Vereinen ein Lampionzug gebracht. An den Statthalter Fürsten Hohenlohe richtete er, kurz bevor er Karlsruhe am 14. September verließ, einen Erlaß mit dem Dank an die Elsässer.

Den Beschluß dieser Reihe militärischer und Hoffestlichkeiten bildeten die Vorgänge in Württemberg. Der Kaiser traf mit dem Prinzen von Neapel am 14. nachmittags fast gleichzeitig mit der Kaiserin, die von Wilhelmshöhe kam, in Stuttgart ein, von großem Jubel der Einwohner empfangen und vom Stadtschultheiß Kümelin mit einer Ansprache begrüßt, auf welche der Kaiser mit dem Ausdruck der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens antwortete. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ und von den übrigen Blättern vor allem der „Schwäbische Merkur“ empfingen den Kaiser mit den wärmsten Worten. Die Parade über das 13. Armeekorps bei Cannstadt gewährte, zumal beim prächtigsten Wetter, einen nicht minder glänzenden Anblick als die Paraden der Armeekorps 16, 15, 14, 13. Der Kaiser führte sein Regiment Nr. 120 dem Könige Wilhelm von Württemberg und dieser führte dem Kaiser nach einander 5 Regimenter vor. Die Kriegervereine waren auch hier zahlreich und mit schönen Bannern erschienen. Beim Frühstück der Fürstlichkeiten bei der verwitweten Herzogin Wera in der Villa Berg war der Kronprinz von Italien Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit. Er gab hier seiner Freude Ausdruck, vom Kaiser auch nach dem schönen Schwabenlande geführt zu sein und äußerte, er nehme unauslöschliche, herrliche Eindrücke und Erfahrungen mit in die Heimat. Im Trinkspruch beim Paradediner im Schloß sprach König Wilhelm seine Freude darüber aus, daß die Schwaben vor dem Kaiser hätten Proben ablegen können, wie sie in militärischer Ausbildung nicht gerastet, sondern auf dem gewonnenen Boden weiter gearbeitet hätten; das ganze Schwabenvolk jubele dem Kaiserpaare entgegen, da es im Kaiser den Hort des Friedens, in der Kaiserin das leuchtende Vorbild

der deutschen Frau erblicke. Im Erwidernstoaste bestätigte der Kaiser, daß das 13. Korps auf der Höhe der Ausbildung und „in dem Kranze der Armeekorps, die zum Schutze des Deutschen Reichs, zum Schutze des europäischen Friedens stets gewärtig sind, glänzend dasieht.“ Damit verband er, unter Berührung eines bekannten Ausspruchs in einem Uhlandschen Liede, die Versicherung, daß er bei frohen und bei schmerzlichen Anlässen die herzliche Weise beobachtet habe, wie die Schwaben an ihrem Fürstenhause hängen. Nach der Parade des 13. Korps bei Ludwigsburg reiste der Kaiser nach Ungarn, die Kaiserin nach Wilhelmshöhe und der Prinz von Neapel nach Monza.

Mit größter Spannung hatte Frankreich den deutschen Manövern in Elsaß-Lothringen entgegengesehen und ihrer Beobachtung mit solchem Eifer sich zugewandt, daß darüber sogar wichtige innere Angelegenheiten zurücktraten. Die Pariser Presse hatte einen schlechten Empfang des Kaisers in Lothringen vorausgesagt. Die Metzger, so hörte man wohl, hätten nur taube Ohren für die Aufforderung zu schlagen und zu beleuchten und Metz werde am Einzugstage das Aussehen eines Kirchhofs gewähren; das Blatt „le Sour“ sagte sogar, drei Viertel der Metzger Bevölkerung sei vor den Festen nach Frankreich entflohen; nur die Deutschen würden dort feiern, ihre Hurras würden aber nicht den Fluch der Besiegten übertönen und die Reise des Kaisers werde den Abgrund noch vertiefen, welcher die Besiegten von den Siegern trenne. Und nach den Friedensreden des Kaisers hieß es in der Pariser Presse, wenn der Kaiser wirklich den Frieden wolle, so würde er diese Kundgebungen mitten in den Frankreich entrissenen Provinzen unterlassen haben, aber Frankreich werde sich dadurch nicht zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, vielmehr beweise gerade seine Haltung den Willen der Friedensbewahrung. Bald darauf kam jedoch ein anderer Ton zum Vorschein: der Kaiser, sagte man nun, stehe ganz auf seinem richtigen Standpunkte, aber um so mehr ging es über den Prinzen von Neapel wieder her; was wolle dieser in Lothringen? Italien sei eine verirrte Schwester, indem es eine Politik angenommen, die es dahin geführt habe, ohne Not unhöflich zu sein gegen Frankreich, welches mit vielen Opfern die Einheit Italiens geschaffen habe. Zahlreiche Berichterstatter waren aus Paris nach Metz entsandt, hauptsächlich um über die Stimmung der Be-

völkerung Sicheres zu melden. Die Berichte derselben liefen jedoch übereinstimmend darauf hinaus, daß eine Begeisterung für Frankreich in den Herzen der Lothringer nicht mehr tief wurzle, von „trauernden Patrioten“ sei nichts mehr zu merken, die Bewohner von Stadt und Land seien bereits „Kallierte“ und hätten den Kaiser mit Jubel empfangen. In den militärischen Berichten des „Figaro“ war insbesondere ausgeführt, die militärische Welt Deutschlands fühle sich stark; das zeige sie und sie bedrohe Frankreich, weil sie etne höhere Macht darstelle, nämlich die völlige Verschmelzung des Heeres mit dem Volke und dieses Volkes in Waffen mit seinem Haupte. In Frankreich wirkten diese Berichte zunächst niedererschlagend, Empörung riefen sie aber in der panslawistischen Presse Rußlands hervor. Diese ergoß nun ihren höchsten Zorn gegen den italienischen Kronprinzen und erblickte in den deutschen Manövern bald eine Taktlosigkeit, bald eine politische Kundgebung gegen Frankreich wie gegen Rußland, in jedem Worte des Kaisers aber eine Herausforderung. In diesem Ton fiel auch die „Independance belge“, welche sogar meinte, die kaiserliche Rede an die Lothringer sei geeignet, Kriegsbesorgnisse zu erwecken. Diese Auslassungen erfuhren entschiedene Zurückweisung seitens der englischen Presse, und die „Times“ sah, in Übereinstimmung mit den Wiener Blättern, den Beweis als erbracht an, daß Deutschland die richtige Methode der Germanisierung der Reichslande anwende; in Frankreich dagegen rief die Haltung der russischen Presse den Wunsch nach, bei Gelegenheit der Anwesenheit eines russischen Geschwaders in Toulon die weitgehendsten Kundgebungen der Verbrüderung zu veranstalten.

Im politischen Parteiwesen trat nach dem Schluß des Reichstags für längere Zeit eine größere Stille, ein natürlicher Rückschlag nach den sehr bewegten Monaten, ein. Nur die „freisinnige Volkspartei“ ließ im Hochsommer noch von sich hören. Sie war ja Anfang Mai mit ziemlicher Plötzlichkeit proklamiert worden, und so lange es sich um den neuen Reichstag handelte, hatte die Bestätigung seitens der Genossen im Lande noch nicht nachgeholt werden können. Der bei dieser Parteibildung in Aussicht genommene Parteitag fand unter Teilnahme von 400 Delegierten aus mehr als 180 Reichstagswahlkreisen am 15. Juli in Berlin statt, bestätigte jenen Parteinamen sowie ein Organisationsstatut und erklärte hinsichtlich eines

Parteiprogramms, die endgültige Aufstellung desselben sei vorerst weder möglich noch nötig, die Parteigenossen wüßten sich einig in den Grundsätzen und Forderungen, wie sie im Programm der deutsch-freisinnigen Partei von 1884 niedergelegt worden; augenblicklich erkenne die Partei als ihre Aufgabe „die thatkräftige Vertretung und Förderung der kulturellen und materiellen Interessen des Volks gegenüber dem Vordringen einseitig militärischen Einflusses und gegenüber den Bestrebungen, welche auf Begünstigung einzelner Berufsstände zum Schaden der Gesamtheit gerichtet sind“. Ein Antrag, wonach die Verbesserung der Lage der arbeitenden und weniger bemittelten Klassen in das Programm aufgenommen werden sollte, wurde von Richter stark bekämpft.

Im übrigen bestanden die bemerkenswerteren politischen Vorgänge während der stilleren Sommerzeit in einem Zollkriege mit Rußland, einer Zusammenkunft der deutschen Finanzminister und einigen Reden des Fürsten Bismarck an Besucher. Was ersteren Punkt betrifft, so hatte die russische Regierung schon im Winter von 1890 auf 91, aus Anlaß der deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen, in Berlin eine Verständigung über ein russisch-deutsches Zollabkommen angeregt und die deutsche Reichsregierung war hierauf eingegangen, weil der deutsche Ausfuhrhandel nach Rußland schon seit Jahrzehnten unter den hohen und stetig gesteigerten russischen Zöllen litt. Die Verhandlungen kamen in Gang und zogen sich in die Länge, bis im Juli 1892 die russische Regierung den Wunsch aussprach, die deutschen Forderungen in bestimmter Formulierung mitgeteilt zu erhalten, bevor sie sich über die Möglichkeit einer Ermäßigung des russischen Zolltarifs erkläre. Darauf wurden, nach Vernehmung von Vertrauenspersonen aus den Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, die deutschen Vorschläge, welche sich auf das unerläßliche Mindestmaß beschränkten, im März 1893 übergeben, sie wurden jedoch im Wesentlichen abgelehnt und nur geringe Zolleremäßigungen für einige deutscherseits garnicht benannte Artikel, sowie gleichzeitig der Abschluß eines bis zum Jahreschluß dauernden provisorischen Zustandes angeboten. Dies wurde deutscherseits unter Berufung auf die Notwendigkeit einer Mitwirkung des Reichstags abgelehnt, die nach dem Stande der parlamentarischen Arbeiten im Sommer nicht mehr zu erlangen sei. Darauf brachte

Rußland, auf Veranlassung des neuen Finanzministers Witte, am 26. Juni ohne Weiteres den Maximaltarif gegenüber Deutschland zur Anwendung und führte am 20. Juli die Erhebung eines Zollzuschlags von 50 Prozent von den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie Deutschlands sowie seiner Schutzländer ein. Gegenüber diesem Veruche, durch Verhängung von Nachteilen die verlangten deutschen Zugeständnisse zu erzwingen, blieb Deutschland schon Ehren halber nichts übrig, als den Fehdehandschuh mit Entschlossenheit aufzunehmen und zu zeigen, daß es sich keineswegs in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Rußland befinde, und so erging, unter Zustimmung aller Parteien, mit Genehmigung des Bundesrats am 31. Juli eine kaiserliche Verordnung wegen Erhebung eines 50prozentigen Zollzuschlags auf die russischen Ausfuhrwaren. Dieser Zollkrieg brachte natürlich Nachteile für beide Seiten, schon bald aber traten Anzeichen ein, daß Rußland mit seinen Maßregeln einen Schnitt ins eigene Fleisch gethan habe, und es fragte sich nun, wie bald die russische Regierung von ihrer ganz unzutreffenden Voraussetzung abgehen werde, daß Deutschland die Einfuhr russischen Getreides zur Volksernährung brauche und deshalb für die Ermäßigung seiner Getreidezölle keine Gegenleistung fordern dürfe. Viel mußte ferner ankommen auf den Eindruck, welchen, wie auch wahrscheinlich beabsichtigt, die russischen Maßregeln auf die zahlreichen agrarischen Mitglieder des neuen Reichstags ausüben würden.

Die große Frage, wie die durch die neue Heeresreform erwachsenden Mehrausgaben des Reichs gedeckt werden sollen, hatte der Reichstag bei seiner Vertagung unberührt gelassen. Da sie ihn aber notwendig im nächsten Winter beschäftigen mußte, hatte der Reichskanzler zu ihrer Vorbereitung die Finanzminister der Einzelstaaten zu einer Besprechung mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamts nach Frankfurt a. M. berufen. Hier, in der bekannten Eschenheimer Gasse, im Palais des früheren Bundestags, tagten sie vom 8. bis 13. August unter dem Vorsitze des Freiherrn v. Markau-Gültz, der kurz zuvor um Entlassung von seiner Stelle gebeten hatte, weil er mißbilligte, daß zur Deckung der Kosten der Heeresreform eine Steuererhöhung auf Bier nicht dienen sollte. Die Fragen einer Tabak-, einer Wein-, einer Quittungs-, der Stempel- und der Börsensteuer wurden in Frankfurt in den Kreis

der Beratungen gezogen und die Finanzminister gelangten zu einer vorläufigen und grundsätzlichen Einigung. Freiherr v. Maltzahn-Gültz erhielt, unter Dekoration mit dem Kronenorden erster Klasse, zum 1. September die Entlassung von jener Stelle, die er seit dem 1. Juli 1888 als Nachfolger Jacobis bekleidet hatte. Sein Nachfolger war der bisherige Landeshauptmann von Posen, Graf Arthur Adolf von Posadowsky-Wehner, geb. 1845 in Groß-Slogau.

Im Laufe des Sommers erhielt Fürst Bismarck wieder zahlreiche Besuche und er schien diese Gelegenheiten gern zu benutzen, um über Reichsverfassungs- wie über laufende Fragen sich weithin vernehmen zu lassen. Als am 21. Juli 800 Personen aus Stadt und Land Braunschweig ihn in Friedrichsrub besuchten, sprach er sich in längerer Rede an dieselben u. a. dahin aus, daß man zu seiner Amtszeit in einer starken Opposition keine Gefahr erblickt habe, wogegen heutzutage reichsfreundliche Elemente der Regierung zu Gefallen das Opfer ihrer Überzeugung als das kleinere Übel erkannten; sodann hob er, ähnlich wie schon im vorigen Jahre beim Empfang studentischer Korporationen und dann in Jena, hervor, es sei ein Bedürfnis, daß die parlamentarische Mitwirkung bei der Reichsregierung schärfer betont werde, denn sie sei rückläufig geworden, als der Reichstag infolge von Parteiungen sich dazu hergegeben habe, eine so wichtige Sache wie die Handelsverträge in acht Tagen zu erledigen. Dies führte ihn ferner auf die Geheimhaltung gesetzgeberischer Vorschläge und die Bureaukratie, auf die der Fürst wiederum nicht gut zu sprechen war. Dann verwahrte er sich gegen die Meinung, daß er in seiner Rede an die Lipper dem Partikularismus das Wort geredet habe, und schließlich warnte er vor „unseren Landsleuten polnischer Zunge“ insofern, als sie neuerdings Interesse für die deutschen Gesamtangelegenheiten an den Tag legten; die Träger dieser Bewegung, die polnischen Edelleute und Geistlichen, würden es auf die Dauer gewiß nicht gut mit dem Deutschen Reiche im Sinne haben. Am 29. Juli begab sich der Fürst von Friedrichsrub nach Kissingen zum Gebrauch der Kur und empfing hier am 11. August 700 Teilnehmer an einer bayerischen Lehrerversammlung, am 18. August die Mitglieder eines Gesangvereins aus Barmen, am 20. August 1000 Thüringer und am 27. August 927 Personen aus Frankfurt a. M. In letzteren beiden Fällen beantwortete der Fürst

die Huldigungs-Ansprachen mit längeren Reden. Den Thüringern sprach er von der Notwendigkeit, das vor 23 Jahren mit schweren Opfern Errungene zu schützen; ein Abbröckeln aber sei es, wenn halbamtliche Stimmen den preußischen Einheitsstaat erstrebten; den Preußen, die „alle anderen einsacken wollen“, sage er: „Ihr seid die Partikularisten, Ihr kennt das außerpreußische Deutschland nicht.“ Er habe bei Schaffung der deutschen Einheit alles zu erhalten gesucht, was irgend damit verträglich war; nun aber bereite es ihm Sorge, „zu sehen, wie man die verfassungsmäßige Grundlage untergrabe und eine kaiserliche Zentralgewalt schaffen will.“ Die Anhänglichkeit des Deutschen an seine Dynastien habe positiven Wert und müsse gepflegt werden. Endlich schilderte er die eingetretene Trennung des Amtes des preußischen Ministerpräsidenten von dem des Reichskanzlers als verfassungswidrig. Zu den Frankfurtern sprach der Fürst von den verschiedenartigen Anlässen seines früheren Aufenthalts in Frankfurt und meinte, Preußens Streben nach dem Besitze dieser Stadt sei weniger ein Eroberungsgelüst gewesen, als vielmehr eine Anwartschaft auf die Verbindung von Nord- und Süddeutschland. Die Abreise des Fürsten von Kissingen nach Barzin war auf den 28. August angesetzt und schon erwarteten ihn Hunderte auf dem Bahnhof in Berlin; dann hieß es, die Reise sei wegen Unwohlseins des Fürsten verschoben. Seitdem hörte man zuweilen von der Fortdauer dieses Unwohlseins, sicheres aber erst am 4. September durch die Nachricht, daß die Gefahr für sein Leben vorüber sei, und wie das Publikum, hatte auch der Kaiser keine Kenntnis von der Schwere der Erkrankung gehabt.

Der Kaiser war, nach den Manövern in Schwaben, einer Einladung des Kaisers Franz Joseph zur Teilnahme an den großen Manövern im westlichsten Teile Ungarns gefolgt, und hatte mit dem Kaiser von Österreich, dem König von Sachsen, dem Prinzen Leopold von Bayern und dem Herzoge von Connaught sein Standquartier in Güns, südlich von Ödenburg, in der Eisenburger Gespanschaft, genommen. Dieses abseits von den großen Verkehrsstraßen liegende Städtchen ist gegenwärtig nur durch seine Tuchfabriken bekannt, früher aber war es eine ehrwürdige Freistadt, in welcher am Ende des 13. Jahrhunderts Rudolf von Habsburg eine Zusammenkunft mit dem Könige Ladislaus von Ungarn hatte, und

welche im Jahre 1532 durch heldenmütige Abwehr das große Türkenheer Sultan Solimans zum Rückzug nötigte. Am 17. September nachmittags wurde Kaiser Wilhelm vom Kaiser Franz Joseph, sieben Erzherzogen, den ungarischen Ministern, vielen Magnaten und der Geistlichkeit festlich empfangen, worauf alle jene Fürstlichkeiten vom 18. bis 21. September den von 4 Armeekorps und der ungarischen Landwehr, zusammen von 130 000 Mann, gegen einander ausgeführten Manövern bewohnten. Bei dem dieselben einleitenden Kampfe der Reitermassen führte der deutsche Kaiser sein Husarenregiment Nr. 7 zum Angriff. Bei Gelegenheit eines anderen Manövers besuchte er den früheren Botschafter in Berlin, den Grafen Szechenyi, auf seinem Gute.

Am 20. September überraschte das Berliner halbamtliche Telegraphenbureau durch die Nachricht, der Kaiser, der erst nachträglich von der schweren Erkrankung des Fürsten Bismarck Kenntnis erhalten, habe ihm von Güns aus telegraphisch seine Teilnahme ausgesprochen und ihm, mit Rücksicht auf die ungünstigen klimatischen Verhältnisse in Friedrichsruh, Wohnung in einem der kaiserlichen Schlösser angeboten; der Fürst habe noch an demselben Tage in ausführlichem Telegramm seinen lebhaften Dank ausgesprochen, jedoch auf Annahme des Anerbietens verzichtet, auf den Rat seines Arztes, des Professors Schweninger, welcher sich gegen Änderung des gewohnten Aufenthalts ausgesprochen habe. Die Nachricht rief in ganz Deutschland und im Auslande großes Aufsehen hervor, zunächst, indem sie bestätigte, daß der große Staatsmann schwer erkrankt gewesen, sodann aber als die erste Wiederannäherung des Kaisers an den Fürsten. Mehrere Tage lang zeigte sich die gesamte deutsche Presse fast aller Parteien in erster Linie hiervon erfüllt, zum Teil erregt. Lange schon hatte ein großer Teil des deutschen Volks, unter einem unbehaglichen Widerstreite der Gefühle, die gespannten Beziehungen zwischen dem Kaiser und dem Fürsten drückend, mit Betrübniß und als störenden Mißklang im Entwicklungsgang der neueren deutschen Geschichte empfunden, ja manchemal waren die wärmsten Anhänger von Kaiser und Reich durch ihre Verherrlichung des Fürsten in der nicht gewollten und unnatürlichen Rolle von Opponenten erschienen, und gar oft war der Wunsch nach „Versöhnung“ laut geworden, obwohl Versuche zur Bewirkung einer Annäherung gescheitert

sein sollten. Nun schien mit einem Male der Bann gebrochen. Erschien auch das kaiserliche Anerbieten zunächst nur als ein Akt der Höflichkeit und aus rein menschlicher Theilnahme hervorgegangen, so verbanden sich doch alsbald in der Presse mit den Ausdrücken größter Freude und Dankbarkeit gegen den Kaiser Kundgebungen der Hoffnung auf baldige weitere Schritte zur vollen Ausgleichung der 3^{1/2}-jährigen traurigen Irrungen. Darin war alles einverstanden, daß auch jetzt an eine Rückkehr des Fürsten zur Regierungsgewalt, schon wegen Fortdauer der inneren Gründe seines Ausscheidens aus dem Amte, nicht zu denken sei; manche Stimmen meinten sogar, die volle Harmonie könne nicht hergestellt, die Zwischenzeit überhaupt nicht ausgewischt werden; aber der Glaube an eine Besserung des Verhältnisses und insofern an politische Folgen des allgemein als hochherzig anerkannten, für Deutschlands Ansehen im Auslande wichtig gehaltenen kaiserlichen Schritts war fest gegründet. Zum wenigsten glaubte man an eine Änderung derart, wie der Fürst seine Ansicht über politische Vorgänge und Verhältnisse in den letzten Zeiten kundgegeben hatte. Sedenfalls erschien die in der Stellung der Majestät liegende Schwierigkeit des ersten Schritts zur Annäherung durch die geschickte Ergreifung eines geeigneten Zeitpunkts glücklich überwunden. Mehreren der in der Flut von Erörterungen der Presse aufgetauchten Äußerungen wurde, anscheinend halbamtlich, entgegengetreten. So wurde versichert, das Telegramm des Kaisers sei aus seiner eigensten, hochherzigen Entschließung hervorgegangen und mit einer Anregung des Reichskanzlers zusammengetroffen; wenn ferner von „Versöhnung“ im politischen Sinne geredet werde, so könne dies doch nicht soviel als Anerkennung der bisher vom Fürsten in Ansprachen der Regierung des Kaisers gemachten Opposition bedeuten. Endlich stellte sich heraus, daß die Krankheit des Fürsten, eine Lungenaffektion, verbunden mit Ischias, bald nach seiner Rede an die Frankfurter eingetreten und vom Arzte mit Rücksicht auf ihn selbst und die Fürstin nach außen längere Zeit verschwiegen war. Dem allgemeinen Wunsche nach Veröffentlichung der gewechselten Depeschen vom 19. September wurde am 26. September mittels des halbamtlichen Telegraphen willfahrt. Hiernach hatte der Kaiser an den Fürsten Bismarck nach Reiffingen wörtlich also telegraphirt: „Ich habe zu meinem Bedauern jetzt erst erfahren, daß Euerer Durchlaucht eine nicht un-

erhebliche Erkrankung durchgemacht haben. Da mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten über die stetig fortschreitende Besserung zugegangen sind, spreche ich meine wärmste Freude hierüber aus. In dem Wunsch, Ihre Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte ich Euerer Durchlaucht, bei der klimatisch wenig günstigen Lage von Barzin und Friedrichsruh, für die Winterzeiten in einem meiner in Mitteldeutschland gelegenen Schlösser Ihr Quartier aufzuschlagen. Ich werde nach Rücksprache mit meinem Hofmarschall das geeignetste Schloß Euerer Durchlaucht namhaft machen.“ Der Fürst dankte in seiner Antwort für den „huldreichen Ausdruck der Teilnahme“ und für „die Absicht gnädiger Fürsorge“, lehnte jedoch ab mit den Worten: „Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für diese huldreiche Intention wird durch die Überzeugung nicht abgeschwächt, daß ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen überhaupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zuhör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube.“ Wegen der nervösen Natur seines Leidens glaube er mit dem Arzte, daß das ruhige Weiterleben in den gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen das Förderlichste für seine Genesung sein würde; der Übergang in neue, ihm bisher fremde Umgebungen und Verkehrskreise wäre in seinem hohen Alter zur Beseitigung der Störungen des Nervensystems zu vermeiden.

Angeichts dieses Wortlauts der zwischen Güns und Rissingen gewechselten Depeschen schien festzustehen, daß es sich dabei um einen Vorgang gehandelt hat, der an und für sich nicht als politisches Ereignis betrachtet werden kann. In die Freude vieler über den gethanen Schritt stimmte übrigens auch der Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar ein, indem er ihn in Depeschen an den Kaiser und an den Fürsten als „zweifellos zum Wohle des Gesamtwaterlandes“ gethan bezeichnete. Mit dem allmählichen Ausklang der an den Depeschenwechsel geknüpften Kombinationen verband sich vielfach die Frage, wie es gekommen sei, daß der Kaiser erst so spät von der Erkrankung des Fürsten Kenntnis erhalten habe. Die Sache klärte sich jedoch bald auf. Am 4. Oktober wurde nämlich ein am 21. April 1890 an den Professor Schweninge gerichteter Kabinettsbefehl veröffentlicht, in dem es hieß: Nicht nur das deutsche Volk, sondern alle Nationen der kultivierten Welt nähmen lebendigen Anteil

an der Gesundheit und dem Wohlergehen des Fürsten Bismarck. Ihm, dem Kaiser persönlich, liege es besonders am Herzen, den Mann mit Gottes Hilfe möglichst lange erhalten zu sehen, der sich so unermessliche Verdienste um das Vaterland und sein Haus erworben habe. Er wünsche daher, daß Schweningen auch ferner die ärztliche Behandlung des Fürsten leite und wolle dessen Berichten über das Befinden desselben von Zeit zu Zeit entgegensehen. Diese Veröffentlichung wurde als Vorwurf, die Berichterstattung über die letzte Krankheit des Fürsten unterlassen zu haben, aufgefaßt. Zuzufolge des sodann von Schweningen erstatteten Berichts hatte der Fürst an Ischias, Gürtelrose und Affektion der Athmungsorgane gelitten, und war der Arzt durch Pflege dergleichen in Anspruch genommen gewesen, daß er für Berichterstattung keine Zeit übrig gehabt hatte. Unter Glückwünschen des Prinzregenten von Bayern reiste der Fürst nebst Gemahlin endlich am 7. Oktober, ohne unterwegs durch Begrüßungen belästigt zu sein, mit Sonderzug über Eisenach und Hannover nach Friedrichsruh zurück, und man erfuhr erst am 17. November wieder etwas von ihm, indem er Freunden brieflich antwortete, daß er im Winter die frühere Gesundheit wieder zu erlangen hoffe.

Nach einem Manöver am 20. September bei Warnsdorf in Ungarn ernannte Kaiser Wilhelm den Erzherzog Albrecht zum preussischen Feldmarschall und verlieh dem österreichischen Generalstabschef Feldzeugmeister Freiherrn v. Beck den schwarzen Adlerorden mit der hochehrenden Begründung, daß diese Auszeichnung nicht nur anlässlich der jetzigen Manöver, sondern für alle zahlreichen Verdienste verliehen werde, die v. Beck sich eigentlich auch um das deutsche Heer erworben habe. Sodann verabschiedete sich der Kaiser am 21. vom Kaiser von Oesterreich, traf am 22. morgens 2 Uhr in der aus den ungarisch-türkischen Kriegen bekannten Stadt Mohács ein und begab sich von hier mit dem Könige von Sachsen, dem Prinzen Leopold und dem Erzherzoge Friedrich an Bord des „Orient“ donauabwärts in die Beller Herrschaft des Erzherzogs Albrecht auf die Jagd. In diesen Gründen hatte einst Sultan Soliman dem selbständigen ungarischen Königtum ein Ende gemacht und 1879 Kronprinz Rudolf mit dem Gelehrten Brehm gejagt. Auf der Rückkehr kamen die fürstlichen Jäger am 23. September um Mitternacht in Bockfok an und begaben sich am Sonntag, den 24., nach Mohács, Kaiser

Wilhelm von hier nach dem nahen Isabellenfeld, den Ort, wo König Ludwig II. von Ungarn fiel, und wohnte hier in einer eigens für ihn hergerichteten Kirche dem evangelischen Gottesdienste bei. Hierauf wurde ihm zu Ehren beim Volkhofer Steg am Donauufer ein Volksfest veranstaltet, wobei Nationaltänze aufgeführt wurden. Am 26. September kam der Kaiser in der Nähe von Wien an und hielt im Lainzer Tiergarten eine Jagd ab. Nachdem er noch in Wien auf den Sarg des Kronprinzen Rudolf einen Kranz mit der Inschrift „Seinem treuesten Freunde“ hatte niederlegen lassen, traf er am 27. September im Neuen Palais bei Potsdam wieder ein, nachdem er beim Überschreiten der Grenze bei Oderberg dem Kaiser Franz Josef telegraphisch nochmals seine Bewunderung der vorzüglichen Leistungen seines Heeres ausgedrückt hatte. Die Ehrenbezeigung für den Erzherzog Albrecht wurde in Österreich mit großer Befriedigung und als neuer Beweis sowohl der Innigkeit des Bündnisses als der die Heere beider Reiche umschlingenden festen Waffenbrüderschaft aufgenommen.

Der Aufenthalt des Kaisers in Potsdam dauerte nicht lange. Während wir ihn eben noch weit im Südosten sahen, finden wir ihn kurz darauf im höheren Norden wieder. Am 25. September schiffte er sich nämlich auf der „Hohenzollern“ in Kiel ein, traf über Swinemünde am 27. September in Gothenburg ein und begab sich mit dem Könige Oskar, dem Kronprinzen und dem Prinzen Karl von Schweden in den waldigen Bezirk der in der Nähe der Tröllhätta-Fälle liegenden Hunne- und Halle-Gebirge zur Jagd auf Elentiere, die sich seit der vor einigen Jahren bewirkten Ausrottung der Wölfe stark vermehrt haben. Am 30. September schiffte er sich in Karlskrona wieder ein und traf folgenden Tags zu Traakönen in Ostpreußen mit der Kaiserin zusammen, worauf beide bei der Einweihung einer beim Jagdschloß Theerbude in der Kominter Haide errichteten, nach St. Hubert benannten norwegischen Holzoder Stabkirche zugegen waren. Nachdem der Kaiser vom 9. bis 11. Oktober mit seiner Gemahlin auch im Jagdschloß Hubertusstock bei Eberswalde Aufenthalt genommen, war er am 18. Oktober anwesend bei der feierlichen Enthüllung eines Standbildes Kaiser Wilhelms I. in Bremen. In seiner Rede beim Festmahl erinnerte er daran, daß der Jahrestag der Schlacht bei Leipzig und der Geburts-

tag seines Vaters sei, der in seinen jungen Jahren die Vorahnung der kommenden Ereignisse und den brennenden Wunsch nach der Einheit des geliebten Vaterlandes gehabt habe. „Als nun,“ so fuhr der Kaiser fort, „das Morgenrot des neuen Deutschen Reiches strahlend emporstieg, da durfte er als gereifter Mann die Träume seiner Jugend verwirklichen. Das deutsche Schwert in der Faust, gewann der Sohn auf blutiger Wahlstatt seinem Vater die deutsche Kaiserkrone. Seinen Hammerschlägen ist es zu danken, daß des Reiches Rüstung fest geschmiedet ward. Ewig bleibt unserm deutschen Volke der siegumstrahlte erste deutsche Kronprinz vor Augen.“ Mit gleicher Begeisterung sprach der Kaiser von seinem Großvater: „Wie herrlich hat der Himmel es gefügt, daß der hohe Herr nach manchen schweren Trübsalen zur Regierung berufen ward, in einem Alter, wo andere Männer sich von der Arbeit zurückzuziehen pflegen. Welch' ungeahnte Erfolge hat er mit Gottes Hilfe errungen. Ihm war es von Gott bestimmt, aller Deutschen Sehnen zu erfüllen, mit der siegreich erkämpften Kaiserkrone Deutschland seine Einheit wieder zu geben. Er wußte zu diesem Zweck große Männer zu finden, denen die Ehre zu teil ward, seine Gedanken auszuführen und als seine Berater mit ihm zu arbeiten.“ Daran schloß der Kaiser den Dank an Bremen für das Denkmal und die Versicherung, daß sein ganzes Bestreben dahin gehe, seinem Großvater nachzuleben.

Die politischen Parteien fühlten sich durch den Kampf um die Reichstagsitze sehr abgespannt, sodaß eine rechte Bewegung für die verhältnismäßig bald bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus nicht sobald aufzukommen vermochte, als es sonst wohl im Hinblick auf die kurze Zwischenzeit angezeigt gewesen wäre; in manchen Kreisen machte sich sogar eine hochgradige politische Gleichgültigkeit bemerkbar, die jedoch wohl mehr als Folge des wirren Durcheinanders der Parteirichtungen erschien.

Die konservative Partei geriet in verstärkten Gegensatz zu den vorgeschrittenen Antisemiten. Ahlwardt bezeichnete jetzt neben den Juden auch die Junker als Ausbeuter des Volks, und seinen Anhängern gelang es bei der Reichstags-Ersatzwahl im Bezirke Neustettin am 18. Juli, dem antisemitischen Führer Professor Förster in Friedenau gegen den Urheber der judenfeindlichen Bewegung, den Hofprediger a. D. Stöcker, zum Siege zu verhelfen; der erstere

erhielt 6500, letzterer nur 1900 Stimmen. Dieser Fall sowie die am 2. August in Alsfeld auf einen Antisemiten gefallene Nachwahl erschienen als Zeichen, daß die große Menge der Antisemiten der Bewegung keinen Einhalt gesetzt sehen wollte. Die „Konservative Korrespondenz“ dagegen behauptete, die Siege der radikalen Antisemiten würden noch erheblicher sein, wenn die Konservativen sich nicht zur Berücksichtigung der Judenfrage in ihrem Programm entschlossen hätten, denn gerade das Herumgehen um den Brei habe die deutsche Bevölkerung so mißtrauisch gemacht, daß die Reaktion gegen das vornehme Ignorieren dieser Empfindungen der Volksseele habe eintreten müssen. Der Vorstand des Wahlvereins der Konservativen forderte nun die Parteigenossen auf, überall da, wo sie mit anderen Richtungen gemeinsame politische Organisationen hätten, besondere Vereinigungen zu bilden. Hierbei war es zwar in erster Linie auf einen Abschluß gegen die Mittelparteien abgesehen, doch sollte dadurch auch einer ferneren Vermengung mit dem lärmhaften Antisemitismus vorgebeugt werden. Dadurch zeigte sich dieser wieder sehr gereizt und in einer Versammlung zu Berlin zog der Abg. Werner heftig gegen die Konservativen los, die sich zu vornehm dünkten, um für das Volk, auf das sie hochnäsiger herabsehen, etwas zu thun, und in einer Berliner Versammlung vom 8. August that Ahlwardt sein Möglichstes zur Vertiefung jener Kluft: Die Konservativen und der Adel hätten lange mit den Juden um das Recht, das deutsche Volk zu scheren, gekämpft und nachdem sie unterlegen, hätten sie durch Sendlinge, wie Stöcker, versucht, mit Hilfe des Antisemitismus wieder hoch zu kommen, dieser aber halte an Volksfreiheit und Wohlfahrt fest. Am 17. September hielten die Anhänger dieser Richtung ihren zweiten „norddeutschen Antisemitentag“ in Berlin, wo Prof. Förster die herrschenden Zustände schilderte als Ausbeutung und Enterbung, Erniedrigung und Entartung des arbeitenden, begabten Volks, Herrschaft des Mammonismus, dessen Priester lehrten, den alten Glauben, deutsche Ehre, Recht, Gemeinfinn, Liebe, Erbarmen, Geist und Gemüt auf den Kehrichthaufen der Geschichte zu werfen; Bereicherung sei die Lösung der Zeit, und wer es am gewissenlosesten treibe, habe Aussicht, es am weitesten zu bringen; es gebe daher nur das Feldgeschrei: hie Deutschtum, hie Judentum, reinliche Scheidung, gründlich und schleunig! Damit

wäre also, sagte die „Nordd. Allg. Ztg.“, zwischen dem radikalen Antisemitismus und allem, was konservativ heißt, das Tafeltuch endgültig entzweigefchnitten, denn durch diese rücksichtsloseste und einseitigste Spekulation auf die Eifersuchtsinstinkte der Massen werde jede konservative Denkweise verletzt. Gegen diese erneuten Verurteilungen des Judentums erklärten am 27. September 500 „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“, sie ständen fest auf dem Boden der deutschen Nationalität, erfüllten ihre Pflichten als Staatsbürger freudig, hielten am verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte fest, gehörten als Juden keiner politischen Partei an und besäßen keine andere Moral, als die ihrer nichtjüdischen Mitbürger. Andererseits wurde im neuesten Heft der Zeitschrift des königl. statistischen Bureaus festgestellt, die Juden bildeten noch immer eine fremdartige, in sich geschlossene Gemeinschaft inmitten der deutschen Bevölkerung.

Die Bewegung für die Landtagswahlen im allgemeinen wollte selbst im September noch nicht recht in Zug kommen. Am frühesten war die freisinnige Volkspartei am Platze, zumal sie ohnehin die endgültige Aufstellung ihres Programms nachzuholen hatte. Dazu kam es nun freilich auch auf dem Parteitag vom 17. Juli in Berlin noch nicht, sondern man hielt es hier vorläufig für genügend, festzustellen, daß die Parteigenossen sich in den Grundsätzen einig wüßten, wie sie im Programm der deutsch-freisinnigen Partei von 1884 niedergelegt waren. Ein programmmäßiges Auftreten für Verbesserung der Lage der arbeitenden und weniger bemittelten Bevölkerung in Stadt und Land wurde abgelehnt. Im übrigen trat die Partei ohne Aufschub sehr rührig in die Wahlbewegung, insbesondere war ihr Führer Richter unermüdlich in Veranstaltung von Versammlungen; je näher man aber den Wahlen kam, um so feindlicher gestaltete sich das Verhältnis dieser Partei zu denen, welche bis vor kurzem ihre Genossen waren. Um die bisherigen 29 freisinnigen Sitze im Abgeordnetenhaus erhob sich ein grimmiger Streit unter den feindlichen Brüdern, namentlich erregte der Beschluß der „Freisinnigen Vereinigung“, in Berlin eigene Kandidaten aufzustellen, den größten Unwillen der anderen Seite, in deren Blättern der Ruf ertönte: „Hinaus mit den wortbrüchigen Hampelmännern!“ Diesen und anderen Schroffheiten gegenüber verhielt sich die „Freisinnige Vereinigung“ längere Zeit auffallend entgegenkommend, endlich aber blieb

sie auch jenen Ton nicht schuldig, und ihr Hauptkomitee schilderte die andere Seite als „öden Fraktionsdespotismus mit politischen Drahtziehern“, der soviel zum Niedergang des Freisinns überhaupt beigetragen habe. Der Streit wurde so unerquicklich, daß freisinnige Blätter, wie die „Bosfische Ztg.“, gestanden, sie hegten überhaupt keine großen Erwartungen mehr für die freisinnige Partei.

In weiten Kreisen trat während der Wahlbewegung der Wunsch immer lauter hervor, daß das Füllhorn der Gesetzgebung mit seinen Gaben eine Zeit lang einhalten möge. Dies kam am 2. Oktober im Wahlaufrief der Konservativen zu entschiedenem Ausdruck. Auch in dem der Nationalliberalen wurde das Hauptgewicht auf die Ausführung der bestehenden Gesetze gelegt; im übrigen wurde hier die Zentrumspartei als der eigentliche Feind bekämpft. In deren Wahlaufriefe war allerdings die von den Nationalliberalen weit abgewiesene gesetzliche Regelung des Volksschulwesens im Geiste des Bédlißschen Entwurfs als die zur Zeit wichtigste Frage in den Vordergrund gestellt und zugleich die Aufhebung der noch bestehenden Kulturkampfgesetze als Ziel gesetzt; praktische Bedeutung konnten aber diese Fragen nur gewinnen, wenn die Konservativen sich anschließen, hierauf war jedoch, ihrem Wahlaufriefe zufolge, nicht sicher zu rechnen. Im allgemeinen war der Wahlaufrief der Zentrumspartei derart abgefaßt, daß die Ausgeschiedenen, wie Graf Ballestrem, v. Huene, Porsch, sich nicht in der Lage befanden, entgegenzutreten, und der Abg. Lieber hatte schon Ende August in einer Rede zu Hildesheim entwickelt, in katholischen Angelegenheiten würden alle zusammengehen, die sich aus politischen Gründen getrennt hätten. In demselben Sinne, um äußerlich den Eindruck des Zwiespalts minder hervortreten zu lassen, beschränkte sich die vom 28. bis 31. August in Würzburg stattgehabte 40. „Generalversammlung der Katholiken Deutschlands“ diesmal auf die Aufstellung lediglich konfessioneller Fragen; immerhin aber stellte die schlesische Zentrumspartei besondere Kandidaten auf. Was übrigens die Frage der Einigkeit in allen katholischen Sachen betrifft, so war es doch auffallend, daß soziale Fragen von den Leitern des „Katholischen Volksvereins“ fortgesetzt im Sinne eines Ende Juli von 13 Geistlichen aufgestellten katholisch-sozialen Programms behandelt wurden, obwohl dieses vom Papst am 6. August in einem formell an den

schweizerischen Sozialpolitiker Decurtius gerichteten Schreiben verworfen war.

In der polnischen Partei führten die Vorbereitungen zur Landtagswahl eine ähnliche Scheidung wie in der Zentrumspartei herbei. Die Bewegung lief hinaus auf eine Trennung der demokratischen Elemente von den aristokratischen, oder, wie man wohl sagte, von den „gouvernemental-höfischen“ Bestandteilen. Anfangs schienen diese den Sieg zu behalten, denn v. Czarlinski, der einzige Pole, der im Reichstage nicht für die Militärvorlage gestimmt hatte, legte sein Mandat nieder. Aber die demokratische Richtung wuchs im Stillen und nachdem es in einer Versammlung zu Posen am 16. August zum Bruch gekommen war, zeigte sich, daß die Mehrzahl des polnischen Volks im Posenschen für Abwerfung der Abhängigkeit von Adel und Geistlichkeit sich zuneigte. Was die sog. Hofpartei betrifft, so gewann es den Anschein, als ob sie, im Anschluß an die Abstimmung der meisten polnischen Reichstagsabgeordneten für die Militärvorlage, die in Berlin den Polen unvergessen bleiben sollte, durch Entgegenkommen gegen die Regierung deren Gewährung national-polnischer Forderungen zum Durchbruch verhelfen wolle. Die „Gazeta Toruńska“ erwartete solche Zugeständnisse um so mehr, als sonst der Abg. v. Koscielski durch den ihm im Juli verliehenen Orden bloßgestellt sein würde. Begreiflich erregte unter diesen Umständen Ende August ein Besuch des Erzbischofs v. Stablewski beim Kultusminister in der gemäßigten deutschen Presse Besorgnisse wegen einer neuen Polenpolitik. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beruhigte zwar hierüber, aber der Prälat v. Sajdzewski teilte am 29. September in einer Versammlung der „Hofpartei“ zu Posen mit, es hätten zwischen der polnischen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Verhandlungen über die polnische Sprachenfrage stattgefunden, und man hoffe, wenn nicht auf den Kultusminister, so doch auf die Initiative des Kaisers. In demselben Maße wie im Posenschen der Gegensatz unter den Polen, nahm in Oberschlesien der zwischen Polen und Zentrumspartei zu. Die Erbitterung war hier gestiegen, nachdem der Pole Oberst Szmula bei der Reichstagswahl im Kreise Beuthen den Kandidaten des Zentrums verdrängt hatte. Zwar hatte dieses selbst in Oberschlesien lange Zeit den Gedanken genährt, daß man hier für den polnischen Dialekt dieselben Ansprüche erheben könne wie die

Polen im Posenischen, aber als diese Bewegung begonnen hatte, gegen das deutsche Element sich zu wenden und in den Dienst des großpolnischen Gedankens getreten war, wurde dem Zentrum um seine Mandate bange, und im September gründete es in Ratibor eine neue polnische Zeitung zur Verdrängung der, wie es hieß, „aus dem Posenischen herübergekommenen Agitation“. Im September begannen auch die Polen im Ermland gegen das Zentrum eine Bewegung, wider die am 8. September der Bischof Andreas zu Frauenburg sich wandte, indem er in einem Erlasse vor hinterlistigen Verleumdern und „von weit hergekommenen, durch Geld erkaufte[n] Mietlingen des Umsturzes“ warnte.

Die bei Landtagswahlen bisher nur zu vereinzelt, erfolglosen Regungen gekommenen welfischen, hessischen und mecklenburgischen „Rechtsparteien“ hielten am 27. und 28. September in Frankfurt a. M. eine gemeinsame Versammlung, in welcher der letzte Cabinetssekretär des letzten Kurfürsten Vorschläge zur Herstellung der von Preußen einverleibten Länder, Dezentralisation des preußischen Staats, Eintritt Deutsch-Osterreichs ins Deutsche Reich und zu einer mitteleuropäischen Konföderation machte, wogegen der frühere hannoversche Minister v. Hohenberg Buße und Umkehr auf den Boden des Rechts nur infolge „schwerer Gottesgerichte“ für möglich hielt, die abzuwarten seien. Eine Abstimmung fand nicht statt.

Wie in der Bewegung für die Reichstagswahlen, so wurden auch in der für die Landtagswahlen die Bestrebungen der meisten politischen Parteien durch Anhänger des Bundes der Landwirte in bunter Weise durchkreuzt. Sie begehrt[n] nur solche Kandidaten, die bereit wären, auch im Landtag gegen die jetzige Handelsvertragspolitik einzutreten und auf Beseitigung des Spiels der Börse mit Nahrungsmittelpreisen sowie auf energische Behandlung der Währungsfrage, praktische Gestaltung der Eisenbahnpolitik und Förderung des Meliorationswesens hinzuwirken. Die Agitation wurde hauptsächlich vom Berliner Bundes-„Korrespondenzblatt“ besorgt, in welchem Anfangs Oktober Freiherr v. Wangenheim auf Kl.-Spiegel in Pommern in recht derber Weise gegen den Reichskanzler auftrat. „Wo steckt,“ sagte er, „das so oft von der Regierung versicherte Wohlwollen für die Landwirtschaft? Wo zeigt sich auch nur ein Versuch zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse? Wir können den

Reichskanzler nicht für den rechten Mann am rechten Platze halten. Die Landwirtschaft ist nicht dazu da, sich von einer der Praxis entfremdeten Bureaucratie ruinieren zu lassen; es ist hohe Zeit, daß die ängstlich verschlossenen Fenster der Bureaus einmal weit geöffnet werden, daß Gottes Sonne und frische Luft eindringen und den hirnbenebelnden Tintenduft verjagen, daß ein frischer Luftzug auch einige Spinnen und Aftenwürmer wegfeht.“ Bleibe Caprivi auf dem Holzwege, so müsse jede Regierungsforderung abgelehnt werden. In ähnlicher Weise kam ein Flugblatt des Rittergutsbesizers Seidler auf Allerheiligen bei Dls zu dem Schluß, daß unter Caprivi die wahren Stützen von Thron und Altar das Recht und die Pflicht zur Opposition hätten. Für dieselben agrarischen Forderungen, jedoch nicht in jener Redeweise, trat am 25. Oktober die königl. märkische Ökonomische Gesellschaft in Potsdam auf. Einige hervorragendere Agrarier traten aus Unzufriedenheit mit dem Bunde der Landwirte aus, darunter der Abg. Schulz-Lupitz mit der öffentlichen Erklärung: „Wohin ich blicke bei den Maßnahmen des Bundesvorstands, sehe ich nur Mißgriffe, nur Niederreißen und Verwirrung.“

Die sozialdemokratische Partei hielt sich, in der Voraussicht ihres Unterliegens bei indirekten Wahlen, von der Wahlbewegung fern. Dagegen suchte sie mit ihrem vom 22. bis 28. Oktober in Köln gehaltenen Parteitage zu paradien, der aus 200 Delegierten unter Vorsitz von Singer bestand. Im Jahresberichte des Parteivorstands war die Zahl der bei den letzten Reichstagswahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen auf 1800000 gegen 1472000 im Jahre 1890 berechnet. Die Verhandlungen boten jedoch nicht das Bild einer einheitlichen, nach einem festen Ziele bewußt strebenden Partei dar, wie man es wegen der Vergrößerung derselben vielleicht erwartet hatte. Die meisten der zur Erörterung gekommenen Punkte waren, auch abgesehen von manchen Mißhelligkeiten, für das übrige Publikum von geringerem Interesse; hervorragend war nur ein Vortrag, in dem Bebel darzuthun suchte, daß der Sozialismus hoch über dem Antisemitismus stehe, sowie Reden von Auer und Bebel, in welchen die Führer der Gewerkschaften niedergedonnert wurden. Zum Schluß verlas Bebel einen vor 43 Jahren vom jetzigen Minister Miquel im Alter von 21 Jahren an Marx gerichteten Brief voll unreifer Ideen. Bezüglich der Behandlung der Sozialdemo-

kratie erließ der Minister des Innern am 29. Juli an die Regierungspräsidenten ein Schreiben, in welchem mit Rücksicht auf die eingetretene und weiter voraussichtliche Zunahme dieser Bewegung zur Pflicht gemacht wurde, unausgesetzt ihrem Umsichgreifen mit allen zulässigen Mitteln zu steuern, insbesondere die ländliche Bevölkerung vor ihrem Einfluß zu bewahren, nicht bloß durch entschiedene Anwendung des gemeinen Rechts, sondern auch durch anregendes Vorgehen beim Zusammenwirken der Wohlgesinnten.

Die Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus fanden am 31. Oktober unter sehr geringer Teilnahme, die Wahl der 433 Abgeordneten fand am 7. November statt. Gewählt wurden 149 Konservative, 91 vom Zentrum, 90 Nationalliberale, 59 Freikonservative, 18 Polen, 14 von der freisinnigen Volkspartei, 6 von der freisinnigen Vereinigung, 2 vom Bund der Landwirte, 2 Dänen, 1 Welfe und ein sog. Wilder. In erster Linie hatten sich also die Konservativen verstärkt, und zwar durch 19 Siege; die Nationalliberalen vermehrten sich um 4, die Polen um 3. Der Verlust verteilte sich auf die Freikonservativen mit 9, das Zentrum mit 8, die Welfen mit 1 und die Freisinnigen mit 11, nachdem sie schon im Jahre 1888 von 44 auf 28 gesunken waren. Von den bisherigen Abgeordneten waren nur 276 wiedergewählt; 157, mehr als ein Drittel, waren neu. Unter den Ausgeschiedenen befanden sich bekanntere wie v. Sneyitz, Hänel, Heerfurth, v. Rauchhaupt.

Die Bedeutung des Wahlergebnisses lag in einer Verschiebung nach rechts, wobei die Freisinnigen die Kosten zu tragen hatten und sich nach ihrer jetzigen Zahl sogar außer stande sahen, selbständig Anträge einzubringen. Die freisinnigen Organe äußerten natürlich ihre Betrübniß, und auch die demokratische „Frankfurter Ztg.“ bedauerte, daß die parlamentarische Vertretung des festen Liberalismus seit den 1850er Jahren einen derartigen Tiefstand nicht erreicht habe. Das „Berl. Tagebl.“ klagte, daß der Freisinn so tief wie noch niemals gesunken sei; nach dem „Börsen-Courier“ hatten die Freisinnigen „eine wohlverdiente, selbstgeschaffene schwere Niederlage“ erlitten; den alleinigen Grund derselben erblickte die „Vossische Ztg.“ in der Schuld der Partei selbst; die „Freisinnige Ztg.“ hielt aber diese und andere Äußerungen befehrungsvollen Ansichgehens ihrer Genossen für „eitel Gewäsch, nicht wert des Druckpapiers, auf dem es verbreitet wird.“

vielmehr sah sie in dieser Niederlage nur „eine natürliche Folge der Demoralisation des Volks in seinem Verhalten zu politischen Fragen“.

Aus den Reihen der konservativen Sieger vernahm man vor allem die Stimme der „Kreuz-Ztg.“, die am 9. November sagte, das neue Abgeordnetenhaus werde, wenn die Regierung sich zu einer gesunden Agrarpolitik entschließe, einen kräftigen Rückhalt bieten; ebenso werde sie für ein Schulgesetz „auf christlicher Grundlage“, im Sinne des letzten Zedlitzschen Entwurfs eine Mehrheit finden; der Nachweis sei jetzt geliefert, daß „der ganze Entrüstungsummel des sog. gebildeten Bürgertums“ eitel Humbug gewesen sei. Darin stimmte das ultramontane Hauptorgan überein, indem es meinte, Monarch und Regierung sähen jetzt von neuem, daß sie im Frühjahr 1892 gar keinen Grund gehabt hätten, sich dem Lärm gegen den Zedlitzschen Entwurf zu beugen. Die „Kreuz-Ztg.“ kam am 20. November mit größerer Entschiedenheit hierauf zurück, schien aber die Bereitwilligkeit der Regierung zu bezweifeln und griff nun die Bürokratie heftig an; diese habe von jeher jede konservative Bewegung innerlich verabscheut und sei heute wie 1848 zur Unterdrückung jeder Regung geneigt, welche gesundes Blut in die Adern des Volks bringen wolle. Namens des agrarischen Elements der Konservativen sprach sich v. Ploetz in der „Kreuz-Ztg.“ dahin aus, es würde sich ein Sturm der Begeisterung erheben, wenn vom Kaiser das erlösende Wort gesprochen würde, daß der Landwirtschaft wieder die Stelle im Staatsleben eingeräumt werden solle, die ihr von Gottes und Rechts wegen zukomme.

Die in evangelischen Kreisen fortgesetzt herrschende Besorgnis wegen der in Deutschland wieder gestiegenen Macht der römischen Kirche fand in diesem Jahre ihren hervorragendsten Ausdruck in dem bei der Grundsteinlegung der Gedächtniskirche der Protestation in Speier am 25. August gehaltenen Reden. Hofprediger Rogge aus Potsdam sagte hier: „Wir protestieren dagegen, daß die Leitung in Staat und Reich abhängig oder auch nur beeinflusst werde von einem politischen Katholizismus, dem die Interessen der katholischen Kirche höher stehen als die des deutschen Vaterlands; wir protestieren gegen die Rückkehr der Jesuiten, gegen den unduldsamen Katholizismus und gegen jeden Versuch, die Freiheit der deutschen Wissenschaft in

ihrer Forschung einzuengen“. Ein ähnliche Kundgebung wurde von der gleichzeitig in Speier tagenden Generalversammlung des evangelischen Bundes erlassen. Am 25. November fand zum erstenmal die jährliche Bußtagsfeier in fast allen norddeutschen Staaten statt. Nur Mecklenburg-Strelitz und Neuß ä. L. hatten sich nicht angeschlossen.

Der neue Reichstag, welcher schon wegen der ungeeigneten Hochsommerzeit, zu der er alsbald berufen war, nur mit der Frage der Heeresvermehrung befaßt werden konnte, wurde behufs schwieriger und bedeutungsvoller Arbeiten für den 16. November zu seiner zweiten Session berufen. In der Thronrede, mit welcher der Kaiser dieselbe eröffnete, sprach er seinen Dank für die patriotische Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag im Juli den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Fortbildung der Heereseinrichtungen zugestimmt habe, mit dem Bemerkten aus, daß die Beweise warmer Sympathie, die ihm in den letzten Monaten in verschiedenen Teilen des Reichs zu teil geworden, ihm die Genugthuung der Nation über die nunmehrige Gewähr des Schutzes des Vaterlands und die Friedenserhaltung verbürgten. Die vornehmste Aufgabe des Reichstags bestehe nun in der gemeinsamen Arbeit mit den Regierungen zur Beschaffung der für die Heeresreform nötigen Mittel. Die deshalbigen Vorschläge der Regierungen bewegten sich auf einer breiten, zugleich die finanziellen Beziehungen des Reichs zu seinen Gliedern neu regelnden Grundlage. Das Finanzwesen des Reichs werde derart aufzubauen sein, daß, unter Beseitigung der bisherigen Schwankungen, seine Anforderungen an die Einzelstaaten in ein festes Verhältnis zu den Überweisungen gestellt und den Einzelstaaten ein gesetzlich festgelegter Anteil an den eigenen Einnahmen des Reichs für einen vorher bestimmten längeren Zeitraum zugesichert würde. Zu diesem Behuf werde ein besonderer Gesetzentwurf und zur Deckung der Mehrausgaben für das Heer würden Gesetzentwürfe über Besteuerung des Tabaks und Weins sowie über Erhebung von Stempelabgaben vorgelegt werden. Ferner würden dem Reichstag neue Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien zugehen, die auf der durch die Verträge mit Osterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz geschaffenen Grundlage vereinbart seien. Die Verordnungen wegen Erhöhung der Einfuhrzölle gegenüber Rußland würden mitgeteilt

werden und hoffentlich würden sie infolge des Verlaufs der mit Rußland schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen beseitigt werden können. Ein verheerendes Auftreten der Cholera sei glücklich abgewendet worden; zwecks dauernder und einheitlicher Gestaltung der Abwehrmaßregeln werde ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Mit den auswärtigen Mächten endlich beständen fortdauernd gute und freundliche Beziehungen.

Besonderen Nachdruck legte der Kaiser auf die Bewilligung der Heeresvorlage, während die 150 zu der Feierlichkeit erschienenen Abgeordneten die schließliche Versicherung der friedlichen Beziehungen mit Beifall begrüßten. Das Schweigen der Versammlung zum übrigen Inhalt der Thronrede erklärte die „Nordd. Allg. Ztg.“ als ein Zeichen der Ehrfurcht. Der Presse bot die Rede nicht Anlaß zu besonderen Erörterungen; einige Blätter nahmen auch für die Gegner der Heeresvermehrung Patriotismus in Anspruch und glaubten in der freudigen Aufnahme des Kaisers in dem dieser Neuerung vorwiegend abgeneigten Süden keineswegs dessen nachträgliche Zustimmung zu derselben erblicken zu müssen; daran wurde die Erinnerung geknüpft, daß die geringe Mehrheit für die Vorlage nur mühselig erlangt sei. Auch die Zuversicht bezüglich der Erfolge der Handelsverträge fand Widerspruch.

Der Reichstag wählte am 17. November durch Zuzuf das vorige Präsidium, v. Levetzow, v. Buol-Beerenberg und Bürklin wieder. Nach der im Reichstag ausgegebenen Fraktionsliste gehörten 67 Mitglieder zur deutsch-konservativen Fraktion, 28 zur Reichspartei, 12 zur antisemitischen deutschen Reformpartei, 99 zum Zentrum, 53 zur nationalliberalen, 19 zur polnischen Fraktion, 13 zur freisinnigen Vereinigung, 23 zur freisinnigen Volkspartei, 11 zur süddeutschen Volkspartei, 44 zur sozialdemokratischen; außerhalb des Fraktionsverbandes standen 27 Abgeordnete. Dabei waren jeder Partei die Hospitanten zugerechnet.

Beim Beginn seiner Sitzungen fand der Reichstag 17 Vorlagen des Bundesrats vor, darunter die schon vor seiner Eröffnung eingegangenen Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien. Sie wurden zuerst in Beratung genommen und die erste Lesung der drei Verträge zusammen fand vom 23. bis 25. November statt. Im Vertrag mit Spanien gingen einige deutsche Zuge-

ständnisse über den bestehenden deutschen Vertragstarif hinaus, nämlich die Zollsätze für grobe Korkwaren, Stopfen, Sohlen und Schnitzereien von Kork, sodann Safran, Zitronen und frische Apfelsinen; andererseits gingen einige spanische Zugeständnisse unter dem Zollsatz des früheren Meistbegünstigungs-Tarifs herunter, so die Sätze für Zement, Brillen, Uhrgläser, Guß- und Schmiedeeisen, Näh-, Steck- und Haarnadeln, Schreibfedern, Kupferdraht. Im übrigen ging der bis vor wenigen Jahren wichtigste Ausfuhrartikel nach Spanien, der Spiritus, leer aus, und in der beigelegten Denkschrift wurde versichert, es seien zwar alle Anstrengungen gemacht, um der deutschen Spiritusbrennerei den spanischen Markt wieder zu öffnen, aber die spanische Regierung habe unerschütterlichen Widerstand entgegengesetzt, weil ein Teil der spanischen Weinernte infolge strengerer Abschließung der französischen Grenze unverkäuflich sei. Was den Vertrag mit Rumänien betrifft, so steht Deutschland an der Spitze der hier einführenden Länder, ein Aufschwung, welcher dem Zollkriege zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien zu verdanken ist. Damit nun nach eingetretener Beendigung dieses Kriegs die deutsche Stellung behauptet werden könne, gewährte der Vertrag einer Reihe von Ausfuhrartikeln Erleichterungen für die dortige Einfuhr. Die deutsche Gegenleistung bestand in der Gewährung des Konventional-Zollsatzes von 3,50 Mk. für Getreide. Der Vertrag mit Serbien hatte geringere Bedeutung. Es waren darin einige Zollermäßigungen für Deutschland erreicht, damit nach Wegfall der bevorzugten Stellung, welche Österreich-Ungarn im Handelsverkehr mit Serbien besaß, der deutsche Absatz dahin sich etwas heben sollte.

Dicht vor Beginn der Reichstagsverhandlungen über diese Verträge wurde die Aufmerksamkeit erregt durch die Veröffentlichung einer damit zusammenhängenden Unterredung des Reichskanzlers mit dem Abg. v. Manteuffel. Der „Reichsanzeiger“ suchte den Inhalt dieses Gesprächs richtig zu stellen, indem er sagte, Graf Caprivi habe geäußert, die Regierungen wären zwar bereit, für die Landwirtschaft zu thun, was sie könnten, durchgreifende Hilfe werde aber damit nicht gegeben sein, und er glaube, in der Verschuldung durch Erbteilungen sowie in der zeitweise über den wahren Wert hinausgehenden Steigerung der Güterpreise einen wesentlichen Grund der jetzigen Notlage der Landwirtschaft erblicken zu müssen. Diese Angaben vervollständigte

v. Manteuffel in der „Kreuz-Ztg.“ durch die weitere Bemerkung des Kanzlers, nur die Landwirte würden sich in der Zukunft halten können, denen es klar geworden, daß sie teuer gekauft, und die sich daher entschließen würden, den Grundwert wie die Ertragsfähigkeit ihres Guts niedriger als bisher einzuschätzen und demzufolge billiger zu wirtschaften und zu leben. Diese Äußerungen erregten großen Unwillen in der agrarischen Presse; ein Berliner Blatt sagte, das sei in der That die eines Anhängers Mohammeds würdige fatalistische Auffassung der Dinge, und in der „Kreuz-Ztg.“ hieß es: „Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen, und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß! Besser ein ehrlicher Kampf auf Leben und Tod, als dieses Verhungern bei lebendigem Leibe; jammerschade um unser altes schönes Preußen glorreichen Andenkens, vor dem die Welt zitterte“; die Liebe zum Königshause und Vaterlande nehme in erschreckendem Maße ab.

Unter dieser Stimmung der Agrarier begann im Reichstag die erste Lesung jener drei Verträge; von diesen selbst war darin jedoch blutwenig, desto mehr von der Lage der deutschen Landwirtschaft, den bisherigen Handelsverträgen und dem angeblich drohenden Vertrage mit Rußland die Rede. Als erster Redner griff Graf Limburg-Stürum (konf.) im Sinne des Bundes der Landwirte die Vertragspolitik der Regierungen an, beglückwünschte Spanien zu seinen Ministern, wollte aber deutscherseits lieber keinen Vertrag mit diesem Lande, als einen solchen mit den Spirituosen; die schönen Worte von einem mitteleuropäischen Handelsgebiet, mit welchen die Handelsverträge vor zwei Jahren eingeführt worden, hätten sich alsbald ohne praktische Bedeutung erwiesen, und der Ausfall der preussischen Wahlen habe gezeigt, wie man im Lande über die Regierung denke. Hiergegen trat Staatssekretär Freiherr v. Marschall auf: Die Handelsverträge von 1891 hätten genau den seitens der Regierungen und des Reichstags erwarteten Nutzen gehabt; ein Nachweis, daß wir auf einem anderen Wege besser gefahren wären, sei nicht einmal versucht; oder hätten wir etwa die in unserer Ausfuhr steckende nationale Arbeit schutzlos lassen sollen? Einen Minimalpreis für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu gewährleisten, sei die Regierung außer stande, und es würde dies zu gleicher Gefahr in anderen Gewerbebezweigen führen. Schließlich tadelte der Redner, daß die

Konservativen sich auf eine Mißstimmung beriefen, die sie selbst erzeugt und geschürt hätten. Rickert (freis. Verein.) wandte sich ebenfalls gegen den Grafen Limburg, hob die Notwendigkeit des Festhaltens am bestehenden Währungssystem hervor und bezeichnete die vorliegenden Verträge als Folgen der Verträge von 1891; er pries ferner den Grafen Caprivi, der die „unheilvollen Bahnen des Bismarckschen Schutzzolls“ nicht weitergegangen sei und sich dadurch um Europa verdient gemacht habe, das sich sonst zum Vorteil Amerikas zerfleischt hätte. Was der Kanzler Herrn v. Manteuffel gesagt, sei das Geringste, was er den Landwirten habe sagen können. Lieber (Zentr.) sagte zu den Verträgen nicht ja und nicht nein, jedoch man ihm die Worte „Eiertanz“ und „Neuer Windthorst“ zurief; die Verträge von 1891 seien eine politische Großthat der neuen Ära gewesen, die jetzigen aber müsse man aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten prüfen. Graf Kanitz-Podangen (kons.) meinte, die neuen Verträge würden der Industrie nichts nützen, die Notlage der Landwirtschaft erhöhen und in 10 Jahren den Reichsfinanzen einen Ausfall von mehreren hundert Millionen bringen; v. Marschalls Äußerung über die konservative Partei sei nur daraus zu erklären, daß derselbe nicht preußischer Untertan sei. Diesen Vorwurf wies Graf Caprivi mit dem Bemerkten zurück, daß es für Reichsbeamte nur die deutsche Nationalität gebe. Am 24. November sprach sich Prof. Paasche (nat.-lib.) für die Verträge aus, die der Industrie manche Vorteile brächten, ohne die Landwirtschaft zu schädigen. Wenn ein Großgrundbesitzer überschuldet ist und von seiner Scholle abtreten muß, so sei das kein nationales Unglück; wenn aber die zurücktreten müßten, die mit dem ganzen Rüstzeug ihrer Bildung ausgerüstet sind, so habe das eine soziale Bedeutung. Nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch viele Bauern müßten mit Not und Sorge kämpfen, um den ererbten Besitz zu schützen. Ihnen zu Hilfe zu kommen, sei keine agrarische Forderung, sondern liege im Interesse aller. v. Bloek (kons.) verteidigte den Bund der Landwirte, der die Erregung nicht hervorgerufen habe, sondern nur geschaffen sei, um weitere Ausschreitungen infolge der schon vorher gegen die Regierung vorhanden gewesenen Mißstimmung zu verhüten. Von den Handelsverträgen hätten nur die Sozialdemokraten Vorteil, die in die Dörfer einziehen würden, wenn die Bauern zur Verzweiflung gebracht seien.

Graf Caprivi verteidigte sich gegen die Angriffe des Grafen Limburg und v. Bloeks. Mehr als er gethan, könne man für die Landwirtschaft nicht sorgen, an deren Ertrage dem Staate schon aus militärischen Gründen viel liege; die Gründung eines Bundes der Landwirte halte er für gut, das Gebaren desselben rufe aber Bedenken hervor; auch sei derselbe arm an schöpferischen Gedanken, und es liege die Gefahr nahe, daß seine Agitation unverträglich mit den konservativen Grundsätzen werde, indem er den Egoismus gegenüber dem Staate fördere; es sei nicht abzusehen, wohin dieses Herausnehmen der Landwirtschaft aus dem Staatsleben führen werde. Schönlaik erklärte die Zustimmung der Sozialdemokraten für die Verträge, bekämpfte die Junker und versicherte, die jetzige agrarisch-antisemitische Bewegung sei eine Vorfrucht der Sozialdemokratie, wie denn auch nach dem politischen ABC auf Adhwardt Bebel folge. v. Stumm (Reichspartei) wollte die Ausführfähigkeit der Industrie nicht auf Kosten der Landwirtschaft gesteigert sehen. Richter sagte, seine Partei bescheide sich mit diesen Verträgen, weil das Beste der Feind des Guten sei.

Der erste Redner am 25. November, v. Hammerstein (kons.), nahm die konservative Partei gegen den Reichskanzler in Schutz, riet ihm, sich über den Umfang der im Lande herrschenden Mißstimmung nicht zu täuschen und meinte, der Kanzler könne ohne die konservative Partei nicht fertig werden, dieser aber habe sich infolge der Vorgänge beim preussischen Volksschulgesetz die Notwendigkeit aufgezwungen, sich selbständig zu machen. Der Staatssekretär v. Marschall erwiderte, der Kanzler habe nicht die konservative Partei bekämpft, sondern nur den nichtkonservativen Teil der Bestrebungen des landwirtschaftlichen Bundes. Sodann forderte er wiederholt den Nachweis, daß die Landwirtschaft durch die Handelsverträge geschädigt werde, und meinte, wenn von der „Kreuz-Ztg.“ die Königstreue mit den 5 Mk.-Zoll in Verbindung gebracht werde, so sei dies das Maßlooseste an Aufreizung, was vorgekommen. Endlich traten noch Hamacher (nat.-lib.) und Meyer-Halle (fr. B.) für, v. Kardorff (Rp.) und Böckel (Antif.) gegen die Verträge auf, welche sodann an eine Kommission von 21 Mitgliedern gewiesen wurden, deren Mehrheit sie zur Annahme empfahl. Bei der zweiten Beratung am 12. Dezember erhob sich an Stellen, an welchen es nicht erwartet war, Opposition

gegen den Vertrag mit Rumänien. Am stärksten trat v. Bloëz dagegen auf, unter Zurückweisung der früher vom Reichskanzler gegen die Agitation des Bundes der Landwirte gerichteten Äußerungen. Der entscheidende § 1 wurde am 14. Dezember mit 189 Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei, Polen, Sozialdemokraten und eines Teils der übrigen Parteien gegen 165 Stimmen angenommen. Zur dritten Lesung am 15. Dezember suchte Graf Bismarck die Notwendigkeit des Zusammenhaltens von Landwirtschaft und Industrie, im Gegensatz zur jetzigen Regierungspolitik darzulegen, die zum absoluten Freihandel und zum Ruin der Landwirtschaft führen müsse; hätte nicht, meinte der Graf, die Not den Bund der Landwirte geboren, so würden die Sozialdemokraten noch viel mehr Stimmen erhalten haben; das Grundübel bestehe im Handelsvertrage mit Oesterreich, der blutarm gemacht habe. Redner schloß unter stürmischem Beifall der Agrarier; sein und des Grafen Kanitz Vorschlag aber, den Vertrag nur auf ein Jahr zu schließen, wurde vom Staatssekretär v. Marschall als Persiflage auf die durch den Vertrag zu erlangende Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse bezeichnet. Die beiden anderen Verträge wurden ebenfalls genehmigt, nachdem Schippel (soz.) aus einem Organ des Bundes der Landwirte Stellen verlesen hatte, welche die Königstreue der Agrarier seltsam beleuchteten, und nachdem Richter alle Parteien aufgefordert hatte, sich zu einer großen Ordnungspartei gegen die Angriffe der Agrarier zusammenzuscharen.

Nächst den Handelsverträgen spielten im Reichstag die finanziellen Fragen die größte Rolle. Dabei handelte es sich nicht bloß um den Etat für 1894/95, sondern auch um Gesetzentwürfe zur Aufbringung der Kosten der Heeresvermehrung. Sie bildeten das Ergebnis der von den deutschen Finanzministern vom 8.—11. August im Palais des früheren Bundestags zu Frankfurt a. M. unter Vorsitz des damaligen Schatzsekretärs v. Maltzahn stattgehabten, im Anfang September unter Vorsitz von dessen Nachfolger fortgesetzten Beratungen und betrafen eine Tabakfabrikat-, eine Weinsteuer, Stempelsteuern und anderweite Ordnung des Finanzwesens des Reichs. Was die Tabaksteuer betrifft, so sollte die Inlandsteuer von 45 Mk. für 100 Kilogramm in Wegfall kommen und der Zoll für den aus dem Ausland eingehenden Rohtabak um den entsprechenden

Betrag gekürzt werden. Die im Inland hergestellten Fabrikate sollten, soweit sie zum inländischen Verbrauch bestimmt sind, einer Steuer unterworfen werden, welche nach Prozenten des durch die Faktura nachzuweisenden Fabrikpreises zu bemessen sei. Die Sätze waren für Zigarren und Zigarretten $33\frac{1}{3}$, für Rau- und Schnupftabak 50, für Rauchtobak $66\frac{2}{3}$ % des Fakturapreises. Die Steuerpflicht sollte eintreten, sobald die Fabrikate im fertigen Zustande die Fabrik verlassen. Für die ausländischen Fabrikate sollte die Steuer zugleich mit dem Zoll erhoben werden, welcher von 100 Kilogramm Tabakblättern 40, Zigarren 400, Zigarretten 500 und anderen 250 Mk. beträgt. Der Tabak sollte von der Erzeugung bezw. von der Einfuhr zum Ausgang der daraus hergestellten Fabrikate aus der Fabrik der Kontrolle durch die Steuerbehörde unterliegen. Was den Entwurf über die Weinsteuer betrifft, so war darin eine prozentuale Wertbemessung vorgesehen und zwar derart gewählt, daß durch sie nicht nur der Wirtschaftsverbrauch, sondern auch der Verbrauch in Privathäusern, und ferner nicht nur der Verbrauch an Natur-, sondern auch der Schaum- und der Kunstwein der Besteuerung zugeführt werde. Die Steuerpflicht soll den Empfängern der Sendung obliegen; alle Weinsendungen sollen durch steuerliche Begleitpapiere legitimiert werden; die Schaum- und Kunstweinfabriken sollen einer Buchkontrolle unterliegen. Die Steuer soll nur den Wein treffen, dessen Wert beim Eintritt der Steuerpflicht als über eine gewisse Wertgrenze hinausgehend festgestellt wird, während die Besteuerung des minderwertigen Weins den Bundesstaaten überlassen bleiben soll. Nach dem Entwurf über die Stempelabgaben zur Änderung der Gesetze von 1881 und 1885 sollten inländische Aktien mit 1, ausländische mit $1\frac{1}{2}$ aufs Hundert, inländische Inhaberpapiere und auf Grund staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Kommunalverbände und Gemeinden mit 2, sonstige Anschaffungsgeschäfte mit $\frac{2-4}{10}$ vom Tausend, Lotterielose mit 8 vom Hundert, Checks und Giroanweisungen mit 10 Pf., Frachtbriefe verschiedener Art mit 10–30 Pf., Quittungen, die im Inlande ausgestellt oder ausgehändigt werden, bei einem Betrage von mehr als 20 Mk. mit 10 Pf. besteuert werden. Der Mehrertrag aus den drei Vorschlägen wurde auf 98 733 578 Mk. berechnet. Unter der Voraussetzung, daß der Reichstag diese neuen Einnahmen bewilligt, wurde ein Gesetz-

entwurf über die anderweite Ordnung des Reichsfinanzwesens festgesetzt, daß die Matrikularbeiträge in jedem Jahresetat um 40 Millionen Mark hinter den Überweisungen an die Einzelstaaten aus den Erträgen der unter die Frankensteinsche Klausel fallenden Zölle und Verbrauchssteuern zurückbleiben müssen. Aus den etwaigen Überschüssen solle ein „Ausgleichsfonds“ gebildet werden, aus dem die bei den Matrikularbeiträgen gestrichenen Beträge gedeckt werden. Erst wenn dieser verzinsbar anzulegende Fonds auf 40 Millionen aufgelaufen ist, sollen weitere Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet werden. Reichen bei der Etatsaufstellung die eigenen Einnahmen des Reichs nicht aus, um die dauernden Ausgaben und die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats zu decken, so sollen Zuschläge auf die dem Reiche zustehenden Verbrauchsabgaben gelegt werden können.

Beim engen Zusammenhang der so geplanten Neuordnung mit dem Etat konnte es zweifelhaft sein, wessen Beratung zuerst vorgenommen werden sollte. Der Reichstag entschied sich für die des Etats für 1894/95. Dieser war in Einnahme und Ausgabe mit 1 305 632 229 Mk. berechnet. Von den Ausgaben fallen 1 082 884 683 Mk. auf die fortdauernden, 83 925 726 Mk. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen, 138 821 820 Mk. auf die einmaligen des außerordentlichen Etats. Unter den Ausgaben befand sich eine Erhöhung des gegenwärtig $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark betragenden Reichszuschusses für das ostafrikanische Schutzgebiet auf $3\frac{1}{2}$ Millionen und eine Erhöhung des Zuschusses für das südwestafrikanische Schutzgebiet auf 1 Million, also um 732 700 Mk. mehr als bisher. Die allgemeine Beratung des Etats fand vom 27. bis 30. November statt. Sie wurde eröffnet durch längere Ausführungen des neuen Staatssekretärs des Reichsschatzamts, Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner. Er sagte, der ursprüngliche Fehlbetrag aus 1892/93 habe sich durch die Nachtragsetats in einen Überschuß von über 1 Million verwandelt und die Überweisungen hätten damals die Matrikularbeiträge um $42\frac{1}{2}$ Millionen überschritten; für 1893/94 werde der Überschuß 1 Million betragen. Die Zolleinnahmen hätten in den ersten 4 Monaten einen erheblichen Rückgang gezeigt. Im nächsten Etatsjahr würden die Matrikularbeiträge die Überweisungen um 39 Millionen übersteigen, hauptsächlich infolge der Militärvorlage-

Im ganzen würden sich die Einzelstaaten 1894/95 gegen 1892 bis 1893 um 109 Millionen Mark ungünstiger stehen. Da müsse der Reichstag die Frage ernstlich prüfen, wie das Reich durch neue Einnahmequellen unabhängig von den Einzelstaaten gestellt werden könne. Die wirklich sichereren Mehreinnahmen würden höchstens hinreichen, um mit den jetzt beantragten neuen Steuern in den nächsten 5 Jahren das steigende Bedürfnis des Reichsbudgets ohne weitere neue Steuern zu decken. Das Reich könne freilich wegen Unversiegbarkeit der Matrikularbeiträge nicht in finanzielle Verlegenheit kommen, die Einzelstaaten aber ständen vor einer Periode finanzieller Verlegenheiten. Fritzen (Zentr.) war nicht einverstanden mit der beantragten Schaffung von Stellen eines Unterstaatssekretärs bei der Post und beim Reichsschatzamt. Sodann glaubte er feststellen zu können, daß der Gedanke an Kolonien in weiteren Volkskreisen immer mehr Boden gewinne, verlangte genaue Prüfung des zu bedenklicher Höhe gestiegenen Militäretats und brachte einen im Oktober in Hannover stattgehabten Prozeß gegen Wucherer mit dem Bemerkten zur Sprache, daß man die hierbei zu Tage gekommenen erschreckenden Folgen leidenschaftlichen Spieles dortiger Offiziere nicht dem ganzen Offizierkorps zur Last legen dürfe. Er riet den Totalisator abzuschaffen und sprach sich gegen eine den ersten Seemächten ebenbürtige Hochseeflotte aus. Bebel (soz.) zog ebenfalls den Spielerprozeß an, um wegen der dabei zu Tage getretenen „Korruption“ den Militarismus zu bekämpfen, und führte aus, daß die, welche die neuen Steuervorlagen gemacht und welche sie gutheißten, die größten Reichsfeinde seien; den Vorschlag einer progressiven Einkommensteuer hielt er für konservativ, wie Vorschläge des früheren „Kommunisten“ Miquel für revolutionär. Der neue preussische Kriegsminister Bronsart von Schellendorf nahm das Offizierkorps in Schutz und meinte, auf die Anklagebank gehörten nicht die verführten jungen Offiziere, sondern diejenigen, welche die Vorgänge in Hannover agitatorisch zur Herabsetzung des Heeres ausbeuteten. Der preussische Minister Miquel knüpfte an seinen von Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Köln verlesenen Brief von 1850 an, um darauf eine Darstellung des Wandlungsprozesses zu geben, der sich bald nachher in ihm vollzogen und ihn von der Unhaltbarkeit der kommunistischen Lehren sowie von der Veränderlichkeit der Lehren der

bürgerlichen Nationalökonomie überzeugt habe. Am 28. November ergriff Miquel wieder das Wort zur Rechtfertigung der in den Steuervorlagen vorgeschlagenen Deckungsmittel. Eine direkte Besteuerung seitens des Reichs halte er zwar für zulässig, aber mit Rücksicht auf die Einzelstaaten, von welchen mehrere eine solche Besteuerung nicht kannten, für undurchführbar. Von indirekten Steuern erscheine die des Weins am Platz, weil er vorzugsweise die Wohlhabenden treffe. Was eine Wehrsteuer betreffe, so überwögen in einem Föderativstaate die Bedenken dagegen. Eine Erbschaftssteuer würde die Mittelklassen zu schwer treffen, eine Besteuerung der großen Vermögen würde wenig bringen, die Tabaksteuer werde den Verbrauch nicht so sehr vermindern, als die Agitation behauptete. Gegen andere Länder gehalten, habe sich die Vorlage mit einer sehr geringen Besteuerung dieses Genußmittels begnügt. Richter (fr. Volksp.) bestritt die aus den Worten des Kriegsministers vielleicht hervorgehende Ansicht, daß der Hannoverische Spielerprozeß den Reichstag nichts angehe. Sehr fraglich sei es, ob die Deckung für 100 Millionen Mehrausgaben nötig sei; für die Heeresverstärkung reichten vielmehr 64 Millionen aus; 40 Millionen auf Vorrat dürften nicht bewilligt werden; die neuen Mittel für das Heer könnten durch Beseitigung der Branntwein- und Zuckersteuerprivilegien beschafft werden. Diesen Ausführungen traten der Schatzsekretär Graf Posadowsky und Minister Miquel entgegen. Ersterer bestritt, daß man künstlich Steuern auf Vorrat schaffen wolle und deshalb das Bild des Stats künstlich zu schwarz gemalt habe; die Kontrollmaßregeln bei der Tabaksteuer seien nicht so schrecklich, ebensowenig die Belästigungen im Gefolge der Quittungssteuer. Miquel suchte nachzuweisen, daß das Finanzreformgesetz den Zweck habe, ein Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten herzustellen, das dem Recht und der Billigkeit entspreche. von Frege begann seine Rede mit dem Ausdruck des Dankes gegen Gott für die Vereitelung eines dieser Tage erfolgten Anschlags gegen den Reichskanzler, dem aus Orleans eine Schachtel mit angeblich Radiesamen zugesandt war, während sie in Wirklichkeit eine zum Platzen beim Öffnen bestimmte Sprengstoffmaschine enthielt. Sodann stellte er der von allen Seiten empfohlenen Sparjamkeit den verschwenderischen Prunk des neuen Reichstagsgebäudes rügend entgegen und empfahl für den Fall des Scheiterns der Steuervorlagen

das Kohlspritmonopol, eine Inzeratensteuer und eine noch höhere Börsensteuer. In der Beratung vom 29. November sprach sich Möller (nat.-lib.) aus Dortmund für Verschiebung des Reformplans aus und kündigte an, daß eine Minderheit seiner Partei die Tabaksteuer, die Mehrheit aber die Weinsteuer ablehne, falls die Kontrollbestimmungen nicht beseitigt würden; die Erbschafts- und die Wehrsteuer seien vorzuziehen; zu Steuern, wie dem Fracht- und Quittungsstempel, solle man erst in Zeiten höchster Not greifen. Haußmann (südd. Volksp.) glaubte, daß die Heeresvermehrung mittelbar schädigend auf den Dreibund, insbesondere auf Italien gewirkt habe und wunderte sich, daß die Kolonialpolitik weniger Opposition finde, obwohl der Reichskanzler den von ihm früher lächerlich gemachten Afrika-reisenden Wolff empfangen habe und der von ihm früher in Schutz genommene Gouverneur von Ostafrika, v. Soden, das Feld habe räumen müssen. Hiernach trat Generalleutenant v. Spitz Bebel's schwerer Beleidigung des Offizierkorps entgegen und der Schatzkanzler Graf Posadowsky gab eine Erläuterung dahin ab, die frühere Erklärung des Kanzlers, daß keine Änderungen in den Besteuerungsverhältnissen des Tabaks beabsichtigt seien, falle fort wegen Nichtannahme der ursprünglich vorgeschlagenen Börsen-, Bier- und Branntweinsteuer. Minister Miquel warnte wiederholt vor einer Reichseinkommensteuer. v. Kardorff verlas eine Erklärung der Reichspartei, wonach ihre Mitglieder, soweit sie dem Bunde der Landwirte angehörten, für die Agitation desselben in königstreuer Gesinnung eintreten. Rickert (freis. Ver.) bezeugte nicht die geringste Neigung für Bewilligung von 40 Millionen Reichssteuern auf Vorrat und hielt am Plan einer Reichseinkommen- und einer Reichserbschaftssteuer fest. Am 30. November kam der Antisemit Zimmermann zum Wort, der sich gegen die Zurückweisung der Bewegung der Landwirte als einer demagogischen wandte und meinte, derselbe Vorwurf sei jeder Partei einmal gemacht. Wohin treibe denn der neue Kurs und wie könne man noch auf patriotische Gesinnungen rechnen in Kreisen, die in den Untergang getrieben würden? Die Gerichtskosten seien so groß, daß der Mittelstand gar nicht mehr wage, sich an die Gerichte zu wenden; die Mängel des Klebegesetzes drückten Landwirtschaft und Kleingewerbe; gegen die in Frankreich bestehende Quittungssteuer herrsche dort große Erbitterung; der Antisemitismus sei eine durch alle

gebildeten Völker sich erstreckende Kulturbewegung, der Ausdruck eines gesteigerten Nationalitätsgefühls. Die soziale Frage könne ohne vernünftige Kolonialpolitik nicht gelöst werden. Das Mißtrauen gegen den neuen Kurs sei in einem Umfange gewachsen wie nie zuvor. Liebknecht (soz.) führte aus, eine Kulturaufgabe verfolge nur die Sozialdemokratie, während der Antisemitismus dem Mittelstande nur mit kleinlichen Mitteln helfen wolle und sich gegen die Juden statt gegen das Kapital wende. Redner kam dann auf den Prozeß gegen die Spieler in Hannover und äußerte, die hiergegen gerichteten Erlasse wären, ebenso wie die Erlasse gegen die Soldatenmißhandlungen, wegen ihres Verstoßens gegen den Geist des Systems zur Wirkungslosigkeit verurteilt; mit Unrecht habe der preußische Kriegsminister diese Sache als innere Militärangelegenheit behandelt. Redner verwahrte sich ferner gegen die Meinung, daß die Sozialdemokraten die Mordversuche auf den Kanzler und den Kaiser abschüttelten; sie betrachteten vielmehr solche Verbrechen als gemein und nutzlos und hätten mit dem Anarchismus nichts zu thun. Bezüglich des am 29. November im „Vorwärts“ veröffentlichten Erlasses des preußischen Ministerpräsidenten gegen die Sozialdemokratie könne man sich der Worte des Kanzlers Drenstierna erinnern: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird;“ dieser Erlass zeige kein Verständnis für die soziale Bewegung und stelle die völlige Bankerotterklärung des Staats dar. Der Reichskanzler Graf Caprivi antwortete den beiden letzten Rednern. Drenstierna, meinte er, würde jetzt wohl gesagt haben: „Es ist wunderbar, mit wie wenig Weisheit Reden im deutschen Parlament gehalten werden.“ Wenn eine Partei beim allgemeinen Wahlrecht ohne agitatorische Mittel nicht leben könne, so bildeten doch solche Mittel in dem im Reichstag angewandten Umfange eine beklagenswerte Erscheinung. Ein Spruch, ob und inwieweit die im Hannoverischen Bucherprozeß als Spieler aufgetretenen Offiziere die Ehre verletzt haben, werde vorbereitet; Liebknecht und Genossen hätten sich zweifellos die Aufgabe gestellt, das Heer in seinen innersten Besten zu erschüttern. Das deutsche Volk dagegen habe die Liebe zum Heere nicht verloren. Daß die sozialdemokratischen Führer von den Anarchisten nichts mehr wissen wollten, glaube ihnen die Mehrheit des Volkes nicht. Schließlich wandte sich der Kanzler sehr entschieden gegen den Antisemitismus und meinte,

diese Bewegung werde sich schließlich gegen das Kapital überhaupt richten. Was die äußere Politik betreffe, so enthalte sich der neue Kurs, wie einst Fürst Bismarck, der Einmischung in fremde Angelegenheiten. v. Floëtz (kons.) protestierte gegen die Angriffe der Presse auf den Bund der Landwirte. Förster (Antif.) sagte, seine Partei habe ein viel umfassenderes wirtschaftliches Programm als die Landwirte und wünschte, daß erstere von der Regierung nicht von vornherein als Feinde behandelt würden. Damit endete die erste Beratung des Etats, von dem darin höchst wenig die Rede war und die sich eher als die Ouverture zu den Steuergesetzentwürfen ausnahm.

Zwischen diesen und dem Etat wurde nunmehr eine Sache eingeschoben, mit der das Zentrum es sehr eilig zu haben schien, der Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom 4. Juli 1872 gegen den Orden der Gesellschaft Jesu sowie der dazu gehörigen Beschlüsse des Bundesrats von 1872 und 73 wegen gleicher Behandlung der Redemptoristen, Lazaristen, der Priester vom heiligen Geist und der Gesellschaft vom heiligen Herzen Jesu. Unter der Fülle von selbstständigen Anträgen, mit welchen der Reichstag, wie bisher, so auch diesmal gleich zu Anfang überschüttet war, weil ein jeder sich den Vorzug in der Reihenfolge zu wahren trachtete, nahm dieser Antrag die erste Stelle ein. Auch sonstig hatte man schon seit längerer Zeit vielfach vernommen, daß die Zentrumsparthei jetzt einen außerordentlichen Wert auf diesen Antrag lege, der ursprünglich von Windthorst eingebracht war und mehrmals hatte zurückstehen müssen; im März 1892 hatte das Zentrum ihn zur Förderung der preussischen Volksschulgesetzfrage sogar zurückgezogen. Den Grund der jetzigen Eile glaubte man vielfach in der Absicht des Zentrums erblicken zu müssen, die Zustimmung zu den Steuervorlagen von der Gewährung dieses Zugeständnisses abhängig zu machen. Auf der anderen Seite war ein sehr großer Teil des deutschen Volks von banger Sorge vor der Wiederkehr der Jesuiten erfüllt, weil darin die schärfste und rücksichtsloseste Zuspitzung der kirchlichen Herrschaftsbestrebungen erblickt wurde. Die zahlreichen und zum Teil großen Kundgebungen in den ersten Monaten des Jahres bewiesen es. Jetzt lagen wiederum 5969 Bittschriften gegen und eine für Aufhebung dieses Gesetzes vor. Dazu war im Oktober ein abermaliges Zeugnis des bisherigen Jesuiten Grafen Hoensbroeck gekommen, der in den „Preuß. Jahrbüchern“

ein Bild des modernen Jesuitismus geliefert und „die tiefe innere Lüge“, die durch den ganzen Orden wehe, geschildert hatte. Wie zur Einleitung der Beratung des Antrags im Reichstage sagte die „Germania“, dieser Tag werde ein Merktag in der deutschen Geschichte werden, denn je nach seinem Ausfalle werde der Friede oder der verzehrende Unfriede in Deutschland sich mehren.

Die Beratung des Antrags am 1. Dezember erstreckte sich, nach Wunsch der Antragsteller, d. h. aller Mitglieder des Zentrums und der meisten welfischen Abgeordneten lutherischen Bekenntnisses, auf die erste und zweite Lesung, sodasß sogleich eine Abstimmung erfolgen mußte. Graf Hompesch begründete den Antrag damit, daß das Gesetz von 1874 sich gegen die katholische Kirche und die Rechte des katholischen Volks richte; nach Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche bestehe kein Grund mehr für Aufrechterhaltung dieses Ausnahmegesetzes; die Feindschaft der Jesuiten gegen den Staat sei nicht bewiesen. Hierauf gaben v. Manteuffel, Mirbach und v. Marquardsen kurze Erklärungen ab, warum die konservative, die Reichs- und die nationalliberale Partei den Antrag ablehnten; v. Solleufer erklärte, mehrere Konservative würden mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse ihrer Wahlkreise sich der Stimme enthalten. Schröder (fr. Ver.) bestritt, daß mit diesem Orden die Sozialdemokratie bekämpft werden könne. Lieber (Zentr.) freute sich, daß die Gegner nicht wie 1872 einen „Hexensabbath“ im Reichstag toben ließen und behauptete, die katholische Bevölkerung halte das Jesuitengesetz für ein blutiges Kulturkampfgesetz, die Jesuiten würden von hohen katholischen Würdenträgern unentbehrlich für die Wirksamkeit der katholischen Kirche und für die höchste Blüte kirchlichen Geistes gehalten; der konfessionelle Friede könne durch nichts mehr gefährdet werden, als durch Vergewaltigung der konfessionellen Minderheit; der päpstliche Stuhl treibe keine den national-deutschen Interessen feindliche Politik; erst kürzlich habe der Kardinal-Staatssekretär versichert, der päpstliche Stuhl halte sich ernsthaft sowohl vom Dreibund, als vom französisch-russischen Bündnisse fern; den deutschen Katholiken könne der Papst keine vaterlandsfeindliche Politik zumuten, sie würden vielmehr stets mit voller Hingebung zu Kaiser und Reich stehen. Blos (Soz.) war für Aufhebung des Jesuitengesetzes im Interesse der Gerechtigkeit; die Jesuitenmoral werde immer

besonders getadelt, aber an der Börse, in der Politik, der Diplomatie, bei den Wahlen, überall heilige der Zweck die Mittel; das rauhe Haus in Hamburg mit seinen Erziehungsergebnissen stehe auf derselben Stufe wie die Jesuitenschulen; auch die Jesuitenpionage könne die Zustände nicht verschlimmern, denn es wären schon genug schwarze Listen im Umlauf, um die Arbeiter brotlos zu machen. v. Hohenberg kündigte die Zustimmung der Welfenpartei zu dem Antrag an; dieselben seien eben gegen alle Ausnahmegesetze und fragten nicht, ob ihnen etwas nützlich, sondern nur was recht sei. Fürst Radziwill war mit den Polen für den Antrag und bestritt, daß die Jesuiten gefährlicher als die anderen Orden seien. Richter (fr. Volksp.) erklärte sich zur Beseitigung dieses Ausnahmerechts bereit, meinte aber, die Aufhebung des Jesuitengesetzes bedeute nur eine grundsätzliche theoretische Erklärung; es sei nicht richtig, die Verbindung der Jesuiten zuzulassen, während es politischen Vereinen verwehrt sei, sich mit gleichartigen Vereinen zu verbinden; leider mache die juristische Handhabung des Strafgesetzbuchs jede freiere Kritik einer kirchlichen Einrichtung unmöglich. Sigl, Redakteur des „Bayer. Vaterland“, wollte Zeugnis ablegen für die Jesuiten und ihre gerechte Sache; mit der Staatsgefährlichkeit derselben könne es nicht so weit her sein, da Friedrich der Große für seinen Staat nichts gefürchtet habe, als er den Orden nach seiner Aufhebung durch einen schwachen Papst im Lande behielt und den Jesuiten das Zeugnis ausstellte, daß sie die besten Lehrer, Erzieher und Seelsorger seien; ein jetziger preussischer Minister habe früher zweimal den Ausdruck gebraucht, der Zweck heilige die Mittel; auch die Geschichte eines deutschen Landes beweise, daß der Zweck sehr oft die Mittel geheiligt habe; die Jesuiten seien sehr gelehrte Leute und gegen ihre „Stimmen aus Maria Taach“ habe niemand aufkommen können, sie seien Leuchten der Wissenschaft, humane, gute Staatsbürger; aussetzen habe er an ihnen nur, daß sie für das Deutsche Reich mehr als nötig schwärmten, aber dieser Fehler schleife sich bei ihnen mit jedem Tage mehr ab, je mehr die Herrlichkeit des Deutschen Reichs sich ihnen offenbare. Rickert (fr. Ver.) beantragte die Bestimmung des Strafgesetzbuchs, wonach mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft wird, wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebiets bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen

und Gebräuche beschimpft. Der Antrag wurde nicht eingehend besprochen, gehörte auch wohl weniger an diese Stelle. Bacher, Gröber und Lieber (alle Zentr.) bemerkten dazu, die Liberalen forderten Schimpffreiheit gegen die katholische Kirche, und die Konservativen v. Mantuffel und v. Stumm sprachen sich gegen den Antrag aus. Nach seiner Ablehnung wurde in der Presse die Besprechung nachgeholt, von liberaler Seite mit dem Hinweis, daß jene Bestimmung thatsächlich nur der katholischen Kirche zu statten komme, daß ferner deren Angehörige sehr geneigt zu sein pflegten, schon in jedem Bestreiten ihrer Glaubenssäge ein Beschimpfen zu erblicken, und daß Verurteilungen evangelischer Theologen, die nur der Stimme ihres protestantischen Gewissens gefolgt, herbeigeführt worden seien. Nachdem endlich noch v. Heeremann (Zentr.) für den Antrag gesprochen, wurde derselbe in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 136 Stimmen angenommen. Dafür stimmten, außer dem Centrum, die Welfen, Polen, Elsäßer, die bayerischen Bauernbündler, die Sozialdemokraten, die süddeutsche Volkspartei, 12 Mitglieder der freisinnigen Parteien, und je ein Konservativer, Antisemit und Däne. Das Schicksal des Antrags war bis zum Ende der namentlichen Abstimmung zweifelhaft gewesen und wurde durch die unerwartete Abwesenheit von 80, meist konservativen Abgeordneten beeinflusst. Die Annahme des Antrags mit 37 Stimmen Mehrheit rief eine große Erregung hervor. Das Centrum frohlockte, ein seiner Blätter sagte wegen Zerfahrenheit der Gegner noch glänzendere Siege voraus, und die „Germania“ sprach von einem Ehrentage. Die freisinnige Presse zeigte sich ebenfalls zufrieden mit dem Ausgange; in der Presse der Gegner aber gährte es gewaltig; man erblickte hier in dem Antrage nur die Aufsteckung eines ultramontanen Gefleckerhutes, sagte im Fall der Genehmigung durch den Bundesrat eine stärkere Bewegung als beim Volksschulgesetz voraus und sprach dem Reichstag ab, Vertreter des nationalen Gedankens zu sein. Die gemäßigten Blätter bauten auf die vom Grafen Caprivi am 22. Januar 1892 im preussischen Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung, daß der Bundesrat sich ablehnend verhalten werde, und die wieder zahlreich gegen den Beschluß beim Reichstag eingehenden Bittschriften legten Zeugnis ab von der tiefen Erregung im ganzen protestantischen Deutschland.

Nachdem der Reichstag am 2. Dezember die durch Verordnungen verhängten Kampfzölle gegen Rußland und den Handelsvertrag mit Columbien genehmigt hatte, nahm er am 4. Dezember die erste Lesung einer Vorlage vor, wonach die Berechtigung zur Erwerbung eines Unterstützungswohnsitzes vom vollendeten 24. auf das vollendete 18. Lebensjahr zurückverlegt und so vielen Landgemeinden die Last abgenommen werden soll, die ihnen jetzt zufällt infolge früher Verheiratung und Verarmung ihrer in die Städte übergesiedelten Angehörigen.

Am 5. Dezember begann der Reichstag die Beratung der vier großen Finanzvorlagen; er wandte sich jedoch nicht, wie es das nächstliegende gewesen wäre, zuerst zur allgemeinen Frage, dem Reichsfinanzplan, sondern gleich zu einer der drei Steuervorlagen, dem Stempelabgabengesetz. Daher holte der bayerische Finanzminister v. Kiedel das Versäumte insofern nach, als er sich jetzt über jenen Plan und die Stellung ausließ, welche dieses Gesetz darin einnimmt, insbesondere legte er noch einmal die Unmöglichkeit dar, die nötige Mehreinnahme des Reichs durch direkte Steuern aufzubringen. Außerdem befänden sich die Einzelstaaten schon jetzt in den größten Verlegenheiten, suchten nach Mitteln zur Ausfüllung der durch die verminderten Überweisungen entstandenen Lücken und könnten vor Regelung dieses Verhältnisses ein ordentliches Budget gar nicht aufstellen. Richter dagegen glaubte die Schwankungen in den Etats der Einzelstaaten im Verhältnis derselben zu den Staatsbahnen erblicken zu müssen. Der Schatzsekretär Graf Posadowsky sagte, die Heranziehung einer Branche zur Steuer bilde zwar immer einen schmerzlichen Vorgang, aber wenn man durch die Behauptung, daß diese Branche ruiniert werden würde, sich bange machen ließe, so würden wir niemals zu einer Steuer kommen; die Börse lasse diese ihr bevorstehende Steuer ruhig über sich ergehen, habe sich doch auch ihre Rentabilität nach Einführung der bestehenden Börsensteuer von $6\frac{1}{3}$ auf $7\frac{2}{3}$ % erhöht. Bei Fortsetzung dieser Beratung am 6. und 7. Dezember erklärte Singer die Ablehnung seitens der Sozialdemokraten, weil diese niemals Kosten für eine Sache bewilligten, gegen die sie gestimmt haben. Osann (nat.-lib.) sprach sich für eine Reichseinkommen- und eine Reichserbschaftssteuer aus. Die Vorlage wurde an eine besondere Kommission gewiesen. Weitere Steuer-

vorlagen kamen in diesem Jahre nicht mehr zur ersten Beratung.

Statt dessen beschäftigte sich der Reichstag am 9. und 10. Dezember mit drei Anträgen zur Änderung des Gesetzes von 1889 über die Invaliditäts- und Altersversicherung sowie der Unfallversicherungsgesetze. Den lebhaften Angriffen gegenüber nahm sich der Staatssekretär v. Boetticher „seines Kindes“, wie er sagte, nachdrücklich an, sagte zwar Abstellung der Mängel zu, bestand aber darauf, daß an den Grundlagen nicht gerüttelt werde, gegen welche Sigl allerdings heftige Stöße richtete, indem er das „Wapperlgesetz“ mit größter Schärfe bekämpfte und dem Zentrum riet, ihm beizustehen, wenn es nicht das Schicksal derer teilen wolle, welche bei den letzten Wahlen diesem Gesetze zum Opfer gefallen seien. Der Reichstag nahm ferner am 11. Dezember einen Antrag v. Benda's (nat.-lib.) auf Ausdehnung der Freifahrtarten seiner Mitglieder auf das ganze Reich an und genehmigte am 14. Dezember ein Gesetz, durch welches die Invaliden aus den Kriegen vor 1870 den Invaliden aus 1870/71 gleichgestellt wurden.

Unter völligem Dunkel über die Aussichten seiner hauptsächlichsten, der finanziellen Aufgaben ging der Reichstag am 16. Dezember in die Weihnachtsferien. Auf ihre Durchführung schien aus der mehrfach als Pyrrhusstieg bezeichneten Annahme der Handelsverträge keineswegs geschlossen werden zu können. Die konservative Partei stand mit den Agrariern der Regierung gegenüber, und auf Seite der letzteren sah man in einigen Fragen Parteien, die sonst zu ihren Gegnern gehörten. Versuche zur Beschwichtigung der sehr erregten konservativen Partei blieben erfolglos; die Sprache ihrer und der agrarischen Presse wurde vielmehr stärker: Der „Reichsbote“ erblickte in der ganzen Amtsführung Caprivis ein einziges Trauerspiel für die Landwirtschaft; nach dem „Volk“ hatte der Kanzler kein Monopol auf zündende Gedanken und lichtvolle Ideen; die „Kreuz-Ztg.“ verkündete am 20. Dezember, Graf Caprivis „Vorgehen“ gegen die Konservativen habe zwischen beiden „eine unüberbrückbare Kluft“ geschaffen; der Agrarier v. Thüngen sprach sich in einer offenen Erklärung sogar dahin aus, der Kanzler nehme leider nicht mehr das Wohl des Vaterlandes zur Richtschnur, sondern den „höheren Willen“ des Kaisers; der Agrarier v. Rippenhausen wünschte dem Kanzler

eine Heimstätte, auf welcher er seinen Kohl bauen könne; das Blatt des Bundes der Landwirte schritt zu ländlichen Verbheiten, wie z. B. der Bemerkung, der Bauer murmle bei jeder unter der Maul- und Klauenseuche dahingefiechten Sau die Namen der leitenden Staatsmänner, und es ging sogar zu dynastiefeindlichen Tönen über. Unter diesen Umständen fehlte es natürlich auf anderen Seiten nicht an Hinweisen, daß solche Angriffe zum konservativen Wesen durchaus nicht paßten; dies hatte jedoch nur die Folge, daß die gereizten Kreise den Spieß umzukehren suchten: der Agrarier v. Ploetz sagte am 28. Dezember in einer Polemik gegen den Handelsvertrag mit Rußland, der Bauer begreife nicht, wie es möglich sei, daß „schiefer gewaltjam“ die Grundlagen von Thron und Vaterland unterwühlt würden, und die „Kreuz-Ztg.“ lehrte am 30. Dezember, die irdischen Autoritäten müßten in der Unterordnung unter die göttliche Autorität vorangehen; beugten sie sich nicht unter diese, so untergrüben sie ihre eigene. Wie sich die Regierung durch diese Angriffe auch berührt fühlen mochte, so war es doch klar, daß sie mit der ungewohnten Opposition rechnen müsse, und unter diesen Umständen erschien die Schwierigkeit, gleichzeitig zwei große Reformen mit verschiedenen Parlamentsmehrheiten durchzuführen, doppelt schwer. Zu alledem kam, daß mehrfach sehr lebhaft Bedenken laut wurden wegen bevorstehender Zugeständnisse an die Polen in der Sprachenfrage, gleichsam als Belohnung für ihre in wichtigen Punkten ausschlaggebend gewesenen Stimmen. In Bayern verleitete der Unwille bezüglich der Zölle und der Notwendigkeit neuer Steuern zu offenen Ausprüchen für den Vorzug eines Anschlusses an Frankreich und bei den Agrariern für den Vorzug eines Krieges mit Rußland; kurz, das Parteigewirre mit den Sozialdemokraten als lachenden Erben im Hintergrunde schien nicht größer sein zu können. Nachdem in der Presse mehrfach auf die Parteinahme von Landräten gegen die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers hingewiesen war, brachte der Ministerpräsident durch Erlaß vom 20. Dezember, unter Bezugnahme auf die politischen Gegensätze und Kämpfe der Gegenwart, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, den königl. Erlaß vom 4. Januar 1882 in Erinnerung, wonach für die mit Ausführung der Regierungsakte betrauten Beamten die durch den Diensteid beschworene Pflicht sich auf die Vertretung der Regierungspolitik bei den Wahlen erstrecke.

Die „Kreuz-Ztg.“ fand die Anwendung des Erlasses von 1882 auf die Reichspolitik für mindestens verfassungsmäßig bedenklich und schien es für Pflicht der Landräte zu halten, ihren König gegen die Reichspolitik in Schutz zu nehmen; die liberale Presse aber, die in früheren Zeiten den Erlaß bekämpft hatte, schien ihn sich jetzt gern gefallen lassen zu wollen.

Das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres wurde am 3. August vom Kaiser unterzeichnet, und nachdem die Formationsänderungen am 16. August bekannt gemacht waren, trat die Reform am 1. Oktober ins Leben. Die deutsche Flotte erfuhr eine Vermehrung durch den Stapellauf des Panzerschiffs „Hagen“ am 21. Oktober in Kiel. Auf dem Panzerschiff „Baden“ ereignete sich am 2. August ein erheblicher Unfall durch das Platzen eines Geschützes.

Der Kaiser empfing am 24. Oktober mit großen Ehrenbezeugungen den von ihm zum Feldmarschall ernannten Erzherzog Albrecht und am 28. Oktober den Herzog Alfred von Koburg-Gotha in Potsdam. Beim Empfang des Reichstagspräsidiums am 21. November wurden vom Kaiser politische Punkte nicht berührt. Am 23. November war der Kaiser bei der Vereidigung der Marinerekruten in Kiel zugegen. Seine übrigen Reisen dienten Jagdzwecken: so jagte er am 24. August in der Lewitz beim mecklenburgischen Jagdschloß Friedrichsmoor, am 7. November im Schönbusch bei Bebenhausen in Württemberg, womit er am 9. November einen Besuch der Burg Hohenzollern verband, am 10. November beim Minister v. Wedel in Piesdorf, am 14. November beim Fürsten Richnowski zu Kuchelna in Schlesien, am 17. November in den Forsten von Leglingen, am 27. November bei Herrn v. Alvensleben in Neu-Gattersleben, am 30. November in der Gührde und am 9. Dezember beim Amtsrat v. Dieze in Barby. Am 26. November traf sowohl beim geheimen Zivillabinet als auch beim Reichskanzler ein Packet aus Orleans, eine kleine Höllemaschine enthaltend, ein. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, aber in das allgemeine Kirchengebet wurde am 3. Dezember ein Dank für die gnädige Bewachung des Monarchen aufgenommen, und es lenkte sich in Deutschland der Blick auf die Frage internationaler Maßnahmen gegen die Anarchisten, welche neuerdings in Spanien, Frankreich

und Italien große Bestürzung hervorgerufen hatten. Am 28. Dezember überraschte der Kaiser die Stadt Kiel durch seinen Besuch.

Im Laufe des Jahres fanden verschiedene hervorragendere Festlichkeiten und Gedenkfeiern von mehr oder weniger politischer Natur statt. Die Stadt Thorn beging am 7. Mai durch ein Volksfest die Feier ihrer 100jährigen Vereinigung mit Preußen. Die Landesschule Pforta feierte am 25. Mai ihr 350jähriges Bestehen. Am 17. September fand die feierliche Enthüllung des Reiterstandbildes Kaiser Wilhelms I. in Bromberg, am 24. September die des Denkmals für den aus den Freiheitskriegen bekannten Friesen in Magdeburg, am 18. Oktober in Elberfeld die eines Denkmals für die beiden ersten Kaiser statt. Am 18. November feierte die Bevölkerung Schleswig-Holsteins den 100. Geburtstag eines der besten Patrioten, des Uwe Jens Lornsen, des ersten Weckers des Bewußtseins deutscher Stammesangehörigkeit der Herzogtümer.

Die bemerkenswertesten **Personalveränderungen** in der höheren Beamtenwelt waren folgende: Am 23. Januar trat der General der Infanterie Walter Bronsart v. Schellendorf, jüngerer Bruder des 1891 verstorbenen Kriegsministers, im 60. Lebensjahre von der vor fast 3 Jahren übernommenen Stellung eines kommandierenden Generals des 10. Armeekorps zurück und wurde ersetzt durch den 58jährigen Generalleutnant v. Seebeck, Kommandeur der 16. Division. An Kaisers Geburtstag wurden die Generalleutnants Sallbach, v. Werder, v. Fischer, v. Kaltenborn, Erbgroßherzog v. Sachsen-Weimar, v. Blume, v. Blomberg zu Generalen der Infanterie bzw. Kavallerie ernannt. Der Gesandte in Peking, Freiherr v. Brandt überreichte am 1. April dem Kaiser von China sein Abberufungsschreiben, wurde in den Ruhestand versetzt und erhielt den Gesandten in Persien, Freiherrn Schenk zu Schweinsberg zum Nachfolger. Der General der Kavallerie, Generaladjutant des Kaisers und kommandierender General des 7. Armeekorps v. Albedyll, der lange Zeit Chef des Militärkabinetts unter Kaiser Wilhelm I. gewesen war, wurde am 3. Juni mit 69 Jahren zur Verfügung gestellt und an seiner Statt der Kommandeur der 21. Division, v. Goetze ernannt. An Stelle des Freiherrn v. Malgahn trat am 12. August der Landeshauptmann von Posen,

der 48jährige Graf Posadowsky-Wehner als Staatssekretär des Reichsschatzamts. Der Generalleutnant Edler v. d. Planitz wurde Anfang Juni zum Inspekteur der Fußartillerie ernannt. An seine Stelle als Gouverneur von Mainz kam der Generalleutnant v. Holleben. Generalleutnant v. Kleist, Kommandeur der 10. Division, wurde mit 57 Jahren zur Verfügung gestellt. An Stelle des am 30. April verstorbenen Geh. Rats Hanauer wurde am 10. Juli der Direktor im Reichsamt des Innern, Nieberding, zum Staatssekretär des Reichsjustizamts ernannt. Der Ministerpräsident Graf Eulenburg wurde im Juli durch Verleihung des schwarzen Adlerordens ausgezeichnet. Am 26. August erfolgte die Ernennung des Superintendenten Faber zum Generalsuperintendenten in Berlin. Der neuernannte Botschafter in Washington, Freiherr v. Saurma-Zeltzsch, wurde am 4. September vom Präsidenten Cleveland empfangen. Dem kommandierenden General des 8. Armeekorps, Freiherrn v. Loë, widerfuhr im September die hohe Auszeichnung, zum Generalobersten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernannt zu werden. Der Kommandeur der 22. Division, Prinz Friedrich von Hohenzollern, 50 Jahre alt, wurde im Oktober an Stelle des verstorbenen v. Berjen zum kommandierenden General des 3. Armeekorps ernannt. An Stelle des Generals v. Kaltenborn-Stachau trat am 17. Oktober der oben erwähnte General Bronsart v. Schellendorf als preussischer Kriegsminister. Der Fürst v. Pleß legte im November die Militärinspektion der freiwilligen Krankenpflege nieder und erhielt den Fürsten zu Wied zum Nachfolger. Im Dezember trat der 68jährige Graf Solms-Sonnenwalde vom Botschafterposten beim Quirinal zurück, welcher dem Gesandten in Bukarest, B. v. Bülow, übertragen wurde. An dessen Stelle kam der Generalkonsul Graf Leyden in Kairo.

Die Reihe der **durch den Tod abberufenen** hervorragenderen Personen auf politischem und verwandten Gebieten war, wie fast alljährlich, ziemlich groß. Am 30. Januar starb auf seinem Schlosse Rauden in Ober-Schlesien der Präsident des preussischen Herrenhauses, Herzog Victor von Ratibor, Fürst von Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, fast 74 Jahre alt. Der Beisetzungsfeier wohnten der Kaiser und eine große Zahl von Fürstlichkeiten bei. Zu Freiburg i. Br. starb am 15. Februar die Fürstin

Katharina von Hohenzollern, geb. Prinzessin von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, die ihren zweiten Gemahl, den Fürsten Karl von Hohenzollern, 40 Jahre überlebte. Aus dessen erster Ehe mit Antoinette Murat stammte des jetzigen Fürsten Vater Karl Anton; bis 1890 hatte die Fürstin ihren Wohnsitz in der Abtei Beuron. Rechtsanwält Woelfel, früher Mitglied des Reichstags, Anfangs der nationalliberalen, später der freisinnigen Partei angehörend, starb am 17. Februar in Merseburg. Geheimer Kommerzienrat Gerson v. Bleichröder in Berlin, Inhaber eines der ersten Privatbankhäuser Europas, starb am 19. Februar, 70 Jahre alt. Graf Alexander Levin v. Bennigsen, Sohn des durch seine Teilnahme an der Verschwörung gegen den Zaren Paul bekannten Generals, 1848—50 hannoverscher Ministerpräsident, starb 83jährig am 27. Februar auf seinem Gute Banteln im Bezirk Hildesheim. 76jährig starb am 28. Februar in Stralsund der Geh. Justizrat Dr. R. Dorn, der Verteidiger Waldecks im Jahre 1849 und später der Steuerverweigerer. Der Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Wilnowski, lange Chef des Zivilkabinetts unter Kaiser Wilhelm I., starb in Berlin am 12. März. In London starb Ende März im 78. Lebensjahre Graf Oskar Reichenbach, 1848 Mitglied der äußersten Linken der preussischen Nationalversammlung. Das Mitglied des preussischen Herrenhauses, Graf v. Brühl, Standesherr zu Forst und Pfoerten im Bezirk Frankfurt a. O., starb am 5. April in Pfoerten. Der frühere Abgeordnete für Raugard-Regenwalde, Geh. Reg. Rat Bernhard v. Bismarck, Bruder des Fürsten, starb am 8. Mai im Alter von 83 Jahren; er war Mitglied des vereinigten Landtags, 1850 und 1870—88 des Abgeordnetenhauses. Das Mitglied des Herrenhauses, Graf Werner v. d. Schulenburg auf Burg- und Kirchscheidungen, starb am 8. April in Nervi. Am 10. Mai starb in Wiesbaden der Direktor im Ministerium des königl. Hauses, R. Ad. v. Boetticher. Am 16. Mai starben: das Herrenhausmitglied Leopold Fürst und Altgraf zu Salm-Reifferscheid-Krautheim und Dyck in Wien wie auch der Geh. Reg. Rat und vortragende Rat im Kultusministerium Prof. Schottmüller in Berlin, Gründer des preussischen historischen Instituts in Rom, der vom Kaiser öfters gesellschaftlich herangezogen war. Am 5. Juni starb der General-Feuersozietätsdirektor Barth, seit 1882 freikonservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses. Ein

um die national=deutsche Agitation in Schleswig=Holstein verdienstvoller Mann, Graf Ludw. zu Reventlow, starb am 14. Juni in Lübeck. Der Wirkl. Geh. Rat, Oberstschloßhauptmann Graf v. Perponcher=Sedlnitzky, früher Gesandter im Haag und in Brüssel, starb am 24. Juni auf seinem Gute in Schlesien. An demselben Tage starb in Neuwied Justizrat Grimm aus Marburg, früher konservatives Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses. Der durch seine versöhnliche Gesinnung im kirchenpolitischen Streite bekannte Weihbischof Baudri in Köln starb am 29. Juni. Oberbürgermeister a. D. Selke von Königsberg starb an demselben Tage in Wildbad und der frühere Oberbürgermeister Danzigs, v. Winter am 10. Juli in Gelens bei Kulm. Justizrat Dr. Karl Braun=Wiesbaden, 1848—66 nassauischer Abgeordneter, 1867—87 Mitglied des Reichstags, starb am 14. Juli, 71 Jahre alt, in Freiburg i. Br. General v. Versen, Kommandeur des 3. Armeekorps und Autorität ersten Ranges in allen kavalleristischen Angelegenheiten, starb am 7. Oktober. Am 11. Oktober starb in Berlin der General von Kameke, der 1870 die Schlacht bei Spichern einleitete, die Belagerung von Diederhofen durchführte, die von Paris leitete, 1871 Chef des Ingenieurkorps und 1873—83 Kriegsminister war. Prof. Rich. Köppl, Anfangs der 40. Jahre einer der Führer der liberalen Bewegung in Schlesien, eine Zeit lang Vertreter Breslaus im Abgeordnetenhause, seit 1877 Vertreter der dortigen Universität im Herrenhause, starb 85 Jahre alt am 4. November in Breslau. Fürst Botho zu Stolberg=Kosla, Mitglied des Herrenhauses und der ersten hessen=darmstädtischen Kammer, starb am 8. November, 43 Jahre alt, in Kosla. Das Leben des 88jährigen früheren Politikers Zul. Fröbel endete in Zürich ebenfalls am 8. November, also fast gerade in dem Momente, wo er vor 45 Jahren als Mitglied der äußersten Linken des deutschen Parlamentes in dem von Fürst Windischgrätz eroberten Wien mit Rob. Blum zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt wurde. Dr. Hermes, als Nachfolger Herrmanns 1878—91 Präsident des evangelischen Oberkirchenrats, starb in Berlin am 9. November. Am 19. November starben Graf Ed. Bethusy=Huc auf Bankau, einer der Begründer und langjähriger Führer der Reichs- und freikonservativen Partei, 64 Jahre alt, und der Professor der evangelischen Theologie in Breslau, Herrmann

Schmidt, der 1876 bei der Aufstellung des Programms der deutsch-konservativen Partei beteiligt war. Am 30. November starb in Dortmund der frühere Präsident des deutschen Arbeiterbundes, Tölcke, am 12. Dezember der Bürgermeister a. D. Geh. Reg. Rat Herm. Duncker in Berlin, 76 Jahre alt, am 22. Dezember der neben Kongo aus der freireligiösen Bewegung von 1844 bekannte Prediger Ezerski in Schneidemühl, 81 Jahre alt, am 25. Dezember Dr. Mejer, Präsident des evangelisch-lutherischen Konsistoriums in Hannover.

Die **deutschen Schutzgebiete** befanden sich während dieses Jahres im allgemeinen in befriedigendem Zustande; es liegt aber auf der Hand, daß es sowohl im Innern, als im Verhältnis zu den Nachbarn fast fortwährend Schwierigkeiten gab. Was die wertvollste Kolonie, Kamerun, betrifft, so stellte sich immer mehr heraus, daß hier der Handel, um erfreulich zu gedeihen, eines sog. Hinterlandes bedarf. Deutscherseits ist zwar durch wackere Forscher, wie Tappenbeck, Zintgraff und Morgan, manches geschehen, um diese Frage günstig für Deutschland zu lösen; auch in diesem Jahre geschah hierzu einiges: eine Expedition unter v. Stetten durchzog im März von Balinga aus die dicht bevölkerten Gebiete von Tifar und Ngaundere bis nach Yola an der Westgrenze und schloß Verträge mit den einheimischen Stämmen; auch wurde, nach Unterwerfung der Voghe Belinghes im Innern, zum Schutz der von den Handelsfirmen zu entsendenden Karawanen, am 1. September die Station Lolodorf gegründet; am 27. September wurde auf Widerstand gestoßen, indem ein Kriegszug gegen die Bakongos unglücklich verlief und der Stationschef v. Volkshammer fiel, worauf dieser Volksstamm durch v. Stetten unterworfen wurde. Eine Meuterei der Eingeborenen in der Schutztruppe am 20. Dezember machte in Deutschland übeln Eindruck. Auf das kameruner Hinterland haben es auch die Franzosen abgesehen. Freilich haben sie rechtlich nichts zu suchen in diesen Gebieten, soweit sie westlich vom 15. Grad östlicher Länge liegen, denn Frankreich hat sich im Vertrag von 1885 Deutschland gegenüber verpflichtet, sich „jeder politischen Einwirkung“ hier zu enthalten. Aber sie hatten dann gefunden, daß hierdurch ihr weitangelegter Plan einer Länderverbindung zwischen Algerien über den Tsjâd-See nach dem südlich von Kamerun liegenden französischen Kongogebiete erheblich gestört würde.

Sie sind daher in Versuchen, durch Privat-Expeditionen das Hinterland uns dennoch abzuschneiden, doch noch rühriger gewesen, als die Deutschen in Versuchen, es zu erschließen. Die französischen Versuche wurden vom Süden und vom Westen Kameruns aus unternommen: vom Süden aus seitens Brazzas, des Gouverneurs des französischen Kongogebiets, der vom Sangi-Flusse aus sich in die nördlich davon liegenden Gebiete begab und sich dabei an jene Grenze gar nicht kehrte, hier sogar eine Station Gasa errichtete und mit dem Sultan von Ngaundere im deutschen Theile des Adamauagebiets in Verhandlungen trat; vom Westen, von Senegambien aus durch eine Expedition Maistres, die vom Shari-Strome den Ausgang nahm, und durch eine Expedition Mizon's vom Benué-Flusse aus. Mizon hatte sogar die Kühnheit, durch Brief vom 3. September aus Yola dem Vorstande einer ebenfalls bis dahin gelangten deutschen Expedition, Herrn v. Uechtriz, mitzuteilen, der Sultan von Adamaua habe neuerdings durch Verträge seine Staaten unter französischen Schutz gestellt. v. Uechtriz erwiderte, er könne auf diese Verträge keine Rücksicht nehmen, weil sie dem deutsch-französischen Abkommen von 1885 und v. Stettens Vertrag mit diesem Sultan widersprächen. Nachher erfuhr er von diesem, daß er Mizons Besuch abgewiesen habe und dessen Behauptung erfunden sei. Ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Hinterlandes erfolgte am 15. November durch ein deutsch-englisches Abkommen zur Feststellung der westlichen Grenze dieses deutschen Schutzgebiets und seines Hinterlandes. Sie beginnt hiernach an der Mündung des Rio del Rey und läuft in nordöstlicher Richtung in gerader Linie über die Stromschnellen des Old Calabar und unter Durchschneidung des Benué-Flusses bis nach Ngála am Südufer des Tsád-Sees, so daß dieses bis zur Mündung des Shari-Flusses deutsch ist. Auf die Gebiete östlich von diesem, also auf Darfur, Kordofan und Bahr-el-Ghazal soll sich der Einfluß Deutschlands zu gunsten Englands nicht erstrecken. Dies war aber einer der Punkte, durch welchen Frankreich sich betroffen fühlte, denn behufs Herstellung der erwähnten nord-südlichen Länderverbindung hatte es gerade auf das an der Südoestecke des Tsád-Sees liegende Sultanat Bagirmi gerechnet, und ferner war es den Franzosen sehr unlieb, daß ihnen durch jene Grenzlinie fernere Versuche, wie der vom Benué-Flusse und von Yola aus, verwehrt waren, und sie hatten

nun nichts Eiligeres zu thun, als im Dezember mit Deutschland Verhandlungen wegen Änderung der 1885 verabredeten Ostgrenze des Kamerungebiets zu beginnen. Mit Bezug hierauf sprach am 2. Dezember der Vorstand der deutschen Kolonialgesellschaft dem auswärtigen Amte den Wunsch aus, daß die deutsche Interessensphäre möglichst weit über den 15. Grad östlicher Länge hinaus, insbesondere auf das Flußgebiet des Shari sowie des betreffenden Teils des Landes Bagirmi ausgedehnt, auch für den Handel im südöstlichen Teile des Hinterlands freier Zugang zu einem der schiffbaren Nebenflüsse des Kongo sichergestellt werde. Im November bildete sich eine deutsche Gesellschaft, um den Handel im Hinterlande Kameruns neue Wege zu bahnen.

Im südwestafrikanischen Schutzgebiete wurden, in Ausführung der im September 1892 erteilten Konzeßion, zwei Expeditionen ausgesandt, die eine, um Mineralien zu suchen, die andere, um eine geeignete Bahulinie zu ermitteln. Wichtig schien die nach eingetretener Verstärkung der Schutztruppe am 12. April erfolgte Erstürmung von Horncrantz, der Feste des Nama-Hottentoten-Häuptlings Hendrik Witboij zu sein, der bis dahin das Haupthindernis einer erspriesslichen Entwicklung des Gebiets gebildet, offen mit Vertreibung aller Deutschen gedroht, fortgesetzt Waffen aus der englischen Walfischbai bezogen und gegen die Hereros Krieg geführt hatte, als ob es keine deutsche Oberhoheit gäbe. Der deutsche Sieg hatte zwar erregte Verhandlungen im kapländischen Parlament zur Folge, es stellte sich jedoch bald heraus, daß Witboij sich nicht unterwerfen werde, Major v. François scheiterte am 5. Oktober sogar mit einem neuen Kriegszuge und kündigte die Einstellung jedes weiteren Vorgehens gegen die Hottentoten an, die sodann am 6. November die deutsche Niederlassung bei Kubub zerstörten. An der Swakop-Mündung wurde ein Hafen angelegt, infolgedessen der Zugang zum Schutzgebiet nicht mehr durch die englische Walfischbai genommen zu werden brauchte. Auch dies erregte die Eifersucht der Kapländer, die sich sodann Mühe gaben, einen Zug von Boeren zur Ansiedelung in Damaraland zu verhindern.

Was das Schutzgebiet in Ostafrika betrifft, so gingen mit Beginn des Jahres die Geschäfte eines Gouverneurs aus der Hand des Freiherrn v. Soden in die des Oberstleutnants v. Schele

über, der im Januar und Februar eine Besichtigungsreise durch die Landschaften Uxaramo und Ukami nach den Stationen Kilossa und Mpwapwa unternahm. Er fand unermessliche Strecken, auf welchen Ackerbau mit gutem Erfolge getrieben war, die aber infolge der Vertreibung der Eingeborenen durch räuberische Volksstämme unbewohnt waren. Der Gesamteindruck ging dahin, daß selbst dieser von der Natur am meisten vernachlässigte Teil des Schutzgebiets, bei Sicherung des Lebens, des Eigentums und des Absatzes für die Erzeugnisse, eine Zukunft habe. Die Schutztruppe that ihr Möglichstes zur Herstellung sicherer Zustände: Die Macht des unbotmäßigen Negerhäuptlings Sikki, welcher sich zum Chef der Wanjamwesi, des zahlreichsten Volksstamms Ostafrikas, aufgeschwungen und nach seiner vor einigen Monaten erfolgten scheinbaren Unterwerfung fortgefahren hatte, durch zweideutige Haltung die Stellung der Deutschen in Tabora zu gefährden, wurde nach dreitägiger Belagerung und der Erstürmung seiner festungsartigen Residenz, am 13. Januar durch die Schutztruppe unter Prince endgültig gebrochen. Sikki selbst kam dabei ums Leben. Ferner wurde Anfang März der Häuptling Masenta zwischen Tabora und Mpwapwa nach zähem Widerstande besiegt. Emin Pascha, der 1891 mit einem Teil der Schutztruppe vom damaligen Gouverneur Wisßmann als sein friedlicher Vorläufer in das Innere gesandt war, um durch Abschließung von Verträgen mit den Eingeborenen die deutsche Macht zu festigen, hatte sich aus der deutschen Interessensphäre entfernt, amtliche Unterstützung sich demnach abgeschnitten und sich dennoch gerade in diejenigen Gegenden begeben, in welchen die in ihrem Sklavenhandel von den Deutschen so sehr bedrängten Araber ihre Hauptsitze hatten. Nach übereinstimmenden Berichten ist Emin auf seinem Zuge vom Qualaba-Flusse nach den Stanley-Fällen des Kongostroms am 26. Februar auf Befehl des Sultans Moharra getötet. Ein Araber soll ihm mit einem breiten krummen Messer den Kopf abgeschlagen haben. Damit sank der bedeutendste deutsche Afrikaforscher dahin, der, fast immer nur auf eigene Kraft gestützt, mit rastlosem Eifer, größter Aufopferung, unendlichem Wagemut und glänzendsten Erfolgen jahrzehntelang durch die größten Schwierigkeiten und Erfahrungen einer großen Aufgabe nachgestrebt hatte. Sein Mörder ist später von den belgischen Besiegern der Araber am Kongo getötet, zwei Tagebuch-

Blätter Emin's sind später gefunden worden. Im Norden des Schutzgebiets, am Kilimandjaro-Gebirge, unternahm v. Schele einen Kriegszug gegen den Häuptling Meli von Moschi, eroberte am 11. August die feste Stellung desselben und bewirkte dadurch, daß auch die seit dem vorjährigen unglücklichen Gefechte v. Bülow's in Aufstand befindlichen Häuptlinge sich unterwarfen. Infolge von Ansprüchen, welche die britische ostafrikanische Gesellschaft auf einige Teile jenes Gebirgslands erhob, kam es, nach einer von Peters an Ort und Stelle vorgenommenen Untersuchung, am 25. Juli zu einem deutsch-englischen Vertrage, wonach nun das ganze Gebirge unbestritten in deutschem Besitze ist. In der Landschaft Ugogo, dem Durchgangslande für die Karawanen von Muapua nach dem großen Vinuensee, erstürmte die Schutztruppe im September den Hauptsitz eines Wahehe-Häuptlings. Die seit 1891 vorbereiteten Arbeiten zur Usambara-Eisenbahn wurden auf der Strecke von Tanga nach Korogwe in Angriff genommen. Nachdem der Entschluß hatte gefaßt werden müssen, den für den Tanganjika-See bestimmten Dampfer für den Nyassa-See zu erbauen, begab sich Major v. Wismann vom oberen Shirefluß aus nach ersterem See, wo er nach hartnäckigen Kämpfen am 7. Juli eintraf und Stationen anlegte. Im November unternahm der Gouverneur eine Expedition in das Gebiet am oberen Ulanga behufs Erforschung einer direkten Verbindung mit dem Nyassa-See und der dortigen Station der Antisklaverei-Gesellschaft. Im Schutzgebiete Neu-Guinea brachen im Juli auf der Gazelle-Halbinsel Unruhen aus, die vom Vorsteher der Station Herbertshöh unterdrückt wurden.

Nachdem wir Preußen und das Deutsche Reich betrachtet haben, wenden wir uns den übrigen deutschen Bundesstaaten zu. Was das Königreich **Bayern** betrifft, so trat die königliche Familie immer mehr hervor, was man seit langer Zeit nicht gewohnt war. Es ist namentlich Prinz Ludwig, der 48-jährige älteste Sohn des Regenten und künftige König, der fortfuhr, sein hohes Interesse für die Angelegenheiten des Landes durch entschlossenes Vorgehen thätig zu bekunden. Durch Schreiben vom 12. Januar an den Vorsitzenden des Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt in Berlin sprach er eingehend seine Anschauungen über die in Bayern zu verfolgenden Zwecke aus, die er vor allem

im Umbau der Wasserstraßen von Frankfurt a. M. nach Passau erblickte. In der Generalversammlung der bayerischen Abtheilung dieses Vereins am 26. März ergriff der Prinz selbst das Wort und legte den Nutzen dieser Bestrebungen für das ganze Land in eingehender Rede dar. Den Verein betrachtete er als sein „eigenes geistiges Kind“; der früher großartig entfaltet gewesene Verkehr auf Main und Donau müsse dem Lande wieder geschaffen und eine so große Wasserstraße durch Bayern gelegt werden, daß Schiffe von der Rheinmündung bis zur unteren Donau fahren könnten; die Hauptstrecke sei die des Mains von Frankfurt bis Bischofsberg bei Bamberg, und da müsse mit der Kanalisierung bis Aschaffenburg begonnen werden; die nötige Vertiefung und Verbreiterung des Ludwigskanals sei nicht so schwierig, und für die Donau handele es sich eigentlich nur um die kleine Strecke von Kelheim nach Regensburg; ferner komme es darauf an, die obere Donau von Ulm an, sowie deren Seitenflüsse am oberen Main, an die große Wasserstraße anzuschließen, den Kanal Ludwigshafen-Frankenthal in der Rheinpfalz nutzbar zu machen und eine Verbindung mit Weser und Elbe anzustreben. Als Prinz Ludwig am 20. Februar sein Fest der silbernen Hochzeit feierte, erfuhr er viele Beweise seiner Volkstümlichkeit und bei einem aus Anlaß dieser Feier am 26. Februar in München veranstalteten Schießen hob der Prinz hervor, er fühle sich besonders wohl in der Mitte der Schützen, unter denen alle bürgerlichen Kreise ohne Unterschiede des Standes, Berufs und Vermögens vertreten seien; er wünsche, daß, wie das königliche Haus sich mit dem Volke, so das Volk mit dem königlichen Hause eins fühlen möge durch weitere Jahrhunderte. Herzog Karl Theodor in Bayern nahm am 7. April in seiner festlich verzierten Augenheilstalt die zweitausendste Staaroperation vor. Der zweite Sohn des Regenten, Prinz Leopold, betheiligte sein Interesse an den allgemein deutschen Angelegenheiten durch einen Besuch der deutschen Flotte in Kiel zu Ende Mai. Prinz Ludwig nahm am 7. Juni an der Wanderversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München teil. Er behandelte hier in längerer Rede die Frage bezüglich der Vorteile einer industriellen Nebenthätigkeit, welche auch die kleinen Landwirte sich verschaffen könnten, und schloß mit den Worten: „Ich bevorzuge keinen Stand und kein Land, nur das allgemeine Beste suche ich zu fördern; ein

treues Zusammenstehen aller Stände ist notwendig, am höchsten verkörpert im Deutschen Reiche. Das Reich lebe hoch!" Am 12. Juni starb der Herzog Max Emanuel in Bayern zu Feldafing am Starnberger See im 44. Lebensjahre. Prinz Leopold wurde am 4. Juli als Protektor des zweiten niederbayerischen Bundesschießens in Landshut mit Begeisterung empfangen und hielt hier eine Rede, in der er betonte, daß viele der anwesenden Schützen an den Kämpfen gegen Frankreich teilgenommen hätten, „aus welchen das herrliche deutsche Reich hervorgegangen" sei. Wenige Tage darauf erregte wiederum Prinz Ludwig allgemeine Aufmerksamkeit, indem er als Protektor des am 8. Juli in München versammelten „Allgemeinen deutschen Journalisten- und Schriftstellertages" eine Rede hielt. Darin suchte er dem Berufe der Journalisten gerecht zu werden durch den Hinweis, daß es ja nicht möglich sei, „bei der Anforderung nach möglichst schneller Berichterstattung alles auf die Waagschale zu legen"; nur nicht mit Absicht solle der Journalist Unwahrheiten verbreiten. Das ganze Heer der Presse in Deutschland und Oesterreich wußte es dem Prinzen Dank, daß er in solcher Weise für ihren oft recht schwierigen Beruf eingestanden war. „Ein helles, freies Wort" nannte es das „Neue Wiener Tageblatt"; im Spiegel einer reinen, vornehmen, großen Auffassung habe der künftige Bayernkönig den Wert der Thätigkeit der Presse dargestellt. Am 3. September wurde in Berchtesgaden ein Denkmal des Prinz-Regenten Luitpold enthüllt, das ihn im Jagdkostüm zeigt. Prinz Ludwig nahm im Herbst an den großen Manövern im Reichslande teil. Als er auf der Reise dahin durch Zweibrücken kam, wies er in einer Rede an seine „lieben Pfälzer" auf den Unterschied der gegenwärtigen politischen Lage von der vor hundert Jahren hin, wo das jetzt wieder glorreich regierende Königshaus vor den Franzosen habe flüchten und der spätere König Max Joseph das Herzogtum Zweibrücken in der Verbannung habe übernehmen müssen. „Ich komme jetzt," fügte der Prinz hinzu, „nach Metz, um vor allem Volke zu zeigen, daß sämtliche deutsche Fürsten einig sind und daß, wenn es darauf ankommt, wie vor 23 Jahren, auch jetzt ganz Deutschland zusammensteht." Des Prinzen Ludwig dritter Sohn, Prinz Franz, wurde am 10. Oktober, nach Vollendung seines 18. Lebensjahres, an seinem Geburtsorte, im Schlosse Leutstetten, für großjährig erklärt und am

8. November in die Kammer der Reichsräte eingeführt. Ende Oktober ernannte der Prinz-Regent den Prinzen Leopold zum Generalinspektor des bayerischen Heeres. Die Vermählung seiner Tochter, der Prinzessin Augusta, mit dem Erzherzog Joseph August, wurde am 15. November in Gegenwart des Kaisers von Österreich, unter Entfaltung großen Glanzes, in München gefeiert; ihre Schwester, die 19jährige Prinzessin Elisabeth, ließ sich im Dezember in aller Stille im Auslande mit dem bayerischen Sekondeleutnant Freiherrn Otto von Seefried auf Buttenheim trauen. Prinz Ludwig feierte am 9. Dezember sein 25jähriges Jubiläum als Ehrenpräsident des bayerischen landwirtschaftlichen Vereins und machte bei dieser Gelegenheit in einer Ansprache darauf aufmerksam, daß der Landwirt alle Ursache habe, die gesamte Volkswirtschaft im Auge zu behalten. Prinz Luitpold feierte am 15. Dezember sein 50jähriges Jubiläum als General.

Die politischen Parteien in Bayern wurden in diesem Jahre in ungewöhnlichem Maße aufgerüttelt, zunächst durch die Wahlen zum Reichstag, dann durch die zum Landtag; in diesen Wahlbewegungen machte sich aber keineswegs überall der hohe, weite Gesichtspunkt, noch auch der national-deutsche Sinn bemerkbar wie bei den Prinzen des königlichen Hauses. Wie leidenschaftlich heftig in Bayern die Bewegung sowohl gegen die Zentrumsparthei als auch gegen alles Preussische, gegen den „Nordwind“, wie in einer Bauernversammlung gesagt wurde, sowie für ausschließlich die landwirtschaftlichen Interessen bezüglich der Reichstagswahlen sich zeigte, ist bereits oben (S. 89) erwähnt. In derselben Weise trat sie daneben und danach bezüglich der Landtagswahlen hervor. Die nationalliberale und die freisinnige Partei vereinigten sich an mehreren Orten zu gemeinsamem Vorgehen, und die Zentrumsparthei erließ im Mai, unbekümmert um die vielen auf sie erfolgenden Angriffe, ein ausführliches Programm für beide Wahlen; aber die allgemeine Unzufriedenheit über manche sozialen Verhältnisse überwucherte vielfach alle besonnenen Bestrebungen. Zum Teil großgezogen durch einen demokratischen Ultramontanismus, hatte sie bei dem ungebildeten und derben Teil der altbayerischen Landbevölkerung eine Hinneigung zur Sozialdemokratie zur Folge.

Der im Juni 1887 gewählte Landtag hatte verfassungsgemäß am 27. Juni sein Ende. Um aber die Neuwahlen nicht wieder in

den August fallen zu lassen, griff die Regierung, wie in früheren Fällen, am 31. Mai zum Mittel der Auflösung. Die Urwahlen am 5. und die Abgeordnetenwahlen am 12. Juli hatten das Ergebnis, daß 73 Ultramontane, 68 Liberale, 9 Bauernbündler, 3 Konservative, 1 Demokrat und 5 Sozialdemokraten gewählt wurden. Damit verloren die Liberalen 4 Mandate an die Sozialdemokraten und je eins an die Konservativen, die Bauernbündler und die Demokraten; die Zentrumsparlei verlor 8 Mandate an die Bauernbündler, eins an die Sozialdemokraten. Insbesondere konnte die Wahl der bisherigen Abgeordneten v. Dw, v. Soden, v. Gagern nicht durchgeführt werden. Die bisherige ultramontane Mehrheit galt als gebrochen, und als Zünglein der Waage erschienen die kleinen Gruppen des Bauernbundes, der Konservativen und der Sozialdemokraten, die zum erstenmale in den bayerischen Landtag einzogen.

Der neue Landtag wurde am 28. September mit dem altüblichen Gepränge durch eine Thronrede des Prinz-Regenten eröffnet. Darin drückte er seine Befriedigung aus, daß der Ausgleich des Budgets ohne Steuererhöhung und ohne Vermehrung der indirekten Abgaben ermöglicht worden sei, und kündigte eine Reihe von Vorlagen an über Neuregelung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der nichtpragmatischen Beamten, die Regelung des Einkommens der Geistlichkeit, die Herstellung neuer sowie Ergänzung bestehender Bahnen, die Hebung der Mainschiffahrt und die Untersuchung der Frage eines Wasserwegs zwischen Aschaffenburg und Passau. Der Prinz schloß die Rede mit den Worten: „Des Landes und des Reiches Wohl zu fördern, ist das unablässige Ziel meines Strebens.“

In der Abgeordnetenkammer, welche Walter (Zentr.) zum Präsidenten wählte, legte der Finanzminister v. Riedel am 3. Oktober das Budget für 1893/94 vor, in welchem die Einnahmen wie die Ausgaben mit 323 276 922 Mk. angesetzt waren. Bayerns Anteil an den Reichseinnahmen war mit 39 912 750, der an den Ausgaben für Reichszwecke mit 46 711 280 Mk. eingestellt. Der Militäretat fordert jährlich 66 618 043, dazu infolge des neuen Reichsmilitärgesetzes 6 871 531 Mk. Die zweijährige Finanzperiode 1890/91 ergab einen Überschuß von 59 921 855 Mk., wovon 12 440 360 Mk. auf Grund von Beschlüssen des letzten Landtags verausgabte, ein Teil des Restbetrags aber zur Tilgung von Eisenbahnanleihen und

zu Staatsbauten verwendet war. Der Finanzminister hob in seiner Rede hervor, die Konferenz der deutschen Finanzminister in Frankfurt a. M. habe einstimmig beschlossen, unter strengster Wahrung des föderativen Gedankens der Reichsverfassung, der Reservatrechte und des Budgetrechts des Reichstags, eine feste Regelung der finanziellen Beziehungen des Reichs und der Einzelstaaten anzubahnen und diese gegen überschießende unregelmäßige Matrikularforderungen zu schützen; das neue Budget sei um 17 Millionen höher als das für 1892/93; für Gehaltsaufbesserungen der unteren Staatsbeamten würden 1700 000 Mk. beansprucht; eine Erhöhung der Steuern sei ausgeschlossen. In der Abgeordnetenkammer gedachten die Sozialdemokraten und die Bauernbündler bei Beratung einer an die Krone zu richtenden, die Thronrede beantwortenden Adresse sich über größere Fragen auszusprechen, Wünsche und Beschwerden vorzubringen; die Kammer lehnte jedoch den Antrag auf eine Adresse ab, weil die Etatsberatung hinreichende Anlässe zu solchen Erörterungen bieten und beim Mangel einer bestimmten Mehrheit die Einigung über eine Adresse schwierig sein werde. Darauf wurden die hauptsächlichsten Beschwerden alsbald selbständig, ohne die Etatsberatung abzuwarten, vorgebracht. Es betraf dies zunächst die stattgehabten Massenkrankungen im Leibregiment und die Frage der Soldatenmißhandlungen. Über die Gründe der auffallenden Erkrankungen sprach man sich sehr ausführlich aus, ohne daß dabei aber ein bestimmtes Resultat zu Tage getreten wäre. Bezüglich der von v. Bollmar (sozialdem.) vorgebrachten Soldatenmißhandlungen äußerte der Kriegsminister sein Bedauern über die Anfrage, weil hierdurch im Ausland der Schein erweckt werden könne, als seien die Mißhandlungen im bayerischen Heere häufiger als anderswo; die Roheit, sagte der Minister, werde durch die Arbeitermanieren in die Kasernen getragen und gegen diese Roheit müsse die Autorität der Vorgesetzten gewahrt werden; wenn der Landtag sich der Söhne des Volks annehme, unter denen viele von zweifelhafter Qualität sich befänden, so verteidige die Militärverwaltung ihre Offiziere, die auch Söhne des Volks, und nicht die schlechtesten seien. Der Minister sagte eine nachdrückliche Belehrung zu und bezeichnete den Soldaten, der sich fortgesetzt in niederträchtiger Weise quälen lasse, ohne sich zu beschweren, als einen Feigling; eine Änderung des Beschwerdewegs

könne Bayern nicht einseitig vornehmen. Sogleich nach diesen Fragen rückten die Sozialdemokraten mit der Frage der Änderung des Wahlgesetzes hervor. Darüber fanden am 10. und 12. Oktober längere Verhandlungen statt. Grillenberger (sozialdem.) führte aus, daß das bestehende Wahlsystem kein getreuer Ausdruck der im Volk vorhandenen Überzeugung sei und daß mit Unrecht behauptet werde, während der Regentschaft dürfe keine Verfassungsänderung vorgenommen werden. Seyboth (freis.) wies auf die Ungerechtigkeit, die darin liege, daß die Volksvermehrung bei den Wahlen keine Berücksichtigung finde, hin. Geiger (kler.) hielt das Wahlgesetz der Änderung bedürftig, diese aber während der Regentschaft für unmöglich; dies bestritt v. Stauffenberg (lib.). Endlich gab der Minister des Innern v. Feilitzsch die Erklärung ab, die Regierung werde einen Wahlgesetzentwurf nicht einbringen und sei der Meinung, daß in der Verfassung kein Satz enthalten sei, der bestimmt und deutlich eine Änderung derselben während der Regentschaft ausschliesse; erst wenn ein wirklicher Anlaß vorliege, werde die Regierung zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Kammer lehnte hierauf die von sozialistischer und von freisinniger Seite gestellten Anträge auf Änderung des Wahlgesetzes ab. Die nunmehr folgenden Fragen der Landwirtschaft bildeten zum Teil den Gegenstand der Konkurrenz zwischen Bauernbündlern und Zentrumsmitgliedern. Auf einen Antrag von Aub und Genossen, die Futter- und Streunot in Notstandsgegenden betreffend, wies der Minister v. Feilitzsch am 13. Oktober auf die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen hin, wie den Erlaß der Grundsteuer, die Erleichterung bei Zahlung der Bodenzinsen, die Ermäßigung der Forsttaxen und die Vorschußleistungen. Sodann führte am 18. Oktober der Ministerpräsident v. Crailsheim aus, die bayrischen Bahnen gewährten in Hinsicht der Tarifiermäßigungen und des Transports Erleichterungen für die Futtermittel wie keine Bahnverwaltung. Der Finanzminister v. Riedel sicherte eine sehr weitgehende Abgabe von Waldstreu und Waldgras auf Staatskosten zu und der Justizminister v. Leonrod versicherte, die Forststrafen infolge des Futternotstandes aufs wohlwollendste zu beurteilen. Dagegen wurde Ratzingers (kler.) Anregung einer Landeszentralstelle für An- und Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Notstandszeiten als ganz unmöglich zurückgewiesen. Hieran reihte sich am

24. Oktober die eigentliche agrarische Forderung, bezüglich deren die Zentrumsparthei den sie so stark anfeindenden Bauernbündlern die Butter vom Brote zu nehmen suchte. Der Abg. Jäger stellte nämlich Anträge zur Reform der direkten Steuern, zur Gründung einer staatlichen Kreditbank und auf ausgiebige Maßnahmen zur Hintanhaltung gewerbsmäßiger Güterschlächtereien. Mit dem Zweck dieser Anträge war der Wortführer der Sozialdemokraten, v. Vollmar, einverstanden, er erblickte aber in den Vorschlägen weniger eine allgemeine Steuerentlassung, als vielmehr die Begünstigung einer einzelnen Klasse, eine Abwälzung der Grundsteuer vom Lande auf die Stadt; für eine solche Ungerechtigkeit in anderer Form als bisher sei seine Partei nicht zu haben; nur die gänzliche Aufhebung der indirekten Steuern und die Einführung einer progressiven Einkommensteuer könne eine solche Abhilfe schaffen; in Bayern liefere jene „volksfeindlichste und landeschädlichste“ Besteuerung die Hälfte des Steuerertrags, und nun sei mit der Reichssteuerreform abermals eine Erhöhung der indirekten Steuern ins Auge gefaßt, obwohl man wisse, daß dadurch, z. B. bei der Tabaksteuer, Tausende von Arbeitern brotlos würden. v. Stauffenberg hielt v. Vollmars Vorschlag für grundsätzlich gerechtfertigt, sah aber die Schwierigkeit in der Ermittlung des Einkommens und meinte, das ganze System der Gemeindesteuer müsse von der Staatssteuergesetzgebung unabhängig gemacht werden. Der Minister v. Riedel erhob Verwahrung gegen die starken Übertreibungen in der Schilderung der Lage der Landwirtschaft und wies in betreff der Steuerreformfrage auf die Schwierigkeit der Aufgabe, mit der sich alle Regierungen und Parlamente seit vielen Jahren abmühten, der größeren Heranziehung der Leistungsfähigeren, hin mit dem Bemerkten, daß eine solche Reform nicht in Szene gesetzt werden könne, ohne die größte Unruhe im Lande hervorzurufen; die süddeutsche Natur läche sich überhaupt gegen die peinlichen Untersuchungen auf, welche mit einer gerechten Verteilung der Einkommensteuer verbunden sein müßten. Minister v. Feilitzsch meinte, wenn der Bauernstand wirklich schon im Absterben liege, so würde man am besten gar nichts thun, da doch nichts mehr helfen könne; die Landwirte pflegten aber auf Anfragen zu erwidern, daß, wer arbeiten wolle, sich auch durchbringe; man dürfe das Urtheil über die allgemeinen Verhältnisse nicht auf die augenblickliche, für alle Klassen mißliche Lage stützen. Schließlich

wurde am 25. Oktober eine besondere Kommission für die Anträge Sägers und v. Bollmars gewählt. In der Finanzkommission wurden um dieselbe Zeit Gegenstände allgemeineren Interesses verhandelt. Minister v. Crailsheim beantwortete nämlich hier eine Anfrage bezüglich des Befindens des Königs Otto dahin, daß dasselbe seit der letzten hierüber erfolgten Kundmachung unverändert sei. Sodann knüpfte sich an die Beratung des Etats des Ministeriums des königlichen Hauses und des Äußern eine erregte Verhandlung. Der klerikale Abg. Daller beklagte nämlich, daß die Regierung im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volks und seiner Vertretung, im Bundesrate der Militärvorlage zugestimmt habe, daß dort überhaupt auf Bayern so wenig Rücksicht genommen, nirgends den bayerischen Forderungen nachgegeben werde; so in der Redemptoristen- und der Hausierhandelsfrage; die Regierung möge sich doch lieber einmal majorisieren lassen, als immer nachzugeben. v. Stauffenberg hielt es für den schwersten Fehler im Reichstag und Bundesrat, daß man die hohen Mehrausgaben für das Militär beschlossen habe ohne auch nur einen Schein zu haben, wie sie gedeckt werden sollten; es sei die höchste Zeit, daß sich die Regierung einmal klar und bündig über die in Vorschlag stehenden Reichssteuern vernehmen lasse, deren Wirksamkeit übrigens bis zum vorgesehenen Zeitpunkt gar nicht eintreten könne; daher müsse man sich darauf gefaßt machen, diese Kosten längere Zeit durch Matrikularbeiträge aufbringen zu müssen. Der Ministerpräsident v. Crailsheim hielt Dallers Angriffe gegen die Reichspolitik für verlegend; stände Bayern allein, so müßte es dieselben Militärkosten aufbringen; die Regierung halte daran fest, daß die bewilligte Heeresverstärkung zur Sicherung des Friedens notwendig sei; die Deckungsfrage habe nicht gleichzeitig gelöst werden können und eine Belastung der Einzelstaaten mit den Mehrkosten würde die drückendste Deckungsart bilden; eine direkte Reichseinkommensteuer sei unannehmbar. Minister v. Riedel legte sodann die einzelnen Möglichkeiten zur Deckung des Mehrbedarfs des Reichs dar und versicherte, daß das Budget Bayerns keineswegs würde gestört werden, und daß, wenn der ganze Reichsfinanzplan durchgehe, Bayern 1894 schon soviel Überschüsse erhalten werde, daß sein Zuschuß zum Reiche für 1893 wieder ersetzt sei. In der Abgeordnetenkammer selbst wurden diese Erörterungen bei Beratung derselben Etats in

größeren Maßstabe fortgesetzt. Vor allem war es v. Vollmar, der am 28. Oktober ausführlich auf das Verhältnis Bayerns zum Reiche zu reden kam. Durch die Gestaltung dieses Verhältnisses habe das bayerische Volk Anlaß zur weitgehendsten Unzufriedenheit; die Stimmabgabe Bayerns im Bundesrate sei bisher ohne jede Rücksicht auf die Interessen und den Willen des bayerischen Volkes erfolgt; die Regierung habe, so oft es sich um belastende oder reaktionäre Maßnahmen gehandelt, auf Seiten der preußischen Regierung gestanden, sie sei zu nachgiebig gegen „die sogenannte Zentralregierung in Berlin“; es entwickle sich immer mehr eine cäsaristische Gesinnung; bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Rußland sei zuerst amtlich von einer „Regierung des Kaisers“ gesprochen worden, als ob dieser überhaupt eine Regierung hätte; die Vertretung des Reichs stehe dem Bundesrate zu, nicht aber einer zentralistischen kaiserlichen Regierung; in der Bewegung bezüglich der Militärvorlage wäre halbamtlich geradezu ein Staatsstreich und Verlegung preußischen Militärs nach Süddeutschland bis zur Kostendeckung in Aussicht gestellt worden; die Bundesstaaten müßten dagegen einmal diesem Großpreußentum gegenüber ihre Aufgaben geltend machen. Im gleichen Sinne sprach sich am 30. Oktober Orterer aus: Die Finanzpolitik des Reichs habe gefährliche Bahnen eingeschlagen und trete den Bayern ordentlich auf die Füße; die Minister hätten der Militärvorlage zugestimmt, angeblich weil sie nicht gewußt, wie das Volk darüber denke, und doch werde schon seit 20 Jahren über die Unerträglichkeit des Militarismus geklagt, der uns im Frieden vernichte. Diesen Äußerungen gegenüber sprach sich der Ministerpräsident v. Crailsheim sehr klar und bestimmt dahin aus: „Die bayerische Regierung war für die Heeresvermehrung, weil sie von der absoluten Notwendigkeit überzeugt war. Über die Stimmung des Landes beweisen Volksversammlungen nichts. Die Abgeordneten erhielten ja kein gebundenes Mandat für den Reichstag und viele von ihnen haben schon durch die Verhandlungen in Berlin ihre Ansichten geändert. Das Reich bedroht niemanden, aber seine Sicherheit ist ihm nur so lange gewährleistet, als es sie verteidigen kann. Der Föderalismus ist in keiner Weise bedroht.“ Im größten Gegensatz hierzu trat nun Kättinger, der Führer der Bauernbündler, mit der Behauptung auf, der Zustand Europas werde in Berlin gemacht, von hier aus

werde der Friede gestört, hier habe man 1866 ein tausendjähriges Band zerrissen, und jetzt gehe dafür Deutschland am Militarismus zu Grunde. Hiernach kam der Finanzminister v. Riedel noch einmal auf die neuen Reichssteuern zurück, bei deren Beratung es Sorge der Finanzminister gewesen sei, wie die Deckung der Ausgaben am erträglichsten für die Steuerzahler zu machen wäre; die geplante Weinsteuer bilde eine reine Verzehrungssteuer, von welcher der Weinbauer nicht betroffen würde. Dann zählte der Minister auf, was seit 16 Jahren für die bayerische Landwirtschaft geschehen sei, die trotz der kolossalen Steigerung der Staatsausgaben keinen Pfennig mehr an Grundsteuern zahle, und schloß mit der Aufforderung, nicht immer mitzujammern, sondern aufzuklären, daß es früher schlechter war als jetzt. Die Ausführungen v. Vollmars fanden am 31. Oktober ihre Beantwortung durch den Ministerpräsidenten v. Crailsheim, der ein imperatives Mandat für den Vertreter Bayerns im Bundesrate als unthunlich bezeichnete, sowohl aus Zweckmäßigkeitgründen als auch wegen des beständigen „Sagens“ des Bundesrats, sowie der Unmöglichkeit, alle Beratungsgegenstände voranzusehen; die beste Garantie für den bayerischen Einfluß im Bundesrate bleibe ein gutes Einvernehmen mit den anderen Bundesstaaten. Auch am 3. November wurden in der Kammer wieder fünf Stunden diesen Betrachtungen gewidmet. Es war vor allem der alte Führer der Ultramontanen, der Lycealrektor Daller, der sich heftig gegen Preußen und das Reich äußerte. Er hielt eine Philippika gegen die Politik Bismarcks von 1863 bis zum Ende des kirchenpolitischen Kampfs, der nur begonnen sei, um die Aufmerksamkeit vom „Tanze um das goldene Kalb“ abzulenken und schilderte sodann, wie sehr es dem Ansehen der Regierungen beim Volk schade, wenn es, wie beim Reichskanzler in der Frage der Heeresvermehrung, sehe, daß über eine wichtige Sache in kurzer Zeit die Meinung der Regierungen sich gründlich ändere. In der Besorgnis vor neuen Marineforderungen sprach dann der Redner den vom Präsidenten gerügten Wunsch aus, die Regierungen möchten doch das Volk nicht so lange an der Nase herumführen. Der Finanzminister v. Riedel benutzte noch die Gelegenheit dieser Verhandlungen, um mit der auch in Bayern verbreiteten Mär von der „Liebesgabe von 40 Millionen“ an die großen Brenner Ostpreußens gründlich aufzuräumen. Er legte höchst überzeugend dar,

daß das Branntweinsteuergesetz den kleineren Betrieben Schutz gegen die Konkurrenz der größeren erteilt habe, ohne den sie erliegen müßten. Wagner (lib.) war der Meinung, daß die meiste Unzufriedenheit auf dem Lande durch das Gesetz über die Sonntagsruhe und dadurch hervorgerufen sei, daß die Steuern von Haus- und Grundbesitz ohne Rücksicht auf die darauf haftenden Schulden erhoben würden; das drohende Reichssteuergesetz mache gar den Leidenden tot, ehe er krank sei. Was aber den Militarismus betreffe, so frage er: was müßten wir zahlen, wenn wir 1870 besiegt wären und Bismarck nicht schon zuvor die Mittel zur Fernhaltung des Übels gefunden hätte?

Diese Verhandlungen erregten in allen Bundesstaaten erhebliches Aufsehen, weil sie, in Befolgung von Fürst Bismarcks nicht lange zuvor erfolgter Anregung (S. 104) seit langem den ersten Fall einer Heranziehung von Reichsangelegenheiten vor das Forum einer Landesvertretung bildeten und weil hier die Haupteinwände aller dem Reiche mißgünstigen Parteien sowie der sonstig Unzufriedenen gründlich zum Ausdruck gelangten und gebührend beantwortet wurden.

Von weiterem Interesse war sodann eine am 7. November beratene Anfrage der Bauernbündler bezüglich der bedrohlich wachsenden Verschuldung des Bauernstandes. Ratzinger begründete die Anfrage und forderte zur Abhilfe dieses Mißstandes die Errichtung genossenschaftlicher Wirtschaftsgemeinden. Der Minister von Feilitzsch erwiderte, die Schilderungen seien übertrieben, und wies auf das Anwachsen der ländlichen Sparkassengelder sowie auf die Abnahme der Grundbesitzverkäufe um 50% in den letzten vier Jahren hin. Dagegen genehmigte die Kammer einen Gesetzentwurf wegen Nachlasses der diesjährigen Grundsteuer im Notstandsgebiete.

Es folgten noch mehrere Verhandlungen allgemeineren Interesses. Zum Etat des königlichen Hauses stellte Grillenberger die Behauptung auf, daß nach dem Gesetze von 1834 über Festsetzung einer Zivilliste der Unterhalt des Reichsverweyers hieraus zu bestreiten sei, nicht aus anderen Staatsmitteln; der Ministerpräsident gab jedoch die Aufklärung, daß dieses Gesetz nur von einer Regentschaft bei Minderjährigkeit des Königs rede, nicht von einem Falle, wie er vorliegt. Ein Antrag der Liberalen auf Aufhebung der Steuer-

freiheit der Standesherrn wurde am 22. November mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, dagegen beschlossen, daß eine Untersuchung über ihren fiskalischen Umfang vorgenommen werden solle, um festzustellen, welcher Betrag bei einer etwaigen Ablösung dieses Rechts erforderlich sein würde. Größeres Aufsehen erregte ein am 22. November von v. Vollmar gestellter Antrag, die Kammer wolle erklären, daß die neuen Reichsteuerprojekte, insbesondere die einschneidende Erhöhung der Tabakbesteuerung sowie die Einführung einer Weinsteuer eine abermalige schwere Belastung des deutschen Volkes darstellen; daß ferner die Einrichtung dieser Steuern der ausdrücklich von den Regierungen eingegangenen Verpflichtung, die Kosten des neuen Militärgesetzes nicht auf die Schultern der Minderbemittelten zu legen, aufs schroffste widerspreche und daß sich daher die Kammer gegen jene Steuerprojekte ablehnend verhalten müsse, ferner an die Regierung die Aufforderung zu richten, die Vertreter Bayerns im Bundesrate dahin anzuweisen, daß diese Gesetzentwürfe abzulehnen seien. Zur Begründung bemerkte v. Vollmar, es liege in dem Antrage eine Mobilmachung der Einzelstaaten gegen die Reichspolitik; wenn diese „so heillose und volksverderbliche Zwecke“ verfolge, so sei es Pflicht jedes Deutschen, mit allen Kampfmitteln dagegen aufzutreten, und eins der allerlegitimsten Mittel würde ein Beschluß der bayerischen Landesvertretung sein. Der bayerischen Regierung mache er einen ganz besonderen Vorwurf daraus, daß sie bei der ersten Gelegenheit festen Zusammenstehens nichts anderes zu thun gewußt habe, als Preußen und der „Berliner Reblaus“ zu helfen, die bayerische Weinindustrie in vorher nie geschehener Weise zu schädigen. Darauf erwiderte am 23. November der Ministerpräsident v. Crailsheim, die Regierung habe bereits am 20. November im Bundesrate für die Reichsteuerepläne gestimmt; die Anweisung der Bevollmächtigten vom Beschluß des Landtags abhängig zu machen, sei nach der Reichsverfassung unzulässig und praktisch unausführbar; freilich stehe nichts im Wege, Reichsangelegenheiten in den Einzellandtagen zu besprechen, aber doch immer nur in Angelegenheiten, in welchen die Regierung eine bestimmte Stellung noch nicht eingenommen hat; aber auch dann vermöge die Regierung auf die ihr verfassungsmäßig zustehende Selbständigkeit und Freiheit der Entschliefungen in Bundesratsangelegenheiten nicht zu verzichten und

zu einem Versuche, die Vertretung der Souveräne zu einer Vertretung der Einzellandtage umzugestalten, vermöge die Regierung nicht die Hand zu bieten. Der Finanzminister v. Riedel fügte hinzu, in Württemberg und Baden, wo die Regierungen dem Weinsteuersprojekte gegenüber sich ablehnend verhielten, liege die Sache insofern anders, als dort bereits eine Weinststeuer bestehe, und das Blühen des dortigen Weinbaues beweise, daß er durch die Steuer nicht erdrückt werde. Schließlich wurde am 24. November mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und der Bauernbündler beschloffen, zur Tagesordnung überzugehen, weil die Kammer ihre Ansicht über die neuen Steuerpläne schon deutlich ausgesprochen habe, diese im Reichstag zur Behandlung kommen würden und der Antrag überhaupt gegenstandslos geworden sei.

Am 29. November unternahm Schädler (Zentr.) in der zweiten Kammer einen heftigen Stoß gegen das Kriegsministerium. Er brachte das Duellwesen im Heere in Zusammenhang mit den Ernennungen zum Reserveoffizier, wandte sich gegen die leichte Art der Pensionierung gesunder Offiziere, die Bevorzugung adliger Offiziere sowie die Mißhandlungen von Soldaten und sprach von der Aufdringlichkeit „des uns allen verhaßten Preußentums“, das sich in alles mische, was in Bayern vorgehe. Der Kriegsminister erwiderte, das Duell könne nicht beseitigt werden; die jungen Leute, welche Offiziere werden wollten, müßten sich eben den Anschauungen des Offizierkorps fügen. Dieser Äußerung trat am 30. November von Bollmar entschieden mit dem Bemerken entgegen, in hochzivilisierten Staaten sei man längst über eine solche Auffassung hinaus. In der Einzelberatung des Militäretats stimmten am 2. Dezember die Bauernbündler und die Sozialisten gegen den Gehalt des Ministers, weil er jener Ansicht huldige. Neu war die Eröffnung des Kriegsministers, daß 1890 und 1891 zwei Entwürfe einer Reichs-Militärstrafprozeßordnung ausgearbeitet gewesen seien, die jedoch nicht die Genehmigung des Kaisers erhalten hätten. Die Kammer sprach sich sodann am 6. Dezember dahin aus, daß bei Militärgerichten die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung im Falle besonderer militärischer Interessen vom Beginn des Verhörs bis zum Schluß der Verhandlung soll ausgeschlossen werden können. Beim Etat des Innern verteidigte Minister v. Feilitzsch die Auflösung sozialdemokratischer

Versammlungen und bemerkte am 16. Dezember, daß gegen diese Partei nur durch Energie und scharfe Zurückweisung etwas erreicht werden könne.

Von wichtigeren Änderungen im Beamtenpersonal ist zu erwähnen, daß am 23. Mai Generalleutnant v. Staudt als Chef des Generalstabs und der General der Infanterie v. Fries als Chef des Ingenieurkorps zurücktraten. Dieser erhielt den Generalleutnant v. Popp als Nachfolger. Am 5. Juni trat auch der General v. Safferling als Kriegsminister zurück. Sein Nachfolger war der Generalleutnant Freiherr v. Utsch zu Utsch auf Oberndorff, bisher Kommandeur der zweiten bayerischen Division, mit deren Führung nun Generalleutnant v. Malaise betraut wurde. Der bekannte Mediziner, Geh. Rat Prof. v. Pettenkofer in München feierte am 1. Juli sein 50jähriges Doktorjubiläum, wozu er Glückwünsche, u. a. von der Kaiserin, von preußischen Ministern und ausländischen Universitäten erhielt.

Die bayerische Todtenliste enthält folgende Fälle: Der Kirchenratslehrer Freiherr v. Scheuerl, früher Professor in Erlangen, starb am 24. Januar in Nürnberg. Am 5. Mai endete das Leben des Oberstkämmerers Freiherrn Pergler von Perglas, der bis 1877 Vertreter Bayerns in Berlin und im Bundesrate war. Bei gar mancher Eröffnung und Schließung des deutschen Reichstags hat er als stellvertretender Vorsitzender des Bundesrats das Hoch auf den Kaiser ausgebracht. Der erste Bürgermeister von München, Dr. von Widenmayer, ein liberaler, um die Entwicklung Münchens hochverdienter Mann, der alle Angriffe der Klerikalen auf die dortige Gemeindeverwaltung mit Ruhe und Würde abzuweisen verstand, und bei mehreren Gelegenheiten echt patriotisch deutsche Reden gehalten hat, starb am 4. Juni. Der Führer der nationalliberalen Partei in Bayern, Dr. v. Schauf, Direktor der süddeutschen Bodenkreditbank in München, starb hier am 19. Mai; er war seit 1869 Abgeordneter zur zweiten bayerischen Kammer, von 1871—1879 Mitglied des Reichstags. Der Professor der Philosophie an der Universität München, Sak. Frohschammer, freisinniger Theolog und streitbarer Gegner Roms, starb am 15. Juni in Bad Kreuth. Der Reichsrat v. Steuffer, früher Mitglied der altliberalen Partei unter von Lerchenfelds Führung, starb am 9. November.

Im Königreich **Sachsen** wurde die Bevölkerung nicht weniger

als das Herrscherhaus außerordentlich erfreut durch die am 16. Januar erfolgte Geburt des Prinzen Georg Ferdinand, Sohns des mit Erzherzogin Luise Antoinette vermählten künftigen Thronfolgers Prinzen Friedrich August. Es wurde damit der ziemlich weit verbreitete Aberglaube hinfällig, daß immer der Erstgeborene im Hause Wettin ohne Nachkommen oder wenigstens ohne Söhne sei, weil diese dann wieder zum Protestantismus übertreten würden. Prinz Friedrich August erkrankte am 3. Juni an den Masern und brachte dann mit Gemahlin einige Zeit zur Erholung in Langreith bei Salzbrunn zu. König Albert und Königin Carola nahmen vom 17. Juli bis 11. August am königl. niederländischen Hofe in Haag Aufenthalt. Prinz Max, der 22jährige dritte Sohn des Thronfolgers Prinzen Georg, begann im Juli sich dem geistlichen Stande zu widmen. Sein ältester Bruder, Prinz Johann Georg, verlobte sich am 12. August mit der Herzogin Maria Isabella, ältesten Tochter des Herzogs Philipp von Württemberg. In Gegenwart des Königs, der obersten Behörden und einer zahlreichen Volksmenge, fand am 15. September in Dresden die feierliche Enthüllung zweier monumentaler Fahnenmasten statt zur Erinnerung an den vor elf Jahren erfolgten feierlichen Einzug Kaiser Wilhelms I. König Albert nahm im September an den großen Manövern in Ungarn teil, traf dann mit seiner Gemahlin in Kesthely am Plattensee zum Besuche der gräflichen Familie Festetics zusammen, weilte im Oktober zu Jagdzwecken in Steiermark und feierte am 22. Oktober sein 50jähriges Militär-Jubiläum. Hierzu trafen Kaiser Wilhelm, Erzherzog Albrecht, Prinz Leopold von Bayern, Herzog Karl Theodor von Bayern, der Großherzog von Weimar, der Herzog von Anhalt und mehrere andere Fürsten in Dresden ein. Prinz Georg hielt eine Ansprache an die Truppen, in der er die militärischen Thaten seines königlichen Bruders in Schleswig, Oesterreich und Frankreich gebührend hervorhob. Im Marmorsaale des Residenzschlosses aber hielt Kaiser Wilhelm namens der erschienenen Fürsten eine längere Ansprache an den König, den er als den Mitkämpfer seines Vaters und seines Großvaters für die Sicherheit des Vaterlandes feierte. „Huldigend blickt heute die Armee auf den einzigen großen Heerführer aus jener großen Zeit, auf den letzten Ritter des eisernen Kreuzes mit dem Großkreuze. Eure Majestät haben errungen, was einem Soldaten nur zusteht

zu erringen, die höchste Ehre ist Ihnen zu teil geworden: sich den Feldmarschallstab vor dem Feinde zu erkämpfen." Hiermit überreichte der Kaiser dem Jubilar einen kostbaren Feldmarschallstab als ein Symbol seiner Huldigung und der des Heeres. Der König dankte für die hohe Ehre, die ihm als altem Soldaten zu teil geworden, den Kaiser an der Spitze aller Führer des deutschen Heeres vor sich zu sehen; es sei ihm gelungen, die Zufriedenheit des verstorbenen Kaisers und seiner Ratgeber zu erringen, und der neue Stab solle fest in seinen Händen sein, wenn, was Gott verhüten wolle, nochmals das Schwert für Deutschland gezogen werden müßte. Bei der Prunktafel brachte der Kaiser den Trinkspruch auf den König aus, indem er namentlich dankte für dessen Annahme der Chefstelle des 2. Garde=Manen-Regiments. Der König erwiderte mit einem Hoch auf den Kaiser und wohnte abends mit seinen fürstlichen Gästen einer Festvorstellung im Hoftheater bei. Es wurde hier in einem Festspiele „Die Feuertaufe“ der Kampf bei den Düppeler Schanzen geschildert, in dem Prinz Albert zum erstenmale im Kugelregen stand. Den Schluß bildet eine Apotheose, wobei eine nach Hunderten zählende Engelschar sich über die Büste des Königs neigte und 500 Soldaten aller Waffengattungen, unter Hurra vorstürmend, dem Könige huldigten. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ sagte zur Feier des Tages, alle Fürsten und Staaten des Reiches nähmen Anteil an dem Ehrentage des Jubilars, dessen hohe Verdienste um die Wiederherstellung des Reiches im Herzen des Volkes wie in den Jahrbüchern der Geschichte einen ruhmvollen Platz einnahmen. König Albert erließ am 28. Oktober eine warme Dankfagung für die vielen, auch aus nichtmilitärischen Kreisen ihm zu teil gewordenen Kundgebungen. Dem Prinzen Friedrich August wurde am 31. Dezember ein zweiter Sohn, Friedrich Christian, geboren.

Aus dem politischen Parteileben ist vor allem eine große konservative Versammlung zu Dresden vom 12. März hervorzuheben, die jedoch mehr allgemeiner als sächsischer Natur war. Der preußische Abgeordnete von Manteuffel suchte hier nachzuweisen, warum im Dezember 1892 der konservative Parteitag in Berlin sich des Antisemitismus angenommen habe, und forderte die Mitglieder des Bundes der Landwirte zum Anschluß an die konservative Partei

auf. Graf Mirbach führte aus, die Konservativen würden den Antisemitismus für gefährlich halten, sobald sich ihm viele Besitzlose anschließen, denn alsdann werde er sich gegen jeden Besitz richten. Der Präsident des Bundes der Landwirte, v. Floek, ermahnte zur Einigkeit zwischen Groß- und Kleingrundbesitzern. Schließlich sprach sich die Versammlung für die Heeresvorlage und für Aufrechterhaltung des bestehenden Schutzes aller heimischen Arbeit gegenüber dem Auslande aus. Ferner wurden die sächsischen Parteien durch die am 20. Oktober vorzunehmenden 33 Ergänzungs-Wahlen zur zweiten Kammer in Bewegung gesetzt. Die sozialdemokratische Partei entfaltete eine große Rührigkeit, um zu ihren bisherigen acht Mandaten noch weitere zu erlangen, und stellte in 32 Bezirken eigene Kandidaten auf. Das Wahlgesetz mit seiner Entscheidung durch relative Mehrheit war ihnen günstig und der geringe Zensus von 3 Mk. Staatssteuer kein großes Hindernis. Gegen diese Partei versuchten die Konservativen, die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei zusammenzustehen, es konnte jedoch nicht überall durchgeführt werden, zum Teil, weil die antisemitische Richtung einen Strich durch die Rechnung machte, und so fielen denn die Wahlen auf 16 Konservative, 7 Nationalliberale, 2 Deutsch-Soziale, 2 Fortschrittmänner und 5 Sozialdemokraten, sodaß im Resultate die Konservativen 4, die Fortschrittmänner 3 Sitze verloren, dagegen die Nationalliberalen und die Sozialdemokraten je 3, die Antisemiten 2 Sitze gewannen. Immerhin behielt die konservative Partei noch die Mehrheit von einer Stimme. Die 25. Tagung des Landtages wurde am 15. November namens des Königs vom Prinzen Georg eröffnet und in dessen Thronrede das Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und der Staatsfinanzen nicht eine so günstige Gestaltung aufwiesen, als in den letztvorhergegangenen Perioden; die Lage des gesamten wirtschaftlichen Lebens im Lande lasse indes erkennen, daß der Druck, unter dem es seit einiger Zeit zu leiden habe, im Weichen begriffen sei. Die ungünstigere Lage der Finanzen beruhe hauptsächlich auf der Verflechtung der Finanzwirtschaft des Reichs mit der der Bundesstaaten und den dadurch für diese herbeigeführten Schwankungen in den Staatshaushalten. Eine baldige Beseitigung dieser Störungen werde von der in Aussicht genommenen Reform der Reichsfinanzverwaltung zu er-

hoffen sein. Der sodann dem Landtage vorgelegte Etat für 1894/95 balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 196 503 386 Mk., der Etat der Überschüsse und Zuschüsse mit 99 401 689 Mk. Als Hauptursache dieses unerfreulichen Ergebnisses bezeichnete der Minister von Thümmel am 24. November in der zweiten Kammer die Gestaltung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten, sodann den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang, die schlechten Ausführungsverhältnisse und die durch die Auflösung des Reichstags entstandene Beunruhigung. Zur Deckung des Fehlbetrags schlug die Regierung am 6. Dezember eine höhere Besteuerung der Einkommen von 30 000—100 000 Mk. um 10, die der höheren Einkommen um 20 % vor.

In Dresden wurde am 11. März vom Staatsminister Meysch die internationale Sanitätskonferenz im Auftrage des Kaisers und des Königs von Sachsen eröffnet. Namens der Versammlung dankte der österreichische Bevollmächtigte Hengelmüller von Hengervar unter Darlegung der Gründe, für eine Verständigung aller europäischen Staaten über Maßregeln zur Abwehr der Cholerafahrl. Zum Präsidenten wurde der preussische Gesandte Graf Dönhof gewählt. Die am 15. April auf fünf Jahre zustande gekommene Übereinkunft betrifft die auf den Reise- und Warenverkehr anwendbaren Vorbeugungsmaßregeln sowie das Sanitätswesen an der Sulina-Mündung der Donau.

Das alte, im Jahre 1549 erbaute Schloß Pleißenburg in Leipzig, in welchem die Disputation zwischen Luther und Eck stattfand, wurde seitens der Stadt für 1 650 000 Mk. dem Staate abgekauft, um behufs besserer Erweiterung der Stadt niedergehissen zu werden. Die Fürsten- und Landesschule St. Afra in Meissen feierte am 3. Juli ihr 350jähriges Bestehen. Am 11. Oktober wurde in Dresden ein von der sächsischen Armee dem 1891 verstorbenen Kriegsminister General Grafen v. Fabrice in Gestalt eines Mausoleums errichtetes Denkmal enthüllt. Die Stadt Annaberg errichtete am 5. November ein Denkmal für den 1559 hier verstorbenen Mechenkünstler Adam Riese.

Was die sächsische Totenliste betrifft, so starb am 6. Januar der letzte sächsische Bundestagsgesandte v. Bose, am 13. Februar in Dresden der 99jährige Generalmajor Graf zu Holkendorf,

ein Kämpfer aus den Freiheitskriegen. Ferner starb am 1. April in Blasewitz bei Dresden der 81jährige Stadtrat a. D. Heubner, der während des Dresdner Aufstandes vom Mai 1849 Mitglied der provisorischen Regierung Sachsens war und dafür 9 Jahre im Zuchthause zubringen mußte, woraus ihn die 1859 bei der Hochzeit des Prinzen Georg erlassene Amnestie erlöste. Ihm folgte am 7. Mai ein Mann, der ebenfalls in den Jahren der Volksbewegung eine Rolle gespielt hatte: der Oberjustizrat Dr. Schaffrath im Alter von 79 Jahren. Er hatte dem Vorparlament, dem 50er Ausschusse desselben und der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt und Stuttgart, sodann fast 40 Jahre der sächsischen zweiten Kammer, 1871—74 als deren Präsident, 1868—73 dem Reichstage angehört. Der sächsische Bundesrats-Bevollmächtigte Geh. Rat Böttcher starb am 10. Mai in Dresden, und am 4. August in Nieder-Lößnitz bei Dresden der Schloßhauptmann von Liegnitz, Freiherr v. Zedlitz und Neufirch, 1852—58 Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Im Königreich **Württemberg** wurde am 10. Januar die zweite Legislaturperiode des im Januar 1889 gewählten Landtags durch eine Thronrede des Königs Wilhelm II. eröffnet. Er gedachte darin zunächst des Hinscheidens der verwittweten Königin Olga und sprach seinen Dank für die dabei bewiesene allseitige Teilnahme aus. Dann wurde die Finanzlage des Landes berührt, die weniger günstig sei, aber keine ernsten Besorgnisse erzeuge; Ausfälle seien namentlich bei den Eisenbahnen infolge des gesteigerten Ausgabebedarfs zu verzeichnen; auch andere Einnahmen seien verringert, weshalb das Budget mit großer Vorsicht habe aufgestellt werden müssen. Gleichwohl seien einige Mehrforderungen sachlich begründet. Sodann wurde eine Reihe von in Aussicht stehenden Gesetzentwürfen angekündigt, welche jedoch vorwiegend von nur örtlichem Interesse waren. Den Schluß bildete die Ankündigung, daß mit diesem Landtage eine Verständigung über eine Änderung der Verfassung, namentlich hinsichtlich der Zusammensetzung der Kammern, eingeleitet werden solle.

In der aus 93 Abgeordneten bestehenden zweiten Kammer zählte die deutsche Partei 42 Mitglieder und entbehrte diesmal der Mitarbeit ihres langjährigen Genossen Haug, Vertreters für Ulm-Land, der wegen seines antisemitischen Standpunkts austrat. Das galt als ein Anzeichen, daß diese Richtung, namentlich im Oberlande, in

starker Zunahme begriffen sei. Die konservative „Landespartei“ zählte 22, die demokratische „Linke“ 19 Mitglieder. Diese beiden Parteien schienen jedoch in ihrem Bestande bedroht zu sein durch einen von Probst und Gröber unternommenen, vorerst freilich noch nicht gelungenen Versuch zur Bildung eines schwäbischen Zentrums. Die Kammern hatten sich vorerst nur mit Wahlprüfungen beschäftigt und wurden nach acht Tagen wieder vertagt. Nachdem sie Anfang März wieder berufen waren, trat besonders die Verhandlung der zweiten Kammer über die Beibehaltung der Gesandtschaften in München und Wien in den Vordergrund. Die Finanzkommission hatte sich für Bewilligung auf die beiden in Betracht kommenden Etatsjahre entschieden, in der Kammer selbst wurde aber am 25. März vom Abg. Schnaidt die Bewilligung des Wiener Postens bloß für 1893/94, vom Abg. Sachs die Aufhebung zum 1. April 1895 beantragt. Die Verhandlungen hierüber gestalteten sich wegen der Berührung des Verhältnisses der Bundesstaaten zum Reiche politisch interessant. Stälin (deutsche P.), Abg. für Stuttgart, meinte, die Württemberger bedürften in Bayern eines gesandtschaftlichen Schutzes nicht, zumal die Nähe der beiden Hauptstädte den Verkehr unter den Regierungen sehr erleichtere, und was den Gesandten in Wien betreffe, so sei er überflüssig, wenn er mit den Botschafter des Deutschen Reichs Hand in Hand gehe; andernfalls sei er aber schädlich. Ebner (Linke) war gegen Aufhebung des Münchener Postens, weil man sonst am Ende den preussischen Gesandten um die dortige Vertretung Württembergs bitten müsse. v. Schad (konj.) führte aus, daß es nach den Vorgängen der letzten Jahre nicht gut wäre, wenn die süddeutschen Königreiche Einbuße an politischem Einfluß und an Selbständigkeit erlitten; so arm sei Württemberg noch lange nicht, daß es diese Gesandtschaften nicht mehr halten könne; die Regierung müsse ihre eigenen Augen gebrauchen können; hierzu sei u. a. eine Vertretung an einem politischen Mittelpunkte im Auslande nötig, und dafür eigne sich am besten die Hauptstadt des am Bodensee dem Lande benachbarten Reiches. Kanzler v. Weizsäcker war für Aufhebung des Wiener Postens, weil er nicht glaubte, daß die Gesandtschaften etwas zur Stärkung des politischen Einflusses Württembergs beitragen. Hierauf trat der Ministerpräsident v. Mittnacht in längerer Rede für die Erhaltung beider Posten auf. In

München, sagte er, bestehe kein Reichs-, sondern nur ein preußischer Gesandter; es würde sich aber wohl etwas eigentümlich ausnehmen, wenn bei der gemeinsamen Beratung süddeutscher Interessen in München ein norddeutscher Diplomat verwendet würde. Die Regierung lege außerdem großen Wert auf die ständigen Gesandtschaftsberichte aus München, wo noch ein vollständiges diplomatisches Korps bestehe und daher ein besonderer Gesandter manches erfahre, was sonst in der Welt vorgehe und auch für eine kleinere Regierung zu wissen von Interesse sei. Freilich habe Württemberg auch in Baden keinen Vertreter, aber daher komme es auch, daß man über die Verhältnisse des so nahen Landes nichts Weiteres und Zuverlässigeres wisse, als was man aus den Zeitungen erfahre. Fürst Bismarck habe 1872 im preußischen Abgeordnetenhaus auseinandergesetzt, daß seit Gründung des Reichs preußische Gesandtschaften bei den deutschen Höfen noch viel notwendiger wären als vorher, weil jetzt die Einzelstaaten bei der ganzen Reichsgesetzgebung und in allen Geschäftsangelegenheiten des Bundesrats mitzusprechen hätten. Die Bevollmächtigten zu diesem müßten sich nach bestimmten Anweisungen richten, eine Verständigung könne daher nicht im Bundesrate, sondern nur von Regierung zu Regierung erfolgen. Württemberg habe alles Interesse, sich rechtzeitig mit Bayern zu verständigen, denn der Einfluß der bayerischen Regierung in Reichsangelegenheiten sei zweifellos ein bedeutender. Der Gesandtschaftsposten in Wien bilde allerdings kein absolutes Bedürfnis, sei aber dennoch entschieden nützlich, und wenn 1872 der Posten in Petersburg mit Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Fürstenhäuser bewilligt worden, so wäre nicht einzusehen, warum jetzt auf die verwandtschaftlichen Beziehungen zu Wien so gar kein Gewicht gelegt werden solle, wo eine neue Familienverbindung mit dem Erzhaufe bevorstehe. Außerdem sei eine Gesandtschaft am Wiener Hofe doch mit anderen Augen zu betrachten, als die bei einer anderen außerdeutschen Großmacht, weil mit Österreich eine Verwandtschaft unter den Völkern stattfinde, Württemberg mit Österreich eine jahrhundertelange gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur und teilweise gemeinsame Sprache habe; es sprächen hier Gefühlsrücksichten mit, denn im württembergischen Volke sei noch ein warmes Gefühl für Österreich zu finden. Endlich wurde der Gesandtschaftsposten in München einstimmig bewilligt, der in Wien

jedoch aus Sparsamkeitsrücksichten und andererseits im Hinblick auf den in diesem Jahre erwarteten Besuch des Kaisers von Österreich, nur für das Etatsjahr 1893/94.

Die nächste größere Angelegenheit betraf Mitglieder der ersten Kammer. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Verfassungsänderung hatte nämlich am 8. Februar der Landgerichtsrat a. D. Dr. Gaupp zu Tübingen in der Versammlung der deutschen Partei Stuttgarts einen Vortrag gehalten, in welchem er die Standesherrn der ersten Kammer eine „durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 zusammengewürfelte Gesellschaft“ nannte, die erste Kammer überhaupt als ein „schädliches Institut“ bezeichnete, dessen Beseitigung „die Ehre des Landes erfordert“ und ebenso respektswidrig von den „Drohnen“ der ersten Kammer sprach, denen man fleißige Arbeitsbienen durch Ernennung von Beamten zugesellen müsse, damit die Geschäfte überhaupt erledigt werden könnten. Diese Kritik hatte die Herren der ersten Kammer begreiflicherweise stark verletzt. Sie erließen am 21. März gegen Gaupp eine feierliche Erklärung, in der sie die Angriffe zurückwiesen. Schwerlich, so hieß es darin, sei je in einer gleich beleidigenden Weise im Lande von einer verfassungsmäßig zu Recht bestehenden Körperschaft in öffentlicher Versammlung gesprochen; sie betonten, daß sie nicht hemmend, sondern fördernd an der Gesetzgebung mitgewirkt, den Zeitverhältnissen stets Rechnung getragen hätten und verlangten den Nachweis, daß die Kammer der Standesherrn eine schädliche Einrichtung sei. Diesen Nachweis suchte Gaupp zu erbringen in einer Antwort, die an Schärfe dem Angriffe nicht nachstand. Er hielt ihnen mittels offenen Schreibens vom 27. März vor, daß sie Jahre hindurch die Ablösung der auf Grund und Boden ruhenden feudalen Lasten verhindert hätten; in neuester Zeit aber sei es die erste Kammer, welche die gesetzliche Neuregelung des ländlichen Nachbarrechts dadurch vereitelt habe, daß sie ohne jede gesetzliche Unterlage für die Waldbäume das Recht in Anspruch nehme, den angrenzenden Wiesen und Äckern der Bürger und Bauern Luft und Licht zu entziehen und durch die Wurzeln dieser Bäume den Boden der Nachbargrundstücke auszusaugen. Ebenso empfindlich war Gaupps Erinnerung an „die langen schmutzigen Verhandlungen zwischen dem hohen Adel und den Pariser Machthabern“, sowie an die Einverleibung des Kirchenbesitzes in das Vermögen der Adligen.

Eine vorgeschlagene Steuererhöhung wurde am 30. Mai von der zweiten Kammer für 1893/94 abgelehnt, für 1894/95 genehmigt. Sehr lebhaftc Verhandlungen fanden statt über den Fall des Bürgermeisters Hegelmaier zu Heilbronn, der vor Beendigung eines gegen ihn schwebenden Prozesses wegen Urkundenfälschung in eine Irrenanstalt gebracht war. Aus Anlaß dieses Falls wurde ein Gesekzentwurf betr. die Enthebung dienstunfähig gewordener Körperschaftsbeamten eingebracht. Nachdem der Minister v. Mittnacht am 2. Juni Erklärungen über die Pflichten und Rechte der Staatsbeamten bei politischen Wahlen abgegeben hatte, wurde die Session geschlossen.

Die für das Land vielleicht einst bedeutungsvolle Vermählung des 27jährigen Herzogs Albrecht von Württemberg mit der 22jährigen Erzherzogin Sophia Margarethe, Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig, fand am 24. Januar in Beisein des württembergischen Königspaares, in der Pfarrkirche der Wiener Hofburg nach dem herkömmlichen feierlichen Zeremoniell statt. Beim Festmahl tauschten der Kaiser und der König in Trinksprüchen Versicherungen des neu bekräftigten guten Einvernehmens beider Fürstenhäuser und Länder aus. Von Wien begab sich das Königspaar am 25. Januar nach Nachod in Böhmen zum Besuch des Vaters der Königin, des Prinzen Wilhelm zu Schaumburg-Lippe. Der König begab sich von hier nach Berlin zur Feier des Geburtstags des Kaisers, dem zu Ehren zum erstenmale die schwäbische Jugend Schulfreiheit genoß. Heimgekehrt richtete der König ein Schreiben an den Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar als Ehrenpräsidenten des württembergischen Kriegerbunds und sprach darin die wohlwollendsten Gesinnungen für diese Vereinigung aus. Am 9. Juni fand sich das Königspaar zur Feier des 75jährigen Bestehens der landwirtschaftlichen Akademie in Hohenheim ein, wo der König in einer Rede versicherte, daß ihm das Gedeihen der Landwirtschaft sehr am Herzen liege. Wie das Königspaar schon im vorigen Jahre einigen Städten einen amtlichen Besuch abgestattet hatte, so besuchte es am 12. Juni die Stadt Eßlingen. Zur Feier der Verlobung der Herzogin Maria Isabella von Württemberg mit dem Prinzen Johann Georg von Sachsen begab sich der neuvermählte Herzog Albrecht, Bruder der Braut, am 12. August nach Gmunden. Am 27. September war das Königspaar bei der feier-

lichen Eröffnung der Neckarbrücke zwischen Berg und Cannstadt anwesend; der König gab ihr in einer Ansprache den Namen König-Karls-Brücke. Folgenden Tags erschien das Königspaar zum erstenmale und lebhaft begrüßt auf dem Cannstadter Volksfeste, wo der König beim Mahle der Vertreter der landwirtschaftlichen Bezirksvereine in längerer Rede sagte, es sei ihm Herzensbedürfnis, zu erklären, daß er gewillt sei, wie seine Ahnen in steter Fürsorge für die Landwirtschaft alles zu thun, was in seinen Kräften stehe; daran schloß er eine Mahnung, den Mut nicht sinken zu lassen. Dem Herzog Albrecht wurde am 14. November ein Sohn geboren. In Gegenwart des Königs wurde am 16. November die neue Donau-Brücke bei Munderkingen feierlichst eröffnet. Am 17. Dezember wurde der 400. Geburtstag des Theophrastus gen. Paracelsus aus dem Geschlecht der Bombast von Hohenheim gefeiert.

Was die kirchlichen Verhältnisse betrifft, so war die vom Pfarrer Schrempf angeregte Frage bezüglich des Gebrauchs des apostolischen Glaubensbekenntnisses in der evangelischen Kirche mit der 1892 erfolgten Amtssetzung Schrempfs nicht abgethan, vielmehr wandten sich am 16. Februar 1893 evangelische Geistliche mit einer Erklärung an das Konsistorium, in der sie ihre Auffassung von der bei ihrem Eintritt in den Kirchendienst übernommenen Verpflichtung niederlegten, und 12 an der Spitze dieser Bewegung stehende Geistliche fügten die Bitte hinzu, die sog. Verpflichtungsformel möge in der Richtung ausgelegt werden, daß die heil. Schrift als oberste Norm der evangelischen Verkündigung anerkannt werde. Darauf antwortete das Konsistorium, die Verpflichtung der Geistlichen, sich im Religionsunterricht an die heil. Schrift zu halten und sich keine Abweichung von der Augsburger Konfession zu gestatten, müsse festgehalten werden, aber das Recht der freien Forschung solle den Geistlichen nicht genommen werden, nur werde erwartet, daß sie ihrer Verpflichtung eingedenk blieben, die Gemeinden aus der heil. Schrift in Übereinstimmung mit dem wesentlichen Inhalte der reformatorischen Bekenntnisse zu erbauen, den liturgischen Ordnungen der Landeskirche im Blick auf die Gesamtgemeinde nicht willkürlich Abbruch zu thun und, auch bei Verschiedenheit der theologischen Ansichten in einzelnen Punkten der Lehre, die Einigkeit im Geiste zu erhalten, deren die evangelische Kirche in dieser Zeit sozialer Gärung und konfessioneller

Spannung mehr denn je bedürfe. 80 Männer aus den verschiedensten Orten des Landes, welchen diese Entscheidung unklar vorkam, richteten sodann im Anfang Juni an die evangelische oberste Kirchenbehörde eine Erklärung und Bitte. Sie sagten, die Schrempffsche Sache habe ihnen gezeigt, daß die bestehende Lehrordnung der Kirche die ehrliche Aussprache einer redlichen, aus christlichem Geiste und zugleich freiem Denken erwachsenen Überzeugung seitens der Geistlichen mit Gefahr bedrohe; „und doch suchen und brauchen wir Laien heutzutage mehr denn je Geistliche, die ihrer auf solchem Grunde erwachsenen freien Überzeugung offenen Ausdruck zu geben wagen und es nicht für gut finden, uns mit einer eigens für uns zurecht gemachten geistlichen Speise abzufinden.“ Die Folge sei, daß die Kluft zwischen Geistlichen und Laien künstlich offen gehalten werde und die selbständig Denkenden sich zum Schaden der Kirche wie des Volkslebens in immer größerer Zahl mißtrauisch vom kirchlichen und religiösen Leben abwendeten. Sie baten daher um Beseitigung dieser Mißstände und daß, solange es nicht möglich sei, durch eine neue Bekenntnisformel die Kirche in Übereinstimmung mit der Wissenschaft zu bringen, Geistliche und Laien bei Taufe und Konfirmation von der Ablegung eines eng formulierten Glaubensbekenntnisses befreit und nur an das Bekenntnis zu dem Evangelium Jesu gebunden werden möchten. In seiner Antwort trat das Konsistorium um Mitte Juni diesen Behauptungen mit Verwahrungen entgegen und jagte, die evangelische Landeskirche habe allen Grund, ihren Zusammenhang mit der Kirche der Reformation festzuhalten und es könne es nicht für seine Aufgabe halten, auf Beseitigung der Lehrordnung hinzuwirken, zumal Theologie und Kirche der Gegenwart in keiner Weise dazu angethan seien, ein neues Bekenntnis aufzustellen, welches auch nur die geringste Aussicht hätte, als Ausdruck des evangelischen Gemeindeglaubens anerkannt zu werden. Als sodann Pfarrer Schrempf das Konsistorium um die Erlaubnis bat, sein Kind ohne Verlesung des Apostolikums taufen zu lassen, wurde das Gesuch abgelehnt, und die Eintragung des bloß auf Christum getauften Kindes in die kirchlichen Register nicht gestattet.

Die evangelische Kirche wurde noch von einer anderen Sache immer mehr bewegt: die näher gerückte Möglichkeit des Erlöschens des protestantischen Mannsstammes der Königsfamilie. König Wilhelm

hat von seiner ersten Gemahlin, Marie von Waldeck, nur eine Tochter und seine zweite Gemahlin ist im achten Jahre kinderlos. Des Königs Vetter, Herzog Eugen, hatte, als er 1878 starb, ebenfalls nur zwei Töchter, und so wird das Anrecht auf den Thron auf die katholische Linie übergehen, die in Herzog Albrechts neu-geborenem Sohne zu neuer Blüte berufen scheint. Da entsteht nun die Frage, wer in diesem Falle in die Stelle eines Bischofs der evangelischen Landeskirche eintreten soll. Der Geheime Rat, welcher von 1734—95, während des damaligen Bestehens einer katholischen Dynastie, die oberste Bischofsgewalt ausübte, ist durch das Staatsministerium ersetzt, dessen Mitglieder natürlich nicht grundsätzlich evangelisch sein können. Der § 76 der Verfassung, der für den Fall eines nicht evangelischen Königthums den Stand von 1734 hergestellt wissen will, ist unausführbar, die damals ausgestellten „Religionsreversalien“ können auf die gegenwärtigen Zustände keine Anwendung mehr finden. Deshalb beschloß der Landesverein des „Evangelischen Bundes“ am 2. November in Stuttgart, eine rechtzeitige Regelung dieser Frage anzuregen und eine Lösung ähnlich der in Sachsen erfolgten zu beantragen, wo drei evangelische Staatsminister mit Wahrnehmung der Bischofsrechte beauftragt sind. — Der bisherige Koadjutor des Bischofs v. Hefele von Kottenburg, Dr. Wilhelm von Keiser, Bischof von Enos, der schon 1886 zum Nachfolger ernannt war, machte durch Hirtenbrief vom 9. Juni bekannt, daß er den durch v. Hefeles Ableben erledigten Bischofsstuhl eingenommen habe.

Anfolge eines Mißverständnisses bezüglich der Frage über den Ausfall der diesjährigen Manöver des württembergischen Korps trat im Dezember der Gesandte in Berlin, von Möser, zurück.

Die Totenliste Württembergs eröffnete am 1. März der 73 jährige Rechtsanwalt Justizrath Desterlen, der zwar einst für die deutsche Einheit aufgetreten war, aber nach 1859 an der Spitze aller gegen Preußens Vorherrschaft gerichteten Bestrebungen in Württemberg stand. Später knüpfte sich hauptsächlich an seinen Namen die sogenannte Triasidee. Sodann folgte der am 15. April in seiner Villa über Baden-Baden im 66. Lebensjahre verstorbene frühere württembergische Kriegsminister Albrecht von Suckow, mit dem wieder eine hervorragendere Gestalt aus der Zeit der Erhebung

und Einigung Deutschlands dahinging. Bischof Karl Joseph von Sefele zu Rottenburg starb am 5. Juni, 84 Jahre alt. Früher Professor in Tübingen, wurde er 1869 zum Bischof ernannt, gehörte auf dem vatikanischen Concil zu den Gegnern des Unfehlbarkeitsdogmas, unterwarf sich aber nach dessen Siege durch eigentümliche Auslegung. Am 20. Juni starb 78-jährig der angesehene Prälat a. D. Lang in Ludwigsburg. Auf der Gruft des 1849 gestorbenen Schneckenburger, Dichters der „Wacht am Rhein“, zu Thalheim Amts Tuttligen wurde am 4. Juni unter Feierlichkeiten ein Denkmal errichtet. Am 6. Dezember starb der Minister des Innern von Schmid; zu seinem Nachfolger wurde Staatsrat von Pischelk ernannt.

Zum Großherzogtum **Baden** trat am 7. März eine Änderung des Ministeriums, jedoch nicht des Regierungssystems ein. Der 72-jährige Staatsminister Dr. Turban, welcher die nationale und liberale Politik seines Vorgängers Jolly 16 Jahre lang geführt hatte, und der 66-jährige Finanzminister Ellstätter, der am 12. Februar als solcher sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert hatte, erhielten auf ihren Wunsch und unter des Großherzogs Anerkennung ihrer Selbstlosigkeit, Treue und Hingebung, die Entlassung, worauf Turban zum Präsidenten der Oberrechnungskammer ernannt wurde. Zum Staatsminister wurde der bisherige Justizminister Geh. Rat Hoff, 60 Jahre alt, zum Finanzminister der 45-jährige Ministerialrat für Landwirtschaft, Buchenberger, ernannt. Gleichzeitig wurde durch Verordnung ein besonderes Ministerium für die Geschäfte des großherzoglichen Hauses, die Reichs- und die auswärtigen Angelegenheiten errichtet, an dessen Spitze der 46-jährige Geh. Rat Brauer, bisher Gesandter in Berlin gestellt wurde. Am 24. März erhielt die großherzogliche Familie den Besuch des Großherzogs von Hessen. Erbgroßherzog Friedrich wurde Ende März, an Stelle v. Schleinitz, zum Kommandeur der 29. Division in Freiburg ernannt. Am 1. Juli nahmen der Großherzog und seine Gemahlin, wie im vorigen Jahre, für einige Wochen Aufenthalt zu St. Blasien im südlichen Schwarzwalde. Am 15. Oktober hielt der Großherzog beim Kriegerfeste des Rhein-Neckargau-Militärvereinsverbandes in Neckarau eine längere Rede, in welcher er die Pflicht betonte, den heranwachsenden Generationen Dankbarkeit gegen die Helden vom Jahre 1870 einzuprägen;

die erlangte Macht und Größe Deutschlands werde nicht mehr genügend nach ihrem Werte geschätzt; die Kraft der Nation müsse ungeschwächt erhalten werden. Bei einem ihm am 17. Oktober von der Stadt Mannheim gegebenen Festmahle wies der Großherzog in einer Ansprache darauf hin, daß die nationale Saite bei der dortigen Bürgerschaft stets Widerhall gefunden, daß die Stadt jederzeit an der Spitze der deutschen Bewegung gestanden habe und daß von hier vieles ausgegangen sei, was den deutschen Geist höher gehoben habe. Neben dem Turenne-Denkmal bei Achern wurde am 22. November ein deutsches Kriegerdenkmal gesetzt.

Die politischen Parteien begannen schon im Frühjahr, sich auf die im Herbst bevorstehenden Neuwahlen an Stelle von 31 Abgeordneten, deren Mandate am 1. Juli abliefen, vorzubereiten. Die nationalliberale Partei hatte, da sie bisher in der zweiten Kammer nur mit einer Stimme die Mehrheit besaß, alle Ursache, sich anzustrengen. Ihre Landesversammlung vom 12. März in Karlsruhe stellte ein Programm auf, das sich vor allem durch das Verlangen nach Einführung des direkten Landtagswahlrechts bemerklich machte. Die Ende September erlassenen Wahlaufrufe dieser und der Zentrumsparlei standen sich schroff gegenüber. Da die Wahlen auf 12 Liberale, 12 Ultramontane, 2 Freisinnige, 1 Konservativen und 1 Sozialdemokraten fielen, so büßte die nationalliberale Partei zum erstenmale seit einem Menschenalter die Mehrheit in der zweiten Kammer ein. Zum Präsidenten der ersten Kammer ernannte der Großherzog seinen Bruder, den Prinzen Wilhelm. Der Landtag wurde am 22. November mit einer Rede des Ministers Koff eröffnet, in welcher die Finanzlage des Staats ungünstiger als in mehreren der letzten Budgetperioden bezeichnet, eine Aufbesserung der kleinen und mittleren Beamten in Aussicht gestellt und der erfolgreichen Bemühungen der Regierung, die durch die Dürre des letzten Sommers veranlaßte Not der Landwirtschaft zu mildern, gedacht wurde. Zum Präsident der zweiten Kammer wurde am 24. November Gönner (nat. lib.) gewählt. In dem vorgelegten Etat für 1894 und 1895 waren die Einnahmen auf 118 737 689, die Ausgaben auf 128 356 251 Mk. veranschlagt, was einen Fehlbetrag von 9 618 562 Mk. ausmacht. Daher wurde eine Steuererhöhung von 50 Pf. auf 100 Mk. Einkommensteuer angekündigt, womit der

frühere Steuersatz von 2 $\frac{1}{2}$ Mk. wieder hergestellt sein würde. Am 6. und 7. Dezember gab's in der zweiten Kammer längere Verhandlungen über die allen Einzelstaaten in den Magen gefahrene Reichsfinanzreform nebst neuen Reichssteuern. Dabei erklärte der Finanzminister Buchenberger, die Regierung sei für diese Reform, weil der bisherige Zustand schwankender finanzieller Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich sehr störend falle, und sie habe für die Stempel- wie auch für die Tabaksteuer gestimmt, für diese, weil sie den Tabakpflanzern erhebliche Vorteile biete; der Weinsteuer habe sie nicht zugestimmt, weil sie im Hinblick auf den finanziellen Ertrag nicht die befürchtete Schädigung des badischen Winzerstandes aufwiege. Auch am 11. Dezember sprach sich der Minister mit großer Entschiedenheit gegen die Agitation bezüglich der Tabaksteuer aus. Die Kammer erklärte sich am 12. Dezember nach viertägigen Verhandlungen einstimmig gegen eine Reichsweinsteuer. Die Zentrumsparlei brachte am 15. Dezember Anträge auf unbeschränkte Zulassung geistlicher Orden und auf Änderung der Wahlkreise ein. Am 14. Oktober starb in Konstanz der Freiherr v. Hornstein auf Binningen im Seekreis, Vertreter des Bezirks Donaueschingen-Billingen im Reichstage. Er war lange Zeit einer der hervorragendsten Vertreter der agrarischen Interessen in Süddeutschland und hatte als Mitglied der Zentrumsparlei für die Militärvorlage gestimmt.

Was das Großherzogtum **Hessen** betrifft, so ist aus den Verhandlungen in der Frühjahrs-Session des Landtags, so lebhaft sie sich auch mitunter in örtlichen Fragen gestalteten, nur hervorzuheben, daß die zweite Kammer einen von den Regierungsvertretern entschieden bekämpften Antrag auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung gegen die wenigen Stimmen der Katholiken annahm, die erste Kammer ihn, jedoch mit nur einer Stimme Mehrheit, ablehnte. In der ersten Kammer entstand ferner am 26. April eine lebhafteste Verhandlung über ein Gesuch der Mainzer Katholikenversammlung um freie Zulassung der geistlichen Orden. Prälat Habicht und Geh. Rat Görz erhoben entschiedene Verwahrung gegen die Zulassung des Jesuitenordens und Professor Streng tadelte die Unduldsamkeit gegen Andersgläubige in katholischen Ländern. Der Antrag auf Aufhebung des Ordensgesetzes von 1875 und für eine umfassende, den Rechten und Anforderungen der christlichen Kirchen entsprechende Schul-

reform fand nur den Beifall der Standesherrn und wurde abgelehnt. Am 4. Oktober fanden Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer statt, indem 25 der 50 Mitglieder auszuscheiden hatten. Die Wahlen fanden unter geringer Teilnahme statt und vermehrten die Sitze der Freisinnigen, der Ultramontanen und der Sozialdemokraten um ein wenig auf Kosten der Nationalliberalen. Am 1. Oktober trat ein Gesetz betreffend die polizeiliche Beaufsichtigung der Mietwohnungen und Schlafstellen in Kraft. Der neue Landtag wurde am 13. Dezember durch eine Thronrede des Großherzogs eröffnet, in welcher die Schwierigkeit einer Stataufstellung unter Hinweis auf die Finanzlage des Reichs hervorgehoben wurde. Die ordentlichen Ausgaben des sodann vorgelegten Etats für 1894/95 waren mit 27 080 000, die außerordentlichen mit 22 018 000 Mk., die Leistungen an das Reich mit 1 078 000 Mk. eingestellt und zur Vermeidung einer Erhöhung der direkten Steuern wurde die Herstellung einer Weinsteuern vorgeschlagen. Die Zentrumsparthei stellte sogleich Anträge zur Abwendung der Reichs-Wein- und Tabaksteuer sowie auf Einführung des direkten Wahlrechts bei den Landtagswahlen.

Der Großherzog Ernst Ludwig stattete am 1. April einen Besuch am Koburger, den 23. März am Stuttgarter, am 12. Mai am Dresdner, den 15. Mai am Wiener Hofe ab. Am 20. September fand in München die Taufe eines Sohnes des Prinzen Heinrich, Oheims des Großherzogs, und der Baronin v. Dornburg, in Anwesenheit des Königs von Rumänien statt. In Graz starb am 17. November an Blinddarmentzündung und nach nur zweitägigem Krankenlager, im 37. Lebensjahre Prinz Alexander Joseph v. Battenberg, zweiter Sohn des 1888 verstorbenen gleichnamigen Prinzen v. Hessen und Sohnes des Großherzogs Ludwig II., aus seiner morganatischen Ehe mit der polnischen Gräfin von Hauk, die 1851 den Namen der damals noch hessischen, jetzt im Bezirk Wiesbaden liegenden Stadt Battenberg erhielt. Mit diesem Prinzen, der 1879—1886 den Fürstenthron Bulgariens einnahm, schied eine der hervorragendsten Gestalten der neueren Zeitgeschichte, die persönlich einnehmende und glänzende Züge aufwies und zweimal in lebhaftem Für und Wider die europäische Politik bewegt hatte. Die Romantiker, die vielfach über dem Leben Alexanders gelegen hat, spannen ihre

Fäden auch um seinen Todestag, welcher der achte Jahrestag seines Sieges bei Slivenika war.

Der Großherzog Friedrich Franz III. von **Mecklenburg-Schwerin** brachte aus Gesundheitsgründen wiederum bis gegen Ende Mai zu Cannes in Südfrankreich zu. Am 1. April legte der Staatsrat Dr. Buchka seine seit 1866 bekleidete Stelle als Justizminister nieder und erhielt den bisherigen Präsidenten des Landgerichts zu Güstrow, v. Amsberg, zum Nachfolger. Der 22jährige Herzog Friedrich Wilhelm, Neffe des Großherzogs, schiffte sich am 4. April zu zweijähriger Dienstleistung auf der Marine nach der Südsee ein. In Brandenburg wurde am 29. Mai ein Denkmal für Fritz Reuter und am 24. August in Schwerin in Gegenwart des Großherzogs, des Kaisers, des Regenten von Braunschweig, des Herzogs von Altenburg, des Großfürsten Wladimir und anderer Fürstlichkeiten ein vom mecklenburgischen Volke gestiftetes, 8,50 m hohes, Reiterstandbild des vorigen Großherzogs Friedrich Franz's II. enthüllt. Ende Oktober begab sich der Großherzog aufs neue nach Cannes. Der am 15. November in Sternberg eröffnete Landtag beschäftigte sich mit einem Wildschadengesetz und genehmigte die Verstaatlichung der Südbahn. Sodann wurde er durch die Mitteilung überrascht, daß mit Rücksicht auf die Reichsfinanzlage $\frac{3}{10}$ statt bisher $\frac{7}{10}$ an Steuern erhoben werden müßten. Das großherzogliche Paar von **Mecklenburg-Strelitz** feierte am 28. Juni in London das Fest der goldenen Hochzeit, während im Lande selbst der Tag aller Orten von der Bevölkerung festlich begangen wurde. Am 1. Juli starb in Rostock der frühere freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Witte. Der Großherzog Karl Alexander von **Sachsen-Weimar** feierte am 8. Juli sein 40jähriges Regierungsjubiläum. Öffentliche Kundgebungen unterblieben auf seinen Wunsch, Gemeindevertretungen und Körperschaften schickten ihm telegraphisch Glückwünsche nach der Wartburg. Im September weilte der Großherzog einige Zeit am schwedischen Hofe. Der Großherzog Peter von **Oldenburg** gehörte zu den deutschen Fürsten, welche sich öffentlich für das Zustandekommen der Militärvorlage aussprachen. Beim Empfang der Landtagsdeputation richtete er in dieser Beziehung ernste Worte an das ganze Land. Am 27. Februar feierte er sein 40jähriges Regierungsjubiläum und mittels Schreibens vom 17. Juni sprach er

sich sehr anerkennend für die Verdienste der landwirtschaftlichen Gesellschaft Oldenburgs während ihres 75 jährigen Wirkens aus. Zum Bundesfeste des Oldenburger Kriegerbundes in Barel sandte er am 24. Juni aus Rastede einen Glückwunsch, mit dem er einen Ausspruch gegen Materialismus, Selbstsucht, Gewinnsucht, Parteigeist und Klassenhaß verband, welche der Kriegerbund durch Pflege patriotischen und kameradschaftlichen Sinnes kräftig bekämpfen möge. Der am 22. August zusammengetretene Landtag lehnte am 5. September die wichtigste Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung eines engeren Landtags des Herzogtums Oldenburg behufs jährlicher Erledigung von Eisenbahn-Angelegenheiten, mit großer Mehrheit ab. Die am 8. Oktober erfolgte Einweihung eines neuen großherzoglichen Theaters in Oldenburg bildete ein Ereignis für das ganze Land. Einem am 10. November eröffneten neuen Landtage wurde das Budget für drei Jahre vorgelegt, welches in Einnahme und Ausgabe mit jährlich 2 794 000—2 858 000 Mk. balanziert. Eine Anfrage im Landtag wurde dahin beantwortet, daß mit Preußen Verhandlungen über Abtretung von drei Gemeinden am Jadebusen schwebten. Was das Herzogtum **Braunschweig** betrifft, so machte eine im September vom Abgeordneten Limbach zu Braunschweig versandte Flugschrift vorübergehend etwas Aufsehen, worin der gegenwärtige Zustand im Herzogtum für unhaltbar erklärt war, weil ein Regent sich der Regierung nicht so erspriesslich annehmen könne wie ein Herzog; es müsse an den Kaiser und den Bundesrat das Ersuchen gerichtet werden, den Herzog von Cumberland zu einer bestimmten Erklärung aufzufordern, die seinem Sohne Georg Wilhelm die Ausübung der Landeshoheit in Braunschweig ermögliche. Falls sie befriedigend aus, so müsse der Prinz sogleich behufs Vollendung seiner Erziehung sich nach Braunschweig begeben, andernfalls müßten die Stände ein Mitglied eines deutschen Fürstenhauses zum Herzog wählen oder das Land müsse für reichsunmittelbar erklärt werden. Politische Folgen hatte diese Schrift nicht. Das Herzogtum **Sachsen-Meiningen** befand sich im Anfange des Jahres nahe an einem Verfassungstreite. Die Regierung hatte nämlich dem Landtage einen Etat für die drei Jahre 1893—1895 vorgelegt und bei Beratung desselben am 24. Januar wurde zwar die finanzpolitische Lage des Landes als günstig anerkannt, in betreff der Reichsfinanzpolitik

gab es aber sehr abfällige Urtheile, wogegen jedoch der Minister Heim entwickelte, daß Meiningen es der Finanzpolitik des Reichs zu danken habe, 1883—1892 aus der Reichskasse nicht weniger als 1860424 Mk. bezogen zu haben; die auswärtige Politik des Reichs ergebe sich aus den bestehenden Verhältnissen; so lange Frankreich und Rußland, bis an die Zähne bewaffnet, uns bedrohten, müßten wir die militärischen Lasten zu tragen wissen. Die Stände genehmigten jedoch den Etat nur für das eine Jahr 1893, und zwar unter Änderung desselben nach Maßgabe von weiteren Landtagsbeschlüssen, wegen Aufbesserung der Gehalte der Volksschullehrer sowie wegen Erlasses von $\frac{1}{2}$ Termin Grund- und zwei Terminen Gebäudesteuer. Darin wollte sich die Regierung nicht schicken und lehnte den Etat sowie insbesondere diese Steuerermäßigungen ab. Ihre gleichzeitig kundgegebene Absicht, die Steuern in bisheriger Höhe zu erheben, stützte sie jedoch auf einen Paragraphen der Verfassung von 1829, in welchem dieses Recht keineswegs überall gefunden werden konnte. Dies muß die Regierung nachträglich eingesehen haben, denn am 12. Februar beendete sie den entstehenden Streit durch Verkündung des Stats für 1893 nach den vom Landtag beschlossenen Säzen. Der Etat weist daher in Einnahme wie in Ausgabe 4652330 Mk. auf. Als nun der Herzog am 16. Juni aus Südfrankreich, wo er den Winter verlebt hatte, zurückgekehrt war, brachte ihm die Bürgerschaft der Stadt Meiningen einen Fackelzug, worüber er in väterlich-freundlicher Weise seinen Dank aussprach. Der dem Landtage Ende Dezember zugegangene Etat für 1894—1896 enthielt für jedes Jahr einen Fehlbetrag von 194040 Mk.

Die Landtage im Großherzogtum Sachsen-Koburg-Gotha waren in ihrer Frühjahrs- und Sommeression eifrig mit der Regelung innerer Angelegenheiten beschäftigt. Kurz vor Ostern traten sie zu einem gemeinschaftlichen Landtage zusammen, und aus dessen Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Minister Strenge ein Eingehen auf die Frage, wie sich die Regierung zu einem deutsch-russischen Handelsvertrage stelle, kurzer Hand ablehnte. Der Landtag beruhigte sich dabei, war es doch bisher kaum gebräuchlich, daß die Landtage der Bundesstaaten die Reichsangelegenheiten einer Aufsicht und Prüfung unterwarfen. Der dem Koburger Landtage am 4. Mai vorgelegte Etat für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis

dahin 1897 schloß in Einnahme und Ausgabe mit 812700 ab, während der gleichzeitig in Gotha vorgelegte Etat in Einnahme und Ausgabe 1954000 Mk. enthielt. Durch eine erhebliche Mehreinnahme wurde ein Steuererlaß für drei Steuerstufen ermöglicht. Der Koburger Landtag lehnte am 18. Juni die von der Regierung geforderten Gehaltserhöhungen der Lehrer an den höheren Schulen ab, weil die Finanzlage es nicht gestatte und er zunächst Aufbesserung der Volksschullehrer wünschte. Herzog Ernst kehrte am 22. Juli von seinen Besitzungen in Österreich nach Koburg zurück und erlitt am 1. August in Schloß Reinhardtsbrunn bei Gotha einen leichten Schlaganfall, der durch Überanstrengung bei den Opern-Muster-Ausführungen in Gotha und eine Erkältung beim Pürschgang in der Nähe jenes Schlosses veranlaßt war. Der Zustand verschlimmerte sich immer mehr, und am 22. August abends starb der Herzog im Alter von 75 Jahren. Er war 1844 seinem Vater Ernst I., in der Regierung gefolgt und von jeher für die deutschen Einheitsbestrebungen eingetreten. Durch seine Verwandtschaft mit den Fürstenhäusern von Großbritannien und Portugal war er einst lange Zeit als selbständiger Diplomat eine in den verschiedensten europäischen Fragen an großmächtlichen Höfen angesehene Persönlichkeit. Durch seinen Sieg von 1849 bei Eckernförde, durch sein Vorgehen im Übertragen der Militärhoheit im eigenen Lande auf Preußen und durch sein Erscheinen auf Turner-, Schützen- und Sängerefesten war er in ganz Deutschland sehr populär geworden. Er hatte das Dreikönigsbündnis mit angeregt, bis zuletzt bei der Unionspolitik Preußens ausgehalten, war auf dem Frankfurter Fürstentage von 1863 thätig gewesen, hatte den Preußen in der Schlacht bei Langensalza beigestanden und war mit im Hauptquartier zu Versailles gewesen. Selbst angesehener Komponist, hatte er sich das Interesse für Kunst und Wissenschaft bis ins Alter bewahrt. Da seine Ehe mit Alexandrine, der Schwester des Großherzogs Friedrich von Baden, kinderlos geblieben war, so ging die Thronfolgeberechtigung auf die Kinder seines 1861 verstorbenen Bruders Albert, Gemahls der Königin von Großbritannien, über. Der älteste von dessen Söhnen, der Prinz von Wales, konnte als britischer Thronerbe nicht in Betracht kommen. Bezüglich des zweiten Sohnes, des Herzogs Alfred von Edinburg, hatte man bisher angenommen, daß er wenig geneigt sein werde, seine Stellung

als Admiral der britischen Flotte und seine sonstige Thätigkeit im Dienste des britischen Reichs um eines kleinen deutschen Herzogtums willen aufzugeben. Vom Standpunkt des deutschen Nationalgefühls wurde dies nicht bedauert, da es diesem nicht zusagen konnte, daß ein in englischen Anschauungen aufgewachsener Prinz einst deutscher Bundesfürst werden sollte. Es wird behauptet, daß daher unter dem Einflusse des ersten deutschen Kronprinzen eine Verständigung dahin zu stande gekommen sei, wonach sein Schwager, der Herzog von Edinburgh, sich verpflichtet habe, seinem 1874 geborenen Sohne Alfred eine durchaus deutsche Erziehung zu geben. In der That hat dieser die Schule in Gotha sowie ein Jahr lang die Universität München besucht und war als Leutnant in das 6. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 96 eingetreten. Daß während der Krankheit des Herzogs Ernst der Herzog von Edinburgh sich nach Oberhof begab, um für alle Fälle in der Nähe zu sein, fiel nicht auf; einiges Erstaunen rief es aber hervor, als man am 23. August statt des Verzichts, den Regierungsantritt des Herzogs Alfred vernahm. Aus der englischen Presse hörte man bald die Gründe dieses Schritts. Prinz Alfred sei zwar im vorigen Jahre, nach Vollendung seines 18. Lebensjahres, in England großjährig geworden, da er aber nach dem Koburg-Gothaschen Staatsgrundgesetz erst nach Vollendung des 21. Lebensjahrs volljährig und regierungsmündig werde, so wäre die Einsetzung einer Regentschaft unvermeidlich gewesen; zur Vermeidung der mit Ablehnung derselben seitens des Herzogs Alfred verbundenen Schwierigkeiten habe er lieber selbst für die in Betracht kommenden zwei Jahre die Regierung übernommen. Der Herzog zeigte den Tod seines Oheims den Bürgermeistern der beiden Hauptstädte an. Kaiser Wilhelm erschien schon am 23. August in Schloß Reinhardsbrunn und erließ hier einen Armeebefehl zur ehrenden Erinnerung an seinen Großoheim, der fast 50 Jahre dem Heere mit wärmstem Interesse angehört, mit demselben an ruhmreichen Feldzügen teilgenommen habe und alle Zeit ein leuchtendes Vorbild militärischer Tugenden gewesen sei. Am demselben Tage leistete der neue Herzog, und zwar auf seinen Wunsch in Gegenwart des Kaisers, in feierlicher Weise vor dem Staatsministerium den Eid auf die Verfassung. Am 24. August fand in Schloß Reinhardsbrunn eine Familienandacht der Fürstlichkeiten statt, denen sich noch Prinz Wilhelm

von Baden zugesellt hatte. Noch vor den Beizeugungsfeierlichkeiten wurde das Eigentümliche der Stellung des neuen Herzogs in der deutschen und englischen Presse erörtert. In der deutschen waren es vorzugsweise einige strengkonservative Blätter, welche ihr Mißfallen über die Erhebung eines Ausländers auf einen deutschen Thron aussprachen. Während am 25. August die Bevölkerung aus vielen Orten des Landes nach Schloß Reinhardsbrunn strömte, um die Leiche des verehrten Herzogs zu sehen, die im Erdjaale aufgebahrt war, trat der gemeinschaftliche Landtag beider Herzogtümer in Gotha zusammen, erhielt vom Minister Strange amtlich Kenntniss vom Ableben des Herzogs Ernst und nahm die Urkunde über die Eidesleistung des neuen Herzogs entgegen, worauf der Minister erklärte, daß nunmehr die Regierung des Landes auf diesen übergehe. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß diese Regierung dem Herzoge, seinem Hause, dem Lande und Deutschland zum Segen gereichen möge; als günstiges Vorzeichen hierfür betrachte er die Anwesenheit des Kaisers beim Regierungsantritt. Die Beizeugungsfeierlichkeiten fanden am 28. August in Koburg statt. An der Spitze des Zuges schritten der Kaiser, ihm zur Rechten Herzog Alfred, zur Linken der König von Sachsen, dahinter zu je Dreien der Prinz von Wales, der Herzog von Connaught, Erbprinz Alfred, Prinz Wilhelm von Baden, der Großherzog von Baden und Prinz Philipp von Koburg. Die gottesdienstliche Feier fand in der Moritzkirche statt, wo sich noch eine Reihe deutscher Fürsten und Prinzen, wie auch Prinz Philipp von Flandern, Prinz Ferdinand von Koburg, Regent von Bulgarien mit seiner Mutter Clementine um die Herzogin-Witwe versammelt hatten. In der Anwesenheit der bulgarischen Fürstlichkeiten ließ sich der Grund erblicken, warum niemand von dem der neuen Herzogin so nahe stehenden russischen Hofe erschien. Nunmehr wurde die den Regierungswechsel betreffende Ansprache des Herzogs Alfred an das Land bekannt gemacht, bezüglich deren in der Presse bemängelt wurde, daß unter den dem Haupttitel folgenden Titeln des Herzogs die britischen den deutschen vorangestellt waren. Namentlich spann sich hieran, nach dem Vorgange der Weimarer „Werra-Ztg.“, in einem Teile der Presse die Frage, ob dem Herzoge als königlichem Prinzen das Prädikat „Königliche Hoheit“ zukomme, sie wurde aber im September thatsächlich dadurch erledigt, daß in amt-

lichen Erlassen das dem Herzoge zufolge des Beschlusses des Ernestinischen Gesamthauses vom 3. April 1844 zukommende Prädikat „Hoheit“ in Anwendung kam. Freilich wurde das formelle Antwortschreiben des Kaisers aus Mohács vom 21. September auf die Anzeige des Regierungswechsels wiederum an des „Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha königliche Hoheit“ gerichtet. Auch der „Reichsanzeiger“ pflegte diese Bezeichnung anzuwenden. Bezüglich der ganzen Zulassung des fremden Prinzen zum Thron kam Ende August die „Kreuz-Ztg.“ nochmals darauf zurück, daß ihr der konservative Standpunkt verbiete, sich „über das geschichtliche Recht aus Gründen der sogenannten nationalen Wohlfahrt hinwegzusetzen“, wogegen darauf hingewiesen wurde, daß hiermit die staatsrechtliche Existenz Preußens und des Deutschen Reichs negiert werde. Die Herzogin-Witwe Alexandrine sprach am 31. August den Bewohnern des Landes ihren Dank für die bezeugte Teilnahme aus. Herzog Alfred begab sich am 1. Oktober auf des vorigen Herzogs Tiroler Besitzung und besuchte am 17. Oktober den Dresdner, am 28. den kaiserlichen Hof in Berlin. Am 13. November wurde dem britischen Unterhause mitgeteilt, der Herzog gebe seine Stellung in der britischen Marine auf, behalte aber als Auszeichnung für langjährige Dienste seinen Platz in der Liste ohne Gehalt; auch seine Stellung als Mitglied des Geheimen Rats behalte er bei, es könne jedoch diesem delikaten Punkte keine praktische Bedeutung beigemessen werden, weil unter dem jetzigen System die Exekutivgeschäfte des Geheimen Rats unter Leitung des Ministeriums ständen. Nachdem diese Eröffnungen in einem ansehnlichen Teile der deutschen Presse mit Unwillen aufgenommen waren, legte der Herzog im Dezember auch diese Stellung nieder. Hieran schlossen sich in England peinliche Erörterungen über des Herzogs Fortbezug seiner englischen Apanage. Die deutsche Presse sprach sich für völligen Verzicht des Herzogs auf dieselbe aus.

Der Landtag des Herzogtums **Anhalt** wurde am 28. Februar vom Minister v. Koseritz eröffnet. Auffallend erschien dabei die Äußerung in der Eröffnungsrede, daß das finanzielle Verhältnis des Landes zum Reiche, unter der Wirkung der Handelsverträge und bei der andauernden Steigerung der Militärlast, eine nicht unerhebliche Verschlechterung aufweise und daß der Zustand der Unsicherheit, sowohl in Bezug auf die Befürchtung des Abschlusses weiterer, der

Landwirtschaft nachteiliger Handelsverträge, als auch auf das Schicksal der Militärvorlage nicht dazu angethan sei, eine demnächstige Verbesserung voraussehen zu lassen. „Ei!“ sagte dazu die „Nat.=Ztg.“, „das ist ja etwas ganz Neues, daß der Minister eines Einzelstaats vor dem Landtage die Handelspolitik des Reichs anklagt, die Landwirtschaft zu schädigen!“ Darauf erklärte der Minister am 6. März im Landtage, daß ihm eine Kritik der Maßnahmen der Reichsregierung fern gelegen habe. In der Presse wurde darauf die Sache von einem weiteren Gesichtspunkte behandelt. Die „Konservative Korrespondenz“ bestritt, daß solche Äußerungen unzulässig und für die Reichseinheit bedenklich seien; dem Minister eines Bundesstaats dürfe das Recht, öffentlich seine Stellungnahme zu den einzelnen Fragen in der Reichspolitik darzulegen, in keinem Falle beschränkt werden. Noch stärker traten in diesem Sinne die „Hamb. Nachrichten“ auf, besonders aus Anlaß des Umstandes, daß, wie das Blatt wissen wollte, in der Zeit vom 28. Februar bis 6. März der Geh. Rat Guenther aus der Reichskanzlei nach Dessau geschickt worden sei. Ein Angriff auf die Reichspolitik ist, so führte das Hamburger Blatt aus, noch kein Angriff auf die Reichsverfassung, wohl aber würde ein Angriff auf diese darin liegen, wenn man den Einzelregierungen ihre Kritik der Reichspolitik untersagen oder sie durch Einschüchterungen beschränken wollte; auch bezüglich früherer Bundesratsbeschlüsse, an welchen sie teilgenommen, dürfe den Ministern eine Aussprache vor ihren Landtagen nicht verwehrt werden; der Gedanke, daß über einer Einzelregierung eine Reichsregierung stehen könne, sei verfassungswidrig. Am 24. März stellte der Landtag den Etat in Einnahme und Ausgabe auf 12 280 000 Mk. fest. Der Landtag des Fürstentums **Lippe=Detmold** kam in mehrfacher Beziehung in ein Mißverhältnis zum leitenden Minister v. Wolffgramm. Nachdem dieser in demonstrativer Weise den Sitzungsaal verlassen hatte, weil der Präsident einem Abgeordneten wegen abfälligen Urteils über die Lippe'sche Justiz keine Rüge erteilt hatte, erließ die konservative Mehrheit eine gegen den Minister gerichtete Erklärung, und der Landtag beschloß, den Etat nur für 1893, nicht, wie der Minister verlangt hatte, gleichzeitig für 1894 festzustellen. Dazu kamen am 18. Januar noch mißliche Verhandlungen im Landtag über einen angeblichen Versuch des Ministers, durch einen Brief an den Vorsitzenden des Reichs-

gerichts in Leipzig auf die Entscheidung bezüglich einer Anklage des Abg. Hemissen wegen Beleidigung v. Wolffgramms einzuwirken. Der am 8. November wieder eröffnete Landtag genehmigte am 13. Dezember eine Vorlage wegen Einführung einer Einkommensteuer bei Befreiung der Einkommen unter 300 Mk. Fürst Adolf Georg zu **Schaumburg-Lippe** wurde am 8. Mai im 76. Lebensjahre in Bückeburg durch den Tod von langen schweren Leiden erlöst. Er war am 21. November 1860 seinem Vater, dem Fürsten Georg, in der Regierung gefolgt und seit 1868 der älteste der deutschen Bundesfürsten. Ihm folgte in der Regierung sein ältester Sohn Georg, 44 Jahre alt, der alsbald eine Ansprache an das Land erließ. Die feierliche Beisetzung fand am 15. Mai in Gegenwart des Kaisers in Stadthagen statt. Der neue Fürst traf die Bestimmung, daß die oberste Landesbehörde fortan den Titel „Fürstlich Schaumburg-Lippesches Ministerium“ führen solle. Prinz Otto, Bruder des neuen Fürsten, wurde am 28. November in Eisen bei Paderborn mit einer Tochter des Gutsbesizers v. Koepen auf Ringelsbruch, die den Titel einer Gräfin v. Hagenburg erhielt, getraut. Am 16. Oktober starb der Präsident der fürstlichen Rentkammer, König, in Bückeburg. Fürst Georg Victor zu **Waldeck** und Pyrmont starb am 12. Mai im 63. Lebensjahre zu Marienbad. Ihm folgte in der Regierung sein einziger Sohn aus der Ehe mit der Prinzessin Helene von Nassau, Friedrich Adolf Hermann, geboren den 20. Januar 1865, bisher Sekondeleutnant beim 3. Manenregiment in Potsdam, der seine Antritts-Ansprache am 16. Mai erließ. Der Beisetzungsfest in Rhoden am 23. Mai wohnten bei die Schwiegerföhne, Fürst Alexis zu Bentheim-Steinfurt und König Wilhelm von Württemberg, ferner der Großherzog von Luxemburg als Bruder der verstorbenen Fürstin Helene, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg als Bruder der zweiten Gemahlin des Verstorbenen, und einer Reihe anderer Prinzen. Die Töchter des Verstorbenen, Herzogin Helene von Albany und die Königin-Regentin Emma der Niederlande ließen sich durch den britischen und den holländischen Gesandten vertreten. Der neugewählte Landtag wurde am 30. Oktober im Namen des Königs von Preußen eröffnet, worauf ihm Vorlagen wegen Wildschadenersatz in den Enclaven und Errichtung von Ruhegehaltskassen für Volksschullehrer zuzugingen. Ferner wurde ihm mit-

geteilt, die Veranlagung zur Klassensteuer für 1894 werde die Aufhebung des Chauffeegelds auf den Landstraßen und die Aufbesserung der Unterbeamten gestatten, auch könnten mit den Einnahmen aus der Gewerbesteuer die Dienstalterszulagen der Volksschullehrer annähernd bis auf die Sätze in Preußen erhöht werden. Die fürstliche Familie von **Schwarzburg-Sondershausen** wurde am 12. Mai durch das Ableben der Prinzessin Elisabeth, 65jährigen Schwester des Fürsten Karl, in Trauer versetzt. Der am 26. Oktober vom Minister Petersen eröffnete Landtag genehmigte am 14. Dezember ein neues Einkommensteuergesetz und befaßte sich mit einem Berggesetze, Maßregeln für Unterbringung verwahrloster Kinder und den Besoldungen der Volksschullehrer. — Dem am 5. Dezember eröffneten Landtage des Fürstentums **Schwarzburg-Rudolstadt** wurde vom Minister v. Starck mitgeteilt, daß der Etat trotz vieler Einschränkungen mit einem Defizit von 188 000 Mk. abschließe und daß die Ursache „allein in der Verschiebung des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reiche“ liege. Der Landtag setzte die Ausgaben auf 2 757 700 Mk. — Der Landtag des Fürstentums **Reuß ä. L.** in Greiz nahm im Januar ein neues Einkommensteuergesetz an, wonach die niedrigsten Einkommen steuerfrei sind, die höheren mäßig erhöht werden. — Im Fürstentum **Reuß j. L.** wurde am 16. Oktober vom Minister Bollert in Gera der Landtag eröffnet, dessen Präsident Fürbringer die Geburt Heinrichs XLIII., eines Sohnes des Erbprinzen Heinrichs XXVII., als ein Ereignis pries, durch welches die Hoffnungen „des Reußenvolks wie des Fürstenhauses“ gleichermaßen erfüllt seien. Der Landtag genehmigte eine Kirchen-, eine Änderung der Gefindeordnung und eine Änderung der Verfassung vom 14. April 1852, wonach folgende Bestimmung aufgenommen wird: „Ist der Fürst minderjährig oder aus einem anderen Grunde selbst zu regieren verhindert, so tritt eine Regentschaft ein. Diese steht dem der Thronfolge nach nächsten, regierungsfähigen Agnaten zu. Der Regent hat beim Antritt eine Versicherungsurkunde bei fürstlichem Wort und Ehren dahin auszustellen, daß er die Verfassung aufrecht erhalten und in Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen regieren will. Der Regent ist zugleich persönlicher Vormund des minderjährigen oder sonst verhinderten Staatsoberhauptes. Der leiblichen Mutter steht die Vormundschaft zu, solange

sie sich nicht anderweit vermählt und es sich nicht um Regierungsgeschäfte handelt.“ Der frühere Minister v. Beulwitz starb am 13. Juni. — Im Staatsbudget der freien Stadt **Hamburg** für 1894 betragen die Ausgaben 69 909 188, das Defizit 6 771 338 Mk. Zur Deckung desselben schlug der Senat einen Zuschlag von 55% zur Einkommensteuer vor. Der erst seit kurzem im Amte befindliche Bürgermeister **Mönckeberg** starb am 14. Juni. — In dem am 1. Dezember der Bürgerschaft der freien Stadt **Lübeck** vorgelegten Staatsbudget für 1894 waren die Ausgaben mit 4 536 972 Mk. angesetzt. Der vom Senat zur Deckung des Defizits von 355 853 Mk. beantragte Zuschlag von 50% der Einkommensteuer wurde von der Bürgerschaft am 28. Dezember nur zur Hälfte bewilligt. — In **Elfaß-Lothringen** wurde der Landesausschuß am 30. Januar eröffnet. Er genehmigte ein Gesetz über Einschätzung zur Gewerbesteuer und stellte am 9. März den Etat für 1894 in Einnahme und Ausgabe auf 52 696 555 Mk. fest. Den umfassenden Maßregeln der Landesverwaltung gegenüber dem Streu- und Futtermangel sprach der Kaiser durch Schreiben vom 1. November seine Anerkennung aus.

Österreich-Ungarn.

Mit Beginn des Jahres unternahm in **Österreich** der Ministerpräsident Graf Taaffe einen neuen Versuch zur Bildung einer Regierungsmehrheit im Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Die Grundzüge des Programms, welche er zu diesem Zwecke am 4. Januar vor den drei großen Klubs vorlegen ließ, hatten das kühne und von vornherein mit vielen Zweifeln aufgenommene Ziel, sehr verschiedene und einander feindselige Parteien unter einen Hut zu bringen, nämlich Deutsche, Tschechen, Polen, Liberale und die drei Gruppen des Hohenwartklubs: den Feudaladel, welcher das böhmische Staatsrecht, die Klerikalen, welche die konfessionelle Schule, und die Slovenen, die ein eigenes Slovenien anstreben. Das Programm knüpfte an den Appell der Thronrede von 1891 an alle diejenigen an, welche sich niemals durch Parteibestrebungen in der Sorge für die höchsten Interessen der Gesamtheit beirren lassen wollten; auf Grundlage der Verfassung

sollte, in Einklang mit dem österreichischen Staatsgedanken, die gesetzliche Selbständigkeit der einzelnen Königreiche und Länder sowie der nationale Besitzstand der einzelnen Volksstämme gewahrt, und als geeignetes Mittel zur Förderung des nationalen Friedens der öffentliche Sprachgebrauch gesetzlich geregelt werden, unter voller Berücksichtigung der der deutschen Sprache als allgemeinem Verständigungsmittel zukommenden Bedeutung; auf dem Gebiete der Schule solle im Verwaltungswege den religiösen Gefühlen der Bevölkerung thunlichst Rechnung getragen und als deren Ausdruck lediglich das Gutachten der betreffenden kirchlichen Behörden anerkannt werden. Dieses Programm wurde von allen drei Klubs, auf deren Verbindung es zielte, abgelehnt. Die deutsch-liberale Partei stimmte am 4. Februar zwar einigen Punkten bei, erklärte aber, ohne Preisgebung ihrer Überzeugungen sich nicht mit Parteigruppen verbinden zu können, welche eine gegensätzliche Stellung in den Grundanschauungen eingenommen hätten; ganz bestimmt sprach sich die Partei namentlich gegen jene Verwaltungspraxis aus. Die Klerikalen waren nicht einverstanden, daß dem Episkopat bloß ein Gutachten zustehen solle. So verlief sich die ganze Frage des mit vielem Gloriant angekündigten Programms im Sande; es gewann sogar den Anschein, als sei damit nur beabsichtigt, den Staatskarren ein paar Monate unbehindert weiter zu schleppen, und die vom 17. Januar bis 24. März dauernden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zeigten nach wie vor den Mangel einer Regierungsmehrheit. Bei der Budgetberatung wurde das Programm von mehreren Seiten heftig angegriffen, der Abg. Herold insbesondere führte am 9. Februar aus, vor Auseinandersetzung mit den Jungtschechen sei an eine feste Mehrheit nicht zu denken. Die Session zeichnete sich nicht durch hochpolitische Vorgänge aus, wohl aber kam es bei der Etatsberatung, wie gewöhnlich, zu lebhaften, meist durch Nationalitätsfragen hervorgerufenen Ausritten. Von allgemeinerem Interesse war es, daß der Unterrichtsminister v. Gautsch sich am 28. Januar gegen Teilung der Schulkinder nach Glaubensbekenntnis und für Festhalten am Unterricht in den klassischen Sprachen, ferner am 4. Februar für Beibehaltung des Griechischen in den Gymnasien als eines das Geistesleben der westlichen Völker verbindenden Eckpfeilers der Kultur aussprach, auch am 9. Februar Beschwerden über Germanisierung Südtirols durch die

Volkschulen mit dem Hinweise abwandte, daß dort 700 italienische und nur 16 deutsche Volkschulen beständen. Beim Justizetat erging sich am 16. Februar der Jungtscheche Vasaty in lebhaften Beschwerden über einen Erlaß Stremayers, des Präsidenten des obersten Gerichtshofs, betreffend die deutsche Übersetzung der dort einlaufenden in nichtdeutscher Sprache abgefaßten Gerichtsakten. Die Entrüstung richtete sich gegen die amtliche Bezeichnung dieser Sprachen als fremder Sprachen, womit die verfassungsmäßig gewährleistete Gleichberechtigung der Sprachen verletzt sei. Die Jungtschechen erhoben darüber gewaltigen Lärm und Graf Kaunitz that noch ein Übriges indem er „unverschämte Beamtenbagage!“ dazwischenrief. Der Justizminister Graf Schönborn erwiderte in tschechischer Sprache „Ungehört; unter solchen Umständen kann man nicht hierbleiben“, und verließ mit den anderen Ministern den Saal. Der zur Ordnung gerufene Graf erklärte folgenden Tags, daß er in formaler Hinsicht jene Äußerung als unparlamentarisch und nicht ganz zutreffend anerkenne, auch nicht den ganzen Beamtenstand habe beleidigen wollen, sein Ausdruck sei jedoch begreiflich gewesen. Diese seltsame Zurücknahme wurde von der vereinigten Linken mit Murren und Protesten aufgenommen, vom Justizminister jedoch als gänzlich zufriedenstellend bezeichnet, obwohl sogar das als Organ des Ministeriums des Äußern geltende „Fremdenblatt“ sie für eine neue Beleidigung hielt. Der Zwischenfall verdiente überhaupt nur deshalb Beachtung, weil Graf Schönborns Verhalten aufs neue die Richtung des Taaffe'schen Ministeriums beleuchtete. Er übte zwar am 17. Februar scharfe Kritik an der „zerstörenden“ Politik der Jungtschechen, erkannte dann aber doch die Bedeutung desselben an und ermahnte sie, endlich zu sagen, wie sie sich die Herstellung des Nationalitätenfriedens in Böhmen dächten. In einer sodann von ihm verlesenen Zuschrift Stremayers hieß es, obige Verfügung beruhe nur auf Gründen der Zweckmäßigkeit und es sei damit keine Verletzung der einzelnen Nationalitäten beabsichtigt. Der nächste Fall, welcher besonderes Aufsehen erregte, bestand darin, daß der Finanzminister Steinbach am 21. Februar die Steuerklagen der Polen mit einer Schilderung erwiderte, wie sehr, trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs Galiziens, die Steuerrückstände der Polen zu steigen pflegten. Der Minister verlas einen Bericht des galizischen Finanzdirektors, nach welchem die

Steuerhinterziehung dort, auch bei den höheren Klassen, allgemein sei. Sodann gaben Gerüchte über einen in Vorbereitung befindlichen deutsch-russischen Handelsvertrag am 2. März dem schlesischen Abg. Kaiser Anlaß, gegen die deutsche Reichsregierung den Vorwurf einer illoyalen Weiterführung ihrer Handelspolitik zu erheben, da durch Deutschlands Coulanz gegen Rußland der Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Österreichs in Deutschland fast unmöglich werden würde, nachdem er ohnehin bereits hinter den auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag gesetzten Hoffnungen zurückgeblieben sei. Dagegen nahm der Handelsminister Marquis de Bacquehem Deutschland in Schutz und riet der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu einer den politischen Standpunkt hintanziehenden Vereinigung wie in Deutschland. Als der langjährige Präsident Smolka am 17. März sein Mandat niederlegte, zeigte sich eine seltene Einigkeit der Regierung und der Parteien in der Anerkennung der Verdienste und Eigenschaften des Scheidenden. v. Plener nannte ihn eine der schönsten Erscheinungen im öffentlichen Leben Österreichs und das Haus setzte ihm eine Ehrendotation von jährlich 7200 Gld. aus. Seine Büste soll in der Säulenhalle des Reichsratsgebäudes aufgestellt werden. Zu Smolkas Nachfolger wurde am 20. März der Ritter v. Chlumetz, an dessen Stelle als erster Vizepräsident Rathrein, zum zweiten Vizepräsidenten Madeyski gewählt. Die Verhandlungen über das Finanzgesetz eilten nunmehr ihrem Ende zu. Der Finanzminister gab am 18. März die Erklärung ab, daß sich in der Finanzlage vieles gebessert und daß die Währung Österreichs durch die Valutaregelung viel selbständiger geworden sei; am 20. März endlich kam es noch einmal zu nationalpolitischen Erörterungen. Den Anlaß hatten Äußerungen v. Pleners aus Ende Februar geboten, der in friedlichem Tone von der Möglichkeit einer nationalen Versöhnung in Böhmen gesprochen hatte; sie sei nicht für alle Zukunft ausgeschlossen, wenn von tschechischer Seite ein vernünftiges Entgegenkommen gezeigt werde. Diese Friedenstöne mitten im Kampflärm der Parteien hatten, statt beruhigend, erst recht aufregend gewirkt, namentlich die Polen und die Klerikalen erschreckt, weil sie zur Verhinderung eines Zusammenschlusses der liberalen Elemente aller nationalen Fraktionen des Hauses der Fortsetzung des deutsch-böhmischen Streits bedurften. Namens der Jungtschechen erwiderte nunmehr Pacak, mit der liberalen

Richtung seien sie einverstanden, bedingt sei jedoch der versöhnliche Zusammenschluß mit Deutsch-Liberalen durch deren Anerkennung des böhmischen Staatsrechts. Nachdem auch Masaryk für die freirechtlichen Bestrebungen der Jungtschechen, insbesondere für das allgemeine Stimmrecht aufgetreten war, erklärte v. Plener, letzteres sei für Österreich nicht geeignet, solange der nationale Kampf nicht beendet sei, und er halte an der Hoffnung auf dereinstige Einführung desselben in Böhmen fest; leider lege der nationale Streit den Parlamentarismus fast völlig lahm, und vielleicht werde es noch schlimmer werden, da die Regierung den Rat der Linken wegen fester Majoritätsbildung nicht befolge und für die Grundsätze, die sie dem Programm der Linken entnommen habe, nicht entschieden genug eintrete. Außer dem Budget kamen Gesetze zu stande über Außerkurssetzung der Vereinsthaler, Einziehung der Zweigulden- und Viertelgulden-Stücke, Veräußerung der Wiener Linienwälle, die podolischen Bahnen und Handelsverträge mit Schweden, Serbien und Korea. Kurz vor der Vertagung kamen noch drei wichtige Gesetzentwürfe behufs Reform des Zivilprozesses zur Vorlegung.

Auf die Session des Reichsrats folgte die der Landtage der Einzelländer. Vor Beginn derselben einigten sich die Landmarschälle der 13 Kronländer in einer Besprechung zu Wien dahin, den Landtagen eine Erklärung anheimzugeben, wonach ihre regelmäßige Berufung zur Aufrechterhaltung einer geregelten Finanzwirtschaft dringend geboten sei. Zunächst trat am 6. April der böhmische Landtag zusammen, in welchem sich der für die Verhältnisse Österreichs höchst wichtige deutsch-tschechische Nationalitätenstreit in ungemindert unerquicklicher und für das Ausland geradezu langweiliger Weise weiter entwickelte. Die Regierung, welche nach dem vorjährigen Auftreten des Prinzen Karl Schwarzenberg im Abgeordnetenhaus den tschechischen Meinungen des böhmischen Großgrundbesizers soweit Rechnung getragen hatte, daß der Minister Graf Kuenburg zurücktrat und es fast zum völligen Bruch mit der deutschen Partei kam, hatte durch ihren oben erwähnten Programm-Entwurf den Faden mit der deutschen Linken noch festgehalten und suchte es nunmehr dieser Partei und zugleich dem böhmischen Großgrundbesitzer recht zu machen. Zwar hatte namens desselben Prinz Karl Schwarzenberg Ende März auf der Generalversammlung des katholisch-politischen Vereins für Böhmen

weitere Fühlung mit den Jungtschechen zu gewinnen versucht; es war aber auch hervorgetreten, daß er diesen keineswegs die Führung zu überlassen gewillt sei. In dieser Lage gelang es regierungsseitig, den Großgrundbesitz zu bewegen, für eine solche geschäftliche Behandlung der sog. Abgrenzungsvorlagen zu stimmen, wie die deutsche Partei es wünschte. Die Jungtschechen empfanden dies als Niederlage, da sie die auf Schaffung eines deutschen und eines tschechischen Gerichtsgebietes zielenden Vorlagen als hinterlistige Einschmuggelung des „Ausgleichs“ ansahen, der ihnen als beseitigt galt. Auch über die Behandlung der Vorlage wegen Errichtung eines Kreisgerichts in Schlan wurde gegen die Jungtschechen entschieden. Zudem bezeugte der Statthalter Graf Thun, obwohl er ein Mann von wenig deutschfreundlicher Gesinnung ist, bei mehreren Gelegenheiten im Landtage sein Mißfallen über das ganze Verhalten der Tschechen. Er tadelte am 20. April die Ausbeutung der durch Antisemiten am 12. April in Kolín hervorgerufenen Unruhen und die Mittel, durch welche die tschechische Stadtvertretung in Prag die deutschen Schulen zu entvölkern trachtete, was einen Protest dieses Kollegiums zur Folge hatte, und am 6. Mai wies er entschieden Drohungen des Jungtschechen Sanda mit dem Bemerken zurück, die ganze böhmische Geschichte beweise, daß die Bevölkerung Böhmens treu an der Monarchie hänge; der Weg der Jungtschechen führe das Volk in große Konflikte, von deren Umfang sie selbst keine Ahnung hätten; sie bekämpften alle Parteien unter Berufung darauf, daß sie die ursprüngliche Bevölkerung Böhmens bildeten; allein es handelte sich nur um das Nebeneinanderleben beider Völker. Die Jungtschechen ließen sich jedoch nicht beirren. Ihr Führer Gregr stellte den Antrag auf Erlaß einer Adresse an die Krone und sprach rundweg aus, daß sie die bestehende Verfassung nicht anerkannten und die Herstellung eines selbstherrlichen Königreichs Böhmen forderten. Für den Großgrundbesitz erklärte hierzu Graf Schönborn, dieser staatsrechtliche Gedanke könne nur ausgeführt werden, wenn sich in Böhmen eine neue Volkspartei bilde, und Mattusch erklärte sich gegen die Adresse, solange die deutschen Abgeordneten an ihrem Widerstande festhielten. Am stärksten äußerte sich das Unbehagen der tschechischen Abgeordneten, als es sich um die zweite Lesung der Vorlage wegen Errichtung eines Kreisgerichts in Trautenau handelte. Als diese auf die Tagesordnung

gesetzt wurde, machten die Tschechen am 15. Mai einen Höllelärm, und als durch den Oberst-Landmarschall Fürsten Lobkowitz an den Tag kam, daß eine Abordnung des Tschechenklubs ihm den Entschluß angekündigt habe, die Budgetberatung zu verschleppen und durch Obstruktion die Verhandlungen über die Abgrenzungsvorlagen zu verhindern, riefen die Tschechen: „Brutalität! Vergewaltigung! Wir werden Euch schon verhindern, unser Land zu zerreißen! Wir schlagen Alles kurz und klein!“ In der That stießen sie die Stenographen fort und zerrissen die Papiere derselben. Als die Sitzung wegen des Tumults aufgehoben wurde, blieben die Tschechen auf ihren Plätzen und schrieten, man wolle sie hinters Licht führen und die Sitzung hinter ihrem Rücken wieder eröffnen. Folgenden Tags setzte sich dieser Skandal fort, worauf der Landtag geschlossen wurde und der deutsche Landtagsklub am 18. Mai in einem Erlasse an das deutsch-böhmische Volk den mit gekünstelter Aufregung veranstalteten rohen Tumult als unberechtigt bezeichnete, weil die Bildung des Trautenaus Kreisgerichts eine gerechte Forderung der Deutschen bilde; die Zustände Böhmens seien dahingekommen, daß das Ansehen der öffentlichen Gewalten wie der einfache nationale Schutz der Deutschen bedroht erschienen; das Vorgehen der Gegner lehre eindringlich, alle Kräfte zusammenzufassen zur Wahrung der nationalen Interessen der Deutschen. Gleiches Bedauern sprach Weitlof am 22. Mai in der Hauptversammlung des „deutschen Schulvereins“ zu Teplitz aus, in welchem die durch die Ausgleichsverhandlungen erweckte Hoffnung zu einem „geradezu erschreckenden Niedergange“ geführt habe. Auf tschechischer Seite dagegen fühlte man sich durch das Ende des Landtags gehoben. In Prag herrschte noch hochgradige Gereiztheit wegen lärmhafter Kundgebungen deutscher Studenten gegen die Auführungen einer tschechischen Theatergesellschaft; nun kam es im Stadtrat zu Kundgebungen für „die heldenmütige Haltung“ der Jungtschechen im Landtage und am 26. Mai zu Ausschreitungen der Tschechen vor den Wohnungen hervorragender Personen.

Von den Landtagen der übrigen Kronländer erregten nur die von Niederösterreich und von Tirol einiges Aufsehen. In ersterem wurde die Verhängung von Strafen über Studenten scharf gerügt, die im Josefstädter Theater zu Wien Kundgebungen gegen tschechische Theatervorstellungen erhoben hatten. Der am 12. April eröffnete

Landtag von Tirol wurde, ungeachtet der Wichtigkeit der ihm bevorstehenden Aufgaben, von den 16 wälischen Abgeordneten nicht besucht, infolgedessen sie ihr Mandat verloren. Aus dem Kreise ihrer Wähler wurde darauf in Trient ein neuer politischer Verein mit italienischer Tendenz gebildet. Im Landtage wurde am 15. Mai eine Verfügung der Militärbehörde zu Innsbruck heftig angegriffen, wonach die zu Reserve-Offizieren beförderten Studenten während ihrer Dienstzeit keiner studentischen Verbindung angehören dürften. Dieses Vorgehen für angeblich verletzte bürgerliche Freiheiten steigerte den Widerspruch der Innsbrucker Studenten, die in Zahl von 500 mit wüsten Gefängen die Straßen durchzogen, die Vorlesungen nicht besuchten und sich der Zustimmung der Bürgerschaft erfreuten, die zum Zeichen derselben die Häuser beslaggte. Den Selbständigkeitsbestrebungen der italienisch Gesinnten entgegenzutreten, lag übrigens für die Regierung in Tirol noch kein Anlaß vor; wohl aber trat sie ihnen in Istrien entgegen durch Auflösung der von der italienisch-radikalen Partei beherrschten Triester Stadtvertretung, nachdem diese zahlreiche Wahlbeschwerden politischer Gegner tendenziös abgewiesen hatte.

Nach dem Reichstag und den Landtagen folgte die Session der Delegationen. Der ihnen sofort am 25. Mai vorgelegte Voranschlag für 1894 belief sich auf 100 878 320 Gld., also über 4 Millionen mehr als im vorigen Jahre. Das Heeres-Erfordernis betrug 400 2000 Gld. mehr als damals. Die ungarische Delegation wählte den Grafen Mladar And rassy, die österreichische den Fürsten Alfred Windischgrätz zum Vorsitzenden. Die vier Jungtschechen wurden in keinen Ausschuß gewählt und als sie sich über diese „kleinliche Provokation des ganzen tschechischen Volks“ beklagten, antwortete v. Plener, sie seien allerdings von allen anderen Parteien in der Absicht ausgeschlossen, die parlamentarische Berührung mit einer Partei möglichst zu meiden, die sich durch ihr Benehmen im böhmischen Landtage außerhalb der Grenzen des Parlamentarismus gestellt habe. Beim Empfang der Delegationen am 27. Mai antwortete der Kaiser auf die Ansprachen der Präsidenten, die politische Lage habe sich seit der vorigen Session nicht geändert; die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten und die sonstigen der Erhaltung des Friedens günstigen Umstände dauerten fort; andererseits habe sich aber die

Lage auch darin nicht geändert, daß die Regierung im Interesse der Sicherheit und der vollen Wehrfähigkeit der Monarchie es für ihre Pflicht halte, die systematische Weiterentwicklung der Organisation und Schlagfertigkeit des Heeres sowie der Kriegsmarine zur Durchführung zu bringen. Hier nach bewegte sich der Kaiser im Kreise der Abgeordneten und sprach diesen und jenen an. An den Tschechen ging er einfach vorüber, ihren Gegner v. Plener aber zog er in ein Gespräch über die böhmischen Angelegenheiten. Diese, sagte er, machten ihm viel Kummer, er freue sich aber sagen zu können, daß die deutsche Partei loyal und klug gehandelt habe. v. Plener entgegnete, es sei der Herzenswunsch aller Deutschböhmen, Frieden mit den Tschechen zu suchen, und er gebe, trotz der neuerdings verschärften Lage, die Hoffnung auf endliche Verständigung über den Ausgleich nicht auf. Mit dem Abg. Sueß sprach der Kaiser über die sich erfreulich entwickelnden Angelegenheiten Bosniens. Die friedlichen Versicherungen des Kaisers wurden noch verstärkt durch die Erklärungen, welche der Minister Graf Kálnoky am 3. und 5. Juni in den Ausschüssen abgab. Im ungarischen Budgetauschuß hob der Referent Falk hervor, die Nichterwähnung des Dreibundes in der Ansprache des Kaisers sei wohl eine Folge davon, daß der Fortbestand dieses Bundes selbstverständlich sei und das Mißtrauen gegen die Friedensrichtung desselben nachgelassen habe. Hierauf erwiderte Graf Kálnoky, endlich sei wohl die Zeit gekommen, daß man nicht mehr jährlich die Festigkeit des Dreibundes zu betonen brauche; die Beziehungen zu Deutschland und Italien seien so innig und fest wie jemals und würden es bleiben. Das Sicherheitsgefühl und die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens stärkten sich; in dieser Hinsicht sei seit einiger Zeit ein gewisser sehr erfreulicher Fortschritt bemerkbar; nicht die politischen Absichten der einzelnen Mächte, wohl aber die ganze militärische Lage enthalte eine gewisse Gefahr, welche jedoch durch die guten Beziehungen unter den Regierungen sich mindere. Im übrigen bemerkte der Minister, bei der russischen Regierung herrschten die günstigsten Absichten für Österreich vor; dies würde allmählich einer der wichtigsten Gründe für Beendigung der militärischen Spannung in Europa und den Eintritt normaler Zustände werden. Der Ausschuß begrüßte diese Mitteilungen auf das freudigste und stellte fest, die Delegation habe stets den Standpunkt eingenommen, daß weder engere

Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu irgend einer Macht, noch eine selbstlose Orientpolitik der Monarchie das Zustandekommen eines freundschaftlichen Einvernehmens mit Rußland ausschließen. Im Budgetausschusse der österreichischen Delegation sprach sich der Berichterstatter Dumba am 5. Juni beim Budget des Ministeriums des Äußern ebenfalls mit großer Genugthuung für den festen Bestand des mitteleuropäischen Bundes aus und der Delegierte Lupul stellte sogar die Frage, ob der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet sei, die allgemeine Abrüstung ins Auge zu fassen. Hierauf sprach sich der Minister Graf Kálnoky dahin aus, daß das Vertrauen in die Fortdauer der friedlichen Lage im Zunehmen sei; das solle keine sensationelle Erklärung sein, sondern einfach eine Stimmung bekunden, welche nicht auf bestimmten Ereignissen, sondern auf einem nicht leicht definierbaren Gefühle der Friedenszuversicht beruhe, das sich in ganz Europa erfreulicherweise befestige; die Kriegsgefahr sei ja nie als eine drohende hingestellt worden, allein die scharfen Gegensätze und eine gewisse Erregtheit prägten der politischen Lage einen Charakter auf, welcher alle Mächte gezwungen habe, den Frieden durch Stärkung der Wehrkraft zu sichern, um für alle Fälle bereit zu sein; dadurch sei die Entwicklung der militärischen Organisation in allen Staaten Europas eine der wichtigsten Fragen geworden, ohne daß vielleicht irgend jemand ausgesprochene Angriffsziele verfolgt hätte. Somit habe die Anregung einer Abrüstung keine Aussicht auf Verwirklichung in der nächsten Zeit; ein Fortschritt würde schon erreicht sein, wenn allmählich ein Stillstand in den militärischen Vorbereitungen bewirkt werden könnte. Bezüglich Rußlands habe sich das Vertrauen, daß die dort allein maßgebenden Faktoren den Frieden wollen, allgemein befestigt; auf die oft leidenschaftliche Sprache der russischen Presse möchte er nicht zuviel hören; so bedauerlich auch ein solch' gereizter Ton in betreff der Beeinflussung der öffentlichen Meinung sei, so wäre doch die Haltung der Presse in Rußland nicht entscheidend. Alle diese Äußerungen Kálnokys waren von beruhigendem Einfluß in ganz Europa, nur in einem Teile der deutschen Presse zeigte sich mit Rücksicht auf die gerade in Gang befindliche Bewegung für die Reichstagswahlen ein Mißtrauen, als ob Oesterreich-Ungarn sich jetzt in der Lage sähe, auf den Dreibund zu verzichten, um dessen Stärkung es sich in der deutschen Militärvorlage gerade handelte. Äußerungen dieser Art

riefen große Entrüstung in der österreichischen Presse hervor, welche, zum Theil in Übereinstimmung mit anscheinend halbamtlichen Auslassungen in deutschen Blättern, darauf hinwies, daß eine Besserung der Beziehungen zwischen Wien und Petersburg keineswegs zu einer Lockerung des Dreibundes zu führen brauche, an dem Oesterreich unverbrüchlich festhalte. Von deutscher Seite wurde, anlässlich jener Erklärungen, besonders vor einer allzu rofigen Auffassung der Lage gewarnt und auf Frankreichs wie Rußlands fortgesetzte Rüstungen gemiesen. Kálnoky selbst trat am 9. Juni im Budgetausschusse der österreichischen Delegation jenen Auslegungen seiner Reden mit Bestimmtheit entgegen. Bezüglich eines guten Verhältnisses zu Rußland wies er darauf hin, daß Fürst Bismarck dieses, ungeachtet des Dreibundes, stets für sehr wünschenswert erklärt habe; und was die deutsche Militärvorlage betreffe, so erblicke er darin eine entschiedene Garantie des Friedens. Darauf sprach denn auch die österreichische Delegation einstimmig ihre warme Anerkennung der auswärtigen Politik der Regierung aus. Das Plenum der Delegationen sprach sich ebenso aus, das der ungarischen am 13. Juni mit allen gegen 4 Stimmen, die jedoch der Kálnokyschen Politik bloß mehr Energie und Beweglichkeit wünschten, das der österreichischen Delegation am 15. Juni nach zweitägigen, hauptsächlich durch lärmhafte Angriffe der jungtschechischen Delegierten veranlaßten Verhandlungen. Masaryk sah in der Auflösung des deutschen Reichstags ein Mißtrauen gegen den Dreibund und empfahl ein freundliches Verhältnis zu Rußland; Herold bestritt, daß der Dreibund, dem er einen Angriffscharakter beilegte, Grundbedingung der Erhaltung Oesterreichs sei, und meinte, Deutschland hege Angriffsgelüste gegen Frankreich, während der Friede nur durch Rußlands Selbstüberwindung erhalten werde. Graf Kálnoky ließ sich die Mühe nicht verdrießen, alle diese und ähnliche Behauptungen zu widerlegen, insbesondere zum Überflus noch einmal Oesterreichs Festhalten am friedlichen Dreibunde zu versichern; die Mißdeutung, welche man, namentlich in Frankreich, seinen Erklärungen vom 3. und 5. Juni gegeben, sei durch seine Äußerungen vom 9. Juni glücklich beseitigt. Im allgemeinen wies der Minister darauf hin, daß die Beziehungen der Staaten höher lägen, als die Reibungsflächen gewisser Interessen derselben; Zwischenfälle könnten wohl Verschiedenheiten ihrer Ansichten hervorrufen, das

dürfe aber die freundschaftlichen Beziehungen nicht berühren. Gegen eine etwaige Umkehr der österreichisch-ungarischen Politik im Sinne des einseitigen jungtschechischen Standpunkts würde zweifellos die Mehrheit der Völker der Monarchie Stellung nehmen.

Die Notwendigkeit einer Steigerung der Wehrkraft wurde vom Reichskriegsminister Freiherrn v. Bauer in den Delegationen näher dargelegt. Er betonte namentlich die schon im Frieden notwendige Ausgestaltung der Kadres und rechtfertigte die Vermehrung der Stabsoffiziere und Generale mit dem plötzlich eintretenden Mehrbedarf im Kriegsfall. Die sodann genehmigten Änderungen bestanden in einer Vermehrung der Infanterie-Kompanien um je 9 Mann für weitere 25 Regimenter, in einer Vermehrung der Feldartillerie durch Aufstellung je einer 4. Batterie bei 28 Batterie-Divisionen, ferner in Nachbesserungen bei der Kavallerie und Erneuerung der Baracken in Galizien.

Nach Beendigung der Tagung sämtlicher Vertretungskörper machte sich wiederum an einigen Punkten der Gegensatz der Nationalitäten in einzelnen Aufsehen erregenden Vorgängen geltend. An die erwähnten Vorgänge bezüglich Südtirols und Istriens schloß sich am 9. Juni ein Aufflackern des schon seit längerer Zeit mehr im Stillen gestiegenen Gegensatzes zwischen den Polen und den Ruthenen Galiziens. Auf dem Wiener Nordbahnhofe erlaubten sich ruthenische Studenten scharfe politische Kundgebungen gegen den auf der Rückreise von Rom nach Lemberg befindlichen Metropolitan Sembra-towicz, weil die von ihm mit dem Papste gewechselten Reden den Anschein hervorgerufen hatten, als gehe er mit weiteren Schritten zur sog. Latini-fizierung der ruthenisch-unierten Kirche um. Die Bestrebungen dieser Art hatten begonnen mit der Übergabe des der Heranbildung griechisch-katholischer Priester dienenden ruthenischen Basilianerkloster in Dobromysl an die Jesuiten. Diese kirchliche Annäherung an die römische Kurie hing mit dem Bestreben der jungruthenischen Partei nach Frieden mit der polnischen Bevölkerung zusammen und fand in den breiten Schichten der ruthenischen Bevölkerung keinen Anklang. Dieser stärker gewordene Gegensatz war es, der am 9. Juni in Wien einen Ausdruck suchte. Die drei ruthenischen Kirchenfürsten suchten sodann am 15. Juli durch gemeinsamen Hirtenbrief zu beruhigen. Der Papst, sagten sie, habe ihnen ans Herz gelegt, den griechischen Ritus

rein und unverfehrt zu erhalten, jedoch durch gewisse fromme Gebräuche der römischen Kirche aufzufrischen, und er hoffe durch Vermittlung der Griechisch-Unierten den Orient zur katholischen Kirche zu bekehren.

Sodann trat während des Juni und Juli in Böhmen der nationale Gegensatz wieder erheblich hervor. Volksversammlungen in Prag wurden am 11. und 27. Juni in jungtschechischem Sinne stark aufgeregt. Der Abg. Gregr führte hier aus, daß tschechische Volk habe sich seit dem 30jährigen Kriege nicht glücklicher befunden als jetzt, wo es auf sich selbst gestellt sei und unbehindert durch den Adel seine volle Macht gebrauchen könne, wie sich dies in der letzten Landtagssitzung gezeigt habe, die in der Geschichte glorios dastehen werde. Falls die Abgeordneten nicht ihre Schuldigkeit thäten und die Vorlage wegen Errichtung eines Kreisgerichts zu Trautenau wieder in den Landtag gelangen sollte, müßten energische Mittel herhalten; dabei wies er auf blutige Vorgänge in der böhmischen Geschichte hin und erging sich in heftigen Angriffen auf den böhmischen Adel, der gänzlich umgemodelt und unter demokratisch-nationale Führung gestellt werden müsse. Dies bezog sich auf die unter den Großgrundbesitzern immer stärker gewordene Abneigung gegen die jungtschechischen Feindseligkeiten wider jeden Frieden mit dem Deutschtum. Vor allem trat Graf Harrach am 1. Juli durch öffentliche Erklärung den Jungtschechen entgegen und legte mit Ausdrücken großen Kummers darüber, daß die Mehrheit der Tschechen diesem Banner folge, sein Mandat nieder. Alle jungtschechische Verwegenheit, erklärte er später in einem öffentlichen Vortrage zu Prag, werde dem tschechischen Volke nichts nützen, wenn es nicht zum alttschechischen Programme zurückkehre. Die demagogische Partei fuhr jedoch nur um so mehr in ihrem Sinne fort. Am 18. Juni hatte es wieder starke Ausschreitungen vor dem deutschen Kasino in Prag gegeben, und am 5. Juli wiederholten sie sich anläßlich einer Huf-Feier derart, daß Militär mit gefälltem Bajonett die Massen vertreiben mußte. Ein jungtschechischer Bürgerklub in Prag beriet sogar über die Mittel, zu verhindern, daß v. Plener, der Führer der deutschen Partei, Böhmen wieder betrete; auf die Andeutung, daß man ihn niederschließen möge, wurde die Versammlung aufgelöst, deren Mitglieder dann Gefänge auf ein russisch-französisches Bündnis anstimmten. Auf der

anderen Seite sprach am 18. Juni eine Parteiversammlung der Deutschen in Prag ihre Entrüstung über die Vorgänge im Landtag aus und am 17. Juni versammelten sich in Prag 130 Vertreter des deutsch-böhmischen Volks um ihren Führer Schmeykal, der die „Verwirrung der Geister durch die cynische Zertrümmerung eines feierlich geschlossenen Ausgleichspakts“ schilderte und die Regierung tadelte, weil sie nach den Vorgängen im Landtage nicht Gebrauch gemacht habe von ihrer Organisationsbefugnis zur Errichtung eines deutschen Kreisgerichts in Trautenau. Wir können, sagte er weiter, nicht zugeben, daß auf unsere Mäßigung und Geduld gesündigt und von maßgebender Seite ruhig zugeesehen werde, wenn unsere nationalen Rechte und der Bestand des Staats in frevelnder Weise mehr und mehr bedroht werden. Es wurden darauf Beschlüsse zur Organisation der Partei gefaßt, aber die Einigkeit der Deutschen, auf deren Notwendigkeit als einziges Mittel, die Regierung zur Entschiedenheit zu bringen, Schmeykal hinwies, ließ noch manches zu wünschen übrig. Hielt doch bald darauf der Abg. Steinwender als Führer der antisemitischen „deutschen Nationalpartei“ in Brünn eine große Rede, in der er, unter jungtschechischem Jubel, das böhmische Staatsrecht für eine Frage erklärte, über die sich sprechen lasse. Vom Großgrundbesitz erhielten die Deutschen auch noch keine Hilfe. Zwar fand am 8. Juli in Prag eine Versammlung von 50 Mitgliedern des Landtagsklubs des feudalen böhmischen Großgrundbesitzes zur Besprechung der innerhalb derselben aufgetauchten Meinungsverschiedenheiten statt, sie waren aber schließlich der Meinung, sie könnten als besonderes Element nur dann von Einfluß bleiben, wenn sie eine Spaltung vermieden. Somit zeigte sich immer noch kein Ausweg aus diesen Wirren, und v. Plener gab am 18. August in einer im ganzen Reiche sehr vermerkten Rede vor seinen Wählern zu Eger der hochgradigen Verstimmung der vereinigten deutschen Linken über die innere Politik, insbesondere die Verhältnisse in Böhmen unter schweren Anklagen gegen den Grafen Taaffe Ausdruck. Dabei deutete er an, daß seine Partei gleichwohl weit entfernt sei, das Ungeßüm der Jungtschechen nachzuahmen, daß vielmehr die Mehrheit derselben keinen Abbruch der Beziehungen zur Regierung wolle. Die Minderheit kam insoweit zu Worte, als der Abg. Schükler beim Bankett für Plener sich für

Bildung eines nach vorwärts dringenden, die Jugend in sich aufnehmenden Flügels verlangte, da man die Dinge nicht ferner mehr so ruhig sich vollziehen lassen könne. Es folgten Stimmen der Presse mit dem Wunsche, daß die Politik des Wartens nicht mehr lange dauern möge. Bezüglich der traurigen böhmischen Verhältnisse sagte v. Plener in jener Rede, es stehe nicht bloß jener Kampf beider Nationalitäten Böhmens in Frage, sondern zugleich die ganze Frage der Verfassung und des Zusammenhalts des Reichs; die böhmischen Verhältnisse hätten sich in letzter Zeit so sehr verschlimmert, die ganze Lage sei so gründlich verfahren, daß für die nächste Zukunft keine Aussicht auf Besserung vorliege.

Allerdings nahmen fürs erste die böhmischen Verhältnisse einen noch schlimmeren Charakter an, bewirkten aber gerade dadurch einen Umschlag. Die tschechische Agitation gebärdete sich immer wilder und verschmähte kein Mittel mehr. In Prag hatte man in kleinlicher Weise angefangen, nur tschechische Straßentafeln anzubringen, obwohl die Stadt zu $\frac{2}{3}$ von Deutschen bewohnt ist, welche in Handel und Industrie hervorragen, auch die Hälfte der Steuern aufbringen. Diese Maßregel wurde am 7. August vom Statthalter sistiert, worauf die Tschechen sich ganz ungebärdig benahmen, zumal sie in ihrer Opposition sich bestärkt fühlten durch die Anordnung des Landeshauptmanns von Mähren, wonach die deutsche Straßentafel vom Brünnener Landtagsgebäude entfernt und dies, auf Einsprache, damit begründet wurde, daß die Entscheidung über diese Frage noch schwebt. Als ferner am 17. August eine Militärkapelle zur Vorfeier von Kaisers Geburtstag die Straßen von Prag durchzog, ging's wieder toll her: eine vieltausendköpfige tschechische Menge gefiel sich darin, durch wüstes Geschrei und hochverräterische Rufe die Musik zu über-tönen. Sodann verfiel man darauf, den 12. September als den Jahrestag des 1871 in der Ara Hohenwart zur Versöhnung der Tschechen an den böhmischen Landtag gerichteten kaiserlichen Erlasses zu einer größeren Kundgebung zu benutzen. Als die Regierung die Feier verbot, wurde dies durch „vertrauliche“ Versammlungen umgangen. Auch diese wurden unterjagt und gewaltsam aufgelöst, wobei es zu den ärgsten Tumulten gegen die Behörden kam, auch jungtschechische Abgeordnete wegen Beteiligung am Einwerfen der Fenster deutscher Häuser verhaftet wurden. Das waren Zustände,

die selbst eine Regierung, wie die des Grafen Taaffe, die durch ihre Nachsicht und Versöhnungssucht das tolle Treiben der Wenzelbrüder befördert hatte, nicht mehr mit ansehen konnte. Am 13. September wurde der Wirtschaft plötzlich ein Ende gemacht durch eine Verordnung des Gesamtministeriums, wodurch die Artikel 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für Prag und drei Bezirkshauptmannschaften zeitweilig aufgehoben und für gewisse Vergehen die Thätigkeit der Geschworenengerichte im Landesbezirksppengel Prag auf ein Jahr eingestellt wurden. Demgemäß unterfasgte der Statthalter am 14. September alle Ansammlungen auf den Straßen, das truppweise Herumziehen, Tragen und Aushängen von anderen Abzeichen als den Reichs- und Landesfarben; 17 Vereine wurden in Prag unterdrückt, die Presse beschränkt. Das ganze Reich freute sich über die endliche Unterdrückung eines Treibens, das wegen des dynastiefeindlichen Charakters, den es zuletzt anzunehmen begonnen hatte, zu einer Gefahr für den Staat geworden war. Gegen diese Maßregel richtete sich am 2. Oktober eine Ansprache der jungtschechischen Abgeordneten, worin es hieß, das Tschechenvolk sei schon seit Beginn des Verfassungslebens Österreichs an solche Beschränkungen gewöhnt, die stets verfügt seien, wenn es Stellung gegen die Germanisierung und den Zentralismus genommen; aber, wie bisher, so würden solche Maßnahmen sie auch jetzt nicht schwächen und ihre Abgeordneten würden sich von der weiteren Verfolgung der tschechischen Ansprüche nicht abbringen lassen; das monarchisch gesinnte Tschechenvolk sei empört über eine Politik, wonach ihm gegen seinen Willen der Ausgleich mit den Deutschen aufgedrungen werden solle. Der Aufruf wurde wegen heftiger Angriffe gegen die Regierung mit Beschlag belegt.

Der Reichsrat trat am 10. Oktober wieder zusammen, worauf dem Abgeordnetenhause drei wichtige Vorlagen zugingen: Das Budget für 1894 mit einem Gesamt-Erfordernis von 618 694 237 Gld., das in einer Rede des Finanzministers Steinbach für besser als das vorjährige und als wirtschaftlich erfreuliches Zeugnis der Fortentwicklung des Staatsganzen bezeichnet wurde; sodann eine Vorlage zur Ausgestaltung der Landwehr in der Art, daß die aktive Dienstpflicht zweijährig, die nichtaktive zehnjährig sein soll; und endlich, zur allseitig größten Überraschung sowie unter lebhaftester Bewegung der

Abgeordneten, eine Novelle zur Reichsrats-Wahlordnung, die, auf dem Bildungscensus beruhend, unter Beibehaltung des Systems der Vertretung nach den Interessengruppen der vier Kurien, auf Einführung des allgemeinen, jedoch nicht des direkten Wahlrechts abzielte. Der Ministerpräsident Graf Taaffe führte die Vorlage mit dem Bemerkten ein, die Regierung habe, in der Überzeugung, daß die Erörterung der Wahlrechtsreform nicht weiter hinausgeschoben werden könne, sich entschlossen, mit einem Vorschlage voranzugehen, welchem der Gedanke zu Grunde liege, daß allen, welche die staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt haben, die Teilnahme am politischen Leben durch Ausübung des Wahlrechts ermöglicht werden solle. Neben den bisherigen Berechtigten sollten das aktive Wahlrecht alle haben, die vor dem Feinde gestanden haben oder die Kriegsmedaille besitzen oder ausgediente Unteroffiziere sind, ferner alle des Lesens und Schreibens Kundige, sofern sie der Militärpflicht genügt haben, sechs Monate im Wahlbezirke wohnen und eine direkte Steuer zahlen oder den Nachweis ständiger Beschäftigung in einem bestimmten Berufe erbringen.

Diese Vorlage beschäftigte alsbald alle Parteien aufs lebhafteste. Die Demokraten und die Sozialdemokraten waren darüber erfreut. Das Hauptorgan der letzteren sah darin den Sieg dieser Richtung. In der Polenpartei hieß es, die Regierung rufe hierdurch einen neuen Streit von unberechenbarer politischer und sozialer Bedeutung hervor und die Polen seien um keinen Preis dafür zu haben. Die durch das „Vaterland“ vertretene reaktionäre Seite war ebenfalls nicht einverstanden. Am meisten fühlte sich die Vereinigte deutsche Linke getroffen, deren Hauptorgan der Vorlage offenen Krieg ankündigte, weil sie ein Wahlssystem schaffe, das die Mittelklassen zwischen Aristokratie und Proletariat wie zwischen Mühlsteinen zerreiße und die Säule Oesterreichs, das Deutschtum, zertrümmern würde; alle Deutschen müßten sich vereinigen, um mit dem Anspruch auf die ererbte Stellung im Reiche nicht auch noch die nationale Ehre zu verlieren. In der That wurde allseitig die Vorlage als direkt gegen die deutsch-liberale Partei gerichtet aufgefaßt und sie bildete thatsächlich die Huldigung eines verzweifelten Systems vor dem einzigen zur Führung berufenen Elemente. Die Tschechen bestätigten diese Auffassung, in ihrer Presse wurde die Vorlage als „ein Keulenschlag ins Genick der Deutschen“ angesehen. Die deutsche Linke hielt am 12. Oktober

eine erregte Sitzung, in der v. Plener sich dahin aussprach, die Regierung wolle das deutsche Bürgertum seiner parlamentarischen Vertretung berauben. Im Abgeordnetenhaus erteilten die Deutschen schon am 13. Oktober durch den Abg. Heilsberg eine Antwort. Es handelte sich um die vorgelegten Ausnahmeverfügungen für Prag und Umgegend. Die Regierung schilderte die dortigen Maßlosigkeiten, die Tschechen versicherten ihren Patriotismus, aber Namens der Deutschen wurde darauf hingewiesen, daß diese Zustände durch die Feindseligkeiten der Regierung gegen alles Deutsche seit langer Zeit herbeigeführt seien und daß die Deutschen in Österreich schon jetzt ihre Verurteilung der Tendenzen aussprechen, welche die Regierung in der Wahlvorlage gegen die Interessen und den Besitzstand der Deutschen niedergelegt habe. Diese Verhandlungen zogen sich bis zum 18. Oktober hin und gestalteten sich stürmisch durch tschechische Behauptungen, daß „Rochspitzel“ die Prager Ausschreitungen hervorgerufen, sowie durch eine Rede des Abg. Schneider, wonach die Juden die Schuld daran hätten.

Nachdem sich die drei Hauptklubs, der der Deutschen, der Polen und der des Grafen Hohenwart am 19. Oktober gegen die Wahlvorlage ausgesprochen hatten, begann am 23. Oktober die Beratung derselben im Abgeordnetenhaus. Graf Taaffe gab die Erklärung ab, daß der Regierung eine feindliche Absicht gegen eine Bevölkerungsklasse oder politische Partei gänzlich fern liege, daß der Grundgedanke der Vorlage eine Forderung der Staatsraison bilde und daß die Regierung daher trotz des Widerspruchs der drei großen Klubs daran festhalte. Nun, darauf bekam der Minister etwas zu hören: v. Plener führte aus, das Vorgehen der Regierung entspreche nicht den Pflichten einer konservativen Regierung; die Vorlage bezwecke eine außerordentliche Vermehrung der Wähler ohne Vermehrung der Mandate; darin liege die Feindseligkeit gegen die Deutschen, die durch ersteren Punkt Mandate verlieren würden ohne wegen letzteren Punkts Ersatz zu finden; Österreich könne als künstlicher Staat nicht nach einer demokratischen Schablone regiert werden und vertrage keine derartigen Experimente, die gefährlich, bössartig und antiösterreichisch seien; die Deutschen hätten als absolut notwendiges Element dieses Staats auch das Recht, zu verlangen, daß nichts ihren Besitzstand dauernd erschüttere; die Regierung stehe überhaupt vor einem Schiffbruch der ärgsten Art und suche durch die Wahlreform die Aufmerksamkeit von

ihren Mißerfolgen abzulenken. Jaworski sprach sich namens der Polen und dann Graf Hohenwart ebenfalls entschieden gegen die Vorlage aus; dieser war zwar stets Gegner der deutschen Partei, nun aber drückten Mitglieder derselben ihm die Hand, weil er sich als Staatsmann nicht von fraktionellen Erwägungen habe leiten lassen. Die Verhandlung dauerte bis zum 28. Oktober, und es kam noch manches für und wider vor, aber die Stellung des Ministeriums war durch den ganzen Verlauf der Dinge innerlich unhaltbar geworden. Den Rest gab ihm die vom Grafen Hohenwart dem Grafen Taaffe überbrachte Erklärung, daß solange sein Kabinet die Geschäfte leite, die deutsche Linke jede parlamentarische Arbeit verweigere, wodurch das Parlament lahm gelegt werde.

Darauf bat das Ministerium des Grafen Taaffe um Entlassung, der seit 1868 als Ministerpräsident die innere Politik Österreichs geleitet und durch periodisches Heranziehen und Abstoßen der einzelnen Nationalitäten über die Schwierigkeiten ihrer Gegensätze hinweg zu kommen gesucht hatte. Der Kaiser genehmigte am 11. November die Entlassung und ernannte zum Ministerpräsidenten den Fürsten Windischgrätz, bisherigen Wortführer desjenigen Teils der böhmischen Großgrundbesitzer, welche für Fortsetzung des Ausgleichs in Böhmen waren. Für die übrigen Ministerien wurden ernannt: Marquis de Bacquehem für das Innere, Graf Wurmbrand-Stuppach für Handel, v. Madeyski für Unterricht, v. Plener für Finanzen, Graf Schönborn für Justiz, Graf Falkenhayn für Ackerbau, Graf Welfersheimb für Landesverteidigung und v. Jaworski ohne Portefeuille. Von den bisherigen Ministern blieben also vier, während Graf Taaffe, Zaleski, Steinbach und Gautsch zurücktraten, geehrt durch anerkennende Schreiben des Kaisers. Das neue Ministerium war zwar kein einheitliches, vielmehr aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt; nach Lage der Dinge war aber vorläufig kein anderes möglich und v. Plener machte am 23. November im Klub der deutschen Linken von vornherein auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die dadurch entstehen könnten. Die am 23. November vom Fürsten Windischgrätz in beiden Häusern des Reichsrats verlesene Erklärung besagte, daß die Regierung als ihre erste politische Pflicht betrachte, im Einvernehmen mit den drei großen Parteien eine umfassende Wahlreform zu schaffen, welche, mit Auf-

rechterhaltung der bestehenden Vertretung der Interessengruppen, eine wesentliche Ausdehnung des Wahlrechts, unter Heranziehung von bisher vom Stimmrecht ausgeschlossenen Volksschichten, insbesondere der Arbeiter, herbeiführen und zugleich das bisherige Schwergewicht der politischen Rechte des Bürger- und Bauernstandes sichern sollte, bei Vermehrung der Abgeordneten und Änderung der Wahlbezirke.

Das Abgeordnetenhaus genehmigte am 30. November die Landwehr-Vorlage. Abermalige Verhandlungen vom 12. und 13. Dezember über den Prager Ausnahmezustand führten zu wilden Szenen. Der Jungtscheche Herold gab sich große Mühe, diese Maßregel als ungesetzlich darzustellen und der Jungtscheche Gregr sagte in einer Brandrede, in einem großen Teile des Tschechenvolks wachse die Abneigung gegen die österreichische Herrschaft und werde das dynastische Gefühl abgekühlt; dieses Volk wolle vom Dualismus des Reichs nichts wissen und verlange die Erfüllung der 1871 zugesagten böhmischen Krönung. Auf der anderen Seite schilderte Groß die Verfolgung der Deutschen durch die Tschechen und der Pole Szczejanowski warf den Jungtschechen vor, daß sie nicht den Mut hätten, dem Tschechenvolke die Wahrheit zu sagen, wodurch sich die Kluft zwischen ihnen und den Polen erweitere. Prinz Schwarzenberg hielt den Ausnahmezustand nötig zur Verhütung größeren Unheils und verwahrte den böhmischen Adel gegen das Staatsrecht der Jungtschechen. Der Deutschliberale Kopp zeigte, daß die Krankheit der Tschechen akut geworden und Mittel dagegen nötig seien. Tugger gab die Ausdehnung des Nationalitätenstreits der judenliberalen Presse schuld. Schließlich wurde ein Antrag auf Nichtgenehmigung der Maßregel abgelehnt. Wohlthuend stach von jenen Mißtönen das Auftreten des Ministerpräsidenten und des Finanzministers bei Beratung des Budget-Provisoriums am 14. und 15. Dezember ab. Fürst Windischgrätz sprach den dringenden Wunsch aus, daß der Gedanke, welcher zur jetzigen Parteien-Koalition geführt, sich kräftigen und befestigen möge, und v. Plener forderte die großen Parteien auf, in gemeinsamer wirtschaftlicher und politischer Reformarbeit sich immer mehr an einander zu gewöhnen. Den Ausnahmezustand Prags hätte die Regierung gern wieder beseitigt, aber die Ermordung eines Hauptes des tschechischen Geheimbunds „Omlabina“ am 25. Dezember lehrte, daß der Zeitpunkt hierzu noch nicht gekommen

sei, wenn auch die jungtschechische Partei am 29. Dezember jede Verbindung mit diesem Vorfalle ablehnte und sich dagegen verwahrte, daß sie die Selbständigkeit Böhmens außerhalb Österreichs erstrebe.

Der Kaiser empfing am 2. Januar eine Abordnung der mohamedanischen Bevölkerung von Serajewo, welcher er sein Wohlwollen für die religiösen und Kultur-Interessen Bosniens zusagte. Kaiserin Elisabeth unternahm von ihrem herrlichen Landsitze auf Korfu im Anfang Januar einen Ausflug nach den Balearen, wo der Erzherzog Ludwig Salvator eine prächtige Besitzung hat, und begab sich dann nach Malaga, Granada und Sevilla zum Besuch der berühmten Bauwerke. An Stelle der Erzherzogin Margarete Sophie, welche sich vermählen wollte, wurde die Erzherzogin Karoline Maria Immaculata zur Äbtissin des adeligen Damenstifts auf dem Gradschin in Prag ernannt. Am 17. Februar wurde die seit 1890 mit dem Erzherzog Franz Salvator vermählte Tochter des Kaisers, Marie Valerie, von einem Sohne entbunden, der am 21. Februar zu Wels in Oberösterreich auf die Namen Franz Karl Salvator getauft wurde. Die Kaiserin ließ sich nach ihrer spanischen Reise eine Zeitlang in Territet am Genfer See nieder, wo ihr Gemahl sie Anfang März besuchte und mit ihr Schloß Chillon besichtigte. Die Erzherzogin Maria Theresia vollzog am 29. April in Triest beim Stapellauf des gleichnamigen Rammkreuzers den Taufakt, wobei sie auf die große Kaiserin ihres Namens hinwies, deren Beispiel auch ferner unverändert fortzuleuchten möge. Das Kaiserpaar wurde am 16. Mai erfreut durch die Verlobung seiner Enkelin, der Prinzessin Augusta von Bayern, 23jährigen Tochter des Prinzen Leopold und der Erzherzogin Gisela, mit dem 21jährigen Erzherzoge Joseph Augustin, einem Sohne des in Pest wohnenden Erzherzogs Joseph. Erzherzog Albrecht feierte am 4. April sein 30jähriges Jubiläum als Feldmarschall; Erzherzog Rainer nahm als Vertreter des Kaisers an den Festlichkeiten zur silbernen Hochzeit des italienischen Königspaares teil. Die Kronprinzessin-Witwe Stephanie besuchte am 8. Juni den königl. Hof in Dresden, besah sich folgenden Tags inkognito Berlin, begab sich, nach Besichtigung der Monumentalbauten von Marienburg, Danzig und Stralsund, über Rügen an die königl. Höfe von Kopenhagen und Stockholm und traf Mitte August nach einem Besuch bei ihren königl. Eltern in Spa, wieder in Miramare ein. Die Tochter

des Grafen v. Meran vermählte sich am 23. Juli mit dem Baron v. Doblhoff-Rier in Grundlsee. Anfang September weilte der Kaiser der Manöver wegen in Galizien und empfing in Jaroslau eine Abordnung des Adels, welcher er seine Freude aussprach, in einem Lande zu weilen, dessen Vertreter mit wahren Patriotismus neben den Interessen ihrer Heimat die der Monarchie im Auge behielten. In Krakowic wurde er darauf mit großer Begeisterung empfangen und sprach er den Generalen seine Zufriedenheit mit den lehrreichen Manövern aus. Nach großen Huldigungen in Przemyśl sagte er sein Wiederkommen nach Galizien für nächstes Jahr zu und begab sich dann zu den großen Manövern nach Ungarn. Am 26. September nahm er mit den meisten Erzherzögen teil an der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für Andreas Hofner auf dem Isel-Berge bei Innsbruck und sagte in einer Rede, daß die Bewohner Tirols und Vorarlbergs hiermit eine Dankeschuld entrichtet hätten an das Andenken des Mannes, der die edelste Verkörperung der tirolischen Volksseele gewesen; es sei sein Herzenswunsch gewesen, zu diesem Feste zu kommen, damit der Dank des Fürsten mit dem des Volkes sich vereine. Hiernach wurden dem Kaiser die Nachkommen Hofners und Personen, die an den Ereignissen von 1809 beteiligt gewesen, vorgestellt. Es folgte ein geschichtlicher Festzug und des Kaisers Besuch der Landesausstellung sowie des Schießstandes, wo er die Schützen aufforderte, diesen als Pflanzstätte des Gemeinnsinns, kriegerischer Tüchtigkeit und der von den Vätern ererbten Vaterlandsliebe in Ehren zu halten. Die Städte Wälsch-Tirols benutzten diese Gelegenheit, dem Kaiser ihre Wünsche vorzutragen. Er antwortete, seine Regierung solle die südtiroler Frage aufs neue studieren, könne aber kein Versprechen geben, weil er stets den höheren Interessen des Gesamtstaats Rechnung zu tragen habe. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der österreichischen und der ungarischen Landwehr sprach der Kaiser am 1. Oktober den Oberbefehlshabern derselben, den Erzherzögen Rainer und Joseph schriftlich seine Anerkennung für die tüchtige Heranbildung dieser Heeresteile aus. Erzherzog Franz Ferdinand traf am 18. Oktober von seiner Reise um die Erde wieder in der Heimat ein. Die 24jährige Erzherzogin Karoline Maria (von Toskana) verlobte sich im Dezember mit dem 26jährigen Prinzen August von Koburg, Sohne des gleichnamigen früheren brasilianischen Admirals. Dem Erzherzog

Albrecht wurde am 27. Dezember vom Generaloberst v. Loë der preussische Marschallstab überreicht als „ein Symbol der Einigkeit zwischen den verbündeten Monarchen, ein Band der Waffenbrüderschaft zwischen den beiden Armeen.“ Die Kaiserin traf am 23. Dezember zu längerem Aufenthalte auf Madeira ein.

Was die Totenliste Österreichs betrifft, so starb am 9. Februar in Prag der seit 1848 politisch thätig gewesene Senior der jungtschechischen Reichstagsabgeordneten, der 78jährige Dr. Trojan. Zu Emersdorf in Kärnten starb am 22. März der Schriftsteller Dr. Fischhof, der durch seine Rede vor dem Landhause in Wien den ersten Anstoß zur Revolution von 1848 gegeben hatte, dann Präsident des Wiener Sicherheitsausschusses, Abgeordneter zum konstituierenden Reichstage und Rat im Ministerium Doblhoff gewesen war, nach Niederwerfung der Aufstands aber wegen angeblicher Teilnahme an der Ermordung des Kriegsministers Latour längere Zeit im Gefängnis hatte zubringen müssen. 1861 in alle Rechte wieder eingesetzt, erstrebte er 1882 vergeblich die Bildung einer die liberalen Elemente aller Nationalitäten Österreichs umfassenden Volkspartei. Das Leben eines der bekanntesten Politiker, des Ritters Anton von Schmerling, endete am 23. Mai. In den Jahren 1848 und 49 zu Frankfurt a. M. als Vorsitzender des Bundestags, dann als Ministerpräsident des deutschen Reichsverwesers im Sinne Österreichs thätig, war er später der Urheber der Februarverfassung, durch welche die föderalistischen Wirkungen des Oktoberdiploms aufgehoben wurden, und später im Herrenhause bemüht, den Deutsch-Zentralismus zu stärken. Der frühere Statthalter von Mähren, Baron Poche, starb am 3. Mai in Wien durch Sturz aus dem Fenster. Ein großer Verlust für die Monarchie war der am 22. Juli erfolgte Tod des Feldzeugmeisters Freiherrn v. Bauer, des Reichskriegsministers seit 1888. An der Beisetzung in Wien nahm der Kaiser teil, der zu dem Zweck seinen Sommeraufenthalt in Ischl unterbrach. Zum Nachfolger wurde am 22. September General v. Kriehammer ernannt. Bischof Zwirger von Seckau, einst einer der streitbarsten Bischöfe, starb am 14. August. Der Verfasser des biographischen Lexikons Österreichs, v. Wurzbach, starb am 19. August in Berchtesgaden. Eine längst vergessene Persönlichkeit, Freiherr Alexander v. Bach, der eigentliche Träger der Reaktion in den

1850er Jahren, starb am 11. November 80jährig auf seinem Landgute in Niederösterreich.

Im Königreich **Ungarn** stand der kirchenpolitische Kampf im Vordergrund. Seine Anfänge datieren aus dem Jahr 1890 und bestanden in den unter dem Namen „Wegtaufen“ bekannten Umgehungen des Gesetzes von 1868, wonach bei Mischehen die Knaben dem Glaubensbekenntnis des Vaters, die Töchter dem der Mutter folgen sollen. In den Verordnungen, durch welche in den hierdurch entstandenen Wirren der Staat seine Rechte zu wahren bedacht war, berührte er freilich ein wenig das kirchliche Gebiet, allein es schien ihm nichts anderes übrig zu bleiben. Das Verbot der Wegtaufen hatte sich als wirkungslos erwiesen und die Verfügung von 1891, wonach der im konfessionell einheitlichen Bezirke das Kind taufende Geistliche alsbald dem zuständigen Geistlichen Anzeige machen und dieser es als getauft eintragen solle, hatte erst recht den Widerstand namentlich der niederen katholischen Geistlichkeit geschärft, die in dieser Anordnung und gewissen Folgen derselben unbefugte Eingriffe des Staats erblickte. Infolge dieser Umstände begann der Staat sich auf ein allgemeineres und neutrales Gebiet zurückzuziehen, auf dem er seine Rechte vollauf geltend zu machen gedachte, ohne einer Kirche zu nahe zu treten. Aber gerade dieser Schritt, die Aufnahme der obligatorischen Zivilehe in das Programm, mit welchem der neue Ministerpräsident Weckerle am 21. November v. J. auftrat, hatte alsbald eine neue und sehr lebhafte Opposition der katholischen Geistlichkeit hervorgerufen. Mit Rücksicht auf die Aussicht, welche sich in dieser Beziehung für 1893 eröffnete, stellte daher Weckerle in seiner Antwort auf die ihm von der liberalen Partei zu Neujahr dargebrachten Glückwünsche die Versicherung voran, die Regierung wolle die kirchenpolitischen Fragen ohne Berührung der Dogmen lösen, sie werde den nationalen Charakter des Staats unter allen Umständen wahren und hierzu die gesetzlichen Mittel mit aller Strenge anwenden. Wenn der Minister hiermit die Bestätigung des von den Liberalen mit Wärme betonten Festhaltens am Dreibunde in eine gewisse Verbindung brachte, so erschien dies nicht ohne besondere Bedeutung, denn laut war bereits im Lande die Meinung ausgesprochen, daß die seit zwei Jahren von der römischen Geistlichkeit plötzlich eingenommene Haltung mit einer dem Dreibunde feindlichen

Taktik des Papstes zusammenhänge. Die Opposition gegen jenes Regierungsprogramm fand im Januar und Februar scharfen Ausdruck in Hirtenbriefen katholischer Landesbischöfe. Besonders that sich Bischof Schopper von Rosenau hervor, der die Zivilehe „einen Schlag ins Gesicht für das katholische Sakrament, einen Angriff gegen das katholische Dogma“ nannte. Es sei, sagte er, die Pflicht jedes Katholiken, auf die Kirche zu hören; man möge sich nicht durch Politiker täuschen lassen, die da sagten, auch sie seien Katholiken und die Zivilehe sei auch anders wo angenommen, vielmehr habe dies die katholische Kirche „nie und nirgends“ gethan. Ähnlich wandte sich der Bischof Steiner von Stuhlweißenburg gegen „das böswillige Streben, welches die Grundlage des Staats erschüttern will“. Die Bischöfe von Fünfkirchen und Großwardein gaben ihrem Klerus sogar förmliche Anweisungen zur Bekämpfung der „gegen das Sakrament der Ehe gerichteten Bestrebungen“. In der That schien dieses Verhalten der Bischöfe Rückhalt beim Papste zu finden, denn nach den allgemeinen für glaubhaft gehaltenen Mitteilungen im „Pester Lloyd“ über eine von einem Ungarn mit dem Kardinal-Staatssekretär Rampolla in Rom stattgehabte Unterredung hatte dieser auch die beabsichtigte Verstaatlichung der Matrifeln als einen von der Kirche nicht zu duldenden Zwang auf die Gewissen der Priester bezeichnet, denen unter keinen Umständen die Ausfolgung der Taufscheine an Geistliche anderer Glaubensbekenntnisse auferlegt werden dürfe. Ihren Höhepunkt erreichte die klerikale Opposition vorläufig in der vom 28. Februar bis 3. März in Pest tagenden Konferenz fast aller katholischen Landesbischöfe. In dieser soll es, wie bestimmt verlautete, zu heftigen Ausritten gekommen sein, indem der eine Teil sich sehr kampflustig zeigte, der andere aber den von den ungarischen Bischöfen bisher stets hoch gehaltenen nationalen Standpunkt nicht verlassen wollte. Der den Vorsitz führende Primas Vaszary, der erst im vorigen Jahre seine Stelle unter der Divise „Pax“ angetreten hatte, sollte in der Konferenz in maßlosen Ausdrücken gegen den Staat vorgegangen sein, insbesondere ihn mit einem undankbaren mißratenen Sohn verglichen haben, der seine Mutter, die Kirche, zuerst ihres Vermögens beraubt, dann ihr die Ehrfurcht verweigert habe. Der von Vaszary in diesem Sinne abgefaßte Entwurf einer an den König zu richtenden Denkschrift soll aber bei der großen Mehrheit der Bischöfe entschiedenen

Widerstand gefunden und einige derselben sollen erklärt haben, sie wollten und würden nie vergessen, daß sie ungarische Bischöfe seien, die nicht, wie Kosmopoliten, einen Unterschied zwischen Religion und Vaterland aufstellten. Zwar wurde hierauf vom Schriftführer der Konferenz, dem Erzabt von Martinsberg, öffentlich in Abrede gestellt, daß die Bischöfe in Zwist geraten wären, die erwähnten Thatsachen wurden jedoch in den Blättern aller Parteien, auch von ultramontanen, aufrecht erhalten und man nahm an, daß die Angriffskraft der großen Eiferer geknickt sei und sie sich genötigt sähen, den Ton herabzustimmen. Immerhin aber hatte diese Konferenz den bisher vereinzelt Kampff gegen die Staatsgewalt legitimirt und organisirt. Das ging hervor aus den Denkschriften, welche die Bischöfe an den König, an die Regierung und an den Papst richteten. In der ersteren erklärten sie, unter Ausdrücken tiefster „homagialer“ Ehrfurcht, daß durch Verwirklichung des Weckerleschen Programms die Jahrhunderte alten Einrichtungen des Landes umgestürzt, Millionen treuer Unterthanen Gefahren und unabsehbaren Wirren ausgesetzt und eine staatserhaltende Säule, die katholische Kirche, in ihren Grundfesten würde erschüttert werden. In der sehr umfangreichen Denkschrift an die Regierung suchten die Bischöfe mit feiner Dialektik auszuführen, daß bereits das Mißehengesetz von 1868 ein Übergriff der Staatsgewalt auf das religiöse Gebiet gewesen sei. In der öffentlichen Besprechung dieser Denkschrift wurde jedoch entgegengehalten, daß dieses Gesetz eben den Abschluß jahrzehntelanger Reibungen zwischen Protestanten und Katholiken bedeutet habe und daß der Staat, wenn dieses Gesetz in Wegfall kommen solle, auf anderweite Schutzwehren für die Protestanten bedacht sein müsse. Die Zivilehe, so führten die Bischöfe weiter aus, verletze tief das religiöse Gefühl und verletze die Dogmen über die christliche Ehe. Daran knüpften sie die Behauptung, daß in Ländern mit Zivilehe, z. B. in Preußen, die Entchristlichung um sich greife und daß in Deutschland die Bevölkerung der Ziviltreuung die Anerkennung versage. Endlich in ihrer Denkschrift an den Papst wiesen die Bischöfe darauf hin, daß die ungarische Gesetzgebung der Auflösung des Ehebands keineswegs hinderlich sei und daß daher die katholische Kirche bisher einen erheblichen Teil ihrer ungarischen Glaubensgenossen durch Übertritt zu einer anderen Konfession verloren habe; da sich diese Fälle bei Zivilehe erheblich mindern

würden, empfahlen die Bischöfe, darauf zu bestehen, daß die Regierung fernerhin diese Art der Ehetrennung nicht gestatte. Es lag aber auf der Hand, daß der ungarische Staat einen solchen Übergriff in die Rechtssphäre der anderen Glaubensbekenntnisse nicht vornehmen werde.

Diesen ganzen Ansturm ließen die nationalen, liberalen und protestantischen Elemente des Landes keineswegs ruhig über sich ergehen, vielmehr rührte sich die reformierte Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne, die Synode Augsburgischer Konfession sprach sich grundsätzlich für die staatliche Gerichtsbarkeit in Ehefachen aus, die Stadtvertretungen von Pest, Szegedin, Temesvar und andere, ja auch der Katholikentag zu Ödenburg erklärten sich für das Regierungsprogramm, und der zweite ungarische Katholikentag faßte am 23. April in Komorn Beschlüsse im Sinne des Friedens.

Einer gewissen Entscheidung trieben diese Fragen jedoch im Reichstage entgegen. Seit dem 10. Januar wieder versammelt, wurde das Abgeordnetenhaus mit denselben zuerst bei der am 6. März begonnenen Beratung des Kultusetats befaßt. Als hier dem Ministerpräsidenten Saumseligkeit in Lösung der kirchenpolitischen Fragen vorgeworfen wurde, erwiderte er mit der Andeutung, daß außerhalb des Reichstags stehende Kreise mit den unedelsten Waffen gegen sein Programm kämpften. Damit schienen Machenschaften der Partei des Grafen Apponyi und gewisse von Wien aus betriebene Wühlereien gemeint zu sein. Zur Sache selbst kam aber der Unterrichtsminister Csáky allen Angriffen zuvor, indem er einen starken Trumpf gegen die klerikale Opposition auspielte. Er wies nämlich zur Begründung seiner Verordnung von 1891 nach, daß bis 1890 zahlreiche katholische Landesbischöfe nicht nur keine Opposition gegen das Gesetz von 1868 erhoben, sondern daß sie auch die Wegtaufen mißbilligt und ihre Geistlichen angewiesen hatten, bei Mißgehen die Anzeige an die protestantischen Geistlichen zu erstatten. Unter vielfachen stürmischen Unterbrechungen verlas der Minister sogar mehrere früher an ihn gerichtete Schreiben von Erzbischöfen, Bischöfen und Domkapiteln, worin diese die Anzeigepflicht als etwas Selbstverständliches auffaßten und ihm den Erlaß ihres Befehls wegen Übersendung der Matrikeln mitteilten; ja einige Bischöfe hätten sogar gemeldet, ihre der Verordnung des Ministers sich widersetzende Geistlichkeit habe

von ihnen einen Verweis erhalten. Auf ihren jetzigen Standpunkt, so führte Esáky weiter aus, sei die Regierung von Schritt zu Schritt durch die Klerikalen gedrängt worden. Die Enthüllungen riefen begreiflich das größte Aufsehen sowie die peinlichste Verstimmung der Bischöfe hervor und versetzten die Regierung für den weiteren Kampf in eine günstige Lage. Bei der Fortsetzung dieser Beratung trat besonders die Rede des Abg. Lattoczy hervor, welcher sagte, die Haltung der römischen Kurie gegenüber Frankreich, welches gegen die Geistlichen wiederholt streng vorging, und die davon ganz verschiedene Behandlung Ungarns seitens des Papstes sprächen dafür, daß die von der Kurie bereiteten Hindernisse nicht dogmatischer Natur seien. „Wenn wir aus dem Dreibunde austreten und Italien sich selbst überlassen würden,“ so fuhr der Redner fort, „würde die Kurie einen ganz anderen Standpunkt einnehmen.“ Weiterhin führte der Abg. Asboth einen durch mehrere Tage sich hinziehenden Zwischenfall herbei durch die Behauptung, Koloman Tisza habe 1884 als Ministerpräsident vom Vatikan Hilfe erbeten, damit die Geistlichkeit ihn bei den Wahlen schone. Als Tisza dies in Abrede stellte, erwiderte Asboth, er selbst sei damals mit Abfassung der betreffenden Note betraut worden. Die Sache klärte sich am 16. März durch Mitteilungen Wekerles dahin auf, daß das betreffende Schreiben ein privates gewesen und nichts weniger als die Hervorrufung einer päpstlichen Einmischung bezweckt habe. Tisza erhielt bald darauf die Genugthuung, daß der Generalkonvent der reformierten Kirche ihn in begeistertsten Worten als Stütze derselben feierte. Am Ende der Budgetberatung, am 18. März, wurde dem Ministerpräsidenten wegen seiner bisherigen Erfolge in den kirchlichen Fragen im Abgeordnetenhaus eine stürmische Huldigung gebracht. Der Weg schien nun für die Regierung geebnet, und sie brachte am 26. April die ersten zwei kirchenpolitischen Vorlagen ein, nämlich ein Gesetz über Zivilstandsregister, und ein Gesetz, wodurch die israelitische Religion für gesetzlich rezipiert erklärt und der Übertritt von ihr zur christlichen sowie umgekehrt gestattet wird. Daran schloß sich, ungehindert durch das Mißtrauen, welches das Oberhaus am 10. Mai dem Ministerium Wekerle wegen seines kirchenpolitischen Programms erteilte, am 17. Mai eine Gesetzesvorlage über die freie Religionsübung. Die Beratung dieser Vorlagen wurde auf die Herbsttagung verschoben.

Die übrigen Gegenstände, welche den Reichstag während seiner Frühjahrstagung beschäftigten, waren von geringerer Bedeutung, wengleich es dabei im Abgeordnetenhause öfters recht lebhaft herging. Der Abg. Ugron regte im Januar ein Gesetz an, wodurch die Befähigung der Anwärter auf den Thron genau bestimmt würde, zog aber den Antrag auf Weyerles Hinweis, daß dies völlig geregelt sei, zurück. Der Abg. Bartok regte Maßnahmen gegen die Einwanderung der auf der tiefsten Bildungsstufe stehenden russischen Juden an. Statt der Tagegelder von 5 Gulden 25 Kreuzer für den Abgeordneten führte das Haus ein Abgeordnetenonorar von jährlich 2400 Gulden und 800 Gulden Wohnungszulage ein. Das Budget für 1893 wurde auf 486 183 521 Gulden Einnahme und 470 122 Gulden Überschuß festgesetzt. Im Mai handelte es sich wieder um die Frage des Honveddenkmals in Pest, über das schon im vorigen Jahre so viel Aufregung entstanden war. Diesmal richtete sich der Sturm gegen das an die Landwehr gerichtete Verbot, an der Feier teilzunehmen; die Minister blieben jedoch fest dabei, daß die Landwehr sich ebenso wie das Heer von der Politik fern halten müsse. Am 30. Mai wurde der Reichstag vertagt.

Viele Kreise der Bevölkerung hatten sich dadurch bedrückt gefühlt, daß der König, seiner Gewohnheit zuwider, fast ein halbes Jahr nicht im Lande erschienen war, und man glaubte den Grund darin zu sehen, daß im vorigen Jahre der frühere Diktator Kossuth mit so großen Ehren gefeiert war. Um so größer war die Freude, als der König am 3. Mai in die Ofener Hofburg wieder einzog und der für jene Auszeichnung dank sagenden Abordnung der Stadt Pest versicherte, daß er an ihrer Anhänglichkeit nicht zweifele.

Die im vorigen Jahre begonnene Bewegung der Rumänen Siebenbürgens setzte sich in verstärktem Maße fort. Ihre Beschwerden richteten sich gegen die Nichtbeachtung des Nationalitätengesetzes von 1868, gegen das Wahlgesetz, welches den drei Millionen Rumänen keine entsprechende Vertretung im Reichstag ermöglichte und gegen die Magyarisierungsabsichten der maßgebenden Kreise Ungarns. Der vorjährige Versuch, diese Beschwerden mit Umgehung des ungarischen Ministeriums dem Kaiser in Wien vorzutragen, mißglückte gänzlich. Infolge dessen verschärfte sich der Gegensatz beider Nationalitäten sowohl in Siebenbürgen als auch in Ungarn und dem

Banate; ein rumänischer Nationalkongreß in Hermannstadt bestätigte am 23. Juli jene Forderungen, zu deren Geltendmachung er eine Verbindung mit der gesamten nichtmagharischen Bevölkerung Ungarns anzubahnen beschloß. Nicht förderlich für die Sache der Rumänen war eine großrumänische Kundgebung, die am 1. August in Predral stattfand, wo die Fahne des Königreichs Rumänien entfaltet wurde und der frühere dortige Minister Urechia, der eifrigste Verfechter der großrumänischen Idee, die Festsrede hielt.

Vom 14. bis 21. September fanden im westlichen Ungarn die schon oben (S. 131) erwähnten Manöver unter Verwendung ganzer Armeen gegen einander statt. Nach der zu Grunde liegenden Idee marschierte eine feindliche Linie, nach Überschreitung der Drau, auf Wien und stieß bei Güns auf eine zwischen Wien und dem Neusiedler See stehende Armee. Die Einleitung bildete ein interessantes Vorgehen der beiderseitigen Reitermassen, den Schluß ein Kampf auf einer Schlachtlinie von 20 Kilometern. Kaiser Franz Joseph nahm mit einer Reihe fremder Fürsten an den Manövern teil und sprach dann durch Armeebefehl seine hohe Befriedigung über die Ausführung des Planes aus. Die Zeit der Manöver gab dem Kaiser Gelegenheit zum Empfang verschiedener Abordnungen, von denen die in Güns am 17. September eine politisch bedeutsame Antwort erhielten. Die Abordnungen einiger Städte wies er nämlich darauf hin, daß sie neben ihren übrigen Pflichten auch die Aufgabe hätten, das Volk vor dem Einfluß irreführender Schlagworte und unfruchtbarer Versprechungen zu bewahren; daran knüpfte er die sowohl gegen die äußerste Linke als auch gegen die Apponyi-Partei gerichteten scharfen Worte: eine Erschütterung der Grundlage, auf welcher Ungarn in den letzten Jahrzehnten so erfreulich aufgeblüht sei, würde den Glauben an den bestehenden gesetzlichen Zustand schwächen und den wahren Interessen des Landes wie der Monarchie widerstreiten.

Als sich gegen Ende des Sommers alles der für Ungarn brennendsten, der kirchenpolitischen Frage wieder zuzuwenden begann, trat am 2. September der Papst mit einem Rundschreiben an die ungarischen Bischöfe auf. Dieses enthielt jedoch nicht einen Schlachtruf im Sinne des bisherigen Auftretens der Bischöfe, es zeichnete sich vielmehr durch große Ruhe und Vorsicht aus. Der Papst vermied jede Anspielung auf die Pläne der Regierung und wies

nur im allgemeinen auf die in Ungarn immer größer werdenden Gefahren für die Religion sowie darauf hin, daß hier die Freunde des Katholizismus durch Anwendung der passendsten Waffen die Kirche in einen schlimmen Zustand versetzen wollten. Den kirchenpolitischen Streit deutete der Papst nur durch Hinweisung auf die Punkte an, die in letzter Zeit in Ungarn „lebhafter erörtert wurden“, und bezüglich dieser Punkte lautete die Anweisung nur dahin, es sei Sache der Bischöfe, einträchtig dahin zu wirken, „daß Priester wie Laien genau erkennen, was ihnen erlaubt ist und wovor sie sich hüten müssen“; zur Abhaltung vieler Übel möchten die Seelsorger die Menge von der Eingehung gemischter Ehen überhaupt abzuhalten suchen. Bemerkenswert war ferner die Mahnung an die Priester, sich nicht allzusehr der Politik zu widmen, der Befehl an die Bischöfe, „auch nicht im Geringsten von dem abzugehen, was der apostolische Stuhl geboten hat“, und die an die Bischöfe gerichtete Versicherung des Wohlwollens und der Beihilfe des Monarchen. Der Unwille der bisher so streitbaren Bischöfe über die Mäßigung des klugen Leo kam zum Ausdruck in einem Versuche des Primas Vaszary, einigen Stellen eine andere Auslegung zu geben und, hierauf gestützt, die Geistlichkeit zu bestimmen, alle gesetzlichen Mittel zur Verhinderung der Maßregel anzuwenden, die mit den Satzungen der katholischen Kirche in Widerspruch stehen.

Der Reichstag trat am 27. September wieder zusammen. Das dem Abgeordnetenhaus vorgelegte und vom Ministerpräsidenten in längerer Rede beleuchtete Budget für 1894 wies 465 003 942 Gulden in Einnahme, 464 992 254 Gulden in Ausgabe, mithin einen Überschuß von 11 688 Gulden auf. Bald darauf wurden an das Ministerium Anfragen bezüglich der kirchenpolitischen Frage und bezüglich der obigen vom König verschiedenen Abordnungen erteilten Antworten gerichtet. Ministerpräsident Weyerle erwiderte mit der Versicherung, daß die Krone schon bald die Genehmigung zu einer Gesetzesvorlage über Einführung der obligatorischen Zivilehe geben werde. Die andere Anfrage bezog sich besonders auf eine Antwort, die der König am 10. September in Boros-Sebes auf Ansprachen von Abordnungen der römisch- und der griechisch-katholischen Geistlichkeit gegeben und die in der Aufforderung bestanden hatte, gegenüber übertriebenem Chauvinismus und verdammungswürdigen Straßenausbreitungen für

friedliche Eintracht unter den Nationalitäten des Landes zu wirken. Wekerle sprach sich am 6. Oktober in seiner Antwort sehr maßvoll über die Nationalitätenfrage aus und sagte, man könne nicht leugnen, daß im öffentlichen Leben Ungarns unzweifelhafte Anzeichen der Unduldsamkeit und des politischen Terrorismus vorlägen; die Opposition gehe darauf aus, die Krone und den Hof gegen die Regierung auszunützen. Der Minister des Innern v. Hieronymi fügte hinzu, die Politik der Regierung gehe dahin, alle Bestrebungen gegen die Staatseinheit strengstens zu bestrafen, sie wolle jedoch wegen einzelner Agitatoren nicht eine ganze Nation verurteilen; das ungarische Volk habe insbesondere Kraft genug, seine Einheit gegen die Bestrebungen eines Teiles der rumänischen Nationalität zu schützen, welcher die Verschmelzung mit einem anderen Staate anstrebe. Der Justizminister Szilagyi endlich erklärte am 12. Oktober, der Hinweis des Monarchen auf die Grundlage des Ausgleichs mit Osterreich sei nur der Ausfluß der reinsten, pflichtbewußten Erfüllung seines höheren Berufes. Alle diese Antworten wurden mit größtem Beifall aufgenommen; nur die Partei Apponyis konnte sich nicht beruhigen und bewies durch die stürmischen Szenen, welche sie jetzt herbeiführte, nur, wie sehr sie sich durch die Reden des Monarchen und der Minister getroffen fühlte. Apponyi suchte die Frage hinüberzuspielen auf die zu Kundgebungen ausersehen gewesene Sache des Ofener Honved-Denkmal, von dessen Feier fern zu bleiben, eine Feigheit der Minister, gleichwie ihre heutige Erklärung eine Versündigung gegen die Nation sei. Darauf antwortete Wekerle in sehr scharfem Tone, infolgedessen die meisten Mitglieder dieser Partei den Saal verließen. Auch dieses geißelte Wekerle als Komödie und gab eine solche Schilderung Apponyis, daß dieser sein Bedauern darüber aussprach, die Würde des Ministerpräsidenten in den Händen eines solchen Mannes zu sehen. Derselbe wurde aber vom Abgeordnetenhaus mit größtem Jubel begrüßt, als er am 9. November hier Mitteilung von der erlangten königlichen Ermächtigung, die Vorlage zur Regelung des Eherechts einzubringen, machte. Sie erfolgte am 2. Dezember und wurde vom Justizminister eingehend begründet. Er erinnerte an die 25jährigen Bestrebungen, die nun erfüllt werden sollten, und bezeichnete diese Reform als hervorgewachsen aus dem Boden der Duldsamkeit, Gleichheit, Freiheit und Rechtseinheit; auch entspreche

sie dem Zwecke, die verschiedenen Bestandteile der Nation durch einheitliche Einrichtungen zu verschmelzen. Schon deshalb müsse die Ehegerichtsbarkeit verstaatlicht werden; die obligatorische Form der bürgerlichen Eheschließung bewahre die Kirche vor zweifelhaften Lagen. Diese Reform enthalte keine Verletzung der Kirche, weil sie nichts gebiete, was die Kirche verbietet und niemanden zu etwas zwingt, was sein Glaube verpönt. Gleich nach dieser mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede überreichte der Kultusminister Graf Esáky einen Gesetzentwurf, der den Wünschen der Katholiken in Bezug auf die Religion der aus Mischehen stammenden Kinder entgegenkommt. Die Entscheidung wird hiernach vollständig den Eltern anheimgestellt. Mit diesen beiden Vorlagen werden die kirchenpolitischen Reformen abgeschlossen sein. Ihre Beratung findet im nächsten Jahre statt, aber am 7. Dezember erklärten die Bischöfe in gemeinsamem Hirtenbrieft, durch die neuen Gesetzentwürfe würden die Lehrsätze der katholischen Kirche tief verletzt. Am 15. Dezember genehmigte das Parlament die neue Landsturm-Ordnung.

Dem Ministerium Weyerle gelang es ferner, noch eine andere Angelegenheit durchzusetzen, auf welche das Land das größte Gewicht legte. Obwohl es 1867 beim Ausgleich mit Österreich sich vorbehalten hatte, die Hälfte der Zivilliste des Monarchen zu tragen, besaß Ungarn bisher so wenig eine Vertretung im Hofhalte, daß selbst bei Feierlichkeiten, die sich in Ungarn abspielten und ausschließlich Ungarn angingen, die Wiener Hofwürdenträger auftraten. Seit Jahren war darüber geklagt, aber immer vergeblich. Endlich erfüllte ein königlicher Erlaß vom 26. November über die Errichtung eines besonderen ungarischen Hofstaats diesen Herzenswunsch. Fortan sollen die Bannerherren der Länder der Stefanskronen bei allen staatsrechtlichen und höfischen Amtsthätigkeiten, die Ungarn und seine Staatsangehörigen betreffen, zur ausschließlichen Dienstleistung um den König herangezogen werden; auch soll eine ständige Vertretung des Hofstaats in Pest geschaffen werden.

Was die ungarische Todtenliste betrifft, so starb am 27. März in Pest der General der Kavallerie Freiherr Leop. v. Edelsheim-Gyulay, der sich bei Magenta sehr ausgezeichnet hatte und den Magyaren als Ideal eines ungarischen Husarenoffiziers galt. Am 1. Oktober kam der erste Vizepräsident des Abgeordnetenhauses

Alexander von Bokroß durch Selbstmord ums Leben. Am 26. November starb der Judex curiae v. Szöghény-Marich. — Der erste Bischof der evangelischen Kirche Siebenbürgens, Teutsch, starb am 3. Juli und erhielt zum Nachfolger den Stadtpfarrer Müller in Hermannstadt. — Dem Komponisten Franz Liszt wurde am 3. September in Odenburg ein Denkmal gesetzt.

Rußland.

Das russische Reich hielt, da ohne seine Beihilfe das kriegsbereite Frankreich zum Rachekrieg gegen Deutschland nicht zu schreiten wagt, auch in diesem Jahre die Entscheidung über den Frieden Europas in der Hand, die russischen Machthaber bewahrten jedoch fortgesetzt große Zurückhaltung. In dem Bestreben, mit diesen beiden Seiten gute Beziehungen zu erhalten, fuhren sie in einer Weise fort, die bald den Eindruck von Unentschiedenheit machte, bald Mißtrauen erweckte. Einerseits schien die Sendung des Großfürsten-Thronfolgers im Januar nach Berlin (S. 7), ungeachtet der gerade in der Krisis befindlichen deutschen Militärvorlage, kaum einen Zweifel über die besten Beziehungen Rußlands zu Deutschland übrig zu lassen, andererseits kam es wiederum zu amtlichen Kundgebungen, welche in Frankreich neue Hoffnungen hervorriefen, und man konnte der Auffassung geneigter werden, daß der Zar dem Kriegseifer der Panславisten durch solche bloße Kundgebungen habe genügen wollen, um sich mit ihm abzufinden. Viele Vorgänge im Reiche deuteten darauf hin, daß man die auswärtigen Fragen in Schwebelag zu halten wünsche, um vor allem in mancherlei militärischen Vorbereitungen sowie in der Besserung der inneren Verhältnisse fortzufahren. Hierzu gehörte die unausgesetzte Thätigkeit zur Verschmelzung der fremden Nationalitäten des Reiches mit der russischen. In Polen, namentlich in Lodz, wurde im Januar die Ausweisung deutscher Fabrikanten mit besonderem Eifer betrieben, zum Teil infolge der heftigen Agitation der unter der Führung des Panславistenführers Grafen Ignatiew stehenden Petersburger „Gesellschaft zur Förderung russischer Industrie“. Am 13. April wurden in Lodz 150 deutsche Werkmeister auf Befehl der Behörden entlassen, weil sie der russischen Sprache nicht mächtig waren, und

im Juli schärfte der Generalgouverneur von Wilna, Kowno und Grodno, General v. Orschewski, ältere Verfügungen wieder ein, wonach zu den Verbrechen politischen Charakters der Gebrauch der polnischen Sprache bei den Gerichtsbehörden, beim amtlichen Verkehr mit den Behörden, bei öffentlichen Bekanntmachungen, in Gesellschaftsräumen, auf den Promenaden, in Cafés, Läden und Magazinen gehöre; „streng und unerbittlich“ sollte hinfort das Verbrechen dieser Zuwiderhandlungen bestraft werden. Zu diesem System gehörte auch die Feier des 100jährigen Jubiläums der zweiten Teilung Polens, wodurch dem „russischen Gedanken“ kräftiger Ausdruck verliehen werden sollte.

Wie in Polen, so setzen sich die Russifizierungen in den Ostseeprovinzen ungemindert fort. Durch kaiserlichen Erlaß vom 26. Januar wurden den Städten Dorpat und Dünaburg diese ihre alten Namen genommen. An Stelle des lettischen Namens Dorpat sollte der Name Surjew treten, der von einer vom Zaren Swan dem Schrecklichen für kurze Zeit bei Dorpat errichtet gewesenen Zwingburg entlehnt war. Der Name der vom deutschen Orden gestifteten Kreisstadt Dünaburg sollte fortan Dwinsk sein. Dies war allerdings schon vom Zaren Nikolaus beabsichtigt, die damalige Freundschaft mit Preußen hielt jedoch von dem Schritte ab. Die Russifizierung der Universität Dorpat schritt ebenfalls stark weiter. Sobald eine Professur erledigt wurde, rückte ein Stockrusse ein. Die letzten deutschen Professoren der Juristenfakultät traten von ihren Ämtern zurück und an Stelle des Prorektors wurde ein russischer „Inspektor“ gesetzt. Dagegen ließ sich die Anordnung, daß vom 1. August an alle Professoren in russischer Sprache vortragen sollten, nicht aufrecht halten; der Zeitpunkt mußte vielmehr um zwei Jahre verschoben werden. Die Dissertationen behufs Erlangung gelehrter Grade in Dorpat mußten jedoch vom September an in russischer Sprache abgefaßt werden, und ohne Befragen der theologischen Fakultät wurde ein Panflavist als Professor für Kirchengeschichte bestellt. Im September erging sodann eine kaiserliche Verordnung, welche die evangelische Bevölkerung aufs tiefste verletzte; es sollte nämlich in denjenigen Ortsgemeinden, in welchen Letten wohnen, der Religionsunterricht in der Schule ausschließlich in russischer Sprache erteilt werden, weil sonst „die Kinder der Letten, die sämtlich des Deutschen

nicht mächtig wären, aus dem deutscherteilten Religionsunterrichte keinen sittlichen Vorteil ziehen könnten.“ Damit war beabsichtigt, die große Masse der Letten, etwa eine halbe Million Seelen, für den griechischen Glauben und somit für das Russentum überhaupt zu gewinnen, nachdem es in den letzten Jahren gelungen war, vorläufig 50000 Letten dem evangelischen Glauben abspenstig zu machen. Seit April wurde ferner in den Ostseeprovinzen jede Amtshandlung nebst ihren Folgen für nichtig erkannt, die ein protestantischer Prediger an einer nach russischer Anschauung zur griechischen Kirche gehörenden Person vorgenommen hat, z. B. Trauungen von Personen, die in Deutschland vom griechischen zum protestantischen Glauben übergetreten waren. Die in Riga lebenden Angehörigen des Deutschen Reichs wünschten für ihre Kinder eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu gründen. Dies suchte der Gouverneur von Livland in jeder Weise zu verhindern, der deutsche Botschafter in Petersburg setzte aber die Genehmigung durch. In Finnland rief eine Reihe von Russifizierungsmaßregeln eine hochgradige Erbitterung hervor, welche dahin führte, daß der Hilfsausschuß in Helsingfors die Geldsummen zurückwies, die auf Antrieb des Zaren im ganzen Reiche zur Linderung der schweren Hungersnot im Norden und Osten Finnlands veranstaltet war, und zu welcher der Thronfolger 50000 Rubel beigesteuert hatte. Dem Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde durch Tagesbefehl des Generalgouverneurs Grafen Heyden für sein „taktloses Vorgehen“ Rüge und Warnung erteilt. Im übrigen Reiche zeigte sich der Notstand bei weitem nicht so stark als im vorigen Jahre, wenngleich im Oktober die rückständigen direkten Steuern 110 Millionen Rubel betragen; nur im Gebiete der Donkosaken gab es infolge von Mißernte, Cholera und anderen Unglücksfällen viele Not, zu deren Linderung der Zar 100000 Rubel spendete; aber die Maßregeln gegen die Kinderpest in den Kosakenstationen riefen eine förmliche Empörung hervor, zu deren Bekämpfung Truppen aus Charkow herangezogen wurden, und der Zar nannte in einem Erlaß „an die Bewohner der Stanizen des ruhmreichen Don-Heeres“ jene Vorgänge eine Schande. Gegen die Katholiken wurde in Littauen eine heftige Verfolgung in Szene gesetzt, wie sie gräßlicher kaum in den finstersten Zeiten eines früheren Zeitalters vorgekommen ist. Kosaken ritten in die Kirche zu Koroze, richteten unter der hier versammelten Gemeinde ein scheuß-

liches Blutbad an und vernichteten die Heiligtümer. Im übrigen kamen größere Unruhen nur bei den Arbeitern in den Webereien der Provinz Kjäfan vor.

Schien auch ein wirklicher Krieg mit Deutschland keineswegs wahrscheinlicher geworden als in den letzten Jahren, so kam es mit ziemlicher Plöglichkeit doch zu einem Zollkriege mit Deutschland. Im Februar hatten Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit der deutschen Regierung begonnen, sie waren aber im Laufe der folgenden Monate nicht weiter gerückt, vielleicht unter dem Eindrucke der in Deutschland laut gewordenen Besorgnisse vor weitgehenden Zugeständnissen an Rußland. Als nun im Juni die Wahlen zum deutschen Reichstage stark im Sinne des infolge jener Besorgnisse hervorgetretenen Bundes der Landwirte ausgefallen waren, verschmähte die russische Regierung vorerst eine fernere Verfolgung des Wegs sachlicher Erörterung und suchte durch Verhängung von Nachteilen für die deutsche Industrie die bisher nicht erlangten Zugeständnisse zu erzwingen. Eine kaiserliche Verordnung vom 26. Juni verfügte, daß der bestehende Zolltarif als Minimaltarif angesehen und den Ländern zugestanden werde, welche die russischen Erzeugnisse unter den günstigsten Bedingungen zur Ein- und Durchfuhr zulassen, daß aber die Länder, welche Rußland nicht die Behandlung der meistbegünstigten Nationen zugestehen, einem Maximaltarife unterworfen werden sollten, in dem auf eine längere Reihe von Waren Aufschläge von 30, 20 und 15% gesetzt wurden. Daran schloß sich am 20. Juli ein Erlaß wegen Erhebung eines Zollzuschlags von 50% von den Erzeugnissen des Bodens und der Industrie Deutschlands sowie seiner Schutzgebiete. Die deutscherseits am 25. Juli hiergegen ergriffenen Maßnahmen schienen jedoch schon bald eine besonnene Stimmung in Petersburg hervorzurufen; die am 11. August erfolgte Veröffentlichung einer russischen Denkschrift über den bisherigen Gang der Zollverhandlungen mit Deutschland nahm sich fast wie eine Entschuldigung aus, und der Finanzminister v. Witte erklärte Ende August dem Meßkomité in Nischnei-Nowgorod, Rußland habe kein Interesse an der Fortdauer dieses Zollkriegs, unter dessen Folgen beide Reiche leiden müßten.

Der Zar erhielt am 13. Januar den Besuch des Emirs von Buchara, Achad Chan, und seines Sohnes, die mit großer Aus-

zeichnung, dabei aber doch im Ton einer gewissen Herablassung aufgenommen wurden. Der Emir erhielt die Brillant-Abzeichen des Alexander-Newski-Ordens mit einem Schreiben, in dem der Zar den Emir mit Durchlaucht anredete und der Verdienste desselben um die Erhaltung guter Beziehungen zu Rußland gedachte. Am 16. Januar nahmen der Zar und seine Gemahlin die Geschenke entgegen, welche der Emir ihnen nach orientalischer Sitte darbrachte. Sodann wetteiferte die vornehme Gesellschaft der Hauptstadt in Ehrenbezeugungen für den asiatischen Herrscher, der vor Dinern und Bällen keinen Tag zur Ruhe kommen konnte. Das glänzendste Fest veranstaltete ihm der enorm reiche Herr Prisselkow, wobei auch eine Theateraufführung in persischer Sprache stattfand. Der Sohn des Emirs trat in das Petersburger Nikolai-Kadettenkorps. Am 11. Februar traf der Erbprinz Danilo von Montenegro zum Besuche des kaiserlichen Hofes ein und versicherte dem slavischen Wohltätigkeitskomitee, daß er Rußland ebenso ergeben sei wie sein Vater, den der Zar bekanntlich einst seinen besten Freund genannt hat. Die kaiserliche Familie traf am 31. März zu mehrwöchigem Aufenthalte in Jalta an der Südküste der Krim ein. Von hier begab sich der Zar nach Sebastopol, wo er am 21. Mai Revue über die gesamte Flotte des schwarzen Meeres hielt. Als die kaiserliche Familie auf der Heimreise an der Station Borki anlangte, verließ sie den Bahnzug und verrichtete ein Gebet in der Kirche, die an der Stelle erbaut ist, an der sie vor einigen Jahren ein Eisenbahnunglück erlebte. Der Zar wurde hier vom Erzbischof von Charkow mit einer Ansprache begrüßt, in der er auf die gegenwärtige Weltstellung Rußlands mit den Worten anspielte: „Kings um Dich werden Kaiser und Herrscher verlegen, Nationen schüchtern, die ganze Welt gerät in Erregung, aber Deine Hand, die das Steuer des Reichs lenkt, zittert nicht.“ Am 24. Mai traf die kaiserliche Familie in Moskau ein. Als sie hier, nach dem üblichen Kirchgang im Kreml, auf der historischen roten Treppe erschien und sich vor der Menge verbeugte, brach diese in stürmischen Jubel aus. Am folgenden Tage fand in Moskau die Grundsteinlegung zu einem Denkmal Kaiser Alexanders II. statt. Seinem an der Spitze der dortigen Verwaltung stehenden Bruder Sergei sprach der Zar mittels Erlasses Dank für seine Sorge um die Entwicklung der Wohlfahrts-einrichtungen aus. Großfürst Alexis besichtigte am 9. Juni die

französische Flotte vor Algier und wies deren Offiziere auf die hohe ihnen bevorstehende Aufgabe hin. Während der heißen Zeit brachte die kaiserliche Familie in den finnischen Scheren zu, wo sie jedoch mit ihrer Yacht auf eine Sandbank geriet, und am 24. August weilte sie in Vibau, wo in Gegenwart von 16 Kriegsschiffen die feierliche Grundsteinlegung des Kriegshafens stattfand. Der Bau hatte schon vor Jahr und Tag begonnen, aber die Feier sollte eine gewisse politische Bedeutung haben, denn die Anlegung dieses Werkes beruht auf der Erwägung, daß im Falle eines Kriegs mit einer überseeischen Macht die russische Flotte in Kronstadt und Reval durch ein überlegenes feindliches Geschwader oder durch Minen am Eingange des finnischen Meerbusens einfach abgesperrt werden kann und daß der Kronstädter Hafen leicht vereist. So schien die Anlegung eines Hafens außerhalb dieses Meerbusens unentbehrlich. In einem Tagesbefehl aus Vibau an die baltische Flotte bezeichnete der Zar diese Anlage als einen alten Plan seiner Vorgänger und er vertraute ihre Verteidigung dem Heldenmuth der baltischen Seeleute in der Überzeugung an, daß sie „treu den Überlieferungen so vieler im baltischen Meere erfochtener Siege“ verstehen würden, Angriffe auf die Grenze vor jeglichem Anschläge zu bewahren. Aufsehen erregte die Bemerkung der „Moskauer Ztg.“ des Reichsrats v. Kapustin, wonach entscheidend für die Wahl Vibau's die Nähe Kopenhagens gewesen sei.

Die größte Aufmerksamkeit erregte Rußland in diesem Jahre durch die Erwiderung des französischen Flottenbesuchs von 1891 in Kronstadt durch einen russischen Flottenbesuch in Toulon. Russischerseits schien man, wie schon die zweijährige Zwischenzeit zeigte, auf eine Kundgebung nicht eben erpicht zu sein. Erst die Rückkehr der fünf russischen Kriegsschiffe von den Columbischen Festen in Amerika legte den Gedanken an die Erwiderung der Höflichkeit nahe, denn die Schiffe mußten ja ohnehin nordfranzösische Häfen passiren. Auch ein zweimaliger Aufschub des Planes bewies, daß man in Rußland fortgesetzt nicht besonders dafür erwärmt war. Der Aufschub war eingetreten, weil der bereits im August in Aussicht befindliche gar zu fanatische Festübereifer der Franzosen den Zaren ärgerlich gemacht hatte, da er sich die Bedeutung des Vorgangs nicht diktieren lassen wollte. Aus Kopenhagen, wo er gerade weilte, ließ er sogar noch einen zur Abkühlung bestimmten Wasserstrahl nach

Frankreich richten. Wie eine erste Verwarnung klang es, als der „Graßhdanin“ Mitte September das Lob der Politik der freien Hand pries, die keine Bündnisse erstrebe, auch auf die Gefahr eines Hinüberzüngelns umstürzlerischer Gedanken von Frankreich nach Rußland hinwies und gleichzeitig die den amtlichen Petersburger Kreisen nahe stehende „Agence russe“ den Wunsch hoher Kreise nach ausschließlich friedlichem Gepräge der Kundgebungen aussprach. Diese Mahnungen wurden jedoch von den Franzosen in ihrem Delirium nicht beachtet oder nicht verstanden. Man hielt daher in Petersburg eine zweite und eindringlichere Verwarnung nötig. Sie wurde nicht wieder an die Massen, sondern an die französische Regierung selbst gerichtet, die nun bekannt geben ließ, daß sie die Leitung der Feste für sich beanspruche. Gleichzeitig erging sich der zum russischen Botschafter in Beziehung stehende Pariser „Figaro“ in Hinweisen darauf, daß Rußland Frankreich nur bei einem verteidigenden, nicht bei einem angreifenden Vorgehen unterstützen werde. Der Flottenbesuch war anfangs in Cherbourg oder Brest beabsichtigt; da aber die französische Regierung von der Wahl eines dieser Häfen Eifersucht zwischen denselben befürchtete, so schlug sie Toulon vor. Die Russen waren, angeblich aus Besorgnis vor der Cholera, nicht gleich damit einverstanden; die Stimmung schlug jedoch um, weil sich dem Plane für Rußland eine neue politische Aussicht zu eröffnen schien, die man wenigstens vorläufig nicht von der Hand weisen mochte. Der russischen Flotte war eben Gelegenheit geboten, sich in dem der Pontusflotte verschlossenen Mittelmeere zu zeigen. Begreiflich schloß sich daran der weitere Gedanke, daß man so vielleicht sogar eine dauernde Station im Mittelmeere erreichen könne. In seiner jetzigen Stimmung würde Frankreich gewiß bereitwillig hilfreiche Hand dazu bieten, ohne dem Gedanken erheblichen Raum zu gewähren, daß die Anwesenheit einer russischen Flotte in diesen Gewässern ihm auch mal sehr unbequem werden könne. Die gedämpfte Stimmung in Frankreich hob sich wieder, namentlich suchte man etwas darin, den Flottenbesuch als Antwort auf die als Provokation angesehenen deutschen Manöver in Elsaß-Lothringen hinzustellen, und russischerseits hatte man jetzt wenigstens insofern Anlaß, mit dieser Stimmung zufrieden zu sein, als sie der am 13. September begonnenen Zeichnung auf eine neue russische Anleihe von 200 Millionen Francs entgegenkam, die zur

Umwandlung der 6prozentigen Anleihe von 1883 bestimmt war. In einem Teile der russischen Presse fand übrigens die Stimmung der Franzosen Widerhall. So sagte der Petersburger „Swet“, beide Völker würden durch ein Bündnis fähig werden, die durch den zeitweiligen Erfolg Deutschlands aufgewühlten Wogen in Mitteleuropa auf immer zu glätten, und der Petersburger Adel brachte am 13. Dezember bei einem Bankett zu Ehren des französischen Gesandten, Grafen Montebello, stürmische Huldigungen für Frankreich.

An hervorragenden Personalveränderungen ist die Amtsenthebung des Geh. Rats Durnowo als Direktor der Staatspolizei Rußlands und seine Ersetzung durch General Petrow, Stabschef des Gendarmeriekorps, zu erwähnen sowie die am 15. April erfolgte Ernennung des Geh. Rats Zermolow, Gehilfen des Finanzministers v. Witte, zum Minister der Reichsdomänen. — Was die russische Totenliste betrifft, so starb am 2. Februar in Petersburg der General-Adjutant Timaschew, 1867 Leiter des Ministeriums des Innern und Urheber der ersten Schritte zur Russifizierung der Ostseeprovinzen. Der Moskauer Bürgermeister Alexejew, einer der verdienstvollsten Männer auf dem Gebiete des Gemeindefensens, wurde am 21. März von einem eine Bittschrift überreichenden Kleinbürger in dem Augenblicke erschossen, als er den neugewählten Stadträten den Eid abnehmen wollte. Am 28. April starb in Petersburg im Alter von 71 Jahren Fürst Alex. Dondukow-Korsjakow, der 1878, nach dem Frieden von San Stefano, mit der Organisation des neugeschaffenen Fürstentum Bulgarien betraut wurde, diesem eine freisinnige Verfassung gab und mit seinem Wunsche, den dortigen Thron zu erlangen, am damaligen Zaren scheiterte, der seinen Neffen Alexander v. Battenberg vorzog.

Frankreich.

Der Präsident der Republik, Carnot, sprach sich am 1. Januar dem diplomatischen Korps gegenüber, wie im vorigen Jahre, außerordentlich friedlich aus. Er pries den Frieden und die Eintracht als die wichtigsten Bande aller Völker und hob hervor, daß das von den Gefühlen der Brüderlichkeit für dieselben erfüllte Frankreich von der

„Geschichte“ zur edlen Rolle des Fortschritts und der Humanität berufen sei. Diese Aussprüche waren an sich ganz hübsch, wenn man nur nicht täglich sähe, daß gerade Frankreich mit seiner Revanchelust fortwährend den Frieden des Erdteils bedroht. Was aber Frankreichs Fortschritt und Humanität betrifft, so knüpften schon Vorgänge in den ersten Tagen des Jahres an die durchaus nicht in dieses Fach schlagenden Ereignisse in der Panamasache an, mit welchen zur tiefsten Beschämung des Landes und zum Nachteil seines Ansehens das alte Jahr geschlossen hatte. In der Voruntersuchung zu dem in dieser Angelegenheit zu erhebenden Prozesse hatte der mitangeschuldigte frühere Arbeitsminister Baihaut Ausagen gemacht, infolge deren die öffentlichen Angriffe gegen den Kriegsminister Freycinet sich täglich so sehr mehrten, daß dieser samt seinen Kollegen die Notwendigkeit seines Rücktritts einsah. Dies konnte in angemessener Weise nur durch den Rücktritt des ganzen Ministeriums Ribot geschehen. Es bat am 10. Januar um Entlassung, worauf Carnot, gleichzeitig mit der Bewilligung, an Ribot den Auftrag zur Bildung eines neuen Ministeriums gab. In dieses wurden alle bisherigen Minister außer Freycinet, Loubet und Burdeau aufgenommen. Loubet, der bisherige Minister des Innern, benutzte nämlich diese Gelegenheit zum Ausscheiden, weil er sich beim ganzen bisherigen Verlauf der Panamasache offenbar nicht wohl gefühlt hatte. Es war ihm zwar nichts vorzuwerfen, aber immerhin hatte er in der Presse den bloßgestellten früheren Minister Rouvier verteidigt. Mit mehr Grund wurde der bisherige Marineminister Burdeau ausgeschlossen, denn er hatte 1888 erst gegen, eine Woche später aber für die Panama-Loanleihe gestimmt, und wurde jetzt von Sansleroy beschuldigt, bestochen zu sein. Nach Lage der Dinge ging aber der Zug nun einmal nach gänzlich unbescholtenen Männern. Ribot übernahm nun, neben dem Vorsitz im Ministerrat, das Innere statt des bisher von ihm verwalteten Außern, welches dem bisherigen Ackerbauminister Develle übertragen wurde. An dessen Stelle trat Viger. An Freycinets Stelle übernahm das Kriegsministerium der bisherige Kommandeur des ersten Armeekorps in Lille, der als hervorragender Kavallerist bekannte Generalleutnant Loizillon. An Burdeaus Stelle wurde zunächst der durch den Flottenbesuch in Kronstadt bekannte Admiral Gervais berufen, da er aber Generalstabschef der Marine zu bleiben wünschte,

wurde der durch den Flottenbesuch in Genua bekannte Admiral Nieunier zum Marineminister ernannt. Das solchergestalt am 12. Januar gebildete neue Ministerium sah von einer besonderen Programm-Erklärung in den Kammern ab und beschloß, sich auf gelegentliche Aufschlüsse zu beschränken.

Der 10. Januar hatte aber nicht bloß die Entlassung des Ministeriums gebracht, sondern auch die Wiedereröffnung der vertagten Deputiertenkammer und die Eröffnung des Panamaprozesses vor der ersten Kammer des Pariser Appellhofes gegen Lesseps Vater und Sohn, Eiffel, Fontane, Cottu und Sansleroy. Damit trat diese Angelegenheit so sehr in den Vordergrund allen Interesses, daß während des ersten Vierteljahrs auch die Verhandlungen der Deputiertenkammer ganz davon durchsetzt waren. Der ältere Lesseps war nicht vernehmungsfähig; die Aussagen des jüngeren Lesseps vor Gericht regten das Publikum wieder gewaltig auf, denn je mehr er seine Bestechungen hervorragender Männer verteidigte, um so fauler erschien die ganze Sphäre leitender Persönlichkeiten. Wären, sagte Ch. Lesseps, nicht so bedeutende Summen an Baron Reinach, Herz, Oberndörffer und Baihaut gegeben, so hätte dies den Ruin des Panamakanal-Unternehmens bedeutet; Baihaut habe für Einbringung des Gesetzentwurfs über die Losanleihe eine Million Francs verlangt, aber nur 350 000 erhalten. „Ich gab,“ sagte Lesseps, „diese Summe nur, weil mir das Messer an der Kehle saß, so wie man im Walde einem Räuber die Uhr ausliefert.“ Der Eindruck dieser Eröffnungen wurde gleich darauf durch ausführliche, gegen Freycinet gerichtete Mitteilungen im Pariser „Figaro“ vertieft. Während dieser nämlich vor einigen Wochen in der Kammer erklärt hatte, der in die Panamafache verwickelte Herz habe das Großkreuz der Ehrenlegion als genialer Erfinder und Gelehrter erhalten, ließen diese Mitteilungen ihn als raffinierten Schwindler erscheinen. Fast jede neue Enthüllung von Fäulnis rief Versuche hervor, die Verdächtigung über immer weitere Kreise zu verbreiten, und dabei spielten politische Gründe fortgesetzt eine große Rolle. So zogen, nachdem im Panamajumpfe bereits sechs Minister und der Kammerpräsident Floquet stecken geblieben waren, die Aussagen über Baihaut die heftigsten Angriffe in der Presse gegen Carnot nach sich, weil er so faule Subjekte zu Ministern gemacht und weil er als früherer Finanzminister den

Gesekzentwurf Baihauts mitunterzeichnet hatte; eine Zeitlang wurde in der Presse sogar die Notwendigkeit von Carnots Rücktritt sehr entschieden geltend gemacht. Dagegen wurde jedoch nachgewiesen, daß Carnot damals in der Kommission der Kammer sich gegen jenen Gesekzentwurf ausgesprochen hatte und ihn, nachdem er genehmigt worden, nur aus formellen Gründen hatte mitunterzeichnen müssen. Dennoch erhoben nun auch Blätter wie Figaro, Siècle, Justice und Lanterne den Ruf nach Carnots Rücktritt. Der Vorwurf, mit Geldern der Panamagesellschaft sich haben bestechen zu lassen, wurde in der Presse ferner gegen den russischen Botschafter v. Mohrenheim in Paris und gegen den früheren italienischen Botschafter General Menabrea erhoben. Als ersterer darauf den Präsidenten Carnot wissen ließ, er habe den Zaren um Abberufung gebeten, entstanden in der Regierung Besorgnisse wegen Erhaltung des guten Verhältnisses zu Rußland, dessen Pflege gerade ein patriotisches Axiom geworden war. Minister Derville beeilte sich daher, fünf polnische Sozialisten als russische Nihilisten auszuweisen und den Urheber der Nachricht über den russischen Botschafter, den Korrespondenten des „Pesti Hirlap“ über die Grenze zu schaffen, eine Maßregel, die in Ungarn Aufregung und Einsprachen hervorrief; dem Baron v. Mohrenheim aber drückten die Minister Ribot und Derville ihr großes Bedauern aus und in einer halbamtlichen Note an die Zeitungen ließen sie mit entrüsteten Worten gegen „die schamlosen Verleumdungen der Hetzpresse“ protestieren, die sogar vor den Botschaftern der Mächte nicht mehr Halt mache. Zu derselben Zeit erregte die Mitteilung eines New-Yorker Blattes Aufsehen, daß der ältere Lesseps schon im Jahre 1880 dreizehn Millionen an die Mitglieder des „amerikanischen Ausschusses“ der Panamagesellschaft verteilt habe, welchen er behufs Niederhaltung nordamerikanischer Versuche, dem Panamakanal Schwierigkeiten zu bereiten, damals in New-York gebildet hatte. Nach französischer Gewohnheit konnte es nicht fehlen, daß die Verdächtigungen auch gegen Deutschland züngelten. Mit ihren Angaben bezüglich v. Mohrenheims in die Enge getrieben, führten die Hetzblätter sie nunmehr auf Korrespondenten des Dreibundes und die Absicht derselben zurück, das russisch-französische Bündnis zu beeinträchtigen, die ganze Panamafäulnis aber auf die Träger deutscher Namen wie v. Reinach und Herz, obwohl bekannt war, daß dieser aus Besançon gebürtig war.

Bei Eröffnung der Kammern hatten die Alterspräsidenten versucht, den erregten Gemüthern andere Ziele zu weisen und sie von der ausschließlichen Beschäftigung mit den demütigenden Enthüllungen der letzten Wochen abzulenken. Der Alterspräsident des Senats erinnerte an die katholische Religion, die allein die Kraft besitze, Völker vor dem Falle zu bewahren und gefallene wieder aufzurichten; damit verband er Äußerungen von der Fahne Frankreichs, die in ihren Falten den Frieden Europas trage. Diese Versuche waren jedoch fruchtlos, und schon bei der Wahl des Kammerpräsidenten trat der Eindruck der Panamasache hervor, indem Floquet, der eine sehr zweifelhafte Rolle darin gespielt, nicht wie bisher beim ersten Wahlgange die nötige Zahl der Stimmen für den Vorsitz erlangte. Nachdem er deshalb von der Kandidatur zurückgetreten war, fiel mit 254 von 408 Stimmen die Wahl auf Casimir Périer. Schon bald hiernach, am 26. Januar, zog die Panamasache in aller Form in die Deputirtenkammer wieder ein, und zwar in der Gestalt von Bemühungen, das Odium, in welches Frankreich durch diese Angelegenheit vor aller Welt geraten war, auf das Ausland abzuwälzen. Zu diesem Zweck hielt bei Beratung des Budgets Millevoje eine große Rede über die nationale Gefahr, die aus der Organisation und Thätigkeit gewisser Nachrichten-Agenturen in Frankreich erwachse; durch diese werde aus Anlaß der Panamasache versucht, Frankreich als Hindernis für den Weltfrieden hinzustellen; zwar sei schon scharf gegen diese Agenturen vorgegangen, aber da sie zugleich politischer Natur und von einer Frankreich feindlichen Organisation seien, so müsse auch ferner energisch gegen sie verfahren werden; Frankreich, das klassische Land der Freiheit, sei durchaus nicht gewillt, der Schmähsucht einen Unterschlupf zu gewähren. Ministerpräsident Ribot gab hierauf befriedigende Erklärungen ab und versicherte, daß alle Botschafter gleichen Schutzes gewiß sein könnten. Das genügte jedoch dem früheren Minister des Außern, Florens, nicht, sondern er spann Millevojes Faden noch weiter durch die Behauptung von einer fortwährenden, auf einer Übereinkunft beruhenden Taktik vieler Blätter in den Dreibundsstaaten, auf hinterlistige Weise die Festigung der Union zwischen Frankreich und Rußland zu hindern. In diesen Ausführungen vermochte das Ausland lediglich den Unmut des Bewußtseins zu erblicken, daß Frankreich durch seine Skandale an Zutrauen Ruß-

lands sehr eingebüßt habe. Weiter rückte die Panamafache in die Deputirtenkammer, indem beim Budgettitel über die geheimen Fonds Delahaye aufgefordert wurde, nun endlich die Namen der 104 Abgeordneten zu nennen, die er am 21. November v. J. als bestochen bezeichnet und damit den Anstoß zur Aufrollung der großen Skandal-fache gegeben hatte. Als er schwieg, drückte der Justizminister Bourgeois sein Bedauern aus über den Mangel eines Gesetzes zur Bestrafung solcher allgemeinen, beweislosen Beschuldigungen durch Abgeordnete. Nachdem ferner im Panamaprozesse ein Angestellter des früher v. Reinach'schen Bankhauses Ausfagen zur Belastung des Abgeordneten Clemenceau gemacht hatte, brachte dies Millévoie am 6. Februar in der Kammer zur Sprache unter der Mahnung, endlich eine Vernehmung des flüchtigen Herz zu Bournemouth in England zu bewirken.

Am 7. Februar beschloß die Anklagekammer in der Panamafache die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen Rouvier, Devès, Grevy und Renault. Dieser völlig unerwartete Beschluß machte im Publikum ungünstigen Eindruck, denn nachdem die Kammern im Dezember v. J. jene Männer dem Richter preisgegeben hatten, faßte man dies bereits als Zeugnis ihrer Schuld auf und suchte jetzt nach denjenigen, welche im Geheimen schuld seien, daß die Opfer dennoch der Skandal-sucht entzogen worden seien. „Figaro“ meinte, das Publikum werde glauben, es hätten diejenigen gerettet werden sollen, deren Zorn die Regierung fürchte. „Justice“ sagte, Frankreich sei verblüfft und das Publikum frage, ob es das Opfer einer ungeheueren Fopperei sei. Ihren vollen Ausdruck fand diese Stimmung am 8. Februar in der Kammer, wo Gouffot speziell den Fall Rouvier hervorhob, welcher den Empfang von Panamageldern zugestanden habe; wenn die Gerichte kein Mittel fänden, einen früheren Minister zur Verantwortung zu ziehen, so müßten andere geschaffen werden; die Ministerverantwortlichkeit müsse mit aller Wucht auf Rouvier lasten. Obwohl der Justizminister Bourgeois versicherte, die Regierung habe ohne alle Nebenrücksichten ihre Pflicht gethan und alles weitere als Sache der Justiz hinstellte, machte eine die Regierung leise tadelnde Rede Cavaignacs den größten Eindruck, welcher darauf hinwies, daß noch keineswegs alles Nötige zur Abstellung ministerieller Mißbräuche wie des von Floquet und Rouvier zu-

gegebenen Empfangens und Verteilens von Geld gethan und daß die öffentliche Meinung bezüglich der angeblichen Bestechung vieler Abgeordneten nur ungenügend aufgeklärt sei. Er beantragte daher eine Erklärung, wonach die Kammer entschlossen sei, die Regierung in der Ausrottung aller Bestechungen zu unterstützen und die Wiedereinführung eines Regierungsverfahrens, das sie mißbillige, zu verhindern. Der Ministerpräsident Ribot fühlte sehr wohl, daß hierin ein verdeckter Tadel und die Aufforderung liege, künftig mehr auf der Hut zu sein, machte jedoch freundliche Miene sowohl zu dieser Rede, die auf Deroulèdes Antrag in allen Gemeinden angeschlagen wurde, als auch zu der fast einstimmigen Annahme des Antrags. Der große Erfolg, den Cavaignac dadurch erreicht hatte, daß er im rechten Augenblicke den Nagel auf den Kopf traf, verstimimte gewisse parlamentarische Kreise, die ein Bündnis der gemäßigten Republikaner mit den zur Republik übergetretenen Monarchisten witterten, mit deren Hilfe Cavaignac nach der ersten Stelle im Staate strebe; war er doch der Sohn des Mannes, der 1848 als Louis Napoleons Vorgänger an dieser Stelle stand, und hatte er doch einen Systemwechsel verlangt! Daneben wurde in der Presse dem Ministerium, das eine moralische Niederlage erlitten hatte, ein baldiges Ende vorausgesagt. Das Gefühl, daß das Ministerium geschwächt sei, indem es sich hinter den Wagen eines Mannes gespannt hatte, den ein glücklicher Augenblick zum Herrn der Lage gemacht zu haben schien, dazu der Wunsch der einen und der Argwohn der in die Panamafache verwickelten herrschenden Partei, daß in Cavaignac der Mann gefunden sei, der die Republik reinigen werde, bedrückte sowohl die Minister als die republikanische Linke dermaßen, daß eine von den Ministern bestellte Kammerverhandlung sorgfältig vorbereitet wurde, in der die Formel der „republikanischen Konzentrierung“ wieder aufgefrischt werden sollte. Diesem Zweck diente eine am 16. Februar von Leydet in der Deputiertenkammer vorgebrachte Anfrage über die allgemeine Politik der Regierung. Leydet glaubte der Kammerverhandlung vom 8. Februar, insbesondere dem Auftreten Cavaignacs entnehmen zu müssen, daß „die alten Feinde der Demokratie“ die republikanische Maske aufgesetzt hätten und im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen zur Kammer Vorkehrungen gegen die republikanischen Staatseinrichtungen trafen; durch die Erklärung der rechten Seite der

Kammer, daß sie in Cavaignacs Rede ihr Programm sehe, entstehe Verwirrung und eine Zweideutigkeit, der ein Ende gemacht werden müsse; er beantragte deshalb, die Kammer wolle ihren Entschluß aussprechen, mit Nachdruck und ohne Kompromisse das republikanische Werk politischer und sozialer Reformen in demselben politischen Geiste durchzuführen zu wollen, der die Schul- und Militärgesetzgebung beherrscht habe. Da in Wahrheit die gefürchtete Gefahr nicht vorlag, so gestaltete sich die Verhandlung über diese Anfrage zu einer Unterhaltung über verschiedene Programme, ohne daß dadurch irgend eine Verschiebung eintrat. Cavaignac beteuerte, er hege keinerlei Beziehungen zur konstitutionellen Rechten und er habe mit seinem Vorgehen am 8. Februar die geheime Regierung treffen wollen, die auf der parlamentarischen Politik laste, denn seit zehn Jahren werde das parlamentarische Regime entstellt, indem die Minister in der Verwaltung und in der Politik sich das Joch von denjenigen auflegen ließen, die ihre Anschauungen aufs heftigste angriffen. Der Ministerpräsident Ribot äußerte darauf, die Anfrage scheine sich nicht blos gegen die Regierung zu richten; diese sei nicht geheimen Einflüssen gefolgt und habe sich nicht auf eine Parteigruppe, sondern auf die gesamte republikanische Partei gestützt, welche sicherlich auch ferner eine lebendige und feste Kraft bleiben werde, auf die sich die Regierung weiterhin zu stützen gedenke. Nachdem Dumay das Programm der Sozialisten entwickelt und Piou namens der Rechten eine geheime Einigung derselben mit Cavaignacs Freunden in Abrede gestellt hatte, wurde Leydets Antrag, unter Zustimmung Ribots, mit 315 gegen 190 Stimmen angenommen. Damit hatte die Mehrheit ihre Reue über den großen Erfolg ausgesprochen, den sie Cavaignac bereitet hatte, und das Ministerium galt für einige Zeit neu befestigt. Auf die „republikanische Konzentration“ war jedoch nicht allzuviel Wert zu legen, denn gerade diese Verhandlungen hatten gezeigt, wie mißtrauisch die einzelnen Teile der republikanischen Partei sich gegenseitig beobachteten.

An demselben Tage, an welchem diese Kammerverhandlung stattfand, verurteilte der Pariser Appellhof beide Lessèps, die Verwalter der Panamagesellschaft Fontane und Cottu wegen Betrugs und Vertrauensmißbruchs, erstere zu je fünf, letztere zu je zwei und den Unternehmer Eiffel ebenfalls zu zwei Jahren Gefängnis sowie zu

hohen Geldbußen. Daneben bewirkte die Skandalſucht, daß die von Leſſeps, Clemenceau, Floquet und Freycinet vor dem Unterſuchungsrichter gemachten Ausſagen inſolge Amtsmißbrauchs vom „Figaro“ veröffentlicht wurden. Nach Andeutungen des darüber am 3. März in der Deputiertenkammer befragten Juſtizministers ging dieſer Coup von Mitgliedern der parlamentariſchen Kommiſſion zur Unterſuchung der Panamafache aus. An dieſe Vorgänge reihte ſich ein zweiter „Panamaprozeß“, der ſich in der Zeit vom 8. bis 24. März vor den Pariſer Geſchworenen abſpielte und in dem es ſich nur um die ſtattgehabten Beſtechungen handelte. Hier ſagte der jüngere Leſſeps aus, die Regierung ſelber habe ihn ermutigt, den Forderungen gewiſſer Bankiers und Blätter Genüge zu thun und bezeichnete Freycinet, Floquet und Clemenceau als Förderer dieſes Verfahrens. Baihaut bekannte offen ſeine Verſchuldung und bat das Land um Verzeihung, deſſen guten Ruf er geſchädigt habe. Einen eigentümlichen Zwischenfall rief in dieſem Prozeſſe die Frau Cottus hervor durch Angaben, welche darauf deuten ſollten, als habe der Direktor der allgemeinen Sicherheit in Paris, Soinury, ſie zu Ausſagen wider die Ehrlichkeit von Mitgliedern der rechten Seite der Kammer zu beſtimmen geſucht. Dieſe und der Senat wurden darüber wiederum ſehr erregt, aber Ribot und Bourgeois, der zu dieſem Zweck zeitweilig vom Juſtizministerium zurücktrat, gaben am 13. und 14. März Erklärungen ab, welche die Kammern ſchließlich zufrieden ſtellten. Der Beſtechungsprozeß endete mit der Freisprechung von ſechs Angeklagten und der Verurteilung des jüngeren Leſſeps zu einem Jahre, Blondins zu zwei Jahren und Baihauts zu fünf Jahren Gefängnis, Verluſt der Ehrenrechte und einer Geldbuße von 750 000 Frs. In den parlamentariſchen Kreiſen wurde wiederum ſehr bedauert, daß ſo viele Perſonen aus der Panamafache ſchuldlos hervorgingen, und es kam darüber am 23. März in der Kammer nochmals zu lebhaften Erörterungen; im Publikum dagegen wurde das Urteil über die ſchuldig Befundenen für zu hart gehalten, jedoch hauptſächlich nur deshalb weil durch die Verurteilung des alten Ferd. Leſſeps, des im Schloß La Chesnaye kontrakt weilenden „Grand Français“, ſowie Eiffels, der durch ſeinen Turm am meiſten zum großen Erfolge der Weltausſtellung von 1889 beigetragen hatte, der Ruhm Frankreichs geſchmälert zu ſein ſchien.

Neben der Panama=Angelegenheit lief ein anderer öffentlicher finanzieller Skandal her, der mit ihr in einem gewissen Zusammenhange stand. Er betraf die Pariser Dynamitgesellschaft, welche durch viele Unterschlagungen und andere „Unregelmäßigkeiten“, namentlich durch Gründen zahlreicher Filialen, sogar bis nach Transvaal hin, um nicht weniger als 4 Millionen geschädigt wurde. Die Hauptrolle dabei spielten der frühere Minister Barbe und der frühere Ministerial- und Staatsrat, auch Senator Leguay, der 1886 der Panamakommission präsi diert hatte, sowie der in der Panamafache viel genannte Arton, auf den, da er flüchtig war, erstere alle Schuld schoben. Eine dritte für den Staat mißliche Sache war „der Fall Turpin“. Der Mann dieses Namens hatte dem Kriegsminister Freycinet den von ihm erfundenen Melinit=Sprengstoff verkauft, wie er selbst behauptete, nur zu einer zehnmonatlichen Versuchsperiode, wie Freycinet jedoch sagte, für immer. Dieser Sprengstoff gelangte durch Turpins Verbündeten Tripone, einen Artilleriehauptmann im Kriegsministerium, an die englische Regierung, sein Verkauf an diese wurde aber infolge der seitens der Armstrongschen Waffenfabrik daran vorgenommenen Verbesserungen vereitelt. Darauf machte er dem Kriegsministerium und den Staatsanwalt in Paris Anzeige von seiner Entdeckung, daß Tripone und andere Offiziere im Kriegsministerium Zeichnungen und Modelle der in Frankreich angewandten artilleristischen Vorrichtungen nach England abgeliefert hätten. Da diese wiederholten Anzeigen unbeachtet blieben, veröffentlichte Turpin 1891 diese Angaben in einer Schrift „Wie man Melinit verkauft“ und wurde wegen dieser Schrift zu 5jähriger Gefängnisstrafe und Ehrverlust verurteilt. In der Haft wurde er sehr streng gegen außen abgesperrt, bis endlich Freycinet ihm durch einen Vertrauensmann Begnadigung anbieten ließ, falls er seine Anklagen nicht erneuere. Wirklich wurde er am 10. April von Carnot begnadigt, das Publikum aber wurde sehr erregt, als jener Vertrauensmann unter seinem Namen in der Presse das Nähere zu dem offenbaren Zweck veröffentlichte, auch seinerseits die Beamten des Kriegsministeriums als eine Bande von Schwindlern und Landesverrätern hinzustellen. Die Sache wurde am 25. April in der Deputiertenkammer zur Sprache gebracht, jedoch nach Freycinets Erläuterungen hier nicht weiter verfolgt; die schweren Beschuldigungen blieben aber auf den Belasteten sitzen.

Die großen Landesffandale versuchte die königliche Parte mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kammerwahlen auszunutzen. Graf d'Hausonville hatte schon am 6. Januar in einer Versammlung der orleanistischen Vertrauensmänner zu Madrid die Hoffnung ausgesprochen, die Panamasache werde mittels dieser Wahlen der Republik das Ende bereiten, und am 19. Januar war er im Pariser „Soleil“ dem Vorwurfe monarchistischer Verschwörungen mit dem Bemerken begegnet, diese seien gar nicht nötig, da die Ereignisse selbst zur Monarchie drängten; daher sei es an der Zeit, daß die Monarchisten die Leitung der öffentlichen Meinung übernahmen. Sodann forderte der Graf von Paris am 27. März die Vorsitzenden des monarchistischen Komitees auf, „sich zur höchsten Kraftanstrengung zu vereinigen“, jede nützliche Allianz anzunehmen und Frankreich begreiflich zu machen, daß nur die Monarchie eine starke, dauernde und geachtete Regierung gewähre. Endlich bekräftigte die am 12. Mai in Paris versammelte „königstreue Jugend Frankreichs“ unter Vorsitz des Generals Charette mittels Telegramms an den Herzog Philipp von Orleans in Brüssel von neuem ihr Vertrauen in die Erhaltung des monarchistischen Gedankens und die Zukunft Frankreichs.

Die römische Kirche nahm ebenfalls Notiz von den beschämenden Vorgängen. Der Führer der Ultramontanen, Graf de Mun, Abg. für Morbihan in der Bretagne, trat gleichsam namens des Papstes auf, der sich ihm durch Schreiben vom 13. Januar über seine Stellung zu Frankreich ausgesprochen hatte. Graf de Mun empfahl am 23. April auf dem südfranzösischen Katholikentage in Toulouse, die innigste Verührung mit den untersten Volksschichten zu suchen und diese zu verhindern, aus Abscheu vor der aufgedeckten Fäulnis sich der reaktionären Richtung hinzugeben. Bezeichnend war es übrigens, daß ein allgemeiner Katholikentag, auf dem bisher das Actionsprogramm festgestellt zu werden pflegte, in diesem Jahre nicht zu stande kommen konnte, weil der vom Papste empfohlene Anschluß der Katholiken an die Republik keineswegs im Fortschreiten begriffen war, obwohl doch sogar die Erzbischöfe von Rouen und Tours, die bisher als streitbare Gegner der Republik galten, dem Präsidenten Carnot, als sie am 2. Februar aus seinen Händen die Abzeichen der ihnen vom Papst verliehenen Kardinalswürde in Empfang

nahmen, ihre Bereitwilligkeit, an der Befestigung der bestehenden Einrichtungen mitzuarbeiten, versichert hatten.

Neben der vielfachen Beschäftigung mit den großen Landes=skandalen fanden die Kammern noch reichliche Zeit zur Erledigung wichtiger Gesetzesvorlagen. Zunächst handelte es sich um solche, die ihren Anlaß eben in der Panamafache hatten. So wurde ein Gesetz genehmigt, nach welchem infolge von Vorgängen, die mit dieser Sache zusammenhingen, Angriffe gegen die staatlichen Sparkassen mit erheblichen Geld= und Gefängnisstrafen geahndet werden sollen, und ein Gesetz gegen Beleidigung fremder Monarchen und Botschafter durch die Presse. Davan schlossen sich Bestimmungen wegen Bestrafung der in der Presse erfolgenden Aufreizung zu Diebstahl, Mord, Raub und Brandstiftung. Die übrigen zur Annahme gelangten Gesetze betrafen die Knappschaftskassen, die Erhöhung der Summe, bis zu welcher die Bank von Frankreich zur Notenausgabe berechtigt sein soll, auf vier Milliarden, ferner die Reform der Gewerbesteuer, wobei es sich besonders um Erhöhung der Besteuerung der großen Magazine handelte, sodann die Besteuerung der Börsengeschäfte, die Errichtung eines Kolonialministeriums und die Ergänzung des Kolonialheeres durch Anwerbung von Freiwilligen, infolge dessen die bisher in den Kolonien stehenden Truppen, 24 Jägerbataillone und 2 Kavallerieregimenter, für den Revanchekrieg verfügbar wurden. Endlich kamen bei der Budgetberatung einige Punkte von allgemeinerem Interesse zur Erörterung; am 28. Januar wurde in der Deputiertenkammer mitgeteilt, das Mittelmeergeschwader sei der italienischen Flotte überlegen und das Nordgeschwader, der Zahl nach, der gesamten deutschen Flotte gleich; am 2. Februar brachte Delafosse die Vermehrung der englischen Garnison in Egypten mit dem Bemerken zur Sprache, England sei verpflichtet, die Räumung dieses Landes vorzubereiten und Frankreich habe das bisher nicht stark wahrgenommene Recht, dies zu verlangen. Minister Develle erwiderte, England hat seine Befugnisse nicht überschritten, und man werde in Freundschaft mit ihm der Räumungsfrage sich widmen.

Nicht lange nachdem die Besorgnis der herrschenden Partei vor dem Emporkommen einer kraftvollen Persönlichkeit bezüglich Cavaignacs beseitigt war, tauchte sie mit mehr Grund und in stärkerem Maße

nach einer anderen Seite hin von neuem auf. Der 77jährige le Royer legte am 21. Februar wegen Alters die 11 Jahre lang geführte Präsidentschaft des Senats nieder. Kaum war dies geschehen, so wandten sich, wie aus instinktivem Bedürfnis, die Augen aller auf den Senator Jules Ferry, der seit Jahren im Hintergrunde stand, weil es Elementen, denen vor einer kraftvollen Regierung bangte, am 30. März 1885, in einem geschickt gewählten Augenblicke gelungen war, ihn in den Schein zu versetzen, als ob seine verdienstvolle Kolonialpolitik den Zweck habe, das Land von der Revanchelust abzuziehen. Diese Verdächtigung hatte nach Grevys Rücktritt ihm die Kandidatur zur Präsidentschaft vereitelt und im Dezember 1887 ihm den Mordanschlag Auburtins eingebracht. Nun, mitten in den Panamawirren, wünschten die Ehrlichen und Gemäßigten, fürchteten aus bösem Gewissen die anderen, daß Ferry zu der plötzlich eröffneten zweiten Stelle in der Republik werde erhoben werden, daß Carnot vor ihm verblassen und Ferry vielleicht bald dessen Nachfolger werden würde. Als er in der That am 22. Februar bei der Nominierung der Kandidaten im Senate die meisten Stimmen erhielt, stieg die Aufregung der Klerikalen und der Radikalen, die nun plötzlich für Carnot auftraten, dessen Stellung sie bis dahin zu untergraben gesucht, und Carnot selbst, der für die Kandidatur Magnins, des Gouverneurs der Bank von Frankreich, gewirkt hatte, empfand es als einen Schlag; ebenso Ribot, dessen Antrag vor 8 Jahren den bestgehabten Staatsmann zum Rücktritt von der Ministerpräsidentschaft gebracht hatte. Die radikale Presse sprach von einer Herausforderung der öffentlichen Meinung; ein Blatt sagte, für Frankreich beginne ein furchtbares Abenteuer, und es wiederholten sich die früheren Rufe: „Nieder mit dem Tonkinesen, dem Preußen!“ Aber der Senat ließ sich durch den Lärm nicht beirren und wählte am 24. Februar mit 148 von 249 abgegebenen Stimmen Ferry zum Präsidenten. Damit wollte diese Mehrheit ihm nicht nur eine persönliche Genugthuung für den lange unverdient erlittenen Schimpf gewähren, sondern auch für die Notwendigkeit einer entschiedeneren Regierungspolitik eintreten. Während die Gemäßigten im Lande große Befriedigung hierüber zur Schau trugen, verfielen die verschiedenartigen extremen Parteien in die größte Wut, und schon wenige Stunden nach dieser Wahl brachte der Boulangist le Hérisse in der Deputiertenkammer

den in Vergessenheit geratenen Vorschlag eines Radikalen, die Senatoren künftig durch das allgemeine Stimmrecht wählen zu lassen, in Erinnerung. Die Kammer verspürte jedoch keine Neigung, so plötzlich in Streit mit dem Senate zu treten und wies den Vorschlag zurück, freilich mit einer Mehrheit von nur 20 Stimmen, weil die Rechte mit den Radikalen stimmte. Ferry übernahm am 27. Februar den Vorsitz mit einer Ansprache, in welcher er mit seinem Dank für die Aufhebung des „Ostracismus“ den Hinweis verband, daß die öffentliche Ordnung, dank der parlamentarischen Republik, ohne Anwendung von Gewaltmaßregeln und ohne Störung der Ruhe habe aufrecht erhalten werden können; die Finanzen seien wiederhergestellt, die Armee neu organisiert und in hohem Maße verstärkt; die Republik habe in Europa durch ihre weise Haltung mächtige und überaus wertvolle Freundschaften erworben. Das seien bestimmte Anzeichen eines lebensvollen und dauerhaften Regimes. Hierauf wandte sich Ferry der Aufgabe des Senates zu: Ein harmonisches Zusammenwirken sei der wahre Ausdruck einer parlamentarischen Regierung; die Harmonie höre aber auf, sobald einer der drei Faktoren der öffentlichen Macht die anderen zu vernichten trachte. Der Senat sei kein Gegner guter Neuerungen und einer kühnen Initiative und könne weder eine Handhabe der Zwietracht, noch ein Organ des Rückschritts sein. Die Republik nehme alle Männer von Aufrichtigkeit, Redlichkeit und guten Willen auf; dazu hätten aber die Republikaner nicht nötig, sich gegenseitig den Krieg zu erklären.

Die Aussichten, welche durch Ferrys Erhebung für die Republik eröffnet zu sein schienen, schwanden jedoch ebenso plötzlich, als sie aufgetaucht waren. Die Parteien hatten sich unnötig ereifert, die Vorsehung hatte die Rettung Frankreichs durch einen starken Geist noch nicht in Absicht: am 17. März starb Ferry 61jährig an Herzlähmung infolge der beim Mordanfall vor sechs Jahren erhaltenen Wunde, unter Hinzutritt der Aufregung über die ihm zu teil gewordene Genugthuung. Die extremen Parteien fühlten sich erleichtert, trugen aber selbst dem toten Gegner noch Haß nach. Die Rechte stimmte in der Deputiertenkammer gegen seine Beerdigung auf Staatskosten und ermunterte durch beifälliges Gemurmel den Abg. Baudry d'Asson in seinen Beschimpfungen des Verstorbenen. Dieselbe Haltung nahm die klerikale, die boulangistische und die

revolutionäre Presse ein. Mancher Rivale Ferrys stimmte, ähnlich wie einst beim Tode Mirabeaus, für die prächtigste Beerdigung. Die Leichenfeier fand am 22. März mit großem Pompe in Paris, die Beisetzung in Ferrys Heimat St. Dié in den Vogesen statt. An seine Stelle wählte der Senat am 28. März Challemel-Lacour, der früher Botschafter in Bern und London, 1883 kurze Zeit Minister des Äußern gewesen war. Unmittelbar darauf gerieten beide Kammern miteinander in Streit über das Budget indem der Senat die Reform der Eisenbahnüberwachung, der Getränke- und der Börsensteuer vom Etat getrennt haben wollte und die von der Kammer beschlossenen Steuern auf Klaviere, Livreen und Reiträder strich oder herabsetzte, die Kammer aber am 30. März bei ihren Beschlüssen verblieb. Infolge dessen trat das Ministerium Ribot zurück, worauf der bisherige Unterrichtsminister Dupuy am 4. April ein neues bildete, in dem er selbst den Vorsitz und das Innere, Develle das Äußere, Peytral Finanzen, Guérin Justiz, Poincaré Unterricht, Terrier Handel, Loizillon Krieg, Rieunier Marine, Viette öffentliche Arbeiten und Biger Ackerbau übernahmen. Der frühere Professor der Philosophie, Dupuy, Sohn eines Gerichtsdieners in Puy, war erst 41, der bisherige Advokat Poincaré 32, der frühere Steuerkontrolleur Terrier 39 Jahre alt. Guérin war bisher Advokat in Carpentras. Poincaré war der einzige der vier neuen, der schon früher Minister gewesen. Das Ministerium trat am 6. April vor den Kammern mit einem Vorschlage zu ihrer Einigung auf, der sogleich Beifall fand.

Während der bis zum 25. April dauernden Vertagung der Kammern gab sich die republikanische Partei viele Mühe, den durch die finanziellen Skandale und die monarchistischen Kundgebungen belebten Hoffnungen einen Dämpfer aufzusetzen. Das meiste in dieser Hinsicht leistete der Kammerpräsident Périer, der wegen seines Vaters, des Ministers unter König Ludwig Philipp, in den Ruf orleanistischer Bestrebungen gebracht worden war. Er hatte schon im Februar in Reden zu Marcilly und Nogent-sur-Seine sich entschieden für Wahrung der öffentlichen Moralität ausgesprochen und Carnot's Rechtschaffenheit bezeugt; jetzt sprach er sich bei einem großen Festmahle in Troyes dahin aus, die Republik sei nicht blos ein Geständnis monarchistischer Ohnmacht, sondern ein aus Ideen und Lehren

zusammengesetztes Ganzes; die Monarchisten, führte er weiter aus, fühlten wohl, daß der Boden unter ihren Füßen schwankte, man möge daher diesen wehmütig gestimmten Nachzüglern Zeit gewähren, das republikanische Heer einzuholen.

Wie noch jeder seiner Vorgänger, so sah das Ministerium Dupuy Anfang Juli sich vor die Frage gestellt, ob es Mut habe, den Radikalen entgegenzutreten. Es fanden nämlich in Paris Unruhen statt, die von Schülern der Kunstschule eingeleitet und von Umsturzeuten fortgesetzt wurden. Unwille über die Verurteilung von Veranstaltern schamloser Schaustellungen verleitete am 4. Juli die Kunstschüler zum Zerschlagen von Kiosken und Straßenlaternen, wodurch blutige Kämpfe mit Polizisten entstanden. Am 5. Juli mehrte sich der Straßenunfug, das Zerstören öffentlicher Straßenanstalten wurde von Fachmännern gründlicher besorgt und das Petroleum begann wieder eine Rolle zu spielen. Die Barrikaden wurden jedoch vom Militär zerstört, der Mob wurde verjagt und Militär in größerer Zahl nach Paris verlegt. Kaum merkten die Anarchisten bitteren Ernst, so beeilte sich der Gemeinderat, sich ihrer anzunehmen und die Schuld auf Minister und Polizei zu werfen. Noch einmal schwankte das Ministerium, weniger, wie seine Vorgänger, aus Furcht vor den Folgen der eigenen Entschlüsse, als weil es in seiner Mittel Mitglieder der Radikalen besaß. Dann aber griff Dupuy durch, löste am 7. Juli die Arbeiterbörse, den Sitz der Gegner aller staatlichen Ordnung, auf und schritt gegen gewisse Eigentümlichkeiten des Pariser Gemeinderats ein. Darob Zetergeschrei der radikalen Presse wegen unerhörter Vergewaltigung, Drohungen mit Revolution und Wiederbeginn des Straßenunfugs. Aber das Militär in Stärke von über 30000 Mann sorgte für Aufrechthaltung der Ordnung. Nun agitierten die Radikalen gegen die, wie sie sagten, nicht mehr passende Feier des Nationalfestes, jedoch ohne sonderlichen Erfolg, denn am 15. Juli fanden die Umzüge und Paraden in gewohnter Weise statt.

War Dupuy gegen die Radikalen der Straße auch Sieger geblieben, so drohte ihm nun offene und geheime Bekämpfung durch ihre Vertreter. Erstere traten ihm am 8. Juli in der Deputiertenkammer entgegen und sogar Brisson tadelte, daß das Ministerium Zwietracht unter die Republikaner säe; die Kammer aber billigte mit

343 gegen 144 Stimmen das Verfahren der Regierung und wollte von Begnadigung der Tumultuanten des 4. Juli nichts wissen. Die Kammern berieten im übrigen vom 1. bis 22. Juli das Budget, in welchem die Einnahmen mit 3438926876 Francs, der Überschuß auf 674907 Frchs. festgestellt wurden. Die Ausgaben für das Heer betragen jetzt seit 1869: 1284 Millionen Frchs. Die Kammern räumten Ende Juli mit einer Menge von kleineren Vorlagen auf und stellten dann ihre Thätigkeit ein, um sie in der Zeit bis zum Ende ihrer Periode, den 14. Oktober, nicht wieder aufzunehmen. Von den mit ihnen zu stande gebrachten Gesetzen ragen zwei hervor: Erstlich das vom 25. Juli über die Bildung der Kadres und Effectifs der aktiven und Territorialarmee, wonach die Offizier-Kadres der an den Reserve-Formationen beteiligten Truppentkörper erhöht sowie die Generäle und Generalstabs-Offiziere vermehrt werden. Zweitens das Fremden gesetz vom 22. August, nach dessen Hauptstimmung jeder nicht mit Aufenthalts-Berechtigung versehene Ausländer, der in einer Gemeinde einen Beruf oder ein Gewerbe ausüben oder Handel treiben will, der Ortsbehörde seinen Aufenthalt anzuzeigen und binnen acht Tagen sich über seine Persönlichkeit auszuweisen hat.

Im Hochsommer trat eine auswärtige Angelegenheit in den Vordergrund. Die französische Kolonie Tonking in Hinterindien befand sich, nach den eingehenden Darstellungen des Abg. Vicomte de Montfort, in trauriger Lage; im Innern, namentlich im gebirgigen nördlichen Teile trieben zahlreiche Freiheitskämpfer, in den Augen der Franzosen Räuberbanden, beständig durch chinesische Scharen verstärkt, ihr Wesen und die Bevölkerung im südlichen Teile sehnte sich wegen ihrer Belastung mit Abgaben und Frohdiensten nach der früheren Unabhängigkeit. Obwohl hiernach aller Anlaß vorlag, sich vorerst die Besserung dieser Verhältnisse angelegen sein zu lassen, wurde französischerseits mit Beginn des Jahrs auf Erweiterung des Gebiets nach Süden hin ausgegangen. Es handelte sich um ein Gebiet am linken Ufer des mittleren Mekongstromes, nicht bloß weil dieser in seinem weiteren Verlaufe das unter französischem Schutz stehende Königreich Kambodscha durchfließt und in der französischen Kolonie Cochinchina mündet, sondern weil es von seiten des rechts vom Mekong liegenden Königreichs Siam, das sich in nominellem Besitze befand, derart vernachlässigt worden sei, daß Tonking sich nach dieser

Richtung hin gegen Beunruhigung durch Räuberbanden sicherstellen müsse. Deshalb erhob Frankreich im März diesen Anspruch, formell gestützt auf Rechte sowohl Kambodschas als auch des von Frankreich abhängigen Kaiserreichs Annam, es wies sodann den siamesischen Vorschlag eines Schiedsgerichts ab und zog vor, einfach zur Gewalt zu schreiten. Drei französische Kanonenboote besetzten am 18. Juni drei den Meerbusen von Siam beherrschende Inseln und fuhren, ungeachtet der friedlichen Versicherung, welche der französische Gesandte in Bangkok, der Hauptstadt Siams, noch kurz zuvor abgegeben hatte, am 13. Juli in den dieses Reich durchströmenden Me-Nam ein, ankerten kampfbereit gegenüber dem Mittelpunkt Bangkok's, wurden aber, auf den englischen Hinweis, daß damit ein Vertrag von 1856 gebrochen sei, zurückbeordert. Am 19. Juli verlangte Frankreich in einem „Ultimatum“ Räumung des streitigen Gebiets, Genugthuung für Angriffe auf jene Schiffe im Me-Nam und zwei Millionen Francs Schadenersatz. Die zugleich verhängte Blokade dieses Flusses wurde von England nicht anerkannt. In Siam schwankte einige Tage die Entscheidung, besonders da China Beistand in Aussicht gestellt hatte; am 28. Juli aber nahm man in Bangkok die Forderungen an, jedoch in der Art, daß in die Abtretung des Gebiets nur bis zum 18. Breitengrade gewilligt wurde, welches 100000 □ Kilometer umfaßt, während das abgelehnte wichtigere Gebiet von Luang Prabang 180000 □ Kilometer groß ist. Diese Antwort war erteilt auf Rat Englands, welches wegen des Handels auf dem in seinem oberen Laufe Birma durchfließenden Mekong an der Frage beteiligt ist und infolge von englisch-französischen Verhandlungen. Die Blokade wurde am 3. August aufgehoben, nachdem Siam als Garantie die französische Besetzung des Hafens von Chanta zugestanden hatte. Das ganze Verfahren bezüglich Siams wurde vom Minister Develle am 27. Juli in der Kammer zu rechtfertigen gesucht. Es folgte dann noch ein Abkommen mit England wegen Bildung einer neutralen Zone zwischen den neuen Besitzungen Frankreichs, Birma und China.

Zur Beilegung der Spannung, welche im August infolge der brutalen Behandlung italienischer durch französische Arbeiter in Aigues-Mortes zwischen beiden Nationen entstand, geschah französischerseits bei weitem nicht so viel als italienischerseits. Während es Sache der französischen Regierung gewesen wäre, mit Entschuldigung

und Zusage von Genugthuung voranzugehen, sah sie sich hierzu erst dann bewogen, als ihr von der italienischen Regierung eine Lektion internationalen Anstandes erteilt war, und sie erschien dadurch nun doch wieder schwach und abhängig von der radikalen Strömung, der sie anfangs nicht entgegenzutreten gewagt hatte und die nachher Unwillen über die Wahrung des Anstandes, Kundgebungen gegen Italien und Entstellungen der Vorgänge in der Presse zu Tage förderte, die darin von der russischen unterstützt wurde. Übrigens fanden gegen Ende August in Paris und bei Nancy neue Versuche französischer Arbeiter zur gewaltsamen Verdrängung italienischer statt, sogar unter dem Aufrufe, das Beispiel von Nîmes-Mortes nachzuahmen.

Die Bewegung für die Neuwahlen zur Deputiertenkammer kam nur sehr langsam in Gang und bot kein besonderes Ereignis dar, außer einem Mordanschlag auf den Abg. Lockroy am 13. August und einem an den Erzbischof von Bordeaux gerichteten Briefe des Papstes mit der abermaligen Aufforderung an die Katholiken zur ehrlichen Anerkennung der Landesverfassung sowie mit Tadel gegen diejenigen, welche, wie der Herzog v. Broglie und der Erzbischof von Aix, besorgter um die Kirche sein wollten als der Papst, und sich anmaßten, gegen dessen Vorschriften im Namen der Kirche zu sprechen. Bei den Wahlen vom 20. August wurden 7153472 Stimmen abgegeben, wovon 4760682 auf Republikaner und Radikale, 599588 auf Sozialisten, 1089099 auf Monarchisten und 559150 auf zur Republik bekehrte Monarchisten (Kallierte) fielen. Nach den Stichwahlen am 4. September hatten im ganzen die Republikaner aller Sorten, einschließlich 60 Radikale und Sozialisten, unter Gewinn von 27 Stimmen, 513, die Konservativen 68 der 581 Sitze erlangt. Daß die Regierung durch diesen Ausfall der Wahlen sich gestärkt fühlte, trat u. a. in Ansprachen des Präsidenten Carnot bei militärischen Festlichkeiten, am 23. September in Beauvais, am 5. November in Maubeuge bei der Gedächtnisfeier der Schlacht von Wattignies, sowie in Reden der Minister Dupuy und Develle in Bar-le-duc hervor, Reden, die in Bezug auf das Ausland von Frieden und Mäßigung überflossen.

Solcher Versicherungen schien man zu bedürfen gegenüber der im Laufe des Jahres sichtlich wieder gestiegenen Revanchelust der

Bevölkerung. Denn am 2. Juli waren bei einer Feier an den Schanzen von Chatillon Reden von „den binnen kurzem sich verwirklichenden Hoffnungen“ gefallen; ferner hatten die deutschen Manöver in Elsaß-Lothringen die feindseligsten Äußerungen gegen Deutschland hervorgerufen, und daran hatten sich Männer wie J. Simon beteiligt, die zu den besonnensten zählten. An Anzüglichkeiten jener Art fehlte es auch nicht bei der Feier des 100jährigen Jahrestages der Einverleibung des alten deutschen Wömpelgard am 13. August und bei der Einweihung eines Denkmals der Jungfrau von Orleans in Vaucouleur am 24. September. Überboten wurde aber alles Bisherige durch den Empfang russischer Kriegsschiffe in Toulon.

Am sehnsüchtigen Verlangen nach diesem Ereignis und an der stürmischen Begeisterung, mit der es sich vollzog, hatte das ganze französische Volk Anteil; zu einem politischen Vorgang ist es aber nur hierdurch, nicht durch die zeitige Lage der europäischen Verhältnisse geworden. Wiewohl es sich um die russische Erwiderung einer Höflichkeit handelte, ist der Vorgang von französischer Seite, zuerst von Ribot, als er noch Minister des Äußern war, wiederholt angeregt, und dann ist von derselben Seite zur Ausführung gedrängt worden. Unter dem Eindruck weitgehender Äußerungen der Presse und von Exzentricitäten wie des alten Diplomaten Deloncle Vorschlag, den Tag des Flottenbesuchs zum nationalen Festtag zu erklären, wurde die Stimmung zu Überschwänglichkeiten hingerissen und sie erhielt sich auf dem einmal errichteten Siedepunkt trotz der wiederholten Kaltwasserstrahlen des Zaren. Der Regierung selbst begann bange zu werden, daß der Ruffentaumel ihr über den Kopf wachsen könne und sie ließ darauf aufmerksam machen, daß Unvorsichtigkeiten dem Verbündeten unangenehm werden, ja ihn abtrünnig machen könnten. Der Taumel setzte auch das Ansehen Frankreichs herab, denn es lag darin das Geständnis, daß Frankreich, nachdem es sich alle Nachbarn zu Feinden gemacht, ohne Rußland nichts ausrichten könne und deshalb um die russische Freundschaft buhlen müsse. Endlich, am 13. Oktober, trafen, während ganz Frankreich sieberte, die russischen Schiffe unter Kanonendonner, Glockengeläute, Jubelrufen, den Klängen der Zarenhymne und der Marseillaise vor Toulon ein. Admiral Avelane wurde sogleich von mehreren

Abordnungen begrüßt. Die Anrede des Präsidenten des Pariser Stadtrats, Humbert, nahm sich wie eine Liebeserklärung aus, wogegen der Admiral nur kurz und gemessen antwortete. Der Marineminister Rieunier begrüßte ihn beim Festmahl im Stadthause als den Vertreter eines großen, edelen Volks, mit dem Waffenbrüderschaft bestehe. Der Maire von Toulon versicherte, alle französischen Herzen schlugen Avelan entgegen und es beginne jetzt für Europa ein Zeitalter des Friedens und Wohlstands. Präsident Carnot erschien ebenfalls in Toulon, besuchte das russische Geschwader und bezeichnete in einem Telegramm an den Zaren den Empfang der Schiffe als einen wiederholten glänzenden Beweis für die aufrichtigen Sympathien, welche beide Völker vereinten und als Kennzeichen „des tiefgewurzelten Glaubens an den wohlthätigen Einfluß, den das Zusammenhalten der beiden großen Nationen auszuüben vermag, welche der Sache des Friedens ergeben sind.“ Der Zar sprach in seiner Antwort kurz seine Freude darüber aus, daß seine Schiffe den Besuch von Kronstadt erwidern könnten. Carnot drahtete sodann noch ein zweites Mal und dankte für den Besuch, den der Zar auf französischen Kriegsschiffen vor Kopenhagen gemacht hatte. Die Pariser Presse betonte ebenfalls den friedlichen Charakter des Flottenbesuchs im Gegensatz zu dem die ganze Welt beunruhigenden Dreieck; „Figaro“ wandte sich sogar gegen die, „welche in einem Augenblick der Verrücktheit den Einfall haben sollten, den Zeitpunkt des unvermeidlichen Kampfes zu beschleunigen.“ Am 17. Oktober, dem Tage, an dem vor 100 Jahren das Haupt der Königin von Frankreich unter dem Beil der Republik fiel, trafen die Vertreter des Zaren, Avelan mit 50 Offizieren, in Paris ein. Der Empfang und der Zug der Russen über die Boulevards durch eine zahllose, festlich geschmückte, jauchzende Menge glich dem Triumpheinzug der Truppen nach dem italienischen Feldzug von 1859, und in die Jubeltöne mischte sich das Geläute der Totenglocke für Mac Mahon, den eben verstorbenen Sieger in diesem Feldzuge. Carnot veranstaltete ein Festmahl und dann wurden die Russen bis zum 24. Oktober in Paris von Fest zu Fest geschleppt unter ständiger Wiederholung der Trinksprüche, bis Avelan zuletzt in einer Tischrede sagte, er und seine Offiziere fühlten sich wie in einem Zauberlande, in dem ihnen das Bewußtsein abhanden gekommen sei.

Sie erhielten in Paris zahllose Adressen, Gedichte und Geschenke, und auf der Rückreise gab es in Lyon und Marseille wiederum Festlichkeiten. Am 27. Oktober stachen die russischen Schiffe wieder in See und der Zar sandte aus Gatschina nochmals einen Dank für ihre Aufnahme. Die Bedeutung derselben bestand offenbar nur in dem Wunsche nach einem Bündnis mit Rußland im Falle eines Krieges mit Deutschland, und der Abg. Goblet gab am 16. Oktober in einer Festrede zu St. Mandé dem Bedauern über die Ungewißheit Ausdruck, ob die Russen Verbündete oder bloß Freunde seien. Derselbe Unterschied wurde am 14. November von Lockroy in einer Festrede hervorgehoben mit Warnung vor Enttäuschungen. Die amtliche Friedensliebe bethätigte sich vorläufig u. a. in einem von einem Beamten des Unterrichtsministeriums herausgegebenen Geographiebuche, in dem von der großen Freude die Rede war, welche herrschen werde, wenn Deutschland geschlagen würde.

Ein Nachklang der Russenbegeisterung bildete den Grundton der Ansprachen, welche am 14. November nach Eröffnung der Kammern von ihren Präsidenten gehalten wurden. Challemeil-Lacour sagte, der Senat, überzeugt, daß die Frankreich und Rußland verknüpfenden Sympathien von Dauer sein würden, schloße sich einmütig dem Gefühlsausdruck an, der sich auf allen Seiten so glänzend Bahn gebrochen habe; er bringe dem Zaren und seiner Familie die Huldigung tiefster Ehrfurcht dar und begrüße in dieser Freundschaft eine neue Friedenshoffnung. Der 87jährige Alterspräsident der Deputiertenkammer, Blanc, feierte die „unsterbliche Depesche“, mit welcher der Zar „in erhabenen Worten das Bündnis zwischen beiden Ländern besiegelt“ habe. Zum Präsidenten wählte die Kammer am 19. November mit 333 von 418 Stimmen Kasimir Périer, der in seiner Ansprache ebenfalls obigen Ton anschlug und von den verschlungenen französischen und russischen Fahnen als dem Ebenbilde eines Herzensbundes sprach. Der Despotismus, fügte er hinzu, hatte das Heer und die Grenze preisgegeben, aber dem verständigen Sinne der Demokratie verdankt Frankreich, daß es den ihm in der Welt gebührenden Platz wieder eingenommen hat.

Das Ministerium Dupuy fühlte sich den Kammern gegenüber bedrückt, weil es in seiner Mitte drei radikale Mitglieder,

Viette, Biget und Peytral hatte, während nach dem für die gemäßigten Republikaner so günstigen Ausfall der Wahlen sich der Ruf nach einer einheitlichen Regierung erhoben hatte. Vergeblich hatte Dupuy in den letzten Wochen die drei radikalen Kollegen los zu werden gesucht. Jetzt baten sie um Entlassung, zogen das Gesuch aber wieder zurück, weil nunmehr vorgezogen wurde, die Erneuerung des Ministeriums zu verschieben bis nach Beendigung der voraussichtlichen Kammerverhandlungen über die allgemeine Politik der Regierung. So kam es, daß das Ministerium am 21. November unverändert vor die Kammern trat und man doch gleichzeitig nicht begreifen konnte, wie seine radikalen Mitglieder der von Dupuy vorgetragene Programm-Erklärung hatten beitreten können, die sich so entschieden gegen die Sozialisten und Radikalen wandte. Hierfür hielt Dupuy es an der Zeit, nachdem die Pariser Arbeiterbörse, wie wilde Vorgänge vom 5. Juni zeigten, sich unter die Führung von Anarchisten begeben hatte, die auch nach Auflösung dieser Anstalt in unheimlicher Weise ihr Wesen trieben, nachdem ferner der Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte am 16. Juli in St. Denis wunderliche Forderungen erhoben, die Grubenleute im Pas de Calais von sozialistischen Mitgliedern der Kammer aufgehetzt waren und am 15. November furchtbare Explosionen anarchistischen Ursprungs in Marseille stattgefunden hatten. In Dupuys Erklärung hieß es nun, nachdem das Land sich durch die Wahlen für eine praktische Politik ausgesprochen habe, werde die Regierung alle auf Änderung der Verfassung und des Wahlmodus sowie auf Trennung der Kirche vom Staate gerichteten Bestrebungen bekämpfen und sie werde nachdrücklich jeden Versuch einer Agitation oder Ausschreitung aller internationalen Umsturzbestrebungen unterdrücken; sie werde den sozialistischen Lehren entgegentreten, da in ihnen nicht ein Gedanke von Freiheit enthalten sei; ein besseres Mittel, die Lage der Arbeiter günstiger zu gestalten, sei Ausdehnung der Wohlfahrts-einrichtungen für sie und vernünftige Reformen. Über diese Erklärung Dupuys kam es am 25. November in der Kammer zu einer Verhandlung. Goblet tadelte die Politik der Regierung, welche den Anschauungen des Landes zuwiderlaufe und verlangte Änderung der Verfassung. Dupuy versicherte darauf, das Ministerium bleibe dem Geiste der Revolution treu, wengleich es die sozialistischen

Lehren ablehne, welche an Stelle des Individuums den Staat setzten. Da warf plötzlich Pelletan die Frage auf, ob man noch das ganze Ministerium vor sich habe oder nur einen Teil. Dupuy, nichts Böses ahnend, antwortete dreist: das ganze Ministerium! Als bald aber wurde er belehrt, daß die radikalen Minister hinter seinem Rücken die Nachricht ihres Rücktritts verbreitet hatten. Die Kammer brach in Entrüstung über die ihr angeblich vorgespielte Komödie aus und brach die Sitzung ab, ohne über die gestellte Vertrauensfrage abgestimmt zu haben.

Infolge dieses Vorgangs trat das Ministerium Dupuy von dem seit dem 4. April bekleideten Amte zurück und nach einem vergeblichen Versuche Spullers bildete Kasimir Périer am 1. Dezember ein Ministerium, in welchem er, neben dem Vorsitz, das Äußere, Raynal das Innere, Burdeau die Finanzen, Spuller Unterricht, Dubost Justiz, Sonnart Handel, General Mercier Krieg, Admiral Lesèvre Marine, Loubet öffentliche Arbeiten, Kerjegu Ackerbau und Delcassé die Kolonien übernahmen. Die Erklärung, mit welcher dieses Ministerium am 4. Dezember vor die Kammern trat, besagte, nie habe das Land eine größere Anhänglichkeit an die Republik, eine größere Abneigung gegen Reaktion und größere Achtung vor der Freiheit des Gedankens und Gewissens bekundet als jetzt; in der Leitung der Politik solle Einheit und Festigkeit der Anschauungen und, um den Lehren der Sozialisten nicht Mißachtung entgegenzusetzen, eine fruchtbringende Thätigkeit der öffentlichen Gewalten herbeigeführt werden. Auf diese Festigkeit der Anschauungen wurde in der Kammer, in unmittelbarem Anschluß an diese von ihr mit Beifall aufgenommene Erklärung, die Probe gemacht durch einen Antrag Grouffets auf Begnadigung von Grubenarbeitern, und es fiel sehr auf, daß dieser Antrag nur wegen ungeschickten Verhaltens Raynals mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde. Dupuy wurde am 7. Dezember zum Präsidenten der Kammer gewählt und erregte als solcher die Bewunderung des ganzen Landes wegen seines kaltblütigen Verhaltens, als am 9. Dezember von der obersten Galerie des Sitzungsaales ein große Verheerungen und viele Verwundungen bewirkendes Sprenggeschöß hinabgeworfen wurde. Nachdem als Thäter ein hervorragender Pariser Anarchist ermittelt war, legte das Ministerium am 11. Dezember vier Gesetzentwürfe vor, von denen

einer gegen die Aufreizung zu Mord und Zerstörung durch die Presse, der zweite gegen anarchistische Umtriebe gerichtet war; der dritte betraf die Regelung der Verfertigung und Verwendung von Sprengstoffen, der vierte die Verstärkung der Polizei. Das erstere Gesetz wurde schon am 12. Dez. mit 400 gegen 63 Stimmen angenommen und in einer darauffolgenden Verhandlung über den Streik im Pas de Calais wies der Minister Sonnart nach, daß in einem Blatte des Abg. Basly den Dynamit-Mordanfällen das Wort geredet werde; diesen Aufreizungen müsse ein Ende bereitet werden, das Land verlange nach Ordnung und Ruhe. Nachdem die Kammern die drei anderen Gesetze gegen die Anarchisten genehmigt hatten, wurde ihre außerordentliche Session am 20. Dezember geschlossen. Das Jahr schloß mit einem den Geist des gegenwärtigen Frankreich kennzeichnenden Vorgange: in dem zu Angoulême gegen die grausamen Verfolger italienischer Arbeiter in Aigues-Mortes geführten Prozesse wurden alle Angeklagten, trotz des Geständnisses, die Opfer mit Keulen erschlagen zu haben, freigesprochen. Die Verleitung des „Patriotismus“ zu solchem Justizskandale wurde sogar von französischen Stimmen bedauert und die Regierung spendete 420 000 Fr. für die Opfer.

Was die Kolonien in Afrika betrifft, so wurde am 11. November zu Balmly in Algerien ein Denkmal zur Erinnerung an die Unterwerfung der arabischen Stämme eingeweiht. Der König von Dahomeh schickte im November zwei Gesandte nach Paris, welche erklärten, er sei bereit, die Menschen-Jagden und Opfer abzuschaffen, erkenne auch die französischen Ansprüche auf Kotonu und Porto-Novo an, halte aber seine Rechte auf Weidahl und dessen Hinterland aufrecht. Diesen Erklärungen wurde keine Beachtung geschenkt, sondern General Dodds brachte durch einen Sieg am 15. Dezember den König in größere Bedrängnis. Bezüglich der Gebiete am Niger beklagte sich die britische Nigergesellschaft am 13. Juli sehr bitter über die Rücksichtslosigkeiten des französischen Agenten Mizon, welcher die ihm auf Ersuchen gewährte Erlaubnis zum Durchzug durch ihr Gebiet benutzt habe, um mit dem Sultan von Muri, mit dem die Gesellschaft in Streit lag, einen Schutzvertrag abzuschließen und den britischen Postdienst auf dem Benuéfluß zu verbieten.

Von politisch hervorragenden Personen in Frankreich starben, abgesehen von dem schon erwähnten Ferry (S. 268), am 12. Sep-

tember der Divisions-General de Miribel, seit Mai 1890 Chef des reorganisierten Generalstabs der Armee, im 63. Lebensjahre auf seinem Schlosse Chatelard in der Dauphiné. Bei seiner Beerdigung in Grenoble hielt Bischof Fava eine Rede, in der es hieß, das Land habe einen seiner edelsten Söhne in dem Augenblicke verloren, „wo der Feind schon den Fuß erhoben hat, um zur Bestürmung unserer Grenzen zu schreiten.“ Miribels Nachfolger wurde General Le Mouton de Boisdeffre. Am 17. Oktober starb auf Schloß La Forêt der Marschall Mac Mahon, Herzog v. Magenta, Erstürmer des Malakoffturms von Sebastopol und früherer Präsident der Republik. Nach einer prunkvollen Leichenfeier in Paris fand am 21. Oktober die Beisetzung in Montereisson statt. Am 3. November starb in Paris der General Herzog v. Bauffremont, bekannt durch seinen Durchbruchversuch bei Sedan. Der frühere Finanzminister Senator Tirard starb ebenfalls am 3. November, der 90jährige Senator Schoelcher, einst heftiger Gegner des Kaiserreichs, am 26. Dezember.

Großbritannien und Irland.

Mehr als je zuvor bildete das Parlament den Mittelpunkt aller öffentlichen Angelegenheiten. Es wurde am 31. Januar, unter Beobachtung der zum Teil Jahrhunderte alten Formen, mit einer Thronrede eröffnet, welche zunächst die Versicherung enthielt, daß das Verhältnis des Reiches zu allen Mächten andauernd freundlich sei und daß diese sich für Erhaltung des europäischen Friedens ausgesprochen hätten. Sodann stellte die Thronrede zwei afrikanische Fragen in den Vordergrund: nach Uganda sei ein erfahrener Mann geschickt, der mit Rücksicht auf die bevorstehende Räumung des Landes seitens der Ostafrika-Gesellschaft über die dortigen Verhältnisse berichten solle, und in Ägypten sei eine leichte Vermehrung der britischen Truppen eingetreten, ohne daß damit jedoch die bezüglich der Besetzung des Landes erteilten Zusicherungen eine Änderung erfahren sollten. Erst hiernach wurden die inneren Verhältnisse berührt: vor allem möge das Parlament sorgfältig die Mittel zur Abhilfe der in

vielen Landesteilen herrschenden Ackerbaunot prüfen; was sodann Irland betreffe, so sei dessen Stellung unter Ausnahmegesetz wegen eingetretener Besserung der Lage widerrufen, und es werde ein Gesetz über die Verbesserung des dortigen Verwaltungssystems zur Vorlage kommen; hierbei werde der Wunsch verfolgt, das irische Volk zufrieden zu stellen, das Parlament zu erleichtern und der Stärke wie Einheit des Reichs neue Sicherheit zu gewähren. Die Verhandlungen wegen einer diese Rede beantwortenden Adresse an die Königin begannen alsbald in beiden Häusern des Parlaments und drehten sich vorzugsweise um Englands Stellung zu jenen beiden afrikanischen Fragen. Die Räumung Ägyptens hatte die frühere liberale Regierung Englands für „so bald als möglich“ in Aussicht gestellt, während die Führer der vorigen Verwaltung sie am liebsten auf unabsehbare Zeit vertagt gesehen hätten. Gewisse Schritte des neuen Khedive hatten aber sogar die jetzige liberale Regierung zur Vermehrung der Besatzungstruppen bestimmt, wodurch die Aufmerksamkeit Frankreichs rege geworden war. Gladstone versicherte nun am 1. Mai bei der Adreßberatung im Unterhause, daß die Regierung diese Frage nur im freundschaftlichsten Sinne mit der französischen Regierung besprechen werde. Bezüglich Ugandas baten am 3. Februar die Oppositionsführer im Unterhause, Balfour, Chamberlain und Goschen, um Auskunft über die Sendung Sir Gerard Portal's und die ihm erteilten Weisungen. Diese Fragen schienen die Regierung in Verlegenheit zu versetzen, denn zuerst sagte der Unterstaatssekretär Grey, es könnten diese Weisungen erst später mitgeteilt werden; bei wiederholter und dringender Anregung gestand aber Gladstone, Portal habe überhaupt noch keine Verhaltensbefehle erhalten; nachdem sich das Ministerium sodann die Sache nochmals überlegt hatte, machte Gladstone am 6. Februar Eröffnungen, wonach Portal dennoch schon Weisungen, und zwar außerordentlich weitgehende erhalten habe; es bestehe nämlich der vom vorigen Ministerium ihm erteilte Auftrag noch in Kraft, den Eingeborenen den britischen Einfluß fühlbar zu machen, Friede und Ordnung aufrecht zu erhalten, überhaupt den Weg für die Zivilisation zu ebnen, insbesondere den Sklavenhandel zu unterdrücken. Aus dem gleichzeitig vorgelegten diplomatischen Schriftwechsel mit der französischen Regierung auf den beiderseitigen Anspruch auf Ersatz der während

des Religionskriegs in Uganda den Missionaren zugefügten Unbilden ging sogar hervor, daß England außer seinem Einflusse keinen anderen dort dulden, vielmehr an Stelle der ostafrikanischen Gesellschaft die volle Verantwortlichkeit übernehmen wolle. Somit stellte sich heraus, daß das liberale Ministerium in diesen beiden Fragen des östlichen Afrika von seinen früheren Grundjagen abgewichen war, offenbar unter dem Drucke schwerwiegender Handelsinteressen. Noch einige andere auswärtige Fragen wurden in die Abreßberatung gezogen, vom Ministerium aber kürzer erledigt. Labouchère schlug nämlich im Unterhause bezüglich des Dreibunds die Erklärung vor, daß für die jetzige Regierung Versprechungen englischen Beistandes nicht verbindlich seien, welche der vorige Ministerpräsident Lord Salisbury etwa an Italien im Falle von dessen Krieg mit Frankreich erteilt habe. Diesen Vorschlag beseitigte Gladstone durch die Bemerkung, daß seit seinem Amtsantritt sich nichts ereignet habe, was eine Beunruhigung des Dreibunds verursachen könne. Endlich wollten einige Abgeordnete Näheres über den Streit Englands mit Rußland über das mittelasiatische Pamir-Gebiet wissen, worauf Sir Grey erwiderte, daß über die noch schwebenden Verhandlungen nichts mitgeteilt werden könne, die Ansprüche Chinas aber sorgfältig berücksichtigt werden sollten; am 2. Mai ergänzte Sir Grey diese Mitteilungen durch die Versicherung, daß Aussicht auf eine befriedigende Lösung dieser Frage vorhanden sei. Ein letzter Punkt der Abreßberatung betraf die von Lowther angeregte, von Gladstone jedoch abgewiesene Frage wegen Beschränkungen der Einwanderung mittellosester Ausländer zur Vermeidung einer Belastung der Armenpflege.

Mit den bis dahin erteilten Aufschlüssen waren so ziemlich alle Seiten des Parlaments einverstanden. Nun aber begann die lange vorbereitete große Aktion der konservativen und der unionistischen Partei gegen das liberale Ministerium, und zwar gleich in der Hauptsache, wegen der ihm dieser Krieg zugebracht war. Gladstone brachte nämlich am 13. Februar im Unterhause seine mit allseitig größter Spannung erwartete Homerule-Vorlage ein. Das Haus war überfüllt von Zuhörern, unter welcher sich der Prinz von Wales, der Herzog von York, Prinzessin Luise, Gemahlin des Marquis of Lorne, und die Herzogin von Teck befanden. Sogar

die Abgeordneten hatten es so eilig, daß beim Öffnen des Sitzungs-saales ein wüthes Gedränge unter ihnen entstand. Donnernder Beifall ertönte sodann, als der 82jährige Premierminister erschien, der mit größter Ruhe in 2 $\frac{1}{2}$ stündiger Rede die Grundzüge der Vorlage und ihre Motive entwickelte.

Bezüglich der Verwaltung Irlands, so führte Gladstone aus, liege die Wahl nur zwischen einer Autonomie und einem Zwangs-gesetz. Dieses sei im Jahre 1886 Irland auferlegt, verstoße aber nicht nur gegen Harmonie der hergebrachten Selbstverwaltung, sondern bilde auch eine entschiedene und gewaltsame Verletzung des Versprechens, auf Grund dessen die Union Irlands mit Großbritannien erlangt sei; überdies verlange Irland mit gebieterischer Stimme Homerule, und dieser Wunsch werde im Unterhause durch vier Fünftel der Ver-treter zum Ausdruck gebracht; daher sei den in der irländischen Provinz Ulster ausgesprochenen Drohungen und Befürchtungen wegen der Folgen von Irlands gesetzgeberischer Unabhängigkeit kein besonderes Gewicht beizulegen. In England würde der Widerstand gegen die Homerulepolitik hoffentlich verschwinden, habe sich doch die Mehrheit dagegen seit 1886 um zwei Drittel vermindert. Alsdann ging Gladstone auf seinen Homeruleplan über. In der Ausarbeitung desselben habe die Regierung an den Grundsätzen der 1886 gescheiterten Vor-lage festgehalten: Die Reichseinheit dürfe nicht in Frage gestellt werden; die politische Gleichheit der drei Königreiche müsse anerkannt, die Reichslasten müßten gleichmäßig verteilt, der Minderheit jeder thunliche Schutz gewahrt und die oberste Autorität des Reichs-parlaments dürfe weder gefährdet noch eingeschränkt werden. Das zu bildende irische Parlament würde aus einem gesetzgebenden Räte und einer gesetzgebenden Versammlung bestehen, mit der Befugnis, Gesetze für den Frieden, die Ordnung und gute Verwaltung Irlands zu geben; es solle keine Kontrolle über die Krone, das Heer, die Kriegsmarine, die auswärtigen Angelegenheiten und die Kolonien haben, noch auch Gesetze erlassen dürfen, welche die Glaubensfreiheit und die persönliche Freiheit gefährden können; ein Vizekönig würde nach wie vor verbleiben; jedoch würden ihm viele Vorrechte der Krone eingeräumt werden; der gesetzgebende Rat würde aus 48 für 8 Jahre, die gesetzgebende Versammlung aus 103 für 5 Jahre gewählten Ver-tretern bestehen. Die Richter sollten nicht absetzbar sein, die be-

waffnete Polizei vorläufig unter Kontrolle der Reichsregierung bleiben, allmählich aber durch eine der irischen Vollzugsgewalt unterworfenen Polizei ersetzt werden. Achtzig irische Abgeordnete würden im Reichsparlament verbleiben, aber von Abstimmungen ausgeschlossen sein, welche die bloß Großbritannien betreffenden Vorlagen, Geldbewilligungen und Anträge betreffen. Irlands Beitrag zu den Reichslasten würde jährlich 2370000 Lstr., also 4—5% derselben betragen. Dem Vizekönig würde ein Vollzugsausschuß des irischen Geheimen Rats mit dem Charakter eines Ministeriums zur Seite gestellt werden. Das Veto gegen anstößige Gesetze würde der Vizekönig auf Rat der Vollzugsregierung vorbehaltlich der Erwägung der Monarchin ausüben. Dies, sagte Gladstone, seien die Pläne der Regierung, die von dem Wunsche eingefloßt würden, Englands Unrecht gegenüber Irland wieder gut zu machen, die Kraft und Größe, den Ruhm und die Einigkeit des Reiches zu erhöhen. Entweder dieser oder ein ihm sehr ähnlicher Plan müsse in kurzer Gesetzkraft erhalten. Der andere Fall würde ein Verlangen nach Aufhebung der Union sein. „Ich möchte,“ so schloß Gladstone wehmütigen Tones, „dem Lande nicht gern eine Fortdauer dieser Zwietrachtserbschaft, die mit kaum einer Unterbrechung seit sieben Jahrhunderten von Generation auf Generation übergegangen ist, hinterlassen; ich beschwöre deshalb das Haus fast mit meinem letzten Atemhauche, mit der Vergangenheit zu brechen und Liebe, Eintracht und festes Zusammenwirken walten zu lassen.“ Ein Hauptunterschied dieser Vorlage von der des Jahres 1886 bestand darin, daß die irischen Abgeordneten im Reichsparlament verbleiben sollten.

An Gladstones Rede knüpfte sich schon am 14. Februar eine Beratung des Entwurfs, in deren Vordergrund Ausführungen Balfours, eines der heftigsten Gegner des Plans, standen. Er warf die Frage auf, inwiefern denn die höhere Stellung des Reichsparlaments mehr als eine nichtsagende Redensart sein und wie ein starkes britisches Ministerium die irischen Angelegenheiten bei diesem Plane würde überwachen können; die finanziellen Bestimmungen der Bill zielten darauf ab, Irland von aller Beisteuer zu den Reichslasten zu befreien; wenn nach 7jähriger Beratung keine bessere Bill vorgeschlagen werden könne, so beweise das eben, daß die Aufgabe unmöglich sei; der Vorschlag werfe den natürlichen Entwicklungs-

prozeß um, durch welchen große Reiche sich aufbauen. Der irische Abg. Sexton billigte den Plan im allgemeinen, da er besser als der von 1886 sei. Der Führer der Parnelliten, Redmond, wollte die endgültige Beurteilung des Plans seitens der Iren bis zur dritten Lesung verschieben. In den Sitzungen vom 15. bis 17. Februar unterzogen ferner Lord Churchill, der frühere Schatzkanzler Goschen und Chamberlain die Bill einer eingehenden und vernichtenden Kritik. Die Widerlegung übernahmen Bryce, der Kanzler des Herzogtums Lancaster, und J. Morley, der Cheffsekretär des Lord-Lieutnants von Irland. Am 17. Februar wurde die Bill in erster Lesung angenommen.

Schon am Abend des Tages, an dem Gladstone mit seinem Plane hervortrat, gerieten die Parteien in der irischen Provinz Ulster in solche Aufregung darüber, daß es in Belfast zu Zusammenstößen zwischen den fanatischen Gegnern der Bill, den Unionisten, auch Loyalisten und Drangisten genannt, und den Freunden der Bill, den eingeborenen Irländern oder „Nationalisten“ kam. Erstere beschloßen sogar die Zurückziehung ihrer bei den Postsparkassen niedergelegten Gelder, um damit Waffen zu kaufen, falls der Regierungspolitik bewaffneter Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Der Herzog von Devonshire hielt am 14. Februar eine entschiedene Rede gegen die Bill; am 18. Februar wurde in einigen Kirchen zu Belfast ein Gebet um Abwendung der Bill vorgetragen; am 1. März kam es bei Limerick zu blutigen Vorfällen und am 2. März erklärte eine große Versammlung in Belfast, die Loyalisten würden einem Parlamente in Dublin keinen Gehorjam leisten und die Steuern verweigern; der Geistliche Kane, Großmeister der Orange-Logen, forderte hier in feuriger Rede zum Widerstande gegen Homerule auf, „die zu unserer Unterdrückung und Beraubung führt;“ und das Parlamentsmitglied Johnston legte, die Bibel in der Hand, der Versammlung folgenden Eidschwur vor: „Wir schwören hierbei feierlichst auf die Bibel, im Angesicht des Himmels, bei der Union zu verharren, und sollten wir die Schlacht am Boynefluß nochmals durchzukämpfen haben;“ die Versammlung sprach stehend den Eid nach, worauf der Großmeister einen Abdruck der Homerule-Vorlage, unter dem Jubel von 100 000 Drangisten, „im Namen Ulsters, der Freiheit und der Menschheit“ in tausend Stücke zerriß; abends

verbrannte man in der High-Street Gladstones und Morleys Bilder.

Die Häupter der parlamentarischen Opposition thaten alles, um diesen Widerstand zu bestärken. Lord Salisbury sprach sich am 8. März in einer konservativen Versammlung zu London dahin aus, es dürfe absolut nichts versäumt werden, um die Ablehnung der Bill zu sichern, und am 10. März empfingen die Lords Salisbury und Churchill sowie Balfour die Vertreter der hervorragendsten Handelsinteressen Irlands und bestärkten sie in ihrer Ansicht, daß die Bill den Wohlstand Irlands vernichten würde. Nachdem infolge dieser Bewegung die auf den 13. März angeetzte zweite Lesung der Homerule-Bill im Unterhause hatte verschoben werden müssen, erließen am 16. März der Herzog von Abercorn, die Lords Londonderry und Erne, der Lord-Mayor von Belfast und viele namhafte irische Loyalisten einen Aufruf zur Gründung eines Verteidigungsbundes gegen die Gladstoneschen Pläne; die Mitglieder dieses Bundes sollten eine Vertretung von 600 Personen und diese sollten ein Komitee wählen, das beisammen bleibe, um jeden Augenblick die nötigen Maßregeln zur Abwehr der durch Gladstone drohenden Gefahr anordnen zu können. Inzwischen begann der Opposition wegen der hochschlagenden Flamme doch etwas bange zu werden, so daß Balfour am 28. März einer irischen Abordnung empfahl, die Entrüstung mehr in Schranken zu halten. Als er dann aber selbst am 2. April bei Larne den Fuß auf irischen Boden setzte, wurde er mit unbeschreiblicher Begeisterung empfangen. In Belfast wurden die Pferde des Wagens, in dem er Platz genommen hatte, ausgespannt und kräftige Männer nahmen ihre Stelle ein; nur im Schritt konnte sich der Wagen durch die dichten Volksmassen winden; ihr Jubelgeschrei war betäubend; jeder wollte Balfour die Hand schütteln, jeder ihm seinen Segenswunsch zurufen; am Ostermontag wohnte Balfour auf einer Tribüne einer großartigen Kundgebung von 120 000 Segnern der Homerule-Bill bei, die sich in einem drei Stunden andauernden Zuge mit Musik und Fahnen vor ihm vorüber bewegten. Balfour hielt sodann an diese Massen eine Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß Ulster nie gezwungen sein werde, für seine Freiheit zu kämpfen; aber was gegen einen tyrannischen König gerechtfertigt wäre, das wäre auch gegen eine

tyrannische Mehrheit zulässig. Unter fortwährenden begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung setzte Balfour am 5. April die Reise nach Dublin fort, wo er am 8. April wiederum an einer großen Protestversammlung teilnahm. Die Kundgebungen gegen Homerule setzten sich mit ungeminderter Heftigkeit fort und fanden neue Nahrung in Reden Goschens zu Glasgow und New=Castle, des Herzogs von Devonshire in Bristol, Lord Churchills in Liverpool und James' in Burni.

Auf Gladstone schien die Opposition wenigstens insofern Eindruck zu machen, als er am 27. März in einer Versammlung der liberalen Partei zu London sagte, er habe es schon lange als Übelstand für diese empfunden, daß sie einen Mann seines Alters zum Führer habe, er werde jedoch nicht erlahmen. Das bewies er denn auch am 6. April im Unterhause. Balfour gedachte hier die Homerule-Bill schon durch eine Mißtrauenserklärung zu Fall zu bringen, aber Gladstone erwiderte mit dem Hinweis, daß die Regierung, obwohl störende Elemente als Ergebnis eines 700jährigen Verwaltungssystems allerdings in Irland noch vorhanden seien, eben jetzt ein neues System versuche, wonach Irland in demselben Sinne verwaltet werden solle, nach welchem die Engländer und Schotten regiert würden. Nachdem das Tadelsvotum mit 319 gegen 272 Stimmen abgelehnt war, beantragte Gladstone die zweite Lesung seiner Bill und führte in längerer Rede folgendes aus:

Irland habe, im Grunde genommen, die Unionsakte niemals genehmigt und scheine fest entschlossen, nicht zu rufen, bis der von ihm verlangte Wechsel gewährt sei; die gegenwärtige Regierung sei bestrebt, zwischen Großbritannien und Irland den Herzensbund herzustellen, der einst bestanden habe und wieder bestehen werde, wenn die Maßregeln ergriffen würden, welche die gesunde Vernunft vorschreibe; die irische Frage sei der Fluch des Hauses der Gemeinen und ein großes, ständiges Hindernis der wirksamen Erfüllung seiner Pflichten; in Irland herrsche keine Zufriedenheit, und die Ungerechtigkeit der Verwaltung Irlands sei von keinem Geschichtsschreiber in Abrede gestellt worden. Sodann lenkte Gladstone die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Erfahrung von Homerule in anderen Ländern: das Zugeständnis von Homerule habe, falls es nicht unter Anwendung von Zwang erfolgte, niemals ermangelt,

die Anhänglichkeit der Empfänger an die ertheilende Macht zu fördern; sei nicht Osterreich-Ungarn ein Fall von beträchtlichem Erfolge? Können man nicht auch auf Norwegen und Schweden hinweisen? Diese Länder seien für ein gegenseitiges Hinschlachten gerüstet gewesen, als sie durch das Vorgehen Europas geeinigt wurden; jetzt hätten sie einen langjährigen Frieden. Ferner sei es unmöglich, sich einen stärkeren oder lehrreicheren Fall als Deutschland zu denken, welches in vollstem Maße die Notwendigkeit einsehe, keinen Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten seiner Staaten zu machen; auch in Nordamerika beständen die Staatenregierungen fortgesetzt in ungeschmälerter Geltung für innere Interessen; wer daran rütteln wollte, würde als wahnsinnig betrachtet werden; endlich herrsche jetzt zwischen den britischen Kolonien, nachdem sie die Selbständigkeit der Gesetzgebung erhalten, und dem Mutterlande Eintracht statt des früheren Zwistes. Nachdem Gladstone geendet, beantragte Sir Hicks-Beach die Verwerfung der Vorlage, in deren bis zum 22. April sich hinziehenden Beratung hauptsächlich Goschen, James und Balfour dagegen, Sexton und Gladstone dafür auftraten. Goschen fand in der Bill nur Verwirrung der irischen Angelegenheiten und kündigte die Bekämpfung seitens der Opposition bis zum äußersten an. Sexton wollte dem Widerstande Alfiers keine große Bedeutung beimessen. James sah in der Bill die Aufhebung der Union, ein Blendwerk, eine Schmach für England. Balfour entwickelte, daß England durch die Bill die finanzielle Freiheit verliere und schloß mit den Worten: „Begeht Ihr dieses große politische Verbrechen, dann ist jede Hoffnung auf ein geeintes, friedliches Irland auf immer verschwunden!“ Gladstone dagegen sprach von den kühnen Behauptungen, Übertreibungen, Mißdeutungen und grundlosen Prophezeiungen der Opposition und fragte, wie denn Irland nach Verwerfung der Bill gegen den Willen der dortigen Volksmehrheit regiert werden solle, nachdem die Politik des vorigen Ministeriums zusammengebrochen sei; die Bill werde sich als einer der dauerndsten und segensreichsten Siege der liberalen Partei erweisen. Schließlich wurde die Vorlage mit 347 gegen 304 Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen setzte sich der Widerstand außerhalb des Parlaments immer noch in steigendem

Maße fort. Der Herzog von Devonshire sagte in einer Rede zu Dalkuth geradezu, Ulster habe das Recht zum gewaltsamen Widerstande, und selbst auf Kosten eines Bürgerkriegs müsse die irische Sonderverwaltung abgewendet werden; eine große Versammlung in London, an der 600 Männer aus Ulster teilnahmen, wandte sich unter Führung des Lords Abercorn aufs entschiedenste gegen die Bill; am 25. April gab's wieder Unruhen in Belfast; am 27. April wurde wegen der Bill sogar ein Mordanschlag auf Gladstone gemacht; am 23. Mai betonte Lord Salisbury in Belfast die Notwendigkeit entschlossensten Widerstands gegen Irlands Trennung vom Reiche, und am 12. Juni entwickelte Salisbury in einer Rede zu London, die Lebensfähigkeit des britischen Reiches stehe auf dem Spiele.

Die Beratung der einzelnen Punkte der Homerule-Bill im Unterhause zog sich vom 8. Mai an mehrere Wochen hin. Seitens der Opposition wurden zahlreiche Abänderungsanträge gestellt, jedoch fast sämtlich verworfen. Nur einmal machte die Regierung der Opposition ein kleines Zugeständnis, das unter Widerspruch der Iren am 16. Juni genehmigt wurde. Am 30. Juni gelang es Gladstone, dem Bestreben der Opposition, die Verhandlung in die Länge zu ziehen, durch einen genehmigten Antrag auf eine gewisse Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit ein Ziel zu setzen. Mißlich für die Sache der Bill war der während dieser Verhandlungen, im Mai, wieder ausbrechende Streit innerhalb der nationalistischen Gruppe der irischen Abgeordneten, nämlich zwischen Sexton und den Gemäßigten und andererseits Healy mit den Ultraradikalen. Am 27. Juli wurde die Bill in zweiter Lesung genehmigt, nachdem die Beratung mit einem Faustkampf zwischen Chamberlain nebst seinen Anhängern und den von ihm starkgereizten Parnelliten geendet hatte. Die Annahme der Bill in dritter Lesung erfolgte nach einer im ganzen 82tägigen Beratung am 1. September mit 301 gegen 267 Stimmen.

War somit die Bill glücklich durch das Unterhaus gebracht, so stand ihr im Oberhause eine Opposition bevor, der sie, wie lange vorauszusehen war, unterliegen mußte. Die Beratung dauerte hier vom 5. bis 8. September. Lord Spencer beschwor die Lords, die Hoffnung der Iren nicht zu zerstören. Der Herzog v. Argyll

unterzog die Bill einer erbarmungslosen Kritik und sah durch ihre Annahme die Reichseinheit, die Krone und die Volksfreiheiten gefährdet. Die Lords Ashbourne, Londonderry, Camperdown, Croft und andere unionistische Peers bekämpften die Bill mit den schon oft erörterten Einwänden, die Lords Playfair und Ripon nahmen sich ihrer an. Zuletzt unternahm der Staatssekretär des Äußern, Lord Rosebery einen letzten Rettungsversuch, indem er einen sehr versöhnlichen Ton anschlug und grundsätzliche Annahme mit nachfolgender Umarbeitung anheimgab, aber Lord Salisbury benahm in längerer Rede der Regierung alle Hoffnung. Die Verwerfung der Bill seitens des in seltener Stärke besetzten und von zahlreichen Mitgliedern der Aristokratie als Zuhörern besuchten Oberhauses erfolgte mit der erdrückenden Mehrheit von 428 gegen 41 Stimmen, von welchen letzteren sogar 21 Mitgliedern der Regierung angehörten. Ein solches Fiasko hatte seit langer Zeit keine Regierungsvorlage erfahren. Hiergegen erließ die liberale nationale Vereinigung am 12. September eine Ansprache, in welcher die Frage der Umgestaltung oder Aufhebung des Oberhauses aufgestellt wurde.

Die parlamentarische Behandlung der Homerule-Frage zog einige Vorgänge nach sich, die sonst nicht würden eingetreten sein: Den am 23. Juni im Unterhause von Clark eingebrachten Antrag auf Errichtung eines oder vielmehr auf Wiederherstellung des am 6. Mai 1707 aufgehobenen Parlaments für ausschließlich schottische Angelegenheiten mußte das Ministerium folgerichtigerweise sich gefallen lassen; der Sekretär für Schottland, Trevelyan, sprach sich sogar grundsätzlich dafür aus, bat jedoch um Verschiebung, worauf der Antrag abgelehnt wurde. Ferner gehören dahin verschiedene Zugeständnisse, die Gladstone einzelnen Gruppen von Abgeordneten gewährte, um dadurch ihre Stimmen für die irische Bill zu erlangen. Die walliser Abgeordneten mußte er durch die sogenannte „suspensorische Bill“ warm halten, welche als der erste Schritt zur Entstaatlichung der Kirche in Wales anzusehen war und am 24. Februar die erste Lesung passierte. Die Gewährung von Tagelohnern an die Abgeordneten vermochte Gladstone jedoch trotz allen von vielen derselben ausgeübten Drucks nicht in Aussicht zu stellen.

Nächst der Homerule-Bill bestanden die wichtigsten Vorlagen Gladstones in zwei sozial und politisch tief eingreifenden Gesetz-

entwürfen über die Reform der Gemeindeverfassung und über die Haftpflicht der Arbeiter. Der erstere wurde am 21. März vorgelegt und lief hinaus auf Vervollständigung der Bill über die Gemeindeverwaltung durch Einsetzung von Gemeinde- und Kreisausschüssen. Dies bedeutete einen erheblichen Fortschritt, denn für die Entwicklung einer freien Selbstverwaltung innerhalb der Gemeinde war bisher wenig Raum vorhanden, weil alles in der Hand des Gutsherrn und des von ihm abhängigen Ortsgeistlichen als Kirchenvorstandes lag und auch die kleinen Leute in ihrem Lebenserwerb von ersterem abhängen. Nun soll an die Stelle des Kirchenvorstandes die aus allen Abgaben zahlenden Grasschaftswählern bestehende Gemeindeversammlung mit einem die Verwaltung der Gemeinde leitenden Ausschusse treten, der Abgaben erheben, die nichtkirchlichen milden Stiftungen überwachen und den Landverkauf behufs Parzellenverteilung und Erwerb von Kleingütern vom Gutsherrn soll erzwingen können. Als Bindeglied zwischen den Gemeinden und den Grasschaftsräten sollen Distrikträte zur Ausübung der Armenpflege und zur Überwachung von Wegebau und Gesundheitspolizei geschaffen werden. Der Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Arbeiter zur Ergänzung eines Gesetzes von 1880 bezweckte eine Vereinfachung zur Erzielung der Entschädigung, denn die gemeinrechtliche Haftbarkeit des Arbeitgebers wurde vielfach illusorisch, weil es dem Arbeiter nicht leicht möglich war, seinen Unfall aus der persönlichen Nachlässigkeit des Fabrikanten herzuleiten. Nach der Bill soll nun jeder, der auf seine Verantwortlichkeit hin Triebkräfte in Bewegung setzt, welche eine Lebensgefahr für andere bedingen, für die möglichen Folgen einstehen, außer wenn er beweisen kann, daß der Arbeiter durch seine Nachlässigkeit teilweise Urheber des Unfalls sei. Weiterhin wurde eine gesetzliche Verhinderung der Einwanderung mittelloser Ausländer angeregt, aber regierungsseitig als grundlos abgewiesen. Endlich kam im Unterhause eine Reihe von Fragen der auswärtigen Politik zur Sprache, über welche die Lords Rosebery und Grey Auskunft erteilten. Bezüglich des Dreibunds wurde am 1. Juni versichert, daß eine Zusage wegen Verwendung britischer Streitkräfte niemals erteilt sei. Die deutschen Transporte von Waffen durch das englische Gebiet der Walfischbai nach dem deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebiet pflegten, wie am 27. Juni

versichert wurde, immer erst nach Einholung der Erlaubnis zu erfolgen. Am 16. Juni beantragte Cremer, Befriedigung darüber auszusprechen, daß der Kongreß der nordamerikanischen Union die Ermächtigung wegen Abschluß eines Schiedsgerichts-Vertrags mit jedem dazu bereiten Staate erteilt habe; und die Hoffnung auszusprechen, daß die Regierung bei erster Gelegenheit in Verhandlung über einen solchen Vertrag treten werde. Gladstone nahm den Vorschlag sehr wohl auf und gab ihm eine andere Form, in der er Annahme fand. Die am 11. September angegriffene Ernennung des Herzogs v. Connaught zum Befehlshaber des Lagers von Aldershot wurde vom Kriegsminister verteidigt. Die Session des Parlaments endete am 23. September und hatte Nachklänge in öffentlichen Reden mehrerer Staatsmänner.

In einer Rede zu Edinburg sagte Gladstone, eine Auflösung des Parlaments wegen Ablehnung der Homerule-Bill durch das Oberhaus wäre gegen die Verfassung und ein Verrat gegen die Nation gewesen, die das Recht besitze, sich selbst zu regieren; die Frage wegen Fortbestehens des Oberhauses werde den Wählern unterbreitet werden. Auf der anderen Seite sprach sich am 11. Oktober Goschen in einer Unionistenversammlung zu West-Hartlepool dahin aus, Gladstone wage die Auflösung des Parlaments nicht und gefährde durch ausschließliche Beschäftigung mit der Homerule-Frage die Landesinteressen. Der Minister des Innern, Asquith, gab am 17. Oktober in einer Rede zu Glasgow zu wissen, die Regierung gedenke den Homerule-Plan nicht fallen zu lassen, die nächste Tagung aber nur der inneren Gesetzgebung zu widmen. Dies nannte Lord Churchill am 18. Oktober in einer Rede zu Bedford ein nicht zu duldenes ehrloses Verfahren. Lord Salisbury betonte am 18. Oktober in einer Rede zu Ormskirk die Notwendigkeit einer Vermehrung der Seemacht. Ähnlich Lord Spencer am 2. November in einer Rede zu Sheffield und dann Lord Salisbury nochmals am 29. November in einer Rede zu Cardiff. Diese Sorge war entstanden, nachdem durch den russischen Flottenbesuch in Toulon die Gefahr für England näher herangerückt zu sein schien, dereinst infolge von Streitigkeiten mit Rußland, sei es in Asien, sei es im Orient, den Anspruch auf eine gewisse Oberherrschaft in den Gewässern der Levante beeinträchtigt zu sehen, wo am 22. Juni das Panzerschiff

„Victoria“ mit dem Viceadmiral Tryon und 400 Mann infolge eines, wie das Kriegsgericht entschied, durch einen Befehl Tryons herbeigeführten Zusammenstoßes mit dem Panzerschiff „Camperdown“ untergegangen war. Der Besuch einer englischen Flotte in Tarent am 16. Oktober war durch den Flottenbesuch in Toulon veranlaßt, die englische Presse verwahrte sich aber gegen die Auffassung, als werde damit in den Dreibund oder in ein Bündnis mit Italien eingetreten.

Im August und September entwickelte sich in Birmingham, Manchester, Wales und Schottland ein zum Teil zu Kämpfen führender Lohnausstand von so gewaltiger Art, wie ihn selbst das an Niesenstreiks nicht gerade arme England selten sah. Der Lohnkampf zwischen den Besitzern der Kohlenreviere und ihren Arbeitern zwang auch andere Gewerbezweige zum Stillstand.

Zu den bemerkenswerteren Vorgängen gehörte eine zunehmende Lebhaftigkeit der katholischen Bewegung. Im Februar begaben sich 500 englische Pilger unter Führung des Herzogs v. Norfolk zum Papstjubiläum nach Rom. Daß der Lord-Mayor von London sie zur Abfahrt begleitete, erregte in vielen Kreisen Anstoß. Kardinal Vaughan wurde im April bei seiner Rückkehr von dort seitens zahlreicher Abordnungen der Katholiken begrüßt, worauf er sich in längerer Ansprache über die sozialen und erzieherischen Aufgaben der römischen Kirche im Sinne des vom Papste hochgepriesenen Thomas v. Aquino äußerte. Daran schloß sich ein prunkhaftes Bankett im Mittelpunkt der City von London, der bisherigen Hochburg des Anglikanismus, zu Ehren des Kardinals, das von allen katholischen Bischöfen und den hervorragendsten Katholiken Englands besucht war. Der Lord-Mayor von London brachte hier einen Trinkspruch auf den Papst und erst dann einen auf die Königin aus. Hierdurch erregte er abermals Anstoß und im Gemeinderate wurde er darüber zur Rechenschaft gezogen. Schien schon dieses Bankett eine Kundgebung sein zu sollen, so war es dies noch mehr ein am 20. Mai von Vaughan und allen ihm unterstellten 14 Bischöfen erlassener Hirtenbrief, demzufolge ganz England der heiligen Jungfrau gewidmet und das englische Volk wieder, wie im Mittelalter, unter „die Schutzherrlichkeit des heiligen Petrus“ gestellt werden sollte. England habe sich, hieß es darin, vor den Zeiten seines „Abfalls“ den ehrenvollen Titel

einer „Mitgift der Maria“ erworben und es sei von den damaligen Engländern dem heiligen Petrus als „Hauptpatron“ des Königreichs ein besonderer Kultus gewidmet worden. Die entsprechende Feierlichkeit fand am 29. Juni unter Entfaltung großen kirchlichen Pompes in Brompton statt, wobei der Kardinal in seinem Gebete zur Jungfrau Maria sagte: „Demütig bieten wir Dir unser Land an; es war einst Dein, ehe es des Glaubens beraubt ward; möge Dein Gebet es zum alten Glauben zurückbringen.“ Dies alles ging in völliger Ruhe von statten, während noch vor etwa 40 Jahren Unruhen darüber würden entstanden sein. In den 100 Jahren von 1780 bis 1881 hat sich eben die Zahl der Katholiken in England von 70000 auf eine Million gehoben, besonders infolge der Einwanderung irischer Arbeiter.

In der am 2. November begonnenen Session des Parlaments genehmigte das Unterhaus am 7. November die Regierungsvorlage wegen Errichtung von Distrikts- und Kirchspielräten in England und Wales. Im Übrigen war nur eine Verhandlung vom 20. Dezember über die Frage einer Verstärkung der Kriegsflotte von größerem Interesse. Zweifeln Lord Hamiltons gegenüber versicherte Gladstone, daß Englands Sicherheit nicht in Frage stehe.

Was die königliche Familie betrifft, so nahm die Königin Viktoria mit ihrer Tochter Beatrice und deren Gemahl, dem Prinzen v. Battenberg, vom 20. März bis 26. April Aufenthalt in Florenz. Nach ihrer Heimkehr wurde am 3. Mai die Verlobung des 28jährigen Herzogs Georg von York mit der 26jährigen Prinzessin Victoria Mary genannt Mah v. Teck, früheren Braut des verstorbenen Herzogs v. Clarence, amtlich bekannt gemacht. Am 10. Mai begab sich die Königin unter großem Gepränge zur Eröffnung des „Imperial Institute“ in South Kensington, das auf Anregung des Prinzen v. Wales, zur Erinnerung an das 1887 gefeierte 50jährige Regierungsjubiläum der Königin, behufs Befestigung des Zusammenhangs zwischen dem Mutterstaate und den Tochterstaaten gegründet wurde als eine alle Naturerzeugnisse der indischen und der angelsächsischen Staatengebilde umfassende dauernde Ausstellung, verbunden mit einer Universität bezüglich indischer und kolonialer Angelegenheiten und einem gesellschaftlichen Reichsklub für britische Staatsangehörige aller Nationalitäten, Glaubensbekenntnisse,

Sprachen und Hautfarben. Die Trauung des Herzogs v. York fand am 6. Juli statt. Hierzu waren u. a. Prinz Heinrich von Preußen nebst Gemahlin, die Königsleute von Belgien und Dänemark sowie der Zarewitsch erschienen. An die glänzenden Hochzeitsfestlichkeiten schloß sich am 8. Juli eine von der Londoner City-Korporation dem dänischen Königsleute zu Ehren veranstaltete Festlichkeit, bei welcher der Zarewitsch in einem Trinkspruche die Hoffnung aussprach, daß die freundschaftlichen Gefühle zwischen den Herrscherfamilien von England und Rußland sich auf beide Völker ausdehnen möchten. Die Königin Viktoria sprach am 10. Juli der Bevölkerung ihren Dank aus für die bei jener Vermählung zum Ausdruck gekommenen Beweise der Ergebenheit.

Bezüglich der englischen Kolonialpolitik trat der Minister des Außern, Lord Rosebery, am 2. März bei einem Feste der Kolonialanstalt in London der Behauptung entgegen, das britische Reich sei groß genug und bedürfe keiner weiteren Ausdehnung; England müsse vielmehr an die Zukunft denken und erwägen, was es späterhin brauchen dürfte; seine Pflicht sei, darauf zu achten, daß die Welt, soweit dies möglich sei, anglosächsisches Gepräge, nicht das einer anderen Nation erhalte. Darin lag ein neuer Beweis, daß auch das liberale Ministerium sich der Aufrechterhaltung der großafrikanischen Pläne nicht entschlagen zu können glaubte, wonach ein von der Kapkolonie bis zur ägyptischen Südgrenze reichendes Gebiet im Innern Afrikas für Großbritannien zu sichern sei. Als Pionier hatte in dieser Beziehung die britisch-ostafrikanische Gesellschaft lange Zeit hindurch das ihrige gethan; nun stand sie am Ende ihrer Kräfte und in ihrer Generalversammlung im Mai vernahm man elegische Töne; die Abtretung Helgolands wurde jetzt hier als großer Fehler betrachtet, da es zum Tausch für ein wertvolleres Gebiet hätte aufbewahrt bleiben sollen, und Zanzibar wurde aller Wert für den britischen Handel abgesprochen. An Stelle dieser Gesellschaft trat jedoch bezüglich Ugandas immer mehr der britische Staat. Die britisch-südafrikanische Gesellschaft befand sich dagegen noch in ihrer vollen Pionierthätigkeit. Bei ihrem Bestreben, unter schwach verhüllter Vergewaltigung portugiesischer Versuche, das Mosambique-Gebiet auszudehnen, bis an den Sambesifluß und über ihn hinaus an den Nyassa-See vorzudringen, geriet sie in Streit mit den kriege-

riſchen Volksſtämmen, welche der kühne Häuptling Lo Benguela unter dem Namen der Amandabele, gewöhnlich **Matabele** genannt, zwischen dem Sambesi und dem Limpopo, weſtlich vom portugieſiſchen Gebiete, vereinigt hatte. Dieſe Volksſtämme beunruhigten fortwährend den nördlich von ihnen wohnenden friedlichen Volksſtamm der **Maſſona**, welcher ſich der Geſellſchaft unterworfen hatte, und bedrängten im Juli ſogar die dortigen Forts Victoria und Charter. In der Vorauſſicht, mit ihren 2200 Mann den kräftigen Stößen einer großen Übermacht nicht widerſtehen zu können, wandte ſich die Geſellſchaft an den britiſchen Staat, erhielt aber vom Oberkommiſſar des Kaplands, Sir Loch, Hilfe erſt nachdem die Matabele am 1. Oktober auch Angriffe auf die königlichen Polizeitruppen in dem ſüdlich ſie begrenzenden britiſchen **Betſchuanaland** gemacht hatten. Die Truppen der Geſellſchaft vereinigten ſich mit den vom Häuptling Khama geführten Betſchuanen, warfen am 16. Oktober die Matabele zurück, brachte ihnen am 31. Oktober und 2. November ſchwere Niederlagen bei und nahmen Lo Benguelas Hauptort Buluwajo ein. Später wurde eine engliſche Truppe unter Wilſon vernichtet. Etwas voreilig nahm man die Einverleibung des Matabele-Landes vor, inſolge deſſen das biſherige Hindernis einer Einigung mit der ſüdafrikanischen Republik über das zwischen derſelben und dem indiſchen Ozean liegende **Swaziland** fortfiel. Den hierüber 1890 mit Transvaal geſchloſſenen Vertrag hatte Präſident Krüger im Frühjahr gekündigt und dann den britiſchen Vorſchlag zu einer Fortſetzung der gemeinſamen Aufſicht über die Swazis abgelehnt. Da es nun jetzt darauf ankam, die Buren ſich zu Freunden zu machen, wurde ihnen Swaziland abgetreten. Für die Kolonie **Natal** wurde eine Verfaſſung verkündigt. An der **Sierra-Leone-Küſte** kam es am 26. Dezember durch Mißverſtändniſſe zu einem Kampfe zwischen britiſchen und franzöſiſchen Truppen.

Was die oſtafrikanischen Schutzgebiete betrifft, ſo wurden wegen der feindſeligen Haltung Fumo Omaris, des Sultans von **Witu**, am 14. Auguſt Truppen an der Suaheliküſte ausgeſchifft, welche nach hartem Kampfe zwei Orte erſtürmten und verbrannten. Auf dieſe Art wurden Forderungen gegen den Sultan durchgeſetzt, ohne daß es engliſcherſeits für nötig gehalten wurde, bei Deutſchland eine Änderung des Vertrags vom 1. Juli 1890 nachzuſuchen, durch welchen

beide Teile den Sultan als souverän anerkannt hatten. Das Gebiet von Witu wurde dem Sultan von Zanzibar übertragen.

Die Regierung **Indiens** ordnete am 26. Juni die Schließung der Münzstätten für die freie Silberprägung an, weil zwingende Gründe vorlagen, ihren Haushalt unabhängig von den fortwährenden Schwankungen des Silberpreises zu machen. Die Maßregel übte großen Einfluß auf die Münzverhältnisse Europas aus; für Indien wurde nun eine Anleihe von zehn Millionen nötig. Im August entstanden zu Bombay religiöse Unruhen größeren Umfangs zwischen Hindus und Mohammedanern, wobei vier Tempel der ersteren und zwei Moscheen zerstört wurden. Grund des Streits war die Kuhfrage. Die Hindus widersezten sich nämlich hartnäckig dem Schlachten der Kühe, welche sie als heilige Tiere ansehen. Die Unruhen wurden durch Militär unterdrückt, die Regierung aber kam in Verlegenheit, weil sie jene Forderung nicht genehmigen kann und es doch auch keine Kleinigkeit ist, die religiösen Vorurteile von 200 Millionen Menschen zu verletzen. Die Wiederanrührung dieser schon recht alten Kuhfrage ward übrigens vielfach als Ausfluß der neuerlich durch ganz Indien gehenden Nichtachtung von Gesetz und Behörden angesehen. Sehr wichtig für Indien war die Herstellung guten Verhältnisses zu Afghanistan. Schon 1885 war dieses durch Lord Dufferin bewirkt, durch spätere Vorgänge aber wieder aufgehoben. Seit 1888 wurden Versuche gemacht, es herzustellen, aber der Emir Abd-ur-Rahmân wußte jedesmal im letzten Augenblicke die verabredete Zusammenkunft zu vereiteln. Jetzt sah er sich durch das Vordringen der Russen in Pamirgebiete zum Entgegenkommen genötigt, und so wurde am 2. Oktober Sir Mortimer Durand vom Emir, unter Entfaltung der ganzen Pracht eines asiatischen Fürstenhofs, in Kabul empfangen, worauf es zu einer Regelung aller Grenzen und sonstigen Schwierigkeiten kam.

In Sidney traten im August Vertreter der sieben Kolonien **Australien** als Privatversammlung zusammen, um den 1891 mißglückten Plan eines Zusammenschlusses der Kolonien zu einem der kanadischen Dominion ähnlichen Staatenbunde wieder aufzunehmen, dem die Bildung eines Zollbundes vorangehen sollte; die Sache nahm aber auch diesmal langsamen Verlauf, zumal jede der Kolonien vorläufig durch finanzielle Bedrängnisse sehr in Anspruch genommen

war. Durch den Versuch dreier Milizoffiziere in Montreal die Nelson-Säule in die Luft zu sprengen, wurde die Aufmerksamkeit mal wieder auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Kanada gelenkt, und die Frage über die Ausdehnung der hierdurch offenbarten Unzufriedenheit, namentlich der französischen Bevölkerung, wurde vielfach erörtert.

In Bezug auf folgende politische Persönlichkeiten traten Änderungen ein: Der Botschafter in Wien, Sir Paget, schied im Mai von seinem Posten, wobei er öffentlich aussprach, daß er die Pflege engster Freundschaft mit Osterreich als Hauptgrundsatz der englischen Politik ansehe. Sein Nachfolger wurde Sir Monson. Anfang September wurde Sir Normans, Gouverneur von Queensland, zum Vizekönig von Indien ernannt; die Sache wurde jedoch rückgängig und im Oktober dieses Amt dem Lord Elgin übertragen, der 1886 Bauenminister gewesen war. Es starben: Lord Vivian, Botschafter am italienischen Hofe, am 21. Oktober. Sein Nachfolger wurde Sir Ford, bisher Botschafter in Konstantinopel. Der Botschafter in Petersburg, Sir Morier, 1888 beim Battenberg'schen Vermählungsprojekte viel genannt, starb am 16. November in Montreux; der frühere Kriegsminister, Lord Stanhope, starb am 22., der Afrikareisende Samuel Baker am 30. Dezember in Sandford.

Italien.

Am Neujahrstage sprach sich König Humbert den Abordnungen des Parlaments gegenüber dahin aus, daß das Jahr unter den besten und glücklichsten Vorzeichen hinsichtlich der Beziehungen Italiens zum Auslande beginne, Regierung und Kammern könnten sich daher in Ruhe ganz den Sorgen für die schwerwiegenden Interessen des Landes widmen. Darin sprach sich eine schwere Sorge um die Entwicklung der Dinge im Innern aus, die sich trotz aller drängenden Umstände nicht natürlich entwickeln konnten, weil engherziger Geist, Eigennutz und alte Mißbräuche in allen Kreisen noch zu sehr vorwalteten. Das zeigten schon die „Universitätsunruhen“ im Januar. Man wußte, daß die Regierung die Aufhebung einiger

kleineren Universitäten plane, weil sie 16 Universitäten nicht für nötig hielt und mit den Mitteln einiger kleineren die größeren lebensfähig zu gestalten gedachte. Obwohl der betreffende Gesetzentwurf noch gar nicht bekannt war, steigerte sich die Bewegung gegen diesen Plan immer mehr, und die Hochschulen, welche sich so besorgt zeigten, Parma, Siena, Cagliari, Macerata und Sassari, verrieten eben damit nur, daß sie ihre Existenzberechtigung für zweifelhaft hielten. Und mit ihnen sah jedermann ein, daß z. B. in der philosophischen Fakultät einer dieser Anstalten sieben Professoren für sechs Studierende zuviel waren. Aber man konnte bisher in Italien örtliche Einrichtungen nicht angreifen, ohne einen Sturm von Protesten hervorzurufen. Somit erstreckte sich die Unruhe jener fünf Orte auf alle Städte, die sich bedroht glaubten, und zwang die Abgeordneten der betreffenden Landesteile zur Opposition, selbst wenn sie in ihrem Innern die Maßregel billigten. Die Bekämpfung auf den Straßen, in Volksversammlungen, Provinz- und Gemeinderäten gestaltete sich äußerst lebhaft. In Messina setzte sich am 15. Januar ein aus 30000 Personen bestehender Zug in Bewegung, um schließlich auf einem öffentlichen Platze als Versammlung in erregten Reden gegen den Unterrichtsminister Martini sich zu ergehen und die Abgeordneten für den Fall der Aufhebung der Hochschule zur Niederlegung des Mandats aufzufordern. Zahlreiche protestierende Abordnungen, die nach Rom gingen, vermochten jedoch den Ministern nichts als allgemeine Wendungen zu entlocken; wohl aber versuchten die Minister, durch die Presse den gemeinnützigen Standpunkt begrifflicher zu machen.

Das Parlament trat am 25. Januar wieder zusammen und wurde sofort mit sieben Anfragen über schwere Mißbräuche befürt. Eine Reihe von Ministerien, die sich von schwankenden Parlaments-Mehrheiten abhängig fühlten, hatte aus angstvoller Rücksicht auf Abgeordnete und andere Personen die Aufsicht über die sechs Haupt-Privatbanken lässig geübt, obwohl von deren Unregelmäßigkeiten viel verlautete. Aus Besorgnis vor Einbuße an Beliebtheit hatten sie heikle Dinge nicht weiter berühren mögen, als durchaus notwendig war, und der Ministerpräsident Giolitti hatte im Herbst 1892 in einem Berichte an den König sogar gesagt, eine Regelung der Bankfrage wäre unstreitig sehr verdienstlich, das Kabinett hege jedoch nicht

diesen „Ehrgeiz“. Aber schon bald zwangen die ziemlich offenkundig immer trüber sich gestaltenden Verhältnisse einiger dieser Banken zum Aufgeben solcher Bescheidenheit und das Ministerium brachte im Dezember 1892 eine Vorlage vors Parlament, durch welche das Notenausgaberecht der sechs Banken auf sechs Jahre verlängert werden sollte, in der Erwartung, daß sie in diesem Zeitraum ihre Lage verbessern und die Vornahme einer durchgreifenden Reform der Notenausgabe ermöglichen würden. Da aber die Zeit vor Jahreschluß nicht hinreichte um die Vorlage gebührend zu prüfen, hatte die Regierung vorläufig eine Verlängerung des Notenausgaberechts auf drei Monate beantragt, denn in dieser Zeit wollte sie die Erhebungen anstellen, welche die Grundlage für die Reform liefern sollten. Bei Beratung dieser Vorlage in der Deputiertenkammer hatte am 22. Dezember der radikale Colajanni eine Menge schwerer Anklagen gegen die Banca romana vorgebracht und eine parlamentarische Untersuchung der Bankverhältnisse beantragt. Hierdurch wurde das Publikum sehr aufgeregt, und mit größter Spannung sah man den ersten Kammer-sitzungen entgegen; man glaubte vor der Enthüllung einer Art von Panama-skandal zu stehen und die Opposition schien bereit, hieraus Kapital gegen das Ministerium zu schlagen. Ministerpräsident Giolitti erklärte nun am 25. Januar auf die sieben Anfragen, bei der Revision der Banken hätte sich bei der Banca di Napoli ein Kassenabgang von $2\frac{1}{2}$ Millionen herausgestellt und bei der Banca romana seien unglaublich schwere Unregelmäßigkeiten entdeckt worden, die gesetzliche Grenze des Zettelumsaßes sei hier um 65 Millionen überschritten worden; da der Staat sich zur Zahlung einer so hohen Summe nicht verpflichten könne und man doch das Vertrauen zu einem so wichtigen Zweige der öffentlichen Wirtschaft nicht schwinden sehen möge, seien die übrigen Zettelbanken zur Übernahme der Summe aufgefordert, derart, daß sie, zu einer einzigen Bank vereinigt, nebst dem ihrigen auch das Zettelbankprivileg der Banca romana für längere Jahre verwalten sollten; die Schuldigen, wer immer sie seien, sollten belangt werden, der Gouverneur und der Kassierer dieser Bank wären bereits verhaftet, eine parlamentarische Untersuchung jedoch würde das Ministerium als Zeichen des Mißtrauens der Kammer ansehen. Gleichwohl sprach der frühere Ministerpräsident di Rudini den Wunsch nach parlamentarischer

Untersuchung aus, weil die giftigsten Verleumdungen umherstirrten und die makellosesten Männer vor ihnen nicht sicher seien. Die Minister erwiderten mit der Bitte um Vertrauen zur Justiz, fanden aber kein Gehör bei einer Reihe von Rednern, von welchen Bovio erwähnte, daß Giolitti bereits daran gewesen sei, dem jetzt verhafteten Bankgouverneur die Ernennung zum Senator zu verschaffen; Costa, Colajanni und der frühere Minister Chimirri bestanden auf parlamentarischer Untersuchung, und der frühere Ministerpräsident Crispi zeigte sich sehr gereizt. Aber Giolitti bezeichnete es als edelmütiger, der Unpopularität Trotz zu bieten, die er früher gescheut zu haben schien, stellte die Vertrauensfrage und blieb mit 274 gegen 154 Stimmen Sieger. Im weiteren Verlauf der Sache erteilte die Kammer am 3. Februar die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des kalabrischen Abgeordneten Rocco de Zerbi wegen Verletzung amtlicher Pflichten infolge von Bestechung und wegen Verheißung der Beeinflussung von Parlamentsmitgliedern zur Erreichung von Vermögensvorteilen. Bei der Verhandlung hierüber verwahrte sich Crispi dagegen, daß die vom Gouverneur der Banca romana vor Gericht gemachte Aussage, er habe mehreren Ministerpräsidenten große Summen zu außerordentlichen Bedürfnissen gegeben, ihn betreffen könne. Auch wiesen die Minister Grimaldi und Lavaca die gegen sie umlaufenden Verdächtigungen zurück. Di Rudini schloß sich der Erklärung Crispis an. Am 20. März legte der Ministerpräsident der Kammer den Bericht einer Kommission über die Revision der Zettelbanken vor. Daraus ging hervor, daß sich die Nationalbank und die beiden toskanischen Banken ganz in Ordnung befanden, daß sich aber die Angaben über obige zwei Banken bestätigten. Dem Berichte war ausdrücklich hinzugefügt, daß sich unter den Bankklienten sehr wenige Namen von Politikern und diese mit nur ganz kleinen Beträgen befänden. Somit gingen die Minister und die Parlamentarier, mit Ausnahme de Zerbis, der jedoch schon am 20. Februar starb, rein aus der Sache hervor. Zwar versuchte der Herzog della Verdura unmittelbar nach seiner Absetzung als Leiter der sizilianischen Bank durch Veröffentlichung eines Briefes Giolittis einen Schatten auf diesen zu werfen, aber der Senator Tenerelli, an den der Brief gerichtet war, trat alsbald mit dem Nachweise von dessen Unverfänglichkeit auf, sodaß auch die „Dponione“, das Organ

Rudinis, die begonnene Ausbeutung dieser Sache wieder aufgeben mußte. Auch ein Angriff Crispis auf Giolitti scheiterte, indem Verhandlungen der Kammer über gewisse von der „Fanfulla“ veröffentlichte Äußerungen Crispis, aus welche Giolittis frühzeitige Kenntnis vom strafwürdigen Verhalten der Banca romana hervorgehen sollte, ohne Schaden für den Angegriffenen verliefen. Ein letzter Versuch, in der Bankensache einen Schatten auf politische Persönlichkeiten, jedoch in allgemeinsten Weise zu werfen, wurde am 8. Juli von Bovio in der Kammer, unter großen Erregungen, bei Beratung der Vorlage über Verschmelzung der Zettelbanken unternommen, die am 10. Juli genehmigt wurde.

Nächst der Bankenfrage wurden in der Deputiertenkammer mehrere auswärtige Fragen angeregt. Am 6. Februar stellten Colajanni, Nasi und General dal Verne an die Regierung Fragen bezüglich der Verteidigung Siciliens, dem Gefahr drohe durch die Anlegung des französischen Kriegshafens Biserta an der Stelle des alten Karthago. Der Kriegsminister, General Pelloux, erwiderte mit der Versicherung, daß in Ausführung des Landesverteidigungsplans von 1883, namentlich durch das befestigte Lager von Messina, hinreichend für den Schutz der Insel gesorgt sei und daß die Regierung die Augen offen behalten werde. Ferner wünschte am 7. Februar Cirmeni Aufklärung über die Äußerungen des Grafen von Caprivi in der Militärkommission des deutschen Reichstags, worauf der Minister des Außern, Brin, antwortete, daß die deutsche Militärvorlage keineswegs durch ein geringeres Vertrauen in den Dreibund und seinen militärischen Wert eingegeben sei; daß sie nicht Ausfluß gegenwärtiger politischer Befürchtungen sei, gehe schon daraus hervor, daß die erstrebte Entwicklung der deutschen Wehrkraft erst in 20 Jahren erreicht werden würde. Peinlichen Eindruck rief bald hiernach in Italien ein Brief des früheren Unterrichtsministers Bonghi im Pariser „Matin“ hervor, wonach „dieser fiebernde Dreibund“ nicht Italiens Sache sei seit der junge Kaiser die Sympathien verschertzt habe, die sein Vater in Italien genoß. Am 21. Februar brachte Barzilai zur Sprache, daß am 13. Februar in der von der klerikalen Partei Wiens begangenen Feier des päpstlichen Jubiläums Kardinal Gruscha in Gegenwart zweier Erzherzöge und zweier Minister die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Papsts

verlangt habe. Minister Brin antwortete hierauf in maßvoller und beruhigender Weise. Derselbe wies endlich am 12. April den in Anfragen gemachten Versuch zurück, die Auflösung des Triester Gemeinderats als etwas anderes als einen Akt innerer österreichischer Politik hinzustellen.

Was die inneren Angelegenheiten betrifft, so wurde zunächst am 9. Februar eine Anfrage des Fürsten Odelscalchi in der Kammer dahin beantwortet, daß die Regierung den Plan einer nationalen Ausstellung in Rom billige. Am 11. Februar legte der Schatzminister Grimaldi die Lage der Staats-Finanzen dar. Das gegenwärtige Defizit betrage 48 Millionen, es sei jedoch der Anfang einer Besserung in fast allen Haupteinnahmen bemerklich; in den nächsten zehn Jahren würden die Fehlbeträge gering sein. Seine Ankündigung, daß eine Reihe von Ersparnissen, besonders eine Verminderung des übermäßig angeschwollenen Pensionsetats eintreten solle, wurde sehr kühl aufgenommen. Die lange Verschleppung der eigentlich parlamentarischen Arbeiten hatte am 25. Februar eine Verlängerung des provisorischen Budgets um einen Monat zur Folge. Ein Gesetz wegen staatlicher Beihilfe für die überseeischen Dampferlinien wurde am 3. März genehmigt, ein Gesetz wegen Einführung fester Altersgrenzen für alle Chargen des Militärs scheiterte am Senate. Am 22. März genehmigte die Kammer ein Gesetz, welches eine jährliche Anleihe bedeutet, die der Staat bei der Depositen- und Leihkasse macht, um sie zur Zahlung von Pensionen zu verwenden; die Anleihe soll sich von Jahr zu Jahr mindern, während die Rückzahlungssumme jährlich steigen soll. Auf eine Anfrage, was die Regierung zur öffentlichen Sicherheit Roms zu thun gedente, erwiderte der Ministerpräsident am 23. März, daß es hiermit durchaus nicht so schlimm stehe und die geworfenen Petarden sehr unschuldiger Natur seien. Dies konnte man indes nicht von einer Bombe sagen, die im Januar große Verwüstungen angerichtet hatte.

Um Mitte März begann man in Rom mit großen Vorbereitungen zur Feier der silbernen Hochzeit des Königs-paars. Das Parlament verlängerte mit Rücksicht hierauf seine Osterferien, und indem fast alle Orte des Reichs sich zu einer Mitfeier einrichteten, trat immer deutlicher der nationale Charakter dieses Festes, der innige Zusammenhang von Fürstenhaus und Volk hervor. Schon bei der glänzenden Truppenschau am 14. März, dem Geburts-

tag des Königs, wurde dieser mit ungewöhnlichem Jubel der Volksmassen begrüßt, und ein ungehörliches Benehmen des klerikalen Fanatikers Berardi gegen den König, als er am 25. März die Villa Borghese besuchte, rief nur eine Steigerung der Sympathie-Rundgebungen hervor. Wesentlich wurde die Befriedigung des Volks erhöht durch die um das bevorstehende Fest sich schlingenden Momente der auswärtigen Politik, und in Hinblick auf die Ansage so vieler fremder Fürstlichkeiten und der Vertreter aller Souveräne Europas trat für eine Zeitlang manche Verstimmung vor dem Nationalstolz zurück. Der König besuchte am 13. April die in der Villa Palmieri zur Florenz weilende Königin von Großbritannien und empfing dann die Königin-Witwe Maria Pia von Portugal, seine Schwester, die sich lange nicht in der Heimat gezeigt und sich nun mit ihrem zweiten Sohne, dem Herzoge Alfonso von Oporto, frühzeitig auf den Weg gemacht, auch unterwegs die Regentin von Spanien besucht hatte. Die größte Befriedigung trat aber in der Presse der Halbinsel hervor über den in Aussicht stehenden Besuch des deutschen Kaiserpaars, zum deutlichen Beweise der Beliebtheit des schützenden Dreibunds. Dessen Gegner hatten, trotz aller im Parlament erteilten Versicherungen, bis auf die neueste Zeit jedes geeignete Vorkommnis als Zeichen seiner Unsicherheit darzustellen geliebt, insbesondere war noch vor kurzem die kaiserliche Sendung des Generals v. Loë an den Papst als italienfeindliche Schwentung der deutschen Politik verschrien, und infolge von Caprivis Rede zur deutschen Militärvorlage war, ungeachtet der vom Minister Brin alsbald erteilten Aufklärungen, manchen Orts eine kühle Haltung bemerkbar gewesen. Alle solche Bedenken wurden nunmehr sehr entschieden niedergeschlagen durch die Kaiserreise, die überall als ein Akt weiser Politik gepriesen ward. Bestätigung schien dies zu erfahren durch die Haltung des päpstlichen „Moniteur de Rome“, der glauben machen wollte, Hof und Regierung seien über die nachtheiligen politischen Folgen dieser „neuen Verletzung Frankreichs“ beunruhigt. Blätter wie die „Opinione“ dagegen rühmten die von Zartgefühl zeugenden Beweggründe des Kaisers, der die glücklichste Gelegenheit gewählt habe, die Einigkeit beider Herrscherhäuser, Regierungen und Völker, zumal unmittelbar nach dem Papstjubiläum, zum Ausdruck zu bringen. Ein Aufruf des Bürgermeisters von Rom zur Feier des 22. April brachte

in hervorragender Weise zum Ausdruck, daß das Volk Italiens die Schicksale des Hauses Savoyen zu seinen eigenen gemacht habe, seit dieses die Leiden und die Sehnsucht der Italiener als seine Sache betrachtet und der königliche Befreier dem Volksrechte die Wege gebnet. Großartig waren die Volkskundgebungen für das Königs- und zugleich für das deutsche Kaiserpaar, glänzend die Festmahle unter Teilnahme der Majestäten, aller savoyischen Prinzen und Prinzessinnen, des Erzherzogs Rainer, des Großfürsten Wladimir, des Herzogs v. York, des Prinzen Georg v. Griechenland, des Erbprinzen von Montenegro, ebenso die übrigen Hofgesellschaften (S. 55). Die unter Vorantritt des Fürsten Doria-Pamphili im ganzen Lande für ein Geschenk an das Königspaar gesammelten Beträge wurden auf dessen Wunsch zur Errichtung eines Versorgungshauses für die Waisen der im Beruf ums Leben gekommenen Arbeiter verwendet.

Nach den Festlichkeiten ging es wieder an ernste Arbeiten und Sorgen. Das Parlament beschäftigte sich jetzt eingehend mit dem Budget für 1893—94. Aus dieser Beratung stachen besonders zwei Momente hervor: Nachdem seit Jahren alle Ministerien mit der Schwierigkeit, die Ausgaben für Heer und Marine bewilligt zu erhalten, zu kämpfen gehabt und unter dem Druck der Kammer die Kosten für die Flotte von 157 Millionen im Jahre 1888 auf einen Ansatz von 99 Millionen gesunken waren, traten jetzt mit einem Male sechs Redner hintereinander gegen die Fortsetzung dieser Sparsamkeit in Sachen der Landesverteidigung auf, und zwar aus Besorgnis vor Überflügelung durch Frankreich. Der zweite Punkt bestand in einer Überraschung beim Justizetat, der, was noch nie vorgekommen, am 19. Mai von der Kammer mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde. Es blieb unklar, ob dies als ein erster und gleichsam im Dunkeln geführter Schlag gegen den Ministerpräsidenten anzusehen oder auf die Verbreitung des Glaubens an einen zu politischen Zwecken auf den Richterstand geübten Druck zurückzuführen war. Der Vorgang hatte das Entlassungsgesuch des Ministeriums Giolitti zur Folge, der König nahm jedoch nur das des Justizministers Bonacci an und übertrug es am 25. Mai an Lorenzo Eula aus Piemont, den 73jährigen Präsidenten des Kassationshofs in Rom, und da der bisherige Finanzminister Grimaldi nicht wieder einzutreten wünschte, wurde an seine Stelle der 53jährige

Senator Lazzaro Gagliardo aus Genua berufen; ferner wurde der für sehr befähigt geltende Abgeordnete Ferrari aus Perugia zum Unterstaatssekretär des Außern ernannt. Dem so umgestalteten Ministerium sprach die Kammer am 26. Mai mit 227 gegen 77 Stimmen ihr Vertrauen aus. In der sodann fortgesetzten und lang sich hinziehenden Beratung des Budgets spielte ferner das des Kriegsministeriums eine Rolle. Es betrug zwar nur 246 Millionen, während es für 1888—89 noch auf 406 Millionen gestanden hatte, der Kriegsminister Pelloux hatte aber ein Mittel zu noch weiteren Ersparungen erfunden, das mit Befriedigung aufgenommen wurde; es bestand darin, daß im Winter bloß 140 000, in der übrigen Zeit des Jahres 265 000 Mann präsent sein sollten. Hierdurch ermuntert, traten viele Redner und jeder mit einem eigenen Ersparnisplan auf, sie setzten aber nichts damit durch. Die sonst stets bei der Statsberatung üblich gewesenen Angriffe auf den Dreibund fielen, vielleicht unter dem beruhigenden Eindruck der Vorgänge vom April, diesmal ganz fort; zum Teil waren sie durch eine Rede des früheren Botschafters Blanc im Senate abgeschnitten, der die Bedeutung des Dreibunds, zu dessen Vätern er gehörte, mit der klaren Sachkenntnis des diplomatischen Fachmanns darlegte und nur bedauerte, daß die verschiedenen Ministerien aus diesem Bunde nicht diejenige Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Macht zu ziehen gewußt hätten, die sie darin hätten finden können. Eigentümlicherweise fand er hiermit seine Ansicht vereinbar, daß die Vermehrung der Armeekorps von zehn auf zwölf ganz gut hätte unterbleiben können. In der Deputiertenkammer wurde die Dreibundsfrage nur einmal, nämlich anlässlich der Reden des Grafen Kalnoky in den österreichisch-ungarischen Delegationen, und zwar vom irredentistischen Abgeordneten Barzilai gestreift; dies benutzte der neue Unterstaatssekretär Ferrari zu einer die Dreibundspolitik kräftig vertretenden Rede, die zugleich das Mißtrauen beseitigen konnte, das man gegen ihn als früheren Radikalen und Genossen Bertanis, des Organisations der Feldzüge Garibaldis, im Auslande etwa noch gehabt haben konnte. Das Budget kam am 30. Juni zu stande; dagegen wurde in dieser Session die Beratung eines vom Kriegsminister Pelloux vorgelegten Entwurfs einer militärischen Neuorganisation wegen der Wichtigkeit und des Umfangs der Sache nicht mehr begonnen. Dieser von allen

Seiten mit hoher Anerkennung begrüßte Plan gehörte zu denjenigen organischen Reformen der Staatsverwaltung, die dem Lande hoch nothun und bestimmt sind, mit Vereinfachung, Vervollkommnung und Beschleunigung der Betriebe dauernde Ersparnisse zu vereinigen. Es soll u. a. durch Aufhebung der Landwehrbezirke eine Beschleunigung der Mobilmachung und ein prompterer Übergang der Truppenteile auf den Kriegszustand erreicht und dabei doch noch sieben Millionen erspart werden.

Im Hochsommer ereigneten sich einige bemerkenswerte Vorgänge, welche mit den auswärtigen Beziehungen Italiens in Zusammenhang standen. Dahin gehörten zunächst blutige Kämpfe zwischen Massen italienischer und französischer Arbeiter an den Meeresfalinen im kleinen Orte Nigues Mortes des Departements Gard, südlich von Nîmes, am Kanal der Robine, welcher zu demjenigen Seehafen im Busen von Lyon führt, von wo sich einst Ludwig der Heilige zum sechsten und siebenten Kreuzzug eingeschifft hatte. Die billigeren Ansprüche der italienischen Arbeiter waren der Anlaß, französische Überhebungssucht aber und der seit längerer Zeit in Frankreich gesteigerte Haß gegen Fremde bildete den eigentlichen Grund der unter Teilnahme von Bürgern veranstaltete Jagd auf die flüchtigen italienischen Arbeiter und ihre grausame Abschachtung. Der gehässige Charakter dieser Vorfälle wurde noch erhöht durch die anfängliche Weigerung der Marseiller Hospitäler, die Verwundeten aufzunehmen, durch die Entlassung aller italienischen Arbeiter seitens der Salinengesellschaft, durch einen Aufruf des Bürgermeisters, der, ohne ein Wort des Tadelns oder Bedauerns, die französischen Arbeiter mit Rücksicht auf „die ihnen gewährte Genugthuung“ um ruhiges Verhalten bat, und durch die Parteinahme der Bevölkerung des übrigen Languedoc für die Schulbigen. Auf die Kunde von diesen Ereignissen verbreitete sich die größte Entrüstung in ganz Italien. Drei Tage lang befand sich das Land in förmlichem Aufruhr. Von den Alpen bis nach Sicilien gab es keine Stadt, ja fast kein Dorf, wo nicht beim Klange der Königshymne, des Garibaldimarsches und der deutschen Nationalhymne den Franzosen blutige Rache geschworen wurde, und in den Städten, die ein französisches Consulat besitzen, oder in denen die Gas- oder die Tram- oder sonst eine Verwaltung in französischen Händen liegt, hatten Polizei und Truppen gerade genug zu thun, um

die entrüstete Bevölkerung von Thätlichkeiten gegen Franzosen oder französisches Besitztum abzuhalten. In Rom zog am 19. August eine Riesensmenge unter patriotischen Liedern durch die Straßen, schickte sich an, durch Steinwürfe die Fenster der französischen Botschaft zu zertrümmern und erhob hier ein fürchterliches Pfeifen unter den Rufen: „Hoch Sedan, es lebe der Dreibund! Krieg mit Frankreich!“ Vom französischen Priesterseminar Santa Chiara wurde das Wappen abgerissen, größere Ausschreitungen aber verhindert durch die Polizei und die mit dem Rufe „Das Heer an die Grenze!“ empfangenen Truppen. In Genua riß die Menge 17 Tramwagen um, zerschlug kurz und klein, was nicht niet- und nagelfest war, und steckte einige Wagen samt den Remisen der französischen Gesellschaft in Brand. Ähnliches wie in Rom begab sich in Turin, Verona, Padua, Tarent, Reggio. In Neapel kannte die Wut der Menge gegen die „französischen Mordgesellen“ keine Grenzen. Die Regierung bewies großen Takt, indem sie allen Ausschreitungen entschieden entgegentrat, damit sowohl französische Einsprachen abschnitt, als auch Frankreich beschämte und zeitig dafür sorgte, daß die Empörung nicht zu weit gehe. Der Präsekt und der Polizeidirektor von Rom wurden ihrer Stellen enthoben.

Diese Vorgänge erweiterten die Klust, welche infolge von Italiens Teilnahme am Dreibund und des seit Jahren andauernden französischen Zollkriegs sich zwischen beiden Völkern aufgethan hatte. Der französischen Partei in Italien wurde ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht, ja römische Blätter wie „Parti national“, die für die Franzosen immer nur Honig im Munde hatten, riefen jetzt auf zur Verstärkung der Streitkräfte, damit, wie eins dieser Blätter sagte, Frankreich, unfähig zur Vernunft zu kommen, sich wie 1870 präsentiere, um sich eine neue Züchtigung zu holen. Für Deutschland aber diente es jedenfalls zur Befriedigung, zu hören, wie im Ernstfall das italienische Volk plötzlich zum Bewußtsein von der Macht des Dreibunds gebracht, aus freiem Antrieb sich das deutsche „Heil dir im Siegerkranz“ spielen ließ. Mit besonderer Begeisterung wurde am 21. September der Jahrestag der Einnahme Roms im ganzen Lande gefeiert.

Der zweite Vorgang, dessen Hintergrund die auswärtige Politik bildete, bestand in bedeutungsvollen Seemanövern vom 9. bis 25.

August im tyrrhenischen Meere. Es sollte dadurch klargestellt werden, in wie weit die italienische Seemacht im Stande ist, die am meisten bedrohten Punkte auf der langgestreckten Küste von Ventimiglia bis Sicilien zu verteidigen. Noch wichtiger galt sodann das Manöver, wonach eine von Gaeta kommende feindliche Flotte mit überlegenen Kräften einen Angriff auf Neapel machen sollte, zu dessen Verteidigung eine Flotte unter dem Herzog Thomas von Genua vereinigt war. Diesem Teile der Übungen wohnte Prinz Heinrich von Preußen bei, der am 16. August bei seiner Ankunft in Genua, dann mit dem Könige in Maddalena und Gaeta mit unbeschreiblichem Jubel der Bewohner empfangen wurde. Die Manöver endeten im Golf von Neapel mit einer Revue aller italienischen Kriegsschiffe unter deutscher Flagge. Beim Festmahl auf der „Savoia“ tauschten der König und der Prinz in Toasten Lobsprüche und Hoffnungen bezüglich der beiderseitigen Flotten aus.

Ein Seitenstück zu diesen Seebildern bildete ein vom 16. bis 26. Oktober von sechs englischen Panzerschiffen abgestatteter Besuch in Tarent als eine der aggressiven russisch-französischen Flottendemonstration in Toulon entgegengesetzte Kundgebung der Abwehr, wonach England an Italiens Seite seine Stellung im Mittelmeer zu halten gedente als ein friedenssicherndes Gegengewicht gegen das Eindringen der Russen in diese Gewässer. Den britischen Offizieren wurden Festlichkeiten bereitet, bei welchen die herzlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten in unpolitischen Trinksprüchen Ausdruck fanden.

Der Oktober brachte ferner einige patriotische Festlichkeiten, in welchen zugleich ein Vergleich zwischen früheren und jetzigen Beziehungen zu Frankreich lag. Der am 28. Mai stattgehabten Einweihung eines Weinhauses in Palestro zu Ehren der hier 1859 im Gefechte Gefallenen folgte am 15. Oktober eine große Feier auf dem Schlachtfelde von Solferino und San Martino südlich vom Gardasee. In Gegenwart der königlichen Familie wurde hier in einem hohen Gedenkturne ein Standbild König Victor Emanuels enthüllt und ein Weinhaus für die Reste der italienischen, französischen und österreichischen Krieger errichtet. König Humbert schickte telegraphisch einen Gruß an den Sieger von Solferino, den Marschall Mac Mahon in Paris, eine Handlung ritterlichen Sinnes, die jedoch in der französischen Presse nur ganz vereinzelt gewürdigt,

fast durchgängig sehr gehässig besprochen wurde. Ein Blatt nannte es eine ekelhafte Manteldreherei, mehrere andere Blätter glaubten in dem Grusse nur den Wunsch nach Hilfe in schlimmer Geldklemme erblicken zu sollen. Am 15. Oktober fand auch in Genua ein Fest, die Enthüllung eines Denkmals für Garibaldi statt. Dabei fanden auf den Straßen patriotische Lieder brausenden Beifall, besonders die Stelle der Garibaldihymne „Die Heimat der Blumen, der Töne, der Lieder, sie werde die Heimat der Waffen wieder!“ Am Abend schloß sich daran eine Gedenkfeier bei der durch eine Säule bezeichneten Klippe von Quarto, dem Ausgangspunkte des Zuges der Tausend von Marsala. Als einer von diesen hielt hier Crispi eine Rede für den Frieden und für „die Vereinigung aller Völker im großen Weltbunde“.

Ein recht unfreundliches Bild gewährte die sozialistische Bewegung. Auf Arbeiterunruhen in Ravenna im April und auf den vom 8. bis 10. September in Reggio d'Emilia stattgehabten zweiten sozialistischen Arbeiterkongreß Italiens, in dem verschiedene Richtungen sich eins fühlten im Kampf gegen die herrschende Gesellschaft, folgten traurige Zustände in Sizilien, wo sich allmählich ein aus 130 Vereinen mit 300 000 Mitgliedern bestehender Arbeiterbund gebildet hatte, der seine Bedeutung vorzugsweise in den ländlichen Bezirken besitzt. In diesen hatte wegen der eigenartigen Besitzverhältnisse die Notlage der Arbeiter einen hohen Grad erreicht. Infolge vieler Ausstände der Arbeiter auf den Äckern und in den Schwefelgruben wachte das Räuberunwesen in seiner ganzen Schrecklichkeit wieder auf, und diesen ganzen Mißstand suchten konservative Elemente zu politischen Zwecken auszubeuten. Erst nach langem Zaudern sandte die Regierung acht Bataillone nach der Insel.

In Hinblick auf die wieder bevorstehende Parlamentssession suchte der Ministerpräsident Giolitti am 18. Oktober durch eine vor 150 Abgeordneten, 40 Senatoren und 50 Bürgermeistern in der kleinen piemontesischen Stadt Dronero bei Cuneo gehaltene Rede seine Pläne bezüglich der ferneren inneren Politik darzulegen, um so einige Klarheit in die parlamentarische Lage zu bringen. Er sprach sich aus für eine freimütig demokratische Politik, für Festhalten an den den Frieden sichernden Bündnissen, für Erstrebung finanzieller Unabhängigkeit des Landes mittels Aufnahme der meisten

bisher im Auslande untergebrachten Schuldtitel und für Sparsamkeit. Dem Kriege gegen Italiens Kredit müsse eine kräftige Finanzpolitik entgegengesetzt und diese durch Reform der Erbschaftssteuer und eine steigende Steuer auf höhere Einnahmen, im ganzen durch 40 Millionen neuer Steuern erreicht werden. Die Opposition griff diese Rede stark an; den Hauptangriff di Rudinis wies Giolitti am 26. Oktober in einer Rede zu Turin u. a. durch den Vorwurf zurück, Rudini's Ministerium sei schuld, daß im Voranschlag für 1891—92 volle 28 Millionen Mehrausgaben gegen nur neun Millionen Ersparnisse vorgekommen seien; aber der Sturm, dessen Vorgefühl jenes Programm Giolitti's hervorgerufen hatte, wuchs zu unwiderstehlicher Gewalt. Wie bei Crispi's und Rudinis Sturze, waren es nicht die langjährigen Gegner seiner Politik und Person, als vielmehr die eigenen Anhänger, die durch ihren Abfall seine Sache gefährdeten. Die vor gerade einem Jahr durch die Neuwahlen dem Ministerium erstandene Mehrheit ging, nachdem sie in der Zwischenzeit in vielen kritischen Lagen fest zusammengehalten hatte, aus Gründen allgemeiner Natur allmählicher Auflösung entgegen. Ein Teil wandte sich ab, als das Ministerium bei Wiedereröffnung der Deputiertenkammer am 23. November die zu Dronero angekündigten Pläne neuer Steuern bereits in Form von Gesetzesentwürfen vorlegte. Imbriani protestierte gegen das Verbleiben des Kabinetts und sprach sich für dessen Versetzung in Anklagestand aus. Die Entscheidung brachte die unglückselige Banken-Frage. Als dem Präsidenten der versiegelte Bericht der parlamentarischen Banken-Untersuchungs-Kommission übergeben war, beschloß die Kammer dessen Verlesung. Man ahnte nichts Gutes, denn die nach dem Bericht vom 20. März eingetretene Beruhigung war wieder großem Mißtrauen gewichen, seit aus der am 2. August veröffentlichten Anklageschrift gegen die Direktoren der Banken ersehen war, daß Miceli, der Handelsminister unter Crispi, schon seit 1889 den Fehlbetrag von neun Millionen gekannt hatte, und seit sich im Oktober die Schuldbeweise gegen Manzilli, den Abteilungsvorstand im Handelsministerium, derart gehäuft hatten, daß er die Flucht ergriff. Der Eindruck dieser Vorgänge war bei der italienischen Bevölkerung tiefer, als der des Panamaskandals bei der französischen, weil sie wegen Vernachlässigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes die

Lasten der Großmachtstellung so schwer trug. In dem jetzt verlesenen Berichte kamen aufs neue üble Dinge vor. Es hieß darin, es habe sich zwar keinerlei Beweis für eine politische Simonie im Verkehr zwischen der Regierung und den Banken ergeben, wohl aber, daß eine systematische Sorglosigkeit im Benehmen der Regierung den Banken gegenüber seit 1880 stattgefunden habe; ein Teil eines früheren Berichts über die römische Bank sei vertuscht, und es seien nicht alle beim Bankdirektor beschlagnahmten Papiere dem Gerichte übergeben. Eine Anlage des Berichts erwähnte einzelne Akte von zehn Abgeordneten. Von diesen habe Nicotera eine erhaltene Summe für sich verwendet; Minister Lavaca habe leider die Eskomptierung zu gunsten eines Privaten befürwortet, und es sei zu bedauern, daß Giolitti vorschnell den Bankdirektor zum Senator vorgeschlagen habe. Die Verlesung dieses Berichts rief in der Kammer Szenen unbeschreiblicher Erregung hervor und das Ministerium kam einem Kammerbeschlusse durch Einreichung seines Entlassungsgesuchs zuvor. An Giolittis Mitteilung hiervon am 24. November schlossen sich aufs neue Szenen großer Heftigkeit, und die äußerste Linke verurteilte in einer Ansprache an das Land das abtretende Ministerium.

Nach zehntägigen vergeblichen Bemühungen des Kammerpräsidenten Zanardelli wurde der von der Volksstimme als einziger Retter in der Not bezeichnete Crispi mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. In diesem übernahm er selbst den Vorsitz und das Innere, der bewährte Diplomat Blanc das Äußere, der Abgeordnete Baccelli Unterricht, der 73jährige Senator Saracco öffentliche Arbeiten, Baron Sidney-Sonnino Finanzen und Schatz, General Mocenni Krieg, Morin Marine, Generalstaatsanwalt Calenda dei Tavani Justiz, Ferraris Post und Telegraphen, Boselli Handel. Dieses Ministerium trat am 20. Dezember vor die Kammern unter eindringlicher Anrufung der Vaterlandsliebe aller Parteien und der nationalen Opferwilligkeit. „Wir gehören,“ sagte Crispi, „keiner Fraktion des Parlaments mehr an, als einer andern; wir gehören zu einer großen Parteieinheit, deren einziges Ziel Italien ist. Wir haben die Gewalt in einem Augenblicke übernommen, in dem die Lage des Vaterlands eine so ernste ist wie noch nie.“ Es solle niemand angeschuldigt werden, aber alle Parteien möchten helfen, die großen Schwierigkeiten zu überwinden,

und zu diesem Zweck „einen Gottesfrieden“ eingehen. Bis 1890 sei an der Sicherung der materiellen Einheit des Landes gearbeitet; jetzt müsse die moralische Einheit befestigt werden. Man dürfe sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Stunde gekommen sei, wo vom Lande Opfer verlangt werden müßten, und diese werde es sicherlich nicht verweigerin. Indem Crispi also auf das Ziel losging, vor dem die bisherigen Ministerien sich gescheut hatten, setzte er seine ganze Popularität aufs Spiel und zugleich war seine Andeutung, hierin zum Äußersten vorschreiten zu wollen, vertrauenerweckend für alle Patrioten. Die Kammer freilich zeigte sich dem Ernst der Lage nicht gewachsen, sondern es antwortete ihm alsbald der alte kleine Parteihader und Skandaljucht. Der Antrag der äußersten Linken, den Bericht der Kommission über die Banken drucken zu lassen, wurde jedoch, im versöhnlichen Sinne Crispis, durch Rudini verdrängt, der die Niederlegung im Archiv durchsetzte. Hierauf wurde das Parlament vertagt.

Am 10. Dezember fanden aus Anlaß der Erhöhung von Gemeindesteuern ernste Ruhestörungen an mehreren Orten Siziliens statt; am 18. folgten in Monreale und anderen Orten bei Palermo gewaltsame Ausbrüche der Volksleidenschaft, hervorgerufen durch das bittere Elend, in welches die Bauern durch die Großgrundbesitzer sich versetzt sahen. Es machte guten Eindruck, daß Crispi die von seinem Vorgänger dorthin gesandte Flotte zurückberief und den Sindaco von Monreale wegen illohalen Verhaltens absetzte. Ende Dezember kamen wieder an mehreren Orten der Insel Tumulte von besonders schwerem Charakter vor.

Bezüglich der Kolonie am roten Meer entstand im Frühjahr die Besorgnis, daß Italien werde Partei ergreifen müssen in dem zwischen zwei Statthaltern König Menelik's in Tigre entstandenen Streitigkeiten, und General Baratieri schob deshalb Truppen nach Süden hin vor; aber plötzlich versöhnten sich die Streittheile und Menelik wandte sich, jedoch vergeblich, an alle europäischen Herrscher mit dem Wunsch nach sofortiger Aufhebung der noch bis Mai 1894 gültigen Vertragsbestimmung, wonach er sich im Verkehr mit dem Auslande durch Italien vertreten lassen muß. Eine neue Gefahr drohte der Kolonie Ende Dezember durch einen Angriff der Streitkräfte des Madhi; diese wurden jedoch von den Italienern in einer

Schlacht bei Agordat besiegt, in welcher der Emir Hamed Ali und viele Derwische fielen. Die somalische Benadirküste wurde Ende Oktober italienischerseits in Besitz genommen.

Von politisch hervorragenden Männern starben in diesem Jahre: Der Physiologe und frühere Abgeordnete Moleschott in Rom am 20. Mai; der frühere Finanzminister Seismit-Doda am 9. Mai, Senator Spaventa am 21. Juni, der Arbeitsminister Genala am 8. November, Professor Sbarbaro am 21. Dezember. — An Stelle des Hausministers Ratazzi trat am 31. Dezember General Ponzio-Baglia.

Der **Papst** ernannte am 16. Januar 15 Kardinäle, darunter den Erzbischof von Köln, den Fürstbischof von Breslau, den Nuntius Galimberti, den Primas Bazsary von Ungarn, den Erzbischof Vaughan von Westminster, und am 15. Juni noch fünf Kardinäle. Sein 50jähriges Bischofsjubiläum feierte er am 19. Februar durch Abhaltung einer Messe im Petersdom vor 60000 Personen. Dazu erhielt er Glückwünsche zahlreicher Staatsoberhäupter und empfing nach und nach Scharen von Wallfahrern, zuerst 8000 italienische mit 60 Bischöfen, dann in der Zeit bis Ende Mai solche aus vielen anderen Ländern. Aus Deutschland kamen am 17. April eine Abordnung des Augustinusvereins, am 29. April Pilger aus Lothringen, am 9. Mai bayerische Pilger. Die Neugestaltung der nun vereinigten Kongregationen der schwarzen Benediktiner bestätigte der Papst am 12. Juli; den schweizerischen Bischöfen sprach er sich am 27. August befriedigt über das Gedeihen der Universität Freiburg aus. Am 18. November empfing er 4000 Pilger aus Oberitalien, bei welchen er gegen die Beschuldigung, ein Feind Italiens zu sein, protestierte. Beim Empfang von 18000 Personen am 18. Dezember ließ er eine Ansprache mit der Versicherung verlesen, ein Versuch zur Erneuerung der „heidnischen Herrlichkeit“ in Rom werde vergeblich sein. Beim Weihnachtsempfang der Kardinäle sprach der Papst den Wunsch aus, gleich mehreren seiner Vorgänger Sendbote des Friedens für die Welt zu sein.

Spanien und Portugal.

Spanien wurde in diesem Jahre sehr erregt durch finanzielle Nöte, das Anwachsen republikanischer Elemente, anarchistische Anschläge, einen Streit mit Marokko und eine Bewegung auf Cuba. Nachdem im Dezember 1892 die Leitung der Regierung aus den Händen der Konservativen an das liberale Ministerium Sagasta übergegangen war, stellte sich für dieses die Notwendigkeit heraus, sich durch Neuwahlen eine Mehrheit in der Volksvertretung zu verschaffen. Der Auflösung der Kammern am 5. Januar folgte eine so lebhaftere Wahlbewegung, wie sie lange nicht stattgefunden hatte. Die Wahlen vom 5. März erbrachten für die zweite Kammer zwar eine ministerielle Mehrheit von 298, im übrigen aber, trotz amtlichen Drucks, neben 60 Konservativen, 16 Carlisten und 7 cubanischen Autonomisten, 50 Republikaner, mithin ein Anwachsen dieser drei letzten Umsturzparteien aufs Doppelte gegen bisher. Die republikanische Partei erschien, obwohl an vielen Orten Konservative und Liberale sich gegen sie verbunden hatten, in einer Stärke, wie sie dieselbe seit Herstellung des Königstums i. J. 1874 nicht besessen hatte. Der Grund lag darin, daß im Januar die drei republikanischen Gruppen sich vereinigt hatten, um mit allen Mitteln die Herbeiführung der Republik zu beschleunigen, und darin, daß die Unzufriedenheit über mehrere neuere Abgabengesetze sich in dieser Stimmabgabe äußerte. Der Senat bestand nach den Wahlen aus 199 Ministeriellen und 138 verschiedenartigen Oppositionellen. In der Thronrede der Regentin zur Eröffnung der Cortes am 5. April hieß es vor allem, es müßten alle lebendigen Kräfte des Landes zu den Opfern beitragen, welche zur Hebung der Finanzen nötig seien.

Der Voranschlag des Etats wies an Ausgaben 737 216 891 Pesetas auf. Der Finanzminister Gamazo erläuterte am 11. Mai in der 2. Kammer den Etat und teilte unter dem Beifall der Abgeordneten wie des Landes mit, daß die Regentin von den 9½ Millionen ihrer Zivilliste eine Million dem Staate zur Verfügung stelle, denn das Defizit mehrerer Jahre betrage, obwohl 14 Mill. Ersparnisse gemacht seien, etwa 47 Millionen; es würden daher Steuern auf Pulver, Chemikalien, Spielfarten, Luxuswaren ein-

geführt und die Erbschaftssteuer erhöht werden müssen. Das eiligste war ein Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung die Republikaner am weiteren Eindringen in die Gemeindebehörden hindern wollte. Zu diesem Zweck sollten die betreffenden Wahlen vom 14. Mai auf den 1. Januar 1894 verlegt werden. Dagegen erhoben sich aber auch die republikanischen Abgeordneten zu einem Kraftentschlusse: sie suchten durch unterbrochene Hinhaltung der Sitzung bis zum 14. Mai jenen Zweck zu vereiteln. Schon hatte infolgedessen die Sitzung zwei Tage gedauert, als es gelang, den Beschluß durchzusetzen, daß durch bloßes Dekret die Wahlen bis zum Zustandekommen dieses Gesetzes verschoben werden könnten. So ward der 56 stündigen Sitzung ein Ende gemacht; die Republikaner schrieen über Vergewaltigung, das Dekret und das Gesetz erschienen alsbald, die konservative Presse aber wollte in diesem Sieg des Ministeriums eine schwere moralische und politische Niederlage sehen. Die nunmehrige Fernhaltung der Republikaner von den Sitzungen verringerte die Aussichten der übrigen Opposition und berechtigte daher zur Hoffnung gemeinsamen Vorgehens der Konservativen mit den Liberalen behufs Durchführung der finanziellen Reformen und der Befestigung der Kronrechte. Allein weit gefehlt! Die Konservativen vermochten ihre Verdrängung von der Gewalt nicht zu verschmerzen, der eine Teil derselben unter Silvela vereinigte sich wieder mit der anderen Gruppe unter Canovas und dann brach der alte Parteihader wieder dermaßen aus, daß die Behandlung des Budgets für 1893—94 und der Finanzreformen, wenn sie auch schließlich durchgesetzt wurden, sich bis zum Sessionsschluß, den 3. August, in die Länge zog. Am 7. August kam ein Handelsvertrag mit Italien zu stande.

Stärker noch als in Italien, trat die Unwillfährigkeit der Bevölkerung hervor gegen die Übernahme neuer Opfer, wie die Lage und die fortgeschrittenen Bedürfnisse des Staats sie verlangten. Damit verband sich eine große Verständnislosigkeit gegen zeitgemäße Reformen. Die Unzufriedenheit richtete sich hauptsächlich gegen die Reform der Finanzen, die Umgestaltung des veralteten Gerichtswesens und gegen das Heeresreformgesetz vom 31. August, insbesondere gegen die Neuerung, daß das Land hinfort in sieben Armeekorpsbezirke, die zugleich Rekrutierungsbezirke sein sollten, statt bisher

in 14 Generalkapitanate geteilt wurde, wodurch eine Reihe mittelgroßer Städte die Korpsstäbe mit allem was drum und dran hängt, verloren. So entstanden von März bis September in mehreren Provinzen Unruhen, zum Teil sehr ernster Art. Die Republikaner nutzten die weitverbreitete Unzufriedenheit aus und bewirkten, daß die Unruhen auch da, wo sie zunächst nur aus Sondergeiste hervorgingen, einen revolutionären Charakter annahmen. Im März fanden Unruhen in Oleso und Barcelona, im Mai hier, in Burgos und Granada statt. Im Juni gab's anarchistische Unruhen in Valencia, Coruña erhob sich gegen die Heeresreform und in Pampelona, Puente Reino und anderen Orten kam es zu sehr bedenklichen Kundgebungen für Wiederherstellung der Privilegien Navarras. Der Juli brachte Wald- und Feldbrände durch Brandstiftung; im August kam es in Bilbao, Victoria und Santander zu heftigen Tumulten und Kämpfen. Auf einem so üppigen und breiten Boden der Unzufriedenheit gedieh der Anarchismus. Zahlreiche Ausbrüche desselben zeigten seine weite Verbreitung an. Die schlimmsten fanden statt im Juli vor dem Hause Canovas zu Madrid, am 24. September in Barcelona, wo bei einer Truppenrevue dem Marschall Martinez Campos eine Bombe vor die Füße geworfen wurde, wodurch er und andere verletzt, sowie zwei Personen getötet wurden, und am 7. November wiederum in Barcelona, wo bei Einweihung des Teatro Liceo zwei Bomben in den Orchesterraum geworfen und hierdurch zahlreiche Personen getötet wurden. Unter diesen Umständen war man geneigt, auch eine verheerende Explosion von Dynamit auf einem Schiffe vor Santander auf Anarchisten zurückzuführen. Die Regierung nahm aus diesen Vorgängen Anlaß zu einem Versuche, internationale Abreden gegen Anarchisten herbeizuführen.

Eine auswärtige Angelegenheit des Landes vereinigte sodann wieder alle Parteien und ließ vorübergehend die inneren Sorgen zurücktreten. Spanien besitzt seit 1426 fünf Städte an der Nordküste Marokkos, darunter Melilla auf der Halbinsel südlich vom Kap Räs-ed-Deier; das Gebiet um diese Stadt ist seit 1859 durch Vertrag mit Marokko erweitert. Über der Stadt erhebt sich ein spanisches Fort; die Eingeborenen dürfen nur die Stadt betreten. Als nun mit Beginn des Jahres auch in der Ebene der Bau eines

Forts begann, erhoben die Riffbewohner der Umgegend Einsprache. Auf ihre Abweisung versuchten sie vergeblich den Handel der Stadt zu schädigen; sie schritten daher zur Gewalt. Zunächst entführten sie den spanischen Hafenskapitän auf der Insel Alhucemas, einer der „Presidios“, wohin spanische Verbrecher gebracht zu werden pflegen. Am 2. Oktober griffen sie die neuen Befestigungsarbeiten an, wurden zwar zurückgeschlagen, aber die Spanier hatten 100 Mann Verlust. Dieser Vorgang rief große Erbitterung in Spanien hervor und die alsbald zur Verstärkung abgeforderten Truppen wurden mit patriotischen Gesängen geleitet. Am 5. Oktober fand ein neuer Angriff der Kabylern statt, gegen die nun auch spanische Schiffe vorgingen, und am 28. Oktober fanden heftige Kämpfe statt, in welchen der spanische Oberbefehlshaber General Margallo fiel. Hierdurch wurde die Volksleidenschaft in ganz Spanien entflammt; bei ruhiger Überlegung mußte man sich jedoch sagen, daß ein Krieg gegen Marokko nicht angezeigt sei, nicht bloß in Rücksicht auf die Finanzlage und auf die europäischen Mächte, sondern vor allem weil der Sultan Mulei Hassan auf eine spanische Note vom 4. Oktober sehr entgegenkommend geantwortet, die Kabylern zur Ruhe gewiesen und seinen Bruder zur Unterredung mit General Macias nach Melilla gesandt hatte. Der am 26. November als Oberbefehlshaber dorthin geschickte General Martinez Campos lehnte einen erbetenen Waffenstillstand ab. Es kam aber auch nicht zu weiteren Kämpfen, der Sultan versprach im Dezember in einem Briefe an die Regentin volle Genugthuung und ließ die hervorragendsten Häuptlinge der Riffkabylern an Campos ausliefern.

Ende März entstanden auf Cuba Unruhen, die sich als Fortsetzung des Aufstandes darstellten, an dessen Niederwerfung das Mutterland von 1868—78 sich abgemüht hatte. Die jetzige Unzufriedenheit war eine Folge der entschädigungslosen Aufhebung der Sklaverei im Jahre 1880, der Einführung der spanischen Verfassung im Jahre 1884 und neuer Steuern. Der Gouverneur versuchte es anfangs mit Güte, als dies vergeblich war, bekrigte er die Aufständischen im östlichen Teil der Insel und unterwarf sie.

Was die königliche Familie betrifft, so starb am 29. Januar die Herzogin Margarete von Madrid, geb. Prinzessin von Bourbon-Parma, Gemahlin des Thronprätendenten Don Carlos zu Vireggio

in Lucca. König Alfons erkrankte im Februar an den Masern. Infantin Eulalia wohnte der Eröffnung der Ausstellung in Chicago bei. Die spanische Totenliste weist nur auf den General Castillo, den tapferen Verteidiger Bilbaos im letzten Karlistenkriege, der am 10. Januar, und Christino Martos, eine der hervorragendsten Gestalten der Deputiertenkammer, der am 17. Januar starb.

Die Cortes des Königreichs **Portugal** wurden am 2. Januar vom König Karl mit einer Thronrede eröffnet, welche eine Reform des Wahlgesetzes sowie des Gerichtswesens in Aussicht stellte und sich dann der großen Landesfrage, den Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage zuwandte. Hierbei wurde des den ausländischen Staatsgläubigern recht empfindlich zu nahe tretenden Dekrets vom 13. Juni v. J. in einer Weise Erwähnung gethan, daß dasselbe sogar als lobenswerte Handlung erschien; von der nächstliegenden Frage seiner Rechtsbeständigkeit war vollends gar keine Rede; unberührt wurden auch die wiederholten Einsprachen auswärtiger Regierungen gegen die Benachteiligung der ausländischen Staatsgläubiger gelassen, sowie die einfache Zurückweisung dieser Einsprachen, und so brachte die Thronrede es fertig, die „unverändert herzlich“ Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu rühmen. Dagegen eröffnete der König eine schwache Aussicht auf Besserung, indem er von neuen Unterhandlungen wegen beträchtlicher Herabminderung der Zinsen der schwebenden Schuld sprach, welche die Sicherstellung des Landeskredits wenigstens insoweit hoffen ließen, „daß die Finanzgeschäfte ungefährdet bis zum Ende des nächsten Wirtschaftsjahres weitergeführt werden könnten.“ Die zweite Kammer machte sich ebenfalls mit den Finanzen zu schaffen, wobei sie jedoch einen noch illoyaleren Sinn an den Tag legte, als im vorigen Jahre das Ministerium Dias Ferreira. Daß die Kammer am 21. Januar ablehnte, sich über die Vertrauensfrage auszusprechen, wollte noch nicht viel bedeuten, denn nach den Neuwahlen vom Oktober v. J. bestand sie vorwiegend aus Gegnern des Ministeriums; ein starkes Stück aber war es, daß sie das den teilweisen Staatsbankerott enthaltende Dekret vom 13. Juni v. J. nicht nur genehmigte, sondern es am 2. Februar mit einem Zusatz verfaß, durch welchen die Vorbehalte der Staatsgläubiger gänzlich zurückgewiesen wurden. Der in London befindliche Rat der auswärtigen Gläubiger sah sich nun aber

erst recht veranlaßt, nochmals Verwahrung einzulegen. Die Behandlung der auswärtigen Gläubiger stand zwar am 16. Februar auf der Tagesordnung der Kammer, es wurde jedoch herzlich wenig darüber geredet, vielmehr wurde diese Frage völlig zurückgedrängt durch die den Staat bedeutend schädigenden Unregelmäßigkeiten des Verbandes der 18 Brennereien, an welchen die Regierung im vorigen Jahre die Alkoholproduktion vergeben hatte. Inzwischen trat in der Frage der auswärtigen Gläubiger eine Wendung ein, indem der Abg. Oliveira Martins Erfolg hatte mit seinen Versuchen, die Kammer auf den Weg der Ehre und des Rechts zurückzuführen. Sein Hinweis auf die Nothwendigkeit eines Abkommens mit den auswärtigen Gläubigern machte erheblichen Eindruck, und dieser wurde am 13. Februar noch verstärkt durch das Verlangen der deutschen Regierung nach gleichmäßiger Behandlung der ausländischen mit den inländischen Gläubigern. Infolgedessen trat am 20. Februar das Ministerium Dias Ferreira nach 13 monatlicher Amtsdauer zurück, worauf am 22. Februar der Generalprokurator beim obersten Gerichtshofe, Hinge Ribeiro, ein neues Ministerium bildete, in dem Pinto Castello Branco des Innere, d'Alzevedo Castello Branco Justiz und Kultus, Fuschini Finanzen, Pimentel Pinto Krieg, de Brissac dos Neves Ferreira Marine, Machado Handel übernahmen. Im Programm dieses Ministeriums hieß es, das Land wolle und werde soviel zahlen, als ihm möglich sei; diese Möglichkeit solle durch genaue Nachforschung festgestellt, die Steuern sollten besser verteilt und ertragreicher gemacht, die Banken, Gemeindeverwaltungen und Finanzgesellschaften wirksamer überwacht werden. Darauf wurden im April große Einschränkungen der Ausgaben angeordnet, das Militär, zugleich einem Wunsch der Republikaner entsprechend, um 10 000 Mann verringert, und am 16. bzw. 19. Mai genehmigten die Kammern einen Gesetzentwurf, wonach die Zinsen der auswärtigen Schuld eine Aufbesserung über ein Drittel Prozent hinaus erfahren sollten. Das Budget für 1893—94 wurde am 23. Juni mit einem Defizit von 1002 Kontos abgeschlossen, zu dessen Deckung eine Stempel- und eine Alkoholsteuer dienen soll. Die auswärtigen Gläubiger gaben sich auch mit ihrer neuen Abspesung nicht zufrieden und fühlten sich zum Ausharren nur ermuntert durch einen vom britischen auswärtigen Amte im Juli ver-

öffentlichem Bericht des bei der Gesandtschaft in Lissabon vorgestellten Mr. Goschen, wonach weniger Zahlungsunfähigkeit, als böser Wille und Mangel an Selbstüberwindung die Ursache der Verkürzung der Staatsgläubiger bilde. Die Führer der republikanischen Partei hielten am 25. Juni in Badajoz eine Zusammenkunft mit ihren Gesinnungsgenossen in Spanien und befürworteten ein gemeinsames Handeln.

Die königliche Familie wurde am 20. März auf ihrer Reise nach dem Badeorte Caldas da Rainha durch einen Eisenbahnunfall in Bestürzung versetzt. Der 41jährige Herzog Dom Miguel von Braganza vermählte sich am 8. November zu Kleinheubach in zweiter Ehe mit der 23jährigen Prinzessin Therese v. Löwenstein.

Belgien, Holland, Luxemburg.

Alle Bevölkerungsklassen im Königreich Belgien wurden vorzugsweise durch die Frage der Verfassungsänderung in Anspruch genommen. Die von der Regierung im Dezember 1892 den Kammern gemachten Vorschläge wurden von deren Ausschüssen am 31. Januar im wesentlichen empfohlen, in der Deputiertenkammer aber zeigten sich die Liberalen dem Hausstandswahlrechte abgeneigt. Während des Streites hierüber verlangten die Radikalen und die Sozialisten im Lande täglich nachdrücklicher das allgemeine und gleiche Wahlrecht und eine von ihnen in Brüssel nebst Vororten am 26. Februar zur Probe veranstaltete Volksabstimmung fiel ganz überwiegend in diesem Sinne aus. Die Antwort hierauf lag in längeren Reden des Ministerpräsidenten Beernaert in der Kammer am 28. Februar und 1. März. Den Widerspruch der Regierung begründete er damit, daß „mit Sicherheit“ die Revolution die Folge des allgemeinen Stimmrechts sein würde, denn in der Politik müsse man die allzu großen Sprünge und ohne Übergangszeiten stattfindende einschneidende Veränderungen vermeiden. Die Kammer lehnte in der That am 12. April mit großer Mehrheit das allgemeine Stimmrecht und noch 15 Anträge zur Wahlreform ab. Darüber entstand in den Straßen der Hauptstadt eine so lebhaft

Bewegung gegen die Kammer, daß bis zum 19. April nur durch strenge Absperrung der das Parlament, die Ministerien und das Schloß umfassenden „neutralen Zone“ die Ruhe erhalten werden konnte, und die Arbeiter in den bedeutendsten Industrie-Orten mit Ausständen antworteten, die in Mons und Antwerpen zu blutigen Zusammenstößen führten. Während dieser Aufregung fand sich ein Retter in der Not: der Abgeordnete Nyssen, Professor der Rechte in Löwen, machte einen Vorschlag, den ohne Umstände die Kammern, die Regierung und die leidenschaftlich erregte Bevölkerung billigten. Das Auskunftsmittel bestand in der Verbindung zweier Grundsätze, des allgemeinen Stimmrechts mit dem Pluralsystem, wonach 35jährige Hausväter, die 5 Fr. Steuer zahlen, eine Mehrstimme und die 25jährigen Bürger, die höheren Unterricht genossen haben, eine weitere Mehrstimme haben sollten. Die Spannung, wie die Kammer diesen Vorschlag aufnehmen werde, stieg aufs höchste; ganz Brüssel war in Angst und Bangen, zumal am 17. April ein Strolch den für Wahrung und Ordnung streng thätigen Bürgermeister auf der lebhaftesten Promenade durch Schläge verletzt hatte. Durch die Annahme des Antrags am 19. April fühlte sich das Land von mehrjährigem Alp befreit, sodaß die Bürgerwehr entlassen wurde und allenthalben die Arbeiter die Thätigkeit wieder aufnahmen. In Verbindung mit dieser Frage stand die in der Kammer am 30. Mai lebhaft verhandelte Frage des Wahlzwangs, für welchen der Ministerpräsident Beernaert entschieden eintrat, indem er die Wahlenthaltungen als Fälschungen des Willens der Nation schilderte und darauf hinwies, daß in Deutschland, Italien und Spanien fast stets die staatserkhaltenden Elemente sich der Wahl zu enthalten pflegten. Der Vorschlag wurde am 1. Juni angenommen, ebenso am 16. Juli die Bestimmung, daß die Wahlkreiseinteilung für jede Provinz durch Gesetz geregelt werden und daß die Wahlen in den Gemeinden stattfinden sollen. Der fernere Vorschlag, daß der König das Recht haben solle, vor Eindringung oder Vollziehung eines wichtigen Gesetzes die Wählerschaft zu befragen (Referendum), wurde abgelehnt. Endlich entspann sich ein langwieriger Streit über die Umgestaltung des Staats, bis man sich dahin einigte, daß die 30jährigen Kammer-Wähler die Senatoren wählen, daß der Wahlcensus auf 1200 Fr. herabgesetzt, 26 Senatoren aber ohne Censusbefreiung

durch die Provinziallandtage gewählt werden sollten. Die hiermit beendeten Verfassungsänderungen wurden am 6. September vom Könige genehmigt. Zur Beratung eines auf obigen Grundlagen beruhenden Wahlgesetzes traten die Kammern am 13. Oktober zu einer außerordentlichen Session zusammen; mit dem ihnen am 23. Oktober vorgelegten Entwurfe kamen sie jedoch in diesem Jahre nicht weit, und es wird wohl noch harte Kämpfe darüber geben, denn die Regierung hat den Entwurf so gefaßt, daß hiernach die ganze, nach so schweren Mühen zu stande gebrachte Verfassungsänderung nur die Verewigung der klerikalen Herrschaft zur Folge haben würde, indem die Bauern, die katholischen Geistlichen und Mönche drei Wahlstimmen haben sollen, die nichtkatholischen Geistlichen, die Lehrer und die Bürger in den Städten nur eine Stimme; auch würde etwa die Hälfte der Arbeiter wegen der schwer zu erfüllenden Bedingungen vom Wahlrecht ganz ausgeschlossen sein. Der Widerstand gegen diesen Entwurf wurde gegen Ende des Jahres bereits so allgemein, daß eine neue Volksbewegung zu befürchten stand. In wie bedenklicher Weise die revolutionäre Stimmung bereits in das Heer eingedrungen ist, trat hervor in Vorgängen zu Tournai, Mons, Charleroi, am 7. Mai in einer Militärmeuterei zu Antwerpen und am 2. Oktober in einem gegen den Militarismus gerichteten Kongreß zu Brüssel, dessen Teilnehmer durch die Straßen zogen mit roten Fahnen und Transparenten, auf welchen man las: „Nieder mit der Blutsteuer! Der Patriotismus ist der letzte Hort des Schurken!“

Die Erregung aller Volkskreise hatte auch ein bedeutendes Erstarren der flämischen Bewegung zur Folge. Der westflandrische Landtag beschloß am 1. August in Brügge, fortan in flämischer Sprache zu verhandeln; ein Kongreß der katholischen Flämländer stellte am 21. August eine Reihe von Forderungen auf; die Enthüllung eines Denkmals für den flämischen Dichter van Duysse in Dendermonde am 24. August gestaltete sich zu einem Nationalfeste und der „flämische Volksrat“ sprach sich am 31. Oktober für den Gebrauch der flämischen Sprache im Parlament aus. — Von Personalveränderungen ist nur zu erwähnen, daß am 4. Mai General Pontus als Kriegsminister zurücktrat und den General Brassine zum Nachfolger erhielt.

Das Königreich der **Niederlande** wurde in erster Linie durch die starke Zunahme der schon im vorigen Jahre bedenklich gestiegenen Arbeitslosigkeit großer Massen bewegt. Dieser Notstand zeigte sich nicht bloß in den Städten infolge Zudrangs der Landbevölkerung, sondern auch auf dem Lande. Für dieses lag in den Nordprovinzen der Grund darin, daß die Bauern infolge des lange Zeit guten Abganges der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sich kostspieligen Liebhabereien hingeeben, den Ackerbau vernachlässigt und so den Boden entwertet hatten, der nun in die Hände reicher Großgrundbesitzer kam, und daß Handel wie Gewerbefleiß mit darunter litten. In den Städten ließ man es zur Linderung des Notstandes nicht fehlen an Verteilung von Lebensmitteln; damit war aber nicht weit zu kommen, und die notleidenden Massen wurden immer mehr in die Netze der über das ganze Land verbreiteten Sozialdemokratie getrieben, deren Führer Domela Nieuwenhuis und Fortuyn sich durch großes Ungefüm auszeichneten und den Klassenhaß aufs äußerste schürten. Von der erhitzten Menge wurden zunächst die städtischen Behörden verantwortlich gemacht, und so kam es im Januar in den Provinzen Westfriesland, Oberyssel und Groningen zu größeren Unruhen. In Amsterdam zogen am 17. Januar 15000 Arbeiter mit dem Verlangen nach Arbeit vor das Rathaus; der Bürgermeister erklärte jedoch, er wäre beim besten Willen nicht im stande, dafür zu sorgen. Darauf traten mehrere Arbeiter mit längeren Reden auf; einer warf der Stadt vor, daß sie zum Empfang des deutschen Kaisers Geld genug gehabt habe; ein anderer schlug den Bau einer Brücke über das I und Anlegung eines gesunden Arbeiterviertels am anderen Ufer vor; den größten Beifall fand natürlich der Vorschlag, das Privateigentum aufzuheben. Es folgten Unruhen in Leeuwarden, Haag, Harlem, überall mit Zerstörung von Privateigentum; in der Presse wurde aber vielfach der Gedanke erörtert, den Armen dauernde Beschäftigung und zugleich neuen Raum zur Ansiedelung zu schaffen durch Wiederaufnahme des Plans der Austrocknung der 54 Quadratmeilen haltenden Zuydersee, da es schon vor 50 Jahren gelungen war, durch Austrocknung des 4 $\frac{1}{2}$ Quadratmeilen haltenden sog. Harlemer Meers 17000 Hektare fruchtbaren Bodens für 15000 Menschen zu gewinnen. Am 19. und 20. Januar fanden wieder Unruhen in Amsterdam statt, und am 11. April versuchten Arbeiter, einen Miston in die Fest-

lichkeiten des Einzugs der Königinnen zu bringen. Tumultuarische Auftritte fanden am 15. August in Harlem statt, weil die Gemeinde, auf Antrieb von Geistlichen, die altüblichen Volksbelustigungen bei der Kirrnes beschränkt hatte. Ende November wurde wiederum die Hauptstadt 4 Tage lang durch Arbeitertumulte heimgesucht. In Rotterdam hielten im Dezember die Arbeitslosen Umzüge, um den Reichthum das Elend des Volks zu zeigen, und in Amsterdam wurden die Weihnachtstage zu einem Hungeraufzuge benutzt.

Diese Bewegung sowie der Eindruck des Wachstums der sozialdemokratischen Stimmen bei den deutschen Reichstagswahlen machten manche überzeugte Anhänger des allgemeineren Wahlrechts stutzig, zu dessen Einführung das Ministerium Tak van Poortvliet einen erheblichen Schritt gethan hatte. Nachdem bereits am 1. Januar 1890 durch Herabsetzung des Wahlcensus die Zahl der Wahlberechtigten von 200000 auf 300000 erhöht war, schlug jetzt ein Gesetzentwurf vor, die Censusschranke überhaupt zu beseitigen und vom Wahlrecht nur diejenigen auszuschließen, die nicht lesen und schreiben und die sich sowie die ihrigen nicht ernähren können. Die Zahl der Wahlberechtigten würde hierdurch auf 800000 steigen. Die Verhandlungen der Kammern hierüber endeten am 16. August mit der Zurückweisung an die Ausschüsse, was als vorläufiges Begräbniß angesehen wurde. Es fiel daher auf, daß die Regentin am 19. September in ihrer Thronrede zur Eröffnung der neuen Session zur Fortsetzung dieser Beratungen aufforderte. Hierzu kam es jedoch bis zum Jahreschluß nicht, weil die Kammern vorläufig mit finanziellen Fragen genug zu thun hatten. Im Etat für 1894 waren die Ausgaben mit 136043827 Gld. angesetzt, wodurch sich ein Defizit von 5959102, und zusammen mit dem der Vorjahre ein solches von 8 Millionen Gulden ergab. Ende September kam ein Gesetz wegen Einführung einer Steuer auf Berufs- und andere Einkünfte zu stande. Die wichtigste der übrigen Vorlagen betraf den Schutz der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall.

Die Königinnen unternahmen im Mai und Juni eine Reise nach Ludwigsburg, Nürnberg und Arolsen. Am 21. September überreichte die junge Königin unter großen Feierlichkeiten allen Regimentern neue Fahnen. Am 27. Mai fand in Hoorn die Einweihung eines Denkmals für Coen, den Grundleger des nieder-

ländischen Kolonialreichs, statt, und am 17. November wurde in mehreren Orten der 80. Gedenktag der Befreiung von der französischen Herrschaft gefeiert. Anfang April brachte der Gouverneur von Indien in dem gerade 20 Jahre dauernden Kriege den Chinesen am Tamiangflusse in Ost-Sumatra eine schwere Niederlage bei. Am 26. April starb im Haag der Minister a. D. Graf Schimmelpenninck van Nijnhusen, der in den letzten 40 Jahren als Führer der Konservativen eine große Rolle gespielt hatte. Im Mai starb der Staatsrat und hervorragende Publizist Professor Buys in Leiden, am 31. Mai der Vizepräsident des Staatsrats van Keenen und am 17. Dezember der frühere Kolonialminister Reuchenius.

Für das Großherzogtum **Luxemburg** bildete die am 1. März stattgehabte Verlobung des 42jährigen Erbgroßherzogs Wilhelm ein nicht geringes Ereignis, weil es als neue Bürgschaft für Erhaltung der Selbständigkeit des Ländchens aufgefaßt wurde. Am meisten freuten sich die Katholiken und die französische Partei, denn die Ausgewählte war die 33jährige Prinzessin Maria Anna aus der streng katholischen Familie von Braganza, die fünfte Tochter des früheren Königs Dom Miguel von Portugal. Um so größer war das Befremden in Nassau und im übrigen Deutschland, wo der Evangelische Bund diesem Gefühle kräftigen Ausdruck gab. Die Trauung fand am 21. Juni auf Schloß Fischhorn bei Zell a. See durch den Erzbischof v. Salzburg statt; zum feierlichen Einzug am 22. Juli legte die Hauptstadt dasselbe Festkleid wie vor zwei Jahren beim Einzug des neuen Großherzogs an. Neu war nur das blau-rot der Branganza und die Bekleidung der Ehrengarde mit grünen Fräcken und hechtgrauen Hosen. Die Abgeordnetenkammer wurde im März mit einer kleinen kirchenpolitischen Frage befaßt. Da nach der Verfassung von 1868 die Gründung einer religiösen Körperschaft der Ermächtigung durch Gesetz bedarf, so befolgte das Ministerium Eyschen dies zu gunsten eines Klosters der Franziskanerinnen, jedoch mit dem Zusatz, daß die Statuten der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Die Kammer genehmigte am 17. März dieses Gesetz, strich jedoch den Zusatz, weil der vorige Landesherr in solchen Fällen die Genehmigung einfach auf die Versicherung gegeben hatte, daß die Aufzunehmenden „genug zu essen“ hätten. Nach Zustimmung des Staatsrats kam das Gesetz wirklich ohne die Klausel zu stande.

Nicht einverstanden war jedoch der Staatsrat mit dem Kammerbeschlusse wegen Umwandlung aller Anlehen von 4 in $3\frac{1}{2}\%$. Nachdem die Hälfte der Kammer am 13. Juni durch Wahlen im Sinne der vereinigten Klerikalen und Agrarier erneuert war, wurde in der am 7. November eröffneten neuen Session das Budget für 1894 mit 8726012 Fr. Ausgaben und 1107951 Fr. Defizit genehmigt. Fast ein Drittel der Einnahmen floß aus dem Zollverein mit Deutschland, sodaß die fernere Zugehörigkeit zu diesem trotz aller Neigungen zu französischem Wesen gar nicht in Frage kommen konnte. Am 22. Dezember genehmigte die Kammer ein Gesetz, welches eine sehr strenge Aufsicht über die Fremden und die Ausweisung verdächtiger Ausländer ermöglichte.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Das Jahr 1893 hat keine Veränderung in der inneren politischen Lage Dänemarks gebracht. Die Mehrheit des Reichstags hielt, wie schon seit Jahren, an dem Standpunkte der Ungültigkeit aller Gesetze fest, welche das Ministerium Estrup wegen Nichtzustandekommens der Finanzgesetze auf Grund der Verfassung und des Staatsnotrechts erlassen hatte. Zwar zeigten sich wieder Bestrebungen zur Herbeiführung eines politischen Ausgleichs, sie mißglückten jedoch wie im Vorjahre. Die Verhandlungen des Folkthings boten für weitere Kreise nur dadurch Interesse, daß am 16. Januar beim Beginn der zweiten Beratung des Budgets für 1894 die Äußerungen des deutschen Reichskanzlers im Heeresausschusse des Reichstags über die Haltung Dänemarks zur Sprache gebracht wurden. Der Abg. Holm schilderte die große hierdurch entstandene Beunruhigung und bat um Aufklärungen, worauf der Minister des Äußern, Baron Reedtz-Thott, beruhigend erwiderte, der deutsche Gesandte habe im Auftrage seiner Regierung ihm erklärt, die fraglichen Berichte seien ungenau und das Deutsche Reich wünsche die freundschaftlichen Beziehungen zu Dänemark zu bewahren, auch glaube die kaiserliche Regierung, daß diese Beziehungen von dänischer Seite bewahrt würden. Der Minister fügte hinzu, Dänemarks Politik sei auf Aufrechterhaltung der strengsten Neutralität gegründet und gehe

auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu allen Mächten, also auch zu Deutschland hinaus. Der Abg. Korsgaard warf noch die Frage auf, ob vielleicht die Befestigung Kopenhagens das Mißtrauen Deutschlands erregt habe; der Minister stellte dies in Abrede. Durch die Besprechung, welche in der Presse sich an diese Verhandlung knüpfte, trat deutlich zu Tage, daß die Bevölkerung, ganz im Gegensatz zum andauernd revanchelustigen Frankreich, von einem Kriege zur Wiedergewinnung der verlorenen deutschen Länder, ja selbst Nordschleswigs nichts wissen will, vielmehr in einer Politik des Angriffs gegen Deutschland den Anfang vom Ende Dänemarks erblickt; daher sogar eine ängstliche Besorgnis, Deutschland nicht auf den Fuß zu treten. Die übrige Budgetberatung war von unendlicher Länge und Langweiligkeit; allein zur dritten Lesung waren 399 Abänderungsanträge gestellt. Dazu war man mit Bewilligungen wieder so karg wie früher, doch verstand man sich zur Bewilligung von drei Millionen für ein neues Panzerschiff. Nach den Abstrichen im Folkething erhöhte sich der Überschuß des Budgets um 1 635 936 Kronen, da aber beide Dinge sich über den Etat wieder nicht zu einigen vermochten, so wurde er Ende März von der Regierung nach ihrem Entwurfe verkündigt, und die Session endete, nachdem von 111 Gesetzesvorschlägen nur 36 angenommen waren. Dem am 2. Oktober ohne Thronrede eröffneten Reichstage wurde jener provisorische Etat vorgelegt. Schien auch keine Aussicht auf nachträgliche Genehmigung zu sein, so wagte doch der Ministerpräsident Estrup am 12. Oktober den Wunsch nach Erzielung einer Einigkeit mit der Opposition zu äußern, weil es sich um wichtige Vorlagen handeln werde. Gegenüber der neuen agrarischen Partei, die sich am 27. Mai auf einer von zahlreichen Landwirten des Landes besuchten Versammlung zu Odense auf Fühnen gebildet hatte, erklärte der Minister, die Regierung habe wohl Interesse an der Landwirtschaft, könne sie aber nicht zum Schaden anderer Gesellschaftsklassen vorzugsweise stützen. Am 18. Oktober kam es in Folkething anlässlich eines die Heeresordnung betreffenden Gesetzentwurfs zu Verhandlungen großpolitischer Anstrichs, indem die beabsichtigte Vermehrung des Geniekorps und der Artillerie mit der Befestigung Kopenhagens und den Versuchen zur Herbeiführung eines Ausgleichs der Parteien in Verbindung gebracht wurde. — Was die seit 1883 in Gang be-

findlichen Versuche, Islands Verfassung von 1874 zu ändern, betrifft, so stellte im August das Althing den Antrag, daß das isländische Ministerium in Kopenhagen aufgehoben und die Regierung der Insel einen Gouverneur nebst von diesem zu ernennenden Ministern übertragen werden solle. Infolge dieses Beschlusses wurde das Althing am 29. September aufgelöst. — König Christian nahm am 29. Juli am Jubiläum der Stadt Esbjerg in Jütland, dann mit seiner Gemahlin an den Festlichkeiten zur Vermählung seines Enkels, des Herzogs von York, in London teil. Am 28. August traf der Zar mit Familie zu längerem Besuch in Kopenhagen ein. Der 77jährige Bruder des Königs, Prinz Wilhelm von Glücksburg, starb am 5. September in Schloß Fredensborg. Hier traf am 15. September der Großherzog von Weimar und am 25. September der Graf von Paris ein, dessen Zusammentreffen mit dem Zaren in Frankreich verblüffte. Am 25. Dezember wurde dem Prinzen Waldemar ein Sohn geboren.

Im Königreich **Schweden** handelte es sich um weitere Verstärkung der Landesverteidigung, um die Finanzlage, die Stimmrechtsfrage und um Stellungnahme zu den in Norwegen laut gewordenen Gelüsten nach Aufhebung der Union. Dem am 18. Januar durch Thronrede des Königs Oskar eröffneten Reichstage wurde das Budget für 1893 vorgelegt, in welchem die Einnahmen und Ausgaben auf 97 383 000 Kronen eingestellt waren. Der darin vorgesehene Bau eines neuen Panzerschiffes für 2 868 000 Kronen wurde am 1. Mai genehmigt. Die schon lange das Land bewegende Frage wegen Einführung des allgemeinen Stimmrechts wurde aufs lebhafteste von einem am 13. März in Stockholm versammelten „Volksreichstag“ vertreten und eine Abordnung desselben wurde vom König mit Wohlwollen, aber mit Zurückhaltung empfangen; im Reichstag deutete Minister Boström zwar an, daß die Regierung die Frage nicht abweise, riet aber den Parteien, sie erst weiter auszutragen. Gegen die Forderung Norwegens auf Teilung des Konsulatswesens sprach sich am 13. April die erste Kammer einstimmig, die zweite mit 184 gegen 38 Stimmen aus, nachdem am 9. April der frühere Minister des Außern Björnstjerna in der ersten Kammer die Sprengung der Union mit Norwegen als gegenseitigen Selbstmord beider Nationen geschildert hatte. Der Reichstag

wurde am 10. Mai geschlossen. Die Neuwahlen fielen Mitte Oktober für die erste Kammer auf 114 Schutzzöllner und 34 Freihändler, für die zweite auf 84 Schutzzöllner und 144 Freihändler. Bezüglich aller auf die Union mit Norwegen bezüglichen Fragen stand die ganze neue erste Kammer und mehr als die Hälfte der zweiten auf seiten der Regierung und der Erhaltung der Union. — Der König feierte am 27. Mai sein 25 jähriges Jubiläum als Doktor der Philosophie in Lund, erhielt im Januar den Besuch des Kronprinzlichen Paares von Dänemark, im Juni den der Kronprinzessin-Witwe von Oesterreich und nahm am 5. September in Upsala an der Feier des 300jährigen Gedenktags an die Einführung der Reformation durch die dortige Kirchenversammlung sowie an der gleichzeitigen Feier der dortigen Universität teil; ihn umgaben seine drei Söhne, der Großherzog von Weimar, der Kronprinz von Dänemark und Prinz Friedrich Leopold von Preußen. Die Totenliste weist auf den Generalfeldzeugmeister Wrede, der 90jährig am 22. Mai, und den früheren Minister Per Axel Bergström, der am 23. August starb.

Die im Königreich **Norwegen** im vorigen Jahre schärfer hervorgetretenen Bestrebungen zur Auflösung der Union mit Schweden schlugen 1893 in hellen Flammen auf. Sie spielten sich im Reichstage nach wie vor hauptsächlich in der Frage eines hinfort von Schweden getrennten, eigenen Konsulatswesens ab, gingen zum Teil aus Unwilligkeit zu Opfern für das große staatliche Doppelgemeinwesen hervor und kleideten sich in das billige Gewand des Radikalismus. In der vom Minister Steen verlesenen Thronrede zur Eröffnung des Reichstags am 2. Februar wurde die Entscheidung des Königs über den ein besonderes Konsulatswesen verlangenden Reichstagsbeschluß vom 10. Juni 1892 noch aufgeschoben. Der Reichstag nahm jedoch die Frage sofort wieder auf, veranlaßt durch den Umstand, daß schwedischerseits am 14. Januar die Anfrage gestellt war, ob Norwegen auf Grund der Gleichstellung beider Reiche über eine Neuregelung der Frage zu verhandeln geneigt sei. Der Führer der gemäßigten Linken, Sverdrup, sprach sich am 10. März entschieden dafür aus; die andere Seite war durch jene Anfrage genötigt, mit der Sprache offen herauszukommen, ja, es war gerade der auf dem Boden der radikalen Mehrheit stehende Ministerpräsi-

dent Steen, der am 13. März das schwedische Angebot als eine Abweijung der norwegischen Auffassung bezeichnete, wonach die Konsulatsfrage eine ausschließlich norwegische Frage sei; und nachdem der Abg. Stang ihn in die Enge getrieben, rückte der Minister mit dem Geständnisse hervor, daß man die Union in gesetzlichen Formen auflösen müsse. Dieser Ansicht trat die zweite Kammer, nachdem in acht Tagen 106 Reden darüber gehalten waren, am 17. März bei. Da der König mit diesem Beschlusse wie begreiflich nicht einverstanden war, trat das Ministerium Steen am 22. April zurück, worauf Stang ein neues Ministerium bildete, welches sich am 3. Mai dem Reichstag mit dem Bemerkten vorstellte, daß es in der streitigen Frage jeden einer künftigen Lösung vorgreifenden Schritt zu unterlassen gedenke. Damit war auf eine spätere Berufung an einen neuen Reichstag hingedeutet. Die zweite Kammer antwortete am 6. Mai mit einer Vertrauenserklärung für das abgetretene und einer Mißtrauenserklärung für das neue Ministerium; dem bisherigen Minister Steen setzte die Kammer am 8. Mai sogar einen Ehrensold von jährlich 6000 Kronen als nationale Anerkennung aus. Zur streitigen Frage selbst betonte die Kammer nun erst recht ihren Standpunkt, indem sie am 19. Juli dabei blieb, daß es die Sache Norwegens bleiben müsse, zu bestimmen, ob es sein Recht, sein Konsulatswesen nach dem Bedarf des Landes zu ordnen, benutzen wolle, und die Kündigung der Konsulargemeinschaft zum 1. Juli 1895 beschloß. Daran reihten sich Beschlüsse, welche von der allgemeinen Stimme als Ausflüsse kleinlicher Rache angesehen wurden: so am 20. Juli die Herabsetzung der Zivilliste des Königs von 336 000 auf 256 000 und der Apanage des Kronprinzen von 80 000 auf 30 000 Kronen, am 21. Juli die Streichung der 25 000 Kr. Tafelgelder der Minister. Nachdem der Reichstag den so geänderten Etat für 1893—94 am 22. Juli genehmigt hatte, wurde er geschlossen. Die Regierung entschied sich am 25. September dahin, den Beschlüssen bezüglich der Zivilliste und der Apanage für diesmal keinen Widerstand entgegenzusetzen, die nicht bewilligten Beträge für die Konsulate jedoch als unvorhergesehene Ausgaben dennoch zu bestreiten. Nun aber ergriff der König wiederholt Gelegenheiten, sich in Ansprachen gleichsam an das Gewissen und das Herz des Volkes zu wenden. Als am 4. September das Reichstelephon zwischen Nor-

wegen und Schweden dem Verkehr übergeben wurde, sprach er dem Minister Stang den Wunsch aus, daß diese Verbindung zur Befestigung des seit 1814 zwischen den Bundesvölkern bestehenden Verhältnisses beitragen und den Bestrebungen zur Zerreißung und Auflösung entgegenwirken möge. Zu einer anderen Kundgebung kam ihm wie gerufen der 4. November als 80jähriger Gedenktag des Bestehens der Union; in einer glänzenden Rede im königlichen Schloß zu Christiania wandte er sich an die Norweger und forderte sie „mit der ganzen Kraft der Überzeugung“ auf, festzuhalten an der Union, die allein den Fortschritt beider Reiche bewirkt und schon zur größeren Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Auslande auch fernerhin notwendig sei. In den Wahlen des nächsten Jahres möchten die Norweger ihre Pflicht thun. Eine Rede derselben Richtung hielt am 30. November der Minister Stang in einer konservativen Versammlung zu Christiania. Er schilderte namentlich das völlig Widerspruchsvolle im Verhalten der radikalen Partei.

Schweiz.

Die Bundesversammlung hielt in diesem Jahre drei Sessionen. Das wichtigste in der Session vom 13. bis 30. März war die Genehmigung eines Gesetzes wegen vollständiger Umbildung des Bundesgerichts, dessen Aufgaben bedeutend erweitert wurden, und der Beschluß, daß zur Vermeidung der jährlichen Überschwemmungen des Rheinthals die Kosten der 1892 durch Vertrag mit Oesterreich in Aussicht genommenen Rheinregulierung von der Gesamtheit des schweizerischen Volkes getragen werden sollen. Hierdurch wurde ein Werk ermöglicht, das seit Jahrzehnten als dringende Notwendigkeit erkannt war, aber wegen der Schwierigkeit, in den betreffenden Kantonen die Mittel aufzubringen, nicht zur Ausführung gelangen konnte. Jedes Jahr litten Graubünden, St. Gallen und Vorarlberg durch Überschwemmungen, immer empfindlicher wurde der angerichtete Schaden für die Gemeinden wie für die einzelnen Besitzer, und es tobte an der Grenze der beiden einander befreundeten Länder ein stiller, aber erbitterter Krieg. Wenn unterhalb Chur, am

Kalanda, bei Ragatz, Sargans, Baduz, dem Luziensteig und am Bregenzer Wald bis zum Bodensee die Sturmiglocke heulte, da galt es nicht immer nur der Verstärkung der Dämme, es galt auch oft, die Gewässer auf die Felder der Nachbargemeinden zu leiten, der Kampf ums Dasein nahm die rücksichtsloseste Gestalt an; um sich selbst zu schützen, opferte man erbarmungslos den Wohlstand der Genossen an demselben Strome, die Dämme wurden durchstochen und erbitterte Feindschaften entstanden. Diesem Zustande sollte nun ein Ende gemacht werden, zum Jubel der Bevölkerung. Der Kanton St. Gallen erhielt vom Bunde 8700000 Fr. zu diesem Zweck. Bei Eröffnung der zweiten Session der Bundesversammlung, am 5. Juni, jagte der Vorsitzende des Ständerats, die Begrüßung des deutschen Kaisers in Luzern am 2. Mai (S. 61) habe den Behörden Anlaß gegeben, getreue Dolmetscher des Volks zu sein; dem Herrscher des Nachbarreichs sei die schuldige Ehrfurcht mit republikanischer Einfachheit erwiesen worden; einen politischen Charakter habe die Begegnung nicht gehabt, aber sie sei ein Beweis dafür, daß das Volk der Schweizer auf Erhaltung der guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten großen Wert lege. Es kam in dieser Session ein Gesetz zu stande wegen Einführung der mitteleuropäischen Stundenzonezeit und ein Gesetz, durch welches dem Bunde beträchtliche Mehrleistungen zur Förderung der Landwirtschaft auferlegt wurden. Im Nationalrat fanden lebhaftere Verhandlungen statt über die Frage einer Unterstützung der Volksschule durch Bundesmittel, was die Vertreter der ultramontanen Kantone als unstatthafte Einmischung in das kantonale Schulwesen hartnäckig bekämpften.

Wichtig für die weitere Entwicklung des Bundesverfassungsrechts gestalteten sich die ersten Fälle, in welchen es sich um die Anwendung der durch Volksabstimmung vom 5. Juli 1891 in die Bundesverfassung eingeführten Einrichtung der Initiative des Volks zu Verfassungsänderungen handelte. Da zur Herbeiführung einer zu diesem Zweck vorzunehmenden allgemeinen Volksabstimmung schon 50000 begläubigte Unterschriften genügen, so sind rührige Parteien im stande, die ganze Eidgenossenschaft sehr oft und behufs vielleicht sehr untergeordneter Fragen in Atem zu halten. Der erste Anwendungsfall betraf eine solche, eine an sich rein polizeiliche Frage, nämlich das zunächst vom Tierchutzverein ausgegangene Begehren,

das Verbot des bei den Juden üblichen Tötens der Schlachttiere ohne vorausgegangene Betäubung (Schächten) in die Verfassung einzuführen. Die mit 84000 Unterschriften erzwungene Abstimmung vom 20. August ergab die Annahme des Begehrens. Hierauf rückten weitere Fälle heran: Infolge von Beschlüssen des schweizerischen Arbeitertags vom 9. April wurden der Bundeskanzlei am 31. August mehr als 52000 Unterschriften abgegeben für das Begehren, in die Verfassung den Grundsatz des Rechts auf Arbeit einzuführen. Ferner beschloß am 5. November der aus 525 Abgeordneten bestehende Arbeiterbund die Sammlung der nötigen Unterschriften für das Begehren, in die Bundesverfassung den Grundsatz der unentgeltlichen Krankenpflege und, behufs Aufbringung der hierzu nötigen Kosten, das Tabakmonopol aufzunehmen. In ihrer am 4. Dezember eröffneten dritten Session stellte die Bundesversammlung, deren Körperschaften am 29. Oktober durch Wahlen erneuert waren, das Budget derart fest, daß das Defizit für 1894 3845000, für 1895 4085000, für 1896 2290000, für 1897 660000 Fr. betrage. Der Bundesrat legte am 18. Dezember ein Gesetz gegen die Anarchisten vor. Der einzige Sozialdemokrat, welcher bei 14 Kandidaten gewählt war, versuchte am 21. Dezember im Nationalrate eine Gewehrlieferungsfrage nach Ahlwardts Art aufzubringen, fiel damit aber sofort gänzlich durch.

Die Schweiz lebte mit dem Ausland in Frieden. Ein Vorgang beim Baseler Karnevalszug, in dem man eine Beleidigung Carnots finden konnte, hatte infolge alsbald in Paris abgegebener Erklärungen keine Folgen. Von allgemeinerem Interesse war es, daß die „Sura-Simplon-Gesellschaft“ am 1. Oktober durch Vertrag mit verschiedenen, zum Teil ausländischen, Bankfirmen einen neuen, seit 1860 den sechsten Versuch machte, einen Durchstich des Simplon zwecks Überschienung herbeizuführen. In den Kantonen begab sich nicht viel Bemerkenswertes. In Bern fanden im Juni erhebliche Arbeiterunruhen statt, die durch Militär unterdrückt wurden. In Tessin fand am 5. Februar die Wahl der fünf die Regierung bildenden Staatsräte zum ersten Male nicht mehr durch den Großen Rat, sondern durch das Volk und nach dem Proportionalssystem statt. So kamen, nach 15jähriger Herrschaft der Ultramontanen, die Liberalen in der Regierung und durch Neuwahlen vom 5. März

auch im Großen Räte zur Mehrheit. — Einer der bedeutendsten Männer des Kantons Genf, Regierungs-Präsident Dufour, starb am 12., Bundesrat Richonnet, einer der hervorragendsten Politiker, am 14. September.

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Was das **osmanische Reich** betrifft, so wies die Lage im Innern keine hervorragenden Ereignisse auf. Wenn auch, wie schon seit 1884, die Bekanntmachung eines Jahresbudgets für das Reich unterblieb, so erfuhren doch die Finanzen eine kleine Verbesserung durch fortschreitende Zentralisierung der Verwaltung, Abschaffung von Mißbräuchen und die friedlichen Beziehungen zum Ausland; der Sultan brachte es sogar zu Wege, daß der europäische Finanzmarkt sein früheres Mißtrauen gegen die türkische Verwaltung größtenteils ablegte, sich zur Mitwirkung bei Gesundung der türkischen Finanzen bereit finden ließ und Kapitalien zu verschiedenen Privat-Unternehmungen dem Lande anvertraute. Zum Ausbau der anatolischen Eisenbahnlinien erbieten sich sogar mehrere europäische Gesellschaften, und ihrem Wettlaufe machte im Februar der Sultan ein Ende, indem er der deutschen Gesellschaft, welche bereits die 487 km lange Linie von Ismid, dem alten Nicomedia, nach Angora, dem alten Anchra, gebaut hatte, den Bau der Strecke von Eskishehr, dem alten Doryläum, nach Konia oder Iconium sowie die Verlängerung der Linie von Angora nach Cäsarea in der Richtung auf Bagdad übertrug. Hier abgewiesen, bemühten sich nun die Franzosen um so mehr um die Erlaubnis zum Bau einer Bahn von Beirut über Damaskus nach Aleppo, um dadurch jener deutschen Gesellschaft die Aussicht abzuschneiden, später auch den Bau einer Euphratbahn übertragen zu bekommen. Aber es war wiederum vergeblich. Auf einem anderen Gebiete erinnerte sich Frankreich eines seit lange beanspruchten Rechts in Syrien: Mit dem Anspruch auf einen Schutz der dortigen Katholiken hing die von Frankreich aus betriebene eucharistische Pilgerfahrt zusammen, die Mitte Mai unter Führung des Kardinals Langénieux nach Jerusalem stattfand, während gleichzeitig ein französisches Geschwader vor Jaffa eintraf. Wie ein Gegenstück hierzu

erschien am 6. November die Einweihung einer evangelischen Kirche in Bethlehem in Gegenwart eines Vertreters der deutschen Kaiserin als Protektorin, des Präsidenten des preussischen evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Barkhausen, der sodann als Vertreter des deutschen Kaisers der Grundsteinlegung zu einer deutschen evangelischen Kirche auf dem Muristan bei Jerusalem beimohnte, dem Ruinenraume, welchen ein früherer Sultan dem preussischen Könige geschenkt hatte. Der armenische Patriarch reichte seinen Abschied ein, weil der Sultan der Berufung einer nationalen Synode nach Konstantinopel widerstrebt. Der seit einigen Jahren in Jerusalem wohnende gregorianische Erzbischof Khrimian unterwarf sich, auf Veranlassung des Zaren, endlich den Vorschriften des Sultans und begab sich über Konstantinopel nach Etschmiadzin bei Erivan, wo er am 9. Oktober als Haupt aller Armenier Rußlands gesalbt wurde. Nach der Niederwerfung des vorigen Aufstands der Araber in Jemen bemühte sich die Pforte, die wiedereroberten Gebiete militärisch zu besetzen und am Suezkanal wie am rothen Meere festeren Fuß zu fassen. Es wurden Militärstationen längs des Küstenstrichs von Midian und eine solche auf der Insel Tiran bei der Halbinsel Sinai beschlossen. Tripolis wurde im Mai durch den Fanatismus von Muhammedanern Schauplatz wüster Szenen, wobei es zu Beleidigungen des französischen Konsuls kam; im November fanden von Tunis aus französische Grenzüberschreitungen statt, worauf die Pforte sofort Militär nach Tripolis sandte, denn man erinnerte sich wohl, daß der Verlust von Tunis einst ähnlich angefangen hatte. Im Mai brachte die Pforte das Verbot der nächtlichen Fahrt durch die Meeresengen in Erinnerung. Bezüglich der Güter der griechischen Kirche in Rumänien verwandten sich im August die fünf griechischen Patriarchen um Berufung eines Schiedsgerichts. Der Sultan empfing am 6. April den Landgrafen von Hessen, im Juli den Bizekönig von Egypten, und stiftete am 31. August, dem 17. Jahrestage seiner Thronbesteigung, den nur für fremde Herrscher, Prinzen kaiserlicher Häuser und hohe Würdenträger bestimmten Orden „Hanédani al Osman“. Ende März starb der frühere Botschafter in Wien, Edhem Pascha, am 27. Mai der Marschall Ahmed Eyub Pascha.

Was das Fürstentum **Bulgarien** betrifft, so nahm der Regent, Prinz Ferdinand von Koburg, am griechischen Neujahrstage die

Gelegenheit wahr, den glückwünschenden höheren Beamten gegenüber seinen freudigen Stolz über die Fortschritte des Landes zu bekennen, das einen ehrenvollen Platz unter den Balkanvölkern einnehme. Das ganze Land erkannte dies ebenfalls an indem die Verlobung des Prinzen mit größter Freude und als eine Aussicht auf Gründung einer Dynastie aufgenommen wurde. Mit Zustimmung des Herzogs Ernst als Chefs des Hauses Coburg verlobte sich nämlich der Prinz am 12. Februar mit der 23jährigen Prinzessin Marie Louise, Tochter des 1860 entthronten Herzogs Robert von Parma aus seiner ersten Ehe mit Maria Pia, einer Schwester des letzten Königs beider Sicilien. Der Vorgang kam den Bulgaren insofern überraschend, als die Änderung des von der Religion des Fürsten und des ersten Thronfolgers handelnden Art. 38 der Verfassung als Voraussetzung für die Vermählung des Prinzen galt und nicht vor einigen Monaten zu erlangen stand. Nun dies aber nicht abgewartet war, trat fast um so mehr, bei Freund und Feind der Regierung eine ungeweinte Befriedigung hervor in der richtigen Erkenntnis der politischen Seite des Ereignisses als eines neuen Schrittes zur Selbständigkeit des Landes, wodurch Rußland wieder ein Schnippchen geschlagen werde. Die Freude wurde vollständig durch die Glückwünsche, welche der Oberherr, der Sultan Abdul Hamid, mit dem Bemerken übermitteln ließ, daß er in dieser Verbindung ein wertvolles Pfand der Befestigung Bulgariens erblicke. Dies hatte wiederum die Folge, daß der bulgarische Exarch Joseph in Konstantinopel seinen im Januar gegen die geplante Verfassungsänderung begonnenen Kampf einstellte, so daß die im Petersburger „Regierungsboten“ in Aussicht gestellte Drohung, man werde den Exarchen zur Schließung der bulgarischen Kirchen und zur Belegung der bulgarischen Staatsmänner mit Kirchenstrafen bewegen, ins Wasser fiel. Prinz Ferdinand wurde am 3. März bei seiner Rückkehr aus Viareggio bei Florenz, dem Aufenthalt seiner Braut, in Sophia mit Begeisterung empfangen. Ein einziger Mißton kam vor, indem der als streitbarer Kirchenfürst bekannte Metropolit Clement von Tirnowa in einer Predigt gegen den Prinzen aufzureizen suchte. Der Prinz reiste am 6. April zur Vermählung ab, hatte in Wien eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Franz Joseph, und die ihn begleitenden Minister Stambolow und Grefow erhielten vom Kaiser sowie vom Grafen Kálnoky die Ver-

sicherung von Österreich-Ungarns größtem Wohlwollen für Bulgarien, so lange es sich streng im Rahmen des Berliner Vertrages halten werde. Dem Wiener Vertreter der „Times“ gegenüber sprach sich Stambolow mit größtem Freimuth über die innere und äußere Lage Bulgariens aus; die Lage im Innern sei so günstig wie jemals, vor Rußland aber sei ihm nicht bange, da es schwerlich wagen würde, über das mit einem starken Heer versehene Rumänien nach Bulgarien vorzudringen. In des Herzogs Robert Villa della Pianove bei Pietrasanta in Mittelitalien fand am 20. April die Vermählung des Prinzen und es fanden im reichgeschmückten Sophia freudige Kundgebungen statt. Die Vermählten begaben sich über Neapel, Korinth, Delphi nach Siftovo und langten am 14. Mai in der alten Bulgaren-Hauptstadt Tirnowo an, wo sie mit großen Ehren empfangen wurden. Der erzbischöfliche Vikar hielt eine sehr praktische Ansprache, indem er sofort den Wunsch nach Nachkommenschaft anbrachte, damit diese den Thron der großen bulgarischen Kaiser für alle Zeiten innehave. Der Prinz eröffnete hier die am 2. Mai neugewählte Sobranje, welche am 24. Mai mit einer Adresse voll Dankbarkeit für des Prinzen musterhafte Verteidigung der nationalen Interessen antwortete und am 28. Mai die obenerwähnte Verfassungsänderung genehmigte. Der Prinz errichtete sodann auf dem Hissar, der Stätte der alten bulgarischen Zarenveste, ein Denkmal und hielt mit Gemahlin zur Blütezeit der berühmten Rosen des Südbalkan feierlichen Einzug in Philippopel, am 10. Juni in Sophia. Die regelmäßige Sobranje wurde am 27. Oktober vom Prinzen eröffnet, der in der Thronrede seine Vermählung ein die nationale Dynastie sicherndes Ereignis nannte. Die Sobranje bezeichnete es in ihrer Antwort als einen Damm gegen alle die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes bedrohenden Umtriebe. Bald darauf fiel das letzte Hindernis der Volkstümmlichkeit des Prinzen hinweg durch das plötzliche Ableben des von ihm hochverehrten und ihm befreundeten Prinzen Alexander von Battenberg, Grafen Hartenau, des über die Maßen beliebten ersten Bulgarenfürsten, dessen Bildnis selbst die elende Bauernhütte schmückt. Der Ministerpräsident Stambolow widmete am 18. Nov. dem Verstorbenen in der Sobranje einen warmen Nachruf; der Prinz erließ zu Ehren Alexanders einen den glorreichen Helden feiernden Armeebefehl, und am 23. November traf die von einer Abordnung

der Sobranje abgeholt Leiche Alexanders von Graz in Sophia ein, nachdem ihr schon bei Zaribrod und von den Höhen im Slivenitza, dem Schauplatz des Sieges vom 18. militärische Ehren erwiesen waren. Glücklicherweise wurde der scheußliche Plan eines Fanatikers, mitten in die Feier bei Ankunft der Leiche eine verheerende Bombe zu werfen, vereitelt; die Feier ging mit größtem Pompe vor sich; der Regent hielt eine Ansprache und Stambolow forderte die Bulgaren auf, eingedenk des Lebens und Sterbens Alexanders, gemeinsam mit dem Prinzen Ferdinand daran zu arbeiten, Bulgarien groß zu machen und, wie einst Alexander, alle Feinde zu bekämpfen. Die Leiche wurde in der uralten St. Georgskirche in Sophia beigesetzt, die später zu einem Mausoleum umgebaut werden soll. In der Sobranje fanden am 29. November heftige Angriffe gegen den auch von Hofrängen umgebenen Stambolow statt. Am 22. Dezember genehmigte die Sobranje ein neues Wahlgesetz. Der erste Teil der Eisenbahnlinie zum ägäischen Meer, die Strecke Sophia=Pernik, wurde am 20. Dezember eröffnet.

Die Bevölkerung im Königreich **Rumänien** wurde freudig bewegt durch die am 10. Januar in Sigmaringen stattgehabte Vermählung des Thronfolgers Prinzen Ferdinand mit der Prinzessin Maria von Edinburgh, und sichtlich nahm insolgedessen die Zuneigung zum Könige zu. Bei der Ankunft in Bukarest am 4. Februar wurde den Neuvermählten ein begeisterter Empfang zu teil, für welchen der König durch Schreiben an den Ministerpräsidenten Catargi mit dem Bemerken dankte, hierdurch könne, wenn es dessen noch bedürfe, sein Zutrauen in die Hingebung der Nation an die Dynastie nur gestärkt werden. Am 15. Oktober wurde dem Thronfolger ein Sohn geboren, welcher vom griechisch-katholischen Metropolit in Schloß Pelesch auf den Namen Karol getauft wurde. Hierüber geriet die katholische Presse Deutschlands in große Erregung, weil Prinz Ferdinand vor Eingehung der Ehe das Versprechen der katholischen Kindererziehung gegeben habe. Das „Freiburger katholische Kirchenblatt“ vom 8. November machte hierüber ganz genaue Mitteilungen, denen jedoch von anderer Seite entgegengetreten wurde. König Karl sprach durch Erlaß an das Land seine große Freude über die Erfüllung des seit einem halben Jahrhundert vom Lande oft ausgedrückten Wunsches aus. Die Landesvertretung entfaltete in ihrer am

27. November 1892 eröffneten, bis zum 1. Juli dauernden Session eine nicht geringe gesetzgeberische Thätigkeit. Die wichtigsten Gesetze betrafen landwirtschaftliche Verträge, die Volksschule, die Not der Seelsorgegeistlichen, ein Rekrutierungsgesetz, die Einführung einer Landgendarmarie und den gewerblichen Unterricht. Als am 17. April in Bukarest Unruhen ausbrachen, machte der Ministerpräsident in der zweiten Kammer die Liberalen dafür verantwortlich. In der Thronrede vom 27. November zur Eröffnung der neuen Session des Parlaments sprach der König vor allem seine große Befriedigung über die andauernde Erhaltung des Weltfriedens und die feierlichen, hierüber vorliegenden Erklärungen aus. Das Bemerkenswerteste, was bis zum Jahreschluß in beiden Kammern vorgebracht wurde, bestand in der sog. siebenbürger Frage. Die Minister konnten zwar nicht verkennen, daß die Erstarkung Rumäniens es sei, was das Selbstgefühl der Rumänen Siebenbürgens gehoben habe, sie betonten aber ganz entschieden die Wahrung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des ungarischen Nachbarstaates. Am 22. Mai starb bei Bukarest der frühere Ministerpräsident Florescu.

Im Königreich **Serbien** nahm die hauptsächlich durch Milan, als er noch König war, bewirkte Zerrüttung der inneren Verhältnisse weiteren Fortgang. Der ganzen Stellung des jungen Königs Alexanders kam es freilich zu gute, daß ganz unerwartet am 19. Januar seine Eltern sich endlich wieder versöhnten. Ließ auch der sofort veröffentlichte freudige Gefühlsausbruch, mit welchem der Sohn dies aufnahm, noch einmal den fast tragikomischen Charakter der früheren Episoden des offenen Gattenstreits wieder aufleben und stellte sich auch später heraus, daß Königin Natalie die Neuregelung von Milans Stellung als Bedingung der Versöhnung hingestellt hatte, so schwand doch zum allgemeinen Wohle schon bald der Gegensatz zwischen den den Gatten anhängenden Parteien. Die Regenten freilich fühlten sich durch eine nunmehrige Aussicht auf Milans Rückkehr nicht eben angenehm berührt; sie beiziten sich daher, durch die neu zu wählende Skupschtina einen dritten Regenten an Stelle ihres verstorbenen Kollegen wählen zu lassen. Hierfür nahmen sie den General Bogitschewitsch, Schwager des Regenten Kistitsch, in Aussicht. Die Bewegung für die Neuwahlen war außerordentlich erregt, hauptsächlich dadurch, daß das Ministerium

Noakumowitsch, seit es am 20. August 1892 ins Amt getreten, aufs eifrigste und unter vielen Verstößen darauf ausgegangen war, die Wahlen im Sinne der liberalen Partei zu beeinflussen. Allerdings erbrachten die Neuwahlen vom 9. März eine wenn auch noch so kleine Mehrheit der Liberalen; die radikalen Abgeordneten waren aber infolge des Wahlterrorismus so sehr gereizt, daß sie schon in der ersten Sitzung der Skupschtina, am 6. April, in Benutzung eines geringfügigen Anlasses, austraten und in einer öffentlichen Ansprache sagten, sie hätten hierdurch die Skupschtina beschlußunfähig gemacht, weil eine Abordnung ihrer Partei, welche sich über die skandalöse Wahlbeeinflussung bei der Regentschaft habe beschweren wollen, nicht angenommen und hierdurch sie selbst berechtigt geworden sei, jede Beziehung zum liberalen Regime abzulehnen. Die Liberalen erließen am 11. April eine Gegenerklärung, und unter Beihilfe der liberalen Minister begann der Rumpf der Landesvertretung sich der regelmäßigen Thätigkeit derselben zu widmen. Als sich solchergestalt die zwei Hauptparteien des Landes aufs schroffste gegenüberstanden und kein regelmäßiger Ausweg zu erblicken war, machte der unter dem Einfluß seines Lehrers Dokitsch stehende König, vom Terrorismus des liberalen Regimes ebenfalls unangenehm berührt, demselben gewaltjam ein Ende. Indem er 15 Monate vor dem verfassungsmäßigen Zeitpunkte sich für großjährig erklärte und die Regierung selbst in die Hand nahm, beging er einen Staatsstreich. Man hatte dem 17jährigen Manne solche Absichten und solchen Wagemut nicht zugetraut, und alle Welt war überrascht, zum Teil nicht übel berührt durch die Frische und Leichtigkeit dieses noch dazu in vollendeter Weise durchgeführten Unternehmens. Es war in der Nacht zum 14. April, als der König, auf die Meldung eines Adjutanten, daß alles bereit sei, beim Mahle, welches er den Regenten und Ministern gab, sich erhob, wie wenn er einen Toast ausbringen wollte, und die Regenten zur Niederlegung ihrer Stellen aufforderte. Die lebhaften Einsprachen der Verblüfften nicht achtend, ließ er die Thüren des Nebengemachs öffnen, in welchem Militär aufgestellt war. Die Regenten und die Minister wurden zeitweilig in Gewahrsam gebracht, und der König hielt an die Truppen in der Kaserne eine Ansprache, in der, wie in einer Ansprache an das Land, er seine Übernahme der königlichen Gewalt verkündigte. Folgenden Tages ernannte er ein

radikales Ministerium mit Dokitsch an der Spitze, hielt vom Balkon des Schlosses eine Ansprache an die Menge, welche seine That bejubelte, und setzte sich dann wieder ruhig an seine Grammatik. Dokitsch erklärte am 15. April, die Ursache des Ereignisses liege in der durch die verfassungswidrige Haltung der Regentenschaft hervorgerufenen, gefährvollen Lage; durch energische That seien unabsehbare, gefährvolle Folgen beseitigt. Daß dieselbe von der Mehrheit der Bevölkerung als Erlösung von drückendem Alp empfunden wurde, trat besonders hervor bei einer Rundreise, welche der König am 15. Mai antrat. Überall wurde er mit Begeisterung empfangen, berittene Bauern pflegten ihn zu begleiten; in Kladowa hatte er am 19. Mai eine Zusammenkunft mit seiner Mutter. Eine am 1. Juni neu gewählte Skupschtina bestand aus 120 Radikalen, 10 Fortschrittlern und nur einem Liberalen. In der Thronrede zu ihrer Eröffnung am 16. Juni schilderte der König nochmals die absolute Notwendigkeit, die zu seiner That vom 14. April geführt und die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes bezweckt habe. Außerst lebhaftest Verhandlungen der Skupschtina über die ungesetzmäßigen Handlungen des Ministeriums Awakumowitsch hatten den Beschluß zur Folge, es beim Staatsgerichtshof wegen Verfassungsverletzung anzuklagen. Dieser Prozeß nahm am 21. September seinen Anfang. Eine neue Reise, welche der König im September ins Innere unternahm, hatte gute Folgen wie die im Frühjahr. Namentlich wurden alle Anhänger der Dynastie Karageorgewitsch wohlthuend berührt durch die Ehren, welche er in Baljowo dem Dichter Kenadovic, Onkel des Prinzen Peter Karageorgewitsch erwies, und durch die Niederlegung eines Kranzes auf das Grab Kara Georgs in Topola, wofür Prinz Peter ihm Dank sagte. Die auf dieser Reise ihm erwiesenen Huldigungen brachte der König am 15. November in einer Thronrede zur Eröffnung einer neuen Session der Skupschtina zur Sprache, wogegen diese in ihrer Antwortadresse die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Befestigung hervorhob. Einer erspriesslichen Thätigkeit derselben stand jedoch wiederum eine bedenkliche Gestaltung des Parteilebens entgegen. Die durch den Staatsstreich im April so brutal behandelten Liberalen waren von tiefem Groll erfüllt, und der König, dessen Dynastie einst von den Liberalen wieder auf den Thron erhoben und lange verteidigt war, empfand es, daß er den Alt an-

gefügt, auf dem er sitze. Er ließ daher den Liberalen wissen, es sei im April nicht auf sie, sondern nur auf die Regentschaft abgesehen gewesen. Die Liberalen nahmen dies sehr wohl auf, brachten dem König einen Huldigungszug, dieser aber saß nunmehr vollständig zwischen zwei Stühlen. In dieser mißlichen Lage entbehrte er sehr den Rat seines erkrankten Lehrers und Ministerpräsidenten Dokitsch und ernannte, da dessen Kollegen um Entlassung baten, am 3. Dezember ein vom General Gruic gebildetes Ministerium. Hierüber waren die Radikalen aufgebracht, welche den Gesandten in Petersburg, Paschitsch, ans Kluder gewünscht hatten; die Liberalen blieben gleichfalls ungehalten wegen Fortdauer des Prozesses gegen Awakumowitsch; mit Österreich begann ein Streit wegen der vertragswidrigen Art, mit welcher Serbien die Steuer auf den Warenverkehr nach Österreich (Obtrfrage) erhob; endlich waren die Finanzen zerrüttet; zwar ergab das Budget, bei 63 755 000 Fr. Einnahme, einen Überschuß von 700 000 Fr., aber aus 1892 lag ein Defizit von 6 700 000 Fr. vor, für den Juli-Zinsschein der Staatsschuld mußten drei Millionen geliehen werden, die Soldaten waren seit Monaten ohne Löhnung und die Lieferanten des Brots für das Heer seit sechs Monaten ohne Zahlung. In Summa ließ sich am Jahresluß die Lage so an, als ob die Tage der Dynastie des früheren Sauhirten und Nationalhelden Obronowitsch gezählt seien. — Der Kultusminister Boschkowitsch starb am 7. Januar; der Regent von 1868, Marinovic, am 15. August; der frühere Minister Belimirowic durch Mord am 1. November; Ministerpräsident Dokitsch am 13. Dezember.

Das Königreich **Griechenland** wurde in diesem Jahre von starken „Kalamitäten“ heimgesucht. Durch heftige Erdstöße wurden am 1. Februar fast alle Orte auf der Insel Zante verwüstet. Der König, die Königin und der Kronprinz begaben sich sogleich dahin, vermochten aber nur wenig zur Linderung des Elends der Bewohner beizutragen. Neue Erdstöße zerstörten am 17. April alles, was noch aufrecht stand. Von fast gleichem Schicksal wurde am 22. Mai die Stadt Theben betroffen. Auf politischem Gebiet traten Erschütterungen von gleicher Stärke ein. Das Ministerium Trikupis, welches am 21. Juni 1892 eingesetzt war, um den trostlosen Finanzverhältnissen des Landes besser aufzuhelfen, als es das Ministerium Delhannis

vermocht, hatte sich in der Zwischenzeit alle Mühe in dieser Beziehung gegeben, schließlich aber kein anderes Auskunftsmittel als das der bloßen Hinhaltung des trostlosen Zustandes durch Vermehrung der Schuld gewußt. Seit 1885 wies das Budget ein jährliches Defizit auf und die Schuldenlast beträgt über 800 Millionen Fr. Der Bankerott sollte vorläufig verhindert werden durch Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen Fr. im Auslande, mißlich erschien nur die Bedingung des Hauses Rothschild, bestimmte Sicherheiten zu geben, die dem Kredit des Landes nicht von Vorteil waren. Der Unmut der Nation, die sich hierdurch in ihrem Selbständigkeitsgefühl beleidigt fühlen würde, war vorauszusehen. Trikupis wollte es daraufhin wagen, da er der Zustimmung der Kammer sicher zu sein glaubte, der König aber wollte sich lieber von seinem besten Berater trennen, als es auf einen Streit im Innern ankommen lassen. Trikupis trat daher am 10. Mai zurück, und am 14. wurde ein Ministerium des früheren Abgeordneten Sotiropulos ernannt, nach dessen Programm die Verbindlichkeiten gegen das Ausland ehrlich eingehalten, die nächstfälligen Zinsen der Staatsschuld voll bezahlt und die Finanzen durch weitgehende Ersparnisse sowie durch Einführung des Tabakmonopols aufgebeßert werden sollten. Da man aber die Anleihe doch nicht entbehren konnte, so genehmigte der König am 11. Juni, vorbehaltlich der Zustimmung der Landesvertretung, einen Vertrag mit dem Londoner Bankhause Hambro & Sons wegen Aufnahme von 100 Millionen Fr. zu 5% behufs Einlösung der vom 15. Juni 1892 bis 1. Juli 1895 fälligen Coupons der vier Anleihen von 1884—90 sowie zur Rückzahlung der Anleihe von 1892. Zur Garantie sollten gewisse in Gold zahlbare Staatseinkünfte von jährlich 7650000 Fr. dienen. Die Kammer, deren Entscheidung mit Spannung entgegengesehen wurde, eröffnete der König am 8. November mit einer Thronrede, in der er, nach Darlegung der Sachlage, schließlich die Hoffnung aussprach, daß die Vaterlandsliebe alle Schwierigkeiten überwinden werde. Die Kammer wählte am 9. November nicht den Kandidaten des Ministeriums, sondern den der Trikupisten zum Präsidenten. Infolgedessen trat das Ministerium Sotiropulos zurück und Trikupis bildete ein neues Ministerium. Die Bedeutung dieser Vorgänge bestand darin, daß man nunmehr der Zustimmung der Kammer sicher war, wenn der ungleich leichtere

Weg der Unehrlichkeit beschritten würde. In der That gab Trikupis sogleich dem Bankhaus Hambro den Auftrag, keine Bonds jener Anleihe mehr auszugeben, und in einer langen Adressverhandlung der Kammer vom 3. bis 6. Dezember betrachteten die Redner aller Parteien den Staatsbankrott als vorhanden. Fast gleiche Einmütigkeit herrschte bezüglich der Behandlung der neuen Anleihe. Nur ein Abgeordneter, der frühere Minister Karapanos, fand sich, der den Weg der Unehrlichkeit tadelte und die Notlage auf die Großmannsucht und die übertriebenen Ausgaben zurückführte. Am 15. Dezember annullierte die Kammer den Anleihevertrag und stimmte ohne Bedauern, nach dem ihr leuchtenden Bilde Portugals, einem Gesetze zu, wonach bis auf weiteres die Zinsen der Anleihen nur mit 30 bezw. 50% gezahlt, der Schuldentilgungsdienst aufgehoben und die den Gläubigern der Anleihen von 1884 bis 1887 eingeräumten Pfänder einfach eingezogen werden sollten, sodas die Gläubiger, worunter viele Deutsche, hier das Nachsehen ebenso haben wie bezüglich der Anleihen Portugals und Argentiniens. — Am 6. August wurde der Kanal von Korinth eröffnet.

Außereuropäische Staaten.

Zunächst betrachten wir **Ägypten**. Das einem so jungen, von den besten Absichten für das Land besetzten Herrscher wie Abbas II. die englische Vormundschaft als sehr unbequeme Last erschien, ist nicht zu verwundern. Patriotische Betrachtungen, ob das Land in militärischer und finanzieller Beziehung fortan vielleicht selbständig fertig werden könne, lagen sehr nahe. Sie mögen beim Khedive dadurch verstärkt sein, das wesentlich einheimische Truppen es waren, die am 4. Januar bei Ambigol in Oberägypten ein eingefallenes übermächtiges Heer der Derwische zurückschlugen. Als nun Mustapha Fehmi Pascha aus Gesundheitsgründen die Stelle als Ministerpräsident aufgab, benutzte Abbas dies am 16. Januar, dem ersten Jahrestage seiner Thronbesteigung, zu einer ersten Regung von Selbständigkeit gegenüber England, indem er, ohne sich an dieses

zu kehren, in der Person Fakhri Paschas einen Nachfolger bestellte. Dies brachte bei den Großmächten sofort große Erregung hervor, denn die erste Frage war natürlich die: wer steckt dahinter? Die Botschafter Frankreichs und Rußlands gaben schon am 17. Januar in London die heilige Versicherung ab, ihre Regierungen seien ganz unschuldig, hätten nicht die geringste Kenntniss der Absichten des Khedive gehabt. Um so bedenklicher kam dieser den Engländern vor, und das Ministerium Gladstones, der für gewöhnlich nicht viel für Ägypten übrig hatte, beschloß, mit größter Entschiedenheit gegen Abbas vorzugehen und seine vollste Abhängigkeit von England rückwärtslos klarzustellen. Abbas sah wohl ein, daß vorläufig nicht viel zu machen sei, und als der englische Gesandte Lord Cromer ihm Vorstellungen machte, versicherte er sein fortdauerndes Bestreben, mit England im Einklang zu handeln. Nur bat er sich aus, auf Fehmi Pascha nicht wieder zurückgreifen zu müssen. Der Gesandte erwiderte, gleichfalls entgegenkommend, England sei weit entfernt, den Khedive in eine demütigende Lage zu versetzen, und stimmte der Berufung Riza Paschas zu, dem Fakhri also schon nach wenigen Tagen wieder weichen mußte. Damit war die Unebenheit, so rasch als sie entstanden, wieder geglättet, als das Wichtigste aber erschien die dadurch bewirkte Weckung der Einheimischen. Die Studierenden in Kairo brachten dem Khedive Huldigungen und zerstörten das Bureau des englischen Blattes „Mokassam“. Die Aufregung der Eingeborenen wuchs und fand immer neue Nahrung im Benehmen des Khedive bei verschiedenen Anlässen. Telegramme und Abordnungen aus den Provinzen bestärkten ihn, und es schien, als solle seine Unterwerfung nur ein zeitweise sei. Hierdurch mißtrauisch geworden, ließ die englische Regierung den Khedive benachrichtigen, daß sie zum Schutz der Europäer in Ägypten eine Vermehrung der englischen Truppen nötig halte. Unverweilt wurden aus Cypern, Malta und Gibraltar 2000 Mann dahin eingeschifft, sodaß die Besatzungstruppen 5000 Mann betragen, und der britische Minister Lord Rosebery eröffnete durch Rundschreiben vom 25. Januar den Mächten, es bedeute dies keine Änderung der von Anfang an der Besetzung des Landes zu Grunde liegenden Absichten. Das englische Mißtrauen wurde durch fernere Vorgänge bestärkt, namentlich dadurch, daß im Februar eine Reise des Khedive nach den oberen Landesteilen sich zu einer Reihe von

Guldigungen der Bewohner der Nilufer gestaltete, und daß Äußerungen der gegenwärtigen Minister Riaz und Tigrane Pascha über die Un-
erträglichkeit der britischen Aufsicht in Londoner Zeitschriften ver-
öffentlicht wurden. Die Vorstellung, daß Abbas doch einen Rück-
halt in Frankreichs Gegensatz zur britischen Oberherrschaft in Ägypten
zu haben glaube, rief ein Schreiben des britischen Ministers Lord
Rosebery vom 16. Februar an Lord Cromer hervor, worin kein
Zweifel gelassen wurde, daß weitere ernste Folgen eingetreten sein
würden, wenn Abbas nicht rechtzeitig eingelenkt hätte; eine Zurück-
ziehung der Truppen sei unmöglich, und England müsse seine bis-
herige Politik fortsetzen. Abbas andererseits schien eine Stütze an
seinem Oberherrn zu suchen. Sultan Abdul Hamid empfing ihn
am 10. Juli mit großen Ehren, aber ziemlich ernüchtert kehrte Abbas
heim; auch eine antienglische Bittschrift mißvergnügter Ägypter an
den Sultan blieb erfolglos. Das Budget für 1894 enthielt
10075000 äg. Pfund in Einnahme, 9540000 in Ausgabe.
331000 Pf. von den 768000 Pf. betragenden vorjährigen Über-
schüssen wurden zur Schuldentilgung verwendet. Die Eisenbahnlinie
Ismailia-Port Said wurde am 2. Dezember von Abbas feierlich er-
öffnet. Am 12. November fand in Oberägypten wieder ein Vorstoß
des Madhi statt, der kräftig zurückgewiesen wurde.

Das Fürstentum **Montenegro** machte eine innere politische
Krisis durch. Von modern verwalteten Gebieten umgeben, fühlte die
Bevölkerung immer mehr das Bedürfnis nach einer von ähnlichen
Grundsätzen geleiteten Regierung. Anstatt diesem Streben entgegen-
zukommen, zog Fürst Nikita die Zügel seiner patriarchalischen Regierung
nun erst recht straff an. Um so mehr aber gährte es in der auf
ausländischen Schulen herangebildeten Jugend, die konstitutionelle Ein-
richtungen, besonders eine Kontrolle der finanziellen Gebarung und
öffentliche Rechnungslegung verlangte. Dazu kam die Unzufriedenheit
von auswärts berufener Männer, die sich enttäuscht fühlten. Die
Gärung wurde so stark, daß der Fürst endlich nachzugeben begann.
Er berief den Professor Bogischitsch, den Urheber des Zivilgesetzbuchs,
um das ganze Gerichtswesen in modernem Sinne umzugestalten, und
stellte den Gemeinden eine gewisse Selbständigkeit in Aussicht. Nur
von Volksvertretung und dergleichen wollte er noch nichts wissen.

Bezüglich des Kaiserreichs **Marokko** mehrten sich die Anzeichen, daß es sich dem längst erwarteten Zustande des „kranken Mannes“, wie man früher die Türkei bezeichnete, näherte und damit noch mehr als bisher Streitgegenstand für europäische Mächte werde. Es zeigte sich, daß die Bevölkerung der westlichen und nördlichen Landesteile durch das Hereinfluten ausländischen Einflusses eine tiefgehende Aufrüttelung erfahren hatte, und der Sultan Mulei Hassan schien einzusehen, daß er den größten Teil des Landes nicht mehr wie bisher vom Auslande abzuschneiden vermöge. Bedrängnisse, welche im Januar Engländer, im April Nordamerikaner erfahren, mehrten die lange Reihe der in letzter Zeit recht derb gewordenen Einsprachen der Gesandten. Die größte Besorgnis aber erstand dem Sultan durch das drohende Eindringen der Franzosen Algeriens in die bisher für das Ausland ziemlich unnahbar gehaltenen Landesteile südlich des Atlasgebirges, deren sämtliche Volksstämme wegen Vorschiebung der französischen Grenze nach Westen und Süden, namentlich wegen der französischen Saharabahn sich sehr erregt zeigten. Der Sultan unternahm daher, was seit 110 Jahren nicht vorgekommen war, unter Hinterlassung seines Sohnes Mulei Omar als Statthalters, Anfang Juli, in Begleitung einer Heeresabteilung und unter Mitnahme vieler Schätze, eine Reise nach der Dase Tafilet, der Wiege seiner Dynastie, der Filali, um hier, unbelästigt durch europäische Ratgeber, mit den Häuptlingen das Nötige zur Befestigung seiner Herrschaft in diesen Gegenden zu beraten und die Tuaregs in ihrem Widerstande gegen die Versuche der Franzosen nach Erlangung der Dase Tuat, dieses Hauptpunkts auf ihrem Wege zum Tsäd-See, zu bestärken. Die Reise ging sehr langsam von statten und unterwegs traf ihn die Nachricht vom Kampf der Riff-Kabylen (S. 317) mit den Spaniern in den Presidios, ein Vorgang, der ebenso wie der Angriff des Stammes der Angheras auf die Europäer zu Tanger im Februar, mit der allgemeinen Erregung der Eingeborenen zusammenhing. Der Sultan versprach den Spaniern volle Genugthuung, ging aber auf Schonung der Kabylen aus. Beide Teile thaten das ihrige, der Sache keine größere Ausdehnung zu geben, und der spanische Oberbefehlshaber Martinez Campos begab sich am Jahreschluß behufs weiterer Verhandlungen nach der marokkanischen Hauptstadt. Der Sultan setzte seine Reise fort und erhielt südlich des

Atlasdie Schuldigungen der herbeiströmenden Daſenbewohner. — König Menelik von **Abeſſinien** war mit ſeinem Verſuche, ſich von ſeinen vertragsmäßigen Pflichten gegenüber Italien vorzeitig loszumachen, nicht glücklich. Auf ſein deshalbiges Schreiben an mehrere europäiſche Monarchen erhielt er durchgehends ablehnende Antwort und den Rat, im Gegenteil die Freundschaft Italiens zu ſuchen, da dies im Intereſſe ſeines Reichs liege. Der Zar und Präſident Carnot erteilten überhaupt keine Antwort. Die Vorgänge im **Kongoſtaate** waren nicht unwichtig. Die aus dem deutſchen und britiſchen Intereſſengebiete Oſtafrikas verdrängten arabiſchen Sklavenjäger- und Händler hatten ſich nach dem Oſten des Kongoſtaats zurückgezogen und hier einen weit verbreiteten Auſtand organiſiert. Die hiermit dem jungen Staatsweſen erwachſene Aufgabe wurde durch mehrere Kriegszüge glücklich gelöſt. Eine Heeresabteilung unter Dhanis ſchlug Anfang Februar die Araber am Bomanifluſſe, weſtlich von der Nordſpitze des Tanganikaſees; bald hiernach errang eine von Chaltin geführte Abteilung einen vollſtändigen Sieg am Aruwimiſtrom. Dhanis zog weiter an den oberen Kongo und eroberte am 4. März den befeſtigten Platz Nyangoné, den biſherigen Mittelpunkt des Negerhandels, wobei Munie Moharra, der mächtigſte Araberhäuptling Mittelaſrikas, ſeinen Tod fand. Von hier flüchteten die Araber nach Kaſſongo am Kualabafluſſe, welchen Ort Dhanis am 22. April einnahm. Einen weiteren vollſtändigen Sieg errang am 6. Auguſt Ponthier bei Kirunda, wo der Mörder Emin Paſchas gefangen und erſchoſſen wurde. Infolge jener Vorgänge ſcheint die Macht der Araber völlig gebrochen zu ſein. Der kühne Forſcher van Kerkhoven kam am 10. Auguſt ums Leben, nachdem er ſeit 1890 mit ſeinem Corps 2000 km im Norden des Landes durchzogen, den Einfluß des Staats durch Verträge geſichert und den Sklavenjagden ein Ende gemacht hatte. Der Tod ereilte ihn auf ſeinem Zuge nach dem oberen Nilgebiete. Mit der Eröffnung des erſten, 40 km langen Abſchnitts der Kongobahn von Matadi nach Kenge trat der Staat in ein neues Entwicklungsſtadium. — Der Sultan Sayid ben Said von **Sanſibar**, deſſen auswärtige Beziehungen lediglich von einem engliſchen Beamten geleitet werden, ſetzte inſolge engliſcher Nötigung im Januar ein „Gouvernement“ ein, welches aus vier Beamten, worunter drei engliſchen als

Leitern der Verwaltungsabteilungen besteht. Als am 5. März der seit dem 13. Februar 1890 regierende Sultan plötzlich starb, versuchte Khalil, Sohn des früheren Sultans Bargasch, sich auf den Thron zu schwingen; aber gestützt auf alsbald ausgeschiffte englische Marinetruppen, setzte der englische Agent den 36jährigen Prinzen Sahid Hamed ben Thueni auf den Thron, nachdem er die Verträge bestätigt und den Lehneid für Großbritannien geschworen hatte. Aus einem Berichte des britischen Generalkonsuls Portal über die finanzielle Lage des Landes ergibt sich, daß der Sultan gezwungen wurde, seine Ausgaben für Prunk um monatlich 10000 Rupien zu ermäßigen und daß das so Ersparte auf öffentliche Arbeiten verwendet wurde. Für 1894 wurden die Einnahmen auf 1338000, die Ausgaben auf 1241000 Rupien veranschlagt. — Das Reich **Uganda** wurde am 1. April von der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft geräumt, worauf der von der britischen Regierung mit besonderen Aufträgen dahin gesandte bisherige Generalkonsul für Sansibar, Sir Portal, die britische Flagge aufzog zum Zeichen, daß das Land fortgesetzt unter britischem Einfluß stehen solle. Infolge einer Landverteilung erhoben die Mohammedaner, die sich dabei benachteiligt fühlten, am 17. Juni einen Aufstand, welcher durch die Protestanten und Katholiken, die sich bisher sehr feindlich gegenüberstanden, niedergeschlagen wurde. — In der **südafrikanischen Republik** wurde am 5. April der bisherige Präsident Krüger wieder auf fünf Jahre zum Präsidenten gewählt, worauf er sich mit General Toubert, der ihn lebhaft bekämpft hatte, versöhnte. Beide erhielten preussische Orden, nachdem am 5. Februar in der Nähe von Johannesburg ein großes Volksfest zur feierlichen Enthüllung einer Büste des deutschen Kaisers stattgefunden und am 17. April 100 Offiziere vom deutschen Geschwader am Kap der guten Hoffnung in den Goldfeldern von Johannesburg festlich bewirtet waren. Nach ihren ersten Siegen über den Kaffernstamm der Matabele nördlich von Transvaal überließen sie diesem das längst begehrte, östlich angrenzende Swaziland; nachher wurde dies wieder in Frage gestellt durch die das Abkommen wertlos machende Bedingung, daß das Amantongaland selbständig verbleiben solle; ohne dieses bleibt aber Transvaal auch ferner vom indischen Meere abgeschnitten. Wichtig für ganz Südafrika war die Eröffnung des 117 km langen ersten Teils der Maschona-

land mit dem Meere und Capstadt verbindenden Beira-Bahn am 7. Oktober. — Der Volksraad des **Oranje**-Freistaats faßte im Mai Beschlüsse zu gunsten eines südafrikanischen Zoll- und Münz-Bundes. — Das Bestreben Rußlands, in **Persien** den englischen Einfluß zu verdrängen, hatte Erfolg, indem dem russischen Unternehmer Poljakow eine 99jährige Erlaubnis zum Bau einer Heerstraße von Enseli am kaspischen Meer nach Teheran erteilt wurde und ferner im November durch Abtretung Chorassan's an Rußland im Austausch mit Hissar und Abbasabad. — Der Emir Abdur Rhaman von **Afghanistan** setzte im Anfang des Jahres sein zweideutiges Verhalten gegen die indische Regierung fort bis er endlich im Oktober eine Gesandtschaft in Kabul zuließ, sie sogar mit großen Ehren aufnahm und dann seinem Lande feierlich mittheilte, daß alle seine mit England streitigen Fragen aufs befriedigendste geregelt seien. — Ganz **China** zeigte sich empört über das die Einwanderung der Chinesen beschränkende vorjährige Gesetz in Nordamerika. Denn wohin nun, mit dem großem Überschuß der fortwährend riesig wachsenden Bevölkerung? In Unmut darüber erklärte die Regierung Anfang März, durch dieses Gesetz habe Nordamerika den Handelsvertrag von 1880 gebrochen. Die nächsten Folgen davon hatten jedoch die Engländer zu verspüren, denn nach Wegfall dieses Handelsvertrags konnten sie sich nicht mehr auf die ihnen vertragsmäßig zustehende Klausel der meistbegünstigten Nation berufen, und so wurde verfügt, daß die zollfreie Einfuhr in den Peihofluß nur noch solchem Korn zu gute kommen solle, das auf Dampfern der chinesischen Handelsgesellschaft befördert wird. Dadurch wurde die englischen Gesellschaften gehörende Dampferflotte empfindlich betroffen, welche gerade um jene Zeit, wie alljährlich, von Schanghai aus in den Golf von Petschili und den Peiho einlaufen wollte, um Peking mit lang entbehrten Vorräten zu versorgen. Andererseits erboten sich Brasilien und Mexiko zur Aufnahme von Chinesen als Landbebauer. Der Fremdenhaß flackerte an einigen Stellen des Reichs wieder bedenklich auf, der Vizekönig der Provinz Hupeh riet sogar der Regierung in einer Denkschrift die Niedermezelung aller Fremden an, da sonst das Reich von auswärtigen Mächten schließlich noch werde geteilt werden. In Sungpu wurden am 1. Juli zwei schwedische Missionare erschlagen. Besonderer Gunst hatte sich fortwährend Deutschland zu erfreuen. Dem Leiter

der deutschen katholischen Mission in Süd-Schantung, dem Bischof Anzer, verlieh der Kaiser sogar das Mandarinat dritten Ranges, und der neue deutsche Gesandte von Schenk zu Schweinsberg wurde am 22. Juli vom Kaiser empfangen. Sonst ist dies wegen der Hitze vor Mitte August nicht üblich, aber man wollte sich sehr entgegenkommend erweisen. — Der in **Japan** seit der Verfassung von 1889 bestehende Parlamentarismus scheint dem Lande nicht gut zu bekommen. Nachdem die beiden ersten Parlamente wegen hartnäckiger Opposition aufgelöst waren, geriet auch das im November 1892 eröffnete Parlament im Januar in Streit mit der Regierung. Hauptsächlich handelte es sich um finanzielle Fragen. Am 7. Februar beschwerte sich das Parlament beim Kaiser darüber, daß die Regierung sich an die von ihm beschlossenen Abstriche von Ausgaben nicht kehre. Darauf erging am 10. Februar eine Antwort, in der es hieß, „in einer Zeit wie der gegenwärtigen wäre jede Vergeudung der Zeit mit unnützem Gezänk ein Schauspiel, daß wir den Seelen unserer Ahnen nicht darzubieten wünschen“; da bezüglich der nationalen Verteidigungsmittel ein einziger verjämter Tag eine jahrhundertelange Reue zur Folge haben könne, so wolle der Kaiser die Ausgaben seines Haushalts einschränken und für sechs Jahre jährlich drei Millionen Yen beisteuern; ebenso sollten die Civil- und Militärbeamten $\frac{1}{10}$ ihres Gehalts beitragen. Kaum war die Finanzfrage geordnet, so kam das Parlament mit dem Anliegen, es möchten die Verträge mit dem Ausland geändert, namentlich die Konsulargerichtsbarkeit für die Unterthanen der westlichen Mächte abgeschafft, die Ausländer vom Küstenhandel ausgeschlossen, auch ihnen der Besitz von Land, Werften, Docks unterjagt werden. Infolge dieses Schritts begann die Bewegung gegen die Europäer sich auszudehnen; allein in Kumamoto verlangten 150000 Personen die Herstellung von Provinzen mit ungemischter Bevölkerung. In dem am 25. November eröffneten Parlamente begannen sofort wieder Streitigkeiten. Besonders ungehalten zeigte es sich über Ernennung des ihm nicht zusagenden Präsidenten. Am 1. Dezember trug der Ministerpräsident Graf Inoue dem Parlament die Politik der Regierung vor und forderte es auf, zu den beabsichtigten Reformen, insbesondere zur Vermehrung der Flotte und zur Revision der Landeinschätzung die Hand zu bieten. Der Minister Watanabe setzte auseinander, daß die Finanzen sich im letzten Jahr

um fast 15 Millionen gehoben hätten, infolge des beabsichtigten Baues von Panzerschiffen und der Ausgabe für eine geplante Industrie-Ausstellung weise jedoch das Budget einen Fehlbetrag von 2700000 Yen auf, der durch Erhöhung der Einkommen- und der Tabaksteuer beglichen werden solle. Dagegen begann man sich alsbald im Parlament zu wenden, bis Weihnachten waren bereits zwölf Millionen Ausgaben gestrichen, worauf das Parlament am 30. Dezember aufgelöst wurde. — Aus **Korea** vernahm man nur von steigender Besorgnis vor russischem Einfluß. Die nach Rußland Ausgewanderten wurden nach der Heimkehr hingerichtet. Das größte Ereignis war eine im Juni vom König in der Hauptstadt Seoul abgehaltene, nur alle Vierteljahrhundert einmal vorkommende Parade über 7000 Mann Truppen. Die Kosten dieser großen Feierlichkeit wurden, da die Staatskasse leer war, bei einer fremden Firma geborgt. — Die Verhältnisse auf den **Samoa**-Inseln wurden neu geregelt. Der nach Artikel 2 der Samoa-Akte vom 14. Juni 1889 vom König von Schweden für 1890 bis 1893 zum Oberrichter der Inseln ernannte schwedische Hofrat Cederkrantz trat schon am 1. April zurück, nachdem infolge vieler Anfeindungen sein ursprünglich warm bethätigtes Interesse abgenommen hatte. Auch der deutsche Vorsitzende des Gemeinderats von Apia, Senfft von Pilsach, trat im Juni zurück. Seine Stelle erhielt der deutsche Vizekonsul für Samoa, Schmidt, erstere Stelle der nordamerikanische Landschaftskommissar Ide. Im Mai begann wieder der Streit zwischen dem Häuptling Mataafa und dem von den drei Vertragsmächten als König eingesetzten Malietoa. Der am 7. Juli begonnene Kampf endete, nachdem zwei deutsche Kriegsschiffe und ein englisches eingegriffen hatten, mit der Niederlage Mataafas, der sich am 18. Juli den Konsuln ergab. Er wurde feierlich degradiert, indem Kokosnüsse zerbrochen und ihre Milch auf seinen Kopf gegossen wurde; dann brachte man ihn nach den Marschallinseln. Nach einem am 6. Juni zwischen den Konsuln und dem Oberrichter getroffenen Abkommen fallen die Einkünfte der Inseln hinfort zu zwei Dritteln dem Gemeinderate zu Apia, zu einem Drittel der Regierung zu. — Der 94jährige König der **Tonga**-Inseln, Georg Tuba, der älteste Monarch der Erde, starb am 8. Februar in Nukualofa, nachdem er seit dem 4. Dezember 1845 regiert hatte. Er war ein weiser Regent, verließ 1875 eine Verfassung mit par-

lamentariſcher Vertretung und hatte in ſeinem Palaſte die Büſten der zwei erſten deutſchen Kaiſer, Bismarck's und Moltke's aufgeſtellt. Die **Hawaii**-Inſeln nahmen mehr als je die Aufmerkſamkeit in Anſpruch. Die Königin wurde am 14. Januar bei einem Verſuche, die Verfaſſung umzuſtoßen, mit Hilfe der Truppen eines nordamerikanifchen Kriegſſchiff's entthront, worauf eine proviſoriſche Regierung die Monarchie für abgeſchafft erklärte. Die Regierung Nordamerikas nahm unter Harihſon einen Anlauf, die Inſeln einzuverleiben, der neue Präſident Cleveland aber nahm den Standpunkt der Nichteinmischung ein. Ein hierauf gegründeter Plan der Wiedereinſetzung der Königin ſtieß auf die größten Schwierigkeiten.

Was die **nordamerikanifche Union** betrifft, ſo kamen in den noch unter die Präſidentschaft Harihſon's fallenden erſten zwei Monaten wichtige Geſetze über die Quarantäne und über die Einwanderung zu ſtande. Nach erſterem müſſen alle Schiffe, bevor ſie zur Ausladung zugelaffen werden, vom amerikaniſchen Konſul des Ausgangshafens ein Zeugniß darüber beibringen, daß alle bezüglich der Geſundheit vorgeſchriebenen Maßnahmen getroffen ſeien. Nach dem anderen Geſetze müſſen die Dampſſchiffgeſellſchaften am Abſchiffungshafen eine amtliche Namensliſte der Auswanderer jedes Schiffes aufnehmen, die bei der Ankunft den Inſpektoren einzuhändigen ſind; Perſonen, die nicht beweifen können, daß ſie dem Staate nicht zur Laſt fallen werden, ſind nicht zuzulaffen. Am 4. März vollzog ſich der Übergang der Regierung von der republikaniſchen zur demokratiſchen Partei. Der im Dezember gewählte Grover Cleveland aus Lakewood leiſtete vor dem Kapitol in Waſhington den Eid auf die Verfaſſung und hielt eine Programmrede. Den Hauptnachdruck legte er auf dauernde Regelung der Währung, Ehrlichkeit in der Verwaltung und auf Abwendung vom Schutz- oder Beuteſyſtem durch Zerſtörung der „Brut verwandter Übel, welche die ungeſunde Quelle des Patronageſyſtems ſind.“ Sodann ernannte der Präſident den Bundesbezirksrichter Gresham aus Indiana zum Staatsſekretär, Carlisle aus Kentucky für den Schatz, Lamont aus Newyork für den Krieg, Herbert aus Alabama für die Marine, Smith aus Georgia für das Innere, Olney für Juſtiz, Morton aus Nebraska für Ackerbau und Biſſel aus Newyork zum Generalpoſtmeiſter. Der biſherige Präſident Harihſon wurde Profeſſor des Staatsrechts an der neuen Univerſität

zu Pale Alto in Kalifornien. Das größte Ereignis des Jahres bildete die Kolumbus-Ausstellung in Chicago, welche nach einer großen Parade der Kriegsschiffe der auswärtigen Mächte im Hudsonflusse, am 1. Mai durch eine Rede des Präsidenten Cleveland eröffnet und im Laufe des Jahres von vielen Tausenden aus allen Nationen der Erde besucht wurde. Besondere Ehren erwies man hier dem Herzoge von Veragua als Nachkomme des Kolumbus und der Infantin Eulalia. Einen Glanzpunkt der Ausstellung bildete der sogenannte deutsche Tag am 15. Juni, wo Senator Schurz eine längere Rede hielt. Anlässlich der Weltausstellung fand am 11. September ein eigentümlicher Kongreß von Vertretern der Religionen des Erdkreises in Chicago statt, auf welchem eine Reihe akademischer Reden gehalten wurde. Rascher als vermutet, drängte die Währungsfrage zur Lösung. Der Anlaß lag im Sinken der Silberpreise als Folge der Aufhebung der freien Prägung in Indien. Die hierdurch in der Geschäftswelt der Union hervorgerufene Unsicherheit veranlaßte Cleveland am 1. Juli, den Kongreß weit früher als beabsichtigt, zum 7. August, einzuberufen. In der Eröffnungsbotschaft sagte er, die Mißstände der Handels- und der finanziellen Lage beruhten hauptsächlich in dem unter dem Namen der Sherman-Akte bekannten Gesetze vom 13. August 1890, wonach vom Schatzamt Silber im durchschnittlichen Betrage von 4,5 Millionen Unzen monatlich zum Marktpreise, jedoch nicht höher als 129 Cents die Unze, angekauft und zur Zahlung dieses Silbers Noten ausgegeben werden sollten, die als gesetzliches Zahlungsmittel dienen durften und auf Verlangen in Gold oder Silber einzulösen waren. Infolgedessen besaß das Schatzamt Silber im Betrage von 430 Millionen Dollars, das aber infolge des durch die gesteigerte Produktion bewirkten Falles des Silberpreises sich um die Hälfte entwertet hatte, während das Gold ins Ausland abgeströmt war. Das Repräsentantenhaus sprach sich bereits am 28. August, der Senat jedoch, nach den großartigsten Verschiebungsversuchen, erst am 30. Oktober für Aufhebung jenes Gesetzes aus. Die Staatenwahlen vom 7. November fielen auffallend günstig für die republikanische Partei aus, Präsident Cleveland ließ sich jedoch dadurch nicht beirren, sondern stellte in seiner am 4. Dezember an den Kongreß gerichteten Botschaft die weitere Durchführung des demokratischen Programms in Aussicht. Am 16. Sep-

tember wurde auf Anordnung der Regierung die letzte der öffentlichen Domänen, der Cherokee-Streifen nördlich des Indianer-Territoriums, für etwa 50 000 Farmer der allgemeinen Besiedelung erschlossen. Der Eröffnung harrend, um sich das Recht der Erstgekommenen zu sichern, lagerten monatelang Tausende von Familien im südlichen Kansas. Utah bereitete sich zur Aufnahme als 45. Staat in die Union vor; am 6. April wurde in Salt Lake City ein neuer und prächtiger Mormonentempel geweiht. Bezüglich der Chinesenfrage schlug Cleveland ein abwartendes Verfahren ein, denn die Opposition der mehr als 100 000 Chinesen, die nach dem neuen Gesetze hätten ausgewiesen werden müssen, begann Verlegenheiten zu bereiten. Das internationale Schiedsgericht in der zwischen Großbritannien und der Union schwebenden Streitfrage über die Robbenfischerei im Beringsmeer sprach sich am 15. August gegen die Ansprüche der Union aus, die in folgedessen 1½ Millionen Dollars Schadenersatz wird zahlen müssen. Nach der Umwälzung auf den Hawaii-Inseln sprach sich Präsident Harrison am 15. Februar mittels Botschaft an den Senat für Einverleibung in die Union aus; Präsident Cleveland zog schon im März den entsprechenden Vertragsentwurf zurück und ließ im April das einstweilen dort verkündigte Protektorat wieder aufheben. Ein Bericht des Staatssekretärs Gresham über die Lage auf den Inseln enthielt die stärkste Verurteilung der Politik Harrisons. — Am 17. Januar starb in Newyork der frühere 19. Präsident der Union, Hayes, am 27. Januar Blaine, der mehrjährige Staatssekretär Harrisons, am 21. Februar der aus dem Sezessionskriege bekannte General Beauregard, am 7. August Fish, der ehemalige Staatssekretär in Präsident Grants Kabinett.

Die Verhältnisse der Republik **Mexiko** ließen sich sehr günstig an, wenn man den Schilderungen trauen durfte, welche der Präsident Diaz in seinen Botschaften zur Eröffnung der Kongresssionen am 17. Januar und 16. September lieferte. In Wahrheit verhielt es sich jedoch nicht so, sondern es trat sogar ein jäher Rückschlag gegen die günstige Entwicklung der Finanzen und des Verkehrs in den letzten Jahren ein. Die meisten Staaten hatten unter der durch die Dürre des vorigen Jahrs bewirkten Mißernte sehr schwer zu leiden und die Minenbesitzer mußten infolge der Silberentwertung ihre Werke schließen. Die hierdurch brotlos gewordenen zahlreichen Arbeiter-

beunruhigten die Städte in den südwestlichen Staaten. Im Juli wurden aus Sparsamkeit die Gesandtschaften in Rußland und Südamerika aufgehoben und die Beamtengehalte um 1800000 Pesos gekürzt. Die steigende Unzufriedenheit brachte im November Aufstände in den Staaten Guerrero und Chihuahua hervor. Im April starb Gonzalez, der 1880 bis 1884 Präsident war. — In den Republiken **Mittelamerikas** verschlimmerten sich die politischen und sozialen Zustände. Von ihrem Friedensbunde war längst keine Rede mehr, vielmehr standen sie mit einander auf so feindlichem Fuße wie die Parteien unter einander in fast jedem dieser Staaten. Costa Rica, wo im März eine Revolution im Keime erstickt wurde, schloß mit einer englischen Gesellschaft einen Vertrag wegen Einführung nordeuropäischer Ansiedler. In San Salvador wurde im Juli eine Verschwörung gegen den Präsidenten Ezeta entdeckt, der sich eifrig des Baues von Eisenbahnen annahm. In Guatemala hatte seit dem Regierungsantritt des Präsidenten Barrios nichts mehr von Verschwörungen und Aufständen verlautet, denn er ließ sich ökonomische Maßregeln angelegen sein; da er aber seine Regierung durch das fruchtlose Gezänk der Volksvertreter gelähmt sah, erklärte er sich im Oktober zum Diktator. Ein Aufstand in Honduras wurde im Mai vom General Vasquez besiegt, worauf er dem Präsidenten Leiva die Regierung ohne weiteres aus den Händen nahm. Im April brach auch in Nicaragua ein Aufstand aus, veranlaßt durch Eifersucht zwischen den Städten Leon und Granada. Die Aufständischen siegten am 20. Mai in einer Schlacht bei Masaya und bombardierten die Stadt Managua, worauf General Zavala die Regierung übernahm. Die 1889 gebildete Gesellschaft zum Bau des Nicaragua-Kanals brach, zum Teil unter dem durch den Panamaskandal entstandenen Mißtrauen, im September zusammen, nachdem sie vier Millionen verausgabte, 20 Millionen in Aktien, sechs in Bonds abgesetzt hatte. Am 30. Oktober erklärte Honduras den Krieg an Nicaragua, weil von hier aus die letzten dortigen Aufstände vorbereitet seien. In diesem Kriege wurde am 30. Dezember die Stadt Jucora in Nicaragua erobert, worauf es zur unentschiedenen Schlacht bei Choluteca kam. Am Jahresschluß tauchte bei den Präsidenten der übrigen drei Republiken der Plan einer Union der fünf Staaten wieder auf, zugleich aber auch der Streit um die Präsidentschaft solcher Union.

Die Republik **S. Domingo** geriet im März in Streit mit Frankreich, weil Präsident Heureaux die Mittel zur Bestreitung der Kosten seiner Wiederwahl der von französischen Kapitalisten gegründeten „Banque Dominicaine“ gewaltsam entnommen hatte, nachdem sie unter Leitung eines Präsidentschaftskandidaten die Zahlung, zu der sie gerichtlich verurteilt war, geweigert hatte. Infolgedessen kam die Republik mit der Republik **Saiti** überein, im Fall einer fremden Einmischung in die Angelegenheiten der Insel zusammenzuhalten. Die Republik **Venezuela** begann sich vom langen Bürgerkriege zu erheben. Der Sieger in diesem, General Crespo, gab sich als Präsident alle Mühe, die Kräfte des Landes zu heben, namentlich durch ergiebigere Ausbeutung der Mineralien; große Sorgen bereitete aber die Aufbringung der 480000 Pf. St. Jahreszinsen der Staatsschuld. An Crespos Stelle trat im November Alvarez. Die Republiken **Peru** und **Ecuador** hatten vorübergehend einen lebhaften Grenzstreit, Peru wurde im April von inneren Unruhen stark heimgesucht. **Brasilien** kann, seit 1889 das Kaisertum gestürzt ist, seine Ruhe nicht wieder finden. Der Grund liegt auch hier in der Eifersucht hervorragender Personen. General Peixoto, der als Vizepräsident der Republik an die Spitze trat, als Admiral de Mello am 23. August 1892 der Mißwirtschaft des Präsidenten da Fonseca gewaltsam ein Ende machte, schob die alsbald vorzunehmende Neuwahl eines Präsidenten immer weiter auf, um sich bis zum 15. November 1894, dem Ende der Periode Fonsecas, zu behaupten. Dazu sollte ihm auch General Castilho helfen, den er dem Staate Rio grande do Sul aufdrängte. Die dortige Bevölkerung erhob sich aber dagegen, und es kam zu einem monatelangen Kriege. Diesen leichtfertig heraufbeschworen zu haben, warf de Mello im Kongreß dem Präsidenten vor, worauf der Kongreß Peixoto mahnte, die Verfassungsverletzung nicht fortzusetzen. Als er keine Folge leistete, erhob de Mello am 6. September an der Spitze des größten Theils der Flotte den Aufstand und ließ am 15., 16., 26. September und 5. Oktober Rio de Janeiro und die die dortige Bai umgebenden Forts beschießen. Ging auch die Feste Villegaignon am 9. Oktober zu den Aufständischen über, so zog sich doch der ganze Kampf unentschieden sehr in die Länge, sodaß de Mellos Verlangen, als kriegführende Macht anerkannt zu werden, am 10. November in Washington abgelehnt werden mußte.

Am 30. November gelang es der aufständischen Flotte, durch den von Forts begrenzten engen Ausgang der Bai das Meer zu gewinnen, worauf Admiral de Gama am 30. Dezember in der Bai die Beschießung der Hauptstadt fortsetzte. Die Republik **Uruguay** kam in ein gespanntes Verhältnis zu Brasilien, weil die Revolution in Rio grande do Sul hauptsächlich vom dortigen Grenzgebiet aus vorbereitet wurde. In keinem Lande der Erde herrschte größere Verwirrung als in **Argentinien**, wo ein Ende Juli ausgebrochener Aufstand in den hauptsächlichsten Provinzen zu langen Kämpfen unter den Parteien führte. Die radikale und die mitristische Partei setzten eine Menge von Betrügereien fort und machten einer fast 20jährigen Mischwirtschaft ein Ende. Die Staatsgauner Celman und Pacheco wurden vor Gericht gezogen. In **Chile** wurde ein Gesetz wegen Zulassung der ansässigen Fremden zu öffentlichen Ämtern angebahnt; die Finanzlage begann Besorgnisse zu erregen.

Chronik.

der

Ergebnisse des Jahres 1893.

Tag	Januar.	Seite
1	Neujahrsempfang beim deutschen Kaiser	1
1	Ausprache des Präsidenten Carnot	255
2	Eröffnung der portugiesischen Cortes	319
4	Programm des Ministeriums Graf Taaffe	215
4	Befiegung der Dervische bei Ambigol	345
10	Eröffnung des württemberg'schen Landtags	193
10	Umbildung des französischen Ministeriums Ribot	256
10	Beginn des Panamaprozesses in Paris	257
10	Vermählung des Kronprinzen von Rumänien	4
11	Kaiser Wilhelm in Straßburg	5
11	Die Militärkommission des deutschen Reichstags tritt zusammen	11
12	Die sozialdemokratische Frage im deutschen Reichstage	33
12	Minister Miquel über den preußischen Etat	34
12	Kaiser Wilhelm in Karlsruhe	6
12	Schreiben des Prinzen Ludwig von Bayern bez. der Kanalschiffahrt	174
13	Unterwerfung des Häuptlings Siffi in Ostafrika	173
13	Schreiben des Papstes an den Grafen de Mun	265
14	Entthronung der Königin von Hawaii	354
16	Graf Caprivi in der Reichstagskommission über Dänemark	14
16	Mißverhältnis des Khedive Abbas zu England	345
17	Unruhen in Amsterdam	324
18	Streit des lippe'schen Landtags mit dem Minister v. Wolffgramm	212
18	Eröffnung des schwedischen Reichstags	329
24	Verfassungsstreit in Sachsen-Meiningen	207
25	Vermählung der Prinzessin Margarethe von Preußen	7
25	Eröffnung des italienischen Parlaments	299
25	Englische Note über Ägypten an die Großmächte	346
26	Trinkpruch des Kaisers Wilhelm auf den Zaren	7

Tag		Seite
26	Der deutsche Reichstag über Handelsverträge	32
26	Umtaufung der Städte Dorpat und Dünaburg	249
28	Notstandsfrage im deutschen Reichstag	33
28	Ende der allgemeinen Beratung der Militärkommission des deutschen Reichstags	24
30	Dankerlaß des deutschen Kaisers	9
30	Frage der Nichtbestätigung Liberaler im preussischen Abgeordnetenhaufe	35
31	Eröffnung des britischen Parlaments	280

Februar.

2	Eröffnung des norwegischen Reichstags	330
3	Kaiser Wilhelm in Oberschlesien	30
5	Forderungen des Volksvereins für das katholische Deutschland	44
7	Die italienische Deputiertenkammer über Äußerungen Graf Caprivis	302
8	Die französische Deputiertenkammer über die Panamafache	260
10	Rede des Prinzen Heinrich von Preußen in Bremen	30
11	Grimaldi über die Lage der italienischen Finanzen	303
13	Gladstone legt dem britischen Parlament die Home-rule-Bill vor	282
14	Die Paritätsfrage im preussischen Abgeordnetenhaufe	35
14	Erklärung der jüdischen Rabbiner Deutschlands	31
16	Die Militärkommission des deutschen Reichstags lehnt den § 1 der Militärvorlage ab	37
16	Petition württemb. evangel. Geistlichen an das Konsistorium	198
16	Die französi. Deputiertenkammer über die allg. Politik der Reg.	216
18	Kaiser Wilhelm in Oldenburg	30
18	Versammlung der deutschen Landwirte in Berlin	28
19	50jähriges Bischofsjubiläum des Papstes	314
20	Tagung des deutschen Bauernbundes in Berlin	29
20	Protest evangel. Männer gegen Rückkehr der Jesuiten	44
20	Versammlung des nordd. antisemitischen Agitationsverbandes	32
20	Rücktritt des portugiesischen Ministeriums Dias Ferreira	320
21	Versammlung der deutschen Steuer- und Wirtschaftsreformer	29
22	Das deutsche Kaiserpaar in Neustrelitz	38
22	Ernennung des portugiesischen Ministeriums Hintze-Ribeiro	320
24	Antisemitische Kundgebungen für Ahlwardt	32
24	Wahl Ferrys zum Präsidenten des französischen Senats	267
27	40jähriges Regierungsjubiläum des Großherzogs von Oldenburg	205
27	Ansprache Ferrys an den französischen Senat	268
28	Eröffnung des anhaltischen Landtags	211
28	Konferenz der ungarischen Bischöfe	239
28	Das belgische Ministerium über das allgemeine Wahlrecht	321
28	Die Frage der Gläubiger Portugals im d. Reichstage	34

Tag

Seite

März.

1	Ansprache des Kaisers Wilhelm an den brandenb. Landtag	38
2	Lord Rosebery über die britische Kolonialpolitik	295
2	Höhepunkt der Bewegung gegen Homerule in Ulster	285
4	Zerstörung des Hauptsitzes der Araber im Kongostaate	349
5	Thronwechsel in Sansibar	350
7	Änderung des badischen Ministeriums	201
9	Neuwahlen der spanischen Cortes	315
11	Eröffnung der internationalen Sanitätskonferenz	192
12	Bersamml. Konservativer aus Preußen und Sachsen in Dresden	190
17	Tod Ferrys, Präsidenten des französischen Senats	268
17	Der norwegische Reichstag in der Konsulatsfrage	331
18	Die Militärkommission des deutschen Reichstags lehnt alle Anträge ab	41
18	Huldigung im ungar. Abg.-hause für den Minister-Präs. Weflerle	242
20	Nationalpolitische Erörterungen im österreichischen Abg.-hause	218
22	Kaiser Wilhelm beim Jubil.-Feste des Generals v. Meerschheidt	53
22	Ahlwardts Beschuldigungen im Reichstage	48
25	Die Gesandtschaftsfrage in der württemb. 2. Kammer	194
27	Kundgebung des Grafen von Paris	265

April.

1	Rede des Fürsten Bismarck an Schleswig-Holsteiner	42
1	Einführung der mitteleuropäischen Zeit in Deutschland	47
3	Rede des Reichstagsabgeordneten Lieber in Aschaffenburg	42
4	Ernennung des französischen Ministeriums Dupuy	269
6	2. Lesung der Homerule-Bill im britischen Unterhause	287
10	Bildung eines Bundes der niederbayerischen Landwirte	43
12	Die d. Schutztruppe kämpft bei Horncrans in Südwestafrika	172
13	Der schwedische Reichstag über die norwegische Konsulatsfrage	329
14	Kaiser Wilhelm in Swinemünde und Kiel	53
14	Staatsfreich in Serbien	341
15	Internationale Übereinkunft bez. des Sanitätswesens	192
16	Kaiser Wilhelm am Nordostseekanal	53
18	Abreise des deutschen Kaiserpaares nach Italien	53
20	Einzug desselben in Rom	54
20	Vermählung des Regenten von Bulgarien	238
22	Rücktritt des norwegischen Ministeriums Steen	331
23	Besuch des deutschen Kaiserpaares beim Papst	56
24	Kaiser Wilhelm bei der Parade vor Rom	57
25	Ahlwardt-Skandal im deutschen Reichstage	52
26	Die hessische 2. Kammer über die geistlichen Orden	203
27	Das deutsche Kaiserpaar in Neapel	58
29	Dasselbe in Pompeji	59

Tag

Seite

Mai.

1	Das deutsche Kaiserpaar in La Spezia	61
1	Eröffnung der Kolumbus-Ausstellung in Chicago	355
2	Das deutsche Kaiserpaar in Luzern und Karlsruhe	61
3	Rückkehr desselben nach Potsdam	62
3	Beginn der 2. Beratung der Militärvorlage im deutschen Reichstage	62
3	Ernennung des norwegischen Ministeriums Stang	331
6	Auflösung des deutschen Reichstags	67
6	Spaltung der deutsch-freisinnigen Partei	72
7	Wahlaufruf der deutschen Sozialdemokraten	71
8	Tod des Fürsten Georg von Schaumburg-Lippe	213
8	Wahlaufruf der Reichspartei	75
9	Ansprache d. deutschen Kaisers an Generale auf d. Tempelh. Felde .	76
9	Nationalliberaler Wahlaufruf	75
10	Rundgebung des Großherzogs von Hessen zur Militärvorlage	77
10	Eröffnung des Imperial Institute in Kensington	294
11	Wahlaufruf der deutsch-konservativen Partei	76
12	Veröffentlichung eines Schreibens des Prinzen Albrecht von Preußen bez. des Fürsten Bismarck	81
12	Tod des Fürsten Georg Victor von Waldeck	213
12	Rundgebung der deutsch-hannoverschen Partei	78
13	Wahlaufruf des Bundes der Landwirte	79
13	Parteitag der süddeutschen Volkspartei	83
14	Rundgebung des Großherzogs von Baden bez. der Militärvorlage .	78
14	Freisinniger Parteitag für Schleswig-Holstein	83
14	Ernennung des griechischen Ministeriums Sotiropoulos	344
15	Wahlaufruf der christlich-sozialen Partei	78
17	Gesetzbvorlage wegen der freien Religionsübung in Ungarn	242
18	Rede des Kaisers Wilhelm in Görlitz	81
18	Wahlaufruf der freisinnigen Vereinigung	83
21	Verammlung der Deutsch-Sozialen am Hermannsdenkmal	78
22	Deutsch-sozialer Parteitag in Hannover	78
24	Der Zar besucht Moskau	252
25	Ansprache des Kaisers Franz Joseph an die Delegationen	222
27	Wahlaufruf des Evangelischen Bundes	80
28	Der westfälische Bauernbund für die Militärvorlage	86
29	Rundgebung der unabhängigen Sozialisten	88
31	Kaiser Wilhelm beim Stapellauf der „Gefion“	111
31	Auflösung der bayerischen 2. Kammer	178

Juni.

1	Empfang des Grafen von Turin in Berlin	111
3	Gr. Ratskny in d. Delegationen über d. ausw. Pol. Osterreichs . .	89 u. 223

Tag		Seite
5	Anruhen in Paris	277
13	Kaiser Wilhelm in Posen	111
15	Wahlen zum deutschen Reichstag	91
17	Auflösung des deutschen Bauernbundes	92
18	Deutsch-feindliche Kundgebungen in Prag	227
18	Französische Besetzung siamesischer Inseln	272
22	Untergang des britischen Panzerschiffs „Victoria“	293
25	Beendigung der Stichwahlen zum deutschen Reichstag	94
26	Russische Verordnung wegen des Zolltarifs	251
26	Schließung der indischen Münzstätten für freie Silberprägung	297
27	Berammlung der deutsch-hannoverschen Partei	96

Juli.

3	Anerkennungsschreiben des Kaisers Wilhelm an Miquel	106
4	Eröffnung des deutschen Reichstags	97
4	Schluß des preußischen Landtags	106
6	Trauung des Herzogs Georg von York	295
7	Beginn der ersten Beratung der zweiten Militärvorlage im deutschen Reichstage	99
7	Schließung der pariser Arbeiterbörse	270
8	Ansprache des Prinzen Ludwig von Bayern auf dem Journalistentag	176
8	Ansprache des Fürsten Bismarck an Besucher aus Lippe	104
9	Ansprache des Fürsten Bismarck an Handelskammersekretäre	105
10	Die italienische Deputiertenkammer genehmigt die Änderung des Bankwesens	302
11	Besuch des Zarewitsch in Potsdam	113
13	Zweite Beratung der Militärvorlage im d. Reichstag	107
13	Französische Kriegsschiffe vor Bangkok	271
15	Dritte Beratung der Militärvorlage im d. Reichstag	108
15	Dank des Kaisers Wilhelm an den Grafen Caprivi	110
16	Kongreß der französisch-sozialistischen Gemeinderäte	277
17	Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Berlin	138
18	Das deutsche Kaiserpaar in Wisby und Gotland	113
19	Frankreichs Ultimatum an Siam	271
20	Russische Verordnung wegen des Maximaltarifs	128
21	Ansprache des Fürsten Bismarck an Braunschweiger	129
22	Das deutsche Kaiserpaar auf Rügen	113
23	Rumänischer Nationalkongreß	244
25	Deutsch-englischer Vertrag wegen des Kilimandscharogebietes	174
25	Französisches Kadregesetz	271
26	Das deutsche Kaiserpaar in Kiel	113
27	Das britische Unterhaus genehmigt die Homerule-Bill in 2. Lesung	289
29	Ankunft des Kaisers Wilhelm in Cowes	113
31	Deutsche Verordnung wegen Zollzuschlags auf russische Waren	128

Tag		Seite.
August.		
6	Schreiben des Papstes an Decurtius	139
8	Kaiser Wilhelm auf Helgoland	113
⁸ 13	Konferenz der deutschen Finanzminister	128
11	Unterwerfung des Häuptlings Meli in Deutsch-Ostafrika	174
12	Kaiser Wilhelm am Nordostseekanal	113
14	Derselbe führt das vierte Garderegiment nach Berlin	113
15	Schiedsspruch in der Beringsmeerfrage	356
16	Empfang des Prinzen Heinrich von Preußen in Genua	308
16	Bruch in der polnischen Partei	140
17	Dynastiefeindliche Kundgebungen in Prag	229
18	Rede des Abgeordneten von Plener in Eger	228
20	Wahlen zur französischen Deputiertenkammer	273
20	Ansprache des Fürsten Bismarck an Thüringer	129
20	Erste Anwendung der Volksinitiative bez. der schweizerischen Ver- fassung	334
22	Tod des Herzogs Ernst II. von Koburg-Gotha	208
22	Französisches Fremdengesetz	271
24	Nämischer Volksrat in Brüssel	323
25	Grundsteinlegung der Protestationskirche in Speyer	144
27	Ansprache des Fürsten Bismarck an Frankfurter	129
28	Beisetzung des Herzogs Ernst von Koburg-Gotha	210
²⁸ 31	Deutscher Katholikentag in Würzburg	139
September.		
1	Einzug des deutschen Kaiserpaares in Koblenz	114
2	Einzug desselben in Trier	116
3	Kaiser Wilhelm in Metz	117
3	Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres	165
4	Ansprache des Kaisers Wilhelm an die Lothringer	119
6	Sanktion der Verfassungsänderung in Belgien	323
6	Admiral de Mello erhebt den Aufstand in Brasilien	358
8	Einzug des Kaisers Wilhelm in Straßburg	121
8	Das britische Oberhaus lehnt die Homerule-Bill ab	290
10	Rede des Kaisers Wilhelm in Karlsruhe	122
10	Ansprache des Kaisers Franz Joseph in Boros-Sebes	245
13	Verhängung des Ausnahmezustands über Prag	230
14	Rede des Kaisers Wilhelm in Stuttgart	124
17	Empfang des Kaisers Wilhelm zu Güins in Ungarn	131
17	Zweiter norddeutscher Antisemitentag	137
19	Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck	132
19	Eröffnung der niederländischen Kammern	325

Tag		Seite
21	Prozeß gegen das frühere serbische Ministerium Waskumowitsch . . .	342
22	Kaiser Wilhelm in Mohacs	134
24	Anarchistischer Anschlag in Barcelona	317
25	Kaiser Wilhelm in Kiel	135
27	Derselbe in Gothenburg	135
27	Erklärung von 500 deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens . .	138
27	Parteitag der deutschen Rechtsparteien	141
28	Eröffnung des neugewählten bayerischen Landtags	178

Oktober.

1	Kaiser Wilhelm in Trakehnen	135
2	Konservativer Aufruf f. d. Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus	139
2	Empfang eines englischen Gesandten in Kabul	297
2	Eröffnung des dänischen Reichstags	328
2	Ansprache der jungcechischen Abgeordneten	230
3	Darlegung des Budgets in der bayerischen 2. Kammer	178
4	Veröffentlichung eines kaiserlichen Erlasses an Professor Schweninger	153
4	Spanische Note von Marokko	318
5	Angriff der Riffkabylen auf Melilla	318
6	Ministerpräsident Bekerle über Ungarns Nationalitätenfrage . . .	246
10	Die bayerische 2. Kammer über Änderung des Wahlgesetzes . . .	180
11	Kaiser Wilhelm in Hubertusstocf	135
13	Die deutsch-österreich. Abgeordneten gegen Graf Taaffes Wahlvorlage .	232
13	Ankunft russischer Kriegsschiffe vor Toulon	274
13	Die Futter- und Streunotsfrage in der bayerischen 2. Kammer . .	180
15	Geburt eines Sohnes des Thronfolgers von Rumänien	339
¹⁶ — ²⁶	Britischer Flottenbesuch in Tarent	293
17	Fürst Bismarcks Reise von Rissingen nach Friedrichsruh	134
17	Empfang der russischen Marineoffiziere in Paris	275
18	Rede des Kaisers Wilhelm in Bremen	135
18	Rede des italienischen Ministerpräsidenten Giolitti in Dronero . .	310
20	Ergänzungswahlen zur sächsischen 2. Kammer	191
22	50jähriges Militärjubiläum des Königs von Sachsen	189
²² — ²⁸	Sozialdemokratischer Parteitag in Köln	142
23	Graf Taaffe im österreichischen Abg.-hause über die Wahlfrage . .	232
24	Kaiser Wilhelm empfängt den Erzherzog Albrecht	165
24	Die bayerische 2. Kammer über agrarische Forderungen	181
28	Dieselbe über Bayerns Verhältnis zum Reich	183
28	Kampf der Spanier mit den Riffkabylen	318
30	Aufhebung der nordamerikanischen Sherman=Alte	355
31	Wahl der Wahlmänner zum preussischen Abgeordnetenhaus . . .	143

Tag

Seite

November.

2	Wiedereröffnung des britischen Parlaments	294
2	Britischer Sieg über die Natabele in Südafrika	296
4	Feier des 80jährigen Gedenktags der schwedisch-norwegischen Union	332
6	Einweihung einer evangelischen Kirche in Bethlehern	336
6	Die Gottentotten zerstören die deutsche Niederlassung Kubub	172
7	Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus	143
7	Die bayerische 2. Kammer über die Lage des Bauernstandes	185
7	Anarchistischer Anschlag in Barcelona	317
9	Die „Kreuz-Ztg“ verlangt ein Schulgesetz nach Art des Jedlitz'schen	141
9	Ernennung des griechischen Ministeriums Trifupis	344
11	Ernennung des österreichischen Ministeriums Fürst Windischgrätz	233
14	Eröffnung der a. o. Session der französischen Kammern	276
15	Deutsch-englisches Abkommen bez. des Hinterlandes von Kamerun	171
15	Eröffnung des sächsischen und des mecklenburgischen Landtags	191 u. 205
15	Anarchistische Mordanschläge in Marseille	277
16	Eröffnung des deutschen Reichstags	145
20	Angriff der „Kreuz-Ztg.“ auf die Bureaucratie	144
21	Das Ministerium Dupuy vor der französischen Deputiertenkammer	277
22	Die bayerische 2. Kammer über die Steuerfreiheit der Standesherrn	186
22	Eröffnung des badischen Landtags	202
23	Die Frage der Reichs-Weinsteuer vor der bayerischen 2. Kammer	186
23— 25	Der deutsche Reichstag über Handelsverträge	148
24	Darlegung der Finanzlage in der sächsischen 2. Kammer	192
24	Rücktritt des italienischen Ministeriums Giolitti	312
26	Ankunft französischer Hüllmaschinen für den Kaiser u. den Kanzler	165
26	Errichtung eines besonderen ungarischen Hofstaats	247
27— 30	Erste Beratung des Etats für 94/95 im deutschen Reichstag	153
29	Die Frage des Duellwesens in der 2. bayerischen Kammer	187
30	Das österreichische Abgeordnetenhaus genehmigt die Landwehrvorlage	234

Dezember.

1	Der deutsche Reichstag über das Jesuitengesetz	159
1	Ernennung des französischen Ministeriums Casimir-Périer	278
2	Der deutsche Reichstag genehmigt die Kornzölle gegen Rußland	162
2	Eherechts- und Mischehen-Vorlage im ungarischen Reichstag	246
3	Dankgebet in den Kirchen für Erhaltung des Kaisers in Gefahr	165
3	Ernennung des serbischen Ministeriums Gruic	343
4	Programm-Erklärung des französischen Ministeriums Casimir-Périer	278
5— 7	Der deutsche Reichstag über die Stempelabgaben-Vorlage	162
6	Die bayerische 2. Kammer über militärgerichtliche Fragen	187
7	Hirtreiben der ungarischen Bischöfe	247

Tag		Seite
7	Wahl Dupuys zum Präsidenten der französischen Deputiertenkammer	278
9	Bombenanschlag in derselben	278
⁹ 10	Der deutsche Reichstag über Änderung der sozialen Gesetze	163
10	Beginn der Unruhen auf Sicilien	312
12	Französische Gesetze gegen die Anarchisten	279
13	Eröffnung des hessischen Landtags	204
13	Rundgebung des Petersburger Adels für Frankreich	255
15	Französischer Sieg in Dahomeh	279
15	Banquerott Griechenlands	345
20	Die „Kreuz-Ztg.“ sieht eine Kluft zwischen der Regierung und den Konservativen	163
20	Preußischer Ministerialerlaß bez. des polit. Verhaltens der Beamten	164
20	Meuterei der Eingeborenen in der Schutztruppe Kameruns	170
20	Schluß d. a. o. Session der französischen Kammern	279
20	Programm des italienischen Ministeriums Crispi	312
30	Auflösung des japanischen Parlaments	353

Alphabetisches Verzeichnis

der

hervorragenden Personen.

- Abbas II., Vizekönig von Ägypten, in Streit mit England 345.
- Albert, König v. Sachsen, in Metz 119, Militär-Jubiläum 189.
- Albrecht, Prinz von Preußen, Regent von Braunschweig, Schreiben wegen Fürst Bismarck 81.
- Adolf, Fürst von Schaumburg-Lippe, stirbt 81.
- Ahlwardt, Reichstagsabgeordneter, erhebt Vorwürfe 47, über die Judenfrage 50, geehrt von Antisemiten 32, über Invalidenfonds 52, über jüd. Besitz 59, gegen d. Konservativen 137.
- Alexander, König von Serbien, begehrt einen Staatsstreich 341.
- Alexander Graf von Hartenau, stirbt 204.
- Alfred, Herzog von Edinburgh 208, tritt Regierung in Koburg-Gotha an 209, Ansprache an das Land 210, giebt brit. Admiral-Stelle auf 211.
- Apponyi, ungar. Abgeordneter, gegen Minister Weyerle 241, 246.
- Awakumowitsch, serb. Ministerium, angeklagt 342.
- Avellan, russischer Admiral, vor Toulon 274, in Paris 275.
- Bachem, Reichstagsabgeordneter, über Notstand 33, über Jesuitengesetz 161.
- Baichant, französischer Ex-Minister, im 1893.
- Panamaprozeß 256, in Beslech.-Prozeß 263.
- Balfour, brit. Abgeordneter, bekämpft die Home-rule-Bill 284, 287.
- Balleström, Graf v., Reichstagsabg., zur Ahlwardtfrage 49, zur Militär-Vorlage 74, beim Papst 75.
- Barth, Reichstagsabgeordneter, über Handelsverträge 32, über international. Schiedsgericht 34, zur Militär-Vorlage 72.
- Bauer, v., österr.-ung. Reichsminister, über die österreichische Wehrkraft 226.
- Bebel, Reichstagsabgeordneter, über die sozialdem. Frage 33, in der Militär-Komm. 36, zur Militär-Vorlage 65, über Sozialismus im Milit. 108, auf sozialdem. Parteitag 142, über Spielerprozeß 154.
- Beernaert, belg. Minister-Präsident, über das allgemeine Wahlrecht 321, über Wahlzwang 322.
- Below-Saleske v., Anspr. d. Landw. an den Kaiser 30.
- Bennigsen v., Reichstagsabgeordneter, in der Militär-Komm. 17, 37, 40, zur Militär-Vorlage 66, 102.
- Bismarck, Fürst, in Friedrichsruh 42, über Mil.-Vorl. 88, Anspr. an Lippe 104, an Braunschw. 129, an Thüringer 130, Erkrank. 131, Tel. a. d. Kaiser 133.

- Bismarck, Graf, über Militär-Vorlage 107, über Handelsvertrag 151.
- Bianc, ital. Senator, über den Dreibund 306, Minister des Äußern 312.
- Boetticher v., Staatssekretär, über die sozialen Gesetze 163.
- Bosse, preuß. Kultus-Minister, über Unterricht der Dissid.-Kinder 35, über Cholera-gefahr 105.
- Bourgeois, franz. Justiz-Minister, gegen Verleumd. 260.
- Brauer, bad. Minister des Äuß. 201.
- Brazza, Savorgnan de, Gouv. des franz. Kongo, 171.
- Brin, ital. Minister des Äußern, über ausw. Fragen Italiens 302.
- Buchenberger, bad. Finanz-Minister 201, über die Reichsfin.-Reform 203.
- Buol v., Reichstagsabgeordneter, gegen die Militär-Vorlage 16.
- Caprivi, Graf v., deutsch. Reichskanzler, in der Mil.-Komm. 12, 14, 17, 20, 21, 24, 40, 41, über die landwirt. Frage 33, Ehrensäbel 38, gegen Ahlwardt 48, zur Militär-Vorlage 62, 65, begründ. d. Mil.-Vorl. 99, zur 2. Mil.-Vorl. 103, 108, schließt d. Reichstag 110, erh. kais. Dank 110, Unterred. mit v. Manteuffel 147, üb. Handelsvertr. 150, gegen Liebknecht 157.
- Carnot, Präf. der franz. Regierung, Neuj.-Anspr. 255.
- Carolath, Fr. v., Reichstagsabgeordneter, zur Militär-Vorlage 107.
- Casimir-Périer, franz. Abg., Rede gegen d. Monarchisten 269, Kammerpräf. 276, Ministerpräf. 278.
- Cavaignac, franz. Abgeordneter, Rede zur Panamafache 261.
- Challamel-Lacour, Präsident des franz. Senats 269, Anspr. 276.
- Chlumetz v., Präf. des österreichischen Abgeordnetenhauses 218.
- Cleveland, wird Präsident d. nordam. Union 354, drängt zur Änderung der Währungsfrage 355.
- Connaught, Herzog v., Befehlsh. des Lagers von Aldershot 292.
- Crailsheim v., bayerischer Minister-Präsident, über Futternot 180, über König Otto 182, üb. Heeresverstärkung 182, über Reichssteuerpläne 186.
- Crispi, ital. Abgeordneter, über die Balkanfrage 301, Min.-Präf. 312.
- Csaky, ungar. Kultus-Minister, über die ungar. Bischöfe 241.
- Daller, bayerischer Abgeordneter, über Heeresvermehrung 182, gegen Preußen 184.
- Daugenberg, preuß. Abgeordneter, über Altthät.-Ges. 35.
- Decken v. d., Reichstagsabgeordneter, über Militär-Vorlage 108.
- Develle, franz. Minister des Äußern 269, über Siamfrage 272.
- Devonshire, Herzog v., gegen Homerule 289.
- Dhanis, besiegt die Araber im Kongo-staate 349.
- Dodds, franz. Gen., siegt in Dahomeh 279.
- Dokitsch, bildet ein serb. Minist. 342.
- Douglas, Graf, Reichstagsabgeordneter, über Cholera-gefahr 105.
- Dupuy, franz. Minister-Präsident 269, Kammerpräf. 278.
- Eißtätter, bad. Minister, Rücktritt 201.
- Emin Pascha, getödet 173.
- Ernst II., Herzog von Koburg-Gotha, stirbt 208.
- Ernst August, Herzog v. Cumberland, über Stellung zur Militär-Vorlage 87.
- Ernst Ludwig, Großherzog v. Hessen, Thronrede 77, auf Reisen 204.
- Estrup, dän. Minister-Präsident, für Versöhnung mit d. Oppos. 328.
- Eula, ital. Justiz-Minister 305.
- Eulenburg, Graf zu, preuß. Minister-

- Präsident, über Bestüt. in Gem.-Ämtern 35, über Leichenverbrennung 35, Erlaß bez. d. Soz.-Dem. 143.
- Eysch en, luxemb. Minister-Präsident, in kirchenpol. Frage 326.
- Feilitzsch v., bayer. Minister d. Innern, über Wahlssystem 180, über Streunot 180, über Lage der Landwirtschaft. 181, 185, über Soz.-Dem. 187.
- Ferdinand, Pr. v. Kob., Reg. v. Bulg., in Koburg 210. Vermählung 337.
- Ferdinand, Pr. v. Rumänien, Vermählung 4, Geburt eines Sohnes 339.
- Ferry, Präsident des franz. Senats 267, stirbt 268.
- Floquet, unterl. v. Wahl v. Präf. d. franz. Dep.-R. 259.
- Flourens, franz. Abg., üb. Nachr.-Agent. in Frankreich 259.
- Freycinet, franz. Min. Rücktritt 256.
- Friedrich, Großherzog von Baden, für die Militär-Vorlage 78, in Metz 121, Ansprache an den Kaiser 122, Reden 201, 202.
- Friedrich, Fürst von Waldeck, Regier.-Antritt 213.
- Friedrich Wilhelm, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, gold. Hochz. 38.
- Fritzen, Reichstagsabgeordneter, über den Etat 154.
- Fusangel, R.-L.-Abg., Streit mit Zentrum 46.
- Gagliardo, ital. Finanzminister 306.
- Gaupp, Dr., Angriff gegen die württ. 1. Kammer 196.
- Gautsch v., öst. Kultusminister, über öst. Schulfragen 216.
- Georg, Pr. v. Sachsen, in Metz 119, eröff. d. sächs. Landtag 191.
- Georg, Herzog von York, Vermähl. 294.
- Giolitti, ital. Ministerpräsident, über die Bankfrage 299, 300, Reden 310, 311.
- Gladstone, brit. Ministerpräsident, üb. Uganda 281, bringt Homerulebill ein 282, in 2. Les. 287, Mordanschlag 289, über das Oberhaus 292, über die britische Flotte 295.
- Gneist v., Geh. Rat, Schrift z. Militär-Vorlage 42.
- Gößler v., Gen.-Maj., i. d. Militär-Komm. d. Reichst. 19.
- Gregg, böhm. Abg., üb. tschechische Forderungen 220, 227.
- Grey, britischer Unterstaatssekretär, über Uganda 281.
- Griffenberger, bayer. Abg., über das bayer. Wahlssystem 180, üb. d. bayer. Zwilliste 185.
- Grimaldi, ital. Minister, üb. d. ital. Finanzen 303, Rücktritt 305.
- Gröber, R.-L.-Abg., z. 2. Mil.-Vorl. 102, 107, üb. Jesuit =Gef. 161.
- Gruic, serbischer General, bildet ein Ministerium 343.
- Hammerstein v., R.-L.-Abg., in der Mil.-Komm. 18, 40, über Handelsvertr. 150.
- Harrach, Graf, i. d. Tschechenfrage 227.
- Haussonville, Graf v', als Vertr. d. kön. P. in Fr. 265.
- Heeremann v., R.-L.-Abg., zur Jesuitenfrage 161.
- Heinrich, Pr. v. Br., Rede i. Bremen 30, bei d. ital. Flottenmanöver 309.
- Herbette, franz. Botfch. in Berl. mißverstanden 83.
- Herold, öst. Abg., über Prags Ausnahmezustand 234.
- Herz, Cornelius, i. d. Panamasache 257.
- Heyden v., preußischer Minister, über die Lage der Landwirtschaft 36.
- Hinge-Ribeiro, portug. Ministerpräsident 320.
- Hinge, R.-L.-Abg., in der Militär-Kommission 18.
- Hoensbroech, Graf, gegen die Jesuiten 66, 158.

- Hohenlohe, Fürst, Statth., erh. kais. Erlaß 124.
- Hohenwart, Graf, öst. Abg., gegen Taaffes Wahlordnung 233.
- Hompesch, Graf, R.L.-Abg., Vorf. d. Zentrums-Fraktion 75, üb. Jesuitengesetz 159.
- Huene v., R.L.-Abg., Antrag zur Militär-Vorlage 64, 65, 67, Austritt aus der Zentrums-Fraktion 75, gegen bisherige Parteigenossen 85.
- Humbert, König v. Italien, Anspr. a. d. deutschen Kaiser 55, NeuJ.-Anspr. 298, silb. Hochzeit 303.
- Jażdzewski v., R.L.-Abg. und die polnische Hoppartei 140.
- Jsenburg=Wirstein, Fürst v., Schrift über die Zentrums-Partei 87.
- Kaiser, öst. Abg., gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag 218.
- Kálnoky, Graf, öst. Minister, Erklärung zur auswärtigen Politik 223.
- Kaltenborn=Stachau v., pr. Kriegs-Minister, zur Militär-Vorlage 65.
- Kanitz, Graf, R.L.-Abg., über den Handelsvertrag 149.
- Kardorff v., R.L.-Abg., üb. Militär-Vorlage 109, über Bund der Landwirte 156.
- Kerkhoven v., Forschungszug i. Kongo-staate 349.
- Kopp, Fürstbischof v. Breslau, zur Polenfrage 84.
- Koscielski v., R.L.-Abg., geehrt 110, 140.
- Koseritz v., anhalt. Minister, üb. finanz. Verhältnis zum Reich 211.
- Labouchère, brit. Abg., Antrag bez. des Dreibundes 282.
- Ledochowski, Kard., für die Militär-Vorlage 84.
- Lender, R.L.-Abg., zur Mil.-Vorl. 84.
- Le Royer, Präsident des französischen Senats, Rücktritt 267.
- Leffers jun., im Panamaprozess 257, im Bestechungsprozess 263.
- Leynet, franz. Abg., über die allgemeine Politik d. französischen Regierung 261.
- Levetzow v., Präsident des deutschen Reichstags 146.
- Lieber, R.L.-Abg., gegen die Militär-Vorlage 17, 19, Rede in Aschaffenh. 42, zur Militär-Vorlage 45, 65, zur Ahwardtsache 49, Wahlreden 86, 93, üb. Handelsverträge 149, üb. Jesuitengesetz 159, 161.
- Liebknecht, R.L.-Abg., über die soz.-dem. Frage 33, Rede in Metz 88, zur Mil.-Vorl. 101, üb. Etat 157.
- Limbürg=Stirum, Graf, gegen die Handelspolitik 148.
- Lo Benguela, Krieg gegen die Engländer 296.
- Lobkowitz, Fürst, Oberst-Landmarschall von Böhmen 221.
- Loë v., General, Sendung an Papst 24, 304, General-Oberst 121.
- Loizillon, französischer Kriegs-Minister 256, 269.
- Loubet, franz. Minister des Innern, Rücktritt 256, Arb.-Min. 278.
- Ludwig, Prinz von Bayern, über Fluß- und Kanalschiffahrt 174, bei Festtschießen 175, in landw. Verf. 175, auf Journalistentag 176, Ansprache in Zweibrücken 176.
- Luitpold, Prinz-Regent von Bayern, eröffnet Landtag 178.
- Mac Mahon, französischer Marschall, geehrt vom König von Italien 309.
- Maistre, Führer der franz. Expedition in Westafrika 171.
- Malietoa, König von Samoa, in neuem Kampfe mit Mataaffe 353.
- Malgahn=Gülz v., Staatssekretär, Präsident d. Fin.-Min.-Konf. 128, Rücktritt 129.
- Manteuffel v., R.L.-Abg., Vorf. der

- Militär-Kommission 11, gegen Ahlwardt 49, zur Militär-Frage 65, 101, unterzeichnet den konservativen Wahlaufruf 76, über Jesuitengesetz 159, 161, auf konservativem Parteitag in Dresden 190.
- Marshall v. Bieberstein, Staats-Sekretär, über die Gläub. Portugals 34, Unterr. mit Brin und Papst 58, über Handelspolitik 148, 151.
- Martinez Campos, span. Marshall, Anschlag gegen ihn 317, Kommandant vor Melilla 318.
- Meli, Häuptling in Deutsch-Ostafrika, besiegt 174.
- Mello de, brasilianischer Admiral, erhebt den Aufstand 358.
- Mercier, französischer Kriegs-Min. 278.
- Miquel, preußischer Finanzminister, Staatsrede 34, beschuld. von Ahlwardt 52, über Militärvorlage 88, geehrt w. Steuerreform 106, geg. Bebel 154.
- Mirbach, Graf, Präsident der Steuer-Reformer 29, auf kons. Parteitag in Dresden 191.
- Mittnacht v., württemb. Minister-Präsident, über württemb. Gesandtschaften 194.
- Mizon, Führer von franz. Exped. in Westafrika 171, 279.
- Moharra, arab. Sultan in Mittel-Afrika 173.
- Mohrenheim v., russischer Botschafter in Paris, beschuldigt 258.
- Mulei Hassan, Sultan von Marokko, reist nach der Dase Tafilet 348.
- Mun, Graf, erh. päpstl. Brief über Haltung der fr. Katholiken 265, 273.
- Nikolaus, Zarewitsch, in Berlin 25.
- Noff, bad. Minister-Präsident 201.
- Norfolk, Herz. v., in d. kath. Beweg. Englands 293.
- Nyssen, belgischer Abg. regt d. Pluralwahlsystem an 322.
- Ortner, bay. Abg., über die Finanz-Politik des Reichs 183.
- Ojann, R.L.-Abg., über Notstand 107, über Stempelabgaben 162.
- Oskar II., König von Schweden und Norwegen, patriotische Reden 331.
- Paasche, R.L.-Abg., über Handels-Vertr. 149.
- Paier, R.L.-Abg., zur Militär-Vorlage 19, 66, 101, verb. mit freif. Volkspartei 72.
- Pelloux, italienischer Kriegs-Minister, über Biseria 302, macht Ersp. 306.
- Peizoto, Präsident der Ver. St. von Brasilien, im Kampf gegen den Aufstand 358.
- Peter, Großherzog von Oldenburg, Jubil. 205.
- Peters, Dr., vermitt. deutsch-englischen Vertr. 174.
- Plemer v., österr. Abg., über Smolka 218, gegen das allgemeine Stimmrecht 219, in Deleg. gegen Czechen 222, Gespräch mit dem Kaiser 223, Rede in Eger 228, über die Wahl-Ordnung 232, Fin.-Min. 233, Auf-forderung an die Parteien, 234.
- Ploeg v., Landw., Führer des Bauernbunds 27, Präsident der Verf. d. d. Landw. in Berlin 28, R.L.-Abg. über Militär-Vorlage 109, üb. agrar. Bestreb. 144, üb. Handelsvertr. 149, verteidigt den Bund der Landwirte 158, gegen Caprivi 164, auf kons. Parteitag in Dresden 191.
- Porsch, pr. Abg., üb. Univerf. 36, üb. kirchenpol. 44, Austritt aus der Zentr.-Frakt. 75.
- Portal, Sir, britischer Kommissar in Uganda 281.
- Posadowsky-Wehner v., Staatssekr. 129, üb. Etat 153, 155, üb. Stempel-abgabengesetz 162.
- Rampolla del Tindaro, Kard.-

- Staatssekr., erh. schwarz. Adlerorden 60, zur Militärvorlage 84, zum ung. Kirchenfreit 239.
- Natzinger, bayer. Abg., über landw. Fragen 180, 183, 185.
- Nibot, franz. Minister-Präsident, Vind. d. Miss. 256, üb. Schutz der Botschafter 259, in Panamafache 261.
- Nichter, R.L.-Abg., geg. die Militär-Vorlage 14, 21, 40, 65, über die sozialdemokratische Frage 33, gegen Ahlwardt 49, zur Judenfrage 50, üb. Spaltung der freisinnigen Partei 72, 73, in der Wahlbewegung 138, über Handelsvertr. 150, üb. Spielerprozess 155, über Stempelabgabengesetz 162, über Jesuitengesetz 166.
- Nickert, R.L.-Abg., z. Mil.-Vorl. 36, 72, 109, z. Judenfr. 50, Wahlrede 83, üb. Handelsverträge 149, für Reichseinkommensteuer 156, über Jesuiten-Ges. 160.
- Niedel v., bayer. Fin.-Minister, über Stempelabg.-Ges. 162, legt bayer. Budget vor 178, üb. landw. Fragen 181, üb. Reichsfinanzreform 182, üb. Weinsteuer 184, 187.
- Nieunier, franz. Marine-Min. 269.
- Rosebery, brit. Min., üb. Homerule 290, üb. d. britische Kol.-Pol. 295, Note bez. Ägyptens 346.
- Rouvier, franz. Abg., außer Anklage gef. 260.
- Rubini Marchese di, ital. Abg., über d. Bankenfrage 300, 301.
- Ruprecht, schles. Landwirt 28, 29.
- Salisbury, Marq., bekämpft Homerule 286, 289, 290.
- Sayid Hamed ben Thueni, besteigt den Thron von Sansibar 350.
- Schalscha, R.L.-Abg., z. Mil.-Vorlage 75.
- Schele v., Gov. v. Deutsch-Ostaftr. 172.
- Schenk, schweizer. Bundespräf., Anspr. an d. d. Kaiser 61.
- Schmeykal, österr. Abg., in d. böhm. Frage 228.
- Schönborn, Graf, österr. Just.-Min., im Streit gegen die Tschechen 217.
- Schorlemer-Alst v., R.L.-Abg., in Verf. d. d. Adelsgenoss. 45, gegen d. Lieberische Richtung 85, erh. kais. Bild 110.
- Schrempf, ev. Pf. in Württemb. 198, 199.
- Schwarzenberg, Prinz, in d. böhm. Frage 219.
- Schweninger, Prof., Erl. d. Kaiser an ihn 133.
- Sigl, R.L.-Abg., gegen d. Zentr.-P. 19, Wahlreden 90, üb. Jesuiten-Ges. 160.
- Sikki, Häuptl. in Deutsch-Ostaftr., befielt 173.
- Singer, R.L.-Abg. 142, üb. Stempelabg. 162.
- Smolka, Präf. d. österr. Abg.-Hauses, Rücktritt 218.
- Soden v., Gov. v. Deutsch-Ostaftr., Rücktritt 172.
- Sotiropulos, bildet ein griechisches Ministerium 344.
- Spuller, franz. Unterr.-Min. 278.
- Stablewski v., Erzb., in d. Polenfrage 84, beim Kult.-Min. 140.
- Stambolow, bulg. Min.-Präf., üb. d. Lage Bulgariens 238.
- Stang, norweg. Min.-Präf. 331.
- Stauffenberg v., bayer. Abg., üb. Reichssteuer 180, 183, über bayer. Wahlgef. 180.
- Steen, norwegischer Min.-Präf., in der Konsulatsfrage 330.
- Steinbach, österr. Fin.-Min., üb. poln. Steuerverh. 217.
- Steinwender, österr. Abg., über die böhm. Frage 228.

- Stephan v., Staatssekr., üb. Postetat 34.
- Stetten v., Führer im kameruner Hinterland 170.
- Stöcker, R.L.-Abg., üb. Antisem. 32, 50, Wahlkand. 137.
- Stumm v., R.L.-Abg., zur 2. Mil.-Vorl. 102, üb. Handelsvertr. 150, üb. Jesuitengef. 161.
- Taaffe, Graf, österr. Min.-Präs., stellt Programm auf 213, legt Wahlordnung vor 231, Rücktritt 233.
- Terrier, franz. Handels-Min. 269.
- Thümmel v., sächf. Min., üb. sächf. Budget 192.
- Thüngen=Kosbach v., agrar. Agit. 29, 163.
- Thun Graf v., Statth. v. Böhmen, gegen d. Tschechen 220.
- Trikupis, griech. Minister-Präs., tritt zurück 344, bildet ein neues Minist. 344.
- Turban, bad. Min.-Präs., Rücktritt 201.
- Üchtrig v., Führer einer d. Exped. im Kamerungebiete 171.
- Vaughan, Kard., in d. kath. Beweg. Engl. 293.
- Vaszarj, Kard., im ungar. Kirchenstreite 239, 245.
- Viktor Emanuel, ital. Kronpr., b. d. d. Manövern 114.
- Vollmar v., bayer. Abg., üb. Soldatenmißhandl. 179, üb. Steuerreform 181, üb. d. Reichssteuerprojekte 186, üb. d. Duellwesen im Heere 187.
- Waldersee, Graf, 3. Mil.-Vorl. 22.
- Wangenheim v., Gutsbes., gegen Caprivi 141.
- Wekerle, ungar. Min.-Präs., Neujust. Anspr. 238, legt kirchenpol. Gesetze vor 242, erh. Mißtr. d. Oberhauses 242, üb. Ansprachen d. Königs 245, legt Ehrenrechtsges. vor 246.
- Wilhelm II., Deutscher Kaiser, Neujust. Anspr. 2, in Straßburg 5, in Karlsruhe 6, beim Festmahl f. d. Zarewitsch 7, Feier d. Geburtstags 8, Dankerlaß 9, in Nauden 30, in Wilhelmshaven 30, in Helgoland 30, in Oldenburg 30, empf. Abord. d. Landwirte 30, in Neu-Strelitz 37, beehrt den Reichskanzler 38, Reden an d. brandenb. Landtag 38, in Swinemünde 53, am Nordostseekanal 53, bei Standartenverleihung 53, Einzug in Rom 54, Rede im Quirinal 56, beim Papst 56, in Neapel 58, in Pompeji 59, in Luzern 61, in Karlsruhe 62, Ansprache an Generale 76, Rede in Görlitz 81, eröffnet d. Reichstag 97, empf. dessen Präsid. 103, in Danzig 111, in Posen 111, in Kiel 112, Tel. wegen Adm. Trhon 112, in Schlesw.-Holst. 112, erh. Besuch d. Zarewitsch 112, in Gotland 113, auf Rügen 113, Rede in Koblenz 115, in Trier 116, Rede in Metz 117, 119, Rede in Karlsruhe 122, Trinkspr. in Stuttgart 125, in Ungarn 130, Tel. an Fürst Bismarck 131, in Gothenburg 135, in Ostpreußen 135, in Bremen 135, eröffnet d. Reichstag 145, Anspr. b. Jubil. d. R. v. Sachsen 189, bei Eidesleist. d. Herz. v. Kob. = Gotha 209.
- Wilhelm II., R. v. Württemb., beim kais. Geburtstag 7, Anspr. an d. d. Kaiser 124, eröff. d. Landtag 193.
- Windischgrätz Fürst v., Vorl. d. öster. Deleg. 222, Min.-Präs. 233.
- Wisemann v., Exped. nach d. Nyassa-see 171.
- Witboi, Häuptl. in Südafri. 172.
- Witte, russ. Fin.-Min. in Zollfragen 128, im Zollkrieg gegen Deutschl. 251.
- Wolffgramm v., lipp. Min., in Streit mit Landtag 212.
- Zanardelli, Pr. d. ital. Deput.-R. 312.
- Zimmermann, R.L.-Abg., 3. Judenfrage 50, üb. d. neuen Kurs 156.